

Mit Texten von:  
Wilhelm Brauneder  
Thomas R. Grischany  
Gerhard Hartmann  
Lothar Höbelt  
Raphael Israeli  
Johannes Kalwoda  
Stefan Karner  
Mordechai Kedar

Anton Karl Mally  
Laila Katharina Mirzo  
Reinhard Olt  
Erwin A. Schmidl  
Kurt Scholz  
Hubert Speckner  
Mario Strigl  
Michael Wladika

Analysen und Materialien  
zur Geschichte  
des Dritten Lagers  
und der FPÖ

# BERICHT DER HISTORIKER- KOMMISSION

Analysen und Materialien  
zur Geschichte  
des Dritten Lagers  
und der FPÖ

ISBN 978-3-902720-28-3

BERICHT DER  
HISTORIKER-  
KOMMISSION

BERICHT DER HISTORIKERKOMMISSION  
Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ

Beiträge von Gastautoren geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht der Meinung des Bildungsinstituts entsprechen. Die inhaltliche Verantwortung für die einzelnen Beiträge liegt bei den Autoren. Aus Gründen der Lesbarkeit wird darauf verzichtet, konsequent die männliche und weibliche Formulierung zu verwenden. Wir meinen selbstverständlich beide Geschlechter und ersuchen um Verständnis.

© 2019 Freiheitliches Bildungsinstitut. Alle Inhalte dieses Druckwerkes, insbesondere Texte und Grafiken, sind urheberrechtlich geschützt. Die Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes bedürfen der schriftlichen Zustimmung.

## Inhalt

### VORWORTE

Norbert Hofer	5
Herbert Kickl	6
Christian Hafenecker	7
Wilhelm Brauneder	8

### ZUR EINBEGLEITUNG

Rot-Weiss-Rot-Erklärung	11
<b>Scholz:</b> Vom Verband der Unabhängigen zu Erich Fried?	13
<b>Brauneder:</b> Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Österreich	25

### ZUR GESCHICHTE VON VDU UND FPÖ

<b>Wladika:</b> Die NS-Vergangenheit der Funktionäre des VdU und der frühen FPÖ	39
<b>Höbelt:</b> Raab und Reinthaller. Die Stabilisierung der Zweiten Republik	93
<b>Höbelt:</b> VdU und FPÖ in Oberösterreich 1949–1999	127
<b>Olt/Speckner:</b> Die FPÖ und Österreichs Südtirol-Politik seit 1945	171
<b>Grischany:</b> Die Positionierung der FPÖ im Nationalrat	233
<b>Karner:</b> Das „Dritte Lager“ aus der Sicht der Sowjetunion	285

### ZUR DOGMENGESCHICHTE VON VDU UND FPÖ

<b>Grischany:</b> Die Positionierung der FPÖ in den Parteiprogrammen	325
<b>Mally:</b> Nationsbegriff und FPÖ	345
<b>Schmidl:</b> Die Wehrpolitik der FPÖ	353

### DAS ZIVILGESELLSCHAFTLICHE UMFELD – DIE KORPORATIONEN

<b>Hartmann:</b> Der Wertewandel in den Studentenverbindungen	377
<b>Strigl:</b> Das Liedgut des Farbstudententums	447

### MATERIALIEN

<b>Hafenecker:</b> Vorwürfe und „Einzelfälle“	489
<b>Mölzer:</b> Erklärungen von EX-FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache zu Israel	505
<b>Mirzo:</b> Über den Umgang der FPÖ mit dem Islam	525
<b>Kalwoda:</b> Materialien des DÖW zum „Dritten Lager“ in Bezug auf die FPÖ	541
<b>Israeli:</b> Remarks on the Findings of the Commission of Historians	619
<b>Kedar:</b> Expert opinion on contributions by FPÖ to overcoming the Nazi Past	629

### ZUSAMMENFASSUNG

<b>Nemeth/Grischany:</b> Über die Aufarbeitung der Parteigeschichte	641
---------------------------------------------------------------------	-----

### AUTOREN

Kurzbiographien der am Bericht beteiligten Autoren	645
----------------------------------------------------	-----

### NACHBEMERKUNG

<b>Mölzer:</b> Der eigenen Geschichte illusionslos ins Auge sehen!	663
--------------------------------------------------------------------	-----



## Norbert Hofer

Die Geschichte der Freiheitlichen Bewegung beginnt nicht erst am Tag der Gründung der FPÖ. Wer unsere Werte, unsere Weltanschauung verstehen und begreifen will, muss weiter in der Zeit zurück gehen. Unsere Ursprünge reichen bis in die Freiheitsbewegung von 1848 zurück. Diese wiederum hat ihre Wurzeln im Boden von Unfreiheit und Unterdrückung geschlagen, genährt von einer Revolution, die weite Teile unseres Kontinents erfasst hatte. Es heißt nicht von Ungefähr im ersten Satz des Parteiprogramms der FPÖ: „Freiheit ist unser höchstes Gut.“

Wer die Schattenseiten unserer Geschichte ausleuchten will, kommt nicht umhin, das historische Umfeld zu betrachten und im Verstehen dieser dunklen Kapitel unserer Parteigeschichte auch das Begreifen der geschichtlichen Zusammenhänge abseits von sterilen Zahlen und Daten zu versuchen. Geschichte wird von Menschen gemacht, so wie unsere Geschichte jene formt, die in ihrem Umfeld leben und wie sie das Schicksal jener beeinflusst, die sich ihrer – oft grausamen – Kausalität zu unterwerfen haben.

Freiheit und Verantwortung sind untrennbar miteinander verbunden. Wir tragen gemeinsam Verantwortung für unsere Partei, für ihre Geschichte und für ihre Zukunft. Mit der Geschichte unserer Partei – und zwar mit jenen Aspekten, die auch Belastung für uns sind – haben wir uns zu lange nicht auseinandergesetzt.

Sie halten den Historikerbericht der FPÖ in Händen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Experten bedanken, die dazu beigetragen haben, dieses wissenschaftliche Werk fertig zu stellen. Damit stellen wir uns unserer historischen Verantwortung. Diese Verantwortung ist aber nicht umfassend begriffen, wenn wir nicht gleichzeitig bereit sind, aus unserer Geschichte zu lernen. Wir sind gewillt, das Positive fortzuführen, uns weiter zu entwickeln, Fehler zu korrigieren und uns für das zu entschuldigen, was unentschuldig erscheint.

Ing. **Norbert Hofer**  
Bundesparteiobmann der FPÖ



## Herbert Kickl

Die nunmehr vorliegende Endfassung des Historikerberichts, der sich mit der Geschichte der FPÖ und ihren „dunklen Flecken“ befasst, ist das Ergebnis akribischer Arbeit, die sich über mehr als eineinhalb Jahre erstreckt hat. Dies zeigt, dass die Autoren es sich nicht leicht gemacht haben, trotz der ständigen Zurufe politischer Mitbewerber und Medien, von denen ihnen permanent diverse „Freundlichkeiten“ an den Kopf geworfen wurden. Daher möchte ich an dieser Stelle den Verfassern des Historikerberichts nicht nur für ihre hervorragende Arbeit danken, sondern auch dafür, dass sie sich nicht aus der Ruhe bringen und sich vom medialen Druck nicht zu einer überhasteten Schnellschussaktion verleiten ließen.

Dieser Bericht stellt klar unter Beweis, dass sich die FPÖ ihrer Vergangenheit gestellt hat. Dies auch unter dem Grundsatz, dass derjenige, der die Vergangenheit nicht kennt, auch kaum fähig ist, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen. Gewiss ist eine politische Partei kein Geschichtsverein und soll auch kein solcher sein. Aber man muss wissen, woher man kommt und welche Fehler begangen wurden, um solche hinkünftig vermeiden und Entwicklungen in die falsche Richtung bereits im Ansatz verhindern zu können. In diesem Sinne ist Geschichtswissenschaft auch Zukunftswissenschaft. Und unser Hauptaugenmerk liegt natürlich auf der Zukunft Österreichs und seiner Menschen. Dafür wurde

die FPÖ gegründet, darin sieht sie ihren politischen Auftrag.

Natürlich wird dieser Bericht heftig diskutiert werden und auch auf wütenden Widerspruch stoßen, wie sich schon im Vorfeld zeigte. Es gibt schließlich linke Medien und politische Mitbewerber, denen wir es nie recht machen können, es sei denn, wir lösen nach erfolgter Selbstgeißelung die Partei auf. Diesen absurden Gefallen werden wir ihnen aber sicher nicht tun. Und auch eine solche vom politisch korrekten Establishment herbeigesehnte Selbstgeißelung ist dieser Historikerbericht nicht. Er behandelt seine Themen sine ira et studio, wie es eigentlich für jeden Historiker eine Selbstverständlichkeit sein sollte.

Dass die FPÖ extremistische Tendenzen, egal in welche Richtung, ablehnt, ist völlig klar und seit langer Zeit geübte Praxis. Interessant wäre es aber, würden sich beispielsweise die SPÖ und die Grünen endlich einmal ebenso akribisch der Aufarbeitung ihrer linksextremen Verbindungen in Vergangenheit und Gegenwart widmen. Eine Untersuchung wert wären auch jene Personen, die im Ständestaat die Demokratie zu Grabe getragen und sich nach dem Zweiten Weltkrieg bei der ÖVP engagiert haben. Hier fänden Historiker und Journalisten gewiss ein weites Betätigungsfeld.

**Herbert Kickl**

Gf. FPÖ-Klubobmann

Präsident des Freiheitlichen Bildungsinstituts



## Christian Hafenecker

Der Bezug auf die Geschichte und das Hervorheben großer Persönlichkeiten und Errungenschaften ist für politische Bewegungen ein identitätsstiftendes Moment, zu dessen qualitativer Vervollkommnung auch eine kritische Auseinandersetzung gehört. Innerhalb der FPÖ reiften daher schon lange Überlegungen zur Aufarbeitung der Parteigeschichte, ehe man sich im Gedenkjahr 2018 und infolge politischer Instrumentalisierungen im NÖ-Landtagswahlkampf dazu entschloss, eine Historikerkommission einzurichten, welche sich vor allem mit der Geschichte der Freiheitlichen Partei in ihrer Gründungs- und Anfangsphase beschäftigen sollte. Den renommierten Mitgliedern dieser Kommission, welchen ich für ihre hervorragende Arbeit danken möchte, ist es mit dem vorliegenden Bericht in nur rund eineinhalb Jahren und unter stetem medialen Druck gelungen, eine ebenso umfassende wie profunde Studie mit bedeutenden historischen Erkenntnissen zu erstellen, welche von politischen Gegnern der Freiheitlichen immer wieder getätigte Vorwürfe wissenschaftlich klar widerlegen. So konnte nicht nur das besonders von der Linken aufgestellte Narrativ, die FPÖ sei eine Nachfolgepartei der NSDAP, falsifiziert werden. Die tiefgehende Analyse auf inhaltlich-programmatischer Ebene legt klar dar, dass eine systematische Fortsetzung des nationalsozialistischen Regimes zu keinem Zeitpunkt betrieben wurde. Gewisse Überschneidungen finden sich lediglich im personellen Bereich in der Frühzeit der freiheitlichen Parteigeschichte, wie sie auch zu dieser Zeit bei SPÖ und ÖVP existierten, wobei deren Anteil in quantitativer Hinsicht bei der FPÖ wahrscheinlich in höherem Maße gegeben war. Diese historischen Umstände

muss man selbstkritisch anerkennen, ohne jedoch die Freiheitliche Partei und ihre Geschichte auf sie zu reduzieren. Denn ausgehend von ihrer Gründung bekannte sich die FPÖ stets zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und nahm als parteipolitische Kraft des national-freiheitlichen „Dritten Lagers“ neben Sozialdemokratie und Christdemokraten einen elementaren Platz, sei es als Oppositions- oder Regierungspartei, auf den verschiedenen politischen Ebenen im demokratischen System der Zweiten Republik ein. Alternative zu den über Jahrzehnte hinweg dominierenden beiden anderen politischen Lagern und – aus heutiger Sicht ehemaligen – Großparteien zu sein, diese zu kontrollieren, aber auch genauso in Regierungsverantwortung die Entwicklung Österreichs mit heimattreuer sowie auf Sicherheit, Verantwortung und Freiheit des Einzelnen bedachter Politik positiv mitzugestalten, ist seit jeher ein zentrales Element freiheitlichen Selbstverständnisses und Denkens. Der folgende, fast siebenhundert Seiten umfassende Bericht ist daher eine einzigartige Dokumentation freiheitlicher Parteigeschichte auf höchstem wissenschaftlichen Niveau, welche mit gebotener Sachlichkeit, Objektivität und Reflexion besonders deren schwieriges Gründungskapitel beleuchtet. Auch wenn dies von manchen Kritikern, deren Motivation sich vor allem auf tages-, parteipolitische oder ideologische Ziele zurückführen lässt, vielleicht nicht gebührend anerkannt wird, so ist mit dieser Studie eine selbstkritische Aufarbeitung der Geschichte gelungen, wozu allen beteiligten Wissenschaftlern, Experten, Autoren und Mitarbeitern zu gratulieren ist!

NAbg. **Christian Hafenecker**, MA  
Generalsekretär der FPÖ



## **Wilhelm Braunerder**

Der vorliegende Sammelband enthält Ergebnisse der Historikerkommission, die im Frühjahr 2018 im Wesentlichen vom Nationalratsclub der FPÖ unter Zwischenschaltung einer Referenzgruppe eingesetzt wurde.

Zweck und Ziel bestand nicht in einer neuerlichen Chronologie der Entwicklung der FPÖ und ihrer Vorläufer, sondern in einer Darstellung von Sachkomplexen, und zwar entgegen mancher Erwartungen nicht beschränkt auf tagesrelevante Geschehnisse.

Der dafür erstellte Katalog enthielt insofern Wünsche, als absehbar war, dass nicht für jeden Sachkomplex kompetente Bearbeiter im vorgesehenen zeitlichen Rahmen zu finden sein würden. In diesem Katalog enthalten waren beispielsweise

als weitere Themen Umwelt, Wissenschaft und Forschung, sowie die Sicht der FPÖ durch die ehemaligen westlichen Besatzungsmächte. Zur Beschränkung auf die hier vorliegenden Beiträge trug auch medialer und sonstiger Druck bei, der von manchen Gesprächspartnern als mögliche Einengung der Wissenschaftsfreiheit verstanden werden konnte.

Die inhaltliche Verantwortung liegt stets bei den Verfassern der einzelnen Beiträge, an die weder Vorgaben noch Wünsche herangetragen worden waren.

Ihnen sei für Ihre Mitarbeit sehr herzlich gedankt.

emer.o.Univ.-Prof. Mag. rer.soc.oec.  
Dr.iur. Dr.h.c. **Wilhelm Braunerder**

---

# Zur Einbegleitung

# ROT-WEISS-ROT ERKLÄRUNG

In Verantwortung für unsere Heimat Österreich bekräftigen wir hiermit einmal mehr:

Die Freiheitliche Partei Österreichs bekennt sich vorbehaltlos zur Republik Österreich sowie zur Förderung von Demokratie, Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit. Europa ist uns wichtig, Österreich tragen wir im Herzen. Zu unserer Heimat gehört unsere deutsche Sprach- und Kulturgemeinschaft genauso wie alle autochthonen Minderheiten.

Gewalt, Totalitarismus und Rassismus lehnen wir in jedweder Form ab. Unsere Ziele sind Frieden, Selbstbestimmung und Freiheit. Wir bekennen uns in diesem Zusammenhang dazu, dass alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren sind.

Eine besondere Verantwortung sehen wir in der Ablehnung des Antisemitismus. Diesbezügliche Vorfälle und Äußerungen verurteilen wir ausdrücklich. Dies hat in unserer Gemeinschaft keinen Platz.

Wir lehnen Extremismus nicht nur ab, sondern wollen all seine Ausprägungsformen mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Argumenten bekämpfen. Insbesondere werden wir auch gegen importierten Antisemitismus und gegen jenen Extremismus auftreten, der sich aus dem radikalen Islam nährt und zusehends in Europa Ausbreitung findet.

Die dunklen Kapitel österreichischer Geschichte werden wir nie vergessen und wir erteilen jeglicher Verharmlosung des Nationalsozialismus eine deutliche Absage.

Wir sind Österreich und allen Bürgern verpflichtet, die bereit sind, ihren Beitrag für eine gute Zukunft unserer Heimat zu leisten. In einem rot-weiß-roten Schulterschluss stehen wir für eine gemeinsame und gedeihliche Zukunft in Frieden, Freiheit, Respekt und Wohlstand.

Februar 2018



---

**Vom Verband der Unabhängigen  
zu Erich Fried?  
Zur Arbeit der Historikerkommission  
der FPÖ**  
von  
Kurt Scholz

**Inhalt**

1	<b>Ein antifaschistisches Bekenntnis</b>	15
2	<b>Der Wettlauf</b>	16
3	<b>Bruno Kreisky oder das Elend des Liberalismus</b>	18
4	<b>Die FPÖ 2000 bis 2007. Jahre der Macht</b>	19
5	<b>2017. Regierungsbeteiligung neu: Ja zur Geschichte, Liebe zu Israel?</b>	20
6	<b>Ausblick</b>	22

„Ich tripple nach, solange Zeit;  
wie sind die andern schon so weit!“  
*Faust, Walpurgisnacht.*

## 1 Ein antifaschistisches Bekenntnis

„Austria – a small country brutally struck down...“

Die kritische Aufarbeitung der Geschichte der österreichischen Parteien ist eine relativ junge Entwicklung. Die Ursachen für die jahrzehntelange Nichtbeachtung dieser Thematik reichen wahrscheinlich bis in die Gründungsgeschichte der 2. Republik zurück.

So wie Winston Churchill in einer Parlamentsrede schon am 14. März 1938<sup>2</sup> im House of Commons und aus Downing Street 10 („The Heart of Austria“) am 18. Februar 1942<sup>3</sup> ausdrücklich von Österreich als „erstem Opfer der Nazi-Aggression“ sprach, stellte die Moskauer Deklaration den Österreicherinnen und Österreichern eine – allerdings zweischneidig formulierte – Entschuldigung aus.

Dazu kam die Tatsache, dass die Mitglieder der ersten österreichischen Regierung im Jahr 1945 aus Opfern des NS-Regimes, Überlebenden der Konzentrationslager oder Emigranten bestand. In ihren Reihen klammheimliche NS-Anhänger zu vermuten, wäre wohl jedem Zeitgenossen und internationalen Beobachter absurd erschienen.

Dementsprechend klar war auch die Absage der Gründungsväter der 2. Republik an den Nationalsozialismus.

Schon die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945<sup>4</sup>, wie sie am 1988 enthüllten – und vor der Errichtung in einer beispiellosen politischen Kampagne kritisierten – „Mahnmal gegen Krieg und Faschismus“ von Alfred Hrdlicka nachzulesen ist, hielt unmissverständlich fest, dass „zur Durchführung dieser Erklärung unter Teilnahme aller antifaschistischer Parteirichtungen eine Provisorische Staatsregierung eingesetzt wird“.

Die Regierungserklärung<sup>5</sup> stellte klar:

„Die Gesamtregierung ist aus Vertretern aller antifaschistischen Parteien zusammengesetzt. . .

... jene, welche aus Verachtung der Demokratie und der demokratischen Freiheiten ein Regime der Gewalttätigkeit, des Spitzeltums, der Verfolgung und Unterdrückung über unserem Volke aufgerichtet und erhalten, welche das Land in diesen abenteuerlichen Krieg gestürzt und es der Verwüstung preisgegeben haben und noch weiter preisgeben wollen, sollen auf keine Milde rechnen können. Sie werden nach demselben Ausnahmsrecht behandelt werden, das sie selbst den anderen aufgezwungen haben und jetzt auch für sich selbst für gut befinden sollen.“

Dass den Worten auch Taten folgten, bewies ein Bündel an legislativen Maßnahmen. Sie bedeuteten für Täter und jene Sympathisanten der NS-Diktatur, derer man habhaft wurde, einen tiefen lebensbiographischen Einschnitt: Das Verbotsgesetz vom 8. Mai 1945, das Kriegsverbrechergesetz vom 26. Juni 1945 gehörten dazu ebenso wie das Wirtschaftssäuberungsgesetz vom 12. September 1945. Damit wurde die Rechtsgrundlage für die Registrierung der Nationalsozialisten geschaffen und der gesetzliche Rahmen für die Volksgerichte<sup>6</sup>, gegen deren Urteile keine Rechtsmittel möglich waren, festgelegt.

<sup>1</sup> Winston Churchill, *Speeches*, Bd. VI, S. 5923, s.u.

<sup>2</sup> „We cannot leave the Austrian question where it is... Austria – a small country brutally struck down, ... the oppression of the Nazi doctrine imposed upon a Catholic population and upon the working-classes of Vienna, the hard ill-usage of persecution which indeed will ensue...all this we see very clearly...“ In: Winston Churchill, *His Complete Speeches 1897–1963*; Hg. Robert Rhodes James, Bd. VI, 1935–1942; New York, London, Chelsea House Publishers, 1974, S. 5923

<sup>3</sup> „We can never forget here in this island that Austria was the first victim of Nazi aggression.“ Ebd., S. 5926.

<sup>4</sup> Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs, Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1945, 1. Stück, 1. Mai 1945

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> Diese sahen die Ahndung folgender NS-Verbrechen vor: Kriegsverbrechen im engeren Sinn (§ 1 KVG), Kriegshetze (§ 2 KVG), Quälereien und Misshandlungen (§ 3 KVG), Verletzungen der Menschenwürde (§ 4 KVG), Vertreibung aus der Heimat und Beteiligung an der Deportation der Jüdinnen und Juden (§ 5a KVG), missbräuchliche Bereicherung, worunter die so genannte „Arisierung“ subsumiert werden kann (§ 6 KVG), Denunziation (§ 7 KVG) sowie Hochverrat (§ 8 KVG).

Die Konsequenzen<sup>7</sup> dieser rechtlichen Maßnahmen<sup>8</sup> reichten weit über die unmittelbaren Nachkriegsjahre hinaus.

Insgesamt konnten die Politiker der ersten Stunde der 2. Republik das Gefühl haben, mit ihren gesetzlichen Maßnahmen ein gesellschaftspolitisches Breitbandantibiotikum<sup>9</sup> geschaffen zu haben, das die politische Macht von sieben Jahren Diktatur nachhaltig unschädlich machen würde<sup>10</sup>.

Die gesellschaftliche Realität war freilich eine andere. Egal wie hoch man die Zahl der NS-Mitglieder im „angeschlossenen“ Österreich ansetzt<sup>11</sup>, waren es, rechnet man die Familienmitglieder und Angehörigen der ehemaligen Parteimitglieder oder -anwärter dazu, wahrscheinlich mehr als eine

Million Menschen, die dem verflossenen Regime phasenweise und zumindest bis 1942/43 durchaus Sympathien, Treue und Gehorsam entgegengebracht hatte. Sie auf Dauer zu Bürgern zweiter Klasse zu stempeln und aus dem politischen Willensbildungsprozess und dem gesellschaftlichen Leben auszuschließen, war aus damaliger Sicht weder möglich noch wünschenswert.<sup>12</sup>

## 2 Der Wettlauf

*„Wenn ich diese Nazi net betreu, betreut sie der Maleta in Oberweis...“<sup>13</sup>*

*„Da mögen die Herren Emigranten noch so viel Moralinsäure verspritzen...“<sup>14</sup>*

- 7** Den Verfolgungsschwerpunkt dieser Gerichte bildeten Verbrechen im Zusammenhang mit dem März- und Novemberpogrom 1938, Misshandlungen und Morde in Konzentrationslagern, die Denunziation von Widerstandskämpfern, so genannten jüdischen „U-Booten“, Gewaltverbrechen und Morde in „Euthanasieanstalten“, Endphaseverbrechen, wie z. B. der Grazer Partisanenmordprozess.
- 8** die der Autor dieser Zeilen auch familiengeschichtlich erfahren konnte
- 9** 1945 bis 1955 wurden vor den Volksgerichten in Wien, Graz (inklusive Außensenate Leoben und Klagenfurt), Linz (inklusive Außensenate Salzburg und Ried/Innkreis) sowie Innsbruck in 136.829 Fällen Vorerhebungen und Voruntersuchungen wegen des Verdachts nationalsozialistischer Verbrechen oder „Illegalität“ eingeleitet, davon knapp 80 Prozent bis Anfang 1948. In diesen Prozessen wurden insgesamt 23.477 Urteile (gegen rund 20.000 Personen) gefällt, davon 13.607 Schuldsprüche. 341 Strafen lagen im oberen Bereich: 43 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, 30 Todesurteile wurden vollstreckt (davon 25 in Wien, vier in Graz und eines in Linz), zwei Verurteilte begingen vor der Vollstreckung Selbstmord. Die letzte Hinrichtung fand 1950 statt. 29 Angeklagte wurden zu lebenslangem Kerker, 269 zu Kerkerstrafen zwischen zehn und zwanzig Jahren verurteilt. Viele der letzteren wurden 1955 amnestiert, nachdem die Volksgerichte nach Abschluss des Staatsvertrags abgeschafft worden.
- 10** Vgl. Hellmut Butterweck, Nationalsozialisten vor dem Volksgericht Wien, Wien, Studien Verlag, 2016 oder die umfangreiche Website der von Winfried R. Garscha und Claudia Kuretsidis-Haider wissenschaftlich betreuten Zentralen österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz [www.nachkriegsjustiz.at](http://www.nachkriegsjustiz.at).
- 11** Von den fast 700.000 ehemaligen NSDAP-Mitgliedern wurden nach 1945 rund 540.000 registriert, davon galten 98.330 als »Illegale«, die bereits zur Zeit des Verbots der NSDAP (Juli 1933 bis März 1938) in Österreich Parteimitglieder gewesen waren. Diese wurden zusätzlich von den Volksgerichten als »Hochverräter« verfolgt. Alle ehemaligen Parteimitglieder waren zur Entrichtung von Strafsteuern und Sühneabgaben verpflichtet. Von den Entlassungen waren rund 100.000 Staatsbedienstete (d. h. etwa ein Drittel), 36.000 Personen in der Privatwirtschaft und 960 Personen in führenden Positionen in Staat und Wirtschaft betroffen.
- 12** Zu der, entgegen manchen österreichischen und internationalen medialen Behauptungen, durchaus vergleichbaren Vorgangsweise in der Bundesrepublik Deutschland vgl. aktuell Michael Wolfsohn, Erklärbar, aber falsch: „Nicht die graue Theorie, sondern die Praxis bzw. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland liefert eine mögliche Antwort. ... Das Stichwort heisst Domestizierung durch Institutionalisierung. Das bedeutet: Weg von Strasse oder Stammtisch, hinein in die demokratischen Institutionen. ... Integration wurde bereits in der frühen Bundesrepublik der 1950er Jahre mit den ‚alten Nazis‘ con CDU/CSU, FDP und, ja, SPD praktiziert.“ (Neue Zürcher Zeitung, 28. September 2018, S. 12)
- 13** Oskar Helmer, s. Anm. 10
- 14** Alfons Gorbach, s. Anm. 22

Das Werben und der Wettlauf der Parteien<sup>15</sup>, der unter dem Primat der Stimmenmaximierung einsetzte, ist gut dokumentiert. Er reichte von Wahlplakaten der ÖVP, in denen „Minderbelasteten“ eine Brücke ins bürgerliche Lager angeboten wurde<sup>16</sup>, über persönliche Treffen, etwa wie jenes, das der spätere Bundeskanzler Julius Raab<sup>17</sup> am 28. Mai 1949 mit „Ehemaligen“ im Haus von Alfred Maleta<sup>18</sup> in Oberweis arrangiert hatte, bis hin zu Sondierungsgesprächen von Adolf Schärf mit dem VdU-Vertreter Herbert Kraus für eine Dreierkoalition ÖVP – SPÖ – VdU am 8. April 1949<sup>19</sup>, wobei angeblich Letzterem das Unterrichtsministerium in Aussicht gestellt worden sei. Besonders jovial soll es der sozialdemokratische Innenminister Oskar Helmer bei einem Treffen mit „Ehemaligen“ im August 1949 gegenüber dem Landesvorsitzenden des VdU Oberösterreich Gustav Adolf Jakob Neumann formuliert haben: „Schaun S’, Herr Neumann, Sie sind noch zu jung für solche Überlegungen. Aber wenn ich diese Nazi net betreu’, betreut sie der Maleta in Oberweis“.<sup>20</sup>

Erwähnenswert sind auch die Aktivitäten des Salzburger Erzbischofs Andreas Rohrer, der sich mit seinem „Sozialen Friedenswerk“ intensiv um die internierten NS-Verdächtigen des Lagers Glaserbach bemühte, ein „treuer Freund, ein wahrhaft deutscher Priester“, der den Glaserbachern „Zeit seines Lebens immer verbunden gewesen“ sei und unter dessen „Ornat immer ein mitfühlendes Herz für die Verfolgten dieser Zeit“ – gemeint sind die Sympathisanten des NS-Regimes – geschlagen habe<sup>21</sup>.

Dass selbst ein ehemaliger Häftling, wie der im KZ Dachau internierte spätere Bundeskanzler Alfons Gorbach, ungeniert um die Stimmen ehemaliger Nationalsozialisten warb<sup>22</sup>, erscheint besonders bemerkenswert.

Trotz der Schalmeientöne und Leimruten der – damaligen — Grossparteien hatten die „Ehemaligen“ schon in dem „Verband der Unabhängigen“, gegründet im März 1949 von den Journalisten Herbert Kraus und Viktor Reimann, eine neue Heimat gefunden, für die viele der „Minderbelasteten“, die nun wieder wählen durften, ihre Stimme abgaben<sup>23</sup>.

- 15** Mit dem Nationalsozialistengesetz von 1947 bekamen die »Minderbelasteten« das aktive Wahlrecht zurück, vom passiven Wahlrecht und vom Amt der Geschworenen und Schöffen blieben sie noch bis 1948 ausgeschlossen.
- 16** Wahlplakat der ÖVP 1949 „Sie (d. s. Sozialisten und Kommunisten, Anm. KS) reden vom ewigen Frieden ... und wollen den ewigen Hass“, Plakatarchiv Austria, Österreichische Nationalbibliothek, 16323392. Abgebildet u. a. im Katalog „Das Konzentrationslager Mauthausen 1938–1945“, 2013, S. 32.
- 17** Raab rekrutierte ehemalige NSDAP-Mitglieder wie den Geschäftsführer der Gauwirtschaftskammer Reinhard Kamitz, der später unter seiner Kanzlerschaft Finanzminister wurde, für die ÖVP.
- 18** Der ÖVP-Politiker Alfred Maleta hatte „mit nüchternem Hausverstand“ die Devise „Schluss mit Glaserbach“ verkündet und heftete die Minderbelastetenamnestie 1948 auf die Fahnen seiner Partei. (Alfred Maleta, Bewältigte Vergangenheit 1932–1945, Graz-Wien, 1981, S. 143.)
- 19** Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, 1980, S. 118f.; Adolf Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 245; Vgl. die Version von Fritz Stüber, Ich war Abgeordneter in Österreich, 1974, S. 98; Wissenschaftliche Zusammenfassung bei Oliver Rathkolb, NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU, in: Sebastian Meissl, Klaus-Dieter Mulley, Oliver Rathkolb (Hg.), Verdrängte Schuld – verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich, 1986, S. 82.
- 20** Reimann, Die dritte Kraft, S. 122
- 21** Mitteilungen der Wohlfahrtsvereinigung der Glaserbacher 9, 1980/ 1976, S. 24.
- 22** „Nirgendwo im Geschehen der letzten Jahre hat es so viele echte Anständigkeit, so viel selbstverleugnende Pflichterfüllung gegeben wie eben bei den Soldaten dieses Krieges. (...) Da mögen die Herren Emigranten noch so viel Moralinsäure verspritzen: Jene, die draußen (an der Front, Anm. KS) ihren Mann gestanden haben, wissen besser, was anständig ist, als jene, die sich beim ersten Kräuseln des Ozeans in Sicherheit gebracht haben. Ich spreche den Emigranten das Recht ab, in der NS-Frage mitzureden!“ (Wahlkampf 1949; vgl. Manfred Rauchensteiner, Der Sonderfall, 1979, S.134) Alfons Gorbach überredete auch den ehemaligen NS-Bauernführer Sepp Hainzl zu einem Aufruf an „Ehemalige“, die ÖVP zu wählen.
- 23** Wie unmissverständlich man in den Folgejahren an die Traditionen der Deutschen Wehrmacht angeknüpft hat, ist dem Autor in klarer Kindheitserinnerung: Etwa in Begeisterung ehemaliger Weltkriegssoldaten beim Besuch des deutschen

Der Konsens von SPÖ und ÖVP, keine Vertreter des „Verbands der Unabhängigen“<sup>24</sup> in der Regierung zu dulden, wurde erstmals im Jahr 1953 in Frage gestellt, als Julius Raab eine Konzentrationsregierung unter Einschluss des VdU vorschlug. Der Versuch scheiterte an der Weigerung des Bundespräsidenten Körner, VdU-Mitglieder einer Bundesregierung zu ernennen.

In der Folge musste das Dritte Lager fast dreißig Jahre warten, um auf dem bundespolitischen Parkett wieder Fuß zu fassen. Die Renaissance als Königsmacherin auf parlamentarischer Ebene stieß allerdings auf heftige mediale Reaktionen.

### 3 Bruno Kreisky oder das Elend des Liberalismus

*„Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass gewisse Umstände so und nicht anders sind, aber das bedeutet noch lange nicht, dass wir bereit sein müssen, sie als unumstößliche Tatsachen hinzunehmen.“<sup>25</sup>*

Schlachtfliegers Hans-Ulrich Rudel 1959 in Oberösterreich oder den zahlreichen militärhistorischen Beiträgen des 1948 als Kriegsverbrecher verurteilten Generalobersts Lothar Rendulic in den „Oberösterreichischen Nachrichten“, deren Miteigentümer Alfred Maleta gewesen ist.

**24** Bemerkenswert das Urteil des, dem liberalen Flügel zuzuordnenden, Abgeordneten Dr. Herbert Kraus nach dem Gründungsparteitag der FPÖ 1956: „Das Ergebnis des FPÖ-Parteitags veranlasst mich, die mir angebotene Kandidatur zur Nationalratswahl abzulehnen und aus der FPÖ auszutreten. Dieser Parteitag war die Bestätigung der lange vorbereiteten ‚Machtübernahme‘ durch einen kleinen Kreis von Rechtsextremisten und ehemaligen Naziführern. Die in der FPÖ verbliebenen gemäßigten Vertreter des VdU sind praktisch zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. [...] Die offiziellen Erklärungen der FPÖ von einer ‚Absage an den Extremismus‘ und der ‚Partei der Mitte‘ entspringen dem Bedürfnis nach einer sehr notwendig gewordenen Tarnung“. In: Wiener Zeitung, 13. April 1956.

**25** Bruno Kreisky, Erinnerungen. Das Vermächtnis eines Jahrhundertpolitikers. Hg. Oliver Rathkolb.

**26** Jörg Haider, Der Standard, 5.10.1990

**27** Ein Schönheitsfehler dieser verdienstvollen Enthüllungen lag darin, dass derselbe Simon Wiesenthal vorher wie nachher bei ÖVP-Mitgliedern solche Proteste weitgehend unterlassen hatte. So stieß er sich nicht daran, dass der legendäre Tiroler Landeshauptmann Eduard Wallnöfer drei Monate nach dem deutschen Einmarsch um Aufnahme in die NSDAP angesucht hatte oder Josef Klaus 1932 als Leiter der Deutschen Studentenschaft an der Universität Wien heftig gegen die Wahl eines Juden zum Dekan der Medizinischen Fakultät protestiert hatte. Simon Wiesenthal zählte später zu den Unterstützern von Kurt Waldheim, obwohl „er ab 1979 wusste, dass Waldheim log.“ (Tom Segev, Simon Wiesenthal. Die Biographie, München, 2010, S. 453)

**28** Das Buch stellte mit etwa 20.000 verkauften Exemplaren einen Bestseller dar. Es ist seit der aktualisierten Neuauflage (Wien, Deuticke, 1994, 719 S.) vergriffen. (Homepage des DÖW, abgerufen am 17. September 2018)

**29** „Gesinnungsministerium DÖW“, „letzte Stalinorgel“, „Privat-Stasi“, „kommunistische Tarnorganisation“ (Bernhard Weidinger, Die „letzte Stalinorgel“? Evidenzproduktion auf umkämpftem Terrain: Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und seine Expertisen als Verhandlungsgegenstände des Österreichischen Nationalrats. In: Jahrbuch des DÖW, Wien, 2015, S. 297-316)

**30** Etwa von Jörg Haider: „Die FPÖ ist keine Nachfolgeorganisation der NSDAP. Denn wäre sie dies, dann hätte sie die absolute Mehrheit.“ (Pressekonferenz, 17.2.1985)

*„Nicht die braune Brut ist die Gefahr, sondern das rote Gesindel.“<sup>26</sup>*

Schon bei der Bildung der SPÖ-Minderheitsregierung im Jahr 1970 und dem Versuch Bruno Kreiskys, die FPÖ aus ihrem politischen Ghetto zu holen, wies Simon Wiesenthal auf die NS-Nähe oder -Mitgliedschaft von SPÖ-Politikern hin<sup>27</sup>.

Spätestens seit den 70er-Jahren und der Etablierung einer kritischen Zeitgeschichtsforschung war jedoch der Fragekomplex „Parteien und Rechtsextremismus“ ein Dauerthema.

Insbesondere die Publikation des „Handbuchs des österreichischen Rechtsextremismus“ im Jahr 1993 durch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes setzte einen Paukenschlag<sup>28</sup>, der weit über das eigene Land hinaus vernehmbar war.

Die Dokumentation zeigte akribisch personelle Querverbindungen zwischen der FPÖ und rechtsextremen Kreisen auf, zog wütende Angriffe auf das DÖW<sup>29</sup> ebenso nach sich wie ironische Distanzierungen<sup>30</sup> und hätte einer, am Liberalismus ori-

entierten, Parteiführung<sup>31</sup> die Chance eröffnet, sich entschlossen – und nicht nur verbal – von rechtsextremen Gruppierungen und Personen zu trennen.

Die Ironie der Geschichte will es, dass die damalige Rechtsextremismus-Publikation des DÖW aus heutiger Sicht wie ein Vorläufer der jetzigen Geschichtsaufarbeitung der FPÖ erscheint.

Der vermeintliche Durchbruch des Liberalismus unter dem Vizekanzler Norbert Steger endete 1986 mit dessen Abwahl als Parteiobmann, der Abspaltung des Liberalen Forums und dem Abschluss der FPÖ aus der Liberalen Internationale, der mit beispielloser Härte erfolgte: „Die FPÖ ist keine liberale Partei aufgrund ihrer Prinzipien, Taten und politischen Führung. ... Die FPÖ ist eine Partei, die nach politischen und sozio-historischen Kriterien als nationalistisch bezeichnet werden kann – mit einer rechtsextremen Tendenz“.<sup>32</sup>

Jörg Haider leitete in der Folge eine dynamische Aufwärtsentwicklung seiner Partei ein, die nicht nur durch die Ängste der Menschen vor den weltpolitischen Veränderungen nach 1989 verursacht war sondern auch durch eine Häufung von politischen Skandalen, welche zu einem Abbröckeln der Lagerbindungen der, über Jahrzehnte festgefügt, Großparteien geführt hatte.

### 4 Die FPÖ 2000 bis 2007. Jahre der Macht

*„Irgendwann muss man auch aus der Vergangenheit ausbrechen können... Für den Österreicher gibt es einen*

*Punkt, an dem er sagt, diese Sache ist für uns ausreichend besprochen.“<sup>33</sup>*

Es mag überraschend erscheinen, dass in der ÖVP-FPÖ-Regierung der Jahre 2000–2007, in denen die FPÖ<sup>34</sup> eine Fülle längst überfälliger Maßnahmen für Opfer<sup>35</sup> solidarisch mittrug und in vielen Fällen jüdischen Organisationen beträchtliche Gestenleistungen<sup>36</sup> geleistet wurden, keine klare Erforschung der eigenen Parteigeschichte erfolgt ist. Offenbar hoffte man, mit jenen Regierungsmaßnahmen, die den berechtigten – und von früheren Regierungen jahrzehntelang vernachlässigten – Forderungen von Opferorganisationen nachkamen, durch die praktizierte Politik einen Schlussstrich unter Teile der Parteigeschichte zu ziehen und damit das Entréebillet in die internationale Akzeptanz einzulösen.

Auffällig war jedoch während all dieser Jahre die Distanz der FPÖ gegenüber der Geschichts- und Gewissenserforschung anderer Parteien, an denen man sich nicht orientierte. Im Gegenteil: Man verwendete die selbstkritischen Reflexionen anderer Parteien, insbesondere jene der Sozialdemokratie, als willkommene rhetorische Munition zu Vorwürfen und Angriffen gegen politische Konkurrenten.

Gewiss hielt sich der Jubel der Sozialdemokratie über die von Sepp Rieder 2002 in Auftrag gegebene Publikation von Wolfgang Neugebauer und Peter Schwarz „Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger National-

**31** Die menschliche Entfremdung zwischen einem liberalen Flügel innerhalb der FPÖ und der Parteiführung nach 1986 wird in einer Äusserung Friedrich Peters deutlich: „Haider ist bis jetzt der einzige Mensch aus dem Bereich der Politik, dem ich nicht die Hand geben möchte.“ Friedrich Peter wörtlich, in: Forum, 16.12. 1988, S. 10. Friedrich Peter trat 1992, Norbert Steger 1993 von sich aus aus der FPÖ aus. (Dr. Norbert Steger erklärte seinen Parteiaustritt in der Illustrierten ‘News’, 9/ 1993, S. 26)

**32** Ausführlich dazu: Alfred Stirnemann, Die Freiheitlichen – Abkehr vom Liberalismus? Zu einigen Aspekten der FPÖ unter Jörg Haider. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1987, Wien- München 1988, S. 183.

**33** Jörg Haider, Die Zeit, 6/2000

**34** Die FPÖ war bei den Nationalratswahlen 1999 immerhin stärker als die ÖVP

**35** Zusammengefasst in „Schweres Erbe und Wiedergutmachung“. Restitution und Entschädigung in Österreich. Die Bilanz der Regierung Schüssel.“, Hg. Stefan Karner, Walter M. Iber; Studienverlag, 2015.

**36** Wenngleich gegen unverhüllte innerparteiliche Reserven: „Die Entschädigungen (der ZwangsarbeiterInnen, Anm. KS) sind nichts anderes als Schutzgeld, das wir zahlen müssen.“ FPÖ-Bundesrat John Gudenus (Interview, profil, 29.5.2000)

sozialisten“ (Wien, 2005)<sup>37</sup> in Grenzen, aber die Partei hatte doch den Mut<sup>38</sup>, sich in den eigenen Spiegel zu schauen.

Auch die ÖVP publizierte, wenngleich Jahre später<sup>39</sup>, eine durchaus selbstkritische Bilanz<sup>40</sup>. Vergleichbare Forschungen der FPÖ zur eigenen Parteigeschichte ließen auf sich warten.

## 5 2017. Regierungsbeteiligung neu: Ja zur Geschichte, Liebe zu Israel?

„Kapitel für Kapitel arbeite ich mein Leben auf.“<sup>41</sup>

Spätestens zu diesem Zeitpunkt wäre zu erwarten gewesen, dass eine vorausschauende Politik der FPÖ auch die Aufarbeitung des „Dritten Lagers“ in all seinen Facetten in Auftrag gegeben hätte.

Wie bei der Haltung der FPÖ in den Kabinetten Schüssel I und Schüssel II konnte man den Eindruck gewinnen, dass öffentliche Erklärungen führender FPÖ-Politiker<sup>42</sup>, reale Regierungsmaßnahmen von FPÖ-geführten Ministerien und personelle Konsequenzen in Form von Rücktritten von FPÖ-FunktionärInnen – allerdings fast immer erst in der Folge eines öffentlichen Aufschreis – die selbstkritische Darstellung der eigenen Parteigeschichte ersetzen sollten. In der politischen Praxis dominierte hingegen ein Tu-quoque-Denken nach dem Grundsatz „Unsere Kritiker sollen sich in den Spiegel schauen. Sie sind um nichts besser“, wobei nicht selten liberale Positionen ins Hintertreffen gelangten: Etwa bei der vehementen Verteidigung des christlich-sozialen Bürgermeisters Lueger<sup>43</sup>, über den schon im 19. Jahrhundert der bedeutende libe-

- 37** Die Publikation wurde immerhin vom Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektuellen und KünstlerInnen selbst herausgegeben und im Internet zugänglich gemacht.
- 38** Im Vorwort stellte der Präsident des BSA Caspar Einem fest: „Dem BSA selbst gelang es ... lange Zeit nicht, den historischen Tatsachen offen ins Auge zu sehen. Zu schwer lastete die Geschichte auf vielen Mitgliedern und Funktionären“ und „Die bloße Veröffentlichung des Zwischenberichts erscheint zu wenig. Es braucht eine darüber hinausgehende Auseinandersetzung mit dem Thema, wenn wir, wenn Mitglieder und Funktionäre des heutigen Bundes sozialdemokratischer AkademikerInnen/Akademiker, Intellektueller und KünstlerInnen/Künstler uns nicht mehr wegducken wollen vor den Vorwürfen zu unserer Vergangenheit. Die Diskussion im Bundesvorstand zeigt, wie schmerzlich dieser Prozess auch für die heutigen Funktionsträgerinnen und Funktionsträger ist.“
- 39** Die Studie wurde im Jahr 2005 vom damaligen ÖVP-Generalsekretär Reinhold Lopatka in Auftrag gegeben. Ab 2006 übernahm der renommierte Restitutionsforscher Michael Wladika die Forschungsaufgabe. Die Ergebnisse der Studie „Zur Repräsentanz von Politikern und Mandatären in der Österreichischen Volkspartei 1945–1980“ wurden 2018 vorgestellt. (S. Thomas Prior, ÖVP stellt sich ihrer Geschichte. Presse, 1. Mai 2018)
- 40** Von 560 ÖVP-Politikern wurden 36 Personen eine NS-Vergangenheit nachgewiesen, in 17 Fällen gibt es Zweifel. 36 von 560 Personen ergibt einen Prozentsatz von 6,4, inklusive der Zweifelsfälle von 9,4 Prozent. Die SPÖ hatte lt. Wladika mit annähernd 10 % einen etwas höheren Schnitt, allerdings waren die Untersuchungskriterien andere (s. Prior, a.a.O.)
- 41** Heinz-Christian Strache, Kurier, 27.8.2017
- 42** So etwa der FPÖ-Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer: „Die FPÖ muss eine Partei sein, die Freundschaft zu Israel pflegt“, unterstrich Hofer mit Blick auf die Vorbehalte israelischer Politiker gegenüber seiner Partei. Zugleich sprach er sich klar gegen antisemitische Tendenzen aus, die man „im Keim ersticken“ müsse. „Jeder, der nach Österreich kommt, muss wissen, dass es keine Toleranz für Antisemitismus gibt, auch aufgrund unserer Geschichte. Denn Österreich trägt eine erhebliche Schuld an dem, was passiert ist“, sagte der Präsidentschaftskandidat. In diesem Zusammenhang sprach er sich auch erneut für eine Beibehaltung des Verbotsgesetzes aus. Österreich sei „noch nicht so weit“, es streichen zu können. („Salzburg 24“, 11. März 2016)
- Kurier, 27.8.2017: „FPÖ-Chef Heinz Christian Strache schreibt an seiner Autobiografie. „Kapitel für Kapitel arbeite ich mein Leben auf“, verrät er dem KURIER. Es dürfte tatsächlich ein äußerst spannendes politisches Buch werden. Denn eines der Kapitel ist der Aussöhnung mit Israel gewidmet. Jörg Haider hat sie mehrfach versucht, aber gelungen ist sie erst Strache. Strache erzählt in dem Buch, wie er zum entschiedenen Gegner von Antisemitismus und zum Verteidiger des „christlich-jüdisch-aramäischen Erbes“ wurde. „Seine Inspiration diesbezüglich war kein Geringerer als Rafi Eitan, der Fänger von Adolf Eichmann.“
- 43** „Der freiheitliche Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache bezeichnete die Umbenennung als `Skandal`: `Dr. Lue-

rale Intellektuelle und Bürgermeister Cajetan Felder ein kaum zu überbietendes Verdammungsurteil<sup>44</sup> gefällt hatte, das dem Cajetan-Felder-Institut, einem Denktank<sup>45</sup> der FPÖ<sup>46</sup>, sicher nicht entgangen ist.

Tatsächlich fehlte es seitens der FPÖ nicht an pro-israelischen Forderungen<sup>47</sup>, die zumindest auf verbaler Ebene einen klaren Schlusstrich zur Zeit des Nationalsozialismus und Teilen der eigenen Parteigeschichte setzten.

Einen Kontrast dazu bieten allerdings irritierende Äußerungen meist wenig bedeutender Funktionärinnen und Funktionäre<sup>48</sup>, die sich offenbar aufgrund ihres speziellen geistigen Zu-

schnitts der Folgen ihrer Äußerungen und deren verletzenden historischen Assoziationen nur eingeschränkt bewusst waren.

Resümierend ergibt sich in der Gegenwart ein klarer Kontrast zwischen Aussagen von FPÖ-Regierungsmitgliedern, die sich um größtmögliche politische Korrektheit und demonstrative Israelfreundschaft bemühen, und gleichzeitigen Internet-Likes und Liederbuch-Vorfällen, welche die Glaubwürdigkeit der Aussagen der FPÖ-Spitzenpolitiker mindern oder zumindest eine mangelnde Durchsetzungskraft der Parteispitze gegenüber Teilen der eigenen Partei<sup>49</sup> und deren Sympathisanten vermuten lassen.

ger war ein Bürgermeister, der sich größte Verdienste um die Stadt erworben hat.“ (Der Standard, 19. April 2012).

„FP-Strache/Gudenus: Linker Gesinnungsterror im Fall Lueger-Ring“ (APA, OTS-Originaltext Presseausendung, 19. April 2012) „Am Freitag nannte FPÖ-Gemeinderat Gerals Ebinger die Umbenennung `eine Kulturbarbarei ersten Ranges`“ (ORF, 25. 5. 2012)

- 44** „Mit den Doktoren Mandl und Lueger trat mit einem Mal die Inkarnation des bösen Prinzips auf die Bühne des Gemeinderats. ... Der Dr. Lueger gilt mir indessen als zielbewusster Bösewicht, wie er im Buche steht, der alles, was sich ihm nicht blindlings unterwirft, mit Gift, Feuer und Schwert zu vernichten bestrebt ist, weil er es so will. Beide haben ... die Gemeindeverwaltung Wiens, wie ich detailliert zu beweisen imstande bin, unermesslich geschädigt. Sie haben die Kommunalvertretung, im Rathaus wie außerhalb desselben, bis ins Ausland hinaus um ihr Ansehen, um ihren Einfluss gebracht, die Intelligenz und die anständige Bürgerschaft zum großen Teile aus dem Ratssaale verjagt, die Administration durch die Einschmuggelung eines miserablen Spionier- und Denunziationsapparates so desorganisiert und demoralisiert, dass das Gemeinwesen noch lange Zeit, nachdem diese bösen Geister einmal gebannt sein werden, darunter zu leiden haben wird.“
- „Schon lange nach den von mir angestellten Charakterproben erkannte ich in Dr. Lueger das inkarnierte böse Prinzip...“ (Cajetan Felder, Erinnerungen eines Wiener Bürgermeisters, Wien, 1964, S. 216 und S. 250)
- 45** „Das Andenken an den großen Wiener Bürgermeister Dr. Cajetan Felder soll hochgehalten und die Persönlichkeit als solche in den Mittelpunkt forcierter Forschung gestellt werden“ (Homepage des Cajetan-Felder-Instituts, abgerufen am 17. September 2018)
- 46** Laut Vereinsregisterauszug vom 11. Februar 2009 gehören dem Cajetan-Felder-Institut als Präsident Komm.-Rat Walter Prinz, als 1. Vizepräsident Mag. Hilmar Kabas, als 2. Vizepräsident Johann Herzog an (Homepage des Cajetan-Felder-Instituts, abgerufen am 17. September 2018). Baumeister Walter Prinz war ab 1987 Gemeinderat der FPÖ im Wiener Gemeinderat und von 1996 bis 2001 Nichtamtsführender Stadtrat der FPÖ. Mag. Hilmar Kabas war „führender Parteifunktionär der FPÖ“ (wikipedia, abgerufen am 17. September 2018) und von 2006 bis 2007 Volksanwalt. Johann Herzog war zwischen 1990 und 1996 Abgeordneter der FPÖ zum Wiener Landtag und Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien, ab 1991 stellvertretender Klubobmann und wurde 1996 als Stadtrat angelobt. Nach den Gemeinderatswahlen 2005 wechselte er kurz wieder in den Wiener Gemeinderat. Herzog ist Mitglied der schlagenden akademischen Burschenschaft Aldania (Kurzbiografie, auf club-carriere.com, abgerufen am 21. Dezember 2012)
- 47** So etwa dem Vorstoß von Vizekanzler Strache, die österreichische Botschaft nach Jerusalem zu verlegen, womit er den offiziellen EU-Kurs verließ. („Es sei ‚total absurd‘, die Botschaft nicht in Israels Hauptstadt, sondern in Tel Aviv anzusiedeln, meint der FPÖ-Chef – und wiederholt damit Forderungen Donald Trumps“, Die Presse, 22.6.2017)
- 48** Vgl. die Zusammenstellung in [kontrast.at](http://kontrast.at) vom 13. Februar 2018 „Die Grenze ist das Strafrecht. Die gesammelten „Einzelfälle“ der FPÖ seit Regierungsantritt im Dezember 2017“
- 49** Vgl. etwa den Leserbrief des Kandidaten für das Bundesverwaltungsgericht Hubert Keyl, an die Zeitschrift „Zur Zeit“ (Nr. 24, 2007) der darin gemeint hatte: „Die bevorstehende Seligsprechung des Franz Jägerstätters (sic!) ist ein Schlag ins Gesicht jedes gläubigen Menschen. Denn wer als Soldat seine Kameraden im Feld im Stich läßt, ist ein Verräter, und Verräter soll man verurteilen. Das Erheben dieses Politseligen zur `Ehre der Altäre` dient meiner Meinung nach

## 6 Ausblick

„Nur eure Tat wird man spüren...“<sup>60</sup>

In dieser Situation ist es bemerkenswert, dass, wenngleich im Vergleich zu den politischen Mitbewerbern spät, eine Kommission zur Erforschung der Parteigeschichte der FPÖ<sup>51</sup> eingesetzt wurde.

Deren Leitung durch den international angesehenen Rechtshistoriker, ehemaligen Dritten Nationalratspräsidenten und emeritierten Univ.Prof. Mag. Dr. Wilhelm Brauneder lässt hoffen, dass die jüngere Parteigeschichte der FPÖ, inklusive

der Biographien maßgeblicher Politikerinnen und Politiker und der Tätigkeit der Burschenschaften, ungeschminkt dargestellt wird.<sup>52</sup>

Angesichts eindeutiger Äusserungen des derzeitigen Parteivorsitzenden<sup>53</sup> und Vizekanzlers verdient dieses Unterfangen kritische Beobachtung ebenso wie grundsätzlichen Respekt.<sup>54</sup>

Nicht übersehen soll letztlich sein, wie sehr sich die öffentlichen Bekundungen von Spitzenpolitikern der FPÖ gewandelt<sup>55</sup> und an medialer Glaubwürdigkeit gewonnen haben<sup>56</sup>.

Hatte sich die FPÖ vor 30 Jahren noch vehement gegen das „Mahnmal gegen Krieg und Fa-

nur dazu, Wehrdienstverweigerung auch in katholischen Kernschichten gesellschaftsfähig zu machen. Ich bin der Meinung, dass die ohnedies geschwächte Funktionärskirche durch diesen Akt in den Reihen der wertkonservativen Gläubigen weiter massiv an Ansehen verlieren wird“. Diese Äußerung des designierten Verwaltungsrichters der FPÖ rief eine heftige Kritik des Landeshauptmanns von Oberösterreich Thomas Stelzer hervor: „Ich habe mir eigentlich nicht gedacht, dass wir im Jahre 2018 über die Rolle von Franz Jägerstätter reden müssen. Für das Land Oberösterreich ist er eine Persönlichkeit, die dem Nationalsozialismus vehement die Stirn geboten hat. ... Dieses allgemeine Geschichtsverständnis ... sollte selbstverständlich sein – insbesondere für Persönlichkeiten, die öffentliche Ämter bekleiden möchten.“ (Kurier, 15. 9. 2018)

Nach Verteidigungsversuchen der FPÖ („FPÖ-Parteichef Strache sprach von einer ‚Hexenjagd‘ auf den Juristen, Generalsekretär Christian Hafenecker nannte es schade, ‚wenn der bestgeeignete Kandidat aufgrund medialer Hetze seine Kandidatur zurückzieht‘“, (Volksblatt, 17. September 2018) zog „der umstrittene Jurist Hubert Keyl seine Kandidatur als Bundesverwaltungsrichter“ mit der Feststellung ‚Ich würde diesen Artikel heute nicht mehr so veröffentlichen‘“ (ebda.) zurück.

- 50** Erich Fried, zitiert von Vizekanzler Heinz-Christian Strache am 6. 5. 2018, Rede vor dem Mahnmal gegen Krieg und Faschismus. (Homepage des Bundeskanzleramts, abgerufen am 19. September 2018)
- 51** „Befreiungsschlag mit Historiker-Kommission. Die FPÖ will andere Schlagzeilen“ (Kurier, 12. Februar 2018). „Ein erster Bericht soll im Herbst vorliegen.“ (Kurier, 13. 2. 2018)
- 52** „Die wegen der Liederbuchaffäre in die Bredouille geratene FPÖ versucht jetzt den Befreiungsschlag. Eine Historikerkommission soll die Geschichte der Partei und des Dritten Lagers auf braune Flecken hin untersuchen. Was die Kommission dabei an Neuem herausfinden soll, ist nicht ganz klar.“ (Salzburger Nachrichten, 14. 2. 2018)
- 53** Diese erfolgte auch aus den eigenen Reihen. „Der Leiter der FP-internen Referenzgruppe für die Kommission, Andreas Mölzer, bezeichnete dieses als ‚taktisches Manöver, um aus den Schlagzeilen zu kommen‘“ (Kurier, ebda.)
- 54** Vgl. etwa die Äußerungen von Arik Brauer bei einer Gedenkveranstaltung im Bundeskanzleramt: „Brauer hält Straches Bemühungen, mit der braunen Vergangenheit und den NS-Einzelfällen in der FPÖ aufzuräumen, für glaubwürdig. ‚Ich persönlich nehme Strache seine absolut faire und richtige Einstellung zum Judentum ab‘, so Brauer“. (Heute, 12. Mai 2018)
- 55** So betonte FPÖ-Chef und Vizekanzler Heinz-Christian Strache vor dem Akademikerball, für Antisemiten gebe es weder in der FPÖ noch am Akademikerball einen Platz. „Die Verantwortung und das Gedenken an die Opfer des Holocaust sind uns Verpflichtung und Verantwortung in der Gegenwart und für kommende Generationen. Wer das anders sieht, soll aufstehen und gehen. Er ist bei uns nicht erwünscht.“ (Kurier, 27. Jänner 2018)
- Vizekanzler Strache hatte im Frühjahr auch als Privatperson die KZ-Gedenkstätte Mauthausen besucht. „Straches Büro bestätigte gegenüber „profil“ den Besuch.“ (APA, OTS, 12. Mai 2018)
- 56** Laut einer Meinungsumfrage halten „52 Prozent der Befragten die Aussagen Straches, dass Antisemitismus in der FPÖ nichts verloren habe für glaubwürdig.“ (Kurier, 12. 5. 2018)

schismus<sup>57</sup> des Bildhauers Alfred Hrdlicka<sup>58</sup> eingesetzt, versammelten sich am 6. Mai dieses Jahres die SpitzenpolitikerInnen der FPÖ fast vollständig vor diesem Mahnmal, um der Ansprache des Vizekanzlers zu folgen<sup>59</sup>.

Dass er dieses Mahnmal<sup>60</sup> würdigte und zum Abschluss ein Gedicht<sup>61</sup> des in die Emigration verjagten Erich Fried<sup>62</sup> vortrug, deutet einen Paradigmenwechsel an, von dem man nur hoffen kann, dass er tiefgreifend und nachhaltig ist.

Jenseits der unvermeidlichen politischen Rhetorik sollten wir diesen Prozess mit Interesse und Respekt beobachten und fördern.

- 57** Politiker der ÖVP und FPÖ waren aus Protest der Enthüllung des Denkmals am 24. 11. 1988 fern geblieben. Zur Diskussion um das Denkmal s.d. Dokumentation Alfred Hrdlicka, Mahnmal gegen Krieg und Faschismus in Wien, hg. Von Ulrike Jenni, Bd 2. „Das Mahnmal und die Presse, 1978–1992“, Graz, 1993.
- 58** „FPÖ-Obmann Dr. Jörg Haider protestierte erneut gegen die Gestaltung des Mahnmals durch Hrdlicka“ (Wiener Zeitung, 25. 11. 1988) Die FPÖ forderte eine Volksbefragung zum Mahnmal (Presse, 30.3.1988)
- 59** „Ich verneige mich vor all jenen, die in dieser Zeit ein furchtbares Schicksal tragen mussten und schon die Erinnerungen an diese Zeit schlagen unvergesslich tiefe Wunden. ... in den Tagen nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich wurden Jüdinnen und Juden gezwungen – von der Bevölkerung bespuckt und verhöhnt –, die Straßen von Anti-Nazi-Parolen zu säubern. Bevor die systematischen Deportationen in die Todeslager der SS begannen und sich das Entsetzen der Shoah unauslöschlich in das Gedächtnis der Menschheit einbrannte.“ „Unser besonderes Gedenken gilt heute daher allen Opfern und allen Überlebenden dieser schrecklichen Zeit. Österreich trägt schwer an diesem Erbe.“ (Rede auf dem Albertinaplatz, 6. 5. 2018; Homepage des Bundeskanzleramts, abgerufen am 18. 9. 2018)
- 60** „Dieser Ort hat eine besondere Symbolik“ (Strache, a.a.O.).
- 61** „Die unter die Erde gegangen sind und die in den Flüssen schlafen,  
und die, die als Asche verwehten im Wind, sie werden nicht loben, nicht strafen.  
Sie werden nicht mitziehn in euren Reihn,  
sie werden die Hand euch nicht führen, sie lassen euch Lebende ganz allein.  
Nur eure Tat wird man spüren,  
und schwer wird die sein müssen wie euer Land, und viel wird sie geben und nehmen.  
Beim Schlagen, beim Schaffen soll dann eure Hand nicht eure Toten beschämen.“  
(Heinz-Christian Strache, Rede am Albertinaplatz, 6. 5. 2018; Homepage des Bundeskanzleramts, abgerufen am 18.9.2018)
- 62** Der Vater von Erich Fried war 1938 an den Folgen eines Gestapo-Verhörs gestorben. Erich Fried selbst stand in der Emigration mindestens zwei Jahre lang, von Ende 1941 bis Ende 1943, dem »Kommunistischen Jugendverband« nahe. Er verließ ihn 1943 wegen zunehmender stalinistischer Tendenzen.

---

**Die Aufarbeitung der  
NS-Vergangenheit in Österreich**  
von  
**Wilhelm Brauneder**

**Inhalt**

1	<b>Grundsätzliches</b>	27
2	<b>Verfassungs- und Rechtsordnung</b>	27
3	<b>Weitere Maßnahmen</b>	28
3.1	Entnazifizierung	28
3.2	Kriegsverbrechen	30
3.3	Die Sondergerichtsbarkeit der Volksgerichte	31
3.4	Entschädigungen im weiteren Sinne	31
3.4.1	Rückstellung	31
3.4.2	Opferfürsorge	32
3.4.3	Entschädigungen im engeren Sinn	33
3.4.3.1	Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus	33
3.4.3.2	Versöhnungsfonds 2000	33
3.4.3.3	Der allgemeine Entschädigungsfonds	34
4	<b>Haltungsänderungen</b>	34

**1 Grundsätzliches**

Die Besonderheit der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Österreich besteht darin, daß es nicht nur um das NS-Unrecht *im* Staat, sondern *am* Staat selbst geht. Gemeint ist damit das Ende der österreichischen Staatlichkeit im Jahre 1938 durch den „Anschluß“, d. h. die Eingliederung in das Deutsche Reich unter dessen NS-Führung sowie durch die letzte NS-orientierte Bundesregierung Österreichs. Der Anschluß sei, so hieß es nach 1945 unter anderem, durch eine „nazi-faschistische Minderheit“ im Inneren sowie durch die „hitlersche Aggression“ von außen erzwungen worden. Schon die frühe Diskussion unterschied daher als Straftatbestände einerseits in die bloße NSDAP-Mitgliedschaft, andererseits in diese verbunden mit Hochverrat.

Hinsichtlich der Stellung Österreichs in der Zeit ab dem Anschluß bis 1945 wurden zwei staats- und völkerrechtliche Theorien vertreten. Die Annexionstheorie ging davon aus, mit dem Anschluß sei der österreichische Staat eben durch Annexion seitens des Deutschen Reiches untergegangen. Tatsächlich gab es keine Exilregierung Österreichs wie etwa solche der tschechoslowakischen Republik oder Polens, die österreichischen Auslandsvertretungen hatten sich der jeweiligen deutschen unterstellt. Die Annexionstheorie bestimmte nach 1938 vorerst die Staatenwelt. Anders die Okkupationstheorie: Sie vertrat die Ansicht, Österreich sei im Jahre 1938 besetzt worden, habe als Staat weiterbestanden, sei allerdings handlungsunfähig gewesen. Diese Handlungsunfähigkeit wäre 1945 weggefallen, Österreich stehe in Kontinuität zu seiner Staatlichkeit vor dem Anschluß, zu jener des Deutschen Reiches aber in Diskontinuität. Die Wahrnehmung der Staatsgewalt oblag schon ab Ende April 1945 der Provisorischen Staatsregierung, ab Herbst 1945 den verfassungsrechtlichen Organen<sup>1</sup>.

Die Okkupationstheorie – die zur herrschenden Staatsdoktrin ab 1945 wurde – knüpfte an die Moskauer Erklärung der Alliierten von 1943 an, in der es u. a. hieß: „Österreich, das erste freie

Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist“, werde als souveräner Staat wieder hergestellt werden. Diesen Passus wiederholte die Unabhängigkeitserklärung 1945 (StGBI. 1) der wiederbegründeten politischen Parteien: Österreichische Volkspartei (ÖVP: ehemals Christlichsozialistische Partei), Sozialistische Partei (SPÖ), Kommunistische Partei (KPÖ). Der Anschluß 1938 wurde ausdrücklich als „aufgezwungen“ erklärt. Hieran knüpft die sogenannte „Opfertheorie“ an: Österreich sei, wie in der Moskauer Erklärung festgehalten, auch ein Opfer des NS-Regimes. Dies festzuhalten, ist für das Verständnis der folgenden Ausführungen vor allem zur Wiedergutmachung von grundlegender Bedeutung.

**2 Verfassungs- und Rechtsordnung**

Was das Verfassungsrecht betrifft, so konnte 1945 nicht einfach zum Zustand unmittelbar vor dem Anschluß zurückgekehrt werden. Österreichs damals geltende Verfassung 1934 widersprach demokratischen Grundsätzen und hatte tatsächlich, gemeinsam mit anderen Maßnahmen, einen, so die Selbstcharakteristik, autoritären Ständestaat etabliert, auch als Austrofaschismus bezeichnet<sup>2</sup>. Sie kannte keine allgemeinen Volkswahlen und daher keine demokratisch legitimierten Vertretungen. So kam es 1945<sup>3</sup> zur Wiederherstellung des Verfassungszustandes vor dem Erlaß der Verfassung 1934, nämlich, nach einer kurzen Übergangszeit mit einer Vorläufigen Verfassung, zur Wiederherstellung der Verfassung 1920/1929. Dies hatte übrigens die Moskauer Erklärung mit dem Hinweis geboten, Österreich sei im Geiste der Verfassung von 1920 wieder herzustellen, vor allem aber die innenpolitische Situation, da die Verfassung 1934 vor allem auf den Widerstand von SPÖ und KPÖ stieß.

Komplizierter war es mit der Herstellung der Rechtsordnung bestellt<sup>4</sup>. Hier konnte man an Gesetzgebungsakten aus der Zeit zwischen 1938 und 1945 nicht vorübergehen, da sie zum Teil

<sup>1</sup> Brauneder, 257 f.; M. Pape, *Ungleiche Brüder: Österreich und Deutschland 1945 – 1965*, 2000, 32 ff.

<sup>2</sup> Brauneder, wie Fn. 1, 233 ff.

<sup>3</sup> Brauneder, wie Fn. 1, 259 ff.

<sup>4</sup> Ebda; ders., *Europäische Privatrechtsgeschichte*, 2014, 162 f.



einem aufgestauten Modernisierungsbedürfnis entsprochen hatten wie etwa mit der Einführung des Handelsgesetzbuches und vor allem mit dem Ehegesetz 1938. Dieses hatte eine fast einhundertjährige Diskussion zum Abschluß gebracht, nämlich den Ersatz des konfessionsgebundenen Eherechts des ABGB mit insbesondere der Unscheidbarkeit der Katholikenehe durch die Zivilehe. So kam es zu einer teilweisen Kontinuität mit dem einfachgesetzlichen Rechtszustand des Deutschen Reiches. Dafür wurde folgende Formel gewählt: Nicht zu übernehmen war, was typischem NS-Gedankengut entsprach oder dem österreichischen Rechtsempfinden entgegenlief. Im Konkreten konnte die Fortgeltung bzw. die Nicht-Fortgeltung deutschen Rechts durch Verordnungen der Staats- bzw. sodann Bundesregierung festgestellt werden.

Dazu einige Beispiele: Wegen ihres NS-Gehalts wurden die Nürnberger Rassegesetze 1945 ausdrücklich aufgehoben (StGBI. 14); aufgehoben wurde das Testamentsgesetz, weil es dem österreichischen Rechtsempfinden widersprach; übernommen hingegen wurde das Ehegesetz 1938, ausgeschieden allerdings die NS-Bestimmungen im Nichtigkeits- und Scheidungsrecht; übernommen wurde das HGB; die Reichsabgabenordnung wandelte sich zur Bundesabgabenordnung. Festzuhalten ist, daß es sich hierbei ausschließlich um innerösterreichische Rechtsakte handelte, nicht um solche der Alliierten.

### 3 Weitere Maßnahmen

Hier sind drei Komplexe zu unterscheiden, nämlich: die Entnazifizierung und insbesondere die Kriegsverbrechergesetzgebung, sodann Entschädigungen im weiteren Sinne in drei Formen: Rückstellung und Herausgabe von Kulturgütern, Opferfürsorge, Entschädigung im engeren Sinn.

Was die Chronologie der entsprechenden Gesetzgebungsakte anlangt, so sind insgesamt etwa 60 Gesetze und eine große Anzahl kleinerer Novellen

erlassen worden<sup>5</sup>. Davon entfallen in die Jahre 1945 bis 1949 etwa 55 Prozent; ein Drittel davon nimmt die Anti-NS-Gesetzgebung ein, zwei Drittel die Rückstellungs- und Opferfürsorgegesetzgebung. Ab dem Staatsvertrag von Wien 1955 bis 1962 ergingen weitere etwa 25 Prozent, nun überwiegend Entschädigungen im weiteren Sinne; etwa zehn Prozent fallen in den späten Zeitraum von 1995 bis 2001, wobei es sich nun nur um Entschädigungen im engeren Sinne handelt. Die restlichen zehn Prozent verteilen sich auf Zeiträume dazwischen.

#### 3.1 Entnazifizierung

Schon<sup>6</sup> die Regierungserklärung 1945 (StGBI. 3) kündigte Maßnahmen gegen NSDAP-Mitglieder an, wobei in Aktivisten und Mitläufer zu unterscheiden wäre. Gegen wilde Vergeltungsmaßnahmen schien ein entsprechendes Gesetz dringlich<sup>7</sup>, von dem man vorerst – signifikanterweise – vom „Vergeltungsgesetz“ sprach, das aber später „Verbotsgesetz“ genannt wurde. Ein erster Plan von Vizekanzler Adolf Schärf sah folgende Maßnahmen vor: Registrierung sämtlicher NSDAP-Mitglieder; bedingte (!) ex-lege-Verurteilung der „Illegalen“, d. h. der NSDAP-Mitglieder vor dem Anschluß 1938; in besonders qualifizierten Fällen sollte es zu Anklagen kommen; dabei waren Verschärfungen vorgesehen, aber auch die Möglichkeit von „Nachsichtgesuchen“.

Schon am 8. Mai 1945 wurde das „Verbotsgesetz“ erlassen (StGBI. 13). Es erging als Verfassungsgesetz, erhielt also erhöhte Bestandsgarantie, wobei noch hinzuzufügen ist, daß für ein derartiges Gesetz die ausdrückliche Zustimmung der Alliierten erforderlich war – die also vorlag. Der wesentliche Inhalt bestand in Folgendem: Verbot der NSDAP sowie der „Wehrverbände (SS, SA, NSKK, NSFK)“ sowie „aller nationalsozialistischer Organisationen“; Verbot einer weiteren NS-Tätigkeit, die unter Todesstrafe gestellt wurde; Registrierung aller Mitglieder und auch Anwärter der vorgenannten Organisationen zwischen dem Verbot der NSDAP 1933 und 1945 durch Selbstanzeige; Einstufung aller dieser Mitglieder

ab dem 18. Lebensjahr vor dem Anschluß als „Illegale“ und damit Hochverräter gemäß Strafgesetz bei allerdings eingeschränkter Verfolgung, aber „jedenfalls“ bei allgemeinem „Überhandnehmen hochverräterischer Umtriebe“ oder individueller Wiederbetätigung; Verfolgung jedenfalls vom Ortsgruppenleiter aufwärts wie ebenso von Sponsoren („beträchtliche finanzielle Zuwendungen“). Unterlassung der Registrierung galt als Erfüllung des Verbrechenstatbestandes des Betrugs. „Illegalen“ drohten bis zu zehn Jahren schweren Kerker, Funktionsträger und Sponsoren bis zu zwanzig Jahren, Beamte und ihnen Gleichgestellte waren zu entlassen, andere unterlagen Berufsverboten, in allen Fällen kam es zum Vermögensverfall und unter Umständen zur Verhängung von Polizeiaufsicht, Zwangsarbeit oder Einweisung in Zwangsarbeitsanstalten. Allerdings gab es zur Entschärfung „den § 27“. Demnach konnte auf Antrag von der Registrierung – mit allen ihren Folgen – abgesehen werden, wenn der Antragsteller seine „Stellung niemals mißbraucht hat und aus seinem Verhalten noch vor der Befreiung Österreichs [1945] auf eine positive Einstellung zur unabhängigen Republik Österreich mit Sicherheit geschlossen werden kann“. Von etwa 530.000 Registrierten stellten fast 400.000 derartige § 27-Anträge, über die zu entscheiden, die Behörden faktisch nicht in der Lage waren<sup>8</sup>. Zur erwähnen ist noch, daß die Landeskonzferenz vom Oktober 1945 die Registrierten vom aktiven und passiven Wahlrecht ausschloß<sup>9</sup>. Dies bedeutete, daß die Wahlen 1945 ohne Teilnahme der NSDAP-Mitglieder stattfanden.

Das Verbotsgesetz 1945 erschien den Alliierten – trotz ihrer Zustimmung – zu milde, was zum sogenannten „NS-Gesetz 1947“ führte, abermals ein Verfassungsgesetz. Obwohl es sich gesetzestechnisch als Novelle zum Verbotsgesetz verstand (StGBI. 25), umfaßte es dennoch über zehn Gesetzblattseiten mit überaus kasuistischen Regelungen insbesondere im Bereich der Berufsverbote. Neu war nun insbesondere: Entfall der Ausnahme von der Registrierungspflicht

(„§ 27-Anträge“); Ausdehnung des Begriffs „Illegaler“ auch auf die Zeit der legal zugelassenen NSDAP; Erweiterung des Hochverräterkreises auf u. a. NS-Offiziersbund, „alte Kämpfer“; vor allem eine Differenzierung der Registrierungspflichtigen in „Belastete“ und „Minderbelastete“.

Als „Belastete“ galten insbesondere Funktionäre und Sponsoren. Ihnen waren sämtliche mittleren und höheren Berufe verschlossen, die penibel aufgelistet wurden von u. a. allen Rechtsberufen bis hin zum Gast- und Schankgewerbe; ausgeschlossen waren sie weiters u. a. von jedem Hochschulstudium; sie konnten keine Parteimitgliedschaft erwerben; sie unterlagen einer besonderen Sühnpflicht in der Höhe von 20 Prozent ihrer direkten Steuerleistung und einer einmaligen Vermögensabgabe.

Für „Minderbelastete“ waren die Folgen ähnlich, möglich allerdings war deren Nachsicht, zulässig auch Parteimitgliedschaft. Über die Nachsicht entschieden entsprechende Kommissionen. Als Beispiel dient das Schicksal des bekannten Burgschauspielers und Lokalhistorikers Fred Hennings<sup>10</sup>. Unmittelbar nach dem Anschluß 1938 hatte er mit zwei weiteren NSDAP-Mitgliedern aus dem Kreis der Burgschauspieler kurz die Leitung des Burgtheaters übernommen. Heimgekehrt in seine Wohnung in Wien bei Kriegsende, ließ er sich sofort registrieren und wurde zum Arbeitseinsatz verpflichtet. Seiner historischen Kenntnisse wegen bat er, bei den Aufräumungsarbeiten im zerstörten Stephansdom eingesetzt zu werden, was so auch geschah. Im Jahr 1947 stuft ihn die zuständige Kommission als Minderbelasteten ein, und durch eine Entschließung des Bundespräsidenten konnte er ab 1948 wieder am Burgtheater spielen.

Kritik an der NS-Gesetzgebung gab es zum Teil sehr vehement<sup>11</sup>, auch in den Zeitungen<sup>12</sup>, diese freilich nur in den Westzonen, nicht in der Sowjetzone. Durchgehend negativ kritisiert wurde die Kollektivschuld, die Ausgrenzung aus dem politischen und sozialen Leben. Der Innsbrucker Staatsrechtslehrer Ernst Kolb schrieb 1947, das Verbotsgesetz

<sup>5</sup> Übersicht bei D. Ch. Kratz, Das österreichische Restitutionsrecht im Rechtsvergleich mit Deutschland unter besonderer Berücksichtigung von Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945, Jur. Diss., Wien 2007, 27 ff.

<sup>6</sup> Zur Entnazifizierung u. a. D. Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, 1981; W. Schuster/W. Weber (Hg.), Entnazifizierung im regionalen Vergleich, 2004.

<sup>7</sup> A. Schärf, Österreichs Wiederaufrichtung im Jahre 1945, 1960, 278 ff.

<sup>8</sup> U. a. P. Dusek etc., Zeitgeschichte im Aufriß, 3. Aufl. 1988, 240; Schärf, wie Fn. 8.

<sup>9</sup> V. Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, 1980, 85.

<sup>10</sup> F. Hennings, Heimat Burgtheater III, 1974, 12 ff., 76, 78, 95 f.

<sup>11</sup> Reimann, wie Fn. 10, 89 ff.; zeitgenössisch u. a. Th. Veiter, Gesetz als Unrecht, 1949; H. Meinhart, Parteimitglied und Parteienwärter, o. J. (1947).

<sup>12</sup> Reimann, wie Fn. 10, 91 f.; H. Dachs, Die Entnazifizierung in der Salzburger Presse, 1999, 231 f.

gesetz sei das „schärfste, jemals in einem besiegten, besetzten oder neutralen Staat beschlossene Gesetz“, und der Erzbischof von Salzbrug hielt „das neue Nationalsozialistengesetz für einen Irrweg“<sup>13</sup>. Die Bundesregierung verteidigte sich mit Hinweisen auf die Begehren des Alliierten Kontrollrats und die Chance auf einen Staatsvertrag zur Beendigung des Besatzungsregimes. Für die Politischen Parteien – ausgenommen die KPÖ – stellten die politisch ausgegrenzten NSDAP-Mitglieder ein potentielles Wählerreservoir dar, das zunehmend umworben wurde mit etwa gegenseitigen Anschuldigungen von ÖVP und SPÖ bezüglich ihrer Rolle in der NS-Gesetzgebung<sup>14</sup>. Das SPÖ-Aktionsprogramm von 1947 verlangte „Sühne der faschistischen und nationalsozialistischen Verbrechen“, aber auch „Eingliederung der früheren Mitläufer der beiden faschistischen Parteien in die Gemeinschaft der Staatsbürger“<sup>15</sup>. Die SPÖ stellte also Mitglieder der Ständestaatspartei und der NSDAP gleich. Die Leitsätze der ÖVP von 1945 betrafen hingegen nur die NSDAP: „Ausschaltung“ bei „Mitarbeit am Hitlersystem“ aus „allen Führungsstellen des öffentlichen und privaten Lebens“, „strenge Bestrafung“ im Falle „verbrecherischer Handlungen“<sup>16</sup>. Beide Parteien differenzierten jedenfalls.

Dies alles brachte schrittweise Lockerungen. Im Jahre 1948 kam es in einem ersten Schritt zur teilweisen Aufhebung der Sühnefolgen von minderbelasteten Personen unter dreißig Jahren (BGBl 70) und vor allem durch das sogenannte Amnestiegesetz (BGBl 99) zur fast völligen Aufhebung der Sühnefolgen, ausgenommen im Falle der Wiederbetätigung. Von diesen Maßnahmen waren etwa 400.000 Personen betroffen – just jene Zahl, welche die oben erwähnten „§ 27-Anträge“ gestellt hatte. Im Jahre 1949 folgte die Streichung aller Minderbelasteten aus den Registrierungslisten. Bei der Nationalratswahl im Oktober 1949 waren daher rund 430.000 ehemalige NSDAP-Mitglieder wieder wahlberechtigt<sup>17</sup>.

Im Jahre 1952 erfolgte eine Amnestie für Belastete – ausgenommen Kriegsverbrecher –, 1956

kam es zur prinzipiellen Aufhebung des Vermögensverfalls, 1957 zu dem der Registrierungs-pflicht überhaupt wie auch der Sühnefolgen.

Das Verbotsgesetz/NS-Gesetz wurde 1992 durch einen neuen Tatbestand erweitert (BGBl. 148), nämlich die Leugnung, grobe Verharmlosung, das Gutheißen oder die Rechtfertigung des NS-Völkermords und von NS-Verbrechen bei Herabsetzung des Mindeststrafrahmens.

### 3.2 Kriegsverbrechen

Am 26. Juni 1945 (StGBI. 32) erging das „Kriegsverbrechergesetz“, das als „Kriegsverbrechergesetz 1947“ (BGBl. 25) wiederverlautbart wurde. Es enthielt wie die übrige Anti-NS-Gesetzgebung den Rang eines Verfassungsgesetzes.

Als Kriegsverbrechen galten Handlungen gegen die „natürlichen Anforderungen der Menschlichkeit“, gegen die „anerkannten Grundsätze des Völkerrechts oder des Kriegsrechts“ in Bezug auf feindliche Truppen oder Zivilpersonen; unter Umständen konnte die Todesstrafe verhängt werden. Als Kriegsverbrecher galten weiters bestimmte Funktionsträger vom Gau-, ab 1947 (BGBl. 25) vom Kreisleiter aufwärts; sie unterlagen jedenfalls der Todesstrafe.

Den weiteren Tatbestand der „Kriegshetzer“ erfüllten jene Personen, die eine entsprechende Propaganda getrieben hatten; gegen sie konnte unter Umständen die Todesstrafe verhängt werden. „Quälereien und Mißhandlungen“ insbesondere „aus politischer Gehässigkeit“ konnten gleichfalls unter Umständen mit der Todesstrafe geahndet werden, handelte es sich hiebei um bestimmte Funktionsträger, war diese jedenfalls zu verhängen. Gleichfalls unter Umständen unter Androhung der Todesstrafe waren „Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde“ „aus politischer Gehässigkeit“. „Hochverrat“ am österreichischen Volk“, d. h. Mitwirkung an der Machtergreifung der NSDAP in Österreich 1938, unterlag jedenfalls der Todesstrafe. Als weiterer Tatbestand kam später noch die Vertreibung aus der Heimat hinzu.

<sup>13</sup> Reimann, wie Fn.10, 90; G. Steininger, Das dritte Lager, 2007, 18.

<sup>14</sup> Schärf, wie Fn. 8, 183 ff.; Reimann, wie Fn. 10, 93 ff.

<sup>15</sup> K. Berchtold, Österreichische Parteiprogramme 1868 – 1966, 1967.

<sup>16</sup> Ebda 377.

<sup>17</sup> Reimann, wie Fn. 10, 93.

Das Kriegsverbrechergesetz 1947 wurde nach zehn Jahren, 1957, aufgehoben. Die Todesstrafe generell verbot 1968 Artikel 85 des Bundes-Verfassungsgesetzes.

### 3.3 Die Sondergerichtsbarkeit der Volksgerichte

Insbesondere zur Ahndung der Kriegsverbrechen, teilweise auch für Fälle der Entnazifizierung, wurde durch das Verbotsgesetz 1945 (StGBI. 13) eine eigene Sondergerichtsbarkeit installiert, nämlich „Volksgerichte“ bei den Landesgerichten am Sitze der vier Oberlandesgerichte Wien, Linz/Donau, Graz, Innsbruck. Sie bestanden aus zwei Berufsrichtern und drei Beisitzern und hatten nach der Strafprozeßordnung vorzugehen, allerdings „mit der Einschränkung“, daß „die Rechtsmittel des Einspruches gegen die Anklageschrift, der Berufung und der Nichtigkeitsbeschwerde sowie der Beschwerde gegen Beschlüsse des Volksgerichtes ausgeschlossen sind“; ausgeschlossen war auch die Anwendung des Außerordentlichen Milderungsrechts, das im ordentlichen Verfahren so gut wie stets zur Anwendung kam; schließlich waren die Strafen „ohne Aufschub zu vollstrecken“. Es gab also insbesondere keine Rechtsmittel gegen den Spruch der Volksgerichte. Bis 1947 erledigten sie 8.850 Verfahren, in 5.659 davon wurden Kerkerstrafen verhängt, in 35 Fällen Todesurteile gefällt<sup>18</sup>.

Im Jahre 1955 wurden die Volksgerichte aufgehoben und ihre Zuständigkeit den ordentlichen Gerichten überwiesen.

### 3.4 Entschädigungen im weiteren Sinne

#### 3.4.1 Rückstellung

Aufgrund der oben erwähnten „Opfertheorie“ ging man davon aus, daß bei widerrechtlichem

Vermögensentzug lediglich eine Rückstellung in Frage käme; für eine darüber hinausgehende Entschädigung sei der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches verantwortlich zu machen. Es könne nicht ein Opfer, nämlich Österreich, andere Opfer entschädigen.

Die ersten Maßnahmen im Jahre 1945 (StGBI. 9 und 10) betrafen einerseits die Aufforderung zur Anmeldung durch den „Inhaber“ rechtswidrig entzogenen Vermögens mit der Folge, daß dieser nun mit besonderer Sorgfalt zu verwalten hatte oder allenfalls ein „öffentlicher Verwalter“ bestellt werden konnte, das spätere Ministerium für Vermögenssicherung<sup>19</sup>. Weiters war die „Sicherstellung“ vom Vermögen der Republik Österreich vorzunehmen, das 1938 auf das Deutsche Reich übergegangen war (StGBI. 11).

In den Jahren 1946 bis 1949 ergingen sieben „Rückstellungsgesetze“, zu denen 1951 noch ein Gesetz bezüglich der Ansprüche von Kammern und kirchlichen Unterorganisationen kam<sup>20</sup>.

Zu erwähnen ist grundsätzlich das 1. Rückstellungsgesetz 1946 (BGBl. 156)<sup>21</sup>. Es betraf Rückstellungen aus dem Vermögen des Bundes an „geschädigte Eigentümer“ sowie in beschränktem Maße auch an deren Erben. Hier findet sich der Grundsatz festgehalten, wonach die Rückstellung zu erfolgen habe „in dem Umstand ..., in dem sich [die Sache] befindet“ mit allenfalls „Erträgnissen“. Die Frist zur Antragstellung war ursprünglich äußerst kurz mit einem Jahr bemessen, wurde allerdings bis schließlich 1954 verlängert. Bis dahin wurden 11.715 Gesuche gestellt, von denen 8.743 stattgegeben worden war.

Das 3. Rückstellungsgesetz 1947 (BGBl. 54)<sup>22</sup> gilt als das „Generalrückstellungsgesetz“<sup>23</sup>. Es betraf den privaten Vermögenübergang, ausgenommen, wenn dieser „auch unabhängig von der NS-Machtübernahme erfolgt wäre“ bzw. der

<sup>18</sup> H. Andics, 50 Jahre unseres Lebens, 1968, 532 f.

<sup>19</sup> P. Böhmer, Wer konnte griff zu, 1999, 45 ff.

<sup>20</sup> B. Bailer-Gallanda, Die Entstehung der Entschädigungs- und Rückstellungsgesetzgebung, 2003; G. Graf, Die österreichische Rückstellungsgesetzgebung, 2003.

<sup>21</sup> Graf, wie Fn. 21, 51 ff.; Kratz wie Fn. 6, 58 ff.

<sup>22</sup> Kratz, wie Fn. 6, 63 ff.

<sup>23</sup> Die hier nicht behandelten Rückstellungsgesetze (RStG) betrafen folgende Materien: 2. RStG 1947 (BGBl. 53) bestimmte Vermögen im Eigentum der Republik Österreich, 4. RStG. 1947 (BGBl. 143) die Wiederherstellung jüdischer Firmenbezeichnungen, 5. RStG 1949 (BGBl. 164) Vermögen juristischer Personen des Wirtschaftslebens, 6. RStG 1949 (BGBl. 199) Patente, Marken- und Musterrechte, 7. RStG 1949 (BGBl. 207) Privatdienstverhältnisse.

Verkäufer den Käufer freiwillig gewählt und eine angemessene Gegenleistung erhalten hatte. Dem Rückstellungsgegner, dem Käufer, stand der Anspruch auf Rückzahlung des Kaufpreises und allenfalls Ersatz von Aufwendungen zu. Dazu kamen weitere Detailbestimmungen wie etwa die Bedingung, daß bei Unternehmen bzw. deren Räumlichkeiten eine wirtschaftliche Identität des neuen Unternehmens gegeben sein mußte; war die Rückstellung wegen wirtschaftlicher Umgestaltungen „untugendlich“, so war der Schätzwert zu vergüten. Die ursprünglich nur kurze Antragsfrist von nur einem Jahr wurde schrittweise bis 1952 verlängert. Bis zum Jahr 1952 lagen 30.221 Anträge vor, 6.687 waren bewilligt, 2.618 abgelehnt worden, der Rest war noch schwebend. Von den erledigten Anträgen waren also 80 Prozent bewilligt, 20 Prozent abgelehnt worden. Im Jahre 1961 (BGBl 100) wurde ergänzend ein Fond zur Abgeltung von Vermögensverlusten z. B. bei Wertpapieren errichtet.

In der Praxis der Rückstellung lassen sich Judikaturphasen unterscheiden<sup>24</sup>. In den Jahren 1947/48 wurde den Interessen der Rückstellungswerber Vorrang eingeräumt, Härten für den Rückstellungsgegner hingenommen. In den Jahren 1949 bis 1959 machte sich eine Zurückhaltung gegenüber den Rückstellungswerbern bemerkbar. Dazu ist festzuhalten, daß ab 1952/53 nur mehr sehr komplexe Fälle anstanden und es allein dadurch zu weniger Rückstellungen kam.

Eine gewisse Zäsur brachten der Staatsvertrag 1955 (BGBl. 152) mit seiner Verpflichtung zur Rückstellung sowie der weiteren, falls es zu keiner Rückstellung kommen könne, habe an deren Stelle die Übergabe an Organisationen zur Wiedergutmachung zu treten. Dafür wurden in den Jahren 1957 bis 1962 sogenannte Sammelstellen<sup>25</sup> errichtet und ihnen auch das Recht auf die Erhebung von Rückstellungsansprüchen eingeräumt, sofern es bisher zu Rückstellungen etwa wegen Fristversäumnis nicht gekommen war, schließlich auch das Recht

auf Verwertung rückgestellten Vermögens etwa durch Rückgabe an den Geschädigten oder durch Verteilung an NS-Opfer.

Ein besonderes Kapitel stellt die Rückstellung von Kultur- und Kunstgegenständen dar<sup>26</sup>. Der von den Alliierten eingesammelte sogenannte NS-Kunstraub wurde von diesen 1956 der Republik Österreich übertragen. Durch sie erfolgte nun eine Rückgabe aufgrund der Rückstellungsgesetze. Dazu traten aber noch weitere gesetzliche Grundlagen. Das Kunst- und Kulturgüter-Bereinigungsgesetz 1969 (BGBl 294) schuf die Voraussetzung zur Herausgabe von Gegenständen aus dem Bundesdenkmalamt eventuell Zug um Zug gegen bereits geleistete Entschädigungen. Was nicht beansprucht wurde, fiel in Bundeseigentum. Dies blieb jedoch nicht unwidersprochen. So wurde 1986 (BGBl 2) die Voraussetzung geschaffen, daß derart in Bundeseigentum stehendes Vermögen vom Finanzminister zugunsten von NS-Opfern versteigert werden könne, 1995 (BGBl. 432) wurde davon das Restvermögen an die Israelitische Kultusgemeinde Österreichs übergeben.

Eine Zäsur stellte 1998 der sogenannte „Schiele-Fall“ dar (u. C/3), der mit dem Kunstrückgabegesetz 1998 (BGBl. I 181) führte. Dieses ermächtigt u. a. den Bundesfinanzminister zur Rückgabe von Kunstgegenständen aus Bundesmuseen an die ursprünglichen Eigentümer. Dem standen bisher insbesondere die Ausfuhrverbotsgesetze 1918/23 entgegen, die nun insofern aufgehoben waren.

### 3.4.2 Opferfürsorge

Auch hierfür steht die „Opfertheorie“ Pate, nämlich insofern, als sich Österreich nicht zur Leistung von Entschädigungen im engeren Sinn zuständig bzw. verantwortlich dachte, aber doch für Fürsorgeleistungen.

Den Beginn bilden 1945 Fürsorgeleistungen für Widerstandskämpfer ab dem Jahre 1933 (StGBI 90). Das Jahr 1933 läßt aufhorchen: Es waren also auch die Widerstandskämpfer gegen den Aus-

trofaschismus, ein Anliegen vor allem der Sozialisten, erfaßt<sup>27</sup>. Nicht erfaßt allerdings wurden die sogenannten „passiven Opfer“, die Verfolgungen etwa bloß wegen ihrer Abstammung zu erdulden hatten – diese Maßnahmen galten ja im Sinne der „Opfertheorie“ als nicht vom österreichischen Staate verursacht, sondern vom Deutschen Reich, das bzw. dessen Rechtsnachfolger man hierfür als zuständig ansah. Erst 1947 (BGBl 183) wurden auch die passiven Opfer einbezogen, nämlich solche aufgrund ihrer Abstammung, Religion oder Nationalität.

Die Fürsorgeleistungen bestanden in Heilfürsorge, Hilfe zur Existenzgründung, Wohnungsvergabe, Kinderfürsorge – in der Regel durch Rentengewährung (Opferrente, Hinterbliebenenrente) oder diverse andere Leistungen. Der Kreis wurde laufend erweitert, in den 60 Jahren bis 2005 erfolgten 68 gesetzliche Änderungen.

1956 (BGBl 25) kam es zur Errichtung eines Hilfsfonds für Berechtigte im Ausland – bisher waren nur Inländer in den Genuß der Opferfürsorge gekommen. 1988 (BGBl 197) wurde der Ehrengabehilfsfond aus Anlaß des 50jährigen Gedenkens an 1938 errichtet: Er ermöglichte einmalige Leistungen an In- und Ausländer.

### 3.4.3 Entschädigungen im engeren Sinn

An der „Opfertheorie“ wurde weiterhin festgehalten, jedoch ab etwa 1990 um eine neues Argument ergänzt: Zufolge der Verstrickung vieler Österreicher in das NS-Regime gäbe es auch eine moralische Verpflichtung des österreichischen Staates (s. u. IV).

Ein gewichtiger Anstoß kam von außen, und zwar in mehrfacher Weise<sup>28</sup>. 1997 wurden in New York Schiele-Bilder beschlagnahmt, aus 1998 datieren Sammelklagen in den USA gegen österreichische Unternehmen wegen der Beschäftigung von Zwangsarbeitern, gefolgt von gesetzlichen Maßnahmen in zwei US-Bundesstaaten mit der angedrohten Sanktion des Boykotts derartiger Unternehmen. Die Bundesregierung setzte da-

raufhin eine sogenannte Historikerkommission ein, die bis 2003 in zirka 50 Bänden von 160 Mitarbeitern die einschlägigen Themen bearbeitete. Dies führte zur Schaffung mehrerer Entschädigungsfonds.

#### 3.4.3.1 Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus

In engem Zusammenhang mit dem Parlament (Nationalrat) wurde dieser Fonds 1995 (BGBl. I 432) „bei“ diesem errichtet, was insbesondere personelle Verflechtung bedeutet. Z. B. führt im obersten Organ des Fonds, dem Kuratorium, den Vorsitz der jeweilige Präsident des Nationalrats, ihm gehören weiters der zweite und dritte Präsident an sowie zwölf Mitglieder von dessen Hauptausschuß, dazu kommen Regierungsmitglieder. Leistungen werden erbracht an NS-Opfer im weitesten Sinne, auch an sogenannte NS-„Flüchtige“, an in Konzentrationslagern oder unter ähnlichen Umständen geborene Kinder. Voraussetzung ist, daß dieser Personenkreis keine oder nur unzureichende Leistungen erhielt und in besonderer Weise hilfsbedürftig ist. Die Entschädigung besteht in einmaligen oder wiederkehrenden Geldleistungen unter Verzicht auf weitere Ansprüche. Ein Rechtsanspruch besteht nicht. Allerdings werden auch Projekte gefördert, die Opfern des Nationalsozialismus zugute kommen. Die Mittel des Fonds erlaubten bis zu drei Auszahlungen<sup>29</sup>.

#### 3.4.3.2 Versöhnungsfonds 2000

Er wurde im Jahre 2000 (BGBl III 18) errichtet mit einer Laufzeit bis 2005. Entschädigungsberechtigt waren insbesondere Zwangsarbeiter unter besonders schlechten Lebensbedingungen wie etwa bei haftmäßiger Unterbringung sowie „Sklavenarbeiter“, d. h. Insassen von Konzentrationslagern, soweit sie nicht bereits Leistungen der Bundesrepublik Deutschland erhalten hatten wie etwa jene des oberösterreichischen Konzentrationslagers Mauthausen. Entrichtet wurde je nach Einstufung eine einmalige Leistung. In den

<sup>24</sup> F.-St. Meissel/Th. Olechowski/Ch. Gnant, Untersuchungen zur Praxis der Verfahren vor den Rückstellungskommissionen, 2004, 31 ff.; auch D. Ellmayer/M. John/R. Thunser, „Arisierungen“, beschlagnahmte Vermögen, Rückstellungen und Entschädigungen in Oberösterreich, 2004, 428 ff.; Kratz, wie Fn. 6, 84 ff.

<sup>25</sup> U. a. Meissel/Olechowski/Gnant, wie Fn. 25, 335 ff.; Kratz wie Fn. 6, 103 ff.

<sup>26</sup> Kratz, wie Fn. 6, 42 f.; diverse Beiträge in G. Anderl/A. Caruso (Hg.), NS-Kunstraub in Österreich und die Folgen, 2005; E. Kubin, Sonderauftrag Linz, 1989, 141 ff.; G. Haase, Die Kunstsammlung Adolf Hitler, 2002, 112 f., 140 f.

<sup>27</sup> Die Zeit 1933 bis 1938, des „Austrofaschismus“ in der Diktion insbesondere der SPÖ, betrafen „Rückgabegesetze“ zugunsten u. a. SPÖ, deren Parteiverlag „Vorwärts“, KPÖ, Christliche Gewerkschaften 1947 (StGBI. 55) und 1949 (BGBl. 165).

<sup>28</sup> Zum Folgenden z. B. Kratz, wie Fn. 6, 16 ff.

<sup>29</sup> Kratz, wie Fn. 6, 127 f.

Genuß kamen insgesamt 131.388 Personen<sup>30</sup>. Dennoch ergab sich ein Überschuß, der in den sogenannten „Zukunftsfond“ und eine Stipendienstiftung einfloß. Zur staatlichen Leistung kamen noch solche von Unternehmen direkt an Betroffene.

### 3.4.3.3 Der allgemeine Entschädigungsfonds

Er wurde 2001 (BGBl I 12) errichtet, und zwar aufgrund einer gemeinsamen Erklärung der Republik Österreich, den USA, der Conference on Jewish Material Claims, der Israelitischen Kultusgemeinde in Österreich und diverser Anwälte von Sammelklagen<sup>31</sup>. Diese „Rechtsfriedens-Erklärung“ zieht einen Schlußstrich: Gegen die Beistellung von 210 Millionen US-Dollar seitens der Republik Österreich und österreichischer Unternehmen werden alle Sammelklagen zurückgezogen und ein Anspruchsverzicht ausgesprochen. Leistungen erfolgen subsidiär zu bisherigen Maßnahmen. Auch hier schimmert die „Opfertheorie“ durch, insbesondere damit, daß es keinen Rechtsanspruch gibt, zumal die Leistungen wegen der „moralischen Verantwortung für Verluste und Schäden“ erfolgen. In den Genuß kamen liquidierte Betriebe, Geschädigte durch Verluste an beweglichem Vermögen, insbesondere auch an Bankkonten, Aktien, Versicherungspolizzen etc.

## 4 Haltungsänderungen

Insgesamt lassen sich in der Entwicklung der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Österreich mehrere Haltungsänderungen feststellen. Was die NS-Betätigung anlangt, so wurde die anfangs offen ausgesprochene „Vergeltung“ zunehmend nicht nur anders benannt, sondern auch anders verstanden. Bei den Parlamentswahlen im No-

vember 1945 befremdete ein Wahlplakat der SPÖ mit der Parole „Wir fordern den Austausch!“, nämlich „Zehntausende Nazi“ gegen ebensoviele „Österreicher ... in Kriegsgefangenenlagern“, was zum Ausschluß des Zentralsekretärs Erwin Scharf führte<sup>32</sup>. Die anfänglich scharfen Sühnefolgen, die in nicht wenigen Fällen die totale Existenzvernichtung nach sich zogen, ersetzten punktuelle Strafmaßnahmen. Vieles hielt auch vor dem tatsächlichen historischen Ablauf nicht stand. So war beispielsweise die NSDAP bis 1933 eine legal operierende Partei gewesen, die in zahlreichen Vertretungskörpern – Gemeinderäten, Landtagen, Bundesrat – Mitglieder gestellt hatte. Übrigens sprach sie sich nicht durchgehend für einen Anschluß an das Deutsche Reich aus. Zudem hatte es andere Vorstellungen als die dann realisierte Art des Anschlusses gegeben, – etwa eine „Sonderstellung wie ehemals Bayern“<sup>33</sup>. Der Anschluß an das Deutsche Reich war umgekehrt besehen keineswegs nur ein Anliegen der NSDAP. Er war sogleich nach der Staatsgründung 1918 als Staatsziel verfassungsgesetzlich festgelegt worden (StGBI 5/1918) und trotz des Verbots in den Verträgen von Versailles und St. Germain beschäftigte man sich immer wieder mit ihm – wie etwa 1927 Gutachten der prominenten Staatsrechtslehrer Hans Kelsen, Adolf Merkl und Karl Gottfried Hugelmann<sup>34</sup>. Für Kelsen als Anschlußbefürworter gab es übrigens kein Anschlußverbot, denn er fasste die entsprechenden Bestimmungen als Verfahrensregelungen des Anschlusses auf und es erschien ihm dieser als ganz hohes Ziel<sup>35</sup>. Erst parallel zur Machtergreifung der NSDAP in Deutschland 1933 verschwand der Anschluß als Regierungsprogramm, wengleich sich das ständisch-autoritäre Österreich nach der Präambel der Verfassung 1934 ausdrücklich auch als deutscher Staat verstand. Zahlreiche Zitate der „Führer Österreichs“ belegen dies<sup>36</sup>. Die Behandlung vor allem der Minderbelasteten ließ sich daher, wie be-

schrieben, bald nicht mehr aufrechterhalten, auch nicht, die „Illegalen“ wegen ihrer Anschlußtendenz als Hochverräter einzustufen. Signifikant ist in diesem Zusammenhang der Hochverratsprozeß gegen den Staatssekretär des Äußeren von 1938 Guido Schmidt im Jahre 1947<sup>37</sup>: Er wurde vom Vorwurf der Vorbereitungshandlungen für die Machtergreifung der NSDAP 1938 freigesprochen.

Festgehalten wurde hingegen am Verbot der Wiederbetätigung, die in einem weiten Verständnis 1992 gesetzlich neu umschrieben wurde (s. o. III A).

Im Wesentlichen ließ sich auch die Dominanz der „Opfertheorie“ nicht halten. Sie hat zweifellos dem Empfinden jener Politikergeneration entsprochen, die ihre oft gemeinsamen Konzentrationslagererfahrungen gemacht hatte: Sie war tatsächlich Opfer gewesen und sah in ihren nunmehrigen öffentlichen Funktionen nicht ein, für andere Opfer Entschädigungen bereitstellen zu müssen, zumal das Ungemach von reichsdeutschen Behörden gekommen war. Damit verbindet sich auch die Okkupationstheorie: Tatsächlich hatte es ja zwischen 1938 und 1945 keinen österreichischen Staat, keine österreichischen Behörden gegeben, die in dieser Zeit politische Maßnahmen wie Verfolgung, Enteignung, Lagerhaft hätten anordnen können. Außerdem sah man sich diesbezüglich im Einklang mit der Auffassung der Alliierten kraft ihrer Moskauer Deklaration von 1943. Zwar hielten sie Österreich nicht nur bis 1955 in nahezu identischem Maße wie Deutschland besetzt, sondern es auch von diesem fern, und zwar noch durch entsprechende Verbote im Staatsvertrag von 1955: der Anschluß von 1938 war in seiner Erscheinung nicht vergessen, auch nicht die klaglose Rekrutierung aus österreichischen Gebieten in die deutsche Wehrmacht und in die Waffen-SS. Die Grundlage der Opfertheorie in der Moskauer Erklärung 1943 – Österreich sei erstes Opfer der „Hitlerschen Aggression“ – hat-

te bereits die dortige Verantwortungsklausel relativiert, „daß es für die Beteiligung am Kriege auf Seiten Hitlerdeutschlands Verantwortung trägt“, was auch Eingang in die Unabhängigkeitserklärung 1945 (StGBI 1) fand. Zur Widerlegung der Verantwortungsklausel diente 1946 das offizielle „Rot-Weiß-Rot-Buch“/I. Teil mit zum Teil geringem Wahrheitsgehalt<sup>38</sup>; ein II. Teil erschien nicht; ähnlich die Publikation des Guido-Schmidt-Prozesses<sup>39</sup>. Tatsächlich strich die Sowjetunion gleich ab 1945 vom „Opfer“ Reparationsleistungen ein, vor allem durch die Beschlagnahme der deutschen Vermögenswerte, des sogenannten „Deutschen Eigentums“<sup>40</sup>. Die Verantwortungsklausel strich man erst in letzter Minute aus dem Staatsvertrag von 1955. Zu all dem kamen in den Jahren unmittelbar nach 1945 die geringfügige Wirtschaftskraft, neben Zerstörungen die Demontagen seitens der UdSSR und die Eingliederung ihrer Besatzungszone in das sowjetische Wirtschaftssystem, wodurch Österreich Steuerleistungen verloren gingen, weiters die Aufnahme von Flüchtlingen aus umliegenden Ländern und eine nicht geringe Wohnungsnot. So waren es auch diese Umstände und nicht die Opfertheorie, welche die Westalliierten von Reparationen Abstand nehmen ließen<sup>41</sup>.

Alle diese Umstände änderten sich allerdings allmählich. Es kam zum wirtschaftlichen Aufschwung im Zusammenhang mit der Beseitigung der Kriegsfolgen, zur Wiederherstellung zahlreicher Unternehmen insbesondere nach dem Staatsvertrag 1955, zur Integration der Flüchtlinge, und es fiel, insbesondere spürbar im Fremdenverkehr, ein Abglanz des bundesdeutschen Wirtschaftswunders auch auf Österreich. Schließlich löste die Politikergeneration von 1945 eine neue ab, die nicht Opfer des Nationalsozialismus gewesen war. Bundeskanzler Franz Vranitzky sprach 1991 von der „moralischen Mitverantwortung“, die „zwar nicht Österreich als Staat“, so doch „für Taten [seiner] Bürger“ zu tragen habe. Konrad

<sup>30</sup> Kratz, wie Fn. 6, 134 f.

<sup>31</sup> Kratz, wie Fn. 6, 134 ff.

<sup>32</sup> F. Olah, Die Erinnerungen, 1995, 121 f.

<sup>33</sup> So Reinhard Spitzky (vgl. Fn. 44), zeitweise Sekretär von Außenminister Joachim v. Ribbentrop, an den Verfasser.

<sup>34</sup> In W. Brauneder (Hg.), Österreichisch-deutsche Rechtsbeziehungen I, 1996, 315 ff.

<sup>35</sup> H. Kelsen, Österreichisches Staatsrecht, 1923, 238: „stärker als Österreich selbst ist sein Wunsch: aufzugehen im deutschen Vaterland“.

<sup>36</sup> Broschüre „Führerworte: Unser Staatsprogramm“, 1935; Broschüre „Schuschnigg spricht“, 1935.

<sup>37</sup> Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht, Wien 1947: Die Publikation des Prozeßverlaufs unterstützt sehr wesentlich die Opferthese.

<sup>38</sup> Kubin, wie Fn. 27, 232 ff.

<sup>39</sup> O. Fn. 39.

<sup>40</sup> Pape, wie Fn. 2, 26 f.

<sup>41</sup> Pape, wie Fn. 2, 269 f.

Adenauer hatte eine derartige Haltung schon in den 1950er Jahren eingemahnt gehabt<sup>42</sup>. Insbesondere in den USA wurde Österreich nicht mehr – falls überhaupt – als Opfer des Nationalsozialismus betrachtet. Beispielsweise war es ja am Obersalzberg am 12. Februar 1938 das „Merkwürdigste an dieser berühmten Unterredung“ zwischen den Kanzlern Österreichs und Deutschlands, daß „die Österreicher vorherrschten. Hitler und Schuschnigg, Guido Schmidt und beide Sekretäre der jeweiligen Außenminister .... waren Österreicher“<sup>43</sup>. Obwohl Okkupationstheorie und Opferthese weiterhin zumindest formalen Bestand bewahrten, wengleich zunehmend ohne politische Bedeutung, überwog nun doch die Sicht einer moralischen Verantwortung.

---

<sup>42</sup> Pape, wie Fn. 2, 28.

<sup>43</sup> R. Spitz, So haben wir das Reich verspielt, 2. Aufl., München – Wien 1986, 227.

---

# **Zur Geschichte von VdU und FPÖ**

---

**Die NS-Vergangenheit der Funktionäre  
des „Verbandes der Unabhängigen“ (VdU)  
und der frühen  
„Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ)  
von  
Michael Wladika**

**Inhalt**

1	<b>Erste Formierungsversuche</b>	41
2	<b>Die Gründung des „Verbandes der Unabhängigen“ (VdU)</b>	44
3	<b>Der Wahlerfolg des VdU 1949</b>	48
4	<b>Die Gollob-Krise</b>	53
5	<b>Die Bundespräsidentenwahl des Jahres 1951</b>	57
6	<b>Die „Aktion zur politischen Erneuerung“</b>	60
7	<b>Die Nationalratswahl des Jahres 1953 und die „neuen Persönlichkeiten“ im VdU</b>	64
8	<b>Die geplatzte Dreierkoalition und der Parteiausschluss Fritz Stübers</b>	66
9	<b>Auflösungserscheinungen</b>	70
10	<b>Die Gründung der Freiheitlichen</b>	75
11	<b>Die Nationalrats- und Präsidentenwahlen der Jahre 1956/57 und der Tod Reinhallers</b>	79
12	<b>Die Ära Friedrich Peter</b>	82

Das System der drei politischen Lager, wie es (fast) alle katholischen Länder Europas auszeichnete, war 1945 durch ein Drei-Parteien-System ersetzt worden – mit der KPÖ als dritter Partei, die in der Zwischenkriegszeit in Österreich von den Sozialdemokraten marginalisiert worden war. Bei seiner Rückkehr in die Politik hatte das traditionelle „Dritte Lager“ daher als „vierte Partei“ anzutreten und dabei mit diversen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Zulassung von Wahlwerbenden jenseits der drei „Lizenz-Parteien“ war nicht zuletzt vom Einverständnis der Besatzungsmächte abhängig.<sup>1</sup> Wie bei jedem radikalen Systemwechsel mussten sich nach Kriegsende 1945 auch die ehemaligen Nationalsozialisten neu positionieren, wobei sie die Option hatten zwischen Beibehaltung ihrer ideologischen Überzeugungen einerseits und politischer Umorientierung andererseits. Wie haben sie sich nun politisch reorganisiert und welche Netzwerke haben ihre berufliche und politische Reintegration erleichtert?<sup>2</sup>

**1 Erste Formierungsversuche**

Schon vor der Gründung des VdU gab es Bemühungen von ehemaligen Nationalsozialisten, sich wieder politisch zu betätigen. Der Wiener Historiker Lothar Höbelt stellte die Frage, wer in der Lage war, eine politische Partei ins Leben zu rufen: Die NSDAP, die eine Mehrheit des nationalen Lagers aufgesogen hatte, war verboten; ihre Führungskader waren als „Belastete“ vom politischen Leben bis auf Weiteres ausgeschlossen; die Großdeutsche Volkspartei war Anfang der 1930er Jahre zwischen Heimwehren und NSDAP zerrieben worden; eine vergleichsweise viel größere Überlebensfähigkeit hatte nur der Landbund de-

monstriert, der seine Hochburgen in der Steiermark, in Kärnten und Oberösterreich hatte. Auch die ökonomische Situation ihrer zumeist bäuerlichen Klientel in der unmittelbaren Nachkriegszeit verschaffte den Landbündlern zweifelsohne mehr Bewegungsfreiheit als den in der Zwischenkriegszeit überwiegend großdeutschen Beamten, die zwischen Entnazifizierung und Proporz um ihre Existenz zittern mussten – oder auch der Industrie, die nur diskret im Hintergrund zu agieren vermochte.<sup>3</sup> Es war daher nicht ganz zufällig, dass die ersten ernsthaften Bemühungen um die Neugründung einer national-freiheitlichen Gruppierung von einem Kreis alter Landbändler ausgingen, nämlich von seinem Gründer Leopold Stocker, seinem erste Vizekanzler Karl Hartleb und seinem Klubobmann Ernst Schönbauer. Sie gingen eben nicht den Weg, den der Kreis um Vinzenz Schumy mit der Eingliederung in die ÖVP einschlug.

Leopold Stocker (1886–1950), ein gebürtiger Waldviertler, der als graduerter Diplom-Landwirt die Vertretung der Mannesmann-Thomas-Phosphatwerke für die österreichischen Alpenländer in Graz übernommen und dort im Jahre 1917 den „Leopold Stocker Verlag“ begründet hatte, war im Dezember 1918 Gründer des „Deutschen Bauernbundes in Steiermark“ gewesen, einer Vorläuferorganisation des Landbundes für Österreich, dessen erster Obmann er dann seit Februar 1922 war.<sup>4</sup> Von 1924 bis 1926 gehörte er dem Bundesrat an. Stocker, in dessen Verlag nicht nur landwirtschaftliche Fachliteratur, sondern auch von Beginn an politische Traktate mit „deutsch-völkischer“ Tendenz erschienen, wurde am 31. März 1938 – kurz nach dem „Anschluss“ – durch den kommissarischen Leiter des „Deutschösterreichischen Buch-, Kunst- und Musikalienhandels“ Karl Berger, zum „Vertrauensmann für die Steiermark“ ernannt.

**1** Lothar Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948–1955, Wien Köln Weimar 2015, S. 13.

**2** Die Historikerin Margit Reiter geht in einem noch laufenden FWF-Projekt „Antisemitismus nach der Shoah. Ideologische Kontinuitäten und politische Umorientierung im ‚Ehemaligen‘-Milieu“ der Frage nach der Formierung ehemaliger Nationalsozialisten im VdU und in der frühen FPÖ nach. Dazu ist quasi als Zwischenergebnis in der Reihe „Zeitgeschichte“ ein Schwerpunktheft erschienen, aus dem hier zitiert wird. Siehe Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 143-159.

**3** Lothar Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948–1955, Wien Köln Weimar 2015, S. 13.

**4** Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 11.



Ab 1941 war Stocker Parteianwärter der NSDAP.<sup>5</sup>

Karl Hartleb (1886–1965), ein Landwirt und „Tapferkeitsoffizier“<sup>6</sup> im Ersten Weltkrieg, war von 1919 bis 1927 Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag. Hartleb, der Mitglied der Reichsparteileitung des Landbundes war, fungierte von 1927 bis 1930 als Abgeordneter zum Nationalrat. Von 1927 bis 1929 bekleidete er die Funktion des Innenministers und Vizekanzlers.<sup>7</sup> 1933/34 spaltete sich der Landbund: Ein Teil um den Kärntner Schumy und den Steirer Thoma versuchte, sich im Gefüge des autoritären Ständestaates zu behaupten. Es war im Wesentlichen dieser Flügel, der 1945 die ÖVP mitbegründete, der sich im Untertitel ursprünglich ja „Christlichsoziale und Landbund“ nannte. Ein anderer Teil des Landbundes, dem auch Hartleb angehörte, driftete ab 1933 in Richtung nationale Opposition und entwickelte sich dort zum Bundesgenossen der NSDAP.<sup>8</sup> Karl Hartleb war in der NS-Zeit Ortsgruppenleiter, Ortsbauernführer und Volkssturmführer in St. Georgen bei Neumarkt in der Steiermark, nach 1945 wurde er im britischen Lager in Wolfsberg interniert, wo er als Sprecher der internierten Nationalsozialisten fungierte. Da Hartleb 1946 in einem Volksgerichtsprozess als „minderbelastet“ eingestuft wurde, stand einer zweiten politischen Karriere nichts mehr im Wege.<sup>9</sup>

Der Philologe und Rechtswissenschaftler Univ. Prof. DDr. Ernst Schönbauer (1885–1966), ein gebürtiger Waldviertler und Cousin des Chirurgen Univ. Prof. Dr. Leopold Schönbauer, galt in der Ersten Republik als Chefintellektueller der Landbund-Fraktion und war berühmt für seine Visitenkarten: „Universitätsprofessor und Bauer“.

Bei ihm legte Bruno Kreisky am Tage des „Anschlusses“ sein Rigorosum ab.<sup>10</sup> Seine Ablehnung des Ständestaates – Schönbauer wurde 1934 zum Dekan der juristischen Fakultät gewählt, aber nicht bestätigt, weil er den Beitritt zur Vaterländischen Front verweigerte – führte nach dem März 1938 dazu, dass er als kommissarischer Dekan eingesetzt und unter der Mitgliedsnummer 6,193.422 aus dem Block der „Illegalen“ am 20. Mai 1938 in die NSDAP aufgenommen wurde. Circa 50 Prozent des Lehrkörpers der Universität Wien wurden unter seiner Führung wegen „Fremdrassigkeit“ und „politischer Unzuverlässigkeit“ entlassen. Schönbauer, der Mitglied in der NSV, im RLB und im RWB war, wurde 1938 zum Mitglied der „Akademie für Deutsches Recht“ ernannt. Seine formelle Bestätigung als Dekan erfolgte 1939. Nach Kriegsende wurde Schönbauer im Mai 1945 von seiner Lehrtätigkeit suspendiert.<sup>11</sup>

Es war nun Leopold Stocker, der seine Kontakte in den westlichen Bundesländern pflegte, und Hartleb bereits im Herbst 1946 mitteilen konnte, dass er und einige andere Gesinnungsgenossen die Gründung einer bäuerlichen-nationalen Partei planten, deren Aufgabe die „Erneuerung und Sicherung von Heimat und Volk“ sein sollte. Im Juli 1947 wurde schließlich die „Verfassungstreue Vereinigung“ (VV) als Verein ins Leben gerufen, die als Keimzelle einer später zu gründenden vierten Partei gedacht war. Sie wollte sich unter anderem gegen die „Verfemung und Herabwürdigung der Frontgeneration ... zur Wehr setzen“. Der Vereinsname sollte auch signalisieren, dass man das Verbotsgesetz von 1945 als verfassungswidrig ansah.<sup>12</sup> Das Projekt Parteigründung wurde mit offenkundigem Wohlwollen von der SPÖ gefördert, insbesondere

von Landeshauptmannstellvertreter, Obmann der steirischen SPÖ und Mitglied des Parteivorstandes Reinhard Machold, beruhte dieses doch auf dem realistischen Kalkül, dass eine vierte Partei eine Spaltung des bürgerlichen Lagers herbeiführen und die ÖVP maximal schädigen könnte.<sup>13</sup>

Im September 1947 erwarb Stocker mit einem zweiten Teilhaber die im Mai 1947 von Major a.D. Franz Klautzer gegründete „Oststeirische Wochenpost“ und gestaltete sie zum „Alpenländischen Heimatruf. Wochenblatt für verfassungstreue Heimatpolitik und fortschrittliche Wirtschaft“ aus. Als „Starjournalist“ im Hintergrund fungierte der ehemalige Nationalsozialist Manfred Jasser, der aufgrund des NS-Gesetzes Berufsverbot hatte und seine Leitartikel unter einem Pseudonym verfasste.<sup>14</sup> Jasser war ein Berufskollege von Dr. Fritz Stüber, Gründungsmitglied der VV und später im VdU Obmann des Wiener Verbandes.

Dr. Fritz Stüber wurde am 18. März 1903 in Wien als Sohn des Kulturredakteurs der frei-alldeutschen „Ostdeutschen Rundschau“, Fritz Stüber-Günther, geboren. Er studierte zunächst Rechtswissenschaften und war dann als Finanzbeamter tätig. Daneben verfasste er Gedichtbände, darunter auch Hitlerwürdigungen. Laut der Gaukartei der NSDAP im Bundesarchiv Berlin (Berlin Document Center) trat Fritz Stüber am 13. März 1933 der NSDAP bei und erhielt die Mitgliedsnummer 1,450.567. Die Mitgliedskarte wurde ihm am 17. März 1933 ausgestellt.<sup>15</sup> Aus einem Schreiben der NSDAP-Reichsleitung, Hauptmitgliedschaftsamt, München, an den Gauschatzmeister des Gaus Wien vom 22. Mai 1941 geht hervor, dass Stüber während der „Verbotszeit“ der Partei die „Beitragsleistung und politische Betätigung für die Bewegung einstellte“. Auch eine Wiederaufnahme wurde deswegen mit Beschluss des Parteigerichts Wien VI vom 14. Juni 1940 zurückgestellt. Auf der Reichskarteikarte Nr. 1,450.567 wurde

demnach nachträglich der Vermerk „ausgetreten am 19. Juni 1933 (schlüssige Handlung)“ eingetragen.<sup>16</sup> 1938 verließ Stüber den von ihm ungeliebten Staatsdienst und wechselte ins Zeitungsfach. Seine Stellung als Schriftleiter des „Neuen Wiener Tagblattes“ in den letzten Kriegsjahren verschaffte ihm wegen seiner Durchhalteartikel einen Kriegsverbrecherprozess und eine zweimalige Verhaftung, bis er im September 1949 freigesprochen wurde. Der Burschenschaftler Stüber (Vandalia Wien, 1962 Gothia Wien) verkörperte eine genuin schönere Tradition, die er auch nicht bereit war zu verleugnen, wie er selbst schrieb. So war er noch persönlich mit dem ehemaligen Reichsratsabgeordneten Anton Schalk, einem der letzten Getreuen Schönerers, befreundet, der 1948 starb.<sup>17</sup>

Der „Alpenländische Heimatruf“ wurde vom Grazer Manfred Jasser (1909–1992) geleitet, einem „Nationalsozialisten der ersten Stunde“. Der „Illegal“ Jasser war gleich nach seinem Germanistikstudium 1933 in die NSDAP aufgenommen worden und trat nach dem „Anschluss“ 1938 als „kommissarischer Hauptschriftleiter“ mehrerer Tageszeitungen auf. Als „Schriftleiter“ des „Neuen Wiener Tagblattes“ schrieb er wie Stüber bis zum Ende des Dritten Reiches vom Heldentum deutscher Soldaten, vom Durchhaltevermögen einer ganzen Nation, aber auch von der geistigen Überlegenheit der nationalsozialistischen Ideologie.<sup>18</sup> Der „Alpenländische Heimatruf“ wurde im Laufe seines Bestehens mehrmals wegen seiner „neonazistischen“ Schreibweise beschlagnahmt. Unter anderem auch wegen eines Artikels von Karl Hartleb im Juli 1948, der sich unter dem Titel „Mit offenem Visier“ als ehemaliger Nationalsozialist deklarierte und erstmals offen eine Lanze für die politische Reorganisation der „Ehemaligen“ in Form einer neuen Partei brach. Während Hartleb bei seinen Gesinnungsgenossen für seinen Vorstoß viel Zustimmung erhielt, wurde der „Heimatruf“ von den Alliierten

<sup>5</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 13.

<sup>6</sup> Hartleb galt als erster Reservist überhaupt, der im Ersten Weltkrieg als bloßer Volksschulabgänger zum Offizier befördert wurde. Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 16.

<sup>7</sup> [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_00513/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00513/index.shtml), Karl Hartleb, abgerufen am 8. März 2018.

<sup>8</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 13.

<sup>9</sup> Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 144.

<sup>10</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 17.

<sup>11</sup> Zu Ernst Schönbauer siehe Johannes Kalwoda, Ernst Schönbauer (1885–1966). Biographie zwischen Nationalsozialismus und Wiener Fakultätstradition, in: Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs, Heft 2, Wien 2012, S. 282–316.

<sup>12</sup> Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 144.

<sup>13</sup> Lothar Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948–1955, Wien Köln Weimar 2015, S. 14.

<sup>14</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 20.

<sup>15</sup> Bundesarchiv Berlin (BArch), R 9361-IX, Gaukartei, Kasten 4376, Karte 481, Fritz Stüber.

<sup>16</sup> ÖStA, AdR, Akten des Gaupersonalamtes des Reichsgaus Wien (Gau-Akten), Nr. 49.794, Fritz Stüber, Reichsleitung der NSDAP München, Hauptmitgliedschaftsamt, an den Gauschatzmeister des Gaus Wien, 22. Mai 1941.

<sup>17</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 17f.

<sup>18</sup> Zu Manfred Jasser siehe Uwe Mauch, Schriftleiter Jasser, unter [https://www.wienerzeitung.at/themen\\_channel/wz\\_reflexionen/kompendium/371430\\_Schriftleiter-Jasser.html?em\\_cnt\\_page=3](https://www.wienerzeitung.at/themen_channel/wz_reflexionen/kompendium/371430_Schriftleiter-Jasser.html?em_cnt_page=3), abgerufen am 13. März 2018.

umgehend beschlagahmt.<sup>19</sup> Jasser wurde noch im Juli 1948 verhaftet. Die Grazer Staatsanwaltschaft erhob vor dem Volksgericht Anklage gleich in drei Punkten, nämlich wegen des Verdachts der Wiederbetätigung, der Falschregistrierung und der Kriegshetze. Nach wenigen Tagen in Untersuchungshaft wurde der Journalist jedoch wieder freigelassen, alle drei Verfahren gegen ihn wurden später als „ergebnislos“ eingestellt.<sup>20</sup> Im Sommer 1948 wurde aber schließlich nicht nur der „Alpenländische Heimatruf“ verboten, am 12. September wurde auch die „Verfassungstreue Vereinigung“ behördlich aufgelöst. Der Grund hierfür war die Involvierung einiger Vertreter in die sogenannte „Soucek-Affäre“ um den Grazer Kaufmann Theodor Soucek, laut Lothar Höbelt „eine ‚Dritte Mann-Geschichte‘ aus Fluchthilfe, Hochstapelei und Beschaffungskriminalität, die zu einer NS-Untergrundorganisation aufgebauscht wurde“.<sup>21</sup> Immerhin wurden etwa 200 Personen inhaftiert. Als im darauffolgenden Prozess der Name Leopold Stocker fiel, wurde dieser am 11. November 1948 ebenfalls verhaftet und für vier Monate in Untersuchungshaft gehalten. Seine Gesundheit litt unter der Haft; er starb frühzeitig, im Dezember 1950.<sup>22</sup> Höbelt fügte bezüglich der Auflösung der VV hinzu, dass vieles auf Initiative und mit Duldung des ÖVP-Staatssekretärs im Innenministerium, Ferdinand Graf, erfolgt sei.<sup>23</sup>

## 2 Die Gründung des „Verbandes der Unabhängigen“ (VdU)

Am 4. Februar 1949, wenige Monate vor der Nationalrats- und Landtagswahl, zu der rund 500.000

„Minderbelastete“ erstmals zugelassen waren, gaben die beiden Journalisten Herbert Kraus und Viktor Reimann in einer Pressekonferenz in Salzburg die Gründung des „Wahlverbandes der Unabhängigen“ (WdU) bekannt. Wenige Wochen später, am 26. März 1949, fand in der Salzburger Frohnburg die konstituierende Generalversammlung des „Verbandes der Unabhängigen“ (VdU) statt.<sup>24</sup> Dabei wurde neben dem Bundesobmann Kraus und seinem Stellvertreter Reimann ein 21köpfiger Vorstand gewählt. Zur Abkürzung der Behördenwege hatte Kraus die Herren gebeten, die „Bestätigung der Registrierungsstellen“ gleich mitzubringen: Als Ergebnis vermerkte der Polizeiakt, dass von den 21 bloß sechs als „Minderbelastete“ registriert waren (darunter Hartleb, die beiden Kärntner Robert Scheuch und Adolf Jakob Kaufmann und der Vorarlberger Rudolf Kopf).<sup>25</sup>

Dieser Gründung war um die Jahreswende 1948/49 ein intensives Ringen zwischen dem Kärntner „Abwehrkämpfer“ Hans Steinacher als Fürsprecher der ÖVP, Karl Hartleb als Nachlassverwalter des VV und Herbert Kraus vorangegangen, aus dem schließlich letzterer siegreich hervorging.<sup>26</sup> Auch scheiterten Bemühungen der ÖVP, ihr „window of opportunity“, „Ehemalige“ quasi als „antikommunistischen Block“ in die Partei zu integrieren – Stichwort Oberweis.

Herbert Alois Kraus (1911–2008) wurde in Agram (Zagreb) geboren. Seine Familie stammte ursprünglich aus Deutschböhmen: Einer seiner Urgroßväter war Bürgermeister von Zwickau gewesen, sein Großvater war als Ingenieur zur Marine gegangen, sein Vater stand dem Belvedere-Kreis um Thronfolger Franz Ferdinand

<sup>19</sup> Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: *Zeitgeschichte*, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 144.

<sup>20</sup> [https://www.wienerzeitung.at/themen\\_channel/wz\\_reflexionen/kompendium/371430\\_Schriftleiter-Jasser.html?em\\_cnt\\_page=3](https://www.wienerzeitung.at/themen_channel/wz_reflexionen/kompendium/371430_Schriftleiter-Jasser.html?em_cnt_page=3), abgerufen am 13. März 2018.

<sup>21</sup> Lothar Höbelt (Hg.), *Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948–1955*, Wien Köln Weimar 2015, S. 14, FN 12.

<sup>22</sup> Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz Stuttgart 1999, S. 35.

<sup>23</sup> Lothar Höbelt (Hg.), *Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948–1955*, Wien Köln Weimar 2015, S. 14.

<sup>24</sup> Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: *Zeitgeschichte*, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 145.

<sup>25</sup> Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz Stuttgart 1999, S. 60.

<sup>26</sup> Lothar Höbelt (Hg.), *Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948–1955*, Wien Köln Weimar 2015, S. 14.

nahe und fiel bereits 1914 als Generalstabschef der 28. Infanterie-Division in den Karpaten, sein Onkel war jahrzehntelang Generaldirektor von Siemens.<sup>27</sup> Die christliche Erziehung, die Herbert Kraus im bischöflichen Konvikt in Brixen und im Jesuitengymnasium Stella Matutina in Feldkirch genossen hatte, wo er auch maturierte, prägte seine Haltung zur Kirche. Margit Reiter charakterisierte Kraus als „wirtschaftsliberal und konservativ-monarchistisch“ eingestellt, der anders als viele in seinem unmittelbaren politischen Umfeld ein „Österreich-Patriot“ war.<sup>28</sup> 1930 bot ihm sein Onkel eine Stellung im „Technischen Büro“ der Firma Siemens in Linz an, die er bereits fünf Monate später kündigte. Kraus begann daraufhin in Wien an der Hochschule für Welthandel zu studieren und promovierte 1935 mit einer Arbeit über den „Krisenzyklus in der Konsumgüterindustrie“. Aufgrund seiner profunden Fremdsprachenkenntnisse bekam er den Posten eines Wirtschaftsredakteurs im „Neuen Wiener Journal“.<sup>29</sup> Herbert Kraus war kein Mitglied der NSDAP, machte aber im Nationalsozialismus Karriere als Journalist. So knüpfte er Kontakte zum privaten Berliner Wirtschaftspresseamt (NWD) und arbeitete auch als Korrespondent im „Südost-Echo“, welcher zum Reichswirtschaftsministerium für den europäischen Osten gehörte. 1939 ging Kraus endgültig nach Berlin. Als 1941 seine Einberufung zur Wehrmacht erfolgte, wirkte er zuerst qualifikationsbedingt (Sprach- und Ortskenntnisse) in der zentralen Auswertungsstelle der sowjetischen Wirtschaftsnachrichten, später war er in der „Wirtschaftsinspektion Süd“ und als Abwehroffizier in der Ukraine tätig und dort unter anderem bei der Ausbildung der zur Partisanenbekämpfung eingesetzten Wlassow-Truppen beteiligt.<sup>30</sup> Seine Eindrücke, inklusive Kritik am kommunistischen System, manifestierte Kraus im Buch „Russland 1941 – Volk, Kultur und Wirtschaft“. Seine im

Buch geäußerte Kritik an einigen NS-Führern im Osten wegen ihrer Behandlung der ortsansässigen Bevölkerung, einige kritische Artikel über den berüchtigten Gauleiter Koch in der Ukraine sowie abgefangene Feldpostbriefe ließen ihn an höherer NS-Stelle in Ungnade fallen und er wurde wegen „Wehrkraftzersetzung“ angeklagt. Das Verfahren wurde aber mithilfe seiner Vorgesetzten absichtlich verzögert: Erst im Oktober 1944 fand seine Verhandlung statt, am Tag des Kriegsendes, am 8. Mai 1945, erfolgte sein Freispruch.<sup>31</sup>

Die Selbstdarstellung von Herbert Kraus, wonach er nicht nur kein Nationalsozialist, sondern sogar widerständig gewesen sei, ist laut Margit Reiter nicht frei von Ungereimtheiten. Auch Lothar Höbelt konstatierte, dass der Terminus „Opposition“ die Sache wohl besser treffen würde.<sup>32</sup> Vor allem nach Kriegsende hat Kraus in den Personal-Fragebögen der Amerikaner seine Rolle als NS-Gegner ausgebaut und sich sogar als Widerstandskämpfer präsentiert: Neben diversen „antinationalsocialistischen Schriften“ und der „Verbreitung von zersetzenden Gerüchten“ führte er eine Tätigkeit in der „österreichischen Widerstandsbewegung O5“ an, zu der er während eines kurzen Heimaturlaubes im März 1945 gestoßen sei, wobei er sich unter anderem auf Karl Gruber berief, der ihm umgehend bescheinigte, den „Kampf gegen den Nationalsozialismus und für ein freies Österreich seit 1940 unterstützt“ und der Widerstandsbewegung „wichtige politische und militärische Geheiminformationen“ geliefert zu haben. Seinen Freispruch zu Kriegsende verschwieg Kraus den Amerikanern, anders als in einem offiziellen Porträt des VdU-Spitzenkandidaten 1949 in der Wochenzeitung „Neue Front“, der Parteizeitung, die Kraus mithilfe von Spenden von Industriellen, die sich im Hintergrund hielten, aufgebaut hatte. Dort wurde der Freispruch betont, seine NS-kritische Haltung zwar nicht unter-

<sup>27</sup> Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz Stuttgart 1999, S. 64.

<sup>28</sup> Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: *Zeitgeschichte*, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 146.

<sup>29</sup> Silvia Kornberger, *Zerfall und Neubeginn – Die Gründung der FPÖ*, Norderstedt 1998, S. 4.

<sup>30</sup> Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: *Zeitgeschichte*, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 146.

<sup>31</sup> Silvia Kornberger, *Zerfall und Neubeginn – Die Gründung der FPÖ*, Norderstedt 1998, S. 5.

<sup>32</sup> Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz Stuttgart 1999, S. 66.

schlagen, aber von „Widerstand“ war adressatengerecht keine Rede mehr.<sup>33</sup>

Nach dem 8. Mai 1945 konnte sich Kraus aufgrund seiner im Buch geäußerten Russland-Kritik und seiner Tätigkeit bei der Abwehr nicht mehr in Wien niederlassen. Er ging, wie neben ihm viele Nationalsozialisten auch, in den „Goldenen Westen“, zu seiner Schwester und ihrem Mann nach Salzburg. Dort richtete er eine Anfrage an die amerikanische Militärverwaltung, ob er eine gesamtösterreichische Tageszeitung herausgeben dürfe. Dieser Anfrage wurde nicht stattgegeben. Daraufhin gründete er 1946 das Research-Institut „Österreichisches Forschungsinstitut für Wirtschaft und Politik“ und gab mit Unterstützung der Amerikaner ab Mai 1946 die Wochenschrift „Berichte und Informationen“ (BuI) heraus. Kraus hoffte damit, dass eine unabhängige Forschung die Grundlage zu weitblickenden Konzepten und einer über dem Parteikader stehenden Objektivität schaffen könnte. Durch den Rechtsanwalt Dr. Möbius, der ein Hilfskomitee für Flüchtlinge und befreite politische Häftlinge und Heimkehrer leitete, schloss Kraus Bekanntschaft mit Viktor Reimann und Rudolf Strasser, zwei ehemaligen KZ-Häftlingen. Reimann, dem Kraus anfänglich sogar Quartier gab, wurde dessen wichtigster Mitstreiter.<sup>34</sup>

Dr. Viktor Reimann (1915–1996) wurde am 25. Jänner 1915 in Wien geboren. Nach dem Abschluss des Gymnasiums in Klosterneuburg studierte er zwei Jahre Theologie, brach aber das Studium ab, um in Wien Geschichte zu studieren. 1939 promovierte er.<sup>35</sup> Reimann war zunächst illegales NSDAP-Mitglied und als treuer Heinrich von Srbik-Schüler immer stark deutschnational und antisemitisch eingestellt. Allerdings geriet er aufgrund seiner Kontakte zur Widerstandsgruppe um Roman Karl Scholz 1940 in die Mühlen der NS-Justiz und wurde 1943 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zehn Jahren schweren Ker-

ker verurteilt. Bis 1945 saß Reimann im Strafgefängnis Straubing. Nach seiner Befreiung wurde er stellvertretender Chefredakteur der „Salzburger Nachrichten“. Dass Reimann nach 1945 als „NS-Opfer“ firmierte, erwies sich zwar als vorteilhaft für das Image des VdU, machte ihn aber in den eigenen Kreisen verdächtig: Nicht selten wurde er in parteiinternen Konflikten, übrigens wie Kraus, dem man „Verrat“ vorwarf, abschätzig als „KZ'ler“ und „Widerständler“ tituliert.<sup>36</sup>

Neben der Aufforderung von Industriellen, eine vierte Partei zu gründen, waren es laut Herbert Kraus zwei Gründe, die ihn zum Eintritt in die Politik drängten. Zum einen der Kampf gegen die großkoalitionäre Dominanz („Proporz“): Als Kraus die Lage bei SPÖ und ÖVP für eine Partei-gründung sondierte, kam es auch zu einer Unterredung mit dem Staatssekretär und Propagandareferenten der ÖVP, Ferdinand Graf, der ihn aus bekannten Gründen bestürmte, ja keine neue Partei zu gründen. Den Ausgang des Gesprächs schilderte Kraus in seinen in Buchform erschienenen Erinnerungen folgendermaßen: „Was bei diesen Stellungnahmen zum Vorschein kam, war ein solches Maß an Sorglosigkeit gegenüber den großen Volksanliegen, eine so überhebliche Parteigläubigkeit und intolerante Herrschsucht, dass ich mich ... endgültig und fest zur Parteigründung entschloss. Niemand hat mich stärker zu diesem Entschluss hingetrieben als Ferdinand Graf.“<sup>37</sup> Zum anderen war es der Einsatz von Kraus für die „ausgestoßen und entrechteten“ ehemaligen Nationalsozialisten, die es wieder in die demokratische Gesellschaft einzugliedern galt. In unzähligen Artikeln empörte er sich über das Entnazifizierungsgesetz von 1947, das er mit den „Unmenschlichkeiten“ des Nationalsozialismus auf eine Stufe stellte. Kraus trat für einen „Schlusstrich“ unter die Vergangenheit im Geiste der „Versöhnung“ ein.<sup>38</sup> Er schrieb dazu auch in seinen Erinnerun-

**33** Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 146.

**34** Silvia Kornberger, Zerfall und Neubeginn – Die Gründung der FPÖ, Norderstedt 1998, S. 6.

**35** Silvia Kornberger, Zerfall und Neubeginn – Die Gründung der FPÖ, Norderstedt 1998, S. 6.

**36** Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 147.

**37** Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987, Wien München 1988, S. 199.

**38** Zitate in: Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 146f.

gen: „Wer würde diesen Menschen die demokratische Gesinnung beibringen, die jetzt von allen verlangt werden musste? Die Verfasser des Nazigesetzes sicher nicht. Diese hatten auch nur Gewalt und Unterdrückung, wenn nicht sogar Rache im Sinn. Die fast 600.000 ehemaligen Nazi – die Mehrheit der österreichischen Intelligenz und des Mittelstandes – zu entrechten und nur als Parias in unserer Gemeinschaft zu dulden, war keine Erziehung zur Demokratie. Das war das genaue Gegenteil.“<sup>39</sup> Kraus sah es als seine Aufgabe, den bekehrungswilligen Nationalsozialisten, den „Mitläufern“ und „Konjunkturrittern“, wieder Halt zu geben. Sein publizistischer Kampf gegen die Entnazifizierung, die er mit der „Verletzung der Menschenrechte“ gleichsetzte, in den „Berichten und Informationen“, sowie einige Auftritte in den „Forum-Debatten“ des Senders Rot-Weiß-Rot markierten den Beginn seiner politischen Karriere und machten Kraus weithin als leidenschaftlichen Verteidiger der „Ehemaligen“ bekannt.<sup>40</sup>

Herbert Kraus nannte zwei „einflussreiche Mitkämpfer gegen das Nazigesetz“: Viktor Reimann und den Salzburger Erzbischof Andreas Rohrer, letzterer die laut Kraus „fast einzige österreichische Autorität, die von der Besatzungsmacht respektiert und angehört wurde“.<sup>41</sup> Kraus war es auch, der die Grundlage für eine Rede Rohrachers an der Universität Innsbruck im Mai 1947 lieferte, in der dieser die „Rechtlosigkeit und Unmenschlichkeit“ der Entnazifizierung anprangerte. Das Fazit der vielbeachteten Rede, die später als „Legitimationsfolie für viele ‚Ehemalige‘“, fungierte, lautete: „Gewiss, wer Verbrechen begangen hat, hat sie zu sühnen, wer neuerdings für diese Ideen wirbt, verdient Strafe. Wer aber der Propaganda, dem Druck und dem Zwang erlegen ist, dem soll man mit Geduld und Beispiel den richtigen Weg weisen.“<sup>42</sup> Vik-

tor Reimann verwendete in seinen Erinnerungen ein ganzes Kapitel, in welchem er über die Entnazifizierung herzog, welches mit dem Satz „Am Beginn der Zweiten Republik stand der Hass“ begann und mit dem Satz „Das NS-Gesetz war barbarisch, weil es auf eine Kollektivschuld aufbaute und nicht anerkannte, dass der Mensch irren kann“ endete. Man hätte „Martyrer“ geschaffen, was dazu geführt hätte, „dass die Schuld der Vergangenheit von den Nationalsozialisten innerlich nie zur Kenntnis genommen wurde“.<sup>43</sup> Margit Reiter zog ein gegenteiliges Fazit: Mit der völlig überzogenen Kritik an der Entnazifizierung und mit damit einhergehenden NS-Vergleichen hätten Kraus und Reimann den Schuldabwehr- und Opferdiskurs der „Ehemaligen“ nicht nur bedient, sondern noch bestärkt. Die beiden „liberalen Aushängeschilder“, die als „unbelastet“ und als „NS-Gegner“ galten, könnten daher nur „bedingt“ als solche bezeichnet werden.<sup>44</sup>

Wen wollte die neue Partei nun ansprechen? Aus einem Schreiben von Herbert Kraus an Arthur Meinhold vom 16. Dezember 1948 geht hervor, dass nach seinen Plänen die neu zu gründende Partei auf einer „breiten Basis“ aufgestellt sein sollte, wobei er konkret folgende Gruppierungen vor Augen hatte: die „Anhängerschaft der Salzburger Nachrichten“, verkörpert in der Person Gustav A. Canaval und Viktor Reimann; seine eigene Anhängerschaft im Umfeld seiner Zeitschrift „Berichte und Informationen“; konservative „Widerstandsbewegungsleute“, wobei Kraus namentlich Wilfried Gredler und Karl von Winckler erwähnte; den Kongress der „Parteilosen“, vertreten etwa durch Alfons Stillfried; aber auch ehemalige Anhänger der „Verfassungstreuen Vereinigung“ und „Akademikerkreise, welche sich der Richtung Srbik, Nadler, Othmar Spann und Sedlmaier verpflichtet fühlen“.<sup>45</sup> Margit Rei-

**39** Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987, Wien München 1988, S. 188.

**40** Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 147.

**41** Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987, Wien München 1988, S. 185.

**42** Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 147.

**43** Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 83-95.

**44** Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 147.

**45** Lothar Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948–1955, Wien Köln Weimar 2015, S. 17ff. Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger

ter kam aufgrund der Aufzählung zu dem Schluss, dass diese zum einen den relativ geringen Stellenwert von „Liberalen“ aufweise und zum anderen die klare Absicht verfolgt hätte, auch exponierte Vertreter der „Nationalen“ einzubinden, wobei für letztere nach Möglichkeit eine „politisch unbelastete Person“ vorgeschoben werden sollte.<sup>46</sup>

### 3 Der Wahlerfolg des VdU 1949

Herbert Kraus schwebte auch eine Partei jenseits des Lagerdenkens der Ersten Republik vor, in der die Zuordnungen „liberal“ oder „national“ keinen Stellenwert mehr haben sollten. Trotzdem gab er die Parole aus: „Die Führung liegt nicht bei den Nationalen!“<sup>47</sup> Dies unterstrich Viktor Reimann, der betonte, dass die Führungsgarnitur des VdU – eine „bunte Mischung“ aus ehemaligen Landbündlern, Großdeutschen und mit Wolfram Bitschnau in Tirol, auch einem Monarchisten – aus Leuten bestanden habe, „die entweder überhaupt nicht oder nur als kleine unbedeutende Mitglieder der NSDAP angehört“ hätten.<sup>48</sup> Reimann stellte andererseits dar, dass die VdU-Führung aufgrund von „Verleumdungen“ seitens der ÖVP im Wahlkampf 1949 für den Nationalrat und zugleich für die Landtage – die „Ehemaligen“ seien vor den „Wehrkraftzersetzer“ und „Widerstandskämpfern“ Kraus und Reimann gewarnt worden – in die „Zwangslage“ versetzt worden sei, Kontakte mit ehemaligen Nationalsozialisten aufzunehmen.<sup>49</sup> Diese führten unter anderem zum sogenannten „Gmundner Kreis“ im Hoffungsgebiet des VdU in Oberösterreich, der aus einer Wohlfahrtsorganisation ehemaliger „Glasenbacher“ entstanden war. Herbert Kraus schrieb, dass der Landespartei sekretär der oberösterreichischen SPÖ, Bundesrat Karl Krammer, diesen Kreis „ehemaliger Nazigrößen“ den antikommunisti-

schen „Kalten Kriegern“ des US-Geheimdienstes CIC zugeführt habe, der sie betreute. Krammer habe nun die Amerikaner gebeten, die Schwerbelasteten dem VdU zu empfehlen, denn die SPÖ sei extrem darauf aus gewesen, ihn, Kraus, von der sozialen Erneuerungspolitik – der VdU war bei Betriebsratswahlen in den großen verstaatlichten Betrieben erfolgreich gewesen – abzubringen und in ein traditionelles, bürgerlich-nationales Fahrwasser umzulenken.<sup>50</sup> Den Kontakt zwischen der Führung des VdU und dem „Gmundner Kreis“ stellte laut Reimann der CIC-Mann Jack Hiebler her.<sup>51</sup> Die beiden Köpfe des Kreises waren Erich Kernmayer und Stefan Schachermayr.

Der gebürtige Grazer Erich Knud Kernmayer (1906–1991) wurde nach fünf Jahren Gymnasium, welches er mit der „mittleren Reife“ verlassen hatte, Schriftleiter. Zwei Jahre lang soll er die Schulbank zusammen mit Bruno Pittermann gedrückt haben. Als Mitglied der KPÖ wurde Kernmayer wegen „kommunistischer Umtriebe“, aber auch wegen Diebstahls und Betruges insgesamt elfmal bestraft und noch 1934 wegen seiner politischen Betätigung inhaftiert. Nach einem Gesinnungswandel wurde er, der sich mit Schriftstellernamen Erich Kern nannte, stellvertretender Chefredakteur der Wiener Redaktion der in Essen erscheinenden „Nationalzeitung“. Zu Beginn des Jahres 1938 wurde Kernmayer Mitglied der illegalen SA und trat in die NSDAP ein. Nach seiner Entlassung aus der SA wegen seiner Vorstrafen trat er der SS und dem SD bei. Noch 1938 wurde er Chef vom Dienst in der Redaktion der Zeitung „Deutscher Telegraph“. 1939 fungierte Kernmayer als Gaupresseamtsleiter in der Gauleitung Wien. 1940 wurde er Leiter der Pressestelle des saarländischen Gauleiters Josef Bürckel. 1941 trat er als Kriegsberichterstatter in eine Propagandakompanie der Waffen-SS ein. Als Kernmayer in amerikanische Kriegsgefangenschaft geriet und nach Glasen-

bach kam, aus der er angeblich auf Veranlassung des CIC entlassen wurde, hatte er den Rang eines SS-Untersturmführers erlangt. Danach arbeitete er als Schriftsteller. Seine Bücher, die sich um das Kriegserlebnis rankten, wie „Der große Rausch. Russlandfeldzug 1941–1945“, waren durchzogen von Antisemitismus und völkisch-nationalistischer Propaganda und zielten auf die Weißwaschung von Wehrmacht, Waffen-SS sowie anderer NS-Organisationen ab. Einige Werke wurden in der sowjetischen Besatzungszone auf die „Liste der auszusondernden Literatur“ gesetzt.<sup>52</sup>

Der höchstrangige Oberösterreicher unter den „Glasenbachern“ war Gauinspekteur Ing. Stefan Schachermayr, der zusammen mit Gauleiter August Eigruber 1945 verhaftet und im August 1848 enthaftet wurde.<sup>53</sup> Noch im Jahre 2005 meinte der damals 93jährige Schachermayr gegenüber der „Oberösterreichischen Rundschau“: „Ich war überzeugter Nationalsozialist und bin es im Grunde genommen heute auch. Man kann uns ja außer dieser Judengeschichte gar nichts nachweisen. Es ist ja nur Gutes geschehen.“<sup>54</sup>

Es kam nun zu mehreren Unterredungen zwischen Kraus und Reimann auf der einen und Kernmayer und Schachermayr auf der anderen Seite in Kernmayers „Villa Maria Luise“ in Gmunden. Schachermayr soll dabei angeboten haben, in kürzester Zeit eine komplette Landesorganisation aufstellen zu können, da er als ehemaliger Gauinspekteur von Oberdonau alle Schlüsselpersonen der ehemaligen NSDAP persönlich kenne, was zunächst von VdU-Seite abgelehnt wurde. Interessant erscheint die Schilderung Viktor Reimanns über eine Tagung ehemaliger Nationalsozialisten in der Villa Kernmayrs, auf der Herbert Kraus einen Bericht über die bisherige Tätigkeit des VdU erstattete. Erich Kernmayer soll Kraus danach in ein Nachbarhaus geführt haben, in dem

Innenminister Oskar Helmer gewartet habe und ihn mit den Worten „Aber wenn ich diese Nazi nicht betreue, betreut sie der Maleta in Oberweis“ beruhigt haben soll.<sup>55</sup> Die Folge dieser Kontaktaufnahme war, dass Herbert Kraus dem Landesbeauftragten Gustav Adolf Neumann nahelegte, dann doch in Personalfragen das Einvernehmen mit Stefan Schachermayr zu pflegen. Eine weitere Folge war, dass Kernmayer und sein Freund Karl Kowarik, Wiener HJ-Gebietsführer und Reichstagsabgeordneter, das Treffen von Kraus und Reimann mit Vizekanzler Adolf Schärf am 8. April 1949 im Salzburger Hotel „Zum braunen Hirschen“ vermittelten. Schärf ließ damals offenbar die Aussicht auf eine Dreier-Koalition nach den Wahlen und auf das Unterrichtsressort, aus dem endlich der klerikale Geist vertrieben werden müsse, für den VdU durchblicken. Außerdem gab er die Versicherung ab, dass er auf Ferdinand Grafs Drängen nach einem Verbot des VdU Widerstand leisten werde.<sup>56</sup>

Der Wahlkampf 1949 stand im Zeichen des Buhlens um die frei gewordenen Stimmen der ehemaligen Nationalsozialisten, an dem sich bekanntlich sämtliche Parteien – und in herausragendem Maße natürlich auch der VdU – beteiligten.<sup>57</sup> Doch Viktor Reimann behauptete, dass dieser – von ihm als „Schlammschlacht“ bezeichnete – Wahlkampf, den die ÖVP gegen den VdU führte, zum „Schlimmsten und Unfairsten“ gehörte. Die ÖVP, die die absolute Mehrheit anpeilte, wollte eine vierte Partei, die ihr Stimmen kostete, mit allen Mitteln verhindern. Ihr wohl treffendstes Argument war, „dass die fremde Besetzung des Landes offiziell mit der Notwendigkeit begründet wurde, den Nationalsozialismus auszurotten. Wenn eine neonazistische Partei Erfolg hat, werden die Sowjets verkünden, dass der Besetzungszweck noch keineswegs erreicht sei. Vielleicht werden sie sofort

NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 145.

<sup>46</sup> Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 145.

<sup>47</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 67.

<sup>48</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 117.

<sup>49</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 117.

<sup>50</sup> Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987, Wien München 1988, S. 267.

<sup>51</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 118.

<sup>52</sup> Karin Gradwohl-Schlacher, Der Grazer Journalist und Schriftsteller Erich Knud Kernmayer, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Band 20, Graz 1989, S. 111–125.

<sup>53</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 75.

<sup>54</sup> <http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/august-2005/ermittlungen-gegen-exgauinspektor>, abgerufen am 17. März 2018.

<sup>55</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 122.

<sup>56</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 77.

<sup>57</sup> Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 145.

verlangen, dass die Mandate der ‚vierten Partei‘ ungültig erklärt werden.<sup>58</sup> Der Slogan der ÖVP lautete daher, dass eine Stimme für den VdU eine verlorene wäre, weil immer die Gefahr einer Auflösung der Partei wegen Neonazismus im Raum stünde. Außerdem bestünde die Gefahr, dass sich durch die Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat durch eine vierte Partei in Österreich eine Entwicklung anbahne, wie sie sich auch in den östlichen Nachbarländern abspiele.<sup>59</sup> Etwa eine Woche vor der Wahl gelang es der ÖVP, eine Wahlempfehlung von 100 ehemaligen prominenten Nationalsozialisten unter der Führung des ehemaligen NS-Landesbauernführers Sepp Hainzl an die „Ehemaligen“ zu bekommen, die sie in ihren Blättern und in den „Salzburger Nachrichten“ abdruckten. Man müsse nun mit der ÖVP eine „Schicksalsgemeinschaft“ gegen den drohenden Marxismus eingehen.<sup>60</sup>

Am 9. Oktober 1949 erzielte der VdU einen überraschenden Wahlerfolg: Er errang 489.273 Stimmen. Das waren 11,67 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen und 16 Mandate. Die ÖVP schnitt mit 77 Mandaten nicht schlecht ab, verlor aber acht Mandate an den VdU und die absolute Mehrheit. Die SPÖ erhielt 67 Mandate und musste acht Mandate an den VdU und ein Mandat an den Linksblock abtreten, der insgesamt fünf Mandate erzielte. In ihren Wahlanalysen unterschieden sich Viktor Reimann und Herbert Kraus kaum: Reimann bedauerte, dass der VdU in der russischen Zone in Niederösterreich und im Mühviertel sowie in Wien, das zum Teil russisch besetzt war, nur drei Mandate gewinnen konnte, obwohl hier die Hälfte der Wähler ansässig war. Er führte dies auf die geringen Propagandamöglichkeiten in dieser Besatzungszone zurück, auf das Fehlen der Tagespresse und die Aussperrung im Rundfunk, aber auch darauf, dass in Wien mit Fritz Stüber und Univ. Prof. Helfried Pfeifer die Nationalen den Ton angaben und eine Verschärfung der NS-Gesetze zu befürchten war. In den westlichen

Bundesländern erzielte der VdU hingegen einen großen Erfolg. Reimann schrieb von einem „Erd-rutsch“: In Oberösterreich, in Salzburg und in der Steiermark wurde die absolute Mehrheit der ÖVP, in Kärnten die der SPÖ gebrochen. Überhaupt schnitt der VdU in Oberösterreich, wo Kraus und Reimann als Spitzenkandidaten kandidierten, am besten ab – als bestes Bezirksergebnis in Wels mit fast 30 Prozent. Nur im russisch besetzten Mühviertel blieb der VdU erfolglos. Reimann zog aus dem Wahlergebnis den Schluss, dass damit der „schlagende Beweis“ erbracht worden sei, dass der VdU „nicht nur nicht neonazistisch, sondern nicht einmal den größeren Teil der ehemaligen Nationalsozialisten als Wählerstock gewonnen“ habe. Da sich in Wien und Niederösterreich die Hälfte aller registrierten ehemaligen Nationalsozialisten befunden hätte, nämlich 300.000 von insgesamt etwa 540.000, der VdU in den beiden Bundesländern aber nur 120.000 Stimmen erhalten habe, sei dies statistisch leicht nachzuweisen.<sup>61</sup> Auch Herbert Kraus, der immer mehr darauf bedacht war, seine Partei vom Neonazi-Image zu befreien, rechnete in seinen Erinnerungen vor: „Ich war froh, als ich den Wahlanalysen entnahm, wie sich die 500.000 bis 600.000 entregistrierten Nazi auf alle Parteien verteilt hatten: etwa 40 Prozent auf die ÖVP, 30 Prozent auf den VdU, 15 Prozent auf die SPÖ und 15 Prozent auf die Nichtwähler. Es wurde klar, dass die Mehrzahl der VdU-Wähler aus anderen Kreisen stammten.“<sup>62</sup> Für die SPÖ, die damit gerechnet hatte, aus dem Zwist der Bürgerlichen als stärkste Partei hervorzugehen, war die Wahl eine herbe Enttäuschung. Sie fand nun auch gegenüber dem VdU eine neue Sprache.<sup>63</sup> So schrieb Oskar Helmer nach der Wahl in der „Arbeiter Zeitung“: „Wir werden unter keinen Umständen zulassen, dass sich da etwa am Busen der Demokratie eine neue faschistische Partei nähre.“<sup>64</sup>

Der VdU zog nun mit 16 Abgeordneten in den Nationalrat ein: Herbert Kraus als Klubobmann (Wahlkreis Traunviertel); Karl Hartleb

58 Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 152.

59 Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 162.

60 Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 160f.

61 Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 164-170.

62 Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987, Wien München 1988, S. 223.

63 Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz Stuttgart 1999, S. 95.

64 Zitiert in: Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 171.

(Wahlkreis Obersteiermark) und Viktor Reimann (Reststimmenmandat im Wahlkreisverband West) als Stellvertreter; Oskar Huemer (Linz), Anton Neumann (Traunviertel), Hans Rammer (Innviertel), Thomas Neuwirth (Salzburg), Gerhard Ebenbichler (Tirol), Rudolf Kopf (Vorarlberg), Robert Scheuch (Kärnten), Alois Gruber (Kärnten), Franz Klautzer (Graz), Dipl. Ing. Adalbert Buchberger (Reststimmenmandat Wahlkreisverband Süd), Anton Gasselich (Reststimmenmandat Wahlkreisverband Niederösterreich) sowie Helfried Pfeifer und Fritz Stüber (beide Reststimmenmandate im Wahlkreisverband Wien).

In den Bundesrat kamen Ing. Max Rabl (Oberösterreich), Univ. Prof. Dr. Ferdinand Ulmer (Vorarlberg), Oberlandesgerichtsrat Dr. Karl Klemenz (Steiermark) und der Landwirt Anton Supersberger (Kärnten).

Bei den Nationalratsmandataren erscheinen der Lehrer Anton Gasselich, der Landwirt Robert Scheuch und der Wiener Univ. Prof. Dr. Helfried Pfeifer besonders interessant:

Anton Gasselich (1888–1953) besuchte nach der Volksschule die Lehrerbildungsanstalt in Strebersdorf und arbeitete in der Folge als Lehrer. Zudem studierte er an der Universität Wien Lehramt für Mittelschulen und schloss sein Studium mit dem akademischen Grad Dr. phil. ab. Obwohl Gasselich in Wien als Lehrer arbeitete, wohnte er in Lasee. Politisch engagierte er sich zunächst für die Großdeutsche Volkspartei, die er ab dem 4. November 1920 auch im Niederösterreichischen Landtag vertrat. Diese Funktion übte er bis 20. Mai 1927 aus. 1923 war Gasselich jedoch dem Landbund beigetreten. Nach dem „Anschluss“ trat er der NSDAP bei. 1941 arbeitete er im Generalgouvernement als Referatsleiter Höherer Schulen in der Abteilung Erziehung und Unterricht.<sup>65</sup>

Robert Scheuch (1896–1974), am 13. August 1896 in Oberbozen geboren, besuchte nach der Volksschule ein Staatsgymnasium und absolvierte ein Studium als Agraringenieur an der Hochschule für Bodenkultur in Wien. Zudem studierte er an der Universität Halle an der Saale. Er war als Landwirt am Sternhof in Mühldorf im Mölltal in

Kärnten tätig.<sup>66</sup> Scheuchs politische Beurteilung durch den Gaubauernführer Kärnten im Personal-Fragebogen vom 20. Mai 1938 lautete folgendermaßen: „Der unterfertigte Gaubauernführer bestätigt, dass Dr. Ing. Robert Scheuch seit der Nachkriegszeit in Kärnten tätig ist. Der Genannte war von allem Anfang an nationaler Gesinnung. (sic!) Seit August 1935 wurde Dr. Scheuch in den agrarpolitischen Apparat eingegliedert und hat als Mitarbeiter des damaligen Landesbauernführers Ing. Reinhaller die Fragen der österreichischen Viehwirtschaft bearbeitet. Dr. Scheuch hat insbesondere durch die Organisation der reichsdeutschen Vieheinkäufe im wesentlichen Masse (sic!) zur Stärkung der Bewegung beigetragen und damit geholfen, die Voraussetzungen für den Umbruch vom 11. März 1938 zu schaffen. Der Ordnung halber wird noch hinzugefügt, dass Dr. Scheuch die mit seiner Arbeit verbundenen Auslagen aus eigenen Mitteln getragen hat, was zweifellos der Leistung von Mitgliedsbeiträgen gleichzusetzen ist.“ Als Zeugen für diese Beurteilung führte der Gaubauernführer „Landesbauernführer Minister Ing. Reinhaller, Wien“ an.<sup>67</sup> Trotzdem ging die Übernahme in die NSDAP nach dem „Anschluss“ nicht reibungslos vor sich: Ein Antrag Scheuchs im Zuge der Erfassungsaktion 1938 wurde vom Ortsgruppenleiter Klagenfurt-Süd – in Unwissenheit der „Arbeiten im Stabe Reinhallers“, wie es später hieß – abgelehnt, von diesem aber in einem Schreiben vom 1. November 1939 dahingehend richtiggestellt, „dass er Dr. Scheuch Verdienste um die Partei in der Verbotszeit zubilligte“. Das damit befasste Kreisgericht kam wiederum zur Ansicht, dass es eine „illegale Tätigkeit“ nicht erblicken könne. Schließlich wurde der Erfassungsantrag Anfang 1940 dem Obersten Parteigericht, Dienststelle Wien, übermittelt, woraufhin das Gaugericht Kärnten mit Beschluss vom 8. Februar 1940 die Aufnahme Scheuchs beantragte. In der Begründung wurde dessen Tätigkeit als „Illegaler“ unterstrichen: So habe er sich als ursprünglicher Landbündler 1935 der NSDAP zugewandt und sofort Verbindung mit dem nationalsozialistischen illegalen agrarpolitischen Apparat auf-

65 [http://www.landtag-noe.at/images/personen\\_ausschuesse/1921.pdf](http://www.landtag-noe.at/images/personen_ausschuesse/1921.pdf), abgerufen am 20. März 2018.

66 [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01609/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01609/index.shtml), abgerufen am 20. März 2018.

67 Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Parteikorrespondenz (PK), Sig. P0036, „Scheuch Karl – Scheurer Johann“, Kader 177, Personal-Fragebogen Robert Scheuch, 20. Mai 1938, S. 4.

genommen. Neben seiner Arbeit mit Reinhaller wurde hervorgehoben, dass Scheuch viel für die nationalsozialistischen Gebirgsbauern in Kärnten getan hätte. Auch wurden seine Reisen ins „Altreich“ und innerhalb Österreichs gewürdigt: „Diese Fahrten trugen dazu bei, die Ideen des Nationalsozialismus in die Bauernschaft zu tragen und den national und nationalsozialistisch eingestellten Bauern die wirtschaftliche Lage zu verbessern. In seiner Stellung als Landtierzuchtdirektor war Dr. Scheuch den ständigen Angriffen der Leitung der Vaterländischen Front ... ausgesetzt ... Wenn auch Dr. Scheuch in der Verbotszeit unmittelbar keinen Mitgliedsbeitrag leistete, so ist seine Tätigkeit für die Partei doch als illegale Arbeit zu werten.“<sup>68</sup> Somit wurde Robert Scheuch rückwirkend mit 1. Mai 1938 in die NSDAP aufgenommen und bekam die Mitgliedsnummer 6,198.633 aus dem sogenannten „Illegalenblock“ zugewiesen, wie dies auch auf seiner Mitgliedskarte vermerkt wurde.<sup>69</sup> Scheuch gehörte in der NS-Zeit zu den politisch einflussreichsten Kärntner NS-Großbauern – den sogenannten „Sterzgrafen“.

Helfried Pfeifer (1896–1970), am 31. Dezember 1896 in Wien geboren, besuchte nach der Volksschule das Gymnasium in Wien-Hietzing. Am Ersten Weltkrieg nahm er als Kriegsfreiwilliger teil und wurde Offizier. Nach Kriegsende studierte er Rechtswissenschaften und schloss das Studium mit dem akademischen Grad Dr. jur. ab. Nach dem Gerichtsjahr trat Pfeifer 1922 in den politischen Verwaltungsdienst ein. 1935 habilitierte er sich über „Grundsätze und Probleme des österreichischen Sozialversicherungsrechtes“ und wurde Dozent für Verwaltungslehre und Verwaltungsrecht an der Universität Wien. Als sogenannter „Illegaler“ wurde Pfeifer nach dem „Anschluss“ mit 1. Mai 1938 in die NSDAP aufgenommen und

bekam die Mitgliedsnummer 6,104.797 aus dem „Illegalenblock“ zugewiesen. Er war einige Zeit als Oberregierungsrat dem Reichsministerium des Innern in Berlin zugeteilt und auch dort wohnhaft.<sup>70</sup> Pfeifer stieg 1940 zum außerordentlichen Universitätsprofessor auf. Als NS-Verwaltungsjurist gab er 1941 unter dem Titel „Die Ostmark. Eingliederung und Neugestaltung“ eine Sammlung von grundlegenden Rechtstexten heraus, mit welchen er zustimmend die Umwandlung des unabhängigen Österreich in die nationalsozialistische Ostmark dokumentierte. 1945 wurde Pfeifer aus dem Universitätsdienst entlassen, als minderbelastet eingestuft und 1948 nach dem Stände von 1938 als Landesregierungsrat in den Ruhestand versetzt.<sup>71</sup> Viktor Reimann unterstrich, dass Pfeifer als ausgezeichnete Kenner des Verwaltungs- und Verfassungsrechts bei der Parlamentsarbeit für den VdU „unentbehrlich“ war und er lobte „seine Zähigkeit, seinen Fleiß und seine Gewissenhaftigkeit“. Diese Tugenden verwendete Pfeifer jedoch, um einen fast obsessiven Kampf gegen die „NS-Unrechtsgesetze“ nach 1945 zu führen und sich „unbeirrbar“ für die ehemaligen Nationalsozialisten einzusetzen. Reimann musste aber auch eingestehen, dass „gegen Pfeifer“ sprach, dass er im Vorwort eines seiner Bücher Adolf Hitler als obersten Gerichtsherrn hingestellt hatte, was ihm immer wieder vorgehalten worden sei, „wenn seine Argumentation gegen die Folgen der NS-Gesetzgebung den Großparteien auf die Nerven ging“.<sup>72</sup> Margit Reiter stellte dazu fest, dass Pfeifer, der sich im Nationalrat auch öfters durch „pronazistische Äußerungen“ hervortat, geradezu typisch für jenen Personenkreis des nationalen Flügels war, zu dem sie auch Fritz Stüber zählte, der sich nach 1945 nicht zurückhielt und damit die Versuche von Herbert Kraus, das Neonazi-Image des VdU loszuwerden, geradezu konterkarierte. Reiter

**68** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Parteikorrespondenz (PK), Sig. P0036, „Scheuch Karl – Scheurer Johann“, Kader 170f., Begründung des Beschlusses des Gaugerichtes Kärnten der NSDAP, AZ. V 106/39, 8. Februar 1940, S. 2.

**69** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Parteikorrespondenz (PK), Sig. P0036, „Scheuch Karl – Scheurer Johann“, Kader 168, NSDAP Mitgliedschaftsamt München an den Gauschatzmeister des Gau Kärnten, 17. Juni 1940 und Bundesarchiv Berlin (BArch), R 9361-IX, Gaukartei, Kasten 3722, Karte 1509, Dr. Robert Scheuch.

**70** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Parteikorrespondenz (PK), Sig. J0067, „Pfeifer Franz – Pfeiffer Helmut“, Kader 2742, Mitgliedskarte des Reichsministeriums des Inneren, Fachschaft Reichsverwaltungsbeamte, Mitgliedsnummer 1,488.276.

**71** [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01191/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01191/index.shtml), abgerufen am 20. März 2018.

**72** Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 184.

stufte Pfeifer wegen seiner Funktion und Tätigkeit in der NS-Zeit und seiner Gesinnung nach 1945 durchaus als „belastet“ ein.<sup>73</sup>

Herbert Kraus schrieb über die nunmehrige Mandatsverteilung: „Im Parlament waren wir das Zünglein an der Waage: Mit der ÖVP hatten wir 56 Prozent, das heißt 93 von 165 Stimmen, und mit der SPÖ 50,3 Prozent oder 83 Stimmen.“<sup>74</sup> Die Große Koalition unter der Kanzlerschaft von Leopold Figl wurde jedoch Anfang November 1949 fortgesetzt; das erstmals schriftlich fixierte Abkommen umfasste auch eine Parlamentskoalition und wurde auf alle Landesregierungen und Gemeinden über 10.000 Einwohner ausgedehnt.<sup>75</sup> Viktor Reimann schrieb: „Die Erstarrung des politischen Lebens war nun perfekt.“<sup>76</sup>

#### 4 Die Gollob-Krise

Nach der Wahl des Jahres 1949 versuchte Herbert Kraus, seine Mandatare auf eine „konstruktive Opposition“ einzuschwören, womit jede „Demagogie in Wort und Schrift“ zu vermeiden war. Diverse Enthüllungen über den „Gmundner Kreis“ veranlassten Kraus zudem zu einer Direktive, die VdU-Funktionären in Zukunft jeglichen Kontakt mit diesem untersagte. Als dritte Maßnahme gab der Bundesvorstand im Oktober 1949 eine gemeinsame Erklärung heraus: „Gegenüber den immer wieder auftauchenden und in der Presse verbreiteten Unterschiebungen, wonach der VdU neonazistischen und pangermanischen Einflüssen ausgesetzt sei, erklärt der Bundesvorstand des VdU in voller Einstimmigkeit folgendes: 1. der VdU lehnt jede Form von Neonazismus und Pangermanismus ab; 2. innerhalb des VdU gibt es keinerlei Untergrundbewegung irgendwelcher Art

(Anm. das war eine deutliche Anspielung auf den Gmundner Kreis, von den Medien verschwörerisch als „die Spinne“ bezeichnet); ... 3. der Bundesvorstand erklärt ferner, dass keine belastete Nationalsozialisten irgendwelche Stellungen oder Funktionen bekleiden oder auch nur den geringsten Einfluss auf die Beschlüsse des Bundesvorstandes oder die seiner Unterorganisationen nehmen können.“<sup>77</sup> Diese Erklärung war jedoch kein bindender Parteibeschluss und wurde nicht immer in die politische Praxis umgesetzt.

Schon bald begann der nationale Flügel gegen die liberale Führung zu opponieren, wobei Margit Reiter anmerkte, dass man die Konflikte nicht ausschließlich auf einen Richtungsstreit zwischen „Nationalen“ und „Liberalen“ zuspitzen könne, ging es dabei doch oft um strategische Uneinigkeiten und vor allem um persönliche Animositäten.<sup>78</sup> Als typisches Beispiel dafür nannte sie die sogenannte „Gollob-Krise“, Konflikte um den Generalsekretär des VdU, Gordon Mac Gollob (1912–1987), die im Frühsommer des Jahres 1950 eskalierten: Bereits im Juni 1949 hatten Kraus und Reimann beschlossen, einen Generalsekretär aufzunehmen. Lothar Höbelt vermutete, dass sich daraufhin über Vermittlung des Offiziers des Ersten Weltkrieges und Kaufmannes in Innsbruck Gerhard Ebenbichler der „Brillantenträger“ Oberst Gordon M. Gollob meldete und von den beiden Parteigründern sofort genommen wurde. Gollob trat seinen Dienst am 1. August 1949 an.<sup>79</sup> Noch in seinen 1980 erschienenen Erinnerungen verteidigte Viktor Reimann diese prominente Wahl, wobei auch die im Buch nachzulesende Kurzbiographie Gollobs nicht frei von Bewunderung für dessen „kriegsbedingte Traumkarriere“ war.<sup>80</sup>

Gollob wurde 1912 in Wien geboren, doch übersiedelten seine Eltern 1924 nach Innsbruck,

**73** Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 149.

**74** Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987, Wien München 1988, S. 224.

**75** Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 97.

**76** Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 183.

**77** Zitiert in: Lothar Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948-1955, Wien Köln Weimar 2015, S. 60.

**78** Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 150.

**79** Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 89.

**80** Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 134.

wo er 1931 an der Bundesoberrealschule maturierte. Als früh Flugbegeisterter erwarb Gollob 1930 die A- und B-Gleitflugscheine und wurde bald als Fluglehrer, Bauprüfer und Bauleiter aktiv. In dieser Zeit studierte er an der Technischen Hochschule in Graz vier Semester Maschinenbau. 1933 trat Gollob als Artillerist in das Bundesheer ein und durchlief dort eine dreijährige Offiziersausbildung an der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt. Als Fliegerleutnant übernahm er ab 1. September 1936 die Schulung des Pilotennachwuchses. Nach dem „Anschluss“ wurde er in die deutsche Luftwaffe übernommen. Der nunmehrige Oberleutnant wurde noch 1938 Staffelflieger im Zerstörergeschwader 76. Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erhielt Gollob am 5. September 1939 nach mehreren Abschüssen mit seiner Messerschmitt Bf 110 in Polen das Eiserne Kreuz II. Klasse. Als Staffelflieger flog er bei der Besetzung Norwegens mit. Nach mehreren Erfolgen bei Newcastle, Trondheim, Narvik und bei den Shetlands erhielt er das Eiserne Kreuz I. Klasse. Daraufhin ließ Gollob sich als Nachtjäger ausbilden und kam somit zum Jagdgeschwader 3 (Udet) an den Ärmelkanal. Im Jahre 1941 wurde Gollob Hauptmann und Gruppenkommandeur an der Ostfront. Nach mehreren hohen Auszeichnungen für seine Abschüsse erhielt er am 30. August 1942 als erst dritter Soldat in der Wehrmacht das „Ritterkreuz mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten“. Bis zu diesem Tag hatte er bei insgesamt 340 geflogenen Einsätzen 150 Luftsiege erzielt. Daraufhin erteilten ihm Adolf Hitler und Hermann Göring Flugverbot für weitere Feindflüge, weil die besten Flieger für das künftige deutsche Weltreich aufgespart bleiben sollten. Als er an die französische Kanalküste verlegt worden war, setzte sich Gollob für den Serienbau der Me 262 ein, was seiner Meinung nach zu einer Wende im Luftkrieg hätte führen können. Im Herbst 1942 wurde er zum „Einsatzstab für moderne Jagdflugzeuge“ versetzt und testete dort zahlreich neue Flugzeugtypen. Am 18. September 1944 entließ der General der Jagdflieger Adolf Galland Oberst Gollob aus dem Jägerstab. Nach Meinungsverschiedenheiten mit Hermann Göring wurde hin-

**81** Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 134f.

**82** Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz Stuttgart 1999, S. 89.

**83** Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 136.

gegen Galland entlassen und am 31. Jänner 1945 durch Gollob ersetzt. Am 1. Juni 1945 geriet er in britische Kriegsgefangenschaft. Aus dieser wurde er Ende 1946 entlassen und ließ sich in Kitzbühel nieder.<sup>81</sup> Gollob galt nach dem NS-Gesetz als politisch unbelastet.<sup>82</sup>

Für Gollob sprach laut Reimann beim Vorstellungsgespräch dessen Bescheidenheit, dessen Ablehnung von Hitlers Kriegs- und Vernichtungspolitik schon aus seiner Fliegerlehre heraus und dessen Meutern gegen Görings unfähige Führung. Auch habe Gollobs Stellung als letzter Generalinspekteur der Luftwaffe dazu verleitet, dass er Organisationstalent haben müsse. Allmählich habe dieser jedoch, der über seine Mutter, eine gebürtige Reininghaus, mit der Grazer High-Society verschwägert war und wegen seiner hohen Kriegsauszeichnungen überall herumgereicht wurde, einen „Messiaskomplex“ entwickelt. Da er als „Symbol der Ehrenrettung“ für alle galt, die darunter gelitten hätten, dass ihre soldatische Vergangenheit verunglimpft worden wäre, habe diese Zustimmung Gollob verführt, zu glauben, zu größeren politischen Aufgaben berufen zu sein, was ihn zwar selbstbewusster, aber auch zu einem sich selbst überschätzenden Mann gemacht habe. Er habe bald geglaubt, eine nationale Renaissance stünde bevor und er wäre dazu ausersehen, diese in die Wege zu leiten. Dazu sei Gollobs mangelndes Organisationstalent gekommen, welches sich bald herausgestellt habe, und seine Arroganz, mit der der Fliegeroberst sich zu gut gehalten hätte, mühevoller Kleinarbeit zu leisten.<sup>83</sup> Das waren die Voraussetzungen, die unweigerlich zu einem Riss führen mussten.

Nach ersten Querelen, die auf eine Auseinandersetzung zwischen Kraus und Gollob hinausliefen, fand letzterer stärkste Unterstützung vom Landesverband in der Steiermark, wo der Landesobmann, Landesrat Josef Elsnitz, und ein junger Funktionär Gollobs „Paladine“ waren – Herbert Schweiger.

Herbert Schweiger (1924–2011), die spätere „graue Eminenz der deutsch-österreichischen Neonazi-Szene“, entstammte einem deutsch-nationalen Elternhaus und wurde bereits als Jugendlicher im Deutschen Turnverein und in der

HJ aktiv. Als 17-jähriger Mittelschüler meldete er sich im April 1941 freiwillig zur Waffen-SS. Im Juli 1941 wurde der ausgebildete Pionier in die „Leibstandarte Adolf Hitler“ aufgenommen und im Russlandfeldzug eingesetzt.<sup>84</sup> Laut Gaukartei im Bundesarchiv Berlin beantragte Schweiger am 17. August 1942 seine Aufnahme in die NSDAP, die am 1. September 1942 erfolgte (Mitgliedsnummer 9,319.848).<sup>85</sup> Nach mehreren Verwundungen und Lehrgängen, unter anderem in der SS-Junkerschule Braunschweig, wurde er 1943 zum SS-Untersturmführer ernannt. Mit dem Kriegsende geriet er in amerikanische Kriegsgefangenschaft.<sup>86</sup>

Das Fass zum Überlaufen brachte schließlich eine Großkundgebung auf dem Grazer Hauptplatz am 23. Juni 1950, wo es laut Reimann „von nationalen Tönen nur so rauschte“.<sup>87</sup> In seiner Rede kritisierte Gordon M. Gollob die NS-Gesetze („nicht besser als die Konzentrationslager“) und die Regierung („Scheindemokratie“) scharf und forderte am Ende die Zuhörer auf, die alte Haydn-Hymne mit dem Text des NS-Priesterdichters Ottokar Kernstock zu singen.<sup>88</sup> Einige Gegner des VdU wollten auch das „Deutschlandlied“ gehört haben, was Viktor Reimann durchaus einräumte, „weil nur wenige den Text Kernstocks kannten“.<sup>89</sup> Einige Tage zuvor, am 21. Juni, hatte im Grazer Vorort Gösting eine Sonnenwendfeier stattgefunden, bei der einer Jugendgruppe des VdU eine Fahne mit Schwert und Eichenlaub überreicht wurde.<sup>90</sup> Die Jugendlichen trugen schwarze Stiefel, schwarze Stiefelhosen, weiße Hemden und schwarze Binden und sangen nationale Lieder; die Fahne war schwarz und erinnerte an die SS. Diese beiden Auftritte seien laut Reimann einem „politischen Selbstmord“ gleichgekommen.<sup>91</sup>

Eine Woche später, am 1. Juli 1950, wurde der steirische VdU vom Bundesministerium für Inneres unter Hinweis auf die Grazer Vorfälle aufgelöst. Laut Lothar Höbelt war dies „nicht weiter tragisch“, da kein Parteiverbot ausgesprochen worden war und die Mandatare nicht betroffen waren. Die Unterlagen aus dem Parteisekretariat hatte man rechtzeitig nach Salzburg in Sicherheit gebracht. Im Februar 1951 einigte man sich schließlich auf die Kompromisslösung, dass der VdU seine Berufung gegen den Bescheid des Innenministeriums zurückzog und den Landesverband neu gründete. Was aber vielleicht auch von Innenminister Helmer mit diesem Schritt nicht vorausgesehen wurde, war die Wirkung, dass die latente Führungskrise des VdU zu einer akuten geworden war.<sup>92</sup> Als nämlich Karl Hartleb am 3. Juli 1950 zu Oskar Helmer nach Wien fuhr, um gegen die Auflösung Protest einzulegen, teilte ihm dieser mit, dass alle vier Alliierten im Innenministerium eine Demarche unternommen hätten und das Verbot des gesamten VdU in Erwägung ziehen würden, weil sie eine Machtübernahme Gollobs befürchteten. Deshalb habe er, Helmer, so schnell zugegriffen und nicht einmal den Ministerrat vorher informiert. Es galt nun, laut Viktor Reimann, schnell zu handeln, um den Alliierten zuvorzukommen, weswegen die Mitglieder der engeren Verbandsleitung (Kraus, Reimann, Hartleb, Neuwirth und zwei Landesobmänner) beschlossen, Gordon M. Gollob und alle für die steirischen Ereignisse Verantwortlichen (darunter Elsnitz und den jungen Dr. Jörg Kandutsch) zu suspendieren und eine Untersuchung einzuleiten.<sup>93</sup> Später schoben die drei Westalliierten, von Hartleb befragt, die Schuld auf die Russen und erklärten, sich dem sowjetischen

**84** Siehe „Altnazi Herbert Schweiger gestorben“, unter <https://derstandard.at/1308680571412/Altnazi-Herbert-Schweiger-gestorben>, abgerufen am 21. März 2018.

**85** Bundesarchiv Berlin (BArch), R 9361-IX, Gaukartei, Kasten 4083, Karte 353, Herbert Schweiger.

**86** Siehe „Altnazi Herbert Schweiger gestorben“, unter <https://derstandard.at/1308680571412/Altnazi-Herbert-Schweiger-gestorben>, abgerufen am 21. März 2018.

**87** Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 227.

**88** Margit Reiter, *Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ*, in: *Zeitgeschichte*, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 150.

**89** Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 228.

**90** Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz Stuttgart 1999, S. 107.

**91** Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 228.

**92** Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz Stuttgart 1999, S. 108.

**93** Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 229.

Vorgehen nur aufgrund gewisser interallierter Abmachungen angeschlossen zu haben. Als die ganze Angelegenheit am 13. Juli 1950 in den Alliierten Rat kam, sprachen sich die Sowjets zwar für eine Ausdehnung des VdU-Verbots auf ganz Österreich aus, stießen damit aber auf unterschiedliche Ablehnung bei den Amerikanern und Franzosen, die daran erinnerten, dass es schließlich die russischen Besatzer waren, die 1949 für die Zulassung einer vierten Partei eingetreten waren. Den Westalliierten kam jedoch Helmers Auflösungsbescheid zweifellos entgegen, um jeglichen Handlungsbedarf von sich zu weisen. Dem VdU ein wenig Angst einzujagen, schien ihnen keine unerwünschte Nebenwirkung zu sein. Jedenfalls berichteten die Medien am 10. Juli 1950, dass der VdU knapp an der Auflösung vorbeigeschrammt sei.<sup>94</sup>

Gordon M. Gollob fühlte sich gekränkt und begann einen Sturm innerhalb des VdU gegen die Führung, indem er zunächst am Sitz des Salzburger VdU-Landesklubs im „Chiemseehof“ ein Nebengeneralsekretariat einrichtete. Als Höhepunkt der Krise ist Gollobs Fahrt mit den Salzburger Mitgliedern nach Tirol einzustufen, um dort die Funktionäre zum Abfall vom Bundesverband zu bewegen. Auch gab er Meldungen an die Presse, die auf eine Spaltung des VdU abzielten. Die Bundesverbandsleitung beschloss daraufhin in ihrer Sitzung vom 20. Juli, an der auch alle Nationalrats- und Bundesratsmitglieder teilnahmen, mit 13:8 Stimmen, Gollob aus dem VdU auszuschließen. In der Begründung hieß es, „dieser Beschluss habe mit den Grazer Vorfällen nichts zu tun“, denn diese hätten nach Meinung der Bundesverbandsleitung „niemals die behördlichen Maßnahmen gegen den steirischen VdU gerechtfertigt“. Der Ausschluss erfolgte vielmehr deshalb, weil „Herr Gollob sich auf das Schwerste gegen die Interessen des Verbandes vergangen habe, und zwar durch die Aufforderung an einige Landesverbände, sich vom Bundesverband zu lösen.“ In der Debatte wurde darauf hingewiesen, dass Gollob demokratische Spielregeln nicht anerkenne und auf dem Standpunkt stehe, dass

der VdU eine Führerpartei werden solle. Mit ihm wurden an diesem 20. Juli auch einige Salzburger VdU-Mitglieder ausgeschlossen.<sup>95</sup>

Lothar Höbelt hat sich das von Karl Hartleb protokollierte Stimmenverhältnis in der Bundesleitung (13:8) angesehen und konnte ersichtlich machen, dass sich für Gollob die Oberösterreicher, Salzburger und Steirer (bis auf Hartleb) und der Tiroler NR Ebenbichler aussprachen, während die Kärntner gespalten waren. Gegen Gollob und damit für den Beschluss des Vorstandes stimmten alle Wiener und Niederösterreicher, der Burgenländer Görz und der Vorarlberger Kopf. Daraus geht interessanterweise auch hervor, dass Fritz Stüber, der sich gerne als „Grals Hüter der Nationalen“ sah, auch gegen Gollob gestimmt hatte. Höbelt kam zu dem Schluss, dass die „Gollob-Fans“ weniger das nationale Lager oder den harten Kern der „Ehemaligen“ verkörperten. Bei der Gollob-Krise hätte es sich vielmehr, wie dies auch Karl Hartleb meinte, um eine „Offiziersverschwörung“ gehandelt.<sup>96</sup>

In der Bundesleitung mehrten sich im Laufe des Sommers 1950 die Stimmen, die einen Ausgleich anstrebten. Sie kamen insbesondere von besorgten Landesobmännern, die zwar gegen Gollob votiert hatten, es aber nicht zu einem Riss in der Partei kommen lassen wollten. Für den 19. August vereinbarten die Vermittler ein Treffen in Salzburg, welches immerhin bereits das Resultat zeitigte, dass in einer Vorstandssitzung am 21. August die Ausschlüsse zurückgenommen wurden – allerdings gegen die Stimmen von Kraus und Hartleb.<sup>97</sup> Trotz gegenteiliger Meinung von Lothar Höbelt wurde diese Zurücknahme als erste Entscheidung des Machtkampfes zugunsten der „Nationalen“ gesehen.<sup>98</sup>

Das Nachspiel der Krise fand am ersten ordentlichen Bundesverbandstag des VdU am 1. Oktober 1950 in Wels statt: Landesobmann Elsnitz versammelte seine steirischen Delegierten und Gleichgesinnte aus anderen Bundesländern in einem Nebenraum, wo Gollob eine Ansprache hielt, von einer nationalen Renaissance sprach

<sup>94</sup> Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz Stuttgart 1999, S. 110.

<sup>95</sup> Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 230f.

<sup>96</sup> Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz Stuttgart 1999, S. 110f.

<sup>97</sup> Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz Stuttgart 1999, S. 113.

<sup>98</sup> Margit Reiter, *Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ*, in: *Zeitgeschichte*, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 150.

und für sich selbst neben dem Generalsekretariat das Presse-, Propaganda- und Organisationsreferat forderte. Bundesparteioobmann sollte Robert Scheuch werden. Bei der nun folgenden Kampf-abstimmung wurde Herbert Kraus zwar wieder zum Bundesparteioobmann gewählt, er erhielt aber nur 77 Stimmen, während sein Gegenkandidat Scheuch auf 67 Stimmen kam. Zu Bundesparteioobmann-Stellvertretern wurden Robert Scheuch (81 Stimmen), Karl Hartleb (80), Gordon Gollob (70) und Thomas Neuwirth (84) gewählt. Gollob hatte somit nicht mehr das Generalsekretariat inne und war auf ein „totes Geleise“ abgeschoben worden, weil die Stelle eines dritten Bundesparteioobmann-Stellvertreters ohne die Leitung eines Referats lediglich ein Ehrenamt darstellte. Er resignierte auch bald und zog sich nach Sulingen in der BRD zurück, von wo seine Ehefrau stammte.

Für Viktor Reimann war das Abstimmungsergebnis, das Kraus erzielen konnte, „im Grunde erschütternd“, denn der Parteigründer musste kaum ein Jahr nach dem Wahlsieg des VdU zur Kenntnis nehmen, dass ihm nahezu die Hälfte des Funktionärskorps die Gefolgschaft versagte. Reimann schrieb zum Schluss des Kapitels über die Gollob-Krise: „Sie (Anm. die Krise) stellte einen Wendepunkt in der Geschichte des VdU dar. Dort, wo das nationale Pathos wirksam werden konnte, verband sich damit automatisch die Aversion gegen Kraus und mich. Gollob ging als eine Art Siegfried in die Geschichte des VdU ein, den der böse Hagen Kraus zu Fall gebracht hatte.“

## 5 Die Bundespräsidentenwahl des Jahres 1951

Am letzten Tag des Jahres 1950, am 31. Dezember, starb der zweimalige Staatskanzler und amtierende Bundespräsident Dr. Karl Renner. Im Jänner 1951 beschloss die Bundesregierung, dass der neue Bundespräsident durch eine Volkswahl ermittelt werden sollte.<sup>99</sup> Der VdU begab sich auf Kandidatensuche: Nachdem der großdeut-

sche und später nationalsozialistische Historiker Heinrich von Srbik, der von Helfried Pfeifer gefragt wurde, abgelehnt hatte und kurze Zeit später verstarb, waren sich die führenden VdU Funktionäre bald einig, einen unabhängigen, über den Parteien stehenden Kandidaten aufzustellen.<sup>100</sup> Da sich die Wähler bei einer Personenwahl wesentlich stärker als bei Nationalratswahlen für eine der beiden Großparteien entscheiden würden, könnte am Ehesten ein Nicht-Funktionär die Unterstützung der unabhängigen Presse bekommen. Das Beschlussprotokoll der VdU-Leitung vom 5. Februar 1951 vermerkte zusätzlich, dass der Kandidat „von einem überparteilichen Proponentenkomitee, in dem auch die führenden VdU-Politiker vertreten sind, vorgeschlagen wird. Sie erklärt sich damit einverstanden, dass diesem Komitee alle als seriös zu bezeichnenden nichtkommunistischen und nicht auf Rache-Politik eingestellt gewesenen Organisationen und Persönlichkeiten angehören können“. Als „vorläufiger Arbeitstitel“ wurde der Name „Wahlkomitee der überparteilichen Einigung“ akzeptiert.<sup>101</sup> Das Komitee umfasste ursprünglich 44 Personen und wurde noch durch Landeskomitees ergänzt. Lothar Höbelt versuchte dieses zu gliedern, da es ihn sehr an die Proponenten des VdU 1949 erinnerte. Es fanden sich eine Reihe von Betriebsräten und Landbündlern, die akademische Welt war ebenso vertreten wie die Funktionselemente, die aus Altersgründen oder aufgrund der NS-Gesetzgebung ausgeschieden waren, auch die Wirtschaft war vertreten: „Bei praktisch allen handelte es sich um Personen, die ihre Positionen nicht erst dem Dritten Reich verdankten, keine NS-Aufsteiger waren, wie z.B. die Angehörigen des Gmundner Kreises, sondern glaubhaft den Eindruck vermitteln konnten, durch die politischen Umbrüche vielmehr in ihrer Laufbahn getroffen worden zu sein, sich dabei aber ihren Namen und ihr Prestige bewahrt zu haben.“ Trotzdem konnte die ÖVP vor der Wahl genüsslich von 18 der 44 Mitglieder die NSDAP-Mitgliedsnummern veröffentlichen.<sup>102</sup>

<sup>99</sup> Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“. *Politische Erinnerungen 1917 bis 1987*, Wien München 1988, S. 240.

<sup>100</sup> Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz Stuttgart 1999, S. 144.

<sup>101</sup> Lothar Höbelt (Hg.), *Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948–1955*, Wien Köln Weimar 2015, S. 91.

<sup>102</sup> Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz Stuttgart 1999, S. 145f.



Schließlich wurde ein weiterer Kreis in die Bemühungen eingeschaltet, nämlich der „Bund der Universalisten“ um den Imster Geschäftsmann Ludwig Canal. Als die beiden ursprünglichen Kandidaten, die beiden Innsbrucker Ordinarien Eduard Reut-Nicolussi und Egbert Mannlicher ausgeschieden waren – letzterer wegen seiner NS-Vergangenheit, die laut Kraus ein zu leichtes Angriffsobjekt gewesen wäre –, brachte Canal den Leiter der Chirurgischen Klinik in Innsbruck, Univ. Prof. Dr. Burghard Breitner (1884–1956), ins Spiel, der letztendlich akzeptiert wurde. Viktor Reimann urteilte über ihn, dass er „von der Person her ein Idealfall“ gewesen wäre, als „Politiker war er hingegen eine Null“.<sup>103</sup> Doch auch Burghard Breitner war kein „unbeschriebenes Blatt“:

Burghard Breitner wurde am 10. Juni 1884 in Mattsee in Salzburg als Sohn des Schriftstellers und Archäologen Anton Breitner geboren. Seine Gymnasialzeit verbrachte Breitner im Collegium Mariano Rupertinum in Salzburg. Sein Vorbild August Brunetti-Pisano weckte früh sein Interesse an der Literatur. So erschien noch während seiner Gymnasialzeit in der Grazer Studentenzeitschrift „Jungbrunnen“ sein erstes Gedicht unter dem Pseudonym „Bruno Sturm“. Während seines Maturajahres 1901/02 schrieb Breitner sein erstes Bühnenstück. 1902 begann er in Graz ein Medizinstudium, war aber daneben auch als Dramaturg des Grazer Stadttheaters und des „Theaters am Franzensplatz“ beschäftigt und gehört der dortigen Studentenverbindung „Corps Vandalia Graz“ an. Breitner schwankte damals zwischen einer Berufung als Schriftsteller oder Arzt. 1904/05 bestand er sein erstes Rigorosum, dann absolviert er das erste Halbjahr seines militärischen Dienstes in Trient bei den Tiroler Kaiserjägern. 1905 wechselte Breitner an die Universität Wien und studierte dort bis zu seiner Promotion 1908, unterbrochen nur von einem Gastsemester im norddeutschen Kiel sowie einem Aufenthalt im russischen St. Petersburg. Da er alle Prüfungen mit Auszeichnung bestand, schloss er das Medizinstudium sub auspiciis Imperatoris ab. Nach seiner Promotion absolviert er den zweiten Teil seines Militärdienstes in einem Spital in Triest. Mit 1. Oktober 1909 wurde Burghard Breitner als Operationszögling in die 1. Chirurgische Universitätsklinik Wien aufgenom-

men. Danach segelte er als Schiffsarzt um die Welt und kam dabei nach Skandinavien, in den Orient und nach Nordamerika. Im Ersten Balkankrieg 1912/13 diente Breitner zunächst als Freiwilliger in einer Chirurgen-truppe unter der Führung von Paul Clairmont im bulgarischen Hauptquartier und später als Truppenarzt in Bosnien. Für seine Tätigkeit auf dem Balkan wurde er mit dem Offizierskreuz des Alexanderordens ausgezeichnet. 1913 wurde er Assistenzarzt bei Anton von Eiselsberg. Der Beginn des Ersten Weltkrieges erweckte bei Breitner Kriegsbegeisterung. So fuhr er mit dem Zug an die Front, um am Krieg teilnehmen zu können. Breitner machte die für Österreich-Ungarn katastrophal endende Offensive in Galizien mit und geriet bereits im September 1914 in Frampol in russische Kriegsgefangenschaft, wo er bis zu seiner Rückkehr im November 1920 im Kriegsgefangenenlager Nikolsk-Ussuriski in Sibirien nördlich von Wladiwostok als Lagerarzt arbeitete. Aufgrund seines aufopferungsvollen Bemühens um seine mitgefangenen österreichischen und deutschen Kameraden, aber ebenso um gegnerische Soldaten, wurde er bald als der „Engel von Sibirien“ bezeichnet. Die Tatsache, dass Breitner auf eine für ihn persönlich mögliche frühere Rückkehr in die österreichische Heimat oder eine Versetzung an einen angenehmeren Ort immer wieder verzichtete, trug zum „Mythos Breitner“ entscheidend bei. Er machte auch die Lagerkommandanten und die feindlichen Regierungen auf die schlechten hygienischen Bedingungen sowie Verstöße gegen die „Genfer Konvention“ aufmerksam. Im Juni 1920 wurde das Lager von einem Spitalsschiff erreicht, sodass Breitner seine Arbeit abschließen und heimkehren konnte. In Österreich fand seine Tätigkeit in Sibirien sogar Eingang in die Volksschullesebücher. Nach seiner Rückkehr wurde er Assistent bei Anton Eiselsberg und habilitierte sich 1922. Breitner arbeitete als Assistenzarzt in diversen Kliniken. 1927 wurde er zum ordentlichen Universitätsprofessor ernannt. 1929 wurde er Primararzt im Wiener Rudolphspital, zum 1. Oktober 1932 Vorstand der Chirurgischen Universitätsklinik in Innsbruck. Burghard Breitner war deutschnational orientiert. 1932 trat er laut dem Personalakt der Universität Innsbruck mit einer niedrigen Mitgliedsnummer der NSDAP bei,

<sup>103</sup> Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 236.

was er später bestreiten sollte. Nachdem Breitner während des Parteiverbotes im Ständestaat ausgetreten war, wollte er nach dem „Anschluss“ 1938 wieder beitreten. Doch konnte er den „Großen Ariernachweis“ nicht erbringen, weil die Herkunft seiner Großmutter väterlicherseits nicht zu klären war, weswegen Breitner sogar kurz ins Visier der Gestapo geriet. Er trat am 1. Dezember 1939 wieder in die NSDAP ein und erhielt eine hohe Mitgliedsnummer. Als Präsidentschaftskandidat 1951 war er immer noch, wie bereits 1932, Vorstand der Chirurgischen Universitätsklinik in Innsbruck.<sup>104</sup>

Als Vorgabe für seine Gegner wertete Viktor Reimann Breitners Entschluss, keine Versammlungen abzuhalten. Damit gab er der Bevölkerung auch keine Chance, ihn kennenzulernen. Der Rundfunk stellte ihm einmal eine Redezeit von fünf Minuten zur Verfügung – das Fernsehen gab es damals noch nicht. Trotzdem schrieb Reimann von einem „schönen Erfolg“<sup>105</sup>: Breitner wurde von 662.501 Österreichern gewählt, was 15,4 Prozent der Stimmen bedeutete – seine Gegenkandidaten Heinrich Gleißner (ÖVP) und Theodor Körner (SPÖ) erhielten 1,725.451 bzw. 1,682.881 Stimmen. In der Stadt Salzburg sowie in seiner Wirkungsstätte Innsbruck erhielt Breitner die absolute Mehrheit, im Land Salzburg die relative.<sup>106</sup> Im Vergleich zum Stimmenanteil des VdU bei der Wahl 1949 gewann Breitner in allen Bundesländern, ausgenommen in Oberösterreich, was wohl auf die Person des Landeshauptmannes und ÖVP-Präsidentschaftskandidaten Heinrich Gleißner zurückzuführen war.<sup>107</sup>

Das Ergebnis machte einen zweiten Wahlgang zwischen Gleißner und Körner notwendig. Die ÖVP gab sich nun trotz des knappen Vorsprunges Gleißners von 60.000 Stimmen siegesicher, da sie die Breitner-Stimmen als ihr zugehörig zählte. Da aber die KPÖ den Beschluss gefasst hatte, in der Stichwahl Theodor Körner zu unterstützen, und somit eine Unterstützung Körners durch den VdU automatisch ausschied, beschloss der

Bundesparteivorstand, die Abstimmung für den zweiten Wahlgang freizugeben, daher keinen der beiden Kandidaten zu empfehlen. Nun beging Herbert Kraus, der sich im Bundesparteivorstand der Stimmen enthalten hatte, etwas, was Viktor Reimann als „politische Torheit ersten Ranges“ bezeichnete: Er gab drei Tage vor der Wahl eine Unterstützungserklärung für Heinrich Gleißner ab. Auch wenn Kraus dies als „Privatentscheidung“ abtat, setzte er sich mit dieser Disziplinlosigkeit als Bundesparteiohmann in Widerspruch zum Beschluss des Bundesparteivorstandes: „Kraus tat genau das, weswegen Gollob ausgeschlossen worden war“. Mit diesen Worten ging sein Parteifreund Reimann mit ihm hart ins Gericht.<sup>108</sup> Kraus, der sichtlich unter der Tatsache litt, dass die beiden Großparteien den VdU als nicht verhandlungsfähig betrachteten, schrieb, dass er eine „psychologische Brücke“ zur ÖVP schlagen wollte, um ein Zeichen der Verständigungsbereitschaft zu geben.<sup>109</sup> Reimann wiederum schrieb von einem „Teufelskreis“, den Kraus zu durchbrechen versuchte: In einer Art Panikstimmung hätte dieser analysiert, dass der VdU in einer einflusslosen und deshalb sterilen Opposition verharren werde müssen. Je einflussloser jedoch die Partei in der Innenpolitik sei, desto radikaler müsse sie sich entwickeln. Je mehr aber die Radikalität ansteigen würde, desto geringer würden wiederum die Chancen, von den Regierungsparteien als Gesprächspartner angenommen zu werden.<sup>110</sup> Kraus selbst führte dann auch noch weitere Gründe für seine Empfehlung für Gleißner an: Die Beliebtheit und Persönlichkeit des Kandidaten der ÖVP und seine gleichzeitige Aversion gegenüber Körner, der, wie Kraus von seinem Vater zu wissen glaubte, als „Generalstäbler“ im Ersten Weltkrieg mit besonderer Härte gegen tschechische Deserteure und Kriegsdienstverweigerer vorgegangen wäre. Weiters empfand Kraus, dass die SPÖ durch die Umverteilungs- und Verstaatlichungsgrundsätze einen unverhältnismäßigen Einfluss auf die

<sup>104</sup> [https://orawww.uibk.ac.at/apex/uprod/f?p=TLL:2:0:::P2\\_ID:67](https://orawww.uibk.ac.at/apex/uprod/f?p=TLL:2:0:::P2_ID:67), abgerufen am 26. März 2018.

<sup>105</sup> Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 236.

<sup>106</sup> [https://orawww.uibk.ac.at/apex/uprod/f?p=TLL:2:0:::P2\\_ID:67](https://orawww.uibk.ac.at/apex/uprod/f?p=TLL:2:0:::P2_ID:67), abgerufen am 26. März 2018.

<sup>107</sup> Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz Stuttgart 1999, S. 147.

<sup>108</sup> Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 239.

<sup>109</sup> Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“. *Politische Erinnerungen 1917 bis 1987*, Wien München 1988, S. 241.

<sup>110</sup> Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 239.

Staatsgeschäfte gewonnen hätten, welcher durch die Wahl Körners noch verstärkt werden würde. Schließlich wog für ihn der Umstand schwer, dass die KPÖ eine Wahlempfehlung für Körner abgegeben hatte.<sup>111</sup>

Mit dem doch überraschenden Wahlsieg Theodor Körners am 27. Mai 1951 mit 172.000 Stimmen Vorsprung war aber nicht nur Bundesparteiohmann Kraus, dem die Sozialisten seinen Schritt nicht mehr vergessen sollten, sondern in gewisser Weise auch der VdU blamiert. Für Viktor Reimann ließ der Wahlausgang bereits erkennen, dass es fast unmöglich schien, die VdU-Wähler für eine einheitliche Entscheidung zu gewinnen, denn 40 Prozent der Breitner-Wähler hatten für Körner gestimmt, 40 Prozent für Gleißner, 20 Prozent gaben leere Stimmzettel ab. Seinen Sieg hatte Körner demnach den Kommunisten zu verdanken.<sup>112</sup>

## 6 Die „Aktion zur politischen Erneuerung“

Der angeschlagene Parteichef Herbert Kraus überlebte den Sturm der Entrüstung in der Partei, den er mit seiner Wahlempfehlung ausgelöst hatte, noch einmal: Auf dem Bundesverbandstag in Salzburg am 1. Dezember 1951 ließ sich Karl Hartleb als Gegenkandidat zu Kraus aufstellen, verlor jedoch, obwohl er immerhin 60 gegen 85 Stimmen erzielen konnte. Im Anschluss an die Wahl entwickelte sich eine Debatte über das Stimmrecht der Mitglieder des abtretenden Vorstandes, die zu einem Auszug eines Teiles der Delegierten – die Angaben schwanken zwischen 30 und 50 – führte. Dies hatte zur Folge, dass sich der neue Vorstand fast ausschließlich aus Anhängern von Kraus zusammensetzte: Mit den Funktionen der Obmannstellvertreter wurden ausschließlich Vertreter von Ländern belohnt, aus denen ein großer Teil der Delegierten ausgezogen war: Aus Kärnten kamen Oberst a.D. Max Stendebach und die Frauenvorsitzende Josefine Bandat, und aus Wien Viktor Miltschinsky, der schon im Jahre 1930 als

Wahlkampfleiter des „Schober-Blockes“ politisch in Erscheinung getreten war. Am Steirer Thomas Neuwirth, der den Arbeitnehmerflügel im VdU vertrat und ebenfalls eine Unterstützungserklärung für Heinrich Gleißner abgegeben hatte, wurde hingegen ein Exempel statuiert. Er wurde zugunsten der Nationalen geopfert und durch den nunmehrigen Sozialsprecher Dr. Jörg Kandutsch ersetzt. Mit diesen Personalentscheidungen verschärfte die Bundesleitung die Spaltung innerhalb des VdU. Nach außen hin vermochte Herbert Kraus mit einem Prestigeobjekt auf dem Verbandstag die Schwierigkeiten noch zu überspielen, indem er die Bestellung des Linzer Oberbürgermeisters während der NS-Zeit, Franz Langoth, des „Nestors der Nationalen“, als Ehrenobmann des VdU präsentieren konnte.<sup>113</sup>

Nach der Bundespräsidentenwahl stellte sich die Frage, ob der VdU das geeignete Sammelbecken war, um die verschiedenen Kräfte, die nach dieser Wahl ins Spiel kommen wollten, aufzufangen. Kraus selbst gab die Antwort, nämlich durch eine Verbreiterung der Basis, kam diese doch seiner Vorstellung einer lagerübergreifenden Sammlungsbewegung entgegen. Außerdem erhoffte er durch ein Zusammengehen mit anderen Vereinigungen eine Verstärkung des liberalen Flügels.<sup>114</sup>

So bahnten sich nach der Wahl engere Beziehungen zwischen dem VdU und der „Jungen Front“, einer Gruppe ÖVP-Abtrünniger, an. Die „Junge Front“ war eine Gründung von Ernst Strachwitz (1919–1998), der nach 1945 in Graz die „Heimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstellen“ (HHB) geleitet hatte.

Ernst Strachwitz wurde am 22. Dezember 1919 in Wöbling bei Graz geboren. Er stammte aus einem teils schlesischen, teils steirischen Adelsgeschlecht. Strachwitz maturierte am Akademischen Gymnasium in Graz und wurde als Studentenfunktionär des Ständestaates nach dem „Anschluss“ von den Nationalsozialisten inhaftiert. Nach seiner Freilassung meldete er sich zur Deutschen Wehrmacht, in der er es bis zum Major und Gebirgsjägerregimentskommandeur brachte.

Als Fallschirmjäger nahm er am Kampf um Narvik teil. Dafür, dass er an der deutschen Nordfront mit seiner Einheit einen Rückzug deckte, erhielt er am 28. November 1944 das „Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes“. Nach 1945 beendete er sein Studium der Rechtswissenschaften.<sup>115</sup>

Viktor Reimann schrieb, dass das Kriegserlebnis Strachwitz' Denkungsart beeinflusste und ihn nie mehr ganz loslassen sollte.<sup>116</sup> Während seiner Tätigkeit in den HHB scharte er einen Kreis gleichgesinnter Menschen um sich. Strachwitz erkannte dabei vor allem aufgrund der engen Verbindung mit ÖVP-Politikern, vor allem mit Alfons Gorbach, dass seine politische Laufbahn, die er einschlagen wollte, in der Volkspartei am besten abgesichert sei. Einzig der Gedanke der gemeinsamen Abwehrfront gegen den Kommunismus beseitigte seine letzte Hürde, weil vieles in der ÖVP, der „KZ-Geist“ vieler Abgeordneter und die Ablehnung der „Hitler-Soldaten“ mit seinem Offizierskodex nicht in Einklang zu bringen war.<sup>117</sup> Die Gruppe um Strachwitz traf bereits im Frühjahr 1949 auf Schloss Aigen bei Salzburg zusammen, wo der Beschluss gefasst wurde, als geschlossene politische Gemeinschaft innerhalb der ÖVP tätig zu werden. An dieser Sitzung nahm auch schon Willfried Gredler (1916–1994) teil. Bei den nun folgenden Verhandlungen mit der ÖVP-Spitze kam Strachwitz zugute, dass der VdU bereits gegründet worden war und die ÖVP zu allen Zugeständnissen bereit war, wenn sie nur Deutschnationalen und ehemalige Nationalsozialisten finden konnte, die möglicherweise dem VdU Wähler abspenstig machen konnten.<sup>118</sup> Am 18. Juli 1949 verkündete Strachwitz in Graz den Bund mit der ÖVP. Die Gruppe nannte sich als deutsch-national-konservative Organisation, die vor allem ehemalige Frontsoldaten ansprechen wollte, „Junge Front“. Sie repräsentierte zwar ein sozial gehobenes Milieu, war aber weltanschaulich noch bunter zusammengewürfelt, als es der VdU in sei-

ner Gründungsphase war. Arbeiter und Bauern waren in den Reihen der „Jungen Front“ anfangs jedoch kaum vertreten, später kamen dann noch einige der parteilosen Betriebsräte dazu, die sich vom VdU emanzipieren wollten. So ist der Witz, der Figl, zuweilen auch Raab in den Mund gelegt wurde, ein guter: „Wenn da der Diener reinkommt und sagt: ‚Herr Graf zum Telefon bitte!‘ steht der halbe Saal auf.“<sup>119</sup>

Ziel der „Jungen Front“ war die Reform des politischen Lebens im Rahmen der ÖVP. Mit der Parole „Einheit, Freiheit, Reinheit“ wollte sie die Versöhnung der Gegensätze von gestern, des Nationalen, des Klerikalen, des Sozialen. Als Voraussetzung hierfür standen das Bekenntnis zum deutschen Volkstum und zu Europa.<sup>120</sup> So etwa stand es auch im Programm des VdU. Innerhalb der „Jungen Front“ wurden Ernst Strachwitz Vorsitzender und Willfried Gredler, früher in der Landesleitung der ÖVP tätig, sein Stellvertreter. Eines der Leitungsmitglieder war der bereits erwähnte Hans Steinacher (1892–1971), der aus dem Deutschen Schulverein „Südmark“ kam und eine führende Rolle im Kärntner Grenzlandkampf 1919/20 gespielt hatte. Viktor Reimann schrieb über diese „Buntheit“, die er „geistige Differenzierung selbst dieser kleinen Gruppe“ nannte: der konservative Strachwitz, der liberale Gredler, der nationale Steinacher.<sup>121</sup>

Nach der Wahl des Jahres 1949 wurde Ernst Strachwitz Nationalratsabgeordneter. In seinen Schwärmereien von der Frontkameradschaft fühlte er sich alsbald innerhalb der „KZ- und CV-Kameradschaft“ der ÖVP in Wien nicht sehr wohl. Dies beruhte wohl auf Gegenseitigkeit, denn auch die ÖVP-Spitze wurde nie ganz warm mit der „Jungen Front“.<sup>122</sup> Als ein Ultimatum an die Parteiführung, die Erfüllung bestimmter Reformforderungen zuzusagen, von dieser abgelehnt wurde, kam es zum Bruch zwischen der „Jungen Front“ und der ÖVP. Ein Teil, wie etwa der Innsbrucker Bürgermeister und spätere Bundespräsidentenschafts-

<sup>111</sup> Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987, Wien München 1988, S. 241.

<sup>112</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 242.

<sup>113</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 150, 161f.

Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 243.

<sup>114</sup> Silvia Kornberger, Zerfall und Neubeginn – Die Gründung der FPÖ, Norderstedt 1998, S. 13.

<sup>115</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 245.

<sup>116</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 245.

<sup>117</sup> Silvia Kornberger, Zerfall und Neubeginn – Die Gründung der FPÖ, Norderstedt 1998, S. 12.

<sup>118</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 245.

<sup>119</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 152, 158, 160.

<sup>120</sup> Silvia Kornberger, Zerfall und Neubeginn – Die Gründung der FPÖ, Norderstedt 1998, S. 12.

<sup>121</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 246.

<sup>122</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 159.

kandidat Alois Lugger (1912–2005), blieb bei der ÖVP, die anderen trennten sich: Ernst Strachwitz trat am 14. Juli 1951 aus dem ÖVP-Parlamentsklub aus und saß nun als „wilder Abgeordneter“ hinter den VdU-Parlamentariern.<sup>123</sup>

Nach einem ersten Abtasten im Sommer ging die „Junge Front“ im Herbst einen Schritt weiter und steckte mit der Gründung der „Aktion zur politischen Erneuerung“ am 21./22. Oktober 1951 ihren Anspruch ab, alle noch außerhalb des VdU stehenden Gruppen zu repräsentieren. In seinem offiziellen Austrittsgesuch, gerichtet an die Wiener ÖVP, versuchte Gredler, deren Landesobmann Polcar die bittere Pille schmackhaft zu machen: „Im Einklang mit vielen auch maßgebenden Leuten der VP und besonders der Wirtschaft bitte ich Dich, meinen Standpunkt zu verstehen, dass nur der Aufbau einer zweiten, nicht sozialistischen Gruppe – die aber nicht wie der VdU innerlich zerklüftet ist und zu sehr Schlagseite nach rechts hat – die einzige Chance ist, dem Kollektivismus und Materialismus entgegenzutreten.“<sup>124</sup> Bundesvorsitzender der „Aktion“ wurde erneut Strachwitz, sein Stellvertreter hieß wieder Gredler. Nebenbei sei erwähnt, dass der Gruppe auch der berühmt-berüchtigte Historiker und nationale Katholik Taras Borodajkewycz angehörte.

Viktor Reimann, der nie ein Freund der Kontaktaufnahme zwischen der „Aktion“ und dem VdU gewesen ist, die sich nach der Breitner-Wahl intensivierete, schrieb über die Unruhe, die diese in der Partei auslöste, aber auch darüber, dass die „Aktion“ über „keine Mannschaft verfügt“ hätte, sondern nur über „Führer“, weswegen sich „ihre begehrliehen Blicke auf den VdU gerichtet“ hätte.<sup>125</sup> Herbert Kraus wiederum beschrieb die Situation anders: „Wir sagten, hier kommen Generäle ohne Armee, und sie sagten, sie könnten durch ihre Vergangenheit unser allzu nazistisches Profil aufmöbeln und uns durch ihre Verankerung in der Industrie (Dr. Kunata Kottulinsky, Sektionsleiter in der Kammer der gewerblichen

Wirtschaft in Salzburg, und Dr. Wunschheim, Vorstandsmitglied der Vereinigung Österreichischer Industrieller) salonfähig machen.“<sup>126</sup> Kraus erhoffte sich durch ein Zusammengehen mit der „Aktion“ nicht nur die bereits erwähnte Stärkung des liberalen Flügels, sondern auch durch die Zusammenarbeit mit Kräften, die von der ÖVP in ihrer politischen Arbeit legitimiert worden waren, ein gewisses Defizit an Respektabilität seitens der Volkspartei zu decken.<sup>127</sup> Der Neonazismus-Vorwurf lastete noch immer schwer auf ihm. Dabei befand sich der Bundesparteiobmann schnell in einem Dilemma, denn ihm musste klar sein, dass die nationale Gruppe unter Fritz Stüber ebenso gegen Fusionsgespräche mit der „Aktion“ war wie ein großer Teil des Sozialausschusses, der sich Sorgen machte, dass die „Grafen“ und „feinen Herren“ der „Aktion“ wohl wenig für ihn über hätte. Die beabsichtigte Verschmelzung mit einer Gruppe dezidiert „Gleißner-Fans“ musste geradezu zu einer Entfremdung mit einem Teil seines bisherigen Anhangs führen. Viktor Reimann machte auch darauf aufmerksam, dass sogar die Liberalen in der VdU-Führung an der Loyalität der „Aktions-Mannschaft“ gegenüber Kraus zweifelten und fürchteten, dass nun erst recht die Nationalen das Zünglein an der Waage würden.<sup>128</sup> Am 26. Juli 1952 traten Kraus und Strachwitz gemeinsam in einer Pressekonferenz im Palais Pallavicini in Wien auf. Reimann dazu sarkastisch: „Es gab keine neue Idee!“<sup>129</sup>

Nach etlichen Arbeitsausschüssen und Geheimtreffen wurde die ganze Operation eine Woche vor dem Verbandstag des VdU außer Tritt gebracht, als sich nämlich das Kabinett Figl nicht über das Budget einigen konnte und am 21. Oktober 1952 zurücktrat, sodass Neuwahlen anstanden. Auf dem außerordentlichen Bundesverbandstag, der am 25. und 26. Oktober 1952 in Graz stattfand, legte Herbert Kraus seine Obmannstelle zurück. Dies geschah laut Viktor Reimann, um die spätere Vereini-

gung mit der „Aktion zur politischen Erneuerung“ zu erleichtern.<sup>130</sup> Herbert Kraus selbst machte seine Unterstützungserklärung für Gleißner dafür verantwortlich: „Ich zog am nächsten Parteitag die Konsequenz und trat in der Parteiführung an die zweite Stelle.“<sup>131</sup> Kraus blieb jedoch nach einigen Querelen Klubobmann im Nationalrat. Als Kompromiss- oder Versöhnungskandidat wurde Oberst a.D. Max Stendebach (1892–1984) zum neuen Bundesparteiobmann gewählt.

Max Stendebach wurde am 11. Jänner 1892 in Leipzig in eine Ingenieursfamilie geboren. Nach Absolvierung des König Albert Gymnasiums wurde er noch im Deutschen Kaiserreich Offizier. Während der Zeit der Weimarer Republik war Stendebach zwischen 1924 und 1928 Mitglied der „Deutschnationalen Volkspartei“ (DNVP). 1936 übersiedelte er nach Österreich, wo er das Gut Radweg bei St. Veit/Glan bewirtschaftete.<sup>132</sup> Stendebach trat laut Gaukartei im Bundesarchiv Berlin (Berlin Document Center) noch in Deutschland, am 26. März 1933, der NSDAP mit der Mitgliedsnummer 1.517.753 bei.<sup>133</sup> Nach dem „Anschluss“, am 3. August 1938, wurden seine Parteiunterlagen infolge seiner Übersiedlung an den Gau Kärnten abgetreten.<sup>134</sup> Stendebach trat 1940, im Zweiten Weltkrieg, wieder in den aktiven Militärdienst ein und wurde 1942 zum Oberst befördert. Gegnerische Zeitungen warfen ihm im Wahlkampf vor, ein Bataillon seines Gebirgsjägerregiments 85 vor Leningrad sinnlos verheizt zu haben. Auf alle Fälle waren gegen ihn drei Monate Ehrenhaft wegen „formalen Ungehorsams“ verhängt worden. Stendebach trat dem VdU gleich nach dessen Gründung bei. Einer Lesart zufolge stieß er zum VdU, weil Jörg Kandutsch eine Zeitlang unter ihm gedient hatte – oder doch zumindest in derselben Garnison.<sup>135</sup>

Max Stendebach, der zwar als Oberst und Gutsbesitzer nicht gerade als Identifikationsfigur des „kleinen Mannes“ taugte, setzte jedoch die liberale Politik von Herbert Kraus fort, weswegen er auch oft als dessen verlängerter Arm bezeichnet wurde. Die Führungsgremien gaben auch der internen Opposition wieder Raum: Als Bundesparteiobmann-Stellvertreter fungierten nun neben Herbert Kraus auch Fritz Stüber und Jörg Kandutsch. Das wurde auch als Bemühen gedeutet, die verschiedenen Richtungen innerhalb der Partei – liberal, national, sozial – zu Wort kommen zu lassen.<sup>136</sup> Doch bei den Zusatzwahlen wurden im ersten Durchgang (wo absolute Mehrheiten erforderlich waren) fast nur Kritiker der bisherigen Verbandsführung, wie Karl Hartleb oder Fritz Ursin, in die Bundesleitung gewählt.<sup>137</sup>

Die vereinsrechtliche Fusion des VdU mit der „Aktion“ wurde zwar erneut aufgeschoben, doch gab es für die Nationalratswahl des Jahres 1953 eine Wahlvereinbarung, sodass die „Aktions-Leute“ auf der Liste des VdU kandidierten. Um die Wirkung des gemeinsamen Auftretens zu verstärken, propagierte man ein neues Zeichen, ein in grün gehaltenes großes E, das auf Plakaten auch durch ein Eichenlaub symbolisiert wurde und für Einigung, Erneuerung und Europa stand. Bei der Aufteilung der Mandate ging man im Lager der Erneuerungsbewegung noch von optimistischen Annahmen aus. Man rechnete im Herbst 1952 noch fix mit 22 Mandaten, indem relativ unkritisch die Marke der Breitner-Wahl als Maßstab herangezogen wurde. Für die „Aktion“ wurden deshalb nach den bisherigen 16 Abgeordneten für den VdU einfach die Mandate 17–21 reserviert; über Nr. 22ff. konnte man sich dann immer noch klar werden.<sup>138</sup>

<sup>123</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 246.

<sup>124</sup> Zitiert in: Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 154.

<sup>125</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 247.

<sup>126</sup> Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987, Wien München 1988, S. 283.

<sup>127</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 153.

<sup>128</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 248.

<sup>129</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 248.

<sup>130</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 248.

<sup>131</sup> Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987, Wien München 1988, S. 242.

<sup>132</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 173. [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01852/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01852/index.shtml), abgerufen am 28. März 2018.

<sup>133</sup> Bundesarchiv Berlin (BArch), R 9361-IX, Gaukartei, Kasten 4293, Karte 1217, Max Stendebach.

<sup>134</sup> Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Parteikorrespondenz (PK), Sig. L0470, „Stempel Friedrich – Stenderhoff Heinz, Kader 1954.

<sup>135</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 173. [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01852/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01852/index.shtml), abgerufen am 28. März 2018.

<sup>136</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 248f.

<sup>137</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 173.

<sup>138</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 172 und 174.

## 7 Die Nationalratswahl des Jahres 1953 und die „neuen Persönlichkeiten“ im VdU

Nach einem Wahlkampf, der im Vergleich zum Jahre 1949 weniger dramatisch verlief – man sprach sogar von einem Wahlkampf der Langlebigkeit –, wurde am 22. Februar 1953 der neue Nationalrat gewählt. Stimmenstärkste Partei wurde diesmal die SPÖ unter Adolf Schärf, während die ÖVP aufgrund der Wahlarithmetik weiterhin mit einem Mandat Vorsprung mandatsstärkste Partei blieb. Für Lothar Höbelt war klar, warum Winterwahlen immer ein Vorteil für die Linke gewesen sind, weil Heizkosten und die saisonale Arbeitslosigkeit ihren Themen besondere Aussagekraft verliehen.<sup>139</sup> Der VdU wurde als drittstärkste Partei von 472.866 Personen oder 10,9 % der Stimmen gewählt. Das waren überraschenderweise 17.000 Stimmen oder 0,8 % weniger als bei der Wahl 1949 und bedeutete somit einen Verlust von zwei auf 14 Mandate. Ein 15. Mandat, welches Graf Kunata Kottulinsky zugefallen wäre, wurde nur ganz knapp verfehlt. Die hochgespannten Erwartungen ließen das Ergebnis dennoch als Schock wirken: Im Hauptland des VdU, in Oberösterreich, verlor dieser drei seiner vier Grundmandate, er gewann dafür in Wien ein Restmandat dazu (Gredler). In den westlichen und südwestlichen Bundesländern gab es, von zwei Ausnahmen abgesehen, in jedem Wahlkreis Verluste. Die Ausnahmen waren der Wahlkreis 17 (Salzburg), wo der Gewinn 3.350 Stimmen betrug, und der Wahlkreis 22 (Obersteiermark), wo die Stimmzahlen von 13.896 (1949) auf 15.397 stiegen.<sup>140</sup> Sonst ließ sich die negative Bilanz auf keinen einfachen und einleuchtenden Nenner bringen, denn der VdU war etwa in der Industriestadt Steyr mit einem hohen Arbeiteranteil und im Mühviertel mehr als halbiert worden. Auch in Kärnten erlitt der VdU bei den Arbeitern die stärksten Einbußen, was Viktor Reimann veranlasste, der „Grafen-Partei-Aktion“ die Schuld zu geben.<sup>141</sup> Damit hätte er aber nicht erklären kön-

nen, warum es Fritz Stüber in Wien gelungen war, mit 124.683 Stimmen so ziemlich alle nationalen Wähler für den VdU zu gewinnen. In manchen Wiener Arbeiterbezirken konnte der Verband seine Stimmen sogar mehr als verdoppeln. In Prozenten ausgedrückt bedeutete dies eine Steigerung von 6,8 (1949) auf 10,6. Auch im sowjetisch besetzten Niederösterreich gewann der VdU in allen vier Wahlkreisen, stellenweise bis zu 50 %.<sup>142</sup> Diese Stärkung der „nationalen Kräfte“ führte Margit Reiter auf einen politischen Paradigmenwechsel zurück. Die NS-Frage rückte mehr in den Hintergrund, fast alle belasteten Nationalsozialisten waren mittlerweile „entnazifiziert“ und agierten mit neuem Selbstbewusstsein – so fielen etwa 1952 nach der „Belasteten-Amnestie“ die Berufsverbote. Die 1949 noch vorhandenen Vorbehalte und taktischen Überlegungen, sich als „Belastete“ lieber im Hintergrund zu halten, waren nun weitgehend weggefallen.<sup>143</sup>

In den neugewählten Nationalrat zogen nun Ebenbichler, Gredler, Hartleb, Herzele, Kandutsch, Kindl, Kraus, Kopf, Pfeifer, Reimann, Scheuch, Stendebach, Stüber und Zeillinger. Von der „Aktion“ kamen nur Gredler und Herzele, Strachwitz war in seinem Wahlkreis (Mittel- und Untersteiermark) durchgefallen. Mit Dr. Willfried Gredler (1916–1994), Dr. Jörg Kandutsch (1920–1990) und Dr. Gustav Zeillinger (1917–1997) zogen drei Männer in das Hohe Haus ein, die Langzeitparlamentarier werden sollten:

Der am 12. Dezember 1916 geborene Willfried Gredler von Oxenbauer entstammte einer Tiroler Bauernfamilie. Ein Vorfahre von ihm war 1848 als Zillertaler Abgeordneter bereits in der Frankfurter Nationalversammlung gesessen. Sein Vater war ein prominenter Heimwehrführer, der 1938 verhaftet wurde. Gredler studierte zunächst Rechtswissenschaften an der Universität Wien, promovierte dort zum Doktor der Rechte, betrieb ein zweites Studium an der Hochschule für Welthandel und erwarb außerdem noch das Diplom an der Wiener Konsularakademie. Als Student suchte der damals

in Wien 6., Magdalenenstraße 4 wohnhafte Gredler am 24. Mai 1938 um Aufnahme in die NSDAP an, die rückwirkend mit 1. Mai 1938 erfolgte. Ihm wurde die Mitgliedsnummer 6,334.817 zugeteilt.<sup>144</sup> Aufnahmeantrag, Aufnahme sowie die Mitgliedsnummer lassen auf eine „illegale“ Betätigung schließen. Im Zweiten Weltkrieg zur Wehrmacht eingezogen, erreichte er nur den Dienstgrad eines Gefreiten. Nach einer Verwundung diente er im deutschen Auswärtigen Amt. Gredlers politische Karriere war erstaunlich: Als Parteimitglied der NSDAP schloss er sich im letzten Kriegsjahr der Widerstandsgruppe 05 an und gehörte zu jener Gruppe, die sich 1945 im Palais Auersperg zusammenfand und eine kampfbereite Übergabe Wiens erreichen wollte. Im Herbst 1945 trat er in ein Konzern-Unternehmen einer Bank ein, dessen geschäftsführender Direktor er nach einigen Jahren wurde. Daneben arbeitete er auch in der Katholischen Aktion. 1948 trat er der ÖVP bei und bekleidete im Wiener Zweig der Partei die Stelle des Propagandareferenten. 1949 nahm er bekanntlich an der Gründung der „Jungen Front“ teil, zu deren Obmann-Stellvertreter er gewählt wurde. Ab 1953 war er nun im VdU aktiv.<sup>145</sup> Herbert Kraus, der Gredler als „blitzgescheit, geistreich und amüsant“ beschrieb, betrachtete ihn trotzdem als Konkurrenten und Feind, denn „Gredler hat oft seine Partei gewechselt, und noch öfter seine Freunde“. Laut Viktor Reimann schätzte Gredler Kraus, doch als er Abgeordneter wurde, hätte er bemerkt, wie stark der Stern von Kraus bereits im Sinken war. Reimann zitierte Gredler, der später entdeckt habe, dass „sich im Falle einer Auflösung des VdU eine neu zu gründende nationale Partei nur entweder einen Kraus oder einen Gredler leisten könne. Da sich Gredler selber näher stand, entschied er sich für Gredler“.<sup>146</sup>

Jörg Kandutsch wurde am 14. Jänner 1920 in Leoben geboren. 1939 legte er seine Reifeprüfung ab, wurde zum Reichsarbeitsdienst eingezogen und studierte anschließend zwei Semester Auslandswissenschaften in Berlin. 1940 meldete er sich freiwillig zu den Gebirgsjägern und machte den Krieg an

mehreren Fronten mit. Kandutsch wurde viermal verwundet und mehrmals ausgezeichnet, zuletzt war er Oberleutnant und Kompaniechef. Ein nach 1945 begonnenes Medizinstudium musste er wegen der NS-Gesetzgebung aufgeben. Kandutsch verdiente den Lebensunterhalt für sich und seine Familie als Arbeiter in einem chemischen Betrieb, an einer Baustelle, als Vermessungsgehilfe in Leoben sowie als Journalist und Betriebsberater. Nachdem er durch die Amnestiegesetze wieder zum Studium zugelassen worden war, inskribierte er an der Universität Graz Rechts- und Staatswissenschaften. Gleich nach dessen Gründung trat er dem VdU bei, baute die Bezirksorganisation in Leoben auf und errang bei den Wahlen in der Steiermark ein Landtagsmandat. Kandutsch wandte sich ganz der sozialpolitischen Arbeit zu und löste Thomas Neuwirth als Vorsitzenden des „Ausschusses für Sozial- und Gewerkschaftspolitik“ ab. Als leidenschaftlicher Verfechter der sozialen Partnerschaftsidee wurde er 1953, als Abgeordneter, Sprecher des VdU-Klubs in sozialpolitischen Fragen.<sup>147</sup>

Der als Volksanwalt besser bekannte Gustav Zeillinger wurde am 1. Februar 1917 in Wien geboren. Nach der Matura an einem humanistischen Gymnasium in Wien im Jahre 1936 ging er als Einjährig-Freiwilliger zum Österreichischen Bundesheer. Ab 1937 studierte er Rechtswissenschaften an der Universität Wien und schloss das Studium bereits 1940 ab. Zeillinger war als Rechtspraktikant tätig, als er zur Deutschen Wehrmacht einberufen wurde. Er verbrachte den Krieg an der Front, zuletzt als Oberleutnant einer Panzeraufklärungseinheit, mit der er 1945 nach Salzburg kam. Hier fand er einen beruflichen Neubeginn als Richteramtswarter. 1948 legte er die Rechtsanwaltsprüfung ab und wurde Verteidiger in Strafsachen. Diesen Beruf übte er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1987 aus. Im September 1949 trat Zeillinger dem VdU bei und wurde bereits 1950 Obmann des Salzburger Landesverbandes. Dem Nationalrat gehört er als eine der längstdienenden Abgeordneten von 1953 bis 1977 an und wurde danach für sechs Jahre

<sup>139</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 177.

<sup>140</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 250.

<sup>141</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 250.

<sup>142</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 195.

<sup>143</sup> Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 150.

<sup>144</sup> Bundesarchiv Berlin (BArch), R 9361-IX, Gaukartei, Kasten 1180, Karte 1281, Wilfried Gredler-Oxenbauer.

<sup>145</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 88. Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 153, FN 100.

<sup>146</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 251.

<sup>147</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 253.

Volksanwalt. Zeillinger war vor allem wegen seiner brillanten Reden im Nationalrat bekannt, die er aus dem Stegreif hielt. Viktor Reimann charakterisierte Zeillinger folgendermaßen: „(Er) hat es immer verstanden, seinen Landesverband zusammenzuhalten, durch alle Krisen des VdU zu lotsen und in die FPÖ einzubringen ... Ob er mehr zur liberalen oder zur nationalen Seite neigt, weiß niemand, wahrscheinlich nicht einmal er selbst. Mentalitätsmäßig steht ihm die SPÖ näher als die ÖVP.“<sup>148</sup>

Eine Personalentscheidung in Kärnten erscheint ebenfalls interessant: Dort legte Robert Scheuch im Dezember 1951 den Vorsitz nieder. Sein Nachfolger wurde im Frühjahr 1952 der bisherige Klubobmann des VdU im Kärntner Landtag, der Neurologe Otto Scrinzi (1918–2012).

Otto Scrinzi wurde am 5. Februar 1918 in Lienz in Osttirol geboren. Nach dem Gymnasium und der 1936 bestandenen Matura studierte er in Innsbruck, Riga, Königsberg und Prag Medizin und promovierte 1941. Scrinzi war SA-Sturmführer und Mitglied der NSDAP (Mitgliedsnummer 7.897.561)<sup>149</sup> sowie des NSD-Studentenbundes. Ab 1940 arbeitete er als Assistent am „Institut für Erb- und Rassenbiologie“ an der Universität Innsbruck. Ab 1950 war Scrinzi als Nervenfacharzt tätig und bekleidete von 1955 bis 1983 die leitende Funktion eines Primarius an der psychiatrischen Männerabteilung des Landeskrankenhauses Klagenfurt. Erst viel später, nämlich von 1966 bis 1979, war er Abgeordneter zum Nationalrat. Scrinzi, der sich selber als national- oder rechtskonservativ bezeichnete, galt vielen, die außerhalb der FPÖ standen, als rechtsextrem.<sup>150</sup>

## 8 Die geplatze Dreierkoalition und der Parteiausschluss Fritz Stübers

Der Gleichstand zwischen den Regierungsparteien nach der NR-Wahl vom Februar 1953 hatte den

VdU interessant gemacht. So kam es noch im Februar in der Wohnung von Fritz Molden zu Geheimverhandlungen zwischen dem neuen starken Mann in der ÖVP, Julius Raab, und Herbert Kraus, dem das ewige „In-die-Ecke-verbannt-Sein der Opposition“ zum Trauma geworden war. Kraus schrieb dazu: „Er (Anm: Raab) erklärte uns, er strebe eine Dreierkoalition an und wollte zu den offiziellen Verhandlungen mit der SPÖ ein vorher abgesprochenes ÖVP-VdU-Konzept mitbringen. Er bot uns das Handelsministerium und den dritten Präsidenten des Nationalrats an. Das letztere wurde sofort in einer Kampf Abstimmung der konstituierenden Nationalratssitzung verwirklicht.“<sup>151</sup> So wurde Karl Hartleb dritter Präsident des Nationalrates. Herbert Kraus sollte Handelsminister werden. Beide Seiten wählten nun ein vierköpfiges Komitee und verhandelten einige Tage lang über ein gemeinsames, der SPÖ vorzulegendes Regierungsprogramm. Die VdU-Führung und der Parlamentsklub waren in ihrer überwiegenden Mehrheit für Verhandlungen mit der ÖVP, nur Fritz Stüber, der den Wiener Landesverband im Rücken hatte, vertrat einen unbeugsamen Oppositionskurs.<sup>152</sup> Schon am 29. Februar 1953 war das Abkommen zwischen ÖVP und VdU perfekt und wurde tags darauf in einer eilig zusammengerufenen Konferenz abgesegnet. Man werde bei den Regierungsverhandlungen gemeinsam mit der ÖVP vorgehen. Leopold Figl wurde von seiner Partei beauftragt, mit der SPÖ über die Bildung einer Dreierkoalition zu verhandeln. Die erste Runde dieser Verhandlungen, am 3. März, dauerte nur eine Dreiviertelstunde: Die Sozialisten waren sehr erzürnt und bestanden auf Parität mit der ÖVP. Das eine Mandat Vorsprung sei mit der Position des Kanzlers hinreichend abgegolten. Doch Raab hielt daran fest, dass er einen bindenden Vertrag über die Hereinnahme mit dem VdU abgeschlossen habe und präsentierte am 9. März ein gemeinsames 12-Punkte-Programm. Dieses war laut Lothar Höbelt natürlich ein Bluff, genauso wie die SPÖ bluffte, als sie Bundespräsi-

dent Körner einschaltete, der verkündete, dass er keine VdU-Minister angeloben werde. Der VdU sei eine „staatsverneinende Partei“. Wie die österreichische Zeitgeschichte nach 1945 lehrt, war das Veto des Bundespräsidenten alles andere als absolut. Doch Höbelt gab zu bedenken, dass diesem Veto durch den Ausnahmezustand der vierfachen Besetzung eine abschreckende Wirkung zukam. Und auch die Besatzungsmächte teilten die Haltung der SPÖ bzw. drängten auf die Fortsetzung der Zweierkoalition. So wäre auch eine Koalition ÖVP-VdU mit 88 „bürgerlichen“ Mandaten gegenüber 77 der SPÖ, die in Opposition hätte gehen müssen, damals unmöglich gewesen.<sup>153</sup>

Auch eine Protestnote des VdU, die gegen die Unterstellungen Körners gerichtet war und darauf aufmerksam machen sollte, dass ihm Hunderttausende Wähler des VdU ihre Stimme gegeben hatten, nutzte nichts: Die Koalition ÖVP-SPÖ wurde weitergeführt, allerdings mit einigen Änderungen: Für den Sieg musste die SPÖ Zugeständnisse machen, was zu einer teilweise Entmachtung Karl Waldbrunners (1906–1980) und seiner Verstaatlichungspolitik führte. Der Trend ging in Richtung Privatwirtschaft, gleichzeitig aber auch in Richtung Proporz. Die SPÖ erhielt auch keinen zusätzlichen Minister, ihr „Beuteanteil“ war das Staatssekretariat im Außenministerium, das sie mit Bruno Kreisky besetzt.<sup>154</sup> Am 20. März 1953 teilte die ÖVP Leopold Figl mit, „er sei schon abgenutzt und solle sich erholen“. Er trat als Bundeskanzler und Bundesparteiobmann zurück und wurde Außenminister. Am 2. April 1953 wurde Julius Raab als neuer Bundeskanzler angelobt. Was Lothar Höbelt für den VdU als „ein Scheitern hundert Meter vor dem Ziel“ in einer Kapitelüberschrift anführte, liest sich bei Viktor Reimann folgendermaßen: „Raab hatte das Spiel seines Lebens gespielt und dabei alles gewonnen, was es zu gewinnen gab, weil er nebenbei noch die VdU-Führung neutralisiert und das Verhältnis zwischen SPÖ und VdU zu einem Tiefpunkt gebracht hatte.“<sup>155</sup>

Herbert Kraus hatten die Verhandlungen, die dem VdU kaum etwas eingebracht hatten, doch das Gefühl gegeben, dass eine Partei wie die ÖVP von ihrem bisherigen Weg, den VdU einfach zu ignorieren, abgewichen war. Dieses positive Gefühl wurde ihm nun von Fritz Stüber vergällt, der gegen die Bundesverbandsleitung offen auftrat und die Gespräche mit der ÖVP als völlig falsche Politik hinstellte, solange die NS-Gesetzgebung nicht restlos beseitigt sei. Einerseits dürfe man der KPÖ nicht den Bonus der einzigen Oppositionspartei überlassen, andererseits wäre der Bürgerblock das größte Unglück für Österreich, ja käme einer Wiederholung des Experiments der Vaterländischen Front gleich.<sup>156</sup>

Der nationale Stüber war schon immer ein Quertreiber im VdU gewesen: Seine deutsch-nationalistischen und antisemitischen Ausfälle im Nationalrat waren Legion. Ein Höhepunkt war die sechsstündige Sondersitzung des Nationalrats am 1. März 1950, in der es als einzigem Tagesordnungspunkt um die Aufhebung der Immunität Stübers und die Auslieferung an das Strafgericht wegen des Verdachts des § 302 StG ging. Stüber soll erklärt haben, „Die KZ-Abgeordneten sind eine Pest, die ausgerottet werden muss.“ Ob dieser Ausspruch so gefallen ist, konnte im Strafverfahren nicht geklärt werden, allerdings zitierte Viktor Reimann die Mitschrift des bei der Versammlung anwesenden Kriminalbeamten, dass Stüber gesagt haben soll, „der Geist der Rache und der Vergeltung ist eine Pest, die ausgemerzt gehört“. Stüber wurde daraufhin freigesprochen.<sup>157</sup> In der Auseinandersetzung um die Unterstützungserklärung von Herbert Kraus für Heinrich Gleißner erhob der zur SPÖ tendierende Fritz Stüber in einer Wiener Versammlung seine Rechte und erklärte mit rhetorischem Überschwang: „Ehe diese Hand Heinrich Gleißner wählt, hacke ich sie mir ab!“<sup>158</sup> Die Nationalratswahlen des Jahres 1953 hatten nun Fritz Stüber ob des nationalen Erfolges in Wien mit einem gehobenen Selbstbewusstsein ausgestattet, sprich

<sup>148</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 254.

<sup>149</sup> Der damals in Lienz wohnhafte Otto Scrinzi suchte am 17. Mai 1938 um Aufnahme in die NSDAP an, die erst am 1. Jänner 1940 erfolgte. Bundesarchiv Berlin (BArch), R 9361-IX, Gaukartei, Kasten 4097, Karte 1506, Otto Scrinzi.

<sup>150</sup> [https://derstandard.at/1325485522210/Otto-Scrinzi-1918-2012-Rathkolb-Scrinzi-war-am-rechtsextremen-Rand-der-FPOe,abgerufen am 28. März 2018](https://derstandard.at/1325485522210/Otto-Scrinzi-1918-2012-Rathkolb-Scrinzi-war-am-rechtsextremen-Rand-der-FPOe,abgerufen%20am%2028.%20M%C3%A4rz%202018).

<sup>151</sup> Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987, Wien München 1988, S. 247.

<sup>152</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 257f.

<sup>153</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S.179ff.

<sup>154</sup> Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987, Wien München 1988, S. 260.

<sup>155</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 260.

<sup>156</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S.183.

<sup>157</sup> Fritz Stüber, Ich war Abgeordneter. Die Entstehung der freiheitlichen Opposition in Österreich, Graz Stuttgart 1974, S. 149-163.

<sup>158</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S.149.

er hatte gehörig Oberwasser bekommen. Er fühlte sich stark genug, um am Verbandstag, der am 16. und 17. Mai 1953 in Wien stattfand, mit dem Wiener Landesverband den Antrag zu stellen, der Bundesparteileitung das Misstrauen wegen ihrer Verhandlungspolitik mit der ÖVP auszusprechen. Obwohl der Antrag nur 27 von insgesamt 151 Stimmen erhielt, kam es laut Viktor Reimann zu Hassausbrüchen der Wiener Delegierten gegen die Leitung des VdU, die insgesamt gezeigt haben sollen, dass keine gemeinsame Basis mehr vorhanden war.<sup>159</sup> Auf dem Höhepunkt der Querelen stellten dann die Wiener den Gefolgsmann von Stüber, den aus einer schönerrianischen Dynastie stammenden Fritz Ursin<sup>160</sup> als Gegenkandidaten zu Stendebach auf, doch erhielt jener nur 38 Stimmen, während Stendebach mit 102 Stimmen zum alten und neuen Bundesparteiohmann gewählt wurde. Die prominenten Kritiker der Verbandsführung wie Ursin und Weilhartner wurden daraufhin aus dem Vorstand hinausgewählt.<sup>161</sup>

Da die Fusion mit der „Aktion zur politischen Erneuerung“ immer noch ein Thema war und auf dem Wiener Verbandstag nur verschoben worden war, kam es auf einem außerordentlichen Bundesverbandstag am 4. Juli 1953 in Villach wieder auf die Tagesordnung. Dort wurde der Ärger über das schlechte Abschneiden bei der NR-Wahl an der „Aktion“ abregiert. Die Wahlen hatten ihren Kurs weiter sinken lassen; das sollte sich auch in den Übernahmbedingungen niederschlagen, denn mehr als eine Übernahme zu Schleuderpreisen wurde der „Aktion“ nicht mehr geboten. Als entschiedener Gegner der Fusion trat nun Fritz Stüber auf, dem es mit einigen Getreuen schließlich gelang, diese erfolgreich zu sabotieren: Zunächst wurde in Villach das Fusionsprotokoll weiter verwässert und eine Namensänderung strikt abgelehnt. Das Angebot, das man der „Aktion“ nun vorlegte, war eine Einladung zum „individuellen Beitritt“, was laut Lothar Höbelt nichts an-

deres bedeutete, als dass sich der VdU die Rosinen aus der „Aktion“ herauspicken wollte. So sollten Strachwitz, Pingitzer, Butschek, Fischer, Herzele und Dreiseitl zum VdU übertreten, während die prominenteren Wortführer der „Aktion“, wie Gredler, mit dem Stüber einen Privatkrieg ausfocht, Kottulinsky und Wunschheim, ausgeschlossen werden sollten, da man sie katholischer oder monarchistischer Umtriebe verdächtigte. Das von Höbelt als „Zumutung der vorsortierten Ko-optation“ bezeichnete Angebot wurde auf einer Hauptversammlung der „Aktion“ am 12. Juli 1953 mit 100:4 Stimmen deutlich als zu wenig weitgehend abgelehnt.<sup>162</sup> Somit war der lange propagierte gemeinsame Weg des VdU mit der „Aktion“ Geschichte. Die zwei Abgeordneten der „Aktion“, Herzele und Gredler, verblieben mit Zustimmung der Hauptversammlung im Klub des VdU.

Der Gegensatz Stübers zur Bundesparteileitung spitzte sich weiter zu. Wenn diese nicht riskieren wollte, dass die Rebellion in Wien auch auf die Bundesländer übergriff, musste sie etwas unternehmen. Herbert Kraus warf Stüber eine Woche nach der Hauptversammlung der „Aktion“, bei der das Angebot abgelehnt worden war, im Vorstand vor, er habe den neuen steirischen Landesobmann Herbert Schweiger aufgefordert, sich mit ihm vom VdU zu trennen, falls die Namensänderung in Villach doch noch beschlossen worden wäre. Die Sache wurde einem Parteigericht übergeben. Lothar Höbelt meinte, dass spätestens zu diesem Zeitpunkt die Vorbereitungen zu einer Abspaltung tatsächlich konkrete Gestalt angenommen hätten müssen. Die Bundesverbandsleitung kam Stüber schließlich zuvor und schloss ihn am 15. November 1953<sup>163</sup> mit 20:8 Stimmen aus der Partei aus. Gleichzeitig suspendierte sie Stübers Stellvertreter Ursin von seinen Funktionen.<sup>164</sup> Als Grund wurden Abspaltungstendenzen im Wiener Landesverband angeführt sowie Stübers Weigerung, sich Mehrheitsbeschlüssen zu fügen. Vorausgegangen waren die Ermittlungen des

Parteigerichts, die in dem Urteil mündeten, dass Stüber „nicht nur durch einzelne Handlungen, sondern auch durch bestimmte Grundtendenzen seines allgemeinen Verhaltens eine systematische Untergrabung der Einheit des Verbandes betrieben habe“.<sup>165</sup>

Fritz Stüber trat nun selber aus dem VdU aus und verzichtete auf eine Überprüfung des Verfahrens. Im Nationalrat fungierte er als „wilder Abgeordneter“. In seinem Buch „Ich war Abgeordneter“ rechnete er noch einmal mit Kraus ab: „Er (Kraus), der Zögling der Jesuitenschule Stella Matutina, der Wirtschaftsjournalist, für den Ideologie immer mit einem Beigeschmack von Engstirnigkeit behaftet war, der praktizierende Katholik, war eben aus anderem Holz als ich, der Burschenschaftler, ein, wenn man will, Romantiker und jedenfalls in jeder Lage Dichter.“<sup>166</sup> An anderer Stelle schrieb er: „Wäre ich nicht ‚Wilder‘ geworden, niemand hätte die Stimme des deutschen Österreich gehört!“<sup>167</sup> Schließlich schrieb der Historiker Roland Stüber in seiner Dissertation über Stüber: „Er vermochte den VdU entscheidend zu schwächen, indem er den nationalen Gruppen durch seine nationalistischen Äußerungen deutlich vor Augen hielt, wie national man sich in Österreich der Zweiten Republik noch benehmen konnte, und so diese Leute dazu verleitete, die liberalen Aushängeschilder Kraus und Reimann nicht mehr für notwendig zu erachten.“<sup>168</sup>

Lothar Höbelt fand eine Bestätigung der Gerüchte über ein von langer Hand vorbereitetes Komplott Stübers in der Geschwindigkeit und dem „lobenswerten Eifer der Beamten“, bei der Genehmigung der Statuten für die „Freiheitliche Sammlung Österreichs“ (FSÖ). Bereits am 11. Dezember 1953 hielt Stüber im Messepalast eine Großveranstaltung ab, und am 31. Jänner 1954 fand die konstituierende Generalversammlung des FSÖ statt. Die Obmannstelle übernahm der

ebenfalls aus dem VdU ausgetretene Fritz Ursin, Stüber war nicht einmal Stellvertreter, sondern bloß Pressereferent, doch unbestreitbar die treibende Kraft der neuen Partei.<sup>169</sup> Dass die FSÖ dazu überging, zur Einstimmung bei ihren Versammlungen den Badenweiler-Marsch zu spielen, musste Wasser auf die Mühlen ihrer Gegner gewesen sein, auch wenn die Staatspolizei festhielt, der Marsch sei kein „offizielles Musikstück“ der NSDAP gewesen. Stüber erschien als Verfechter der „reinen Lehre“, der ohne Rücksicht auf Verluste eine exklusiv nationale Partei ins Leben rufen wollte. Laut Höbelt lag der Vergleich mit Georg von Schönerer nahe, der „Reinheit in der Einheit suchte und zum Schluss tatsächlich alleine war.“<sup>170</sup> Denn Stüber gab sich der Hoffnung hin, mit seiner FSÖ tatsächlich alle Unzufriedenen innerhalb des VdU zu sammeln, und schrieb Landesverbände und Funktionäre an mit der Aufforderung, seiner Partei einzeln oder geschlossen beizutreten. Er wurde später einmal zitiert, er wisse sehr wohl, er könne keine Mandate erringen, aber er könne sie seinen Gegnern entreißen. Doch das erwies sich als ziemliche Pleite: Gerade vermeintliche Verbündete wie die oppositionellen Kärntner oder Salzburger empfanden seine Aktivitäten als störend und wollten von den Querelen verschont bleiben. Aus Salzburg richtete etwa Zeillinger Stüber aus, die Hochachtung vor seiner Person erstreckte sich keineswegs auch auf Ursin und die FSÖ. In Kärnten rechnete Scheuch sogar mit dem Abspringen der Gruppe um Scrinzi, doch auch diese blieb im VdU. Auch bei den stets rebellischen Steirern vermochte Stüber nichts auszurichten. Diese genossen es sichtlich, nach dem Bruch von beiden Seiten umworben zu werden, verabschiedeten zwar oppositionelle Resolutionen, aber dachten auch nicht an einen Austritt. Nur in Wien blieb Fritz Stüber der Platzhirsch; nach einer Spaltung gelang

<sup>159</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 262.

<sup>160</sup> Zu Fritz Ursin siehe Michael Wladika, Eintrag zu Josef Ursin sen. und jun., in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hg.), Österreichisches Biographisches Lexikon 1915–1950, 67. Lieferung, Wien 2016, S. 137-139.

<sup>161</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 262.

<sup>162</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 186f.

<sup>163</sup> Laut Viktor Reimann fand der Ausschluss am 23. November statt. Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 263.

<sup>164</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 195.

<sup>165</sup> Zitiert in Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 263.

<sup>166</sup> Fritz Stüber, Ich war Abgeordneter. Die Entstehung der freiheitlichen Opposition in Österreich, Graz Stuttgart 1974, S. 243.

<sup>167</sup> Fritz Stüber, Ich war Abgeordneter. Die Entstehung der freiheitlichen Opposition in Österreich, Graz Stuttgart 1974, S. 256f.

<sup>168</sup> Roland Stüber, Der Verband der Unabhängigen (VdU) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Eine Untersuchung über die Problematik des Deutschnationalismus als Einigungsfaktor eine politischen Partei in Österreich seit 1945, St. Gallen 1974, S. 129f.

<sup>169</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 195.

<sup>170</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 196.

es ihm aber nur, ein Drittel des Landesverbandes zu sich hinüberzuziehen. Auch bei den Studenten, bei denen beispielsweise Erwin Hirnschall (1930–2011) als erster Vorsitzender des RFS und Harald Ofner (geb. 1932) zu seinen Anhängern gehörten, war Stüber populär. An der Wiener Spitze des VdU löste im April 1954 Josef Dörler den bereits kranken Interimsobmann Viktor Miltschinsky ab. Sofort, als Stüber ausgetreten war, trat der ehemalige „Gauredner“ und Obmann des Antisemitensbundes Karl Peter dem VdU in Wien bei. Von den NR-Abgeordneten ging keiner mit Stüber, auch Hellfried Pfeifer nicht, der ihm zweifellos nahe stand.<sup>171</sup> Der Nachsatz von Lothar Höbelt zeigt, wie sehr Fritz Stüber das Zusammengehen mit der „Aktion“ hintertrieben hat: „Ein früheres Ausscheiden hätte zumindest die Chance einer Einigung des VdU mit der ‚Aktion‘ erhöht ... So saß der VdU ab Herbst 1953 mit seinen Verbreiterbestrebungen zwischen allen Stühlen.“<sup>172</sup>

Der Bundesverbandstag des VdU, der am 15. und 16. Mai 1954 in Bad Aussee stattfand, sollte noch einmal die Einheit der Partei demonstrieren. Es wurde ein neues Programm verabschiedet, das „Ausseeer Programm“, das zum Unterschied von den 52 konkreten Forderungen des ursprünglichen Programms in fünf sehr allgemeinen Abschnitten vor allen das Anliegen nachholte, das fünf Jahre zuvor noch ausgespart worden war: Die Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühls aller Deutschen und die Ausrichtung der Außenpolitik auf eine aufrichtige, freundschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland.<sup>173</sup> Viktor Reimann versuchte zu begründen, warum man das Nationale stärker als bisher betonte: „Man glaubte, Stüber das Wasser abgraben zu müssen, und tat zweifellos des Guten zuviel. Man wollte unbedingt ein nationales Profil erringen und griff lediglich zu einer alten Maske. Wir waren nicht mehr oder weniger national als früher, nur hängten wir es nun an die

große Glocke. Der Erfolg war gleich Null.“<sup>174</sup> An anderer Stelle schrieb er die prophetischen Worte: „Der VdU zerstörte sich vielmehr selbst. In dem Augenblick, in dem er vor allem wieder eine nationale Partei werden wollte, übernahm er auch das historische Krebsgeschwür der Nationalen in Österreich: die Selbstzerfleischung!“<sup>175</sup> Trotz der beschworenen Einigkeit in Bad Aussee – es gab keine Kampfabstimmungen und Führungskrisen – wurde Herbert Kraus als Obmannstellvertreter durch Robert Scheuch ersetzt.<sup>176</sup>

## 9 Auflösungserscheinungen

Am Bundesverbandstag in Bad Aussee wurde auch noch eine bedeutende Weichenstellung vorgenommen: Es wurde beschlossen, die VdU Bundesführung zu beauftragen, mit dem prominentesten noch lebenden ehemaligen Nationalsozialisten in Österreich Kontakt aufzunehmen und ihn für einen Beitritt zum VdU in führender Position zu gewinnen – Dipl. Ing. Anton Reinthaller (1895–1958).<sup>177</sup> Am 12. Juni und noch einmal am 22. August 1954 besuchten ihn Kraus bzw. Kandutsch in Attersee. Herbert Kraus, der von den Nationalen zu diesem Treffen gedrängt wurde und die Trümmer seiner Partei zusammenhalten wollte, berichtete darüber: „Reinthaller hatte nichts anderes vor Augen als die große Menge hartgeprüfter ehemaliger Nationalsozialisten. Er sah nur die eine Aufgabe, diese Menschen nicht nur aus ihrer materiellen Schlechterstellung, sondern vor allem aus ihrer psychologischen Not und politischer Isolierung herauszuführen ... Er sagte mir damals, er anerkenne, dass ich viel Vorteilhaftes für diese Menschen getan und eine wertvolle Vorarbeit geleistet habe, aber die eigentliche Aufgabe könne ich nie und nimmer erfüllen, weil ich eben selbst kein Nationalsozialist sei.“<sup>178</sup> Am 24. September 1954 schrieb Bundesobmann Max Sten-

**171** Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 197–201.

**172** Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 201.

**173** Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 206.

**174** Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 265.

**175** Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 163.

**176** Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 206.

**177** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 17.

**178** Zitiert in: Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 151.

debach einen Brief an Reinthaller, in dem er ihn und seine Parteifreunde zu einem Beitritt drängte: „Ich würde mich persönlich von Herzen freuen, wenn Sie sich entschließen könnten, als Bundesobmannstellvertreter in unsere Bundesleitung einzutreten ... Nach den kurzen Aussprachen, die wir bereits miteinander hatten, habe ich den Eindruck, dass der Verband über die Bedeutung Ihres Namens und Ansehens hinaus nicht nur einen wertvollen Mitarbeiter gewinnen würde, sondern dass ich mich persönlich mit Ihnen hervorragend verstehen und ich in Ihnen immer wieder in der Vertretung einer klaren und vernünftigen politischen Linie eine tatkräftige Stütze haben werde. Ich weiß, dass manche in Ihnen den kommenden Bundesobmann sehen. Ich bitte Sie, überzeugt zu sein, dass ich nicht zu denen gehöre, die sich nach Ehrenämtern sehnen und an Sesseln kleben. Wenn Sie selbst es wünschen würden ..., so würde ich Ihnen den Platz ohne jedes Ressentiment überlassen ...“<sup>179</sup> Doch Reinthaller winkte angesichts des noch immer in vier Besatzungszonen geteilten Landes vorerst ab. Der alte Mann glaubte, „dass meine Vergangenheit für den Eintritt in den VdU eine riesige Belastung darstellt, die er noch gar nicht aushält.“<sup>180</sup>

Anton Reinthaller wurde am 14. April 1895 in Mettmach im Innviertel in eine Bauernfamilie geboren, die neben der Landwirtschaft auch eine kleine Brauerei betrieb. Einer seiner Mitarbeiter beschrieb den Chef einmal respektvoll als einen „Bauern-Herren“.<sup>181</sup> Gleich nach der Matura am Linzer Realgymnasium trat er als Einjährig-Freiwilliger in die Armee ein und machte den Weltkrieg als Fähnrich an der Ostfront mit. 1916 geriet er während der Brussilow-Offensive in Gefangenschaft und erlebte die Russische Revolution als

Augenzeuge vor Ort. Laut Lothar Höbelt gewannen somit die Warnungen vor der „bolschewistischen Gefahr“ eine Authentizität, „die anderen mangelte“.<sup>182</sup> Am 1. August 1916 wurde er – bereits in Gefangenschaft – zum Leutnant, nach seiner Heimkehr im Juli 1918 am 1. November 1918 zum Oberleutnant befördert, und am 30. November 1918 demobilisiert. Sein Truppenkörper war das Feldartillerieregiment 102.<sup>183</sup> Reinthaller studierte anschließend an der Hochschule für Bodenkultur in Wien, wo er den Titel eines Diplomingenieurs erwarb. Nach dem Studium war er für die staatliche Wildbach- und Lawinenverbauung tätig und heiratete 1924 an den Attersee, wo seine politische Karriere begann.<sup>184</sup> Seine Frau Theresia war die Nichte und Ziehtochter der Gemahlin von Hermann Oehn, Gutsbesitzer in Mühlbach bei Attersee und bis zum Sommer 1919 Obmann des Bauernvereines, des Vorgängers des Landbundes in Oberösterreich. Reinthallers Engagement für den Landbund in den 1920er Jahren fiel zusammen mit seiner Tätigkeit bei der Wildbachverbauung, die ihn in Berührung mit den Bergbauern des Traunviertels brachte.<sup>185</sup> Bereits 1928 wechselte er zur NSDAP und erhielt die niedrige Mitgliedsnummer 83.421.<sup>186</sup> Im August 1932 wurde Reinthaller von Landesleiter Alfred Proksch mit der Führung des Agrarreferats (Abt. V) betraut. Bedeutsam für seine weitere Rolle innerhalb der NS-Bewegung wurde sein Konflikt mit dem radikalen Landesinspekteur Theo Habicht, einem ehemaligen Kommunisten aus Wiesbaden: Habicht entthob Reinthaller bereits im November 1932 wiederum aller seiner Funktionen, weil dieser versucht hatte, den deutschen Einfluss zurückzudrängen. Im Februar 1933 versuchte Walter

**179** Lothar Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948–1955, Wien Köln Weimar 2015, S. 224f.

**180** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 18.

**181** Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 205.

**182** Lothar Höbelt, Die „Aktion Reinthaller“: „Ständestaat“ und „Nationale Opposition“, in: Oberösterreich 1918–1938, Bd. I. Herausgegeben vom Oberösterreichischen Landesarchiv, Linz 2014, S. 48f.

**183** Lothar Höbelt, Die „Aktion Reinthaller“: „Ständestaat“ und „Nationale Opposition“, in: Oberösterreich 1918–1938, Bd. I. Herausgegeben vom Oberösterreichischen Landesarchiv, Linz 2014, S. 49, FN 3.

**184** Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 205.

**185** Lothar Höbelt, Die „Aktion Reinthaller“: „Ständestaat“ und „Nationale Opposition“, in: Oberösterreich 1918–1938, Bd. I. Herausgegeben vom Oberösterreichischen Landesarchiv, Linz 2014, S. 49.

**186** Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 150.

Darrés „Agrarpolitischer Apparat“ von Berlin aus zu vermitteln und erwirkte die Wiedereinsetzung Reinthallers.<sup>187</sup> In der dann österreichischen illegalen NSDAP gehörte er dem „gemäßigten“ Flügel an und geriet erneut in Konflikt mit der Terrorpolitik Habichts. Nach dem Juliputsch 1934 ging er mit der nach ihm benannten „Aktion Reinthaller“ in die österreichischen Geschichtsbücher ein, einem letztlich gescheiterten Ausgleichsversuch zwischen den österreichischen Nationalsozialisten und dem austrofaschistischen Regime, der jedoch den illegalen Nationalsozialisten, die eingesperrt oder in Gerichtsverfahren verwickelt waren, Erleichterungen brachte.<sup>188</sup> Der überzeugte Katholik Reinthaller ließ sich trotz handfester Drohungen nie zum Kirchenaustritt zwingen.<sup>189</sup> 1938 war er kurz Landwirtschaftsminister im Kabinett Seyß-Inquart und war später unter anderem Unterstaatssekretär für Landwirtschaftsfragen in Berlin (Reichsnährstand) sowie Reichstagsabgeordneter und Landesbauernführer des Donaulandes (zuerst in den Gauen Ober- und Niederdonau, dann Niederdonau allein).<sup>190</sup> Er schützte Österreichs Bergbauern vor der geplanten Absiedelung und leitete die Entschuldungsaktion ein, die zur Existenzsicherung der Bauernschaft wesentlich beitrug.<sup>191</sup> Anton Reinthaller ist Ende 1938 der SS beigetreten, er erhielt 1941 den Ehrenrang SS-Brigadeführer und war Träger des Ehrenwinkels der SS und des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP.<sup>192</sup>

Nach Kriegsende war Reinthaller für ein Jahr in Glashaus interniert, anschließend wurde er in Nürnberg als Zeuge einvernommen und saß bis Ende 1948 in Dachau und in Nürnberg-Langwasser in Haft. Nach seiner Auslieferung an Ös-

terreich im Juli 1949 wurde er in einem Volksgerichtsverfahren wegen „Hochverrats“ angeklagt und im Oktober 1949 zu drei Jahren schweren Kerker und Verfall des Vermögens verurteilt. Nach mehreren Einsprüchen seiner Anwälte wurde das Strafausmaß erheblich herabgesetzt und Reinthaller schließlich im Juni 1953 von Bundespräsident Theodor Körner begnadigt.<sup>193</sup>

Anton Reinthaller war die „graue Eminenz“, die Gallionsfigur der Nationalen; seine rechte Hand und der entscheidende Mann im Hintergrund war jedoch der Apotheker Dr. Emil van Tongel (1902–1981).

Emil van Tongel wurde am 27. Oktober 1902 in Leitmeritz geboren und gehörte der sudetendeutschen Minderheit an. 1910 kam er im Alter von acht Jahren mit seinen Eltern, dem Apotheker Emil van Tongel und dessen Ehefrau Marie, nach Wien. Hier besuchte er nach der Volksschule ein humanistisches Gymnasium im Bezirk Margarethen und erlangte 1920 die Matura. Danach studierte er an der juristischen Fakultät der Universität Wien Rechtswissenschaften und promovierte 1926. Daran schloss van Tongel noch ein Studium der Pharmazie, das er 1928 mit dem akademischen Grad eines Magisters beendete. Danach begann er in Wien als Apotheker zu arbeiten und übernahm als Nachfolger seines Vaters die bekannte „Schutzengel-Apotheke“. Bereits als 27-jähriger führte van Tongel den Landesverband der Großdeutschen Volkspartei als Landesparteiobmann von 1929 bis 1932.<sup>194</sup> In diesem Jahr ging er mit seiner Partei bei den Wiener Gemeinderatswahlen im Ansturm der Nationalsozialisten, die auf Anhieb 15 Gemeinderatssitze eroberten, unter; die Großdeutschen wurden regelrecht aufgerieben. Als van Tongel wenig später zur

NSDAP stieß, kam es zum offenen Konflikt mit seinem Vater, der den Sohn als „Extremisten“ anzeigte. Tatsächlich brachte diese Anzeige des Vaters van Tongel ins Gefängnis der Ständestaatdiktatur. 1938 wurde er NS-Gauredner. Im Krieg diente er in einer Propagandakompanie, was ihm schwere Maßregelungen in der britischen Kriegsgefangenschaft eintrug. Nach 1945 setzte sich van Tongel, wie viele „Ehemalige“, in den Westen ab. Da er seinen Beruf als Apotheker nicht ausüben durfte, war er als Vertreter tätig und hatte ein Büro in jenem Kaufmännischen Vereinshaus in Linz, in dem auch die VdU-Landesgeschäftsstelle Oberösterreich untergebracht war.<sup>195</sup>

Der 17. Oktober 1954 sollte zum Schicksalstag des VdU werden, denn an diesem Tag fanden in Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg zugleich Landtagswahlen statt. Anton Reinthaller, der von der VdU-Führung bezüglich einer Wahlempfehlung gefragt wurde, lehnte schließlich ab, sich offen für den VdU zu deklarieren, vielleicht erahnte er auch das Waterloo der Partei: In Wien kam der VdU auf gerade einmal 50.200 Stimmen, Stübers FSÖ auf 13.500. Weder der VdU noch die FSÖ erreichten ein Grundmandat. Im Wiener Gemeinderat, in den 1949 sechs VdU-Gemeinderäte gewählt worden waren, gab es keine dritte Kraft mehr. In Niederösterreich ging der Stimmenanteil von 4,4 auf 2,56 % zurück, in Salzburg von 18,5 auf 13,2 %, in Vorarlberg von 22,1 auf 13,7 % (Verlust dreier Landtagsmandate). Die „Nationalgesinnten“ sahen in diesem 17. Oktober nicht nur einen schwarzen Tag wie Kraus, sondern den Anfang vom Ende des VdU. Reinthaller äußerte sich in diesem Sinne in seinen Gesprächen mit Jörg Kandutsch: „Dieser 17. Oktober ist eine Zäsur in meiner Auffassung, die Absage der Wähler an den VdU war derart eindeutig und krass, dass es müßig ist, den VdU noch einmal aufpäppeln zu wollen. Erkennt, dass ihr am Ende seid. Es muss etwas Neues gemacht werden.“<sup>196</sup>

Noch radikaler als Reinthaller äußerte sich van Tongel gegenüber Kraus: Van Tongel ging von

der Annahme aus, dass es in der Ersten Republik 12 bis 18 Prozent nationalfreiheitliche Stimmen (Großdeutsche Volkspartei und Landbund) gegeben habe, zu denen noch die NSDAP hinzuzuzählen ist. Wenn sich auch viele zu den Großparteien verlaufen hätten, müsste für eine national profilierte Partei jedenfalls ein größeres Wählerpotential übrigbleiben, als es der VdU gesammelt habe. Die Aufgabe des Tages sei daher nicht eine neue Profilierung der Partei, sondern die Reinhaltung des alten, aus drei historischen Parteien zusammengesetzten Lagers. Dies ginge aber nur über den Leichnam VdU.<sup>197</sup>

Nach der Wahlniederlage vom Oktober 1954 entbrannte eine Führungsdiskussion – bei einer Partei, die zwischen einem Drittel und der Hälfte ihrer Stimmen eingebüßt hatte, war dies nicht überraschend. Das nationale Lager schob die Schuld am Niedergang des VdU der Gruppe um Kraus, Reimann und Stendebach zu, vor allem Kraus wurde zur Unperson gestempelt. Als erster preschte Herbert Schweiger vor und verlangte den Rücktritt des Parteivorstandes. Der steirische Vorstand sprach sich am 31. Oktober mit 11:4 Stimmen für eine „Neubildung der Dritten Kraft“ aus.<sup>198</sup> Es bildete sich nun auch außerhalb der Partei eine Allianz gegen die VdU-Führung, der mit Stefan Schachermayer, Erich Kernmayer, Fritz Stüber und Ernst Strachwitz auch einige „alte Bekannte“ vorstanden.<sup>199</sup> Die durch die Wahlniederlage angeschlagenen Kraus und Reimann resignierten schnell. Reimann schrieb: „Mit dem Verlust der liberalen Wähler waren auch die Tage von Kraus und mir gezählt, weil wir beide in die nationale Sammlung, die nun von allen Seiten gefordert wurde, nicht mehr hineinpassten.“<sup>200</sup>

Als auf einer Bundesleitungssitzung am 29. November 1954 über keinen einzigen Punkt Einigkeit erzielt werden konnte, kam es am 12. Dezember im Salzburger Bahnknotenpunkt Schwarzach St. Veit zu einem Treffen der fünf Landesobmänner der westlichen Zonen (ohne Oberösterreich), die ein Übergangsdirektorium und die Wiederauf-

**187** Lothar Höbelt, Die „Aktion Reinthaller“: „Ständestaat“ und „Nationale Opposition“, in: Oberösterreich 1918–1938, Bd. I. Herausgegeben vom Oberösterreichischen Landesarchiv, Linz 2014, S. 49.

**188** Lothar Höbelt, Die „Aktion Reinthaller“: „Ständestaat“ und „Nationale Opposition“, in: Oberösterreich 1918–1938, Bd. I. Herausgegeben vom Oberösterreichischen Landesarchiv, Linz 2014, S. 50f.

**189** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 18.

**190** Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 150.

**191** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 18.

**192** Wolfgang Graf, Österreichische SS-Generäle. Himmlers verlässliche Vasallen, Klagenfurt Laibach Wien 2012, S. 88ff.

**193** Zum Volksgerichtsverfahren gegen Reinthaller siehe Heinz-Dietmar Schimanko, Der Fall Reinthaller – Zum Strafverfahren gegen Anton Reinthaller vor dem Volksgericht, Phil. Diss. Wien 2017.

**194** Robert Kriechbaumer, Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945, Wien Köln Weimar 2001, S. 475.

**195** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 27.

**196** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 21f.

**197** Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 268.

**198** Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 219.

**199** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 23.

**200** Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 266.



nahme der Verhandlungen mit Reinhaller in einer Resolution forderten. Der VdU sollte in einer neuen Partei unter seiner Führung aufgehen.<sup>201</sup> Die Lage von Kraus, Reimann und Stendebach wurde auch immer prekärer, da auch die Industrie, auf deren Finanzierung der VdU angewiesen war, die gewohnten Zuwendungen sperrte, um durch diesen Druck eine schnellere Einigung der einander bekämpfenden Gruppen zu erzielen.<sup>202</sup> Doch Anton Reinhaller zierte sich immer noch, politische Verantwortung zu übernehmen. Es bedurfte erst eines mächtigen Anschubes.

Reinhaller und van Tongel waren regelmäßige Gäste bei den Zusammenkünften im legendären „Grünen Salon“ des Linzer „Schwechater Hofes“. Hier versammelten sich die wieder schrittweise zum Leben erweckten nationalen Traditionsvereine wie Turnerbund, Freiheitlicher Akademikerverband, oberösterreichischer Landeslehrerverband sowie Einzelpersönlichkeiten des national-freiheitlichen Lagers. Zu diesem Kreis gehörte etwa auch der junge Lehrer Friedrich Peter (1921–2005), der als Mitglied des oberösterreichischen Landeslehrerverbandes durch den Linzer VdU-Stadtrat Ing. Ferdinand Fastner eingeführt worden war.<sup>203</sup> Peter lernte dort seinen „väterlichen Freund“ Reinhaller kennen, dem er sich in einem ehrerbietigen Brief als ehemaliger Offizier der Waffen-SS vorstellte und seine Mitarbeit anbot.<sup>204</sup> Einen maßgeblichen Einfluss auf diesen Kreis übte auch der frühere Abgeordnete und Reichsparteiobmann der Großdeutschen Volkspartei der Ersten Republik, Hermann Foppa, aus, der als „großer Weiser“ geschätzt und geachtet wurde. VdU-Funktionäre sprachen zwar von einer „Schlangengrube“, doch auch Kraus und Reimann waren anfänglich unter den Gästen.<sup>205</sup> Über nationale Wirtschaftsgruppierungen, die im oberösterreichischen Wirtschaftsleben eine nicht unerhebliche Rolle spielten,

ergaben sich auch Kontakte zur Industriellenvereinigung bzw. zum Verband Selbständig Wirtschaftstreibender. Von dessen Bundesobmann, dem Gesandten Theodor Hornbostel, vor 1938 politischer Direktor am Ballhausplatz, wurde nun ein Treffen zwischen Bundeskanzler Raab und Anton Reinhaller arrangiert.<sup>206</sup>

Dieses legendäre Treffen fand Anfang des Jahres 1955 im Bahnhofsrestaurant von Attnang-Puchheim statt – „der ehemalige Austrofaschist Raab traf den Hitlerfaschisten Reinhaller“, schrieb Viktor Reimann.<sup>207</sup> Es gelang Raab dabei, Reinhaller zum Wiedereintritt in die Politik zu überreden: „Umgeben Sie sich mit demokratischen Auftriebselementen (Anm. gemeint war offensichtlich Willfried Gredler) und stellen Sie sich für die dritte Partei zur Verfügung, damit extreme Einflüsse von Haus aus in Bann gehalten werden.“ Dem Ruf eines Bundeskanzlers konnte sich auch Reinhaller nicht länger versagen.<sup>208</sup> Julius Raab handelte natürlich nicht uneigennützig. Er war einer der wenigen führenden ÖVP-Politiker, der die dritte Kraft wohlberechnet in seine politische Strategie einbezog. Herbert Kraus schrieb über diese Strategie: „(Raab erkannte) dass die ÖVP zahllose antiklerikale Bürgerliche, wie die Burschenschaftler und viele ehemalige Nazi, doch nie gewinnen könne. Er wollte, dass sich diese, bevor sie sozialistisch oder gar nicht wählen, in einer mit der ÖVP verbündeten nationalen Partei sammeln. Seine neue Richtlinie war: ‚Wenn eine nicht marxistische Partei neben der ÖVP wirklich nicht zu verhindern ist, dann soll es eine koalitionsfähige Partei sein; denn sonst gäbe es gleich eine rot–blaue Koalition, und die ÖVP müsste in Opposition gehen. Das Nazi-Problem kommt uns hier sehr zugute. Wir werden an der Stelle des VdU eine Partei von solchen Nazi-Größen aufbauen, dass es kein Sozialist wagen kann, mit ihr eine Koalition zu bilden.“

**201** Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz Stuttgart 1999, S. 220.

**202** Kurt Piring, *Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik*, Wien 1982, S. 24.

**203** Kurt Piring, *Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik*, Wien 1982, S. 25.

**204** Margit Reiter, *Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ*, in: *Zeitgeschichte*, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 151.

**205** Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 269.

**206** Kurt Piring, *Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik*, Wien 1982, S. 26.

**207** Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 278.

**208** Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien München Zürich New York 1980, S. 278.

Akteure für die neue Partei sind da. Die Nazi sind ja hilflos und auf uns angewiesen.“<sup>209</sup>

## 10 Die Gründung der Freiheitlichen

Im Staatsvertragsjahr 1955 brachen für die „Ehemaligen“ mit dem Abzug der Besatzungsmächte und dem Ende der Volksgerichte viele Dämme. Der FPÖ-Chronist Kurt Piring schrieb: „Vor erst musste freilich eine Phase verschlungener Intrigen, gegenseitigen Fallenstellens und offener Konflikte überwunden werden, bis das Einigungskonzept endlich siegte.“<sup>210</sup>

Auf einem außerordentlichen Verbandstag des VdU, der am 5. und 6. Februar 1955 im „Ottakringer Bräu“ im 13. Wiener Gemeindebezirk stattfand, sollte noch einmal über die „Bildung der dritten Kraft“ und den Eintritt Reinhallers verhandelt werden.<sup>211</sup> Dabei kam es zum Eklat: Viktor Reimann gab sich unversöhnlich und warf den „Schwarzacher“ Obmännern „Hochverrat an der Partei“ vor. Es müsse nun eben ohne Versöhnung eine klare Entscheidung über Weiterbestand oder Auflösung des VdU geben. In einer darauf folgenden Kampfabstimmung stimmten 82 Delegierte für die Bundesleitung, 51 dagegen 15 enthielten sich der Stimme. Egon Denz (1899–1979), ein ehemaliges NSDAP Mitglied und ehemaliger SS-Standartenführer, der von 1938 bis 1945 Oberbürgermeister von Innsbruck war, erklärte daraufhin, dass die Vertreter der „Schwarzacher Resolution“ den Bundesverbandstag verlassen müssten, um mit ihren Landesverbänden das weitere Procedere zu besprechen. 37 Delegierte und 7 Leitungsmitglieder verließen den Saal. Nur die Salzburger unter Gustav Zeillinger, der für eine Einigung unter VdU-Schirmherrschaft eingetreten war, und die kleine Gruppe der Wiener Oppositionellen blieben zurück, beteiligten sich aber dann doch nicht an der Wahl des Präsidiums. Stendebach und Kandutsch wurden mit 58 Stimmen gewählt. Als Robert Scheuch mit den ande-

ren Kärntnern ebenfalls den Saal verlassen hatte, wurde der ehemalige SA-Führer Wilhelm Kindl (1917–1998), der dem sozialen Flügel zugerechnet wurde, an seiner Stelle zum zweiten Obmannstellvertreter gewählt. Herbert Kraus stellte nun den Antrag, die Obmänner der vier Länder Kärnten, Tirol, Vorarlberg und Steiermark, die am Exodus teilgenommen hatten, zu suspendieren. Daraufhin wurden in drei Ländern bis auf Kärnten mit den Nationalräten Hartleb, Ebenbichler und Assmann kommissarische Obmänner bestellt. Mit prophetischen Worten hatte der Wiener Hellfried Pfeifer Kraus zuvor vor dem Ausschluss gewarnt: „Wenn ich sie förmlich ausstoße, dann dürfen Sie sich nicht beklagen, wenn sie sich dann zu neuen Kräften formieren.“<sup>212</sup>

Es erscheint ganz klar, dass sich die Bundesführung mit der Suspendierung der revolutionierenden Landesobmänner ins eigene Fleisch schnitt. Denn jetzt stießen die Suspendierten zum Reinhaller-Kreis und erleichterten die bereits geplante Gründung einer neuen Partei: Emil van Tongel war, angeregt durch das Staatsvertragsjahr, so sehr vom Freiheitsbegriff fasziniert, dass er diesen im Parteinamen verankert wissen wollte. So kam es zur Bezeichnung „Freiheitspartei“. Sie wurde noch im Februar 1955 ohne große Formalitäten unter dem Vorsitz Anton Reinhallers gegründet. Ihre führenden Exponenten waren neben van Tongel Friedrich Peter und Fritz Butschek, seinerzeit Reinhallers Hauptstabsleiter im Reichsnährstand, nach 1945 als Mitglied der „Aktion zur politischen Erneuerung“ Wortführer eines geläuterten nationalen Bekenntnisses und einer klaren Distanzierung von der nationalsozialistischen Katastrophenpolitik.<sup>213</sup> Am 19. März 1955 wurde die Freiheitspartei vereinsrechtlich zugelassen.<sup>214</sup> Herbert Kraus schrieb über die neue Partei folgendes: „Der Plan war, in der ‚Freiheitspartei‘ all jene ‚Belastete‘ und ‚Gesinnungstreuen‘ zu sammeln, die dem VdU – wegen dessen Aufnahmesperre für ‚Belasteten‘ – nicht hatten beitreten können oder sich auch gar nicht darum bemüht

**209** Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“. *Politische Erinnerungen 1917 bis 1987*, Wien München 1988, S. 278.

**210** Kurt Piring, *Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik*, Wien 1982, S. 28.

**211** Kurt Piring, *Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten*, Bd. 1 (1955–1979), Wien 1993, S. 1.

**212** Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz Stuttgart 1999, S. 222ff.

**213** Kurt Piring, *Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik*, Wien 1982, S. 29.

**214** Kurt Piring, *Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten*, Bd. 1 (1955–1979), Wien 1993, S. 1.

hatten, weil ihnen der VdU zu liberal war ... Die Gründer waren Menschen, die wieder politisch aktiv werden wollten, und zwar als ‚Kameradschaft ehemaliger Nationalsozialisten‘. Nun gab es aber zuwenig Belastete und Gesinnungstreue, um bei der Nationalratswahl ein Grundmandat zu erringen. Deshalb sollte die Freiheitspartei zunächst nur ein Kader sein, der von außen her in den VdU hineinwirkt. Im VdU hat es schon immer eine ‚betont nationale‘ Minderheit gegeben, die der Partei einen kräftigeren nationalen Stempel aufdrücken wollte: stärkere Betonung des Deutschtums, gewisse Rechtfertigung des Nationalsozialismus und national-konservatives ‚Lager-Denken‘. Diese Minderheit, die schon lange ... um mehr Einfluss gerungen hatte, sollte nun entweder zur Freiheitspartei abgeworben werden oder den ganzen VdU dazu bewegen, der ‚großen völkischen Sammlung‘ beizutreten.<sup>215</sup>

Es sollte beides geschehen: Am 9. April 1955 erklärten der VdU-Landesverbandsobmann der Steiermark, Herbert Schweiger, Landesgeschäftsführer Major a.D. Egon Plachutta, Landtagsabgeordneter Strohmayer und Landesbauernreferent Max Vogrin den Beitritt zur Freiheitspartei. Die Fraktion im steirischen Landtag war nun dreigeteilt; sie bestand aus VdU, „Aktion“ und Freiheitspartei. Am 5. Juni 1955 trat der gesamte Kärntner Landesverband des VdU als erster geschlossen zur Freiheitspartei über (Abstimmungsergebnis 69:2). Der Bürgermeister von Sarnitz, Reinhold Huber, als Landesbauernführer in der NS-Zeit einer der engsten Mitarbeiter Reinthallers, war dafür verantwortlich. Am 19. Juni gründete der VdU-Dissident Otto Gamper in Tirol eine Landesorganisation der Freiheitspartei, im Juli folgte Ernst Seebacher in Vorarlberg mit der Gründung eines „Freiheitlichen Klubs“.<sup>216</sup>

Die VdU-Führung verlegte sich daraufhin im Sommer 1955 auf eine neue Strategie: Sie unterstützte die Gründung überparteilicher bzw. par-

teiloser Komitees, die zur „Sammlung der Mitte“ unter Ausschluss der Freiheitspartei aufriefen. Von Wien aus wurde etwa die „Österreichische Wahlgemeinschaft der Mitte“ aktiv, die scharf gegen die Freiheitspartei auftrat und deren führende Exponenten, wie der Zahnarzt OMR Dr. Georg Weinländer und der Generalmajor a.D. Franz Rainer, aber dann doch an der Gründung der FPÖ mitwirkten.<sup>217</sup> Aber auch im nationalen Lager wimmelte es plötzlich von Gruppen und Grüppchen, die paradoxerweise allesamt im Namen der Einigung unterwegs waren. Lothar Höbelt führte 12 Klubs, 22 Vereine und 49 Kaffeehausrunden an. Fast alle dieser Komitees und Gesprächsrunden waren jedoch Vorfelddorganisationen, die bestimmt waren, Schlepperdienste zu leisten, entweder für die bestehende Bundesführung des VdU oder für die Neugründung Reinthallers.<sup>218</sup> Aus diesem Chaos galt es nun, so schnell wie möglich einen Ausweg zu finden, sollte vermieden werden, dass die dritte Kraft bei der bevorstehenden Landtagswahl in Oberösterreich im Oktober ein ähnliches Schicksal erleiden sollte wie am 17. Oktober 1954. Am 2. September 1955 kam es – fünf Minuten vor zwölf – zur Gründung einer Wahlgemeinschaft. VdU und Freiheitspartei traten im Sinne der Einigung gemeinsam an. Das Gelingen war das Verdienst von vier Männern: Stendebach und Kandutsch für den VdU; Reinthaller und van Tongel für die Freiheitspartei. Offiziell hieß die Wahlgemeinschaft „Freiheitliche Wahlgemeinschaft VdU, Freiheitspartei, Parteilose“. Mit Friedrich Peter war erstmals bei einer wichtigen Wahl ein Mann der Freiheitspartei Spitzenkandidat.<sup>219</sup>

Die Einigung in Oberösterreich wurde auf den Bund übertragen. Zwar wurden bis in den Februar 1956 hinein Urwahlen in den einzelnen Ländern abgehalten, doch die Parteispitzen waren schneller: In unermüdlichen Gesprächen des oben erwähnten Quartetts Stendebach, Kandutsch, Reinthaller und van Tongel, zu dem noch Willfried Gredler stieß,

konnte als entscheidender Schritt am 17. und 18. Oktober 1955 im VdU-Parlamentsklub bzw. im Café Landtmann die Konstituierung eines Proponentenkomitees zur Bildung einer freiheitlichen „Einheitspartei“ verkündet werden.<sup>220</sup> Den Altersvorsitz übernahm Generalmajor a.D. Franz Rainer, zu gleichgeordneten stellvertretenden Vorsitzenden wurden Anton Reinthaller, Max Stendebach und Willfried Gredler gewählt. Lothar Höbelt schrieb über die Nichtnominierten im Komitee: „Wenn die VdU-Größen befürchtet hatten, dass sich ihre alten Rivalen aus der ‚Aktion‘ und aus der FSÖ auf dem Umweg über die Freiheitspartei wieder in die Leitungsgremien nominieren lassen wollten, dann fanden sie in van Tongel einen kongenialen Verbündeten. Reinthallers Nimbus war dazu gedacht, ihre Anhänger zu gewinnen, nicht den Funktionären der Splittergruppen zu Posten zu verhelfen. Selbst Butschek und Ursin, die sich frühzeitig Reinthaller zur Verfügung gestellt hatten, verschwanden im Zuge der Einigung spurlos in der Versenkung. Die beiden Gallionsfiguren Strachwitz und Stüber, bekannt für ihr Charisma, doch auch für ihre apodiktischen Standpunkte, manövrierte van Tongel mit nordischer List ins Abseits.“<sup>221</sup> Aber auch die Gründer des VdU, Herbert Kraus und Viktor Reimann, fehlten im Proponentenkomitee. Zwar schrieb Kurt Piringer, dass dies damals noch nicht den Bruch bedeutete, doch hatten die beiden schon im Herbst 1955 vereinbart, „dass wir die Partei verlassen würden, wenn der künftige Bundesobmann Reinthaller heißen sollte ... Eine neue, junge Bewegung verliert ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie einen Mann an die Spitze stellt, der ein führender Funktionär jenes Hitlersystems war, das die größte Katastrophe über das deutsche Volk und über die Welt gebracht hatte“.<sup>222</sup> Im Gründungsauftrag des Komitees wurden auch bereits politische Zielsetzungen genannt, so unter anderem die „uneingeschränkte Bejahung der

Eigenstaatlichkeit Österreichs“, welche die neue Partei jedoch mit dem „Bekanntnis zu deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ verband.<sup>223</sup>

Am 23. Oktober 1955, nur wenige Tage nach der vom Komitee verkündeten Einigung, fand die mit Spannung erwartete oberösterreichische Landtagswahl statt. Sie war die erste, die von der Gruppierung der dritten Kraft unter dem gemeinsamen politischen Markenzeichen „freiheitlich“ geschlagen wurde. Was Kurt Pringer als „kalte Dusche“ bezeichnete, nannte Lothar Höbelt ein den „Umständen entsprechend nicht schlechtes Abschneiden“: Die „Freiheitliche Wahlgemeinschaft“ kam auf 9,61 Prozent und verlor sechs der 1949 errungenen zehn Mandate im Landtag, sodass ihr nur mehr vier Sitze blieben. Auch die zwei Sitze in der Landesregierung gingen verloren. Von den 126.500 VdU-Stimmen der Landtagswahl 1949 waren 58.936, also weniger als die Hälfte, übriggeblieben.<sup>224</sup> Lothar Höbelt schrieb dazu: „Zog man jedoch die 12 % bei den NR-Wahlen von 1953 als Ausgangsbasis heran, konnte man angesichts der starken Verluste, die überall sonst 1954 eingetreten waren, von einer Konsolidierung sprechen.“<sup>225</sup> Wie dem auch sei, für Kurt Piringer hatte sich deutlich gezeigt, „dass die VdU-Positionen nicht zu halten waren“, da konnten die Funktionäre noch so oft jammern, dass die Einigung zu spät gekommen sei, wodurch die Wahlvorbereitungen stark beeinträchtigt wurden.<sup>226</sup>

Obwohl das Proponentenkomitee seit 17. Oktober bestand, hatte die neue Partei noch keinen Namen. Er wurde am 27. Oktober vom Präsidium beschlossen und am 3. November 1955 in einer Vollsitzung bestätigt.<sup>227</sup> Als Konzession an den VdU hatte Reinthaller ursprünglich „Unabhängige Freiheitliche Partei“ vorgeschlagen. Der Vorschlag Max Stendebachs, lautend auf „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ), wurde

**215** Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987, Wien München 1988, S. 265f.

**216** Kurt Piringer, Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten, Bd. 1 (1955–1979), Wien 1993, S. 1.

**217** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 31.

**218** Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 226.

**219** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982,

S. 32. Lothar Höbelt schrieb jedoch, dass bis auf das Traunviertel der ehemalige Nationalsozialist Georg Grünbart

Spitzenkandidat und Peter die Nummer Zwei war. Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 231.

**220** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 32.

Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 152.

**221** Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 233.

**222** Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 271.

**223** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 33.

**224** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 35.

**225** Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 232.

**226** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 35.

**227** Kurt Piringer, Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten, Bd. 1 (1955–1979), Wien 1993, S. 2.

schließlich einstimmig angenommen. Van Tongel wollte nur „Freiheitliche Partei“, aber Kandutsch beharrte, dass „Österreich“ dabei sein müsse.<sup>228</sup> Als Parteifarbe setzte sich Jörg Kandutsch mit Blau gegen Willfried Gredler mit Weiß durch; die Kornblume als Symbol war beiden genehm.<sup>229</sup>

Die in der Vereinbarung zwischen Reinthaller und Stendebach vorgesehene Gründung von Landeskomitees der FPÖ in den Bundesländern ging in Salzburg (Gustav Zeillinger), Kärnten (Reinhold Huber), Oberösterreich (Friedrich Peter), Niederösterreich (Wilhelm Kindl) und Vorarlberg (Ernst Seebacher) reibungslos über die Bühne. In Tirol und Wien fanden sich mit Dipl. Ing. Anton Schöpfer bzw. OMR Dr. Georg Weinländer Übergangskandidaten und wurden später durch Otto Gamper bzw. Dr. Tassilo Broesigke ersetzt. In der Steiermark, wo sich schon bald eine Krise um Herbert Schweiger abzeichnete, übernahm VdU-Landesrat Dr. Anton Stephan den Vorsitz im Landeskomitee, im Burgenland fiel die Wahl auf den früheren VdU-Landtagsabgeordneten Adalbert Görcz, der jedoch bereits im Frühjahr 1956 zur ÖVP übertrat.<sup>230</sup> Am 30. November 1955 präsentierte sich die FPÖ erstmals auf einer Großkundgebung in Wien im Hotel Wimberger: Die Redner dieses Abends waren Weinländer, Rainer, Stendebach, Gredler und Reinthaller.<sup>231</sup>

Unerwartet standen für Mai 1956 Nationalratswahlen an, sodass die Zeit erneut drängte. Auf einer Krisensitzung in Salzburg, die am 27. März 1956 im Restaurant Zipferbräu stattfand, wurde noch einmal um die Kandidatenaufstellung heftig gestritten. Schließlich zog Max Stendebach die Konsequenzen und bekräftigte die Zusage, dass sich der VdU auflösen und es daher keine VdU-Kandidatur geben werde.<sup>232</sup> Damit war der Weg frei für den Gründungsparteitag der FPÖ, der am 7. April 1956 in bescheidenem Rahmen im

Hotel „Zum Weißen Hahn“ in der Wiener Josefstädterstraße unter dem Motto „Glaube, Treue, Opferbereitschaft“ stattfand. Dipl. Ing. Anton Reinthaller wurde zum Bundesparteiohmann gewählt; von 124 abgegebenen Stimmen entfielen 117 auf ihn, drei auf Stendebach, vier waren ungültig. Bei der Wahl der drei Bundesparteiohmannstellvertreter entfielen 116 Stimmen auf den „neuen“ Heinrich Zechmann, 92 auf Willfried Gredler, aber nur 58 auf Max Stendebach, der somit durchgefallen war. Um die peinliche Panne zu reparieren, musste ein zweiter Wahlgang durchgeführt werden, bei dem Stendebach dann mit 81 von 121 abgegebenen Stimmen gewählt wurde.<sup>233</sup> In den damals nur aus 13 Mitgliedern bestehenden Bundesparteivorstand wurden drei Vertreter der Freiheitspartei (Emil van Tongel, Reinhold Huber, Friedrich Peter), zwei „Unparteiische“ (der „neue“ Oberst Alexander Götz sen., Generalmajor a.D. Franz Rainer) und vier VdUler (Tassilo Broesigke, Gustav Zeillinger, Jörg Kandutsch, Wilhelm Kindl) gewählt. Demnach bestand die Bundesparteileitung ungefähr zur Hälfte aus VdU-Politikern – nur ganz wenige jedoch aus dem Kreis der Anhänger der alten Bundesführung.<sup>234</sup> In Reinthallers Antrittsrede fehlte die nationale Komponente keineswegs: „Der nationale Gedanke bedeutet in seinem Wesen nichts anderes als das Bekenntnis der Zugehörigkeit zum deutschen Volk.“ Er ergänzte jedoch: „Die Völker Europas können nur bestehen, wenn sie sich zusammenschließen.“<sup>235</sup> Reinthaller, der betagt und damals schon von Krankheit gezeichnet war, lehnte übrigens eine Kandidatur für die kommende Nationalratswahl ab. Er sah seine Rolle als Katalysator und Geburtshelfer: „Meinen Ruf und meinen Namen gebe ich gerne dazu her, Euch in den Sattel zu helfen. Reiten müsst ihr selber.“<sup>236</sup>

Einen Tag nach dem Gründungsparteitag, am 8. April, trat der letzte Bundesverbandstag

**228** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 35.

**229** Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 232.

**230** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 36.

**231** Kurt Piringer, Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten, Bd. 1 (1955–1979), Wien 1993, S. 2.

**232** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 37.

**233** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 38.

**234** Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 239.

**235** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 39.

**236** Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 225.

des VdU zusammen. Wilhelm Kindl führte den Vorsitz, den Auflösungsantrag stellte Oberst Max Stendebach. Er wurde mit 65:23 Stimmen angenommen. Das waren sechs Stimmen über der erforderlichen Zweidrittelmehrheit. Gleichzeitig beschloss die Freiheitspartei ihre Auflösung.<sup>237</sup>

Herbert Kraus, der VdU-Gründer, war für die Nationalratswahl im Süden hinter Kandutsch und Scheuch an dritter, aussichtsloser Position gereiht worden. Wenige Tage nach den oben beschriebenen Ereignissen, am 12. April 1956, berief Kraus, der das Wochenende auf einer Geschäftsreise im Ausland verbracht hatte, eine Pressekonferenz ein, um seinen Rückzug aus der Politik bekannt zu geben. Er gab auch im Namen von Viktor Reimann folgende Erklärung ab: „Das Ergebnis des FPÖ-Parteitages veranlasst mich, die mir angebotene Kandidatur zur Nationalratswahl abzulehnen und aus der FPÖ auszutreten. Dieser Parteitag war die Bestätigung der lange vorbereiteten Machtübernahme von einem kleinen Kreis von Rechtsextremisten und NS-Führern. Die in der FPÖ verbliebenen gemäßigten Vertreter des VdU sind praktisch zur Einflusslosigkeit verurteilt ... Ich hatte nie eine Nachfolgeorganisation der NSDAP gründen wollen, sondern eine allgemeine, vornehmlich soziale Erneuerungsbewegung, die mit besonderem Nachdruck für die diejenigen eingetreten ist, die nach 1945 unter die Räder gekommen sind ... Unter dem Titel einer Sammlung auf breiter Basis ist nun aber eine vornehmlich auf die Vergangenheit ausgerichtete Partei auf engster Basis entstanden ... Mit dem alten Geist der Unduldsamkeit und den Methoden des totalen Machtanspruches hat man die aufrichtigen Bestrebungen um eine Dritte Kraft sowie die bisherigen Leistungen des VdU dazu missbraucht, um einzelnen gestürzten Größen des NS-Regimes eine neue Plattform zu schaffen.“ Viktor Reimann zeigte zwar Verständnis für die tiefe Verbitterung seines Parteifreundes, war aber mit einigen, mit ihm nicht abgesprochenen Passagen der Erklärung nicht glücklich. Schließlich wollte er aber in der „politischen Tragikomödie nicht auch noch die

Pointe“ setzen, „dass sich zuletzt sogar die beiden Gründer entzweien“ und verzichtete darauf, sich von einigen harten Formulierungen zu distanzieren.<sup>238</sup>

Herbert Kraus hat auch in seinen in Buchform erschienenen Erinnerungen auf das Ende seiner politischen Karriere Bezug genommen: „Ich wusste sehr wohl, dass dies kein Wiedererstehen des Hitlertums bedeutete. Aber ich war entsetzt, wie wenig man darauf aus war, sich von der grauenhaften Nazi-Vergangenheit zu distanzieren, sondern geradezu als Demonstration der ‚nationalsozialistischen Rehabilitierung‘ den todkranken Reinthaller auf dieses Podest zertrte ... Mit einer Partei, die sich ein solcher Profil zurechtlegte, wollte ich nichts zu tun haben ... Van Tongel wurde noch während meiner Pressekonferenz von einem Journalisten telefonisch verständigt und rief in einer gleichzeitig abgehaltenen FPÖ-Sitzung freudestrahlend aus: ‚Jetzt ist der Kraus wirklich endgültig weg. Jetzt kommt unser großer Sieg!‘“<sup>239</sup>

## 11 Die Nationalrats- und Präsidentenwahlen der Jahre 1956/57 und der Tod Reinthallers

Die vorverlegte Nationalratswahl vom 13. Mai 1956 wurde alles andere als ein großer Sieg für die junge FPÖ: Am Abend stand es (bei damals 165 Mandaten) 82 ÖVP : 75 SPÖ : 5 FPÖ : 3 KPÖ. Erst tags darauf wurde der FPÖ ein sechstes Mandat zugesprochen und der SPÖ das irrtümlich zugewiesene 75. Mandat wieder abgezogen. So wurde Oberst Stendebach knapp aber doch noch einmal Nationalratsabgeordneter. Mit 283.749 Stimmen (6,52 %) und nun sechs Mandaten war die FPÖ jedoch zu einer Kleinpartei herabgesunken.<sup>240</sup>

Nach außen nahm man zur Sprachregelung Zuflucht, die FPÖ sei eine neue Partei ohne Bekanntheitsgrad. Die Wahl habe sie unvorbereitet getroffen: Außer Versammlungsankündigungen und Flugblättern gab es so gut wie keine Werbemittel. Reinthaller bekam eine einzige Zehnminutenrede im Rundfunk

**237** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 39.

**238** Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 272f.

**239** Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987, Wien München 1988, S. 285f.

**240** [https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl\\_in\\_Österreich\\_1956](https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_Österreich_1956), abgerufen am 6. April 2018.

zugestanden. Hauptwerbemittel war das Parteiorgan „Neue Front“, dessen Chefredakteur Viktor Reimann noch drei Wochen vor der Wahl durch seinen Parteiaustritt auch aus der Redaktion ausgeschieden war.<sup>241</sup> Doch neben den vorgebrachten Gründen der nicht vorhandenen Chancengleichheit gegenüber den beiden Großparteien und dem nicht eingespielten Team überzeugten die Analysen von Viktor Reimann und Kurt Piringer mehr: Aufgrund der traditionellen „bürgerlichen Strukturen“ des dritten Lagers – der Führungskader rekrutierte sich überwiegend aus Selbständigen, Freiberuflern und Gewerbetreibenden, teilweise auch aus Beamten – blieb der Arbeiter- und Arbeitnehmerbereich anders als im VdU unterrepräsentiert. Zweitens stand das Jahr eins nach dem Staatsvertragsjahr 1955 im Zeichen der wiedergewonnenen Souveränität und eines wachsenden Patriotismus, eines gesteigerten Österreichbewusstseins. Dass die (deutsch)nationale Idee noch etwas sei, welche die Massen zu bewegen vermochte, stellte sich für die FPÖ als Illusion heraus – oder, wie es Reimann ausdrückte: „Der Nationalismus war gegenüber dem Österreichpatriotismus chancenlos!“ Drittens befand sich Staatsvertragskanzler Julius Raab am Zenit seiner Erfolge und schien unschlagbar – bei 82 Mandaten, von denen ihm acht aus der VdU-Erbmasse zufielen, fehlte ihm nur eines zur absoluten Mehrheit.<sup>242</sup>

Für Lothar Höbelt war die personelle Kontinuität des Jahres 1956 zwischen VdU und FPÖ „beeindruckend“. Im Bundesparteivorstand, dem Gremium, das vermutlich den höchsten Grad an neuen Gesichtern aufwies, ortete er jedoch eine Machtverschiebung zugunsten der „Belasteten“. Auf die Frage, wie es dann mit „der Machtübernahme durch Rechtsextremisten und NS-Führer“ stand, antwortete Höbelt sich selbst, dass dieser Vorwurf von Kraus nicht ohne Plausibilität war, denn Herbert Schweiger, Herbert Mörth und Sepp Hainzl, die 1956 immerhin Spitzenkandidaten in zwei Wahlkreisen waren, konnten „nach

allgemeinem Sprachgebrauch“ als „Rechtsextremisten“ gelten.<sup>243</sup> Margit Reiter stimmte in diesem Punkt mit Höbelt überein: „An der Parteispitze stand nun mit Reinhaller ein hochrangiger Nationalsozialist und auch auf vielen anderen Ebenen der Partei, im Bundesparteivorstand und in den Landesorganisationen, waren etliche gesinnungstreue Nationalsozialisten installiert worden, die bisher noch nicht in der ersten Reihe gestanden hatten, wie etwa Heinz Zechmann, Reinhold Huber, Alexander Götz sen., Egon Denz oder Karl Kowarik.“<sup>244</sup> Eigentlich wirklich „beeindruckend“ war daher nur die Kontinuität im neugewählten Nationalrat, denn mit Max Stendebach, Hellfried Pfeifer, Gustav Zeillinger, Jörg Kandutsch und Willfried Gredler waren fünf Abgeordnete bereits im VdU aktiv gewesen. Dies veranlasste Lothar Höbelt zu folgender Feststellung: „In diesem Licht betrachtet, gewinnt die Vertreibung von Kraus ein anderes Gesicht. Er wurde als Sündenbock in die Wüste geschickt, um eine Veränderung zu symbolisieren, die so eigentlich gar nicht stattgefunden hatte.“<sup>245</sup> Neu im Parlament war nur der sechste Mandatar, der Bundesorganisationsreferent Dr. Heinrich Zechmann (1898–1979).

Der am 24. Mai 1898 in Pichl-Preunegg geborene Heinrich Zechmann kam nach dem frühen Tod seiner Mutter als Annahmekind zu einem Großbauern. Nach dem Besuch der Volksschule gelangte er 1913 auf die k.u.k. Marine-Maschinenschule, wo er den Beruf des Schlossers und Schiffsmaschinenführers erlernte. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges war Zechmann als Maschinenunteroffizier auf Kreuzern und Torpedoboote eingesetzt. Nach Kriegsende arbeitete er für die Österreichischen Bundesbahnen und bildete sich gleichzeitig durch Privatstudien bis zur Realschulreife weiter. Zechmann verehrte bereits früh Adolf Hitler und wurde SA-Führer. Auch sehr bald, am 1. Februar 1930, erfolgte sein Eintritt in die NSDAP mit der Mitgliedsnummer

117.710.<sup>246</sup> Zechmann war infolge NSDAP-Ortsgruppen- und Bezirksleiter in Landeck. Gleichzeitig verfolgte er philosophische und juristische Studien und promovierte 1931. Nach der Beendigung seines Studiums wechselte er als Rechtsbeamter in die Bundesbahndirektion Linz, wo er bis 1942 verblieb. Daneben engagierte sich Zechmann als Gauamtsleiter und Gauparteiredner in Linz. 1941 wurde ihm die Übernahme der Eisenbahn-Frontdirektion in Tiflis angeboten. Zechmann lehnte jedoch ab und wurde 1941 Präsident der Reichsbahndirektion in Villach. Dort hielt er trotz Bombenangriffen und Partisanenanschlägen die Reichsbahn funktionsfähig. Über Antrag des Reichsverkehrsministers wurde ihm in der Folge am 20. Februar 1945 das „Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes mit Schwertern“ verliehen. Nach Kriegsende wurde Zechmann zwischen 1945 und 1947 interniert und aus dem Bahndienst entlassen. Er hielt sich bis zu seinem Einstieg in die Politik mit Hilfsarbeiterjobs über Wasser.<sup>247</sup>

Emil van Tongel hatte seine Mitstreiter schon 48 Stunden nach der Nationalratswahl mit der Aussicht aufgemuntert: „Mittelpunkt unserer Propaganda muss die kommende Bundespräsidentenwahl sein. Wir entscheiden die Wahl.“<sup>248</sup> Die Gelegenheit kam früher als erwartet: Am 4. Jänner 1957 starb Bundespräsident Theodor Körner. Die FPÖ-Spitze vertrat in Erinnerung an den Erfolg bei der Breitner-Wahl die Idee eines überparteilichen Präsidentschaftskandidaten und kontaktierte den angesehenen Chirurgen Univ. Prof. Dr. Lorenz Böhler, dessen Zusage prompt kam. Überraschenderweise lud nun Bundeskanzler Raab eine FPÖ-Delegation, bestehend aus Reinhaller, van Tongel und Peter zu Gesprächen ein, und eröffnete ihnen, dass auch er für die Kandidatur einer überparteilichen Persönlichkeit sei. Sein Wunschkandidat war – gleichfalls ein Arzt – Prof. Wolfgang Denk (1882–1970). Ein gemeinsamer Kandidat müsste nach der Papierform den Sieg sicher in der Tasche haben.<sup>249</sup> Julius Raab, der von den meisten ÖVP-Funktionären

gedrängt wurde, wollte aus zwei Gründen nicht selbst kandidieren: Erstens wollte er das Amt des Bundespräsidenten nicht gegen das des Bundeskanzlers tauschen. Zweitens ging er davon aus, dass die SPÖ Innenminister Oskar Helmer aufstellen würde, der sich größter Popularität erfreute. Doch die „Jungtürken“ in der SPÖ, allen voran Pittermann, Olah, Kreisky und Slavik, wünschten sich, Adolf Schärf vom Posten des Parteivorsitzenden wegzuloben, um auch einmal zum Zuge zu kommen. Schließlich sollte Schärf Kandidat der SPÖ werden.<sup>250</sup>

Eine Vereinbarung zwischen ÖVP und FPÖ, die in einem Gedächtnisprotokoll vom 12. Februar 1957 festgehalten wurde, sollte den Freiheitlichen die Kooperation schmackhaft machen. Es wurde nicht nur die gemeinsame Nominierung von Prof. Denk als Präsidentschaftskandidat vereinbart, sondern auch eine Reihe von politischen Zugeständnissen der ÖVP an die FPÖ: Vollständige Aufhebung der NS-Gesetze (nur das wurde schließlich auch eingehalten), eine Wahlreform und eine Gleichstellung der Freiheitlichen bei Bewerbungen im öffentlichen Sektor.<sup>251</sup> Zum Unterschied von Breitner konnte man Denk, bei dem sich aber bald zeigte, dass er gegen den Politprofi Schärf zu unerfahren und farblos war, sogar zu einer Wahlkampfturnee überreden. Zwar gab es in Wahlkundgebungen ein stark beachtetes gemeinsames Auftreten Raabs und Reinhallers, doch auch hier blieben Schwung und Begeisterung aus, weil sich die Strategien der beiden Parteien oft genug eklatant widersprachen: Wollte die FPÖ Denk zum großen Nationalen stempeln, machte ihn die ÖVP-Propaganda zum treuen Katholiken, ja zum Klerikalen. Dazu kam, dass der Flüsterslogan „Wer einmal schon für Adolf war, wählt Adolf auch in diesem Jahr“ nicht nur bei den Schärf-Wählern, sondern auch bei den „Ehemaligen“ verfiel. So kam es, dass Adolf Schärf am 5. Mai 1957 mit 51,12 % und dem verhältnismäßig knappen Vorsprung von 98.000 Stimmen über Denk siegte.

<sup>241</sup> Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 41.

<sup>242</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 279. Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 43f.

<sup>243</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 244.

<sup>244</sup> Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 152.

<sup>245</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 244.

<sup>246</sup> Bundesarchiv Berlin (BArch), R 9361-IX, Gaukartei, Kasten 5010, Karte 472, Heinrich Zechmann.

<sup>247</sup> [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01626/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01626/index.shtml), abgerufen am 6. April 2018.

<sup>248</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 247.

<sup>249</sup> Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 51.

<sup>250</sup> Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 281.

<sup>251</sup> Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz Stuttgart 1999, S. 247.

Die Niederlage traf nicht nur die FPÖ, sondern auch Bundeskanzler Raab äußerst hart. Sie bedeutete nicht nur den Wendepunkt in der Ära Raab, dessen politischer Stern seither zu sinken begann, sondern auch das vorläufige Ende einer ÖVP-FPÖ-Kooperation.<sup>252</sup>

Der eigentliche starke Mann in der FPÖ, der die Partei mit fester Hand führte, hieß nicht Bundesparteiohmann Anton Reinthaller, sondern seit der Gründung Emil van Tongel. Viktor Reimann schrieb dazu: „Die lockere, kameradschaftliche Führung von Kraus, der sich immer nur als Primus inter pares fühlte, war van Tongel unbekannt. Er war aus einem anderen Holz geschnitzt. In seinem messerscharfen Verstand und in der Tatsache, dass er sich kein Blatt vor den Mund nahm, lagen freilich auch die Gründe, dass er umso weniger verstanden wurde, je weiter von Wien entfernt die Bundesländer waren. Auch hier gab es ein Grollen. Murrte man über Kraus, weil er die Zügel schleifen ließ, so murrte man jetzt über van Tongel, weil er sie eisern anzog.“ Die starke Stellung van Tongels lag in der Schwäche Reinthallers begründet, der, wie oben angeführt, auf kein Nationalratsmandat aus war und seine politische Aufgabe „mit begrenztem Ziel“ sah. Dazu kam Reinthallers geschwächte Gesundheit, die dazu führte, dass er nur selten von seinem Mettmacher Domizil nach Wien reiste.<sup>253</sup> Im Spätherbst 1957 trat ein rapider Kräfteverfall Reinthallers ein. Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich rasch, zu Jahresbeginn 1958 wurde er im Wiener Rudolfiner-Haus operiert, alle ärztliche Kunst aber konnte den unheilbar an Lungenkrebs Erkrankten nicht mehr retten. Von Wien wurde er noch in seinen Heimatort Mettmach gebracht, wo er am 6. März 1958 starb.<sup>254</sup> Sein Begräbnis in Mettmach wurde zu einem demonstrativen Aufmarsch der „Ehemaligen“. Reinhold Huber aus Kärnten als sein nächster Freund und Friedrich Peter, der ihm unter den Jungen am nächsten stand, hielten die Trauerreden.<sup>255</sup>

## 12 Die Ära Friedrich Peter

Bereits während Reinthallers Erkrankung war unter dem Vorsitz von Max Stendebach ein geschäftsführendes Präsidium eingesetzt worden – die Stellvertreter waren Zechmann und Gredler, weitere Mitglieder waren van Tongel und Peter. Als die Nachfolgediskussion ausbrach, zeigte zunächst der eigentliche Parteiführer Emil van Tongel Ambitionen, Bundesparteiohmann zu werden. Er ließ aber davon ab, als er bei Kandutsch und Zeillinger auf schroffe Ablehnung stieß. Zum eigentlichen „Königsmacher“ wurde nun der nur ein Jahr ältere Jörg Kandutsch, der eine „junge und dynamische Gestalt“ vorschlug – Friedrich Peter. Es mussten jedoch noch einige Hürden überwunden werden, denn einige Zeitungen – vermutlich von ÖVP-Einflüsterern gelenkt, wie Kurt Piringer vermutete – wollten der FPÖ eine parteipolitisch nicht gebundene Persönlichkeit für den Parteivorsitz einreden: Genannt wurden Generaloberst a.D. Lothar Rendulic, Prof. Leopold Schönbauer und der Wiener ehemalige NS-Bürgermeister Dr. Ing. Hermann Neubacher. Diesen Steuerungsversuchen von außen schob der Bundesparteivorstand mit einem Beschluss einen Riegel vor, dass der zu wählende Bundesparteiohmann bereits jetzt ein in der Partei tätiges Mitglied sein müsse. Dann verlangten die Länder mehr Mitspracherechte, sodass die Kandidaten nun Oberst Götz sen., Peter und Dr. Hubert Knaus, ein NSDAP-Mitglied, Offizier und Kompanieführer, der lange in russischer Kriegsgefangenschaft war, hießen. Erst auf einem Bundesparteivorstand am 25. April 1958 klärten sich die Nebel, als Götz und Knaus zurückzogen. Es dauerte jedoch noch bis zum dritten ordentlichen Bundesparteitag in Salzburg am 13. September 1958, ehe Tassilo Broesigke Friedrich Peter zum Bundesparteiohmann vorschlug. Da ein anderer Wahlvorschlag nicht erstattet wurde, wurde Peter mit 207 von 224 Stimmen gewählt. Bei der Wahl der drei Obmannstellvertreter wurden Wilfried Gredler und Heinrich Zechmann bestätigt. Knaus trat an die

Stelle von Max Stendebach, der nicht mehr die erforderliche Mehrheit erhalten hatte.<sup>256</sup> Peter betonte sofort, stärker noch als Reinthaller, das Bekenntnis zur Frontgeneration. Am Tag nach seiner Wahl zum Bundesparteiohmann gab er eine Erklärung ab, die unter anderem folgendermaßen lautete: „Die Soldaten in Stalingrad, gleichgültig ob Deutsche oder Österreicher, haben sich geopfert, um die Heimat zu schützen.“<sup>257</sup> Friedrich Peter sollte von 1958 bis 1978 Bundesparteiohmann der FPÖ sein.

Friedrich Ludwig Peter wurde am 13. Juli 1921 in Attnang-Puchheim als Sohn eines sozialdemokratischen Lokomotivführers, Friedrich Peter, und einer bürgerlichen Bäckermeisterstochter, Luise Peter, geb. Emminger, geboren. Laut einem vorliegenden, eigenhändig geschriebenen Lebenslauf vom 15. Juli 1943 absolvierte Peter vier Jahre Volksschule und anschließend sechs Jahre Hauptschule. Anschließend besuchte er die Staatslehrerbildungsanstalt in Linz und beendete seine Berufsausbildung mit der Matura und wurde Lehrer. Seine erste Berufung führte ihn nach Kollerschlag ins Mühlviertel. Peter gehörte vom 1. Februar bis zum 8. November 1938 der HJ an und trat am 9. November 1938 17jährig der Allgemeinen SS bei. Es folgte eine vormilitärische Ausbildung. Nach Kriegsbeginn wurde Peter am 7. September 1939 zur Waffen-SS eingezogen. Zwischen den militärischen Dienstphasen war er immer wieder als Lehrer tätig, bis er im Mai 1941 endgültig in militärischer Verwendung stand und 20 Monate lang den Russlandfeldzug mitmachte.<sup>258</sup> Friedrich Peter war im Sommer 1941 Unterscharführer (etwa Kompanietruppführer) in der 5. Kompanie des 10. Infanterieregiments der 1. SS-Infanteriebrigade. Teile dieser Einheit wurden der Einsatzgruppe C zugeordnet. Die Einsatzgruppen erschossen hinter der Front systematisch hunderttausende Juden. Am 4. August 1941 etwa umstellten Einheiten des 10. Infanterieregiments der 1. SS-Infanteriebrigade die ukrainische Stadt Ostrog, in der rund 8.000 Juden wohnten. Mehrere hundert

wurden in einem langen Zug aus der Stadt zu Gräben geführt, wo sie sich mit dem Gesicht zur Grube aufstellen mussten. Für jede Person waren zwei SS-Schützen aufgestellt. Für Kleinkinder war noch ein dritter Schütze eingeteilt, der auf den über die Schulter der Mutter gelegten Kopf des Kindes zielte. Friedrich Peter war Angehöriger des 10. Regiments, das die Aktion in Ostrog durchführte. Weiters tötete die 1. SS-Infanteriebrigade von Ende Juli bis Anfang Dezember 1941 mindestens 17.000 jüdische Männer, Frauen und Kinder. Im Winter ermordete sie noch rund 25.000 sowjetische Kriegsgefangene. Sie war in dieser Zeit nie im Fronteinsatz, immer nur im Hinterland. Im Jahre 1975 sagte Peter gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Profil“: „Ich habe seit 1941 bei der 1. SS-Infanteriebrigade ... meinen Dienst abgeleistet, aber weder innerhalb noch außerhalb dieses Zeitraumes an Erschießungen und Repressalien teilgenommen.“ Später murmelte er etwas von „Urlaub“, „Dienstpflicht“ und „Partisanenkämpfung“. Eine direkte Teilnahme konnte Peter aber niemals nachgewiesen werden. Doch meinte der Mitarbeiter der Forschungsstelle Ludwigsburg, Martin Cüppers, 2005, anlässlich des Ablebens von Friedrich Peter: „Es besteht eine geringe Chance, dass Friedrich Peter nicht an Judenerschießungen im Sommer 1941 teilgenommen hat, etwa wenn er zum Tross gehört hat. Es gab überdies auch die von ganz wenigen genutzte Möglichkeit, sich zu weigern, an den Exekutionen teilzunehmen.“ Im September 1941 erhielten 31 Mitglieder der SS-Brigaden das Eiserne Kreuz II. Klasse, darunter auch Peter. Dazu Cüppers: „Das erhielten die, die mit dem Herz dabei waren.“<sup>259</sup> Von Februar bis Mai 1943 nahm Friedrich Peter am 9. Kriegs-Junker-Lehrgang an der SS-Junkerschule Braunschweig teil. Im Juli 1943 befand er sich auf einem Umschulungslehrgang zum Pionieroffizier. Vom 1. September 1944 bis zum Kriegsende gehörte Peter der SS-Panzerdivision „Das Reich“ im Rang eines Obersturmführers als Kompaniechef

**252** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 52ff.

**253** Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 280.

**254** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 54f.

**255** Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 153.

**256** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 55f.

**257** Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 284.

**258** National Archives and Records Administration Washington (NARA), Bestand Berlin Document Center (BDC), RG 242, A 3343-SSO-370A (SS-Offiziere) und RG 242, A3343-RS-E0526 (Rasse- und Siedlungshauptamt), frame 2701-2798.

Ich danke Herrn Univ. Prof. DDr. Oliver Rathkolb für die Übermittlung der Unterlagen.

**259** <https://derstandard.at/2187479/Der-ungeloeste-Fall-Friedrich-Peter>, abgerufen am 7. April 2018.

an.<sup>260</sup> 1945 wurde er von den Amerikanern für ein Jahr in Glasenbach interniert. Nach seiner Freilassung trat er wieder in Oberösterreich in den Schuldienst ein und unterrichtete in Volks-, Haupt- und Sonderschulen. Friedrich Peter, der nie dem VdU angehört hatte, trat mit der Gründung der Freiheitspartei 1955 zusammen mit Reinthaller und van Tongel erstmals als Politiker in Erscheinung und wurde nur drei Jahre später, mit 37 Jahren, Bundesparteiohmann der FPÖ.<sup>261</sup>

Es erscheint paradox, dass ausgerechnet der ehemalige SS-Mann Friedrich Peter später versuchte, die FPÖ „vom äußerst rechten Spektrum der politischen Landschaft“ in die „politische Mitte“ zu führen.<sup>262</sup> Eine kritische Aufarbeitung und Analyse der FPÖ in den Jahren 1958 bis 1978 (Bundesparteiohmann Friedrich Peter) und 1978 bis 1980 (Bundesparteiohmann Alexander Götz jun. (1928–2018)) ist bisher nicht erfolgt. Als durchgehende Geschichte der FPÖ in diesen wichtigen Jahren liegen nur die Chronik (Jahre 1955 bis 1979) und der „Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik“ (Jahre 1955 bis 1982) von FPÖ-Historiker Kurt Piringer vor. Im Folgenden werden daher nur die Ergebnisse der Nationalratswahlen mit den Namen der Abgeordneten der FPÖ bis zum Jahr 1980 anhand der Auflistung von Kurt Piringer samt einigen Biographien wiedergegeben, wobei sich bei den Abgeordneten eine erstaunliche politische Langlebigkeit zeigt.

Bei der Nationalratswahl am 10. Mai 1959 wurde die SPÖ unter Bruno Pittermann stimmen-

stärkste Partei (plus vier Mandate = 78 Mandate). Auf dem zweiten Platz landete die ÖVP unter Bundeskanzler Julius Raab (minus drei Mandate = 79 Mandate), die allerdings aufgrund der Wahlarithmetik ein Mandat mehr bekam als die SPÖ. Anders gesagt verlor die ÖVP jene Mandate, die sie 1956 vom VdU geerbt hatte.<sup>263</sup> Die FPÖ konnte mit 336.110 Stimmen (7,7% = plus 1,2 %) zwei Mandate hinzugewinnen und stellte nun acht Abgeordnete, während die KPÖ erstmals kein Grundmandat schaffte.<sup>264</sup>

Die Namen der FPÖ Mandatäre lauteten: Willfried Gredler (Wien), Emil van Tongel (Wien), Wilhelm Kindl (Niederösterreich), Wilhelm Kos (Oberösterreich), Gustav Zeillinger (Salzburg), Klaus Mahnert (Tirol), Heinrich Zechmann (Kärnten), Jörg Kandutsch (Steiermark).<sup>265</sup> Neu im Nationalrat waren Dr. Wilhelm Kos (1910–1995) und Klaus Mahnert (1913–2005).

Dr. Wilhelm Kos wurde am 14. Mai 1910 in Laibach geboren. Als Sohn des Regierungsbaudirektors und stellvertretenden Bürgermeisters Karl Kos besuchte er Realgymnasien in Wels und Linz und maturierte 1929. Anschließend absolvierte er ein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Graz.<sup>266</sup> Zu Beginn seines Studiums trat er 1929 der Burschenschaft „Carniola Graz“ und dem „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund“ (NSDStB) bei.<sup>267</sup> Am 8. November 1930 trat Kos der NSDAP (Mitgliedsnummer 360.580)<sup>268</sup> und am 24. April 1931 der SS (Nr. 10.536) bei.<sup>269</sup> Am 20. Oktober 1932 erfolgte die

**260** National Archives and Records Administration Washington (NARA), Bestand Berlin Document Center (BDC), RG 242, A 3343-SSO-370A (SS-Offiziere) und RG 242, A3343-RS-E0526, frame 2701-2798.

**261** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 59f.

**262** Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 154.

**263** Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 285.

**264** [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1959.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1959.aspx), abgerufen am 7. April 2018.

**265** Kurt Piringer, Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten, Bd. 1 (1955–1979), Wien 1993, S. 10. Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 330.

**266** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Bestand RS, Sig. D0169, „Korupp Heinrich – Koschak Waldemar“, Kader 1075, Lebenslauf Wilhelm Kos.

**267** Helge Dvorak, Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. 1, Politiker, Teilband 3, I-L, Heidelberg 1999, S. 152.

**268** Bundesarchiv Berlin (BArch), R 9361-IX, Gaukartei, Kasten 2246, Karte 1515, Wilhelm Kos.

**269** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Bestand SS-Führerpersonalakten, Sig. 203-A, „Korte Hermann – Kossakowski“, Kader 556, SS-Stammrollenauszug.

Beförderung zum SS-Unterscharführer.<sup>270</sup> Nach seiner Flucht vor den österreichischen Behörden ins Deutsche Reich gehörte er 1933 der „Leibstandarte Adolf Hitler“, bei der er eine infanteristische Ausbildung erhielt, und der SS-Standarte „Germania“ in Hamburg an, wurde aber noch 1933 in das SS-Sonderkommando Berlin der SS-Stabswache nach Berlin versetzt. 1934 kam Kos als Auszubildener österreichischer SS-Mitglieder in das KZ-Dachau.<sup>271</sup> Von 1935 bis 1936 bildete er SS-Unterscharführeranwärter in einem Ausbildungslehrgang aus.<sup>272</sup> Im Jänner 1937 absolvierte Kos die SS-Junkerschule in Braunschweig<sup>273</sup> und wurde im April desselben Jahres zum SS-Unterscharführer befördert.<sup>274</sup> 1938 besuchte er einen Kurs auf dem Gebiet der Verwaltung an der SS-Junkerschule Bad Tölz<sup>275</sup>, um anschließend beim SS-Ersatzbataillon „Germania“ als Abteilungsleiter für Wirtschaft tätig zu werden.<sup>276</sup> 1939 erreichte Kos seinen Universitätsabschluss und promovierte zum „Dr. jur.“<sup>277</sup> Im Februar 1939 ehelichte er seine Lebensgefährtin Carla Rehder nach einer medizinischen Untersuchung durch das Rasse- und Siedlungshauptamt.<sup>278</sup> Der Ehe sollten drei Kinder entstammen. Nach

Kriegsbeginn wurde er 1940 zum Leiter der Verwaltung im SS-Regiment „Westland“ in München ernannt, wobei seine Ernennung zum SS-Hauptsturmführer erfolgte.<sup>279</sup> Nach Lehrgängen in der Verwaltungsschule Dachau kam Kos zum SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und wurde im Juni 1942 zur „Leibstandarte Adolf Hitler“ als 1. Mitarbeiter beim IVa der Division versetzt.<sup>280</sup> Ab 1943 gehörte er SS-Panzereinheiten an, die an den Fronten im Zweiten Weltkrieg eingesetzt waren: So gehörte er der „Kampfgruppe Feglein“ und der 15. Waffen-Grenadier-Division der Waffen-SS an.<sup>281</sup> Wieder beim SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt, wurde Kos im April 1943 zum Truppenübungsplatz Wildflecken/Rhön abkommandiert, um bei der Aufstellung des Stabes der 15. Lettischen SS-Freiwilligen Division mitzuwirken.<sup>282</sup> Vom 31. Juli 1943 bis zum 6. Juni 1944 war Kos im Wirtschafts-Bataillon der 12. SS-Panzerdivision „Hitlerjugend“ eingesetzt. Noch 1944 wurde er zum Generalkommando des XI. SS-Armeekorps versetzt, wo er die Dienststellung IVa eines Korpsintendanten innehatte. Inzwischen war seine Beförderung zum SS-Obersturm-

**270** Ebenda.

**271** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Bestand RS, Sig. D0169, „Korupp Heinrich – Koschak Waldemar“, Kader 1075, Lebenslauf Wilhelm Kos.

**272** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Bestand SS-Führerpersonalakten, Sig. 203-A, Fragebogen zur Ergänzung bzw. Berichtigung der Führerkartei und der Dienstaltersliste.

**273** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Bestand SS-Führerpersonalakten, Sig. 203-A, Abgangszeugnis der SS-Führerschule Braunschweig, 31. Jänner 1937.

**274** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Bestand SS-Führerpersonalakten, Sig. 203-A, Kader 556, SS-Stammrollenauszug.

**275** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Bestand SS-Führerpersonalakten, Sig. 203-A, Abgangszeugnis der SS-Junkerschule Bad Tölz, 18. März 1938.

**276** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Bestand SS-Führerpersonalakten, Sig. 203-A, Beurteilung des SS-Obersturmführers Kos nach dem Stand vom 15. September 1938.

**277** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Bestand SS-Führerpersonalakten, Sig. 203-A, Dienstlaufbahn Wilhelm Kos.

**278** Siehe dazu Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Bestand RS, Sig. D0169, „Korupp Heinrich – Koschak Waldemar“, Kader 1080ff, SS-Erbgesundheitsbogen.

**279** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Bestand SS-Führerpersonalakten, Sig. 203-A, Versetzungsverfügung, 4. September 1940 und Beförderungsbogen, SS-Personalhauptamt Berlin, 1. Oktober 1940.

**280** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Bestand SS-Führerpersonalakten, Sig. 203-A, Versetzungsverfügung, 24. Juni 1942.

**281** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Bestand SS-Führerpersonalakten, Sig. 203-A, Versetzungsverfügung, 5. Dezember 1942.

**282** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Bestand SS-Führerpersonalakten, Sig. 203-A, Kommandierungsverfügung, 16. April 1943.

bannführer erfolgt.<sup>283</sup> Kos erhielt während seiner SS-Laufbahn das „Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern“, das „Eiserne Kreuz II. Klasse“ und war Träger des SS-Ehrendegens und des SS-Totenkopfringes.<sup>284</sup> Nach dem Mai 1945 galt er „Belasteter“. Nach der Aufhebung seines Berufsverbotes arbeitete er als Rechtsanwalt in Wels.<sup>285</sup>

Klaus Mahnert wurde am 27. März 1913 in Marburg geboren. Nach dem Besuch der Volksschule und des Gymnasiums maturierte er 1931 in Innsbruck. Anschließend studierte Mahnert fünf Semester Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Halle an der Saale, brach aber das Studium ab. Während seines Studiums wurde er, wie sein Vater Ludwig Mahnert, 1931 Mitglied der Burschenschaft „Alemannia auf dem Pflug“. Mahnert war nach dem Studienabbruch als Verlagskaufmann tätig. Klaus Mahnert trat sehr früh, am 19. Juni 1931, der NSDAP bei und hatte die niedrige Mitgliedsnummer 512.506.<sup>286</sup> Im Juli 1934 spielte er beim Juliputsch der Nationalsozialisten in Innsbruck eine wichtige Rolle: Er war damals „Brigadeinspekteur der SA für Tirol“ und sollte nach der Ermordung des Polizeioffiziers Franz Hickl durch den 19jährigen SS-Angehörigen Friedrich Wurnig den Aufstand in Innsbruck auslösen, konnte sich dazu aber angesichts der Niederschlagung des Putsches in Wien nicht entschließen. Im Zuge der polizeilichen Ermittlungen zur Ermordung Franz Hickls kam man auch der Tiroler Brigadeführung der SA auf die

Spur, sodass Mahnert am 13. Mai 1935 verhaftet werden konnte. Ein gegen ihn eingeleitetes Verfahren wegen Hochverrats wurde jedoch nach vier Monaten unter der Auflage eingestellt, dass er Österreich verlasse. Im Deutschen Reich überwarf er sich mit der SA-Führung. Nach dem „Anschluss“ gehörte Mahnert zu der Gruppe jener „Emigranten“, die der Gauleiter von Tirol Franz Hofer im Mai 1938 an die Spitze von Verwaltung und Partei beförderte. Er erhielt im Mai 1940 den „Blutorden“. Mahnert war zunächst SA-Sturmführer und Kreisleiter der NSDAP in Imst, dann Gauleiter-Stellvertreter und schließlich Gauinspekteur für Tirol und Vorarlberg.<sup>287</sup> Von der SA war er 1936 zur SS gewechselt (Mitgliedsnummer 276.178) und erreichte den Rang eines SS-Obersturmbannführers.<sup>288</sup> Neben dem „Blutorden“ erhielt er das Goldene Parteiabzeichen und den Totenkopfring.<sup>289</sup> Im Juni 1948 wurde Klaus Mahnert wegen Hochverrats zu elf Jahren Haft verurteilt, aber bereits im Dezember 1949 begnadigt. Zwischen 1950 und 1958 war er kaufmännischer Angestellter und danach selbständiger Versicherungskaufmann beim Fachverlag für Fremdenverkehr. Mahnert, der einer der Gründungsmitglieder der FPÖ war, war ab 1956 Mitglied im Innsbrucker Gemeinderat.<sup>290</sup> In einer Wahlkampfbroschüre der FPÖ warb er mit dem Hinweis, „seine politische Tätigkeit als Nationalsozialist gegen das Dollfuß-Schuschnigg-Regime habe zum Abbruch seines Studiums und zu einer fast einjährigen Haft (1933/34) geführt, die sich

jedoch als ungeeignetes Mittel erwies, jugendliche Begeisterung zu dämpfen.“<sup>291</sup>

Nach der Nationalratswahl vom Mai 1959 wurde die Große Koalition aus ÖVP und SPÖ fortgesetzt. Die ÖVP stellte mit Julius Raab weiterhin den Bundeskanzler, dafür bekam die SPÖ das Außenministerium, das Bruno Kreisky übernahm. Am 3. November 1960 folgte die Bundesregierung Raab IV und am 11. April 1961 übernahm nach dem Rücktritt Raabs das Kabinett Gorbach I die Regierungsgeschäfte. Bei den FPÖ-Mandataren ergab sich eine Änderung, als Dr. Robert Scheuch am 26. Jänner 1962 für den ausgeschiedenen Heinrich Zechmann nachrückte.<sup>292</sup>

Bei den zehnten Nationalratswahlen, die am 18. November 1962 abgehalten wurden, wurde die ÖVP unter Bundeskanzler Alfons Gorbach stimmen- und mandatsstärkste Partei (plus zwei Mandate = 81 Mandate). Mit leichten Verlusten landete die SPÖ unter Bruno Pittermann auf dem zweiten Platz (minus zwei Mandate = 76 Mandate). Die FPÖ wurde von 313.895 Personen gewählt und büßte gegenüber 1959 rund 20.000 Stimmen ein (7 % = minus 0,7 %), konnte aber ihre Mandatszahl halten.<sup>293</sup>

Die Mandatare blieben gegenüber 1959 bzw. 1962 (Dr. Robert Scheuch) gleich. Die Nationalratsfraktion der FPÖ bestand aus Emil van Tongel (Wien), Willfried Gredler (Klubobmann), Wilhelm Kindl (Niederösterreich), Wilhelm Kos (Oberösterreich), Gustav Zeillinger (Salzburg), Klaus Mahnert (Tirol), Jörg Kandutsch (Steiermark), Robert Scheuch (Kärnten).<sup>294</sup>

Die Große Koalition aus ÖVP und SPÖ wurde fortgesetzt. Die ÖVP stellte mit Alfons Gorbach weiterhin den Bundeskanzler. Das Kabinett Gorbach II nahm am 27. März 1963 seine Arbeit auf. Am 2. April 1964 übernahm die Bundesregie-

rung Klaus I die Regierungsgeschäfte. In der FPÖ rückte am 2. November 1963 Dr. Tassilo Broesigke für den ausgeschiedenen Dr. Willfried Gredler nach. Am 20. April 1964 rückte der Steirer Othmar Meißl (1917–2008) für Dr. Jörg Kandutsch nach, der zum Rechnungshofpräsidenten gewählt worden war.<sup>295</sup>

Othmar Meißl wurde am 15. Oktober 1917 in Hartberg geboren. Nach der Pflichtschule besuchte Meißl eine kaufmännische Berufsschule und arbeitete ab 1947 als Kaufmann in Feldbach, wo er ein Lederfachgeschäft betrieb. Er wurde 1960 in den Gemeinderat von Feldbach gewählt, dem er bis 1975 angehören sollte. Meißl hatte dabei zwischen 1960 und 1975 die Funktion des FPÖ-Fraktionsführers inne.<sup>296</sup> Über eine NSDAP-Mitgliedschaft (bzw. SS oder SA) ist nichts bekannt.

Die Nationalratswahl am 6. März 1966 war die elfte in der Geschichte der Republik Österreich. Stimmen- und mandatsstärkste Partei wurde die ÖVP unter Bundeskanzler Josef Klaus, die erstmals seit 1945 wieder die absolute Mandatsmehrheit erringen konnte (plus vier Mandate = 85 Mandate). Zweitstärkste Partei wurde die SPÖ unter Bruno Pittermann, die Stimmen und Mandate verlor (minus zwei Mandate = 74 Mandate). Als Ursache wurde immer wieder die 1965 vom von der SPÖ ausgeschlossenen Franz Olah gegründete „Demokratische Fortschrittliche Partei“ (DFP) angeführt, die 148.528 Stimmen auf Kosten der SPÖ erringen konnte, selbst aber die Grundmandatshürde verfehlte.<sup>297</sup> Die FPÖ erreichte 242.570 Stimmen (5,35 % = minus 1,65 %) und verlor zwei Mandate.<sup>298</sup>

Bundesparteiobermann Friedrich Peter trat nun erstmals in den Nationalrat ein. Die Namen der sechs FPÖ-Abgeordneten lauteten: Emil van Tongel (Klubobmann), Friedrich Peter (Oberösterreich), Werner Melter (Vorarlberg), Gustav

**283** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Bestand SS-Führerpersonalakten, Sig. 203-A, Personalverfügung, 14. August 1944.

**284** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Bestand SS-Führerpersonalakten, Sig. 203-A, Karte Dienstaufbahn Wilhelm Kos.

**285** Helge Dvorak, Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. 1, Politiker, Teilband 3, I-L, Heidelberg 1999, S. 152f.

**286** Bundesarchiv Berlin (BArch), R 9361-IX, Gaukartei, Kasten 2703, Karte 668, Klaus Mahnert.

**287** Helge Dvorak, Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. 1, Politiker, Teilband 4, M-Q, Heidelberg 2000, S. 12.

**288** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Bestand SS-Führerpersonalakten, Sig. 289A, „Mahlerwein – Maier Franz“, Dienstaufbahn Klaus Mahnert. <http://www.dws-xip.pl/reich/biografie/numery/numer276.html>, abgerufen am 7. April 2018.

**289** Bundesarchiv Berlin (BArch), Berlin Document Center (BDC), Bestand SS-Führerpersonalakten, Sig. 289A, „Mahlerwein – Maier Franz“, Dienstaufbahn Klaus Mahnert.

**290** Helge Dvorak, Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. 1, Politiker, Teilband 4, M-Q, Heidelberg 2000, S. 12.

**291** <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46274846.html>, abgerufen am 7. April 2018.

**292** Kurt Piring, Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten, Bd. 1 (1955–1979), Wien 1993, S. 10. Kurt Piring, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 330.

**293** [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1962.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1962.aspx), abgerufen am 7. April 2018.

**294** Kurt Piring, Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten, Bd. 1 (1955–1979), Wien 1993, S. 23. Kurt Piring, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 330.

**295** Kurt Piring, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 330.

**296** [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01129/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01129/index.shtml), abgerufen am 7. April 2018.

**297** Viktor Reimann, Die dritte Kraft in Österreich, Wien München Zürich New York 1980, S. 293.

**298** [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1966.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1966.aspx), abgerufen am 7. April 2018.

Zeillinger (Salzburg), Othmar Meißl (Steiermark), Otto Scrinzi (Kärnten).<sup>299</sup> „Neu“ waren neben Friedrich Peter Werner Melter (1924–2007) und Otto Scrinzi (Biographie Scrinzi siehe Seite 66).

Werner Melter wurde am 28. März 1924 in Feldkirch-Tosters als Sohn des Postbeamten Oskar Melter (1895–1936) und Anna Melter, geb. Seebacher (1901–1994) geboren. Nach dem Besuch der Volksschule bei den Schulbrüdern in Feldkirch absolvierte Werner Melter das humanistische Gymnasium in Feldkirch. Am 21. September 1942 suchte er um Aufnahme in die NSDAP an, die rückwirkend mit 1. September 1942 erfolgte. Ihm wurde die Mitgliedsnummer 9,261.560 zugeteilt.<sup>300</sup> Nachdem Melter im Jahre 1942 die Kriegsmatura abgelegt hatte, wurde er unmittelbar danach zum Kriegsdienst in der Deutschen Wehrmacht eingezogen und geriet bereits im November 1942 in russische Kriegsgefangenschaft, aus der erst nach Kriegsende im Oktober 1945 entlassen wurde. Nach der Heimkehr nach Vorarlberg verbrachte Werner Melter die Zeit bis zum Frühjahr 1946 vorwiegend in Krankenbehandlung im Exerzitienhaus Tisis sowie in der Heilanstalt Valduna in Rankweil. Ab 1. Mai 1946 war er beruflich als Sekretär des Vorarlberger Kriegspferverbandes tätig, zu dessen Gründungsausschuss er seit 3. Jänner 1946 auch gehörte. Melter vertrat die FPÖ-Vorarlberg von 1959 bis 1966 als Abgeordneter des Wahlbezirkes Bregenz im Vorarlberger Landtag und war ab 1960 Ersatzmitglied bzw. Mitglied der Bregenzer Stadtvertretung. Zudem wirkte er als Mitglied des familienpolitischen Beirates im Bundeskanzleramt und war Dienststellenvertreter in der Hauptversammlung der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten.<sup>301</sup>

Als Folge der Wahl verfügte die ÖVP über eine absolute Mandatsmehrheit und konnte somit ohne Koalitionspartner regieren. Die Verhandlungen über eine neue Große Koalition scheiterten, die SPÖ musste in Opposition. Josef Klaus blieb

Bundeskanzler und bildete die erste ÖVP-Alleinregierung. 1967 musste Bruno Pittermann als SPÖ-Chef Bruno Kreisky weichen.

Bei der Nationalratswahl vom 1. März 1970, die zwölfte in der Geschichte Österreichs, wurde die SPÖ unter Bruno Kreisky stimmen- und mandatsstärkste Partei (plus sieben Mandate = 81 Mandate). Den zweiten Platz belegte die ÖVP unter Bundeskanzler Josef Klaus, die Stimmen und Mandate verlor (minus sieben = 79, nach einer Nachwahl am 4. Oktober 1970 78 Mandate). Die FPÖ, die mit Friedrich Peter als Spitzenkandidat antrat, wurde von 253.425 Personen gewählt und konnte leichte Stimmengewinne verbuchen (5,5 % = plus 0,1 %). Sie errang fünf Mandate, in einer Nachwahl am 4. Oktober 1970 noch ein sechstes Mandat, das von der ÖVP kam.<sup>302</sup> Für jedes ihrer fünf Mandate musste die FPÖ 50.850 Stimmen aufbringen.<sup>303</sup>

Die Nationalratsfraktion der FPÖ war gegenüber 1966 annähernd gleich geblieben und bestand nun aus Tassilo Broesigke, Wien (erst aufgrund der Nachwahl vom 4. Oktober 1970), Friedrich Peter (Oberösterreich), Gustav Zeillinger (Salzburg), Werner Melter (Vorarlberg), Otto Scrinzi (Kärnten), Othmar Meißl (Steiermark). In seiner konstituierenden Sitzung im März 1970 wählte der FPÖ-Nationalratsklub Friedrich Peter als Nachfolger Emil van Tongels zum Klubobmann und Gustav Zeillinger zum Klubobmannstellvertreter.<sup>304</sup>

Nach langwierigen Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP bildete die SPÖ mit Unterstützung von Friedrich Peters FPÖ eine Minderheitsregierung. Noch heute wird spekuliert, Kreisky habe von vornherein dieses Ziel gehabt und mit der ÖVP nur zum Schein verhandelt. Der Preis für die FPÖ-Unterstützung war eine Wahlrechtsänderung, die kleinere Parteien wie die FPÖ weniger benachteiligt, und eine damit verbundene Anhebung der Mandatszahl im Nationalrat auf 183. Bruno Kreisky wurde Bundeskanzler (bis 1983).

Gemeinderatsfraktion der FPÖ gewählt.<sup>308</sup> Über eine NSDAP-Mitgliedschaft (bzw. SS- oder SA-) ist nichts bekannt.

Der als Nachfolger von Gustav Zeillinger als Volksanwalt besser bekannte Helmuth Josseck wurde am 15. Juni 1921 in Graz geboren. Dort besuchte er auch die Handelsakademie. Während des Zweiten Weltkrieges diente er als Offizier in der Deutschen Wehrmacht. Nach dem Krieg studierte er an der Hochschule für Welthandel und erwarb den akademischen Grad eines Diplomvolkswirtes. Während des Studiums wurde er 1951 Mitglied der Burschenschaft „Olympia“. Später studierte Josseck auch an der Universität Innsbruck. Nach seiner Steuerberaterprüfung im Jahre 1957 war er als selbständiger Steuerberater und als gerichtlich beeideter Sachverständiger tätig. 1967 übernahm Helmuth Josseck seine erste politische Funktion, als er in den Gemeinderat der Stadt Wels gewählt wurde.<sup>309</sup> Über eine NSDAP-Mitgliedschaft (bzw. SS- oder SA-) ist nichts bekannt.

Die SPÖ verfügte nach den Wahlen vom Oktober 1971 erstmals in der Zweiten Republik über eine absolute Mandatsmehrheit. Bruno Kreisky blieb Bundeskanzler. Das Kabinett Kreisky II nahm am 4. November 1971 seine Arbeit auf.<sup>310</sup>

Bei der Nationalratswahl am 5. Oktober 1975, der vierzehnten in der Geschichte der Republik Österreich, wurde die SPÖ unter Bundeskanzler Bruno Kreisky erneut stimmen- und mandatsstärkste Partei und erreichte die absolute Mehrheit (kein zusätzliches Mandat = 93). Zweitstärkste Partei wurde die ÖVP unter Josef Taus (kein zusätzliches Mandat = 80). Die FPÖ, die wieder mit Friedrich Peter als Spitzenkandidat antrat, wurde von 249.444 Personen gewählt und verfehlte das 11. Mandat nur knapp (5,4 % = minus 0,1 %). Die Partei blieb bei zehn Mandatären, die Abgeordneten blieben gegenüber 1971 gleich.<sup>311</sup>

**299** Kurt Piringer, Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten, Bd. 1 (1955–1979), Wien 1993, S. 43. Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 330.

**300** Bundesarchiv Berlin (BArch), R 9361-IX, Gaukartei, Kasten 2824, Karte 532, Werner Melter.

**301** [http://suche.vorarlberg.at/vlr/vlr\\_gov.nsf/0/DD8AA13EF025B156C12578950038DDB4](http://suche.vorarlberg.at/vlr/vlr_gov.nsf/0/DD8AA13EF025B156C12578950038DDB4), abgerufen am 7. April 2018.

**302** [http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl\\_1970\\_Wiederholungswahl/start.aspx](http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1970_Wiederholungswahl/start.aspx), abgerufen am 7. April 2018.

**303** Kurt Piringer, Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten, Bd. 1 (1955–1979), Wien 1993, S. 58.

**304** Kurt Piringer, Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten, Bd. 1 (1955–1979), Wien 1993, S. 58.



rischen Landtag. Von 1964 bis 1983 war er Landesparteiobmann in der Steiermark.<sup>316</sup> Über eine NSDAP-Mitgliedschaft (bzw. SS- oder SA-) ist nichts bekannt.

Bei der Nationalratswahl am 6. Mai 1979 wurde die SPÖ unter Bundeskanzler Bruno Kreisky erneut stimmen- und mandatsstärkste Partei und konnte ihre absolute Mehrheit sogar noch auf 51 % ausbauen (plus zwei Mandate = 95 Mandate). Bis heute bedeutet dies den höchsten Stimmenanteil einer Partei bei einer Nationalratswahl in Österreich. Mit Stimmen- und Mandatsverlusten wurde die ÖVP unter Josef Taus zweitstärkste Partei (minus drei Mandate = 77 Mandate). Die FPÖ, die erstmals mit Alexander Götz als Spitzenkandidat antrat, wurde von 286.743 Personen gewählt. Dies waren um rund 40.000 Stimmen mehr als 1975 (6,1 % = plus 0,7 %) und bedeutete 11 Mandate (plus eines).

Am 14. Mai 1979 hielten die neugewählten FPÖ-Abgeordneten die konstituierende Sitzung ihres Klubs ab: Alexander Götz, Klubobmann, Friedrich Peter, geschäftsführender Klubobmann, Tassilo Broesigke, Klubobmannstellvertreter. Wie bisher im Klub: Friedrich Peter, Hellmuth Josseck (Oberösterreich), Friedhelm Frischenschlager (Salzburg), Gerulf Stix (Tirol), Tassilo Broesigke (Wien). Neu im Klub: Alexander Götz (Steiermark), Gerulf Murer (geb. 1941, Steiermark), Walter Grabher-Meyer (geb. 1943, Vorarlberg), Jörg Haider (1950–2008, Kärnten), Harald Ofner (geb. 1932, Niederösterreich), Norbert Steger (geb. 1944, Wien). Ausgeschieden sind: Werner Melter (Vorarlberg, seit 1966), Albert Schmidt (Wien, seit 1971), Otto Scrinzi (Kärnten, seit 1960), Georg Hanreich (Niederösterreich, seit 1971), Othmar Meißl (Steiermark, seit 1964).

Dr. Harald Ofner wurde am 25. Oktober 1932 in Wien geboren. Von 1942 bis 1945 besuchte er die „Nationalpolitische Erziehungsanstalt“ (Napola) in Traiskirchen bei Wien.<sup>317</sup> Danach erlernte er den Beruf eines Starkstrommonteurs. Ofner besuchte eine Maturaschule, absolvierte anschließend ein Studium der Rechtswissenschaften und promovierte 1958 zum Dr. jur. Ab 1965 war er als Rechtsanwalt tätig. Seine politische Laufbahn begann Ofner im Gemeinderat von Mödling. Von 1976 bis 1986 war er Landesparteiobmann der FPÖ in Niederösterreich. Von 1983 bis 1987 war Ofner österreichischer Justizminister.<sup>318</sup>

Die SPÖ stellte mit Bruno Kreisky für weitere

vier Jahre den Bundeskanzler. Das Kabinett Kreisky IV nahm am 5. Juni 1979 seine Arbeit auf. Infolge des Wahlausganges trat ÖVP-Obmann Josef Taus zurück; Alois Mock wurde sein Nachfolger.<sup>319</sup>

Fritz Probst (1938–2009) rückte am 4. Dezember 1979 für Alexander Götz, Holger Bauer (geb. 1942) am 20. Juni 1980 für Tassilo Broesigke nach.<sup>320</sup> 1980 wurde Alexander Götz von Norbert Steger (geb. 1944) als Landesparteiobmann abgelöst.<sup>321</sup>

Nach der Übernahme des Parteivorsitzes durch Jörg Haider im September 1986 und dessen anfänglichem vergangenheitspolitischen Kurs, sah Friedrich Peter seine Politik, die FPÖ in die „politische Mitte“ zu führen, als gescheitert an. 1991, nach dem Ausspruch Haiders über die „ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“, distanzierte sich der langjährige Parteiobmann öffentlich von der FPÖ, ein Jahr darauf trat er aus der von ihm mitbegründeten Partei aus.<sup>322</sup>

\*\*\*

Aus redaktionellen Gründen konnte die im September 2019 erschienene Studie von Univ. Prof. Dr. Margit Reiter, „Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ“, nicht mehr in den bereits fertigen Text eingearbeitet werden. Ihre Vorarbeiten fanden jedoch Berücksichtigung. Auch war es aus Zeitgründen nicht möglich, jenen Teilbereich, der die Biographien der Funktionäre des VdU/der FPÖ mit oder ohne NS-Vergangenheit umfasst, nämlich die Bundes- und Landesparteiobmänner, die Nationalrats- und Bundesratsabgeordneten und die Abgeordneten der neun Landtage, sowie die statistische Auswertung vollständig zu beenden. So hat sich etwa bei den Recherchen herausgestellt, dass sehr viele Funktionäre nach 1945 frühere belastete Nationalsozialisten waren, die ein langes Entnazifizierungs-, wenn nicht auch ein Volksgerichtsverfahren durchlaufen haben, sodass neben den Beständen im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (Berlin Document Center; NSDAP-Zentralkartei, Parteikorrespondenz, SS-Personalakten etc.) auch jenes umfangreiche Aktenmaterial in den neun

**319** Kurt Piring, Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten, Bd. 1 (1955-1979), Wien 1993, S. 121.

**320** Kurt Piring, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 331.

**321** [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01832/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01832/index.shtml), abgerufen am 8. April 2018.

**322** Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte, Heft 3, 44. Jhg., Mai/Juni 2017, S. 154.

---

**Raab und Reinthaller. Die Stabilisierung  
der Zweiten Republik**  
von  
Lothar Höbelt

**Inhalt**

1	<b>Die Vorgeschichte</b>	95
2	<b>Raab und der VdU</b>	98
3	<b>Die Krise des VdU</b>	107
4	<b>Raab, Revertera und Reinthaller</b>	110
5	<b>Resümee und Ausblick</b>	118

**1 Die Vorgeschichte**

Der Erste Weltkrieg und seine Folgen haben die Gewichte innerhalb der Parteienlandschaft auf dem Gebiet der Republik kräftig verschoben: Der Sozialdemokratie gelang ein „großer Sprung nach vorne“: Sie legte von rund einem Viertel der Stimmen vor dem Krieg auf fast die absolute Mehrheit unter den männlichen Wählern zu; das nationalfreihetliche Lager wurde durch den Verlust seiner alten Hochburgen in den Sudetengebieten mehr oder weniger halbiert. Die Christlichsozialen konnten ihre Verluste nur durch einen überproportionalen Anteil unter den erstmals wahlberechtigten Frauen einigermaßen wettmachen.<sup>1</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg bot sich hingegen das Bild einer politischen Landschaft, die sich allen Umbrüchen zum Trotz kaum verändert hatte. Adam Wandruszka wies in seinem Überblick darauf hin, daß die Nationalratswahlen von 1930 und 1949 in dieser Beziehung fast auf den Punkt genau die gleichen Ergebnisse zeitigten.<sup>2</sup>

Die Wahlen des Jahres 1949 waren ein Schritt auf dem Weg zur Normalisierung, versprachen aber aus diversen Gründen noch keine Stabilität. Ein Schritt zur Normalisierung, weil 1945 noch ein beträchtlicher Teil der Österreicher vom Wahlrecht ausgeschlossen worden war, vor allem die beiden großen Gruppen der ehemaligen Mitglieder der NSDAP („Minderbelastete“)<sup>3</sup> und der Heimkehrer, die nicht rechtzeitig aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt waren. Beide Gruppen bestanden ganz oder mehrheitlich – aus Männern. Nicht bloß die „Reife und politische Klugheit unseres Volkes“

(wie Figl es ausdrückte)<sup>4</sup>, sondern der traditionelle Vorsprung des politischen Katholizismus bei den Frauen führte dazu, daß die ÖVP bei der „Damenwahl“<sup>5</sup> 1945 – fast zwei Drittel der Wahlberechtigten waren Frauen – mit nie wieder erreichten 49,8 % der Stimmen die absolute Mehrheit der Mandate errang. Die SPÖ verteidigte ihre Vorherrschaft innerhalb der Arbeiterklasse. Die Marginalisierung der Kommunisten, als Ergebnis ihrer Politik in der Zwischenkriegszeit, wurde auch nach 1945 nicht wirklich in Frage gestellt.

Die Parteien der Vorkriegszeit hatten mit großer Selbstverständlichkeit das Ruder übernommen, anfangs geführt von mehr oder weniger zufälligen Teilen der Funktionärskader, welche die Jahre seit 1933 bzw. 1938 im Untergrund überlebt hatten. Ihre Legitimation bezogen sie einerseits gerade aus der Verbindung zu den dominanten Parteien der 1. Republik, waren aber andererseits auch beide bemüht, einer Totalidentifikation mit diesen Vorgängern auszuweichen. Die SPÖ versuchte durch die Vereinigung von „Sozialdemokraten und Revolutionären Sozialisten“ alte Gräben zuzuschütten; sie machte der Linken beim Parteinamen semantische Konzessionen und etablierte dafür in der Praxis die Vorherrschaft des rechten Flügel, symbolisiert von den Namen Renner und Schärf. Die ÖVP wurde von einem Kreis aus dem Umfeld der christlichen Gewerkschaften aus der Taufe gehoben und distanzierte sich vom Ständestaat, knüpfte aber an die agrarische Achse an, welche die Regierung Dollfuß getragen hatte, wenn sie im „Untertitel“ die Vereinigung von Christlichsozialen und Landbund beschwor.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Lothar Höbelt, *Die Erste Republik Österreich 1918–1938. Das Provisorium* (Wien 2018) 76 ff..

<sup>2</sup> Adam Wandruszka, *Österreichs politische Struktur*. In: Heinrich Benedikt (Hrsg.), *Geschichte der Republik Österreich* (Wien 1954) 289–485. Wandruszka mußte dabei allerdings den Heimatblock in seiner Gesamtheit dem christlich-konservativen Lager zurechnen, was nur zum Teil stimmt. Maleta nahm in der Sitzung der BPL der ÖVP vom 14.2.1952 übrigens auf den Band Bezug. Das Geschichtsbuch des Amerikaners Gulick habe „verheerend gewirkt“, deshalb sei ein Kreis von Wissenschaftern beauftragt worden, „eine objektive österreichische Darstellung auszuarbeiten“ (KvVI 1601). Kurz darauf war Gulick in Österreich zu Besuch: er wurde im sozialistischen „Wirtschaftsklub“ gefeiert und mit einem Presseempfang der US-Botschaft geehrt, nachdem Figl sich geweigert hatte, ihn zu empfangen; vgl. Gertrude Enderle-Burcel (Hg.), Adolf Schärf, *Tagebuchnotizen des Jahres 1952* (Innsbruck 2010) 115, 119 (27. & 30.4.1952).

<sup>3</sup> Es dürfte hier allerdings auch eine gewisse Grauzone gegeben haben, weil die Registrierung der Parteimitglieder noch nicht im gesamten Bundesgebiet durchgeführt worden war.

<sup>4</sup> Karl von Vogelsang-Institut (KvVI), *Protokolle des ÖVP-Klubs 18.12.1945*.

<sup>5</sup> Robert Kriechbaumer & Franz Schausberger (Hg.), *Volkspartei – Anspruch und Realität* (Wien 1995) 607; Adolf Schärf, *Österreichs Erneuerung 1945–1955* (Wien 1955) 74.

<sup>6</sup> Robert Kriechbaumer, *Von der Illegalität zur Legalität. Die ÖVP im Jahre 1945* (Wien 1985).

Die Beschränkung auf drei Parteien (mit einer regionalen Ausnahme in Kärnten) verlieh der ÖVP das Profil der bürgerlichen Sammelpartei, unabhängig von der weltanschaulichen Verortung ihrer Spitzenpolitiker, die sich in ganz unterschiedlichem Maße dazu eigneten, auf Wähler des „dritten Lagers“ eine gewisse Anziehungskraft auszuüben. 1949 stand in erster Linie diese Rolle als bürgerliche Sammelpartei zur Disposition. Die Gründung vierter Parteien hatte die ÖVP im Vorfeld nach Möglichkeit zu unterbinden versucht, zum Teil unter Einsatz polizeilicher Methoden.<sup>7</sup> Ferdinand Graf, der ÖVP-Staatssekretär im Innenministerium, formulierte unzweideutig: „Wer mit einer vierten Partei kokettiert, ist ein Verräter an Österreich.“<sup>8</sup> Alfred Maleta lieferte dafür die Rechtfertigung, wenn er ausführte, im Zeichen der Konfrontation mit dem Kommunismus könnten sich die Bürgerlichen den Luxus der Zersplitterung nicht leisten. Die SPÖ hingegen war an bürgerlichen, mehr noch bäuerlichen „Spaltpilzen“ interessiert. Der steirische Landeshauptmannstellvertreter Reinhard Machold und Innenminister Oskar Helmer hatten in diesem Sinne die Versuche Leopold Stockers und des Kreises um Alt-Vizekanzler (1927–29) Karl Hartleb wohlwollend verfolgt, eine Renaissance des Landbundes ins Leben zu rufen.<sup>9</sup>

Die SPÖ-Führung unterstützte nun auch die Gründung des VdU, zum Teil mit Wahlkampfmaterialien, zum Teil auch durch Fürsprache bei ihren englischen Genossen, die gegen ein allfälliges alliiertes Verbot des VdU ihr Veto einlegen sollten.<sup>10</sup> Ernst Fischer (KPÖ) nahm diese Schützenhilfe

später aufs Korn, wenn er im Nationalrat launig zum besten gab, der „Nährvater“ des VdU werde wohl sagen: Er wisse von nichts, „mein Name ist Oskar.“<sup>11</sup> Bundeskanzler Figl hingegen traf noch Anfang September 1949 mit dem US-Hochkommissar General Geoffrey Keyes zusammen, um vielleicht doch noch Mittel und Wege zu finden, „um die Kraus-Partei zu verhindern“.<sup>12</sup> Keyes waren dabei freilich die Hände gebunden, weil ein wichtiger Teil der US-Besatzungsapparates, das Counterintelligence Corps (CIC), den VdU aktiv unterstützte; das State Department aber zumindest grünes Licht für eine Kandidatur gegeben hatte. Die ÖVP hatte mit den Amnestie-Aktions-Ausschüssen zwar deutliche Signale in Richtung der „Minderbelasteten“ ausgesandt, sich aber nicht dazu durchringen können, eine nationalliberale Plattform innerhalb der ÖVP zu bilden, eine Art „vierten Bund“, wie ihn Kraus anfangs angepeilt hatte.<sup>13</sup>

Das Resultat der Wahlen vom Oktober 1949 erwies sich als zweiseitig. Die Milchmädchenrechnung, daß eine zweite Rechtspartei fast ausschließlich zu Lasten der ÖVP gehen müsse, bewahrheitete sich nicht. Maleta hatte vor dem Sommer 1949 noch befürchtet, der VdU könne die ÖVP bis zu 40 % ihrer Stimmen kosten.<sup>14</sup> Diese Befürchtung erwies sich als weit übertrieben. Die neue Partei kostete beide Regierungsparteien gleich viel Mandate. Den Einbrüchen des VdU bei den Bauern im alten Landbundmilieu standen Erfolge bei den Arbeitern gegenüber, vor allem in den neu industrialisierten Gebieten des Westens ohne lange Tradition sozialistischer Or-

ganisationen. Die SPÖ änderte ihre Haltung daraufhin abrupt – und warb die VdU-Wähler in den Großbetrieben binnen kurzem mit einer Taktik von Zuckerbrot und Peitsche ab.<sup>15</sup> Nur im Sinne von „opportunity costs“ traf das Antreten des VdU die ÖVP vielleicht tatsächlich härter. Ein Indiz dafür sind die leichten Zugewinne der ÖVP in der sowjetischen Besatzungszone, wo sich der VdU kaum entfalten konnte.

Zu Lasten der ÖVP schlug das Wahlergebnis vor allem deshalb zu Buche, weil die ÖVP ihre absolute Mehrheit im Nationalrat eingebüßt hatte. Auch wenn sie ihren Vorsprung auf die SPÖ verteidigt hatte, zog sie bei den Regierungsverhandlungen dennoch den kürzeren. Der springende Punkt, die Verhandlungsmasse, wichtig für gesellschaftspolitische Weichenstellung und Umverteilungseffekte, bestand aus der Verfügung über die Verstaatlichte Industrie,<sup>16</sup> die vor 1949 dem „Krauland-Ministerium“ (Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung) unterstellt war, nach 1949 dem „Königreich Waldbrunner“ (Verkehr und Verstaatlichte Betriebe). Kraulands Sturz hatte dabei zweifelsohne auch

mit innerparteilichen Gegensätzen zu tun: Krauland kam aus dem ÖAAB<sup>17</sup> – der damit sein einziges Ressort verlor – und aus der Steiermark, Julius Raab als Obmann des Wirtschaftsbundes, aus Niederösterreich.

Raab wurde zwar nachgesagt, er habe das Krauland-Ministerium mit den Worten zur Disposition gestellt: Die Sozialisten „sollen sich mit dem Krempel derstess’n.“<sup>18</sup> Derlei Sager lassen sich nicht mehr verifizieren. Mit dem Abstand von vier Jahren urteilte er zweifellos weniger gelassen: Beim bisherigen Arrangement verfüge die SPÖ über 60 % der Macht, argumentierte er 1953.<sup>19</sup> Selbst Kanzler Figl gab zu, man habe sich 1949 „überrumpeln“ lassen.<sup>20</sup> Die zufriedene Reaktion Schärfs, der davon sprach, „wir haben etwas aufgeholt, was bei den Verhandlungen 1945<sup>21</sup> [...] schlecht behandelt wurde“, weist in dieselbe Richtung.<sup>22</sup> Raab verteidigte das Ergebnis im ÖVP-Klub 1949 gegen die damals schon vehemente Kritik übrigens noch mit einem Verweis auf den deus ex machina der Besatzungszeit: „Der Regierungskompromiß ist nicht schön, wird aber verständlich, wenn ich sage, daß hinter den

**7** Fritz Stüber, *Ich war Abgeordneter. Die Entstehung der freiheitlichen Opposition in Österreich* (Wien 1974) 101 steuert dazu die Anekdote bei, er sei einmal vom Sekretär Helmers in einem Raum des Innenministeriums buchstäblich in „Schutzhaff“ genommen worden, um seine Verhaftung durch Staatssekretär Graf zu verhindern. *Se non è vero, è ben trovato.*

**8** KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 8.2.1949.

**9** Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU* (Graz 1999) 15 ff., 42 Auch in Oberösterreich verliefen die Kontakte der SPÖ zu Gustav Adolf Neumann, dem Sohn eines alten Landbund-Sekretärs (ebd. 74 f.).

**10** Thomas Albrich, *Die Linken für die Rechten: Labour Party, SPÖ und die „Vierte“ Partei 1948/49*. In: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 19 (1990) 383-410; Jill Lewis, *Workers and Politics in Occupied Austria 1945–55* (Manchester 2007) 158 f.; vgl. auch Oskar Helmer, *50 Jahre erlebte Geschichte* (Wien 1957) 248, 331.

**11** Stüber, *Ich war Abgeordneter* 150.

**12** KvVI 1621, Gedächtnisnotiz Keyes-Figl, 2.9.1949.

**13** Höbelt, *Geschichte des VdU* 50 f. Vertreter einer solchen Lösung innerhalb des VdU in seiner Gründungsphase war insbesondere Karl v. Winckler, ein Freund Gorbachs.

**14** KvVI, 1621, „Wahlerhebung 1949“

**15** Der abtretende Energieminister Alfred Migsch kündigte am Parteitag offen an, VdU (und KPÖ) aus „den Machtstellungen in Betrieben und Gewerkschaften hinauszuerwerfen“. Es fanden sich allerdings auch vereinzelte Stimmen, die dafür plädierten, den VdU in die Regierung hinein zu nehmen, um ihm „Gelegenheit zu geben, zu zeigen, daß er nichts kann“, wie es der oberösterreichische Landeshauptmannstellvertreter Ludwig Bernaschek vorschlug; Protokoll des 5. Parteitags der SPÖ (Wien 1949) 21, 76, 86. Schärf zog nach der Wahl ebenfalls keine Zusammenarbeit mit dem VdU in Betracht, legte in seinen Memoiren Wert auf die Feststellung, daß es die ÖVP war, die sich als erste gegen eine Aufnahme des VdU in die Regierung ausgesprochen habe; vgl. Schärf, *Erneuerung* 249, 253.

**16** Zur Praxis der öffentlichen Verwalter vgl. Peter Böhmer, *Wer konnte, griff zu. „Arisierte“ Güter und NS-Vermögen im Krauland-Ministerium (1945-1949)* (Wien 1999); Ulrike Felber, „Öffentliche Verwalter“ – Instrument der Verstaatlichung? In: Hannes Androsch, Anton Pelinka, Manfred Zollinger (Hg.), *Karl Waldbrunner. Pragmatischer Visionär für das neue Österreich* (Wien o.J.) 211-235.

**17** Diese Identifikation war 1949 zweifellos gegeben; ursprünglich wurde er wegen seiner Tätigkeit in der Industrie vielfach dem Wirtschaftsbund zugerechnet; vgl. Renate Deutsch, *Die Kontroverse zwischen ÖVP und SPÖ in der Verstaatlichungsfrage 1945–1949* (phil. Diss. Salzburg 1977) 196.

**18** Rupert Zimmermann, *Traum und Wahrheit meines Lebens* (Wien 1997) 255.

**19** KvVI, 1223, Bundesparteileitung (BPL) 4.3.1953.

**20** KvVI, 1223, BPL 18.3.1953.

**21** Damals hatte Renner bloß fatalistisch kommentiert: „Es bleibt nichts übrig, als bei den nächsten Wahlen zu siegen.“ (Felber, „Öffentliche Verwalter“ 228, Brief an Waldbrunner, 8.12.1945).

**22** Manfred Rauchensteiner, *Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945-1966* (Wien 1987) 143. Schärf, *Erneuerung* 255; Fritz Butschek, *Österreichische Wirtschaftsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart* (Wien 2011) 284 spricht deshalb sogar von „den für die SPÖ erfolgreich verlaufenen Wahlen 1949“, ebenso Felber, „Öffentliche Verwalter“ 235 von „Zugewinnen“ – was auf die politischen Resultate zutrifft, nicht auf die Wahl selbst, die der SPÖ größere Verluste bescherte als allen anderen Parteien.

sozialistischen Verhandlungsbas[t]lern die Engländer gestanden sind.“<sup>23</sup>

Später wurde dann auch ein weiterer Grund für die Nachgiebigkeit der ÖVP ins Treffen geführt: Die SPÖ habe größeren Einfluß verlangt, weil sie davon ausging, demnächst den Bundespräsidenten zu verlieren. Nach dem Tode Renners seien die Sozialisten dann zwar bereit gewesen, einem Kandidaten der ÖVP das Feld zu überlassen, doch nur einem, der ihnen genehm sei. Heinrich Gleissner, der oberösterreichische Landeshauptmann vor 1938 und nach 1945, war es ganz offenbar nicht.<sup>24</sup> Gegen die ursprüngliche Absicht beider Parteien kam es deshalb erstmals zur Volkswahl des Bundespräsidenten, wie sie die Verfassungsnovelle des Jahres 1929 vorsah. Bekanntlich wurde 1951 dann Theodor Körner gewählt. Die ÖVP fühlte sich doppelt düpiert. ÖAAB-Obmann (1945–60) Lois Weinberger kam in der Nachwahlbesprechung wieder auf die Entscheidung des Jahres 1949 zurück: „Das Unglück war die Auslieferung der Wirtschaft an die Roten.“<sup>25</sup>

Weinbergers Lamento war signifikant. Die Mißstimmung über die Dominanz der SPÖ war auch beim Arbeitnehmerflügel der ÖVP so groß, daß sogar Zweifel am Konzept der Einheitsgewerkschaft laut wurden: Selbst Hurdes beschwerte sich 1953, es „stehe heute fest, daß der ÖGB ausschließlich den Sozialisten zur Verfügung stünde“<sup>26</sup> Landeshauptmann Krainer wollte schon den „Weiterverbleib der ÖVP-ler im ÖGB“ zur Diskussion stellen.<sup>27</sup> Dieselbe Überlegung hatte Fritz Bock schon 1952 für den Fall eines Bruchs der Koalition in den Raum gestellt: Ein einheitlicher Gewerkschaftsbund werde sich dann nicht halten lassen, ob man dann an den Aufbau von

Richtungsgewerkschaften (nach dem Muster der Ersten Republik) schreiten werde?<sup>28</sup>

## 2 Raab und der VdU

Die ÖVP hatte 1949 noch einen flächendeckenden Pakt mit der SPÖ abgeschlossen, der Bündnisse mit dem VdU auf Landesebene – wie sie in Kärnten ursprünglich geplant waren – und in Gemeinden über 10.000 Einwohnern ausschloß. Im Sommer 1950 hatte sich die Mehrheit der ÖVP-Granden, inklusive Raabs, noch dafür ausgesprochen, den Zerfall des VdU zu fördern, „indem wir ihnen die Hoffnung nehmen, jemals das Zünglein an der Waage zu sein.“ Nur Außenminister Karl Gruber hatte damals schon zu bedenken gegeben: „Eine festere Haltung gegen die Roten wird nur dann möglich sein, wenn wir den VdU nicht bei jeder Gelegenheit derart anrennen.“<sup>29</sup> Wenn eine vierte Partei – die im Einzugsbereich der ÖVP wilderte – sich schon nicht verhindern lasse, war es angebracht, ein auskömmliches, auf punktuelle Kooperation abzielendes Verhältnis zu ihr herzustellen und/oder ihr durch ein Eingehen auf ihre Themen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Niederlage der ÖVP bei der Bundespräsidentenwahl des Frühjahrs 1951 und die Abspaltung einer Gruppe um NR Graf Ernst Strachwitz und Willfried Gredler („Aktion für politische Erneuerung“) im Juli 1951 wirkte als Katalysator für eine Kursänderung. Gruber brachte es auf den Punkt: „Mit dem Bestand einer zweiten bürgerlichen Partei müssen wir uns abfinden und versuchen, diese langsam für uns zu verwenden.“<sup>30</sup>

Schon unmittelbar nach der Präsidentschaftswahl wurden im ÖVP-Klub Stimmen laut, und

zwar von seiten des ÖAAB, sowohl von Maleta als auch von Weinberger, doch zu prüfen, ob man nicht einen VdU-Mann in die Regierung aufnehmen sollte – allerdings damals noch mit dem ganz offen ausgesprochenen Hintergedanken, „dadurch eine Spaltung des VdU herbeizuführen“. Dieser Überlegung war angesichts der vor dem zweiten Wahlgang zutage getretenen Differenzen innerhalb des VdU – Kraus und Neuwirth hatten für Gleissner optiert, Hartleb und Stüber vehement dagegen – eine gewisse Plausibilität nicht abzusprechen. Fritz Stüber, der theatralisch verkündet hatte, bevor seine rechte Hand Gleissner wähle, lasse er sie sich abhacken, wurde von Graf dann auch schon bald unterstellt, „es sei zu beobachten, daß Dr. Stüber innerhalb des VdU eine eigene neue Partei zu gründen versucht, die sehr stark links gerichtet ist und sich in bedenkliche Nähe der [von den Sowjets geförderten] Nationalen Liga begibt“.<sup>31</sup>

Ein Resultat der Wahlniederlage bei der Präsidentschaftswahl 1951 war ein Führungswechsel innerhalb der ÖVP. In der Klub Sitzung vom 12. Juni 1951 wurde bereits über ein internes Misstrauensvotum gegen Figl beraten (Antrag Gschnitzer). Einzelne Ländervertreter wollten einem Kabinett Figl III die Zustimmung versagen. Als Nachfolger waren die drei „G“s im Gespräch, die alle aus den westlichen Besatzungszonen kamen: Der Oberösterreicher Gleissner, der Tiroler Gruber oder der Steirer Gorbach. Gleissner lehnte offensichtlich ab, Gorbach wollte nur annehmen, wenn auch die Regierung komplett umgebildet würde; Gruber dürfte innerhalb der Partei von vornherein über zuwenig Rückhalt verfügt haben. Er selbst gab zu bedenken, wenn man dem Antrag Gschnitzer zustimme, müsse man bereit sein, „die Russenzone aufzugeben“.<sup>32</sup>

In der Bundesparteileitungssitzung vom 14. Juni 1951 wurde als Übergangslösung bis zum nächsten Parteitag dann über eine Trennung der Funktionen in Partei und Regierung verhandelt. Die Frage einer sichtbaren Korrektur der Parteilinie geriet ins Kreuzfeuer der Bünde- und Länderinteressen. Zunächst zeichnete sich ein Patt ab: Ein (dafür immer noch ostösterreichisches!) Reform-Team in Gestalt von Julius Raab als Obmann und Fritz Polcar als Generalsekretär drang vorerst nicht durch, auch über den Vorarlberger Handelsminister Ernst Kolb als geschäftsführenden Parteiobmann konnte keine Einigkeit erzielt werden. Nach zweimaligen Unterbrechungen gab der ÖAAB schließlich seine Zustimmung zu einer Obmannschaft Raabs, unter der Bedingung, daß Maleta vom Bauernbündler Graf das Generalsekretariat übernehme. Im Gegenzug wurde – bei fünf Gegenstimmen beschlossen – vorerst keine Änderung der Regierungsmannschaft eintreten zu lassen.<sup>33</sup>

Zu der von Gorbach geforderten Umbildung der Regierung „von Grund auf“ kam es dann im Jänner 1952, nach einer „außertourlichen Sitzung der Landeshauptleute und Landesparteiobmänner, welche nicht in den Statuten vorgesehen ist, aber notwendig war“ (wie Raab ausführte).<sup>34</sup> Sie kann personell wie sachlich als eine Wende in Richtung der VdU-Wählerschaft gelten. Mit Ausnahme von Kanzler Figl<sup>35</sup> und Außenminister Gruber wurden alle ÖVP-Ressorts neu besetzt: Reinhard Kamitz als Finanzminister war ein Signal für einen wirtschaftsfreundlichen Kurs. Erst nach der mit seinem Namen verknüpften Sanierung 1952 könne das Wirtschaftssystem „als überwiegend marktwirtschaftlich eingeschätzt werden“, urteilt Felix Butschek in seinem magnum opus zur Wirtschaftsgeschichte Österreichs.<sup>36</sup> Fritz Weber, einer der besten Kenner dieser Jahre, spricht von

**23** KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 8.11.1949. Krauland machte geltend, Figl sei zu derlei Konzessionen nicht berechtigt gewesen; Raab replizierte, ausscheidende Minister seien eben immer unzufrieden; vgl. auch Manfred Zollinger, Karl Waldbrunner – Schnittstellen eines Lebens zwischen Industrie und Politik. In: Androsch/Pelinka/Zollinger (Hg.), Waldbrunner 17-141; hier: 94, „Krauland habe Figl ganz öffentlich für einen Trottel erklärt“. Apokryph scheint allerdings die Vermutung zu sein, auch Raab solle sich in Schmähungen ergangen haben.

**24** KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 16.1.1951.

**25** KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 29.5.1951.

**26** KvVI 1223, BPL 27.5.1953.

**27** KvVI 1223, BPL 25.2.1953.

**28** KvVI, ad 2836, BPL 30.4.1952.

**29** KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 20.6.1950.

**30** KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 12.6.1951.

**31** KvVI 1601, BPL 14.2.1952; zur Nationalen Liga vgl. auch Wolfgang Mueller, Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission (Wien 2005) 214 ff.

**32** KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 12.6.1951.

**33** KvVI ad 2836, BPL 14.6.1951.

**34** KvVI ad 2836, BPL 22.1.1952.

**35** Figl behauptete später, er habe sich damals nur halten können, weil er noch eine Getreidepreiserhöhung für die Bauern durchgesetzt habe (Enderle-Burcel [Hg.], Tagebuchnotizen Schärf 1952 61, 88). Bei Schärf beschwerte er sich, „die westlichen Länder seien unmöglich“ (ebd. 40, 10.1.1952).

**36** Butschek, Österreichische Wirtschaftsgeschichte 265, der allerdings auch darauf hinweist, daß um dieselbe Zeit auch ein Umdenkprozeß im ÖGB einsetzte (ebd. 283); vgl. dazu auch die eingehenden Analysen bei Hans Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg (Wien 2005) 484 ff.

einer „von vielen Sozialisten für unmöglich gehaltenen Renaissance des Kapitalismus“. Die SPÖ sei „gleichsam von einem Tag auf den anderen in die Defensive“ gedrängt worden.<sup>37</sup>

Kamitz war bekanntermaßen selbst NSDAP-Mitglied gewesen, konnte also auch als Beleg dafür dienen, daß es sich zumindest bei den „Minderbelasteten“ nicht mehr um „Bürger 2. Klasse“ handle.<sup>38</sup> Handelsminister Josef Böck-Greissau, der sich in der Vergangenheit schon mehrfach positiv über den VdU geäußert hatte, war ein persönlicher Freund des VdU-Obmannes Herbert Kraus.<sup>39</sup> Landwirtschaftsminister Franz Thoma war in der Zwischenkriegszeit Nationalrat des Landbundes gewesen (und 1931 sogar als sein Präsidentschaftskandidat im Gespräch).<sup>40</sup> Hurdes – der als Unterrichtsminister von Kolb abgelöst wurde – beschwerte sich prompt: „In der maßgeblichen Öffentlichkeit“ habe „die liberale Einstellung der vorgeschlagenen Regierungsfunktionäre zu großen Bedenken Anlaß gegeben.“<sup>41</sup>

Die neue Regierungsmannschaft wehte von vornherein ein rauher Wind entgegen. Die Marshallplanhilfe<sup>42</sup> – und der Komplex der junktimierten „Wirtschaftsgesetze“<sup>43</sup> – lief aus; eine Konjunkturflaute zeichnete sich ab.<sup>44</sup> Die Gegensätze waren deutlich: Die SPÖ – insbesondere der ÖGB, Waldbrunner und Sozialminister Maisel – forderten eine Erhöhung der Ausgaben über eine „gesteuerte Inflation“, die ein 6. Lohn-Preis-Abkommen zur Folge haben würde, Finanzminister Kamitz hingegen sah in der „Wiederbelebung des Kapitalmarkts die Voraussetzung für Arbeitsbeschaffung in unserem Sinne“; dazu aber gehöre das Vertrauen in die Stabilität der Währung.<sup>45</sup> Schon im Frühjahr 1952 warnte Raab deshalb, es solle niemand überrascht sein, wenn es im Herbst zu vorzeitigen Neuwahlen käme.<sup>46</sup> Auch die SPÖ verschärfte von Anfang an das Tempo durch eine Kampagne gegen die Rückgabe der Güter des Fürsten Starhemberg. Diese Forderung stieß auf den prinzipiellen Widerspruch der ÖVP,<sup>47</sup>

- 37** Fritz Weber, Österreichs Sozialisten auf dem langen Marsch zum Keynesianismus – von der Endkrise des Kapitalismus zum Stabilisierungsschock von 1952/53. In: Androsch/Pelinka/Zollinger (Hg.), Waldbrunner 265–286; hier: 267; vgl. auch Zollinger, Waldbrunner. In: Ebd. 200 über die „Großoffensive“ Kamitz’.
- 38** Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015 (Wien 2015) 130, 183; bezeichnenderweise gab Kamitz in dem einen Punkt Schärf übrigens recht, „dass die bisherige Personalpolitik zu einer kulturellen Gegenreformation geführt hat.“ (Enderle-Burcel [Hg.], Tagebuchnotizen Schärf 1952 67 (6.2.1952).
- 39** Böck-Greissau schrieb, er habe die Übernahme des Handelsressorts „seit 2 Jahren konsequent abgelehnt und ich wurde diesmal richtiggehend vergewaltigt ohne überhaupt die Möglichkeit gehabt zu haben Stellung zu nehmen.“ Als er von einer Sitzung der Europäischen Industriellenvereinigung zurückkam, habe er in der Zeitung von seiner Ernennung gelesen. HHStA, NI. Sperl-Ehrhart, Korrespondenz 16-2, Brief vom 31.1.1952.
- 40** Alexander Haas, Die vergessene Bauernpartei. Der Steirische Landbund und sein Einfluß auf die österreichische Politik 1918–1934 (Graz 2000) 364 ff.; zur Reaktion des VdU vgl. Höbelt, Geschichte des VdU 164 f.
- 41** KvVI 1601, BPL 22.1.1951. Raab replizierte, die ÖVP sei eben keine „konfessionell gebundene Partei“. Seine Bemerkung, daß „kein Ministerportefeuille lebenslang vergeben“ werde, wurde von Hurdes geradezu als „Geschmacklosigkeit“ empfunden. Hurdes’ (nach eigener Einschätzung) „nicht unbilliges Verlangen nach wirtschaftlicher Sicherheit“ wurde schließlich durch die Ablöse Kunschaks – der sich allerdings nicht drängen lassen wollte – als 1. Nationalratspräsident befriedigt.
- 42** Schärf charakterisierte die Lage 1952 in der Parteivertretung deshalb so: „Die Kosten des bisherigen Klassen-Burgfriedens hat praktisch Amerika getragen.“ (Enderle-Burcel [Hg.], Tagebuchnotizen Schärf 1952 246 (6.11.1952).
- 43** Handelsminister Böck-Greissau wollte aus Opposition gegen die Verlängerung des Außenhandelsgesetzes zurücktreten, das Exporte behindere; die Landwirtschaft glaubte jedoch inzwischen, ohne eine Agrarpreisregelung nicht mehr auskommen zu können. Das generelle Auslaufen der Bewirtschaftungsgesetze, wie es Kamitz vorschlug, wurde deshalb nicht ins Auge gefasst; vgl. die Debatten im ÖVP-Klub 14.5.1952; zum Hintergrund vgl. Butschek, Österreichische Wirtschaftsgeschichte 288 f.
- 44** Butschek, Österreichische Wirtschaftsgeschichte 282.
- 45** KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 1.10.1952.
- 46** KvVI ad 2836, BPL 30.4.1952.
- 47** Schon 1948 hatte Raab erklärt: „Die beabsichtigte Enteignung der Heimwehr-Granden Mandl, Starhemberg und Pfri-

doch: „Wahlen im Zeichen Starhembergs sind das schlechteste, was wir uns momentan wünschen können.“<sup>48</sup>

Die wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen, die anstanden, ließen Raab über die Einbeziehung des VdU laut nachdenken, nicht als taktisches Manöver zur Schwächung oder Spaltung der Opposition, sondern als strategische Option, weil wir „nun einmal entschlossen sind, uns von der roten Flut nicht treiben zu lassen. [...] Wenn man mit dem VdU als Partei rechnen könnte, wäre es sicher ohne weiteres möglich, eine Zeitlang ohne Sozialisten zu regieren.“<sup>49</sup> Eine Woche später überlegte er in der Bundesparteileitung: „Die Entscheidung, ob wir an der Koalition mit der SPÖ festhalten sollen oder nicht, ist unheimlich schwierig. [...] In der Zeit Seipels lagen die Dinge viel einfacher. Die Großdeutschen und der Landbund waren gefestigte Parteien mit einer absolut antisozialistischen Einstellung, der VdU ist ein zusammengewürfelter Haufen, der sich noch in Gärung befindet, wo jeder nach einer anderen Richtung hinzieht.[...] Mit ihnen zusammenarbeiten wäre kaum möglich.“<sup>50</sup> Wohlgermerkt: Es ging um Stabilität und Verlässlichkeit, nicht um ideologische Bedenken. Seit dem Vorjahr hatte eine Schubumkehr stattgefunden, die Zusammenarbeit wurde im Interesse der Stabilität, nicht der Destabilisierung des VdU ins Auge gefaßt.

Freilich, die hypothetischen Reminiszenzen und Erörterungen Raabs aus dem Frühjahr 1952 schossen nach zwei Richtungen übers Ziel hinaus. Zum einen finden sich immer wieder Belege dafür, daß auch Raab das Projekt, „eine Zeitlang ohne Sozialisten zu regieren“, zumindest während der

Besatzungszeit nicht ernsthaft ins Auge fasste. So hatte er schon nach der Präsidentschaftswahl 1951 gefolgert: „Wir müssen die ruhigen Elemente bei den Sozialisten stützen, denn wenn diese fallen, ist der Weg in die Volksdemokratie frei.“<sup>51</sup> Daher auch seine Schlussfolgerung im Herbst 1952, wenige Stunden vor dem Rücktritt der Regierung: „Die Tragik der ÖVP liegt daran, daß sie im Interesse der Erhaltung unseres Staates mit den Sozialisten zusammenarbeiten muß.“<sup>52</sup> Auf der anderen Seite aber war – wie die Jahre 1952/53 zeigen sollten – auch die pessimistische Einschätzung Raabs über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem „zusammengewürfelten Haufen“ wichtigen Modifikationen ausgesetzt.

Eine effektive Zusammenarbeit ergab sich dann nämlich schon in den nächsten Monaten, in zwei aktuellen Streitfragen. Neben der Causa Starhemberg, wo sich der VdU ebenfalls prinzipiell gegen Sondergesetze aussprach, handelte es sich um die Vorwürfe gegen CA-Generaldirektor Josef Joham wegen undurchsichtiger Transaktionen mit ERP-Mitteln – Vorwürfe, die angeblich von Angestellten der CA ausgingen, die 1931 gekündigt worden waren und jetzt in den USA lebten. Die Sozialisten verlangten am Karfreitag überfallsartig die Verhaftung Johams, auch der amerikanische Hochkommissar sei über die Unkorrektheiten bei der CA wütend gewesen, berichtete Raab.<sup>53</sup> Die SPÖ wollte die Untersuchung ausweiten, blieb dabei aber in der Minderheit. Raab berichtete dem Klub: „Ich möchte feststellen, daß sich der VdU im Rechnungshofausschuß tadellos verhalten hat. [...] Sie lehnen es ab, aus dieser Sache politisches Kapital zu schlagen, so verlockend die Angelegen-

mer findet nie unsere Zustimmung.“ KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 11.5.1948.

- 48** KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 4.3.1952; vgl. auch Helmut Wohnout. Die „Causa Starhemberg“ 1947–1954. Die Auseinandersetzung um die Rückstellungsansprüche Ernst Rüdiger Starhembergs (Diplomarbeit Wien 1987).
- 49** KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 18.3.1952.
- 50** KvVI ad 2836, BPL 26.3.1952. Auch Schärf zog ähnliche Schlussfolgerungen: Der VdU sei „keine Partei im Sinne der anderen Parteien“. (8. Parteitag der SPÖ. Protokoll 93).
- 51** KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 29.5.1951.
- 52** KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 21.10.1952.
- 53** KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 14. u. 27.5.1952. Joham verteidigte sich, er habe allerdings gewisse Dollarbeträge in die Schweiz „abdisponiert“, um sie vor den Forderungen der „Neuamerikaner“ sicherzustellen; vgl. Enderle-Burcel (Hg.), Schärf Tagebuchnotizen 1952 105-112 (10.-21.4.1952), 194 (26.8.1952); Oliver Rathkolb, „Wir brauchen gar nicht viel hineinblasen.“ Der Fall Joham und der CA-Skandal 1949–1953. In: Michael Gehler & Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Thaur 1995) 382-397.

heit für sie auch wäre.<sup>54</sup> Die Haltung des VdU scheint jedenfalls viel dazu beigetragen haben, das Eis zu brechen. An der CA hing ein Konzernimperium mit 50.000 Mitarbeitern. Raab stellte die Episode groß heraus, als er im nächsten Jahr für eine Koalition mit dem VdU warb: Die ÖVP habe nur deshalb Generaldirektor Joham nicht opfern müssen, weil man über die Unterstützung des VdU verfügte.<sup>55</sup> Als quid pro quo war schon 1952 unter anderem eine Rückgabe des Vermögens der Turnvereine im Gespräch.<sup>56</sup>

Nach der Sommerpause brach die Koalition im Oktober 1952 auseinander, weil sie sich nicht über das Budget einigen konnte. Kamitz bestand auf Ausgabenkürzungen, Bundespräsident Körner verlangte von Raab die Entlassung von Finanzminister Kamitz als „Stein des Anstosses“, die ÖVP lehnte ab.<sup>57</sup> Für den Februar 1953 wurden vorzeitige Neuwahlen ausgeschrieben. Allerdings blieb die bisherige Regierung provisorisch im Amt und wurde nicht von einer Beamtenregierung abgelöst, von der Schärf fürchtete, sie wäre eine verkappte ÖVP-Regierung, die im Parlament „alles mit Hilfe des VdU durchgebracht“ hätte.<sup>58</sup> Am Rande wurde in der Bundesparteileitung der ÖVP bereits über eine Listenkoppelung nachgedacht, die Raab freilich sofort vom Tisch wischte, der VdU würde dazu wohl kaum bereit sein.<sup>59</sup> Dafür traten VdU und die „Aktion für politische Erneuerung“ gemeinsam an, unter dem vielleicht etwas zu lang

geratenen Titel: „Soziale Erneuerungsbewegung: VdU – Aktion“, mit einem großen E als Symbol für Einigkeit – Erneuerung – Europa. Als gültige Stimmen zählten jedoch bloß Zettel mit der alten Bezeichnung WdU (Wahlverband der Unabhängigen). (Notabene: Amtliche Stimmzettel gab es noch nicht!)

Außenminister Gruber hatte schon im Herbst gewarnt: „Man kann Wahlen und Deflation nicht gleichzeitig machen.“<sup>60</sup> Das Ergebnis schien ihm recht zu geben: Die SPÖ überholte zum ersten Mal die ÖVP an Stimmen, nur der Mandatschlüssel – der die kinderreichen westlichen Bundesländer bevorzugte – verschaffte der ÖVP auch weiterhin einen hauchdünnen Vorsprung von einem Mandat. Raab sprach in einer ersten Manöverkritik davon, man müsse „dem langsamen Einsickern des sozialistischen Elements auf dem Lande“ entgegentreten.<sup>61</sup> Die WdU-Liste errang in der Ostzone (wo es einen Nachholbedarf gab), in Wien und auch in Salzburg Zugewinne; sie erlitt im Westen aber zum Teil herbe Verluste, gerade in den Hochburgen des Jahres 1949. Der VdU hatte ganz offenkundig vor allem bei den Arbeitern verloren, was in erster Linie der SPÖ zugute kam. Der Verlust betrug per Saldo zwar nur 0,7 % und zwei Mandate, bedeutete aber angesichts der hochgesteckten Erwartungen eine große Enttäuschung. Die Briten z.B. hatten der WdU über zwanzig Mandate zugebilligt.<sup>62</sup> Auch bei der ÖVP war die Überraschung

groß: Raab gab wenige Tage später zu Protokoll, niemand habe vorausgesehen, daß der VdU eine solche Niederlage erleiden wird.<sup>63</sup>

Raab vermochte die Folgen der Wahlschlappe bei den Regierungsverhandlungen bekanntlich zu neutralisieren, weil er sich der Unterstützung des VdU versicherte und die SPÖ damit in die Defensive trieb. Vielfach wurde die These vertreten, eine Einbeziehung des VdU sei am Widerstand des Bundespräsidenten gescheitert.<sup>64</sup> Doch Körner war hier erst in zweiter Linie gefragt. Die Weigerung der SPÖ, in eine Dreier-Koalition einzutreten, genügte vollkommen.<sup>65</sup> Denn die Bildung einer bürgerlichen Regierung unter Ausschluß der SPÖ hatte Raab eben nicht angepeilt. Erst als Schärf die Bildung der Dreier-Koalition am 10. März dezidiert ablehnte, drängte der VdU auf eine bürgerliche Zweier-Koalition – eine Variante, die Raab allerdings ganz offensichtlich nicht in Betracht zog.<sup>66</sup> Die Variante, die SPÖ wäre zu einer Dreier-Koalition bereit, sofern man ihr den Kanzler überlasse, blitzte während der Regierungsverhandlungen kurz auf, war für die ÖVP aber nicht attraktiv.<sup>67</sup>

Auch ein Einspruch der Besatzungsmächte wird oft als Hindernis für eine Koalition mit dem VdU genannt. Auch hier scheint jedoch kein entscheidendes Eingreifen vorzuliegen. Raab war sich von vornherein im klaren, daß er bei den Russen, „vielleicht auch den Franzosen“, auf Widerstand stoßen werde. Er fügte auf eine Anfrage von Karall in der Bundesparteileitung vom 4. März 1953 hinzu, die Amerikaner seien „selbstverständlich nicht erfreut darüber“, „können sich aber nicht einmischen“. Sie seien schließlich „nicht unser Vormund“.<sup>68</sup> Außenminister Karl Gruber hatte entsprechende Befürchtungen schon in der Vorwoche vom Tisch gewischt: „Die Weltöffentlichkeit wird sauer reagieren. Das wird man aber aushalten. [...] Auf keinen Fall brauchen wir uns davor fürchten, daß man dem VdU nachsagt, er sei eine Nazipartei.“<sup>69</sup> In den USA vollzog sich zur selben Zeit die Ablöse der Demokratischen Truman-Administration durch die Republikaner. Dulles als frischgebackener Außenminister fürchtete bloß eine Situation, welche die SPÖ zusammen mit den Kommunisten in die Opposition treiben würde.<sup>70</sup>

**54** KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 24.6.1952. Ein Monat zuvor hatte der VdU noch zusammen mit der SPÖ für eine Überprüfung der verstaatlichten Bankern votiert; vgl. Enderle-Burcel (Hg.), Schärf Tagebuchnotizen 1952 126 (14.5.1952).

**55** KvVI 1223, BPL 11.3.1953; Lothar Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948-1955 (Wien 2015) 112 (VdU-BPV 3.7.1952); Stüber, Ich war Abgeordneter 206-8. :

**56** Raab befürwortete die Rückgabe in der BPL später mit dem Argument, mit unredlichem Eigentum habe man niemals einen wirklichen Vorteil erreicht“. Scheidl ergänzte, die Mitglieder des ehemaligen Deutschen Turnvereins hätten inzwischen in allen Parteien Unterschluß gefunden. Gleissner setzte sich insbesondere für die Rückgabe der Welser Turnhalle ein, um sie vor dem Verfall zu bewahren (BPL 4.11.1953). Der Entscheidung lag freilich auch ein Verfassungsgerichtsurteil zugrunde. Polcar meinte, der ASKÖ habe sich des Großteils des Vereinsvermögens bemächtigt, die ÖVP habe « keine Ursache, diesen Raub zu schützen » (vgl. BPL 30.4.1952).

**57** KvVI ad 2836, Besprechung 27.10.1952; Figl und Gruber berichteten Schärf, es gebe im ÖVP-Klub „nunmehr eine glatte Mehrheit gegen die Koalition“ (Enderle-Burcel [Hg.], Tagebuchnotizen Schärf 1952 230 f., 234 (21./22.10.1952).

**58** Enderle-Burcel (Hg.), Tagebuchnotizen Schärf 1952 260 (27.11.1952).

**59** KvVI ad 2836, BPL 17.9.1952.

**60** Ebd.

**61** KvVI, 1223, BPL 25.2.1953.

**62** Vgl. Höbelt, Geschichte des VdU 177 bzw. die Karte 281. Allein schon die Verschiebung von nicht weniger als neun Mandaten nach Westen infolge der Volkszählungsergebnisse 1950 hätte für Mandatsgewinne des VdU sorgen müs-

sen, der ziemlich fix von 21-22 Sitzen ausgegangen war; vgl. OÖLA, NI. Reinthaller, VdU/FPÖ I, Mappe 1953, Brief Stendebachs vom 18.4.1953.

**63** KvVI, 1223, BPL 25.2.1953.

**64** So auch noch bei Rathkolb, Paradoxe Republik 86, 174. Schärf relativiert diese These selbst in seiner Erörterungen zur Rolle des Bundespräsidenten (Erneuerung 92). An Vorwürfen gegen den VdU wird bei ihm nur eine „zweideutige Haltung“ in der Anschlussfrage hervorgehoben (ebd. 339 f.)

**65** Waldbrunner hatte in einem Schreiben an Schärf am 18. Februar, wenige Tage vor den Wahlen, eine Dreier-Koalition noch keineswegs ausgeschlossen. Allerdings müsse die entsprechenden Ressorts dann die ÖVP abgeben. Die SPÖ weigerte sich im März dann konsequent, eine Erklärung abzugeben, warum sie eine Koalition mit dem VdU ablehne; vgl. Maria Mesner, Traude Pietsch, Oliver Rathkolb, Johannes Schöner, Helmut Wohnout (Hg.), Quellenedition zur österreichischen Parteigeschichte der Zweiten Republik 1945-1953 (unveröffentlichtes Manuskript Wien 1996), Teil VII: Koalitionsverhandlungen, Nr. 19, 31 und 32.

**66** Helmut Wohnout & Johannes Schöner (Hg.), Das politische Tagebuch von Julius Raab 1953/54. Neue Erkenntnisse zu den ersten Jahren seiner Kanzlerschaft. In: Demokratie und Geschichte 7/8 (2003/04) 13-71; hier: 57 (10./12.3.1953); ein zweites Mal machte der VdU einen solchen Vorschlag – unter Hinweis auf das Vorbild der Adenauer'schen Koalition - noch im Herbst. Raab berichtete: „Ich mußte selbstverständlich dieses Verlangen ablehnen“, er habe dem VdU aber eine Reihe von Wünschen erfüllt und Kontakte über die Landesorganisationen empfohlen, vgl. KvVI, 1223, BPL 16.9.1953.

**67** KvVI, 1223, BPL 18.3.1953. Allerdings umschrieb Raab diese Variante nur indirekt. „Wir haben erfahren, daß ...“, ohne seine Quelle zu nennen.

**68** KvVI, 1223, BPL 4.3.1953.

**69** KvVI, 1223, BPL 27.2.1953. Landeshauptmann Josef Krainer ergänzte in derselben Sitzung: Die unentwegten Nazi sind nicht im VdU zu finden, sondern hätten weiße Stimmzettel abgegeben. „Wir wissen es in Steiermark ganz bestimmt.“ Hinweise auf eine solche Flüsterkampagne auch bei Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 210.

**70** Oliver Rathkolb, Washington ruft Wien. US-Großmachtspolitik in Österreich 1953–1963 (Wien 1997) 99 f.; ders., Paradoxe Republik 187. Erst im Herbst 1953 absolvierte Kraus dann einen Besuch in den USA, der zu Treffen mit mehreren

Die Westmächte fanden sich schließlich zu einer Demarche zusammen, die bloß zu einem raschen Tempo der Regierungsverhandlungen aufrief. Sie wurde am 27. März übergeben, als das Thema Dreier-Koalition bereits abgehakt war.<sup>71</sup>

Es wäre jedoch kurzschlüssig und irreführend, in der Einbeziehung des VdU nur ein taktisches Manöver Raabs zu sehen, das mit der Abwehr sozialistischer Ansprüche seinen Zweck erfüllt hatte, oder gar, wie Rauchensteiner andeutet, bloß einen Wechsel im Kanzleramt herbeiführen sollte: Raabs „primäres Ziel wird es wohl von Anfang an gewesen sein, selbst die Kanzlerschaft zu übernehmen.“<sup>72</sup> Man muß dafür nicht bloß die alte Freundschaft zwischen den beiden Niederösterreichern Raab und Figl ins Treffen führen, die beide Mitglieder der „Norica“ waren. Das Spektrum der internen Meinungsbildung lässt erkennen, daß ein großer Teil der Partei mit Figl längst unzufrieden war. Die Einbindung des VdU – die Figl persönlich zweifelsohne kein Herzensanliegen war – erfüllte vielmehr den Zweck, Figl am Ballhausplatz zu halten, oder wie es Josef Krainer als Wortführer der Reformers formulierte: Ein Wechsel sei „an sich sehr erwünscht“, aber: „Wenn wir den VdU in die Regierung bringen, können wir Figl als Kanzler noch ertragen.“<sup>73</sup> Sein steirischer Parteiboss Gorbach resümierte einen Monat später: Wir waren nur für Figl, weil es so leichter schien, die WdU in die Regierung zu bringen.<sup>74</sup>

Vor allem aber: Raab ging es um eine langfristige Weichenstellung und er fand dabei die enthusiastische Unterstützung eines großen Teils

seiner Partei, wenn auch keineswegs eine einstimmige. Krainer hatte schon am 25. Februar prophezeit: „Heute wird der Aufstieg oder das Ende der ÖVP beschlossen.“ Am nächsten Tag traf Raab die VdU-Führung (Obmann Stenedebach, Kraus und Klubobmann Hartleb, dazu Jörg Kandutsch als Vertrauter von Kraus und Fritz Butschek als Vertreter der „Aktion“). Es war ganz offensichtlich Raab, der sich gegen eine bloß informelle Kooperation aussprach und auf einer „Einbeziehung in die Regierung“ bestand, um „das Gewicht der nichtmarxistischen Elemente voll in die Waagschale zu werfen.“ Für diese Linie erklärten sich in der Bundesparteileitung der ÖVP am 27. Februar die Vertreter der westlichen Länder: Krainer (und Thoma) für die Steiermark, der Salzburger Landeshauptmann Klaus („müssen den VdU festlegen und an uns binden“), Unterrichtsminister Kolb und Ilg für Vorarlberg („auf alle Fälle heranziehen“).

Die Gegner einer Allianz waren in der russischen Besatzungszone zu suchen: Wortführer waren der niederösterreichische Bauernbunddirektor Eduard Hartmann und Ex-Staatssekretär Erwin Altenburger als Vizepräsident des ÖGB, der vor einer Regierung warnte, die als „liberales Gebilde“ gegen die Arbeiterschaft Stellung beziehen würde. (Dazu gesellte sich außerdem noch Staatssekretär Fritz Bock, wohl nicht zuletzt deshalb, weil für den VdU das Handelsministerium vorgesehen war.)<sup>75</sup> Sehr für die Zusammenarbeit mit dem VdU setzte sich überraschenderweise der ÖAAB-Obmann und Wiener Vizebürgermeister Lois Weinberger ein, der darin sogar eine Chance sah, im kommen-

den Jahr Wien von den Sozialisten zu befreien („wäre ein europäisches Ereignis“).<sup>76</sup> Von Stenedebach hatte er nach den ersten Verhandlungsrunden den Eindruck eines „ruhigen, überlegten Mannes“. In punkto Sozialreform sei der VdU durchaus „aufgeschlossen“. An einer Erklärung zum Thema deutsches Volkstum und Anschluß werde gearbeitet.<sup>77</sup>

Ohne besondere Sympathien, aber aus realpolitischen Erwägungen stimmten dem Vorschlag zu Ex-Landwirtschaftsminister (1945-52) und Bauernbund-Präsident Josef Kraus aus dem niederösterreichischen Weinviertel („trotz Bedenken für die Einbeziehung des VdU“) und die beiden Landeshauptleute Gleissner aus Oberösterreich („gegen mein innerstes Gefühl, aber halte es für richtig“) und Karall aus dem Burgenland („Erwägung der kalt rechnenden Vernunft“). Ambivalent fiel die Stellungnahme von Generalsekretär Graf aus, einem Kärntner, der als Staatssekretär im Innenministerium 1948/49 hart gegen alle Ansätze einer vierten Partei vorgegangen war: „Der VdU scheint mir ein Revolver zu sein, von dem die Sozialisten wissen, daß er nicht geladen ist“, aber auch er räumte ein: „Es gibt keine andere Lösung.“ Bei der Abstimmung am 4. März wurde die Marschroute der Dreier-Koalition dann mit allen gegen zwei Stimmen (Hartmann<sup>78</sup> und Lugmayer) angenommen.

Zwei Gegenstimmen bei über dreißig Teilnehmern ist nicht allzuviel: Dahinter lässt sich sehr wohl ein Muster erkennen, das noch Jahrzehnte später zu erkennen war, wenn Norbert Steger mit Alois Mock die Chancen einer Zusammenarbeit auslotete:<sup>79</sup> Die Enns-Linie – ein Faktor, der ganz wesentlich, aber nicht ausschließlich von den Besatzungszonen bestimmt war. In Niederösterreich – wo es auch kaum nennenswerten VdU-Anhang gab – erhob sich mit Ausnahme Raabs keine Stimme für die bürgerliche Konzentration. Deutlich zur Geltung kamen die bündischen Strukturen: Aus dem Wirtschaftsbund kam keine einzige skeptische Wortmeldung; der ÖAAB war gespalten zwischen seinem weltanschaulich geprägten linken Flügel (Altenburger, Lugmayer) und den Pragmatikern, die eine Chancen witterten, dem gerade auf dem Arbeitnehmersektor übermächtigen Druck der SPÖ Paroli zu bieten. Auffällig ist die Distanz des Bauernbundes, von Leuten wie Hartmann und Graf;<sup>80</sup> auch Josef Kraus war nur mit mäßiger Begeisterung bei der Sache; in diesem Zusammenhang war es von Bedeutung, daß die westlichen Länder, wo der Bauernbund naturgemäß eine große Rolle spielte, in den Bundesgremien meist durch Vertreter des Wirtschaftsbundes vertreten waren (oder von Persönlichkeiten wie Klaus oder Kolb, die sich einer strikten bündischen Zuordnung entzogen).<sup>81</sup>

republikanischen Senatoren, dem Bruder des Präsidenten Eisenhower und dem Herausgeber der New York Times führte; vgl. BMA, GZ. 324.601-pol/53 (6.10.1953); Höbelt, Geschichte des VdU 208; Herbert A. Kraus, „Untragbare Objektivität“. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987 (Wien 1988) 255.

**71** Rauchensteiner, Die Zwei 188. Raab notierte, bloß der französische Hochkommissar Payart habe sich eingemischt, „der mir und Maleta einzureden sucht, unbedingt mit den Sozi zu gehen.“ Wohnout/Schöner (Hg.), Raab Tagebücher 57 (16.3.1953).

**72** Ebd. 186. Allerdings standen Rauchensteiner die Protokolle der BPL damals [1987] offenbar noch nicht zur Verfügung. Kraus wird zwar von Reimann ebenfalls zitiert, es gehe Raab darum, Figl aus dem Sattel zu heben, kam aber schließlich selbst zum Schluß, daß Raab „zumindest eine Zeitlang ein echtes und sehr hartes Pokerspiel um unsere Regierungsbeteiligung durchstand.“ Viktor Reimann, Die Dritte Kraft in Österreich (Wien 1980) 256; Kraus, „Untragbare Objektivität“ 248.

**73** KvVI 1223, BPL 27.2.1953.

**74** KvVI 1223, BPL 22.3.1953.

**75** Bock war im Herbst dann auch in eine Kontroverse mit den Tirolern, insbesondere mit Lugger, über Sonderkandidaturen des ÖAAB verwickelt. Raab gab die Schuld in diesem Fall dem ÖAAB (BPL 4.11.1953).

**76** Allerdings hatte Raab am 2. März noch vermerkt: „[...] der Pakt mit dem VdU abgeschlossen. Nur Weinberger macht noch Schwierigkeiten.“; vgl. Wohnout/Schöner (Hg.), Raab-Tagebuch 56.

**77** Nur bei Hartleb würde man da einigen Schwierigkeiten begegnen (BPL 4.3.1953).

**78** Hartmann würzte seine Opposition mit einer Reminiszenz an Fritz Butschek, der als Vertreter der Aktion im Verhandlungsteam des VdU saß. Butschek sei im Reichsnährstand sein Vorgesetzter gewesen – „daß aus diesem Mann jemals ein guter Österreicher wird, ist ausgeschlossen.“ (BPL 27.2.1953). Dabei war es gerade Butschek, der nostalgischen Reminiszenzen eine Absage erteilte, sondern schon im Vorjahr geschrieben hatte: „Unsere Gesinnungsfreunde sind, waren und bleiben Gefühlspolitiker, und da sie der Meinung sind, nun wieder ‚freier‘ und offener reden zu dürfen, schlagen sie auf die ‚nationale‘ Pauke, sind selbstgerecht und werden eines Tages wieder ‚Katzenjammer‘ haben.“ (Höbelt [Hg.], Aufstieg und Fall 208, 26.4.1952); zu Hartmann vgl. die Biographie von Alexander Haas, Eduard Hartmann: Agrarpolitiker, Landesvater, Staatsmann (St. Pölten 2003); für die Hilfe Butscheks ausdrücklich bedankt sich auch Heinrich Drimmel, Die Häuser meines Lebens. Erinnerungen eines Engagierten (Wien 1975) 180, 239.

**79** Interview mit Norbert Steger in Robert Kriechbaumer (Hg.), Zeitenwende: Die SPÖ-FPÖ Koalition 1983-1987 (Wien 2008).

**80** Auch vom oberösterreichischen Bauernbunddirektor Felix Kern oder vom Salzburger Landwirtschaftskammer-Präsidenten Isidor Griessner (KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 9.5.1951) sind bei anderen Gelegenheiten äußerst VdU-kritische Äußerungen überliefert.

**81** Raab gilt wohl mit Recht als einer der Architekten des Systems der Bünde, war aber nicht blind für seine Auswüchse. So hatte er schon im Vorfeld des Parteitages, auf dem er zum Obmann gewählt worden war, die rhetorische Frage aufgeworfen: Der Klub benötige Spezialisten. „Man sage mir, durch welchen der bündischen Kanäle der größte



Am 9. März wurde das 12-Punkte-Programm von ÖVP und WdU veröffentlicht, doch bereits am Tag darauf sah sich Raab gezwungen, Stendebach die Mitteilung zu machen, daß die SPÖ eine Dreier-Koalition strikt ablehne. Erst nach diesem „Njet“ der SPÖ erwog Raab zwar immer noch keine Koalition allein mit dem VdU, wohl aber eine Minderheitsregierung, sobald die SPÖ über den status quo hinausgehende Forderungen stelle – ein Vorschlag, der allerdings bloß bei Kamitz auf Wohlgefallen stieß.<sup>82</sup> Krainer, der Tiroler ÖVP-Obmann Alois Lugger und der Wiener ÖVP-Obmann Fritz Polcar wollten am 11. März dafür noch lieber Neuwahlen riskieren, die Außenminister Gruber freilich als „nicht wünschenswert“ bezeichnete. Gorbach kritisierte, daß „der Generalstab schon an Rückzug denke, bevor es noch die erste Feindberührung gegeben habe“.

Am 18. März zeichnete sich dann bereits die Kompromißlösung ab: Die SPÖ erhielt den Rechnungshofpräsidenten zugesprochen. Zwei sozialistische Staatssekretäre sollten aus „eigenen“ in „fremde“ Ressorts übersiedeln. Einer davon sollte Bruno Kreisky sein, der am Ballhausplatz einzog, was als lässliche Sünde galt, weil die Außenpoli-

tik ohnehin nur im Einvernehmen geführt werden könne; der zweite war Raimund Gehart im Handelsministerium, ein Schwager Waldbrunners, vorher schon Leiter der Abteilung für öffentliche Verwalter im Krauland-Ministerium.<sup>83</sup> Inhaltlich freilich setzte sich dafür die Linie Kamitz durch, die jetzt als „Raab-Kamitz-Kurs“ auch propagandistisch die höheren Weihen erhielt.<sup>84</sup> Denn Raab wurde am 22. März von der Bundesparteileitung mit 29 von 30 Stimmen als Kanzlerkandidat bestätigt. Die Regierungsbildung war binnen einer Woche abgeschlossen: Gerade zwischen den Skeptikern der Dreier-Koalition im Bauernbund und im ÖAAB kam es dabei wegen der Ressortverteilung zu Kontroversen und Mißstimmung.<sup>85</sup>

Der Kompromiß ging jedoch einher mit der Entschlossenheit, den Kurs der bürgerlichen Zusammenarbeit weiterzuführen: Raab postulierte, „die Dinge dürfen sich aber nicht so gestalten, daß uns die WdU des Verrats zeihen könnte.“ Wenn man nicht mit dem WdU gegangen wäre, hätte die ÖVP heute schon anderthalb Ministerien verloren: Bei den nächsten Wahlen wäre dann „die rote Mehrheit so gut wie sicher.“ Sein Fazit lautete deshalb: „Wir müssen uns die WdU warm halten.“<sup>86</sup>

Staatsmann der Ersten Republik, Dr. Seipel, überhaupt in das Parlament hätte gelangen können?“ Gewisse „Wider-sinnigkeiten“ des bündischen Systems müssten aus der Welt geschafft werden. Als Beispiele nannte er Gschnitzer als Bauernvertreter, den Beamten Kolb (ebenfalls Jurist und Universitätsprofessor) als Wirtschaftsvertreter und den Wirtschaftstreuhänder Bock als Vertreter des ÖAAB im Parlament (KvVI ad 2836, Politischer Ausschuß des Bundesparteitages 29.1.1952).

**82** Diese Variante wurde nur im kleinen Kreis im Rahmen einer Besprechung am 13. März erörtert.

**83** Ifa-Korrespondenz 23.7.1954; zur Person vgl. Felber, „Öffentliche Verwalter“ 217, wo sich allerdings kein Hinweis auf Verwandtschaftsverhältnisse findet.

**84** Hannes Androsch, Der österreichische Weg – Reminiszenz und Perspektiven. In: Kriechbaumer (Hg.), Spiegel der Erinnerung 559-582 (hier: 564) hat dazu bemerkt, eigentlich müsste es „Kamitz-Waldbrunner-Kurs“ heißen. Bei einem Mittagessen anlässlich seines 70. Geburtstages habe auch Kamitz dieser Formulierung zugestimmt, berichtet Androsch (vgl. Androsch/Pelinka/Zollinger (Hg.), Waldbrunner 11) Auch Franz Olah und Hans Iglar haben dem Verfasser gegenüber immer betont, daß die beiden weltanschaulichen Gegenpole in praktischen Fragen oft über die Köpfe ihrer Kabinettskollegen hinweg zu Kompromissen gelangten. Eine Analyse an Hand der Ministerratsprotokolle wäre eine lohnende Aufgabe! Ein Beispiel findet sich in KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 29.6.1954 erwähnt. Neben der Möglichkeit der Eigenfinanzierung der Verstaatlichten, die es ihr ermöglichte, dem Rückgriff auf den Kapitalmarkt auszuweichen, ist hier vor allem ein zehnjähriges Investitionsprogramm bei Post und Bahn zu nennen; vgl. Weber, Langer Marsch zum Keynesianismus 279, 282.

**85** KvVI 1223, BPL 1.4.1953. Der Bauernbund argumentierte, er habe mit Figl auf den Kanzler verzichtet und könne nicht auch noch ein Ressort abgeben. Der ÖAAB wurde mit dem Personalreferat im Unterrichtsministerium abgefunden, das bei Kolb verblieb (der 1954 dann von Drimmel als politischem Quereinsteiger abgelöst wurde).

**86** Meines Erachtens daher richtig die Einschätzung bei Brigitte Bailer-Galanda, Die Entstehung der Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung. Die Republik Österreich und das in der NS-Zeit entzogene Vermögen (Wien 2003) 298: „Im Hintergrund bestand nach den Wahlen eine informelle Achse zwischen ÖVP und VdU.“

Gruber sprach davon, die WdU eben allmählich in die Mehrheitsbildung einzubeziehen: „Die WdU muß in steigendem Maße parlamentarisch herangezogen werden und sie muß regierungsfähig werden“; Kamitz schlug in dieselbe Kerbe, es sei unerlässlich, „mit den bürgerlichen Elementen der WdU in dauernder Verbindung zu bleiben.“ Sogar der Skeptiker Graf stimmte zu: „Der Kontakt mit dem WdU muß ein dauernder werden.“<sup>87</sup> Krainer und Weinberger wollten das Handelsministerium einem Mann überlassen, „der dem WdU genehm ist“. (Böck-Greissau, auf den diese Beschreibung zweifellos zutraf, war todkrank – er starb am 21. April. Sein Nachfolger wurde der bisherige steirische Landesrat Udo Illig.<sup>88</sup>)

Eine in der Öffentlichkeit viel diskutierte Frage war der sogenannte „koalitionsfreie Raum“: Er kam auf Wunsch der Länder schon einmal insofern zum Tragen, als der flächendeckende Pakt vom Jahre 1949 nicht mehr erneuert wurde: Schon zu Beginn des Wahlkampfes 1952/53 hatte Raab er die Parole ausgegeben, die ÖVP müsse in den Städten, wo eine bürgerliche Mehrheitsbildung möglich sei, die Freiheit dazu erhalten.<sup>89</sup> In Innsbruck kam es im Herbst zu einer schwarz-blauen, in Salzburg freilich zu einer stillschweigenden rot-blauen Koalition.<sup>90</sup> Der koalitionsfreie Raum im Parlament, so Gruber, sei allerdings eine „undeutliche Formel, die es jedem Teil erlaubt, sie nach seiner Art auszulegen.“ Ob man zusammen mit dem WdU im gegebenen Fall die SPÖ über-

stimmen könne, sei davon abhängig, ob man bereit sei, Neuwahlen zu riskieren. Raab gab sich unter diesen Umständen keinen Illusionen hin: „Unter den gegebenen Umständen wird uns die WdU nicht viel nützen können.“<sup>91</sup> Doch an seiner grundsätzlichen Einstellung hatte sich nichts geändert. Im Herbst 1953 gab er neuerlich zu Protokoll: „Es ist notwendig, daß der VdU für uns dauernd in Reservestellung steht. Nur so wird es möglich sein, die Überschwenglichkeit der Sozialisten einzudämmen. [...] Auch in den Ländern ist eine solche Verbesserung des Verhältnisses notwendig.“<sup>92</sup>

### 3 Die Krise des VdU

Freilich: Das Jahr vom Herbst 1953 bis zum Herbst 1954 war von einer Verschlechterung des Verhältnisses geprägt, das immer noch einige Rätsel aufgibt. Es lässt sich dabei kein spezieller Wendepunkt ausmachen, allenfalls eine Vielzahl von Irritationen, die eine gewisse kumulative Wirkung entfaltete. Böses Blut machte zweifellos, daß in Salzburg keine Einigung über einen bürgerlichen Bürgermeisterkandidaten erzielt werden konnte;<sup>93</sup> auch die bürgerlichen Einheitslisten bei den Kärntner Gemeinderatswahlen waren nicht von Erfolg gekrönt. Graf resümierte: Der sozialistische Vormarsch auf dem Lande habe sich fortgesetzt. Nur dort, wo die ÖVP allein angetreten sei,

**87** Graf warnte aber am 22. März davor, „uns vom WdU allzu sehr gegen die SPÖ ausspielen zu lassen.“ Stark bleiben heiße auch „stark bleiben gegenüber dem VdU“. Er beschwerte sich bei Helmer über den Kurs seiner Partei – ebenso wie Ursin vom VdU. Reimann (Dritte Kraft 260) kolportiert, auch Figl hätte Schärf hinter dem Rücken von Raab mitgeteilt, die meisten ÖVP-ler seien gegen eine Dreierkoalition.

**88** Illig – ein Teilhaber der Puntigamer-Brauerei und der Schöckl-Bahn - irritierte Raab durch häufige Rücktrittsgesuche. Kolportiert wurde die Replik des Kanzlers: „Es geht net, daß Du mir jeden Tag die Patschen vor die Tür stellst.“ (Ifa-Korrespondenz 6.8.1954).

**89** KvVI 1601, Sitzung der Parteisekretäre und Chefredakteure 6.11.1952.

**90** Vgl. Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 162-184. Ursprünglich war auch eine Kooperation in Villach in Aussicht genommen worden (ebd. 131), die sich erübrigte, weil die SPÖ dort die absolute Mehrheit errang.

**91** KvVI 1223, BPL 1.4.1953.

**92** KvVI 1223, BPL 4.11.1953. Zu dem Thema existiert auch eine undatierte Aufzeichnung Stendebachs (vgl. Höbelt [Hg.], Aufstieg und Fall 131).

**93** Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 162-184. SPÖ-Klubobmann Bruno Pittermann schrieb dann am 12. Jänner 1954 an Schärf: „Jedenfalls sollten wir versuchen, mit dem VdU nach Tunlichkeit über den Kontakt mit den Landesorganisationen zusammen zu arbeiten. [...] Das ‚Mir san 88‘ bei der Regierungsbildung“ müsse der ÖVP „heimgezahlt“ werden; vgl. Maria Mesner, Traude Pietsch, Oliver Rathkolb, Johannes Schönner, Helmut Wohnout (Hg.), Quellenedition zur österreichischen Parteigeschichte der Zweiten Republik 1945–1953 (unveröffentlichtes Manuskript Wien 1996), Teil II, Nr. 9.

hätte sie Zuwächse erzielt.<sup>94</sup> Wesentlich erscheint jedoch der Grundtenor, wie ihn selbst Befürworter der Zusammenarbeit offen aussprachen: Es machte sich die Überzeugung breit, daß der VdU im Zerfall begriffen sei. ÖAAB-Generalsekretär Ignaz Köck urteilte: In den Betrieben, wo er einst eine so starke Stellung eingenommen habe, sei er völlig uninteressant geworden. Selbst Gorbach stieß im Jänner 1954 in dasselbe Horn: „Mit dem VdU kann man nichts anfangen. Er ist ein morbider Körper.“<sup>95</sup>

Für diesen Befund, der einmal mehr das Bild vom VdU als „zusammengewürfeltem Haufen“ bemühte, waren in erster Linie die internen Schwierigkeiten des VdU verantwortlich:

1. Nicht zuletzt als Reaktion auf das enttäuschende Wahlergebnis wurde der Zusammenschluß von VdU und „Aktion für politische Erneuerung“ – nach jahrelangen, mühsamen Verhandlungen, die schon im Juni 1952 zu einem vorläufigen „Fusionsprotokoll“ geführt hatten – auf dem Verbandstag vom 4. Juli 1953 abgelehnt bzw. nur unter für die Aktion so ungünstigen Bedingungen in Aussicht genommen, daß sie das Angebot nahezu einstimmig zurückwies.<sup>96</sup> Die „Aktion“ löste sich auf: Der NR Max Herzele, ihr Kärntner Landesobmann, schied aus und schloß sich der ÖVP an; ihr verbleibender Abgeordneter Willfried Gredler schrieb schon im Sommer 1953: „Unser alter Kreis ist schon eine nervliche Belastung“; er lud die Runde Anfang

1955 dann nur mehr zum Heringsschmaus ins „Batzenhäusl“ ein.<sup>97</sup> Nur in der Steiermark war mit Friedrich Hueber noch ein Vertreter der „Aktion“ in führender Position tätig.

2. Der Wiener Landesverband des VdU unter dem Vorsitz von Fritz Stüber pochte auf seinen Wahlerfolg und begab sich zunehmend auf Kollisionskurs zur Bundesführung: Stüber hatte schon gegen die Regierungsverhandlungen im März öffentlich Stellung bezogen. Im November 1953 erfolgte sein Ausschluß. Stüber gründete daraufhin die FSÖ, die Freiheitliche Sammlung Österreichs, die im Jänner 1954 ihre Gründungsversammlung abhielt. Stüber war bekannt für sein Pathos. Ihre Gründungsversammlung zierte der Spruch: „Siegen wird, wer den stärkeren Glauben besitzt.“ Die FSÖ machte durch ihre stramm nationale Haltung von sich reden, verband diese jedoch in allen aktuellen Fragen mit einer Neigung nach links, gegen „Schiebertum und Klassendünkel“ und gegen „eine Stabilisierung nach Kienböck-Manier“.<sup>98</sup> Die Obmannschaft der FSÖ übernahm Fritz Ursin, der während der Regierungsverhandlungen mit der ÖVP dem sozialistischen Innenminister Helmer stets brühwarm Bericht erstattet hatte.<sup>99</sup>

Allerdings: Stüber sollte bei den Wiener Landtagswahlen im Herbst 1954 dann bloß 1,3 % der Stimmen erreichen, der VdU immerhin noch 4,6 %. In den Bundesländern

wollte sich keiner seiner Freunde aus der Deckung wagen. Aus dieser Perspektive hat man seine Bedeutung wohl bei Freund und Feind überschätzt. Doch der Eindruck, wie er im Frühjahr 1954 entstand, war ein ganz anderer: Ein Polizeibericht sprach davon, bei der ersten Versammlung Stübers am 19. März seien 1300 Zuhörer anwesend gewesen, bei einer Veranstaltung Gredlers bloß 65.<sup>100</sup>

3. Auf dem Schreibtisch des ÖVP-Generalsekretariats landeten auch immer wieder Meldungen über die Aktivitäten von Gruppen aus dem Umfeld der sowjethörigen Nationalen Liga, die sich die Auflösungserscheinungen des VdU zunutze machen wollten. Zu Anfang des Jahres 1954 wurde als Tarnorganisation ein „Komitee der nationalen Einigung“ ins Leben gerufen, mit einem alten Staatssekretär des Jahres 1919, dem 85-jährigen Egon v. Pflügl, als Aushängeschild.<sup>101</sup> Die Anmeldung des Vereins, so notierten die Behörden, wurde von einem Mitglied der Nationalen Liga überbracht. Bei der ersten größeren Tagung sei es zu einem Handschlag zwischen Adolf Slavik,<sup>102</sup> dem Chef der Nationalen Liga, und dem steirischen VdU-Obmannstellvertreter Viktor Strohmayer gekommen;<sup>103</sup> später entwickelte sich der ehemalige steirische Landesbauernführer Sepp Hainzl, der 1949 für die ÖVP optiert, 1953 dann für die Aktion kandidiert hatte, zum Star des Komitees.<sup>104</sup> In der Steiermark aber setzte sich im Laufe des Jahres 1954 mit Herbert Schweiger

ein Obmann durch, der jegliche Kooperation mit VP ablehnte, aber im Juli 1954 ein Übereinkommen mit der Nationalen Liga einging.<sup>105</sup>

4. Irgendwann im Laufe des Jahres 1953 scheint auch die persönliche Vertrauensbasis zwischen ÖVP, Industrie und Kraus verloren gegangen zu sein – ohne daß dafür irgendein spezieller Grund ins Treffen geführt wurde. Kraus selbst wies in diesem Zusammenhang in erster Linie auf den Tod Böck-Greissaus im April 1953 hin, der nicht bloß Handelsminister, sondern auch geschäftsführender Vizepräsident der Vereinigung Österreichischer Industrieller (VÖI) gewesen war; mit Hans Lauda als Präsident der VÖI und mit Robert Harmer, dem Obmann des VSW, habe es kein ähnliches Vertrauensverhältnis gegeben. Vielleicht wurden auch die verzweifelten Versuche der VdU-Führung, den verloren gegangenen Anhang unter den Arbeitern zurückzugewinnen, falsch verstanden. Jedenfalls sprach Gredler schon im Frühjahr 1954 von „der Stimmung der Wirtschaft bzw. der Industrie gegen ihn [Kraus]“ wie von einer feststehenden Tatsache;<sup>106</sup> dazu passt eine Notiz, daß Lauda „seit den Zerfallserscheinungen des VdU und dem Ausschluß Stübers alle Zuwendungen gesperrt hat“<sup>107</sup> – und ein böser Brief Prinzorns, der sich über diesen Beschluß beschwerte, nicht ohne den Hinweis, „daß sich nun ohne unsere Aufforderung bereits Raab der Geldzuweisungen

**94** KvVI 1223, BPL 16.3.1954. Schon im Herbst hatte der Kärntner Bauernbund-Chef Gruber geklagt, es häufen sich die Fälle, wo der VdU mit den Sozialisten gegen uns (4.11.1953); schon 1951 war eine Wahl eines VdU-Kandidaten zum Landwirtschaftskammerpräsidenten von Kärnten nur an deren Weigerung gescheitert, einen Pakt mit den Slowenen abzuschließen, vgl. Aufstieg und Fall 142 ff.

**95** KvVI 1494, BPL 27.1.1954. Im Herbst hatte Gorbach immerhin noch argumentiert: „Wenn der VdU heute politisch krank geworden ist, dann ist das nicht zuletzt ein Erfolg unserer Politik unmittelbar nach den Wahlen.“ Raab („ich rate davon ab, den VdU allzu sehr gegen uns aufzubringen“) und Maleta („wir haben ein Interesse daran, den VdU weiter an unserer Seite zu halten“) plädierten damals weiter für eine Zusammenarbeit. KvVI, ÖVP-Klub 25.11.1953.

**96** Höbelt, Geschichte des VdU 170, 186 f.

**97** Schreiben Gredlers vom 24.8.1953 und 24.2.1955 in ÖStA, KA, Nachlaßsammlung B/1251: Taras v. Borodajkewicz, Mappe 169.

**98** Archiv der Republik (AdR), Mdl, Zahl 36.061-2/54, Grundzahl: 25.846 – 2/56. Die Statuten der FSÖ waren am 25. November 1953 eingereicht worden; der Akt enthält auch Zimelien wie die Aussagen des Oberkellners im Cafe Pöchhacker, wo einander einige der Gründer getroffen hatten.

**99** Höbelt, Geschichte des VdU 180, 195. Reimann (Dritte Kraft 261) behauptet, Stüber sei ein Duzfreund von Vizekanzler Schärf gewesen. Stüber (Ich war Abgeordneter 177) erzählt, Schärf habe mit ihm nach der Wahl Körners Bruderschaft getrunken.

**100** AdR, Mdl, Abt. 2, Referat Kothny, Bericht 25.3.1954.

**101** Im NI. Reinthaller findet sich die Notiz vom 20. März 1954, Pflügl habe geglaubt, auf diese Weise seinen Sohn „aus Russland zurück zu erhalten“.

**102** Über Slavik hatte Ferdinand Graf schon früher geurteilt, daß er „sich in der Nazifrage eine Sprache leisten kann, die jeden anderen sofort in ein russisches Gefängnis bringen würde“. (KvVI, Klub 9.5.1950).

**103** AdR, Mdl, Abt. 2, Referat Kothny, Bericht 14.1.1954, 18. & 25.2.1954; ein Polizeibericht über eine Tagung des Komitees am 20./21.2.1954 findet sich in KvVI 1470.

**104** Anfang 1955 arrangierte Slavik auch ein Treffen mit den zwei ausgeschiedenen Salzburger Landtagsabgeordneten Freyborn und Gürschner (AdR, Mdl, Abt. 2, Referat Kothny, Berichte 3.2.1955). Hainzl schrieb an Reinthaller am 10. Juli 1954 treuherzig: „Deine Auffassung teile ich ganz, daß es ein Unding und unverantwortlich wäre, eine weitere antimarxistische Partei neu zu schaffen, anstatt bestehende Gruppen zu vereinigen.“ Eine Kandidatur Hainzls an aussichtsreicher Stelle scheiterte 1953 offenbar in erster Linie am Widerspruch Hartlebs (Oberösterreichisches Landearchiv [OÖLA], NI. Reinthaller, VdU/FPÖ I, Briefe Butscheks 21.11.1952, 21.1.1953).

**105** Höbelt, Geschichte des VdU 199.

**106** FPÖ-Archiv, NI. Stendebach, fol. 96 f., Brief Gredlers o.D. (die Antwort erfolgte am 5.5.1954).

**107** KvVI 1470, Kolb (BMI) an Maleta 26.1.1954.

annimmt“ (der „mehr Verstand und Konzept hat als die ganze Industriellenvereinigung miteinander“).<sup>108</sup> Raab selbst wiederum scheint dem VdU seine „Verbindung mit den reichsdeutschen Stellen“, sprich: seine Kontakte zur FDP, übel genommen zu haben.<sup>109</sup>

Der VdU war von der ÖVP ganz offensichtlich abgeschrieben worden; das grundsätzliche Problem eine bürgerlichen Mehrheitsbildung blieb bestehen. Raab sollte mit dem Bonus des Staatsvertragskanzlers 1956 dann wieder einen Vorsprung von acht Mandaten auf die SPÖ herausholen. Das war 1954 allerdings noch nicht vorzusehen. Im Gegenteil: Die Ausgangsbasis war eine relative Mehrheit der SPÖ innerhalb der Wählerschaft. Sollte die „vierte Partei“ auf Grund ihrer internen Querelen nicht zum Zug kommen, drohte eine Links-Mehrheit, unter Einschluß der KPÖ, die über ein kleines, aber relativ stabiles Wählerpotential von an die 5 % verfügte. An eine solche Mehrheit knüpften sich apokalyptische Visionen, die an die Entwicklungen in der CSR oder der DDR anknüpften, mit dem Wissen der Nachgeborenen zwar vielleicht überzogen wirken, aber intern – und keineswegs nur als propagandistisches Schreckgespenst nach außen – immer wieder beschworen wurden. So erklärte Raab Anfang 1955 seiner Parteileitung: „Die Sozialisten hätten es im Falle eines Wahlsieges gar nicht in der Hand, auf dem Weg zum Kommunismus stehen zu bleiben.“<sup>110</sup>

Die Landtagswahlen vom Oktober 1954 machten den Niedergang des VdU deutlich, wenn auch in einem auf den ersten Blick keineswegs lebensbedrohlichen Ausmaß. Der VdU verlor rund ein Drittel seiner Stimmen, allerdings fast alle

seine Mandate in der Arbeiterkammer. In Wien, wo er im Vorjahr über 10 % erreicht hatte, flog er mit 4,6 % aus dem Landtag. Die Niederlage ließ interne Spannungen erneut aufbrechen: Die Obmänner der westlichen Bundesländer – mit Ausnahme Oberösterreichs – trafen einander am 12. Dezember 1954 im Bahnknotenpunkt Schwarzach-St. Veit, um einen Kurswechsel oder eine Neuformierung der „dritten Kraft“ herbeizuführen. Sie dachten dabei als Galionsfigur in erster Linie an Anton Reinthaller.<sup>111</sup>

#### 4 Raab, Revertera und Reinthaller

Reinthaller war nun zweifellos ein hochrangiger Nationalsozialist: Für die Zeitgenossen war er der „Anschlußminister“; heutige Kritiker führen ihn unweigerlich als „SS-General“ ins Treffen. Beide Vorwürfe bewegen sich vornehmlich auf der Ebene der Symbolpolitik: Reinthaller war Landwirtschaftsminister im kurzlebigen Kabinett Seyß-Inquart, das am 13. März 1938 den Gesetz über den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich beschloß. Im Juli 1938 wurde Reinthaller dann auch zum Ober-, später (Jänner 1941) zum Brigadeführer in der Allgemeinen SS ernannt, ein Ehrenrang, der keinerlei exekutiven Befugnisse mit sich brachte, sondern auf ein Einvernehmen zwischen Himmler und dem Reichslandwirtschaftsministerium zurückging. Reinthaller war weder im Polizeiapparat noch in der Waffen-SS tätig. Der „General“ war ein klassischer Titel ohne Mittel.<sup>112</sup>

Exekutive Befugnisse hatte Reinthaller hingegen als Führer der Landesbauernschaft Donau-

land und Unterstaatssekretär im Berliner Landwirtschaftsministerium, eine Funktion, die im Vergleich mit den beiden „Aufregern“ lange Zeit seltsam unterbelichtet blieb, für seine politische Verankerung aber zentral war, denn als Vorstand der von ihm geschaffenen „Unterabteilung Bergland“ hatte er vor allem mit österreichischen Bauern zu tun, die auf diese Weise in den Genuß gewisser Förderungen kamen.<sup>113</sup> Er selbst war Sohn eines wohlhabenden Innviertler Bauern (44 ha in Mettmach am Kobernauser Wald<sup>114</sup>) und hatte 1924 Theresia Ritzberger-Oehn geheiratet, die Adoptivtochter von Hermann Oehn, des Obmanns des Oberösterreichischen Bauernvereins aus der Vorkriegszeit. Beruflich war er nach Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg (Oberleutnant), mehrjähriger russischer Kriegsgefangenschaft und dem Studium auf der Hochschule für Bodenkultur bis 1934 bei der Wildbachverbauung tätig, politisch beim Landbund. 1928/30 wechselte er zur NSDAP und übernahm dort 1932 die Führung der NS-Bauernschaft in Österreich.<sup>115</sup>

Reinthaller eilte der Ruf eines gemäßigten Nazi voraus, der sich persönlich nichts zuschulden hatte kommen lassen. Zum Unterschied von Kraus, Stendebach oder Stüber verfolgten ihn keine hartnäckigen, von der Flüsterpropaganda des politischen Gegners genüsslich aufgegriffene Gerüchte über Fehlverhalten während des Krieges. Der gemäßigte Nazi ging auf seine Kontroverse mit Landesinspektor Theo Habicht zurück, der ihn 1933 als Führer der Bauernschaft absetzte – und auf die Aktion Reinthaller, den Versuch einer Einigung oder zumindest eines Waffenstillstandes zwischen dem „Christlichen Ständestaat“ und der „nationalen Opposition“.<sup>116</sup> Bei seinem Prozeß sagten nach 1945 eine Reihe von prominenten Persönlichkeiten aus, Reinthaller habe ihnen während des NS-Regimes geholfen, darunter

neben Gleissner, Figl und Hartmann auch Graf Peter Revertera, der Sicherheitsdirektor Oberösterreichs vor 1938. Im Staatspolizeiakt heißt es: Er habe sich während des NS-Regimes „der Bevölkerung gegenüber stets hilfreich gezeigt“ und „durch sein Eingreifen in wiederholten Fällen übermäßige Parteischikanen verhindert.“<sup>117</sup> Auch Aussagen rassistisch Verfolgter – und sogar von der KPÖ Attersee – in diesem Sinne sind überliefert.<sup>118</sup>

Reinthaller hatte sich am 25. Juni 1945 auf Anraten seines Schulkollegen Hans Frenzel, des späteren Rechnungshofpräsidenten (SPÖ), den US-Besatzungsbehörden gestellt, war eine Zeitlang im Anhaltelager „Glasenbach“ festgehalten und dann im Nürnberger Prozeß als Zeuge einvernommen worden. Im November 1948 wurde er in Bayern auf freien Fuß gesetzt, da gegen ihn keinerlei „belastenden Anhaltspunkte“ vorlagen. Erst auf Grund eines österreichischen Auslieferungsbegehrens wurde er im Juli 1949 neuerdings verhaftet und nach Österreich überstellt. Der Prozeß vor dem Volksgerichtshof drehte sich um das „Formaldelikt“ der NS-Mitgliedschaft und eine Anklage wegen Hochverrats im Zusammenhang mit seinem Anteil am Zustandekommen des „Anschlußgesetzes“ im März 1938. Von der Anklage des Hochverrats wurde Reinthaller am 26. Oktober 1950 freigesprochen, wegen seines Ranges in der NSDAP zu drei Jahren Haft verurteilt, die aber längst verbüßt waren.<sup>119</sup>

Reinthaller geriet unversehens in die Mühlen des Präsidentschaftswahlkampfes 1951, weil Gustav Canaval in den ‚Salzburger Nachrichten‘ die kurz zuvor erfolgte Aufhebung des Freispruchs durch den Obersten Gerichtshof zum Anlaß für einen Leitartikel nahm, der am Vorabend des zweiten Wahlganges eine Breitseite gegen den SPÖ-Justizminister Otto Tschadek abfeuerte, die in einem Plädoyer für die Wahl des ÖVP-Kan-

**108** FPÖ-Archiv, NI. Stendebach, fol. 56, Prinzhorn an Maresch, 9.10.1953.

**109** Maria Mesner, Traude Pietsch, Oliver Rathkolb, Johannes Schöner, Helmut Wohnout (Hg.), Quellenedition zur österreichischen Parteigeschichte der Zweiten Republik 1945–1953 (unveröffentlichtes Manuskript Wien 1996), Teil II, Nr. 10 (Brief Helmers an Waldbrunner vom 26.1.1954 über ein Gespräch mit Raab), 8 (Bericht Grafs vom selben Tag über die Sperre der Gelder durch Lauda und die Besuche von VdU-Politikern bei der FDP), 14 (Bericht Grafs vom 13.8.1954 über VdU-Kontakte zu Friedrich Middelhaue, dem FDP-Vorsitzenden von NRW).

**110** KvVI 1223, BPL 18.1.1955. Ähnlich argumentierte er auch während der Verhandlungen 1953: „Wir müssen uns klar sein, die SPÖ kennt keine Demokratie.“ Erhalte sie auch nur eine Stimme Mehrheit, „wird sie von ihrer Majorität rücksichtslos Gebrauch machen.“ (Ebd. BPL 11.3.1953).

**111** Höbelt, Geschichte des VdU 213 ff.

**112** Heinz-Dietmar Schimanko, Der Fall Reinthaller. Das Strafverfahren gegen Anton Reinthaller vor dem Volksgericht (unveröff. Dissertation Wien 2017) 188; Margit Reiter, Anton Reinthaller und die Anfänge der Freiheitlichen Partei Österreichs. Der politische Werdegang eines Nationalsozialisten und die „Ehemaligen“ in der Zweiten Republik. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 66 (2018) 539-575; hier: 547, 552.

**113** Gerhard Siegl, Bergbauern im Nationalsozialismus: Zwischen Agrarideologie und Kriegswirtschaft (Innsbruck 2013) 83 ff.

**114** Zum Besitz zählte auch eine 1909 stillgelegte Brauerei im Nachbarort Waffendorf, die Gastwirtschaft „Stranzinger“ und ein Fischwasser. Ich bin Herrn Felix Fruhstorfer, dem jetzigen Besitzer des Hauses, für seine Freundlichkeit und seine Informationen sehr zu Dank verpflichtet.

**115** Schimanko, Fall Reinthaller 9 f., 168.

**116** Lothar Höbelt, Die „Aktion Reinthaller“: „Ständestaat“ und „nationale Opposition“. In: OÖLA (Hg.), Oberösterreich 1918-1938, Bd. I (Linz 2014) 47-88.

**117** AdR, Mdl, Abt. 2, Referat Kothny, Bericht 11.8.1954.

**118** Schimanko, Fall Reinthaller 172 f., 181-186; vgl. auch Reiter, Reinthaller 559 ff.

**119** Schimanko, Fall Reinthaller 18 ff., 41 f., 163.

didaten Gleissner gipfelte. (Die entsprechende Ausgabe wurde von Helmer übrigens prompt beschlagnahmt.) Die Aufhebung des Urteils hatte für Reinthaller allerdings keine negativen Folgen; das Hochverratsverfahren wurde am 11. August 1951 endgültig niedergeschlagen. Wegen der vermögensrechtlichen Folgen des Schuldspruchs vom Oktober 1950 strengten Reinthallers Anwälte selbst eine Wiederaufnahme des Verfahrens an, die im Mai 1952 schließlich zu einer Reduktion der Haftstrafe auf zweieinhalb Jahre führte, den „Vermögensverfall“ aber immer noch nicht aufhob. Erst im Juni 1953 wurde dann im Zuge eines Gnadenakts – nach einer Audienz beim urlaubenden Vizekanzler Schärf in Ischl – das Damoklesschwert der Konfiskation seines Besitzes beseitigt und die Befreiung von den „Sühnefolgen“ ausgesprochen (allerdings war bereits seit 1949 Reinthallers Frau als öffentliche Verwalterin tätig, die auf Grund des Ehevertrages schlimmstenfalls die Hälfte der Liegenschaften für sich hätte beanspruchen können).<sup>120</sup>

Hartleb hatte Reinthaller bereits kurz nach seiner Haftentlassung im Dezember 1950 für eine Mitarbeit bei der „Unabhängigen Bauernschaft“ gewinnen wollen.<sup>121</sup> Regelmäßigen Kontakt hielt Reinthaller mit Fritz Butschek, seinem Stabsleiter in der Landesbauernschaft, der in die Führungsgremien der „Aktion für politische Erneuerung“ eingebunden war.<sup>122</sup> Butschek zählte allerdings zu den Stimmen, die mit der VdU-Führung hart ins Gericht gingen. Er kehrte der Politik deshalb bereits 1953 den Rücken.<sup>123</sup> Auch VdU-Obmann Herbert Kraus wurde auf Reinthaller aufmerksam

und bat ihn im Sommer 1952 um eine Aussprache – die Reinthaller ablehnte, weil ihm durch seinen wiederaufgerollten Prozeß politisch die Hände gebunden seien.<sup>124</sup> Zu Beginn des Jahres 1954 intensivierten sich dann die Kontakte, diesmal zu den Kritikern von Kraus, die sich an Reinthaller wandten.

Der erste Anstoß dazu kam vom Salzburger VdU-Klubobmann Johann Freyborn, der allerlei hochfliegende Pläne wälzte, die sich bald in Luft auflösten. Die NS-Führungsclique der frühen dreißiger Jahre um Alfred Proksch, die im Februar 1954 zusammen mit dem Wiener Arzt Reiner Timmel den Verein „Gemeinschaft Österreich“ ins Leben rief, versuchte, Reinthaller ebenfalls vor ihren Karren zu spannen. Reinthallers Notizen über die Besprechungen lassen erkennen, daß er all diesen Initiativen skeptisch gegenüberstand. Er traute den vollmundigen Versprechungen nicht und war sich der Gefahr bewusst, instrumentalisiert zu werden. Genauso wenig erbaut war er auf der anderen Seite von einem Angebot Kraus', auf dem Bad Ausseer Verbandstag des VdU im Mai 1954 als Obmannstellvertreter zu kandidieren, das ihn erst sehr spät erreichte.<sup>125</sup>

Der entscheidende Anstoß für Reinthaller, doch wieder in den Ring zu steigen, kam über Mittelsmänner der Industrie – mit Bundeskanzler Raab im Hintergrund. In der Memoirenliteratur wird meist auf Fritz Kretz verwiesen, als oberösterreichischer Obmann des Verbandes Selbständig Wirtschaftstreibender, der es zusammen mit Hornbostel übernommen habe, Reinthaller im Bahnhofsrestaurant von Attnang-Puch-

heim zur „aktiven Teilnahme“ zu überreden.<sup>126</sup> Tatsächlich finden sich Hinweise auf ein solches Treffen im August 1955, das aber keineswegs am Anfang der Bemühungen der Industrie um Reinthaller stand. Das „missing link“ in dem Netzwerk der Beziehungen zwischen Raab, der Industrie und Reinthaller dürfte vielmehr in erster Linie Graf Peter Revertera dargestellt haben, sein Partner und Gegenspieler aus den dreißiger Jahren, als Revertera Sicherheitsdirektor von Oberösterreich und damit erster Ansprechpartner der „Aktion Reinthaller“ war.

Revertera entstammte einer seit dem 18. Jahrhundert in Oberösterreich ansässigen italienischen Adelsfamilie, die in den politischen Kontroversen des 19. Jahrhunderts ganz eindeutig auf Seite der Katholisch-Konservativen beheimatet war. Peters Großvater war einer der Führer der Katholisch-Konservativen in Oberösterreich, Diplomat und Botschafter beim Heiligen Stuhl; seine Mutter, eine geborene Aldobrandini, kam aus dem „schwarzen“ Adel Roms. Peter war ein Freund Starhembergs und Bezirksführer der Heimwehren im Mühlviertel gewesen.<sup>127</sup> Seine Frau Ida war eine geborene Prinzessin Schwarzenberg. 1934 wurde er als Nachfolger Hans v. Hammerstein-Equords zum Sicherheitsdirektor in Oberösterreich ernannt. Er setzte sich für einen Ausgleich mit den kompromissbereiten Kräften des nationalen Lagers ein, wurde nach dem Anschluß aber mit Gauverbot belegt und mußte nach Franken übersiedeln. Er sprach 1950 gegenüber Reinthaller von

einer „Dankespflicht, die ich Ihnen aus für mich bösen Tagen lange genug schuldig blieb“.<sup>128</sup>

Revertera verfügte noch aus der Vorkriegszeit über gute Kontakte zu Gleissner und Raab. Er war darüber hinaus Mitglied des Verbandes Selbständig Wirtschaftstreibender, einer Vereinigung, die in Abstimmung mit der Vereinigung Österreichischer Industrieller, jedoch formell unabhängig von ihr vorging.<sup>129</sup> Ihr Geschäftsführer war der ehemalige politische Direktor des Außenamtes vor 1938, dann lange Jahre KZ-Häftling, der Gesandte Theodor Hornbostel, der als Bezirksparteiobmann der ÖVP in Gmunden lebte (zusammen mit Starhembergs erster Frau Marilies Salm). Sein ehemaliger Chef, Außenminister Guido Schmidt, war der Chef des VSW in Vorarlberg, dessen Geschäftspartner bei den Arlbergbahnen und Freund Raabs, Ezio Foradori, in Tirol.<sup>130</sup> Oberösterreich war durch Fritz Kretz von der Brauerei Redl-Zipf vertreten (und durch Fritz v. Wied, später Vizepräsident der Wirtschaftskammer). Der steirische Obmann Erich v. Seutter-Loetzen war ab 1953 Vizepräsident der Bundeswirtschaftskammer, der Kärntner Obmann Franz Neuner galt als Unterstützer des VdU. Als Präsidenten des VSW auf Bundesebene werden genannt Karl Maria Stepan, der Landeshauptmann der Steiermark vor 1938, und Robert Harmer, der Aufsichtsratsvorsitzende der Länderbank und Präsident des Fachverbands der Lebensmittelindustrie.<sup>131</sup>

Gredler, der insbesondere mit Hornbostel in ständigem Kontakt stand, machte Harmer einmal

<sup>120</sup> Schimanko, Fall Reinthaller 286 ff.; Höbelt, Geschichte des VdU 206.

<sup>121</sup> OÖLA, NI. Reinthaller, Fasz. VdU/FPÖ I, Brief Hartlebs vom 21.12.1950.

<sup>122</sup> OÖLA, NI. Reinthaller, Fasz. VdU/FPÖ I, Butschek fragte Reinthaller am 16. Juli 1951 auch im Namen von „Rudolf Proksch, der zu Deinen getreuesten, mitunter etwas ekstatischen Anhängern zählt, ob es Dir möglich wäre, seinen Sohn während der Sommerferien einige Zeit nach Attersee zu nehmen?“ Der Bub sei „recht gescheit, anständig, flink, körperlich sehr gewandt und nicht verwöhnt“; sein älterer Bruder absolviere bei Fresacher in Salzburg die landwirtschaftliche Lehre.

<sup>123</sup> „Was hier von den führenden Leuten des VdU gespielt wird, das kennen wir bestenfalls aus amerikanischen Kriminalromanen. [...] Ich hatte mir nie vorgestellt, daß Funktionäre der politischen Gruppe, in die ich da hineingeraten bin, eine Rolle bar jeglicher charakterlicher Haltung zu spielen vermögen, wie sich dies hier ereignet.“ (OÖLA, VdU/FPÖ I, Brief Butscheks vom 1.4.1953). Leider blieb Butschek konkrete Details zumindest schriftlich schuldig.

<sup>124</sup> Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 208. Zu einer Begegnung mit Kraus' Nachfolger Stendebach scheint es dann vor Jahresende doch noch gekommen zu sein.

<sup>125</sup> Unterlagen dazu in OÖLA, NI. Reinthaller, Fasz. VdU/FPÖ I, im wesentlich publiziert bei Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 211-225.

<sup>126</sup> Kraus, „Untragbare Objektivität“ 280; Reimann, Dritte Kraft 277. Piringner, FPÖ 26 spricht von einem Treffen schon zu Beginn des Jahres 1955. Interessanterweise geht Reiter (Reinthaller 568) nicht näher auf die Genesis des Wiedereinstiegs Reinthallers in die Politik ein.

<sup>127</sup> Lothar Höbelt, Die Heimwehren und die österreichische Politik 1927-1936. Vom politischen Kettenhund zum „Austro-Fascismus“? (Graz 2016) 199, 214, 244, 287, 356, 395 f.; ders., Der österreichische Adel zwischen Ständestaat und Drittem Reich. In: Zdenek Hazdra, Vaclav Horcicka & Jan Zupanic (Hg.), Der Adel Mitteleuropas in Konfrontation mit den totalitären Regimen des 20. Jahrhunderts (Prag 2011) 35-46.

<sup>128</sup> OÖLA, NI. Reinthaller, VdU/FPÖ I, Brief vom 12.11.1950. Revertera seinerseits intervenierte bei Gleissner für Reinthallers Begnadigung (Brief 3.6.1953), später auch für andere Amnestiefälle (ebd. 4. & 15.2.1954), die er auch Raab vorlegte.

<sup>129</sup> Revertera schrieb einmal über „Raab, auf den der erwähnte Verband doch einen beachtlichen Einfluß auszuüben in der Lage ist.“ (OÖLA, NI. Reinthaller, VdU/FPÖ I, Mappe 1953, Brief vom 10.6.1953).

<sup>130</sup> Aus der Gründungsphase der FPÖ finden sich im NI. Gredler im Inst. f. Zeitgeschichte (NI. 116/Do 1194) ein Briefwechsel mit Schmidt und Foradori, der Gredler über den Geschäftsführer der Tiroler Landesgruppe der Industriellenvereinigung, Ernst v. Gschliesser, ausrichten ließ, daß seinen Finanzwünschen „weitgehend, man kann sagen so gut wie restlos Rechnung getragen“ worden sei (Mappe 6, Brief vom 14.2.1956).

<sup>131</sup> Die Liste folgt einer Aufstellung im NI. Reinthaller; vgl. Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 203; für Reverteras Rolle dabei

das Kompliment, er sei es gewesen, der Raab bei einem „Industriellenessen“ im Hause von Franz Josef Mayer-Gunthof für eine Zusammenarbeit mit den „Abtrünnigen“ der Aktion gewonnen habe, als eine Brücke zum VdU und eine Möglichkeit, Einfluß auf den VdU zu gewinnen.<sup>132</sup> Harmer war es auch gewesen, der Kraus schon 1952 empfohlen hatte, mit Reinthaller Kontakt aufzunehmen. Einige Monate zuvor schon hatte der Meinungsaustausch zwischen Reinthaller und Revertera begonnen. In seinem Brief vom 11. Februar 1952 brachte Revertera seine Freude darüber zum Ausdruck, „daß wir über die vordringlichen Gebote der Stunde einer Meinung sind. Gelingt es nicht in kurzer Zeit die schweren Fehler der letzten – sagen wir – 20 Jahre endlich zielbewusst & ehrlich zu erkennen & daraus die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen, so ist der Untergang unseres Landes & wohl auch Europas nicht aufzuhalten.“ Der Obmannwechsel in der ÖVP, von Figl zu Raab, lag damals erst wenige Wochen zurück. Revertera nahm darauf Bezug, wenn er schrieb: „Was die ÖVP anbelangt, sind die sehr energischen Mahnungen zur Umkehr nicht ungehört verhallt, die insbesondere in den letzten Monaten seitens der Wirtschaft in unmissverständlicher Form erhoben wurden & an welchen ich mich mit allerdings recht bescheidenen Kräften beteilige.“<sup>133</sup>

Sorgen bereitete Revertera weiterhin „das Chaos im nicht der VP zugehörigen bürgerl. Lager. [...] Über diese Fragen muß ich in absehbarer Zeit mit Ihnen sprechen, da ich der – festen – wenn auch vielleicht überheblichen – Meinung bin, dass wir zwei einiges zur so dringend & zwingend notwendigen Klärung auf diesem Gebiete beitragen könnten.“ Der Kontakt blieb ganz offensichtlich aufrecht. Im November 1952 berichtete Revertera nach einer Konferenz „des engeren Komitees der freien Wirtschaft“ über die „diversen Bestrebungen einer Konzentration bei den kommenden Wahlen, über welche wir im Sommer sprachen.“ In der Folge traf Reinthaller auch den neugewähl-

ten VdU-Obmann Oberst Max Stendebach. Dabei ging es um Namen von Persönlichkeiten, die bereit wären, einen Wahlaufuf von VdU und Aktion unterzeichnen. Stendebach zeigte sich allerdings befremdet, daß einige der ihm empfohlenen Herren damit offenbar Mandatswünsche verbanden.<sup>134</sup>

Die Schützenhilfe des VdU für Raab während der Regierungsverhandlungen 1953 dürfte den Intentionen des VSW und Reverteras durchaus entsprochen haben. Allerdings scheint sich schon damals im Kreis der VSW eine Verstimmung über Kraus anzudeuten. Bei einem Treffen mit den Herren vom VSW im Juli 1953 notierte Reinthaller: „Kraus und Reimann sind überfällig. Ihr Programm heißt: Ich will Minister werden.“ Harmer schrieb jedenfalls noch Ende Juli in einem Brief an den bekannten Juristen Egbert Mannlicher von einem „mit Reinthaller besprochenen Plan“, der „über mich die Unterstützung der Wirtschaft“ hat.<sup>135</sup> Mannlicher nahm – zusammen mit Prinz Karl Anton Rohan – tatsächlich an der Besprechung im Februar 1954 teil, die von den Salzburger VdU-Dissidenten Freyborn und Sepp Weilhartner angeregt worden war. Reinthaller's Fazit lautete damals allerdings: „Alle miteinander haben den Wirbel nur noch vermehrt.“ In die politische Arena zu steigen, hielt er „dermalen für Unsinn“: „So wie die Dinge liegen, erachte ich es für ausgeschlossen, dass wir in kurzer Frist wirksam werden können. Für die nächste Zeit müssen wir den Dingen ihren Lauf lassen.“<sup>136</sup>

Am 22. September 1954 klagte Revertera dann: „Die Disintegration des VdU macht uns allen rechte Sorge. [...] Es ist ein Kreuz, daß die Einigkeit des bürgerlichen Lagers trotz aller Bemühungen noch immer nicht so richtig vorwärts getrieben werden konnte, denn wenn die Dinge so weiter gehen, werden wir in absehbarer Zeit mit einer marxistischen Mehrheit rechnen müssen und was dann?“<sup>137</sup> Achtundvierzig Stunden nach den Landtags- und Arbeiterkammerwahlen vom

17. Oktober 1954 konstatierte Raab während einer Routinebesprechung mit Schärf anzüglich, daß „mit dem VdU das Kind von Helmer sein Leben aushaucht.“ Schärf nahm den Ball sofort auf: „Ja, nun haben Sie keine Möglichkeit mehr, mit einem anderen Partner zu kokettieren.“<sup>138</sup> Dabei wollte es Raab ganz offensichtlich nicht bewenden lassen. Jedenfalls schrieb Revertera kurz darauf in einem Brief, der als Schlüsseldokument für die Rolle Reinthaller's bei der Gründung der FPÖ gelten kann: „Mein Kreis hat sich nun gestern eingehend mit der daraus resultierenden Lage befasst – mit dem Ergebnis, dass wir nun wohl den VdU als solchen als positiven Faktor für die ‚bürgerliche Konzentration‘ endgültig abschreiben müssen.“ Man könne aber „keinesfalls auf eine 2. bürgerliche Partei verzichten; es muß daher ein völlig neuer Boden gelegt werden, der einigermaßen die Gewähr dafür bieten würde, die wertvollen Kräfte im nationalen und liberalen Lager aus ihrer nur zu verständlichen Enttäuschung u. Lethargie herauszuführen u. zu positiven Faktoren im Kampfe um die Erhaltung und Umgestaltung einer bürgerl. Mehrheit in unserem Lande zu gewinnen. Dies ist nicht nur unsere Meinung, sondern auch die Julius' und Gleissner's, mit welchen ich in den letzten Tagen eingehend gesprochen habe.“<sup>139</sup>

Hic Rhodus, hic salta. Am 11. November folgte eine Aussprache. Möglicherweise handelte

es sich dabei um das sagenumwitterte Treffen im Bahnrestaurat von Attnang-Puchheim. Es ist jedoch keineswegs sicher, daß Raab persönlich dabei anwesend war. Reinthaller notierte: „Raab + Gleissner wünschen sich 3. Kraft. Suchen integre Führungsfigur.“ Gewisse Bedenken hatte er wegen allzu großer finanzieller Abhängigkeit: „Geld für Partei allein, weil diese für Privateigentum eintritt. Heute Geld auf Kommando Raab's, so geht's nicht.“ Am 7. Dezember kam Reinthaller jedenfalls in einem Schreiben an seinen Anwalt Otto Tiefenbrunner auf diese Aufforderung zurück;<sup>140</sup> in der Woche danach erfolgte die Einladung durch die „Schwarzacher“, die VdU-Obmänner der fünf westlichen Bundesländer, die Reinthaller ebenfalls zur Rückkehr in die Politik aufforderten. Auch im „roten“ Innenministerium machten einschlägige Gerüchte die Runde: „Angeblich sollen gewisse österreichische Regierungskreise daran interessiert sein, daß Ing. Reinthaller die Leitung der sogenannten ‚dritten Kraft‘ übernehme.“<sup>141</sup>

Möglicherweise fand um das Dreikönigstreffen des Wirtschaftsbundes in Wels am 6. Jänner 1955 tatsächlich eine persönliche Aussprache zwischen Reinthaller und Raab statt.<sup>142</sup> Jetzt erst begann auch die Kontaktaufnahme durch die beiden Herren, die nach Reinthaller eine führende Rolle in der FPÖ spielen sollten, damals aber noch keine politischen Ämter bekleideten: Emil van Tongel<sup>143</sup>

ebd. 209.

**132** Höbelt, Geschichte des VdU 156 (Gredler an Harmer 15.7.1953).

**133** Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 207.

**134** Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 210 (Stendebach an Reinthaller 19.12.1952).

**135** Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 211.

**136** Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 220 (Briefkonzept 25.3.1954).

**137** Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 225.

**138** Allgemeines Verwaltungsarchiv, E/1932, NI. Karl Waldbrunner 25, Besprechung Schärf-Raab 19.10.1954.

**139** Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 226, 31.10.1954.

**140** Sein Freund und Anwalt Karl Günther aus Mattighofen, ebenfalls alter Landbündler, wollte Reinthaller Ende November noch zur Mitarbeit bei der ÖVP und insbesondere bei Thoma überreden. Am 30. Jänner 1955 wiederholte er – in Beantwortung eines Briefes vom 7.1.1955: „Eure ‚Dritte Kraft‘, wenn sie selbständig kandidiert, nicht einmal in Salzburg mehr das Grundmandat erreichen wird. Der Umstand, daß Dir unser Bundeskanzler Ing. Raab nahegelegt hat, Dich aktiv an der Politik zu beteiligen und die ‚Dritte Kraft‘ neu zu organisieren, stößt die Richtigkeit meiner Ansicht in keiner Weise um.“ Günther erwähnt im Anschluß übrigens eine „Vertrauensmännerversammlung des Wirtschaftsbundes am 1. Sept. v. J. in Wels“, bei der Raab anwesend war. Eine Kopie des Schreibens findet sich auch im KVV 1470.

**141** AdR, Mdl, Abt. 2, Referat Kothny, Bericht 29.12.1954..

**142** Butschek nahm in einem Schreiben vom 12.1.1955 allerdings auf ein Treffen am 6. Jänner Bezug und fügte an: „Man erzählt sich, daß unsere Gesprächspartner, nicht die anwesend Gewesenen, aber deren Gruppe mit dem Gedanken spielen, den VdU wieder etwas flott zu machen, ihm auch im ‚koalitionsfreien Raum‘ hin und wieder Luft zu geben, dies in der Presse dann aufscheinen zu lassen und schließlich dafür Sorge tragen wollen, daß irgendwo ein Grundmandat herauskommt, was nach Lage der Dinge 4 – 6 Mandate erbringen dürfte und somit die Gefahr des Überwiegens der Roten verhindern würde und ‚alles bestens in Ordnung‘ wäre.“ Der Passus bezieht sich deutlich auf die ÖVP, lässt aber nicht erkennen, ob unter den „abwesend Gewesenen“ auch Raab gemeint war. Auch daß sich Günther in seinem Antwortschreiben auf einen Brief Reinthaller's vom 7. Jänner auf Raab beruft, könnte für diese Hypothese herangezogen werden.

**143** Es ist zu vermuten, daß Reinthaller sich auf van Tongel als „verlängerten Arm in Wien“ einließ, weil Butschek ihm – aus

und Friedrich Peter.<sup>144</sup> Eine Einigung mit Stendebach kam nicht zustande. Reinthaller befürchtete, er solle hier nur als „Paravant“<sup>145</sup> missbraucht werden und ließ über den Tiroler VdU-Obmann Otto Gamper (übrigens ein Bruder des Tiroler ÖAAB-Chefs Hans Gamper) ausrichten: Falls man versuchen sollte, „mit Halbheiten den VdU weiterzufretten, dann bitte ich, auf mich und meine Mitarbeit zu verzichten.“ Der Bundesverbandstag am 5./6. Februar 1955 endete – nicht zum ersten Mal – mit einem Exodus der innerparteilichen Opposition, die diesmal fast die Hälfte der Delegierten umfasste.<sup>146</sup>

Auf das Ende der Bemühungen, eine alle befriedigende Gesamtlösung zu finden, reagierte Reinthaller mit der Gründung seiner eigenen Partei, der Freiheitspartei. Die Satzungen wurden am 2. März eingereicht, am 19. März 1955 der behördliche „Nichtuntersagungsbescheid“ ausgestellt, sprich: irgendwann im Verlauf der sechs Wochen davor muß die Freiheitspartei offiziell angemeldet worden sein.<sup>147</sup> Dabei konnte sich Reinthaller auf den Rückhalt des VSW verlassen: Über die Finanzierung der Freiheitspartei schrieb schon am 24. Februar Fritz Kretz an Reinthaller, in Linz werde Herr v. Wied die Gespräche mit Friedrich Peter übernehmen, der dann einen Monat später Reinthaller ankündigte: „Bei v. Wied habe ich heute angerufen. Morgen wird mir die Summe ausgehändigt.“<sup>148</sup> Allerdings

waren die Geldgeber daran interessiert, daß über die Zukunft der ‚dritten Kraft‘ „endlich eine Entscheidung herbeigeführt wird“, wie der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Herbert Thausing, am 14. April an Reinthaller schrieb, wobei er hinzufügte: „Es bedarf wohl keiner besonderen Betonung, dass ich Ihre Ansicht durchaus teile und den Einbau der gesamten bisherigen Führungsgarnitur des VdU in die Leitung der neuen Partei für unmöglich halte.“<sup>149</sup>

Zwischen dem VSW und der Industriellenvereinigung, oder zwischen der Wiener Zentrale und den Oberösterreichern scheint es dabei zumindest zu Missverständnissen gekommen zu sein. Zwei Monate später bedankte sich Reinthaller bei Kretz für die Zusagen, fügte allerdings hinzu: „Weniger erfreulich ist die Haltung am Stalinplatz“ [= Schwarzenbergplatz, dem Sitz der Industriellenvereinigung]. [...] Mitten drin die Pipe abzudrehen, weil keine Einigung mit Stendebach zustande kam, ist unverständlich.<sup>150</sup> Die Verhandlungen mit Stendebach und dem VdU hatten im Frühjahr zu keinem Ergebnis geführt, die Lage wurde immer unübersichtlicher. Piringer fasst sie zusammen als eine „lange Phase verschlungener Intrigen, gegenseitigen Fallenstellens und offener Konflikte“.<sup>151</sup> Auch in den Ländern, die bisher eine einheitliche Haltung für oder gegen die alte VdU-Führung eingenommen hatten, machten sich mit Ausnahme

von Kärnten und Salzburg unterschiedliche Strömungen bemerkbar. In Reinthallers Heimat Oberösterreich war eine Einigung besonders dringend, weil im Herbst Landtagswahlen bevorstanden.

Auch die SPÖ begann sich für das Spiel zu interessieren: Der Landespartei sekretär der oberösterreichischen SPÖ, Karl Krammer, sagte sich für den 29. Juni zu einem Besuch bei Reinthaller an, angeblich im Auftrag von Stendebach und Kraus, die kurz davor ein Mittagessen mit Vizekanzler Schärf, Innenminister Helmer und Klubobmann Pittermann hatten.<sup>152</sup> Reinthaller seinerseits versuchte den gordischen Knoten durch ein Übereinkommen mit dem 2. Landesobmann des oberösterreichischen VdU, dem Eferdinger Industriellen und Vizebürgermeister Karl Leitl, zu durchschlagen. Für den 6. Juli war ein Treffen Reinthallers mit Kretz, Hornbostel und v. Wied geplant.<sup>153</sup> Achtundvierzig Stunden vorher präsentierte Leitl seine Vorstellungen der Landesleitung des VdU Oberösterreich, die jedoch ihre Zustimmung zu dem Abkommen mit Reinthaller verweigerte. Angeblich behauptete Leitls Kollege, Landesrat Grünbart, Reinthaller werde mit der Aussicht auf das Bundesratsmandat zufrieden zu stellen sein. Die Entscheidung wurde wiederum vertagt. Reinthaller beschwor Leitl, seinen Austritt zu erklären und sich der FP anzuschließen. Doch Leitl hatte inzwischen schon seinen Rücktritt als 2. Landesobmann erklärt – den er allenfalls im Falle einer Einigung zurücknehmen wolle.<sup>154</sup>

Die Turbulenzen waren dem VSW zuviel geworden. Gredler, der am 7. August Kretz und Hornbostel im vielzitierten Bahnhofsrestaurant von Attnang-Puchheim – zwischen Zipf und

Gmunden – traf, schilderte den Verlauf des Gesprächs: „Das Geld sei R. eingestellt worden, weil die öö. FP nach aussen getragen habe, sie erhalte Geld und Grünbart [der Landesobmann des VdU] protestiert habe, dies sei keine Unterstützung der Sammlung, sondern Partei ergreifung. Beide unterstrichen, dass ausdrücklicher Beschluss vorliege, FP nicht zu unterstützen, VdU ebenfalls alles zu stoppen. Das Geld sei nur für Reinthaller persönlich gewesen; er habe es aber weitergegeben und dies sei bekannt geworden. Reinh[aller] sei der Anständigste im nationalen Lager, drum wollte man ihm persönlich helfen. [...] Man wünsche in OÖ die Wahlgemeinschaft, sonst erhalte keiner was.“<sup>155</sup> Es war dieser Beschluß, den Viktor Reimann in seinen Erinnerungen so kommentierte: „Die Industriellenvereinigung sperrte die Gelder an alle. Das wirkte Wunder.“<sup>156</sup>

Reinthaller war im Juli vorgeprescht und hatte angekündigt, seine Freiheitspartei werde auf alle Fälle zu den Wahlen antreten.<sup>157</sup> Das Pokern zwischen VdU und Freiheitspartei, wer als erster nachgeben und nicht zu den Landtagswahlen antreten werde, wurde Ende August 1955 durch eine Einigung über eine „Freiheitliche Wahlgemeinschaft“ abgelöst<sup>158</sup> – die am 23. Oktober auch den Wiedereinzug in den Landtag schaffte, den Anspruch auf einen Landesrat aber knapp verpasste. Der Klub der Wahlgemeinschaft im Landtag konstituierte sich dann bereits unter der Bezeichnung FPÖ, denn in den Wochen vor der Wahl war eine Ausweitung des Abkommens auf Bundesebene vereinbart worden. Das Postenkarussell sollte auf demokratische Weise gelöst werden. Beide Seiten sollten Mitglieder für die neue Partei wer-

beruflichen und politischen Gründen („mir fehlt der Glaube, daß die Dritte Kraft in Österreich derzeit formiert werden kann“) – am 20. Jänner 1955 („weshalb ich nicht mittun kann“) eine Absage erteilte. Butschek versuchte auch, in einem weiteren Schreiben vom 11. Februar Reinthallers Bedenken gegen van Tongel zu zerstreuen. Reimann und Kraus saßen einer Täuschung auf, wenn sie van Tongel als „Hauptakteur“ schon in der Frühzeit in den Mittelpunkt rückten: Weder war es van Tongel, der Reinthaller „überredete, sich noch mal in die Politik zu begeben“ (Reimann, Dritte Kraft 279) noch war er imstande, zu diesem Zweck „die ÖVP ins Gefecht zu schicken“ (Kraus, „Untragbare Objektivität“ 280).

**144** Peter hielt es am 17.1.1955 noch für nötig, sich in einem längeren Schreiben extra vorzustellen.

**145** OÖLA, NI. Reinthaller, VdU/FPÖ I, Brief an Denz 22.1.1955.

**146** Höbelt, Geschichte des VdU 222 ff.

**147** AdR, Mdl, Abt. 2, Referat Kothny, Bericht 24.3.1955.

**148** Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 259.

**149** Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 267. Zur Stellung Thausings, in gewisser Weise der Nachfolger Böck-Greissaus, vgl.

Wolfgang Oberleitner, Politisches Handbuch Österreichs 1945-1972 (Wien 1972) 78; Alexander Vodopivec, Wer regiert in Österreich? Ein politisches Panorama (Wien 1960) 289 f.; viele Hinweise auf Thausing auch bei Alois Brusatti (Hg.), Zeuge der Stunde Null. Das Tagebuch Eugen Margarethas 1945-1947 (Linz 1990) 21.4.1945, 17.2.1946, 11.5.1946, 15.11.1946.

**150** Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 287 (28.6.1955). Besonders Wied, so schrieb van Tongel am 9. Juli, „teilt unsere Ansicht über die Taktik in Oberösterreich, die von der des Gmundner Hobo abweicht.“ Als besten Fürsprecher bei VSW und Industrie bezeichnete er außerdem Alfons v. Wunschheim, der 1953 für die „Aktion“ kandidiert hatte.

**151** Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik (Wien 1982) 28.

**152** Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 287.

**153** Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 289 (Reinthaller an van Tongel 2.7.1955). Ob das Treffen nach den Turbulenzen der Stunden zuvor auch tatsächlich stattfand, lässt sich nicht belegen.

**154** Ebd. 297 (Reinthaller an Leitl 5.7.1955).

**155** Ebd. 315 (Brief Gredlers o.D.). Gredler berichtete auch von einem Essen beim Vizepräsidenten der Industriellenvereinigung, Franz Josef Mayer-Gunthof, der betonte, „er mache nichts ohne den Kanzler“. Raab wiederum erklärte Gredler, daß „die Frage der Dotation nicht die seine sei“, sondern nur am Stalinplatz [= von der Industriellenvereinigung] entschieden werden könne (Inst. f. Zeitgeschichte, NI. Gredler, Mapped 7, Brief an Mayer-Gunthof 23.1.1956).

**156** Reimann, Dritte Kraft 270. Van Tongel tobte über den Beschluß: „Hier wird man im Herbst eine Individualaktion bei den einzelnen nationalen Mitgliedern dieses famosen Verbandes einleiten müssen“ (OÖLA, VdU/FPÖ II, Brief vom 6.8.1955) und bezichtigte Kretz [den Zipfinger], „nicht ganz aufrichtig zu sein“ (ebd. 13.8.1955).

**157** Allenfalls auf diesen spontanen – jedenfalls nicht mit van Tongel abgesprochenen – Beschluß kann sich die Erinnerung von Jörg Haiders Mutter über die Gründung der Partei in ihrer Küche in Bad Goisern beziehen.

**158** Text der Vereinbarung bei Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 322 f.

ben, in den Bezirken dann Urwahlen stattfinden. Damit sollte gewährleistet werden, daß hier nicht Generäle über imaginäre Armeekorps disponieren, sondern Persönlichkeiten gewählt wurden, die auch tatsächlich in der Lage war, Wähler zu mobilisieren. Stendebach fasste die Rationale im Rückblick zusammen: Wir haben gerechnet, „daß in diesem Fall alle sich anstrengen werden, zu den Wahlen möglichst stark zu sein.“<sup>159</sup>

Bei den Urwahlen waren die geschlossenen Landesverbände Kärnten und Salzburg im Vorteil, wo die Anhänger der Freiheitspartei überwogen. Die beiden Länder stellten zusammen fast die Hälfte der Delegierten. Kandutsch sprach von der Kärntner Lawine. Beim Bundesparteitag am 7./8. April 1956 wurde Reinthaller dann mit 117 gegen 7 Stimmen zum Obmann gewählt, mit Gredler und dem Kärntner Zechmeister als Stellvertretern. VdU-Obmann Stendebach erhielt bei seiner Wahl zum Stellvertreter ursprünglich nur 58 Stimmen und wurde erst im zweiten Anlauf mit 81 gewählt.<sup>160</sup> Der VdU honorierte die getroffenen Abmachungen und beschloß mit Zwei-Drittel-Mehrheit seine Selbstauflösung. In einer Sitzung des Proponentenkomitees am 27. März waren die Auffassungsunterschiede noch einmal hart aufeinander geprallt. Stendebach wiederholte damals seine Ansicht, Reinthaller dürfe nicht zum Obmann gewählt werden, der darauf antwortete, er würde es verstehen, wenn Raab ihm sage, daß er aus außenpolitischen Gründen „untragbar“ sei, doch nicht „hier im Freundeskreis“. Reinthaller verband mit der Position von vornherein keinerlei persönlichen Mandatswünsche. Er erklärte, er wolle der „Geburtshelfer der Dritten Kraft“ sein, aber „nicht mit allen vieren in die Politik“ sprin-

gen.<sup>161</sup> Friedrich Peter vertrat deshalb 1956 auch noch das Konzept, daß Gredler nach einem Jahr die Führung von Reinthaller übernehmen solle: „Ich arbeite hier mit allen verfügbaren Mitteln auf die Lösung Reinthaller, Gredler Vizekönig hin.“<sup>162</sup>

Die Kandidatenlisten für die vorgezogenen Nationalratswahlen im Mai 1956 waren schon in den Wochen vor dem Gründungsparteitag beschlossen worden. VdU-Gründer Herbert Kraus, der sich am Aufbau der FPÖ bis dahin aktiv beteiligt und z.B. zusammen mit Peter auf Versammlungen in Oberösterreich aufgetreten war,<sup>163</sup> wurde an einer unwählbaren Stelle gereiht: Kraus befand sich während des Gründungsparteitages auf einer Auslandsreise. Er erklärte nach seiner Rückkehr in einer Pressekonferenz am 12. April 1956 seinen Austritt aus der Partei und wurde dabei mit dem seither oft wiederholten Satz zitiert, der FPÖ-Parteitag stelle eine „langvorbereitete Machtübernahme durch einen Kreis von Rechtsextremisten und ehemaligen NS-Führern“ dar.<sup>164</sup>

## 5 Resümee und Ausblick

Um einen Augenblick bei diesen Klischees zu verweilen: Mit Reinthaller als Bundesobmann, Landesbauernführer Reinhold Huber in Kärnten und Gauinspektor Klaus Mahnert (ab 1958) in Tirol waren „ehemalige NS-Führer“ zweifellos prominent in der Führung der Partei vertreten. Die Vertretung der FPÖ im Parlament oblag allerdings weiterhin den WdU-Mitgliedern, die mit Klubobmann Gredler, Kandutsch, Stendebach und Zeillinger 1956 vier von sechs Abgeordneten stellten. Die enfants terribles des Lagers wie

Stüber oder Schweiger, die mit provokanten „Sagern“ auf sich aufmerksam gemacht hatten (ohne deshalb über irgendwelche beeindruckenden Verdienstezeiten in der NSDAP zu verfügen) schieden hingegen aus.<sup>165</sup> Stüber landeten mit seiner zur DNAP umfunktionierten FSÖ im Abseits; sein einziger Wahlerfolg fand bei Gemeinderatswahlen in Langenlois statt.<sup>166</sup> Schweiger wurde von Reinthaller zwar lange Zeit mit Nachsicht behandelt, im Herbst 1956 aber dann doch ausgeschlossen, weil er die Vorgaben der Bundesführung nicht einhielt.<sup>167</sup> Für Schweiger hatte gerade van Tongel, zuweilen selbst ein Freund starker Worte, kein Verständnis. „Wenn jemand im allerschlechtesten NS-Stil so angibt [...] dasselbe dumme Geschwätz, das auch Inhalt seiner Reden bei Sitzungen ist.“<sup>168</sup>

Der verbale Rundumschlag von Herbert Kraus, der sich zu Recht ungerecht behandelt fühlte,<sup>169</sup> ging in die Irre,<sup>170</sup> weil er den Kreis der hochrangigen Nationalsozialisten mit den poten-

ziellen Extremisten gleichsetzte. In Wirklichkeit waren es gerade Reinthaller und seine Mitstreiter, die sich der „troublemakers“ entledigen konnten, mit einer Leichtigkeit, die Kraus nie gegönnt gewesen war. Reinthaller war der beste Garant gegen eine Radikalisierung der „Ehemaligen“, nicht obwohl, sondern weil er ein „hochrangiger NS-Führer“ gewesen war. Kraus zitiert Reinthaller, er wolle die ehemaligen Nationalsozialisten „aus ihrer politischen Isolierung herausführen“.<sup>171</sup> Ein „kleiner Kreis von liberalen Menschen“, so seine These, sei nicht imstande, „das Gros der nationalen Menschen zu erfassen.“<sup>172</sup> Reinthaller hingegen, so hatte ganz offenbar Raabs Kalkül gelautet, sei vermutlich besser imstande, den „zusammengewürfelten Haufen“ zu einer kalkulierbaren Faktor zu machen, einmal ganz abgesehen davon, daß er in wirtschaftspolitischer Hinsicht erst recht eine sichere Karte darstellte, mehr vielleicht als es der VdU in seiner Schlußphase gewesen war.<sup>173</sup>

**159** FPÖ-Archiv, BPV 1.3.1956. Damals wurden für Kärnten ein Stand von 2400 Mitgliedern angegeben, für die Steiermark 1500, OÖ 1350, Salzburg fast 1000, Tirol ca. 300 und NÖ nur 250.

**160** In den Bundesparteivorstand wurden außerdem gewählt: Götz und Peter mit 103 Stimmen, Huber (101), Zeillinger (100), Kindl (98), Broesigke (97), Kandutsch (89), Rainer (88), van Tongel (86), sprich vier VdU-Leute, vier Vertreter der FP und der „Unparteiische“ Rainer.

**161** FPÖ-Archiv, BPV 12.3.1956.

**162** Inst. f. Zeitgeschichte, NI. Gredler, Mapped 8, Brief Peters 3.3.1956. Am 15. Juni bekräftigte er nochmals: „Auf die Dauer werden wir mit einem h.c. Vorsitzenden nicht das Auslangen finden.“

**163** Ebd., Brief Peters 10.2.1956, der allerdings auch eine gewisse Reserve durchblicken lässt.

**164** Reimann Dritte Kraft 269, 273; AdR, Mdl, Abt. 2, Referat Kothny, Berichte 14.4. und 20.4.1956; die ‚Presse‘ vom 13.4.1956, S. 2 brachte den Passus in verkürzt-abgeschwächter Form. Kraus und Reimann hätten ihren Austritt damit begründet, daß „sich nicht ihre Linie einer Erneuerungspartei durchgesetzt hätte, sondern Kreise der ehemaligen NSDAP“..

**165** Schweiger war Jgg. 1924. Seine Behauptung, Waffen-SS Offizier gewesen zu sein, wurde angezweifelt; Mörth war Abwehroffizier gewesen; Stüber war im Februar 1933 – sprich: vor dem Verbot – NSDAP-Mitglied gewesen, seine Mitgliedschaft wurde 1941 allerdings nicht mehr anerkannt; einen neuen Antrag hat er nicht gestellt; er galt daher nicht als registrierungspflichtig. Das Gaupersonalamt hatte ihn als „weich und wankelmütig“ beschrieben. AdR, Mdl, Grundzahl 20.291 – 2 B/63.

**166** Stüber, Ich war Abgeordneter 291.

**167** Zur Vorgeschichte, als Schweiger der Industrie mit einem roten Landeshauptmann drohte, vgl. Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 273 f. In Graz war es bei den „Urwahlen“ außerdem zu einem „Umfaller“ gekommen: Erwin Mörth, bis vor kurzem Obmannstellvertreter der Nationalen Liga (er war im März 1955 ausgetreten), wurde – wenn auch mit knapper Mehrheit – zum Grazer Stadtparteiobmann gewählt; Gredler teilte die Empörung der Leute, die „nicht Leute aus der Gruppe bei uns sehen wollen, in deren Taschen der Rubel klimperte“; vgl. AdR, Mdl, Abt. 2, Referat Kothny, Berichte 1.4.1955, 17.2.1956; FPÖ-Archiv, BPV 7.2.1956; Inst. f. Zeitgeschichte, NI. Gredler, Mapped 8, Brief an Peter, 5.3.1956.

**168** OÖLA, VdU/FPÖ II, Brief vom 19.7.1955; Peter schrieb über diesen Flügel der Steirer: „Ich glaube, ich würde als ehemaliger Obersturmführer der Totenkopfgarde rot vor Scham werden über den Blödsinn, der hier das Licht der Welt erblicken würde“ (Inst. f. Zeitgeschichte, NI. Gredler, Mapped 8, Brief vom 16.2.1956).

**169** Es gelang Friedrich Peter dann allerdings, zu Kraus wiederum gute Beziehungen aufzubauen. Bundeskanzler Klaus nützte 1966 den Weg über Kraus zu Sondierungen über eine mögliche Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen (NI. Peter, Brief Peters an Hubert Knaus, 18.4.1966). Peter bezeichnete Kraus bald darauf scherzhaft schon als „Hilfsfinanzreferenten“ der FPÖ (Ebd., Brief Peters an Gredler, 1.12.1969).

**170** Selbst eine sehr kritische Autorin wie Reiter, Reinthaller 571 spricht in dem Zusammenhang von „Überspitzung“ und merkt an, Reinthaller habe sich „von allzu ‚unbelehrbaren‘ Mitarbeitern“ distanziiert“ (ebd. 574). Ihr Resümee, daß Reinthallers Karriere „über alle Brüche hinweg biografische und ideologische Kontinuitäten“ aufweist, trägt allerdings einen stark tautologischen Charakter.

**171** Zitiert bei Reimann, Dritte Kraft 267.

**172** FPÖ-Archiv, BPV 27.3.1956.

**173** Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 98 (BVL 26.3.1952), 111 (9.6.1952), 334: Reinthaller an Hornbostel (6.12.1955): „Die ÖVP hat ihr Kreuz mit Altenburger und ihrem linken Flügel und bei den anderen Parteien ist dies nicht anders.“ Peter bezeichnete nach einer Unterredung mit Kretz und Yasikoff in einem Brief an van Tongel vom 21.12.1955 (NI. Reinthaller) in diesem Sinne auch Kraus, Kandutsch und Stendebach als unsere „drei Altenburger“, über deren Haltung man

Reinthaller überblickte die Szene, er kannte seine „Pappenheimer“ und ihre Schwächen. Er hatte dem Kreis der ‚Gemeinschaft Österreich‘, der seine Zeit für gekommen erachtete, schon 1954 beschieden: „Es gibt in Österreich viele solche Arbeitskreise, welche für sich den Primat in Anspruch nehmen und erste sein wollen.“<sup>174</sup> Um die Jahreswende 1955/56 galt der Kreis um den Wiener NS-Klubobmann Gratzenberger, den oberösterreichischen Gauinspektor Schachermayer und Timmel für die FPÖ dann bereits als „besondere Gegner, die keine Gelegenheit auslassen, um auf uns hinzuhalten.“<sup>175</sup> Peter schrieb Ende 1955 an Reinthaller: „Frei nach Schinko [= Schachermayer] kommt noch dazu, daß Du Dich Deiner ehemaligen Freunde und Kampfgefährten nicht mehr erinnern würdest und ähnliches. Mir hängt das blöde Gequatsche dieser Neunmalgescheiten schon zum Hals heraus. Einmal sind sie zu feig, ins Glied zu treten, und zweitens bilden sie sich auf ihre vergangenen Würden mehr ein, als unbedingt notwendig ist. Zu beachten ist, daß Schinko Anfang Jänner ein gesamtösterreichisches Treffen prominenter Ehemaliger organisieren will, um sie zum Problem FPÖ Stellung nehmen zu lassen. Wie die Stellungnahme dieser Brüder aussehen wird, können wir uns ja vorstellen.“<sup>176</sup>

Inhaltlich war innerhalb des „Dritten Lagers“ alles andere als eine Radikalisierung zu beobach-

ten. Reinthaller war selbst kein unkritischer Geist, was das NS-Regime anbelangt. Er schrieb 1952 an Butschek über das Ausmaß „der Katastrophe, die unser Volk in dem Teil seiner Geschichte zu erleiden hatte, in dem es sein Schicksal einer nationalsozialistischen Führung anvertraut hat.“ Butschek antwortete: „Ich würde nicht ganz so weit gehen, wie Du es tust, bin aber mit Dir restlos eines Sinnes, dass wir uns nicht in eine Heldenpose setzen dürfen, die uns gar nicht ansteht.“<sup>177</sup> Kraus vermisste bei Reinthaller im Rückblick „das befreiende Wort der Einsicht, den falschen Weg gegangen zu sein. Von einem solchen Wort hätte auch ich mich überzeugen lassen.“<sup>178</sup> Er scheint übersehen zu haben, daß Reinthaller eine solche Rede in Linz am 13. Juli 1955 offenbar tatsächlich gehalten hat. Redemanuskript hat sich in seinem Nachlaß leider keines erhalten. Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ fassten die entsprechenden Passagen in den drei Sätzen zusammen: „Es sei naiv zu glauben, der national-freiheitliche Bevölkerungsanteil hätte nichts aus der Geschichte gelernt. Nur die Wahrheit über die Vergangenheit könne das Fundament für den Bau der Zukunft bilden. Nie mehr werde man bereit sein, einem Einzelnen die Ermächtigung zur Führung zu erteilen und damit einer Diktatur den Weg zu ebnet.“<sup>179</sup> Zumindest erntete Reinthaller für seine Ausführungen damals herbe Kritik von alten Kameraden.<sup>180</sup>

„auf dem Stalinplatz schwerstens verstimmt“ ist. Auf der ersten Sitzung der Bundesparteileitung der FPÖ gab Stendebach zu Protokoll: „Man muß zur Kenntnis nehmen, daß der Sozialismus sich durchgesetzt hat. Die Frage ist nur, ob es ein marxistischer oder ein freiheitlicher ist.“ (FPÖ Archov, BPL 30.6./1.7.1956).

Als sich bei der Rückstellung des „kleinen deutschen Eigentums“ Schwierigkeiten abzeichneten, war sich Raab allerdings sicher: „Falls das auf den Widerstand der Sozialisten stößt, so werden wir es eben mit den Stimmen des VdU durchsetzen.“

**174** OÖLA, NI. Reinthaller, VdU/FPÖ I, Notiz 11.12.1954 (eingeordnet unter 1955/2).

**175** FPÖ-Archiv, BPV 23.1.1956, ähnlich schon 10.1.1956; über Gratzenberger meinte van Tongel, Helmer und er seien „dicke Freunde“, Helmer habe ihm eine bessere Druckerei verschafft, als er in der NS-Zeit hatte, werde ihm aber keine Kandidatur erlauben (ebd. 20.3.1956).

**176** OÖLA, VdU/FPÖ II, Brief vom 21.12.1955.

**177** Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 208 (26.4.1952).

**178** Zitiert bei Reimann, Dritte Kraft 268.

**179** Oberösterreichische Nachrichten 15.7.1955, S. 2. Das Linzer „Tagblatt“ der SPÖ schrieb am 15. Juli in einer kurzen Notiz (S. 4) über die „Bierkellerpremiere der Freiheitspartei“ zwar: „Ein Programm der Freiheitspartei hörten die Zuhörer dann in Dipl.-Ing. A. Reinthallers Rede“, ging aber nicht näher auf den Inhalt ein, sondern resümierte bloß: „Jedenfalls hat Reinthaller den Mannen der Kraus, Reimann und Konsorten das bescheinigt, was wir ihnen schon 1949 vorausgesagt haben: Daß es mit ihnen nicht sehr lange dauern wird, weil sich mit einigen aus der NS-Zeit geretteten Parolen und Schlagworten keine positive Politik des Aufbaues für die Zukunft machen läßt.“

**180** OÖLA, VdU/FPÖ II, Briefe Schachermayrs vom 24. Juli 1955 („enttäuscht und entsetzt“) und Jossecks vom 6. August

Der Anschluß als Fluchtpunkt der österreichischen Politik war tot. Insofern hatte Schärf recht. Durfte man Österreich deshalb weiter im Rahmen der deutschen Geschichte verorten? Von Kraus, der 1954 in Versammlungen erklärte: „Für uns gibt es nur das österreichische Vaterland, die deutsche Nation, die europäische Gemeinschaft“,<sup>181</sup> dürfte Reinthaller sich da kaum unterschieden haben. Auch mit der ÖVP der fünfziger Jahre ergab sich in dieser Beziehung kein großer Dissens. Es ging hier allenfalls um Nuancen, um den Stellenwert, den man derlei Standortbestimmungen zumaß, „die emotionelle Überbetonung des Bekenntnisses zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“, wie Friedrich Peter es im Rückblick einmal ausgedrückt hat.<sup>182</sup> ÖVP-Generalsekretär Maleta führte in einer Rundfunkrede im Wahlkampf 1953 dazu einmal aus: „Auch wir wissen, daß unser Burgtheater das älteste deutsche Nationaltheater ist, daß Grillparzer nicht in Unterrichtsprache gedichtet hat. So etwas weiß man. Aber man muß nicht unentwegt davon reden. Sie, meine Hörerinnen und Hörer, werden verstehen, was ich damit sagen will.“<sup>183</sup>

Die ÖVP reagierte immer wieder allergisch, wenn sie den Eindruck hatte, daß die staatsrechtliche Eigenständigkeit Österreichs in Frage gestellt werde.<sup>184</sup> Erbitterte Debatten entwickelten sich, als VdU-Obmann Max Stendebach – selbst gebürtiger Sachse – im Parlament von der unsichtbaren Grenze sprach, die sich zwischen Österreich

und Deutschland entwickeln sollte, nach dem Beispiel der Grenze zwischen Kanada und den USA – ein Vergleich, den er ironischerweise übrigens einem Zitat des amerikanischen Hochkommissars entlehnt hatte.<sup>185</sup> Doch die Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum fiel nicht unter diesen Verdikt. Maleta gab dazu im Staatsvertragsjahr intern zu bedenken: „Nation ist ein vieldeutiger Begriff. [...] Es fällt den Schweizerdeutschen nicht ein, ihr deutsches Volkstum zu verleugnen. Dennoch fühlen sich alle Schweizer als eine nationale Einheit. Auch wir müssen uns angewöhnen, zwischen Volkstum bzw. Nation im landläufigen Sinn und Staatsnation zu unterscheiden.“<sup>186</sup>

Das zweite, das ursprüngliche Kriterium der Freiheitlichen war die Erinnerung an den Kulturkampf, der bei vielen alten Christlichsozialen noch sehr lebendig war. Bei den Fusionsverhandlungen des VdU mit der Aktion spielte das Thema noch eine Rolle. Auch über die Regierungsverhandlungen 1953 hieß es rückblickend in einer verbandsinternen „Informationsunterlage“ des VdU: „Wir haben keinerlei Zugeständnisse in kulturellen Fragen gemacht.“<sup>187</sup> Reinthaller war auch in dieser Richtung ein kongenialer Partner Raabs. Er war nie aus der katholischen Kirche ausgetreten und hielt sogar den Begriff „freiheitlich“ für überholt, der traditionell als Synonym für Antiklerikale verwendet wurde. An einen Vertreter der Freiheitlichen Akademikerverbände schrieb er 1954: „Ganz nebenbei: ‚Freiheitlich‘ ist nicht mehr zug-

1955 („War es nötig, so stark die NS-Zeit zu kritisieren?“).

**181** AdR, Mdl, Abt. 2, Referat Kothny, Bericht 24.6.1954 (Versammlung in Steyr am 5. Juni).

**182** Friedrich Peter, Wurzeln und Entwicklungslinien der FPÖ. In: Robert Kriechbaumer (Hrsg.), Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen (Wien 1998) 137-159; hier: 142.

**183** KvVI 1470, Manuskript der Rede Maletas im Sender „Rot-weiß-rot“ am 24.1.1953; die Rede auch erwähnt bei Bailler-Galanda, Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung 296.

**184** Raab führte z.B. am Vorabend des Neutralitätsgesetzes dazu aus, es wüssten die wenigsten, daß die Gefahr einer Teilung Österreichs bestanden habe, als Feldmarschall Kesselring im Vorjahr Österreich besuchte. Die Sowjets hätten damals gedroht, die Enns- und Semmeringgrenze zu sperren (KvVI, Klub 25.10.1955). Dahinter verbarg sich nicht zuletzt ein Seitenhieb auf Landeshauptmann Krainer, der es sich nicht nehmen ließ, Kesselring zu empfangen (vgl. Höbelt, Geschichte des VdU 207). Von sowjetischer Seite war damit im Frühjahr 1954 wohl auch ein neuerlicher Vorstoß zur Entlassung Helmers verbunden (Helmer, 50 Jahre 257).

**185** Höbelt, Geschichte des VdU 207; auch erwähnt bei Reiter, Reinthaller 565 f.

**186** KvVI 1599, BPL 20.4.1955; zitiert auch bei Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955 (Wien 2005) 492.

**187** Stadtarchiv Salzburg, VdU-Archiv (Nachlaß Gustav Zeillinger) 38, Informationsunterlagen des Propagandareferats, September 1953.



kräftig; sagen wir lieber ‚tolerant‘. Die Masse sucht Gott.“<sup>188</sup>

Es steht selbstverständlich jedem frei, Reinthaller – oder Kamitz und Kery – als „braune Flecken“ ihrer jeweiligen Parteien zu betrachten. Konsequenterweise müsste man dann freilich Angela Merkel als „dunkelroten Fleck“ der CDU betrachten, ja den Landbündler Reinthaller selbst als grünen, den Großdeutschen van Tongel als blauen Fleck der NSDAP. Die NSDAP war – um Anton Pelinka zu zitieren – „eine moderne „catch all“-Partei, vielleicht der erste Typus einer Volkspartei in Europa, wie er nach 1945 unter dem Stichwort „Amerikanisierung“ seinen Siegeszug antreten“ sollte.<sup>189</sup> Sie zog Anhänger aus allen Richtungen an – und gab sie auch in alle Richtungen wieder ab. Wahlanalysen deuten darauf hin, daß 1932 mehr als die Hälfte der Wähler der klassischen nationalen Lagerparteien zur NSDAP gewechselt seien. Es kann kaum verwundern, wenn nach 1945 auch wieder mehr als die Hälfte der Eliten von VdU und FPÖ aus „Ehemaligen“ bestand. Die Zweite Republik beruhte nicht auf einem demokratischen Saulus-Erlebnis ihrer Bürger, sondern darauf, daß sich die Österreicher zum Unterschied von den Jahren nach 1918 in ihr Schicksal fügten, auf das gegebene Anreizsystem reagierten, man ist versucht zu sagen: optimal reagierten und nach einem Vierteljahrhundert feststellten, daß sie eine Erfolgsgeschichte ohnegleichen erlebt und gestaltet hatten.

Die FPÖ fügte sich weit besser in die Strukturen der Zweiten Republik ein als der VdU, vom Standpunkt einer Belebung der politischen Landschaft vielleicht ein Nachteil, vom Standpunkt einer Stabilisierung ein Vorteil. Die Vorstellung,

daß der Staatsvertragskanzler sich im Bunde mit industriellen Spitzenverbänden darum bemühte, eine extremistische Partei in der Retorte zu züchten, hat von allem Anfang an wenig Plausibilität für sich. Allenfalls steht dabei die Verschwörungstheorie im Raum: Raab habe die FPÖ mit einem Obmann wie Reinthaller in ein politisches Ghetto sperren, „koalitionsunfähig“ machen wollen.<sup>190</sup> Nun, zweifellos war es ihm nicht um ihre Bündnisfähigkeit nach links zu tun. Aber gerade die SPÖ hatte sich in dieser Beziehung selten von Berührungsängsten leiten lassen. Sicher ist, daß Raab eine wesentliche Rolle dabei zukam, daß Reinthaller in die Politik zurückkehrte: Raab fungierte als der „Geburtshelfer“ des „Geburtshelfers“ der FPÖ. Es ist nicht sicher, ob er Reinthaller deshalb auch unbedingt als Obmann der neuen Partei sehen wollte. Aber er hatte in dieser Beziehung auf keinen Fall irgendwelche Berührungsängste. Als es im Herbst 1956 um das Kernstück des zweiten Teils des Raab-Kamitz-Kurses ging, das „Programm der Reprivatisierung“ von Staatseigentum, versicherten sich Raab der Unterstützung der FPÖ und stellte der SPÖ dann ein Ultimatum. Er habe seine Vorschläge in einem „Kompromiß“ zusammengefasst, „den die Sozialisten annehmen müssen, andernfalls wir unsere Vorschläge allein im Hause durchsetzen werden.“<sup>191</sup>

Im Februar 1957 hob Raab zusammen mit der FPÖ einen gemeinsamen unabhängigen Präsidentschaftskandidaten aus der Taufe, den Arzt Wolfgang Denk<sup>192</sup>, und trat zusammen mit Reinthaller im Wahlkampf auf. Raab selber hatte eine Kandidatur mit dem berühmten Spruch abgelehnt, er wolle sich nicht nach „Pensionopolis“ schicken lassen.<sup>193</sup> Im ÖVP-Klub war deshalb auch wiederum über eine

Verlegung der Wahl in die Bundesversammlung diskutiert worden, die jedoch mit einem sozialistischen Kandidaten „erkauft“ werden müsse.<sup>194</sup> (Raab, der keineswegs von Anfang an für die Volkswahl eintrat, scheint in dieser Beziehung anfangs Helmer gewisse Avancen gemacht zu haben.<sup>195</sup>) Schließlich wollte man Schärf als klassischem Parteikandidaten im Sinne der „Entpolitisierung des Staates“ einen Unabhängigen entgegenstellen, mit der Maßgabe freilich: „Entscheidend ist, daß unser Kandidat aus der bürgerlichen Welt kommt und sich zu ihr bekennt.“<sup>196</sup>

Erst der unvorhergesehene Verlust dieser Wahl – Schärf siegte, wenn auch relativ knapp mit 51,1 % der Stimmen<sup>197</sup> – führte zu einer tiefgreifenden Enttäuschung, die offenbar weit über den Anlassfall hinausreichte und zum Ausgangspunkt für eine grundlegende Änderung von Raabs Stra-

ategie wurde.<sup>198</sup> Vor dem ÖVP-Klub holte er am 14. Mai zu einem großen Rückblick aus: „Nach der Niederlage vom 5. Mai stehen wir heute an einer entscheidenden Wende unserer Parteigeschichte.“ In der 1. Republik habe der Bürgerblock die Verantwortung getragen, seit die ÖVP keine konfessionelle Partei mehr sei, trage sie die Hauptverantwortung allein. „Der 5. Mai hat gezeigt, daß die ÖVP allein am stärksten ist. [...] Unsere Lage ist dadurch schwierig geworden, daß wir mit der FPÖ in keiner Weise rechnen können, sondern in Zukunft die vor uns liegenden Aufgaben allein lösen müssen“<sup>199</sup> Gerade diese apodiktische Reaktion erlaubt den Umkehrschluß, daß Raab vor dem 5. Mai sehr wohl an eine weitgehende Kooperation mit der FPÖ gedacht hatte, wie das auch Adolf Schärf im unveröffentlichten Teil seinen Erinnerungen festhielt.<sup>200</sup>

90 (Karl Pisa).

**194** KvVI, ÖVP-Klub 15.1.1957. Für die Volkswahl traten insbesondere Vertreter der Wirtschaft ein (Helbich, Hofeneder, Mitterer, Reisetbauer, Weißmann, aber nicht der Vorarlberger Lins), für die Rückverlegung in die Bundesversammlung der ÖAAB (Dengler, Grubhofer, Harwalik, Rehor, aber nicht Maleta) und die Bauernbündler Schwer und Sebinger.

**195** AVA, NI. Waldbrunner 25, Erinnerungsvermerke Schärfs 9. u. 22.1.1957; Wilhelm Svoboda, Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern. Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur (Wien 1993) 164 ff.

**196** So formulierte es ein formell gerade nicht Bürgerlicher, nämlich Graf Barthold Stürgh. Altenburger und der Tiroler ÖVP-Obmann Oberhammer hielten Gorbach für den zugkräftigeren Kandidaten. KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 12.2.1957. Schärf hingegen zitierte Raab: „Er für seine Person halte einen sogenannten unabhängigen Kandidaten für das unpraktischste, da er schließlich doch das Opfer seiner Umgebung sein wird.“ (AVA, NI. Waldbrunner 25, Erinnerungsvermerk Schärf 4.2.1957).

**197** Letztendlich dürfte der mangelnde Mobilisierungseffekt eines gemeinsamen, überparteilichen Kandidaten, gerade auch in ländlichen Hochburgen der ÖVP; ausschlaggebend gewesen sein, vgl. FPÖ-Archiv, BPV 7.5.1957; Lothar Höbelt, Die Bundespräsidentenwahlen in der 1. und 2. Republik (Wien 1986) 28-30. Die Annahme, daß alle ÖVP-Wähler Denk gewählt hätten, die Schuld für die Niederlage also bei den Freiheitlichen läge (wie bei Dieter Binder, Steirische oder Österreichische Volkspartei. In: Kriechbaumer/Schausberger (Hg.), Volkspartei 559-600; hier: 589), lässt sich allein auf Grund der vielen Gemeinden falsifizieren, wo Denk nicht einmal das ÖVP-Ergebnis des Vorjahres erreichte.

**198** Raab hatte zwar mit einer „sehr knappen“ Entscheidung gerechnet. Die nötigen zwei Drittel der FPÖ-Stimmen ließen sich nur mit einem unabhängigen Kandidaten erreichen. (KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 12.2.1957). Der Enttäuschung über die Niederlage von 1957 gab Raab auch noch Jahre später Ausdruck. Als die Frage einer Einbindung der FPÖ bei den Regierungsverhandlungen 1962/63 zur Debatte stand, kam er wieder darauf zurück, die Freiheitlichen hätten gegen Denk gestimmt und seien keine 5 Kreuzer wett (KvVI, BPL 27.2. u. 24.6.1963), letztere Bemerkung dann schon unter dem Eindruck der „Habsburg-Krise“.

**199** KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 14.5.1957. Raab soll am Wahlabend Molden und die „Presse“ für die Niederlage verantwortlich gemacht haben, die Berichterstattung der Presse bietet allerdings wenig Anhaltspunkte für einen solchen Vorwurf; vgl. Fritz Molden, Die Österreicher oder die Macht der Geschichte (München 1986) 253-255. Statistisch zweifellos zutreffend war seine Erklärung, daß zum zweiten Mal die kommunistischen Stimmen bei einer Bundespräsidentenwahl den Ausschlag gegeben hätten.

**200** Maria Mesner, Traude Pietsch, Oliver Rathkolb, Johannes Schöner, Helmut Wohnout, Theodor Venus (Hg.), Quellenedition zur österreichischen Parteigeschichte der Zweiten Republik 1953-1966 (unveröffentlichtes Manuskript Wien 1998), Teil 6: Parteien, Programme, Regierungsform, Nr. 28: „Es gibt nur eine Deutung: Er [Raab] stellte sich vor, daß

**188** Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 220 (Reinthaller an Timmel 25.3.1954).

**189** Anton Pelinka, Österreich im 20. Jahrhundert – im Prisma eines politischen Lebens. In: Androsch/Pelinka/Zollinger (Hg.), Waldbrunner 187-197; hier: 190.

**190** Herbert Kraus, Mein Rückblick auf die VdU-Gründung. In: Höbelt, Geschichte des VdU 275-278; hier: 278.

**191** KvVI, ÖVP-Klub 29.10., 21.11. & 3.12.1956; Karl Ausch, Licht und Irrlicht des österreichischen Wirtschaftswunders (Wien 1965) 272. Konkret ging es dabei darum, die Kosten für die Aufbesserung der Beamtengehälter durch den Verkauf von „Volksaktien“ an den verstaatlichten Banken hereinzubringen.

**192** Als Alternative wurde – auch von der FPÖ – Leopold Schönbauer (1888-1963) gehandelt, den ein Teil des ÖVP-Klubs allerdings als „politisches Chamäleon“ ablehnte, vermutlich weil er nach 1945 von Schärf als Direktor des AKH protegiert worden war. KvVI, ÖVP-Klub 12.2.1957; FPÖ-Archiv, BPV 12.2.1957. Schönbauer wurde 1959 dann als ÖVP-Abgeordneter in den Nationalrat gewählt – und regte im Klub „als Ausweg“ eine „Regierungsbildung mit den Freiheitlichen“ an. (KvVI, ÖVP-Klub 16.6.1959).

**193** Helmut Wohnout, Julius Raab im Spiegel von Zeitzeugen. In: Demokratie und Geschichte 7/8 (2003/04) 73-100; hier:

Es waren kurioserweise sowohl 1951 als auch 1957 die Präsidentschaftswahlen, die große Strategiedebatten innerhalb der ÖVP auslösten, die ein Fenster für die bürgerliche Zusammenarbeit öffneten und auch wieder schlossen. Raab aber wechselte nach 1957 in gewissem Maße innerparteilich die Fronten: Er bezog in seinen letzten Jahren zunehmend gegen die Riege der „Reformer“ um Krainer und Klaus Stellung, die 1951/52 seine engagiertesten Anhänger gewesen waren.<sup>201</sup> Als die Wahlen 1959 ein Resultat ergaben, ganz ähnlich wie 1953 (Stimmenmehrheit der SPÖ, aber ein Mandat Vorsprung der ÖVP), reagierte Raab ganz anders: Er wäre diesmal bereit gewesen, der SPÖ allenfalls sogar den Kanzler zu überlassen („Warum fürchtet man sich vor einer Regierung Pittermann?“), dafür aber in das Kabinett „keine Nullen“ zu schicken, „sondern Leute, die sich durchsetzen“.<sup>202</sup> Vor der FPÖ, so hieß es im Bundesparteivorstand bloß, müsse man „unbedingt auf der Hut sein“ (Gleissner), denn sie verhandle schon seit Wochen mit der SPÖ über eine kleine Koalition (so der Kärntner Gruber) oder zumindest über die Unterstützung einer SPÖ-Minderheitsregierung (Ferdinand Graf).<sup>203</sup> Diese Gerüchte waren mit ziemlicher Sicherheit weit übertrieben. Erst Franz Olah – und dann Bruno Kreisky, dem die Konstellation von 1959 zum Außenministerium verhalf – versuchten, diese Chance einige Jahre später zu nützen. Aber das ist eine andere Geschichte.

---

die engere Zusammenarbeit mit der FPÖ über die Wahlen weitergehen sollte.“ Auf dem Parteitag der SPÖ im November 1957 kam die Strategie Raabs mehrfach zur Sprache: Raab habe wiederholt mit einer gemeinsamen Parlamentmehrheit der ÖVP und FPÖ gegen die SPÖ gespielt und zu drohen versicht.“ (Pittermann). Hindels verband mit der Kandidatur Denks „die Absicht in Österreich wieder die Herrschaft des Bürgerblocks herzustellen.“ (13. Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs, Protokoll 85, 116).

**201** Vgl. dazu Lothar Höbelt, Die Wotansanbeter, der heilige Josef und das Purgatorium. In: Franz Schausberger (Hg.), Geschichte und Identität. Festschrift für Robert Kriechbaumer zum 60. Geburtstag (Salzburg 2008) 297-308. Der Paradigmenwechsel Raabs erfolgte wohlgermerkt schon vor seinem Schlaganfall im Herbst 1957 und dem Tod Reinthallers im März 1958.

**202** KvVI 1602, BPV 7.7.1959. Es ist plausibel, daß Raab deshalb jetzt auch verstärkt auf die „Nebenregierung“ der Sozialpartner setzte.

**203** KvVI 1602, BPV 8.7.1959. Eine Reminiszenz an 1953 stellte nur der Vorschlag Raabs dar, deshalb „beim Bundespräsidenten eine Erklärung ein[zu]holen, ob er bereit sei, eine Regierung, die – sei es von uns, sei es von der SPÖ – gemeinsam mit der FPÖ gebildet wird, anzugeloben.“ Nur Klaus argumentierte: „Wir müssen die Freiheitlichen irgendwie von den Sozialisten abspannen und für uns sichern.“ Der niederösterreichische Landeshauptmann Johann Steinböck (1949-62) postulierte: „In Zukunft muß sichergestellt werden, daß sich das Bürgertum zu einem großen antisozialistischen Block durch Listenkoppelung zusammenfinden kann.“

---

**VdU und FPÖ in  
Oberösterreich 1949–1999**  
von  
Lothar Höbelt

**Inhalt**

1	<b>Das „Kernland“ und die Gründung des VdU</b>	129
2	<b>Keine Konsolidierung nach dem Erfolg (1949–53)</b>	132
3	<b>Der Übergang vom VdU zur FPÖ (1954–56)</b>	136
4	<b>Die Ära Peter I: „Frontgeneration“ und „Wachstumspartei“ (1958–63)</b>	140
5	<b>Die Ära Peter II: „Generationenwechsel“ und Partnersuche (1964–73)</b>	150
6	<b>Von Peter zu Haider: Strukturwandel und Wachablöse? (1973–86)</b>	159
7	<b>Die „Ära Haider“: Zwischen Populismus und Establishment (1986–2000)</b>	166

**1 Das „Kernland“ und die Gründung des VdU**

Das Kernland der SPÖ ist zweifelsohne Wien, das der ÖVP Niederösterreich. Auch wenn anderswo zuweilen bessere Wahlergebnisse erzielt werden, hier ist die Mehrzahl ihrer Mitglieder zu Hause, hier lagen die Wurzeln ihrer wichtigsten Führungspersonalitäten. Nach all diesen Kriterien ist Oberösterreich das Kernland der FPÖ. Diese Rolle Oberösterreichs geht in gewisser Beziehung schon auf die Großdeutsche Volkspartei der 1. Republik zurück. Nach 1918 waren die traditionellen Hochburgen der Nationalliberalen, die Sudetengebiete, weggefallen; in Wien und Umgebung hatte die Polarisierung zwischen Christlichsozialen und „Judenliberalen“ das nationale Lager nicht recht aufkommen lassen; in Steiermark und Kärnten aber wurde das national-freiheitliche Lager vom Landbund dominiert. In Oberösterreich blieb das Einvernehmen zwischen der städtisch-bürgerlichen und der ländlich-bäuerlichen Variante des Lagers noch einige Zeit erhalten, in der Endphase vermochten sich die Großdeutschen 1931 auch gegen Konkurrenz der Heimwehren noch gut zu behaupten.

Oberösterreich spielte auch bei der Gründung und Positionierung der Großdeutschen Volkspartei eine zentrale Rolle: Es waren die Oberösterreicher, insbesondere Max Pauly, die stellvertretend für die westlichen Bundesländer, unter den verschiedenen Bewerbern aus der Hauptstadt 1919/20 den neugegründeten Nationaldemokraten – und nicht den alten parlamentarischen Eliten der Deutschnationalen Partei – den Zuschlag erteilten; es waren die Oberösterreicher unter Franz Langoth und Franz Dinghofer, die 1922 die bürgerliche „Sanierungs“-Koalition unter Seipel gegen die widerstrebenden Wiener und Nieder-

österreicher durchsetzten.<sup>1</sup> Obwohl die antiklerikale Komponente noch eine große Rolle spielte, herrschte doch auf Landesebene von Hauser über Schlegel ein auskömmliches Verhältnis zu den Christlichsozialen, die fast ausschließlich alte Konservative waren.<sup>2</sup> Seit 1931 war mit Hermann Foppa auch der Bundesobmann der Großdeutschen Volkspartei ein Oberösterreicher; die Partei verfügte hier – zum Unterschied von Salzburg – noch über Substanz, als sie nach der autoritären Wende der Regierung Dollfuß im Mai 1933 ein „Kampfbündnis“ mit der NSDAP einging; im Juli 1934 kam es in Oberösterreich zu keiner Aufstandsbewegung,<sup>3</sup> vielmehr wurde gerade die „Heimat des Führers“ zum Ausgangspunkt der Richtung innerhalb der „nationalen Opposition“, die auf einen Ausgleich mit dem Regime („Aktion Reinthaller“), dann im Gegensatz zu den Putschplänen der niederösterreichisch-steirischen Leopold-Gruppe auf einen evolutionären Weg der Machtübernahme setzte.<sup>4</sup> Langoths Ernennung zum Linzer Oberbürgermeister in den letzten Kriegsmonaten, die manchen kurzsichtigen Historikern als einzige Episode seiner langen politischen Laufbahn in Erinnerung geblieben ist, war aus dieser Sicht eine Reverenz an die Kader aus der parlamentarischen Ära, die im Dritten Reich einmalig blieb.

Die gesellschaftlichen Veränderungen durch Krieg und Kriegsfolgen waren geeignet, die herausragende Rolle Oberösterreichs für das nationalliberale Lager noch zu verstärken: Die forcierte Industrialisierung während des Dritten Reiches eröffnete mit einer Reihe von Großbetrieben ohne Tradition sozialistischer Betriebsorganisation ungewöhnte Erfolgchancen für eine antimarxistische Arbeitnehmergruppierung; die Aufnahme vieler vertriebener Volksdeutscher schuf Anknüpfungspunkte für eine nationale Partei; schließlich sollte sich als bedeutsam erweisen, daß ein Groß-

**1** Lothar Höbelt, Deutschnationale – Nationaldemokraten – Großdeutsche – Bauernpartei. Das „nationale Lager“ 1918–1922. In: Niederösterreich 1918–1922 (= Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde 39, St. Pölten 2007) 101-135.

**2** Ders., Konservative und Christlichsoziale: Phasen des Übergangs – und seine Folgen. In: Brennpunkt Mitteleuropa. Festschrift für Helmut Rumpler zum 65. Geburtstag (Klagenfurt 2000) 345-352.

**3** Zu den isolierten Aktionen in den südlichen Randzonen Oberösterreichs vgl. Kurt Bauer, Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934 (Wien 2003) 303-308.

**4** Wolfgang Rosar, Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluß (Wien 1971) 76 ff.; Franz Langoth, Kampf um Österreich (Wels 1951) 179 ff. Zur Vermeidung von Zusammenstößen war auch die Rolle von Sicherheitsdirektor Graf Peter Revertera bedeutsam, der mit Reinthaller ein auskömmliches Verhältnis pflegte. (Info. Peter)

teil Oberösterreichs zur US-Zone zählte und zum Einflußbereich Salzburgs, des Hauptquartiers des Verbandes der Unabhängigen (VdU) – während der Versuch, von Graz aus eine nationalfreiheitliche Partei in personeller Kontinuität mit dem Landbund (Stocker und Hartleb) vorzubereiten, im Herbst 1948 von Staatssekretär Graf (ÖVP) systematisch zerschlagen wurde. Die steirische Initiative erfreute sich zwar von Anfang an – und das ging bis in die Jahre 1945/46 zurück – des Wohlwollens sozialistischer Landespolitiker (insbesondere Reinhold Macholds, über ihn auch des Kärntners Ferdinand Wedenig), verfügte aber über keine Rückendeckung durch die Besatzungsmächte. Im Vergleich dazu ging die Gründung des VdU, wie sie um die Jahreswende 1948/49 in ihre entscheidende Phase trat, von Persönlichkeiten wie Herbert A. Kraus aus, die antiklerikale Affekte zurückstellten, lange Zeit noch ein Arrangement mit der ÖVP anpeilten (z.B. in Form eines „vierten Bundes“ oder einer Listenkoppelung), einen insgesamt „bürgerlicheren“ Zuschnitt hatten – und die Unterstützung zumindest einer Fraktion innerhalb der amerikanischen Militärbehörden genossen.<sup>5</sup> Das berühmte Geheimtreffen von Kraus mit Vizekanzler Schärf im Salzburger Hotel „Zum Braunen Hirschen“ und die Unterstützung durch Innenminister Helmer, der mit seinem Erlaß von Ende April 1949 die Zulassung von „Wahlparteien“ de facto frei gab, kamen erst später.<sup>6</sup>

Dennoch war Oberösterreich in die Gründungsvorbereitungen des VdU, wie sie sich zwischen der Steiermark, Salzburg und Wien abspielten, kaum einbezogen worden. Kraus wollte bewußt keine Partei aufbauen, sondern einen breitgefächerten Dachverband von Vereinen und Organisationen, die ein Ventil für Protestwähler bieten sollten, die mit dem bestehenden System unzufrieden waren. Eine Renaissance des traditionellen dritten Lagers, auch in „geläuterter“ Form, schwebte ihm ursprünglich nicht vor. Die alten ideologischen Bruchlinien hielt er durch den Krieg

für überholt: Der Gegensatz von klerikal und antiklerikal brach zwar noch gelegentlich auf,<sup>7</sup> verfügte aber im Zeichen von Erzbischof Rohrachers „Sozialem Friedenswerk“, das sich der Aussöhnung mit den deklassierten Nationalen widmete (und deshalb mitunter in Konflikte mit Teilen der ÖVP geriet) über keine besondere Aktualität; die völkerrechtliche Dimension des Anschlußthemas war durch die Kriegsentscheidungen hinfällig geworden; das Bewußtsein der kulturellen Zusammengehörigkeit mit den Deutschen jenseits des Inns wurde – allenfalls mit Ausnahme einer Phase des vorausseilenden Gehorsams unmittelbar nach 1945 – damals auch vom politischen Gegner nicht wirklich in Frage gestellt: Zum ersten Mal an prominenter Stelle Ausdruck verliehen hatte ihm 1946 der Chefredakteur des sozialistischen „Linzer Tagblattes“, Alois Oberhummer, in einem Leitartikel „Gute Österreicher, gute Kulturdeutsche“.<sup>8</sup>

Freilich: Die Erinnerung an politische Repressalien zwischen 1933 bis 1945 und die Pönalbestimmungen für politischen „Formaldelikte“ im Zuge der „Entnazifizierung“ nach 1945 hatten die soziologischen Fronten zwischen den Lagern verhärtet. Unter den Unzufriedenen, denen Kraus eine bürgerliche Alternative bieten wollte, befanden sich deshalb automatisch viele der ehemaligen NSDAP-Mitglieder, die 1948 das Wahlrecht zurückerhalten hatten, zum Teil aber weiterhin als Bürger zweiter Klasse behandelt wurden; daneben produzierte die Nachkriegszeit nach mehreren Seiten hin „Entfremdung“: Von den „Heimkehrern“, den Wehrmachtssoldaten, die vergeblich auf den Dank des Vaterlandes warteten, über die Vertriebenen, die zum Teil noch jahrelang in Lagern lebten, bis zu den Sparern, die über die Währungsreform klagten, und in dem wendigen Linzer Oskar Huemer einen Sprecher, in den „Salzburger Nachrichten“ (SN) eine Zeitlang auch ein Sprachrohr gefunden hatten.

Anknüpfungspunkte, deren sich Kraus beim Aufbau seines Verbandes bediente, gab es gera-

de in Oberösterreich mehrere: Eine unabhängige Presse, die er anfangs pauschal für sich reklamierte; Intellektuelle, die vor der Roten Armee geflüchtet waren, wie z.B. die prominenten Juristen Günther Berka in Vöcklabruck oder Rudolf v. Seifert in Attersee;<sup>9</sup> die parteilosen Betriebsräte, deren Erfolge ihn überzeugt hatten, daß das Potential für eine neue Partei tatsächlich vorhanden war (bis hin zu einer Gruppe „freiwirtschaftlicher Sozialisten“); eine Reihe von Industriellen, die nicht bloß laut über Reformbestrebungen nachdachten, sondern Kraus im entscheidenden Moment auch finanziell unter die Arme griffen; auch das bäuerliche Landbundmilieu, das in Steiermark und Kärnten die tragende Säule bildete, war in Oberösterreich vorhanden, wenn auch nicht ganz so dicht.

Was in Oberösterreich anfangs fehlte, waren Galionsfiguren und Führungspersönlichkeiten. Der erste Landesobmann des VdU gelangte zu seiner Stellung auf Grund einer gezielten Desinformation: Kraus hatte bei seiner Pressekonferenz im Salzburger Cafe Bazar am 4. Februar 1949 auch die Herausgeber der oberösterreichischen Zeitungen unter seinen Unterstützern genannt: Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ (OÖN) und ihr Herausgeber Hans Behrmann wiesen diese Zumutung weit von sich, Hans Parzer und das „Welser Wochenblatt“ verhielten sich zurückhaltend wohlwollend, doch Gustav Adolf Neumann, der junge Herausgeber des „Echos der Heimat“, einer populären Wochenzeitung, ging auf die Herausforderung ein – unter der Bedingung, daß sein Landesverband eine eigene Rechtspersönlichkeit bildete. Neumann war eine interessante Wahl – er war der Sohn eines Landbundsekretärs, der alte Bauernwehrstabschef Emil Barnert zählte zu seinen Mitarbeitern, Max Rabl, ebenfalls ein Landbundsekretär mit einer politisch wechselvollen Karriere, vom „Alten Kämpfer“ der frühen zwanziger Jahre bis zum Zellengenossen Gleissners im Dritten Reich, zu seinen engsten Verbündeten.<sup>10</sup> Das Landbundmilieu stellte 1949 eine Reihe von VdU-Kandidaten, wie z.B. den Alt-Bürgermeister Anton Schmidbauer von Taufkirchen; das Agrarreferat übernahm der alte Landbund-Abgeordnete Alois Maier aus Roitham; auch der Neffe des Landbund-Vizekanzlers Bachinger war mit von der Partie. Ähnlich wie bei den steirischen Landbündlern, wiesen Neumanns politische Kontakte anfangs mehr in die „rote Reichshälfte“: Die Zeitungskonzession war ihm über Vermittlung des SPÖ-Landesrats Anton Weidinger von den Amerikanern verliehen worden. In einem Pakt mit dem SPÖ-LandesparteiSekretär Karl Krammer und Bruno Pittermann verpflichtete Neumann sich, seine Wahlkampagne ausschließlich gegen die ÖVP zu führen und erhielt dafür kostenlose Papierlieferungen der Steyermühl.<sup>11</sup>

Neumann hatte außerhalb des Zentralraums Linz – Wels – Grieskirchen wenig personelle Kontakte. Hier begann die Rolle des sagemumwobenen „Gmundner Kreises“. Den Kern dieser Runde stellten Häftlinge des Anhaltelagers „Glaserbach“ dar, die auch weiterhin vom CIC, dem amerikanischen militärischen Abwehrdienst, für verschiedene Aufgaben herangezogen wurden. Kraus wurde schon Anfang des Jahres mit ihnen in Verbindung gebracht, auch Neumann traf in ihrem Domizil, der Villa „Marie Luise“, mit Helmer zusammen. Neumann nutzte die personellen Ressourcen des „Gmundner Kreises“, um auf Mitarbeiter- und Sekretärschicht die nötige Infrastruktur auf die Beine zu stellen und Verbindungen zu knüpfen. Die Verdächtigungen und Legenden, die sich aus dieser Zusammenarbeit ergaben, bieten zweifellos ein hervorragendes Material für historische Thriller und sind in all ihren Verästelungen bis heute nicht ganz zu klären: Verbindungen zu ge-

<sup>5</sup> Zu diesen Entwicklungen ausführlicher: Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur Dritten Kraft. Die Geschichte des VdU (Graz 1999).

<sup>6</sup> Thomas Albrich, Die Linken für die Rechten: Labour Party, SPÖ und die „Vierte“ Partei 1948/49. In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 19 (1990) 383–410.

<sup>7</sup> Linzer Tages-Post (LTP) 16.10.1954.

<sup>8</sup> Harry Slapnicka, Oberösterreich – zweigeteiltes Land 1945–1955 (Linz 1986) 212 f.; Adolf Schärf, Österreichs Erneuerung 1945–1955 (Wien 1955) 194.

<sup>9</sup> Nachrufe in Freiheit und Recht (F&R), Nr. 1 u. 6/67; vgl. auch Aula 6/1963.

<sup>10</sup> Laut Angaben in AdR, BMI, Gauakt 228.668 war Rabl 1921 der (Vor-Hitler-)NSDAP beigetreten, hatte aber 1925 den Kontakt zur Partei verloren und war 1928 dem Landbund beigetreten. Bis Juni 1933 war er in Wiener Reichsparteileitung des Landbundes als Sekretär tätig, 1935–37 als Redakteur der Welser „Landpost“. 1936 war er der NSDAP wieder beigetreten, wurde aber im Krieg wegen Hörens von Feindsendern denunziert und verhaftet. Gleissner ernannte ihn nach 1945 zum Geschäftsführer des landwirtschaftlichen Treuhandverbandes. Zur Problematik der Gauakten vgl. auch Wilhelm Svoboda, Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern. Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur (Wien 1993) 62 ff. auf Grund der unveröffentlichten Erinnerungen des langjährigen Chefs der Staatspolizei, Max Pammer.

<sup>11</sup> Höbelt, Geschichte des VdU 73 ff.

legentlichen Mitarbeitern diverser Nachrichtendienste waren zweifellos gegeben. Der eine oder andere geriet in Verdacht, auch für die Gegenseite zu arbeiten. Es ist zumindest nicht ganz auszuschließen, daß die Turbulenzen, denen der VdU 1950 ausgesetzt war, auch auf die Aktivitäten sowjetischer „Schläfer“ zurückgingen. Phantasievolle Gerüchte rankten sich zudem um die schillernde Persönlichkeit des ehemaligen SD-Führers Wilhelm Höttl, der jedoch stärker mit dem Kreis von Oberweis in Verbindung stand, denn auch auf ÖVP-Seite liefen in Gmunden die Fäden zusammen. Es war ihr Gmundner Hauptbezirksparteiobmann, der Gesandte Theodor v. Hornbostel, der die Aussprache Julius Raabs mit journalistischen Talenten der „Ehemaligen“ in Alfred Maletas Villa Oberweis organisierte. Andererseits wurde so manchem Repräsentanten des „Gmundner Kreises“ später ein Naheverhältnis zur SPÖ nachgesagt. Das galt insbesondere für die beiden hochrangigsten NSDAP-Funktionäre, den ehemaligen Gauinspektor Stefan Schachermayr (ab 1952 in der VÖEST beschäftigt) und den ehemaligen Gaupressechef Anton Fellner, der für die SPÖ die Werkszeitung „Signal“ herausgab.<sup>12</sup>

Die Polemik um die Rolle der „Ehemaligen“ im VdU bzw. später in der FPÖ läßt jedoch eine Strukturanalyse in der Regel vermissen: Daß nach einem Ein-Parteien-Regime „Pgs.“ in verschiedenen Parteien auftauchen, ist nicht verwunderlich; ebenso wenig, daß der Nachwuchs des national-freiheitlichen Lagers einer bestimmten Generation fast ausschließlich aus den Reihen der NSDAP kommen mußte. Interessant, weil aussagekräftig für die Sozialpsychologie der Nachkriegsjahre und die Beharrungskräfte zumal der ländlichen Gesellschaft ist freilich der Typus, der nach dem Krieg und dem Zusammenbruch des Regimes als Politiker reüssierte: In der Regel waren das nicht die Parteifunktionäre, sondern die Funktionseleiten und „Notabeln“ der älteren Generation: Sparkassendirektoren wie Georg Grünbart und Josseck, und überraschend viele Reichs-

nährstand-Funktionäre, wie Hans Rammer, Erwin Wascher, schließlich auch Anton Reinhaller. Im Innviertel kandidierte die ÖVP 1949 den Kreisbauernführer und ehemaligen Landbundabgeordneten Josef Enthammer, während sein Kollege als Kreisbauernführer, Matthias Augustin, Obmann der Molkereigenossenschaft Taufkirchen, 1949 Kammerrat des VdU wurde.<sup>13</sup>

Die Mentalität dieser Funktionseleiten, die ihre über mehrere Regimewechsel hinweggetretete, zuweilen auch gefährdete soziale Positionen verteidigten, unterschied sich deutlich von der Stimmung, wie sie die jüngeren Kriegsteilnehmer erfaßte, die kein anderes Regime als das Dritte Reich gekannt oder zumindest bewußt erlebt hatten. Radikalisierungstendenzen (wie z.B. in der Steiermark) gingen von dieser Altersgruppe der „hochgradigen Hitlerjungen“ aus. Als Idol dieser „Kriegsgeneration“ im VdU galt der letzte General der Jagdflieger, der aus der Grazer „high society“ kommende Gordon Gollob<sup>14</sup>, der von Kraus im August zum Generalsekretär ernannt wurde und als charismatisches Aushängeschild auch in Oberösterreich eine Reihe gutbesuchter Versammlungen abhielt.

## 2 Keine Konsolidierung nach dem Erfolg (1949–53)

Der Erfolg des VdU in Oberösterreich kann als durchschlagend bezeichnet werden: Es war das beste Ergebnis, das eine nationale Gruppe in Oberösterreich zwischen 1919 und 1999 verzeichnete. Der VdU (offiziell: WdU – Wahlgemeinschaft der Unabhängigen) kam am 9. Oktober 1949 auf fast 21 % und vier Grundmandate, er stellte mit Georg Grünbart und Erwin Wascher, Rabls Schwager, auch zwei Landesräte und zehn Landtagsabgeordnete.<sup>15</sup> Die Kammerwahlen, kurz darauf abgehalten, ermöglichen Rückschlüsse auf die soziale Zusammensetzung dieser Wählerschaft: Überraschend war hier vor allem

<sup>12</sup> Ebd. 75 f., 102; Michaela Gustenau, Mit brauner Tinte. Nationalsozialistische Presse und ihre Journalisten in Oberösterreich 1933–1945 (Linz 1992) 228.

<sup>13</sup> Nachruf F&R 11/76 + Geburtstag.

<sup>14</sup> Seine Mutter war eine Reininghaus.

<sup>15</sup> Kurzbiographien und Listen der Landtagsabgeordneten bei Harry Slapnicka, Oberösterreich. Die politische Führungsschicht ab 1945 (Linz 1989).

der hohe Stimmenanteil bei den Arbeitern von 32 % (Angestellte 35 %), insbesondere auch in den verstaatlichten Großbetrieben, wo die VdU-Liste bei den Betriebsratswahlen Ende 1949 bei den VÖEST-Arbeitern 47 %, in den Stickstoffwerken sogar 55 %, in Ranshofen immer noch 35 % erzielte.<sup>16</sup> Diese unerwünschten Nebenwirkungen des gegen die ÖVP-Dominanz eingesetzten Medikaments bewirkten einen radikalen Umschwung in der bisher insgeheim fördernden Haltung der SPÖ und ihrer Verstaatlichten-Manager, die mit harten Bandagen gegen VdU-Aktivistinnen unter der Arbeiterschaft vorging, die im umgekehrten Fall zweifelsohne mit schärfsten Kampfmaßnahmen beantwortet worden wären, wie z.B. der Kündigung des Listenführers der siegreichen VdU-Liste in den Stickstoffwerken, Odo Grillmayer, noch vor Zusammentritt des Betriebsrates.<sup>17</sup>

Zwischen den Koalitionsparteien wurde der sogenannte Resinger-Krammer-Pakt abgeschlossen, benannt nach den beiden Landespartei-sekretären, um den VdU auf Gemeindeebene „auszugrenzen“: Der VdU-Vizebürgermeister Alfred Mold in Linz begann seine erste Rede deshalb auch mit den Worten: „Trotzdem sehr geehrtes Gremium“;<sup>18</sup> Karl Leitl in Eferding wurde – entgegen vorherigen Absprachen mit der SPÖ – nur Vizebürgermeister; Ausnahmen in kleineren Gemeinden bestätigten freilich die Regel: So wurden in Mondsee (Girlinger) und Andorf (Hans Weichselberger) VdU-Bürgermeister mit SPÖ-Unterstützung ins Amt gewählt.<sup>19</sup> In einigen Fällen (zwei Drittel davon im Innviertel) verfügte der VdU in der Gemeindestube sogar über absolute Mehrheiten.<sup>20</sup>

Im Jahr nach seinem großen Erfolg wurde der VdU als Überraschungssieger der Wahlen jedoch

von internen Kämpfen und Krämpfen befallen, die seinen Nimbus schädigten, in Oberösterreich mehr als anderswo: Neumann selbst war bei den Wahlen leer ausgegangen, aus einem ganz einfachen Grund: Er war um elf Tage zu jung für das passive Wahlalter. Zwischen dem jungen Bundesobmann Kraus (geb. 1911) und dem noch viel jüngeren Landesobmann Neumann (geb. 1924) herrschte kein besonders gutes Einvernehmen. Sie betrachteten einander schon seit ihren ersten gemeinsamen Auftritten als Rivalen, vielleicht gerade deshalb, weil ihr pragmatischer Zugang zu aktuellen Fragen bei allen Unterschieden der Herkunft und der Mentalität zu ähnlich war: Beide waren erfolgreiche „Medienleute“, verdankten viel der Unterstützung der Amerikaner und entstammten den Randzonen, nicht dem Kernbereich des nationalen Lagers, dem sie durch verwandtschaftliche Beziehungen mehr als durch persönliche Überzeugung verbunden waren.

Neumann hatte Schwierigkeiten mit dem Partei-Apparat, mit Generalsekretär Gollob – und mit den vom „Gmundner Kreis“ eingeschleuften „Hauptamtlichen“, dem Landessekretär Otto Joklik und dem Organisationsleiter Alois Eder (die beide, wie man später feststellte, verdächtige Ostkontakte unterhielten); doch auch unter „seinen Leuten“ gab es Krisensymptome: NR Huemer trat Mitte Februar 1950 plötzlich aus (behielt aber – ein Präzedenzfall für die 2. Republik – sein Mandat),<sup>21</sup> Landesrat Wascher geriet in Korruptionsverdacht und wurde im Juni schließlich durch Roland Hausmann ersetzt, einen Gmundner Hotelier. Über Neumanns Kopf hinweg beriefen Kraus und Gollob für den 20. Februar 1950 einen außerordentlichen Landesvorstand im Welser Bahnhofsrestaurant ein, der zu einer Saalschlacht

<sup>16</sup> Höbelt, Geschichte des VdU 121; Allgemeine Tagespost (ATZ) 22.12.1949.

<sup>17</sup> Österreichische Allgemeine Zeitung (ÖAZ) 31.1.3.2.1950; ebd. 24.3.1950 über den Obmann der Angestellten-Betriebsräte, Marksteiner.

<sup>18</sup> Oberösterreichische Nachrichten (OÖN) 28.11.1949.

<sup>19</sup> Echo der Heimat, 8.u.17.11.1949.

<sup>20</sup> Absolute Mehrheiten errang der VdU in Mining, St. Marienkirchen und Nußdorf am Attersee; die Hälfte der Mandate in St. Georgen am Fillmansbach, Mühlheim am Inn, Aistersheim und St. Pankraz. In fünf weiteren Gemeinden (Gilgenberg, Antiesenhofen, Eberschwang, Bachmanning u. Kematen bei Wels) war der VdU relativ stärkste Partei.

<sup>21</sup> Zu Huemer vgl. Peter Autengruber, Kleinparteien in Österreich 1945 bis 1966 (Innsbruck 1997) 214, 234 ff. Als Huemer 1954 der ÖVP beitrug, erinnerte sich der Staatssekretär und ehemalige Organisationsreferent Ferdinand Graf, er habe ihn „seinerzeit mit einigen 10.000 S unterstützt“, Maleta hielt ihn für einen „ewigen Vereinsgründer“ (Karl v. Vogelsang-Institut [KvVI] 1494, BPL 1.3.1954).

eskalierete – und mit der Absetzung Neumanns endete, der im Laufe der Auseinandersetzung buchstäblich k.o. ging. Neumann appellierte an den Bundesvorstand, der ihm unter Federführung des alten Landbund-Vizekanzlers Hartleb zunächst recht gab. Viktor Reimann wurde mit der Untersuchung des Falles beauftragt, von Kraus aber dann plötzlich zurückgepfiffen. Als vorläufiger Kompromiß wurde dem in Wels bestellten neuen Obmann, NR Hans Rammer, ein Arbeitsausschuß an die Seite gestellt.<sup>22</sup>

Noch im Laufe des Sommers verschoben sich freilich die innerparteilichen Fronten: Im Juli 1950 gerieten Kraus und Gollob in einen Konflikt. Gollob mobilisierte die „Basis“ der Aktivisten gegen den „abgehobenen“ Obmann – und es waren die starken Bataillone der alten Landbündler, die Kraus das Überleben ermöglichten: Hartleb in der Steiermark und in Kärnten, Emil Barnert in Oberösterreich. Der VdU war bisher nur als Verein organisiert gewesen, erst jetzt fanden erste Verbandstage statt, mit Delegierten, die von den Mitgliedern gewählt wurden, in Oberösterreich inzwischen immerhin fast 5.000. Eine Woche vor dem Bundesverbandstag fand am 24. September 1950 der „Landesparteitag“ statt: Barnert, ein alter Mitarbeiter Neumanns, wurde mit „fast 100 von 162“ Stimmen zum Obmann gewählt, der Interims-Obmann Rammer, Gollobs Kandidat, erlitt eine Niederlage und wurde offenbar nicht einmal in seinem Heimatbezirk Ried bestätigt.<sup>23</sup> Die Opposition gegen Neumann war vom Innviertel ausgegangen, vom Einzugsbereich Salzburgs, das in dieser Auseinandersetzung ganz klar auf seiten Gollobs stand. Dagegen bildete sich eine „Obmann-Achse“ entlang der Westbahn, in den Bezirken Linz-Wels-Vöcklabruck, mit hoher personeller Kontinuität. Der Erfolg der Barnert-Gruppe in Oberösterreich verschaffte Kraus auch auf dem Bundestag eine Woche später eine knappe

Mehrheit über den Kärntner Scheuch. Die Zugferde der Streitparteien des Jahres 1950, Gollob und Neumann, hatten einander wechselseitig aus dem VdU hinausgekegelt. Oberösterreich blieb unter Barnert, dann (ab 1953) Grünbart bis zum Ende des VdU eine verlässliche Stütze der Bundesführung, spielte aber – trotz seiner hohen Mitgliederzahlen – eine personell erstaunlich geringe Rolle.<sup>24</sup>

Das Wochenende des ersten Bundesverbandstages, der in Wels stattfand, wurde allerdings von weit dramatischeren Ereignissen überschattet – der kommunistischen Bewegung gegen das 4. Lohn- und Preisabkommen, die vor allem in der russischen Besatzungszone zu kritischen Situationen führte, in der amerikanischen Zone aber gerade in den Großbetrieben, wo der VdU die Mehrheit besaß, ebenfalls auf große Resonanz stieß. In Linz zwangen Demonstranten (angeblich unter maßgeblicher Beteiligung des VdU-LT-Abg. Engelbert Specht) den AK-Präsidenten Heinrich Kandl unter Androhung von Brachialgewalt zum Rücktritt. Die VdU-Bundesführung verhielt sich passiv. Den Betriebsräten wurde geantwortet: „Ihr müßt selbst wissen, ob Ihr streiken sollt.“<sup>25</sup> Kraus zählte zu den Kritikern der starren, bundesweit einheitlichen Lohnpolitik, weil sie keine wirtschaftlichen Anreize schaffe: „In einer Zeit, in der die ganze Welt nach Produktionssteigerung ruft, ist diese Politik der Lohnnivellierung sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht unverantwortlich.“<sup>26</sup> Erst als die politische Stoßrichtung der kommunistischen Agitation immer bedrohlicher schien, zog sich der VdU vom Streik zurück. „Wir setzten uns dann mit dem VdU zusammen und versuchten die Belegschaft wieder an die Arbeit zu bringen“, resümierte der spätere sozialistische „Betriebskaiser“ Walter Brauneis.<sup>27</sup>

Die schwankende Haltung während der „Putschtage“ war ein Symptom und wohl auch

mit ein Auslöser für die Schwierigkeiten des VdU, den Vertrauensvorschuß der Arbeitnehmerschaft, der ihm in einer regionalen Sonderentwicklung in der US-Zone beschieden war, zu festigen und zu konsolidieren. Die SPÖ setzte ihren Herrschaftsanspruch in den verstaatlichten Großbetrieben in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre gegen die Konkurrenz von links und von rechts mit Zuckerbrot und Peitsche durch. Sie bot soziale Aufstiegsmöglichkeiten für „Ehemalige“ (Generaldirektor Walter Hitzinger in der VÖEST, der im Dritten Reich eine Zeitlang unter Franz Malzacher gedient hatte, aber auch ein alter Freund des Verstaatlichten-Ministers Karl Waldbrunner war, nützte diese Möglichkeiten optimal<sup>28</sup>), duldete aber keinen politischen Widerspruch im Betrieb. Von den 34 AK-Räten, die dem VdU in Oberösterreich 1949 zugefallen waren, kehrten zwanzig, mehr als die Hälfte, der Partei bis 1954 den Rücken: Das begann mit Abwerbeaktionen der SPÖ schon Anfang 1950, setzte sich fort mit Streitigkeiten um die Kandidatenaufstellung für die NR-Wahlen 1952/53 und endete mit dem Übertritt von Linzer Kammer- und Gemeinderäten zur sowjetnahen „Nationalen Liga“ Ende 1953/54. Auch wenn der VdU gerade in seiner Endphase der Sozialpolitik besonderes Augenmerk widmete, so wurde sein Arbeitnehmerschaftsausschuß damals doch schon fast ausschließlich von Angestellten besetzt.

Der Zwiespalt zwischen der bürgerlichen Linie, die Kraus einschlug, und dem Protestpotential, das sich im Westen vielfach gegen die ÖVP richtete, brach mit den Bundespräsidentenwahlen des Frühjahr 1951 auf, als der VdU den unabhängigen, aber deutlich dem nationalliberalen Lager zugehörigen Mediziner Burghard Breitner unterstützte. Breitner als gebürtiger Salzburger und Professor an der Innsbrucker Universität erzielte in diesen beiden Städten sogar Mehrheiten, bun-

desweit übertraf er das VdU-Ergebnis von 1949 um ein Drittel. Daß sich diese Erfolge einzig und allein in Oberösterreich nicht einstellten (19,3 statt 20,9 %), war natürlich in erster Linie auf seinen ÖVP-Gegenkandidaten zurückzuführen, den „Lokalfavoriten“ Landeshauptmann Heinrich Gleissner. Das Abschneiden Breitners war jedoch darüber hinaus interessant, weil er zum Teil auch in Oberösterreich noch einmal zulegte, im Salzburger Einzugsbereich, vor allem aber im Milieu der Kleinstädte und Märkte;<sup>29</sup> dafür aber in den Statutarstädten und Industriezentren verlor, besonders deutlich in Steyr, wo sich eine Gruppe um die Zeitung „Der Angriff“ nach dem 2. Wahlgang und Kraus' umstrittener Wahlempfehlung für Gleissner überhaupt vom VdU lossagte.

Die „BB“-Kampagne hatte ein langes Nachspiel: Die Kandidatur Breitners war von der „Jungen Front“ mitgetragen worden, einer national-konservativen Vorfeldorganisation der ÖVP unter Graf Ernst Strachwitz<sup>30</sup> und Willfried Gredler, die deshalb mit der Partei brach, sich im Herbst 1951 als „Aktion zur politischen Erneuerung“ konstituierte und unter wohlwollender Vermittlung des SN-Herausgebers Gustav Canaval Fusionsverhandlungen mit dem VdU begann, die sich endlos hinzogen. Die Fronten innerhalb des VdU für und wider die Fusion überschritten sich mit den Fronten für und wider Kraus und ergaben ein sehr verwirrendes Bild: Während Kraus sich vom Zusammenschluß mit den ÖVP-Dissidenten eine Stärkung der bürgerlich-liberalen Komponente erhoffte, sahen andere in der Fusion die beste Gelegenheit, Kraus als Obmann loszuwerden. Andererseits bedeuteten Raabs Wahl zum ÖVP-Obmann und die Regierungsumbildung vom Jänner 1952 einen Kurswechsel, der den sachlichen Anliegen der „Aktion“ entgegenkam. Er führte zwar nicht zur Rückkehr der Gruppe

<sup>22</sup> Höbelt, Geschichte des VdU 101-104; laut ATP 27.2.1950 wurde Neumann „vorübergehend als behindert erklärt“.

<sup>23</sup> Neue Front 21.7.49; ATP 10.3. Ernst Standhartinger, ab Herbst dann bis 1963 Hans Winklmayr.

<sup>24</sup> In der Parteileitung war OÖ neben dem Obmann durch den Linzer Roschall, den Hörschinger Bauern Wilhelm Mayr, ab 1953 dann Karl Leitl vertreten. Der dritte Oberösterreicher wechselte häufig: 1950: Decker, 1951: Rabl, 1952: Barnerts Organisationsleiter Quinn aus Andorf, ab 1953 die Welserin Luise Pupini.

<sup>25</sup> Der Angriff, 7.10.1950.

<sup>26</sup> Viktor Reimann in Österreichische Allgemeine Zeitung 25.3.1950.

<sup>27</sup> Ronald Gruber, Der Massenstreik gegen das 4. Lohn- und Preisabkommen im September/Oktober 1950 (phil. Diss. Wien 1975) 216, Anm. 624.

<sup>28</sup> Vgl. Manfred Zollinger, Karl Waldbrunner – Schnittstellen eines Lebens zwischen Industrie und Politik. In: Hannes Androsch, Anton Pelinka & Manfred Zollinger (Hg.), Karl Waldbrunner – Pragmatischer Visionär für das neue Österreich (Wien o.J.) 17-185; hier. 66. Eine der farbigeren Anekdoten in diesem Zusammenhang lautet, daß Otto Skorzeny bereits Repräsentant der VÖEST für den spanischen und lateinamerikanischen Bereich war, als er noch offiziell auf der österreichischen Fahndungsliste stand. Mitteilung seiner Tochter R.

<sup>29</sup> In Märkten wie Mauerkirchen und Neumarkt am Hausruck, wo der VdU derlei nie geschafft hatte, landete Breitner auf Platz 1, in Ried und Eferding verfehlte er diese Marke nur relativ knapp. Im Vergleich mit 1949 legte er in mehr als der Hälfte der Bezirksstädte zu.

<sup>30</sup> Zur Person vgl. Andreas Fraydenegg-Monzello, Die vielen Fronten des Ernst Graf Strachwitz. Eine politische Biografie (Graz 2013).

um Strachwitz in die ÖVP, nahm ihrer Abspaltung aber viel von seiner Wirkung und räumte ihr allenfalls noch die Funktion ein, als Verbindungsglied zwischen ÖVP und VdU zu dienen. Doch bevor die Fusion von Aktion und VdU tatsächlich zustande kam, wurden im Herbst 1952 vorzeitige Neuwahlen ausgeschrieben, der Wirrwarr um die korrekte Bezeichnung der gemeinsamen Liste kostete zusätzlich Stimmen.

Die Oberösterreicher sahen diesem Treiben mit Unbehagen zu: Der Landesverband stand hinter Kraus (der im Oktober 1952 freiwillig zurücktrat), lehnte aber die angepeilte Verschmelzung mit der „Grafenpartei“ ab, der klerikale und monarchistische Ambitionen unterstellt wurden. Dabei repräsentierte die „Aktion“ weniger ein spezifisches weltanschauliches Spektrum, sondern umfaßte ein ebenso heterogenes Milieu wie der VdU selbst. Doch sie war ein ostösterreichisches und städtisches, zumal Wiener und Grazer Phänomen, das vor allem dort über Bodenhaftung verfügte, wo der VdU 1949 noch kaum präsent gewesen war. In Oberösterreich verfügte sie nur über vereinzelte Exponenten (Wunschheim, Gschwendtner), die als Generale ohne Armee galten. Eine Fusion vermochte da wenig Aussicht auf eine Verbreiterung zu bieten, dafür mehr Konkurrenz um die Mandate. Prompt kam es dann Anfang 1953 zu Problemen bei der Kandidatenaufstellung: Im Linzer Wahlkreis kandidierte als „Quereinsteiger“, der sogar als „ministrabel“ galt, der Sparkassendirektor Walter Sadleder, der Sohn des großdeutschen Vizebürgermeisters der Zwischenkriegszeit – was jedoch die VÖEST-Betriebsgruppe verärgerte, deren Sprecher Ing. Josef Heidl deshalb übergangen worden war: Wieder folgten im März eine Reihe von Austritten, darunter fünf AK-Räte.<sup>31</sup> Die VdU verlor 1953 bloß einige Promille, was angesichts der hochgespannten Erwartungen allerdings schon als kalte Dusche

wirkte. Mandatsmäßig gingen diese Verluste allein zu Lasten Oberösterreichs, wo ihr Stimmenanteil – der sich in Wien 1953 fast verdoppelte – beinahe halbiert wurde, von 20,9 % auf 12,2 %.<sup>32</sup> Von den vier Grundmandaten des Jahres 1949 wurde nur ein einziges, im Hausruckviertel, das Kraus behielt, knapp gehalten. Oberösterreicher waren im Nationalrat keine mehr vertreten, Sadleder fiel in Linz durch, auch der zweite Wirtschaftsexperte, der spätere Geschäftsführer der Industriellenvereinigung, Graf Kunata Kottulinsky, versäumte das Restmandat im Westen um wenige Stimmen. Die Regierungsbeteiligung, die vielfach erwartet worden war, scheiterte am Veto der SPÖ: Die VdU-Karte – ÖVP und VdU hatten am 9. März schon ein gemeinsames Programm veröffentlicht – verhalf dem neuen Bundeskanzler Raab zu einem Abwehrerfolg bei den Regierungsverhandlungen, doch die bürgerliche Mehrheit blieb vorerst auf dem Papier.<sup>33</sup>

### 3 Der Übergang vom VdU zur FPÖ (1954–56)

Die Erosion der Arbeitnehmerposition des VdU, die sich schon lange abzeichnete, wurde mit den AK-Wahlen im Oktober 1954 ratifiziert: Von den fast 29 % des Jahres 1949 blieben nur 7,9 % übrig, und auch das nur, wenn man die durchgefallene Liste der Parteifreien mit ihren 2,6 % dazuzählte.<sup>34</sup> Diese Herbstwahlen brachten die latenten, bisher bloß notdürftig verdeckten Spannungen innerhalb des VdU an die Oberfläche. Das vergangene Jahr war von einer Reihe von Abspaltungen gekennzeichnet gewesen: Der Wiener Fritz Stüber hatte die Freiheitliche Sammlung Österreichs (FSÖ) gegründet, der steirische Landesverband sogar mit der anrühigen „Nationalen Liga“ geflirtet. Auch in Linz bildete sich unter dem VÖEST-ler

<sup>31</sup> Arbeiter Kampfzettel, 10.1.1953, siehe auch die Liste AK-Räte in Wilhelm Rausch und Max Lotteraner, Aufbruch in eine bessere Zeit. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich 1920–1980 (Linz 1981).

<sup>32</sup> Mehr als die Hälfte seines Stimmenanteil büßte der VdU 1953 in Steyr und im Mühlviertel ein, weniger als ein Drittel in Wels und den Bezirken Ried und Kirchdorf. Von den Abgeordneten zum Nationalrat verloren Anton Neumann und Rammer ihre Mandate; Hueber war schon 1950 ausgetreten.

<sup>33</sup> Höbelt, Geschichte des VdU 177–183. Gleissner kommentierte die Einbeziehung des VdU in eine Dreier-Koalition zwiespältig: Es sei „gegen mein innerstes Gefühl“, aber er halte sie für richtig. (KvVI 1223, BPL 27.2.1953).

<sup>34</sup> LTP 18.10.1954.

Ing. Richard Helly ein „Nationaler Volksblock“, der sich der FSÖ anschloß.<sup>35</sup> All diesen Dissidenten gemeinsam war eine stärkere Betonung des nationalen Elements, aber auch der sozialen Programmatik und eine Ablehnung der Stellung als „bürgerliche Reservearmee“, die für die ÖVP die Kastanien aus dem Feuer holen sollte, aber auf keine Gegenleistung hoffen durfte. Diese Kritik war überzogen. Die Bemühungen von Kraus – und die Einsicht Raabs – hatten sehr wohl Früchte getragen: Mit Hartleb als Drittem Präsidenten des Nationalrats war der VdU protokollarisch unter die Spitzen des Staates aufgerückt; die Wahl fand ein Pendant in Oberösterreich, wo Bachinger ein erstes Mal zum dritten Landtagspräsidenten gewählt wurde; auch im Handelskammer- und Landwirtschaftsbereich fanden Personalwünsche des VdU zunehmend Berücksichtigung; die beiden Jus-Professoren Franz Gschntzer (ÖVP) und Helfried Pfeifer (VdU) brachten gemeinsame Anträge zur Aufhebung der vermögensrechtlichen „Sühnefolgen“ für ehemalige NSDAP-Mitglieder ein; auf dem Ausseer Parteitag hob Kraus speziell „die gebesserten Einflussmöglichkeiten bei unseren Interventionen“ hervor; schließlich fiel auch die Renaissance des nationalen Vereinsspektrums in die VdU Jahre, z.B. die Wiederbegründung der Turnvereine, die sich 1952 zum ÖTB zusammenschlossen, bis schließlich auch ihr Vermögen restituiert wurde, z.B. 1954 die Welser Turnhalle, die kurz darauf nach ihrem Begründer aus den zwanziger Jahren Moritz-Etzold-Halle getauft wurde;<sup>36</sup> seit Oktober 1953 erschien auch die national-liberale Traditionszeitung „Linzer Tages-Post“ wieder; Franz Langoth und Franz Dinghofer, die führenden Exponenten der Großdeutschen der

Zwischenkriegszeit, erteilten dem VdU 1953 noch ihren Segen;<sup>37</sup> dem Wunsch nach einer ausdrücklichen Verankerung des nationalen Elements kam das Ausseer Programm vom Mai 1954 mit seiner unmißverständlichen Formulierung: „Österreich ist ein deutscher Staat“ nach.<sup>38</sup>

Vielleicht war es gerade diese Re-integration der Eliten des Lagers, die Normalisierung – eine Situation, auf die sich Kraus schon 1948 berufen hatte –, die ihre Dynamik jetzt gegen ihn kehrte. Die Position als heimlicher Juniorpartner der ÖVP war nicht Fisch und nicht Fleisch. Verfechter der „reinen Lehre“ wollte der VdU nicht sein, doch als Instrument pragmatischer Interessenpolitik konnte er es auf Dauer nicht mit seinen Konkurrenten aufnehmen. Kraus hatte die Führung des VdU 1952 an Oberst Max Stendebach abgegeben und wurde 1954 auch nicht mehr als Stellvertreter aufgestellt, blieb aber ganz offensichtlich die zentrale Figur des VdU – die Figur auch, an der sich die Geister schieden: Zum Mißtrauen des national-populistischen Flügels, das Kraus schon seit Jahren verfolgte, gesellte sich im Laufe des Jahres 1954 offenbar auch eine wachsende Distanz zu den Wirtschaftskreisen, die ihn bisher unterstützt hatten: Da mochten manche persönlichen Momente mitspielen, wie z.B. der Tod des führenden Vertreters der Industrie und Handelsministers Josef Böck-Greissau im April 1953, vielleicht auch bloß der Verdacht, daß Kraus den VdU nicht mehr in der Hand habe oder daß er – gerade wegen der Angriffe auf ihn – seinen Handlungsspielraum in Hinkunft verstärkt durch Kontakte mit der SPÖ erweitern wolle.<sup>39</sup>

In dieser Situation führten die Wahlniederlagen vom Oktober 1954 zu dramatischen Wei-

<sup>35</sup> ÖStA, BMI, Abt. 2, Referat Dr. Kothny, Berichte 1954–58, 11.3.1954. Zwei Jahre später schrieb Peter dann, der Anhang Stübers in Oberösterreich beschränke sich auf ein Tischrunde in Linz und einige Anhänger in Stadl-Paura.

<sup>36</sup> F&R 10/62. Für die Rückgabe der Welser Turnhalle hatte sich insbesondere Landeshauptmann Gleissner eingesetzt; vgl. KvVI 1223, BPL 4.11.1953..

<sup>37</sup> Neue Front, 2.5.1953;

<sup>38</sup> Im Programm von 1949 war nur der Passus enthalten: „Bei voller Wahrung unserer staatlichen Selbständigkeit bekennen wir uns zum deutschen Volkstum.“ Der Abschnitt über „die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa auf der Grundlage der Gleichberechtigung“ blieb gleich. Erich Reiter, Programm und Programmentwicklung der FPÖ (Wien 1982) 242, 247.

<sup>39</sup> Kraus wie Peter stimmen überein, daß es vor allem Robert Harmer als Präsident des Verbandes Selbständig Wirtschaftstreibender war, der mit Kraus „nicht konnte“, dafür aber aus Kriegszeiten mit Reinhaller gut bekannt war. Harmer empfahl Kraus jedenfalls schon 1952, mit Reinhaller Kontakt aufzunehmen; vgl. Lothar Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948–1955 (Wien 2015) 203 (Anm. 128), 208.



chenstellungen: Die fünf Landesobmänner der westlichen Zonen (jedoch ohne Oberösterreich!) trafen einander am 12. Dezember 1954 in Schwarzach-St. Veit und sprachen sich nicht bloß für eine neue Führungsgarnitur, sondern für eine neue Partei aus, in der alle bisherigen Gruppen aufgehen sollten. Als Galionsfigur gewannen sie im Jänner 1955 einen Mann, der bisher alle diesbezüglichen Aufforderungen zurückgewiesen hatte: Anton Reinthaller, Jgg. 1895, gebürtiger Innviertler, ursprünglich Landbündler und als Schwiegersohn von Hermann Oehn, dem Obmann des Bauernvereins vor 1918, Erbe eines Gutes am Attersee, dann ab 1928/30 Führer der NS-Bauernschaft, 1934/35 als Exponent der gemäßigten Linie in Verhandlungen mit Schuschnigg, 1938 „Anschlußminister“ im Kabinett Seyß-Inquart, dann Staatssekretär für Bergbauernfragen in Berlin.<sup>40</sup> 1945–50 inhaftiert, sagten in seinem Hochverratsprozeß eine Reihe von ÖVP- und SPÖ-Funktionären für ihn aus, auch wenn es noch einige Zeit dauerte, bis der über ihn verhängte Vermögensverlust aufgehoben wurde.<sup>41</sup> Wenn Reinthaller sich jetzt zur Verfügung stellte, war das in erster Linie der Intervention Raabs zuzuschreiben, der ihn über Mittelsmänner (insbesondere Graf Peter Revertera, den Sicherheitsdirektor Oberösterreichs vor 1938,<sup>42</sup> und den Verband Selbständig Wirtschaftstreibender, in Oberösterreich vertreten durch Fritz Kretz von der Zipfer Brauerei) dazu aufforderte – ganz offensichtlich mit dem Ziel, bei der Neuformierung des Dritten Lagers eine Entwicklung hintanzuhalten, die den VdU

oder seinen Nachfolger als potentiellen Bündnispartner ausfallen ließ.<sup>43</sup>

Der außerordentliche Verbandstag des VdU am 5./6. Februar 1955 machte den Bruch unvermeidlich: Die „Schwarzacher“ blieben in der Minderheit, zogen daraufhin (bis auf die Salzburger) geschlossen aus und meldeten die „Freiheitliche Partei“ an. Die alte VdU-Führung hatte ihren Rückhalt im Osten, die Freiheitliche Partei im Süden und Westen. Die Entscheidung fiel einmal mehr in Oberösterreich. Reinthaller verfügte in seinem Heimatland über einen gewissen Anhang: Legendärer Ausgangspunkt war die „Arbeitsgemeinschaft der parteiungebundenen Vereine“, die sich im „Grünen Salon“ im Linzer Schwechater Hof traf, wo auch Emil van Tongel und Friedrich Peter verkehrten, die 1955 dann zu den engsten Mitarbeitern Reinthallers avancierten;<sup>44</sup> auch Honoratioren wie der Vorsitzende des Freiheitlichen Akademikerverbandes (FAV), Alfred Jelinek, und der letzte Obmann der Großdeutschen Volkspartei, Hermann Foppa, fanden sich im Proponentenkomitee der Freiheitlichen Partei wieder. Unter den VdU-Spitzenfunktionären hatte Reinthaller einzelne Sympathisanten, wie z.B. den Linzer Stadtrat Fastner oder den LT-Abg. Wilhelm Mayr, die Führung jedoch, mit Obmann Grünbart und seinem Stellvertreter Karl Leitl, dem zweiten Landesrat Hausmann und Bundesrat Max Rabl stand loyal zur Bundesführung. Eine Aussprache im größeren Kreis am 8. März endete nur mit erneuter Verstimmung. Beide Seiten warben mit „Arbeitsgemeinschaften“: Reinthaller mit einem „Landeskomitee der Dritten Kraft“ (das tatsäch-

lich Vertreter so ziemlich aller Gruppen umfaßte, die sich im Laufe der Jahre vom VdU verabschiedet hatten, von der Aktion bis zur Nationalen Liga), Leitl mit einem „Komitee der Mitte“ (das auch zwei abgesprungene ÖVP-Kandidaten umfaßte, den ehemaligen Landespartei sekretär Walter Resinger und den Beamten-Gewerkschafter Gasperschitz).<sup>45</sup> Ende Juni 1955 schien sich nach einem abendlichen Besuch Reinthallers bei Leitl ein Durchbruch abzuzeichnen, doch das angepeilte Übereinkommen wurde nach einer Intervention der Bundesführung von der VdU-Landesleitung verworfen, Leitl warf verärgert das Handtuch.<sup>46</sup>

Die ungeklärte Situation – mit ihren gegenseitigen Abwerbeversuchen – war für Oberösterreich besonders bedrohlich, weil hier im Herbst Landtagswahlen anstanden. Förderer und Geldgeber verzweifelten an dem drohenden Chaos. Viktor Reimann resümierte: „Die Industriellenvereinigung sperrte die Gelder an alle. Das wirkte Wunder.“<sup>47</sup> Gerade noch rechtzeitig – fünf Wochen vor der Wahl – kam am 16. September 1955 eine „Freiheitliche Wahlgemeinschaft“ (FWG) zustande, die als Kernstück einer Einigung auch auf Bundesebene gedacht war.<sup>48</sup> Semantisch und in der Form stellte die „FWG“ ein Zugeständnis an Reinthaller dar; personell hingegen signalisierte die Liste Kontinuität. Bis auf Friedrich Peter, der im Traunviertel an erster, sonst überall an zweiter Stelle kandidierte – stammten mit Grünbart, seinem Stellvertreter Walter Bauer und Bachinger alle gewählten LT-Abg. schon aus dem VdU. Die FWG versäumte knapp das fünfte Mandat und damit den Wiedereinzug in die Landesregierung; insofern endete ihr Antreten mit einer Niederlage. Wenn man die überall sonst seit zwei Jahren eingetretenen Verluste in Rechnung stellte, fiel sie mit 9,6 % – verglichen mit den 12 % des Jahres 1953 – immer noch glimpflich aus.

Das bundesweite Einigungsmodell, das man am 18. Oktober 1955 abgesehen hatte, lautete:

Ein aus VdU und Freiheitliche Partei paritätisch zusammengesetztes Proponentenkomitee sollte eine neue Partei, die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ins Leben rufen. Die Bezirke sollten Mitglieder werben und dann „Urwahlen“ abhalten. Dann würde sich herausstellen, wer tatsächlich über Rückhalt in der Bevölkerung – oder zumindest unter den Aktivisten – verfügte: In Oberösterreich wurde das Landeskomitee von Peter und dem Welser VdU-Bezirksobmann Gerhard Eder geleitet, der noch kurz zuvor den „Grünen Salon“ als „Schlangengrube“ bezeichnet hatte. Mitte Jänner wurden 770, Anfang März 1956 1350 Mitglieder gemeldet. Als Ergebnis der Urwahlen kristallisierte sich heraus, daß in 10 von 12 Bezirken die alten VdU-Obmänner bestätigt worden waren.<sup>49</sup> Das galt vor allem für die starken Bezirke des Inn- und Hausruckviertels. Im Mühlviertel war eine Organisation ohnehin nie vorhanden gewesen; auch im Bezirk Kirchdorf war zum Zeitpunkt der Landtagswahl offenbar keine mehr vorhanden. Hier im Gebirge legte sich Peter, der bis vor kurzem in St. Pankraz unterrichtet hatte, besonders in Zeug – mit Erfolg: Peter schrieb, er sei „bisher als ‚Ein-Mann-Torpedo‘ im Organisationsbereich herumgefahren“; selbst der Kraus-Intimus Kandutsch konzidierte ihm, er „arbeite wie ein Vieh“. Über Reinthaller seufzte Peter hingegen, da er „nicht das Gewicht der ganzen Persönlichkeit in die Schlacht wirft“. Es sei schwer, „den Ingenieur aus seinem Bau herauszulocken.“<sup>50</sup> Der erste Landesparteitag am 18. März 1956 wählte Peter zum Obmann, Grünbart und Eder zu Stellvertretern, außerdem wurde mit Leopold Spitzer ein Arbeitervertreter ins Präsidium kooptiert. Als Landesgeschäftsführer fungierte weiterhin Emerich Weiß, bis er 1957 als Hörschinger „Wetterfrosch“ in die Meteorologie zurückkehrte.

Schwierigkeiten gab es vor allem in der Landeshauptstadt, wo ehrgeizige Akademiker aufeinanderstießen und die sozialen Hierarchien weniger

<sup>40</sup> Vgl. Gerhard Siegl, Bergbauern im Nationalsozialismus: Zwischen Agrarideologie und Kriegswirtschaft (Innsbruck 2013); Lothar Höbelt, Die „Aktion Reinthaller“: „Ständestaat“ und „nationale Opposition“. In: OÖLA (Hg.), Oberösterreich 1918–1938, Bd. I (Linz 2014) 47–88.

<sup>41</sup> Kothny-Berichte 11.8.1954; vgl. Heinz-Dietmar Schimanko, Der Fall Reinthaller. Das Strafverfahren gegen Anton Reinthaller vor dem Volksgericht (unveröff. Dissertation Wien 2017); kein neues Material bei Margit Reiter, Anton Reinthaller und die Anfänge der Freiheitlichen Partei Österreichs. Der politische Werdegang eines Nationalsozialisten und die „Ehemaligen“ in der Zweiten Republik. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 66 (2018) 539–575.

<sup>42</sup> Revertera sprach 1950 von einer „Dankespflicht, die ich Ihnen aus für mich bösen Tagen lange genug schuldig blieb“. (OÖLA, NI. Reinthaller, VdU/FPÖ I, Brief vom 12.11.1950). Revertera seinerseits intervenierte bei Gleissner für Reinthallers „Begnadigung“ (Aufhebung der Sühnefolgen) (Brief 3.6.1953), später auch für andere Amnestiefälle (ebd. 4. & 15.2.1954), die er auch Raab vorlegte.

<sup>43</sup> Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 207 ff., 225 ff.; Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987 (Wien 1988) 278–280 datiert die Versuche Raabs schon auf Anfang 1954 und überschätzt die Rolle Emil van Tongels, der erst später eine Vertrauensposition bei Reinthaller errang.

<sup>44</sup> Vgl. Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 227, 238 als Beleg, daß sich diese Kontakte erst um die Jahreswende 1954/55 entwickelten.

<sup>45</sup> Kothny-Berichte, 11.u.24.3.1955; vgl. auch den Artikel Leitls in den OÖN vom 4.2.1955 („Die neue Kraft“).

<sup>46</sup> Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 274–296.

<sup>47</sup> Reimann, Dritte Kraft 270.

<sup>48</sup> Höbelt (Hg.), Aufstieg und Fall 315 f., 322 ff.

<sup>49</sup> FPÖ-Archiv, Sitzungen des Proponentenkomitees 27.3.1956 (Peter). An Gredler schrieb Peter über die „alten Krisengebiete“ Sreyr und Schärding (Inst. f. Zeitgeschichte, NI. Gredler, Mappe 8, Brief Peters, 15.6.1956).

<sup>50</sup> Inst. f. Zeitgeschichte, NI. Gredler, Mappe 8, Brief Peters 7.1.1956, 16.2.1956; FPÖ-Archiv, Sitzungen des Proponentenkomitees 10.1.1956.

stabil waren als in den Landbezirken. Peter sollte dreißig Jahre später in seiner Abschiedsansprache zugeben, die FPÖ hätte sich lieber auch hier an den VdU-Obmann Rachbauer halten sollen. So wurde Linz zuerst von Peters Trauzeugen und Hausarzt, Helmut Koch, dann von seinem väterlichen Freund, dem Fliegergeneral Punzert übernommen, der in ein Juweliergeschäft eingeheiratet hatte. Der alte VdU-Vizebürgermeister Moldiente noch einige Jahre weiter und ging dann zu Leitl in die Privatwirtschaft. Von den VdU-Größen hatte sich Leitl schon im Sommer 1955 zurückgezogen, Rabl – den Peter besonders heftig ablehnte – stimmte im April 1956 gegen die Auflösung des VdU und gründete mit Rachbauer eine „Unabhängige Kameradschaft“, die in Opposition zur FPÖ verharrte (und über gute Kontakte zur SPÖ verfügte).<sup>51</sup> Wenn der Übergang auch nicht ganz so glatt erfolgt war wie in Kärnten und Salzburg (wo die VdU-Organisation korporativ übertreten war), so hatte Oberösterreich doch auch die bitteren Kämpfe vermieden, die in Wien, der Steiermark oder Tirol tobten.

Umso enttäuschender war das Wahlergebnis vom Mai 1956. Noch in der Aufbauphase wurde die embryonale Partei im Februar von der Auflösung des Parlaments überrascht. Damit wurde der Abschluß der Urwahlen von Streitigkeiten über Kandidatenlisten überschattet. Kraus wurde an unwählbarer Stelle gereiht und trat wenige Tage nach dem Gründungsparteitag aus. Im Mai erhielt die FPÖ in Oberösterreich nur noch 7,14 % – zum ersten Mal machte sich eine spürbare Differenz zwischen Landes- und Bundeswahlen bemerkbar. Der „Staatsvertragskanzler“ Raab, nebenbei auch indirekter Geburtshelfer der FPÖ, fuhr die Ernte ein: Die ÖVP verfehlte die absolute Mehrheit nur um ein Mandat. Die FPÖ Oberösterreich war im Nationalrat wieder nur pro forma vertreten, das Restmandat im Westen fiel an den alten VdU-Boß Stendebach, dem erst 1959 der Welser Anwalt Wilhelm Kos folgte.

<sup>51</sup> Peter warf Rabl seine Kontakte zu Pittermann und Bernaschek – und private Geschäfte mit Stendebach – vor und erklärte: „Wenn uns Rabl durch die hohe Bundesführung aufgezwungen wird, dann trete ich ab“; Inst. f. Zeitgeschichte, NI. Gredler, Mappe 8, Brief Peters 10.2.1956; Kothny-Berichte 24.3.1955.

<sup>52</sup> Zu Raabs Reaktion vgl. KvVI, Protokolle des ÖVP-Klubs 17.5.1957; Kurt Piring, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik (Wien 1982) 51-53.

<sup>53</sup> Inst. f. Zeitgeschichte, NI. Gredler, Mappe 8, Briefe Peters, 16.2., 3.3. u. 15.6.1956.

<sup>54</sup> FPÖ-Archiv, Bundesparteileitung (BPL) 26.4.1958.

#### 4 Die Ära Peter I: „Frontgeneration“ und „Wachstumspartei“ (1958–63)

Raab setzte entgegen allen Verschwörungstheorien nicht auf die „Ausgrenzung“ Reinhallers. Weniger als ein Jahr nach der FPÖ-Gründung präsentierten beide im Februar 1957 einen gemeinsamen Bundespräsidentenskandidaten, den Linzer Mediziner Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Denk. Im Gegenzug versprach die ÖVP den Freiheitlichen eine Wahlrechtsreform. Doch Denk blieb am 5. Mai 1957 um knapp 100.000 Stimmen hinter Adolf Schärf zurück. Die Flüsterparole: „Wer einmal schon für Adolf war, wählt Adolf auch in diesem Jahr“, habe ihre Wirkung getan, meinten die einen; gerade in „schwarzen“ Hochburgen habe Denk unterdurchschnittlich abgeschnitten, analysierten die anderen. Die Wahlrechtsreform blieb auf der Strecke – und auch die Aussicht auf eine weitere Zusammenarbeit der beiden bürgerlichen Parteien.<sup>52</sup> Die beiden Protagonisten Raab und Reinhaller fielen aus – Raab erlitt 1957 einen Schlaganfall, Reinhaller erkrankte an Krebs und starb im Frühjahr 1958. Friedrich Peter, der in der Gründungsphase der Partei 1956 noch für den Aufbau Gredlers als Geschäftsführer, „Vizekönig“ Reinhallers eingetreten war,<sup>53</sup> wurde ohne ernsthafte Konkurrenz zu seinem Nachfolger gewählt; nur an der Frage möglicher „Wahlkapitulationen“ entzündete sich der Streit. Für die Oberösterreicher sekundierte Eder dem Landesobmann: „Ich war alter VdU Mann und habe zu den Leuten gehört, die den Peter so als eine Art rotes Tuch gesehen haben“, jetzt aber sei er von ihm überzeugt. Auf Bundesebene fand diese Empfehlung ihre Entsprechung in der Achse Kandutsch – Zeillinger, die Peter gegen alle Querschüsse aus der Richtung van Tongel absicherte.<sup>54</sup>

Peter blieb auch nach der Wahl zum Bundesobmann in Oberösterreich, um über den Landtag das Geschäft von der Pike auf kennen zu lernen. Er erwarb sich Respekt durch Fleiß und Disziplin.

Die „graue Eminenz“ der Kärntner FPÖ, Hubert Knaus, schrieb ihm später einmal: „Es war mir klar, daß wir mit Dir nicht nur einen Parteiohmann, sondern zugleich einen Generalsekretär wählen werden.“<sup>55</sup> Nach den turbulenten Jahren des VdU sollte die FPÖ Stetigkeit und Verlässlichkeit symbolisieren. Ein Teil dieser politischen Kreditwürdigkeit bestand auch darin, die Schulden des VdU abzubauen. Dem Ausbau der Organisation wurde besonderes Augenmerk geschenkt: Im Frühjahr 1957 zählte man 3000 Mitglieder, 3500 ein Jahr später, bis in die siebziger Jahre hatte man verdoppelt und 1974 offiziell selbst Kärnten überholt. Oberösterreich wurde zum Teil sogar zur Betreuung angrenzender Bezirke benachbarter Bundesländer herangezogen, z.B. von Haag und St. Valentin im niederösterreichischen Mostviertel<sup>56</sup> oder – im Landtagswahlkampf 1957 – von Liezen in der Steiermark.<sup>57</sup> Ursprünglich gab es nur in Linz, Braunau und Vöcklabruck hauptberufliche Bezirkssekretäre; schon 1957 wurde das Netz auf Steyr und Gmunden (Robert Haider) ausgedehnt; 1971 war mit dreizehn Sekretären das Maximum erreicht.<sup>58</sup> Zusätzlich wurden die Sekretäre mit fahrbaren Untersätzen ausgestattet, anfangs noch Motorroller, dann Pkws.<sup>59</sup> Die oberösterreichische Parteizeitung „Freiheit und Recht“ erschien ab 1960 als „Oberösterreichische FP-Nachrichten für Freiheit und Recht“ in einer Auflage von 20.000 Stück monatlich, dann sogar zweimal im Monat. Die Erfolge dieser kontinuierlichen Kleinarbeit waren nicht spektakulär, aber Zeichen einer Konsolidierung: 1959 gab es Gewinne bei der Nationalratswahl (von 7,14 auf 8,73 %); 1961 noch einmal einen minimalen Zugewinn bei der Landtagswahl (9,60 auf 9,66 %), der freilich eine gewisse Enttäuschung bedeutete, weil das fünfte Man-

<sup>55</sup> NI. Peter, Knaus an Peter, 17.2.1965.

<sup>56</sup> FPÖ-Archiv, Bundesparteivorstand (BPV) 16.5.1956.

<sup>57</sup> FPÖ-Archiv, Landesparteivorstand Oberösterreich (LPV) 16.2.1957. Noch 1970 wurde von Oberösterreich ein „Waldvierteleinsatz“ organisiert (8.10.1970).

<sup>58</sup> FPÖ-Archiv, Landesparteileitung Oberösterreich (LPL) 12.3.1960.

<sup>59</sup> FPÖ-OÖ, LPL 8.11.1958: Bestand von 3 Pkws, 2 Roller, 5 Mopeds.

<sup>60</sup> F&R 11/60; Liste der FPÖ-Bürgermeister ebd. 15/61.

<sup>61</sup> OÖN 19.10.1955, ebd. 2.12.1955 Liste der neun bis zehn FP-Bgm.

<sup>62</sup> F&R Nachruf 11/63; Wagners Halbzeitlösung ebd. 1/64.

<sup>63</sup> August Zoister wurde sogar in einem Leitartikel der OÖN (26.11.1955) gelobt.

<sup>64</sup> F&R 2/62.

dat und damit der Einzug in die Landesregierung wiederum verfehlt wurden.

Derselbe Wahltag brachte – bis auf leichte Verluste in Linz – überdies ein Aufholen bei den Gemeinderatswahlen, wo sich 1955 noch die mangelnde Organisation ausgewirkt hatte: Unter mehreren hundert Gemeinden stellte die FPÖ in der Regel ein halbes Dutzend Bürgermeister, die kein klar erkennbares Muster aufwiesen, aber ein großes Beharrungsvermögen. Als sprichwörtliche freiheitliche Mehrheitsgemeinde kristallisierte sich das kleine St. Georgen am Fillmannsbach heraus; St. Marienkirchen am Hausruck, Nußdorf am Attersee und Mühlheim am Inn, wo die VdU-Bürgermeister im Amt geblieben waren, gingen 1961/62 verloren; in Mining, wo der VdU 1949 die absolute Mehrheit errungen hatte, kandidierte ihr Bürgermeister Karl Seeburger 1955 auf der ÖVP-Liste für den Landtag<sup>60</sup>; dafür gewann die FPÖ jetzt im benachbarten St. Peter am Hart (wo der frühere ÖVP-Bürgermeister Reiter zu ihr wechselte)<sup>61</sup>; Ex-Landesrat Grünbart war 1955–76 Bürgermeister von Geinberg (wo er sich um den Ausbau der Therme bemühte), Franz Götzen-dorfer 1955-61 in St. Martin im Innkreis;<sup>62</sup> in Redleiten am Hausruck einigte man sich 1955 auf den Minderheitskandidaten der FPÖ,<sup>63</sup> ebenso 1961 in Krenglbach, wo Silberhuber dann ein Vierteljahrhundert mit absoluten Mehrheiten „regierte“. Im Traunviertel regierte die FPÖ jahrzehntelang in Sankt Pankraz, wo Peter als Lehrer begonnen hatte (heute bekannt durch das Wilderer-Museum). Über Namenslisten kamen Josef Wagner im Innviertler Riedau (schon seit 1949)<sup>64</sup> oder Franz Obermair – der Großvater von Verkehrsministerin (2001/02) Monika Forstinger – in der alten Landbundgemeinde Roitham bei Lambach mit

seiner „Unabhängigen Wirtschaftsliste“ (1955–73) zum Zug.<sup>65</sup>

Bot sich in den Kleingemeinden oft die SPÖ als Partner an, so wurde in Aschach Karl Wagner, der 1945 entlassene Bahnhofsvorstand, mit ÖVP-Hilfe Bürgermeister (1955–64)<sup>66</sup>; in Mondsee war die FPÖ 1955 noch stärkste Partei, erst ein Konflikt mit der ÖVP 1960 endete mit dem SPÖ-Kandidaten als lachenden Dritten.<sup>67</sup> In den Bezirksstädten Eferding und Gmunden, wo die FWG 1955 gut abgeschnitten hatte (18 bzw. 21 %) setzte man gegen schärfsten Widerstand der SP-Mehrheitsfraktion einen ÖVP-Bürgermeister durch;<sup>68</sup> in Perg gab es 1958 eine bürgerliche Einheitsliste, deren Bürgermeister Fahrnberger später der FPÖ beitrug, in Wels hingegen bei der „Gemeindearbeit“ stets „Berührungspunkte mit der SPÖ“.<sup>69</sup>

Zur unbestrittenen Hochburg der FPÖ entwickelte sich immer mehr das Innviertel, das zu VdU-Zeiten hinter Linz und dem Hausruck nur Platz 3 belegt hatte. Dort hatte man schon 1955 – bis auf den Bezirk Schärding, der als „Schmerzkind“<sup>70</sup> galt – am besten gehalten. Der Bezirk Ried überholte jetzt selbst Wels Stadt, wo bisher immer das beste Ergebnis zu verzeichnen gewesen war; 1959 holte dann auch der Bezirk Schärding auf, der von dem eigenwilligen Bäckermeister Osterkorn übernommen worden war.<sup>71</sup> Dieser Trend setzte sich in den sechziger Jahren noch weiter fort und schlug sich auch in den Mitgliederzahlen nieder – wo die großen Städte Linz und Wels nur schwach vertreten waren. Dennoch war das Innviertel in den Parteigremien fast nicht vertreten,

nämlich im elfköpfigen Vorstand 1960 nur durch Grünbart; auch unter den 24 Mitgliedern der Parteileitung nur durch zwei Personen. Die Spitzengremien repräsentierten in der Ära Peter Arbeitsausschüsse, die schon aus Effizienzgründen in erster Linie mit Leuten aus dem Zentralraum besetzt wurden. Hinter diesen praktischen Gesichtspunkten läßt sich aber vielleicht doch eine gewisse Spannung ablesen. Selbst an dem so erfolgreichen Bezirk Ried wurde von Peter immer wieder die behäbige Amtsführung kritisiert, die sich zuwenig um Arbeiter kümmere.<sup>72</sup> Die Sonderstellung des Innviertels wurde dafür durch eigene „Landestage“ unterstrichen; zu seinem Fürsprecher entwickelte sich nach dem Ausscheiden Grünbarts der benachbarte Abgeordnete Franz Bachinger, der ohne offenen Konflikt wohl am ehesten als Gegenpol Peters gelten konnte.<sup>73</sup>

Die FPÖ der Ära Peter war durch personelle Kontinuität gekennzeichnet. Von 1955 bis 1985 vertraten sie im Landtag durchgehend der Bauer Bachinger (1914–88) und der Bundesbahner Bauer (1921–2002), von Peter in seinem Rückblick charakterisiert als „bäuerlicher Dickschädel“ der eine, als „liebenswürdiger Individualist“ der andere.<sup>74</sup> Als einigendes Band ihrer Führungsgarnitur stach der Faktor Generation hervor, der durch die Wechselfälle des 20. Jahrhunderts zu einer spezifisch prägenden Erfahrung wurde: Peter hatte in seiner Antrittsrede als Bundesobmann 1958 sogar von der „Frontgeneration“ gesprochen, „die in der FPÖ ihre politische Heimstatt gefunden hat“.<sup>75</sup> Ein gar nicht so kleiner Anteil an Funktionären waren Kriegsverwehrende (wie z.B. der Mühlviertler

**65** Nachruf F&R 9/74. Als Peter ihn für die FPÖ gewinnen wollte, soll er unter Hinweis darauf abgelehnt haben, daß er mit einer Namensliste sicher Bürgermeister werde.

**66** Nachruf in F&R 1/70.

**67** F&R 5/60.

**68** OÖN 6., 15., 22.12.1955.

**69** FPÖ-OÖ, LPL 21.6.1958.

**70** FPÖ-OÖ, LPL 23.9.1958.

**71** FPÖ-OÖ, LPV 28.4.1958.

**72** FPÖ-OÖ, LPV 9.u.28.4.1958, 7.12.1968.

**73** Vgl. OÖLA, NI. Bachinger 5, Brief an Haböck 29.2.1980: „Peter hat immerhin in den 20 Jahren seiner Funktion die FPÖ aus dem Eck, in dem sie gestanden ist, herausgeholt und zur hoffähigen dritten Kraft in Österreich gemacht.“ Daß Kritiker sich in erster Linie an Bachinger wandten, ist ebenso bezeichnend wie seine sehr nuancierte Antwort.

**74** F&R 3/86.

**75** F&R 10/58: Die FPÖ „ist nun einmal die Gesinnungs- und Willensgemeinschaft der Frontgeneration und der Heimkehrer“, die „Gleichberechtigung gegenüber allen anderen Geschädigtengruppen“ fordere.

Obmann Haberbauer oder der ÖTB-Obmann Tautermann) oder ehemalige Berufsoffiziere (wie z.B. der Linzer Obmann Punzert oder Karl Grabmaier, Landesgeschäftsführer 1965–80).<sup>76</sup> Auch Heimatvertriebene und Volksdeutsche aus der alten Monarchie fanden sich viele (so stammte z.B. Grabmaiers Vorgänger Franz Essler aus Neutitschein, AK-Fraktionschef Georg Grau war Obmann der Siebenbürger Sachsen).<sup>77</sup>

Peter und das Kleeblatt seiner engsten Berater in den ersten Jahren, der etwas älteren Bezirksobleute von Linz, Wels und Vöcklabruck, Punzert (1895–1969), Eder (geb. 1909) und Dellacher-Rieger (geb. 1916), verband auch das Schicksal der Haft im amerikanischen Anhaltelager „Glasenbach“, das mit durchaus zwiespältigen Gefühlen besetzt war: Daß der US-Kommandant Oberst Wootton bei der Häftlingsrevolte am „Josefitag“, dem 19. März 1947, nicht schießen, sondern einen Sprecher wählen ließ, mit dem er verhandelte, wurde von so manchem als überzeugenderes Argument für demokratische Gepflogenheiten in Erinnerung behalten als noch so viele Sonntagsreden. Die Haft wurde als nahezu selbstverständliche Folge politischer Konjunkturen betrachtet, in Nachrufen und Kurzbiographien als Tribut an die Zeitläufte erwähnt. Der nachgeborene Historiker wird von „Trauerarbeit“ ebensowenig finden wie von „Wiederbetätigung“. Peters Beitrag zur „Vergangenheitsbewältigung“ war ein Aufruf zu wechselseitigem Respekt: „Es steht uns nicht das Recht zu, das persönliche Opfer eines überzeugten Gegners des Nationalsozialismus mit einer Handbewegung abzutun. Ebensowenig aber hat

dieser Personenkreis eine Berechtigung, das Opfer der Frontgeneration zu mißachten.“<sup>78</sup>

Extreme politische Richtungen (genannt wurden Theodor Souceks SORBE und Konrad Windisch BHJ) seien zu bekämpfen, so hieß es, weil sie den nationalen Kampf nur schädigten.<sup>79</sup> Die „Kameradschaft IV“ (ihr kriegsversehrter Obmann Karl Gherbetz war kurze Zeit Obmann von Steyr und ab Mai 1962 Stadtrat) und die „Wohlfahrtsvereinigung der Glasenbacher“ (mit dem RAD-Führer Ing. Hans Lukesch im Parteivorstand vertreten), wurden akzeptiert, weil sie in erster Linie soziale Zwecke verfolgten.<sup>80</sup> Vorrangiges Ziel war nicht der Sturz irgendeines „Systems“, sondern die Integration in die Nachkriegswelt. Man schämte sich nicht, „Ehemaliger“ zu sein, aber man war stolz darauf, alles andere als „Ewiggestriger“ zu sein, sondern es trotz Niederlage und Karriereknick wieder zu etwas gebracht zu haben. Die Rehabilitierung und Integration der „Ehemaligen“ war freilich eine Aufgabe mit Ablaufdatum. Peter bemühte sich deshalb schon sehr bald um eine „Profilenerweiterung“. Er konzedierte, daß man „mir und Tongel ein liberales Profil nicht abnimmt. So möchte ich mein Bemühen der letzten Jahre auch nicht verstanden wissen. Mir ging es vielmehr darum, das dreigeteilte politische Leitbild der FPÖ vom nationalen Schwerpunkt auf die Idee der Freiheit mit sozialfortschrittlichen Akzent zu verlagern.“<sup>81</sup>

Die Betonung des individuellen Aufstiegs durch Leistungsbereitschaft hatte schon in VdU-Zeiten einen wesentlichen Teil der gesellschaftspolitischen Programmatik ausgemacht.

**76** Zu beiden Kategorien zählte der Perger Obmann Gunter Haßlmayr-Grassegg (1977–88). Mitteilung Erika H-G. 13.9.2003.

**77** F&R 12/64, 7/62. Weitere Beispiele waren RFW-Obmann Podgorschek und NR-Abg. Kos, die aus Laibach stammten; der Linzer Stadtparteiobmann Johann Linkesch war Karpathendeutscher, der Rieder Walter Kroboth kam aus Teplitz, die Mühlviertler Meditz-Familie stammte aus der Gottschee. Von den VdU-Größen war Anton Neumann in Nordböhmen geboren, aber noch vor 1914 nach Steyr übersiedelt, Roland Hausmann war im Salzkammergut geboren, verbrachte aber die Zwischenkriegszeit in Rumänien.

**78** Die Passage in Peters Antrittsrede lautete: „Mag man ihr auch vorwerfen, daß dieses politische Wollen da und dort von Irrtümern behaftet war, so werfe der den ersten Stein, der in den letzten vier Dezennien frei von politischen Fehlern geblieben ist.“ Nach 1945 seien hingegen mehr Beamte und öffentliche Angestellte entlassen worden als 1938.

**79** FPÖ-OÖ, LPL 23.9.1958.

**80** FPÖ-Archiv, BPL 24.6.1961; Peter schrieb der „Wohlfahrtsvereinigung“ dann 30 Jahre später (11.6.1991): „Ich gehöre zu jenen, welche die Ansicht vertreten, daß das vornehmlichste Vereinsziel – soziale Für- und Obsorge für einstige Leidensgefährten im Bedarfsfalle zu leisten – erfüllt ist und daher der Auflösung nichts mehr im Wege stünde.“

**81** NI. Peter, Peter an Gredler, 23.4.1965.

Die Freiheitlichen betrachteten sich als bürgerliche Partei – und nahmen der ÖVP übel, daß sie in „ihren“ Revieren wilderte<sup>82</sup> – mit dem Zusatz allerdings, daß die Verwerfungen der Kriegs- und Nachkriegszeit den Anspruch als „Bürgerliche“ weniger auf Besitz, sondern auf ihren Status als Funktionseliten gegründet erscheinen ließen. Die Bezirksobleute setzten sich – mit Ausnahme des Mühlviertels – zu ungefähr gleichen Teilen aus Bauern, Freiberuflern und Wirtschaftstreibenden zusammen. Unter den Traditionsunternehmen verfügten VdU und FPÖ – zum Unterschied von den Großdeutschen der Zwischenkriegszeit – kaum mehr über deklarierte Parteigänger, aber über eine Reihe diskreter Förderer. Stellvertretend genannt sei hier die Familie Hatschek („Eternit-Werke“), deren Direktor Robert Kunz schon Kraus 1949 finanziell unter die Arme griff und deren Prokurist Peterlunger später unter Kunz FPÖ-Vizebürgermeister von Vöcklabruck war, oder die Familie Fritsch in Wels.<sup>83</sup> Raab vermochte dieses Milieu gut anzusprechen, gab in Oberösterreich für die Wirtschaftstreibenden alljährlich eigene Dreikönigsempfänge und verstand Unternehmern aus nationalen Familien das Gefühl zu vermitteln, „nicht bei der ÖVP, nur beim Wirtschaftsbund“ zu sein.<sup>84</sup>

Größere Unternehmer blieben daher meist im Hintergrund, auch wenn viele freiheitliche Funk-

tionäre auf eine Karriere als Betriebsgründer verweisen konnten.<sup>85</sup>

Fritz Kretz als oberösterreichischer Vertreter des VSW hatte schon in der Gründungsphase der FPÖ eine bedeutende Rolle gespielt. Der langjährige Obmann der oberösterreichischen Industriellenvereinigung, der Rohrbacher Willy Poeschl, kam hingegen aus einer „schwarzen“ Familie und hielt den Schlüssel der monatlichen Zuwendungen des VSW im Verhältnis von 2:3 für FPÖ und ÖVP für zu günstig für die „Wotans Anbeter“;<sup>86</sup> andere maßgebliche Funktionäre wie Christian Beurle (Brau-AG) waren mehr dem „schwarz-blauen“ Grenzbereich zuzuordnen. Als politischer Verbindungsmann fungierte hier auch der „Weißrusse“ und Vertriebene Iwan Graf Yasikoff,<sup>87</sup> während als „blauer“ Vertreter in der Industrie Oberst Colli galt, der die Hesson-Werke in Vorchdorf wiederaufgebaut hatte. Bei den Sägewerken stellte die FPÖ mit Drack aus Scharnstein in den achtziger Jahren sogar einen Fachgruppenvorsteher.<sup>88</sup> Neben der Industrie zählte zu den Geldgebern des VSW auch der „Wald- und Grundbesitzerverband“ mit dem ÖVP-NR (ab 1962) Graf Ernst Grundemann und dem ehemaligen Sicherheitsdirektor vor 1938, Graf Peter Revertera, der mit Peter „ich möchte fast sagen: merkwürdigerweise auf einem ganz guten Fuß“ stand und alles vermeiden wissen wollte, „was zu einer Vertiefung etwaiger

**82** Dieser Vorwurf beruhte auf Gegenseitigkeit. So beschwerte sich der Vorsitzende der oberösterreichischen Industriellenvereinigung einmal: „So sieht in Wahrheit die Agitation der FPÖ aus, die sich nach unseren Erwartungen und nach unseren Bedingungen auf den rechten Flügel der SPÖ konzentrieren sollte. ... Abwerbung im bürgerlichen Lager ist jedenfalls einfacher und müheloser als im sozialistischen Lager.“ Schloßarchiv Helfenberg 107, Poeschl an Kretz, 19.6.1961.

**83** Als Förderer in VdU-Zeiten verdient machten sich v.a. auch die Betonwerke Hofmann. Info. H.A. Kraus.

**84** Vgl. auch Friedrich Peter, Wurzeln und Entwicklungslinien der FPÖ. In: Robert Kriechbaumer (Hrsg.), Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen (Wien 1998) 137-159; hier: 143.

**85** Z.B. die Stein-Werke Sepp Steiners in Rottenbach; Franz Oberndorfer Betonwerk in Gunkirchen; Familie Dusl mit Welsermühl; vgl. die Serie „Unternehmer in unseren Reihen“ in F&R ab 11/64; weniger erfolgreich Putz in Bad Goisern, die in den achtziger Jahren in eine spektakuläre Pleite verwickelt war.

**86** Schloßarchiv Helfenberg 107, Poeschl an Hornbostel, 25.5.1961. Bei Wahlgeldern lautete der Schlüssel allerdings 1:3. Anlaß der Mißstimmung war eine nicht eingehaltene Zusage der FPÖ, keine Propaganda im Mühlviertel (insbesondere Poeschls Heimatbezirk Rohrbach) zu machen. (Ebd., Revertera an Wenzl 6.6.1961) „Poeschl hat nach 1961 die sporadischen freiheitlichen Organisationsansätze wieder zertrümmert.“ (NI. Peter, Peter an Gredler, 2.6.1967).

**87** Yasikoff hatte unter Denikin gekämpft, war mit einer Brünnerin verheiratet und verlor deshalb 1945 ein zweites Mal die Heimat. (Mitteilung Peter) Als Jasikof erwähnt auch in einem Brief Gredlers vom 1.3.1966.

**88** F&R 6/76.

Gegensätze zwischen den Parteien des bürgerlichen Lagers“ führen könnte.<sup>89</sup>

In der Handelskammer überließ die FPÖ die Vertretung ihrer Klientel anfangs dem „Ha-Ge-Bund“, einer Gründung der Zwischenkriegszeit, zu der auch die „Reichsorga[nisation]“ der Kaufleute zählte, als „Gegengewicht gegen den Wirtschaftsbund“<sup>90</sup>. Eine bündische Gliederung, analog der ÖVP, wollte man vermeiden: Erst im Jänner 1960 schritt man zur Gründung des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW), „als selbständige, der FP nahestehende Wirtschaftsorganisation ohne Parteibindung“, mit den beiden Welsern Fritz Holter und Stadtrat Erich Wagner an der Spitze. Im alten Mittelstand war die FPÖ noch gut vertreten: Tautermann, ihr Fraktionsführer im Linzer Gemeinderat und Obmann des Turnerbundes, wurde 1970 Landesinnungsmeister der Konditoren; Ignaz Fahrnberger, in den sechziger Jahren Bürgermeister von Perg, war Landesinnungsmeister der Hafner.<sup>91</sup> Noch besser war die FPÖ in den Standesvertretungen der freien Berufen vertreten: Ihr Eferdinger Obmann Wolfgang Rizy wurde 1985 zum Obmann der oberösterreichischen Apothekerkammer gewählt wurde, ihr Rieder Stadtrat Achleithner war Obmann der Ingenieurkammer.

Die Landtagsfraktion der FPÖ wurde in den sechziger Jahren hingegen noch von Landwirten dominiert: Sobald Peter 1966 in den Nationalrat übersiedelte, war im FPÖ-Klub nur Walter Bauer kein Bauer, denn neben Bachinger waren 1961 mit Karl Maier (aus Roitham/Grünau) und 1966 mit Heinrich Grahamer (Mühlheim am Inn) zwei Söhne von Landbund-Abgeordneten der 1. Republik nachgerückt. Seit 1957 hatte die FPÖ das Bauerntreffen auf dem Haushamerfeld im Mai wieder-

belebt. Bachinger – ab 1966 dann Bundesagrarreferent der FPÖ – war auch Obmannstellvertreter des Allgemeinen Bauernverbands (ABV), der eine „Bauerngewerkschaft“<sup>92</sup> sein wollte und in der Steiermark vom FPÖ-Dissidenten Sepp Hainzl geführt wurde. 1955 hatten der VdU und die SP-„Arbeitsbauern“ beide zugunsten des ABV auf eine Kandidatur bei den Landwirtschaftskammerwahlen verzichtet bzw. waren eine Listengemeinschaft eingegangen, die enttäuschend abschnitt. Die langfristige Strategie der FPÖ bestand in Hinkunft darin, „Doppelmitgliedschaften zu fördern“ und „die Organisation des ABV der Partei dienstbar zu machen“. Zwar wurden auch Stimmen laut, das Führungsduo des ABV, sein Obmann, Friedrich Feitzlmayr (1901–76), 1933 kurz Vizepräsident der Landwirtschaftskammer, und sein Direktor, Josef Zangel (1883–1967), der Reichsparteisekretär aus der 1. Republik, wollten bloß den Landbund als Partei neugründen. Speziell die Innviertler hielten den ABV nur für eine Belastung, doch Peter und Bachinger plädierten für eine Unterwanderungsstrategie.<sup>93</sup> 1961 lehnte der ABV eine gemeinsame Kandidatur mit Bachinger und Feitzlmayr noch ab, bei den LWK-Wahlen überholte die FP-Bauernschaft mit 4,25 % dann knapp den ABV, der auf 3,24 % kam. In der Heimat ihres LWK-Rates Enthammer, Sohn des ÖVP-LT-Abg., in Braunau (9 %) und Ried (8 %) hatte die freiheitliche Bauernschaft am besten abgeschnitten.<sup>94</sup> 1962 war man einer „Kampfgemeinschaft“ dann schon nicht mehr so abgeneigt.<sup>95</sup> Bachinger und der Innviertler Quereinsteiger Hufnagl setzten sich gegen Grünbart und Enthammer durch.<sup>96</sup> Das Schwergewicht der freiheitlichen Bauernschaft begann sich in den siebziger Jahren dann

**89** Schloßarchiv Helfenberg 107, Revertera an Wenzl, 16.1.1962; Revertera an Peter, 9.7.1961; für die Kontakte zum Waldbesitzerverband dankte Peter auch dem Vöcklabrucker Bezirksohmann (1961–65) Dellacher-Rieger (NI. Peter, Brief vom 6.10.1978).

**90** FPÖ-OÖ, LPV 27.4.1957; vgl. auch Piringner, Geschichte der Freiheitlichen 26 f.

**91** F&R 6/81, 11/83.

**92** Dorfbote 22.10.u.5.11.1955.

**93** FPÖ-OÖ, LPV 28.4.1958, LPL 21.6.1958.

**94** F&R 5/60, Ergebnisse: 14/61; Dorfbote 16.9.u.14.10.1961 für die Polemik über die Listenkombination: Der ABV unter Gerhard Novotny wollte damals eine gemeinsame Liste mit VP und FP-Bauern aufstellen, aber keine „einseitige Bindung“ eingehen.

**95** F&R 12/62.

**96** Innviertler 1/68 bzw. Salzburger Volksblatt (SVBI) 2.11.1967 für die Polemik Hufnagl-Enthammer; LPV 30.1.1968 (Austritt Enthammers).

auch vom Innviertel nach Wels zu verlagern,<sup>97</sup> und – mit Gemeindegipfeln – nach Linz-Land, den protestantischen Enklaven der Welser Heide und des Eferdinger Beckens. Auch die Agrarreferenten der Partei in Oberösterreich (Karl Maier aus Grünau, Spanlang aus Rottenbach bei Haag, 1972 Übleis aus Neukirchen bei Lambach, 1980 Schüler aus Niederthalheim, 1988 dann Karl Maier jr.) kamen alle aus dem Einzugsbereich von Wels. Als populär erwies sich das Eintreten für ein Jagdgesetz, das die Vergabe der Jagden Genossenschaften übertrug, nicht den Gemeinden. Man sprach von einer „3. Bauernbefreiung“, denn „daß fremde Leute ohne Zustimmung des Bauern auf seinem Boden jagen ist eine Verlassenschaft aus der Feudalzeit.“<sup>98</sup>

Freilich: Der Strukturwandel, der die Bedeutung des Agrarsektors in Mitleidenschaft zog, war nicht zu übersehen. Trotz – oder vielleicht gerade wegen – ihres bürgerlichen Charakters legte die FPÖ besonderen Wert auf die Betonung der Arbeitnehmerpolitik. Neben den Leitbegriffen freiheitlich und national durfte sozial nicht fehlen. Klassische Arbeitnehmervertreter (abgesehen von vereinzelt Beamten) waren zwar unter den Bezirksobmännern kaum vertreten, doch einer der drei Landesobmannstellvertreter (Sepp Spitzer, 1963 Oswald Schweiger) wurde immer für sie reserviert. Die AK-Wahlen wiesen für die FPÖ relativ konstant Stimmenanteile von nur knapp über 5 % aus. Das strategische Dilemma hieß auch: Die Industriellenvereinigung und die ÖVP waren im Sinne eines „Getrennt marschieren, vereint Schlagen“ an einem Eindringen der Freiheitlichen in die Arbeiterschaft interessiert, gerade Altenburger und der ÖAAB wehrten sich aber am hartnäckigsten gegen die Anerkennung der Freiheit-

lichen als Fraktion innerhalb des ÖGB.<sup>99</sup> Umso mehr wurden Erfolge bei Betriebsratswahlen mit besonderem Stolz hinausposaunt: Anfang der sechziger Jahre folgte die Gründung einer Reihe von (zumeist recht kurzlebigen) „Freiheitlichen Betriebskurieren“.<sup>100</sup> Weit entfernt von den Erdrutschsiegen des VdU in den verstaatlichten Großbetrieben, errang die freiheitlichen Arbeitnehmer doch starke, zum Teil beherrschende Stellungen in einigen größeren Mittelbetrieben mit einigen Hundert Mitarbeitern: Solche „blauen“ Domänen waren die Joka-(Johann Kapsamer)-Werke in Schwanenstadt (Max Greifenecker, dann Helmut Bassani), wo es 1962 zu einem Konflikt mit der Metallarbeitergewerkschaft kam;<sup>101</sup> die Bau-Firma Weissel (mit dem LO-Stv. Leopold Spitzer, ab 1974 im Vorstand der Gewerkschaft Bau-Holz, nach seiner Pensionierung 1984 abgelöst vom Mühlviertler Max Walch, 2002 kurz BPO-Stv. der FPÖ); vor allem aber in Wels, bei den Firmen Stadlbauer, Knorr (Franz Eitzinger) oder Welsermühl (wo Grau und auch der spätere Welser Obmann Oelschlägel begonnen hatten).<sup>102</sup>

Auch in der VÖEST hatte die FPÖ wieder Tritt gefaßt, 1963 überholte die FPÖ dort den ÖAAB, Betriebsrat Anton Hofer wurde 1965 eigens in den Landespartei-Vorstand kooptiert.<sup>103</sup> Zwischen der gut organisierten VÖEST-Betriebsgruppe, die in sozialpolitischen Fragen links, in kulturellen Fragen konservativ war, und der bürgerlichen Linzer Stadtpartei, die über keine unumstrittene Galionsfigur verfügte, kam es allerdings immer wieder zu Konflikten, so z.B. als der Redakteur des VÖEST-Kuriers, Wilfried Müller, 1967 aus dem Gemeinderat ausscheiden mußte oder ein Jahrzehnt später zwischen den Atomkraftgegnern Sageder bzw. Thewanger und dem

**97** 1979 verzeichnete der ABV bei den Kammerwahlen die größten Verluste (4 %) in Schärding, den einzigen Gewinn in Eferding, einen minimalen Verlust in Wels – den beiden Bezirken, die jetzt mit 15-16 % an der Spitze lagen.

**98** F&R 5/61.

**99** NI. Peter, Peter an Gredler, 23.4.1965: „Verständnis fand ich auf beiden Seiten [Fetzer und Klaus] mit dem Gedanken, daß wir die Aktivierung unserer Arbeitnehmerinitiative nicht ohne entsprechende finanzielle Basis vollziehen können.“; über Altenburger ebd., 8.7.1965.

**100** Der VÖEST-Kurier bestand von Oktober 1960 bis Oktober 1962; er wurde offenbar unter anderem Namen weitergeführt, da es darüber noch Debatten in den späten sechziger Jahren gab; bei Joka erschien eine FP-Betriebszeitung 1962–66; in Lenzing 1961; bei den Stickstoffwerken Juni 1961 bis September 1962.

**101** Freiheitlicher Joka-Kurier, Jgg. 1 (1962), Nr. 2.

**102** F&R 7/71.

**103** FPÖ-OÖ, LPV 18.10.1965.

VÖEST-ler Franz Rauecker, die um den Stadtrats-sitz rangen.<sup>104</sup> Den Höhepunkt ihres Einflusses verzeichnete die VÖEST-Riege Ende der sechziger Jahre, als sie die Stadtpartei eindeutig dominierte und 1969 auch im Betrieb (13 % bei den Arbeitern) ihren größten Erfolg verzeichnete, der nicht zuletzt darauf zurückzuführen war, daß es gelungen war, die parteifreien Betriebsräte unter dem ehemaligen VdU-Vize Matthäus Paschinger, mit denen man Ende der fünfziger Jahre noch im „kalten Krieg“ gelegen war, zu integrieren<sup>105</sup> und in der Kokerei selbst die SPÖ zu überholen. Franz Rauecker wurde 1971 in die Landesleitung der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft entsandt.<sup>106</sup> 1978 erzielte man dann noch einmal 12 % bei den VÖEST-Arbeitern, weniger allerdings bei den Angestellten. Im Management drohte die Tradition abzureißen: Die Akademiker, die nach dem Krieg als Hilfsarbeiter begonnen und sich dann wieder hinaufgearbeitet hatten, wie Wilfried Müller und sein Stellvertreter Werbig (beide 1914 geboren) gingen Mitte der siebziger Jahre in Pension. Peter sah 1977 ein Strukturproblem heraufdämmern: „Auf dem Arbeitersektor sind wir ganz gut vertreten, im Angestelltensektor liegt nach dem Abgang der Direktoren Kafka [schon im VdU Finanzreferent] und Werbig ein Mangel an Repräsentanten des gehobenen Managements vor.“<sup>107</sup>

Der VÖEST-ler Oswald Schweiger, ein Halbbruder von Hans Achatz, seit 1963 Obmannstellvertreter, entwarf das „Weikhartsberger Programm“ und übernahm ab 1965 auch das Arbeitnehmerreferat auf Bundesebene, zog sich aber 1967 zurück.<sup>108</sup> Sein Nachfolger als Arbeitnehmervertreter im Präsidium, Franz Lukas, war in verschiedener Hinsicht typisch: Noch Kriegs-

teilnehmer (und als Mechaniker des berühmten Jagd-Flieger-Asses Hans-Joachim Marseille mit einem gewissen Nimbus versehen) hatte er nach dem Krieg ganz unten begonnen und sich auf dem zweiten Bildungsweg zum stellvertretenden Betriebsleiter der Salinen hochgearbeitet.<sup>109</sup> Im Bereich der Beamten vermochte die FPÖ in Oberösterreich mehr als anderswo eine Proporz-nische zu nützen mit dem 1950 wiederbegründeten Landeslehrerverein, der Peters – und Schenders – politische Heimat war. Zumal in Steyr standen immer wieder Lehrer an der Spitze der Partei. Schon einmal der akute Lehrermangel der Wirtschaftswunderjahre machte auf diesem Sektor, noch vor den Vereinbarungen des Jahres 1967, eine allzu harte „mono- oder bikolore“ Personalpolitik unmöglich.<sup>110</sup>

Die freiheitliche Arbeitnehmerpolitik der Anfangsjahre war dabei vergleichsweise frei von sozialpolitischer Lizitation (mit Ausnahme vielleicht der Wohnbaupolitik, wo manche Kritik am geringen Bauvolumen auch als Aufforderung zu verstärkter Tätigkeit der öffentlichen Hand verstanden werden konnte). Kandutsch formulierte diese Zurückhaltung einmal so: Wenn eine solche Lizitation wirklich der Weg zum Erfolg sei, „dann müßten die Kommunisten viel besser dastehen.“<sup>111</sup> Das Credo lautete vielmehr: „Keine sozialpolitische Forderungen ohne wirtschaftlichen Erfolg.“ Die liberale Linie der Wirtschaftspolitik – auch wenn das Vokabel „liberal“ anfangs noch verpönt war – wurde in diesen Jahren ziemlich konsequent durchgehalten. Die Diagnose: „In keinem westlichen Staat hat der Kollektivismus so beängstigende Ausweitung erfahren wie in Österreich,“ ging einher mit der Devise: „So viel Staat wie unbedingt notwendig – so viel

**104** FPÖ-OÖ, LPV 30.1.1968; 23.3.1973; Info. Schender.

**105** FPÖ-OÖ, LPL 3.11.1958; die Parteifreien hatten v.a. auch eine starke Stellung in den Stickstoffwerken, wo 1964 eine freiheitliche Kandidatur scheiterte.

**106** FPÖ-OÖ, LPV 13.2.1971.

**107** OÖLA, NI. Bachinger 5, Peter an Hintermayer, 13.10.1977; bzw. 11.10.1977 Beschwerde an Geist wegen dem Fall des Dir. Hubert Seitz (der von 1950–59 VdU-AK-Rat gewesen war!).

**108** FPÖ-Archiv, BPV 1.6.1965, FPÖ-OÖ, LPV 15.1.1967.

**109** Nachruf F&R 8/76.

**110** Dieter Grillmayer et alii (Hrsg.), Meilensteine. Vom OÖ. Landeslehrerverein 1867 zum Freiheitlichen OÖ. Lehrerverein (Linz 2002).

**111** FPÖ-Archiv, BPL 25.7.1959.

Freiheit, wie nur möglich.“<sup>112</sup> Die FPÖ profilierte sich in den Jahren des Wirtschaftswunders, des Aufholprozesses im Vergleich zum „Westen“, als die Wachstumspartei par excellence. „Gerade aus sozialen Gründen muß jede Beschränkung des Leistungswettbewerbs, jede Ausschaltung der wirtschaftlichen Freiheit beseitigt werden.“ Die FPÖ spekulierte auch als Oppositionspartei nicht auf Baisse: „Bei ausgewogener wirtschaftlicher Situation entschließt sich ein gewisser Wähleranteil eher für uns als in Zeiten, in denen die Arbeitsplätze gefährdet sind.“<sup>113</sup> Dieses Profil als Wachstumspartei wird an zwei Bereichen deutlich, wo die FPÖ einer späteren Generation ihre Bedenken anmeldete: In den frühen sechziger Jahren forderte Walter Bauer unwidersprochen Erleichterungen für die Anwerbung von Gastarbeitern<sup>114</sup> und die rechtzeitige Vorbereitung auf die Notwendigkeit von Atomkraftwerken!<sup>115</sup>

Die Berufung auf das „Aktiv-Element“ der Gesellschaft, wie es das betont liberale Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik dann 1973 formulierte, bedeutete im Licht der wirtschaftspolitischen Aussagen der sechziger Jahre bloß den programmatischen Nachvollzug einer Entwicklung, die längst eingesetzt hatte. Zu vermeiden seien alle Wachstumshemmnisse, die Belastung durch unwirtschaftlich geführte öffentliche Betriebe und bürokratische Schikanen. In dieselbe Richtung zielten der Kampf gegen die Ruhensbestimmungen und die „unmoralische Besteuerung“ der Überstunden. „Alle Schranken für den beruflichen Aufstieg müssen beseitigt werden.“<sup>116</sup> Die Trennung von Arbeitern und Angestellten war früh ein Kritikpunkt, auch wenn man a la longue die Klientel der Partei doch mehr bei den

Aufsteigern ortete, wie Eder riet: Man solle „das Programm nicht ändern, aber für aufsteigende Gruppen gestalten; Bauern und Arbeiter sind in den festen Händen der anderen.“<sup>117</sup> Aufstieg ging mit Bildung einher: Die Geringschätzung der schöpferischen Leistung war angesichts der deklassierten Akademiker der Nachkriegszeit immer schon ein Fixpunkt der VdU-Argumentation gewesen. Jetzt regte derselbe Befund zu anderen Schlußfolgerungen an: Die Rückständigkeit Österreichs führe zu einer Akademikerabwanderung nach Westen.

Über den Begriff „Europalöhne“ ließ sich hier – gerade in Oberösterreich mit seiner Nähe zum bundesdeutschen Markt – leicht eine Verbindung zu den außenpolitischen Idealen herstellen (ein Slogan, der in abgewandelter Form – „Europareife“ – dann auch von Kreisky 1970 aufgegriffen wurde). Hier ergab sich eine Marktlücke: Denn Wachstum ging einher mit der Westintegration, die sich die christdemokratische Regierungspartei im neutralen Österreich nicht im selben Maße auf ihre Fahnen schreiben konnte wie die CDU in der BRD, die Westorientierung wiederum mit einem „aufgekrempten“ Antikommunismus, insbesondere in den Jahren nach dem Berliner Mauerbau 1961.<sup>118</sup> „Westen“ bedeutete für Oberösterreich in erster Linie Deutschland: Großdeutsche Tradition und wirtschaftliche Modernisierung gingen hier eine politische Symbiose ein. Die FPÖ war in Oberösterreich vermutlich noch stärker als anderswo die „EWG-Partei“, insbesondere nach dem EFTA-Beschluß des Nationalrats am 23. März 1960.<sup>119</sup> VÖEST-Direktor Kafka, seit 1960 Linzer Gemeinderat, formulierte: „Wirtschaftswachstum ist für Österreich nur

noch im größeren EWG-Raum denkbar. Jede Entscheidung gegen Europa ist wirtschaftlicher Selbstmord.“<sup>120</sup> Peter resümierte in der Parteileitung: „Damit hat sich für uns als Opposition ein entscheidendes politisches Thema ergeben.“ Man werde „künftig mehr als bisher Gewicht auf außenpolitische Fragen legen.“<sup>121</sup> Der Bundesparteitag 1960 stand unter dem Motto: „Österreichs Weg nach Europa“. Im Wahlprogramm 1962 hieß es dann: „Die Einigung Europas ist ein so überragendes Ziel, das sich ihm alle anderen Zielsetzungen unterordnen müssen.“<sup>122</sup> „Statt mit der ÖVP in den Ostblock, mit der FPÖ nach Europa“, hieß es polemisch angesichts von Auslandsreisen der Bundesregierung.<sup>123</sup>

Zur Verbindung nach Deutschland gehörte auch die Wiederaufnahme der Kontakte zur anfangs noch etwas mißtrauisch beäugten FDP. Peter unternahm schon Ende 1956 eine erste Erkundungsmission zu Middelhaue und der nordrhein-westfälischen FDP. 1963 fand dieser Schluß mit dem Besuch des Berliner Senators William Born am Landesparteitag sichtbaren Ausdruck, 1965 sprach dort Wolfgang Mischnick, später FDP-Fraktionsvorsitzender.<sup>124</sup> Als sich im selben Jahr die „österreichische Gruppe der Liberalen Weltunion“ konstituierte, war der Linzer LT-Abg. Bauer als Präsident vorgesehen, der Welser NR Kos (und der „Presse“-Journalist Walter Oberleithner) als seine Stellvertreter.<sup>125</sup> „Das Verhältnis

zwischen Österreich, Deutschland und allen übrigen Deutschen so eng wie möglich gestalten“,<sup>126</sup> wie die Zielsetzung lautete, war am ehesten zu erreichen über ein Österreich als „freier deutscher Staat in einem vereinten Europa“. Privat schrieb Peter: „Was einstmal der Traum vom Reich war, müßte doch heute durch das europäische Einigungsideal ersetzt werden können.“<sup>127</sup> Darüber hinaus war die nationale Aufgabe der Partei in erster Linie defensiv formuliert, „auf die Abwehr aller Bestrebungen, die auf eine Loslösung Österreichs vom Deutschtum gerichtet sind.“ (Richtlinien freiheitlicher Politik 1958) Bei der Debatte um den „Nationalfeiertag“ berief sich Peter 1967 in diesem Sinn auf Seipel und Hofmannsthal: „Staat und Nation“ seien verschieden und dieser „Dualismus der Gefühle“ solle erhalten bleiben.<sup>128</sup> Um die gegnerischen Assoziationen von „national“ und „nationalsozialistisch“ zu unterlaufen, gab er intern auch zu bedenken, „wir sollten mehr vom Deutschtum und weniger von national und völkisch reden.“<sup>129</sup>

Weltanschauliche Exkurse dieser Art stellten im Alltag der Partei freilich eher die Ausnahme dar. Die Maxime war viel eher: „Die ideologische Aufgabe kann der Partei nicht aufgebürdet werden. Das ist Sache der national-freiheitlichen Vereine und Verbände“ – die Peter in diesem Zusammenhang mit der Katholischen Aktion verglich.<sup>130</sup> „Je schlechter die Verfassung unserer

**112** F&R 1/65.

**113** NI. Peter, Peter an Gredler, 10.5.1968.

**114** F&R 7/64. In Oberösterreich gäbe es nur 1500 Gastarbeiter, obwohl das Kontingent 4.500 betrug; es folgte ein Vergleich mit bundesdeutschen Stellen, die in Verona oder Barcelona eigene Anwerbebüros unterhielten.

**115** F&R 9/69, 5/70.

**116** F&R 5/66, 9/69.

**117** FPÖ-OÖ, LPV 11.9.1965.

**118** Der Neujahrsaufruf 1962 (1/62): gegen die „Verniedlichungspolitik“ der Regierung; 16/61 gegen die Kohlenfirmen der KPÖ. Peters Neujahrsaufruf 1/63: „Einigung Europas zur Abwehr des Kommunismus und zur Sicherung der Zukunft unserer Wirtschaft.“

**119** Besonders vorgeworfen wurde der Bundesregierung bzw. Handelsminister Bock seine abweisende Antwort auf ein Offert von Sonderkonditionen der EWG für Österreich, das Hallstein am 8.1.1960 deponiert hatte. NI. Peter, Gredler an Peter 10.11.1969.

**120** F&R 12/61.

**121** FPÖ-Archiv, BPL 30.4.1960.

**122** F&R 9/62.

**123** F&R 6,7,9/67. Vgl. dazu die Berichterstattung über die Reisen von Handelsministers Steger in den achtziger Jahren: „Erfolg durch Auslandsreisen“ (ebd. 1/84); 5 von 6 führten ebenfalls in den „Ostblock“.

**124** F&R 7 u. 8/63.

**125** NI. Peter, Peter an Gredler, 23.4.1965; vgl. auch Reiter, Programm 27.

**126** F&R 1/1, Juli 1956. Der Passus über „die anderen Deutschen“ fand in der Atmosphäre der Jahre zwischen 1957 und 1969 vor allem in bezug auf Südtirol Resonanz, wo ein großes Engagement der Korporationen – zuweilen auch jenseits der Grenzen der Legalität – festzustellen war.

**127** NI. Peter, Peter an Gredler, 2.6.1966.

**128** Im BPV 12.10.1966 wurde mit 9 über 3 Stimmen beschlossen, die Novelle über das Staatsfeiertagsgesetz abzulehnen; Reiter, Programm 260.

**129** NI. Peter, Peter an Gredler, 8.6.1966.

**130** FPÖ-OÖ, LPV 11.9.1965; noch deutlicher in einem Brief an Knaus (25.1.1965): „Ich glaube nicht an eine Renaissance des nationalen Gedankens, da meines Erachtens für die nächsten ein bis drei Jahrzehnte hierfür die Voraussetzungen fehlen. Ich bin kein Repräsentant der Kirche, deren politische Linie sich über Jahrhunderte erstreckt. Ich sehe meine Aufgabe darin, in Fünf-, Zehn- und Zwanzig-Jahres Begriffen zu denken und das politische Wollen danach auszurichten. Den weltanschaulichen Kampf – der sich über Jahrzehnte erstreckt – hätten unsere Hintergrundorganisationen zu

Organisation ist, umso mehr wird nach ‚Ideologie‘ gerufen“, ortete er in dieser Beziehung auch ein Ost-West-Gefälle.<sup>131</sup> Das oft zitierte Gegensatzpaar „national“ und „liberal“ wurde vielfach als Synonym für „ideologisch“ und „pragmatisch“ gebraucht. Das Bekenntnis zum deutschen Volkstum stand außer Frage, sollte aber nicht bei jeder Gelegenheit in den Vordergrund gerückt werden und wurde privat leicht resignativ als nicht mehr zugkräftig betrachtet. Das „konservative Verharren auf längst ungläubwürdig gewordenen Traditionen“, der „Nationalismus aus der Retorte“ übersehe, daß in der Politik immer mehr Personen im Vordergrund stünden, und zwar „kontaktfreudige Menschen, die sich auf Probleme unserer Zeit einstellen.“<sup>132</sup> „Die Mobilität (der Wähler) stellt die Funktion des politischen Auffanglagers in Frage“, analysierte Peter dann im Übergang von der „schwarzen“ zur „roten“ absoluten Mehrheit im Bund. Auf der anderen Seite sei ein „Absterben unserer sogenannten Stammwähler“ zu konstatieren.<sup>133</sup>

Gerade das Verhältnis der FPÖ zu ihrem Pendant in der „civil society“ aber, zum Wurzelboden ihres Milieus, zu den national-freiheitlichen Verbänden, deren Sprecher und Mitglieder gerne ideologische Linientreue und Bekennermut einforderten, dabei persönlich aber oft sehr a-politisch agierten und im Ernstfall ihren überparteilichen Charakter hervorkehrten oder auch das

Parteibuch einer der Großparteien besaßen, war bei aller Nähe fast durchwegs von gewissen Spannungen begleitet, die noch zunahmen, als sich für die FPÖ ab 1963 plötzlich neue Chancen und Gefahren eröffneten.<sup>134</sup>

## 5 Die Ära Peter II: „Generationenwechsel“ und Partnersuche (1964–73)

Die Konsolidierungsphase der FPÖ war mit einer politischen Windstille zusammengefallen: Von 1957 bis 1962 schien die Große Koalition zu den unabänderlichen Gegebenheiten der österreichischen Politik zu gehören. Die FPÖ verspürte dafür bei den Wahlen 1959 und 1961 einen gewissen Aufwind. Ab 1962 ergab sich dann eine neue Situation – eine politische Aufwertung, die jedoch mit Verlusten in der Wählergunst einherging. Wieder – wie 1953 – war es die Großpartei, die im Ringen zurückfiel, die sich der Freiheitlichen erinnerte. Das hätten nach 1959 auch die „Reformer“ in der ÖVP sein können, mit den Steirern als Verbindungsglied. Doch die „Reformer“ waren mehr an den FPÖ-Wählern als an der FPÖ interessiert. Klaus und Withalm fanden keinen „direkten Draht“ zur FP-Spitze; ihre Attraktivität für bürgerliche Randschichtenwähler machte sie allenfalls zu gefährlichen Konkurrenten. Für Peter war zudem die Enttäuschung ausschlaggebend,

führen, die es im Sinne eines Elitebegriffes heute leider nicht mehr gibt.“

**131** NI. Peter, Peter an Gredler, 28.3.1968; ebd. 23.4.1965 („Je weiter Du in Österreich nach dem Osten kommst, umso nationaler ist die FPÖ. Je weiter westlich man fährt, umso leichter kann man sich mit dem Problem der Profilerweiterung beschäftigen.“) Dieser Passus enthielt natürlich auch eine versteckte Kritik am Wirken Gredlers in Wien. Dogmatismus war auch nach der liberalen Richtung nicht gefragt: Über den Wiener Langzeitobmann (1956–77) Tassilo v. Broesigke urteilte Peter (8.7.1965), er „entwickelt da und dort manchesterliberale Ansichten und hat das Zeug zum kompromißlosen Grundsatzpolitiker (ohne Rücksicht darauf, wie diese Grundsatzpolitik beim Wähler ankommt).“ Erst in den siebziger Jahren entwickelte Broesigke sich zum bevorzugten Vizekanzlerkandidaten Peters (Gredler an Peter, 13.9.1973).

**132** NI. Peter, Gredler an Peter, 19.10.1968; Peter an Gredler, 28.3., 10.5. u. 7.6.1968. Die Kritik beider Briefpartner richtete sich 1968 insbesondere gegen die ersten Entwürfe des Bad Ischler Programms, die von den Tirolern Stix und Mahnert stammten und von Gredler und Zeillinger „aktualisiert“ werden sollten. Vgl. Reiter, Programm 41, 83 ff.

**133** NI. Peter, Peter an Gredler, 19.3.1970.

**134** „Ich erlebe doch Tag für Tag auf dem Linzer Boden dieses makabre Schauspiel, wenn die roten Burschenschaftler sich in der VÖEST sozialistischer gebärden als die alten gewachsenen wenigen BSA-Leute. Am Abend wird dann der vormittägige Exzeß durch einen Rückfall in nationale Reminiszenzen kompensiert.“ (NI. Peter, Peter an Knaus, 25.1.1965). Schon lange vorher hatte Peter im selben Sinne an Gredler geschrieben: „Nichts ist mir mehr zuwider als dieser burschenschaftliche Traditionsverein, der hinter verschlossenen Vorhängen nicht national genug machen kann, dessen Mitglieder sich aber hier – besonders in Linz – unter die roten Schwingen des BSA verkrochen haben.“ (Inst. f. Zeitgeschichte, NI. Gredler, Mappe 8, Brief Peters 16.2.1956).

daß die Zusagen, die Kanzler Gorbach vor diesem Hintergrund machte, nach der – für die ÖVP erfolgreichen – Wahl 1962 vergessen wurden.<sup>135</sup>

„Die Fälle, in denen die ÖVP in den vergangenen Jahren vor der SPÖ kapitulierte, sind Legion.“<sup>136</sup>

Die Rückkehr zum starren Koalitionssystem führte nach langen Verhandlungen zur Enthaltungspareole der FPÖ bei den Bundespräsidentenwahlen-Wahlen im April 1963, die von Schärf honoriert wurde, auch wenn Raab in freiheitlichen Hochburgen immer noch relativ gut abschnitt.<sup>137</sup> Dafür eröffnete sich unmittelbar danach mit dem Komplex der Habsburgkrise ein „window of opportunity“, das nach gut einem Jahr der Hoffnungen wiederum zugeschlagen wurde. Peter verteidigte den neuen Kurs in Linz mit der Versicherung, er „habe von Anfang an nichts unversucht gelassen, Anschluß an die ÖVP zu finden“, doch Gorbach habe auf Grund innerparteilicher Querschüsse seine Zusagen nicht einhalten können. Jetzt strebe er eine rot–blaue Koalition an. Freilich: „Wir haben keine Garantie dafür, daß uns die Sozi im Wort bleiben.“<sup>138</sup> Doch die gemeinsame Abstimmung mit der SPÖ am 5. Juni 1963 als publikumswirksame Demonstration des vielbesprochenen „koalitionsfreien Raums“ mündete nicht in die geplante Kleine Koalition, sondern endete im Herbst 1964 mit der Olah-Krise inner-

halb der SPÖ – und den Enthüllungen über die geheimen Geldflüsse des ÖGB an die FPÖ in den vergangenen Jahren.<sup>139</sup>

Damit weitete sich die politische Enttäuschung zu einer skandalträchtigen Geschichte aus, die mit der SPÖ auch die FPÖ in eine schwere Krise stürzte. Hatte man bisher der ÖVP ihr Zurückweichen vor der sozialistischen Politik zum Vorwurf gemacht, vor allem seit dem Ende des Raab-Kamitz-Kurses 1960, als man ihr das Versäumnis vorwarf, „die gesamte nichtsozialistische Bevölkerung zu einer entschiedenen Abwehr der sozialistischen Ziele zu sammeln“, <sup>140</sup> so geriet die FPÖ jetzt selbst in Verdacht des Linkskurses. Otto Molden, der damals eine liberal-konservative Partei (EFP) ins Leben rufen wollte, für die er die beiden alten VdU-ler Stendebach und Rabl gewann (und die oberösterreichischen Waldbesitzer um Spenden bat<sup>141</sup>), kolportierte in einem Gedicht schon das Bonmot: „Bald koaliert nun Rot und Blau /Der Peter wird zur Pitterfrau...“<sup>142</sup> Aus der prononciert nationalen Richtung wiederum sammelte sich unter dem Titel „Neue Österreichische Gemeinschaft“ eine Runde um den Wiener Obmann der Freiheitlichen Akademikerverbände, Roland Timmel, der angeblich von der Industrie unterstützt werde und mit dem sogenannten „Welser Kreis“ auch in Oberösterreich

**135** Piringer, Geschichte der Freiheitlichen 78 f.

**136** F&R 13/62 (1.10.1962).

**137** Lothar Höbelt, Die Bundespräsidentenwahlen in der 1. und 2. Republik (Wien 1986) 29-31.

**138** ÖStA, Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), E/1734: 355 (Nachlaß Heinrich Drimmel), Brief Wenzls vom 29.10.1963 mit Versammlungsbericht vom 21.10.1963.

**139** Piringer, Geschichte der Freiheitlichen 86-111; Franz Olah, Die Erinnerungen (Wien 1995). Die ursprüngliche Stimmung zu diesem Thema im Bundesparteivorstand charakterisierte ein Teilnehmer so: „Sechs verschiedene Meinungen: 1. Einer für Habsburg; 2. Zwei kaiserliche Offiziere schweigen; 3. Einer sagt: Es ist mir wurscht (was nicht wahr ist); 4. Zwei alte Taktiker und Praktiker, wenn nicht einer von ihnen gar als Opportunist zu bezeichnen ist, behandeln die Frage nicht grundsätzlich; 5. Die „Ehemaligen“ wenden sich gegen ein Schicksal, das ihnen vor 18 Jahren widerfahren ist, also gegen Ausnahmegesetze und damit wirkt sich ihre Haltung für Habsburg aus, 6. Drei sind gegen Habsburg.“ (NI. Peter, Knaus an Peter, 8.6.1963). Die Entschlüsselung ist nicht ganz eindeutig: Pkt. 1 bezieht sich sicherlich auf Gredler; Pkt. 2 auf Alexander Götz sen. und (vermutlich) auf Scheuch; Pkt. 5 auf den Tiroler Obmann Mahnert und Pfeifer, möglicherweise Huber, wohl nicht auf Leitner.

**140** F&R 9/61. Ähnlich 6/61.

**141** Offenbar war es insbesondere Hornbostel, der 1964 eine Finanzierung der EFP ablehnte, weil er von ihrer Kandidatur mehr Schaden für die ÖVP befürchtete. Schloßarchiv Helfenberg 107, Molden an Revertera 15.1. u. 19.6.1964; Revertera an Molden, 24.1. (die FPÖ habe „durch Kokettieren mit den Austromarxisten geradezu Verrat geübt am bürgerlichen, nichtmarxistischen Kurs“) u. 8.9.1964; über eine allfällige gemeinsame Kandidatur wurde dann im BPV 15.12.1965 beraten.

**142** Wochenpresse, 14.3.1964; FPÖ-Archiv, BPV 27.9.1962 über den Austritt Stendebachs.

über ein Standbein verfügte.<sup>143</sup> Der Hinweis, bei der „Packelei“ mit den Sozialisten ja bestenfalls mit der ÖVP gleichzuziehen, verfiel angesichts der unterschiedlichen Größenverhältnisse nicht.

Die Olah-Krise war freilich auch ein schlagender Beweis dafür, wie sehr sich die geduldige Kleinarbeit in Oberösterreich für Peter bezahlt machte. Das war von den Koalitionspräferenzen her keineswegs selbstverständlich: Denn zum Unterschied von Kärnten und Salzburg (unter Gustav Zeillinger und dem gebürtigen Innviertler, Vizebürgermeister Sepp Weilhartner), wo rot-blaue Allianzen zum politischen Alltag zählten, war in Oberösterreich ein bürgerlicher Drall vorherrschend. Auf Landesebene bestand mit Gleissner ein ausgesprochen gutes Verhältnis, insbesondere auch zwischen Gleissner und Peter persönlich. Dafür gab es wenig Anknüpfungspunkte mit der SPÖ: Der Linzer Bürgermeister Koref (SPÖ-Obmann 1945–57) besaß zwar eine gewisse großdeutsche Ader, war aber als rassisch Verfolgter nicht empfänglich für die Kameraderie der Frontgeneration wie Rösch oder Preußler und Bäck in Salzburg. Ludwig Bernaschek, der Landeshauptmannkandidat der sechziger Jahre, zählte zum orthodoxen Parteiflügel und war vom Schicksal seines Bruders geprägt, dem 1934 zwar die SA zur Flucht ins Dritte Reich verholfen hatte, der aber 1945 in der NS-Haft umgekommen war.<sup>144</sup> Wien und Oberösterreich sah man – nicht zu Unrecht – als die Bastionen der innerparteilichen Gegner Olahs an.<sup>145</sup> Ein sozialistischer Gesprächspartner Peters auf lokaler Ebene war bloß BSA-Chef

Franz Zamponi (der 1966 früh verstarb); auch von den späteren SPÖ-Obmännern zeigte nur der Braunauer Bürgermeister Fridl (LHStv. 1972–74) in den frühen Kreisky-Jahren Interesse an einer Kooperation mit der FPÖ.

Gegen den Mißtrauensantrag der Steirer und Tiroler in der Bundesparteileitung vom 24. November 1964 verteidigten Peter die starken Bataillone der Kärntner und Oberösterreicher.<sup>146</sup> Am relativ kritischsten äußerte sich in Oberösterreich noch Eder, der mit Punzert nicht allzu lange vorher noch Otto v. Habsburg besucht hatte. Doch auch er gab zu Protokoll, er habe in der Habsburg-Frage blutenden Herzens mit Peter gestimmt, weil ohne politische Öffnung „keine NR-Wahl mehr mit acht Mandaten“ geschlagen werden könne.<sup>147</sup> Schwierigkeiten, die Peter in diesen Jahren mit den Bezirksobmännern von Linz und Steyr, Wolfgang Würll und Rudolf Wagner, hatte, waren vielleicht auf einen gewissen Autoritätsverlust zurückzuführen,<sup>148</sup> hatten aber andere Ursachen. Argumentative Schützenhilfe kam von Salzburg, vom „Salzburger Volksblatt“ Hans Menzels,<sup>149</sup> Gustav Zeillinger, auch Walter Leitner, der als Gewissen der Nationalen galt. Dieselbe Phalanx der Oberösterreicher, Salzburger und Kärntner sprach sich im Frühjahr 1965 auch gegen einen überparteilichen Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl aus, sondern für das Nichtantreten – ein Beschluß, der Peters Instinkten genauso entgegenkam wie den Wünschen der Industriellenvereinigung, mit der jetzt wieder ein Übereinkommen erzielt wurde.<sup>150</sup>

**143** NI. Peter, Peter an Gredler, 12. u. 19.3.1964; eine Doppelmitgliedschaft in der „NÖG“ und der FPÖ wurde im BPV 1.6.1965 für zulässig erklärt; Broesigke und Knaus (BPV 8.12.1964) sollten als Verbindungsmänner fungieren; Knaus (NI. Peter, Brief vom 9.6.1965) nimmt auch bezug auf eine Brückierung Peters von seiten der „Freiheitlichen Akademiker in Wels“. Den Welser Kreis beschrieb Peter als „lockere Zusammenfassung aller möglichen Leute aus den national-freiheitlichen Verbänden, die sich Timmel mit dem Ziel geschaffen hat, sozusagen von diesem Kreis ein Mandat als Sprecher gegenüber der FPÖ zu bekommen.“ (NI. Peter, Peter an Gredler, 19.9.1969; ähnlich BPV 27.10.1965). Vgl. auch Piringner, Geschichte der Freiheitlichen 103.

**144** Ernst Koref, Die Gezeiten meines Lebens (Wien 1980) 236-8, 436, 513-6; Franz Langoth, Kampf um Österreich (Wels 1951) 348; Inez Kykal/Karl R. Stadler, Richard Bernaschek. Odyssee eines Rebellen (Wien 1976) 157 ff., 225.

**145** FPÖ-Archiv, BPL 19.9.1964.

**146** FPÖ-Archiv, BPL 24.11.1964. Der Antrag wurde mit den 12 Stimmen der Steirer und Tiroler zu 29 abgelehnt – bei 11 Entschuldigungen. 8 Oberösterreicher votierten für Peter, Eder war entschuldigt.

**147** FPÖ-Archiv, BPL 1.2.1964; Aula 6/1963; Mitteilung Eder.

**148** Ein Prozeß Würlls gegen Peter kam im BPV 29.9.1965 zur Sprache.

**149** F&R 11/63.

**150** FPÖ-Archiv, BPV 16.3.u.8.4.1965. Mit 1.1.1965 hatte die Industriellenvereinigung die Gelder gesperrt und die Entschei-

Die oberösterreichische FPÖ überstand die Turbulenzen des Jahres 1964 besser als andere Landesorganisationen. Bei den AK-Wahlen im September 1964 erzielte sie mit Schweiger an der Spitze des alten VdU-Teams einen Achtungserfolg, als sie ihre 4,9 % ohne Einbußen hielt.<sup>151</sup> Allerdings konstatierte Peter selbstkritisch einen „Entbürgerlichungsprozeß“. Nach der Wahl 1966 machte man aus der Not eine Tugend und beschloß, Arbeitnehmer stärker anzusprechen – eine Schlußfolgerung, die sich ganz mit der Therapie deckte, die Walter Pollak in den „OÖN“ der FPÖ verschrieb: „Die FPÖ könnte und sollte ein Kristallisationspunkt oppositioneller Kräfte sein. Sie ist es aber nicht.“ Deshalb müsse sie ihrem linken Flügel und ihrem sozialpolitischem Programm mehr Beachtung schenken.<sup>152</sup> Schon vor der NR-Wahl 1966 wollte man – ganz im Gegensatz zur antikommunistischen Linie der Jahre 1961/62 – die Gefahr einer „Volksfront“ (die sich aus der KPÖ-Wahlempfehlung für Pittermann ableiten ließ) nicht hochspielen, weil das bloß der ÖVP helfe.<sup>153</sup> In Anzeigen beschwor die FPÖ ihre Wähler: „Die Wahl ist entschieden.“ Denn: „Wer mit den Kommunisten geht, hat beim Wähler in Österreich keine Chance.“ Die Angstparole sei deshalb bloß ein listiges Wahlmanöver der ÖVP. Die Wahlen zeitigten ein interessantes Ergebnis: Die FPÖ verlor katastrophal (über ein Drittel ihrer

Wähler) in der ehemaligen „Russen-Zone“, dagegen in ihren Hochburgen, Kärnten, Salzburg und Vorarlberg, fast überhaupt nichts. Oberösterreich lag dazwischen, ungefähr im Bundesschnitt. In den Städten waren die Verluste geringer als am Land, besonders hoch im Innviertel.

Mit einem ähnlichen Rückgang, von 9,7 % auf 7,5 %, endete auch die Landtagswahl vom 22. Oktober 1967 – nur die Sieger waren diesmal andere. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß damals auch Olahs DFP – die 1966 in Linz auf 4 % gekommen war – für so gefährlich eingeschätzt wurde, daß eine Reihe „national-freiheitlicher Persönlichkeiten“ in einem eigenen Aufruf vor ihr warnte. Während Peter Bundeskanzler Klaus („Josef dem Heiligen“) zubilligte, „einer Aufwertung der FPÖ durchaus aufgeschlossen“ gegenüberzustehen, unterstellte er Withalm ein Konzept „der endgültigen Vernichtung der Freiheitlichen Partei mit Hilfe Olahs.“<sup>154</sup> Auf der anderen Seite formierte sich 1967 im Sog der Entwicklungen in der Bundesrepublik auch die NDP, in der sich der Anhang des Südtirol-Aktivisten Norbert Burger mit einigen ausgeschlossenen oberösterreichischen FPÖ-Funktionären zusammenfand – dann aber doch nicht kandidierte.<sup>155</sup> Die FPÖ sah sich nicht bloß von den Großparteien, sondern – wie schon 1964 durch EFP und „Neue Gemeinschaft“ – auch in ihrem engeren

dung zunächst auf den März vertagt (ebd. 20.1. u. 23.2.1965), nach einem Gespräch Peters mit Hauptgeschäftsführer Fetzter am 22.4. besserten sich die Beziehungen wieder (vgl. Anm. 87); die Funktion des Finanzreferenten wechselte von van Tongel zu Scheuch, der „bei MG (Mayer-Gunthof) so gut angekommen (ist), daß ich Dir nur empfehlen kann, ihn möglichst oft dorthin zu schicken. Scheuch ist der Mann, den man dorten gerne sieht: Nüchtern, sachlich, mit tiefem Verständnis für die materielle Seite des Lebens.“ (NI. Peter, Knaus an Peter 17.2.1965).

**151** Allerdings – statistisch gesehen – auf Kosten der Parteifreien, die 1 % verloren.

**152** FPÖ-OÖ, LPL 19.3.1966; OÖN 7.3.1966. Pollak warf der FPÖ sogar vor, daß an ihr die Kooperation mit Olahs DFP gescheitert sei. Ähnlich hatte die FPÖ bisher immer der ÖVP im selben Atemzug zwar die Kooperation mit den Sozialisten vorgeworfen, aber auch die Vernachlässigung der SP-Randschichten-Wähler.

**153** FPÖ-Archiv, BPV 1.6.1965 (van Tongel); ähnlich 28./29.9.1965.

**154** NI. Peter, Peter an Gredler, 31.3.1966. Vgl. auch Michael Konvicka, „Olahs“ Partei; Die Demokratische Fortschrittliche Partei (DFP) (Hamburg 1994) 74 ff.

**155** Burger selbst stand unter Anklage und überließ die Stellung des 1. Bundessprechers der NDP dem Oberösterreicher Rudolf Watschinger; zum Landesbeauftragten für Oberösterreich ernannt wurde der ehemalige FPÖ-Obmann von Linz, Peters Prozessgegner Würll; auch über den Schärldinger Obmann Osterkorn, der 1967 schon einmal ausgeschlossen worden war, kursierten ähnliche Gerüchte. NI. Peter, Peter an Gredler, 9.11.1966, 2.6.1967 bzw. 1.2.1967 („Ich halte vorerst an der Linie fest, die NDP zu ignorieren.“). Differenziert sah Peter die Entwicklung in der BRD: Im Vergleich sei die FPÖ „die politische Heimstätte für FDP- und NPD-Wähler. Ganz einfach deswegen, weil wir in Österreich eine grundlegend andere Situation als in der BRD haben.“ (25.10.1968) Auch Gredler konzidierte, die NPD habe viele Stimmen bekommen „aus Kreisen, die den widerlichen Terror der Apolinken ablehnen.“ (29.9.1969).



Einzugsbereich von Splittergruppen von links und rechts in die Zange genommen.

In der Landwirtschaftskammer setzte sich jetzt die Linie durch, die Kandidatur dem ABV zu überlassen, der durch spektakuläre Aktionen auf sich aufmerksam machte und im Oktober 1967 den gemeinsamen Stimmenanteil von 7,5 auf 9,3, 1973 dann sogar auf 11,6 % ausbaute,<sup>156</sup> auch wenn der bisher einzige „blaue“ LWK-Rat Enthammer austrat, weil er im Innviertel bei der LT-Wahl nach Dr. Hans Hufnagl, einem Beamten der Bezirksbauernkammer, erst an zweiter Stelle gereiht worden war.<sup>157</sup> Pech war, daß Hufnagl zwar ganz gut abschnitt, doch knapp (um 262 Stimmen) das Grundmandat im Innviertel verfehlte. Die FP-Riege im Landtag schrumpfte auf zwei Mann – diese zwei allerdings bildeten das Zünglein an der Waage, denn die ÖVP hatte nicht bloß die absolute, sondern zum ersten und einzigen Mal auch ihre relative Mehrheit eingebüßt. Als Gleissner am Wahlabend schon Bernaschek zum Landeshauptmann gratulieren wollte, hielt ihn sein Landespartei sekretär Erwin Wenzl zurück – und rief Peter an, den er aus Jugendtagen kannte, die sie beide im Wolfsegger Revier verbracht hatten. Von 1 bis 5 Uhr früh verhandelten beide – zusammen mit Leopold Helbich – den sogenannten Gleissner-Peter Pakt.<sup>158</sup> Auch eine Einladung Peters durch Kreisky vermochte den Beschluß nicht mehr rückgän-

gig zu machen. Die FPÖ wählte Gleissner wieder zum Landeshauptmann und wurde an der Macht beteiligt. Bachinger avancierte nach zwölfjähriger Pause wiederum zum 3. Präsidenten des Landtages, der ausgeschiedene LT-Abg. Karl Maier wurde amtsführender Präsident des Landesschulrates, ein anderer freiheitlicher Agrarier, Wilhelm Mayr (dann von Eder abgelöst) Kurator der Landeshypothekenanstalt. Der FPÖ wurden auch Aufsichtsratssitze eingeräumt, z.B. Alfred Jelinek, Obmann des FAV, bei der VÖEst. Eine Ausdehnung des Gleissner-Peter Paktes auf die Lokalpolitik wurde nur durch lokale Quertreibereien verhindert: Dissidente FP-Gemeinderäte verhalfen in Schärding dem SP-Bürgermeister zur Wiederwahl; die ÖVP zog darauf ihr Angebot zurück, in Ried den FP-Kandidaten Podgorschek zu wählen.<sup>159</sup>

Am meisten machte sich die Position der Freiheitlichen im Schulbereich bemerkbar: Maier verweigerte schon einmal die Unterschrift, wenn ihm Besetzungsvorschläge unfair erschienen; in Einzelfällen wurden Gemaßregelte früherer Epochen wieder eingestellt;<sup>160</sup> blaue Bewerber kamen nun auch bei Direktoren- und Inspektorenposten zum Zug.<sup>161</sup> (Allerdings ließ die Bestellung Peters selbst zum Landesschulinspektor Kritik auch aus den eigenen Reihen laut werden.) Im auffälligen Kontrast zur Annäherung zwischen ÖVP und FPÖ, die über längere Zeit das Klima der Landespolitik

**156** FPÖ-OÖ, LPV 11.9.1967; F&R 3/67. Grünes Licht für Gespräche mit dem ABV hatte der BPV schon am 3.4.1963 gegeben; am 16.1.1973 hieß es dann allerdings, der ABV werde von den Sozialisten immer mehr in ihren Bereich gezogen.

**157** Auf dem Wahlkreisparteitag des Innviertels erhielt Hufnagl 56 Stimmen, Enthammer 27 und Osterkorn 24; Enthammer trat um Platz 2 nicht mehr an, Osterkorn verlor wiederum – mit 38 zu 69 Stimmen gegen den Braunauer Obmann Hutterer. NI. Peter, Peter an Gredler, 1.3.1967.

**158** Peter resümierte (Brief an Gredler, 6.6.1969), die Gleissner-Wahl „bot Gelegenheit, die seit 1963 irritierten ‚lieber schwarz als rot-Wähler‘ wieder für uns zu gewinnen.“ Seither sei er allerdings bei Menzel („Salzburger Volksblatt“) „im Verschiß“. Im BPV 7.11.1967 äußerten van Tongel und der Kärntner Obmann Geringer – die 1963/64 Peter unterstützt hatten – Kritik, die Salzburger unterstützten Peter allerdings weiterhin.

**159** FPÖ-OÖ, LPV 9.11.1967; Innviertler 17.12.1967; Robert Kriechbaumer (Hg.), Die Ära Josef Klaus. Österreich in den „kurzen“ sechziger Jahren, Bd. 1: Dokumente (Wien 1998) 233; Mitteilung Peter.

**160** So z.B. Hugo Rössner als Biologielehrer in Steyr, auch die Mutter Jörg Haiders soll damals in den Schuldienst zurückgekehrt sein. Mitteilung Grillmayer, Eder; zu Rössner vgl. Höbelt, Geschichte des VdU 23 f.

**161** So wurde Bezirksobmann Rupert Gugerbauer 1968 Hauptschuldirektor in Schwandenstadt – diese Ernennung war sogar in einem eigenen Punkt des Gleissner-Pakt festgelegt worden; zum Bezirksschulinspektor war schon 1966 ein Freiheitlicher in Eferding ernannt worden, 1971 folgte in Gmunden der Obmann des Landeslehrerverein, Franz Gamsjäger aus Bad Goisern. F&R; Peter beschwerte sich 1973 dann allerdings, der Prozentsatz der FP-nahen Schulleiter sei inzwischen auch nicht höher als 1967 und habe noch nicht die zugesagten proporzmäßigen 7 % erreicht (NI. Peter, Peter an Gredler, 12.4.1973).

prägte, stand 1967 hingegen der Wechsel in der Chefredaktion von Maletas „OÖN“ mit der Ablösung von Walter Pollak, einem „Ehemaligen“ und Teilnehmer der Oberweis-Runde 1949, durch Hermann Polz, den bisherigen Leiter des Wiener Büros und ehemaligen Kommunisten, dessen ausgeprägt FP-gegnerische Linie in den achtziger Jahren dann konzertierte Abbestellungsaktionen heraufbeschwor.

Das Einvernehmen mit der ÖVP setzte sich auch bei der Verfassungs- und Wahlrechtsänderung 1971 fort: Als Alternative zum Grundmandat wurde eine Vier-Prozent-Klausel eingeführt. Angesichts der Aufstockung der Mandate von 36 auf 56 kam die FPÖ 1973 bei einem nur unwesentlich höheren Wähleranteil (7,7 statt 7,5 %) wieder auf ihre „traditionellen“ 4 Mandate. Ein fünftes Mandat und damit der Einzug in die ebenfalls vergrößerte Landesregierung wurde ein weiteres Mal knapp verfehlt – diesmal paradoxerweise deshalb, weil die FPÖ eine Stimme zuviel hatte und in Linz zwei billige Restmandate gegen ein teures Grundmandat eintauschte; die ÖVP erhielt damit das 28. Mandat. Schender resümiert: „Wenn ich mich selbst nicht gewählt hätte, wäre ich Landesrat geworden.“ Doch auch der Verzicht auf eine Anfechtung und Neuauszählung wurde honoriert: Die FPÖ stellte weiter den 3. Landtagspräsident und erhielt einen vom Land bezahlten Klubsekretär (Hermann Thurnher). Parallel zur Aktion Kreiskys im Bund wurde

auf Landesebene mit der anderen Seite eine entsprechende Parteienfinanzierung mit großzügigen Sockelbeträgen durchgesetzt, die bald darauf (1977) auch den Ankauf einer neuen Landesgeschäftsstelle ermöglichten.<sup>162</sup> In der Gemeindeordnung wurden gewisse Verbesserungen für Minderheitenfraktionen festgeschrieben.<sup>163</sup> Die FPÖ mußte 1973 zwar den Landesschulratspräsidenten abgeben, die noch von Karl Maier ins Leben gerufene Objektivierungskommission erarbeitete jedoch ein Punktesystem, das strikten Proporz in Zukunft ausschloß. (Die SPÖ trug die Vereinbarungen anfangs mit, schied aber 1975 aus.)<sup>164</sup> Das Innviertel erhielt wieder ein LT-Mandat, das nach einigem Tauziehen an den Braunauer Obmann und Ritterkreuzträger Hutterer ging.<sup>165</sup> Horst Schender, damals schon Landesobmann, besetzte neben Bauer und Bachinger das vierte Mandat, Karl Maier schied aus der Politik aus.

In einem Punkt hatten die Hoffnungen, die auf den Gleissner-Peter Pakt gesetzt worden waren, freilich getrogen. Peter schrieb, „er habe die oberösterreichischen Gespräche so angelegt, daß sie zwangsläufig zu einer Fortsetzung auf Bundesebene führen müssen. [...] Die FPÖ hat gegenüber der ÖVP auf Bundesebene nunmehr das oberösterreichische Faustpfand in der Hand, das sie sechs Jahre hindurch gebrauchen kann. Daher wird die oberösterreichische ÖVP nunmehr gewichtigere Worte in Wien mitreden.“<sup>166</sup> Als Verbindungsmann

**162** Eine Aufstellung im NI. Peter für das Jahr 1978 verzeichnet für die FPÖ-OÖ Einnahmen von rd. 13 Mio. Schilling (davon fast 1 Mio. Zinsen!); Personalkosten von nur ca. 3 Mio.

**163** Hermann Thurnher, Auszüge aus meiner Lebensrückschau (privates MS); Info. Schender.

**164** Dieter Grillmayer, Die Entwicklung des Schulleiterauswahlverfahrens in Oberösterreich. In: freie meinung 1 / 2, S. 14 f.; Interview 7.3.2003. Vgl. auch freie meinung 3/2003, S.2 zu einer Reform des Verfahrens 1994 durch Einführung einer „Computergestützten Potentialanalyse“, die vom Freiheitlichen Lehrerverband nur widerwillig mitgetragen wurde.

**165** FPÖ-OÖ, LPV 23.3.1973, wo Hutterer mit 12 über 2 (bei 2 Enthaltungen) erstgereiht wurde, nachdem ein Landestag in Altheim mit Unterstützung Bachingers den Schärddinger Osterkorn vorgezogen hatte, ein „wilder Volkstribun“, der aus Ärger über seine Zurücksetzung austrat und später bei einem Autounfall ums Leben kam. Mitteilung Lutz Weinzinger 13.9.2003.

**166** NI. Peter, Peter an Gredler, 13.11.1967; Punkt XXVIII des Gleissner-Peter Paktes vom 8.11.1967 lautete: „Die Landesgruppe Oberösterreich wird ihren Einfluß zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der ÖVP und der FPÖ bei den hierfür zuständigen Stellen geltend machen und dafür eintreten, daß diese auf eine annähernd ähnliche Grundlage wie in Oberösterreich in absehbarer Zeit gestellt werden.“ Vgl. auch Kriechbaumer (Hg.), Ära Klaus 240; Heinrich Treichl, Fast ein Jahrhundert (Wien 2003) 258 f.; Fritz Mandl (Hirtenberger) wird von Peter auch als Geldgeber genannt (Peter an Gredler, 1.12.1969), damals vor allem aber Harald Prinzhorn, ab 1971 dann Obmann des RFW (Gredler an Peter, 24.2.1970); auch der VdU-Gründer Herbert A. Kraus wurde von Peter jetzt wieder lobend als „Hilfsfinanzreferent“ der FPÖ erwähnt.

fungierte dabei insbesondere Leopold Helbich.<sup>167</sup> Den Eintritt der FPÖ (oder einzelner Freiheitlicher) in die Bundesregierung vor der Wahl hielt Peter zwar nicht für sinnvoll, erwartete aber sichtlich Bewegung in der Frage der Wahlrechtsreform als Vorbereitung für eine Kooperation nach der Wahl. Auch die Wahlwerbung 1970 (mit ihrer Festlegung: „kein roter Bundeskanzler“) war ein Ausfluß dieser Strategie, während der überraschende Erfolg in Salzburg im Frühjahr 1969 (18 %) allerlei optimistische Annahmen nährte: „Die Partei steht vor Erfolgsmöglichkeiten, wie sie zwanzig Jahre nicht gegeben waren.“<sup>168</sup> Doch Withalm (und der bekennende Großkoalitionär Maleta) lehnten dieses Konzept ab, auch Klaus erteilte nach dem Verlust der relativen ÖVP-Mehrheit einer kleinen „Koalition der Verlierer“ eine Absage.<sup>169</sup>

Dafür tat das System der nächtlichen Absprachen noch am Wahlabend ein weiteres Mal seine Wirkung. Der Besuch Peters bei Kreisky am späten Abend des 1. März 1970 stellte die Weichen im Bund in einer ganz anderen Richtung als im Land. Dennoch stieß die Kooperation mit der SPÖ, die Verabschiedung eines gemeinsamen Budgets im Austausch gegen das, was im Verhältnis zur

SPÖ die „unbewältigte Vergangenheit“ darstellte, nämlich die 1963/64 versprochene Wahlrechtsreform,<sup>170</sup> bei der Vorstandssitzung vom 8. Oktober 1970 in der FPÖ Oberösterreich auf einhellige Zustimmung. Auch die RFW-Vertreter und Bachinger wollten „Kreisky arbeiten lassen“. Nur Schender warnte vor der ÖVP-Propaganda, „die uns ins Linkseck drängen will“. Die Werbung für die Neuwahlen im Herbst 1971 ging auf die Vorbehalte bürgerlicher Wähler ein: „Kein Mensch ist perfekt. Auch politische Parteien nicht.“ Aber eine Politik der Vernunft müsse gegebene Möglichkeiten nützen: „Ihre Stimme hat Gewicht bekommen.“<sup>171</sup> Man war bemüht zu betonen, daß man im Nationalrat mit und gegen beide Großparteien gestimmt habe: „Auf uns kommt es an.“ Das zweite NR-Mandat, das die Wahlrechtsreform der oberösterreichischen FPÖ in Aussicht stellte, ging nach längerer Debatte über die Aufstellung eines bäuerlichen Kandidaten, sprich: die Entsendung Bachingers, in einer Kampfabstimmung mit 7 zu 3 (bei 2 Enthaltungen) an den Welser Steuerberater Hellmuth Josseck (Jgg. 1921), den Sohn des VdU-Stadtrates mit einem „bürgerlichen Kreisen entsprechenden Profil“.<sup>172</sup>

**167** NI. Peter, Peter an Gredler, 2. u. 14.5.1969, 3.7.1970; Gredler (Brief vom 10.11.1969) rechnete auch mit Helbich (und Glaser) als Minister einer schwarz-blauen Regierung. Peter selbst wollte ausdrücklich nicht in ein Kabinett eintreten, weil das von den Anhängern „als Zug zur Futterkrippe und damit als suspekt betrachtet wird“ (19.11.1969), sondern den Klubobmann übernehmen. Als Klaus schon 1966 in einem Gespräch mit Herbert A. Kraus (am 15. April) kurz einmal die Bildung einer kleinen Koalition ventiliert hatte, sah Peter als Vizekanzler Knaus oder Leitner vor und Kandutsch als Verstaatlichtenminister (Peter an Knaus, 18.4.1966).

**168** NI. Peter, Peter an Gredler, 30.9.1969. Über die Festlegung vom 16. Jänner 1970 herrsche bei der Industriellenvereinigung in den Bundesländern „eitel Wonne“, in Wien aber „Bauchgrimmen“, berichtete Peter (27.1.1970), weil sie die FPÖ für ÖVP-Randschichtenwähler attraktiv mache. Noch als die FPÖ Kreiskys erstes Budget passieren ließ, habe die Industriellenvereinigung bei der ÖVP „massiv hinsichtlich eines besseren Verhältnisses zu uns interveniert.“ (9.10.1970) Das gute Verhältnis mochte auf persönliche Prägungen zurückzuführen sein (die drei seit 1966 neugewählten VÖI-Vizepräsidenten Wolfgang Wick, Philipp Schoeller und Fritz Heiss galten als dem nationalen Lager nahestehend), aber auch eine Reaktion auf die ÖAAB-Dominanz der ÖVP-Alleinregierung darstellen. Wolfgang E. Oberleitner, Politisches Handbuch Österreichs 1945–1980 (Wien 1981) 82; Mitteilung Hans Igler.

**169** Gredler (NI. Peter, Denkschrift vom 10.11.1969) hatte 85-90 Mandate für eine kleine Koalition für nötig erachtet; am Wahlabend kam man bloß auf 84 (79+5). Peters Idealtip für die Wahlen lautete 83 VP-74 SP-8 FP (18.2.1970); vgl. dazu auch Lothar Höbelt, Die Wotansanbeter, der heilige Josef und das Purgatorium. In: Franz Schausberger (Hg.), Geschichte und Identität. Festschrift für Robert Kriechbaumer zum 60. Geburtstag (Salzburg 2008) 297-308.

**170** Vgl. NI. Peter, Peter an Gredler, 23.3.1965: „Nachdem was passiert ist, ist die sozialistische Seite uns gegenüber handlungsunfähig. [...] Gesprächsthema Nr. 1 heißt: Bewältigung der unbewältigten Vergangenheit = Wahlrechtsreform.“

**171** Innviertler 2/1971.

**172** FPÖ-OÖ, LPV 18.7.1971; als Bachingers Antrag auch im BPV 20.8.1971 mit 2 zu 8 abgewiesen wurde, legte er 6.11.1971 das Bundesagrarreferat nieder. Sachlich ging es dabei v.a. Treibstoffverbilligung für Bauern im Budget. (13.1.1971) Am BPV 22.9.1972 wurde Bachinger auch nicht mehr in den BPV nominiert, am LPV 28.9.1972 lehnte er

Diese Wahl 1971, die Kreisky die „Absolute“ bescherte, führte für die FPÖ trotz der Kandidatur dreier nationaler Unabhängiger für die ÖVP zwar nicht zu Verlusten, aber zu einer regionalen Trendumkehr: Einbrüchen im Westen, im Innviertel und den angrenzenden Hochburgen standen Gewinne im Einzugsbereich der VÖEST gegenüber, wo man sich in einer „Mühlviertelaktion“ bemühte, „weiße Flecken“ auszumerzen. Auch bei den FP-Bürgermeistern machte sich seit 1967 eine Verschiebung hin zu den Welser (nach Krenglbach jetzt auch Weißkirchen und Steinhaus, wo der Autobahnbau das lokale politische Gefüge durcheinanderwirbelte) und Rieder (Tumeltsham und Mehrnbach) Umlandgemeinden bemerkbar<sup>173</sup>, während ländliche Paradegemeinden wie Geinberg oder St. Pankraz in Gefahr gerieten. Die gleichmäßigere Verteilung der Stimmen hatte wohl auch mit den veränderten Methoden des Wahlkampfes zu tun: Hatte man 1966 noch gedriilt, der direkte Wählerkontakt sei das wirkungsvollste Werbemittel – und Peter in Pendlerzügen persönlich Prospekte verteilt<sup>174</sup> – so zeichneten sich in den Protokollen jetzt die Umrissse einer Materialschlacht ab, mit verstärktem Einsatz von Plakaten, Postwurfsendungen etc., ein Faktor, der angesichts der von Kreisky eingeführten großzügigen Finanzierung der Parteien an Bedeutung zunahm, der aber auch eine schleichende Entmachtung für den ehrenamtlichen Funktionär mit sich brachte, der zunehmend von den „Werbe-Profis“ in den Hintergrund gedrängt wurde.<sup>175</sup> Der Landespartei Vorstand wurde zahlenmäßig erweitert, umfaßte jetzt tatsächlich alle Bezirksobleute und war nicht mehr so einseitig

eine Kandidatur ab. Zu Josseck vgl. NI. Peter, Peter an Gredler 1.3.1967. Die Zeit der ÖVP-Alleinregierung bedeutete auch gesellschaftspolitisch ein Zwischenhoch für eine bürgerliche FPÖ-Strategie: „Ich bin auch der Meinung, daß wir zwei Versuche in unserer Partei als gescheitert betrachten müssen: Das Gewinnen der Bauern und der Arbeitnehmer. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir uns hier nur im begrenzten Rahmen bemerkbar machen können.“ (ebd. 5.4.1968) Im Wahlkampf 1970 meinte er, „das städtisch-bürgerliche Element tritt mehr als bisher in Erscheinung“ (ebd. 18.2.1970).

**173** Innviertler 1/1971.

**174** F&R 2 u. 4/66.

**175** F&R 5 u. 10/71.

**176** 1963 handelte es sich nicht in allen Fällen um eine Verjüngung, am deutlichsten in Braunau, wo Hutterer (Jgg. 1919) von Dr. Pamer-Steininger (Jgg. 1890) übernahm.

**177** FPÖ-OÖ, LPL 23.9.1958.

**178** F&R 5/66.

auf den Zentralraum ausgerichtet, wandelte sich aber auch vom tatsächlichen Exekutivorgan zum Aufsichtsrat der Partei.

Wenn Peter die FPÖ einmal als die Form bezeichnet hatte, in der die Frontgeneration ihre politische Vertretung gefunden habe, so legte diese Vorstellung, mehr noch als sich das aus dem statistischen Befund herauslesen läßt, die Gefahr nahe, den Anschluß an die nächste Generation zu verlieren. Die Vereinsstruktur, die einer kontinuierlicher Erneuerung stets eine gewisse Beharrungstendenz entgegengesetzt, mochte diesen Eindruck noch verstärken. Nach einer ersten Wachablöse 1963, als fünf Bezirksobmänner wechselten (darunter im Innviertel zwei langjährige VdU-Leute),<sup>176</sup> hatte jetzt neuerdings Verjüngung Priorität: „Debatten, für die die Jugend kein Interesse hat, sind überflüssig,“<sup>177</sup> beschied Peter, der selbst das Jugendreferat übernahm und mit Unterstützung des Landes Mitte der sechziger Jahre das Reinhaller-Haus am Attersee ins Leben rief, das in erster Linie für Jugendveranstaltungen zur Verfügung stehen sollte.<sup>178</sup> In den siebziger Jahren sollte es durch den Attersee-Kreis bekannt werden, der die Führungsschicht des RFS aus seiner Blütezeit (1967 erzielte er unter den Innviertlern Holger Bauer und Lutz Weininger bei den ÖH-Wahlen 30 %) versammelte, sich politisch freilich vor allem in der Universitätsstadt Wien bemerkbar machte. Peter hatte ihn „ins Leben gerufen, weil die freiheitlichen Akademikerverbände einfach nie imstande waren, den von der Hochschule abgehenden jungen Akademiker aufzufangen und der FPÖ zuzuführen.“ Als Spielregel galt für ihn dabei: „Ihr seid im Anton-Reinhaller-Haus Gäste der FPÖ, leistet für

diese Grundlagenarbeit und mischt Euch in die innerparteiliche Entwicklung nicht ein.“<sup>179</sup>

Das Vorbild des Attersee-Kreises war der „Blaue Kreis“ in Oberösterreich, wo Nachwuchskräfte sich um Horst Schender sammelten, von 1961-65 Landesobmann des Rings Freiheitlicher Jugend (RFJ) und Schwiegersohn Peters. Schender, ursprünglich Lehrer in Traun, wurde 1967 Linzer Gemeinderat und in den Vorstand gewählt, im Februar 1971 dann zum geschäftsführenden Stellvertreter Peters vorgeschlagen und übernahm im Oktober 1972 auch formell die Landespartei. Ihn (oder den Kärntner Mario Ferrari-Brunnenfeld) hielt Peter auch für seine „geeignetsten Nachfolger“, bedauerte aber, sie seien „durch landespolitische Aufgaben so gebunden, daß keiner von ihnen nach Wien kann (und vermutlich auch auf Grund ihrer persönlichen Einstellung nicht nach Wien will).“<sup>180</sup>

Dieser vielzitierte „Generationenwechsel“ verlief nicht immer so erfolgreich. Dort, wo der Wechsel an der Spitze, als „Durchbruch der Jugend“ ausgemacht, einem Generationensprung ähnelte, wurde er oft binnen kurzem wieder rückgängig gemacht, wie in den Bezirken Wels 1969 und Eferding, wo der Landesjugendreferent Wallisch (Jgg. 1942) als Obmann 1971 wieder abgelöst wurde. Anderswo wollte es das Schicksal anders: Der Steyrer Obmann und Nachfolger Wallisch als Jugendreferent, Wolfgang Fahrnberger (Jgg. 1945), wurde von den Steyr-Werken nach Nigeria geschickt; Eduard Kaufmann (Jgg. 1933) in Perg kam 1977 bei einem Unfall (Blitzschlag) ums Leben.<sup>181</sup> Auch der Linzer Stadtrat Sageder zog sich nach einer Funktionsperiode 1979 wieder zurück. Der Befund legt ein zwiespältiges Urteil nahe: Das Nachwuchsproblem wurde erkannt, der gesteuerte Generationenwechsel aber war eigentlich gescheitert bzw. nur dort erfolgreich, wo er keinen

so großen Sprung mit sich brachte: Anton Kirchttag (1972-84 Obmann von Ried), Walther Mayer (Wels 1969-78) und Franz Lukas (Gmunden 1971-77) zählten noch zu den letzten Ausläufern der Kriegsgeneration. Keine eigentliche „Verjüngung“, sondern eine Neu-Gründung stellte der Aufbau von flächendeckenden Bezirksorganisationen im Mühlviertel dar, wo sich vor allem der AHS-Lehrer Prieth (Jgg. 1945) in Rohrbach über lange Zeit etablierte. Das Frauenreferat hatte nach der gebürtigen Reichsdeutschen Luise Pupini, die 1958 nach Wien übersiedelte, Dora Jelinek übernommen, die Frau des FAV-Obmannes, die im Linzer Gemeinderat das Konzept „Essen auf Rädern“ bekannt machte und (zusammen mit dem Rieder Arzt Kirchttag) in der Abtreibungsfrage in Oberösterreich als erste für die Fristenlösung eintrat. Nach einer Übergangslösung (Frieda Pahl 1972-75) erfolgte der „Generationenwechsel“ hier 1975 mit der Mittelschulprofessorin Karin Praxmarer, der 1986 dann auch der Durchbruch in den Nationalrat gelang.

Der Abschied von der Kriegs- und Wiederaufbaugeneration schlug sich auch im Inhaltlichen nieder. Schon zum 1. Mai 1965, im Umfeld der Demonstrationen pro und contra Borodajkewycz in Wien, lautete der Slogan der FPÖ: „Schluß mit der Vergangenheit - in die Zukunft blicken“. Schender sprach auf dem Lehrertag 1968 sogar von der „nicht bewältigten Vergangenheit“ – wenn auch mit einer anderen Stoßrichtung, als sie bei dieser Phrase oft mitschwingt, denn ihm ging es um den Bruch mit der Fixierung auf die Vergangenheit: „Man wolle sich nicht mit Komplex der Vätergeneration belasten.“<sup>182</sup> Jörg Haider, der 1971 zum Bundesobmann des RFJ gewählt wurde,<sup>183</sup> polemisierte in der „tangente“ wiederholt gegen hohle nationale Phrasen.<sup>184</sup> Dafür machte sich mit der Wohlstandsgesellschaft ein verstärktes Umwelt-

**179** NI. Peter, Peter an Knaus, 20.3.1974. Formell konstituierte sich der Atterseekreis als „politisch-wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft der FPÖ“ am 23./24. Januar 1971; im Herbst 1972 folgte – im Zuge der von Kreisky initiierten staatlichen Parteienförderung - die Gründung des Freiheitlichen Bildungswerkes; vgl. Piringer, Geschichte der Freiheitlichen 324-6.

**180** NI. Peter, Peter an Knaus, 8.3.1976.

**181** F&R 8/77, Mitteilung Erika Haßlmayr-Grassegg 13.9.2003.

**182** F&R 3/68.

**183** FPÖ-OÖ, LPV 6.10.1969. Aber Virilstimme abgelehnt (17.10.1972).

**184** tangente 22 (Dez. 1975); vgl. auch Lothar Höbelt, Defiant Populist. Jörg Haider and the Politics of Austria (West Lafayette 2003) 31 f.

bewußtsein bemerkbar, das eine Abkehr von der Wachstumsbegeisterung der fünfziger und sechziger Jahre markierte. Im Neujahrsaufruf 1975 hieß es: „Das Ende der Wegwerfgesellschaft ist gekommen!“<sup>185</sup> Im selben Jahr war Walter Bauer (obwohl persönlich AKW-Befürworter) auch schon bei einer Demonstration gegen das AKW St. Pantaleon zu sehen, die FPÖ brachte in Linz das Thema Luftverbesserung aufs Tapet und unterstützte die Initiative „Rettet das Steyrtal“. In Linz profilierte sich die FPÖ mit ihrer Kritik an Bausünden, wie z.B. Schenders Kampf gegen den Abbruch der historischen Wollzeugfabrik oder Thurnhers Eintreten gegen Hochhäuser in Kleingemeinden.

## 6 Von Peter zu Haider: Strukturwandel und Wachablöse? (1973-86)

Während die Generationenablöse im mittleren Funktionärskader mit Rückschlägen verbunden war, fand der sozioökonomische Strukturwandel in den siebziger Jahren beschleunigt seinen Niederschlag. Der Mitgliederstand nahm durch die politische Aufwertung der FPÖ noch einmal kräftig zu, von 5.000 um 1969 auf 8.000 1979. Diese Beitritte verstärkten das Gewicht der jüngeren Jahrgänge, die 1976 ihren höchsten prozentuellen Anteil erreichten. Mitgliederstärkster Bezirk war seit 1970 Vöcklabruck, mit knappem Vorsprung auf Ried. In den Städten war die Mitgliederdichte weiterhin unterdurchschnittlich. Der rapide Rückgang des Agraranteils in den fünfziger und sechziger Jahren machte sich deshalb erst mit einer gewissen Zeitverschiebung bemerkbar.<sup>186</sup> Noch in den sechziger Jahren lag der Anteil der Landwirte konstant bei einem Viertel der Mitglieder, um von 1969 bis 1978 von 24 % auf 15 % zu fallen und 1992 mit 8 % einen Tiefststand zu erreichen – eine Entwicklung, die sich auch auf Mandatarsebene niederschlug, mit der Niederlage Bachingers im Kampf um das 2. NR-Mandat 1971 oder dem

Ausscheiden Karl Maiers 1973; Mitte der achtziger Jahre gehörte dann bereits kein Bauer mehr der Landtags- (oder Nationalrats-)fraktion an.

Der Arbeiteranteil blieb im selben Zeitraum 1969 bis 1978 hingegen bis auf die Kommastellen konstant (27,7 %), die großen Gewinner waren – im gesellschaftlichen Trend – die Angestellten (von 13 auf 16 %), vor allem aber – und das spiegelte die veränderte Position der FPÖ in der politischen Landschaft wider, wie sie sich nach dem Gleissner-Peter-Pakt von 1967 und der Kreisky-Peter-Entente von 1970 entwickelt hatte: Der Anteil des öffentlichen Dienstes verdoppelte sich von 2,2 % auf 4,8 %. 1971 trat die FPÖ erstmals auf breiter Front bei Personalvertretungswahlen im öffentlichen Dienst an, mit guten Ergebnissen bei den Lehrern, daneben den Finanzbeamten – und dem Bundesheer, mit einer besonderen Hochburg am Fliegerhorst Hörsching, wo Emmerich Weiß als Meteorologe tätig war oder auch der ehemalige VdU-Stadtrat von Bregenz, Flugkapitän Peter. Dieser Erfolg entbehrte nicht einer gewissen Ironie, hatte die FPÖ sich doch Anfang der sechziger Jahre – manche von ganz anderer Seite ausgehenden Kontroversen der achtziger Jahre vorwegnehmend – gegen die Stationierung der Jets (und die Typenwahl!) gewehrt.<sup>187</sup>

Die achtziger Jahre hingegen sahen unter den Mitgliedern der Partei vor allem eine gesellschaftliche Großgruppe als „Gewinner“, die auf die FPÖ als politische Gestalt der „Kriegsgeneration“ zurückging: Der Anteil der Pensionisten stieg von 8 % 1965 auf 15 % 1978 und erreichte 1986 – dem Jahr, als auch Peter das gesetzliche Pensionsalter von 65 erreichte! – mit über 21 % seinen Höhepunkt. Der Generationenwechsel, der in diesen Jahren im Führungskader tatsächlich Platz griff, ging einher mit einer zunehmenden Überalterung der Mitglieder. 1975 erfolgte die Gründung des Pensionistenrings (OÖPR) unter der Führung des eben pensionierten VÖEst-Abteilungsleiters Wilfried Müller (Jgg. 1914), der bis 1981 schon 6.000

**185** F&R 8/73, 1/75.

**186** Außerdem mochte bei der Erstellung der Statistik eine Rolle spielen, daß sich vermutlich auch Altbauern weiterhin als Bauern, nicht als Pensionisten einstufen.

**187** F&R 12/75 über die 20 % in Hörsching (1983: 18 %), 10 % beim Bundesheer. F&R 4/61, 12/61 u. 15/61 über die Polemik gegen die „Fliegenden Tonnen“: Die modernere Fiat G 91 benötige keinen Ausbau der Landebahnen. Für die spätere Bevorzugung amerikanischer F 5 gegenüber den Saab-Modellen vgl. Franz Kernic, Zwischen Worten und Taten. Die Wehrpolitik der Freiheitlichen 1949-1986 (Wien 1988) 163.

Mitglieder zählte, weit mehr als seinem Anteil unter den Parteimitgliedern entsprach.

Der Zeitpunkt, zu dem die vielbeschworene Generationenablöse tatsächlich Gestalt annahm, ja ohne viel Übertreibung den Charakter einer Wachablöse erreichte, läßt sich dabei ziemlich genau bestimmen: Es war das Frühjahr 1978, als in fast der Hälfte der Bezirke die Obmänner wechselten – es war Zufall, doch nicht ohne seine symbolische Bedeutung, daß in diesem Jahr auch Friedrich Peter an der Spitze der Bundespartei von Alexander Götz (Jgg. 1928) abgelöst wurde, einem Vertreter der Übergangsgeneration, die nie so recht zum Zug gekommen war, aber nicht zufällig mit Harald Ofner (Jgg. 1932) und Gerulf Stix (Jgg. 1935) auch zwei von Götz engsten Mitstreitern stellte. Im Winter 1977/78 kamen in Schärding, Vöcklabruck und Gmunden drei Korporationsstudenten als Bezirksobmänner zum Zug – der Steuerberater Lutz Weininger (Bruno Sudetia Wien), der Rechtsanwalt Norbert Gugerbauer (Oberösterreichischer Germanen in Wien) und der OKA-Ing. Frisch (VDSt Leoben) – ein Element, das mit dem Ausscheiden der Kriegsgeneration wiederum an Bedeutung gewann.<sup>188</sup> Außerdem wechselte in Wels (Oelschlägel Jgg. 1942), Steyr (Zöhrer Jgg. 1933) und Perg (Haslmayr-Grassegg) die Führung, Linz-Land übernahm mit dem fast sechzigjährigen Landwirt Raimund Wimmer ein Mann mit cholericem Temperament, der in den achtziger Jahren zur Nemesis der rot-blauen Koalition werden sollte, 1978 aber gerade selbst eine im heimatlichen Pucking abgeschlossen hatte. Es ist schwer, dem Eindruck auszuweichen, daß die-

se Generationenablöse, die Peter ein solches Anliegen war und mit einer „Profilenerweiterung“ einhergehen sollte, sich letzten Endes gegen ihren Betreiber wandte, nicht zuletzt, weil die beiden talentiertesten oberösterreichischen Nachwuchspolitiker (Gugerbauer und Haider, seit 1975 in Kärnten ansässig) sich früher oder später gegen ihn wandten.<sup>189</sup>

Götz, der im Februar 1978 zum Obmann designiert wurde, war als innerparteilicher Gegenpol Peters bekannt. Dazu trug nicht zuletzt seine Position als Chef einer blau-schwarzen Stadtkoalition in Graz bei, die ihn automatisch als strategische Alternative zur Achse Peter-Kreisky auswies.<sup>190</sup> Sein Auftreten verbreitete zweifellos eine gewisse Aufbruchsstimmung: „Reden von Götz füllen die Säle, wie man es bis dahin nicht gekannt hatte.“<sup>191</sup> Götz' oppositionelle Rhetorik, später in die Formel verpackt: „Attackieren, nicht arrangieren!“ versprach nicht nur frischen Wind, sondern wick von der Routine des Alltags durch stärker grundsätzlich orientierte Argumentationen ab, auch wenn sein Kernthema, die „Verrechtlichung außerparlamentarischer Machtapparate“ schon Gegenstand des Neujahrsaufrufes 1977 gewesen war.<sup>192</sup> Der Einfluß der Sozialpartnerschaft als Schattenregierung hinter den Kulissen war in den Zeiten der Alleinregierung vielleicht noch auffälliger hervorgetreten als in den Zeiten der Großen Koalition. Ihr Einfluß mußte bremsend auf jede Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen wirken, gleichgültig, mit welchem Partner. Die stets vorhandene, jetzt aber stark aktualisierte Kritik an der österreichischen Variante des „Neo-Korpora-

tismus“ verband so Parteikalkül mit prinzipiellen liberalen Anliegen.

Auf Bundesebene fuhr Götz die ersten Gewinne seit zwanzig Jahren ein. Seine Erfolge blieben dennoch hinter den hochgespannten Erwartungen zurück. Das Projekt Taus-Götz bekam keine Mehrheit, in Oberösterreich stieg der Stimmenanteil bei der NR-Wahl vom Mai 1979 zwar von 6,7 auf 7,2 %, fiel aber schon bei der AK-Wahl im Juni und dann bei der LTW ein halbes Jahr später – überschattet von den Querelen, die zum Rücktritt Götz' führten – von 7,7 % auf 6,4 %. Die ÖVP errang im Land wiederum eine klare absolute Mehrheit, setzte jedoch ihr traditionell gutes Verhältnis mit der FPÖ unter der Ägide von Klubobmann Trauner fort.

Der Rücktritt Götz im November 1979 zog eine Kampf abstimmung um den Parteivorsitz nach sich: Peter und Schender (der in der Übergangszeit als geschäftsführender Bundesobmann fungierte) traten für den Wiener Obmann Norbert Steger ein, der lange Zeit als einziger Kandidat galt, bis der Götz-Flügel Harald Ofner ins Rennen schickte. Norbert Gugerbauer, der Götz als einziger Oberösterreicher bis zum Schluß unterstützt hatte, geriet mit Steger auf dessen Rundreise in eine Kontroverse, beschwerte sich bei Schender über die einseitige Bevorzugung Stegers, nicht zuletzt in den „Oberösterreichischen FP-Nachrichten“, und versuchte Waldemar Steiner oder Gerulf Stix zu einer Kandidatur zu überreden; Frauenchefin Praxmarer und Arbeitnehmer-Vertreter Eitzinger traten in einer Pressekonferenz für Ofner ein. Wie Schender rückblickend vermutet, sprach sich vermutlich nur eine Minderheit der oberösterreichischen Delegierten für Steger aus, der am 2. März 1980 im Linzer Bruckner-Haus mit 55 % gewählt wurde. Doch sei die Entscheidung „keine Flaggenfrage“ gewesen, die zu innerparteilichen Frontbildungen führte. Steger quittierte das knappe Ergebnis, „ihn drücken keine Vorschußlorbeeren“. Die FPÖ solle politische Hefe im Sauerteig und Anstoßgeber für Veränderungen sein. Auf

Landesebene gründete Uwe Seyr eine „Grüne Plattform“, und erzielte immerhin den einzigen größeren Wahlerfolg der Ära Steger, als die FPÖ im Herbst 1980 in Linz auf fast 10 % kam und damit auch wieder im Stadtsenat vertreten war.<sup>193</sup>

Stegers Wahl mündete drei Jahre später in die Regierungsbeteiligung, die Peter verwehrt geblieben war, nun aber in einem Moment zustande kam, als die Voraussetzungen nicht mehr gegeben waren, mit denen man ursprünglich wohl gerechnet hatte. Der Teil der Kriegsgeneration, der mit der FPÖ sympathisiert, aber zur Existenzsicherung bei den Regierungsparteien angeheuert hatte, war inzwischen auf dem Wege in den Ruhestand; bei der nachwachsenden Akademikergeneration jedoch, die mehr als alle ihre Vorgänger in den öffentlichen Dienst drängte, hatten die Freiheitlichen in den siebziger Jahre, zwischen „Acht- undsechzigern“ und Grünbewegung, massiv an Terrain verloren.<sup>194</sup> Auch konjunkturell erfolgte die Regierungsbeteiligung zu einem Zeitpunkt, wo mit dem sogenannten „Zweiten Ölshock“ das austrokeynesianische Rezept an seine Grenzen gestoßen war (was gerade für die Verstaatlichte Industrie nicht ohne Folgen blieb) und „neo-konservative“ (oder präziser: alt-liberale) Ideen vom Westen her Aufwind erhielten, die nun allerdings Götz' Zugang besser entsprachen als Stegers „sozialliberalem“ Experiment („in Antinomie zum Konservatismus“, wie es Klubsekretär Erschen formulierte).

Das Konzept der politischen Mitte hatte seine taktischen und propagandistischen Vorzüge. Es stellte im Lichte der Bemühungen Peters und seiner Mitstreiter nachgerade ein tragisches Paradoxon dar, daß die Integration der „Ehemaligen“ (bei allen Verdächtigungen rechtsextremer Tendenzen) eine Politik der Äquidistanz nahegelegt, ja vielfach sogar zu dem Schluß geführt hatte, nur die SPÖ könne die FPÖ nachhaltig aus ihrem „Ghetto“ befreien. Gerade eine konsequent liberale Orientierung – die bei Freund und Feind vielfach als Gegenpol zur nationalen Tradition aufgefaßt wurde – mußte die FPÖ aber

**188** Peter zählte zu diesem gegnerischen burschenschaftlichen Kreis auch noch die Frauenchefin Praxmarer (auf Grund ihrer verwandtschaftlichen Beziehungen) und Wolfgang Hosiner (1982–86 Bezirksobmann von Grieskirchen/Eferding, Pennalie Eysn zu Steyr). („Gründe und Ursachen, die zu meiner Abwahl führten“, 4.6.1984). Freilich ist darauf hinzuweisen, daß auch die langjährigen Peter-Verbündeten Eder (Wels 1951–67), Kirchtag (Ried 1972–84) und Müller „Oberösterreichischer Germanen“ waren.

**189** Über Haider urteilte Peter (Brief an Knaus, 20.3.1974), daß er „in seiner Eigenschaft als Bundesjugendführer des RFJ grauenhaftes Parteiestablishment repräsentiert und eine Großzügigkeit im Ausgeben staatlicher Subventionen entwickelt hat, die man in dieser Partei suchen muß.“ Die Schuld daran suchte er nicht zuletzt beim RFJ-Förderer und RFW-Obmann Harald Prinzhorn, der Haider verdorben habe, „was das Geldausgeben betrifft“. Der „junge Mann, der grundsätzlich nur nörgeln kann“ war „vor 2-3 Jahren ein ganz passabler Bursch.“ Die „Revoluzzerei hat ihm der Harald beigebracht.“ (Peter an Gredler, 10.1.1973, 7.1.1974). Gredler antwortete (15.1.1973), es „wäre schad um ihn. Er ist klug und sieht gut aus.“

**190** Piringer, Geschichte der Freiheitlichen 272-300.

**191** Thurnher, Auszüge 9.

**192** F&R 1/77, 8/78,

**193** F&R 3, 7/80.

**194** Vgl. NI. Peter, Peter an Knaus, 25.1.1965: „Offen ist nur die Frage, ob es in Zukunft auch Jungwähler nationaler Prägung geben wird. Diese Frage wäre dann leichter zu lösen gewesen, wenn es gelungen wäre, die Mitbeteiligung an der Macht zu erreichen. Das werden aber diejenigen niemals verstehen, die in mir nach wie vor einen Verräter der nationalen Sache in Österreich sehen.“

inhaltlich in der Regel erst recht deutlich rechts von der ÖVP positionieren. Überzeugende liberale Ansätze waren in der Koalition mit der SPÖ daher auch nicht auszumachen. Deutlich wurde vielmehr das Bemühen, die Position als Vertreter des „neuen Mittelstandes“ durch den Kampf für das Angestelltenprivileg des steuerfreien 13. und 14. Monatsgehalt zu markieren. Darüber hinaus aber Umwelt-Themen zu besetzen, wie beim innerparteilich keineswegs unumstrittenen Kampf gegen Atomkraftwerke, der z.B. Peter (und Zeilinger) gar nicht behagte.<sup>195</sup> Viele der Skandale der achtziger Jahre gaben FPÖ-Warnungen nachträglich recht, zu einem Zeitpunkt jedoch, als sich der politische Niederschlag gegen die Partei als Juniorpartner der SPÖ wendete. Die „Aufdecker-Rolle“ der Oppositionsjahre, medial z.B. im AKH-Untersuchungsausschuß sehr präsent, wurde per saldo nicht honoriert: Selbst von „schwarzen“ Skandalen wie dem seltsamen Gebahren der Bundesländer-Versicherung vermochte Stegers FPÖ nicht (mehr) zu profitieren.

Die Regierung Sinowatz-Steger war für die oberösterreichischen Freiheitlichen auch personell wenig attraktiv. Peter verzichtete nach Protesten wegen seiner Dienstzeit in der 1. SS-Brigade<sup>196</sup> auf die Wahl zum 3. NR-Präsidenten; Schender wollte kein Ministerium übernehmen; die stärkste Landesgruppe war damit im Kabinett nicht vertreten. Unter diesen Umständen konnte sich rasch eine unzufriedene Stimmung gegenüber der „Wiener Clique“ breit machen, die Peter, der als Architekt der Koalition galt, zu spüren bekam, als er – der 1973 nach Wien übersiedelt war – im Mai 1984 nicht mehr in den Landesparteivorstand gewählt wurde. (Auffälligerweise, weil gegen jede Gewohnheit, erschien über diesen Parteitag kein ausführlicher Bericht in den „FP-Nachrichten“.)

Bachinger hatte sich schon vor der Wahl gegen das „Anbiedern an Kreisky“ ausgesprochen.<sup>197</sup> Zum Kristallisationspunkt der latenten Opposition in Oberösterreich aber wurde Norbert Gugerbauer, der als Nachfolger Jossecks in den Nationalrat einzog und 1984 zum stellvertretenden Landesobmann aufrückte. Gugerbauer, wie sein Vater Bezirksobmann von Vöcklabruck, war 1972–74 Vorsitzender des Wiener RFS und stellvertretender Vorsitzender der Österreichischen Hochschülerschaft, dann Sprecher der Deutschen Burschenschaft gewesen, absolvierte seine Zeit als Konzipient bei Eder in Wels und eröffnete 1981 in Schwanenstadt eine eigene Kanzlei, wobei er sich als Rechtsvertreter der Umweltaktivisten im Reichraminger Hintergebirge einen Namen machte (während Steger als Energieminister dort für die Errichtung eines Speicherkraftwerks eintrat!). Mit dem Aufbau des „Club 3“ sollte er besonders die Jugend in einer informellen Weise für die FPÖ ansprechen.

Auch Peter schrieb 1983 in einem Brief an Schender: „In der Fraktion hoffe und setze ich auf Gugerbauer.“<sup>198</sup> Noch zu Ostern 1984 entwarf er als Reaktion auf die Kritik, die in der oberösterreichischen Landesleitung geäußert wurde, ein Konzept, Schender als Staatssekretär nach Wien zu holen und zur Verstärkung Stegers mit dem Generalsekretariat zu betrauen, Gugerbauer aber die Geschäftsführung in Oberösterreich zu übergeben. Doch Steger ging auf diese Variante nicht ein; die Frage, ob Schender einverstanden gewesen wäre, stellte sich daher gar nicht mehr; Peter gewann dafür nach dem Landesparteitag, der ihn desavouiert hatte, den Eindruck, eine Mehrheit des Landesparteivorstandes (13 von 24) stünde inzwischen ohnehin schon mehr hinter Gugerbauer als hinter Schender.<sup>199</sup>

**195** Vgl. NI. Peter, Peter an Stranzinger, 27.11.1979: Er habe in den Fragen Zwentendorf und Fristenlösung gegen seine Überzeugung ablehnende Beschlüsse seiner Partei exekutiert; 1985 wollte Peter den entsprechenden Passus über AKWs im Parteiprogramm modifizieren, drang damit aber nicht durch. In seinen Notizen zur LT-Wahl 1985 heißt es: „Wir haben die Jungen nicht gewonnen, weil wir mit unserer verkanteten Grünpolitik auf die falschen Jungen gesetzt haben.“ Seyrs Politik in Linz hielt er für eine Sackgasse.

**196** Piringer, Geschichte der Freiheitlichen 242-246 zum Anfang der Kontroverse 1975.

**197** Landtagsklub der FPÖ-OÖ, Ordner FP 74-89, Bachinger an Steger, 10.1.1983.

**198** OÖ, Ordner FP 74-89, Peter an Schender 12.8.1983.

**199** Peter notiert in seinen Aufzeichnungen, Steger habe bei ihrem Gespräch am 23. April „mehr oder weniger berechtigte Einwände zu machen“ gehabt, sodaß die Vorschläge „für eine Realisierung nicht ins Auge gefaßt wurden.“ Peter bezog in seine Kritik auch Stegers Mitarbeiter Lohmann und Haas ein; Steger dachte offenbar eher an eine Verbreiterung

Das politische Umfeld für die FPÖ entwickelte sich zunehmend ungünstig: Auf der einen Seite wurden ihr bei den Handelskammer- und Landwirtschaftskammerwahlen die bisherigen Listenverbindungen aufgekündigt, nicht bloß von Seiten des ÖVP-Wirtschaftsbundes, sondern auch vom ABV, auf der anderen Seite machte sich deutlich die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit gegenüber dem Koalitionspartner bemerkbar. Das „olympische Prinzip“ („Dabei sein ist alles“) sei auf die Dauer zu wenig tragfähig, formulierte Gugerbauer.<sup>200</sup> Auch eine Programmdebatte, die schließlich im Juni 1985, basierend auf einem im wesentlichen von Gerulf Stix stammenden Entwurf zu einem recht breiten Konsens führte, löste Verunsicherung aus, weil Steger weitergehende Änderungswünsche unterstellt wurden, insbesondere in bezug auf den Passus über die „deutsche Volks- und Kulturgemeinschaft“. Auch hier war es Gugerbauer, der deutlich eine Gegenposition bezog – und sich damit durchsetzte.<sup>201</sup>

Der Mitgliederstand war seit 1979 um fast 10 % zurückgegangen. Die AK-Wahl im Frühjahr 1984 endete mit schweren Verlusten bei den Angestellten, weit geringeren bei den Arbeitern – deren Kandidatenliste zum letzten Mal von der VÖ-EST dominiert wurde, mit den Betriebsräten der Schwanenstädter Joka-Werke an zweiter Stelle.<sup>202</sup> Bei den Landwirten sprach sich der ABV – gegen den Willen seines Obmannes Nowotny – gegen die traditionelle Listengemeinschaft mit den Freiheitlichen aus, die allein auf nur mehr 3,63 % ka-

men (der ABV 1979 noch 9,7 % !). Bei der Landtagswahl vom 6. Oktober 1985 (nur mehr knapp 5 %) ging das vierte Mandat verloren. Bauer und Bachinger kandidierten nicht mehr; für das Innviertel war Hutterer schon 1984 durch Achatz ersetzt worden; als Arbeitnehmervertreter zog Eitzinger in den Landtag ein, nach einer Karriere als Betriebsrat zuerst in Lenzing, dann Zentralbetriebsratsobmann bei Knorr in Wels.

Schender zog aus den Schwierigkeiten nach außen hin die loyale Schlußfolgerung, es sei ein Fehler gewesen sei, „daß wir uns aus der Bundespolitik zurückgezogen haben, mit z.T. kritischer Distanz“ zur eigenen Führung.<sup>203</sup> Vor dem Hintergrund, daß von allen Ländern nur Kärnten mit dem aufmüpfigen Jörg Haider gewonnen, Tirol mit dem unterschweligen Slogan „trotz Steger“ wenigstens gehalten hatte, waren freilich auch andere Interpretationen zulässig. Umfragen sagten der rot-blauen Koalition keine Mehrheit mehr voraus. Dieser Befund schien durch die Präsidentschaftswahlen vom Mai und Juni 1986 bestätigt zu werden. Die Kandidatur Otto Scrinzis, die ursprünglich als Versuchsballon für den rechten Flügel der FPÖ gedacht war und in Oberösterreich einige Anhänger hatte,<sup>204</sup> trat dabei in den Hintergrund. Die fortgesetzten Debatten über die Rolle der Kriegsgeneration, ein Jahr nach den Diskussionen um den Empfang für den aus italienischer Gefangenschaft heimkehrenden Sturmbannführer Walter Reder (den Steger im Sommer 1980 übrigens selbst in Gaeta besucht hatte), vermochten

durch einen Kärntner Generalsekretär, z.B. Freunschlag. Ein weiteres Manuskript umfaßt die „Gründe und Ursachen, die zu meiner Abwahl geführt haben.“ Für 24 Sitze im Landesparteivorstand waren 25 Kandidaten nominiert worden; Peter erhielt ohne Vorwarnung oder Debatte die meisten Streichungen.

**200** Brief Norbert Gugerbauers an den Vf. (1.6.2006). Als Musterbeispiel für den mangelnden inhaltlichen Elan erinnert sich Gugerbauer, daß Bauer während einer Verstaatlichtenkrise berichtet habe, die SPÖ „habe Reformvorschläge vorgelegt, welche über unsere eigenen hinausgehen...“

**201** In einem Kompromiß von Gugerbauer und Mario Erschen, Stegers Bundesgeschäftsführer, wurde das bisherige subjektive „Bekanntnis“ zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ durch die objektive „Feststellung“ ersetzt, daß die Mehrzahl der Österreicher ihr angehöre. Mitteilung Gugerbauer, 21.5.2003. Peter wollte den Passus nur in Verbindung mit einer Distanzierung von totalitären Systemen aufgenommen wissen, setzte sich damit auch durch, enthielt sich aber zunächst der Stimme, was ihm vielfach als Gegnerschaft ausgelegt wurde. In seinen Darlegungen für Steger nahm die „Stillegung der Diskussion national und liberal“ neben der Generalsekretariatsfrage einen prominenten Platz ein.

**202** F&R 1, 5+6/84; 22 von 124 Kandidaten (mit Spitzenkandidat Rauecker) arbeiteten bei der VÖEST, 6 bei Joka (mit dem Zweitgereihtem Bassani).

**203** F&R 3/86.

**204** Praxmarer war Mitglied im Scrinzi-Komitee; auch Frisch trat für ihn ein.

– unabhängig von der z.B. auch von Gugerbauer recht kritisch beurteilten Person Waldheims – den Zwiespalt zwischen der Stimmung der freiheitlichen Wählerschaft und dem nur notdürftig verhüllten Interesse der Parteispitze an der Wahl des SPÖ-Kandidaten Steyrer nur noch zu verschärfen.

Auslösendes Moment, die latente Unzufriedenheit in eine offene Fronde zu verwandeln, waren dennoch Personalentscheidungen, die von Oberösterreich ihren Ausgang nahmen: Peter, der im Juli 1986 seinen 65. Geburtstag feierte, legte sein Mandat und damit auch den Klubobmann im Nationalrat nieder. Der oberösterreichische Parteitag am 19. April 1986 schlug zu seinem Nachfolger als Klubobmann Norbert Gugerbauer vor. Steger behielt sich die Entscheidung vor und nominierte zwei Tage später Frischenschlager, der als Verteidigungsminister von Helmut Krünes abgelöst wurde. Frischenschlagers Ernennung wurde doppelt ungünstig aufgenommen: Denn sein Rückzug als Minister wurde nach den Debatten um den Empfang Reders im Vorjahr als Zurückweichen vor den Sozialisten interpretiert, die Entsendung Peters in den Vorstand der Verbundgesellschaft, die bald darauf publik wurde, darüber hinaus als Verstoß im Kampf gegen die Vergabe von politischen Pfründen betrachtet. Die Personalrochade führte am folgenden Wochenende zu einer Eskalation des schwelenden Konflikts mit der Kärntner Landesgruppe, die ihre Beziehungen zum Bund abbrach und dafür mit Sanktionen bedroht wurde, worunter in erster Linie ein Ausschlußverfahren gegen Haider verstanden wurde. Schon im Jahr zuvor war ein solches Verfahren diskutiert, von Schender aber mit der Warnung gestoppt worden, er müsste sich im Vorfeld der Landtagswahlen von einem solchen Vorgehen öffentlich distanzieren.<sup>205</sup> Diese Bremsfunktion nahm 1986 der steirische Obmann Rader ein, der im September Wahlen zu überstehen hatte. Die Grazer Stadtpartei nominierte Haider im Gegenzug erstmals als Wunschkandidaten für den BPO; dieser Vorstoß wurde vom Bezirk Linz-Land aufgegriffen und mit der Forderung nach einer Vorverlegung des für Herbst geplanten Bundesparteitags verknüpft. 74 von 96 oberösterreichischen Delegierten unterzeichneten ein entsprechendes Rundschreiben. Die Willensbildung ließ erkennen,

daß Steger im Lande keine Mehrheit mehr hinter sich hatte. Das Ignorieren der oberösterreichischen Personalwünsche brachte ihn in eine schiefe Situation: Unterstützung genoß er außer bei Peter nur noch bei den Vertretern der Senioren (Müller) und des RFW (Eigruber, Six); bei den Bauern- und Arbeitnehmervertretern (z.B. Eitzinger, dem FP-Vertreter im ÖGB-Bundesvorstand) stieß er auf fast einhelligen Widerstand. Mehrere Bezirke (insbesondere der Zentralraum Linz-Land, Wels, Grieskirchen und Vöcklabruck, aber auch Teile des Innviertels) beschlossen Resolutionen, die alle für eine Neuwahl der Bundesführung und gegen Sanktionen für Haider argumentierten; nicht alle von ihnen optierten damals schon für Haider als Obmann, gegen den es zuweilen starke Vorbehalte gab, besonders in Linz Stadt, aber auch bei Bachingner. Diese Skepsis erhielt neue Nahrung, als Haider am 1. Juni in einer Landesobmännerkonferenz in Salzburg plötzlich auf einen Kompromiß einging und seine Anhänger damit bis zu einem gewissen Grad desavouierte.

Der schwelende, von einer gewissen Koketterie nicht ganz freie Konflikt zwischen Kärnten und dem Bund hatte sich diesmal an einer primär oberösterreichischen Causa entzündet; er wurde von Oberösterreich auch weiter getragen, nachdem Haider in Salzburg abgewinkt hatte. Gugerbauer hielt einen vorverlegten außerordentlichen Parteitag zwar nicht für sinnvoll, wollte die Zeit bis zum Herbst aber für eine wohl vorbereitete Wende nützen und führte nach eingehenden Vorbesprechungen mit den Bezirksobleuten (dazu diente unter anderem eine Südtirolfahrt zu Pfingsten) im Landespartei Vorstand vom 9. Juni den Beschluß herbei, ein Sechser-Komitee einzusetzen, das einen Kandidaten finden sollte, der den Wünschen der Landesgruppe entsprach – und womöglich einvernehmlich gewählt werden konnte. Ursprünglich wurde für diese Rolle Ofner genannt, dann zunehmend Krünes, den Gugerbauer am Rande der Salzburger Festspiele im Sommer für eine Kandidatur zu gewinnen suchte. Der Verweis auf eine möglichst einvernehmliche Wahl spielte den Ball freilich zu Steger, der es in der Hand hatte – ähnlich wie Busek in der ÖVP 1994 – die Wahl seines Nachfolgers zu bestimmen und darüber hinaus in einer, wie es damals unter Bezug auf die FDP

<sup>205</sup> Mitteilung Schender 2.2003.

hieß: „Bangemann-Lösung“ Vizkanzler zu bleiben. Steger sondierte zwar Möglichkeiten in dieser Richtung, wollte sich aber alle Optionen offenhalten und lehnte bis zum Parteitag jedes Einlenken ab. Der oberösterreichische Sechser-Ausschuß konnte daher vor Sommerbeginn noch keinen befriedigenden Zwischenbericht erstatten, legte seine Aufgabe aber nicht zurück, sondern bildete die Ausgangsbasis für eine „legale Revolution“ mit offenem Visier, die sich vom Vorwurf von Hintertreppenintrigen freizuhalten mußte.

Die Protokolle des oberösterreichischen Parteivorstands lassen Stegers Kalkül erkennen: Das Gros der Funktionäre wollte einen Wechsel herbeiführen, aber eine Kampf Abstimmung vermeiden. Stegers Fehlkalkulation war, daß er den zweiten Wunsch für übermächtiger hielt als den ersten. Wurde Steger auch nur mehr von einer Minderheit verteidigt, so wurde auch Haider von vielen als eine zu riskante Wahl abgelehnt. Ein Steger-Gegner räumte ein: Haider bedeute eine „Katastrophe nach innen, aber Gewinne nach außen“; ein Haider-Gegner, er sei selbst „unglücklich mit Steger, aber sehe keinen Nachfolger“. Darin lag Stegers Chance. Steger argumentierte, daß ein Wechsel zu Haider notwendigerweise mit einem Ende der Koalition einhergehen müßte (hatte sich von Vranitzky aber das Placet geben lassen, Haider notfalls ins Kabinett zu berufen); die schlechten Umfragewerte beider Koalitionsparteien bzw. die Unbeliebtheit der Links-Option raubten diesem Argument jedoch viel von seiner Wirksamkeit.

Haider selbst hatte sich seit der Einigung vom Juni aus allen Kombinationen herausgehalten. Es schien wahrscheinlich, daß er das Risiko einer Niederlage nicht eingehen bzw. zuerst die NR-Wahlen abwarten würde. An diesem Punkt setzten die Aktivitäten des sogenannten St. Lorenzener Kreises ein, der sich bildete, um Haider umzustimmen,

was zur Voraussetzung hatte, die Kontakte seiner Anhänger über die Ländergrenzen hinweg so fest zu knüpfen, daß eine realistische Einschätzung der Erfolgchancen auf einem Parteitag möglich war. Diese Kontakte wurden von der mittleren Funktionärebene vorangetrieben. Aus Oberösterreich waren in erster Linie Funktionäre aus Linz-Land und Wels beteiligt, später auch die Obleute aus Schärding, Gmunden und Rohrbach. Abgeordnete wie z.B. Achatz<sup>206</sup> stießen erst später dazu, auch der Anteil der vielzitierten Burschenschaftler war auf dieser Ebene nicht allzu groß. Nach einem Treffen der Lorenzener mit Kärntner Vertrauensleuten Haiders (Rumpold, Trattinig) am 21. August ließ sich Haider dann erst sehr spät am 3. September auf einer Veranstaltung in Salzburg, dem „Itzlinger Stammtisch“, zur Zusage einer Kandidatur überreden. Schender hatte Steger vergeblich vor den Risiken seiner Strategie gewarnt, die Frauenchefin Praxmarer hielt ihm entgegen: „Ich verstehe nicht, daß Du nicht verstehst, daß Du nicht ankommst!“<sup>207</sup> Der oberösterreichische Vorstand votierte am 9. September mit Drei-Viertel-Mehrheit für Haider, eine Entscheidung, die für Delegierte nicht bindend war, aber doch ein recht zutreffendes Stimmungsbild geliefert haben dürfte – Norbert Gugerbauer überbrachte diese Nachricht bei einem zweiten Treffen der „Lorenzener“, das wegen des unwillkommenen Medieninteresses diesmal nach Hohentauern verlegt wurde.<sup>208</sup>

Noch zwei Tage vor dem Parteitag in Innsbruck versuchte Schender weiterhin Ofner oder Krünes für eine Kompromißkandidatur zu gewinnen, doch Steger trat erst auf dem Parteitag am 13. September selbst mit dem Vorschlag Krünes an die Öffentlichkeit. Schender charakterisierte dieses „letzte Manöver“ nicht mehr als „ernsthafte Angebot. Ich oder das Chaos, war Deine Parole.“<sup>209</sup> Doch auch Krünes stand nur für eine einvernehmliche Wahl

<sup>206</sup> Der spätere Landesobmann referierte in den Gremien bloß, daß sein damaliger Bezirk Ried nicht auf einen Wechsel dränge; über seine persönliche Einstellung gehen die Einschätzungen der Zeitzeugen auseinander. Laut Peters Aufzeichnungen über die LPV-Sitzung vom 5. Mai 1986 bedauerte Achatz den „gerezten Ton“, richtete Kritik auch an die Adresse Gugerbauers und meinte: „Haider hat uns auch im Regen stehen gelassen. Sein Ehrgeiz – Minister um jeden Preis – wird ebenso stark kritisiert.“ In einem Gespräch am 12.11.2010 erläuterte Achatz, der Bezirk habe einen Neutralitätsbeschluß gefaßt; maßgeblich daran beteiligt waren ein Farbenbruder Stegers und die einflußreiche Familie Kirchtag.

<sup>207</sup> FPÖ-OÖ, LPV 1.9.1986.

<sup>208</sup> Gerhard Kurzmann, Der Lorenzener Kreis, unveröff. MS; Der Aufstand. Eine Dokumentation (Slg. W.)

<sup>209</sup> OÖ, Ordner FP 74-89, Schender an Steger, 27.11.1986.

zur Verfügung. War es bisher Steger, der eine solche Lösung blockiert hatte, so war es in Innsbruck nunmehr Gugerbauer, der diesen Vorschlag ablehnte, allerdings Krünes als Vizekanzler vorschlug. Haider gewann die Abstimmung mit 263 gegen 179 Stimmen, Gugerbauer übernahm die Leitung des Generalsekretariats. Fast ein Drittel ihrer Stimmen kam aus Oberösterreich, das mit Recht von sich sagen konnte, den Ausschlag gegeben zu haben. Die Mehrheit, die sich gegen Steger und damit auch gegen Peters Kurs aussprach, kam überwiegend gerade aus den Ländern, die seinen Kurs in allen bisherigen Krisen verteidigt hatten.

## 7 Die „Ära Haider“: Zwischen Populismus und Establishment (1986–2000)

Haiders Wahl führte zu vorgezogenen Neuwahlen am 23. November 1986. Die neue Führung hatte es nicht auf einen Bruch der Koalition angelegt, doch Vranitzky – seit kurzem auch SPÖ-Chef – trat am Tag nach Innsbruck gegen manche Bedenken die „Flucht nach vorne“ an. Haider absolvierte im Wahlkampf in Oberösterreich nicht weniger als 43 Kundgebungen mit immerhin über 20.000 Besuchern. Seine Erfolge überzeugten über kurz oder lang auch seine parteiinternen Kritiker. Für das Kernland und auch für die Kernwähler der FPÖ waren sie von zwiespältigen Folgen begleitet. Haider verdankte ihnen seine Wahl; aber seine Wähler kamen von anderswo. Die Zuwachsraten waren dort am größten, wo die FPÖ bis dahin nicht recht präsent gewesen war. So verdoppelte die FPÖ im Herbst 1986 ihren Wähleranteil im Mühlviertel und im Traunviertel; in den Landeshauptstädten, aber auch in den ländlichen Hochburgen waren die Zuwächse geringer. Bei einer sprunghaft vergrößerten Anhängerschaft wurde das Gewicht des Kaders geringer, die Bedeutung der Manager größer – ein Trend, der bei Steger kritisiert worden war, aber erst jetzt voll zum Durchbruch kam. Um 1990 wurden dann erstmals zwei wichtige Bezirke (Linz Land und Grieskirchen) von Parteiangestellten übernommen. Von den überwiegend traditionalistisch ausgerichteten Teilnehmern des St. Lorenzener Kreises machte mit Ausnahme des westlichen Auslegers Ewald

Stadler niemand Karriere. Quereinsteiger wurden 1990/91 zum ersten Mal gerade in Oberösterreich publikumswirksam präsentiert – auch wenn es sich dabei nicht um parteiferne Kandidaten handelte, wohl aber um Persönlichkeiten, die keine Ochsentour hinter sich hatten wie z.B. Helmut Peter, der Hotelier vom „Weißen Rößl“ aus St. Wolfgang, der 1977 aus der Partei ausgetreten war, die aus der ÖVP kommende Bäuerin Anneliese Aumayer (die später Hans Achatz ehelichte) oder die junge Braunauer Lehrerin Daniela Raschhofer (Nichte des Vertriebenen-Beraters Prof. Hermann Raschhofer) als Nr. 2 im Landtagswahlkampf 1991. Diese Umverteilung ging trotz des größeren zur Verfügung stehenden Kuchens zu Lasten der Standesvertreter, das Vorwahlsystem – das jeden Bezirk verpflichtete, Stimmzettel über die Mitglieder hinaus auch an eine Interessentenkartei zu versenden – drängte die Ansprüche alteingesessener Funktionäre zurück: Der Austritt des Arbeitnehmer-Sprechers Eitzinger (nach einem Konflikt um einen entlassenen Bezirkssekretär) und des Ex-RFW-Chefs Hermann Eigruber 1990, wenn auch mit persönlichen Momenten unterlegt, hatte hier einen gewissen Symbolcharakter.

Oberösterreich wurde ein weiteres Mal zum Trendsetter, als die Wählerstromanalysen auf Grund der Landtagswahl im Herbst 1991, nach der Abwahl Haiders in Kärnten, zum ersten Mal auswiesen, daß die Zugewinne der FPÖ weit mehr von der SPÖ als von der ÖVP kamen, eine Entwicklung, die auch die nächsten Jahre über anhielt. Das war ein Ergebnis, wie es früher vielen Förderern der FPÖ im Industriebereich vorgeschwebt hatte, von ihren Nachfolgern aber nicht mehr goutiert wurde. Der mittelständische Charakter der Partei war einer Erosion unterworfen. Gugerbauer hatte schon 1987 resümiert, die Arbeitnehmer seien „wesentlich mobiler und ungebundener“, Gewerbe und Landwirtschaft hingegen an „gewisse Organisationen“ gebunden. Die FPÖ könne daher nicht „Anwalt für die Wirtschaft“ sein. Das Thema Masseneinwanderung wurde Anfang der neunziger Jahre fast allein der FPÖ überlassen. „Die sozialen Probleme der Osteuropäer können nicht durch Völkerwanderung gelöst werden, sondern durch Unterstützung der westlichen Wirtschaft.“<sup>210</sup> Signifikant war, daß die FPÖ

in den neunziger Jahren bei Arbeitnehmern, vor allem bei Facharbeitern, große Einbrüche erzielte, die sich aber nicht bei AK-Wahlen niederschlugen. Bei aller Freude an der Wählerdynamik setzte Gugerbauer auf eine Konsolidierung der Partei, nicht auf „unkontrolliertes“ Wachstum. „Laute Aktionen können nicht Politik ersetzen. [...] Der Traum von der 25 % Partei wird sich in nächster Zeit nicht erfüllen.“<sup>211</sup>

Eine erste Personalrochade erfolgte 1988: Gugerbauer legte nach Auffassungsunterschieden mit Haider und Reibereien mit seiner „Buberl-Partie“ das Generalsekretariat zurück, wurde aber nach Haiders Wahl zum Kärntner Landeshauptmann 1989 Klubobmann im Nationalrat und 1990 bundesweit Spitzenkandidat. Außerdem übernahm er die oberösterreichische Landespartei, Schender die Volksanwaltschaft. Der strategische Dissens mit Haider, der schon im Wahlkampf 1990 mehrmals aufleuchtete, brach im Frühjahr 1992 offen aus, als Haider nach seiner Abwahl in Kärnten (Juni 1991) die Flucht nach vorne antrat und nach Wien zurückdrängte. Seine Beteiligung an der Präsidentschaftskampagne Heide Schmidts (der Wahlkampfauftakt war in Steyr geplant) machte Haider vom Rücktritt Gugerbauers als Klubobmann abhängig.<sup>212</sup> Oberösterreich blieb eine Belastungsprobe durch den Rückzug Gugerbauers erspart. (Auch Alt-Obmann Peter kehrte der Partei damals den Rücken.<sup>213</sup>) Der neue Landesobmann Hans Achatz, der keineswegs zu den Haider-Fans der ersten Stunde zählte, profilierte sich als Haiders Statthalter in Oberösterreich und Verfechter einer „kantigen Politik“: „Wir sollen nicht in den Fehler verfallen, daß Händchenhalten mit den anderen Parteien bei den Wahlen etwas bringt.“<sup>214</sup> Einen konsensualen Stil bevorzugte hingegen Ursula Haubner, Haiders Schwester, die 1997 als zweite Landesrätin angelobt wurde. Auffallend war

der Frauenanteil unter den Spitzenpolitikern der oberösterreichischen FPÖ, der unerreicht hoch war, nicht bloß innerhalb der FPÖ, sondern auch im Vergleich mit der Konkurrenz (mit Ausnahme der Grünen): Praxmarer und Aumayer folgte als NR-Abg. 1995 Elfriede Madl; Oberösterreichern wie Daniela Raschhofer als EU-Spitzenkandidatin 1999 und Monika Forstinger als Infrastrukturministerin 2001 übernahmen wichtige Positionen, selbst wenn man Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer, ebenfalls gebürtige Braunauerin, politisch zwischen Wien und Innsbruck verorten mochte. 1988 wählte Perg als erster Bezirk eine Obfrau (Erika Haslmayr-Grassegg), gefolgt von Braunau (Daniela Raschhofer 1993) und Steyr-Land (Ursula Haubner 1998).

Die Abspaltung des Liberalen Forums (LIF) 1993 stieß in Oberösterreich auf wenig Resonanz, auch wenn es mit dem „Rösslwirt“ Helmut Peter und dem ehemaligen RFJ-Chef Burkhard Neumayer prominente Zugänge zu verzeichnen hatte. Auch Konflikte um Kandidaturen, wie bei Eitzinger und Eigruber, dann Horst Six in Linz, der 1997 mit einer eigenen Liste antrat, oder Elfriede Madl, die 1999 für Lugners DU unterschrieb, hinterließen keine größeren Spuren. In der Sache machte die EU-Debatte 1994 den Zwiespalt zwischen dem gerade in Oberösterreich lange Zeit besonders herausgestrichenen EWG-Beitritt und der von Haider vorgegebenen gegnerischen Linie deutlich, die ohne große inhaltliche Überzeugung als Reaktion auf die Ausgrenzungsstrategie Vranitzkys und als mögliche Stimmenmaximierungsstrategie mitgetragen, vom Klubobmann aber mit dem bezeichnenden Zusatz versehen wurde: „Wenn das Referendum pro EU ausgeht, hat die FPÖ die großartige Möglichkeit, stets alles aufzuzeigen. Er befürchte aber, wenn die Entscheidung negativ ausfällt, das alles an der FPÖ hängen bleibt.“<sup>215</sup> Besorgt äußerte sich zumal der RFW,

<sup>210</sup> OÖ, Ordner FP 74-89, LPV Klausur, 10./11.11.1989.

<sup>211</sup> FPÖ-OÖ, LPV 6.7.1987.

<sup>212</sup> Höbelt, *Defiant Populist* 75 f., 150; vgl. auch die Chronologie der FPÖ von Kurt Piringer, die über die Freiheitliche Akademie erhältlich ist.

<sup>213</sup> Ein Treffen mit Haider lehnte Peter ab. Es „würde recht positiv verlaufen und (wäre) am nächsten Tag für die Katz.“ (Ni. Peter, Peter an Gredler, 14.4.1992) Ein Jahr darauf resümierte er, „Haider mutiert mit der FPÖ immer mehr zu einer Bürgerrechtsbewegung, die mit einer politischen Partei nicht mehr ident ist, sondern eher einen sektenartigen Charakter aufweist.“ (ebd. 10.12.1993).

<sup>214</sup> FPÖ-OÖ, LT-Klubprotokoll 29.10.1991, 23./24.11.1992.

<sup>215</sup> Ebd. 11.5.1994.

auch wegen der „Grün-Lizitation“: Man dürfe sich nicht „in eine Ecke verrennen und als wirtschaftsfeindlich darstellen lassen.“<sup>216</sup>

Die Zahl der FPÖ-Wähler in Oberösterreich stieg in der „Ära Haider“ von 50.000 auf über 200.000, die Zahl der Mitglieder von 9000 auf 12000: Das war „ungleiches Wachstum“ in mehr als einer Beziehung. Die Mitgliederziffern wuchsen nicht bloß langsamer, auch regional war der Zuwachs sehr unausgeglichen. Die Verdopplung der Mitglieder in Linz und Urfahr mochte auf einen Nachholeffekt zurückzuführen sein, in Grieskirchen und Eferding auf die Aktivitäten eines umtriebigen Bezirksobmannes. Die Mitgliederwerbung beeinflusste die innerparteilichen Machtverhältnisse, wirkte aber auf den Wählerzuwachs kaum zurück. An der Spitze des NR-Ergebnisses von 1999 standen mit über 33 % der Bezirk Ried (mit der höchsten Organisationsdichte von 11,4 %) und Wels Stadt (mit der geringsten von nur 2,8 %!). 1999 wurde die FPÖ im Wahlkreis Innviertel stärkste Partei. Bei den Landwirtschaftskammer-Wahlen lag sie 1997 mit 14 % noch unter ihrem Durchschnitt bei den Landtagswahlen, hatte aber ihre alten Hochburgen im Innviertel zurückerobert (Ried: 23 %, Schärding: 21 %), bei den Handelskammer-Wahlen mit 25 % jedoch als eines der wenigen Bundesländer über dem Wert bei allgemeinen Wahlen.

Die erfolgreiche Stimmenmaximierungsstrategie Haiders stellte die FPÖ in Oberösterreich, ähnlich wie in Salzburg, vor ein Dilemma: In der „Ostzone“ war die „Haider-FPÖ“ als „populistische“ Protestpartei nahezu aus dem Nichts heraus mit ungezügelter oppositioneller Energie zu beachtlicher Stärke angewachsen; in den alten Hochburgen Kärnten und Vorarlberg ließ sich ihr traditioneller Establishment-Charakter bei starker Betonung regionaler Eigenheiten mit Wahlerfolgen verbinden. In Oberösterreich und Salzburg, wo die FPÖ in ein kongeniales Milieu eingebunden war, charakterisiert durch auskömmliche Beziehungen mit der Landeshauptmannpartei und durch eine starke Verankerung im Unternehmer- und Bauernmilieu, führte die Verschärfung des politischen Klimas hingegen zu großen Spannungen auch innerhalb des Lagers: Das war besonders deutlich in Salzburg, wo über eine Revision

der Landesverfassung die FPÖ aus der Landesregierung hinausreklamiert wurde und der Konflikt zwischen Landesparteiobmann Schnell und weiten Teilen gerade der traditionellen Partei 1998 dramatische Ausmaße annahm. Es traf in milderer Form aber auch für Oberösterreich zu, wo 1991 der FPÖ durch einen Geschäftsordnungs-Trick der zweite Landesrat vorenthalten worden war, das Verhältnis zu den Landeshauptleuten Ratzemböck und Pühringer sich trotz des relativ konservativen Zuschnitts der ÖVP kontinuierlich verschlechterte und spätestens mit den Ereignissen des Herbstes 2002 auch Risse innerhalb der Landespartei sichtbar wurden, wie sie in kaum einem anderen Land so tiefgreifend waren. Eine echte Zerreißprobe blieb der Landespartei in der Folge jedoch erspart, vor allem deshalb, weil die Oberösterreicher die Parteisplaltung zwischen „blau“ und „orange“, FPÖ und BZÖ, im Jahre 2005 – ebenso wie die Vorarlberger – nicht mitmachten.

<sup>216</sup>Ebd. 29.10.1991 (Holter).



---

**Die FPÖ und Österreichs  
Südtirol-Politik seit 1945**  
von  
Reinhard Olt und Hubert Speckner

**Inhalt**

1	<b>Zur geschichtlichen Entwicklung der Südtirol-Frage</b>	173
2	<b>Freiheitliche Südtirol-Positionen</b>	175
2.1	Herausbildung und Entwicklung	175
2.2	Freiheitliche im Dreieck Wien-Innsbruck-Bozen	177
2.3	„Verstärkte Südtirol-Aktivität“	177
2.3.1	Exkurs: Burger, die NDP und Südtirol	177
2.4	Eine „neue“ FPS in Südtirol	180
2.5	Die Haltung der FPÖ zu Paketabschluss und Streitbeilegung	181
2.6	IGH-Vertrag und Südtirol-Vorbehalt	182
3	<b>Südtirol und die österreichische Europapolitik</b>	183
3	<b>„Grundlinien freiheitlicher Südtirol-Politik“</b>	184
4	<b>Ablehnung der Streitbeilegungserklärung</b>	186
5	<b>In Tirol Vorbehaltserklärung zur Landeseinheit und Selbstbestimmung</b>	187
6	<b>Kontinuität trotz partieller Irritation</b>	188
7	<b>Die „Causa Mölzer – ITS“</b>	188
8	<b>Enge Kooperation</b>	190
9	<b>Fall 1: KSZE-Demonstration und Arrestierung der Teilnehmer 1987</b>	191
10	<b>Fall 2: „Paket-Abschluss“ und „Streitbeilegung“</b>	193
11	<b>Fall 3: Österreichische Orden für italienische Neofaschisten</b>	196
12	<b>Fall 4: Die Bürgermeister- und Schützen-Petition</b>	198
13	<b>Fall 5: Die Broschüre „Aufbruch zur Autonomie“</b>	206
14	<b>Fall 6: Ein „Attentat“, das keines war</b>	207
15	<b>Burschenschaften und Südtirol-Konflikt</b>	211
16	<b>Die Dienste – in Sonderheit die DDR-Staatssicherheit (StaSi)</b>	218
17	<b>Zusammenfassung</b>	221
18	<b>Auswahl-Literatur</b>	229

**1 Zur geschichtlichen Entwicklung der Südtirol-Frage**

Zu den historischen Fakten seit der Annexion des südlichen Teils des einstigen Habsburger-Kronlandes Tirol durch Italien 1918 und der Eingliederung seines Territoriums zufolge des (Unrechts-)Vertrags von Saint-Germain-en-Laye 1919 ist eine Fülle zeitgenössischer und zeitgeschichtlicher Literatur erschienen (s.u. Literaturverzeichnis). Daher kann die Herausbildung und Entwicklung des Südtirols-Konflikts als einer letztlich noch nicht wirklich/gänzlich beantworteten historisch-politischen Frage hier in einer vergrößerten, sozusagen kursorischen Weise abgehandelt werden.

Im Zuge der nach-napoleonischen Neuordnung Europas erhoben Kräfte, die sich der nationalstaatlichen Einigung Italiens verschrieben hatten, Anspruch auf eine Grenze am Brenner. 1848/49 forderten die Trentiner Volksvertreter im österreichischen Reichstag und in der Frankfurter Nationalversammlung die Abtrennung des weitestgehend italienischsprachigen Landesteils Tirols. Auf national-italienischer Seite ertönte nach der staatlichen Einheit des Königreichs Italien 1861 umso öfter der Ruf nach „Erlösung Trients und Triests“ (Stichwort Irredentismus). Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden ähnliche Forderungen unter dem Schlagwort der natürlichen Grenzen Italiens, worunter die Hauptwasserscheide verstanden wurde, vorerst von wenig beachteten Fanatikern ausgesprochen. Der Wortführer dieser Gruppe war Ettore Tolomei, ein autodidaktischer Geograph, der mit beharrlichem Fanatismus diese Idee weiterverfocht. Die Autonomiebestrebungen des Trentino führten nach längeren parlamentarischen Verhandlungen in Wien 1902 indes nicht zum erwünschten Ergebnis.

Als Italien gemäß dem 1912 mit England geschlossenen Geheimvertrag, in welchem ihm die Gebiete Altirols jenseits des Brenners zugesichert worden waren, 1915 den Dreibund verließ und gegen Österreich und Deutschland in den Krieg eintrat, verteidigten Landsturm und Kaiserschützen die Grenzen Tirols erfolgreich. Doch nach dem Untergang der Donaumonarchie scheiterten die Versuche der Republik Deutschösterreich, das Habsburgerkronland vor der Teilung zu bewahren. Im Friedensvertrag von Saint-Germain-en-Laye wurde zusätzlich zum (mehrheitlich von italienischer Be-

völkerung bewohnten) Trentino auch das Tirol südlich des Brenners Italien zugeschlagen. Der amerikanische Präsident Wilson konnte sich mit seinem Anspruch auf Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts gegenüber London und Paris nicht durchsetzen und stimmte nach längerem Zögern in Paris der Teilung zu.

Im Oktober 1922 krönten Benito Mussolinis Schwarzhemden ihren Marsch auf Rom mit der Übernahme der Staatsmacht aus den Händen des schwachen Königs Vittorio Emanuele. Jetzt war die Stunde Ettore Tolomeis gekommen. Er nahm im Auftrag des Duce, der ihn zum Senator erhob, seinen Sitz in Bozen, errichtete das Institut für das Oberetsch (Istituto per l'Alto Adige), wie Südtirol fortan offiziell hieß, und begann mit der systematischen Italianisierung des Landes. Tolomeis Programm hatte die Entnationalisierung der Südtiroler, die Ansiedlung von Italienern und die Aussiedlung der Südtiroler nach Süditalien zum Inhalt. Per Dekret des faschistischen Präfekten Mastromattei wurde jedweder Unterricht in der deutschen Sprache verboten und unter Strafe gestellt. Wer dagegen verstieß, wurde mit Gefängnis bestraft oder sah sich auf Strafinseln respektive in abgelegene Orte Siziliens verbannt. Besonders Mutige stellten sich dem dennoch entgegen, indem sie, als 1925 Italienisch als alleinige Amts- und Verkehrssprache angeordnet wurde, Unterricht in sogenannten Katakombenschulen (Geheimschulen in abgelegenen Bauernhöfen und auf Almhütten) erteilten. Tolomei ließ sodann alle Ortsbezeichnungen ins Italienische übertragen und veranlassete darüber hinaus, dass deutsche Familiennamen, sogar jene auf Grabsteinen, italianisiert wurden. Damit sollte alles getilgt werden, was auf anderes denn Italianità hinwies.

Trotz aller Verbote und Gebote, trotz der Ansiedlung von Industriebetrieben in der aus dem Boden gestampften Bozner Industriezone und der Umsiedlung italienischer Familien aus Mittel- und Süditalien in den Norden, konnte Südtirol nicht zu einem italienischen Landstrich gemacht werden. Als der dem Duce wesensverwandte Diktator im Norden, Adolf Hitler, 1938 seine Heimat Österreich dem Deutschen Reich anschloss und Mussolini für seine Kriegsabsichten zum Bundesgenossen zu gewinnen suchte, stand die Südtirol-Frage im Wege. Zwischen Berlin und Rom wurde daher 1939 ein Abkommen zur Umsiedlung der Südtiroler

ler deutscher Zunge geschlossen. Sie konnten für die deutsche Staatsbürgerschaft mit der Verpflichtung zur Auswanderung optieren oder sich für die Beibehaltung der italienischen entscheiden – mit der Drohung, keinen Volksgruppenschutz mehr in Anspruch nehmen zu können. Etwa 210.000 Südtiroler votierten für Deutschland, knapp 35.000 für ihr Verbleiben in der Heimat, somit für die italienische Staatsbürgerschaft. Wegen des für Deutschland und Italien ungünstigen Kriegsverlaufs geriet die Umsiedlung der Südtiroler ins Stocken; bis Kriegsende hatten 70.000 Südtiroler ihre Heimat verlassen. Das Geschehen hinterließ eine tiefe Kluft; die Dableiber waren bis noch vor wenigen Jahren Anfeindungen der Optanten ausgesetzt.

Nach Kriegsende, just am 8. Mai 1945, gründete der Bozner Kaufmann Erich Amonn mit einer Gruppe Gleichgesinnter die Südtiroler Volkspartei (SVP); sie verlangte das Selbstbestimmungsrecht. Die SVP wurde von den Alliierten sofort anerkannt, weil sie im Wesentlichen aus der Widerstandsbewegung Andreas-Hofer-Bund hervorging, der im November 1939 von jungen Dableibern gegründet worden war. Er hatte auch Gegenpropaganda gegen die Abwanderung entfaltet und im Frühjahr 1943 mit den westlichen Alliierten Fühlung genommen, um zu erreichen, dass nach dem Krieg das Land an Österreich rückgegliedert werden sollte.

Am 1. Mai 1946 wiesen die Außenminister der vier Großmächte die Forderung Wiens nach einer Volksabstimmung in Südtirol zurück; am 24. Juni lehnten sie auch den Antrag auf kleine Grenzberichtigungen ab. Auf der Pariser Friedenskonferenz kam es aber wenigstens zum Abschluss eines Schutzvertrags für das neuerlich Italien überantwortete Südtirol. Das Abkommen wurde vom italienischen Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi und dem österreichischen Außenminister Karl Gruber geschlossen. Der Vertrag sicherte den Südtirolern Maßnahmen zur Erhaltung des Volkscharakters sowie der wirtschaftlichen und kulturellen Entfaltung zu. Dazu zählten Schulen in der Muttersprache, Gleichstellung der deutschen Sprache, Gleichberechtigung bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst, Revision der Option und, als wichtigste Klausel, die Gewährung einer Autonomie für die Provinz Bozen. Das italienisch-österreichische Südtirol-Abkommen wurde

in den Friedensvertrag der Alliierten mit Italien aufgenommen.

Die italienische Nationalversammlung genehmigte am 31. Januar 1948 das erste Autonomiestatut. Darin waren allerdings die beiden Provinzen Bozen und Trient zur Region Trentino-Südtirol mit Parlament und Regierung zusammengeschlossen. Diese Verquickung geschah ohne die im Pariser Vertrag ausdrücklich vorgesehene Befragung der Vertreter der deutschsprachigen Südtiroler. Die Selbstverwaltung oblag somit fortan der italienischen Majorität. Bozen sah sich auch durch die fortgesetzte Ansiedlung von Italienern von einer Unterwanderung der Heimat bedroht.

Dagegen lehnte sich die SVP als Sammelpartei der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler auf, und Wien führte in Rom Beschwerde wegen der mangelhaften Durchführung des Pariser Vertrags. Mit dem Staatsvertrag von 1955 wurde Österreich außenpolitisch handlungsfähig und unterstützte die von SVP-Obmann Silvius Magnago vor 35.000 Kundgebungsteilnehmern erhobene Forderung nach einem Los von Trient. Als weitere Proteste und diplomatische Demarchen Wiens in Rom nichts fruchteten, trug der damalige österreichische Außenminister Kreisky das Südtirol-Problem vor die Vereinten Nationen (UN). 1960 und 1961 verabschiedete die Vollversammlung einstimmig Südtirol-Resolutionen. Darin wurden Österreich und Italien aufgefordert, den Streit mit friedlichen Mitteln beizulegen.

Verhandlungen zwischen den Außenministerien in Wien und Rom begannen. Unter dem Eindruck von Bombenanschlägen, deren Urheber-schaft jüngsten Forschungsergebnissen zufolge weithin anders zu bewerten sind als in der bisherigen Zeitgeschichtsschreibung geschehen, setzte der italienische Ministerrat eine Kommission ein, die die Südtirol-Frage „unter allen Gesichtspunkten studieren und Vorschläge zu ihrer Lösung unterbreiten“ sollte. Sie schloss ihre Arbeit 1964 ab, ihre Empfehlungen boten die Grundlage für Besprechungen österreichischer und italienischer Fachleute auf Konferenzen in Genf, Klagenfurt und Kopenhagen. Zu Schlüsselfiguren der in die zweiseitigen Verhandlungen zwischen Wien und Rom eingebetteten Kontakte zwischen Bozen und Rom wurden der Ministerpräsident und zeitweilige Außenminister Aldo Moro, der Südtiroler Landeshauptmann und SVP-Obmann Silvius Magnago

und der damalige österreichische Außenminister Kurt Waldheim.

Auf der denkwürdigen Landesversammlung der SVP 1969 in Meran wurde das zuvor ausgehandelte Autonomie-Paket mit knapper Mehrheit gebilligt. Der darin enthaltene sogenannte Operationskalender führte 137 Maßnahmen zum Schutz der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols auf und legte Schritt für Schritt fest, wie die Autonomie zu gestalten sei. Das italienische Parlament und der österreichische Nationalrat stimmten jeweils mit großen Mehrheiten Paket und Operationskalender zu, sodass drei Jahre später das neue Autonomiestatut in Kraft treten konnte. Bis 1974 sollten die Durchführungsbestimmungen erlassen werden. Die meisten Punkte konnten bis dahin geklärt, die meisten Durchführungsbestimmungen in den folgenden Jahren verabschiedet werden. Sieben standen bis unmittelbar vor der völkerrechtlichen Beseitigung des Konflikts noch aus.

Die größte Schwierigkeit bereitete die Gleichstellung der deutschen mit der italienischen Sprache vor Gericht und in der Verwaltung. Nach mehrmals unterbrochenen Verhandlungen einigte sich eine Delegation der SVP mit der Regierung Gorio 1988 auf einen diesbezüglichen Kompromiss. Giovanni Gorios Nachfolger Ciriaco De Mita übernahm das Ergebnis; auch unter Bettino Craxi und danach unter Giulio Andreotti wich man nicht wesentlich davon ab. Nach einer Südtirol-Debatte im italienischen Parlament erhielt die Übereinkunft eine Mehrheit. Doch es taten sich neue Probleme auf. Rom beharrte auf seiner gesamtstaatlichen Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis. Bozen sah darin einen Schritt zur essentiellen Aushöhlung der Autonomie und verlangte demzufolge vor dem Signal der SVP an Wien zur Abgabe der Streitbeilegungserklärung deren Beseitigung oder Milderung. Sodann wollte die SVP die internationale Verankerung des Autonomiepakets und dessen Einklagbarkeit vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag gesichert wissen. Mit der österreichischen Regierung, in Sonderheit mit Außenminister Mock, wurden daher Bedingungen für die Streitbeilegungserklärung festgelegt. Über den Paketabschluss sollte die SVP letztgültig befinden.

Nach den grundstürzenden Veränderungen in Osteuropa und nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten flammte in Tirol die Selbstbestimmungsdiskussion wieder auf, von der auch die

SVP erfasst wurde. Der Nachfolger Magnagos im Amt des SVP-Vorsitzenden, Roland Riz, stellte daraufhin der Regierung Andreotti ein Ultimatum, bis zum Parteitag im November 1991 die noch ausstehenden Paketbestimmungen einvernehmlich zu erlassen. Die SVP-Landesversammlung billigte sodann mit knapper Mehrheit eine zweifelhafte Kompromisslösung hinsichtlich der Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis Roms.

Am 30. Januar 1992 – nach weiteren intensiven Verhandlungen mit Bozen – gab Ministerpräsident Andreotti vor dem danach aufgelösten Parlament eine Südtirol-Erklärung ab und bezeichnete darin den Streit für beendet. Die SVP-Führung gab sich jedoch mit modifizierenden Passagen der Erklärung nicht zufrieden und beharrte besonders auf der internationalen Paket-Verankerung. Dem kam Andreotti am Tag seines Rücktritts (22. April) in einer diplomatischen Note an Wien nach, in der das Autonomiepaket von 1969, als auf dem Abkommen von 1946 fußend – darin sahen Wien und Bozen die Verankerung als gegeben, weil Rom von dem bis dahin vertretenen Standpunkt abwich, bei dem Streit handle es sich um eine inneritalienische Angelegenheit –, förmlich für erfüllt erklärt wurde. Auf einem Außerordentlichen Parteitag am 30. Mai in Meran stimmten 83 Prozent der SVP-Delegierten dem Paketabschluss zu. Nach mehrheitlich befürwortender Kenntnisnahme des (Nord-)Tiroler Landtags und nach vom österreichischen Nationalrat (mit Ausnahme der geschlossen dagegen stimmenden FPÖ-Fraktion) am 5. Juni getragener Zustimmung war der Weg zur Abgabe der Streitbeilegungserklärung (Wortlaut s. u. Anm. 8) gegenüber Italien und den Vereinten Nationen frei.

Damit war der seit 1946 währende Konflikt 46 Jahre später völkerrechtlich insoweit beendet, als die beiden völkerrechtlichen Konfliktparteien den UN-Vorgaben von 1960/61 entsprochen hatten. Im Lichte des Selbstbestimmungsrechts ist die Südtirol-Frage dagegen weiterhin unbeantwortet, mithin also offen.

## 2 Freiheitliche Südtirol-Positionen

### 2.1 Herausbildung und Entwicklung

Seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es unter allen politischen Formationen diesseits und jen-

seits des Brenners faktisch zwei Bewegungen, welche sich durchwegs konzeptionell respektive programmatisch vorbehaltlos und uneingeschränkt für eine Zukunft des südlichen Landesteils Tirols „ohne Italien“ (respektive „außerhalb Italiens“) einsetz(t)en. Was sie zugleich von den beiden etablierten und in längeren Perioden zu großen Koalitionen verbundenen (1946–1966; 1986–1999; 2007–2017) parlamentarischen Kräften Österreichs, nämlich Sozialisten/Sozialdemokraten (SPÖ) und Volkspartei (ÖVP), sowie insbesondere von der seit 1946 in der (eigentlich erst seit dem so genannten „Zweiten Statut“ 1972 formalrechtlich zutreffend als solche bezeichnungswürdigen) Autonomen Provinz Bozen-Südtirol regierenden „Sammelpartei“ SVP insofern unterscheidet, als diese sich seit den späten 1950er Jahren (und insbesondere seit 1969, der SVP-Zustimmung zu „Paket“ und „Operationskalender“) de facto vom ursprünglich allen gemeinsamen Merkmal des Selbstbestimmungsverlangens für die nach dem Ersten wie dem Zweiten Weltkrieg von den Siegermächten Italien überantworteten Südtiroler verabschiedeten.

Bezüglich der eingangs erwähnten beiden Bewegungen dürfen für Österreich als Ganzes ebenso wie für das Bundesland Tirol als solches zum einen die Freiheitlichen als Partei des „Dritten Lagers“ – seit der aus dem Vorgänger-„Verband der Unabhängigen“ (VdU) hervorgegangenen Gründung „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) – sowie für Südtirol „Die Freiheitlichen“ (Kurzbezeichnung F, eingebürgert hat sich allerdings auch FPS), die auf der FPÖ ähnlichem ideologischen Fundament ruhen, aber seit ihrer Gründung 1992 auf „spezifischer Eigenständigkeit“ beharren, mit Fug und Recht als „Los-von-Rom“-Parteien gelten. Für den Landesteil zwischen Brenner und Salurner Klause ist zum andern die Partei „Süd-Tiroler Freiheit“ (STF) zu nennen, die sich insofern „fundamental“ von der FPS unterscheidet, als sie über das gemein-

same Selbstbestimmungsverlangen und über das gemeinsame „Los von Rom“ hinaus prinzipiell für die voraussetzungslose Wiedervereinigung der drei Landesteile Nord-, Ost- und Südtirol – und also für die Rückkehr Südtirols nach Österreich – eintritt, während die FPS einer Freistaatslösung – gegebenenfalls als „Zwischenschritt“ – den (zumindest programmatischen) Vorzug gibt.

Was die FPS sowohl von der FPÖ, als auch von deren Tiroler Landesverband/Landesorganisation unterscheidet, ist der Umstand, dass ihre Gründung eine quasi zwingende Folge der – in Österreich von ÖVP, SPÖ, Liberalem Forum (LiF; einer FPÖ-Abspaltung) und Grün(-Alternativ)en wohlgefällig gutgeheißenen, in Südtirol von der zwischen 1946 und 2013 mit absoluter Mehrheit (meist der Stimmen; seit 2008 nur der Landtagssitze; seit 2013 in Koalition mit der italienischen PD/seit Januar 2019 mit der Lega) regierenden „Sammelpartei“ SVP als alleinseligmachend propagierte und gegenüber Rom meist nachgiebig-kompromisslerisch verfochtene – „Paketabschluss“-Politik war. Die Gründung wurde nach der formellen SVP-Zustimmung (als Voraussetzung für die Abgabe der (auf UN-Resolutionen beruhenden) völkerrechtlich bindenden „Streitbeilegungserklärung“ durch Wien (Frühjahr 1992) im Dezember 1992 vollzogen. Die FPÖ hingegen war längst als „klassische Drittlager“-Partei etabliert; sie hatte im Nationalrat die Südtirol-Politik bis dahin weitgehend mitgetragen, aber stets auf Festhalten an Selbstbestimmungsrecht/Selbstbestimmungsgebot beharrt und traf sich nun aber (volkstums) politisch mit den Proponenten der Neugründung F/FPS. Deren „Gründungsväter“ waren vordem in der SVP „beheimatet“ und verließen diese, weil sie Paketabschluss und Streitbeilegung sowohl für verfrüht und rechtlich auf tönernen Füßen stehend, als auch sozusagen als faktischen Selbstbestimmungsverzicht erachteten und daher grundsätzlich ablehnten.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Auf Parteien und politische Gruppierungen, die – wie etwa der „Wahlverband der Unabhängigen“ (WdU), aus der die „Partei der Unabhängigen“ (PDU) und sodann die „ursprüngliche“ „Freiheitliche Partei Südtirols“ (FPS) des damaligen Landtagsabgeordneten Gerold Meraner sowie die 2011 von dem von der 1989 von der Landtagsabgeordneten Eva Klotz und dem vormals langjährigen SVP-Politiker Alfons Benedikter gegründeten „Union für Südtirol“ (UfS; sie nennt sich nunmehr „Bürger Union“, BU) abgespaltenen STF – ebenso in fundamentaler Opposition zur absolut dominanten SVP standen, kann hier aus Platzgründen (Vorgaben der Herausgeber) nicht eingegangen werden. Zudem muss aus

## 2.2 Freiheitliche im Dreieck Wien-Innsbruck-Bozen

Wie Bundes-FPÖ, Tiroler Landes-FPÖ und FPS zueinander standen/stehen sowie sich von den politischen Konkurrenten unterscheiden/abgrenzen, soll in den folgenden Betrachtungen dargelegt werden. (Alle dabei zitierten Aussagen von Politikern, seien sie in direkter oder indirekter Rede wiedergegeben, wurden, soweit nicht anders vermerkt, jeweils herangezogenen Aussendungen des FPÖ-Pressedienstes – direkt bzw. über OTS-Service – oder Meldungen der „Austria Presse Agentur“ (APA) entnommen; d.V.) Schon früh hatte sich angedeutet, dass für die 1960 gerade einmal seit vier Jahren bestehende FPÖ am südtirolpolitischen Konsens der „drei demokratischen Parteien Österreichs“ zu Zweifeln Anlass bestand und sie Kritik am faktischen „Alleinvertretungsanspruch“ der SVP übte sowie „angesichts der Tatsache, dass die FPÖ systematisch aus den Besprechungen zwischen Nord- und Südtirol ausgeschaltet“ wurde, dagegen „mit aller Schärfe“ protestierte. Auf dem am 12. Juni 1960 abgehaltenen Landesparteitag der Tiroler FPÖ verlangte daher deren Vorsitzender, der Nationalratsabgeordnete Klaus Mahnert, „die Internationalisierung des Südtirol-Problems, um den Bestand der Volksgruppe zu sichern“ und fügte „unter Berufung auf die Charta der Vereinten Nationen“ hinzu, dass „das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht nur für Neger, sondern auch für die Deutschen in Südtirol anerkannt werden“ müsse. (Die Internationalisierung wurde indes 1959/1960 als Ziel und Ergebnis der Initiative des damaligen Außenminister Bruno Kreisky (SPÖ), den Südtirol-Konflikt vor die UN zu tragen, verwirklicht; die Selbstbestimmung ist hingegen bis zum heutigen Tage ausgeblieben.) Als Mahnert am 17. Juni 1973 als Landesparteiohmann scheid, kündigten er und sein Nachfolger Gerulf Stix „eine verstärkte Südtirol-Aktivität der Tiroler FPÖ“ an; beide verlangten zudem „Amnestie für die noch wegen politischer Südtirol-Vergehen inhaftierten Österreicher“.

## 2.3 „Verstärkte Südtirol-Aktivität“

Von „verstärkter Südtirol-Aktivität“ der FPÖ kann besonders für die Zeit nach der Eindämmung

demselben Grunde ein näheres Eingehen auf personelle Frakturen und parteipolitische Rupturen unterbleiben, welche sowohl das Gefüge der FPÖ Tirol als auch jenes der FPS bisweilen beeinträchtigten.

der geradezu „klassischen“ Auseinandersetzungen hinsichtlich der „Richtung(sentscheidung)“ zwischen „(deutsch-)national“, „deutsch-freiheitlich“, „national-freiheitlich“ und „(national-)liberal“ gesprochen werden, wie sie dem Dritten Lager in Monarchie und Erster Republik eigen waren und wie sie auch die FPÖ seit Gründung 1956 programmatisch und personell umtrieben. Dabei geht es weniger um die kurze Obmannschaft des ehemaligen Nationalsozialisten Anton Reinhaller (FPÖ-Vorsitz 1956–1958), als vielmehr um die „Liberalisierungs“- und „Koalitionsfähigkeitsbemühungen“ unter dem vormaligen Obersturmführer der Waffen-SS Friedrich Peter (FPÖ-Bundesparteiohmann 1958–1978; „Nationale und Liberale haben in der FPÖ gemeinsam Platz“, so Peter auf dem Bundesparteitag 1964) sowie – nach dem kurzen „Zwischenspiel“ des Grazers Alexander Götz (1978–1980) – unter dem „Atterseer“ Norbert Steger (Bundesparteiohmann 1980–1986), der dem „liberalen“ Flügel der Partei gegenüber dem „nationalen“ mehr Gewicht zu verschaffen trachtete, die FPÖ in eine kleine Koalition mit der SPÖ führte, worin sie nahezu unterging, und der sodann auf dem legendären Parteitag zu Innsbruck 1986 von Jörg Haider abgelöst wurde.

### 2.3.1 Exkurs: Burger, die NDP und Südtirol

Notwendig zu erwähnen ist auch die relativ moderate (und nicht zuletzt konsensuale) Haltung der „Liberalen“ in der Südtirol-Frage. So standen sie in den 1960er Jahren ÖVP und SPÖ nahe, als sie wie diese prinzipiell das Gruber-De-Gasperi-Abkommen als Fundament betrachteten und mehr oder weniger leidenschaftlich für eine prinzipielle Verhandlungslösung plädierten. Für viele insbesondere vom Verbindungsstudententum geprägte Angehörige des deutschnationalen FPÖ-Flügels erschien dies gänzlich inakzeptabel: Sie verließen die FPÖ in Richtung der formell 1967 gegründeten Nationaldemokratischen Partei (NDP) des Innsbrucker Universitätsassistenten Dr. Norbert Burger, dem sie über den von ihm mitbegründeten und als Obmann geleiteten Ring Freiheitlicher Studenten (RFS), einer FPÖ-Vor-

feldorganisation im studentischen Milieu, ohnedies verbunden waren. Burger, der sich später sogar vom RFS distanzierte, war – unter anderem wegen der in seinen Kreisen als eher leisetreterisch (und „zu gemäßigt“, wie er es nannte) erachteten Haltung der Partei 1963 aus der FPÖ ausgetreten, deren Südtirol-Referent er zuvor war.

Mit der Südtirol-Frage hatte sich Burger schon während seines Studiums intensiv auseinandergesetzt, so dass das Thema seiner (von dem Volkswirtschaftler Ferdinand Ulmer sowie dem Völkerrechtler und Rechtsphilosophen Eduard Reut-Nicolussi betreuten) Innsbrucker Dissertation von 1956 geradezu folgerichtig „Die italienische Unterwanderung Deutschsüdtirols“ lautete. [Weitere Südtirol-Buchpublikationen aus Burgers Feder waren „Südtirol, ein deutsches Schicksal“, Wien 1959 (=Eckartschriften 3); „Die Selbstverwaltung der Ålands-Inseln : eine Studie über die Lösung einer Minderheitenfrage durch eine wirkliche Autonomie – mit Vergleichen zur Südtirolfrage“, Walla (Mondsee-Verlag) 1965 (=Schriftenreihe des Mondseer Arbeitskreises 4) und „Südtirol wohin? Ein politisches Problem unserer Zeit – und seine Lösung“, Freising (Druffel-Verlag) 1966]. Nach erfolgreicher Promotion war er in die FPÖ eingetreten und wirkte eine Zeitlang in deren Tiroler Landesverband mit.

1956 war unter Führung des Frangarter Greisslers und Kleinlandwirts Sepp Kerschbaumer der „Befreiungsausschuss Südtirol“ (BAS) gegründet worden. Der BAS verlangte die Gewährung des zweimal verweigerten Selbstbestimmungsrechts und in dessen Konsequenz die Rückgliederung an Tirol und Österreich. Seine in Kleingruppen agierenden Kämpfer wollten durch gezielte Anschläge auf einige von dessen Einrichtungen den Staat Italien, den man – da er im Grunde wie der faschistische Vorgänger agierte, den Pariser Vertrag von 1946 nicht einhielt und die Entnationalisierungspolitik fortsetzte – als Besatzer empfand, nicht nur empfindlich schädigen, sondern zugleich die Weltöffentlichkeit auf das Südtirol-Problem aufmerksam machen. Während sich die Aktivisten in Südtirol Gedanken zu weiteren Anschlägen machten, bildete sich in Österreich das „Politische Komitee des BAS“, worin der erfolgreiche (und in erster Ehe mit der Tochter des CIA-Chefs Allen Welsh Dulles verheiratete) Verleger, Publizist und Diplomat Fritz Molden sowie dessen langjähriger

publizistischer Vertrauter (und spätere mehrmalige ORF-„General“) Gerd Bacher führend mitwirkten. Das politische Komitee operierte maßgeblich als Kontaktpersonen – Molden auch als Geldgeber – zwischen österreichischen Politikern und den Südtiroler Freiheitskämpfern.

Burger war schon recht früh an Südtirol-Aktivitäten beteiligt und sowohl im, als auch außerhalb des BAS an Anschlägen – meist indirekt - beteiligt. Er rekrutierte aktive Mitstreiter vorwiegend aus burschenschaftlichen Kreisen, vornehmlich der Universität Innsbruck, wo er anfangs als Assistent am Institut für Volkswirtschaftslehre tätig war, die meisten aus der Burschenschaft (B!) Brixia, aber auch aus der B! Alania bzw. der B! Bruna Sudetia. In der sogenannten „Feuernacht“, der Nacht von 11. auf den 12. Juni 1961, gelang dem BAS der „große Schlag“, die Sprengung von fast 40 Strommasten rund um Bozen, mithin im Zentrum der (schon während des Faschismus, aber auch nach 1945) konzentriert errichteten italienischen Energie- und Industrieanlagen. Burger wurde noch im Juni 1961 in Klagenfurt gefasst, konnte sich jedoch nach Augsburg und später nach München absetzen, von wo aus er weitere Aktionen in Südtirol und ganz Norditalien plante und mitunter selbst leitete.

1963 wurde Norbert Burger in Deutschland gefasst und „als unerwünschter Ausländer“ an Österreich ausgeliefert. Im Grazer Südtirol Prozess 1965 sah sich das Schöffengericht nicht befugt, über Burger und 21 Mitangeklagte zu befinden. Der Prozess wurde sodann nach Linz abgegeben, wo das nunmehr auf Grund infrage stehender politisch relevanter Sachverhalts zuständige Geschworenengericht alle Angeklagten freisprach, da die Mehrheit der Geschworenen laut Aussage von Anwälten „den Strafausschließungsgrund eines Notstands in Südtirol annahm und den Angeklagten zubilligte, kein Verbrechen nach dem Sprengstoffgesetz begangen zu haben.“ In Italien hingegen wurde Burger in Abwesenheit zu insgesamt lebenslänglicher und zudem zu weiteren 28 Jahren Haft verurteilt, was, sofern er in die Hände der italienischen Justiz oder Sicherheitsorgane geraten wäre, Inhaftierung bis zum Ende seiner Tage bedeutet hätte.

Diese exkursiven Ausführungen mögen vorerst genügen, um deutlich werden zu lassen, dass die FPÖ während der gesamten 1960er Jahre – mithin der eigentlichen „Bombenjahre“ – wegen

ihrer politischen Zurückhaltung von den von ihr Enttäuschten und sich hinter Burger Scharenden und sowohl in, als auch außerhalb der NDP für die Südtirol-Sache aktiv eintraten, als inaktiv, schwach und „untreu“ galt. (An anderer Stelle soll im Zusammenhang mit der Frage der Beteiligung von Burschenschäftlern an Südtirol-Aktivitäten und -Anschlägen, soweit sie ihren nachweislichen Niederschlag in sicherheitspolizeilichen österreichischen Akten gefunden hat, noch einmal auf das Verhältnis Burger/Burschenschäftler/NDP/FPÖ eingegangen werden (s.u. das Kap. „Burschenschaften und Südtirol-Konflikt“, maßgeblich entstanden aus Hubert Speckners Archivstudien).

Der durch die NDP, als der neuen und wahren „Deutsch-Südtirol“- und Deutschtums“-Partei, herbeigeführte FPÖ-„Aderlass“ ging so weit, dass Burger, maßgeblich unterstützt durch das Komitee „Waffenstudenten für Norbert Burger“ in der Bundespräsidentenwahl 1980 sogar gegen den FPÖ-Kandidaten Willfried Gredler auch für das Bundespräsidentenamt kandidierte. (Burger unterlag mit 3,2 Stimmenprozenten Gredler, auf den 16,9 und Sieger Rudolf Kirchschräger, auf den 79,9 Prozent der gültigen Stimmen von 4.779.054 Wahlberechtigten entfallen waren.)

Erst der „Putsch der Burschenschäftler“, wie es Norbert Steger empfand, auf dem Innsbrucker Bundesparteitag 1986 mit Wahl und Inthronisierung Jörg Haiders (Wiener aB!/aJ! Sylvania) zum neuen Obmann (Vorsitzenden) und die damit verbundene Rückorientierung der FPÖ-Führung zur deutsch- (später eher austro-)nationalen Programmatik – sowie die aussichtslose Unterstützung des Otto Scrinzi durch die NDP in der Bundespräsidentenwahl 1986 – „versöhnte“ viele ehemals Abgewanderte und ließ sie großteils in die Mutterpartei zurückkehren. Zwei Jahre später wurde die NDP behördlich aufgelöst, nachdem ihr zuvor der österreichische Verfassungsgerichtshof gemäß Verbotsgesetz die Rechtspersönlichkeit als politische Partei aberkannt hatte, da ihr „Grundsatz- und Forderungsprogramm“ auf einem „biologisch-rassistischen Volksbegriff“ basiere und zudem durch „großdeutsche Propaganda [...] in Kernpunkten mit Zielen der NSDAP“ übereinstimme.

Die FPÖ hatte sich hinsichtlich der Südtirol-Frage konsensual mit den anderen Nationalratsparteien auf eine „Verhandlungslösung“ festgelegt. Zwar mochten viele ihrer Mitglieder und Funk-

tionäre, ja auch nicht wenige Führungspersönlichkeiten – so wie übrigens auch in SPÖ, wie bezeugtermaßen Kreisky selbst, und ÖVP, beispielsweise in Gestalt des Tiroler Landeshauptmanns Eduard Wallnöfer – mit unverhohlener Sympathie auf Aktivitäten des (von Nord- und Südtirolern initiierten) Befreiungsausschusses Südtirol (BAS) und dessen auf Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit gerichtete punktuelle Anschläge auf italienische Einrichtungen im Lande blickten.

Haider führte die Partei bis 1999 in lichte Höhen von 27 Prozent Wählerstimmenanteil und – zur Überraschung mancher Funktionäre – Anfang 2000 in die Koalition mit der ÖVP des Wolfgang Schüssel. Das Aufbegehren der „Kniptelfelder“ und der damit einhergehende Koalitionsbruch sowie die Spaltung 2005 – Haider gründete im April das „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ), was die in der Nationalratswahl vom 24. November 2002 ohnehin auf nurmehr 10,1 Stimmenprozent abgesackten Freiheitlichen an den Rand der Existenzkrise brachte – schüttelten die Partei kräftig durch. Im FPÖ-„Stammland“ Kärnten wurde die Landespartei nahezu komplett Teil des BZÖ. Die nicht minder bedeutende FPÖ in Oberösterreich beschloss anfangs ihre Eigenständigkeit als „FPOÖ“, kehrte aber nach Wiedereingliederungs-Verhandlungen 2006 in die Bundes-FPÖ zurück. Dieselbe Entwicklung war für die Vorarlberger FPÖ zu verzeichnen, während in Salzburg, Niederösterreich und im Burgenland die jeweilige Landespartei im Schoße der Bundes-FPÖ verblieb. Die FPÖ-Landtagsklubs in Wien sowie in der Steiermark konnten sich trotz spürbarer Spaltung allmählich wieder konsolidieren, sodass unter der Obmannschaft von Heinz-Christian Strache (seit 2005) die Freiheitlichen nach und nach wieder in „ruhigere Fahrwasser“ gelangten und als schlagkräftig-vernehmliche Oppositionspartei bis zur Nationalratswahl 2017 „zu alter Stärke“ aufstiegen, was sie in eine neuerliche Koalition mit der ÖVP unter deren juvenilem Obmann Sebastian Kurz führte.

Die jeweilige „Kurs(neu)bestimmung“ der Bundes-FPÖ machte auch vor deren Tiroler Landespartei(organisation) nicht halt und zeitigte naturgemäß Auswirkungen auf das Verhältnis zu Südtirol und den dortigen Freiheitlichen. Die beiden Landtagsabgeordneten Erich Rappold und Willi Tilg traten zum BZÖ über, gründeten so-

dann jedoch einen von FPÖ und BZÖ gleichermaßen unabhängigen „Landtagsklub der Freien Abgeordneten“ sowie die „Freie Partei Tirols“ (FPT) und behielten ihr Landtagsmandat bis zur Landtagswahl 2008 bei, zu der die FPT indes nicht mehr antrat. Tilg hatte zur Wahl 2008 seine Anhänger sogar dazu aufgefordert, „den vertrauenswürdigsten Politiker Tirols zu wählen, das ist der Landeshauptmann Herwig van Staa“ (ÖVP). Rapold hatte formell seinen Austritt aus der FPÖ erklärt, fand aber später wieder zu ihr zurück. Tilg, der die Landes-FPÖ von Ende 2001 bis September 2004 sogar als Obmann geführt hatte, war hingegen ausgeschlossen worden und konzentrierte sich auf seine Tätigkeit als Oberst des Bundesheeres und Präsident der Tiroler Offiziersgesellschaft.

Von der damaligen FPÖ-Bundesvorsitzenden (und Vizekanzlerin) Susanne Riess-Passer war auch Tilgs Vorgänger als Landesparteiobmann, Christian Eberharter, ausgeschlossen worden. Zu Friktionen in dem an innerparteilichen Turbulenzen nicht armen Tiroler FPÖ-Landesverband war es zuvor schon unter den Obleuten Hermann Eigentler (1985–1988), sowie Franz Linser (1999–2003) gekommen, woran wiederum die Vorgänge an der Spitze der Bundes-FPÖ (Wechsel von Steger zu Haider; die von diesem präferierte Art, Politik, auch Parteipolitik, zu machen; Spaltung und Konsolidierung als erfolgreiche Oppositionspartei, die alle bis dato in Österreich üblichen Gepflogenheiten in den Schatten stellte) ebenso eine Rolle spielten wie landesparteiinterne Machtkämpfe, Eitelkeiten, bisweilen auch charakterliche Schwächen und personelle Unzulänglichkeiten. Im Vergleich dazu sind andere Phasen in der Entwicklung der FPÖ Tirol als eher „friedlich“, will sagen relativ friktionsfrei zu bezeichnen. Hierzu zählt zweifellos die Obmannschaft des Gerulf Stix (1973–1985), hierzu zählt zweifellos auch das kontinuierliche und immer wieder stabilisierend wirkende politische Engagement Siegfried Dillersbergers in Ämtern und Funktionen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene sowie insbesondere im Hinblick auf die Haltung von Tiroler wie Bundes-FPÖ in puncto Südtirol(-Politik; s.u.).

#### 2.4 Eine „neue“ FPS in Südtirol

Die österreichische Südtirol-Politik, insbesondere das von der Wiedervereinigung Deutsch-

lands massiv beeinflusste zäsurale Ereignis von Paket-Abschluss und Streitbeilegung(serklärung) darf mit Fug und Recht als „Initialzündung“ für die formelle Gründung der „neuen“ FPS – die „alte“ war namentlich mit dem bereits genannten Landtagsabgeordneten Gerold Meraner verbunden – am 7. Dezember 1992 erachtet werden. Das Gros jener Personen, die im „Reichrieglerhof“ oberhalb Bozens im Beisein des damaligen FPÖ-Bundesparteiobmanns Jörg Haider, des Bundesgeschäftsführers Gernot Rumpold sowie des Generalsekretärs Walter Meischberger (eines Tirolers) den Gründungsakt unterzeichneten, war von der SVP – insbesondere von deren (nicht selten ÖVP-Wünschen folgenden) „kompromisslerischen“ bis „liebedienerischen“ Haltung gegenüber Rom geprägten – Politik maßlos enttäuscht und formierten sich demzufolge in einer ihnen und ihren Ansichten gemäßen neuen Gesinnungsgemeinschaft. Was lag also näher, als diese neue oppositionelle Kraft im südlichen Tirol – just über die Verbindung zur weltanschaulich nahestehenden FPÖ, zu deren maßgeblichen Leuten (nicht nur in Tirol) man Verbindung hatte oder herstellte und hielt – politisch-ideologisch dort zu verorten, wo möglichst weitgehende Übereinstimmung bezüglich Interessen(lage) und Gleichklang der Anschauungen in den kommunikativ auf Verbreiterung der Wählerschaft zielenden Aktivitäten zu finden waren und (abgesehen von gewissen Irritationen, die es auch gab/gibt) bis heute sind.

Die SVP, aus deren Reihen die meisten „Abtrünnigen“ kamen, hatte die sich andeutende Entwicklung hin zur freiheitlichen Parteigründung dadurch zu unterlaufen versucht, dass sich ihre Führung – Parteiobmann Siegfried Brugger, Landeshauptmann Luis Durnwalder, Parteisekretär Hartmann Gallmetzer und Bezirksobleute-Chef Franz Griesmayr – nach Nordtirol begab, um Haider und Meischberger dazu zu bewegen, dem Vorhaben die Unterstützung zu versagen. Wenngleich sie spätestens seit der Nationalratsdebatte in Wien über Paket-Ende und Streitbeilegung wissen konnten, dass es damit vorbei war, da die FPÖ aus noch darzulegenden Gründen ihre Zustimmung verweigerte, beschworen die SVP-Granden anlässlich der Zusammenkunft in Meischbergers Haus in Kematen bei Innsbruck die „traditionelle Ein-

heit der österreichischen Parteien in der Südtirol-Politik“ – vergeblich.<sup>2</sup>

#### 2.5 Die Haltung der FPÖ zu Paketabschluss und Streitbeilegung

Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass die Feststellung angebracht und zutreffend erscheint, wonach der maßgeblich von der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten beeinflusste Paketabschluss 1992 von (vornehmlich Tiroler) FPÖ-Politikern – just auch im Blick auf die gemäß UN-Resolutionen gebotene Streitbeilegung(serklärung) – am gründlichsten auf mögliche negative Folgen für die Tiroler des südlichen Landesteils sowie für das hehre Fernziel der Landeseinheit durchleuchtet und demzufolge sachorientiert-kritisch kommentiert worden ist. Wenngleich naturgemäß auch FPÖ-Bundesparteiobmann Haider sich bisweilen wortgewaltig zur Sache äußerte, sind in diesem Zusammenhang in erster Linie zu nennen: Walter Meischberger (1988 bis 1991 Landesgeneralsekretär der FPÖ, 1991 bis 1995 Landesparteiobmannstellvertreter; in der Bundespartei von 1989 bis 1990 Bundesgeschäftsführer, von 1990 bis 1995 Generalsekretär), auch in seinen Ämtern als Tiroler Mitglied des Österreichischen Bundesrats (1989–1990) und des Nationalrats (1990–1999) – sowie Siegfried Dillersberger (Bürgermeister von Kufstein 1974–1987; Tiroler Landtagsabgeordneter von 1979 bis 1986 sowie von 1994 bis 1997; 1988/89 Parteiobmann der FPÖ Tirol; 1986–1990 sowie 1993–1994 Mitglied des FPÖ-Bundesparteiobmanns), auch in seinen Ämtern als Nationalratsabgeordneter (1986–1990) sowie Bundesratsmitglied (1993/1994) und zeitweiliger (Dritter) Nationalratspräsident (1990). Es steht indes außer Zweifel, dass sich just der Jurist Dillersberger in der bezüglich Paketabschluss entscheidenden Zeit

am prägnantesten mit der seinerzeit maßgeblich von den „ewigkoalitionären“ Regierungsparteien SPÖ und ÖVP bestimmten österreichischen Südtirol-Politik auseinandersetzte.

(Dies weitgehend in Übereinstimmung mit einem ÖVP-Abweichter, nämlich dem nicht minder warnend argumentierenden Verfassungsrechtler und Minderheiten-Experten Felix Ermacora, der einst von 1967 bis 1971 der Verhandlungsdelegation für Südtirol angehört hatte und von 1971 bis 1990 für die ÖVP im Nationalrats saß.)

Aus der Fülle von Einlassungen Dillersbergers zur Südtirol-Politik seien im folgenden schlaglichtartig die markantesten herausgehoben. So verlangte er als seinerzeitiger FPÖ-Spitzenkandidat für die Tiroler Landtagswahl beispielsweise im Sommer 1984 namens der Tiroler Landespartei von FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Steger und der „gesamten Führungsspitze der Partei“ bezüglich einer Aussage des amtierenden Verteidigungsministers der SPÖ-FPÖ-Regierung Sinowatz – Steger, Friedhelm Frischenschlager (FPÖ), eine „unverzögliche Klarstellung“. Die Forderung nach Selbstbestimmung sei „kein ‚Herumwerkeln an Staatsgrenzen‘ wie dies Frischenschlager in einer Fernsehdiskussion mit jungen Südtirolern geäußert hatte. „Für die gesamte FPÖ ist das Selbstbestimmungsrecht der Tiroler im Süden unseres Landes ein unverzichtbarer Anspruch“. Sollte die Forderung nach Selbstbestimmung von den Südtirolern „tatsächlich nach den Grundsätzen des Rechtsstaates und des Völkerrechtes erhoben werden, so ist Österreich verpflichtet, als Schutzmacht der Tiroler im Süden unseres Landes, diese Forderung entsprechend zu unterstützen“. Frischenschlagers Äußerung sei „auf alle Fälle missverständlich“ gewesen, weshalb eine Klarstellung notwendig sei.

<sup>2</sup> Meischberger war nicht nur maßgeblich am Gründungsakt beteiligt, sondern unterhielt als Nordtiroler schon zuvor engste Kontakte mit weltanschaulich ähnlich – oder gleichgesinnten Südtirolern. Nachgerade demonstrativ – und in Schützentracht seiner Kematener Kompanie – hatte der FPÖ-Generalsekretär und Nationalratsabgeordnete an der heftig umfahenden Schützen-Protestkundgebung wider das faschistische Siegesdenkmal in Bozen teilgenommen, die zu Pfingstmontag 1991 unter Führung des Landeskommandanten des Südtiroler Schützenbundes (SSB), Pius Leitner, stattfand. Leitner, seinerzeit noch SVP-Mitglied, gehörte im Jahr darauf zu den Gründungsmitgliedern der FPS. Der Gründungsakt ist detailliert beschrieben in: Angerer, Oswald, Die Freiheitlichen – Südtirols. Entstehung, Programm, Organisationsstruktur, Akzeptanz unter besonderer Berücksichtigung ihrer Zusammenarbeit mit der Freiheitlichen Partei Österreichs und ihres Standpunktes in der Südtirol-Frage; ungedr. Diplomarbeit, Universität Innsbruck 2000. Ebenso engagiert war Meischberger anlässlich des von der italienischen Quästur eigentlich untersagten SSB-Protestmarschs gegen das Siegesdenkmal am 24. April 1996 bei der Sache.

Ebenso markant seine Kritik vom 21. August 1987 an Außenminister Alois Mock (ÖVP) im Zusammenhang mit der Festnahme Südtiroler Selbstbestimmungsaktivisten in Bozen, die im November 1986 anlässlich der Eröffnung der Folgekonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Wien demonstriert hatten.<sup>3</sup> Die Festnahme von 14 der insgesamt 16 Teilnehmer durch die italienische Polizei fußte auf dem aus der Zeit des Faschismus stammenden Paragraphen 269 („staatsfeindliche Tätigkeit im Ausland“) des italienischen Strafgesetzbuchs (des „Codice Rocco“). In Österreich protestierten dagegen vornehmlich FPÖ-Politiker, so die Nationalratsabgeordneten Horst Schender und Helmut Haigermoser sowie der damalige Tiroler Landtagsabgeordnete Siegfried Dillersberger scharf gegen das Vorgehen der italienischen Justiz und kritisierten vor allem das doch eher als wachweich zu charakterisierende Verhalten der SPÖ-ÖVP-Bundesregierung, namentlich des Außenministers, aber auch die wenig couragierte Haltung der SVP-Führung in Bozen. Mock hatte über die Botschaft in Rom dem italienischen Außenministerium eine Erklärung zukommen lassen, worin es lediglich hieß, Österreich bedauere „die Zwangsmaßnahmen gegen Personen, die von den ihnen in der KSZE-Schlussakte und internationalen Menschenrechtsinstrumenten garantierten Rechten Gebrauch gemacht“ hätten; die Bundesregierung bringe daher „mit allem Nachdruck ihr Befremden zum Ausdruck“.

Dillersberger ließ dazu über den FPÖ-Presse-dienst verlauten: „Es ist unverständlich, warum Außenminister Mock bis dato keine wie immer gearteten Initiativen auf internationaler Ebene gesetzt hat, und es so der italienischen Regierung ermöglichte, gegen die Repräsentanten der deut-

schen Volksgruppen in Südtirol derartig massiv vorzugehen. Der Außenminister wie die ganze Bundesregierung machen sich somit mitschuldig am Terror Italiens gegen die deutsche Minderheit“. Es müsse Mock doch bekannt sein, dass der faschistische Justizminister Alfredo Rocco 1930 erklärt habe, das nun wieder angewendete Gesetz drücke „nichts anderes als die generelle Rechtsphilosophie des Faschismus“ aus. Der FPÖ-Südtirol-Sprecher forderte Mock auf, „alle internationalen Möglichkeiten vom Europarat bis zu den Vereinten Nationen auszuschöpfen, um diese klassisch faschistischen Unterdrückungsparagraphen, die nun völlig unpassend und jeglicher demokratischer Tradition höhnend auf die Südtiroler Demonstranten in Wien angewendet wurden, zu Fall zu bringen.“ Dies würde einen echten Beitrag zur Schutzfunktion Österreichs für die deutsche Volksgruppe in Südtirol darstellen. Es sei überdies völlig unverständlich, wie sich „ein scheinbar demokratisch legitimierter Staat“ auf diese Bestimmungen berufen könne, die in der Zeit Mussolinis zur Niederhaltung der Gegner des Faschismus dienten. Der italienische Staat habe sowohl die KSZE-Schlussakte, als auch die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) unterzeichnet, wogegen seine gesetzlichen Bestimmungen in krassem Gegensatz stünden.

### 2.6 IGH-Vertrag und Südtirol-Vorbehalt

Am 9. Juni 1988 ratifizierte der österreichische Nationalrat den von der SPÖ-ÖVP-Regierung unterzeichneten Vertrag über den Internationalen Gerichtshof (IGH-Vertrag). Damit wurde rückwirkend der am 5. September 1946 geschlossene „Pariser Vertrag“ – das sogenannte Gruber-

<sup>3</sup> Dem überparteilichen „Südtiroler Komitee KSZE Wien“ hatten neben Dr. Eduard Stoll (Europa-Union Tirol), Hans Stieler (Obmann des Südtiroler Heimatbundes SHB), Dr. Eva Klotz (Landtagsabgeordnete des damaligen SHB-Wahlverbands), Hans Mair (Obmann des SHB-Wahlverbands), Pius Leitner (damals Parteiausschussmitglied der SVP), Dr. Christian Waldner (Bozner SVP-Ortsjugendreferent), Werner Micheli (Mitglied des Ortsjugendausschusses der SVP Tramin), Sepp Michaeler (Mitglied der Eisacktaler SVP-Bezirksjugendleitung), Alfred Oberhofer (Ortsjugendreferent-Stellvertreter der SVP Vals), Sepp Huber (Pustertaler Bezirksjugendreferent der SVP), auch der Schützen-Hptm. von Eppan, Reinhard Gaiser, und der von Gais, Alois Oberhammer, sowie der Pressereferent des SSB-Bezirks Burggrafenamt-Passeier, Stephan Gutweniger, angehört. Sie verlangten, die deutliche Formulierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in der Schlussakte von Helsinki (Unterzeichnung 1. August 1975) müsse auch auf Südtirol Anwendung finden. Einige der Genannten, vor allem Christian Waldner, Pius Leitner und Stefan Gutweniger, sollten später zu den führenden Gründern bzw. tragenden Funktionären der „neuen“ FPS gehören.

DeGasperi-Abkommen – zwar vor dem IGH einklagbar gemacht, nicht jedoch das Autonomiepaket von 1969/1972 selbst. In der Nationalratsdebatte hatte Dillersberger vergeblich davor gewarnt, den Vertrag zu ratifizieren, bevor nicht auf dem Verhandlungswege mit Rom eine eindeutige Einklagbarkeit des Pakets vor dem IGH sichergestellt sei. Italien stehe bekanntlich auf dem Rechtsstandpunkt, dass das Paket zum Großteil aus freiwilligen Mehrleistungen Italiens bestehe, die weit über die Erfüllung des Pariser Vertrages hinausgingen und somit nicht einklagbar seien. Auch hierin bestand weitgehende Übereinstimmung mit der Haltung des ÖVP-Abweichlers Ermacora.

In einer bisweilen emotionalen Rede legte Dillersberger dar, warum die FPÖ den Vertrag ablehne, ja zwingend ablehnen müsse. Die zentrale Begründung sei hier ausdrücklich wiedergegeben: „[...] Wenn wir nun im grundsätzlichen übereinstimmen, nämlich dass erstens der IGH-Vertrag an sich und für sich genommen eine Stärkung der Schutzmachtstellung Österreichs bedeutet und zweitens Paket und Operationskalender aus dem Jahre 1969 internationale Vereinbarungen sind, die von uns selbstverständlich – und mit ‚uns‘ meine ich die Republik Österreich – vor dem IGH eingeklagt werden können, in der weiteren Vorgangsweise aber einen anderen Weg als die Regierungsparteien vorschlagen, dann tun wir das unter dem Gesichtspunkt, dass wir Österreich und den Südtirolerinnen und Südtirolern einen Zuständigkeitsstreit vor dem Internationalen Gerichtshof durch eine entsprechende, vorher vorliegende italienische Erklärung ersparen wollen. Wir dürfen unter gar keinen Umständen zulassen, dass auch nur einzelne Bestimmungen des Pakets fallengelassen werden, und es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die historischen Positionen auch und gerade anlässlich dieser Debatte hier im Parlament klarzustellen. Genauso wie ich hoffe, dass das Zusammenrücken in einem gemeinsamen Europa letztlich zu einer endgültigen Lösung der Südtirol-Frage führt [...]. Der von der Regierung vorgeschlagenen Genehmigung der Ergänzung des IGH-Vertrages, wie er heute zur Diskussion steht, können wir in der derzeitigen Situation unsere Zustimmung nicht geben.“<sup>4</sup> Diesen Bedenken trugen weder ÖVP noch SPÖ Rechnung.

### 3 Südtirol und die österreichische Europapolitik

„Die Freiheitliche Partei vertritt eine Europapolitik, die realistisches Augenmaß für die nächsten möglichen Schritte mit dem Mut zu Visionen verbindet“, stellte Dillersberger am 29. Juni 1989 als Südtirol-Sprecher seiner Partei im Zuge der EG-Debatte im Nationalrat fest. Das realistische Augenmaß liege in der Aufnahme von Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft über eine Mitgliedschaft, an deren Ende die Volksabstimmung über diesen entscheidenden Schritt stehen müsse. Der Mut zur Vision liege in der Schaffung einer europäischen Konföderation, in der jedes Volk auf der Grundlage der Selbstbestimmung seine Eigenart bewahren können müsse. Man dürfe „in dieser Frage jedoch nicht am Problem Südtirol vorbeigehen, das den beiden Koalitionsparteien in ihrem Parteienübereinkommen keine Erwähnung wert gewesen“ sei. Man wisse, „dass Italien die Lösung des Südtirol-Problems in seinem Sinne zwar nicht offiziell, aber doch ganz sicher informell zur Voraussetzung seines Wohlwollens hinsichtlich des österreichischen Beitrittsansuchens gemacht“ habe.

„Ich bin der Meinung“, so Dillersberger, „dass das österreichische Parlament hierzu klar und eindeutig feststellen sollte, dass Südtirol für Österreich niemals ein Faustpfand im europäischen Integrationsprozess sein kann.“ Das Zusammenrücken Europas sei jedoch auch eine große Chance, und „es gelte das, was die FPÖ sich für die deutsche und ladinische Minderheit in Italien vorstellt, als Grundsatz einer unbedingt notwendigen europäischen Minderheitenpolitik. Für den Schutz ethnischer Minderheiten und zur Lösung von Minderheitenfragen muss im Zuge der europäischen Integration ein europäisches Volksgruppenrecht auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts und des Heimatrechtes geschaffen werden.“ Bis zu dessen Verwirklichung sei es die „historische Aufgabe Österreichs, den Bestand der deutschen und ladinischen Volksgruppe in Südtirol mit allen verfügbaren friedlichen Mitteln zu sichern“. Das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler sei „unverzichtbar und von Österreich als Schutzmacht zu vertreten, wenn eine legitime Mehrheit der deut-

<sup>4</sup> NR XVII. GP Stenographisches Protokoll 66. Sitzung 9. Juni 1988, S7531-S7542

schen und ladinischen Südtiroler dies fordert“. Dies klarzumachen, sei nicht nur eine moralische, sondern auch eine historische Verpflichtung, schloss Dillersberger seinen Debattenbeitrag.

Und auf dem 20. ordentlichen Tiroler FPÖ-Landesparteitag sagte der scheidende Obmann Dillersberger am 19. November 1989 in Jenbach – er hatte auf Wunsch Haider die Landespartei nach heftigen Streitigkeiten auf einem außerordentlichen „Wahlparteitag“ am 4. Dezember 1988 von Vorgänger Hermann Eigentler übernommen und übergab sie schon im Jahr darauf an Hannes Lugger, der ohnedies bereits als geschäftsführender Landesobmann fungierte –, die Südtiroler sollten sich „angesichts der Entwicklungen in Osteuropa ernsthaft fragen, ob sie, in welcher Form auch immer, die derzeit europaweit laufende Diskussion nicht dazu nutzen sollten, das Selbstbestimmungsrecht zu fordern.“ Nie seit Saint Germain sei die politische Gelegenheit so günstig gewesen wie jetzt. Unsere Landsleute südlich des Brenners sollten bei ihren Überlegungen auch berücksichtigen, ob ein Schweigen in dieser Situation, da sich ganz Europa neu orientiert, nicht als eine Zustimmung zur derzeitigen Staatszugehörigkeit der in Südtirol lebenden Minderheiten deutscher und latinischer Volksgruppenzugehörigkeit gewertet werden könnte“, gab Dillersberger zu bedenken.

Walter Ebenberger, Tiroler FPÖ-Landtagsabgeordneter und Südtirol-Sprecher, nannte am 9. November 1990, dem Jahrestag des Mauerfalls in Berlin und fünf Wochen nach dem Beitritt der DDR zur BRD, mithin der Wiedervereinigung Deutschlands (3. Oktober 1990), die „Wiederherstellung der Landeseinheit mit friedlichen, demokratischen Mitteln“ ein „unverrückbares Ziel“ seiner Partei. Ebenberger rückte damit, wie er in einer Parteiaussendung schrieb, „mißverständlich wiedergegebene Äußerungen Haider“ zurecht. Die grundsätzliche Position der FPÖ in der Südtirol-Politik sei von des Bundesparteiobmanns Aussage im Zusammenhang mit der Diskussion über die Paketlösung nicht infrage gestellt gewesen. Haider habe lediglich darauf hinweisen wollen, dass „die

Paketlösung im Hinblick auf die europaweiten, aber auch inneritalienischen Regionalisierungsbestrebungen keineswegs eine günstige sei“, zumal da es in Südtirol selbst „offensichtlich aufgrund der Unzufriedenheit mit dem bisher Erreichten Ideen einer Weiterentwicklung der Autonomie“ gebe. Dies sei nach Ansicht Haider und der FPÖ „etwa in Form eines Freistaates möglich“.<sup>5</sup>

Nur wenig später vernahm Walter Meischberger, Tiroler FPÖ-Nationalratsabgeordneter, Generalsekretär und Südtirol-Sprecher seiner Partei, „den immer lauter werdenden Ruf nach Selbstbestimmung und nach dem Vaterland Österreich in Südtirol“. Meischberger bezog sich auf die legendäre Protestkundgebung des Südtiroler Schützenbundes gegen die Renovierung des faschistischen Siegesdenkmals in Bozen am Pfingstmontag 1991, bei der er als „einziger parlamentarischer Vertreter der Schutzmacht Österreich“ anwesend und „bei der die rund 5000 Teilnehmer wüsten Beschimpfungen und Provokationen der Neofaschisten ausgesetzt“ gewesen seien. Seine Partei wolle „alles unternehmen, um einen Verkauf Südtirols für die EG-Interessen Österreichs“ zu verhindern; Südtirol dürfe „nicht Kaufpreis für die Unterstützung Italiens bei den österreichischen EG-Bemühungen sein“, sagte Meischberger auf einer Pressekonferenz am 23. Mai 1991 in Innsbruck. Angesichts der Veränderungen in Europa müsse man die Frage stellen, „warum nicht offen und laut über die Unrechtsgrenze am Brenner diskutiert“ werde; jeder, der von einer „Region Tirol in Europa“ rede, müsse sich diese Frage stellen.

### 3 „Grundlinien freiheitlicher Südtirol-Politik“

Wenig später präsentierte Meischberger denn auch in Wien „Grundlinien zur freiheitlichen Südtirol-Politik im Lichte der neuen Entwicklung in Europa“. Diese Grundlinien sind umso bemerkenswerter, als damit noch einmal markant die Zäsur des Ausscherens der FPÖ aus der – ohnedies schon 1969, als sich die FPÖ gegen die von

<sup>5</sup> Hieraus ist bereits erkenntlich, dass die von den Freiheitlichen des südlichen Landesteils im Grunde bis heute als anzustrebende selbstbestimmte Möglichkeit des „Los-von-Rom“ erachtete Freistaats-Lösung schon damals in Rede stand und nach der formellen Neugründung der FPS Ende 1992 nurmehr programmatisch fixiert und in der öffentlichen Debatte über die Zukunft der „Autonomen Provinz Bozen- Südtirol“ kommunikativ vertreten werden musste.

der SVP auf ihrem legendären Parteitag in Meran gutgeheißenen „Paket-Lösung“ aussprach – nirgendwo schriftlich festgehaltenen, sondern allenfalls punktuell praktizierten „Konsensgemeinschaft“ der Nationalratsparteien unterstrichen ist. Vom Baltikum<sup>6</sup> über die Wiedervereinigung Deutschlands bis Slowenien und Kroatien<sup>7</sup> setze sich das Selbstbestimmungsrecht durch, begründete Meischberger am 5. Juni 1991 diese Einlassungen seiner Partei zur Südtirol-Frage. Es gelte, „die aufgezwungene Nachkriegsordnung nach dem Ersten Weltkrieg neu zu regulieren“; der Aufbruch in Europa sei auch in Bezug auf Südtirol „eine Chance, das größte Kriegsunrecht wieder gutzumachen“.

An erster Stelle des Südtirol-Programms der FPÖ stehe daher das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler, denn es gelte auch für diese als „unverzichtbares, unveräußerliches Menschenrecht“. Aufgrund der jüngsten Entwicklungen in Europa sei das Südtirol-Paket nach Ansicht der FPÖ „rechtlich, wirtschaftlich und politisch überholt“. Österreich sei als Schutzmacht verpflichtet, für das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler einzutreten. Die Bundesregierung habe „die Südtiroler in ihrem Streben nach Selbstbestimmung mit allen diplomatischen Mitteln zu unterstützen“, alle „demokratischen Kräfte in Südtirol, die für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts und für eine entsprechende völkerrechtlich relevante Volksabstimmung eintreten, zu ermutigen“. Aufgrund der Enthüllungen rund um die Sprengstoffanschläge in den 1960er- und 1980er-Jahren sei es überdies absolut notwendig, die jüngste Geschichte Südtirols neu zu betrachten und zu bewerten: „Diese Geschichtsverzerrung ist Jahrzehnte hindurch die Grundlage für die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts gewesen und wurde dazu benutzt, die Südtiroler mit dem Paket abzuspesen.“ Stattdessen sei es gerade jetzt, da das Selbstbe-

stimmungsrecht überall in Europa Platz greife, „unverantwortlich und ungerecht, den Südtirolern dieses Recht zu verweigern“.

Wenig später warf Meischberger der Tiroler ÖVP vor, deren Propagierung einer „Europaregion Tirol“ – „ohnedies nur Schall und Rauch“, so der FPÖ-Generalsekretär – habe lediglich „den Sinn, den Südtirolern Sand in die Augen zu streuen und sie zu einem übereilten Paketabschluss zu drängen“. Von „faktischer Landeseinheit“ – welche besagte „Europaregion Tirol“ nach ÖVP-Ansicht zu schaffen in der Lage wäre – zu sprechen, ohne das Gebilde auf einer gemeinsamen Verwaltung und Gesetzgebung zu errichten, beweise, dass „die selbsternannten Südtirol-Politiker die Problematik nicht erfaßt“ hätten. Ein gemeinsamer Wirtschafts-, Sozial- und Kulturraum könne nur durch gemeinsames Recht zustande kommen. „Unverantwortlich“ sei außerdem „die Behauptung der ÖVP, dass mit der Übergabe der Paketbestimmungen das Paket auch international abgesichert“ sei. Dies sei nur durch den Abschluss eines bilateralen Vertrages möglich. Der europäische Zentralismus werde keinerlei Rücksicht auf Tiroler Landesinteressen nehmen. Darum sollte noch vor dem österreichischen EG-Beitritt das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol durchgesetzt werden, so Meischberger.

Diese grundsätzlichen Positionen wurden in den folgenden Jahren variationsreich bekräftigt. So in einer vom 21. Ordentlichen Landesparteitag der Tiroler FPÖ am 10. November 1991 verabschiedeten Südtirol-Resolution, in der es hieß, die Südtirol-Frage sei bereits zu „einer Tiroler Frage“ geworden, zumal da „Südtirol nicht den österreichischen EG-Interessen geopfert werden“ dürfe. Meischberger unterbreitete anlässlich des Parteitags auch den – von Bundesparteiobmann Haider befürworteten – Vorschlag, „in Südtirol freiheitliche Kräfte in verschiedensten Organisationen

<sup>6</sup> Lettlands Parlament erklärte am 4. Mai 1990 seine Unabhängigkeit und löste sich ebenso wie – mittels Selbstbestimmungsreferenden – Estland am 3. März 1991 sowie Litauen am 9. Februar 1991 – von der untergehenden Sowjetunion und wurden, was sie in der Zwischenkriegszeit waren, souveräne Staaten.

<sup>7</sup> Die beiden vormaligen jugoslawischen Teilrepubliken erklärten nach vorausgegangenen Volksabstimmungen am 25. Juni 1991 ihre Unabhängigkeit (und wurden von der EG am 15. Januar 1992 anerkannt), was die serbisch dominierte „Jugoslawische Volksarmee“ (JVA) aber militärisch unterbinden wollte. Deren Krieg gegen Slowenien (26. Juni – 7. Juli 1991) endete mit dem Abzug der JVA, wohingegen der Krieg mit und in Kroatien (und von 1992 an in Bosnien-Herzegowina) bis 1995 dauern sollte. Bis zur Jahrtausendwende löste sich Jugoslawien unter weiteren kriegerischen Konflikten, insbesondere im Kosovo, gänzlich auf.



und Gremien zu sammeln und organisatorisch zu unterstützen sowie aus diesem Kreis sodann einen Delegierten in die Spitzengremien der FPÖ zu entsenden, der in allen Südtirol betreffenden Fragen mit Sitz und Stimme die Anliegen des Landes vertreten könnte“. Dieser von den Delegierten gebilligte Vorschlag nahm sozusagen die Aufnahme des nachmaligen FPS-Obmanns Pius Leitner in den FPÖ-Bundesvorstand vorweg. Die Tiroler FPÖ beschloss auf ihrem Parteitag am 24. März 1996 die Aufnahme Leitners in ihren Landesvorstand, in dem er Antrags- und Stimmrecht erhielt. Dillersberger, damals wieder FPÖ-Landtagsabgeordneter, nannte dies einen „ersten Schritt zur Schaffung einer freiheitlichen Partei nördlich und südlich des Brenners“. Leitner kündigte im Gegenzug an, auch der Tiroler FPÖ-Obmann solle in den Vorstand der FPS aufgenommen werden.

#### 4 Ablehnung der Streitbeilegungserklärung und Beharren auf dem Selbstbestimmungsrecht

Die FPÖ unterstützte auch die Resolution des „Berg-Isel-Bundes“ vom 28. März 1992, wonach „die österreichische Bundesregierung und der Nationalrat keinem Südtirol-Paketabschluss ohne Volksabstimmung in Südtirol und ohne einklagbare vertragliche Absicherung der Rechte der Südtiroler zustimmen“ dürften. Ein Paketabschluss

könne „nur ein Zwischenschritt in der Südtirolfrage sein, Hauptziel ist und bleibt die Selbstbestimmung der Südtiroler“. Klar lehnte die Tiroler FPÖ den am 30. Mai 1992 von der SVP auf ihrem Sonderparteitag in Meran mit großer Mehrheit gebilligten Paketabschluss, Voraussetzung für die Abgabe der Streitbeilegungserklärung Österreichs, ab. FPÖ-Landesobmann Johannes Lugger begründete dies damit, dass „die Forderung der Bundes- und Landes-FPÖ nach einer umfassenden internationalen Klagbarkeit in keiner Weise erfüllt“ sei, „sodass eine Streitbeilegungserklärung derzeit nicht in Frage kommen“ könne. Es sei „unverständlich, dass die SVP die Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis (AKB) Roms akzeptiert“ habe, wider alle Warnungen akzeptiert habe, die zu einer „Aushöhlung der Autonomie“ führen müsse.

Entgegen allen Warnungen und Einwänden, auch aus den eigenen Reihen, wie beispielsweise durch den Verfassungsrechtler Felix Ermacora, der damals nicht mehr Mitglied des Nationalrats war, aber seine Stimme von außen erhob und mitunter sogar als Referent auf Veranstaltungen der Oppositionsparteien in Wien, Innsbruck und Bozen auftrat, stimmten SPÖ, ÖVP und Grüne einer der Abgabe der Streitbeilegungserklärung<sup>8</sup> durch Außenminister Mock – sie erfolgte am 11. Juni 1992 – vorausgehenden Nationalratsentscheidung zu. Die maßgeblich von Dillersberger initiierten, nachfolgend wiedergegebenen FPÖ-An-

<sup>8</sup> Die Streitbeilegungserklärung Österreichs, durch Außenminister Alois Mock in einer Note an Italien vom 16. Juni 1992 förmlich übermittelt, lautet: „Im Hinblick darauf, dass zwischen Österreich und Italien eine Streitigkeit über die Durchführung des Pariser Abkommens vom 5. September 1946 entstanden ist; im Hinblick darauf, dass diese Streitigkeit Gegenstand der Resolutionen 1497 (XV) und 1661 (XVI) der Vollversammlung der Vereinten Nationen war; unter Beachtung darauf, dass die Vollversammlung der Vereinten Nationen Österreich und Italien in den erwähnten Resolutionen empfohlen hat, die Verhandlungen mit dem Ziel wieder aufzunehmen, eine Lösung aller Differenzen hinsichtlich der Durchführung des obengenannten Abkommens zu finden; in Anbetracht der Tatsache, dass die Wiederaufnahme der Verhandlungen stattgefunden und zur Annahme einer Methode der Beratungen geführt hat, welche geeignet war, die Beilegung der Streitigkeit ohne Präjudiz für die jeweiligen Rechtsstandpunkte der beiden Seiten herbeizuführen; mit Rücksicht darauf, dass die italienische Regierung in ihrer Regierungserklärung vom 3. Dezember 1969 detailliert aufgezählte Maßnahmen angekündigt hat, die in dauerhafter Weise die Interessen der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols, das friedliche Zusammenleben und die Entwicklung der Sprachgruppen Südtirols zu gewährleisten bestimmt sind; angesichts der Tatsache, dass die italienische Regierung diese in der Regierungserklärung vom 3. Dezember 1969 angekündigten Maßnahmen nunmehr verwirklicht und mit Note vom 22. April 1992 mitgeteilt hat: erklärt die österreichische Bundesregierung, dass sie die zwischen Österreich und Italien bestehende Streitigkeit, welche Gegenstand der erwähnten Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen war und den Status des deutschsprachigen Elements der Provinz Bozen (Bolzano) – Durchführung des Pariser Abkommens vom 5. September 1946 – betrifft, als beendet erachtet.“ ( <https://www.uibk.ac.at/zeitgeschichte/zis/library/19920611.html> ) (eingesehen am 01.09.2018)

träge hatten besagte Parteien abgelehnt, woraufhin die FPÖ die Zustimmung zur Streitbeilegungserklärung verweigerte. Die Anträge lauteten:

1.) Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Verhandlungen mit Italien mit dem Ziel fortzusetzen, zumindest die Verschlechterung, die die Autonomiesituation Südtirols seit 1969 – durch Aushöhlungen der Paketbestimmungen einerseits und durch Einführung der AKB (Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis) als Eingriffsinstrument des italienischen Zentralstaates andererseits – erfahren hat, rückgängig zu machen.

2.) Der Nationalrat vertritt die Auffassung, dass die bevorstehende Beilegung der Streitigkeit über die Auslegung des Pariser Vertrages sich – über den rechtlichen Bereich hinaus – auf alle Aspekte beziehen sollte, die mit dieser Streitigkeit in einem politischen Zusammenhang gestanden sind. Die unterfertigten Abgeordneten stellen nachstehenden Entschließungsantrag: Die Bundesregierung wird daher ersucht, der italienischen Regierung in geeigneter Weise mitzuteilen, dass Österreich im Sinne der von Außenminister Aldo Moro am 30. November 1969 in Kopenhagen gegebenen Zusage davon ausgeht, dass strafrechtliche und zivilrechtliche Verfolgungshandlungen Italiens gegen Südtirol-Aktivist\*innen spätestens drei Monate nach Abgabe der Streitbeilegungserklärung (Ziffer 15 des Operationskalenders) eingestellt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen auch die Verwaltungspraxis mit den „schwarzen Listen“ sowie anhängige Strafverfahren nachweislich eingestellt oder aboliert werden; Fahndungsmaßnahmen sowie der Versuch auf die weitere Eintreibung von Prozesskosten sollen unterlassen werden.

3.) Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine mit Italien akkordierte Verwahrungsnote in Form einer interpretativen Erklärung an die Vereinten Nationen zu richten, in welcher festgehalten wird, dass die von Italien ausgeübte Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis zur Liste der vorgesehenen Paketmaßnahmen vom 3. 12. 1969 gehört hat und ihre Aufnahme in das Dekret vom 16. 3. 1992, Nr. 262, daher auch nicht als Durchführung des „Pachetto“ angesehen werden und daher diese Maßnahme auch nicht zur Verwirklichung der „angekündigten“ Maßnahmen im Sinne der Streitbeile-

gungserklärung gerechnet werden kann und sie von ihr deshalb auch nicht miteinfasst wird.“

Und wenngleich der Tiroler Landtag am 1. Juni 1992 der Erklärung der Landesregierung – „Die Tiroler Landesregierung betont, dass durch den Abschluss des bei den Vereinten Nationen anhängigen Streites über die Durchführung des Pariser Vertrages das im Jahre 1919 mit der Grenzziehung mitten durch Tirol gesetzte Unrecht nicht beseitigt ist, und dass das völkerrechtlich verankerte Recht auf Selbstbestimmung in vollem Umfang aufrecht bleibt.“<sup>9</sup> – zugestimmt hatte, scheiterten am 12. Juni 1992 auch im Bundesrat Einlassungen der FPÖ-Mitglieder, in denen vor den möglichen Folgen einer ohne Rechtssicherheitsgewähr abgegebenen Streitbeilegungserklärung gewarnt wurde, an den gegebenen Mehrheitsverhältnissen.

Als FPÖ-Bundesratsmitglied forderte Dillersberger dann am 4. August 1993 die Bundesregierung auf, in den laufenden Integrationsverhandlungen mit der EG „die Interessen Österreichs mit mehr Nachdruck zu verfolgen“ und nannte in diesem Zusammenhang insbesondere die Südtirol-Frage. „Ohne zufriedenstellende Verankerung und internationale Absicherung des Autonomiepakets sowie der Schutzmachtfunktion Österreichs“ werde es „sicher keine Zustimmung seiner Partei für ein „Ja“, bei der Volksabstimmung über den EG-Beitritt“ geben. Die römischen Höchstgerichte hätten „eine Entwicklung eingeleitet, durch die die Autonomie schrittweise aufgehoben“ werde. Dillersberger sprach von einem „perfiden Spiel“ und verlangte außerdem eine „grundsätzliche Aussage zur Europaregion Tirol“, die im österreichischen Beitrittsvertrag enthalten sein müsse.

#### 5 In Tirol Vorbehaltserklärung zur Landeseinheit und Selbstbestimmung

Just im Blick auf die Volksabstimmung anlässlich des vorgesehenen EU-Beitritts Österreichs gelang es der FPÖ aber immerhin im darauffolgenden Jahr, dass es im Tiroler Landtag zu einer einstimmig verabschiedeten Vorbehaltserklärung über

<sup>9</sup> Dillersberger, Siegfried: 25 Jahre Streitbeilegungserklärung – ein entbehrliches „Jubiläum“; vgl.: <http://www.genius.co.at/index.php?id=900> (eingesehen 02.09.2018)

Landeseinheit und Selbstbestimmungsrecht für Südtiroler kam. Zwar sei dieser Vorbehalt Tirols, wie Dillersberger später bemerkte „bedauerlicherweise nicht in den österreichischen EU-Beitrittsvertrag aufgenommen“ worden, aber „dennoch rechtswirksam“. Die am 24. November 1994 beschlossene Erklärung lautete:

„In der Präambel zur Tiroler Landesordnung 1989 bekennt sich der Tiroler Landtag zur geistigen und kulturellen Einheit des ganzen Landes. Der Tiroler Landtag stellt dazu fest, dass sich demnach die geistige und kulturelle Einheit auf Nord, Ost- und Südtirol bezieht. Der Tiroler Landtag bekennt sich unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Entschließung des Nationalrates vom 5. 6. 1992 (StenProtNr. XVIII, GPS7856, 542 BlgNr. XVIII GP) zur Wahrung und Entfaltung des fundamentalen und unveräußerlichen Menschenrechts der Selbstbestimmung wie dies im jeweiligen Art. 1 Abs. 1 der Menschenrechtsakte sowie der KSZE-Schlussakte von Helsinki zum Ausdruck kommt. Der Tiroler Landtag geht davon aus, dass die völkerrechtliche Schutzfunktion Österreichs in Bezug auf Südtirol in ihrem gesamten Umfang durch den EU-Beitritt Österreichs nicht berührt wird.“<sup>10</sup>

## 6 Kontinuität trotz partieller Irritation

An den südtirolpolitischen Positionen der FPÖ im Bund wie im Lande Tirol hat sich über Jahre und Jahrzehnte hin im Grundsatz wenig verändert. Aus Anlass eines insbesondere auch die Beziehungen zu den Südtiroler Freiheitlichen ernstlich gefährdenden Konflikts sah sich FPÖ-Bundesobmann Heinz-Christian Strache seinerzeit jedoch auch im Blick auf Kritik des BZÖ und vor allem der Südtiroler Freiheitlichen am 18. Januar 2007 veranlasst, auf das geltende Parteiprogramm zu verweisen, in dem es damals hieß: „Österreich bleibt Schutzmacht der deutschen und ladinischen Südtiroler. Dem Land Südtirol ist die Möglichkeit des Beitrittes zur Republik Österreich in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der Südtiroler offen zu halten.“ Und bis zur Ausübung/Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes sei es „die

historische Aufgabe Österreichs, den Bestand der deutschen und ladinischen Volksgruppen in Südtirol sowie den international abgesicherten rechtlichen Status mit allen verfügbaren friedlichen Mitteln zu sichern“.

## 7 Die „Causa Mölzer – ITS“

Besagter Konflikt hatte sich aus dem Bemühen des damaligen FPÖ-Abgeordneten im Europäischen Parlament, Andreas Mölzer, ergeben, während der Legislaturperiode 2004–2009 eine aus Abgeordneten politisch rechts bis weit rechts angesiedelten Parteien bestehende Parlamentsfraktion namens „Identität – Tradition – Souveränität“ (ITS) zu schmieden. Der „Casus belli“ entstand, weil dieser Formation auch die beiden italienischen EU-Parlamentarier Alessandra Mussolini vom rechtsextremen Parteienbündnis „Azione Sociale“ (AS; „Soziale Aktion“) und Luca Romagnoli von der neofaschistischen MSI-Nachfolgepartei „Fiamma Tricolore“ (FT; „Dreifarbige Flamme“) angehören sollten, welche in der Südtirol-Frage die (nicht allein) für alle italienischen Neo-Faschisten und Nationalisten traditionelle, grundsätzlich ablehnende Haltung zu Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und Autonomie(-Paket) einnehmen, sondern, mehr noch, das Südtirol-Problem überhaupt (seit der Annexion 1918 und dem Vertrag von Saint Germain 1919) für nicht (mehr) existent erachten. Die FPS legte damals ihre Verbindungen zur Bundes-FPÖ „so lange auf Eis, bis dieses Zusammengehen mit italienischen Neofaschisten beendet“ sei. FPS-Obmann Pius Leitner und Generalsekretärin Ulli Mair zogen sich aus ihren Funktionen/Positionen in FPÖ-Gremien zurück. In einem Interview mit dem Südtiroler Wochenmagazin „ff“ begründete Frau Mair im Mai 2008 – da gab es die Mölzer’sche ITS-Initiative schon nicht mehr – den Schritt: „Nachdem die FPÖ in Brüssel eine Fraktion gebildet hatte, in der auch Alessandra Mussolini vertreten war, bin ich ausgetreten. Man kann nicht glaubwürdig Südtirol-Politik machen, wenn man mit Neofaschisten zusammenarbeitet. (...) Im vergangenen Jahr bin ich aus dem Bundesparteivorstand ausgetreten. Zuvor habe ich einige Male Kritik an der Führung geübt,

was nicht so gut ankam. Die Retourkutsche kam prompt seitens Andreas Mölzers, der das berüchtigte Foto von Alessandra Mussolini und mir der Athesia zuspilte. Das Thema FPÖ ist für mich seitdem endgültig erledigt.“<sup>11</sup> Ungeachtet dessen behielt Pius Leitner, dem Ulli Mair im FPS-Vorsitz (2012–2014) folgte, seine Mitgliedschaft im Vorstand der Tiroler FPÖ bei.

Dieser Konflikt irritierte seinerzeit patriotisch Gesinnte in beiden Tirol. So ließ, um an dieser Stelle exemplarisch darauf einzugehen, der Tirol-Informationen-Dienst (TID) schon bei Bekanntwerden einer Selbstbestimmungs-Initiative Mölzers verlauten, dieser schade mit einem „sinnlosen Antrag im EU-Parlament dem Südtiroler Selbstbestimmungsgedanken“ und wolle mit diesem „Alleingang (...) von seiner Fraktionsgemeinschaft mit italienischen Neofaschisten ablenken“. Dem TID-Verdikt war eine österreichische Pressemeldung vorausgegangen, welche die Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ übernommen hatte, wonach Mölzer „im Europaparlament einen Antrag zur Durchführung einer Volksabstimmung zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes für Südtirol einbringen“ werde. Die Sache habe keinerlei Aussicht auf Erfolg, schrieb dazu der TID, und werde sich als schädliche „Minderheitenfeststellung in der Selbstbestimmungsfrage“ erweisen. Mit Häme und Schadenfreude würden dies die Medien in Italien kommentieren und darauf hinweisen, dass sogar alle anderen österreichischen EU-Abgeordneten sich dem Antrag verweigert hätten. Dadurch sei „eine Demoralisierung jener begeisterten jungen Kräfte in Südtirol zu befürchten, die den Gedanken der Rückkehr zum angestammten Vaterland in idealistischer Weise mit zahlreichen Aktionen, in Diskussionsabenden und in lokalen Publikationen in Südtirol verbreiten. Es handelt sich vor allem um die rund 4.000 Südtiroler Schützen (Durchschnittsalter der Kompanien 39 Jahre) und um die Jugendgruppen des Alpenvereins Südtirol, der ‚Freiheitlichen‘, der ‚Süd-Tiroler Freiheit‘ – Freies Bündnis für Tirol, und der ‚Union für Südtirol‘, Geschwächt werden aber auch die Selbstbestimmungsbefürworter in der ‚Südtiroler Volkspartei (SVP)‘. die angesichts

der Machtposition des opportunistischen bis italo-philinen Wirtschaftsflügels in ihrer Partei ohnedies einen schweren Stand haben.“ Der freiheitliche EU-Abgeordnete, so TID weiter, habe „die eigentlich Betroffenen – die Südtiroler – einfach übergangen. Er hat sein Vorhaben weder mit den Südtiroler ‚Freiheitlichen‘ (was eigentlich selbstverständlich gewesen wäre), noch mit der ‚Süd-Tiroler Freiheit – Freies Bündnis für Tirol‘, der ‚Union für Südtirol‘, dem ‚Südtiroler Heimatbund‘ oder der vor kurzem gegründeten Südtiroler ‚Arbeitsgruppe für Selbstbestimmung‘, welcher namhafte Fachleute aus Südtirol und Österreich angehören, akkordiert.“ Angesichts erwartbarer negativer Auswirkungen der geplanten Antragstellung bleibe „als einziger Nutznießer nur der Abgeordnete Mölzer selbst übrig“, heißt es in der TID-Meldung weiter. Mölzer sei „wegen seiner EU-Fraktionsgemeinschaft mit den italienischen neofaschistischen Abgeordneten wachsender Kritik in den eigenen politischen Reihen ausgesetzt“. Die Südtiroler Freiheitlichen hätten sich öffentlich von Mölzers Partnerschaft mit den Neofaschisten distanziert und sich auch unter Protest aus der Bundesparteileitung der FPÖ zurückgezogen; weshalb „der EU-Abgeordnete Mölzer nun mit seiner Selbstdarstellung als patriotischer Vorkämpfer für die Selbstbestimmung Südtirols kontert“, befand TID abschließend.

Festzuhalten bleibt indes, dass Mölzer einen solchen Antrag nie einbrachte. Überdies zerschlug sich sein Projekt, da sich die am 15. Januar 2007 auf der Grundlage der „Wiener Erklärung der europäischen patriotischen und nationalen Parteien und Bewegungen“ von 2005 zustandgekommene ITS-Fraktion bereits im November selbigen Jahres wieder auflöste, weil die fünf Abgeordneten der Partidul România Mare (PRM; „Partei Großrumänien“) wegen abfälliger Äußerungen Alessandra Mussolinis über Rumänen wieder austraten. Gegenüber der Zeitung „Die Presse“ (Bericht vom 16.07.2010) nannte er als Gründe für das Scheitern er ITS-Bemühungen unter anderem: „Da sind nicht nur alte nationale Antagonismen, die uns trennen. Wir können als FPÖ wegen der Beneš-Dekrete nicht mit der tschechischen ODS

<sup>10</sup> Zitiert nach Dillersberger, siehe Anm. 9

<sup>11</sup> Zitiert nach <https://dolomitengeistblog.wordpress.com/2008/05/06/%E2%80%99Eich-war-die-rampensau/> (eingesehen am 03.09.2018; mittlerweile heißt es nach Aufruf dort jedoch: „dolomitengeistblog.wordpress.com is no longer available. The authors have deleted this site.“) An Ulli Mairs verbürgter Aussage ändert dies jedoch nichts.

zusammenarbeiten. Das ist auch emotional gegenüber unseren Wählern unmöglich. Das steht man nicht durch.“ Sodann habe sich die Zusammenarbeit mit den italienischen Neofaschisten zerlegt: „Wir hatten Riesenprobleme mit unseren Wählern wegen Südtirol.“

Auf Vorhaltungen des damaligen stellvertretenden BZÖ-Klubchefs im Nationalrat, Herbert Scheibner (ehedem FPÖ), entgegnete Strache zudem, seine Partei befinde sich nicht in einem Erklärungsnotstand: „Neben dem Umstand, dass die Südtirolfrage innerhalb der EU-Fraktion in keinster Weise behandelt wird, werden wir wegen zweier Fraktionsmitglieder, welche eine Wählerschaft von 0,517 bzw. 0,558 Prozent in Italien repräsentieren, unsere langjährigen und zentralen Forderungen in der Südtirolsache nicht über Bord werfen. Wir werden in Zukunft natürlich genau beobachten und selbstverständlich auch reagieren, wenn faschistische Kräfte die Institutionen Südtirols – insbesondere unter anderem die Schützen – bei öffentlichen Auftritten ungestraft beleidigen oder bedrohen sollten.“

Bleibt abschließend festzuhalten, dass es im geltenden, am 18. Juni 2011 vom FPÖ-Bundesparteitag in Graz verabschiedeten Parteiprogramm unter Punkt „9) Weltoffenheit und Eigenständigkeit“ – dies ist der abschließende Programmpunkt – auf Südtirol bezogen lapidar heißt: „Österreich ist Anwalt der deutschen und ladinischen Südtiroler und vertritt die Interessen für alle Altösterreicher deutscher Muttersprache aus dem Bereich der ehemaligen k.u.k. Monarchie. Wir streben die Einheit Tirols an und bekennen uns zum Selbstbestimmungsrecht Südtirols und zur Unterstützung der Heimatvertriebenen-Verbände.“ Im Vergleich mit früheren Südtirol-Programmaussagen ist man geneigt, diesen Punkt im aktuellen FPÖ-Parteiprogramm als Reduktions- oder Schwundstufe zu bezeichnen.

## 8 Enge Kooperation

Die FPÖ gehört in Österreich zu den etablierten Parteien; mittlerweile war sie, wenn auch nur kurz, zum dritten Mal an einer Koalitionsregierung beteiligt. Die FPS darf nach mehr als einem Vierteljahrhundert ihrer Existenz auch als etabliert bezeichnet werden, wenngleich ihr

in Südtirol der Wunsch nach Regierungsbeteiligung von der dominanten SVP aus Gründen, die vorwiegend in deren ideologischem Selbstbild, ihrer Verabsolutierung der Autonomie (politik) und aufgrund sich anbietender bequemer Koalitionspartner zu suchen sind, bisher abgeschlagen worden ist. Die FPS hat stets Wert auf die Feststellung gelegt, eine eigenständige politische Kraft zu sein. Das hielt sie – abgesehen von der „Causa Mölzer – ITS“ von enger Zusammenarbeit mit der politisch-weltanschaulich nächstverwandten FPÖ nicht ab. Im Gegenteil: Schon unter dem Tiroler FPÖ-Landesobmann Gerulf Stix gab es in den 1970er Jahren rege Kontakte zur „Schwesterpartei“ PDU (später FPS) und zu Gerold Meraner, deren Abgeordneten im Südtiroler Landtag. Dasselbe gilt insbesondere für die (seit 1992) „neue“ FPS, zu der vom Tag ihrer Gründung an die Tiroler FPÖ-Politiker Walter Meischberger, Siegfried Dillersberger, Franz Linser, Edith Haller, Hans Kutscherer, Gerald Hauser, um nur einige zu nennen, sowie Spitzenfunktionäre aus anderen Bundesländern, wie beispielsweise der Linzer FPÖ-Nationalratsabgeordnete Werner Neubauer, sowie die FPÖ-Bundespartei-spitze engste Kontakte hielten und halten.

Vice versa: Der seit Frühjahr 2017 fungierende FPS-Obmann Andreas Leiter Reber gehört seit März 2018 mit Sitz und Stimme dem Bundesparteivorstand der FPÖ an, so wie es jenseits besagter Irritationen (s.o.) stets Brauch war.

Und es gilt nicht zuletzt für die jetzigen Parteiführungen beidseits des Brenners: „Wir Tiroler Freiheitliche stehen uneingeschränkt zu unseren südlichen Landsleuten“ (Tirols FPÖ-Obmann Markus Abwerzger); und: „Es ist die FPÖ Tirol, die stets das Südtiroler Streben nach Ausbau der Autonomie bis hin zur Selbstbestimmung uneingeschränkt und konsequent unterstützt hat.“ (Leiter Reber)

Im Folgenden sollen aus der Fülle relevanter Vorgänge einige Fälle herausgegriffen werden, anhand derer sich besondere Initiativen zeigen, durch welche die FPÖ – bisweilen im Zusammenwirken mit austro-patriotischen Kräften, insbesondere mit ihrem weltanschaulich verbundenen Pendant FPS – ihre südtirolpolitische Haltung/Linie offenbarte. Im ersten Fall sei zurückgegriffen auf jene bereits kurz angeschnittene:

## 9 Fall1: KSZE-Demonstration und Arrestierung der Teilnehmer 1987

Einen Schub an Entfremdung zwischen (der gerade aus der Regierungskoalition mit der SPÖ entfernten) FPÖ und der neuerlichen GroKo SPÖ/ÖVP erbrachten die Geschehnisse rund um die Demonstration des überparteilichen „Südtiroler Komitees KSZE Wien“ aus Anlass der KSZE-Folgekonferenz in der österreichischen Hauptstadt im Oktober 1986. Das Komitee hatte auf dem Wiener Heldenplatz – dahinter in der Hofburg tagte die KSZE-Folgekonferenz – eine Kundgebung abgehalten, dabei auf die deutliche Formulierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in der Schlussakte von Helsinki (Unterzeichnung am 1. August 1975) hingewiesen und damit die Forderung verbunden, dass dieses Recht auch auf Südtirol Anwendung finden müsse. In Bozen stellte daraufhin das SVP-Präsidium in einer Erklärung vom 4. November 1986 fest, wiewohl sich einige ihrer Funktionäre daran beteiligt hätten, sei die Aktion nicht von der Partei mitgetragen gewesen; es bedaure „diese eigenmächtige Vorgangsweise einiger Parteioxponenten“, die „ohne Absprache und Zustimmung der Partei gehandelt und somit ihre Parteifunktionen missbräuchlich verwendet“ hätten, und sei darob „befremdet“. Die von den Demonstranten erhobene Forderung nach Selbstbestimmung kritisierte die SVP indes nicht.

Monate später waren 14 von 16 Mitgliedern besagten Komitees in Südtirol von der italienischen Polizei verhaftet worden. Stephan Gutweniger, einer der beiden Mitinitiatoren, die wegen eines Auslandsaufenthalts – er studierte an der Tiroler Landesuniversität Innsbruck Bauingenieurwesen – nicht verhaftet werden konnten, appellierte von dort aus an die Führung der SVP, sie möge sich hinter die Verhafteten stellen und sich mit ihnen solidarisieren. „Wenn die SVP für sich in Anspruch nimmt, die politische Vertretung aller Südtiroler zu sein, muss jeder Südtiroler, der für seine Heimat eintritt, für die SVP nun wichtiger sein als Absprachen mit italienischen Parteien“, sagte er. Gutweniger, BMjr. des SSB und (seinerzeit noch immer) SVP-Mitglied, kritisierte unter anderem, dass sich seine Partei „von den Wiener KSZE-Demonstranten, die mehrheitlich aus der SVP und vom Schützenbund gekommen“ seien,

distanziert habe. Diese Haltung habe die italienische Justiz erst ermuntert, gegen die Demonstrationsteilnehmer nach fast einem Jahr auf diese Art und Weise vorzugehen. Ähnlich argumentierten Dr. Christian Waldner und Pius Leitner, der spätere FPS-Obmann. Waldner rief alle demokratischen Parteien auf, sich dafür einzusetzen, dass der umstrittene, weil aus der Zeit des Faschismus stammende Paragraph 269 des italienischen Strafbuchgesetzbuchs („staatsfeindliche Tätigkeit im Ausland“) abgeschafft werde. Auf dessen Grundlage hatte Staatsanwalt Cuno Tarfusser nämlich bei Untersuchungsrichter Eduardo Mori die Haftbefehle erwirkt, wozu Justizminister Virginio Rognoni die – vorher einzuholende – Zustimmung erteilt hatte. Die Landtagsabgeordnete Dr. Eva Klotz teilte von ihrem französischen Urlaubsdomizil auf Korsika aus via Tageszeitung „Dolomiten“ den italienischen Strafverfolgungsbehörden mit, wann sie quasi „zur Verhaftung“ zur Verfügung stehe. Sie wurde dann tatsächlich bei der Einreise festgenommen und wie einige andere Inhaftierte Tage später „in Hausarrest“ entlassen.

In Österreich protestierten vornehmlich FPÖ-Politiker scharf gegen das Vorgehen der italienischen Justiz und kritisierten vor allem das doch eher als wachweich zu charakterisierende Verhalten der SPÖ-ÖVP-Bundesregierung, namentlich ihres Außenministers Alois Mock, aber auch gegen die wenig couragierte Haltung der SVP-Führung. Mock (ÖVP) hatte über die Botschaft in Rom dem italienischen Außenministerium eine Erklärung zukommen lassen, worin es lediglich hieß, Österreich „bedauert die Zwangsmaßnahmen gegen Personen, die von den ihnen in der KSZE-Schlussakte und internationalen Menschenrechtsinstrumenten garantierten Rechten Gebrauch“ gemacht hätten. Die Bundesregierung bringe daher „mit allem Nachdruck ihr Befremden zum Ausdruck“. Dagegen war es für die FPÖ „geradezu grotesk, dass die italienischen Stellen unter Berufung auf ein Gesetz aus der faschistischen Ära das in der freien Welt selbstverständliche Demonstrationsrecht missachteten und die Südtiroler in neofaschistischer Manier unter Druck setzten“. Während die Krimtataren für ihr Recht auf Heimat demonstrieren könnten, reagiere Italien mit Verhaftung auf das, was Gorbatschow in der Sowjetunion toleriere, ließen die Nationalratsabgeordneten Horst Schen-

der und Helmut Haigermoser sowie der Tiroler Landtagsabgeordnete Siegfried Dillersberger verlauten. Für die ÖVP äußerte ihr außenpolitischer Sprecher Dr. Ludwig Steiner immerhin, die Verhaftung der 14 Südtiroler verstoße gegen Buchstaben und Geist der Schlussakte von Helsinki und müsse mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Und der ÖVP-Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Felix Ermacora stufte die Haftbefehle gegen insgesamt 17 Südtiroler als „Verstoß gegen die europäische Rechtsstaatlichkeit“ ein. Der Staats- und Völkerrechtler, Gutachter des UN-Menschenrechtsausschusses, vertrat den Standpunkt, dass die Bestimmung des § 269 des italienischen Strafgesetzbuchs, soweit sie auf die Meinungsäußerung angewendet wird, „eindeutig der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) widerspricht, deren Mitglied Italien ist.“ Gemäß Artikel 10 EMRK könne „eine freie Meinungsäußerung, die noch dazu auf Richtigkeit der Tatsachen beruht, niemals dem Ansehen eines europäischen Staates noch seinen nationalen Interessen widersprechen, vor allem, wenn faschistisches Unrecht angeprangert wird“.

Für die SPÖ äußerte Zentralsekretär Fritz Marsch in der „Sozialistischen Korrespondenz“ (SK; Parteipressedienst), man erwarte von der neuen italienischen Regierung, dass die Verhafteten „unverzüglich freigelassen werden“ bzw. der über sie verhängte Hausarrest aufgehoben werde. Immerhin setzten SPÖ-Abgeordneter Dr. Peter Jankowitsch, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrates, sowie die vier Tiroler SPÖ-Abgeordneten Walter Guggenberger, Dr. Lothar Müller, Robert Strobel und Helmut Weinberger, dadurch ein symbolisches Zeichen, dass sie eine Solidaritätserklärung zugunsten des Südtiroler KSZE-Komitees abgaben.

In Südtirol jubelten die Neofaschisten über die Verhaftungen. MSI-Kammerabgeordneter Andrea Mitolo, der in seiner ersten Parlamentsrede die „staatsfeindlichen Aktionen im In- und Ausland“ angeprangert hatte, bekundete gegenüber der Nachrichtenagentur ANSA seine Befriedigung über das Vorgehen der Justiz. Es sei das erste Mal, dass ein Delikt geahndet werde, für dessen Verfolgung es der Genehmigung des Justizministers bedürfe. Mitolo lobte die Vorgangsweise Rognonis, Martins und Moris. Die Aktion der Justiz sei „die

würdige Antwort auf die anti-italienischen Aussagen“ des SVP-Abgeordneten Hans Benedikter in der Kammer. Benedikter hatte ausgeführt, für einen Rechtsstaat, als den Italien sich bezeichne, sei es beschämend, auf ein Unrechtsgesetz zurückgreifen zu müssen, um Staatsbürger mundtot zu machen, weil diese „nicht eine einheitliche ‚Staatsmeinung‘ verträten.“

Dagegen zeigte sich Pius Leitner, damals noch Mitglied des Parteiausschusses, des zweithöchsten Gremiums der SVP, „tief enttäuscht“ darüber, dass sie sich „erst lange nach den Stellungnahmen österreichischer Politiker aus allen Lagern mit den unter Hausarrest Gestellten solidarisch erklärt“ habe. Auch deshalb wandte sich Leitner wohl schließlich ganz von der SVP ab. Ähnliches gilt für Stephan Gutweniger. Und wohl auch für Dr. Waldner, Exponent der SVP-Parteiorganisation „Junge Generation“ (JG), der „mit Bedauern“ feststellte, dass „die Grün-Alternativen unter Alexander Langer es verstanden haben, den größten politischen Profit aus dieser Affäre zu ziehen“. Eine ähnliche Demonstration wie jene in Innsbruck – wo Langer und 20 seiner Anhänger gegen das Vorgehen der italienischen Justiz gegenüber Südtirolern, die den „interethnischen“ Grün-Alternativen politisch-ideologisch ferner stehen als alle anderen Partei(ung)en (Ausnahme MSI), in einer unangemeldeten Aktion unter dem „Goldenen Dachl“ protestierten und damit „bewusst eine ‚staatsfeindliche Aktion,‘ im Ausland“ begingen –, wäre für die JG-Führung angebracht gewesen, bekundete er. Schließlich vertiefte sich damit auch der Graben zwischen dem austro-patriotischen Südtiroler Heimatbund (SHB) und der SVP. SHB-Wahlverbandsobmann Hans Mair warf der SVP-Führung vor, „mit Chloroformpolitik das Südtiroler Volk einschläfern“ zu wollen. Die SVP-Spitze möge außerdem „das Geschwafel von geistig-kultureller Einheit zwischen den beiden Tiroler Landesteilen aufgeben, wenn sie nicht auch für die politische Einheit Tirols“ sei. Schließlich: Die SVP sage zwar immer, „dass das Selbstbestimmungsrecht unverzichtbar“ sei, gehe aber auf Distanz, wenn Südtiroler, wie in Wien geschehen, dafür einträten.

Die 17 Südtiroler wurden übrigens letztlich am 21. Juni 1988 von Untersuchungsrichter Edoardo Mori freigesprochen. Im April schon hatte der

Oberste Gerichtshof in Rom (Kassationsgerichtshof) die Haftbefehle aufgehoben.<sup>12</sup>

## 10 Fall 2: „Paket-Abschluss“ und „Streitbeilegung“

In der österreichischen Südtirol-Politik war das Jahr 1992 erfüllt vom Geschehen rund um die formelle Beendigung dessen, was in der politisch-historischen Literatur unter „Paket-Abschluss“ und „Streitbeilegung“ bekannt ist. Im südlichen Teil Tirols selbst waren die Ereignisse vornehmlich von der außerordentlichen SVP-Landesversammlung in Meran bestimmt, welcher – wie jener des Jahres 1969 an ebendemselben Ort – in aufbereitenden politisch-publizistischen Darstellungen alsbald das Epitheton ornans (schmückende Beiwerk) „historisch“ zugeordnet ward. Noch bevor es am 30. Mai 1992 dazu kam, entbrannte die grundsätzliche Auseinandersetzung nicht nur darüber, welche Voraussetzungen von Seiten Roms erfüllt zu sein hätten, damit die SVP der von Wien abzugebenden „Streitbeilegungserklärung“ zustimmen konnte, sondern ob es überhaupt (schon) geboten sei, die Beendigung des Streits zu erklären.

In der Hauptresolution, die den SVP-Delegierten zur Abstimmung vorgelegt wurde, forderte die Partei sowohl für die Schlusserklärung, als auch für den Notifizierungsakt der Streitbeilegung Österreichs die Feststellung, dass „die Paketmaßnahmen Akte in Durchführung des Pariser Vertrags“ (von 1946) seien. Erst nach deren Erfüllung könne der seit den 1960er Jahren vor den UN anhängige Konflikt zwischen Österreich und Italien für beendet erklärt werden. Nach Ansicht des amtierenden Parteiobmanns, Senator Univ.-Prof. Dr. Roland Riz, reichte diese Feststellung für die internationale Absicherung des Autonomiestatus, verbunden damit auch dessen Einklagbarkeit vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag, aus, sollte es zu Verletzungen seiner Bestimmungen durch Rom kommen. Bis unmittelbar vor der SVP-Landesversammlung war unklar, ob Italien eine derartige Modifizierung der Streitbeilegungserklärung durch Österreich akzeptieren würde. Zwei weitere Resolutionen hatten die

Wiederherstellung der bürgerlichen Rechte verurteilter Südtirol-Aktivisten sowie das Verlangen nach „Vollautonomie“ zum Inhalt, die SVP-Funktionäre um Landesrat Dr. Bruno Hosp und den Landtagsabgeordneten Dr. Franz Pahl seinerzeit forderten.

Massive Bedenken gegen den Paket-Abschluss und die Abgabe der Streitbeilegungserklärung erhoben indes nicht nur die FPÖ sowie die (aus dem Zusammengehen des Landtagsabgeordneten Gerold Meraner der vormaligen – „alten“ – FPS und der Landtagsabgeordneten Dr. Eva Klotz vom SHB-Wahlverband entstandene) UfS, für die auch der vormals langjährige SVP-Landesrat Dr. Alfons Benedikter im Bozner Landhaus saß, sondern auch der ÖVP-Nationalratsabgeordnete Univ.-Prof. Dr. Felix Ermacora, der die römische „Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis“ (AKB) „das Damoklesschwert über der Autonomie“ nannte. Benedikter war bis zu seinem Austritt aus der SVP nach heftigen Kontroversen im Jahr 1989 just wegen der Paket-Politik, welche er für von Rom unterminiert hielt, jahrzehntelang Mitstreiter des „Paket-Vaters“ und langjährigen LHs sowie SVP-Obmanns Magnago.

Die UfS warnte ebenso wie in Wien und Innsbruck die FPÖ eindringlich vor einer Streitbeilegungserklärung Österreichs gegenüber Italien vor den UN. „Eine Streitbeilegungserklärung wäre ein völkerrechtlicher Selbstmord“, sagte UfS-Fraktionsobfrau Eva Klotz, die eigens dazu in Wien eine Pressekonferenz abhielt. Durch diese Erklärung würde die Position Italiens vor dem IGH in Den Haag gestärkt. Sie forderte von Österreich einen „Südtirol-Vorbehalt“ für den Fall des zu erwartenden EG-Beitritts Wiens und fügte hinzu, das Selbstbestimmungs-Verlangen bleibe für Südtirol auch in einem vereinten Europa bestehen. Ihr Parteifreund Alfons Benedikter warf dem österreichischen Außenminister Mock (ÖVP) vor, eine dringliche Anfrage der FPÖ zum Südtirol-Paket unrichtig beantwortet zu haben. Im Gegensatz zu den Äußerungen Mocks stünden der Mindererfüllung von Paketbestimmungen keine Übererfüllung in anderen Punkten gegenüber, sagte Benedikter. UfS-Obmann Martin Wenter führte aus, das Südtirol-Paket sei in seiner jetzigen Form inakzeptabel,

<sup>12</sup> Die Vorgänge sind ausgiebig beleuchtet in: Olt, Reinhard, Standhaft im Gegenwind. Der Südtiroler Schützenbund und sein Wirken für Tirol als Ganzes; Neumarkt a.d. Etsch (Verlag Effekt! www.oeffekt.it) 2017, S.44-46

da durch den Weiterbestand der AKB die Autonomie jederzeit ausgehöhlt werden könne. Im übrigen sei das Paket „ohnedies nur eine Übergangslösung bis zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts“. Die Südtiroler Vorbehalte deckten sich vollinhaltlich mit allen von der FPÖ – und insbesondere von deren Tiroler Abgeordneten Dr. Siegfried Dillersberger leidenschaftlich (s.o.) – vorgetragenen Bedenken im Grundsätzlichen.<sup>13</sup>

Ermacora hatte seine Warnung vor einem Abschluss des Autonomiepakets ohne Eliminierung der umstrittenen AKB vor etwa 1.500 Schützen vorgetragen, die am 29. März 1992 im Meraner Kurhaus zu einer außerordentlichen Bundesgeneralversammlung des SSB unter dem – von der SVP heftig kritisierten – Motto „Südtirol am Scheideweg: Selbstbestimmung oder italienische Provinz?“ zusammengekommen waren. Die AKB, mit der Rom wiederholt ins Autonomie-Statut eingegriffen habe, stehe „zum Geist des Pariser Abkommens in vollem Widerspruch“, sagte Ermacora. Der Wert des Pakets stehe und falle mit der AKB, und die Selbstbestimmung laufe den Südtirolern davon, wenn es zu einem Paketabschluss ohne entsprechende Aufklärung der Bevölkerung komme. Ermacora gab sich auch davon überzeugt, dass die Brennergrenze durch einen österreichischen EG-Beitritt nicht verschwinden werde: Sie werde „vielleicht für Touristen durchlässiger, nicht aber für alle, die noch immer auf den von Italien geführten ‚Schwarzen Listen‘ stehen“. Die Bindung an die römische Gesetzgebung bleibe ebenso bestehen wie die „Gefahr der Verelsässerung, die landauf landab spürbar ist“. Nach seiner Ansicht gehe es darum, ob Südtirol als kulturelle und sprachliche Gemeinschaft erhalten werden könne, oder ob es im „Europa der Vaterländer“ aufgehe. Ziel müsse die „Erhaltung der Südtiroler Gemeinschaft“ sei Ermacora verwies auf eine Entschließung des Österreichischen Nationalrats aus dem Jahre 1946, wonach Österreich nicht auf Südti-

rol verzichten und bei geänderter Weltlage die Situation bereinigen werde; sie habe ihre Gültigkeit nicht verloren. Zudem trat er für eine „Entmilitarisierung aller Tiroler Landesteile“ ein: Das Zurückziehen des Militärs aus dem österreichischen und dem italienischen Teil Tirols solle Teil eines nach der Streitbeilegungserklärung zu unterzeichnenden Freundschaftsvertrags zwischen Wien und Rom sein, der gemeinsam unterschrieben werden möge. Für alle künftigen Entwicklungen gelte, dass die Italiener in Südtirol sicher sein dürften, dass ihnen Österreich demokratische Rechte sowie die Menschenrechte garantieren werde, sagte Ermacora.

Trotz der Kritik aus der SVP-Führung hielt der SSB an dieser „Anti-Paket-Veranstaltung“ fest. Den Vorwurf der Parteilichkeit im Zusammenhang mit der Veranstaltung wies er zurück. „Es liegt uns fern, irgendeine Wahlhilfe zu leisten“, betonte BMjr. Stephan Gutweniger. Es gehe darum, die Mitglieder des Schützenbunds „über diese Form des Pakets“ zu informieren. LKdt. Pius Leitner unterstrich die Haltung des SSB: „Wir sind nicht gegen das Paket, aber gegen einen Paketabschluss, der uns Italien ausliefert, ohne dass wir nachher etwas tun können“. Eine Entscheidungsbefugnis beim Paketabschluss hätten die Schützen zwar nicht, doch „das Recht, die eigenen Mitglieder zu informieren“, sagte Gutweniger.

Die Bundesleitung der Schützen teile nicht die Auffassung der SVP, wonach die politische Meinungsbildung in Südtirol allein Politikern und/oder Parteifunktionären vorbehalten sei. Die Schützen hätten einen klar definierten volkstums-politischen Auftrag zu erfüllen. Zu den wichtigsten Zielsetzungen des SSB gehöre die Erhaltung der Tiroler Wesensart und die Existenzsicherung der deutschen und ladinischen Volksgruppe. Das Paket aber, das von der SVP mit der italienischen Regierung ausgehandelt worden sei, könne „nie ein Garant für den Fortbestand des Südtiroler

**13** Auch überparteiliche Organisationen, die damals dennoch zum Teil (oder in Teilen) unter dem Einfluss der Sammel-partei SVP standen – wie der Südtiroler Schützenbund (SSB), der Autonome Südtiroler Gewerkschaftsbund (ASGB), die Föderalistenorganisation „Europa-Union“ sowie die „Union de Ladins“, der Dachverband der Ladiner –, sprachen sich strikt gegen den Abschluss aus. Während der ASGB kritisierte, dass er noch immer nicht den italienischen Gewerkschaften gleichgestellt sei und die Ladiner eine eindeutige Verankerung ihrer Rechte verlangten, richtete sich die Kritik der „Europa-Union“ und des SSB – gleich Ermacora – vor allem gegen die AKB: diese werde mit dem von der SVP-Führung angestrebten Abschluss festgeschrieben, womit der Aushöhlung der Autonomie praktisch Tür und Tor offen stünden. Führende SSB-Funktionäre verbanden mit ihrer Kritik sogar die Drohung, aus der SVP auszutreten, sollte dennoch abgeschlossen und die Streitbeilegung erklärt werden. (siehe Olt, Standhaft im Gegenwind, a.a.O., S.76-80)

Volkes sein“. SVP-Politiker hätten die Schützen nach dem Protestmarsch gegen das faschistische Siegesdenkmal in Bozen „zum Gewissen des Südtiroler Volkes hochstilisiert; jetzt, da sich das ‚Gewissen‘ regt, möchte man ihm einen Maulkorb umhängen“, ließ BMjr. Dr. Stephan Gutweniger vor der außerordentlichen SSB-Bundesgeneralversammlung verlauten. LKdt Pius Leitner hatte vor den versammelten Delegierten der 137 Südtiroler Kompanien sowie von Abordnungen aus Nord-, Ost- und Welschtirol nachdrücklich davor gewarnt, dass Südtirol durch den Paketabschluss zu den seinerzeit gegebenen Bedingungen zwangsläufig „zu einer ganz gewöhnlichen italienischen Provinz“ werden müsse. Nach seiner Ansicht sei „jetzt der günstigste Moment, den Südtirolern die Selbstbestimmung zu geben“. Es gehe „letztlich darum, ob wir als Tiroler in diesem Land leben können“, sagte Leitner, der die Überparteilichkeit des SSB betonte: „Die Schützen sind weder für noch gegen eine Partei“, sie führten nur „aus Sorge um die Heimat“ Aktionen durch, um meinungsbildend zu wirken und auf die offizielle Politik Einfluss zu nehmen.

In der schließlich verabschiedeten Resolution sprach sich der SSB uneingeschränkt für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts aus. Es müsse als gemeinsames Anliegen die Basis jeder künftigen Südtirol-Politik sein, zumal die UN-Resolutionen ebenso wie die Menschenrechtsakte „sogar vom italienischen Verfassungsgerichtshof als zwingendes Völkerrecht erachtet“ würden. Es sei Italien klarzumachen, „dass wir das Paket lediglich als Interpretation des Pariser Vertrages ansehen, als Zwischenlösung im Sinne der Entschließung des Außenpolitischen Ausschusses des Österreichischen Nationalrates vom 1. Oktober 1946“. Alldem liege die Überzeugung zugrunde, „dass die Südtirolfrage letztlich nur durch Selbstbestimmung gelöst“ werden könne, hieß es in der Resolution, in der sich die Schützen für eine „echte internationale Verankerung des Paketes als Durchführung des Pariser Vertrages“ und – wie schon erwähnt – für die vollkommene Abschaffung der AKB aussprachen. (Auf die Forderung nach Abschaffung der AKB verzichtete die SVP dann auf ihrer Landesversammlung, nachdem Riz eine „Durchführungsbestimmung zur Einschränkung der AKB“ für ausreichend vorgab.) Die Südtiroler Schützen hätten weiterhin „großes Vertrauen ins

Vaterland Österreich“, obwohl es Spekulationen darüber gebe, dass Wien den Streit mit Rom über die Südtirolfrage wegen des angestrebten österreichischen EG-Beitritts beilegen wolle.

All dem hielt SVP-Obmann Riz entgegen, es sei Zeit, einen „Schlusstrich zu ziehen und etwas anderes zu machen“. Für ihn sei „aus der Paketpolitik nichts mehr herauszuholen“. Südtirol müsse sich „dynamisch weiterentwickeln“, wolle es nicht zu einem „Indianerreservat“ werden. Seine Partei werde nach dem Paketabschluss entsprechende Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Südtirol-Autonomie unterbreiten. Die internationale Absicherung sei sowohl notwendig, um neue Wege einschlagen zu können, als auch im Hinblick darauf, dass es in Italien zu Verfassungsänderungen komme. Der „Verbleib bei Italien“ sei „derzeit nicht abänderbar“, meinte Riz, und die Schutzmachtfunktion Österreichs werde durch den Abschluss nicht genommen, sondern bestätigt. Seine „ganz große Sorge“ gelte indes dem Bestand der Autonomie im Blick auf die EG. So stünden einige ihrer Bestimmungen „in krassem Widerspruch zur EG“, beispielsweise der Proporz, insbesondere die Vergabe von Stellen in der öffentlichen Verwaltung sowie in staatsnahen Betrieben entsprechend der Stärke der drei Sprachgruppen. Von Rom habe er jedoch bereits „die Zusicherung, dass die Autonomiebestimmungen in Brüssel hinterlegt“ würden. Und er werde Wien ersuchen, im Zuge des EG-Beitritts Österreichs auf dessen besondere Verpflichtungen für Südtirol hinzuweisen. Die von mehreren Seiten kritisierte AKB bezeichnete Riz zwar als „schmerzlichen Punkt“, der „Gegenstand von Interventionen“ sein werde; jedoch sei die mit Rom ausgehandelte „Durchführungsbestimmung zur Einschränkung der AKB“ als „Schutz für die Autonomie zu sehen“. Nichtsdestotrotz ließ sich Riz in einer Pressekonferenz vor der SVP-Landesversammlung zu heftiger Kritik an der SSB-Führung hinreißen, der er „politische Einmischung“ vorwarf: Die Schützen sollten sich „vielmehr um kulturelle Belange kümmern“, empfahl er.

Zuvor schon hatte die SVP-Führung in einer Verlautbarung die Feststellung getroffen, mit der „Anti-Paket“-Veranstaltung des SSB in Meran hätten die Schützen „den bisherigen Weg der Überparteilichkeit verlassen“. Nach Ansicht der SVP gehe eine einseitige Ausrichtung der Einstellung des SSB in grundlegenden Fragen der Südtirol-Politik an den Zielen und Aufgaben des Schützen-

wesens vorbei. Die politischen Entscheidungen für Südtirol stünden allein den von der Bevölkerung gewählten politischen Vertretern und den politischen Parteien zu, nicht aber dem SSB.

Ganz anders, das sei an dieser Stelle ausdrücklich vermerkt, um den Kontrast aufzuzeigen, sah das der damalige Nordtiroler FPÖ-Nationalratsabgeordnete und „einfache Gewehrshütze der Kompanie Kematen“, Walter Meischberger. Der Schützenbund – er nannte den (Nord- und Ost-) Tiroler – sollte „wieder zu einem Gewissen der Parteien“ werden und dürfe sich weder von der einen noch von der (oder den) anderen vereinnahmen lassen. Andernfalls verlören die Schützen an Glaubwürdigkeit und reduzierten ihr Tun auf das von Trachtenvereinen, womit sie zur Faschingsattraktion verkümmerten, sagte Meischberger. Heftige Kritik übte er in diesem Zusammenhang an Hofrat Walter Zebisch, dem damaligen Landeskommendanten (LKdt.) der Nord- und Osttiroler Schützen. Wegen der Nicht-Teilnahme am Protestmarsch gegen das faschistische Siegesdenkmal in Bozen, des Trachtenverbots für die Veranstaltung „Nachdenken über Tirol“ am Brenner und der Absage an die vom SSB angeregte Wiedervereinigung der beiden Schützenbünde möge der dafür verantwortliche Zebisch zurücktreten, verlangte Meischberger. [Zum Führungswechsel im BTSK, dem damals 229 Kompanien angehörten, kam es dann tatsächlich im Frühjahr 1993: Mjr. Walter Zebisch trat nach 22 Jahren an der Spitze als LKdt. zurück. Zum Nachfolger wurde Mjr. Emmerich Steinwender, Kommandant des Oberinntaler Schützenregiments, gewählt. Steinwender nannte als eines seiner Ziele „die Zusammenarbeit mit anderen Bündnissen der Tiroler Heimat und der Alpenregion der Schützen“.]

In seiner Funktion als freiheitlicher Südtirol-Sprecher im Nationalrat sprach sich Meischberger – im Gegensatz zu Dillersberger und anderen FPÖ-Politikern – für den Abschluss des von ihm „als Zwischenschritt“ erachteten Südtirol-Pakets aus. Danach sei allerdings die Wiedervereinigung der Landesteile als „politisch effizienteste Lösung“ anzustreben. Die (vornehmlich von ÖVP und SVP propagierte) „Europaregion Tirol“ sollte „nicht nur in kultureller und geistiger Hinsicht bestehen, sondern eine Verwaltungseinheit

beinhalten“. Die in Südtirol lebenden Italiener sollten in einer „Europaregion Tirol“ sofort „jene Rechte erhalten, um die die Südtiroler bis heute noch kämpfen“, sagte Meischberger. Ein starkes Europa brauche „Regionen, in denen absoluter ethnischer Friede herrscht“. Meischberger befürwortete – „nach umfassender vorheriger Information der dortigen Bevölkerung“ – die Abhaltung einer Volksbefragung in Südtirol. Dabei sollte über die Möglichkeit des „Verbleibs bei Italien“, der „Rückkehr zu Tirol“ oder der „Eigenständigkeit“ befunden werden können.

Weil die SVP am 30. Mai 1992 bei 82,9 Prozent der Delegiertenstimmen ihr Ja zum Paketabschluss – als Voraussetzung für die Streitbeilegungserklärung Österreichs – bekundete, kündigte SSB-LKdt. Pius Leitner tags darauf seinen Austritt aus der Sammelpartei an. In seiner Festansprache auf der Gründungsveranstaltung des Schützenbezirks Unterland sagte Leitner am 31. Mai in Tramin, er wolle „mit diesem Schritt die Überparteilichkeit des Schützenbundes noch stärker unterstreichen“. Leitner wies auf die unberücksichtigt gebliebenen Forderungen der Schützen nach „vollständiger Abschaffung der Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis“ hin, womit „dem italienischen Staat das Instrument des Eingriffs in unsere Autonomie genommen worden wäre“. Die Schützen seien zudem „nicht so gutgläubig“ (wie die SVP-Delegierten), „dass sie aufgrund einer mündlichen Zusage“ (wie sie SVP-Obmann Roland Riz von Rom erhalten hatte) „eine derartige Entscheidung treffen“ würden. Ihr Ziel bleibe die Tiroler Landeseinheit, große Hoffnungen setze man dabei auf ein „Europa der Regionen, in dem die Wiedervereinigung der Tiroler Landesteile möglich sein muss“, so Leitner, der alsbald zu den Gründern der Freiheitlichen Partei Südtirols gehören und auch deren langjähriger Obmann sein sollte.<sup>14</sup>

### 11 Fall 3: Österreichische Orden für italienische Neofaschisten

Zu den Tiefpunkten österreichischer Südtirol-Politik gehörte ein Vorgang auf der diplomatisch-formellen Ebene, welcher ein Schlaglicht auch auf Verfehlungen wirft, an denen Exponen-

ten der damaligen FPÖ mitwirkten. Denn wie sich seinerzeit das „Vaterland Österreich“ während der schwarz-blauen Koalitionsregierung unter Kanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) und Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer (FPÖ) verhielt, verdeutlicht das Beispiel „Ordens-Affäre“, das zwischen Brenner und Salurner Klausen nicht anders denn als „Schlag ins Gesicht der Südtiroler“ empfunden werden konnte. Dazu kam es, als der österreichische Bundespräsident Thomas Klestil aus Anlass seines Staatsbesuchs in Italien dem stellvertretenden Regierungschef Gianfranco Fini von der aus dem neofaschistischen Movimento Sociale Italiano (MSI) hervorgegangenen Alleanza Nazionale (AN) den zweithöchsten Orden, den die Republik Österreich vergibt, verlieh. „Der Bundespräsident der Republik Österreich bekrundet hiermit, dass er in Ausübung der ihm verfassungsmäßig zustehenden Befugnisse mit Entschließung vom 19. September 2002 Seiner Exzellenz dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der italienischen Republik Gianfranco Fini das Große Goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich verliehen hat.“ Dieser Text in aller Unschuld, leicht erhaben auf versteiftes Papier gedruckt und handschriftlich von Klestil „unterfertigt“, entfaltete kataraktische Wirkung.

„Ich möchte mich jedes Kommentars enthalten“, sagte der verärgerte SVP-Vorsitzende Brugger; Österreich habe Südtirol sehr oft geholfen, dennoch sei er „verwundert und sprachlos.“ Bruggers Stellvertreter, Landeshauptmann Luis Durnwalder, Regierungschef der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol, protestierte „auf allen Ebenen gegen die Auszeichnung Finis“ und sprach, wie der Nordtiroler Landeshauptmann Wendelin Weingartner (ÖVP), von „mangelnder Sensibilität“. Silvius Magnago, „Vater der Autonomie“ und wie Durnwalder Träger desselben hohen österreichischen Ehrenzeichens, nannte die Auszeichnung Finis einen „Fehlgriff“. Bozens Vizebürgermeister Elmar Pichler-Rolle (SVP) machte, wohlwissend, dass dieser derlei nur auf Vorschlag der Regierung tun konnte, Klestil als Verursacher des „Schlags ins Gesicht aller Südtiroler“ verantwortlich. Für die oppositionelle UfS sprach die Abgeordnete Eva Klotz vom „Höhepunkt in der Anbiederungspolitik Österreichs“. Der Südtiroler Heimatbund (SHB), die Vereinigung der ehemaligen Südtirol-Aktivistinnen, reagier-

te empört: „Einen Dolchstoß dieser Art hätten wir nicht erwartet.“

Sogleich war allerorten die Vermutung laut geworden, die FPÖ könnte sich für Fini stark gemacht haben. Das stellt diese in Abrede; gleichwohl begleiteten Vizekanzlerin Riess-Passer sowie die Minister Herbert Scheibner und Mathias Reichhold Klestil nach Rom. Von Reichholds Vorgängerin im FPÖ-Vorsitz war bekannt, dass sie – schon um Haiders Kontakte zur Lega Nord Umberto Bossis zu konterkarieren – mit Fini auf vertrautem Fuß stand: Beide konnten sich eine Schrittmacherrolle von FPÖ und AN bei der Verwirklichung eines europäischen Verbunds recht(spopulistischer) Parteien vorstellen, wie sie ja ohnedies Intention prominenter Parteiexponenten wie Andreas Mölzer war. (s. o.) Südtiroler Politiker äußerten aber auch unverhohlen die Befürchtung, ihr „natürlicher“ Partner ÖVP – mit dessen Vorliebe für Berlusconi's Forza Italia (FI) – sowie die von ihm geprägte Wiener Außenpolitik opfereten Südtirol „parteilichen Freundschaften“. Man erinnert(e) sich historischer Reminiszenzen: Die Kanzler Engelbert Dollfuß, den man in der ÖVP, wo in deren Nationalrats-Klubraum lange Zeit sein Konterfei hing, irgendwie als Ahnen sah, und Kurt von Schuschnigg sympathisierten zunächst mit Mussolini gegen Hitler, bis österreichische illegale Nazis Dollfuß töteten und die Achsenpartnerschaft Berlin–Rom Schuschnigg aus seinen Träumen riss. [Und just nach 1945 sollte sich zeigen, dass die ÖVP-Führung mit der ihr weltanschaulich-katholisch verbundenen, über Nachkriegsjahrzehnte dominanten Democrazia Cristiana (DC) insgeheim mehr konform ging, als sich konsequent für die „Herzensangelegenheit Südtirol“ stark zu machen, wie der Publizist Helmut Golowitsch in seinen beispiellosen zeithistorischen Studien „Südtirol – Opfer für das westliche Bündnis“ (Graz 2017) und „Südtirol – Opfer geheimer Parteipolitik“ (Graz 2019) herausarbeitete.]

SVP, UfS und Grüne sahen ebenso wie SPÖ und Grüne in Österreich den „Gipfel der Anbiederungspolitik der schwarz-blauen Regierung an die Rechtskoalition in Rom“ erreicht. Die Wiener Außenpolitik gegenüber Italien sei „dilettantisch, ignorant und peinlich“ wie seinerzeit, als die damalige Staatssekretärin Ferrero-Waldner von ihrer ersten offiziellen „Reise nach ‚Bolzano‘“ sprach. Gar mancher Südtiroler machte aus seiner Böswil-

lichkeit keinen Hehl, neben einem Akt der außenpolitischen Dankbarkeit für das baldige römische Ausscheren aus der EU-Sanktionsfront sogar eine Art nomineller Affinität darin zu sehen, dass die Wiener Außenamtschefin den Vornamen Benita trägt, die weibliche Form von Benito.

Unter diesen Umständen suchte man in Wien fieberhaft den Schwarzen Peter für die verfehlte Ehrbezeugung für Fini hin- und herzuschieben. Oder deren verheerende Wirkung dadurch zu minimieren, dass man sie als Formalie und „diplomatische Usance“ hinstellte, die nicht der Person, sondern dem Amt gegolten habe. Aus der Präsidentschaftskanzlei, die vor Bekanntwerden der Ehrung dieselbe zunächst dementiert hatte, verlaute, es entspreche internationalen Gepflogenheiten, dass bei Staatsbesuchen ein „Ordensaustausch“ stattfindet: Da der letzte 1971 stattgefunden habe, seien 56 österreichische Orden vergeben worden; rot-weiß-rote Ordensgaben demnach in einem Umfang, dass sich wiederum nicht nur aus Bozner Sicht die Frage stellte, wer angesichts der zwiespältigen Haltung der zentralistischen AN zu Minderheiten, Autonomiepaket und Selbstverwaltung den Mut nicht hatte, Fini und seinesgleichen von der Liste zu nehmen.

Das Außenministerium behauptete indes, es habe die römische Vorschlagsliste lediglich in die Hofburg weitergeleitet; diese entgegnete, es sei dem Staatsoberhaupt lediglich zugekommen, die nach formellem Ministerratsbeschluss über das Außenamt eingegangene Namensliste der Reihe nach zu beurkunden. Das deckt(e) sich zwar mit dem Text der Verleihungsurkunde für den stellvertretenden italienischen Ministerpräsidenten. Aber sowohl die eine als auch die andere Version hinterließen in der jeweils dargebotenen Naivität eine breite Spur der Heuchelei. Und sie erwiesen sich angesichts des maßgeblich von Finis Auftritt mitbewirkten negativen, allen SVP-(und Grünen/Verdi-) Parolen, wonach die ethnischen Italiener Südtirols längst die Autonomie akzeptierten und deren Vorzüge genossen, zuwiderlaufenden Abstimmungsergebnisses darüber, ob in Bozen der „Siegesplatz“ (mit dem unsäglichen, Tiroler und Österreicher herabwürdigenden „Siegesdenkmal“) in „Friedensplatz“ umbenannt werden sollte, als typischen Wiener

Schmäh.<sup>15</sup> Ähnlich konfliktträchtig, aber gemäß politischer Couleur auf herkömmliche Weise kontrastierend eingefärbt, trug sich zu.

## 12 Fall 4: Die Bürgermeister- und Schützen-Petition

Ende 2005 hatten die Bürgermeister von 114 der 116 Gemeinden Südtirols im Verein mit Bürgermeistern des Bundeslandes Tirol sowie den Oberen der traditionsreichen Schützenverbände beider Landesteile eine an das österreichische Parlament gerichtete Petition unterzeichnet und übergaben sie dem damaligen Nationalratspräsidenten Andreas Khol. Darin hieß es: „Die unterzeichneten Schützenkompanien und Bürgermeister aus allen Teilen des historischen, großen Tirol ersuchen den Nationalrat, bei den derzeit laufenden Beratungen über eine neue österreichische Bundesverfassung auf der Grundlage der Beratungen des Österreich-Konvents in der Präambel einer solchen Verfassung folgende Worte aufzunehmen: ‚1. Die Republik Österreich anerkennt die historisch gewachsenen Volksgruppen in Österreich und setzt sich für Schutz und Förderung der mit Österreich geschichtlich verbundenen deutschsprachigen Minderheiten, insbesondere auch der Südtiroler, ein. 2. Die Republik Österreich bekennt sich zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes des vom Land Tirol abgetrennten Tiroler Volkes deutscher und ladinischer Sprache und zum besonderen Schutz der Rechte der Südtiroler auf der Grundlage des Völkerrechtes.‘“

Starker Tobak, der offenbarte, wie gering das Vertrauen von Amtsträgern zwischen Brenner und Salurner Klause in die Verlässlichkeit römischer Politik war, zumindest in die damalige italienische Regierung unter Silvio Berlusconi.

Diese reagierte empört. Regionenminister Enrico La Loggia befand, die Südtirol-Autonomie sei eine „Sache des italienischen Staates, andere Staaten haben sich nicht einzumischen“. Innenminister Giuseppe Pisanu sprach gar von einer „ernsthaften Bedrohung“ und schloss „Initiativen zur Verteidigung der nationalen Einheit“ nicht aus. Andere Politiker der regierenden Forza Italia

(FI) Berlusconis und der Alleanza Nazionale (AN) Finis bliesen noch kräftiger ins nationale Horn. Das klang sehr nach den berüchtigten Paragraphen des aus faschistischer Zeit stammenden und nach wie vor gültigen „Codice Rocco“, die den Südtirolern stets in übler Erinnerung bleiben: „Angriff auf die Einheit des Staates“ (Strafbewehrung: lebenslängliche Haft) respektive „Anschlag auf die Verfassung“ (Strafbewehrung: zwölf Jahre Haft).

Italienischen Medienberichten zufolge waren „Österreichs Pläne für einen Südtirol-Passus in der neuen Verfassung auch der Grund dafür gewesen“ sein, dass der italienische Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi seinen für März 2006 geplanten Staatsbesuch in Wien verschob. Regionenminister und Innenminister erhielten vom Ministerrat den Auftrag, den Vorgang zu überprüfen und eventuelle Maßnahmen zu ergreifen. Alleanza Nazionale (AN), Koalitionspartner von Berlusconi Forza Italia (FI), protestierte gegen die Petition. In Südtirol verlangte der AN-Landtagsabgeordnete Pietro Mitolo von Außenminister (und AN-Chef) Gianfranco Fini, er möge sich mit dem Fall befassen: „Die Schützen und Bürgermeister beleidigen den italienischen Staat.“ Österreich könne als EU-Mitglied keine Schutzfunktion über einen anderen Staat innehaben. Berlusconis FI nannte die Schützen- und Bürgermeister-Petition „verantwortungslos und unbegründet“. Sie verlangte das Eingreifen des Staatspräsidenten Carlo Azeglio Ciampi als des „Garanten der nationalen Einheit.“ Die Bozner FI-Koordinatorin Michaela Biancofiore verlangte „strenge Maßnahmen gegen die Südtiroler Schützen und die Bürgermeister, die die Petition unterschrieben haben“ und forderte, deren Gemeinden unter Aufsicht eines von Rom ernannten Kommissars zu stellen: „Man muss die Würde des italienischen Staates und den Respekt für die nationalen Grenzen verteidigen“, hieß es in Biancofiores Stellungnahme. Sie lobte Bundespräsident Heinz Fischer dafür, dass er „die Petition der Schützen und Bürgermeister zurückgewiesen“ habe.

Die Führung der Südtiroler Volkspartei (SVP) stand hinter besagter Petition, die sie unterzeichnenden Bürgermeister gehörten ihr nahezu ausnahmslos an. Die Südtiroler Schützen neigen teils der SVP, teils der Union für Südtirol (UfS; heute Süd-Tiroler Freiheit STF) und teils den Freiheitlichen (FPS) zu, den deutschtirolischen (Landtags-)

Oppositionsparteien. Die SVP-Kammerabgeordneten Siegfried Brugger, Karl Zeller und Hans Widmann warnten indes vor „einem ethnisch geführten Wahlkampf“; in Italien standen Parlamentswahlen bevor. Den „von einigen Kreisen angezettelten Polemiken“ rund um die Schützen- und Bürgermeisterpetition zur Verankerung der Schutzmachtfunktion in der österreichischen Verfassung erteilten sie eine „klare Absage“: „Es handelt sich ausschließlich um gezielte Wahlkampfmanöver, um die Stimmung im Lande unnötigerweise anzuheizen“. Als „verantwortungslos“ bezeichneten sie „die Haltung einiger italienischer Gruppen, denen jedes Mittel recht ist, um sich bei den anstehenden Parlamentswahlen einen vermeintlichen Vorteil zu verschaffen. Die Polemiken schaden in jedem Fall ganz Südtirol und dem friedlichen Zusammenleben aller Sprachgruppen im Lande“, ließen die SVP-Kammerabgeordneten verlauten.

Der freiheitliche Südtiroler Landtagsabgeordnete Pius Leitner hielt die in der Petition verlangte Schutzmacht-Verankerung „nicht nur für richtig, sondern für notwendig“. Leitner führte in einer Pressemitteilung aus: „Die Reaktionen aus den Reihen der italienischen Parteien in Südtirol und von römischen Politikern sind mehr Ausdruck von schlechtem Gewissen als wirkliche Besorgnis“. Als „beinahe schon verrückt“ müsse die Anregung von Regionenminister La Loggia bezeichnet werden, das italienische Regierungskommissariat in Bozen habe die Petition „zu prüfen und die sie unterzeichnenden Bürgermeister gegebenenfalls abzusetzen“. Leitner: „Wenn hier etwas abzusetzen oder abzuschaffen ist, dann ist es das Regierungskommissariat als römischer Wachhund“. Diese Institution sei mit föderalistischen Prinzipien unvereinbar: „Es wäre ja noch schöner, wenn die Schützen und die Bürgermeister unseres Landes in Rom nachfragen müssten, ob sie die Rolle Österreichs als Schutzmacht anerkennen und für das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler eintreten dürfen“, ließ der FPS-Vorsitzende und vormalige SSB-LKdt. verlauten.

In Wien verteidigte Nationalratspräsident Andreas Khol (ÖVP), dem seinerzeit die Petition übergeben worden war, den für die Verfassung vorgesehenen Südtirol-Passus und bekannte sich ausdrücklich zu dessen Wortlaut im Entwurf, der hinsichtlich des „Schutzmacht“-Terminus vom Petitionstext abwich: „1. Die Republik Österreich

<sup>15</sup> Nicht zuletzt das damalige deutsche „Leitmedium“ deklarierte sich daran; siehe: „Rot-weiß-rote Bande. Alpiner Klimasturz nach Wiener Ehrbezeugung für Gianfranco Fini“, in: F.A.Z. vom 8.10.2002

anerkennt die historisch gewachsenen Volksgruppen in Österreich und setzt sich für Schutz und Förderung der mit Österreich geschichtlich verbundenen deutschsprachigen Minderheiten, insbesondere auch der Südtiroler, ein. 2. Die Republik Österreich bekennt sich zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes des vom Land Tirol abgetrennten Tiroler Volkes deutscher und ladinischer Sprache und zum besonderen Schutz der Rechte der Südtiroler auf der Grundlage des Völkerrechtes.“ Das sei im übrigen nichts Neues, versicherte Khol, sondern entspreche dem „derzeitigen Stand der sehr guten Beziehungen zwischen Österreich und Italien.“ Khol betonte: „Wir reden nicht von Schutzmacht, sondern vom Schutz unserer Volksgruppen.“ Die Schutzfunktion Österreichs beruhe auf dem Gruber-DeGasperi-Abkommen (5. 09.1946) und sei von Italien anerkannt worden. Die Idee, die Schutzfunktion in die Verfassungspräambel aufzunehmen, habe die ÖVP im Österreich-Konvent eingebracht. Die FPÖ habe dem zugestimmt, die SPÖ namens ihres Klubobmanns Josef Cap Zustimmung signalisiert. Die Tiroler SPÖ sei ebenfalls für eine solche Verankerung. Denn, so Khol: „Das ist ein nationales Tiroler Anliegen“, und „so sehe ich als Tiroler Abgeordneter das auch“.

Den Einlassungen des Nationalratspräsidenten hielt indes der damalige FPÖ-Bundesparteiobermann Heinz-Christian Strache entgegen: „Würde Khol die Sache der Südtiroler wirklich ernsthaft verfolgen, dürfte er es nicht bei der feierlichen Übergabe der Tiroler Schützen- und Bürgermeister-Petition und bloß bei Passagen im Zuge der Verfassungsreform belassen, sondern müsste vielmehr seine mit Rom bestens arrangierten SVP-Parteifreunde auffordern, echte Fortschritte des jetzigen Status quo herbeizuführen.“ Dies liege nicht, wie Khol meine, an den „Rechten“ in Italien, sondern „einerseits an der SVP, die weder links noch rechts ist, sondern selbstherrlich und saturiert im Nirwana der prinzipienlosen Mittesitz und andererseits an deren Schwesterpartei ÖVP, die es wieder einmal bei feierlichen Worten bewenden lässt“. Sowohl die FPÖ, als auch die Freiheitlichen in Südtirol seien „stets an vorderster Front, wenn es um eine echte und tiefgreifende Umsetzung der Südtiroler Autonomie geht. Dabei besteht sehr wohl noch die Notwendigkeit, Österreich in seiner Schutzfunktion hinsichtlich

der deutschen und ladinischen Südtiroler standfest zu positionieren, da von echtem Föderalismus und gründlicher Umsetzung der Autonomie noch keine Rede sein kann“, so Strache, der zusammen mit der FPS-Landtagsabgeordneten Ulli Mair die Stellungnahme verfasst hatte. Sie nannte als „exemplarisches Beispiel anachronistischer, kolonialer Realität“ das Bozner Regierungskommissariat, welches „als römischer Wachhund noch immer über den Institutionen der Teilautonomie schwebt“.

Romano Prodi, von 1996 bis 1998 italienischer Ministerpräsident, von 1999 bis 2004 EU-Kommissionspräsident und danach Oppositionsführer gegen die Regierung Berlusconi, den er nach den Parlamentswahlen im April 2006 ablöste (und bis 2008 als Regierungschef einer Mitte-links-Koalition amtierte, die auch von der SVP punktuell unterstützt wurde), nannte die Petition der Schützen und Bürgermeister „sinnlos“: „Die Idee, dass die Verfassung eines Landes Klauseln beinhalten könnte, die direkte Auswirkungen im Leben einer anderen Nation haben, hat weder juristischen noch politischen Sinn“, sagte Prodi nach Angaben der italienischen Nachrichtenagentur ANSA. Und: „Die Selbstbestimmung ist eine mögliche Wahl für ein Volk, sie würde jedoch unvermeidlich den Bruch mit der gegenwärtigen und vergangenen Geschichte bedeuten. Die Selbstbestimmung zu fordern bedeutet für Südtirol, die Geschichte und die Politik der letzten 60 Jahren zu leugnen. Das wahre Thema, über das man diskutieren sollte, ist die Bewertung der eigenen Identität, den Reichtum einer Zugehörigkeit, die man mit Recht verteidigen will“, so Prodi.

Im Hinblick auf die italienische Parlamentswahl verabschiedete die SVP-Parteiführung eine Erklärung, worin es hieß, „das Selbstbestimmungsrecht ist unverzichtbar, seine Ausübung steht aber derzeit nicht zur Debatte“. Ziel der Partei sei es, die Autonomie abzusichern und möglichst auszubauen. Dafür benötige man den richtigen Rahmen, und deshalb wolle die SVP den Spitzenkandidaten von Mitte-Links, Romano Prodi, unterstützen: „So können wir konstruktiv arbeiten und uns auch mit den Partnern der italienischen Volksgruppe über alle wichtigen Zukunftsfragen der Autonomie austauschen. Wir müssen eine Grundvoraussetzung für diese Debatte um die Weiterentwicklung der Autonomie schaffen“, so der damalige SVP-Ob-

mann Elmar Pichler-Rolle. „In der Sache selbst gab es keine Debatte, über den Zeitpunkt und die Begleitmusik sind wir weniger glücklich“, fasste er die Stellungnahme der Parteileitung zur „Absicherung der Schutzfunktion“ Österreichs zusammen.

In Innsbruck äußerte sich LH Herwig van Staa. Das Bundesland Tirol stehe vollinhaltlich hinter der von Schützen und Bürgermeistern eingereichten Petition. Ob allerdings der Zeitpunkt unmittelbar vor den italienischen Parlamentswahlen klug gewählt gewesen sei, sei fraglich. Doch es müsse jedem freistehen, eine derartige Erklärung zu überbringen, sagte van Staa. Eine Änderung der politischen Situation durch das Einbringen der Petition sehe er nicht. Am „Ist-Zustand der Autonomie“ habe sich nichts geändert. Es habe jedoch viele Bestimmungen für Südtiroler gegeben, die zu einer „allgemeinen Verbesserung der Autonomie“ geführt haben, sagte der Tiroler LH. Die Südtirol-Autonomie sei ein „Musterbeispiel, das als Vorbild für den Umgang mit anderen Minderheiten genommen werden sollte“.

Dagegen verteidigten die Südtiroler Freiheitlichen (FPS) den Zeitpunkt der Petition zur Verankerung Südtirols in der neuen österreichischen Verfassung. Die Landtagsabgeordnete Ulli Mair ließ verlauten, man sage vor Wahlen, wofür man stehe und was man wolle. Aber es scheine, „als würden es einige Herren in diesem Land mit der Ehrlichkeit nicht so genau nehmen und gar nicht zum Inhalt der Petition stehen. Anders kann ich mir die unehrenhafte Haltung einiger SVP-Bürgermeister, die plötzlich die Petition nicht unterschrieben haben wollen, nicht erklären. Das sind keine Männer, sondern Memmen, bei denen die Frage erlaubt sein muss, ob sie immer im Besitz ihrer geistigen Kräfte sind, wenn sie etwas unterzeichnen“. Es könne nicht angehen, dass „bei jedem Lüftchen, welches uns von Seiten der Italiener entgegenweht, die gesamte Riege einer Partei umfällt, die sich zudem noch das Recht herausnimmt, Alleinvertretung der deutschen und ladinischen Minderheit zu sein“. Damit werde weder dem Land Südtirol ein guter Dienst erwiesen, noch der Sache, um die es wirklich gehe. So habe „LH Luis Durnwalder in den letzten Jahren immer wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass er lieber einen italophilen Kurs fährt und, um die Macht der SVP zu erhalten, mit allen Italienern, ob links oder rechts, ins Bett steigt, als nach Eigenständigkeit zu streben“, ließ Mair verlauten.

In die Auseinandersetzungen schalteten sich auch der italienische EU-Justizkommissar und vormalige (2002–2004) sowie nachmalige (2008–2010) Außenminister (der Regierungen Berlusconis) Franco Frattini, sowie der amtierende Außenminister und AN-Chef Gianfranco Fini ein. Frattini, im Wahlkreis Bozen-Leifers einst für FI in die römische Kammer gewählt, bemerkte in einem Interview mit der in Bozen erscheinenden italienischen Tageszeitung „Alto Adige“: „Die Schutzmacht-Funktion und das Selbstbestimmungsrecht fordert man für unterdrückte Völker, nicht für die am besten geschützte Minderheit in Europa.“ Und in Rom befand Fini gegenüber Auslandskorrespondenten: „Es ist inakzeptabel, dass Schützen und Bürgermeister, die Italiener sind, auch wenn sie deutschsprachig sind, eine derartige Petition in die Wege geleitet haben.“ Eine Schutzmacht-Funktion für Südtirol habe keinen Sinn mehr. Zwischen Italien und Österreich seien die Beziehungen immer enger, es gebe auch keine Grenze zwischen den beiden Ländern mehr. Und „niemand in Österreich“ denke „ernsthaft darüber nach, in die neue Verfassung einen Passus zur Schutzmacht-Funktion für Südtirol festzuschreiben“, wurde Fini zitiert.

Nach der Wahl, die am 9. und 10. April 2006 eine hauchdünne, aber fragile Mehrheit für Romano Prodi und dessen „Ulivo“-Bündnis erbrachte, kündigte in Wien Nationalratspräsident Khol am 22. April 2006 laut Parlamentskorrespondenz an, dass die Schutzfunktion Österreichs gegenüber Südtirol im Zuge der geplanten Verfassungsreform in die Präambel einer neuen Verfassung Eingang finden werde. Khol sagte, auch die (seinerzeit noch oppositionelle) SPÖ habe sich zu dieser Schutzfunktion bekannt. Doch zuvor hatte der Tiroler SPÖ-Nationalratsabgeordnete Erwin Niederwieser aufgrund einer kontroversiellen Abstimmung im Südtirol-Unterausschuss des Nationalrates, dem Khol vorstand und in dem die Vertreter der Regierungskoalition aus ÖVP und (dem von Jörg Haider im April 2005 von der FPÖ abgespaltenen) BZÖ SPÖ und Grüne überstimmt hatten, davon gesprochen, dass der Parteienkonsens brüchig (geworden) sei.

Mit dieser – allein schon realpolitisch und angesichts der Mehrheitsverhältnisse quasi aussichtslosen Verfassungsdiskussion – bewusst vage ge-



haltenen Zeitangabe Khols war die Angelegenheit faktisch auf den Sanktnimmerleinstag verschoben. Zudem versandete sie, da es nach Ablauf einer Legislaturperiode in der darauffolgenden Parlamentsperiode neuerlich zu einer entsprechenden Gesetzesinitiative hätte kommen müssen. Da dies nicht der Fall war, weil es dazu unter der nach der Nationalratswahl 2006 wiederaufgelegten großen Koalition aus SPÖ und ÖVP nicht kam, verschwand das Thema mehr oder weniger sang- und klanglos.

Zuvor war es zu einer nicht zu vernachlässigenden „Selbstbestimmungs“-Episode gekommen, welche in ein einem für die Südtirol-Frage sowie für die österreichische Südtirol-Politik bedeutungstragenden Exkurs wie folgt umrissen werden muss. Denn zu heftigen Turbulenzen hatte das Vorpreschen für die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts von einer Seite gesorgt, mit der bis dahin niemand jemals gerechnet hatte: Der ehemalige italienische Staatspräsident Francesco Cossiga, Senator auf Lebenszeit, der schon mit seiner Bemerkung gegenüber dem Südtiroler Wochenmagazin „ff“ (Ausgabe vom 11. 08. 2005) – „Die Österreicher sind Deutsche, Österreich ist ein Staat, aber keine Nation. In diesem Punkt hatte Hitler recht“ – Pfeile auf sich gelenkt hatte, unterbreitete tatsächlich auch den ernstgemeinten Vorschlag, man möge die Südtiroler selbst über ihre Zukunft und also über ihren Verbleib oder Nichtverbleib bei Italien entscheiden lassen. Sie sollten, so Cossigas Antrag im römischen Senat, darüber abstimmen, ob sie künftig unabhängig sein oder zu Österreich oder gar zu Deutschland gehören wollten. Da die Südtiroler Landesregierung auffällig zurückhaltend darauf reagierte, zog Cossiga seinen Antrag zurück und daraus den polemischen Schluss, die „Bozner Bande von Landeshauptmann Durnwalder & Co“ sei „mehr am Geld aus Rom als an der nationalen Frage interessiert“.

Doch eines hatte Cossiga erreicht: In Südtirol entbrannte eine heftige Debatte über das Selbstbestimmungsrecht. Es sei „eine Provokation“, dass Cossiga seinen Vorstoß nicht mit den Südtirolern abgesprochen habe, wurde Kammerabgeordneter Siegfried Brugger (SVP) von der Zeitung „Die Presse“ (Ausgabe 28. 05. 2006) zitiert: „Das Selbstbestimmungsrecht steht uns sowieso zu, das brauchen wir uns nicht von Cossiga sagen lassen“. Zudem bestehe „derzeit nicht die Notwendig-

keit, das Selbstbestimmungsrecht zu fordern.“ Sowohl LH Durnwalder, als auch SVP-Obmann Pichler-Rolle wiesen Cossigas Initiative umgehend zurück. Die FPS nutzte dies, um Durnwalder zum Rücktritt aufzufordern und sich „bei Cossiga im Namen jener Südtiroler, denen die Eigenständigkeit vor Geld und Glimmer geht“, zu entschuldigen.

In Österreich nannte FPÖ-Chef Strache Cossigas Initiative einen „mutigen, völkerrechtlich richtigen Schritt“. Den Südtirolern sei die Möglichkeit zu geben, über ihre Zukunft abzustimmen, „eine Entscheidung für Österreich würde mich persönlich sehr freuen“. „Cossiga ist ein alter Fuchs und weiß, dass der Vorschlag nicht die leiseste Chance hatte“, meinte dagegen Erwin Niederwieser. Nationalratspräsident Andreas Khol (ÖVP) wollte sich nicht zu Cossiga äußern. Dies griff wiederum Strache auf und befand, Cossigas Vorschlag sei auf „betretene Ablehnung der ÖVP-Schwesterpartei SVP sowie des selbsternannten Scheinhüters Südtirols, Dr. Andreas Khol, gestoßen“. Der „oberste Sittenwächter der ÖVP und Hüter diverser Petitionen sowie nebuloser Schutzmachtformulierer schweigt“, sagte Strache und verdammt „das patriotische Totalversagen der schwarzen Trans-Brenner-Achse“. Es sei „ungeheuerlich, dass österreichische Spitzenpolitiker im Jahre 2006 nicht jedwede Initiative zur Selbstbestimmung Südtirols tatkräftig begrüßen und aktiv unterstützen“. Von der SVP, welche als Teil des Linksbündnisses bei den italienischen Wahlen mit Sozialisten, Grünen und Kommunisten antrat, sei längst nicht mehr als Postenschacher und Erhalt des Status quo zu erwarten, sagte Strache und befand, es zeige sich, dass die einzigen Verfechter einer echten Selbstbestimmung in Südtirol die Freiheitlichen Südtirols seien, die sich umgehend für die blamablen Aussagen der SVP-Spitze bei Cossiga entschuldigt hätten.

Der von Strache attackierte Khol begrüßte indes am 5. Juli 2006 in seiner Funktion sowohl des Nationalratspräsidenten, als auch des Obmanns des Südtirol-Unterausschusses die „Entschließung des Außenpolitischen Ausschusses betreffend die Verankerung der Schutzfunktion für die österreichische Volksgruppe in Südtirol in der österreichischen Bundesverfassung“, welche von den Abgeordneten Dr. Michael Spindelegger (ÖVP), DDr. Erwin Niederwieser (SPÖ) und Klaus Wittauer

(BZÖ) eingebracht worden war. Sie war von den Klubs (Fraktionen) der ÖVP, der SPÖ und des BZÖ mit breiter Mehrheit angenommen worden; dagegen votierten alle Abgeordneten der Grünen sowie jene freiheitlichen Abgeordneten, die sich nicht dem von Jörg Haider im April 2005 von der FPÖ abgespaltenen BZÖ (das seitdem formeller Koalitionspartner der ÖVP war), sondern nach wie vor der FPÖ zugehörig fühlten.

Der parlamentarische Entschließungsantrag fußte auf den im „Österreich-Konvent“ – er sollte Vorschläge zur Verfassungsreform ausarbeiten – eingebrachten sowie im Unterausschuss diskutierten Textvorschlägen und berücksichtigte dabei die beim Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes, beim Völkerrechtsbüro des Außenministeriums, bei der Tiroler Landesregierung und beim Tiroler Landtag eingeholten Stellungnahmen zur Schützen- und Bürgermeister-Petition.

Der Entschließungsantrag hatte folgenden Wortlaut: „Der Nationalrat unterstützt bei einer Verfassungsreform die Aufnahme einer Bestimmung in die österreichische Bundesverfassung, welche die Schutzfunktion für die österreichische Volksgruppe in Südtirol verankert. Die Beachtung der Schutzfunktion anderer Staaten für ihre in Österreich lebenden Volksgruppen (Art. 8 Abs. 2 B-VG) soll gleichermaßen in die Verfassung aufgenommen werden. Die Bundesregierung wird ersucht, in diesem Sinne vorzugehen.“ In seiner Erklärung ließ Khol verlauten, er freue sich „sehr, dass dieser wichtige Schritt zur Verankerung der Schutzfunktion Österreichs für Südtirol in der österreichischen Bundesverfassung gesetzt wurde. Die breite Zustimmung zeigt, dass Südtirol ein parteienübergreifendes Anliegen der Österreicherinnen und Österreicher ist und bleibt.“ Erfreuliche Tiroler Worte des damaligen Nationalratspräsidenten, welche allerdings folgenlos bleiben sollten.

Zwar nahm der Nationalrat in seiner letzten Sitzung vor der Neuwahl den Entschließungsantrag mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und BZÖ an. Woraufhin in Südtirol der damalige SVP-Obmann Elmar Pichler-Rolle dies als „Weichenstellung“ bezeichnete und sich als Initiator der Unterzeichnung durch die Bürgermeister zu erkennen gab: „Wir sind erfreut, dass der Nationalrat die von den Bürgermeistern Südtirols auf meine Empfehlung hin unterzeichnete und vom Südti-

roler Schützenbund getragene Petition rasch behandelt und in ein parlamentarisches Dokument umgewandelt“ und damit „absolut im europäischen Geiste“ gehandelt habe. Keinesfalls wolle die SVP, dass die Beziehungen zwischen Rom und Wien Belastungen ausgesetzt würden, „wir wollen lediglich, dass endlich realisiert wird, dass wir ein Sonderfall sind und international geschlossene und verankerte Verträge dies belegen“; denn Österreich habe seit der Unterzeichnung des „Pariser Vertrages“ zwischen Karl Gruber und Alcide DeGasperi „das Recht und die Pflicht, sich um Südtirol zu kümmern“. Einen „Tag der Freude für unser Land“ wollte auch der Mitinitiator SSB sehen und ließ verlauten, „die geplante Verankerung der Schutzfunktion Österreichs für Südtirol in der neuen österreichischen Verfassung unterstreicht einmal mehr die Verbundenheit ganz Österreichs mit Südtirol.“ Die italienischen Reaktionen hätten klar gezeigt, wie „wenig ernst es Rom mit dem wirklichen und dauerhaften Schutz der Südtiroler“ meine, und die Statthalter Roms in Bozen seien „zum Rapport gerufen“ und „Absetzung der Bürgermeister angedroht“ worden. Und just auch deshalb bewerteten die Schützen die Zustimmung zum Entschließungsantrag von „immenser Wichtigkeit für Südtirol“.

Doch weder kam es seitdem zur Umsetzung der Verfassungsreformvorschläge des „Österreich-Konvents“ (als Voraussetzung dafür), noch zur Verankerung der „Schutzfunktion für die österreichische Volksgruppe in Südtirol“. Das hat Gründe. Einer der entscheidenden hängt mit dem Umstand zusammen, dass im Nationalrat die Petition nicht in einen parlamentarischen Initiativ-, sondern „nur“ in einen Entschließungsantrag mündete. An Entschließungsanträge sind Parlament und – vor allem – Bundesregierung nur in der laufenden Legislaturperiode gebunden; Initiativanträge wirken dagegen auch in weiteren Legislaturperioden fort (man beachte daher die durchaus wohlbegründete Kritik des FPÖ-Abgeordneten Neubauer an der „Südtirol-Partei“ ÖVP, überdies auch speziell an Khol; s.u.). Ein anderer Grund ist auf den Regierungswechsel nach der Nationalratswahl im Herbst 2006 zurückzuführen: Zwar bildeten seitdem (und bis 2017) SPÖ und ÖVP nach althergebrachtem Muster wieder große Koalitionen; doch sie kamen zusammen nicht mehr – wie früher – auf eine Zweidrittel-

mehrheit der Mandate und brauch(t)en daher für Verfassungsänderungen zustimmungswillige Oppositionsparteien (oder wenigstens -Abgeordnete, was wegen des faktischen „Klubzwangs“ nur schwer zu erreichen ist).

Auch nach der vorgezogenen Nationalratswahl 2008 war dies nicht gegeben, als das die Entschliebung billigende „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ; die von Haider initiierte Abspaltung von der FPÖ) 10,7 Prozent der Stimmen (21 Mandate) erhalten hatte und SPÖ (29,3 Prozent, 57 Mandate) sowie ÖVP (26,0 Prozent, 51 Mandate) zusammen mit dem BZÖ (rein mathematisch betrachtet) über weit mehr als die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit – sie lag bei 122 (von 183) Nationalratsabgeordneten – verfügt hätten: Nicht einmal zu einem ernstlichen Versuch ist es diesbezüglich gekommen. Wobei festzuhalten ist, dass das BZÖ nach Haiders Unfalltod (drei Wochen nach der Nationalratswahl 2008) seine Geschlossenheit verlor, da immer mehr seiner Abgeordneten – vor allem in Kärnten und Ober- wie Niederösterreich – wieder „in den Schoß der FPÖ“ zurückkehrten und damit bis zum gänzlichen parlamentarischen Verschwinden (nach der Nationalratswahl 2012) in dieser Frage die Zustimmung der FPÖ erforderlich (und bei gewissen Zuständigkeiten wohl zu gewinnen) gewesen wäre. Aber so etwas sahen die (nicht mehr ganz so großen) Koalitionäre von SPÖ und ÖVP nicht vor.

Auch die weitere politische Entwicklung verunmöglichte die Erhebung der Schutz(macht)funktion Österreichs für Südtirol in Verfassungsrang. Was den FPÖ-Abgeordneten Werner Neubauer am 21. Oktober 2009 zu folgender Feststellung veranlasste. „In der heutigen Sitzung des Nationalrats kam es zu einem ungeheuerlichen Vorfall“, so Neubauer im Pressedienst seiner Partei. „Die ÖVP, die sich in der tagespolitischen Diskussion so gerne als Schirmherr Südtiroler Interessen aufspielt und bei Veranstaltungen gerade in Südtirol so gerne die Verdienste der ÖVP um die Autonomie hervorhebt, hat einen Antrag der FPÖ, die Schutzmachtfunktion Österreichs in die Präambel der österreichischen Verfassung zu verankern, mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt“. Hintergrund des Antrags, den Neubauer als freiheitlicher Südtirolsprecher referierte, sei „das Versäumnis der Bundesregierung, einen seit Jahren existenten Beschluss des Nationalrates [...] endlich auch umzusetzen.“ Umgesetzt worden sei der Antrag

nie, was (nicht nur) „eine Bankotterklärung für die österreichische Bundesregierung“ sei.

Am 10. Dezember 2009 übergab Massimo Spinetti, italienischer Botschafter in Wien, im österreichischen Außenministerium ein Protestschreiben, in welchem sich Rom gegen den Wunsch nach verfassungsrechtlicher österreichischer Schutzfunktionsverankerung für Südtirol aussprach. Hermann Gahr (ÖVP), Vorsitzender des Südtirol-Unterausschusses im Außenpolitischen Ausschuss des Nationalrats, bestätigte gegenüber der Agentur APA einen dementsprechenden Bericht der Bozner Tageszeitung „Dolomiten“. Italien habe „mit dem Wunsch der Südtiroler ein Problem“, sagte Gahr beschönigend zur APA. Spinetti habe argumentiert, dass Südtirol „durch die Autonomie und die Realisierung der Europa-region ausreichend Schutz“ habe und daher ein solcher Schritt „anachronistisch“ sei. Ein weiterer Stein des Anstoßes sei „Kritik an der Pflege und Beibehaltung faschistischer Denkmäler in Südtirol“. Spinetti habe sich gegen deren „Abwertung“ gewandt und argumentiert, Rom verhalte sich in dieser Frage wie andere Länder. Gahr sagte, er rechne damit, „dass bis Anfang Februar 2010 klar sein wird, ob die Verankerung kommt.“

Unmittelbar davor, nämlich am 18. Januar 2010, sah sich FPÖ-Abgeordneter Werner Neubauer veranlasst, namens seiner Partei der ÖVP „Komplizenschaft mit Rom gegen Südtirol“ zu unterstellen und begründete dies ausführlich wie folgt: „Die Südtirol-Politik des von der ÖVP besetzten österreichischen Außenministeriums besteht darin, in Komplizenschaft mit dem italienischen Außenminister Frattini jegliche Bewegung in der Südtirolfrage zu verhindern, die Rom unangenehm ist“. Und fuhr fort: „Als ich am 13. Jänner 2010 auf der großartigen Veranstaltung ‚Südtirol ohne Italien?‘ der Schützenkompanie Villanders an der Podiumsdiskussion teilnahm, verkündete der ehemalige SVP-Obmann Pichler-Rolle, dass in den nächsten Tagen eine hochrangige SVP-Delegation nach Wien reisen werde. Diese werde mit dem österreichischen Außenminister Spindelegger die Fragen der Verankerung der Schutzmachtfunktion Österreichs für Südtirol in der österreichischen Bundesverfassung und der Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler besprechen“.

Er habe der Delegation viel Glück gewünscht, aber aus gutem Grunde befürchtet, dass das Tref-

fen nur als Augenauswischerei enden werde. Denn er, Neubauer, habe Spindelegger persönlich auf diese Fragen angesprochen und eine verblüffende Antwort erhalten: „Spindelegger erklärte mir unverblümt, dass es für ihn nicht in Frage komme, Italien zu verärgern. Die EU kritisiere Rumänien in Bezug auf eine Doppelstaatsbürgerschaft für rumänische Moldawier und daher könne Österreich nicht dasselbe für die Südtiroler tun“. Und, fuhr Neubauer fort: „Auf die von der SVP angekündigte große Unterschriftenpetition für den Erhalt einer zusätzlichen österreichischen Staatsbürgerschaft für ladinische und deutsche Südtiroler hat mir Außenminister Spindelegger offen ins Gesicht gesagt, dass er auch diese Vorgangsweise für blanken Populismus halte und nicht im Entferntesten daran denke, diesem Wunsch der Südtiroler zu entsprechen“.

Neubauer fuhr fort, er habe den Eindruck, dass „sowohl von ÖVP-Seite wie auch von einigen SVP-Politikern ein unehrliches Spiel gespielt“ werde, um „der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen“. „Während die Südtiroler SVP-Parlamentsabgeordneten Siegfried Brugger und der Autonomieexperte Karl Zeller sich offenbar aufrichtig um die Anliegen der Schutzmachtfunktion und der Doppelstaatsbürgerschaft annehmen, hat der Südtiroler Landeshauptmann Durnwalder einen diesbezüglichen Beschluss des Südtiroler Landtages verhindert. Er weiß genau, dass sich Spindelegger in Wien mit der Ablehnung dieser Wünsche leichter tut, wenn keine offizielle Forderung des Landtages vorliegt“, so Neubauer. Auf österreichischer Seite spiele „in diesem unredlichen Spiel neben dem Nordtiroler Landeshauptmann und erklärten Frattini-Freund Platter vor allem der ÖVP-Seniorenobmann Khol mit, der schon als Koordinator des Tiroler Landesfestzugs von 2009 vergeblich versucht hatte, Selbstbestimmungstransparenz der Schützen zu verhindern. Khol, der bis vor kurzem noch fröhlich behauptet hatte, durch die Mitgliedschaft Österreichs und Italiens in der EU sei die Grenze am Brenner gefallen und die Tiroler Landeseinheit ohnehin erreicht, hat derzeit nichts Wichtigeres zu tun, als vorsorglich durch öffentliche Erklärungen gegen die geplante Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler aufzutreten. Er malt dabei ein Horrorszenario an die Wand, dass Italien dadurch einen Bruch des Pariser Autonomievertrages durch Österreich

sehen und unberechenbar und gefährlich reagieren könnte.“

Damit gebe Khol der römischen Politik Argumente gegen Österreich und Südtirol in die Hand, statt für die legitimen Anliegen Südtirols einzutreten, ließ Neubauer verlauten und warf Khol vor, er habe „die Entschliebung zur Schutzmachtfunktion listig zu Fall gebracht“. Indem Khol nämlich „als Nationalratspräsident am 12. Juli 2006 die vorzeitige Beendigung der laufenden Gesetzgebungsperiode unterzeichnete, wurde der Antrag gegenstandslos. In der nächsten Legislaturperiode war die neue Bundesregierung nicht mehr an den Entschliebungsantrag gebunden, weil ein solcher nur für die jeweils laufende Legislaturperiode gilt.“ Hätte es sich stattdessen um einen Initiativantrag gehandelt, so hätte dieser auch eine Bindung und Verpflichtung zur Umsetzung des Beschlusses für die nächste Regierung bedeutet. „Es ist völlig auszuschließen, dass Khol, einem hervorragenden Kenner der Geschäftsordnung, das entgangen sein sollte. Er hat jedenfalls wohlweislich keinen Initiativantrag geplant gehabt. Es war von Anfang nur an eine üble Inszenierung von Theaterdonner geplant gewesen“, donnerte Neubauer im FPÖ-Presse-dienst und sah darin „alle Südtiroler Bürgermeister und Persönlichkeiten, welche die Petition in erster Sorge um die Zukunft ihres Landes unterfertigt hatten, dadurch in übler Weise hintergangen“.

Gut 10 Jahre später sollte indes die SVP wieder ansatzweise zur Idee der Festschreibung der Schutzmachtfunktion zurückkehren. Allerdings der offenkundigen Intention nach eher als Ablenkungsmanöver zur vielfach von patriotischen Kreisen Südtirols – SSB, SHB, Arbeitskreis für Selbstbestimmung, Kameradschaft ehemaliger Freiheitskämpfer, Begisel-Bund, FPS und STF –, aber auch und vor allem von der FPÖ im Nationalrat sowie in den österreichischen Länderparlamenten geforderten österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler. Der darob entstandene Streit entzweite die SVP sogar, in der „Altmandatäre“ wie Durnwalder, Hosp und Pahl – um nur einige zu nennen – und die neue Generation in der Partei(führung) unter Obmann Philipp Achammer und LH Arno Kompatscher dem Verlangen ebenso gespalten gegenüberstanden wie Befürworter und Gegner der Tiroler ÖVP sowie der Bundes-ÖVP (ganz zu schweigen von absoluter Ablehnung durch SPÖ, Grünen und Neos).

Einzig die FPÖ sowie in Südtirol die austropatriotischen Kräfte – nebst den genannten SVP-„Altmandataren“ – setzten sich unablässig für die Gewährung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler ein, die sie überhaupt (beantragen) wollen. So hielt beispielsweise der damalige Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer (FPÖ) am 22. Februar 2015 vor dem zuvor von der Meraner Schützenkompanie renovierten und auf Hochglanz gebrachten Andreas-Hofer-Denkmal in Meran die Gedenkrede aus Anlass der traditionellen Landesgedenkefeier für den Tiroler Volkshelden, woran neben zahlreichen Vertretern aus Politik und Gesellschaft Schützenkompanien aus allen Landesteilen teilnahmen. Hofer sagte, die Trennung Südtirols vom Vaterland Österreich sei und bleibe Unrecht. Der FPÖ-Politiker äußerte sich selbstverständlich auch zur Frage der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler: „Ich habe kein Verständnis für jene Stimmen, die behaupten, dass die Forderung danach den Anliegen Südtirols schädlich wäre“. Er und die Mitstreiter seiner Gesinnungsgemeinschaft seien dafür, die Staatsbürgerschaft all jenen zu gewähren und ihnen den Doppelpass auszuhändigen, deren Vorfahren ihre österreichische Staatsbürgerschaft nach dem Losreißen ihres Tiroler Landesteils vom Vaterland verloren hätten. Diese Aussage schloss, was Hofer bewusst gewesen sein musste, auch Trientiner als Nachfahren der ehemals Welschtiroler Staatsangehörigen Österreichs mit ein.

Doch auch dieses „Projekt“, für das sich – neben vielen anderen – insbesondere der oberösterreichische FPÖ-Nationalratsabgeordnete (mit Südtiroler Wurzeln) Werner Neubauer engagierte und für das es – festgeschrieben im Koalitionsvertrag zwischen „türkiser“ ÖVP (unter Parteibmann und Kanzler Sebastian Kurz) und „blauer“ FPÖ (unter Parteibmann und Vizekanzler Heinz Christian Strache) sowie ausgearbeitet von juristischen Fachleuten – bereits einen fertiggestellten Entwurf für die Novellierung des österreichischen Staatsbürgerschaftsgesetzes gab, wogegen Rom Sturm lief, war mit dem abrupten Ende von Regierung und Koalition infolge der höchst fragwürdigen „Ibiza-Affäre“ Makulatur.<sup>16</sup>

### 13 Fall 5: Die Broschüre „Aufbruch zur Autonomie“

Auf der vom SSB am 17. November 2007 ausgerichteten Kundgebung im Gedenken an den „Marsch auf Sigmundskron“ anno 1957 hatte sich der Tiroler Alt-LH Wendelin Weingartner, der als Hauptgedenkredner auftrat, für eine „Weiterentwicklung des Südtirol-Modells im europäischen Sinne“ ausgesprochen. Möglich werden sollte nach seiner Auffassung „eine Landeseinheit, die nicht Staatsgrenzen verändert, faktisch aber Heimat schafft“. Künftige Generationen würden Politiker daran messen, wieviel Heimat und nicht wieviele Straßen, Flughäfen oder Einkaufszentren sie geschaffen hätten. Trotz seiner Autonomie müsse Südtirol in die Zukunft sehen. Dabei sei zu beachten, dass eine Veränderung „nicht rückwärtsgewandt, sondern im europäischen Geist“ zu verwirklichen sei. Indem Weingartner sowohl auf die Unterdrückung sowie Entnationalisierung während der Epoche des italienischen Faschismus, als auch auf die Unterwanderungsversuche und die Fortsetzung der Entnationalisierungspolitik durch das demokratische Italien nach dem Zweiten Weltkrieg Bezug nahm, wies er darauf hin, dass „Südtirol auch ein Modellfall dafür gewesen ist, wie man nicht mit Minderheiten umgeht“.

Der langjährige SVP-Landessekretär, Landesrat und Ehren-Major der Schützen Bruno Hosp sagte vor den mehr als 1.500 Kundgebungsteilnehmern, zu denen auch Landtagsabgeordnete von SVP, UfS und FPS sowie aus Österreich der vormalige Nationalratspräsident Andreas Khol und der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Werner Neubauer gehörten, von Sigmundskron müsse „die Verpflichtung zur Tiroler Landeseinheit mitgenommen werden“. Neubauer indes kritisierte nicht allein das Fernbleiben der beiden Landeshauptleute Luis Durnwalder (Südtirol) und Herwig van Staa (Tirol), sondern auch die „Verunglimpfung und Beleidigung der Südtiroler Freiheitskämpfer“ in einer von der SVP-geführten Landesregierung herausgegebenen Broschüre mit dem Titel „Aufbruch zur Autonomie“. Es sei „ein besonderer Affront, diejenigen Aktivisten

<sup>16</sup> „Bürgermeister und Schützen. Eine Petition aus Bozen führt zu einem Temperatursturz zwischen Wien und Rom“ (F.A.Z. vom 31.01.2006); siehe auch: Olt, Standhaft im Gegenwind, a.a.O. S.190-210 sowie ergänzend S. 323

zu beschimpfen, die unter Einsatz ihres Lebens dazu beigetragen haben, dass die deutsche Bevölkerung Südtirols heute als Zwischenlösung jene Annehmlichkeiten vorfindet, die ihnen das Autonomiestatut bietet“, ließ Neubauer verlauten und fuhr fort: „Wenn sich die SVP so weit selbster-niedrigt, dass sie in der Broschüre Aktivitäten der 60er-Jahre als schädlich bezeichnet, verleugnet sie die historischen Tatsachen und reiht sich damit nahtlos in die Reihe konservativer Aussagen à la van Staa und Khol ein, die erst vor einigen Tagen wieder die Behauptung aufgestellt hatten, die Grenzen zu Südtirol seien längst gefallen.“ Ausdrücklich lobte Neubauer dagegen Weingartner, der „in seiner vielbeachteten Ansprache eindeutige Worte gefunden“ habe, nämlich: „Ohne diese Patrioten hätten wir den Weg zur Autonomie niemals geschafft.“ (Dies entspricht dem Grundtenor einer Publikation, die der Südtiroler Schützenbund bereits vor der eigentlichen Gedenkveranstaltung auf Sigmundskron herausgegeben hatte; sie stammt aus der Feder der Historikerin und späteren Kulturreferentin des SSB Dr. Margareth Lun und trägt den Titel: „Der Tag von Sigmundskron. Eine Kundgebung macht Geschichte. 17. November 1957“.<sup>17</sup>

### 14 Fall 6: Ein „Attentat“, das keines war – jüngste Forschungsergebnisse zum „Vorfall auf der Porzescharte 1967“, die (geschichts-)politischer Konsequenzen bedürfen

Auf weiter Flur stand (und steht) die Bundes-FPÖ hinsichtlich Forderungen nach rehabilitativen und revisionistischen Konsequenzen allein, welche eigentlich von Repräsentanten der Republik Österreich aufgrund jüngerer Forschungsergebnisse zu Geschehnissen während der „Südtiroler Bombenjahre“ zu ziehen hätten, die das österreichisch-italienische Verhältnis in den 1950er und – vor allem – 1960er Jahren fundamental beeinflussten und bis zu ihrer Revision fortwirken. Relevant für die diesbezügliche Betrachtung bzw. Erörterung ist das üblicherweise in Historiographie, Publizistik und Politik gleichlautend genannte, angebliche „Attentat auf der Porzescharte 1967“.

<sup>17</sup> Olt, Standhaft im Gegenwind, a.a.O. S. 218f.

Am Abend des 24. Juni 1967 stiegen der Arzt Dr. Erhard Hartung, der Elektrotechniker Peter Kienesberger und der Unteroffizier des österreichischen Bundesheeres Egon Kufner auf zur Porzescharte. Der als unbewacht geltende Grenz-kamm zwischen dem Osttiroler Bezirk Lienz und der italienischen Provinz Belluno wurde seinerzeit von Kämpfern des Befreiungsausschusses Südtirol (BAS) als Nachschub- und Fluchtweg genutzt. Kienesberger, der Anführer der Gruppe, war, wie die drei später aussagten, kurzfristig davon verständigt worden, dass auf der Porzescharte ein verwundeter BAS-Aktivist zur Weiterbehandlung in Österreich übernommen werden müsse. Antworten auf seine Funksignale blieben aus, stattdessen gewährte er oben kurz aufscheinendes Licht von einer Taschenlampe oder einem Feuerzeug und vernahm Geräusche sowie Stimmen. Dies kam ihm ungewöhnlich vor, weshalb Kienesberger der Sache misstraute, sie abbrach und mit seinen Kameraden in die Ortschaft Obertilliach zurückkehrte. Dort bestieg die Gruppe eine Stunde nach Mitternacht, mithin am 25. Juni, jenes Fahrzeug, mit dem sie gekommen war.

Just am 25. Juni sollen – so die offizielle und letztlich für die Gruppe verhängnisvolle italienische Darstellung – auf besagter Porzescharte (ital. Benennung „Cima Vallona“) vier italienische Militärpersonen zu Tode gekommen und ein Soldat verletzt worden sein. Daraufhin wurden der im Zusammenhang mit früheren BAS-Aktionen namhafte Kienesberger sowie die bis dahin unauffälligen Dr. Hartung und Kufner des von Politik, Sicherheitsbehörden und Militär in Italien und Österreich sowie in Medien beider Länder und darüber hinaus so genannten „blutigsten Attentats des Südtirol-Terrorismus“ bezichtigt, in Österreich inhaftiert und schließlich sowohl in Österreich als auch in Italien angeklagt. In Florenz lautete das Urteil für Kienesberger und Hartung lebenslanglich, Kufner sollte für 24 Jahre hinter Gitter. Die drei waren durch „Geständnisse“ belastet worden, welche zwei im Keller der Carabinieri-Kaserne in der Bozner Drusus-Straße gefolterte österreichische BAS-Aktivisten unterzeichnet hatten.

Die „Behandlungen“ durch mehrere Folterer und in mehrtägiger Dunkelhaft – über einen Tisch gespannt und mit brutalen Schlägen auf die Ge-

nitalien sowie der Drohung der „Erschießung auf der Flucht“ gefügig gemacht, um nur wenig aus dem „Werkzeugkasten“ der besonders bei Südtirolern angewandten „Cautio criminalis“ – ließen die beiden Protokolle unterschreiben, welche der berüchtigte Bozner Untersuchungsrichter Mario Martin, den nicht nur der Schriftsteller Rolf Hochhuth sowie der Strafrechtler Ingo Müller oder der Kriminologe Arthur Kreuzer einen „furchtbaren Juristen“ nennen würden, zu deren Anklage verwendete. Zudem waren sie im Verfahren zu Florenz von Bedeutung. (Erschütternd der Zeitzeugenbericht eines der beiden Gefolterten auf <http://www.tirolerland.tv/hans-juerg-humer-1-teil-zeitzeugen-der-1960er-jahre-in-suedtirol/> und <http://www.tirolerland.tv/hans-juerg-humer-2-teil-zeitzeugen-der-1960er-jahre-in-suedtirol/>)

Die florentinischen Urteilsprüche ergingen in Abwesenheit der Angeklagten und fußten auf Gesetzen aus der Zeit des italienischen Faschismus. Aufgrund späterer Erkenntnisse/Urteile österreichischer und deutscher Höchstgerichte verstieß das Verfahren in Florenz vor allem dadurch, dass die Angeklagten nicht zur Hauptverhandlung geladen wurden und ihnen weder die Anklageschrift noch das Urteil zugestellt worden war, gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK).

In Österreich hingegen wurden die drei freigesprochen. Der Freispruch war letztlich auf ein mittels Sachverständigengutachten untermauertes Hauptargument der Verteidigung zurückzuführen. Er erfolgte wider gewisse justizielle Bemühungen, die Täter mittels Schuldnachweis zu überführen. (Diese gelten heute weithin als konstruiert, politisch beeinflusst und dürften zudem auf fingierten italienischen „Beweismitteln“ beruhen.) Das Sachverständigengutachten ergab aber, dass die den Dreien zur Last gelegte Tat im mehrfach bezeugten Zeitrahmen nicht zu bewerkstelligen war, wofür die Anwälte insbesondere das gutachterliche Weg-Zeit-Diagramm ins Feld führen konnten. Ein weiteres von der Staatsanwaltschaft auf dem Einspruchswege in Gang gesetztes Gerichtsverfahren ließ der österreichische Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger 1975 endgültig einstellen.

Die italienische Verurteilung ist indes nach wie vor in Kraft. Würden Hartung und Kufner nach Italien reisen – Kienesberger ist am 14. Juli

2015 verstorben – müssten sie mit Inhaftierung rechnen. Sie gelten nach wie vor als „Terroristen“, „Attentäter“, „Mörder“. Dies nicht allein im Stiefelstaat und dessen (zumindest unter rechtshistorischem Aspekt) fragwürdiger Justiz, sondern auch weithin in der Publizistik und, was ebenso schlimm ist, in der wissenschaftlichen Südtirol-Geschichtsschreibung. Die akribischen Forschungsergebnisse des österreichischen Militärhistorikers Hubert Speckner („Zwischen Porze und Roßkarspitz...“ Der „Vorfall“ vom 25. Juni 1967 in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten; Wien, Verlag Gra&Wis, 2013) vermochten daran wenig zu ändern.

Zu hoffen ist, dass seine großformatige Publikation (Von der „Feuernacht“ zur „Porzescharte“. Das „Südtirolproblem“ der 1960er Jahre in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten; Wien, Verlag Gra&Wis, 2016) das zeitgeschichtliche Bild endlich zu revidieren vermag. Darin legte Speckner auf nahezu 800 Seiten anhand zahlreicher damaliger Geschehnisse offen, wie Italien (nicht nur) während der „Bombenjahre“ in Südtirol manipulierte und täuschte. Seine Erkenntnisse sind Ertrag langjähriger umsichtiger und disziplinierter Quellenstudien im Österreichischen Staatsarchiv/Archiv der Republik. Er wertete der breiteren Öffentlichkeit nicht zugängliche Bestände der Staatspolizei (StaPo) und der Justiz sowie Dokumentationen des Entschärfungsdienstes des Innenministeriums und „streng geheime“ Bestände des Verteidigungsministeriums über den Einsatz des Bundesheeres an der Grenze zu Italien anno 1967 aus. Ferner wurden neuerliche Expertisen von Spreng(mittel)sachverständigen und mehrere militärfachliche Erkundungen des Geländes rund um die Porzescharte einbezogen. Dies alles zeigt klipp und klar, dass die amtliche italienische Darstellung von einst nie und nimmer der Wahrheit entspricht.

Es wäre daher längst an der Zeit, insbesondere von Wien aus alles zu unternehmen, um Rom dazu zu bewegen, besagtes florentinisches Fehlurteil wider österreichische Staatsbürger, das eines Rechtsstaats(anspruch) unwürdig ist, zu annullieren. Das läge insofern auch in österreichischem Staatsinteresse, als seinerzeit das vermeintliche Ereignis auf der Porzescharte von Italien genutzt worden war, im Zeichen des italienischen Kampfes gegen die sogenannten „Südtirol-Ter-

roristen“ Österreich politisch unter Druck zu setzen. Die ÖVP-Alleinregierung unter Josef Klaus (1966–1970) war sichtlich bemüht, den Konflikt möglichst rasch beizulegen. Der Tiroler Landeshauptmann Eduard Wallnöfer (1963–1987), der es Jahre später öffentlich abgelehnt hatte, Klaus (Partei-)Freund zu nennen, musste Einsicht für die „staatspolitisch notwendige Vorgangsweise“ zeigen, wenngleich er BAS-Leute in Schutz nahm und ihnen die Flucht nach Bayern ermöglichte. Der aus Tirol stammende Innenminister Franz Hetzenauer (ÖVP) war in einer delikaten „Zwittersituation“, wie er es selbst nannte.

Österreich übernahm noch vor Erstellung des ersten „Tatort“-Protokolls der italienisch-österreichischen „Untersuchungskommission“ auf der Porzescharte mit Ministerratsbeschluss vom 4. Juli die offizielle italienische Darstellung und erklärte das Ereignis zu einem „Anschlag“. Lediglich (der parteifreie) Justizminister Hans Richard Klecatsky nannte die „Causa Porzescharte“ von Anfang an eine „italienische Manipulation“. Wiewohl das von Italien an Österreich übergebene „Beweismaterial“ mehr Zweifel hätte entstehen lassen als Klarheit erbringen müssen, wurden Kienesberger, Hartung und Kufner als tatverdächtig verhaftet. Und im Rahmen der österreichischen Porzescharten-Prozesse wurden Richter von Regierungsseite nachweislich darauf aufmerksam gemacht, dass eine Verurteilung „außenpolitisch von Vorteil“ wäre.

Unter einem anderen, nicht zu unterschätzenden Aspekt der Betrachtung passte der Vorgang auf der Porzescharte im Rahmen der gesamten Südtirol-Problematik nur allzugut in die „Strategie der Spannung“. Mit der „Strategia della tensione“ trachteten verschwörerische Kreise – organisiert in geheim(bündlerisch)en Vereinigungen neofaschistischen Zuschnitts wie „Ordine nuovo“ und „Avanguardia Nazionale“, aber auch verankert in

Teilen italienischer Dienste sowie des geheimen „Gladio“-Netzwerks<sup>18</sup> des Militärs – danach, die gesellschaftliche Unterfütterung für einen (letztlich erfolglos gebliebenen) Wechsel in Italien hin zu einem autoritären Regime zu bereiten. Im Rahmen dieser Strategie gab es durchaus nicht wenige „getürkte“ Attentat(sversuch)e, von denen Senator Marco Boato im 1992 veröffentlichten parlamentarischen Untersuchungsbericht auch auf Südtirol bezogene aufzählte. Höchst aufschlussreich sind Passagen, in denen die Namen der besonders in die verschwörerischen Südtirol-Aktivitäten involvierten Personen aufgelistet sind und in denen der Carabinieri-Oberst Amos Spiazzi bekundet, dass „der Staatsapparat in den Südtirol-Terrorismus involviert gewesen“ sei. Schon 1990 hatte der venezianische Untersuchungsrichter Felice Casson aufgrund seiner Recherchen in den Archiven des Militär-Abschirmdienstes SISMI die Existenz einer „geheimen komplexen Struktur innerhalb des italienischen Staates“ aufgedeckt, 622 Gladio-Mitglieder namhaft gemacht und herausgefunden, dass

- Mitarbeiter des SISMI respektive der Vorgängerorganisationen SID und SIFAR
- Mitglieder neofaschistischer Organisationen wie „Avanguardia Nazionale“ und „Ordine Nuovo“
- Angehörige des Gladio-Netzwerks, die u. a. in Gruppierungen wie API (Associazione Protezione Italiani) und MIA (Movimento Italiani Alto Adige) wirkten,

zwischen 1960 und 1980 „zahlreiche politisch motivierte Terroranschläge und Morde in Italien begangen“ hatten. Oberster Drahtzieher war der General (und spätere neofaschistische Kammerabgeordnete) Giovanni De Lorenzo, ursprünglich Leiter des Militärgeheimdienstes SIFAR, danach Kommandeur der Carabinieri-Truppe, aus der heraus er Vertrauensleute ins Gladio-Netz ein-

**18** Zum „Gladio“-Komplex bemerkt der Schweizer Historiker Daniele Ganser: „Die Stay-behind-Armeen [Anm.: das Gladio-Netzwerk; R.O.] waren dem Volk, dem Parlament und den meisten Regierungsmitgliedern unbekannt und bildeten in ganz Westeuropa ein unsichtbares, koordiniertes, geheimes Sicherheitsnetz. In einigen Ländern, aber nicht in allen, mutierten die Sicherheitsnetze jedoch auch zu Terrorzellen. [...] Washington, London und der italienische militärische Geheimdienst befürchteten, dass der Einzug der Kommunisten in die [italienische] Regierung die NATO von innen heraus schwächen könnte. Um dies zu verhindern, wurde das Volk manipuliert: Rechtsextreme Terroristen führten Anschläge aus, diese wurden durch gefälschte Spuren dem politischen Gegner angelastet, worauf das Volk selber nach mehr Polizei, weniger Freiheitsrechten und mehr Überwachung durch die Nachrichtendienste verlangte.“ siehe Ganser, Daniel: Nato-Geheimarmeen und ihr Terror, in: Der Bund, Bern 20. Dezember 2004, S. 2 ff. sowie dessen Abhandlung „Gladio“, in: Der Europäer, Basel (Perseus-Verlag) 2005, Bd 9, H. 6

schleuste. Der Gladio-Prozess in Rom 1994 warf ein bezeichnendes Licht auf die Umtriebe De Lorenzos und seiner Mannen, auch in Südtirol. Angeklagt waren unter anderen General Paolo Inzerilli, ehemaliger SISMI-Chef und Kommandeur der illegalen Gladio-Einheiten sowie das Gladio-Mitglied Francesco Stoppani. Eigens dazu angeworben, sollte Stoppani Kienesberger entweder nach Italien entführen oder liquidieren. Inzerilli hatte in dem Verfahren die früheren Minister Attilio Ruffini und Virginio Rognoni – beide bekleideten in diversen Kabinetten Ministerämter – beschuldigt, von alldem gewusst zu haben.<sup>19</sup> Schließlich und endlich stellte Peppino Zangrando, als Präsident der Belluneser Anwaltskammer von hoher Reputation, in der „Causa Porzescharte“, in der er jahrelang recherchiert hatte, ein Attentat des BAS in Abrede. 1994 wollte er den Fall neu aufrollen, sein Wiederaufnahmeantrag scheiterte aber an der zuständigen Staatsanwaltschaft, die mutmaßlich auf höhere Weisung und unter Verweis auf das „Secreto di stato“ entschied.

Was folgt aus alldem? Der BAS hat 1967 auf der Porzescharte kein Attentat verübt. Die dafür verantwortlich gemachten Personen (Univ.-Prof. i.R. Dr. med. Erhard Hartung, Egon Kufner sowie der mittlerweile verstorbene Peter Kienesberger) sind zu Unrecht verfolgt worden. Mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Geschehen, das sich offenkundig anders denn offiziell dargestellt abspielte, wäre es an der Zeit, das florentinische Schandurteil aus der Welt zu schaffen, mit denen sie gänzlich wahrheits- und rechtswidrig für eine offenkundig nicht begangene Tat verurteilt und damit zu Mördern gestempelt worden sind. Es versteht sich daher eigentlich von selbst, dass die trotz Freispruchs in Österreich nach wie vor mit dem Makel der Täterschaft behafteten und in ihrer persönlichen (Reise-)Freiheit eingeschränkten Personen endlich offiziell und überdies auf öffentlich vernehmliche Weise zu rehabilitieren sind.

Im Österreichischen Nationalrat (Parlament) hat sich allein die FPÖ darum bemüht. Jedoch erwies sich der dahingehende, an den damaligen

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) gerichtete Versuch des FPÖ-Abgeordneten Werner Neubauer vom 17.12.2013 als ergebnislos. Faymann gab sich in seiner schriftlichen Antwort vom 17.02.2014 (GZ: BKA-353.110/0008-I/4/2014) auf Neubauers umfangreichen Fragenkatalog ahnungslos – sowohl gegenüber den Erkenntnissen aus Speckners Forschungsergebnissen, als auch gegenüber Fragen nach eventuell vorliegenden Unterlagen zur „Intervention des Kanzlers Klaus bezüglich der Prozessführung durch den Richter Dr. Kubernat im Dezember 1968 beim Landesgerichtspräsidenten“. Und in allen anderen Fragen erklärte Faymann das Kanzleramt für unzuständig.

Auch an das österreichische Staatsoberhaupt gerichtete Anfragen erwiesen sich letztlich als nicht zielführend. Der damalige Bundespräsident Dr. Heinz Fischer hatte zwar, „Auftrag gegeben, dieses Buch eingehend zu studieren. Erst nachher wird die Beurteilung der Frage möglich sein, ob sich über den bisher schon bekannten Sachverhalt hinaus neue Gesichtspunkte in dieser Angelegenheit ergeben.“, wie er am 28. August 2013 an den „sehr geehrten Herrn Klubobmann des Freiheitlichen Parlamentsclubs, Abg. z. NR Heinz-Christian Strache, FPÖ Bundesparteiobermann“ schrieb.

Doch am 7. Februar 2014 teilte Fischer Strache mit: „Wie ich in meinem Schreiben vom 28. August 2013 in Aussicht gestellt habe, wurde dieses Buch von Mitarbeitern der Österreichischen Präsidentschaftskanzlei durchgelesen. Ein Beweis dahingehend, dass die vom italienischen Geschworenengericht verurteilten Personen nicht ‚die Täter gewesen sein konnten‘, ist aus dem Buch nach Ansicht meiner Mitarbeiter nicht eindeutig abzuleiten. Was mögliche Begnadigungen anlangt, darf ich auf die Ihnen bekannten, bisher schon gesetzten Schritte hinweisen. Ich werde dieses Thema bei geeigneten Gelegenheiten auch in Zukunft im Auge behalten.“

Auf neuerliches Nachsetzen des FPÖ-Abgeordneten Neubauer (Schreiben vom 1. 12. 2014) ließ Fischer am 12. 12. 2014 seinen „Berater für

europäische und internationale Angelegenheiten“, Botschafter Dr. Helmut Freudenschuss, antworten (GZ S130040/221-IA/2014). Dieser schrieb, es gehe „nicht um die Bewertung des Buches, sondern ausschließlich darum, ob die darin enthaltenen Ausführungen über die bereits gesetzten Schritte hinaus eine weitere Intervention gegenüber den italienischen Organen nahelegt. Sie wissen sicher, dass der Herr Bundespräsident das Thema der Begnadigungen immer wieder – zuletzt am 11. November 2014 – im Gespräch mit dem italienischen Staatspräsidenten zur Sprache gebracht hat. Die italienischen Vorbedingung – nämlich Gnadengesuche der Betroffenen – ist aber offenbar nicht erfüllbar.“

Seit Jahren raten und/oder empfehlen regierende österreichische Bundes- und Landespolitiker (vornehmlich jene Tirols und zuvorderst jene von ÖVP und SPÖ), aber auch Politiker des 1918/19 von Italien annektierten südlichen Teils Tirols, vorzugsweise jene der Südtiroler Volkspartei (SVP), den „Betroffenen“, deren Taten – seien sie bewiesen oder unbewiesen; seien sie begangen oder nichtbegangen; seien sie von BAS-Aktivisten verübt oder diesen durch italienische Manipulationen untergeschoben worden – bereits ein halbes Jahrhundert und länger zurückliegen, sie sollten doch bitteschön Gnadengesuche einreichen. Mit Verlaub – das ist Chuzpe.

Abgesehen davon, dass italienische Staatsoberhäupter längst Terroristen aus den Reihen der „Roten Brigaden“ respektive aus dem rechts-extremistischen Milieu begnadigten, sich bisher aber stets ablehnend gegenüber den letzten verbliebenen Südtirolern wie etwa den legendären „Pusterer Buben“ verhielten, setzt der Gnadenakt für Südtirol deren Gnadengesuch voraus. Alle unrechtmäßig Beschuldigten und zudem menschenrechtswidrig Verurteilten – und um solche handelt es sich bei den drei „Betroffenen“ der „Causa Porzescharte“, von denen nurmehr Erhard Hartung

und Egon Kufner unter den Lebenden weilen – wären doch von allen guten Geistern verlassen, so sie um Gnade bettelten für eine Tat, die sie nicht begangen haben. Dass indes maßgebliche Organe der Republik Österreich, die sich damals schon hasenfüßig und Italien gegenüber unterwürfig verhielten, auch heute noch ihrer Fürsorgepflicht für zwei ihrer jahrelang politisch und justitiell verfolgten Staatsbürger (offenkundig) nicht nachkommen (wollen), darf man mit Fug und Recht eine Schande nennen.<sup>20</sup>

## 15 Burschenschaften und Südtirol-Konflikt

Durch die derzeit „gängige“ Literatur zum Südtirol-Konflikt – vor allem die Publikationen des emeritierten Univ.-Prof. Dr. Rolf Steininger (Universität Innsbruck) – wird der Personenkreis der sogenannten „Südtirol-Aktivist(en)“ des „Befreiungsausschuss Südtirol“ (BAS) üblicherweise in zwei verschiedene Gruppen geteilt: Auf der einen Seite die „relativ guten“ BAS-Aktivisten – vornehmlich aus Südtirol um den wesentlichen BAS-Gründer Sepp Kerschbaumer –, auf der anderen Seite das „Rechtsspektrum“ – für Steininger von „Rechts“ bis „Rechtsextrem“ –, das aber erst in einer „zweiten Phase“ des Südtirol-Aktivismus auf den Plan getreten sein soll.<sup>21</sup>

Der Begriff „Südtirol-Aktivist(en)“ ist in der „linken“ Historiographie sowie in Italien natürlich verpönt und „unbedingt“ durch „Südtirol-Terrorismus“ zu ersetzen, so man sich nicht der heftigsten Kritik dieser Kreise ausgesetzt sehen will.

Dieses „Zwei-Phasen-Modell“ Steiningers ist bei seriöser und vor allem Archivalien-bezogener Forschung jedenfalls nicht aufrecht zu erhalten, wiewohl Südtiroler Historiker und Politologen wie Leopold Steurer oder Günther Pallaver nach wie vor daran festhalten. Die beiden Genannten neigen – abgesehen davon – ohnehin zu einer

<sup>19</sup> Festgehalten in „Relazioni sull'inchiesta condotta su episodi di terrorismo in Alto Adige, presentate rispettivamente dai senatori Boato e Bertoldi; approvate dalla Commissione nella seduta del 14-15 aprile 1992“ der Senatoren Marco Boato und Lionello Bertoldi im Untersuchungsbericht der „Commissione parlamentare d'inchiesta sul terrorismo in Italia e sulle cause della mancata individuazione dei responsabili delle stragi“, Rom 1992, (<https://www.senato.it/service/PDF/PDFServer/BGT/909972.pdf>) (wiederholt eingesehen, zuletzt am 27.06.2010).

<sup>20</sup> Olt, Reinhard: Italienische Manipulationen, 3 Teile, auf <https://www.unsertirol24.com/blog/italienische-manipulationen>; auf <https://www.unsertirol24.com/2017/06/27/wie-versucht-wurde-wien-unter-druck-zu-setzen-teil-2> sowie <https://www.unsertirol24.com/2017/06/27/wie-das-florentinische-schandurteil-bis-in-die-heutige-zeit-hineinwirkt-teil-3> (zuletzt eingesehen am 27.06.2019)

<sup>21</sup> Vgl. dazu die Publikationen zur Südtirolproblematik von Rolf Steininger, vor allem seine dreibändige Darstellung Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947 – 1969. Band 1: 1947 – 1959; Band 2: 1960 – 1962; Band 3: 1962 – 1969. (=Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs, Band 6 – 8), Bozen 1999 ff.

Art „Generalverdacht“, der größte Teil der Südtirol-Aktivist\*innen sei „rechtsextremen Kreisen“ zuzuordnen. Dieser „Generalverdacht“ wurde – wie in Arbeiten besonders von Steuerer und Pallaver klar nachvollziehbar ist, auch auf die von Steuerer sogenannte „patriotische Szene“, also Schützen, den „Südtiroler Heimatbund“ (als Vereinigung ehemaliger BAS-Aktivist\*innen) oder die politische Bewegung (und Partei) „Süd-Tiroler Freiheit“ (STF) sowie auf „Die Freiheitlichen“ (Freiheitliche Partei Südtirols; FPS) ausgeweitet.

Die Südtiroler Aktivist\*innen der Anfangszeit waren durch die massiven polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungsmaßnahmen in Südtirol bald „außer Gefecht“ bzw. im Gefängnis, mit Ausnahme jener, denen die Flucht nach Österreich gelungen war, wo ihnen Asyl gewährt wurde, wobei Italien aktenkundig mehrmals erfolglos deren Auslieferung begehrte. Das österreichische Innenministerium regelte 1961 die „fremdenpolizeiliche Behandlung von Südtirolern, die in Österreich um Asylgewährung ansuchen“.<sup>22</sup>

Es dürfte aber kaum ein Südtiroler BAS-Aktivist einer Burschenschaft angehört haben, da sich unter diesen in der Anfangszeit praktisch keine Studenten bzw. Akademiker befanden – im Gegensatz zur Situation in Österreich.

Junge Burschenschafter aus Wien, Innsbruck und Oberösterreich waren aktenkundig bereits ab 1961 – entgegen Steiningers These – aktiv, wobei vor allem Dr. Norbert Burger, damals noch FPÖ-Mitglied und einer der Südtirol-Beauftragten der Partei sowie Assistent an der Universität Innsbruck und Mitglied der Wiener Burschenschaft Olympia, einen nicht geringen Anteil daran hatte. Allerdings ist anzumerken, dass einige akademische Lehrer, Dozenten und Assistenten der Universität Innsbruck und anderer akademischer Einrichtungen regen Anteil an der Südtirolproblematik nahmen und dementsprechenden Einfluss auf ihre Studentenschaft hatten. Hier sind vor allem Günther Andergassen, Felix Ermacora,

Helmut Heuberger, aber auch Hans Richard Klecatsky, parteiloser Justizminister in der Regierung Josef Klaus, zu nennen.

Besondere Bedeutung kommt den akademischen Burschenschaften Brixia in Innsbruck und Olympia in Wien zu. Zeitzeugentreffen mit „Alten Herren“ dieser genannten Burschenschaften, ergaben ein klares Bild von der Situation bzw. deren Aktivitäten im Südtirolkonflikt:

Grundsätzlich ist dabei anzumerken, dass laut den übereinstimmenden Aussagen der „Alten Herren“ niemals die jeweilige Burschenschaft an sich im Südtirolkonflikt aktiv wurde, sondern dass es sich dabei immer um Aktivitäten einzelner Burschenschafter handelte.<sup>23</sup> Eine Situation, die sich auch in den Akten der österreichischen Staatspolizei nachvollziehen lässt.

Die Bedeutung bzw. der Einfluss Norbert Burgers auf die Brixia wird gemäß übereinstimmenden Aussagen von deren „Alten Herren“ aber zumeist überbetont. Burger war lediglich häufiger Gast im Innsbrucker Brixienhaus. Hingegen war vielmehr der Jesuitenpater Herwig Büchele, ein Vorarlberger, der an der Theologischen Fakultät der Universität Innsbruck lehrte, eine der anregenden Persönlichkeiten und prägenden Gestalten.<sup>24</sup> Pater Büchele war bis zu seiner Priesterweihe als Brixie aktiv und hielt viele Vorträge zum Südtirolproblem, wodurch er – neben der Geschichte der Burschenschaft Brixia – wesentlich an der Bewusstseinsbildung der aktiven Brixen zur Südtirol-Frage beitrug.

Die Gründung der neonazistischen „Nationaldemokratischen Partei“ (NDP) durch den just wegen deren nach seiner und seiner Gefolgschaft zu leisetretischen Haltung in der Südtirol-Politik aus der FPÖ ausgetretenen Burger anno 1966 wurde von sehr vielen Brixen äußerst kritisch gesehen, weshalb nur deren wenige der NDP beitraten oder sich für sie engagierten. Den „Alten Herren“ der Brixia zufolge war schon Ende der 1960er Jahre den meisten klar, dass durch ein übertrieben deutschnationales Gehabe und Auftreten der Süd-

tirolsache geschadet würde. Allerdings gab es natürlich auch junge Brixen, die in den Innsbrucker Gasthäusern eher laut und mit nationalem Gehabe auftraten – eine Situation, die auch von den Nordtiroler BAS-Aktivist\*innen wie Claudius und Herlinde Molling als negativ und kontraproduktiv bezeichnet wurde und nach Ansicht des Nordtiroler BAS um Wolfgang Pfaundler, Kurt Welser und Heinrich Klier der Sache damit eher Schaden zufügte.

Weitgehend ähnlich stellt sich die Situation nach Ansicht der „Alten Herren“ der Wiener Burschenschaft Olympia dar: Auch wenn Norbert Burger als Olympe einer der Mentoren hinsichtlich der Südtirol-Problematik war, wurde die NDP-Gründung sehr kritisch gesehen, mit einem ähnlichen Effekt auf NDP-Mitgliedschaften innerhalb der Olympia.

In den vorhandenen – und derzeit im Österreichischen Staatsarchiv/Archiv der Republik (ÖStA/AdR) einsehbaren – Akten der österreichischen Staatspolizei sind Aktivitäten wie Sprengungen von Strommasten, die sogenannte „ZiZi“-Aktion – eine Serie von Sprenganschlägen mittels vom BAS selbst gebastelter Zeitzündler – den sogenannten „ZiZi“-Zündern<sup>25</sup> – vor allem auf Gepäckaufbewahrungen in italienischen Bahnhöfen im Jahre 1961 und weitere Aktionen aktenkundig.

An der „ZiZi“-Aktion im September 1961 waren hauptsächlich Burschenschafter beteiligt, vorwiegend von der Wiener Olympia sowie von der Burschenschaft Germania aus Erlangen. Burschenschafter der Brixia waren an dieser Aktion gemäß den vorliegenden Akten und Zeitzeugenberichten nicht beteiligt. Norbert Burger wusste zweifellos von der „ZiZi“-Aktion, war selbst aber nicht beteiligt. Die österreichische Staatspolizei ermittelte gegen Burger in diesem Zusammen-

hang wegen der Übergabe von Sprengmitteln an die Olympien Sauer und Schweinberger. Das Verfahren gegen Burger endete mit Freisprüchen an den Landesgerichten Graz und Linz.<sup>26</sup> Die beiden Initiatoren und Planer der Aktion waren der Nordtiroler BAS-Aktivist Kurt Welser – kein Burschenschafter – sowie der Burschenschafter der Olympia Hubert Sauer.<sup>27</sup> Gleichwohl wird die „ZiZi“-Aktion von einigen Historikern bis heute Norbert Burger zugeschrieben.

An vielen der aktenkundigen Aktivitäten und Vorfälle im Südtirol-Konflikt waren Burschenschafter vor allem der beiden erwähnten Burschenschaften beteiligt, allerdings beileibe nicht bei allen.<sup>28</sup>

Einige der im Südtirol-Konflikt engagierten Burschenschafter sind bis heute unbekannt geblieben. Die in den Jahren 1962 bis 1970 im Zusammenhang mit Südtirol abgehaltenen Gerichtsverfahren in Österreich und Italien bieten einen Einblick in die Involvierung von Burschenschaftern in den Südtirol-Konflikt:

- Prozess in Rom 9.2.1962 bis 26.2.1962 – sieben Angeklagte, davon sechs Burschenschafter;
- 1. Mailänder Prozess 9.12.1963 bis 17.7.1964 – 94 Angeklagte, davon kein einziger Burschenschafter;
- Prozess in Graz 10.5.1965 bis 21.5.1965 – 22 Angeklagte, davon acht Burschenschafter;
- 2. Mailänder Prozess 12.1.1966 bis 20.4.1966 – 58 Angeklagte, davon drei Burschenschafter, die aber auch im österreichischen Prozess in Graz angeklagt wurden;
- Prozess in Wien 6.3.1968 bis 12.3.1968 – zwei Südtiroler Angeklagte, davon keiner Burschenschafter;

<sup>22</sup> Vgl. „Betr. Fremdenpolizeiliche Behandlung von Südtirolern, die in Österreich um Asylgewährung ansuchen“. Bundesministerium für Inneres, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit. Zl. 88.340–4/61. Vertraulich! 8. September 1961.

Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (ÖStA/AdR)/Bestand Äußeres/Pol Südtirol/ST 4C 1960 – 1962/Kt. 14.

<sup>23</sup> Mit den „Alten Herren“ der B! Brixia fand am 13. April 2019 in Innsbruck ein Treffen statt und mit „Alten Herren“ der Olympia am 2. Juli 2019 in Wien. Die Namen der „Alten Herren“ werden in dieser Arbeit nach Absprache mit den Betroffenen bzw. aus Datenschutzgründen nicht namentlich genannt. (Anm. d. Verf.)

<sup>24</sup> Vgl. dazu [https://de.wikipedia.org/wiki/Herwig\\_Büchele](https://de.wikipedia.org/wiki/Herwig_Büchele) [Stand: 18. Juli 2019].

<sup>25</sup> Es handelte sich dabei um einen Nachbau eines Zeitzündlers der Deutschen Wehrmacht aus dem Zweiten Weltkrieg. Der Name „ZiZi“-Zünder dürfte sich von dessen Bezeichnung „ZZ“ ableiten. (Anm. d. Verf.) Zur Arbeitsweise und Problematik dieser höchst unzuverlässigen Zündmittel vgl. Herlinde Molling, So planten wir die Feuernacht. Protokolle, Skizzen und Strategiepapiere aus dem BAS-Archiv, Bozen 2011.

<sup>26</sup> Vgl. Gegenstand: Südtirol; In Österreich im Zusammenhang m.d. Südtirol-Problem durchgeführte Amtshandlungen gegen bestimmte Personen. Bundesministerium für Inneres (Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit) GZ 26999 – 17/67 vom 8.5.1967. Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (ÖStA/AdR), Bestand Inneres.

<sup>27</sup> Vgl. dazu Bergisel-Bund Österreich (Hrsg.), Südtirol. Berichte und Dokumente. Folge 2 – 3/1965. Der große Grazer Südtirolprozeß vor Schöffen und Geschworenen. Innsbruck 1965.

<sup>28</sup> Vgl. dazu Hubert Speckner, Von der „Feuernacht“ zur „Porzescharte“ .... Das „Südtirolproblem“ in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten, Wien 2016. In dieser Monographie sind jene Aktionen und Vorfälle im Zusammenhang mit dem Südtirol-Problem, die in Österreich aktenkundig sind, aufgearbeitet. (Anm. d. Verf.)

- Porzescharte-Prozess in Wien, Urteil 23.12.1968 – drei Angeklagte, davon keiner Burschenschafter;
- 3. Mailänder Prozess, Urteil 27.3.1969 – 14 Angeklagte, davon keiner Burschenschafter;
- Prozess in Bologna 14.4.1969 bis 14.5.1969 – 14 Angeklagte, davon keiner Burschenschafter;
- Prozess in Florenz Urteil 14.5.1970 – 30 Angeklagte, davon ein Burschenschafter, der noch nicht in anderen Prozessen aufgeschienen ist.<sup>29</sup>

Somit ergibt sich folgendes Bild: Von insgesamt 244 genannten Angeklagten waren 15 Burschenschafter, das sind lediglich 6,7 Prozent. Von diesen 15 Burschenschäftern waren viele lediglich aufgrund ihrer Hilfsdienste angeklagt und eben nicht selbst an Sprengstoff- und anderen Anschlügen beteiligt.

Die genaue Anzahl an BAS-Aktivistinnen wie auch an Burschenschäftern unter diesen BAS-Aktivistinnen ist bis heute nicht bekannt und liegt wohl um einiges höher als die oben genannten Zahlen ausweisen; zudem waren einige Burschenschäftern aus Deutschland an Aktionen des BAS beteiligt.

In den im österreichischen Staatsarchiv vorhandenen Archivalien ist eine Auflistung der österreichischen Staatspolizei über „jene Personen, gegen die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Südtirolproblem durchgeführt wurden“, enthalten.

Von den im Aktenstück des Bundesministeriums für Inneres/Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit vom Mai 1967 angeführten

insgesamt 133 Personen aus Österreich, Südtirol/Italien und Deutschland waren 18 Burschenschäftern, somit 13,5 Prozent.<sup>30</sup>

Die von der Staatspolizei untersuchten „Vergehen“ dieser Burschenschäftern betrafen gemäß den vorliegenden Akten neben der oben erwähnten „ZiZi“-Aktion durchwegs Verstöße gegen das österreichische Sprengstoffgesetz. Zumeist betraf dies die Beschaffung von Sprengstoff und Waffen für Norbert Burger, der diese weitervermittelte. In einem Fall ermittelte die Staatspolizei gegen ein Mitglied der Burschenschaft Olympia, weil sich dieses „wiederholt für Dr. Burger als Kraftfahrer“ zur Verfügung gestellt hatte. Von allen 18 Burschenschäftern, gegen die bis Mai 1967 durch die Staatspolizei ermittelt wurde, waren fünf aktiv an Aktionen des BAS beteiligt. Vier davon waren in die „ZiZi“-Aktion involviert, und in einem weiteren Fall war ein Burschenschäftern der Olympia genannt, der mit der Gruppe um Jörg Klotz im September 1961 in Südtirol mehrere Anschlügen gegen Strommasten und Umspannwerke durchführte.<sup>31</sup> In der Auflistung der Staatspolizei sind allerdings nur BAS-Aktivistinnen aus Österreich und Deutschland sowie Südtiroler, die sich in Österreich aufhielten, enthalten. Die in Südtirol verbliebenen BAS-Aktivistinnen befanden sich größtenteils in italienischer Haft, nur einige wenige blieben in Südtirol unbekannt.<sup>32</sup>

Nach dem Vorfall auf der Porzescharte an der Grenze zwischen Osttirol und Belluno am 25. Juni 1967, bei dem vier italienische Angehörige der Streitkräfte ihr Leben verloren<sup>33</sup>, wurde das österreichische Bundesheer mit drei Bataillonen zur

„verstärkten Grenzüberwachung“ im Rahmen eines „Sicherheitspolizeilichen Assistenzesinsatzes“ über den Antrag des Innenministers Franz Hetzenauer beordert.<sup>34</sup> Der Einsatz sollte vor allem dem Zweck dienen, von Italien geforderte „spektakuläre Maßnahmen“ zur Bekämpfung des Terrorismus in Österreich zu zeigen – wiewohl Teile der italienischen Regierung zweifellos den wahren Hintergrund des Vorfalls auf der Porzescharte kannten. Italien hatte im eigenen außenpolitischen Interesse wenige Tage nach der bis heute ungeklärten Serie von Sprengungen auf der Porzescharte gegen die österreichischen Assoziationsverhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ein Veto eingelegt und damit enormen außenpolitischen Druck auf die österreichische Regierung ausgeübt. Obwohl die Bevölkerung – vom tatsächlichen außenpolitischen Hintergrund des Einsatzes nicht ausreichend informiert – vor allem in Tirol diesem Einsatz sehr reserviert gegenüberstand, kam es nur zu wenigen Konflikten mit der Bevölkerung.

Zu einem bedeutenderen Zwischenfall kam es hingegen am 29. Juli 1967 im Bereich des Jägerbataillons 4 aus Wien, das im Zillertal stationiert war. Gegen 20.00 Uhr bemerkte ein Unteroffizier fünf Zivilpersonen, die versuchten, sich ihm unbemerkt zu nähern. Als der Wachtmeister versuchte, eine Ausweiskontrolle bei den fünf Personen durchzuführen, flüchteten diese. Der Unteroffizier konnte jedoch einen der Flüchtigen stellen und befragte diesen nach der Ursache des verdächtigen Verhaltens. Auf die Bemerkung des Wachtmeisters, dass in diesem Gebiet Bundesheer eingesetzt sei und der Befragte sich durch sein Verhalten in Gefahr bringen könnte, antwortete dieser, dass er und seine Begleiter darauf aus seien, dass auf sie geschossen würde, was den Bundesminister für Landesverteidigung in große Schwierigkeiten

bringen würde, in deren Folge das Bundesheer aus Tirol abziehen müsste. Gemäß Meldung der 6. Jägerbrigade soll der Befragte wörtlich gefragt haben: „Wollt ihr leicht schießen?“; dies sei ihm nur recht. Wachtmeister Perlinger meldete den Vorfall seinem Kompaniekommandanten, Hauptmann Hans Widhofner, der zwei Gendarmen und drei Unteroffiziere zum Ort des Vorfalls in Marsch setzte.

Eine Einvernahme am Gefechtsstand der 1. Kompanie des Jägerbataillons 4 erbrachte die sofortige Festnahme aller fünf Personen und die Gewissheit der Exekutivbeamten, dass die fünf Personen „Störungsabsichten“ hatten. Nach Rücksprache mit Gendarmerie-Rittmeister Schimek, dem Kommandanten der Konzentrierten Abteilung der Bundesgendarmerie – einer zur „verstärkten Grenzüberwachung“ ab 1961 bis 1970 in Tirol aufgestellten Sondereinheit der Bundesgendarmerie –, wurden die fünf Zivilisten mit einer militärischen Bedeckung von drei Unteroffizieren und drei Wehrmännern in die Sicherheitsdirektion für Tirol nach Innsbruck überstellt. Bei den fünf Festgenommenen handelte es sich um 22 bis 27 Jahre alte Burschen der Brixia. In der Sicherheitsdirektion wurde der Bedeckungsmannschaft mitgeteilt, dass alle fünf Personen „namentlich und persönlich als Extremistenführer“ bekannt seien und zwei davon Funktionen beim BAS innehätten.<sup>35</sup>

Dem vorliegenden Zahlenmaterial zufolge lag somit die Anzahl der Burschenschäftern unter den aktenkundigen BAS-Aktivistinnen unter zehn Prozent!

Diese Zahl steht somit absolut nicht im Einklang mit den von vielen Historikern und Politologen in Österreich wie Südtirol – vermuteten – Zahlen. Der emeritierte Zeithistoriker Rolf Steininger aus Innsbruck sieht in seinem bereits

<sup>29</sup> Die Angaben zu den Gerichtsprozessen gegen Südtirol-Aktivistinnen stammen aus privaten Aufzeichnungen und Publikationen. Derzeit startet ein Forschungsprojekt mit dem Endziel, eine genaue Aufstellung aller im Zusammenhang mit der Südtirol-Problematik ausgesprochenen Urteile, die verhängten Freiheitsstrafen samt Kassationsgericht in Italien und die tatsächlich abgesessenen Freiheitsstrafen zu erhalten (Anm. d. Verf.).

<sup>30</sup> Vgl. Gegenstand: Südtirol; In Österreich im Zusammenhang m.d. Südtirol-Problem durchgeführte Amtshandlungen gegen bestimmte Personen. Bundesministerium für Inneres (Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit) GZ 26999 – 17/67 vom 8.5.1967. Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (ÖStA/AdR), Bestand Inneres.

<sup>31</sup> Ebda., a.a.O.

<sup>32</sup> Eine genaue Zahl der BAS-Aktivistinnen ist bis heute – auch aus den erwähnten Gründen – unbekannt. Man geht von etwas über 200 Personen aus. (Anm. d. Verf.)

<sup>33</sup> Zum Porzescharte-Vorfall vgl. Hubert Speckner, „Zwischen Porze und Roßkarspitz ...“. Der „Vorfall vom 25. Juni 1967 in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten, Wien 2013. Aufgrund der vorliegenden Akten des Innenministeriums, des Landesgerichts Wien und des Entschärfungsdienstes des Innenministeriums kann der Vorfall keinesfalls dem BAS zugeordnet werden, sondern geht mit großer Sicherheit auf das Konto des italienischen Sicherheitsdienstes SID bzw. der von diesem „geführten“ Organisation „Gladio“ und stellt einen der ersten Vorfälle der späteren „Strategie

der Spannung“ in Italien dar. (Anm. d. Verf.)

<sup>34</sup> Zum Einsatz des österreichischen Bundesheeres im Zusammenhang mit der Südtirol-Problematik vgl. Hubert Speckner, „Zur Assistenz an der Tiroler Grenze ...“. Der Sicherungseinsatz des Österreichischen Bundesheeres an der Grenze zu Südtirol 1967. Schriften zur Geschichte des Österreichischen Bundesheeres. Herausgegeben vom Generalstab des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport und dem Heeresgeschichtlichen Museum/Militärhistorisches Institut. Band 19. Wien 2012.

<sup>35</sup> Vgl. Meldung 6. JgBrig an BMfLV etc. Fernschreiben 661, 31.07/10.10 Uhr. Grundzahl 378.638-Zentr/67. ÖStA/AdR, Bestand 05/LV sowie Zeitzeugenbericht Bgdr i. R. Hans Widhofner am 26. September 2007 beim Zeitzeugensymposium „Einsatz an der Südtiroler Grenze 1967“ der Militärgeschichtlichen Forschungsabteilung des Heeresgeschichtlichen Museums.

oben erwähnten „Zwei-Phasen-Modell“ die Burschenschafter innerhalb der „rechtsextremen“ und „neonazistischen“ Kreise in der zweiten Phase der Südtirol-Aktivitäten etwa ab dem Jahr 1964 absolut in der Mehrzahl! Diese Vorstellung wird – offenbar ungeprüft – von den in Südtirol zu meist im Lehrberuf tätigen Historikern übernommen und publiziert. Der am Innsbrucker Institut für Politikwissenschaft tätige Südtiroler Politologe Günther Pallaver scheint neben dem Wiener Zeit-historiker Oliver Rathkolb ebenfalls ein „Anhänger“ dieser These zu sein.<sup>36</sup>

Der Ursprung oder wenigstens ein Hintergrund dieser These ist bei entsprechendem Studium der vorliegenden Archivalien leicht auszumachen: In Italien wurden – bereits unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg – vorerst praktisch alle Südtiroler und in den 1960er Jahren grundsätzlich alle BAS-Aktivist\*innen des „Nazismus“ bezichtigt, bemerkenswerterweise vor allem von den damals überaus mächtigen italienischen Neofaschisten.

So meldete die Staatspolizei Innsbruck im März 1946 nach Wien: „Das italienische Außenministerium bemüht sich in letzter Zeit in verstärktem Ausmaße, die Bestrebungen der Südtiroler nach Wiedervereinigung ihres Landes mit Österreich durch die Behauptung zu diskreditieren, die Südtiroler seien fast ausnahmslos engagierte Nationalsozialisten und treueste Anhänger Hitlers gewesen.“<sup>37</sup>

Besonders intensiv wurde diese Darstellung anlässlich der österreichischen Vorbringung des Südtirol-Problems vor die XV. Generalversammlung der Vereinten Nationen im Herbst 1960 kommuniziert.<sup>38</sup> Diese Art der italienischen

„Propaganda“ wirkt praktisch bis heute und wird sowohl in Italien wie im Bereich der „linken“ Historiographie und vor allem der Politikwissenschaft – erfolgreich – als „Druckmittel“ gegen alle Südtiroler Patrioten und deren Unterstützer angewandt. Eine Situation, die bisher wissenschaftlich kaum analysiert wurde, wiewohl zahlreiche Archivalien dazu vorliegen.<sup>39</sup>

Vollends „skurril“ wurde diese Situation ab der Mitte der 1960er Jahre, als im Zuge der immer undurchschaubareren „Vorfälle“ bei einer seriösen und streng wissenschaftlichen Bearbeitung immer stärker die Einflussnahme verschiedener Nachrichtendienste und vor allem des italienischen Dienstes samt dem von diesem geführten „Gladio-Netz“ im Zuge der „Strategie der Spannung“ bemerkbar ist, eine Situation, auf die an anderer Stelle eigens eingegangen worden ist. (s.o.)

Zeitzeugengespräche mit in den 1960er Jahren aktiven Burschenschafter ergaben hingegen, dass diesen einerseits keine Kontaktaufnahmeversuche verschiedener „Dienste“ auffielen, andererseits aber auch derartige Kontakte kaum aktenkundig sind. Eine Ausnahme würde hier das Archiv des ehemaligen tschechoslowakischen Sicherheitsdienstes StP bieten, das in Prag einzusehen ist. Eine Kontaktnahme Hubert Speckners zu diesem Archiv war wenig ergiebig und endete mit dem schriftlichen Hinweis aus Prag, die Akten der angefragten Personen (wie Jörg Klotz, Luis Amplatz, Peter Kienesberger etc.) seien vernichtet bzw. stünden in Zusammenhang mit einer Person namens Maximilian Mattes, einem Österreicher, der aktenkundig für einige „Dienste“ in Europa ge-

**36** Vgl. Oliver Rathkolb, Der Mythos von der Wirkung von der Bozner „Feuernacht“ vom 12. Juni 1961. In: Zeitgeschichte 1-2/25. Jahrgang/1998. S. 36 – 45. Zu Steuerer und Pallaver reicht ein Blick in deren Aufsätze zur Südtirol-Problematik. Abgesehen davon, dass sich diese Personengruppe vorwiegend gegenseitig zitiert, dies unter einer offenbar gezielten Ausblendung anders gelagerter Forschungsergebnisse – die von dieser Personengruppe gern als „reine Spekulation“ bezeichnet werden –, zeichnen sich deren vorliegende Arbeiten durch eine weitgehende Ausklammerung von Archivarbeit aus. (Anm. d. Verf.)

**37** Betrifft: Eine bemerkenswerte italienische Stimme zur Einstellung der Südtiroler zum Nationalsozialismus. Der Separatismus im Trentino und in der Provinz Belluno. Meldung Sicherheitsdirektion für das Bundesland Tirol Dr./St./W. Innsbruck, den 6. März 1946. ÖStA/AdR/Bestand Äußeres/PolSüdtirol, Beilagen. Kt. 35.

**38** Hubert Speckner arbeitet gegenwärtig an einer Publikation über die Vorgeschichte, über die durch Österreich und Italien dazu verteilten Memoranden und über das Prozedere im Zusammenhang mit diesem österreichischen Resolutionsantrag, der in der UN-Resolution 1497/XV vom 31. Oktober 1960 endete. Das Erscheinen der Publikation mit dem Arbeitstitel „Südtirol vor der UNO“ ist für das Jahr 2020 geplant. (Anm. d. Verf.)

**39** Speckner plant eine Analyse der umfangreichen Pressemeldungen und Pressespiegel der österreichischen Botschaft in Rom, die ein klares Bild der erwähnten Situation bieten. (Anm. d. Verf.)

arbeitet hat, so auch für das österreichische Heeres-Nachrichtenamt.<sup>40</sup>

Aktivitäten der in den 1960er Jahren zahlreichen – man vermutet bis zu 150 – Agenten des damals rein militärischen italienischen Sicherheitsdienstes SIFAR (Servizio Informazioni Forze Armate) bzw. nach dessen aus einer Organisationsreform hervorgegangenen Nachfolger SID (Servizio Informazioni Difesa), deren „Stützpunkt“ in Innsbruck das – von der österreichischen Staatspolizei durchaus beobachtete – „italienische Kulturinstitut“ war, fielen den befragten „Alten Herren“ der Innsbrucker Burschenschaft Brixia nicht besonders auf. Von einer Beobachtung bzw. Überwachung des „Brixenhauses“ gingen die Zeitzeugen zwar aus, maßen dieser aber keine Bedeutung bei, da keinerlei Materialien wie Sprengstoff etc. im „Brixenhaus“ gelagert wurden. Ähnlich bei der Burschenschaft Olympia, die zum damaligen Zeitpunkt allerdings auch keine „Niederlassung“ vergleichbar dem Innsbrucker „Brixenhaus“ hatte.

Als Resümee lässt sich somit festhalten, dass weder die Innsbrucker Brixia noch die Wiener Olympia oder andere Burschenschaften als Verbindung an sich in Aktionen des „Befreiungsausschuss Südtirol“ involviert waren, sondern grundsätzlich nur einzelne Mitglieder von Burschenschaften, wobei viele junge Brixen etwa ab Mitte der 1960er Jahre bis 1967 in Aktivitäten des BAS involviert waren, teilweise aber auch völlig eigenständig Südtirol-Aktionen durchführten. Ähnliches gilt für die Aktivitäten Einzelner aus der Wiener Burschenschaft Olympia, die seit 1961 aktenkundig sind.

Bei vielen Nordtiroler BAS-Aktivist\*innen herrschte eine gewisse Reservation gegenüber Burschenschaftern vor – nicht zuletzt aufgrund deren Auftretens in der Öffentlichkeit –, während Südtiroler BAS-Aktivist\*innen außer zu Norbert Burger praktisch kaum Kontakt zu Burschenschaftern hatten. Die „Pusterer Buam“, eine der von 1961 bis 1966/67 aktivsten Gruppierungen innerhalb des BAS, agierten weitestgehend autonom bzw. unter Abstützung auf ihre Freunde und Familien

im Südtiroler Ahrntal sowie in Österreich und Deutschland. Burschenschafter spielten im Zusammenhang mit den „Pusterern“ höchstens eine unterstützende Rolle wie etwa zur Lieferung von Sprengmitteln. Lediglich die BAS-Gruppierung um Georg „Jörg“ Klotz hielt direkten Kontakt zu Burschenschaftern, und einige Burschenschafter waren bereits ab 1961 in Aktionen von Jörg Klotz und seiner Gruppierung involviert.

Nicht haltbar ist aufgrund der analysierenden Auswertung des vorliegenden Archivmaterials allerdings die häufig vertretene These, dass Burschenschafter und „rechtsextreme Kreise“ mit neonazistischem Hintergrund in einer zweiten Phase der Anschläge ab etwa 1964 sozusagen das „Kommando“ im BAS übernommen hätten. Nachdem nach der „Feuernacht“ 1961 die meisten Südtiroler BAS-Aktivist\*innen in Italien inhaftiert oder im Asyl in Österreich und Deutschland waren, stieg die Bedeutung von Burschenschaftern aus Österreich und Deutschland im Südtirol-Konflikt zwar an; die vorliegenden Daten zeigen allerdings schon an der relativ geringen Anzahl an aktiv involvierten Burschenschaftern zweifelsfrei an, dass diese keine dominierende Rolle innehatten.

Dem steht die „Propaganda“ italienischer Medien gegenüber. Sie schoben (und schieben allem Anschein nach auch heute noch) sämtliche Südtiroler-Aktivist\*innen und grundsätzlich alle Südtiroler ins „rechtsextreme Eck“. Diese italo-propagandistische Darstellung setzte zwar lange vor der Entstehung des BAS (1956) ein, trotzdem wird sie nach wie vor von zahlreichen Historikern und vor allem Politologen unkritisch übernommen und – teilweise vehement – vertreten. So bezeichnete Gaetano Martino, der italienische Delegationsleiter bei der XV. Generalversammlung der Vereinten Nationen, im Zusammenhang mit der Vorbringung des Südtirol-Problems unter dem österreichischen Außenminister Dr. Bruno Kreisky Südtiroler Politiker, beispielsweise Toni Ebner, Friedl Volgger und andere, als „Extremisten der Südtiroler Volkspartei“ und bezichtigte sie und ihre Partei der „rassistische[n] Intoleranz“ gegenüber den Italienern.<sup>41</sup>

**40** Klarheit in dieser Frage würde der Forschungsaufenthalt einer tschechischsprachigen Person bringen. Der Südtiroler Journalist und Historiker Christoph Franceschini hat zwar aus Prag unlängst Akten – in tschechischer Sprache – erhalten, diese aber noch nicht ausgewertet. (Anm. d. Verf.)

**41** Vgl. Nachmittagssitzung des 20. Oktober 1960. IV 2. Gaetano Martino (Italien). Bestand Parlamentsbericht „Südtirol vor den VN“. ÖStA/AdR/Äußeres/1961, ST 2B/A („Vorläufiger Bestand“), Kt. 75.



## 16 Die Dienste – in Sonderheit die DDR-Staatssicherheit (StaSi)

Dass ein Konflikt wie jener, der sich seit der erzwungenen Abtretung des südlichen Tirol als Kriegsbeute Italiens nach dem Ersten Weltkrieg, vor allem aber seit der abermaligen Verweigerung der Selbstbestimmung durch die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs – aus dem Italien wegen abermaligen Seitenwechsels wieder als Kriegsgewinner hervorging – sich hauptsächlich zwischen Wien und Bozen und Rom ergab, auch im Blickfeld diverser Geheimdienste lag, ist geradezu zwangsläufig, um nicht zu sagen „natürlich“, der Fall. So steht/stand die Beteiligung / Mitwirkung italienischer und anderer Geheimdienst(agent)e(n) stets im Raum und bedarf zwingend der Erforschung. Insbesondere die DDR-Staatssicherheit (StaSi) hat sich auffällig für den Südtirol-Konflikt und insbesondere für die darein involvierten politischen Kräfte Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland (BRD) interessiert.

Gleichwohl ist bislang – außer einigen überblicksartigen Kurzdarstellungen (s.u.) – unzureichend erforscht, inwieweit die DDR-StaSi in Südtirol die Finger im Spiel hatte, dasselbe gilt leider auch für das Wirken der StaSi in Österreich selbst, wo allem Anschein nach das Hauptaugenmerk der wenigen dieser Problematik gewidmeten Forschungsprojekte auf die Dienste der USA und der SU respektive der ČSSR, Ungarns und Jugoslawiens gerichtet (gewesen) sind. Dabei unterhielt das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR seit 1972 eine förmliche Residentur in der österreichischen Hauptstadt. Davon zeugen u.a. mehrere Inkognito-Besuche Markus Wolfs, des legendären Chefs der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA; Auslandsnachrichtendienst des MfS) in Wien.

Zufolge der Inaugenscheinnahme spärlich vorliegender Publikationen und partieller Einsicht in diverse Aktenkonvolute aus dem umfangreichen Bestand des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ (BStU) in Berlin können die folgenden vorläufigen Feststellungen getroffen werden: Das MfS der DDR, das sich als „Schwert und Schild der Partei“ verstand und somit als Organ der totalitären Staatspartei „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) und deren staatsdoktrinären „Antifaschis-

mus“ (Antifa) fungierte, interessierte sich im Zusammenhang mit dem Südtirol-Konflikt primär dafür, über ihre angeworbenen und von StaSi-Offizieren geführten Informanten – „Gesellschaftliche Mitarbeiter“ (GM), „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM), „Inoffizielle Mitarbeiter mit Feindberührung“ (IMB) – und direkt im MfS tätigen Agenten und Auswertern/Analytikern, einen „Einfluss westdeutscher revanchistischer Kräfte“ auf das Geschehen zwischen Wien-Innsbruck-Bozen und Rom „nachweisen“ und der Weltöffentlichkeit „vorführen“ zu können. In diesem Zusammenhang werden zumeist „Bonner Ultras“ genannt, worunter das MfS, die StaSi sowie die Staatspartei SED in der Regel Minister, Ministerial- und höhere Justizbeamte sowie Politiker der führenden Parteien CDU, CSU, SPD, FDP verstanden.

Dieser Absicht entsprachen auch Vorgaben und Anweisungen des Politbüro- (1958–1981) und DDR-Staatsratsmitglieds (1976–1981) Albert Norden im Blick auf die nach der „Feuernacht“ 1961 in Italien geführten Prozesse gegen inhaftierte Südtiroler BAS-Mitglieder sowie – nach weiteren Anschlägen – auch auf in Österreich angestrengte Gerichtsverfahren. Im Politbüro war der einstige Journalist Albert Norden für Agitation verantwortlich und leitete eine Kommission zur „Aufarbeitung der Kriegs- und Naziverbrechen“. Im Zusammenhang damit, westdeutsche und österreichische Politiker mittels tatsächlich nachgewiesener oder nur konstruierter „Verstrickung in das NS-Regime“ zu diskreditieren, ist auch das Bestreben zu sehen, eine angeblich von Bonn und München (und Wien sowie Innsbruck und Bozen) aus gelenkte bzw. begünstigte „pangermani(sti)sche Verschwörung“ gegen Rom glaubhaft erscheinen zu lassen, um das Verhältnis der beiden Nato- und EWG-Mitgliedstaaten wenn nicht zu unterminieren, so doch möglichst empfindlich zu stören.

Zur Untermauerung diente das Konstrukt eines angeblichen Zusammenwirkens „alt“- und „neo“-nazistischer Kräfte [im DDR-Jargon für „nazistisch“ gleichrangig „faschistisch“] aus Westdeutschland, Österreich und insbesondere (Süd-)Tirol mit „dem Operationsgebiet Südtirol“ (als eigentlichem Konfliktherd) und ganz Norditalien. Die Rekrutierung und der Einsatz von dafür geeigneten StaSi-Leuten sowie von angeheuerten Agenten und solchen GM und/oder IM, die auf

Alt- und Neonazis sowie Mitglieder rechtsextremer Parteien – in Westdeutschland beispielsweise der „Deutschen Reichspartei“ (DRP; 1950–1965) unter Adolf von Thadden, danach „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD); in Österreich der von Burger (s.o.) gegründeten „Nationaldemokratischen Partei“ (NDP) –, aber auch auf Vertreter anderer Parteien und Gruppierungen, die in irgendeiner Weise in die Südtirol-Problematik involviert waren, angesetzt wurden, diente vornehmlich der Informationsgewinnung sowie der Planung und Ausführung von Diskreditierungs- und Desinformationsmaßnahmen bzw. -kampagnen (Stichworte: Pangermanismus / Pangermanismo, Revanchismus, Revisionismus, Militarismus, Neo-Nazismus u. dgl.).

Zentrale Aufgabe war die Infiltration der Südtiroler Aktivistenszene, insbesondere des BAS. Das MfS ließ, soweit aufgrund vorliegenden Materials sowie zweier einschlägiger Untersuchungen [Michaela Koller-Seizmair: Die Interessen und Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit in Südtirol; in: ZfP 53. Jg. 4/2006, S.454-472 und Thomas Riegler: „Wir setzen uns rein und mischen da richtig mit“. Die DDR-Staatssicherheit und der Südtirolkonflikt; in: Zeitgeschichte, 40. Jg / 2013, H. 3, S. 167-180] bisher zutage gefördert, von Ende der 1950er Jahre bis zum Mauerfall 1989 prinzipiell umfangreiche Dossiers über österreichische Parteien und deren Länderorganisationen ebenso erstellen wie über Südtiroler Parteien sowie einzelne Politiker.

So führte die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS in ihrem Organisationsspeicher (Org.-Speicher) unter der Signatur ZAIG/29902 und der Rubrizierung(sgruppe) „2 Europäischen Organisationen und Organisationen des Auslands“, respektive der Untergruppe „2.3 Verschiedene Organisationen des westlichen Auslands“ neben Presseberichten und Dokumenten-Konvoluten zur US-Gruppe „Treibhaus-Netzwerk“, dem ungarischen „Glasnost-Klub (Nyilvanossag Klub)“, dem „Büro für ungewöhnliche Maßnahmen“ (einer linken Künstlergruppe) in West-Berlin, der „Untergrundorganisation „Ägyptische Revolution“, sowie der britischen „Economic League“, auch entsprechende Materialien über die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (zudem auch über die „Grünen Österreichs“). Und

unter der MfS-Signatur Sekr Neiber/1022 – es handelt sich um das Sekretariat des Stellvertreters des Ministers (also Erich Mielkes), nämlich des Generals Gerhard Neiber – findet sich unter der Rubrizierung(sgruppe) „11 Terrorabwehr“, respektive Untergruppe „11.6 Internationaler Terrorismus“ ein Dokumenten-Konvolut, welches mit „Rechtsextremismus und terroristische Anschläge in Österreich“ bezeichnet ist und u.a. ein Konvolut „Informationen und Presseveröffentlichungen über den Rechtsextremisten Ekkehard Weil und über den Vorsitzenden der National-Demokratischen Partei Österreichs, Norbert Burger“ enthält“. Oder auch Signatur Sekr Neiber/1023, worunter sich, wiederum unter „11.6 Internationaler Terrorismus“, das Dokumenten-Konvolut „Information über die Aufklärung des Bo Meran/Italien am 31. Dezember 1986 durch den italienischen Abwehrdienst DIGOS“ befindet. Schließlich Signatur SdM/343, d.h. „Sekretariat des Ministers für Staatssicherheit – Korrespondenz mit den Hauptabteilungen (HA) und Abteilungen des MfS (Ablage III)“, worin sich neben der Faszikel „Aufdeckung des Agenten-Tunnels in Berlin-Pankow, Wollankstraße“ auch ein Dokumenten-Konvolut „Methoden der Spionage des Gehlen-Geheimdienstes“ / „Der Gehlen-Geheimdienst und seine Verbindungen zum französischen Geheimdienst „Organisation de l'Armée Secrète, (OAS) und der „5. Kolonne in Südtirol“, befindet. Das sind natürlich nicht alle Beispiele, sondern lediglich exemplarisch solche, die Aktenmaterial von/für „ganz Oben“ enthalten.

Aus der StaSi-Akte MfS-HA XXII, 5529/5 lässt sich erschließen, wie sehr sich Ost-Berlin selbst für Details des Südtirol-Konflikts interessierte. Das reicht zeitlich bis zum Ende der DDR. So ist die DDR-StaSi nachweislich exakte Mitwisserin in der „Causa „Ein Tirol“, einer kleinen Gruppe um den Nordtiroler Karl Außerer, die zwischen 1978 und 1988 Bombenanschläge [wie jene auf das faschistische „Siegesdenkmal“ in Bozen, das Alpini-Denkmal (Glorifizierung des Abessinienkriegs) in Bruneck und das Grab des faschistischen Senators Ettore Tolomei in Montan im Südtiroler Unterland] verübte, wie samt und sonders aus der Faszikel MfS AIM 868/91 hervorgeht. In einem darin enthaltenen Bericht der Hauptabteilung XXII vom 16. Mai 1988 über die Aktivitäten ihres „IM Förster“ (alias Herbert He-

gewald, eines Journalisten aus Mannheim), heißt es: „Zwischen Außerer und Förster besteht nach seiner Einschätzung ein gutes Vertrauensverhältnis. Dieses kommt insbesondere darin zum Ausdruck, dass A. ihn im September oder Oktober bat, [...] mit ihm zu einem gewissen Soundso in die Nähe von Innsbruck zu fahren, um von diesem Sprengstoff abzuholen. Dieser Bitte kam Förster nach.“

Ein anderer DDR-Agent, der in Südtirol spitzelte, war Peter Karl Weinmann („IMB Rolf Römer“). Der gelernte Polizist und Bademeister war – mit Wissen und ausdrücklicher Billigung des MfS – zudem für das in Köln ansässige Bundesamt für Verfassungsschutz“ (BfV) sowie für die politische Polizei Italiens, „Direzione Investigazioni Generali e Operazioni Speciali“ (DIGOS), und den italienischen Militärgeheimdienst „Servizio per le Informazioni e la Sicurezza Militare“ (SISMI) tätig. Er unterhielt in den 1980er Jahren vielfältige Kontakte in die rechtsextremistische und neonazistische Szene der Bundesrepublik, darunter zur berüchtigten „Wehrsportgruppe Hoffmann.“

Eine seiner Legenden war die des „Journalisten“. Weinmann, damals 48 Jahre alt, gebürtig in Schwäbisch-Hall, wohnhaft in Kaiserslautern, ursprünglich 1969 vom BfV angeworben und als „Quelle“ im politisch recht(sradikal)en Spektrum eingesetzt, wird 1976 förmlich „abgeschaltet“. Er muss gegenüber dem BfV eine Verschwiegenheitsverpflichtung unterschreiben und wird vom italienischen militärischen Nachrichtendienst SISMI (Servizio Informazioni e Sicurezza Militare) in Dienst genommen. Es liegt die Vermutung nahe, dass Weinmann auf Anforderung aus Italien vom BfV zur Verfügung gestellt wurde. Er übersiedelt nach Südtirol und arbeitet als Journalist bei verschiedenen Medien.

Täglich verfasst Weinmann Berichte und Analysen für den SISMI. Zielobjekte seiner Bespitzelung sind Südtiroler Politiker: so der SVP-Abgeordnete in der römischen Kammer und Athesia-Verlagschef – mithin Herausgeber der Tageszeitung „Dolomiten“ – Dr. Michel Ebner; so der SVP-Landtagsabgeordnete Dr. Franz Pahl; so Kultur-Landesrat Dr. Bruno Hosp (SVP); so die oppositionelle UfS-Landtagsabgeordnete Dr. Eva Klotz und viele andere mehr. Weinmann gab dies in einer ZDF-Sendung im Februar 1993 sogar selbst zu.

Für die StaSi war Weinmann – mit ausdrücklicher Billigung des SISMI – bis zum Untergang der DDR tätig. Er lieferte dem MfS Informationen über das BfV und spähte über die Südtirol-Schiene österreichische Politiker aus, die mit Südtiroler Parteien und Politikern in mehr oder weniger enger Verbindung standen.

Dossiers über FPÖ-Politiker dürften sich in der MfS-Hinterlassenschaft in mannigfacher Weise finden lassen. Darauf weist auch der außergewöhnlich umfangreiche Aktenbestand hin, der sich von 1964 bis zum DDR-Untergang 1989/90 im BStU in einer Fülle von Aktenfaszickeln niedergelegten Spitzeltätigkeit des Ost-Berliner Sinologen (mit österreichischer Staatsbürgerschaft) Ernst Schwarz alias „IM Karl Weber“ findet. Darin sind Dossiers über alle maßgeblichen Politiker, Diplomaten, Wissenschaftler, Gewerkschafter, Gewerbetreibende, Journalisten und Kunstschaffende Österreichs im Umfang von ca. 3500 DIN-A4-Seiten zu finden, mit denen Schwarz/Karl Weber“ in Kontakt kam – das waren über die Jahre sehr viele. Darüber hinaus lieferte er Berichte über alle Aufträge, die ihm seine StaSi-Führungsoffiziere eigens erteilten.

Und schließlich gab es in Wien eine StaSi-Residentur, über die der in den Westen übergelaufene StaSi-Oberleutnant Werner Stiller später schrieb, sie „lieferte Informationen in Hülle und Fülle und erhielt höchste Bewertungsnoten für den Inhalt“. Illustre Figuren wie der Szene-Wirt Rudolf Wein („IM Prokurist“, später „IM Richter“), der die Residentur leitete, und der Wiener StaPo-Chef Gustav Hochenbichler („IM Bau“) gehörten ebenso dazu wie der Physiker Rudolf Sacher („IM Sander“). Um die Dimension der Wirkung dieser Wiener „Kundschafter für den Frieden“ deutlich zu machen, sei hier bemerkt, dass schon allein „IM Sander“ (später „IM Wendel“) zwischen 1969 und 1984 nicht weniger als 344 Einzelinformationen an StaSi-Major Horst Müller, seinen Führungsoffizier, lieferte. Mit diesem zusammen sowie Sachers Studienfreund und Kollegen Karl Heinz Pfneudl gründete er das „Technik-Büro Rudolf Sacher GesmbH“, in der indes – laut „profil“ 21/012 vom 21.05.2012 – Wein sowie der Anwalt Karl Zerner die bestimmenden Figuren gewesen sein sollen. Wein und dessen Freund, der wegen der „Affäre Lucona“ weit über Österreich hinaus bekannte „Demel“- und „Club 45“-Betreiber Udo

Proksch – er hatte zu maßgeblichen Politikern aller Parteien, insbesondere denen der SPÖ, beste Beziehungen – waren zudem Eigner der Tarnfirma „KIBOLAC“.

Es würde nicht nur den Rahmen dieser Arbeit sprengen, sondern auch ein Vielfaches an Zeit erfordern, wollte der Verfasser detaillierter auf die bei ihm vorhandenen kopierten StaSi-Akten aus der BStU eingehen, die einen Umfang von ca. 9000 DIN-A4-Seiten umfassen. Als Beispiel soll hier lediglich der „IM-Vorgang MfS XV5475/85“ angeführt werden, der für Herbert Hegewald („IMS Förster“; s.o.) angelegt worden war (s.u. die Deckblätter). Eine genauere Einsichtnahme, Befundung sowie Analyse muss daher einer späteren Befassung vorbehalten bleiben.

Leider ist an originäres Aktenmaterial der italienischen Dienste nicht heranzukommen („Segreto di Stato“). Das ist umso bedauerlicher, als Rom, der maßgebliche Verursacher des Südtirol-Konflikts, dessen Geheimdienste alle genannten Parteien und Politiker in Südtirol, Österreich und Deutschland (s.o.) mit derselben Inbrunst „aufklärten“ respektive mit Desinformationskampagnen überzogen. Und die, wie die genannten Forschungsergebnisse Hubert Speckners (s.o. und s.u. Auswahl-Literatur) zwingend ergeben haben, über viele Aktionen Regie führten oder sie selbst ausführten, die Italien – im stets gepflegten Geiste seines „Sacro egoismo“ („Heiliger Eigennutz“), unter dem es 1915 wie 1943 die Seiten wechselte – bis zur Stunde dem Südtiroler Freiheitskampf anlastet(e).

## 17 Zusammenfassung

Grundsätzlich haben die drei traditionellen Nationalratsparteien (SPÖ, ÖVP, VdU/FPÖ) in der Südtirol-Politik – zufolge des nach dem Zweiten Weltkrieg durch die am 5. September 1946 in Paris von Außenminister Karl Gruber und Ministerpräsident Alcide DeGasperi getroffene vertragliche Übereinkunft – im Großen und Ganzen lange Zeit weitgehend an einem Strang gezogen. Infolgedessen pflegten sie, wenngleich aufgrund Stärke, Einfluss und ideologischer Übereinstimmung differierend, unterschiedlich enge/intensive Beziehungen zu der seit 1945 zwischen Brenner und Salurner Klausen dominanten Sammelpartei SVP

– sie vereinte christlich-soziale, katholisch-konservativ bäuerliche, bürgerlich-liberale und sozialistisch/sozialdemokratische Strömungen unter ihrem Dach – besondere Beziehungen.

Diese konsensuale Südtirol-Politik geriet mittels der Wiedervereinigung Deutschlands, insbesondere mit der damit im Zusammenhang stehenden Abgabe der Streitbeilegungserklärung Österreichs – gemäß UN-Resolutionen 1497/XV (31. Okt. 1960) und 1661 (28. Nov. 1961); zweitem Autonomie-Statut, bestehend aus Maßnahmenkatalog und Operationskalender (20. Jan. 1972) – gegenüber Italien (und beider Staaten gegenüber den UN) – was in der Zeitgeschichte respektive politikwissenschaftlichen Bewertung/Einordnung bisher unterbelichtet geblieben ist – am 11. 6. 1992 aus den Fugen. Während SPÖ, ÖVP und die (von 1986 bis 2017 im Nationalrat vertretenen) Grünen mit Abgabe der Erklärung die Südtirol-Frage faktisch für beantwortet erachteten, legten insbesondere FPÖ-Parlamentarier – wie etwa Dillersberger, Graf, Neubauer – immer wieder den Finger in die Wunde der weder nach dem Ersten, noch nach dem Zweiten Weltkrieg gewährten Ausübung des Selbstbestimmungsrechts und die damit verbundene Zukunftsperspektive für die Südtiroler.

Dies zeitigte auch Folgen für die Beziehungen zur SVP; umso mehr, als sich die „Sammelpartei der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler“ mehr und mehr vom – selbst in ihrem Parteistatut verankerten – Selbstbestimmungsgebot [zugunsten einer eher im Ungefähren und Nebulösen verbleibenden „Europäisierungslösung“ – Stichworte: „Europaregion Tirol“; „(kulturelle) Landeseinheit durch Wegfall der Grenzen“] verabschiedete. Die FPÖ intensivierte damit exponentiell ihre Beziehungen zu den beiden maßgeblichen politischen Kräften Südtirols, die zur SVP nahezu in Fundamentalopposition standen, so zur:

- Süd-Tiroler Freiheit [STF; einer Abspaltung von der seit 1989 bestehenden Union für Südtirol (UfS)], die aus dem austro-patriotischen Südtiroler Heimatbund (SHB, gegründet von BAS-Aktivist) sowie aus der SVP ausgetretenen Opponenten hervorgegangen ist und vorbehaltlos für das „Los von Rom“ und die Wiedervereinigung mit Tirol/Österreich eintritt;

- Freiheitlichen Partei Südtirols (FPS), einer Neugründung (1992) unter der „Patenschaft“ der damaligen FPÖ-Bundespartei-Führung (Haider, Meischberger et al.), die sich alsbald als stärkste Oppositionskraft etablierte, vorbehaltlos für das „Los von Rom“ sowie für eine Freistaatslösung (ggf. als Zwischenschritt auf dem Weg zurück zu Tirol/Österreich) eintritt.

Daher ist festzuhalten: Seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es unter allen politischen Formationen diesseits und jenseits des Brenners faktisch lediglich zwei Bewegungen, welche sich durchweg konzeptionell respektive programmatisch vorbehaltlos und uneingeschränkt für eine Zukunft des südlichen Landesteils Tirols „ohne Italien“ (respektive „außerhalb Italiens“) einsetz(t)en. Was sie zugleich von den beiden etablierten und in längeren Perioden zu großen Koalitionen verbundenen (1946 – 1966; 1986 – 1999; 2007 – 2017) parlamentarischen Kräften Österreichs, nämlich Sozialisten/Sozialdemokraten (SPÖ) und Volkspartei (ÖVP), sowie insbesondere von der seit 1946 in der (eigentlich erst seit dem sogenannten „Zweiten Statut“ 1972 formalrechtlich zutreffend als solche bezeichnungswürdigen) Autonomen Provinz Bozen-Südtirol regierenden „Sammelpartei“ SVP insofern unterscheidet, als diese sich seit den späten 1950er Jahren (und insbesondere seit 1969, der SVP-Zustimmung zu „Paket“ und „Operationsskalender“) de facto vom ursprünglich allen gemeinsamen Merkmal des Selbstbestimmungsverlangens für die nach dem Ersten wie dem Zweiten Weltkrieg von den Siegermächten Italien überantworteten Südtiroler verabschiedeten.

Was die FPS sowohl von der FPÖ, als auch von deren Tiroler Landesverband / Landesorganisation unterscheidet, ist der Umstand, dass ihre Gründung eine quasi zwingende Folge der – in Österreich von ÖVP, SPÖ, Liberalem Forum (LiF; einer FPÖ-Abspaltung) und Grün(-Alternativen) wohlgefällig gutgeheißenen, in Südtirol von der zwischen 1946 und 2013 mit absoluter Mehrheit (meist der Stimmen; seit 2008 nur der Landtagssitze; seit 2013 in Koalition mit der italienischen PD) regierenden „Sammelpartei“ SVP als alleinseligmachend propagierte und gegenüber Rom meist nachgiebig-kompromisslerisch verfochtene – „Paketabschluss“-Politik war. Die Gründung der FPS wurde nach der formellen SVP-Zustimmung (als

Voraussetzung für die Abgabe der auf UN-Resolutionen beruhenden völkerrechtlich bindenden „Streitbeilegungserklärung“ durch Wien (Frühjahr 1992) im Dezember 1992 vollzogen. Die FPÖ hatte im Nationalrat die Südtirol-Politik zuvor weitgehend mitgetragen, traf sich nun aber (volkstums-)politisch mit den Proponenten der Neugründung F/FPS. Deren „Gründungsväter“ waren vordem in der SVP „beheimatet“ gewesen und verließen diese, weil sie Paketabschluss und Streitbeilegung sowohl für verfrüht und rechtlich auf tönernen Füßen stehend, als auch sozusagen als faktischen Selbstbestimmungsverzicht erachteten und daher grundsätzlich ablehnten.

Weil die FPÖ auch während der („Bomben“-) Jahre des Südtiroler Freiheitskampfes (Ende der 1950er bis zu Paketabschluss 1969 bzw. zweitem Autonomie-Statut 1972), weitestgehend an der konsensualen Südtirol-Politik der Nationalratsparteien festgehalten hatte, war ihr in der von (dem damals an der Innsbrucker Universität tätigen Dr. Norbert Burger gegründeten) NDP eine ernstzunehmende Konkurrenz erwachsen. NDP-Proponenten, zu denen wegen und über Burger Burschenschafter stießen, lehnten die südtirolpolitisch-„anpasserische“ Haltung der FPÖ (und naturgemäß auch der ÖVP und der SPÖ) als „leisetreterisch und viel zu lasch“ ab und führten – nach Inhaftierung der meisten Aktivisten des „Befreiungsausschusses Südtirol“ (BAS) – bisweilen Anschläge auf italienische Einrichtungen fort. Im Lichte insbesondere der Auswertung sicherheitspolizeilicher Akten des Österr. Staatsarchivs sowie der zeitzeugenschaftlichen Befragung damals beteiligter Burschenschafter ergab sich indes ein von bisherigen zeitgeschichtlichen Darstellungen (wie etwa dem einschlägigen Abschnitt „Burschenschaftliche Südtirol-Politik“ in der Publikation von Bernhard Weidinger, Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen. Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945, Wien-Köln-Weimar (Böhlau) 2015, S.416-441) ein etwas anderes Bild. So muss für die in der Südtirol-Problematik insbesondere in den 1960er („Bomben“-)Jahren außerordentlich engagierten Innsbrucker „B! Brixia“ nicht der damit weithin in der zeitgeschichtlichen und politologischen Forschung in Zusammenhang gebrachte Norbert Burger, sondern vielmehr der in der „B! Brixia“ aktive Jesuitenpater (und als solcher spätere Hoch-

schullehrer) Herwig Büchele als Spiritus rector dieses besonderen Aktivismus namhaft gemacht werden. Und: Wider eher „links“ zu verortende Historiker und Politologen, für die quasi als Lehrmeinung verbreitete *Opinio communis* gilt, dass es die (rechtsextremen bis rechtsradikalen) Burschenschaften gewesen seien, ist festzuhalten, dass es einzelne Mitglieder von Brixia, Olympia und aus anderen (vereinzelt auch deutschen) Korporationen waren, die sich schon vor, vor allem aber nach der auf die „Feuernacht“ 1961 – verbunden mit der Verhaftung des größten Teils des Südtiroler BAS – folgenden (gemäß Rolf Steiningers Terminus) „zweiten Phase des Südtirol-Terrorismus“ als besonders engagierte Südtirol-Aktivisten beteiligten, was bis hin zur Teilnahme an gegen italienische Einrichtungen gerichteten Anschlägen ging und wofür einige in italienischen Haftanstalten – ebenso wie zahlreiche zufolge der „Feuernacht“ verhaftete Südtiroler BAS-Aktivisten (meist in Carabinieri-Kasernen) – gefoltert wurden. Nicht nur nebenbei bemerkt: Dieses „Zwei-Phasen-Modell“ ist bei seriöser und vor allem strikt archivalienbezogener Forschung, respektive unter Einbeziehung der „oral-history“-Methode, – beides Grundlage für die vorliegenden Erörterungen – nicht aufrecht zu erhalten.

Diese Burschenschafter waren auch nicht durchweg NDP-Mitglieder; viele hielten Burgers Parteigründung just im Blick auf die Südtirol-Problematik sogar für ausgesprochen schädlich. Dennoch lagen ihrem ideologisch motivierten Ansporn für aktives Südtirol-Engagement zweifellos Topoi wie „Kampf für das Deutschtum und dessen Erhalt“ oder „Schutz der Volksgemeinschaft“ u.dgl. mehr zugrunde, welche vornehmlich in deutschnationalen studentischen Verbindungen hoch im Kurs standen. Hierbei ist jedoch zu konzedieren – und das gilt naturgemäß auch und vor allem für Burgers NDP und für dortselbst zu verortende oder der Partei (ohne formelle Mitgliedschaft) nahestehende Burschenschafter –, dass zutreffen mag, was man im Zusammenhang mit südtirolpolitischem Engagement und Aktivismus als „Nähe zu NS-Gedankengut“ bezeichnet, was aber – und dies ist in unserem Zusammenhang von Wichtigkeit – im Gegensatz dazu auf die FPÖ als Partei und südtirolpolitischer Akteur nicht zutrifft. Demzufolge ist die in der wissenschaftlichen und journalistischen Publizistik und infolgedessen

auch in der Öffentlichkeit gängige Zuordnung, ja mitunter Projektion dieses Sachverhalts auf die FPÖ nicht nur nicht angebracht, weil unredlich, sondern unzutreffend.

In Italien wurden – bereits unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg – zunächst alle Südtiroler und in den 1960er Jahren grundsätzlich alle BAS-Aktivisten des „Nazismo“ bezichtigt und als „Nazisti“ gebrandmarkt, bemerkenswerterweise vor allem von den damals nicht unbedeutenden und insbesondere in Südtirol stark verankerten Neofaschisten des „Movimento Sociale Italiano“ (MSI). Dies galt (und gilt mitunter bis heute) auch für politische Kräfte, die sich für die Sache Südtirols einsetz(t)en. Dies wirkt praktisch bis heute, lässt sich italienischerseits bei Bedarf instrumentalisieren und schlägt durchweg auf die PC-fromme „linke“ Historiographie durch, vor allem in Österreich sowie in Deutschland. Und wird nach wie vor gegen alle patriotischen Kräfte, somit auch gegen Freiheitliche diesseits und jenseits des Brenners ausgespielt.

Auf derlei Bezichtigungen nahmen seit Mitte der 1960er Jahre auch diverse Dienste Einfluss. Nicht allein das: Seitens Italiens sind der Geheimdienst „Servizio Informazioni Forze Armate“ (SIFAR) und das darein verwobene „Gladio-Netzwerk“ zu nennen, welche im Zuge einer „strategia della tensione“ nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit dem Südtirol-Konflikt Wirkung entfalteten. Diese „Strategie der Spannung“ bestand aus verdeckten Maßnahmen zur Destabilisierung des gesellschaftlichen Gefüges oder der Verunsicherung von Bevölkerungsteilen, einer Region oder des Staates, ausgeführt oder gefördert durch staatliche Organe. Die jüngere zeitgeschichtliche Forschung legte zweifelsfrei offen, dass nach der faktischen Ausschaltung der meisten Südtiroler Freiheitskämpfer viele Vorkommnisse, die Italien kurzerhand und öffentlichkeitswirksam dem BAS zurechnete – was Österreich meist unwidersprochen hinnahm – keinesfalls so stattfanden, wie sie amtlich dargestellt worden waren. Auch in der wissenschaftlichen Literatur sowie in der medialen Publizistik galten und gelten diese Vorkommnisse bis heute als Akte des „Südtirol-Terrorismus“. Prägnantestes Beispiel unter ca. 40 derartigen oder ähnlichen Geschehnissen ist die in „Zwischen Porze und Roßkarspitz ...“. Der „Vorfall“ vom 25. Juni 1967 in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten“, Wien (GraWis) 2013, aus-

giebig durchleuchtete Causa eines „Attentats, das keines war“.

Im Südtirol-Konflikt ist – wenngleich bisher nur in geringem Maße erforscht – evident, dass sich insbesondere die DDR-Staatssicherheit (StaSi) auffällig dafür und insbesondere für die involvierten politischen Kräfte Österreichs und der BR Deutschland interessierte, zumal da das MfS in Wien eine förmliche Residentur unterhielt, wovon u.a. mehrere Inkognito-Besuche Markus Wolfs, des legendären Chefs der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA; Auslandsnachrichtendienst des MfS) in der österreichischen Hauptstadt zeugen. Die Auswertung spärlich vorliegender Publikationen (s.u.) sowie die – bisher leider nur partielle – Inaugenscheinnahme diverser Aktenkonvolute aus dem umfänglichen Bestand des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ (BStU) in Berlin erlauben mithin die folgenden Feststellungen:

- Das MfS, das sich als „Schwert und Schild der Partei“ verstand und somit als Organ der totalitären Staatspartei „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) und deren staatsdoktrinärem „Antifaschismus“ (Antifa) fungierte, interessierte sich im Zusammenhang mit dem Südtirol-Konflikt dafür, über angeworbene und von StaSi-Offizieren geführte Informanten, „Gesellschaftliche Mitarbeiter“ (GM), „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM), „Inoffizielle Mitarbeiter mit Feindberührung“ (IMB) und (mit Wissen des MfS) auch als Doppel- und Dreifach-Agenten fungierende Personen, einen „Einfluss westdeutscher revanchistischer Kräfte“ – oft ist die Rede von den „Bonner Ultras“; worunter Minister, Ministerialbeamte, die höhere Justiz, Politiker der führenden Parteien CDU, CSU, SPD, FDP verstanden wurden – auf das Geschehen zwischen Wien-Innsbruck-Bozen und Rom „nachweisen“ und der Weltöffentlichkeit „vorführen“ zu können.
- Das MfS verfolgte hinsichtlich österreichischer sowie Südtiroler Politiker und Parteien dieselben Absichten. Darüber hinaus war es Aufgabe seiner Agenten, die ideologischen ebenso wie die manifesten organisatorischen Übereinstimmungen und Verbindungen mit den genannten bundesdeutschen Kräften zu

ergründen und bis ins Detail – auch personenbezogen – in Dossiers festzuhalten. Die StaSi erstellte vom Ende der 1950er Jahre bis zum Mauerfall 1989 derart umfangreiche Dossiers über österreichische Parteien, deren Länderorganisationen sowie Südtiroler Parteien ebenso wie über einzelne Politiker und suchte sie für ihre Zwecke nutzbar zu machen. Dass sie ihr Augenmerk dabei sozusagen naturgemäß auch auf FPÖ und NDP richtete – ohne dies hier und jetzt schon erschöpfend(er) darlegen zu können – liegt auf der Hand.

- Diesen Absichten unterlagen beispielsweise entsprechende Vorgaben und Anweisungen des Politbüro- (1958–1981) und DDR-Staatsratsmitglieds (1976–1981) Albert Norden hinsichtlich der nach der „Feuernacht“ 1961 in Italien geführten Prozesse gegen inhaftierte Südtiroler BAS-Mitglieder sowie – nach weiteren Anschlägen – auch in Österreich angestregten Gerichtsverfahren. Im Politbüro war der einstige Journalist Albert Norden für Agitation verantwortlich und leitete eine Kommission zur „Aufarbeitung der Kriegs- und Naziverbrechen“. Im Zusammenhang damit, westdeutsche und österreichische Politiker mittels tatsächlich nachgewiesener oder nur konstruierter „Verstrickung in das NS-Regime“ zu diskreditieren, war auch das Bestreben zu sehen, eine angeblich von Bonn, München, Innsbruck und Wien aus gelenkte „nazistisch-pangermanistische Verschwörung“ gegen Rom glaubhaft erscheinen zu lassen, um insbesondere das Verhältnis der beiden Nato- und EWG-Mitgliedstaaten wenn nicht zu unterminieren, so doch zu stören.

Zur Untermauerung diente das Konstrukt eines angeblichen Zusammenwirkens „alt“- und „neo“-nazistischer Kräfte [im DDR-Jargon für „nazistisch“ gleichrangig „faschistisch“] aus Westdeutschland, Österreich und insbesondere (Süd-) Tirol mit „dem Operationsgebiet Südtirol“ (als eigentlichem Konfliktherd) und ganz Norditalien. Zentrale Aufgabe für die gedungenen StaSi-Agenten war die Infiltration der Südtiroler Aktivisten-Szene, insbesondere des BAS. Die Rekrutierung und der Einsatz von dafür geeigneten StaSi-Leuten aus der Wiener Residenz sowie von

angeheuerten Agenten und solchen GM und/oder IM, die auf Alt- und Neonazis sowie Mitglieder rechtsextremer Parteien – in Westdeutschland beispielsweise der „Deutschen Reichspartei“ (DRP; 1950–1965) unter Adolf von Thadden, danach „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD); in Österreich der Burger’schen NDP –, aber auch auf Vertreter anderer Parteien und Gruppierungen, die in irgendeiner Weise in die Südtirol-Problematik involviert waren, angesetzt wurden, diente vornehmlich der Informationsgewinnung sowie der Planung und Ausführung von Diskreditierungs- und Desinformationsmaßnahmen bzw. -kampagnen.

IM-Vorlauf Hegewald Blatt 1

**I**

Streng geheim

## IM-Vorgang

Reg.-Nr. MfS , XV 5475/85

Deckname \_\_\_\_\_

\*\*\*

Beginn\* 22. 11. 85

Beendet \_\_\_\_\_

Archiv-Nr. \_\_\_\_\_

Band-Nr. 1

868/91

T-GLEIT-Hefter  
Bestell-Nr. T 100/So  
VEB Organisations-Technik Eisenberg/Thür.  
V-10-25 Mo G 3/79

Der Bundesbeauftragte für die  
Unterlegendes Sitzsicherheitsdienstes  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
- Zentralarchiv -

Papier nicht  
ersch  
DA 868/91

IM-Vorlauf Hegewald Blatt 2

XV 5475/85

**D** Name Hegewald Reg.-Nr./Abkürzung

Geburtsname \_\_\_\_\_

weitere Namen \_\_\_\_\_

Vorname\* Herbert

Geburtsdatum 11.05.37

Geburtsort Döbrichen

PKZ \_\_\_\_\_

Startort-  
gehörig BRD

Ar-  
schritte 68 Mannheim  
R 7, Nr 7 A-8

Beruf/  
Funktion arbeitslos

Arbeits-  
stelle \_\_\_\_\_

MfS SV **StW**

DfMitarbeiter (bei registrierten Vorgängen  
nicht angeben)

Archiv-Nr. DP 6045/91

MfS SV MfS /abliegende DL

Mitarbeiter nicht gesperrt

Karte angelegt am 22. 11. 85

MfS XV / 3556/80

\* Rufname unterstreichen

KOPIE BStU  
AMZ  
4.11.96

**D** Vorg.-Art IM-Vorlauf Reg.-Nr. XV 5475/85

Deckname "Förster"

IM-Kategorie / Delikt IMS

Angelegt am 22. 11. 85 MfS / BV / **MfS**

HA/Abt./KD Abt. XXII/4 Mitarb. Brückner

Beendet  
am: MfS / BV / Archiv-Nr. 868/91

Nicht gesperrt

Datum	Art der Veränderung
<u>22. 11. 85</u>	<u>MfS Abt. XXII/4 Büsch X</u>

KOPIE BStU  
AMZ  
4.11.96

## IM-Vorlauf Weinmann Blatt 1

Name <b>Weinmann</b>		XV 5505/84	
Geburtsname		Reg.-Nr./Erfassungen	
weitere Namen		<b>MFS</b>	
Vorname	<b>Karl Peter</b>	MIS/BV	
Geburtsdatum	<b>01.03.46</b>	DE-Mitarbeiter (bei registrierten Vorgängen nicht angeben)	
Geburtsort	<b>Schwäbisch Hall</b>	Archiv-Signatur	
PKZ		MIS/BV /Angehörige DE	
Staatsangehörigkeit	<b>BRD</b>	Mitarbeiter	<b>nicht gesperrt</b>
Anschriften	<b>5300 Bonn 3</b>	Karte angelegt am	<b>16.01.86</b>
Beruf/Tätigkeit		Kopie BStU 7/16 AR 2 2.2.13	
Arbeitsstelle	<i>muschigt</i>		

Datum	Weitere Erfassungen	Datum	Weitere Erfassungen
Veränderungen			

ZAL 10/3

## IM-Vorlauf Weinmann Blatt 2

Vorg.-Art		OPK		Reg.-Nr.		XV 5505/84	
Deckname		"Römer" Rolf Römer"					
IM-Kategorie / Delikt		MFS					
Angelegt am		03.12.84		MIS / BV / Verw.			
HA / Abt. / KD		Abt. XXII/1		Mitarb. Hünninger			
Beendet am:		MIS / BV / Verw.		Archiv-Nr. 4697/199			
Nicht gesperrt							
Datum		Art der Veränderung					
Kopie BStU AR 2 2.2.13							

## 18 Auswahl-Literatur

- Albrich, Thomas/Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Hrsg.): Tirol und der Anschluss. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938; Innsbruck 1988
- Corsini, Umberto/Rudolf Lill: Südtirol 1918–1946; Bozen 1988
- Die gefürstete Grafschaft Tirol und Vorarlberg. Geschildert von Dr. J. W. Jüttner; Wien o. J. (=Die Länder Oesterreich=Ungarns in Wort und Bild, hrsgg. von Prof. Dr. Friedrich Umlauf; Reprint 1998 Archiv Verlag Wien)
- Eisterer, Klaus/Rolf Steininger (Hrsg.): Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus; Innsbruck 1989
- Ermacora, Felix: Südtirol und das Vaterland Österreich, Wien/München 1984
- ders. (Hrsg.): Geheimbericht der Südtiroler Delegation zur Pariser Konferenz 1946. Mit einer historischen und aktuellen Standortbestimmung, Wien/München 1987
- Förster, Andreas: Zielobjekt rechts. Wie die Stasi die westdeutsche Neonaziszene unterwanderte, Berlin (Ch. Links Verlag) 2018
- Fontana, Josef: Geschichte des Landes Tirol, Bd. 3: Vom Neubau bis zum Untergang der Habsburgermonarchie (1848–1918), Bozen/Innsbruck/Wien 1987
- Framke, Gisela: Im Kampf um Südtirol. Ettore Tolomei (1865–1952) und das „Archivio per l'Alto Adige“, Tübingen 1987
- Gehler, Michael (Hrsg.): Verspielte Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 in US-Geheimdienstberichten und österreichischen Akten. Eine Dokumentation; Innsbruck 1996
- ders. (Hrsg.): Tirol „Land im Gebirge“: Zwischen Tradition und Moderne, Wien/Köln/Weimar 1999 (=Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945, Bd. 6/3)
- Gatterer, Claus: Erbfeindschaft Italien – Österreich, Wien 1972
- Golowitsch, Helmut: Südtirol – Opfer für das westliche Bündnis. Wie sich die österreichische Politik ein unliebsames Problem vom Hals schaffte Graz (Stocker-Verlag) 2017
- Ders.: Südtirol – Opfer geheimer Parteipolitik. Wie sich die österreichische Politik ein unliebsames Problem vom Hals schaffte, Graz (Stocker-Verlag) 2019
- Ders./Walter Fierlinger: Kapitulation in Paris. Ursachen und Hintergründe des Pariser Vertrags 1946; Graz 1989

- Gruber, Alfons: Südtirol unter dem Faschismus; Bozen 1974 u.ö.
- Holzer, Anton: Die Südtiroler Volkspartei, Thaur 1991
- Koller-Seizmair, Michaela: Die Interessen und Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit in Südtirol; in: ZfP 53. Jg. 4/2006, S.454-472
- Lun, Margareth: NS-Herrschaft in Südtirol. Die Operationszone Alpenvorland 1943–1945, Innsbruck-Wien-München-Bozen (Studien-Verlag), 2004
- Marzini, Walter: Kanonikus Michael Gamper. Ein Kämpfer für Glauben und Heimat gegen Faschistenbeil und Hakenkreuz in Südtirol, Wien 1974
- Mittermeier, Karl: Südtirol. Geschichte, Politik und Gesellschaft; Wien 1986
- Olt, Reinhard: Autonomie für die Südtiroler. Die Lebensleistung des Silvius Magnago, in; Globus 23, 1991, H. 2, S. 6 f. und 16
- Ders.: „Das Schicksal der Deutschtiroler sei auch unser Schicksal“. Die Ladiner – ein historisch-politisch-sprachlicher Essay, in: Festschrift für Heinz Engels zum 65. Geburtstag, Göppingen 1991, S. 241-253
- Ders.: Ein vereintes Tirol als „Europaregion“ – eine Schimäre, in: Mölzer Andreas (Hg.), Europa neu denken – Die Vilimsky-Strategie, (=Zur Zeit-Edition, Bd. 33), Wien (W3 VerlagsGesmbH) 2019, S. 173-183
- Ders.: Geheimdienste, Gladisten, Neofaschisten; in: BAS – Opfer für die Freiheit, Ausstellungskatalog, Bozen (Effekt!-Buchverlag) 2018, S. 253-266
- Ders.: König Laurin, Dietrich von Bern und der Rosengarten. Die philologischen Ursachen eines politischen Konflikts in Südtirol, in: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 61, 1988, S. 88 – 96
- Ders.: Korrekturen am Südtirol-Bild; in: Barlai, Melani/Christina Griessler/Richard Lein (Hrsg.), Südtirol. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft, Baden-Baden/Wien 2014, S. 113-144
- Ders.: Porzescharte – Ungereimtheiten bei der politisch-historisch-justitiellen Zuordnung einer folgenreichen Causa der Südtiroler Bombenjahre; in: Schöpfer, Gerald/Barbara Stelzl-Marx Hgg.): Wirtschaft. Macht. Geschichte. Brüche und Kontinuitäten im 20. Jahrhundert. Festschrift Stefan Karner, Graz (Leykam) 2012, S. 535-552
- Ders.: Porzescharte – folgenreiche Causa als Teil einer Strategie der Spannung; in: Speckner, Hubert, Zwischen Porze und Roßkarspitz. Der Vorfall vom 25. Juni 1967 in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten, Wien (Gra&Wis) 2013, S. 9 – 23
- Ders.: Südtirol als Modell – Zäsur in der SVP, in: Europa Ethnica, 1993/1-2, S. 55-59
- Ders.: Standhaft im Gegenwind. Der Südtiroler Schützenbund und sein Wirken für Tirol als Ganzes, Neumarkt a.d. Etsch (Effekt!-Verlag) 2017
- Ders.: Zum Tode von Alfons Benedikter. Im Kampf um die Südtirol-Autonomie das Alter Ego Magnagos und der „Vater der Durchführungsbestimmungen“; in: Europäisches Journal für Minderheitenfragen (EJM) 2-4 (2010), S. 211-214
- Pahl, Franz: Die Südtiroler Volkspartei und ihr Ringen um Autonomie, (Diss.) Padua 1979
- Ders.: Tiroler Einheit – jetzt! Der Plan zur Wiedervereinigung Südtirols mit Österreich, Kiel 1991
- Pan, Christoph: Südtirol als volkliches Problem. Grundriß einer Südtiroler Ethno-Soziologie, Wien/Stuttgart 1971
- Peterlini, Oskar: Der ethnische Proporz in Südtirol, Bozen 1980
- Ders.: Autonomie und Minderheitenschutz in Trentino-Südtirol. Überblick über Geschichte, Recht und Politik; Bozen 1996
- Peterlini, Hans Karl: Bomben aus zweiter Hand. Zwischen Gladio und StaSi – Südtirols mißbrauchter Terrorismus; Bozen 1992
- Riegler, Thomas: Die Geheimdienste und der Südtirolkonflikt, in: Zeitgeschichte, 40. Jg / 2013, H. 3, S. 167-180
- Ders.: „Wir setzen uns rein u mischen da richtig mit“. Die DDR-Staatssicherheit und der Südtirolkonflikt, in: Zeitgeschichte 40. Jg / 2013, H. 3, S. 167-180
- Riz, Roland: Ethnische Minderheit, Sammelpartei, Pluralismus, in: Europa Ethnica, 1977/3, S. 114-123
- Steininger, Rolf: Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969, 3 Bände, Bozen 1999
- Ders.: Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De-Gasperi-Abkommen, Innsbruck 1987

- Ders.: Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit; Innsbruck/Wien 1997
- Ders.: Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente, Innsbruck/Wien 1999
- Ders.: Südtirol 1918–1999, Innsbruck/Wien 1999
- Stuhlpfarrer, Karl: Umsiedlung Südtirol. 1939–1940, Wien/München 1984
- Speckner, Hubert: Von der „Feuernacht“ zur „Porzescharte“. Das „Südtirolproblem“ der 1960er Jahre in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten; Wien (Verlag Gra&Wis) 2016
- Ders.: „Zwischen Porze und Roßkarspitz...“ Der „Vorfall“ vom 25. Juni 1967 in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten; Wien (Verlag Gra&Wis) 2013
- Vasalli, Sebastiano: Die Unsichtbaren. Eine Reportage aus dem Herzen Europas; Weingarten (deutsche Übersetzung) 1986
- Volgger, Friedl: Mit Südtirol am Scheideweg. Erlebte Geschichte, Innsbruck 1984
- Widmann, Franz: Es stand nicht gut um Südtirol 1945–1972. Von der Resignation zur Selbstbehauptung. Aufzeichnungen der politischen Wende; Bozen 1998
- Wurzer, Bernhard: Die deutschen Sprachinseln in Oberitalien; Bozen 1969 u.ö.

---

**Die Positionierung der FPÖ im Nationalrat**  
**Die Redebeiträge freiheitlicher Abgeordneter zu für die Bewäl-**  
**tigung der NS-Vergangenheit relevanten Nationalratsdebatten**  
**von 1949 bis heute**  
von  
**Thomas R. Grischany**



**Inhalt**

1	<b>Einleitung</b>	235
2	<b>Hauptteil</b>	236
2.1	Restitutionen	236
2.2	Amnestie	242
2.3	Nationalfeiertag	248
2.4	Verbotsgesetz und Verhetzung	254
2.5	Opferfürsorge	259
2.6	Vermögenssicherungsabkommen	265
2.7	Kunstrückgabe	267
2.8	Deserteure	272
3	<b>Zusammenfassung</b>	274
4	<b>Anhang</b>	278
4.1	Verzeichnis der behandelten Gesetze und Debatten	278
4.2	Verzeichnis der im Text zitierten Abgeordneten (nach Fraktion)	281

**1 Einleitung**

Friedhelm Frischenschlager, der 1985 als FPÖ-Verteidigungsminister für seinen Handschlag bei der Begrüßung des aus italienischer Haft entlassenen Kriegsverbrechers Walter Reder für internationales Aufsehen gesorgt und dadurch den Ruf seiner Partei beschädigt hatte, sagte in einer Nationalratsdebatte am 26. Feber 1992:

„Österreich hat eine Geschichte, und das Dritte Reich ist mit ein Teil dieser österreichischen Geschichte. Es waren die Österreicher, die das zum Teil auch mitgetragen haben, ein anderer Teil ist im Widerstand gestanden [...]. Aber es ist Teil unserer Geschichte. Wir alle haben an dieser Geschichte noch zu arbeiten und wir als Partei des dritten Lagers ganz besonders. Das sage ich auch, und das tun wir auch! Aber heute so zu tun, als stünden wir wieder im Jahr 1932 und es müßte jetzt geschaut werden, dass aus dieser FPÖ nicht eine nationalsozialistische Partei wird, ist ein Herbeireden von Fakten, die nicht gegeben sind.“<sup>1</sup>

Frischenschlager gehörte später zu den Mitbegründern des Liberalen Forums. Dennoch ist seine Aussage von 1992 heute gültiger denn je. Auch jetzt wird der FPÖ von ihren politischen Gegnern immer wieder vorgeworfen, dass sie nie mit ihrer eigenen Geschichte oder der jüngeren Geschichte Österreichs in Reine gekommen sei, weshalb sie sich nicht oft oder deutlich genug vom Nationalsozialismus oder Mitgliedern, die angeblich mit dem Nationalsozialismus sympathisieren, distanzieren. Es ist daher nicht überraschend, dass Frischenschlagers Redebeitrag auch eine Replik auf die Aufforderung des grünen Abgeordneten Renoldners war, „einmal entschlossen vor der eigenen Türe zu kehren“ anstatt nur – obwohl, wie Renoldner einräumte, berechtigterweise – auf den Antisemitismus von Karl Renner oder Vertretern des christlichsozialen Lagers hinzuweisen.<sup>2</sup>

Wiewohl die folgende Analyse zeigen wird, dass es in der Geschichte der Freiheitlichen nicht an Distanzierungen und Klarstellungen bezüglich des Nationalsozialismus gemangelt hat, so ist sie doch selbst ein Versuch, „vor der eigenen Türe zu kehren“, und zwar im Sinne jener Historikerkom-

mission zur Aufarbeitung „dunkler Flecken“ in der Geschichte der FPÖ, deren Einrichtung der damalige FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache anlässlich des Wiener Akademikerballes im Jänner 2018 gefordert hat. Möglicherweise ist gerade der Umstand, dass ein derartiges Unterfangen bisher ausgeblieben ist, der Grund dafür, dass auch unter den interessierten Zeitgenossen wohl nur wenige mit den oben genannten Distanzierungen vertraut sind. Die vorliegende Studie hat sich zum Ziel gesetzt, diese Lücke zumindest für jenen Bereich, den man als Redebeiträge freiheitlicher Nationalratsabgeordneter umschreiben kann, zu schließen.

Es handelt sich daher im Folgenden um eine Analyse der Reden von Nationalratsabgeordneten des VdU und der FPÖ seit 1949 zu einer Reihe von Gesetzesvorlagen, welche besonders geeignet erscheinen, über den Standpunkt der Freiheitlichen zu Themen, die von zentraler Bedeutung für das Verhältnis zu Nationalsozialismus und „Drittes Reich“ sind, Aussagen zu machen. Nun ist es im Rahmen dieser Studie freilich nicht möglich, *sämtliche* vermeintlich oder tatsächlich relevante Redebeiträge zu inkludieren, die an diesen Themenkomplex anstreifen, sodass es durchaus möglich sein wird, andere Redebeiträge zu identifizieren, deren Inhalt von Kritikern der FPÖ gegen diese vorgebracht werden kann. Ziel der Kommission ist es jedoch, einen ersten Schritt zu machen, sodass die Auswahl nach dem Motto „wo, wenn nicht hier“ erfolgte.

Die einzelnen Abschnitte der Arbeit befassen sich daher mit den folgenden Themen:

1. Restitutionen, also im weitesten Sinne die Rückgabe bzw. Rückzahlung von während der NS-Zeit enteigneten Gütern oder Vermögen an deren rechtmäßige Eigentümer;
2. Amnestie, d.h. die Aufhebung von Teilen des die Nationalsozialisten bzw. nationalsozialistische Betätigung betreffenden Verbotsgesetzes;
3. Nationalfeiertag, also die Kontroversen rund um die Einrichtung eines österreichischen Nationalfeiertages;
4. Verbotsgesetz und Verhetzung betrifft eine Novelle des Verbotsgesetzes in Verbindung

<sup>1</sup> Stenographisches Protokoll, 59. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XVIII. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 26., und Donnerstag, 27.02.1992.

<sup>2</sup> Ibid.

mit einer Verschärfung des sogenannten Verhetzungsparagraphen;

5. Opferfürsorge bezieht sich auf Entschädigungszahlungen an Opfer des Nationalsozialismus;
6. Vermögenssicherungsabkommen betrifft ein Reihe von internationalen Verträgen mit hauptsächlich kommunistischen Staaten betreffend Entschädigungszahlungen für Heimatvertriebene;
7. Kunstrückgabe behandelt die Rückgabe von während der NS-Zeit enteigneten Kunstgegenständen an deren rechtmäßige Eigentümer;
8. Deserteure, wo es primär um die pauschale Rehabilitation von österreichischen Soldaten, geht, die aus der Deutschen Wehrmacht desertiert und teilweise auch von NS-Militärgerichten dafür bestraft worden sind.

Es ist leicht ersichtlich, dass es bei dieser Gliederung zu zahlreichen Überschneidungen kommt (vor allem zwischen Restitutionen, Opferfürsorge und Kunstrückgabe oder zwischen Amnestie und Verbotsgesetz). Aber hier war auch die praktische Überlegung, den Umfang der einzelnen Abschnitte relativ homogen gestalten zu können, ausschlaggebend bzw. entspricht diese Struktur auch wenigstens grob der Chronologie, in der die Themen schwerpunktmäßig abgehandelt wurden (Restitution und Amnestie waren ein Schwerpunkt der 1950er Jahre, der Nationalfeiertag einer der 1960er Jahre, u.s.w.). Andere Themen, wie z.B. die Kunstrückgabe, ziehen sich durch den gesamten Zeitraum, sodass hier eine besonders wichtige Sitzung für die chronologische Einordnung herangezogen wurde.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass in den Originalzitaten immer wieder einzelne Passa-

gen vom Autor dieses Beitrags durch Unterstreichungen hervorgehoben wurden. Dies dient dazu, dass bestimmte Schlüsselaussagen leichter identifiziert werden können.

## 2 Hauptteil

### 2.1 Restitutionen

Die Analyse beginnt mit der Restitutionsgesetzgebung, da sie chronologisch zu den frühesten unter den ausgewählten Themen gehört und gleichzeitig bereits einige Paradigmen offenbart, die für die Geschichte der FPÖ aber auch der Zweiten Republik kennzeichnend sind. Unter „Restitution“ versteht man die Rückstellung oder Rückgabe von während der Anschlusszeit enteigneten Vermögenswerten an die rechtmäßigen Eigentümer, ein Unterfangen, das sich häufig mit der Opferfürsorgegesetzgebung überschneidet.<sup>3</sup> Von den zwischen 1946 und 1961 beschlossenen sieben Rückstellungsgesetzen, vier Rückstellungsanspruchsgesetzen und drei Rückgabegesetzen können – unter Einbeziehung des VdU – das zweite, dritte und vierte Rückstellungsanspruchsgesetz vom 11. Juli 1951, 16. Dezember 1953 und 17. Mai 1961 berücksichtigt werden.

Das am 11. Juli 1951 auch mit den Stimmen des VdU beschlossene **zweite Rückstellungsanspruchsgesetz** übertrug Rückstellungsansprüche von Körpern öffentlichen Rechts (in erster Linie die Kammern als gesetzliche Interessensvertretungen bestimmter Berufsstände), die ihre Rechtspersönlichkeit während der Anschluss-Zeit verloren hatten, auf nach 1945 neugegründete Organisationen.<sup>4</sup>

<sup>3</sup> So befand beispielsweise Viktor Elser (KPÖ) am 14. Juli 1949 in den Debatten zum siebenten Rückstellungsgesetz und dritten Rückgabegesetz: „Beide Gesetze sind eigentlich eine Ergänzung des Opferfürsorgegesetzes, denn die wichtigen Fragen der Entschädigungsansprüche konnten im Opferfürsorgegesetz keine Regelung finden“. Stenographisches Protokoll, 117. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 14. Juli 1949.

<sup>4</sup> Zweites Rückstellungsanspruchsgesetz (Bundesgesetz vom 11. Juli 1951 über die Übertragung der Ansprüche auf Rückstellung von Vermögen einiger juristischer Personen, die ihre Rechtspersönlichkeit während der deutschen Besetzung Österreichs verloren und später nicht wiedererlangt haben), BGBl. Nr. 176/1951, 27.08.1951. Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft konnte demgemäß Anträge für Wirtschaftsverbände der Ersten Republik stellen, die Arbeiterkammer für die frühere Arbeiterkammer, die Landwirtschaftskammer für die frühere Landwirtschaftskammer und schließlich die anerkannten Religionsgemeinschaften für sämtliche Vereine, Stiftungen und Fonds (mit Ausnahme des Religionsfonds, der 1938 aufgelöst und durch den 1939 eingeführten Kirchenbeitrag ersetzt wurde).

In dieser Debatte ging es primär um den Einspruch des Bundesrates gegen das bereits am 14. März 1951 gegen die Stimmen des VdU beschlossene Gesetz.<sup>5</sup> Der Bundesrat hatte bemängelt, dass das Gesetz die Wirksamkeit oberstergerichtlicher Entscheidungen beeinträchtigen könnte, da die im Gesetzesentwurf ursprünglich vorgesehene Anwendung des siebenten Rückstellungsgesetz auf die Kammernrückzahlungen zur Aufhebung vieler Urteile des Obersten Gerichtshofes geführt hätte. Dieser hatte nämlich wiederholt entschieden, dass keine unmittelbare Rechtsnachfolge zwischen den 1938 aufgelösten Kammern und den nach 1945 gegründeten namensidenten Kammern bestehe, dass letztere aber aufgrund der Gleichartigkeit der Agenden trotzdem die Ansprüche der Dienstnehmer der aufgelösten Kammern zu befriedigen hätten, allerdings nicht auf Grundlage des siebenten Rückstellungsgesetzes, sondern des sogenannten Beamten-Überleitungsgesetzes (BÜG) von 1945, welches keine Ansprüche auf Rückzahlung vor 1945 vorsah. Daher wurde am 11. Juli 1951 das Gesetz auf die Grundlage des BÜG gestellt.<sup>6</sup>

In seiner Rede betonte VdU-Abgeordneter **Helfried Pfeifer** zunächst, dass sich seine Partei bereits in der Sitzung am 14. März aus den gleichen Gründen wie der Bundesrat gegen die damalige Fassung der Gesetzesvorlage gestellt hätte, weil nämlich „der Gesetzgeber seine Machtstellung nicht dazu missbrauchen soll, eine völlig richtige, wohlfundierte und sozial gerechte Judikatur der Gerichte dadurch unwirksam zu machen, dass er gegenteilige Sonderbestimmungen erlässt, Sonderbestimmungen, durch die wohlerworben Rechte und dann noch einmal heiß erstrittene Rechte mit einem Federstrich zunichte gemacht werden“.

Anschließend übte Pfeifer heftige Kritik daran, dass das Gesetz nunmehr auf dem BÜG beruhen solle, sei es doch „eines jener Regierungs-

gesetze aus dem Jahre 1945, die eine Quelle des Unrechts sind. Unter ihm haben gelitten und leiden noch immer tausende und abertausende ehrliche, brave und tüchtige öffentlich Angestellte, weil man die von uns seit Jahr und Tag geforderte und förmlich beantragte Novellierung dieses Gesetzes bisher unterlassen hat. Die Novellierung ist aber notwendig, weil das Beamten-Überleitungsgesetz zum Teil mit unserer Verfassung, insbesondere mit dem Grundsatz der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, in offenem Widerspruch steht, teils aber, weil es den Behörden ein uferloses Ermessen einräumt, das bekanntlich die Pforte der Willkür und ungleichen Behandlung bildet und daher neuerlich zum Unrecht führt“.

Ganz konkret störte Pfeifer §4 des BÜG, wonach sämtliche Beamte, die zwischen 4. März 1933 und 13. März 1938 aus politischen Gründen außer Dienst gestellt worden waren, für Wiedereinstellung zumindest in Frage kamen – mit Ausnahme jener, die sich vor oder nach ihrer Entlassung als Nationalsozialisten betätigt hatten. In der Behandlung dieser sogenannten „Illegalen“ folgte das BÜG somit der Logik des Verbotsgesetzes vom 8. Mai 1945, welches es als mildernde Umstände betrachtete, wenn jemand nachweislich seine Parteimitgliedschaft niemals „missbraucht hat und aus seinem Verhalten noch vor der Befreiung Österreichs auf eine positive Einstellung zur unabhängigen Republik Österreich“ geschlossen werden konnte. Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch, dass Personen, die sich schon vor 1938 zur NSDAP bekannt hatten, unter keinerlei Umständen mit Gnade rechnen durften, weil sie dadurch ihre Österreich-Feindschaft überdeutlich klar gemacht hätten.

Pfeifer sah jedoch in der gesamten Nationalsozialistengesetzgebung einen Widerspruch zum bereits im Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger von 1867 festgelegten Prinzip der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem

<sup>5</sup> Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 58. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, VI. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 11. Juli 1951.

<sup>6</sup> Laut Berichterstatter Karl Brunner (ÖVP) ging es ursprünglich darum, dass öffentlich-rechtlich Angestellte die gleichen Ansprüche stellen können sollten wie die unter das 7. Rückstellungsgesetz (welches gedeckelte, nicht inflationsbereinigte und zeitlich verteilte Zahlungen vorsah) fallenden Privatangestellten, daher waren im ersten Entwurf die Ansprüche der Kammernangestellten an das nach 1945 tatsächlich vorhandene Vermögen (welches für eine Vollrückzahlung nicht ausreichend gewesen wäre) gekoppelt. Zum BÜG siehe Gesetz vom 22. August 1945 zur Wiederherstellung österreichischen Beamtentums, StGBI. Nr. 134/1945, 30.08.1945.

Gesetz. Als Beispiel, dass es bei der sich daraus ergebenden „Willkür und ungleichen Behandlung“ auch die „Falschen“ treffen könnte, führte er an, dass nach April 1945 auch ehemalige Sozialisten und Kommunisten entfernt worden seien, die 1938 aus rein taktischen Karrieregründen zur NSDAP als der damals einzig erlaubten Partei gewechselt seien.

In seiner Replik auf Pfeifers Ausführungen meinte der ÖVP-Abgeordnete Fritz Bock sinngemäß, dass die „Härten von 1945“ notwendig gewesen seien, um die „allergrößte Rechtsungleichheit“, die zwischen 1934 und 1938 geherrscht habe, „halbwegs“ wieder auszugleichen. Den Zwischenrufen der Abgeordneten Alfred Horn (SPÖ) und Karl Hartleb (VdU), dass das Unrecht nicht erst 1938, sondern schon 1934 begonnen habe, entgegnete Bock mit dem Hinweis, dass die ÖVP „immer den Zeitpunkt 1934 mit einbezogen“ habe, aber die finanziellen Mittel niemals ausreichend gewesen seien, um alle Ansprüche vollkommen zu befriedigen. Daher gehe auch die Korrektur des Unrechts von 1938 eindeutig vor die Korrektur allfälliger Ungerechtigkeiten nach 1945, denn der entscheidende Unterschied in den Diktaturen von 1934 und 1938 sei – wie oben bereits dargelegt ganz im Sinne des Verbotsgesetzes bzw. des BÜG – das Bekenntnis zu Österreich gewesen.<sup>7</sup>

Pfeifers Bestreben, den VdU als entschiedenen Anwalt des Prinzips der Rechtsgleichheit, der nicht nur die Interessen seiner eigenen Klientel vertritt, zu präsentieren, war auch ein Anliegen des VdU-Abgeordneten **Fritz Stüber** in der ursprünglichen Debatte und Beschlussfassung des Gesetzes in der Sitzung am 14. März 1951 gewesen.<sup>8</sup>

Wie von Pfeifer am 11. Juli bereits angesprochen, hatte der VdU am 14. März das zweite Rückstellungsanspruchsgesetz auf Basis des siebenten Rückstellungsgesetzes abgelehnt, weil es, so Fritz Stüber damals, nicht nur drohe, „Entscheidungen

der Gerichte, Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes, in Österreich nachträglich durch ein Gesetz aus der Welt zu schaffen [...], weil sie denjenigen, gegen die diese Entscheidungen lauten, nicht passen“ und damit das „Prinzip des Rechtsstaates als solchen“ verletze, sondern auch die „wohlerworbenen Rechte“ der Pensionsberechtigten insofern zutiefst beschneide, als die Pensionsauszahlungen nur mit dem Teil des wieder rückzustellenden Eigentums der früheren Kammern erfolgen sollten. Stüber betonte, dass es sich

„diesmal nicht um die wohlerworbenen Rechte von Leuten aus der Zeit der deutschen Herrschaft von 1938 bis 1945 handelt – Sie können uns hier also nicht sagen, dass wir einseitig für die ehemaligen Nationalsozialisten eintreten würden –, sondern es handelt sich um wohlerworbene Rechte bis zum Jahre 1938“.

Damals war es der SPÖ-Abgeordnete Paul Truppe, der das freiheitliche Beharren auf absolute Rechtsgleichheit unter Hinweis auf die Geschichte zu relativieren versuchte:

„Herr Kollege Stüber, wenn Sie von erworbenen Rechten bis zum Jahr 1938 sprechen, dann fragen Sie sich einmal mit gutem Gewissen, wo denn diese Rechte zuerst zerstört wurden! Es ist wirklich paradox, wenn von Seiten jener Kreise, die mit dabei waren, als man 1938 Rechte zerstört hat, heute von einem Rechtsstandpunkt in dieser Frage gesprochen wird“.

Egal, ob der Vorwurf nun von ÖVP oder SPÖ kam, letztlich hielten beide Parteien die Diktatur, mit der die Freiheitlichen in Zusammenhang gebracht wurden, für schlimmer als jene des sogenannten „Ständestaates“ von 1934 bis 1938.

Der vom VdU vertretene Standpunkt der aus der Gleichheit vor dem Gesetz resultierenden Gleichbehandlung war auch in der Debatte des **dritten Rückstellungsanspruchsgesetzes** vom 16. Dezember 1953 der Grund für die freiheitliche Ablehnung des Gesetzentwurf.<sup>9</sup> Laut Helfried Pfeifer sollten die Organisationen, die 1938 aufge-

löst worden waren, genauso behandelt werden wie alle anderen, da dies sonst gegen den „Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz, den unsere Verfassung kennt und zunächst einmal für die Staatsbürger formuliert hat, der ebenso in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte als allgemeines Menschenrecht erklärt ist“ verstoße. Folgerichtig stellte der VdU den Antrag, dass der durch das Gesetz einzurichtende Restitutionsfonds um die „völkischen und unpolitischen Vereinigungen“, die vor oder nach 1938 aufgelöst worden waren, ergänzt werden müsse.<sup>10</sup>

Pfeifer widmete sich dann insbesondere der rechtlichen Situation der sogenannten „Schutzvereine“, nämlich dem „Deutschen Schulverein“ und dem Verein „Südmark“, welche durch ihren Zusammenschluss den „Deutschen Schulverein Südmark“ gebildet hatten, „der neben den beiden ursprünglichen Vereinigungen als neue dritte Vereinigung entstanden ist, ohne dass die ursprünglichen Vereinigungen ihre Existenz und ihr Vermögen aufgegeben hätten“. Laut Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 8. Oktober 1953, so Pfeifer weiter, sei – im Gegensatz zur Sichtweise des Innenministeriums und den ihm unterstellten Behörden – der Verein „Südmark“ 1938 nicht formell aufgelöst worden, da der Stillhaltekommissar, der in Österreich eingesetzt war, um über die bestehenden Vereine zu verfügen, hinsichtlich der Auflösung der Vereine nur ein Antragsrecht besessen habe. Die für die tatsächliche Auflösung

zuständige Landesbehörde in Graz habe aber wahrscheinlich in Unkenntnis der Gesetzeslage nie einen formellen Auflösungsbescheid für den auf einer Liste des Stillhaltekommissars angeführten Schutzverein erlassen. Es wäre daher ein Irrtum, sein Vermögen, und wohl auch das der beiden anderen Vereine, als beschlagnahmt und der Republik Österreich verfallen zu betrachten.

Abgeordneter Otto Probst (SPÖ) quittierte Pfeifers Ausführungen lediglich mit auf die Nazizeit gemünzten Zwischenrufen,<sup>11</sup> während Abgeordneter Josef Dengler (ÖVP) Pfeifers Recht, für diese Vereine einzutreten, in Frage stellte, worauf Pfeifer erwiderte:

„Der Auftrag ergibt sich aus den Pflichten des Abgeordneten, Herr Dengler, die Sie genau so wahrnehmen, wenn Sie hier die Interessen der christlich-deutschen Turnvereine wahrnehmen. Genauso nehmen wir hier als Volksbeauftragte die Interessen der völkischen Schutzvereine wahr, das ist eine selbstverständliche Aufgabe“.

Auch zehn Jahre später, bei der Debatte des **vierten Rückstellungsanspruchsgesetzes** am 17. Mai 1961,<sup>12</sup> verweigerte der freiheitliche Abgeordnete **Wilfried Gredler**, diesmal bereits im Namen der FPÖ, dem Gesetz die Zustimmung seiner Fraktion, erneut basierend auf der Maxime, dass Unrecht nicht durch Unrecht aus der Welt geschafft werden könne. An dieser Stelle ist es wichtig, festzuhalten, dass Gredler sich aber auch ganz deutlich gegen das 1938 begangene Unrecht

Besetzung Österreichs verloren und später nicht wiedererlangt haben, und über die Abänderung und Ergänzung des 2. Rückstellungsanspruchsgesetzes), BGBl. Nr. 23/1954, 30.01.1954. Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach Stenographisches Protokoll, 30. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, VII. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 16. Dezember 1953.

**10** Es handelt sich dabei um die politischen Organisationen Verein deutscher Verkehrsbediensteter Österreichs, die Gewerkschaft der deutschen Post- und Telegraphenangestellten Österreichs, den Deutscher Handels- und Industrieangestelltenverband und die Gewerkschaft deutscher Angestellter, die unpolitische Reichsvereinigung der öffentlich Angestellten Österreichs sowie die im „Österreichischen Lehrerverein“ zusammengeschlossenen acht Landeslehrervereine. Neben „völkisch“ werden die politischen Organisationen auch als „deutsch-freiheitlich“ oder „national-freiheitlich“ bezeichnet.

**11** „Belehrungen über Nazirecht haben wir nicht notwendig!“ und „Sie erzählen nur, wie es in der Nazizeit war!“

**12** Viertes Rückstellungsanspruchsgesetz (Bundesgesetz vom 17. Mai 1961 über die Erhebung von Ansprüchen der Auffangorganisationen auf Rückstellung von Vermögen nach den Rückstellungsgesetzen), BGBl. Nr. 133/1961, 09.06.1961. Das Gesetz gab den Sammelstellen alle Rechte eines geschädigten Eigentümers, Anteilsberechtigten und Berechtigten, sodass sie Rückstellungsanträge hinsichtlich des Vermögens, für das es keine gesetzlichen Erben gab, stellen konnten. Die Republik Österreich verpflichtete sich im Staatsvertrag 1955 dazu, derartiges Vermögen zugunsten überlebender NS-Opfer zu verwerten. Stenographisches Protokoll, 66. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, IX. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 17. Mai 1961.

**7** Erwin Altenburger (ÖVP) versuchte, auch Hartleb eine Mitverantwortung zu geben indem er auf dessen „damalige“ Regierungsmitgliedschaft hinwies. Hartleb war zwar von 1927 bis 1929 Vizekanzler, aber damit eindeutig nicht die für Gesetzgebung von 1934 bis 1938 verantwortlich.

**8** Alle folgenden Beiträge zur Debatte am 14. März 1951 zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 50. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, VI. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 14. März 1951.

**9** Drittes Rückstellungsanspruchsgesetz (Bundesgesetz vom 16. Dezember 1953 über die Übertragung der Ansprüche auf Rückstellung von Vermögen weiterer juristischer Personen, die ihre Rechtspersönlichkeit während der deutschen

stellte, weshalb seine Erläuterungen eine längere Zitierung verdienen:

„Zuerst möchte ich mir gestatten, einige grundsätzliche Worte zur Rückstellung zu sagen und zu unterstreichen, dass wir Freiheitlichen die Rückstellung selbstverständlich für gerechtfertigt halten, das heißt, dass wir einen legitimen Anspruch der rassistisch und politisch Verfolgten völlig anerkennen, ihr seinerzeit unter Gewaltanwendung weggenommenes Eigentum wiederum zurückzuerhalten. [...] Wir denken also gar nicht daran, uns etwa vor Ariseure zu stellen, etwa das schwere Unrecht, das Juden oder auch anderen Gruppen der Bevölkerung da und dort angetan wurde, irgendwie zu verteidigen, es etwa gutzuheißen. Im Gegenteil, wir sind der Meinung, dass jedermann in Österreich wie überhaupt in der Welt zu jedem Zeitpunkt den Anspruch hat, ein ihm unter Gewaltanwendung weggenommenes Gut zurückzuerhalten. Das sei also zum Anfang einmal positiv festgestellt. Es ist nur die Frage aufzuwerfen, ob es richtig ist, ein Unrecht dadurch zu beseitigen, dass man – zumindest in vielen Fällen – auf anderer Seite ein Unrecht tut.“

Im konkreten Fall bestehe das Unrecht aus Fällen, wo seit mehr als einem Jahrzehnt Personen, die keine Ariseure waren, sondern „als fünfter, sechster, siebenter Erwerber [...] einfach unglücklicherweise etwas erworben haben, wovon sie gar nicht wussten, es gar nicht wissen konnten – wenn sie es zum Beispiel von einer Gemeinde erworben haben –, dass es rückstellungsbedroht ist“, aus heiterem Himmel zur Rückstellung veranlasst würden. Als weiteren Beleg für die Objektivität und Richtigkeit seiner Ausführungen zitierte Gredler aus der ÖVP-nahen Zeitung „Bauernbündler“ vom 10. Juni 1950, welche im Zusammenhang mit einem kleinen Bauern, der auf aufgrund des 3. Rückstellungsgesetz ein kleines Almgrundstück an einen Rückstellungswerber, „der selbst 50 ha Talwirtschaft, 336 ha Almwirt-

schaft hat, im Hauptberuf kein Landwirt ist, mehrere Einkommensquellen besitzt, über einen der mächtigsten Wirtschaftskörper in der Steiermark verfügt“, zurückstellen soll, von „krassem Unrecht“ und einem „Eintopfgesetz von Recht und Unrecht“ spricht.

Bei dem letzten hier behandelten und am 31. Jänner 2001 vom Nationalrat einstimmig beschlossenen Gesetz geht es um das sogenannte **Entschädigungsfondsgesetz**, mit dem die letzten Lücken der Restitutionsgesetzgebung geschlossen werden sollten.<sup>13</sup> Aus diesem Anlass hielt FPÖ-Abgeordneter **Michael Krüger** Rückschau auf die vergangenen Maßnahmen die Aufarbeitung der Folgen des Nationalsozialismus betreffend. Sein Fazit: Die Republik Österreich brauche sich

„weder besonders zu schämen noch mit besonderem Stolz auf die Schulter zu klopfen – nicht zu schämen deshalb, weil das heute zu beschließende Gesetz keineswegs das erste Gesetz ist, mit dem der Versuch unternommen wird, zumindest eine finanzielle Wiedergutmachung, nämlich dort, wo menschliche Wiedergutmachung nicht mehr möglich ist, in die Tat umzusetzen“.<sup>14</sup>

Gleichzeitig habe es aber auch immer wieder Gegenströmungen gegeben, die davon sprachen, „die Sache in die Länge zu ziehen“, womit sich Krüger auf eine Äußerung des sozialdemokratischen Innenministers Oskar Helmer zur Entschädigungsfrage in einer Ministerratssitzung im November 1948 bezog.

Weiters, so Krüger, werde mit dem heutigen Gesetz „ein Schlusstrich unter die noch offenen finanziellen Forderungen von Opfern und ihren Erben gezogen“, und er betonte, dass ein Schlusstrich „nur unter materielle Ansprüche“ gezogen werden könne und dass „man sich zu jeder Zeit – ob das 50 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ist, ob später oder wann immer – der geschichtlichen Betrachtung und auch der ge-

schichtlichen Verantwortung zu stellen“ habe. Krüger ließ auch keinen Zweifel daran, dass die FPÖ sich dieser geschichtlichen Verantwortung voll und ganz bewusst sei, da „Österreicher maßgeblich in die Todesmaschinerie des Holocaust“, und zwar „sowohl als Schreibtischtäter als auch als KZ-Schergen“, eingebunden gewesen seien.

Krüger erwähnte auch den Konflikt mit dem Vorsitzenden der Israelitischen Kultusgemeinde, Ariel Muzicant, der den zwischen Österreich, den USA, Opferorganisationen und -anwälten ausverhandelten Vertrag zur Entschädigung von Arisierungsoffern nicht unterschreiben wollte, da er ihn für nicht weitreichend genug hielt und er bei der entscheidenden Ausschusssitzung nicht angehört worden war (laut Krüger, weil man dann auch Opfervertreter der Sinti und Roma hätte einladen müssen), weshalb er meinte, dass einige Ausschussmitglieder immer noch die „Herrenrasse“ hervorkehrten.<sup>15</sup> Dass Krüger sich wegen dieser Verwendung der „furchtbaren NS-Phraseologie“ persönlich „massiv betroffen“ und „entsetzt“ fühlte, trug ihm Zurufe verschiedener Abgeordnete ein, dass er peinlich sei und „besser aufhören“ solle.<sup>16</sup>

Fraglos tat sich Krüger mit seinen Äußerungen hier keinen Gefallen, da es unklar bleibt, was er eigentlich damit sagen wollte, denn er wird Muzicant – der hier eindeutig provozieren möchte – ja wohl kaum unterstellt haben wollen, dass dieser ein Anhänger der NS-Rassenideologie sei. Er hätte sich besser darauf beschränkt hätte, Muzicants Wortwahl als überzogen und unangebracht zu bezeichnen.

Der zweite Sprecher für die FPÖ, **Harald Ofner**, ließ ebenfalls keinen Zweifel an der österreichischen Verpflichtung zur materiellen Gutmachung: „Großverbrechen, Massenmorde, Massenvertreibungen, Massenraub von Vermögen sind auch im großen Stil gutzumachen. Was im kleinen der einzelne Täter restituieren muss, das haben im Großen andere Gruppierungen, rechtliche Gebilde zu tun“. Es dürfe auch keine Verjährung, weder bei der Restitution noch bei der Bestrafung der Täter, geben:

„Wer sich Verbrechen schuldig gemacht hat, wer nach so langer Zeit noch ertappt und zweifelsfrei überführt werden kann, der gehört der gerechten Strafe zugeführt, wo immer er sich derzeit aufhalten möge. Und es gehört auch dazu, dass es für die Opfer völlig egal ist, von wem, wo und aus welchem konkreten Grund sie gerade ermordet, beraubt, vertrieben worden sind“.

Abschließend bekundete Ofner seinen Stolz, „in einem Staat tätig sein zu dürfen, in dem Verbrechen, zumal Großverbrechen, beim Namen genannt werden und man sich bemüht, Schaden gutzumachen“, zumal es in Europa und auch in der Nachbarschaft (Ofner bezieht sich hier eindeutig auf die Tschechische Republik) Staaten gebe, „in denen man sich seiner Verbrechen in der Vergangenheit stolz erinnert [...] und den Standpunkt vertritt, Massenmorde, Massenvertreibung, Massenraub von Vermögen seien ein hervorragender Akt gewesen, der auch nicht innerlich gutgemacht gehört, [...] in denen man es ablehnt, die Dinge offen auf den Tisch zu legen, in denen man von Schadensgutmachung gar nichts wissen möchte [...]“.

Auch der dritte FPÖ-Redner, **Reinhard Bösch**, unterstrich die Wichtigkeit dieser Gesetzgebung und den Beitrag der gegenwärtigen Bundesregierung, die zusätzlich zum Entschädigungsfonds eine weitere Milliarde Dollar für Wiedergutmachungszwecke (u.a. für Zwangsarbeiter) zur Verfügung gestellt hatte. Er betonte die Position der schwarz-blauen Bundesregierung, dass dies „nicht auf Grund rechtlicher Verpflichtungen, sondern allein aus politisch-moralischer Verantwortung den ehemaligen Verfolgten gegenüber“ erfolge und schloss sich Krügers Auffassung an, dass der Schlusstrich gezogen sei: „Materiell. Einen historischen Schlusstrich gibt es nicht: Die Geschichte lebt, im Guten wie im Schlechten.“ Die Widerstände gegen die Ansicht, dass es sich hier um den „Abschluss der materiellen Wiedergutmachung“ handle, erklärte Bösch mit der Unfähigkeit der Opposition, akzeptieren zu können, dass dieser Schritt ausgerechnet einer Regierung mit FPÖ-Beteiligung gelungen sei.

<sup>13</sup> Bundesgesetz über die Einrichtung eines Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus und über Restitutionsmaßnahmen sowie zur Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes und des Opferfürsorgegesetzes, BGBl. Nr. 12/2001, 28.02.2001. Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach Stenographisches Protokoll, 55. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXI. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 31. Jänner, und Donnerstag, 1. Feber 2001.

<sup>14</sup> Krüger erwähnte das sogenannte Nichtigkeitsgesetz aus 1946 und die sieben Rückstellungsgesetze (die zu insgesamt 43.000 Rückstellungsverfahren geführt hätten), zahlreiche gesetzliche Besserstellungen in der Sozialversicherung sowie das Nationalfondsgesetz.

<sup>15</sup> Siehe auch <https://derstandard.at/463459/Muzicant-unterschreibt-NS-Entschadigungs-Vertrag-nicht>.

<sup>16</sup> Es handelte sich dabei um die grünen Abgeordneten Karl Öllinger, Peter Pilz und Terezija Stoisits sowie die SPÖ-Abgeordneten Walter Posch und Rudolf Edlinger.

## 2.2 Amnestie

Bevor wir zur Analyse der Debatte vom 14. März 1957 über die sogenannte NS-Amnestie 1957 kommen, als sich erstmals auch Abgeordnete der FPÖ zu dieser Materie äußern konnten, sollen zwei vorhergehende und für dieses Thema ebenfalls aufschlussreiche Debatten – vom 13. Juli 1949 und 13. März 1957 – etwas näher betrachtet werden.

Die Debatte vom 13. Juli 1949 über eine **Novellierung des Nationalsozialistengesetzes** wirft – zu einem Zeitpunkt, als weder VdU noch FPÖ im Nationalrat vertreten waren – einige bezeichnende Schlaglichter auf das Verhältnis der politischen Lager untereinander, vor allem das zutiefst vergiftete Klima zwischen ÖVP und SPÖ, weshalb der Novellierung die erforderliche Zweidrittelmehrheit versagt blieb.<sup>17</sup>

In der Debatte warf zunächst KPÖ-Abgeordneter Franz Honner den Regierungsparteien ÖVP und SPÖ „prinzipienlose Kriecherei vor dem Nationalsozialismus“ vor, da beide um die Gunst der ehemaligen Nationalsozialisten buhlten. Vor allem die ÖVP wurde nicht nur heftig von Honner attackiert, auch Tschadek (SPÖ) warf ihr Unglaubwürdigkeit in der Amnestie-Frage vor, da sich die ÖVP bisher immer nur unnachgiebig gezeigt hätte, während SPÖ (und KPÖ) immer für Milde gewesen seien. Daraufhin warfen sich beide Seite Härte gegenüber den Nazis vor: Eduard Weikhart (SPÖ) zitierte eine Rede von Alfons Gorbach, in der er Nazis als „Untermenschen“ bezeichnete und ausrotten wollte, während die ÖVP der SPÖ vorwarf, die Nazis nach Sibirien schicken gewollt zu haben. Die Debatte eskalierte vollends, als Karl Brunner von Weikhart als „Heimwehfaschist“ beschimpft und die Christlichsozialen beschuldigt wurden, selber dem Nationalsozialismus den Weg bereitet zu haben, worauf Franz Prinke (ÖVP) behauptete,

dass die Sozialisten 1934/35 die Christlichsozialen im Kampf um die österreichische Unabhängigkeit im Stich gelassen hätten: „Die Sozialdemokratische Partei war es, die der Demokratie im Jahre 1934 den Dolchstoß versetzt hat, sie war der Wegbereiter des Nationalsozialismus!“

Rückblickend auf diese Debatte meinte Friedrich Hillegeist (SPÖ) am Tag darauf,<sup>18</sup> dass ein neutraler Beobachter hier den Eindruck hätte gewinnen können, dass nur Nationalsozialisten jemals unschuldig Verfolgte gewesen wären und dass es in manchen Bevölkerungskreisen einfacher sei, sich als Blutordensträger zu bekennen, als als politisch Verfolgter der Nazizeit.

Die zweite Debatte am 13. März 1957 (also nur einen Tag vor der Debatte der NS-Amnestie 1957) betraf die **11. Opferfürsorgegesetz-Novelle**, in der FPÖ-Abgeordneter **Wilfried Gredler** bereits einige wichtige Aussagen über den freiheitlichen Standpunkt zu für die Amnestiefrage relevanten Themen wie Unrecht, Schuld und Opfer mit Bezug auf die Nationalsozialisten (aber auch die Heimatvertriebenen) machte.<sup>19</sup> Das Stenographische Protokoll gibt keinen Aufschluss über das Abstimmungsverhalten der FPÖ, aber nachdem die Novelle mit Zweidrittelmehrheit statt Einstimmigkeit beschlossen wurde, kann man davon ausgehen, dass die FPÖ dagegen gestimmt hat.

Zunächst nutzte Rosa Jochmann (SPÖ) ihren Redebeitrag dazu, „vor allem den Abgeordneten der FPÖ auf einiges [zu] antworten, was wir im Laufe der Zeit an Diffamierungen der Opfer des Faschismus hier in diesem Hause, in der Presse und bei den diversen Beratungen im Ausschuss erleben mussten“. Zwar räumte Jochmann ein, dass „manches [...] nach 1945 besser nicht geschehen“ wäre und dass „vielen kleinen Männern und Frauen und mancher Familie ein Unrecht aus der begreiflichen Atmosphäre jener Zeit heraus“

widerfahren sei, aber dass all dies in keinem Verhältnis zu den Dimensionen und der Schwere der Gräueltaten des Nationalsozialismus stehe.

Dennoch unternahm Gredler daraufhin den Versuch, den Mitgliedern des Nationalrates zu erklären, warum die Freiheitlichen weiterhin „für die Rechtsgleichheit aus dem Gefühl des Rechtes heraus“ seien:

„Ich gebe mich darüber keinen Illusionen hin, dass die Aufgabe, die mir nun bevorsteht, eine überaus schwierige ist. Nach den zutiefst aufrüttelnden Dingen, die meine Vorrednerin gesagt hat, wäre es bequemer, ihrem Appell, zu schweigen, zu folgen. Aber Demokratie ist nicht bequem. Und ich darf Sie nur um eines bitten: um die Fairness, mir wenigstens zuzuhören. Ich bin mir darüber im Klaren, dass meine Argumentation vielleicht nur wenige von Ihnen überzeugen, wenige bewegen kann, aber trotzdem erachte ich es als meine Pflicht, sie vor Ihnen wenigstens darzulegen“.

Zunächst ging es Gredler vor allem um die „eindeutige und strikte“ Zurückweisung des oftmals erhobenen Vorwurfs, dass die Freiheitlichen die Zeit des Nationalsozialismus verherrlichten:

„Die Freiheitliche Partei ist eine neue politische Partei. Wenn sie bis zu einem gewissen Grad einen Vorgänger hat, so sind das der Verband der Unabhängigen und andere Bewegungen im Lager der Dritten Kraft gewesen. Wenn sie gewissermaßen einen Vorgänger in der Ersten Republik hat, dann ist dies die Großdeutsche Partei und der Landbund gewesen, jene politischen Bewegungen, welche eindeutig, ohne Wehrformation, auf dem Boden der Demokratie gestanden sind und auch zu einem Zeitpunkt, als die Sozialistische Partei verboten wurde, dagegen sprachen und dagegen handelten. Ich weise es aber zurück, dass man immer wieder, um uns die Möglichkeit der Argumentation als Dritte Kraft zu rauben, uns gewissermaßen unter die Glocke des Nationalsozialismus stülpen will, [...] als würde die Freiheitliche Partei politische oder rassische Opfer herabsetzen, das Opfer des KZ in den Suhl ziehen oder ähnliches“.

In weitere Folge nannte Gredler – wie von Jochmann gefordert – Beispiele von Menschen, die als Deutsche oder Nationalsozialisten gelitten hätten und ging dabei vor allem auf das Schicksal der Heimatvertriebenen ein:

„Das Furchtbare, was den Müttern in den KZ geschah, ist den volksdeutschen, vielfach unpoli-

tischen Müttern in Werschetz in Jugoslawien und in der Tschechoslowakei, wohl auch in Polen und anderen Ländern ebenfalls geschehen. Auch hier wurden ihre Männer aufgerufen, auch hier wurden sie erschossen [...] Damals [1945] sah man an der tschechisch-österreichischen Grenze Szenen, wo Kinder weggeworfen wurden, in die Straße hinein, wo Menschen starben, wo Menschen jenseits der Grenze verbrannt worden sind und wo genau die gleichen Atrozitäten begangen worden sind, die vorher begangen wurden, grässliche Dinge, furchtbare Dinge [...]“.

Und so wie jedes Opfer zu achten sei, müsse auch die Rechtsgleichheit in jedem Gesetzesbereich immerzu strikt beachtet und jedes Gesetz, „das an sich differenziert“, abgelehnt werden. Daher hätten die Freiheitlichen das Familienlastenausgleichsgesetz, das einen Unterschied zwischen den Kindern von Selbständigen und Unselbständigen gemacht hätte, abgelehnt. Folgerichtig wäre aber auch das Unrecht von 1945, als „Tausende auf die Anklagebank gebracht wurden“, nicht dadurch aufgehoben, dass „vor 1945 Hunderttausende in die Konzentrationslager gebracht [wurden], ohne vorher einem Richter vorgeführt worden zu sein“, denn „möge auch der Unrechtstatbestand vorher, was ich nicht in Frage stellen will, größer, ärger gewesen sein, ein nachher geschehenes Unrecht bleibt Unrecht. Es ist an sich Unrecht“. In diesem Sinne jedoch hätten die schwarz-rotten Regierungen Gesetze geschaffen, die besagten, dass

„wer zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft das und das gemacht hat, ist strafbar. Es sei jeder strafbar, der verbrecherische Handlungen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft getan hat. Wir haben keinen wirklichen Kriegsverbrecher verteidigt. Aber [...] es sei jeder strafbar, der zu jedweder Zeit Brutalitäten verübt, gleichgültig wo, gleichgültig wann! Sie können nicht auf der These stehenbleiben, dass Brutalität ausschließlich nur in einer bestimmten Zeit verübt worden ist“.

Gredler schließt daher mit einem Appell, dass in Österreich jegliche politische Verfolgung von Menschen eingestellt werden solle:

„Ich sehe nun an sich nicht ein, warum die politische Verfolgung des Roten durch die Schwarzen, des Schwarzen durch die Braunen und des Braunen durch die Schwarz-Roten an sich graduelle Differenzen haben soll. Die politische Verfol-

<sup>17</sup> Der Langtitel der Gesetzesvorlage lautete „Bundesverfassungsgesetz über die vorzeitige Beendigung der im Nationalsozialistengesetz vorgesehenen Sühnfolgen, die Einstellung von Strafverfahren und die Nachsicht von Strafen für bestimmte Gruppen belasteter Personen“. Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 116. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 13. Juli 1949.

<sup>18</sup> Am 14. Juli 1949 in der Debatte des 3. Rückgabegesetzes. Stenographisches Protokoll, 117. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 14. Juli 1949.

<sup>19</sup> Langtitel der Novelle: „Bundesgesetz vom 13. März 1957, mit dem das Opferfürsorgegesetz vom 4. Juli 1947, BGBl. Nr. 183, in der geltenden Fassung abgeändert und ergänzt wird“, BGBl. Nr. 77/1957, 28.03.1957. Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 27. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, VIII. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 13. März 1957.

gung aller Menschen – das will die Freiheitliche Partei, und nichts anderes – muss aufhören! Und wo immer ein Unrecht gesetzt worden ist, dort soll es gutgemacht werden“.

In der Debatte der einstimmig beschlossenen **NS-Amnestie 1957**, die am nächsten Tag, also am 14. März 1957, stattfand,<sup>20</sup> räumte – wie schon Rosa Jochmann am Tag davor – auch Ernst Fischer von der KPÖ ein, dass manchem nach 1945 Unrecht geschehen sei, aber dieses in keinem Vergleich zu dem, was vorher geschah, stehe. Daher müsse bei einer „allgemeinen, allumfassenden Wiedergutmachung“ denjenigen Vorrang eingeräumt werden, „die Kämpfer für Österreich waren, für seine Demokratie und Unabhängigkeit, und jene, die schuldlos zu Opfern wurden, verfeimt und verfolgt wegen ihrer Abstammung oder Gesinnung“. Wenn es also Gredler am Vortag ernst damit gewesen wäre, „jede einseitige Gesetzgebung“ abzulehnen, dann müsste er heute auch gegen einseitige Bestimmungen zugunsten der Nationalsozialisten stimmen.

Trotz der Zustimmung der FPÖ kritisierte ihr erster Sprecher, Helfried Pfeifer, bereits den Titel des Gesetzes, da das altgriechische Wort *amnestia* im ursprünglichen Sinne ja das Vergessen begangenen Unrechtes bedeute. Das einzige Unrecht jedoch, dass „die große Masse der auf Grund der Ausnahms- oder Unrechtsgesetze, die 1945 erlassen wurden, Verfolgten“ begangen hätte, sei die Tatsache gewesen, dass sie Nationalsozialisten waren. Unrecht hätten somit diejenigen begangen, die – Pfeifer beruft sich hier auf Professor Theodor Rittler – ein „rückwirkendes Strafgesetz“ oder „Vergeltungsrecht“ erlassen hätten, bei dem „erlaubte Handlungen [...] im Nachhinein zum Verbrechen erklärt und mit schwersten Strafen, zum Teil solchen, die vorher nicht bestanden ha-

ben, wie die des Verfalls des gesamten Vermögens, belegt“ wurden.<sup>21</sup> Laut Adolf Schärfs Schrift „Zwischen Demokratie und Volksdemokratie“, so Pfeifer, hätte das Verbotsgesetz ursprünglich auch offiziell „Vergeltungsgesetz“ heißen sollen.

Weiters zitierte Pfeifer aus dieser Schrift, dass Schärf von der Tatsache ausgegangen sei, „dass die NSDAP nach den Erklärungen ihrer Führer eine verschworene Gemeinschaft zur Erringung der Macht, [...] also eine hochverräterische Gemeinschaft gewesen ist“. Demnach, folgerte Pfeifer, wäre aber jede politische Partei als kriminell zu betrachten, denn die Erringung der Macht sei ja schließlich das Wesen der Politik. Als Hochverräter sei laut Schärf „naturgemäß anzusehen, wer kurz vor dem Anschluss für die NSDAP in Österreich tätig war, also im Wesentlichen . . . der Illegale“.

Während für Schärf der springende Punkt also der Verrat an der österreichischen Eigenstaatlichkeit war – wir kennen dieses Argument bereits aus den Restitutionsdebatten –, so nahm Pfeifer den Begriff der Illegalität selbst ins Visier, denn „Illegale wurden alle genannt, die sich gegen etwas gestellt haben, was sie selbst mit Recht als illegal betrachtet haben“. Der wahre „Illegale jener Zeit“ jedoch sei der gewesen, „der die Verfassung gebrochen hat, und nicht der, der den Verfassungsbruch nicht anerkennen wollte“.

Zwar räumte Pfeifer – ebenso wie Gredler am Vortag zur 11. Opferfürsorgegesetz-Novelle – ein, dass es im Dritten Reich Verfolgungen „ohne jegliche Gesetzlichkeit“ gegeben habe, dass aber die nach 1945 Verurteilten „nicht nach dem Recht“, sondern „in dem Ornat des Rechtes, eines Scheinrechtes“, abgeurteilt worden wären: „Das, was Sie Amnestie nennen, das müsste unserer Meinung nach Unrechtsabbaugesetz heißen oder Gesetz über die Einstellung der politischen Verfolgung“.

**20** „Bundesverfassungsgesetz vom 14. März 1957, womit Bestimmungen des Nationalsozialistengesetzes, BGBl. Nr. 25/1947, abgeändert oder aufgehoben werden, BGBl. Nr. 82/1957, 29.03.1957. Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 28. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, VIII. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 14. März 1957.

**21** Der Strafrechtler Theodor Rittler entwickelte nach 1945 ein rechtstheoretisches Fundament zum Rückwirkungsverbot bei Kriegsverbrechergesetz und Verbotsgesetz, während sein „Gegenspieler“ Wilhelm Malaniuk die Zulässigkeit der Nichtanwendung des Rückwirkungsverbotes in diesen Fällen damit begründete, dass diese strafbare Handlungen, „die Gesetze der Menschlichkeit so gröblich verletzen, dass solchen Rechtsbrechern kein Anspruch auf die Garantiefunktion des Tatbestandes zukommt“ ([https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Verbotsgesetz\\_1947](https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Verbotsgesetz_1947)). Die Verletzung des Rückwirkungsverbotes wurde auch gegenüber den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945–49 erhoben.

Wenigstens, so Pfeifer, sei es gelungen, dass in Zukunft niemand mehr nach dem Kriegsverbrechergesetz bestraft werden dürfe, da „sowohl das Kriegsverbrechergesetz als auch die Formaldelikte nach dem Verbotsgesetz [...] den allgemeinen Rechtsgrundsatz ‚Kein Verbrechen, keine Strafe ohne vorausgegangenes Gesetz‘, der sich in der ‚Erklärung der Menschenrechte und in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und in jeder fortschrittlichen Verfassung eines modernen Staates“ finden lasse, missachtet hätten. Daraufhin wurde Pfeifer von Zwischenrufern gefragt, wo denn das Völkerrecht am 14. März 1938 geherrscht habe bzw. er selbst beschuldigt, dass er damals den Anschluss bejubelt habe.

Abschließend meinte Pfeifer, dass die Amnestie nur der Anfang eines Revisions- und Versöhnungsprozesses sein könne, bei dem es genügen würde, die Taten ehemaliger Nationalsozialisten nach dem österreichischen Strafrecht zu beurteilen.

Fritz Polcar von der ÖVP verteidigte das Amnestiegesetz, denn die NS-Gesetzgebung habe „völlig zu Unrecht hunderttausende Österreicher aus formalen Gründen zu Nationalsozialisten gemacht, die diese Menschen im Inneren niemals waren“.<sup>22</sup> Das dabei über das Ziel geschossen wurde, sei jedoch verständlich, da „der Gesetzgeber der Jahre 1945 bis 1947 [...] noch unmittelbar unter dem direkten Eindruck des furchtbarsten Infernos der Konzentrationslager, der Haftanstalten des Dritten Reiches und ihrer sadistisch-raffinierten Todesmaschinerie“ gestanden sei. Die FPÖ sei jedenfalls nur gegen das Amnestiegesetz, damit sie weiterhin eine Daseinsberechtigung hätte, „denn nach Ihnen, Herr Abgeordneter Pfeifer, wird es wahrscheinlich immer ein NS-Problem geben, solange die Nationalsozialisten in unserem Lande nicht eine nach Ihrem Willen geleistete Wiedergutmachung erhalten“.

Wie sein Parteikollege Pfeifer, rief auch der FPÖ-Abgeordnete **Heinrich Zechmann** nach der Anwendung des „alten, guten“ österreichischen Strafrechts anstelle der NS-Gesetzgebung. Letztere habe nämlich nicht nur den Grundsatz des

*nullum crimen sine lege* missachtet, sondern auch „gewaltige Rechtswidersprüche“ erzeugt. So hätten vor 1945 getätigte Denunziationen nach dem Kriege zu schwersten Strafen geführt, während Denunziationen nach 1945 straffrei geblieben seien. Zudem seien diese Gesetze in „dauerndem Absichtswechsel“, mit „feierlichen Proklamationen“ auf der einen Seite, und gegen diese gerichtete Handlungen auf der anderen, erlassen worden. Beispielsweise sei gleich nach dem Erscheinen des Nationalsozialistengesetzes „in der Generalversammlung der Vereinten Nationen [...] die feierliche Erklärung der Menschenrechte und ihre feierliche Verkündung“ erfolgt.<sup>23</sup> Auch dem angeblichen Motiv einer früheren Erlangung des Staatsvertrages wäre es abträglich gewesen, „wenn man dem Feinde nachweist, dass die 500.000 gefährlichsten Nationalsozialisten der Welt in Österreich wohnen“.

Abgesehen von der grundlegenden Verletzung der Rechtsgleichheit sah Zechmann die Schrecken der jüngsten Vergangenheit in der „Fortpflanzung von Hass und Vergeltungsgedanken“ begründet, denn „jedes Vergeltungsgesetz [sei] der Ausgangspunkt für die nächste Tragödie“ gewesen, und dieser Prozess habe nicht erst im 20. Jahrhundert begonnen:

„die Tragödie des jüdischen Volkes dauert bereits 1700 Jahre. Und jedes Jahr war wieder dasselbe: Tausende wurden dem Hass preisgegeben, und zwar deshalb, weil jede Gruppe Vergeltung übte und die andere sich jeweils dagegen wendete. Seit 325, dem Konzil zu Nicäa, wird Hass gepredigt und Hass ausgeübt, und seitdem haben sich Gruppen gebildet, einmal waren es die, die einen Arierparagraphen schufen, dann waren es wieder andere, aber jede Gruppe hat gesagt: Niemals vergessen! Dadurch ist der Hass weitergetragen worden“.

Hierbei handelt es sich um den historisch unzulänglichen Versuch, den Holocaust als das Endprodukt eines jahrhundertelangen Aufschaukelns des Hasses aufgrund der sich ständig wiederholenden, *gegenseitigen* Vergeltung für vorangegangenes Unrecht zu erklären, wobei Zechmann sich schwer getan hätte, für die von ihm genannte lange

**22** Laut Polcar habe die NS-Gesetzgebung aus den am 13. März 1938 existierenden 16.000 echten Illegalen nach 1945 600.000 registrierungspflichtige Nationalsozialisten gemacht.

**23** Ein weiteres Beispiel war, dass die Alliierten beim Einmarsch in Österreich auf Maueranschlägen verkündeten, dass „niemand, der nicht ein Verbrechen begangen habe, jemals verfolgt werden würde und dass vor allem die große Masse der einfachen Nationalsozialisten nichts zu fürchten hätte“.

Zeitspanne zwischen 325 und der Einführung von Arierparagraphen im späten 19. Jahrhundert konkrete Beispiele für die Verfolgung von Nicht-Juden durch Juden zu nennen.

Auch mit seiner Feststellung, dass die NS-Gesetzgebung die Ausrottung des „deutschen, des nationalsozialistischen Geistes“ in Österreich bezwecke, begab sich Zechmann auf dünnes Eis, da diese Wortwahl suggeriert, dass für ihn Deutschtum und Nationalsozialismus identisch seien, obwohl im Folgenden klar wird, dass er beide als unabhängig voneinander betrachtete:

„in einem deutschen Land kann man den deutschen Geist nicht mit Vergeltungsgesetzen ausrotten [...] und der nationale Geist und der soziale Geist, beide sind nicht ausrottbar und beide sind nicht verwerflich. Das, [...] was verwerflich war [...], war auszurotten, [...] aber [...] durch unser gesundes österreichisches Strafbuch und niemals durch ein Vergeltungsrecht“.

Auch Nationalismus und Sozialismus werden von Zechmann in dieser Passage getrennt voneinander verteidigt, aber in Anbetracht seiner vorhergehenden Äußerung dürfte er hier auf den Gedanken eines originären, vor Hitler entstandenen „nationalen Sozialismus“ anspielen,<sup>24</sup> welcher für Hitlers Verbrechen nicht verantwortlich gemacht werden könne, etwa in dem Sinne wie Linke gerne Stalins Massenmorde von Leninismus und Marxismus zu entkoppeln suchen. Allerdings sind Zechmanns Äußerungen für eine ausführliche und erschöpfende Analyse dieser komplexen Frage viel vage gehalten.

Bei den folgenden Rednern fanden die freiheitlichen Standpunkte nur wenig Verständnis. Immerhin führte Bruno Pittermann (SPÖ) in seiner Verteidigung des Amnestiegesetzes zwei Gründe an, die es in seinen Augen nachvollziehbar machten, warum Menschen dem Nationalsozialismus gefolgt seien und daher nicht automatisch zu Verbrechen gestempelt werden sollten, und zwar die sozioökonomische Krise der dreißiger Jahre sowie

das „Unrecht von Versailles“ mit seiner Versagung des Selbstbestimmungsrechtes.

Laut Leopold Weismann (ÖVP) hätten „90 Prozent aller, die im Jahre 1938 ihre Fragebogen ausgefüllt und hineingeschrieben haben, dass sie illegal waren“, im Jahre 1945 erklärt, „dass sie ihren ‚geliebten Führer‘ angelogen haben“ sodass man sie zum Großteil als Mitläufer betrachten könne. Andererseits lehnte Weismann jedoch jede Gleichstellung des NS-Rechtes mit anderen Rechtssystemen kategorisch ab, denn ab 1938 habe ja nicht bloß ein anderes Rechtssystem mit der einen oder anderen Rechtsübertretung geherrscht, sondern „ein System des Unrechtes und des Bösen“, so wie auch „der Nationalsozialismus [...] bereits von vornherein ideologisch schlecht und böse“ gewesen sei: „Schon der Satz allein ‚Recht ist, was dem deutschen Volke nützt‘ gibt jede Möglichkeit, andere, die nicht diesem Volke angehören, oder solche, von denen man behauptet, dass sie nicht diesem Volke dienen, glattweg zu vernichten“.

Abschließend wollte er den ehemaligen Nationalsozialisten ins Gewissen reden und sie auffordern, das

„kleine, noch verbleibende restliche Unrecht [...] als Opfer auf sich [zu] nehmen, als eine moralische Sühne für die Millionen Toten, für die Geschändeten, für die Entrechteten, für die Gequälten und Gefolterten, denen wir nicht mehr das Leben und die Gesundheit zurückgeben können. Wenn sie auch nicht mitschuldig sind, aber irgendwie haben sie es mitverursacht“.

Auch Friedrich Hillegeist (SPÖ) bestand darauf, dass man „geschädigte Nationalsozialisten“ nicht mit den „Kämpfern für ein freies und demokratisches Österreich“ gleichstellen könne, aber er verpasste der ÖVP ebenfalls eine Breitseite mit der Behauptung, dass sich auch viele Ständestaatler zum Nationalsozialismus bekannt hätten, wenn ihnen die Nazis mehr Zeit dazu gegeben hätten.<sup>25</sup>

<sup>24</sup> Hier wäre etwa an das gemeinsam von Georg von Schönerer, Viktor Adler und Engelbert Pernerstorfer ausgearbeitete „Linzer Programms“ von 1882, Friedrich Naumanns „Nationalsozialer Verein“ von 1896, die „Tschechische National-Soziale Partei“ von 1898, und die „Deutsche Arbeiterpartei“ von 1903 („Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ seit 1918) zu denken.

<sup>25</sup> Hillegeist hatte bereits in einer Debatte am 14. Juli 1949 das gleiche Argument gegen die Entschädigung von seiner Ansicht nach „verhinderten Umgefallenen“ verwendet: „Es gab nicht wenige Opfer der Nazidiktatur, die sich, wenn man ihnen Zeit gelassen hätte, noch rechtzeitig umgestellt hätten. Aber die bösen Nazi haben ihnen eben die Zeit nicht

Schließlich ergriff Helfried Pfeifer noch einmal das Wort, um zwei Gesichtspunkte aufzuklären, welche in der laufenden Debatte zur Sprache gekommen waren. Zunächst betonte er erneut, dass das einzige Verbrechen der meisten Nationalsozialisten darin bestanden habe, dass sie Parteimitglieder gewesen seien, denn den Vorwurf, dass sie auch den Anschluss begrüßt hätten – der ja immer die zentrale Begründung für die Härte gegenüber den Illegalen darstellte –, könne man beileibe nicht ausschließlich den Nationalsozialisten machen, da viele andere die Vereinigung mit dem Deutschen Reich aus idealistischen Gründen ebenfalls gutgeheißen hätten und außerdem gewusst haben mussten, dass mit Hitler kein liberaler Demokrat an der Spitze gestanden sei. Als Beleg führte Pfeifer mehrere Zitate von Karl Renner an,

inklusive dessen Erklärung, bei der Volksabstimmung im April 1938 mit „Ja“ zu stimmen,<sup>26</sup> sowie die entsprechende Wahlempfehlung der österreichischen Bischöfe.<sup>27</sup>

Danach reagierte er empört auf Zwischenrufe, wie es denn mit seiner Haltung im März 1938 ausgesehen habe, und schwor,<sup>28</sup> dass er „bis Ende des Krieges nichts [...] von der Existenz eines Vergasungslagers“ gewusst habe: „Wie können Sie da sagen: Warum haben Sie geschwiegen? (Abg. Mark [SPÖ]: Jeder Mensch in Österreich hat das gewusst!) Nein, das ist nicht wahr! Viele haben es nicht gewusst.“ Das, hingegen, „was man gewusst hat und was schlecht war“, habe er niemals gutgeheißen, sondern „verurteilt noch und noch“, wie etwa in seiner Vorlesung „Volk und Staat“, als es um die Rechte anderer Völker gegangen sei.<sup>29</sup> Überdies seien da-

gelassen, sie haben sie aus den Stellungen hinausgeworfen, eingekerkert und sogar in Konzentrationslager gebracht, und nun werden diese Leute als politische Märtyrer einer Wiedergutmachung teilhaftig, die ihnen im Grunde genommen nicht gebührt, denn sie hätten gegebenenfalls bedenkenlos die gleichen Praktiken gegen ihre politischen Gegner angewendet und haben sie sogar angewendet und haben das Unrecht erst dann empfunden, als sie es persönlich am eigenen Leib verspürt hatten“. Stenographisches Protokoll, 117. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 14. Juli 1949.

<sup>26</sup> Die Zitate im Einzelnen: „Ich müsste meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutsch-österreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederzusammenschlusses der deutschen Nation nicht freudigen Herzens begrüßte“; „Nun ist die 20jährige Irrfahrt des österreichischen Volkes beendet. Es kehrt geschlossen zum Ausgangspunkt, zu seiner feierlichen Willenserklärung vom 12. November 1918 zurück. Das traurige Zwischenspiel des halben Jahrhunderts von 1866 bis 1918 geht hiemit in unserer tausendjährigen gemeinsamen Geschichte unter“; „Ich habe keinen Auftrag, für die Gesinnungsgenossen zu sprechen, kann aber erklären: Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutschösterreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation von Saint Germain, werde ich mit Ja stimmen“. Aus Renners Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung Österreichs: „Kein Wunder, dass vor allem die Wirtschaftslosen Hitlers System weitaus dem Dollfußschen vorzogen und dass die Arbeiterklasse nicht gesonnen war, zur Aufrechterhaltung des Staates, der sie völlig entrechtet und beraubt hatte, auch nur einen Finger zu rühren. So kam es, dass gut zwei Drittel des Volkes Hitler vor Schuschnigg den Vorzug gaben!“

<sup>27</sup> Im Wortlaut: „Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anlässlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutschösterreich: Wir erkennen freudig an, dass die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiete des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, dass durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des zerstörenden, gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde. Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen. Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, dass sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind“.

<sup>28</sup> Unter Berufung auf Renners Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung Österreichs: „Jahrelang weiß Deutschlands gebildete Welt von diesen Gräueln wenig und glaubt nicht an sie. Erst allmählich ahnt man sie, bis die erlangte Gewissheit erst recht Denken und Wollen erstarren macht“.

<sup>29</sup> Im Original sagte Pfeifer hier weiter: „Eine Bewegung, die das Volk als das Höchste hinstellt, muss auch das Recht der

mals die Möglichkeiten eines Professors oder Verwaltungsbeamten, die Ereignisse maßgeblich beeinflussen zu können, äußerst beschränkt gewesen.

### 2.3 Nationalfeiertag

Die drei Debatten von 1965 bis 1967, welche die Erhebung des 26. Oktober zu einem gesetzlichen Feiertag begleiteten, können in zwei grobe Themenbereiche, die sich allerdings in vielen Einzelaspekten überschneiden, eingeteilt werden. Zum einen geht es um im weitesten Sinne prozedurale und formaljuristische Fragen wie die Entscheidungsfindung bei der Bestimmung des Tages, die Einrichtung durch den Gesetzgeber, sowie die Art und Weise, in welcher der Feiertag begangen werden soll. Beim zweiten Bereich geht es um die Frage nach der eigentlichen Natur dieses Feiertages. Während sich im zweiten Bereich tiefe Gräben zwischen ÖVP und SPÖ einerseits und der FPÖ andererseits auftraten, herrschte bezüglich des ersten Komplexes weitgehend Einigkeit, dass dieser würdevoller hätte abgehandelt werden können.

Als es in der **Sitzung am 25. Oktober 1965** um die Festlegung des Tages ging, welcher den seit 1956 begangenen „Tag der Fahne“, der jedoch weder arbeits- noch schulfrei war, ersetzen sollte, stimmte die FPÖ daher auch noch mit den Regierungsparteien, aber in den folgenden beiden Sitzungen von 1966 und 1967 verweigerten die Freiheitlichen ihre Zustimmung zu den mehrheitlich beschlossenen Gesetzen.<sup>30</sup>

In der Sitzung von 1965 legte zunächst Alfred Migsch für die SPÖ dar, dass der 26. Oktober 1955 einen schlechten Kompromiss darstelle, weil es sich um keinen „echten Feiertag“ handle, da Österreich mit Sicherheit nicht „am 15. Mai 1955, auch nicht am 26. Oktober 1955 entstanden“ sei. Für

die Sozialdemokraten sei der „große Tag der österreichischen Schicksalsgemeinschaft“ der Geburtstag der Republik am 12. November 1918. Dieser Tag sei jedoch für Christlichsoziale wegen des Zusammenbruchs des Reiches und für Freiheitliche wegen der Sorge um die drei Millionen Deutschen außerhalb der Grenzen problematisch. Daher wäre auch ein an die „Heldenzeit“ von 1944/45 erinnernder Tag zwischen dem 27. April und 8. Mai 1945 sinnvoll gewesen. Dieses Datum wäre auch ein „wichtiger Impuls“ gewesen, nicht nur weil es mittlerweile auch kritische Stimmen zu den „Männern von 1945“ gebe,<sup>31</sup> sondern auch weil die große Mehrheit der Österreicher die Zusammenarbeit der beiden großen politischen Parteien als das beste politische System für Österreich ansehe, was FPÖ-Abgeordneter **Emil van Tongel** mit dem ironischen Zwischenruf „Das haben wir gerade vor drei Tagen gesehen!“ quittierte.<sup>32</sup>

Laut van Tongel wäre es würdevoller gewesen, anstelle der großkoalitionären Einigung zwischen Bundeskanzler und Vizekanzler alle Parteien in den Entscheidungsfindungsprozess einzubeziehen bzw. statt eines „Honoratiorenfeiertags“ (dieser Begriff war in einer früheren Debatte von Unterrichtsminister Heinrich Drimmel geprägt worden) einen richtigen „Feiertag“ einzurichten, da Österreich ohnehin genügend andere Feiertage habe und leicht auf einen anderen verzichten könne. Den Tag selber betreffend hätte auch die FPÖ andere Tage, wie den 12. November oder den 15. Mai, bevorzugt. Daher hätte die FPÖ es auch gerne gesehen, wenn sich die Präambel zum Feiertag auf die Wiedererlangung der vollen Souveränität nach dem Abzug der letzten Besatzungssoldaten und nicht auf den Beschluss der immerwährenden Neutralität bezogen hätte.

Der zweite FPÖ-Redner, **Gustav Zeillinger**, wies darauf hin, dass man bezüglich des von der SPÖ favorisierten 12. November Einvernehmen hätte erzielen können. Auf den Zwischenruf von Franz Soronics (ÖVP), dass dies nicht der „Feiertag aller Österreicher gewesen“ wäre, reagierte Zeillinger mit den Worten: „Das war die Stimme eines ÖVPLers, ich brauche gar nicht zu wissen, wer es gewesen ist. Ich habe aber nichts anderes von Ihnen erwartet, da Sie den 12. November grundsätzlich ablehnen!“

Während der Gesetzesentwurf dann schließlich doch noch mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen wurde,<sup>33</sup> lehnte die FPÖ in der **Sitzung am 19. Oktober 1966** ihre Zustimmung zu der Sonderregelung, dass der 26. Oktober Feiertag im Sinne des Feiertagsruhegesetzes werden solle, ab, da es sich hier laut FPÖ-Redner **Otto Scrinzi** bloß noch um ein seit einem Jahr andauerndes „trauriges Ringel-Kringel-Spiel“ und „Feilschen“ um den Austausch eines „Honoratiorenfeiertages“ gegen einen kirchlichen Feiertag handle.<sup>34</sup>

In der **Sitzung am 28. Juni 1967**, in welcher der „österreichische Nationalfeiertag“ schließlich unter die gesetzlichen österreichischen Feiertage gereiht wurde,<sup>35</sup> unterstrich Otto Scrinzi erneut die Abwertung dieses Feiertages durch den vorherrschenden Eindruck, dass es in den vergangenen Jahren lediglich darum gegangen sei, zusätzlich zu der ohnehin schon großen Anzahl an bestehenden Feiertagen einen weiteren bezahlten Feiertag zu gewinnen, weshalb auch der Obmann des Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs, Günther Rehak, eine mit „Patriotisches Affentheater“ betitelte Schrift verfasst hätte.

Was nun die eigentliche Natur dieses Feiertages betrifft, so bestand die FPÖ – entgegen der Absicht von ÖVP und SPÖ, diesen Tag zu einem österreichischen Nationalfeiertag zu machen – darauf, dass die Österreicher ein Teil der deutschen Nation seien, weshalb der Tag als „Staatsfeiertag“ bezeichnet werden sollte. Diese Diskussion, welche alle drei Nationalratsdebatten zum Nationalfeiertag durchzog, drehte sich daher im Wesentlichen um die Frage, ob Österreich eine Nation sei oder nicht, und ist davon gekennzeichnet, dass sich Freiheitliche bzw. Abgeordnete von SPÖ und ÖVP gegenseitig Zitate an den Kopf warfen, welche die Nichtexistenz einer österreichischen Nation bzw. das Gegenteil davon belegen sollten. Viele dieser Zitate sind aus der einschlägigen Literatur zur österreichischen Identität bekannt. Es muss nicht extra betont werden, dass von keiner Seite irgendwelche Zugeständnisse in die andere Richtung gemacht wurden.

1965 war es vor allem der ÖVP-Abgeordnete Felix Hurdes, der durch eine Reihe von Zitaten eine „wesentliche“ Änderung des Nationalbewusstseins von der Ersten zur Zweiten Republik nachweisen wollte.<sup>36</sup> So kontrastierte er die Erklärungen der jeweiligen Regierungen bei der Gründung der beiden Republiken, und zitierte aus einem Buch Lois Weinbergers („Wenn die Österreicher eine Nation sind, dann keine des Blutes, aber eine solche besten menschlichen Geistes!“) sowie aus der Regierungserklärung von Julius Raab am 4. Juli 1956, welche den gemischten Charakter des österreichischen Volkscharakters aus deutschen, romanischen und slawischen Elementen ebenso unterstrich wie dessen europäische Sendung.<sup>37</sup>

anderen Völker achten! Und so wie ich sah, dass das nicht eingehalten wird, habe ich den Finger mahnd erhoben und gesagt: Eine Bewegung, die ihre Grundsätze nicht einhält, schaufelt sich damit das eigene Grab.“

**30** Der Ministerrat hatte am 11. September 1956 auf Antrag von Unterrichtsminister Heinrich Drimmel beschlossen, jeden 26. Oktober den „Tag der österreichischen Fahne“ zu begehen. In der engeren Auswahl für den neuen Nationalfeiertag standen auch der 12. November (Ausrufung der ersten österreichischen Republik 1918), der 15. Mai (Unterzeichnung des Staatsvertrags 1955) und der 27. April (gemeinsame Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs 1945). Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 89. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, X. Gesetzgebungsperiode, Montag, 25. Oktober 1965.

**31** Laut Migsch etwa seitens einiger Vertreter der jüngeren ÖVP-Generation, welche gegen die Sesselkleberei und Pfründe der „Männer von 1945“ aufbegehrten.

**32** Am 23. Oktober 1965 demissionierte die Koalitionsregierung, nachdem keine Einigung über den Haushaltsentwurf für das Jahr 1966 erzielt werden konnte.

**33** Bundesgesetz vom 25. Oktober 1965 über den österreichischen Nationalfeiertag, BGBl. Nr. 298/1965, 26.10.1965.

**34** Bundesgesetz vom 19. Oktober 1966, mit dem für den Nationalfeiertag im Jahre 1966 eine Sonderregelung getroffen wird, BGBl. Nr. 231/1966, 25.10.1966. Stenographisches Protokoll, 28. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XI. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 19. Oktober 1966.

**35** Bundesgesetz vom 28. Juni 1967 über den österreichischen Nationalfeiertag, BGBl. Nr. 263/1967, 25.07.1967. Stenographisches Protokoll, 62. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XI. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 28. Juni 1967.

**36** Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 89. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, X. Gesetzgebungsperiode, Montag, 25. Oktober 1965.

**37** Der Beschluss der Provisorischen Nationalversammlung vom 12. November 1918 lautete „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik“, während die beiden ersten Artikel der Proklamation der politischen Parteien vom 27. April 1945 besagten „Die demokratische Republik Österreich ist wiederhergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten“ und „Der im Jahre 1938 dem österreichischen Volke aufgezwungene Anschluss ist null und



Während Migsch beipflichtete und betonte, dass es vor allem die gemeinsame, alle anderen Gegensätze transzendierende Erfahrung in den Gefängnissen des Dritten Reiches gewesen sei, wo die „österreichische Idee geboren“ wurde, führte Hurdes' Berufung auf jene vielzitierte Passage in Adolf Schärfs Erinnerungen, wonach der Anschluss tot sei, zu heftigen Widersprüchen bei der FPÖ, nachdem Hurdes die Darstellung Schärfs dahingehend korrigierte hatte, dass er, Hurdes, darüber „erfreut“ (und nicht „enttäuscht“) gewesen sei, als Schärf ihm mitteilte, dass die Sozialdemokratie den Anschluss aufgegeben habe.<sup>38</sup> Wie glaubhaft, so die Abgeordneten Emil van Tongel und **Wilhelm Kindl**, könne all das Gesagte noch sein, wenn Hurdes nachträglich Schärf berichtigte?

In der Debatte von 1966 wurde Otto Scrinzi noch deutlicher und bezeichnete die Idee einer österreichischen Nation als „Geschichtsklitterung“, die von einer „kleinen linksgedrallten Minderheit in Österreich betrieben wird“, während „für uns wie auch für die überwiegende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung“, Österreich auch „ein deutscher Staat“ sei.<sup>39</sup> Die Nicht-Exis-

tenz einer österreichischen Nation, die durch den sogenannten Nationalfeiertag „instradiert“ werden solle, sei laut Scrinzi so offenkundig, dass er bis auf ein Zitat des Historikers Hugo Hantsch explizit auf weitere Zitate verzichtete.<sup>40</sup> Von der Verleugnung der historischen und wissenschaftlichen Wahrheit abgesehen, diene die Konstruktion einer österreichischen Nation auch nicht dem Interesse Österreichs:

„Wenn wir hier in diesem Hause den Begriff der Staatsnation einführen, dann frage ich Sie: Von welchem Fundament aus werden wir argumentieren, wenn wir uns der Angelegenheiten der deutschen Südtiroler anzunehmen haben? Aber umgekehrt auch: Von welchem Fundament aus werden wir die Minderheiten in Österreich behandeln, die wir tolerant, die wir großzügig behandeln wollen, [...] wenn wir einen Nationsbegriff konstruieren, der eine österreichische Nation schafft, zu der natürlich die Slowenen Kärntens genauso gehören wie die anderen?“

Mehrfach deutete Scrinzi durch seine Verweise auf kleine, linke Minderheiten darauf hin, dass das Konzept einer österreichischen Nation eine kommunistische Erfindung sei,<sup>41</sup> bevor er

nichtig.“ Das Weinberger-Zitat stammt aus dessen Buch „Tatsachen, Begegnungen und Gespräche. Ein Buch um Österreich“, S. 134.

**38** Laut Schärfs Erinnerungen habe er im Frühsommer 1943 dem hessischen Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner in einem Gespräch über eine mögliche Zusammenarbeit nach dem Krieg mitgeteilt: „Der Anschluss ist tot. Die Liebe zum Deutschen Reich ist den Österreichern ausgetrieben worden“. Bezüglich Hurdes lautet es im Original: „Er [Hurd] kam auf mein Gespräch mit Leuschner zurück, und auch er war enttäuscht, als ich ihm sagte, dass die Sozialdemokraten in Österreich nicht mehr daran dächten, den Anschluss aufrechtzuerhalten.“ Angeblich habe Hurdes Schärf auf den Fehler hingewiesen bzw. dass er wenigstens „überrascht“ hätte schreiben sollen, da es das erste Mal gewesen sei, dass er die Abkehr der Sozialdemokraten vom Anschluss mit solcher Eindeutigkeit erlebt habe.

**39** Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 28. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XI. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 19. Oktober 1966.

**40** Hantsch im Vorwort des ersten Bandes der „Österreichischen Geschichte“: „Österreich verdankt die Entstehung und die Fundamente seines kulturellen Besitzes dem deutschen Volk. Alles andere hat mit Wissenschaft gar nichts mehr zu tun“. Scrinzi im Original: „Ich möchte es mir ersparen, die Vertreter Österreichs, die großen Österreicher des Kultur und Geisteslebens zu zitieren, die genau die gleiche Auffassung vertreten. Diese Reihe geht von Grillparzer über Stifter bis zu Hofmannsthal, Wildgans und Weinheber. Daran wird nichts ändern, dass der Herr Dr. Jambor die Schallplatte zensuriert und die gravierenden und entscheidenden Stellen aus diesem Vermächtnis eines österreichischen Dichters herausgeschnitten hat. Aber ich könnte Ihnen auch Politiker aller Parteien zitieren, die genau denselben Standpunkt einnehmen, den wir hier vertreten. Lueger, Renner, Seipel, Miklas, sogar Dollfuß und Schuschnigg haben einwandfrei diesbezügliche Bekenntnisse abgelegt, aber auch Raab und Schärf“.

**41** Neben anderen Beispielen in der Rede (wie die „kleine linksgedrallte Minderheit“ im Text weiter oben) kann man dazu auch den Verweis auf einen „Furche“-Artikel vom Juni 1961 zählen, laut dem „die Initiative zur Neuordnung des Donauraumes durch Föderation freier Nationen [...] diesmal nur von Russland ausgehen“ könne und eine „der größten Gefahren, die uns droht, die deutsche Wiedervereinigung“ sei.

abschließend seine eigene Sichtweise des neuen Feiertages mit einem Zitat aus einem Artikel des ÖVP-Landeshauptmannstellvertreters der Steiermark, Universitätsprofessor Stephan Koren, untermauerte:

„In einer Zeit in der der Boden eines Volkes, das eine gemeinsame Sprache spricht, so von Mauern und Gräben, von Stacheldrähten und Grenzen durchzogen und zerrissen ist wie nie noch [sic] seit dem Dreißigjährigen Krieg, ist diese Freiheit, die wir am 26. Oktober feiern, auch ein Stück der deutschen Freiheit“.

Und Scrinzi fügte hinzu: „Sehen Sie, in diesem Sinne könnten auch wir den 26. Oktober mitfeiern“.

FPÖ-Mandatar **Werner Melter** gab vor der Abstimmung zu bedenken, dass die gesamte (d.h. größtenteils schwarze) Vorarlberger Landesregierung sich ebenfalls gegen die Beschlussfassung des Gesetzes ausgesprochen habe und dass laut einer Erhebung der „Vorarlberger Nachrichten“ 2.200 von 3.000 Zuschriften der Idee einer österreichischen Nation äußerst kritisch gegenüber eingestellt seien.

Heftiger als 1966 – Scrinzi erntete damals für seine Bemerkungen bloß einige Zwischenrufe – fiel die Debatte 1967 aus,<sup>42</sup> nachdem **Friedrich Peter** (FPÖ) zwar einen Staatsfeiertag begrüßte, der geeignet sei, „den Vaterlandsbegriff zu heben, zu festigen und ihn in den Herzen aller Staatsbürger zu verankern“, nicht aber einen „österreichi-

schen Nationalfeiertag“, der nur Gräben in der Bevölkerung aufreißt und der historischen Wahrheit widerspreche.

Peter brachte eine Reihe von Zitaten aus der Zeit vor der Gründung der Republik 1918, wonach Staat und Nation nicht identisch sein müssten bzw. das gleichzeitige Bekenntnis zu einem österreichischen Staat und zur deutschen Nation kein Widerspruch sei,<sup>43</sup> um abschließend festzustellen, dass „dieses gemeinsam verbindende Gedankengut, das einstmalige Bindeglied für alle Fraktionen war, [...] in den Augen der Mehrheit des Nationalrates nicht mehr [gelte]“. Der Grund hierfür sei, so Peters Analyse, dass man glaube, „dieses Bekenntnis zum deutschen Volkstum mit den Hypotheken, die der Nationalsozialismus dem deutschen Volk auferlegt hat, identifizieren zu müssen“.

Deutsch und österreichisch, so Peter beinahe schon beschwörend, schlossen einander jedoch nicht aus, sondern ergänzten sich, und daher könne man einen Österreicher niemals vor diese Alternative stellen, denn es müsse immer heißen: „deutsch und österreichisch“. Zur Bekräftigung zitierte Peter eine lange Reihe schwarzer und roter Politiker, die sich auch nach 1945 noch zum deutschen Volkstum bekannt hatten.<sup>44</sup> Daher hielten es die Freiheitlichen auch nicht mit Walter Jambor, der das Bekenntnis zum deutschen Volkstum als einen „der tragendsten Irrtümer der Geschichtsbetrachtung schlechthin“ betrachtete,<sup>45</sup> sondern mit Hugo von Hofmannsthal's Diktum, dass die

**42** Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 62. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XI. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 28. Juni 1967

**43** Ignaz Seipel: „Staat und Nation sind ihrem Begriff, ihrem Ursprung und ihrer Aufgabe nach verschieden“; am 30. Oktober 1918 legte die Provisorische Nationalversammlung in einem einstimmigen Beschluss eine Note an US-Präsidenten Wilson fest: „Herr Präsident, Wir beehren uns, Ihnen mitzuteilen, dass die Deutsche Nation in Österreich beschlossen hat, einen selbständigen österreichischen Staat zu schaffen“; Karl Renner am 12. November 1918: „In dieser Stunde soll unser deutsches Volk in allen Gauen wissen: Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft!“

**44** Ernst Koref (ehem. Bürgermeister von Linz) 1965 in der „Zukunft“; Adolf Schärf April 1957 im Burgenland: „Die Sozialisten treten im Sinne Renners konsequent für die Zugehörigkeit der deutsch sprechenden Österreicher zu der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft ein“; Alfons Gorbach am 9. Juni 1961: „Die Österreicher verbindet mit den Bundesdeutschen die gemeinsame Sprache, Kultur, ein langer Weg Geschichte und auch das Volkstum“; Bruno Pittermann am 2. April 1964: „Auf die Frage, ob wir Deutsche oder Österreicher sind, wird die Mehrheit der Österreicher wie 1918 antworten: Deutsche Österreicher“; Theodor Piffil-Perčević in einer Anfragebeantwortung im Nationalrat am 16. Juli 1964 in Bezug auf Maria Theresias Brief, in dem sie Marie Antoinette ermahnte, stolz darauf zu sein, dass sie eine Deutsche sei: „Ein Bekenntnis zur Haltung Maria Theresias ist mit den Bestimmungen der österreichischen Schulgesetze sicher vereinbar“; Josef Krainer sen. (steirischer Landeshauptmann): „Das Wort deutsch ist keine politische Aussage, sondern ein Bekenntnis zu einer großen Volkstums- und Sprachgemeinschaft“.

**45** Dr. Walter Jambor (1923–2006), Schriftsteller, Direktor des Österreichischen Buchklubs der Jugend und Herausgeber

Österreicher sich „diesen Dualismus des Gefühls: unsere Zugehörigkeit zu Österreich, unsere kulturelle Zugehörigkeit zum deutschen Gesamtwesen“ zu erhalten wissen müssten.

Wie Otto Scrinzi identifizierte auch Peter in seiner Rede eine „ganz kleine Gruppe“ als hauptverantwortlich für die Konstruktion einer österreichischen Nation, und es kann kein Zweifel bestehen, dass er damit ebenfalls kommunistische Kreise meinte, wenn er sich im „Zusammenhang mit der österreichischen Nation“ gegen die zunehmende Popularität eines „Neutralismus volksdemokratischer Prägung“ verwahrte.

Alfred Ströer von der SPÖ kontierte Peters Rede zunächst mit dem Ergebnis zweier Meinungsumfragen, der zufolge 70 Prozent der Befragten der Meinung seien, Österreich sei eine Nation oder zumindest im Begriff, sich langsam als Nation zu fühlen. Zwar räumte er ein, dass das Ergebnis in der Ersten Republik mit Sicherheit anders ausgefallen wäre und dass die aktuellen Studien einen Unterschied zwischen den Generationen ausgemacht hätten, aber am bezeichnendsten sei, dass vor allem FPÖ-Parteigänger die Meinung vertreten würden, dass Österreich keine Nation sei.<sup>46</sup> Überdies sei diese Meinung in der Bundesrepublik Deutschland selbst nicht mehr mehrheitsfähig, wie zwei Zitate

der bundesdeutschen Politiker Lübke und Erhard belegen sollten,<sup>47</sup> worauf Peter in einem Zwischenruf hervorhob, dass er, Peter, sich auf österreichische Politiker berufen habe.

Der nächste Redner der FPÖ, Werner Melter, verwarf zu Beginn gleich einmal die Begründung, dass der 26. Oktober nunmehr „Nationalfeiertag“ genannt werden müsse, um ihn vom „Staatsfeiertag“ des 1. Mai zu unterscheiden, nachdem es auch in der Ersten Republik mit dem 1. Mai und dem 12. November zwei „Staatsfeiertage“ gegeben habe, um dann mit einem Zitat von Friedrich Adler von 1946 und mehreren Renner-Zitaten weitere Belege für die Ausführungen seines freiheitlichen Vorredners zu liefern.<sup>48</sup> Auf den Zwischenruf, dass Renner seine Meinung nach 1945 geändert habe, kontierte Melter, dass dies, wie auch im Fall von Leopold Figl, ob nun aufgrund geschichtlicher Ereignisse oder aus Opportunismus, eben seine persönliche Entscheidung gewesen sei, während andere, die man kaum als Feinde Österreichs bezeichnen könne, wie Schuschnigg und Dollfuß, ihre Überzeugung niemals geändert hätten. Trotzdem, so Melter, habe Renner

„grundsätzlich anerkannt, dass die Österreicher keine eigene Nation darstellen, sondern dass Österreich nur ein eigener Staat mit deut-

scher Bevölkerung ist. Das ist der Unterschied. Wir Freiheitlichen bleiben bei dieser Definition des Begriffes. Wir unterscheiden zwischen Nation und Staat“.

Wie schon Scrinzi in der Debatte von 1966 hegte auch Melter im Zusammenhang mit dem Eintreten für einen österreichischen Nationalfeiertag Zweifel an der nationalen Gesinnung der schwarzen Einparteienregierung bezüglich der Schutzmachtfunktion für die deutsche Minderheit der Südtiroler in Italien: „Jeder, der objektiv ein Urteil abgibt, muss zur Überzeugung kommen, dass unsere Tiroler in Südtirol verraten werden. Die Regierung nimmt eine außerordentlich schwächliche Haltung gegenüber Italien ein“.

Otto Scrinzi selbst stellte dann als vorletzter freiheitlicher Redner zusammenfassend fest, dass es angesichts der Zitatenslage „bis vor wenigen Jahren darüber, wohin wir Österreicher ethnisch oder als Volk zu zählen sind, gar keine Debatte gab“, mit Ausnahme freilich der bereits vielfach angedeuteten Minderheit der Kommunistischen Partei, und er warnte noch einmal davor, wohin die historisch völlig unbegründete „Begriffsverwirrung“, welche „weder geeignet ist, die Vergangenheit zu bewältigen, noch die Zukunft zu meistern“, führen könne. So erwähnte Scrinzi etwa einen Zeitungsartikel, in welchem Gregor Mendel völlig inakkurat zu einem „tschechischen“ Naturforscher mutiert sei, oder erneut den Umstand, dass der Schutz von Minderheiten in Österreich nur dann einen Sinn habe, wenn die Mehrheitsbevölkerung als „deutsch“ betrachtet werde.

Im Gegenzug machte sich Leopold Gratz (SPÖ) zuerst einmal über den freiheitlichen Widerstand gegen die Bezeichnung „Nationalfeiertag“ mit der Frage lustig, wann die FPÖ den An-

trag stellen werde, den Nationalrat – analog zu der durch die schwierige Nationalitätenfrage bedingte Bezeichnung „Die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ für das Parlament der österreichischen Hälfte der Monarchie – in „Die in der Reichsratsstraße vertretenen Wahlkreise“ umzubenennen. Danach jedoch warnte er davor, dass das ständige Sprechen von einem „sogenannten“ Nationalfeiertag bei allen gegenteiligen Beteuerungen irgendwann doch auch zur „sogenannten“ Unabhängigkeit oder Eigenstaatlichkeit Österreichs führen könne. Zwar bekannte Gratz sich zum deutschen „Kulturkreis“, zu dem er die großen deutschen Dichter ebenso rechnete wie die Abgeordneten zur Frankfurter Paulskirche 1848/49, aber hinter der freiheitlichen Position sah er eine Ideologie am Werk, welche „die gemeinsame Zukunft für die Österreicher gefährdet, weil sie geeignet ist, zwischen ihnen wieder Gräben aufzureißen, statt sie zuzuschütten“.

Dem wiederum entgegnete Gustav Zeillinger (FPÖ), dass es in Wahrheit jetzt umgekehrt das Drängen auf einen Nationalfeiertag sei, welches Hass säe, und er verwies auf diesbezügliche Schulhofstreitereien bzw. auf die Beleidigung von deutschen Urlaubsgästen durch einen Salzburger Bürgermeister und den Innsbrucker Bischof Paulus Rusch.

Zwei wichtige Aspekte des zweiten Themenschwerpunktes müssen hier abschließend noch angesprochen werden.<sup>49</sup> Trotz ihres Widerstandes gegen die Bezeichnung „Nationalfeiertag“ legten die freiheitlichen Abgeordneten mehrfach klare Bekenntnisse zur österreichischen Eigenstaatlichkeit ab.<sup>50</sup> Parallel dazu beklagten sie sich fortwährend darüber, dass sie aufgrund ihres gleichzeitigen Bekenntnisses zur deutschen

der Vierteljahresschrift „Die österreichische Nation“.

<sup>46</sup> Unter FPÖ-Anhängern teilten 53 Prozent diese Ansicht. Für derartige Erhebungen siehe Ernst Bruckmüller „Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse“ (Wien/Köln/Graz, 1996).

<sup>47</sup> Heinrich Lübke 1964: „Sie können versichert sein, Herr Bundespräsident, dass Ihr Besuch in der deutschen Öffentlichkeit einen großen Widerhall findet, denn die deutsche Nation fühlt sich durch herzliche Beziehungen mit der österreichischen Nation verbunden und steht dadurch dem österreichischen Staat mit besonderer innerer Anteilnahme gegenüber“; Ludwig Erhard 1964: „Das deutsche Volk fühlt sich der freiheitsliebenden österreichischen Nation in der Gesinnung gutnachbarlicher Freundschaft, gegenseitiger Achtung und im Bewusstsein der gemeinsamen europäischen Aufgaben tief verbunden“.

<sup>48</sup> Friedrich Adler 1946 aus dem Exil an die SPÖ: „Wenn die ebenso reaktionäre wie widerliche Utopie einer österreichischen Nation Wahrheit würde und ich gezwungen wäre, zwischen ihr und der deutschen zu wählen, würde ich mich für jene entscheiden, in der Goethes ‚Faust‘, Freiligraths revolutionäre Gedichte und die Schriften von Marx, Engels und Lassalle nicht zur ausländischen Literatur gehören!“ Karl Renner am 24. April 1919 in der Deutschösterreichischen Nationalversammlung: „Die deutsche Nation, deren integrierender Bestandteil wir Deutschösterreicher sind, zimmert sich heute in Not und Drang ein neues Haus ... Wir haben das Interesse, unsere künftige Stellung in der Gemeinschaft aller deutschen Stämme zu wahren, und ich bitte deshalb das Haus im Namen der Staatsregierung, die Wahl der Experten vorzunehmen und damit zu bekunden, dass die Gemeinschaft der Sprache, des Blutes und der Kultur stärker ist als der vorübergehende Zufallswellenschlag der Tagesereignisse“; am 12. November 1918: „Unser großes Volk ist in Not und Unglück ... Unser deutsches Volk ist im Augenblick tief gebeugt ... Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft“; und am 3. April 1938: „Ich müsste meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutschösterreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederausbaus der deutschen Nation nicht freudigen Herzens begrüße“.

<sup>49</sup> Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 28. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XI. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 19. Oktober 1966; und Stenographisches Protokoll, 62. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XI. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 28. Juni 1967.

<sup>50</sup> Scrinzi 1966: „Es braucht nicht betont zu werden, dass jeder Abgeordnete meiner Fraktion so wie die Abgeordneten der anderen Fraktionen dieses Hauses ein bedingungsloses, vorbehaltloses Ja zur österreichischen Eigenstaatlichkeit sagt“ sowie „dass Österreich – [...] ich muss das noch einmal betonen, um jedem böswilligen Missverständnis vorzubeugen – ein unabhängiger, freier, souveräner Staat sein muss und sein will, das steht auch für uns außerhalb jeden Zweifels“; Melter 1967: „Das hat etwa mit einer Einstellung, die gegen Österreich gerichtet sein könnte, gar nichts zu tun. Wir bekennen uns als deutsche Österreicher zu einem selbständigen demokratischen Österreich“ sowie Peter 1967 in einem Zwischenruf zu Ströers Feststellung, dass sich die FPÖ in ihrem Programm zur Deutschen Volksgemeinschaft bekenne: „Ja, aber der großdeutsche Gedanke gehört der Geschichte an, Herr Kollege! Das wollen wir auch expressis verbis festhalten!“

Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft gewissermaßen als Verräter verleumdet und zu Patrioten zweiter Klasse abgestempelt würden.<sup>51</sup> Nur der SPÖ-Abgeordnete Ströer ging 1967 auf diesen Vorwurf mit der Feststellung ein, dass die Befürwortung des Nationalfeiertages nicht automatisch Feindschaft gegenüber dem deutschen Volk oder das Verwerfen der gemeinsamen Geschichte bedeute, und er wies darauf hin, dass die Sozialisten gleich nach 1945 die Kollektivschuld aller Deutschen abgelehnt und sich auch für die Wiedereinführung der Bezeichnung „Deutsche Sprache“ statt „Unterrichtssprache“ eingesetzt hätten. Scrinzi und Peter beharrten jedoch darauf, dass es unter den Proponenten der österreichische Nation eine kleine Gruppe von Fanatikern, „echte Deutschenhasser“, gebe, welche jene Staatsbürger, die sich weiterhin zum Deutschtum bekannten, aus der „Staatsgemeinschaft“ ausschließen wollten.<sup>52</sup>

## 2.4 Verbotsgesetz und Verhetzung

Als die Verbotsgesetze von 1945 und 1947 vom Nationalrat beschlossen wurden, war noch keine freiheitliche Gruppe im Parlament vertreten. Aus der Debatte zur NS-Amnestie 1957 ging jedoch hervor, dass die Freiheitlichen das Verbotsgesetz ablehnten, weil es, unter Nichtanwendung des Rückwirkungsverbot, schon allein für die Mitgliedschaft bei der NSDAP eine Registrierpflicht sowie besonders schwere Strafen für die sogenannten „Illegalen“ vorsah.

Im Jahre 1992 erfolgte die einstimmig beschlossene **Verbotsgesetz-Novelle 1992**, welche den Strafraum senkte und die Leugnung, Verharmlosung, Guttheißung oder Rechtfertigung des „nationalsozialistischen Völkermordes oder anderer nationalsozialistischer Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ explizit in das Gesetz aufnahm und unter Strafe stellte.<sup>53</sup> Der Grund war, dass die zuständigen Laienrichter die bisherigen Strafen als derart überhöht betrachteten, dass sie das tatbildmäßige Verhalten an sich zu verneinen pflegten und daher viel zu wenige Verurteilungen erfolgten, während etwa die Holocaust-Leugnung überhaupt nicht strafbar gewesen ist.

Die Debatte des Gesetzes am 26. Feber 1992,<sup>54</sup> an sich eine Konsensmaterie, wurde zunehmend kontrovers, als Willi Fuhrmann (SPÖ) verlangte, dass die FPÖ sich klar von ihrem Bundesrat (und Chef des Freiheitlichen Bildungswerks) Andreas Mölzer, der sich mit seinen Äußerungen – die Debatte drehte sich immer wieder um den von Mölzer kürzlich verwendeten Begriff der „Umvolkung“ – am Rande der Wiederbetätigung bewege, distanzieren möge,<sup>55</sup> und Fuhrmann sowie Michael Graff (ÖVP) die Versuche der FPÖ, die Leugnung praktisch sämtlicher Massenmorde der Geschichte ebenfalls unter Strafe zu stellen, zurückwies, da dies ihrer Meinung nach Aufrechnung sowie die Relativierung des „einmaligen“ Ausmaßes der NS-Verbrechen bedeute, zumal Österreich hier zusätzlich eine besondere Verantwortung trage.<sup>56</sup>

**51** Scrinzi 1966: „Immer, wenn man hier in Österreich betont, dass man sich dem deutschen Volk, der deutschen Kultur und der deutschen Sprache zugehörig fühlt, wird man von Ihnen verdächtigt und denunziert“; „Aber wir werden uns dagegen wehren, dass wir von Ihnen verleumdet und verdächtigt werden, wenn wir uns hier in diesem Hause als zum deutschen Volk gehörig bezeichnen, und dass wir dann von Ihnen wieder in Patrioten zweiter oder dritter Klasse eingeteilt werden“; sowie 1967: Man solle „jene, welche sich in Übereinstimmung mit der Geschichte und, wenn Sie wollen, mit der Wissenschaft auch als österreichische Staatsbürger als Deutsche fühlen, nicht deklassiert, nicht zu schlechteren Österreichern“ machen.

**52** Scrinzi und Peter 1967.

**53** Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Verbotsgesetz geändert wird, BGBl. Nr. 148/1992, 19.03.1992.

**54** Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 59. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XVIII. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 26., und Donnerstag, 27.02.1992.

**55** Andere Mölzer vorgehaltene Zitate betreffen „antigermanischen Rassismus“, „tausendjährige Geschichte der Deutschen“, und „antideutsche Lebenslüge der Zweiten Republik“. Außerdem publiziere Mölzer in rechtsextremen Blättern und sei laut dem Journalisten Hans-Henning Scharsach (den Fuhrmann „über den Verdacht erhaben, ein Linksausleger zu sein“, nennt) eindeutig ein „Rechtsextremist“.

**56** Denn, so Graff, Pol Pot und Stalin hätten nicht in Österreich gewütet und Küssel wolle nicht die KPdSU oder die Roten Khmer wiedererrichten.

**Norbert Gugerbauer** (FPÖ) verwahrte sich gegen diese Vorwürfe wie folgt. Erstens stellte er klar, dass auch für die FPÖ sowohl die „Singularität“ der NS-Verbrechen als auch die österreichische Mitverantwortung wissenschaftlich erwiesen seien. Daher sei zwar die Gesetzesnovelle ein „wichtiger Schritt“, aber die Diskussion sollte damit nicht abgeschlossen sein. Man dürfe, zweitens, die „demokratische Rechte“ nicht mit Rechtsextremisten und Neonazis in einen Topf werfen:

„Es darf nicht angehen, dass all das, was unorthodox klingt, dass all das, was rechts der politischen Mitte angesiedelt ist, sofort als ‚extrem‘ eingestuft wird, denn damit hilft man erst jenen Extremen, damit wertet man die wirklich Rechtsextremen auf, und damit verschafft man ihnen einen Stellenwert, der ihnen tatsächlich nicht zukommt“. Hier sei vor allem das DÖW aktiv, welches laut Jahresbericht der Österreichischen Widerstandsbewegung über das Jahr 1991 selber kommunistisch unterwandert sei und Kontakte zu östlichen Geheimdiensten unterhalte.<sup>57</sup>

Drittens – und hier berief sich Gugerbauer auf das aus den anderen Debatten bereits bekannte Prinzip der Gleichbehandlung – sei es

„für die Opfer [...] doch völlig gleichgültig, aus welchen Gründen sie gemordet werden, aus welchen Gründen sie vergewaltigt werden, aus welchen Gründen sie erniedrigt werden. Es kann doch nicht der Maßstab sein, dass einer, der von einer nationalsozialistischen, faschistischen Politik her als Opfer zu bezeichnen ist, höherwertig ist als einer, der Opfer einer kommunistischen Gewaltdiktatur geworden ist“.

Warum sollte also die Verharmlosung kommunistischer Gewaltverbrechen etwa seitens Alfred Hrdlicka nicht ebenfalls unter entsprechende Strafandrohung gestellt werden? An dieser Stelle brachte Gugerbauer einen entsprechenden freiheitlichen Entschließungsantrag ein.<sup>58</sup> Anschließend, viertens, forderte Gugerbauer SPÖ und Grüne auf, sich ihrerseits klar vom linksextremen Lager zu distanzieren.<sup>59</sup>

Fünftens stellte Gugerbauer angesichts der zunehmenden Geschichtsleugnungen im Rahmen des sogenannten „Flugblattrevisionismus“ die Frage, ob die damit verbundene Frustration mit den derzeitigen Machthabern nicht auch auf die vielen Fälle von Amtsmissbrauch derselben zurückzuführen sei,<sup>60</sup> und ob hier nicht auch ein Versagen des in roten Händen befindlichen Unterrichtswesens in Form einer „zweifelhaften geschichtlichen Darstellung“ eine Rolle spiele, denn – Gugerbauer berief sich hier auf eine Beobachtung des Historikers Robert Knight im Zusammenhang mit dem Fall Waldheim – Österreicher würden nur eine „selektive Wahrnehmung ihrer Geschichte“ aufgrund einer „rot-schwarz parteipolitisch umklammerten Geschichtsschreibung“ haben. Als Beispiele nannte Gugerbauer, dass eine Broschüre von Karl Renner aus dem Herbst 1938, in welcher dieser den Anschluss des Sudetenlandes auf die „Tatkraft und die Beharrlichkeit der deutschen Reichsführung“ zurückführte, nach 1945 aus den Bibliotheken entfernt und aus der Bibliographie der Werke Renners gestrichen worden sei<sup>61</sup> bzw. auch die Sozialdemokratie zur Abkehr von der

**57** So würden etwa FPÖ-Politiker als „mit rechtsextremen Kreisen in Konflikt befindlich“ geschildert, weil sie in Kärntner Vereinigungen tätig seien, und mit „Kärntner Vereinigungen“ meine Gugerbauer „noch gar nicht den Kärntner Heimatdienst oder den Kärntner Abwehrkämpferbund, sondern etwa den in Wien angesiedelten Verein der Freunde Kärntens“.

**58** Im Wortlaut: „Der Nationalrat wolle beschließen: ‚Der Bundesminister für Justiz wird ersucht, dem Nationalrat im Zuge der bevorstehenden Novellierung des Strafgesetzbuches auch einen Gesetzentwurf zuzuleiten, der das Leugnen, gröblich Verharmlosen, Guttheißen oder Rechtfertigen von Völkermorden unter Strafe stellt‘.“

**59** So sei etwa Peter Pilz wegen Linksabweichung aus dem Verband Sozialistischer Studenten ausgeschlossen worden und zur Gruppe der Revolutionären Marxisten gewechselt, deren langjähriger Funktionär der Präsident der grünalternativen Parteiakademie, Ali Gronner, gewesen sei. Bei der SPÖ bekittelte Gugerbauer im jugendlichen Vorfeld „Volksfrontmodelle“ der Zusammenarbeit der Sozialistischen Jugend mit der KPÖ und den Grün-Alternativen.

**60** Gugerbauer nannte Ingrid Petrik (Präsidentin des Verwaltungsgerichtshofes), den Wiener Stadtrat Helmut Braun, sowie Ex-Finanzminister Hannes Androsch und Ex-Bundeskanzler Alfred Sinowatz.

**61** Diese Behauptung Gugerbauers wurde zunächst vom Präsidium dahingehend berichtigt, dass die fragliche Schrift Renners nicht „aus dem Verkehr gezogen“ worden sei, da er sie nie publiziert habe. Das Manuskript sei nach 1945 in den Besitz der KPÖ gekommen, die es erst 1990 veröffentlicht habe. Etwas später jedoch gelang Gugerbauer der

Demokratie in der ersten Republik beigetragen habe, etwa als sie sich im „Linzer Programm“ von 1926 zur „Diktatur des Proletariats“ bekannt hatte. Daher könne nur eine völlig offene Auseinandersetzung mit der Geschichte rechtsextremistischer Geschichtsleugnungen von Personen wie Honsik, Ochsenberger und Küssel entgegenwirken.

Johannes Voggenhuber (Grüne) kontierte Gugerbauers Rede damit, dass, obwohl klar sei, dass Österreich bei der Beseitigung des Nationalsozialismus säumig gewesen ist, die eigentliche Gefahr nicht von Neonazis drohe, sondern von der „Doppelstrategie“ der FPÖ, welche sich einerseits als demokratische Partei geriere und parallel dazu ein „neues, undurchsichtiges Lager der Zusammenarbeit zwischen Neonazis und der FPÖ“ knüpfe, und den Neonazis regelmäßig Signale sende, dass sich zwar die FPÖ aus „Staatsräson“ noch zurückhalten müsse, aber dass die gemeinsame Sache bei ihr gut aufgehoben sei. Die Relativierung der NS-Verbrechen „irgendwohin ins Dunkel der Geschichte“, welche die Verantwortung der Österreicher „vernebele“, sei so ein Signal. Dadurch verdränge der „rechtsextreme Rand“ der FPÖ „Liberale“ wie Gugerbauer, Schmidt und Frischenschlager, und mache Gugerbauer zum „politischen Sprecher des Rechtsextremismus in Österreich“. Es sei eine „Dreistigkeit“, den anderen Fraktionen vorzuwerfen, mit irgendwelchen „Völkermorden zu kokettieren“, und außerdem bestehe ein wesentlicher Unterschied zwischen Nationalsozialismus und Marxismus:

„Der Marxismus [...] legt eine in humanistischer Tradition stehende Theorie vor. [...] Dass seine Praxis in vielen Bereichen der Welt zu Verbrechen geführt hat ... [...] (*Abg. Dr. Ofner: 30 Millionen Ermordete allein in Europa!*) Ich habe dem nichts hinzuzufügen [...]. Aber einen wesentlichen Unterschied, abgesehen von der Singularität industrialisierter Massenmorde im Nationalsozialismus, gibt es. [...] Der Marxismus hat, soweit ich ihn kenne, nirgendwo derartige menschenverachtende, gemeine, infame grauenhafte und wahnwitzige Ideen zu seinem Programm gemacht

[...]. Der Faschismus hat seine Menschenverachtung auch noch zu seinem Denken gemacht. Er hat die Menschen in Verachtung und in mörderischen Verbrechen erzogen. [...] Die Theorie des Faschismus ist so verbrecherisch wie seine Taten, das kann man vom Marxismus nicht sagen“.

Dies sei eine Rechtfertigung, die sich der Kommunismus auch von einem Nichtmarxisten – Voggenhuber sei nie Kommunist gewesen oder habe jemals Sympathien für den Kommunismus gehegt – verdient habe. Zudem seien die Kommunisten in Österreich jene gewesen, die sich dem Nationalsozialismus am meisten widersetzt hätten.

Unabhängig von Voggenhubers persönlicher Abgrenzung zum Kommunismus stellt sich nach wie vor die Frage, warum es für die Opfer einen Unterschied machen soll, ob sie aufgrund der praktischen Umsetzung einer „in humanistischer Tradition stehenden Theorie“ – die angesichts dessen aber völlig unzulänglich gewesen sein dürfte – gemordet wurden oder im Namen einer, die sich von Anfang an dazu bekennt, dass Kampf, Gewalt und Tod integrale Bestandteile ihre Weltanschauung sind.

Abgeordnete Ingrid Korosec (ÖVP) äußerte sich ebenfalls zu den Vorwürfen gegenüber Mölzer und kritisierte vor allem, dass Parteiobmann Haider sich nur von dem Wort „Umvolkung“, aber nicht von dessen Inhalt distanziert habe. Da sie außerdem wisse, dass viele Freiheitliche überzeugte Liberale seien, verstehe sie nicht, warum diesen eine Distanzierung so schwerfalle. Des weiteren seien ihr bei der Bekämpfung von Geschichtslügen Zivilcourage grundsätzlich lieber als eine mit der Verschärfung von Strafen für Meinungsäußerungen einhergehende Vernaderungsmentalität.

Der zweite freiheitliche Redner, **Friedhelm Frischenschlager**, hegte den Verdacht, dass die Schärfe von Voggenhubers Ausführungen in erster Linie gerade dadurch bedingt sei, dass die FPÖ der Verbotsgesetznovelle zustimmen werde, weil dies seiner Argumentationslinie widerspreche, nämlich dem „wunderbare[n] Einteilen der politischen Landschaft Österreichs in die braven, anständigen

österreichischen Demokraten und eben diese Braunen, dieses letzte Drittel, Viertel, Fünftel oder Sechstel, das eben freiheitlich ist und das eigentlich gar keine Daseinsberechtigung hat, weil es ja doch von ganz anderen Sachen träumt, als es politisch vorgibt“.

Er, Frischenschlager, verwahre sich gegen diese Form der Denunziation, und „derjenige, der am lautesten ‚Antifaschismus‘ schreit, ist deshalb allein noch nicht der beste Demokrat“. Alle im Nationalrat vertretenen Fraktionen teilten die Ablehnung des Nationalsozialismus und seiner „ideologiebedingten“ mörderischen Taten, und seien daher aufgefordert, sich klar von totalitären Regimen abzugrenzen, vor allem vom Nationalsozialismus, denn

„Österreich hat eine Geschichte, und das Dritte Reich ist mit ein Teil dieser österreichischen Geschichte. Es waren die Österreicher, die das zum Teil auch mitgetragen haben, ein anderer Teil ist im Widerstand gestanden [...]. Aber es ist Teil unserer Geschichte. Wir alle haben an dieser Geschichte noch zu arbeiten und wir als Partei des dritten Lagers ganz besonders. Das sage ich auch, und das tun wir auch! Aber heute so zu tun, als stünden wir wieder im Jahr 1932 und es müßte jetzt geschaut werden, dass aus dieser FPÖ nicht eine nationalsozialistische Partei wird, ist ein Herbeireden von Fakten, die nicht gegeben sind“.

Trotz Annemarie Reitsamers (SPÖ) Aufforderung, dass man heute nicht über den Kommunismus zu reden habe, weil nur die Novelle zum Verbotsgesetz auf der Tagesordnung stehe, stellte auch **Holger Bauer** (FPÖ), nachdem er – ähnlich wie Korosec – eine Verschärfung des Gesetzes für prinzipiell akzeptabel, aber für einen Liberalen ebenso grundsätzlich problematisch halte, die Frage in den Raum, warum Opfer des Nationalsozialismus höher zu bewerten seien als die des Kommunismus.<sup>62</sup>

Anschließend warf auch Bauer den Grünen vor, dass viele ihrer Funktionäre aus dem marxistischen Dunstkreis kämen, sowie der SPÖ, dass diese selbst einige hochrangige ehemalige Natio-

nalsozialisten mit Ämtern auf Bundes- und Landesebene – wie Leopold Wagner, der sich „mehrfach und über Jahre hinweg öffentlich rühmen [konnte], ein hochrangiger Hitlerjunge“ gewesen zu sein – bedacht habe, welche in der Dokumentation des Österreichischen Widerstandes allerdings nicht vorkämen: „Natürlich nicht. Das sind ja Ihre geistigen Gesinnungsgenossen, die dort beheimatet sind.“

Der grüne Gegenredner, Severin Renoldner, gestand den „Äußerungen aus der rechtsextremen Ecke“ zu, dass diese trotz aller Irrtümer und rechtlicher Bedenklichkeit ja oft auch Wahrheiten enthielten, wie z.B. wenn sie bestimmte Renner-Zitate anführten, auf den christlichsozialen Antisemitismus hinwiesen oder darauf, dass sich nicht nur Deutschfreiheitliche an den NS-Verbrechen schuldig gemacht hätten. Was jedoch vollkommen fehle, sei die Bereitschaft, auch einmal entschlossen vor der eigenen Türe zu kehren, und das österreichische Ansehen im Ausland sei derzeit ja gerade wegen der Verharmlosung „neonationalsozialistischer Sätze“ vor allem durch die FPÖ beschädigt.

Nachdem auch die Abgeordnete Waltraud Schütz von der SPÖ noch einmal den Unterschied zwischen den Opfern damit zu erklären versuchte, dass die „staatliche Tötungsmaschinerie“ des Nationalsozialismus im Gegensatz zur kommunistischen Ideologie auf einer „rassistischen Ideologie“ beruht habe und sich darüber mokierte, dass Haiders einzige Beanstandung an Mölzers „Umvolkungs“-Äußerung die Verwendung eines „unschönen Begriffes“ gewesen sei, was eine „Verniedlichung nationalsozialistischer Begriffe“ darstelle, betonte der letzte Redner der FPÖ, **Thomas Barmüller**, dass es ab 1952 auch einen linken Antisemitismus in der DDR gegeben habe, der sich in Überwachung, Entfernung aus dem Staatsdienst und dem Verbot kultureller Veranstaltungen geäußert habe.<sup>63</sup>

Anschließend ging SPÖ-Abgeordneter Rupert Gmoser noch einmal auf Gugerbauers Vorwurf ein, dass die SPÖ sich im Linzer Programm

Nachweis, dass die Broschüre „Die Gründung der Republik Deutsch-Österreich, der Anschluss und die Sudetendeutschen. Dokumente eines Kampfes ums Recht“ tatsächlich 1938 in Wien vom Österreichischen Wirtschaftsverlag gedruckt worden und die Entfernung aus den Bibliotheken im Jahr 1945 hinreichend dokumentiert sei (u.a. in der Zeitschrift „Neues Forum“, Jahrgang 1977, Ausgabe Oktober). Auch in der von Hans Schroth 1970 herausgegebenen Renner-Bibliographie fehle die Schrift.

<sup>62</sup> Laut Graff und Voggenhuber, weil Österreicher teilweise unter den Tätern waren bzw. (Voggenhuber) weil die Ideologie des Nationalsozialismus im Gegensatz zu jener des Kommunismus inhärent böse gewesen sei.

<sup>63</sup> Entsprechend hätten nach der Wende im März 1990 alle Volkskammerfraktionen in einer gemeinsamen Erklärung „um Verzeihung für die Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande“ gebeten.

von 1926 für die Einrichtung der „Diktatur des Proletariats“ ausgesprochen habe. Zwar stimmte Gmoser zu, dass das Klima der politischen Auseinandersetzung in der Ersten Republik vergiftet worden sei, da alle Parteien ihre Programme als „Heilswahrheit“ verstanden und anstelle des demokratischen Gesprächs die „Eskalation der Gegensätze“ betrieben hätten. Allerdings dürfe dieser Umstand nie im Zusammenhang mit den Verbrechen des Nationalsozialismus gebracht werden und die Sozialdemokratie habe sich „mit all ihren Fasern ununterbrochen zur Demokratie bekannt“, sodass die Frage nach dem Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Linksextremismus absurd sei. In diesem Sinne sei die „Diktatur des Proletariats“ bloß als Verteidigungsmaßnahme für den Fall, dass Kräfte wie der „Austrofaschismus“ mit Waffengewalt die Demokratie zerstören oder die Macht übernehmen wollten, gedacht gewesen, doch diese versuchte Richtigstellung wird von Gugerbauer durch folgendes Zitat aus dem Linzer Programm von 1926 eindeutig widerlegt: „Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen“.

Die im Justizausschuss vorbereitete Vorlage für die Verbotsgesetznovelle beinhaltete ursprünglich auch einen Vorschlag auf Änderung des sogenannten „Verhetzungsparagraphen“ § 283 des Strafgesetzbuches (StGB) – letztmalig geändert in der Reform des StGB von 1974, als sich die Debatten in erster Linie um die Fristenlösung gedreht hatten – , der jedoch zugunsten einer ausschließlichen Novellierung des Verbotsgesetzes verworfen wurde.

Eine Verschärfung des §283 wurde jedoch in einer Sitzung am 19. und 20. Oktober 2011, gegen die Stimmen der FPÖ, im Rahmen einer Änderung des Strafgesetzbuches zur Verhinderung von Terrorismus beschlossen.<sup>64</sup> Aus der Debatte selbst gehen die konkreten Einwände der FPÖ gegen die

Gesetzesänderung – mit Ausnahme von einigen Zwischenrufen, die sich gegen eine zu großzügige Definition des Begriffes „Verhetzung“ richteten – nicht besonders deutlich hervor.<sup>65</sup> Zwar erwähnte **Peter Fichtenbauer** (FPÖ), dass die ursprüngliche Fassung „zu Recht“ zu „entrüsteten Reaktionen“ aus der Zivilgesellschaft, vor allem bei Journalisten, über befürchtete „massivste Einschränkungen“ [der Meinungsfreiheit] geführt habe, und dass die FPÖ trotz der Verbesserungen der neuen Vorlage noch ein „hauchfeines Element“ von der Zustimmung abhalte (sie hätte es bevorzugt, wenn man den zweiten Absatz ebenfalls aufgegeben hätte), weshalb sie in zweiter Lesung zustimmen, aber in dritter Lesung nicht mitstimmen werde.

Mehr Licht auf die Ablehnungsgründe des Gesetzes seitens der Freiheitlichen wirft Parlamentskorrespondenz Nr. 891 vom 5. Oktober 2011 über die Vorbereitung des Gesetzes durch den Justizausschuss,<sup>66</sup> wonach die Freiheitlichen die Ausweitung des Verhetzungsparagraphen unter Verwendung „unklarer Begrifflichkeiten“ ablehnten, da dies, so Peter Fichtenbauer in Anlehnung an einen Zeitungskommentar von Andreas Unterberger, letztlich das „Ende der Meinungsfreiheit“ bedeute, denn dieses Gesetz mache es zukünftig unmöglich, „sich über Missstände, die ihren Ursprung in einer durch das Gesetz definierten Gruppe haben, verächtlich zu machen“, was einer Demokratie unwürdig sei. Zudem habe man „juristisch betrachtet“ mit zu vielen „Gummiausdrücken“ zu tun, die gegen das Bestimmtheitsgebot im Strafrecht verstoßen würden. Im gleichen Sinne meinte **Harald Stefan** (FPÖ), dass das Schlagwort der Terrorismusbekämpfung allzu gern als Vorwand für Eingriffe in die Privatsphäre der Bürger missbraucht werde, während **Walter Rosenkranz** (FPÖ) fürchtete, dass man bald nur noch am Rednerpult im Parlament seine Meinung frei äußern könne, ohne Anzeigen wegen Verhetzung befürchten zu müssen.

<sup>64</sup> Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch zur Verhinderung von Terrorismus sowie das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung 1975 zur Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes der Umwelt geändert werden, BGBl. Nr. 103/2011, 21.11.2011.

<sup>65</sup> Stenographisches Protokoll, 124. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXIV. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 19., und Donnerstag, 20. Oktober 2011.

<sup>66</sup> [https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2011/PK0891/](https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0891/).

## 2.5 Opferfürsorge

Eine lange Reihe von Gesetzen, welche die Fürsorge für die Opfer des Nationalsozialismus regeln, wurden von Anbeginn der Zweiten Republik bis in den Beginn des 21. Jahrhunderts hinein im Nationalrat behandelt.<sup>67</sup> Der Unterschied zur Restitutionsgesetzgebung besteht im Wesentlichen darin, dass hier kein materieller Besitz (oder Teile davon) zurückerstattet wird, sondern finanzielle Zuwendungen auf Basis des Opferstatuts zuerkannt werden. Im Folgenden kann aufgrund der Vielzahl der Gesetze nur eine Auswahl berücksichtigt werden. Das erste Gesetz, zu dem sich auch freiheitliche Abgeordnete (damals noch im VdU) äußerten, war das am 18. Jänner 1956 behandelte Hilfsfondsgesetz, das 550 Millionen Schilling für jüdische Emigranten bereitstellte.<sup>68</sup> Der Redner des VdU, Wilfried Gredler, formulierte in der Ablehnung des Gesetzes für seine Fraktion einige Grundsätze, die wir bereits aus früheren Debatten kennen bzw. auch für die Stellungnahmen von freiheitlichen Abgeordneten zu späteren Gesetzen kennzeichnend sein werden.<sup>69</sup>

Zunächst sprach sich Gredler gegen die fortwährende Klärung von Teilbereichen und stattdessen für das Anstreben einer Gesamtlösung aus. Daraus folge, zweitens, eine breitere Definition des Opferbegriffes, d.h. beispielsweise die Inkludierung von Kriegsopfern (Versehrte, Witwen und Waisen) und Auslandsösterreichern. Diesem wiederum entspreche, drittens, das Prinzip der Rechtsgleichheit. So sei es im Sinne der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz und internationaler Menschenrechtskonventionen untragbar, dass sämtliche Wiedergutmachungsgesetze seit 1945 eine Ausnahme für sogenannte „illegale“ Nationalsozialisten vor 1938 oder für nach 1945 erlittenes Unrecht von Nationalsozialisten gemacht hätten. Hier muss betont werden, dass es dabei nicht um eine pauschale

Unschuldserklärung für Nationalsozialisten handelt, sondern darum, dass sich jemand außer einer NSDAP-Mitgliedschaft nichts zu Schulden kommen lassen. Es gehe daher, viertens, bei den Fragen von Rechtsgleichheit und Gleichbehandlung (aller Opfer) auch um *keine* Aufrechnung, sprich: „das Leid der einen gegen das Leid der anderen aufzuwiegen“. Der Vorwurf des Aufrechnens war und wird aber immer ein Standardargument der Gegner der Freiheitlichen in den einschlägigen Nationalratsdebatten sein.

Gredlers letztes Argument, nämlich dass durch die Bevorzugung von bestimmten Opfergruppen „eine gewisse negative Stimmung, die wir alle gemeinsam nicht sehen wollen“, entstehen könne, kann man für subtilen Antisemitismus oder zumindest Verständnis für das Aufkommen antisemitischer Reaktion halten. Andererseits sprach Gredler sich auch für die Berücksichtigung der Sinti und Roma nebst anderen unter den Opfern im Sinne der Gleichbehandlung aus, was vom politischen Gegner natürlich nur als Vorwand gesehen wird, damit der VdU dem Gesetz nicht zustimmen muss.

Eine offen antisemitisch begründete Ablehnung erfuhr der Gesetzesvorschlag durch den ehemaligen VdU-Abgeordneten Fritz Stüber, der jedoch bereits 1953 aus der Partei ausgeschlossen worden war.<sup>70</sup> Außerdem muss festgestellt werden, dass antisemitisches Gedankengut nicht auf freiheitliche Abgeordnete beschränkt war, wie die folgende Debatte zeigt.

Fünf Jahre später, am 22. März 1961, debattierte der Nationalrat die **12. Opferfürsorgegesetz-Novelle**.<sup>71</sup> Die FPÖ-Abgeordneten verließen vor der Abstimmung den Saal, um einer einstimmigen Annahme des Gesetzes – welches ihrer Meinung nach auf einem zu eng gefassten Opferbegriff beruhe – nicht im Wege zu stehen.

<sup>67</sup> Das erste Opfer-Fürsorgegesetz war das „Gesetz vom 17. Juli 1945 über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich“, StGBI 90/1945, 27.07.1945.

<sup>68</sup> Bundesgesetz vom 18. Jänner 1956, womit Bundesmittel zur Hilfeleistung an politisch Verfolgte, die ihren Wohnsitz und ständigen Aufenthalt im Ausland haben, zur Verfügung gestellt werden, BGBl. Nr. 25/1956, 16.02.1956.

<sup>69</sup> Stenographisches Protokoll, 92. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, VII. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 18. Jänner 1956.

<sup>70</sup> Stüber leugnete den Massenmord an den Juden nicht („Die Massenvernichtung wehrloser Menschen in den Konzentrationslagern ist abscheulich. Kein anständiger Mensch wird sich dazu hergeben, sie nachträglich zu verniedlichen oder zu beschönigen.“), zog aber sämtliche Register klassischer antijüdischer Stereotypen.

<sup>71</sup> Bundesgesetz vom 22. März 1961, mit dem das Opferfürsorgegesetz, BGBl. Nr. 183/ 1947, abgeändert und ergänzt

In der Debatte sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Otto Probst aber auch von Widerständen gegenüber der Wiedergutmachungsgesetzgebung durch Teile der ÖVP. Der Grund, so Probst, sei wohl, dass viele innerhalb der ÖVP noch dem Gedankengut der Zeit von 1934 bis 1945 verhaftet seien. Zum Beleg erwähnte Probst den ÖVP-Landtagskandidaten [Heribert] Pölzl, der laut einer steirischen Zeitung bei einer Wahlveranstaltung am 5. März in Gleisdorf, an der auch Nationalratspräsident Figl teilgenommen hatte, gesagt habe: „Durch den Wechsel im Außenministerium ist jetzt ein Mann Außenminister, der nicht die österreichischen Interessen vertritt, sondern die sozialistischen, was begreiflich ist, da er auch nicht unserer Rasse angehört“ und „Ich glaube kaum, dass ich [...], wenn ich nach Israel auswandere, in zehn Jahren dort Außenminister bin“. Dies sei nur ein Beispiel von vielen. Auch die FPÖ habe sich vor Kreisky schon von antisemitischen Äußerungen distanzieren müssen.

Als Beispiel für über den „jüdischen Rassenhass“ hinausgehende „Rassedünkel“ zitierte Probst aus dem Grazer ÖVP-Blatt „Südost-Tagespost“:

„Muss es denn nicht, um nur ein Beispiel zu nennen, jeden Europäer, zu denen sich schließlich auch die Österreicher zählen dürfen, innerlich zutiefst empören, wenn die Sozialisten und ihre Presse grundsätzlich für jeden schwarzen Verbrecher vom Schlage eines Lumumba ebenso leidenschaftlich eintreten, wie sie jede Ordnungsmacht ihrer eigenen Rasse herabsetzen und aufs ärgste beschimpfen?“

Laut Probst sei somit bewiesen, dass in ÖVP-Kreisen „die Rassenhetzer gegen Neger und Juden zahlreicher sind, als wir ahnen“, während die Sozialisten sowohl in der „Neger-“ als auch in der „Judenfrage“ einen zivilisierten und humanistischen Standpunkt vertreten würden.

Wilfried Gredler betonte in seiner Wortmeldung zur Opferfürsorgegesetz-Novelle (diesmal bereits für die FPÖ) zunächst, dass die Freiheitlichen immer vollstes Verständnis für das Bestreben gehabt hätten, politisch Verfolgten größtmögliche Wiedergutmachung zukommen zu lassen. Dabei wies er jedoch im Sinne des Gleichbehandlungs-

gedankens auch explizit darauf hin, dass dies für politisch Verfolgte „aus jeder Ära“ gelten müsse bzw. dass die politisch Verfolgten bisher immer bevorzugt behandelt worden seien. Daher plädierte er – ähnlich wie schon 1956 – für die abschließende Bereinigung sämtlicher Wiedergutmachungsfragen in einem „Kriegsfolgenschlussgesetz“, welches alle „offenen Fragen aus der Zeit des Krieges, des Nachkriegsgeschehens, der Zwischenkriegszeit in Zusammenhang“ bringen solle. Diese „leidigen Probleme“ würden nur das Budget belasten, die Atmosphäre im Parlament vergiften und zu immer neuen Forderungen aus dem Ausland animieren.

Besonders am Herzen lagen ihm die Kriegsverletzten, Kriegerwaisen und -witwen, welche „in Österreich am schlechtesten im ganzen freien Europa behandelt“ worden seien. In diesem Zusammenhang berief sich Gredler auf die Aussage des Bundesministers für Landesverteidigung, Ferdinand Graf, „dass mit dem Gedächtnis an die Opfer des Krieges in keiner Weise der Krieg selbst verherrlicht werden darf“, da manche Medien den Freiheitlichen gelegentlich unsinnigerweise vorwerfen würden, den „Hitler-Krieg“ zu glorifizieren.

Auch in seiner Erinnerung an das Schicksal der deutschen Vertriebenen unterstrich Gredler abermals eindringlich den freiheitlichen Standpunkt, dass Unrecht nicht durch Unrecht ausgeglichen werden könne: So distanzierten die Freiheitlichen sich klar von den vor 1945 begangenen Verbrechen,

„aber wir sind der Meinung, dass deswegen, weil es vorher geschah, das Nachher nicht zu entlasten ist. Wir entlasten auch das Vorher nicht wegen des Nachher, das sei festgestellt. Unserer Auffassung nach ist Unrecht immer Unrecht, wann immer und wo immer es begangen wurde. Unrecht war auch die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus ihren Wohnsitzen, die Ermordung von 3 Millionen Deutschen und hunderttausenden Sudetendeutschen und Deutschen in Jugoslawien, wo viele Menschen bestialisch umgebracht wurden. [...] Und Unrecht kann man nicht dadurch beseitigen, dass man wieder Unrecht setzt. Wir müssen jedem Unrecht das Recht entgegensetzen, jeder Unmenschlichkeit die Menschlichkeit“.

wird, BGBl. Nr. 101/1961, 21.04.1961. Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 63. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, IX. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 22. März 1961.

Am 23. März 1988 diskutierte der Nationalrat das sogenannte **Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz**.<sup>72</sup> Das Abstimmungsverhalten der FPÖ-Abgeordneten bei der mehrheitlichen Annahme des Gesetzes geht aus dem Stenographischen Protokoll nicht eindeutig hervor, aber es dürfte trotz der freiheitlichen Änderungswünsche grundsätzlich deren Zustimmung gefunden haben.<sup>73</sup>

Laut dem damaligem FPÖ-Bundesparteiobermann **Jörg Haider** gehe es bei dem Gesetz nicht so sehr um die „materiellen Überlegungen einer wie immer gestalteten Ehrengabe“, sondern um die „menschlich-moralische Dimension“, vor allem weil man nach 50 Jahren der Vergangenheitsbewältigung auch Schlussfolgerungen für die Zukunft ziehen müsse, die im Sinne eines „neuen Patriotismus“ zu einer Versöhnung über alle Gräben hinweg führen sollten. Laut Haider bestünden auch noch Klüfte unter den Angehörigen der Kriegsgeneration, welche die jüngeren Generationen nicht mehr nachvollziehen könnten:

„Auf welcher Seite immer jemand in der Zeit zwischen 1938 und 1945 gestanden ist oder besser zwischen 1934 und 1945, um die Dimension richtig zu begreifen, es müsste doch im Geiste des gegenseitigen Respekts eine endgültige und dauerhafte Zusammenführung möglich sein. [...] Nach 50 Jahren sollten wir jedenfalls so weit sein, dass wir die immer wieder versuchte Trennung in Gute und Böse, in Patrioten und Republikfeinde, in Opfer und Täter endgültig aufgeben. Entscheidend ist der Respekt vor dem Einzelschicksal, entscheidend ist der einzelne, sein Opfer, seine Leistung und sein Beitrag für das Wiederentstehen unserer Republik nach 1945“.

Für Haider machten die jüdischen Mitbürger eindeutig den „inneren Kern“ der Opfer aus, aber er plädierte – wie schon Gredler 1957 und 1961 – dafür, dass der Opferbegriff auch Altösterreicher, die ihre Heimat verloren hätten, Kriegsteilnehmer „im eigentlichen Sinn“, Witwen und Waisen von Gefallenen sowie die nach 1945 Verschlepp-

ten und deren Hinterbliebene inkludieren solle. Wenn man den sogenannten „Kämpfern um die Nordgrenze“ Respekt zolle, also Österreichern, die 1945 in jugoslawischen Partisanenverbänden für den Anschluss von Teilen der Republik Österreich an Jugoslawien gekämpft hatten, dann dürfe dieser auch den 1945 bis 1947 von Partisanen Verschleppten und deren Hinterbliebenen nicht versagen werden. Die FPÖ beantragte daher die Einbeziehung von Kriegsbeschädigten, Kriegswitwen und -waisen sowie der Hinterbliebenen der Verschleppten in das neue Gesetz.

Anschließend betonte auch der Kärntner FPÖ-Abgeordnete **Alois Huber** seine Irritation darüber, dass das neue Gesetz zwar die „Kämpfer für die Nordgrenze Sloweniens“, doch nicht die Hinterbliebenen der 300 Verschleppten oder die noch lebenden Kärntner Abwehrkämpfer, „denen wir es zu verdanken haben, dass die Karawanken weiterhin Österreichs Südgrenze bilden“, berücksichtige.

Unter den nachfolgenden Rednern zog es der grüne Abgeordnete Pils vor, nicht direkt auf die Wortbeiträge der FPÖ-Abgeordneten einzugehen, sondern sich erst einmal auf einen Teil der ÖVP einzuschließen, welcher

„in der Auseinandersetzung um Kurt Waldheim zu alten ideologischen Wurzeln nicht nur der ÖVP zurückgekehrt [ist]: zum klassischen klerikalen Antisemitismus. Die ‚ehrseligen Gesellen‘, die ‚bestimmten Kreise‘, die Aussagen eines Michael Graff, eines Hödl, eines Gruber, das war genau das, was diese ÖVP nach 1945 vergessen machen wollte, wo gesagt worden ist, das werde nicht wieder vorkommen, dieser Antisemitismus sei für uns ein abgeschlossenes und bewältigtes Kapitel. Heute sitzen wieder die Graffs, sitzen wieder die Hödls, sitzen wieder die Grubers unter uns und verbreiten genau diesen Geruch des alten, miefigen Antisemitismus“.

Danach ging Pils jedoch zum Pauschalangriff auf die FPÖ über:

**72** Bundesgesetz vom 23. März 1988, mit dem aus Anlass des 50. Jahrestages der Okkupation Österreichs einmalige Ehrengaben und Zuwendungen für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung geleistet werden und das Bundesfinanzgesetz 1988 sowie das Opferfürsorgegesetz [1947] geändert werden, BGBl. Nr. 197/1988, 21.04.1988. Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 56. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XVII. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 23. März 1988.

**73** Alois Huber und Jörg Haider kündigen in ihren Redebeiträgen direkt bzw. indirekt an, dass sie in jedem Fall für das Gesetz stimmen werden.

„Was soll das, wenn ein Parteiobmann hier über die Opfer des Faschismus spricht und sich kurz vorher hinter den Kulissen mit dem wichtigsten Drahtzieher des Neofaschismus [gemeint ist Norbert Burger] in Österreich zu einer kleinen politischen Plauderei getroffen hat?“

Nachdem es sich bei dem (unbekannten) Inhalt dieses Gesprächs um keinen freiheitlichen Redebeitrag im Nationalrat handelt, kann hier nicht näher darauf eingegangen werden.

Ein weiterer Redner der Grünen, Karl Smolle, verlas die Namen und NSDAP-Parteimitgliedsnummern von 22 verschleppten Kärntnern. Unter diesen befanden sich laut Smolle etliche illegale NSDAP-Mitglieder, Beamte der Gestapo oder solche, die für die Aussiedelung, Internierung oder Zwangsrekrutierung von Kärntner Slowenen verantwortlich gewesen seien. Zwar könnten freilich nicht alle von Smolle aufgezählten oder im Vorschlag von Haider und Genossen umfassten Personen „als Naziverbrecher bezeichnet werden“, aber dies zeige, wie Täter und Opfer miteinander vermischt werden, sodass der Unkundige am Ende meinen könnte: „Eigentlich sind wir ja alle Opfer“.

Daraufhin beschuldigte Friedhelm Frischenschlager (FPÖ) Smolle, dass dessen Argumentation die Interpretation zulasse, dass allein das formale Kriterium, Menschen mit einer Mitgliedsnummer versehen zu können, ausreichend sei, um diesen Menschen die Opfereigenschaft abzuspochen, weshalb man „sie ruhig verschleppen und ermorden“ könne. Smolle wies dies als „demagogische“ Fehlinterpretation zurück, was Haider nicht daran hinderte, ihm per Zwischenruf erneut vorzuwerfen, dass er „sehr locker“ mit Menschenleben umgehe.

Mit der Einrichtung des mit Zweidrittelmehrheit beschlossenen **Nationalfonds** für die Opfer des Nationalsozialismus am 1. Juni 1995 wurde ein weiterer Meilenstein in der Opferfürsorgegesetzgebung gesetzt.<sup>74</sup>

Ähnlich wie beim vorhergehenden Gesetz machte auch hier FPÖ-Vorsitzender Jörg Haider klar, dass die Freiheitlichen selbst bei der Ablehnung ihres Erweiterungsantrages dem Gesetz zustimmen würden.

**Harald Ofner** (FPÖ) nutzte dann seine Redezeit, um erneut den freiheitlichen Standpunkt in all seinen Facetten ausführlich darzulegen:

„Das verbrecherische Regime des Nationalsozialismus [...] hat Opfer sonder Zahl gefordert, Millionen direkte Opfer: Ermordete, Verschleppte, Vertriebene; dazu haben vor allem unsere jüdischen Mitbürger in Österreich gezählt. Aber es gab weit über die Grenzen der Republik hinaus auch Millionen indirekte Opfer: Ermordete, Verschleppte, Vertriebene; darunter vor allem Altösterreicher aus dem Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie. Hinsichtlich der Angehörigen keiner dieser Gruppen [...] hat man persönliche Schuld der einzelnen Betroffenen auch nur behauptet. [...] Insgesamt sind in den Jahren von 1944 bis 1948 aus dem östlichen Mitteleuropa, aus Osteuropa, aus Südosteuropa als mittelbare Folge des Nationalsozialismus [...] über 15 Millionen Menschen vertrieben und bei dieser Gelegenheit mehr als zwei Millionen von ihnen ermordet worden. Es sind auch diese Menschen, diese Opfer Opfer des Nationalsozialismus [...], weil [...] Massenmorde, Massenverreibungen, Massenentrechtungen [...] ohne die vorhergehenden Untaten des Nationalsozialismus niemals hätten stattfinden können. Unter diesen Aspekten erscheint es nur logisch, konsequent, vor allem aber gerecht, [...] dass alle Opfer entsprechend bedacht werden, die direkten und auch die indirekten Opfer [...], weil es für die Betroffenen keinen Unterschied macht, ob sie ein paar Jahre früher oder ein paar Jahre später zu Tode gekommen sind [...]“.

Anschließend stellte Ofner für die FPÖ den Antrag, die Altösterreicher aus dem Gebiet des ehemaligen Österreich-Ungarn, die – unabhängig von ihrer Sprache – unter dem Nationalsozialismus oder seinen Folgen gelitten haben, wenn sie am 27. April 1995 ihren Wohnsitz in Österreich gehabt haben oder österreichische Staatsbürger gewesen sind, ebenso wie die zwangsausgesiedelten Südtiroler und Kanaltaler sowie die kleine Gruppe der zur Schaffung des Truppenübungsplatzes Döllersheim Zwangsausgesiedelten, in das neue Gesetz miteinzubeziehen.

<sup>74</sup> Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, BGBl. Nr. 432/1995, 30.06.1995. Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 40. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XIX. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 1., und Freitag, 2. Juni 1995.

Peter Kostelka (SPÖ) sprach sich gegen den FPÖ-Antrag aus, da dieser sich besonders der Deutschösterreicher – die allermeisten Vertriebenen aus ihrer ursprünglichen Heimat innerhalb der alten Monarchie nach 1945 waren ja Deutsche – annehme. Im Ausschuss wäre dies so weit gegangen, dass die FPÖ praktisch die Einrichtung eines Nationalfonds für das deutsche Volkstum gefordert habe. Für ihn, Kostelka, seien jedoch alle Opfer des Faschismus gleich beklagenswert, unabhängig von Sprache oder Wohnort, denn „Opfer ist Opfer!“ Mit dieser letzte Formulierung machte sich Kostelka exakt das Argument zu eigen, dass ansonsten von der FPÖ benutzt wurde, um die Bevorzugung bestimmter Gruppen aufzuzeigen, allerdings um es diesmal gegen die angebliche Bevorzugung der deutschen Opfer durch die FPÖ zu verwenden, obwohl die FPÖ ja die Inkludierung, sprich: Gleichbehandlung, und nicht bevorzugte Behandlung der Altösterreicher, angestrebt hatte.

Jörg Haider (FPÖ) bekräftigte in seinem Beitrag dann noch einmal den Einschluss der Altösterreicher „im weitesten Sinne“, worunter er neben Volksdeutschen auf dem Gebiet der alten Monarchie (außerhalb der Republik) auch die vertriebenen jüdische Mitbürger rechnete, um dann auch noch die Soldaten miteinzubeziehen. Darüber hinaus verteidigte er die Bezeichnung „Helden“:

„Denn, meine Damen und Herren, so wie es für uns selbstverständlich ist, dass der gefallene sowjetische Soldat in Österreich auf einem Heldenfriedhof mit allen Ehren bestattet werden kann und bleibt, so selbstverständlich muss es sein, dass es auch der Kriegsgeneration und den Gefallenen als ihr wohlverdienenes Recht zugestanden wird, in unserer Betrachtung als Helden anerkannt zu werden für all das, was sie miterleben mussten“.

Diese letzte Passage brachte Haider den Zwischenruf von Johannes Voggenhuber (Grüne) ein, dass der sowjetische Soldat sein Land verteidigt und nicht fremde Länder überfallen habe.

Wenig überraschend griff der dritte freiheitliche Redner, **Sigisbert Dolinschek**, in seiner Replik sowohl Kostelkas „Opfer ist Opfer“-Fest-

stellung als auch Voggenhubers Implikation, dass alle deutschen Soldaten Täter gewesen seien, auf:

„Glauben Sie, [...] dass die Leute freiwillig ihren Kopf hingehalten haben? Viele haben ihr Leben verloren, ihre Beine, ihre Hände, ihr ganzer Körper wurde verstümmelt, sie haben Schäden erlitten. Viele Familien haben ihre Vater, ihre Brüder verloren, viele Mütter haben ihre Söhne verloren. Viele wurden zu Krüppeln, obwohl sie das alles gar nicht wollten, sondern zwangsverpflichtet waren. Glauben Sie wirklich, dass diese Personen keine Opfer waren?“

Im Jahre 2000 richtete die ÖVP-FPÖ-Koalitionsregierung mit den Stimmen aller Nationalratsfraktionen den sogenannten Versöhnungsfonds zur Entschädigung von ausländischen Zwangsarbeitern auf österreichischem Boden während des Dritten Reiches ein.<sup>75</sup> Folgerichtig rief bei der Beschlussfassung des **Versöhnungsfonds-Gesetzes** am 7. Juli 2000 der erste freiheitliche Sprecher, **Herbert Haupt**, die in der Präambel zur Regierungserklärung festgehaltene Intention der österreichischen Bundesregierung, hinsichtlich der offenen Restitutions- und Opferfürsorgefragen Akzente in dieser Legislaturperiode zu setzen, in Erinnerung:

„Österreich stellt sich seiner Verantwortung aus der verhängnisvollen Geschichte des 20. Jahrhunderts und den ungeheuerlichen Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes: Unser Land nimmt die hellen und die dunklen Seiten seiner Vergangenheit und die Taten aller Österreicher, gute wie böse, als seine Verantwortung an. Nationalismus, Diktatur und Intoleranz brachten Krieg, Fremdenhass, Unfreiheit, Rassismus und Massenmord. Die Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit des Verbrechens des Holocaust sind Mahnung zu ständiger Wachsamkeit gegen alle Formen von Diktatur und Totalitarismus“.

Weiters stehe die Bundesregierung

„zur kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Sie wird für vorbehaltlose Aufklärung, Freilegung der Strukturen des Unrechts und Weitergabe dieses Wissens an nachkommende Generationen als Mahnung für die Zukunft sorgen. Hinsichtlich der NS-Zwangs-

<sup>75</sup> Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes, BGBl. Nr. 74/2000, 08.08.2000. Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 34. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXI. Gesetzgebungsperiode, Freitag, 7. Juli 2000.

arbeit wird die Bundesregierung im Lichte des Zwischenberichts der österreichischen Historikerkommission unter Berücksichtigung der primären Verantwortung der betroffenen Unternehmen um sachgerechte Lösungen bemüht sein“.

Nach diesem ausdrücklichen Bekenntnis zu der geschichtlichen Sonderverantwortung Österreichs betonte Haupt sowohl die Freiwilligkeit dieser Geste, da Österreich rein rechtlich zu keinerlei Reparationszahlungen verpflichtet sei,<sup>76</sup> als auch die Wichtigkeit der Rechtssicherheit, wobei er sich auf den ehemaligen SPÖ-Finanzminister Hannes Androsch berief, der im Jänner 2000 in einem Vortrag meinte, dass 55 Jahre nach Kriegsende die NS-Verbrechen zwar nicht im „Nirwana des Vergessens versinken dürfen, aber dass auch irgendwann einmal ein moralischer Schlussstrich unter die damalige Zeit gezogen werden muss“.

**Michael Krüger** (FPÖ) wies zudem darauf hin, dass Österreich nicht erst (wie Grünen-Abgeordnete Terezija Stoisits in ihrer Rede suggeriert hatte) im Jahre 2000 damit begonnen habe, die Vergangenheit aufzuarbeiten, und das Parlament seit 1946 sieben Rückstellungsgesetze, vier Rückstellungsanspruchsgesetze und viele weitere Gesetze bis zum heutigen Tag beschlossen habe. Weiters verwahrte sich Krüger gegen Bestrebungen, abgehandelte Ansprüche wieder aufzurollen, wie es etwa der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien für die Rückstellungsverfahren in Aussicht gestellt haben soll.

Wie Haupt und Krüger betonte auch FPÖ-Abgeordnete **Sylvia Papházy** die Bedeutung der Rechtssicherheit. Österreich habe, so Papházy, „in den vergangenen 55 Jahren schon sehr viel geleistet, um die Hand zu reichen und Gesten der Versöhnung zu setzen. Es kann dieses Gesten-Setzen nicht ad infinitum fortgesetzt werden. Für mich als Mutter ist es wichtig, unseren Kindern und Kindeskindern keine finanziellen Bürden aus dem vergangenen Jahrhundert weiterzugeben. Die morgigen Generationen sollen den vorangegangenen Generationen in Würde die Hand reichen können“.

Wie alle seine Vorredner unterstrich auch der vierte freiheitliche Redner, Harald Ofner, die Freiwilligkeit der Geste, die er nicht als pauschales Schuldeingeständnis aller Österreicher – weder der Kriegsgeneration noch ihrer Nachkommen – verstanden wissen wollte. Diese Freiwilligkeit sei besonders wichtig, da ja „die Generation, die mit den Verbrechen des Nationalsozialismus nichts zu tun hat“, verstehen müsse, warum sie die „beträchtliche“ Summe von sechs Milliarden Schilling aufbringen solle. Weiters wünschte sich Ofner, dass eines Tages auch die Roma, die im Arbeitslager Lackenbach ausgebeutet wurden, in den Genuss von Entschädigungszahlung kommen würden. Und wie Haupt, der sich dabei auf eine Äußerung des ÖVP-Abgeordneten Andreas Khol berufen hatte, hoffte Ofner, dass auch Österreicher, die nach dem Krieg zur Zwangsarbeit (z.B. in Frankreich, Jugoslawien, Ungarn, CSSR, Sowjetunion) herangezogen worden waren, einmal eine Entschädigung oder zumindest eine Entschuldigung von diesen Staaten oder ihren Rechtsnachfolgern erhielten.

Die grünen Abgeordneten stießen sich vor allem an Haupts (d.h. eigentlich Androschs!) Formulierung vom „moralischen Schlussstrich“, wobei Stoisits ebenso einfach wie pauschal forderte, dass es bei der Aufarbeitung der Geschichte und in der Auseinandersetzung mit den Opfern des Nationalsozialismus niemals einen Schlussstrich geben dürfe, während Peter Pilz meinte, dass der einzige ausständige Schlussstrich jener der Freiheitlichen unter viele ihrer nationalistischen Überzeugungen, Sympathien, Ressentiments u.s.w. sei.

Einstimmig wurde am 17. November 2010 auch die **Einrichtung des Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich** beschlossen, wobei der Bund wertgesichert jeweils eine Million Euro in den nächsten 20 Jahren zur Verfügung stellte, nachdem die Instandsetzung bisher direkt aus dem Nationalfonds finanziert worden war.<sup>77</sup>

Der einzige freiheitliche Redner, Harald Stefan, unterstrich die Wichtigkeit dieses Themas, und nannte als Beispiel den Verfall des Währin-

ger Jüdischen Friedhofs, auf dessen Terrain in den 1960er Jahren durch die rote Wiener Stadtregierung sogar ein Gemeindebau errichtet worden war. Selbst Anträge von FPÖ und Grünen, dass man wenigstens eine Gedenktafel am Gemeindebau anbringen könne, seien von der Stadtregierung abgewiesen worden. Weiters kritisierte Stefan die Bundesregierung dafür, dass man zwar ständig die Bedeutsamkeit dieser Frage beteuere, aber zehn Jahre lang nichts bewege, wenn es ums Geld gehe.

Der einzige kleine Schwachpunkt des Gesetzes selbst sei laut Stefan, dass allfällige Drittmittel nur den Eigentümern der jüdischen Friedhöfe und nicht dem Bund, der in der in gleicher Höhe Leistungen zu erbringen habe, gutgeschrieben würden, da jene Drittmittel wahrscheinlich oft dem Bund unmittelbar zuzuordnen seien, z.B. falls eine Bundesschule eine entsprechende Leistung erbringen sollte.

## 2.6 Vermögenssicherungsabkommen

Im weitesten Sinne ein Teilbereich der Opferfürsorge sind auch jene internationalen Abkommen, welche die Republik Österreich mit einer Reihe von Staaten zur Regelung bestimmter finanzieller Fragen geschlossen hat, in denen sich die Vertragspartner zur Leistung von Entschädigungen für nach 1945 von ihrem Staatsgebiet Vertriebene bzw. für auf ihrem Staatsgebiet im Zuge der Errichtung kommunistischer Systeme erfolgte Einziehungen von Vermögen bereit erklärten, da beides mehr oder weniger unmittelbare Folgen der nationalsozialistischen Herrschaft in Osteuropa waren.

Wie in den Debatten zur Opferfürsorge, präsentierte sich die FPÖ auch hinsichtlich dieser **Vermögenssicherungsabkommen** als Anwältin der Vertriebenen.

Neben den Verträgen mit den Volksrepubliken Ungarn (1967) und Polen (1971) sowie der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR)

(1975) soll hier auch das sogenannte Kreuznacher Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland (1962) betrachtet werden, da dieses ebenfalls eine finanzielle Lastenausgleichsregelung im Zusammenhang mit der Vertriebenenfrage beinhaltet.<sup>78</sup>

Die Standardkritik der FPÖ – welche sämtlichen hier behandelten und mit Mehrheit angenommenen Vermögenssicherungsabkommen bei den Abstimmungen ihre Zustimmung verweigert hatte – war immer, dass die Regierung schlecht verhandelt habe und die Zahlungen an die Vertriebenen zu niedrig ausgefallen seien, und die Debatte zum Kreuznacher Abkommen kann bereits als Muster für alle weiteren Abkommen herhalten.

So war sich der Redner der FPÖ, **Jörg Kandutsch**, bei der Debatte des **Kreuznacher Abkommens** am 4. April 1962 freilich bewusst,<sup>79</sup> dass bei einem geschätzten Vermögensverlust der ehemaligen Eigentümer aus den Vertriebenenengebieten von rund 10 Milliarden D-Mark eine vollkommen wertgerechte Entschädigung die Finanzkraft der BRD und Österreichs bei weitem überstiegen hätte. Dennoch sei der bundesdeutsche Beitrag mit 125 Millionen Mark für die Vertriebenen, also einem Achtzigstel der Schadenssumme, äußerst gering ausgefallen. Dass die Vertriebenen in ihren Ansprüchen überdies noch auf das Ausmaß der Entschädigungen nach dem Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz (KVSG) herabgedrückt worden seien, sei zwar eine österreichische Entscheidung gewesen, aber Österreich habe es verabsäumt zu versuchen, die Frage vor ein internationales Forum zu bringen, vor allem auch weil die BRD nur bereit gewesen sei, einer von Österreich zu leistenden Entschädigung einen Beitrag zuzuschließen, weshalb sich aufgrund des limitierten österreichischen Budgets die österreichischen Forderungen von vornherein in Grenzen gehalten hätten. Die BRD könne nun zudem noch behaupten, dass jede Leistung ihrerseits eine freiwillige gewesen sei.

November 2010.

<sup>78</sup> Mit kommunistischen Staaten wurden insgesamt folgende Verträge abgeschlossen: Bulgarien (1964), Rumänien (1965), Ungarn (1967), Polen (1974) und ČSSR (1975).

<sup>79</sup> Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Regelung von Schäden der Vertriebenen, Umsiedler und Verfolgten, über weitere finanzielle Fragen und Fragen aus dem sozialen Bereich (Finanz- und Ausgleichsvertrag) samt Schlussprotokoll und fünf Notenwechseln, BGBl. Nr. 283/1962, 28.09.1962. Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 96. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, IX. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 4. April 1962.

<sup>76</sup> Gemäß Artikel 4 des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 und Artikel 21 des Staatsvertrages von Wien vom 8. Juni 1955.

<sup>77</sup> Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Einrichtung des Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich erlassen sowie das Nationalfondsgesetz geändert wird, BGBl. Nr. 99/2010, 14.12.2010. Stenographisches Protokoll, 83. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXIV. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 17.



Der Gegenredner der schwarz–roten Regierung, Erwin Machunze (ÖVP), bestätigte, dass die BRD zu allen Verhandlungen immer mit einem maximalen Gesamtbetrag von 250 Millionen gekommen sei. Wären die Verhandlungen gescheitert, hätte man gar nichts bekommen und die FPÖ hätte im Nationalrat ständig davon geredet, dass die Regierung das Verhältnis zu Deutschland verschlechtert habe. Auch die bundesdeutsche Position, dass man für jene Vertriebenen, die inzwischen österreichische Staatsbürger geworden seien, nicht zahlen werde und Österreich zuerst einmal eigene Entschädigungsgesetze schaffen müsse, sei nicht verhandelbar gewesen. Außerdem sei auch vom völkerrechtlichen Standpunkt nicht klar erwiesen, dass die BRD überhaupt „auch für die in Österreich lebenden Vertriebenen“ zu Entschädigungszahlungen verpflichtet sei, da sich nur ein namhafter Experte in diesem Sinne ausgesprochen habe.<sup>80</sup>

In der Debatte zum **Abkommen mit der Volksrepublik Ungarn** am 31. Mai 1967<sup>81</sup> bezeichnete FPÖ-Redner Otto Scrinzi die Summe von 87,5 Millionen Schilling, welche die Republik Österreich von Ungarn erhielt – allerdings nachdem Österreich seinerseits insgesamt 65 Millionen Schilling für diverse Abgeltungen entrichtete – gar als „Almosen“ und „Linsengericht“ und fürchtete, dass die abermals aufgrund schlechten Verhandlungsgeschickes erhaltenen ungünstigen Bedingungen bei den bevorstehenden Verhandlungen mit der ČSSR und Polen eine negative Vorbildwirkung haben würden.

Stephan Tull (SPÖ) entgegnete, dass die von der österreichischen Delegation (Lujó Tončić und Bruno Kreisky) ausgehandelte Quote von 20 Prozent für Entschädigungen bei Konfiskationen bereits ein großer Erfolg gewesen sei, da Ostblockstaaten im Schnitt nur 10 Prozent statt der völkerrechtlich üblichen 50 Prozent gewährten, und selbst die Schweiz wesentlich weniger Prozente erhalten habe.

Die Vorausahnung von Scrinzi bestätigte sich am 10. März 1971 in der Debatte zum **Abkommen mit der Volksrepublik Polen**,<sup>82</sup> in der **Tassilo Broesigke** von der FPÖ gegen die polnische Zahlung einer Summe von 71,5 Millionen Schilling wettete, die nur einen Bruchteil des Verlustes „unserer Landsleute“, die „von dort vertrieben worden sind [und] über Nacht ihr Vermögen verloren haben“, darstelle und überdies in zwölf Jahresraten erfolge, sodass die meisten Empfänger bis dahin wahrscheinlich verstorben seien. Eine derartige Entschädigung habe, so Broesigke, „wohl nur symbolischen Charakter“, und es wäre daher besser, auf Verträge mit Staaten, deren Rechtssystem dem eigenen diametral gegenüberstehe, überhaupt zu verzichten, weil dadurch im Grunde nur das Unrecht, das geschehen sei, für eine lächerlich geringe Gegenleistung legalisiert werde. Interessanterweise stimmte Machunze in dieser Debatte vollkommen mit den Positionen der FPÖ überein, was sich leicht mit der Oppositionsrolle der ÖVP erklären lässt.<sup>83</sup>

Über den insgesamt fünften Vermögensvertrag mit einem Oststaat, und zwar das **Ab-**

<sup>80</sup> Bei dem Völkerrechtsexperten handelt es sich um einen gewissen „Professor Naumann“, dessen Identität nicht näher festgestellt werden konnte. Laut den Machunze zur Verfügung stehenden Zahlen gab es in Österreich bei Kriegsende rund 1,200.000 Flüchtlinge, Fremdarbeiter, Evakuierte und Vertriebene. Außerdem seien 1945 und 1946 aus Österreich 85.000 Vertriebene nach Deutschland weitergewandert, sodass die alliierten Hochkommissare am 11. März 1947 jeden weiteren Zuzug von Österreich nach Deutschland untersagten hätten.

<sup>81</sup> Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik zur Regelung offener finanzieller Fragen samt Anlagen, BGBl. Nr. 293/1967, 11.08.1967. Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 56. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XI. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 31. Mai 1967.

<sup>82</sup> Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen zur Regelung bestimmter finanzieller Fragen samt Briefwechsel und Zusatzprotokoll, BGBl. Nr. 74/1974, 05.02.1974. Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 37. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XII. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 10. März 1971.

<sup>83</sup> Allerdings muss man Machunze zugutehalten, dass er bereits in seiner Verteidigung des Kreuznacher Abkommens 1962 auf die Schwierigkeit der österreichischen Position hingewiesen hatte und (laut Otto Scrinzi in: Stenographisches Protokoll, 146. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XIII. Gesetzgebungsperiode, Freitag, 16. Mai 1975) beim ersten Vertragsabschluss mit einem kommunistischen Staat (Bulgarien 1964) gemeint hatte, dass man damit keinen guten Anfang gemacht habe.

**kommen mit der ČSSR**, meinte FPÖ-Redner Otto Scrinzi in der Debatte am 16. Mai 1975,<sup>84</sup> dass dieser der bisher schlechteste von allen sei, weil darin noch immer kein einziger der formellen Fehler seit dem ersten Abkommen mit Bulgarien 1964 beseitigt worden sei, obwohl diese Verträge seit damals immer einvernehmlich kritisiert worden seien. So könne die Feststellung der Schadensansprüche, die der Ressortminister im Ausschuss zum Teil als „Phantasiezahlen“ abgetan habe, nur ungenau sein, wenn der zu belangende Staat keine Feststellungsunterlagen zur Verfügung stelle und die vorherige Durchführung eines Anmeldegesetzes verabsäumt habe. Man habe sich erneut einem Eigentumsbegriff, der mit dem eigenen unvereinbar sei, unterworfen und auf das Interventionsrecht verzichtet, weshalb der Vertrag laut Völkerrechtsprofessor Theodor Veiter eine „Ohrfeige in das Gesicht der Rechtsstaatlichkeit“ sei.

Der viel weiter zurückliegende „grundlegende Fehler“, ja das „Krebsübel“ des Vertrages, sei jedoch gewesen, dass die Republik Österreich zwar den „Altösterreichern“ (also deutschen Vertriebenen vom Gebiet der ehemaligen Monarchie mit österreichischer Staatsbürgerschaft) Entschädigungen gewährt habe, nicht aber der wesentlich größeren Zahl von rund 300.000 anderen volksdeutschen Vertriebenen (zum Großteil Sudeten-deutsche), die zu diesem Zeitpunkt (noch) keine österreichische Staatsbürgerschaft besaßen.

Typisch für den Umgang mit diesen Menschen sei man auch bei den Gedenkfeiern zum 30. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges und des Bestehens der Zweiten Republik auf deren Schicksal überhaupt nicht eingegangen und habe ihnen auch keinerlei Dank für ihren wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau Österreichs ausgesprochen.

Die Gegenredner gingen nur oberflächlich auf Scrinzis Rede ein. Josef Pfeifer (SPÖ) verwies lediglich auf den Umstand, dass die Gesetzeslage die Personen, die nach dem Vertrag zu entschädi-

gen seien, klar definiere, während Franz Karasek (ÖVP) darauf hinwies, dass jene „Neoösterreicher“, die von den Vertragsbestimmungen ausgeschlossen seien (also volksdeutsche Vertriebene, welche ihre österreichische Staatsbürgerschaft erst nach dem Stichtag erhalten hatten), bereits durch das Kreuznacher Abkommen teilweise entschädigt worden seien.

## 2.7 Kunstrückgabe

Die Rückgabe von im Dritten Reich enteigneten Kunstgegenständen an ihre rechtmäßigen Besitzer bzw. deren Erben ist zwar ein Teilbereich der Restitutionsgesetzgebung, soll hier aber aufgrund der Vielzahl der Maßnahmen und der Schärfe einer Debatte gesondert behandelt werden.

Am 27. Juni 1969 beschloss der Nationalrat einstimmig das **erste Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetz**, welches die Eigentumsverhältnisse jener bisher nicht beanspruchten Kunst- und Kulturgüter, die vom Bundesdenkmalamt in der Kartause Mauerbach bei Wien verwahrt wurden, aufklären sollte.<sup>85</sup>

Zwar verzichtete die FPÖ auf einen Redebeitrag zu dem Gesetz, aber noch in derselben Sitzung nahm ihr Obmann, Friedrich Peter, in einer der darauffolgenden Debatten (zum sogenannten Zwischenzeitengesetz) auf das zuvor beschlossene Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetz Bezug, als er feststellte, dass die Freiheitlichen „vollinhaltlich“ der in jenem Zusammenhang geäußerten Meinung der Abgeordneten Erwin Machunze (ÖVP) und Stella Klein-Löw (SPÖ) zustimmten, dass „wo immer es möglich ist, [...] wir uns verpflichtet fühlen [müssen], Unrecht wieder gutzumachen, soweit es in unseren Kräften steht“.

Dabei müsse aber immer der „Grundsatz der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz“ beachtet werden, und der sei beim Zwischenzeitengesetz („Bundesgesetz über die Anrechnung

<sup>84</sup> Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung bestimmter finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen samt Anlagen mit Briefwechsel, BGBl. Nr. 451/1975, 26.08.1975. Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 146. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XIII. Gesetzgebungsperiode, Freitag, 16. Mai 1975.

<sup>85</sup> Bundesgesetz vom 27. Juni 1969 über die Bereinigung der Eigentumsverhältnisse des im Gewahrsam des Bundesdenkmalamtes befindlichen Kunst- und Kulturgutes, BGBl. Nr. 294/1969, 14.08.1969. Alle folgenden Beiträge zu dieser Sitzung zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 145. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XI. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 26., Freitag, 27. Juni und Dienstag, 8. Juli 1969.

von Ruhestandszeiten und über die Gewährung von Zulagen an Bundesbeamte<sup>86</sup>), welches ebenfalls begangenes Unrecht wiedergutmachen sollte, nicht gegeben, weil es die Mehrzahl der Betroffenen von der Wiedereinsetzung in ihr Recht ausschließe, sodass die Freiheitlichen es nur als ersten Schritt eines Wiedergutmachungsprozesses betrachten könnten.

Da dem Gesetz von 1969 nur wenig Erfolg – es konnten nur 72 von rund 8.000 Kulturgütern identifiziert und zurückgegeben werden – beschieden war, kam es am 13. Dezember 1985 mit dem ebenfalls einstimmig beschlossenen **zweiten Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetz** zu einem weiteren Versuch, bei dem abermals eine Liste der in Frage kommenden Güter in der „Wiener Zeitung“ veröffentlicht werden sollte.<sup>86</sup>

Nachdem die Republik Österreich laut SPÖ-Abgeordneter Brigitte Ederer (die FPÖ befand sich damals in einer Regierungskoalition mit der SPÖ) wiederholt und vor allem in den Vereinigten Staaten beschuldigt worden sei, die Ausforschung der Eigentümer nicht intensiv genug betrieben zu haben, werde die Liste diesmal auch an alle österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland geschickt und in großen internationalen Zeitungen veröffentlicht werden. Was übrig bleibe, werde versteigert, um den Erlös Opfern des Nationalsozialismus zugutekommen lassen, damit immerhin ein kleiner Teil des finanziellen Unrechtes bereinigt werde: „Dafür, dass es auch eine moralische und geistige Wiedergutmachung für die Opfer des Faschismus gibt, haben wir alle durch unsere Haltung und Gesinnung Sorge zu tragen“. Nach diesem mit Beifall von SPÖ und FPÖ quittierten Schlusssatz wurde das Gesetz einstimmig angenommen.

Aufgrund der Erfolglosigkeit auch des zweiten Kulturgutbereinigungsgesetzes wurde am 11. Juli 1995 einstimmig das **„Bundesgesetz, mit dem das 2. Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetz geändert wird“** beschlossen,<sup>87</sup> welches die in Mauerbach gelagerte Sammlung „herrenloser“ Kunst-

objekte im Eigentum des Bundes zum Zwecke der Durchführung einer Versteigerung im Oktober 1996 an die Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) übertrug.

Abgeordneter Michael Krüger von der damals wieder in Opposition befindlichen FPÖ erklärte die Gesetzesvorlage zur Konsensmaterie und benutzte seine Redezeit, um mit der bisherigen Entschädigungspolitik abzurechnen, da die Republik sich angesichts des „dunkelsten Abschnitts in der Geschichte Österreichs“ zu lange „in die Opferrolle zurückgezogen“ habe. Daher stelle trotz der jüngsten Maßnahmen die Opferentschädigung nach 1945 „leider kein Ruhmesblatt in der österreichischen Gesetzgebung“ dar. Zum Beleg verwies Krüger erneut auf Oskar Helmers „in die Länge ziehen“-Zitat, welches kein Einzelfall, sondern Teil der damals vorherrschenden Meinung gewesen sei, sowie darauf, dass Karl Renner sich mehr um das enteignete sozialdemokratische Vermögen als um Entschädigungen für „unsere jüdischen Mitbürger [...] oder für Bürger, die aus anderen rassistischen oder sonstigen Gründen verfolgt und in den Konzentrationslagern vergast wurden, ums Leben gekommen oder fast verhungert sind“ gesorgt habe, und auf SPÖ-Innenminister Josef Afritsch, der unbedingt nachweisen wollte, dass Adolf Eichmann deutscher und nicht österreichischer Staatsbürger gewesen sei, da sich Österreich sonst „krumm und deppert“ zahle.

Krüger kritisierte am neuen Gesetz lediglich, dass der Finanzminister vom Gesetzgeber ermächtigt worden sei, ein unentgeltliches Übertragungsgeschäft mit der IKG abzuschließen, wonach diese über die Verteilung des Erlöses an „bedürftige Personen, die aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen“ verfolgt wurden, allein entscheide, ohne alle in Frage kommenden Opfergruppen, wie z.B. Sinti und Roma, explizit im Gesetz anzuführen, da dies dem Gleichheitsgrundsatz widerspreche.

Als Folge der internationalen Aufsehen erregenden Beschlagnahme zweier Schiele-Gemälde als „Raubkunst“ am 7. Jänner 1998 in New

<sup>86</sup> Bundesgesetz vom 13. Dezember 1985 über die Herausgabe und Verwertung ehemals herrenlosen Kunst- und Kulturgutes, das sich im Eigentum des Bundes befindet. BGBl. Nr. 2/1986, 03.01.1986. Alle folgenden Beiträge zu dieser Sitzung zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 122. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XVI. Gesetzgebungsperiode, Freitag, 13. Dezember 1985

<sup>87</sup> BGBl. Nr. 515/1995, 04.08.1995. Stenographisches Protokoll, 45. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XIX. Gesetzgebungsperiode, Dienstag, 11. Juli 1995.

York debattierte der Nationalrat am 5. November 1998 das sogenannte **Kunstrückgabegesetz**.<sup>88</sup> Die Vorlage wurde unter einem mit Vorlagen zu Bundesgesetzen betreffend Zuwendungen an den Internationalen Fonds für Opfer des Nationalsozialismus und eine Änderung des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus behandelt.<sup>89</sup>

Nach teils sehr heftigen Debatten und der Ablehnung sämtlicher Änderungsanträge wurde das Kunstrückgabegesetz schließlich einstimmig beschlossen.

Zunächst erinnerte Michael Krüger (FPÖ) an die 60 Jahre zurückliegenden Ereignisse des Gedenkjahres 1998 („Damals [in der „Reichspogromnacht“ am 9. November 1938] gingen als österreichischer Beitrag zum Holocaust die Synagogen in Wien, in Linz und in anderen Städten Österreichs in Flammen auf“), um danach erneut den vergangenen Regierungen 50 Jahre Untätigkeit bei der Rückgabe enteigneter Kunstgegenstände vorzuwerfen. Außerdem fragte er die Vordner von ÖVP (Andreas Khol) und SPÖ (Josef Cap), warum sie zwar ebenfalls Aufklärung darüber verlangt, aber kein „klares Bekenntnis“ zur

Mitschuld der eigenen Partei abgelegt hätten, und abermals führte Krüger zum Beweis eine Reihe nicht gerade judenfreundlicher Zitate von prominenten schwarzen und roten Politiker an.<sup>90</sup>

Bezüglich des Kunstrückgabegesetz selbst stellte Krüger einen Abänderungsantrag, der die folgenden beiden Schwächen der Vorlage berichtigen sollte. Zum einen verlangte Krüger eine Entschädigungszahlung auch an jene, deren Bilder nicht mehr existierten,<sup>91</sup> da dies sonst der Moral der Gleichbehandlung widerspreche. Zum anderen sei die Außerkraftsetzung der Anwendung des Ausfuhrverbotsgesetzes nicht nur verfassungswidrig, sondern könne dadurch auch neues Unrecht geschaffen werden, weshalb eine Novellierung besser gewesen wäre. So stelle sich etwa die Frage, warum

„Familien der österreichischen Altaristokratie, die ihre Schlösser nicht mehr erhalten können, nicht in der Lage sind, ihre Bildersammlungen zu verkaufen [...]. Da besteht schon ein historischer Unterschied, das ist überhaupt keine Frage; aber wir schreiben jetzt das Jahr 1998. Eine Gleichheit, eine verfassungsrechtliche Gleichheit, die allen Genüge tun würde, wäre im Zusammenhang mit einer Änderung des Ausfuhrverbotsgesetzes möglich gewesen“.

<sup>88</sup> Bundesgesetz über die Rückgabe von Kunstgegenständen aus den Österreichischen Bundesmuseen und Sammlungen, BGBl. Nr. 181/1998, 04.12.1998. Zur Vorgeschichte: Die Gemälde „Bildnis Wally“ und „Tote Stadt III“ waren vom 9. Oktober 1997 bis 4. Jänner 1998 im New Yorker Museum of Modern Art bei der bis dahin größten Schiele-Ausstellung („Egon Schiele: The Leopold Collection, Vienna“) in den USA zu sehen.

<sup>89</sup> Bei der Änderung des Nationalfonds wurden diesem jene Kunstgegenstände zur Verwertung übertragen, welche auf der Grundlage des erstgenannten Bundesgesetzes nicht an die ursprünglichen Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger von Todes wegen rückübertragen werden können. Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 146. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XX. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 5. November 1998.

<sup>90</sup> Protokoll der 52. Ministerratssitzung vom 14. Jänner 1947: Laut Bundesminister Dr. Gruber dächten die Amerikaner, dass „für das Leben der Juden in Österreich nach dem Abzug der Besatzungsmächte infolge der antisemitischen Stimmung im Land keinerlei Garantie bestehe“. Darauf Innenminister Oskar Helmer: „Aus Ungarn, Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei werden die Juden ausgewiesen. Hier in Österreich werden sie durchgeschleust und aufgenommen und machen als Dank dafür Propaganda, dass in Österreich zu wenig gegen den Antisemitismus unternommen werde“. Bundeskanzler Leopold Figl sagte dazu: „Die Juden möchten halt rasch reiche Leute werden, und so hat in Bad Gastein ein Jude dem Bürgermeister erklärt, er habe bereits 120.000 S[chilling] in kürzester Zeit erwirtschaftet – das österreichische Volk sei nicht geschäftstüchtig“. Karl Renner in der fünften Kabinettsitzung am 10. Mai 1945 zur Frage nach der Einbeziehung der Parteien in die Vermögensrückstellungen: „Ich nehme es als selbstverständlich an, dass ein solches Gesetz gemacht werden muss – nämlich zugunsten der SPÖ und der ÖVP. Es wäre doch ganz unverständlich, dass man jeden kleinen jüdischen Kaufmann oder Hausierer für seinen Verlust entschädigt, dass man aber einer Bewegung – gemeint ist die sozialdemokratische Bewegung – , der 47 Prozent der Bevölkerung angehört haben, straflos und ohne Ersatz das Ergebnis ihrer emsigen Sammlungstätigkeit und ihrer Organisationsarbeit glatt wegnehmen kann“.

<sup>91</sup> Nach damaligem Wissensstand betraf dies etwa 30 Prozent der Fälle und Krüger rechnete damit, dass weitere hinzukommen würden.

Gegenrednerin Elisabeth Pittermann (SPÖ) beschuldigte Krüger der mangelnden Anteilnahme für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, da er bezüglich der Reichspogromnacht nur die brennenden Synagogen, aber nicht die Morde erwähnt habe und auch sonst nichts zu den zwischen 1938 und 1945 verübten Verbrechen gesagt habe. Daher sei auch der freiheitliche Abänderungsantrag bloß ein Versuch, den Holocaust zu relativieren: „Ist es denn so unerträglich für Sie, dass man Juden zu ihrem Recht verhelfen will? Berührt Sie deren Schicksal überhaupt nicht?“

Krüger bezeichnete diese Aussage in Zwischenrufen als „Unredlichkeit“ und „Unseriosität“, was von Pittermann als auf die Juden bezogen interpretiert wurde („Natürlich, für Sie sind Juden immer unredlich, das weiß ich!“). Krüger versuchte mit einem weiteren Zwischenruf („Sie sind unredlich!“) zu verdeutlichen, dass er sich auf die Aussagen Pittermanns bezogen habe, worauf Pittermann fortfuhr, Krügers Aussagen sowohl auf die Juden als auf sich selbst persönlich (Pittermanns Mutter war Jüdin) zu beziehen: „Ja, sagen Sie mir das nur, das weiß ich von Ihnen, das kann ich gut bewerten! [...] Meine Familie ist vernichtet worden! Der kaltblütige Plan zur Ausrottung von Juden, der mit Elan und Mithilfe vieler Mitmenschen schnell durchgesetzt wurde, findet nirgends Parallelen!“

In dem fast schon etwas zwanghaft anmutenden Bestreben, in Krügers Aussagen eine antisemitische Haltung hineinzuinterpretieren, merkte Pittermann gar nicht, dass sie letztlich nur bestätigte („Ihr Vermögen erhielten die Juden selten zurück – selbst nach 1945 nicht. Man setzte das Unrecht fort und tat auch wenig, zu wenig für die in bitterer Armut lebenden Emigranten“), was Krüger vorher selbst gesagt hatte, nämlich dass es jahrzehntelang zu keinen Entschädigungen gekommen sei, woran die Freiheitlichen mangels Regierungsbeteiligung nur wenig Schuld treffen könne.

Für den Rest der Debatte ging es nun fast nur noch um die Definition von „Opfern“.

Zunächst stellte Harald Ofner (FPÖ) klar, dass sich die Freiheitlichen – entgegen Pittermanns Behauptungen – sowohl der Dimension der Gräueltaten des NS-Regimes als auch der be-

sonderen Fürsorgepflicht für die jüdischen Opfer bewusst seien:

„Das verbrecherische Regime des Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg haben Abermillionen Opfer gefordert. Hinsichtlich einer bestimmten Anzahl von Opfergruppen trifft Österreich eine besondere Fürsorgepflicht. Dazu gehören die jüdischen Mitbürger, die aus Österreich vertrieben worden sind, die zu einem sehr hohen Prozentsatz umgebracht worden sind.“

Doch ebenso betonte Ofner, dass die Freiheitlichen auch die Vertriebenen als Opfer des Nationalsozialismus betrachteten: „Dazu gehören aber auch die Altösterreicher aus dem Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, die aus ihrer Heimat vertrieben worden und auch zu einem hohen Prozentsatz umgebracht worden sind.“

Auf den Vorwurf der Aufrechnung seitens Walter Nowotny (SPÖ) entgegnete Ofner, dass es hier um den „Anspruch der Gerechtigkeit“ gehe. Aufrechnung sei auch nicht erlaubt, aber es sei der „Lieblingsausdruck“ jener, die kein Interesse an Gerechtigkeit hätten. Die Freiheitlichen andererseits wollten keine „Hierarchien“ und „Rangordnungen“ unter den Opfern, denn „Opfer ist Opfer“ und „sie sind in Wahrheit alle Opfer des Nationalsozialismus, [...] die einen direkte und die anderen indirekte“, aber weder „gute“ noch „schlechte“ Opfer, worauf Nowotny den – außer man ginge davon aus, dass die Täter ausschließlich unter den vertriebenen Altösterreichern zu suchen seien – unnachvollziehbaren Schluss zog, dass es bei den Freiheitlichen dann keine Täter mehr gebe.

Abschließend brachte Ofner – wie schon in der Nationalfonds-Debatte am 1. Juni 1995 – einen Änderungsantrag im Zusammenhang mit der zur Debatte stehenden Gesetzesvorlage zur Änderung des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus ein, welcher im Wesentlichen eine Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Opfern des Nationalsozialismus beinhaltete und die Einbeziehung der bis 1948 aus ihrer Heimat vertriebenen Altösterreicher bewirken wollte.<sup>92</sup>

Der dritte FPÖ-Redner, **Herbert Scheibner**, warf den vergangenen Regierung erneut ihre

<sup>92</sup> Die relevanten Bestimmungen im Wortlaut: „Beim Nationalrat wird ein Fonds zur Erbringung von Leistungen an direkte und indirekte Opfer des Nationalsozialismus eingerichtet. Er trägt die Bezeichnung ‚Nationalfonds der Republik Österreich für direkte und indirekte Opfer des Nationalsozialismus‘. [...] Der Fonds erbringt Leistungen an Personen, [...] die

Säumigkeit in der Entschädigungsfrage vor, und steuerte ein weiteres Zitat vom seinerzeitigen Vizekanzler Adolf Schärf aus dem Jahre 1952 bei, demzufolge dieser die Idee, aus „herrenlosem Gut“ einen Entschädigungsfonds zu errichten, als „Wegnahme“ ablehnte und die Zahl der in Österreich getöteten Juden als „verhältnismäßig gering“ einschätzte. Auch Scheibner betonte, dass es kein „gutes oder schlechtes Unrecht [gebe], sondern [...] nur Recht und Unrecht!“

Volker Kier (Liberales Forum), der selber aus einer Vertriebenenfamilie stammt, räumte zwar ein, dass bei der Behandlung der Vertriebenen Fehler gemacht worden seien, aber meinte, dass dies die falsche Debatte für dieses Thema sei, weil es zwangsläufig zum dem zwar scharfen aber nicht gänzlich falschen Vorwurf des Aufrechnens führe. Ofner quittierte diese Aussage mit dem Zwischenruf, dass der Vorwurf des Aufrechnungsvorwurf *rechtlich* falsch sei, worauf Kier entgegnete, dass man sich seiner Ansicht nach diesen Problemen nicht „ausschließlich mit den Werkzeugen des Rechtsanwaltes“ nähern könne, da hier eine „größere Dimension“ vorliege:

„Das ist nicht nur Ursache und Wirkung im einfachen Sinn der Kausalitäten eines Bürgerlichen oder eines Strafgesetzbuches. Das hat eine wesentlich größere Dimension. Da sind geschichtsmächtige Abläufe dahinter, und in dem Rahmen der geschichtsmächtigen Abläufe gibt es ganz andere Kausalitätsverantwortlichkeiten: Von welcher Volksstimmung muss jemand getragen sein, wenn er Nürnberger Gesetze beschließen oder durchsetzen kann? Vor welchem Hintergrund muss Politik ablaufen, wenn sie auf keinen nennenswerten Widerstand stößt, wenn sie Menschen zur Zwangsarbeit rekrutiert und in Lager verschickt [...]? – Das setzt eine gewisse kollektive Bereitschaft zum Nichtwiderstand voraus. Das heißt nicht, dass die Leute applaudieren. Das heißt auch, dass viele, die gerne Widerstand geleistet hätten, vielleicht nur zu ohnmächtig waren, ihn wirklich auch zur Geltung zu bringen. Das heißt

das alles, das ist dann sehr diffizil im Einzelfall zu betrachten. Aber insgesamt kann sich keine staatliche Autorität über eine längere Periode halten, wenn sie nicht in Wirklichkeit doch von ihrer Bevölkerung getragen ist.“

Die Schlussfolgerung sei laut Kier, dass die vertriebenen Altösterreicher in den Mittelpunkt einer anderen Debatte gestellt werden sollten.

Angesichts der vorhergehenden Ausführungen von Kier stellt sich jedoch die Frage, auf welcher Grundlage die Altösterreicher in einer anderen Debatte Opferstatus erlangen könnten? Denn hatte Kier nicht letztlich unterstellt – und dabei der gleichen Logik folgend, mit der Leopold Weismann in der Amnestie-Debatte 1957 auch Nazis, die keine Verbrechen begangen hatten, die (geringere) Mitschuld des Ermöglichens zugewiesen hatte –, dass alle Deutschen, die nicht offen Widerstand geleistet hätten, eine gewisse Mitschuld tragen würden? Folgerichtig gehörten auch die Altösterreicher indirekt zum Tätervolk und könnten daher nicht auch als „indirekte Opfer“ betrachtet werden könnten. Kier räumte allerdings auch die schwierige Möglichkeit der Überprüfung von Einzelfällen ein, was wohl bedeuten sollte, dass ein Vertriebener dann als „indirektes Opfer“ angesehen werden könnte, wenn er sich bis 1945 nachweislich nichts zuschulden hat kommen lassen.

Der Verdacht, dass Kiers Argumente letztlich nur der Beendigung jeglicher Debatte der Vertriebenenfrage dienen sollten, wurde durch den Redebeitrag des grünen Abgeordneten Karl Smolle bekräftigt, der den Freiheitlichen abermals vorwarf, Unrecht gegen Recht aufzurechnen: „Viele Täter sind nach dem Jahre 1945 auch Opfer geworden, aber sie können sozusagen von ihrer Täterschaft nicht das in Abzug bringen, was sie in der Folge als Unbill erlebt haben“. Hiermit wird abermals impliziert, dass Vertriebene im Prinzip zunächst einmal Täter gewesen seien und daher nie als Opfer betrachtet werden könnten.

Der letzte freiheitliche Redner, **Martin Graf**, stellte vorab den Antrag, dass der Nationalrat eine

als Altösterreicher indirekt als Folge des nationalsozialistischen Regimes aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung, auf Grund einer körperlichen oder geistigen Behinderung oder auf Grund des Vorwurfes der sogenannten Asozialität bis einschließlich 1948 aus ihrer angestammten Heimat auf dem Gebiet des ehemaligen Österreich-Ungarn ausgesiedelt oder vertrieben worden sind oder dieses Gebiet verlassen haben, um einer Verfolgung zu entgehen; oder die zum Zwecke der Landbeschaffung für militärische Anlagen der Deutschen Wehrmacht in Österreich zwangsausgesiedelt worden sind“.

parteionabhängige, mit internationalen Experten besetzte Historikerkommission einsetzen möge, die sich mit den Versäumnissen bei der Aufarbeitung der Frage nach dem Vermögen der NS-Opfer auseinandersetzen und dabei vor allem die Rolle der seinerzeitigen Regierungsparteien untersuchen solle.

Danach stellte er in Richtung Volker Kier fest, dass in den letzten fünf Jahren jede Debatte im Zusammenhang mit dem Schicksal der Sudetendeutschen immer mit den soeben gehörten Argumenten vom Hohen Haus ferngehalten worden sei. Zwar habe diesen Sommer in der Öffentlichkeit eine breite Diskussion dieser Frage eingesetzt, aber auch diese sei nach dem Erscheinen eines Beitrages zu den Beneš-Dekreten in der „Kronen Zeitung“ vom 9. Oktober dadurch abgewürgt worden, dass vermutlich der tschechische Geheimdienst Andeutungen, dass der Autor ein Spion für die ČSSR gewesen sei, lanciert habe.

Zum Abschluss seiner Rede insistierte Graf, dass es in Österreich in der Opferfrage keinen Schlusstrich gebe dürfe, da man sonst weiteren ethnischen Säuberungen in der Welt Vorschub leisten würde: Unter den 241.000 toten Sudetendeutschen hätten sich sehr viele Kinder, Säuglinge und Greise befunden, doch „Kinder haben keine politische Ausrichtung, Kinder können niemals Täter sein, wie Sie es uns vorwerfen wollen!“

In konsequenter Anwendung des Gleichbehandlungsprinzips hätten die Freiheitlichen sich überdies auch für die Kommunisten und Sozialdemokraten eingesetzt, die bis 1945 in Theresienstadt eingesperrt sind, und auch nach 1945 wieder in Theresienstadt eingesperrt wurden, nur weil sie Sudetendeutsche waren.

## 2.8 Deserteure

Zum Abschluss geht es um ein Gesetz, das direkt in Verbindung mit dem Verhalten von Öster-

reichern während des Dritten Reiches steht, und zwar um jene Männer, die während des Zweiten Weltkriegs zur Deutschen Wehrmacht eingezogen worden waren. Am 21. Oktober 2009 beschloss der Nationalrat – gegen die Stimmen der FPÖ – das **Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz**, welches die Verurteilungen von Deserteuren durch die NS-Sondermilitärgerichte aufhob und sämtliche Deserteure pauschal rehabilitierte.<sup>93</sup>

Die FPÖ hätte laut **Peter Fichtenbauer** dem Gesetz gerne zugestimmt, wenn es ausschließlich um die Aufhebung der Verurteilungen gegangen wäre, welche ohne jeden Zweifel „verwerflich und beseitigungswürdig“ seien, da sie angesichts der Zahlen fraglos „ein Instrument des Terrors“ eines Regimes, „das wir zutiefst verabscheuen“, gewesen seien.<sup>94</sup> Rein juristisch sei es allerdings unmöglich, „inhaltlich im Gebiet des Deutschen Reiches ergangene Urteile aufzuheben oder als nicht erfolgt zu deklarieren“, weil Österreich – gleich ob es während des Anschlusses okkupiert oder annektiert war – kein Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches sei, und daher wäre die Formulierung, diese Urteile hätten „keine Geltung auf österreichischem Staatsgebiet“, sauberer gewesen. Die pauschale Rehabilitierung sei jedoch aufgrund der laut historischer Studien „sehr differenzierten Motivengeschichte“ problematisch, da, obgleich „menschlich verständlich“, nur sehr wenige „aktiven Widerstand gegen das Deutsche Reich“ geleistet hätten.<sup>95</sup> Die FPÖ bevorzuge deswegen für die Rehabilitierung von Deserteuren eine engere Auslegung des Widerstandsbegriffes und die Prüfung aller Einzelfälle.

Abgeordneter Fritz Neugebauer (ÖVP) ergänzte zunächst, dass die Urteile wegen Desertion an sich bereits durch die Befreiungsmamnestie 1945 und das Anerkennungsgesetz 2005 aufgehoben worden seien. Dennoch sei das vorliegende Ge-

setz ein wichtiges „politisches Zeichen“, um explizit all jenen Respekt und Anerkennung zu zollen, die sich gegen das Unrechtsregime aufgelehnt hätten, womit er eine breite Auslegung des Widerstandsbegriffes befürwortete.

Daher betonte Harald Stefan (FPÖ) noch einmal die Problematik, dass man sich bei einer pauschalen Rehabilitierung, die weder das Motiv noch die Umstände, unter welchen die Desertion begangen wurde, berücksichtige, die Frage stellen müsse

„welche der zwei folgenden Sichtweisen man vertritt: Entweder steht es Soldaten grundsätzlich zu, selbst zu entscheiden, ob sie Befehlen gehorchen oder sich der Truppe entziehen – dann müsste das aber heutzutage auch gelten, und das wird wohl nicht gemeint sein – ; oder jede Handlung, die gegen das NS-System gerichtet war, ist auf jeden Fall gerechtfertigt“.

Denn folglich müsse man entweder die Mehrheit der Kriegsteilnehmer als „feig oder unanständig“ ansehen oder aber den Grundsatz vertreten, dass der Zweck die Mittel heilige, denn es könnten nach wie vor einzelne Widerstandshandlungen dem Sittengesetz widersprechen, wie z.B. Mord, der weiterhin strafbar sein sollte.

Stefan wies auch das Argument, dass eine Überprüfung aller Einzelfälle undurchführbar sei, mit dem Hinweis auf Russland zurück, das den Familien zehntausender von der stalinistischen Justiz als Kriegsverbrecher abgeurteilter Wehrmachtsangehöriger die Möglichkeit gegeben habe, die Gerechtfertigung dieser Urteile im Einzelfall überprüfen zu lassen. In rund 90 Prozent der Fälle sei es zu einer Rehabilitierung gekommen, welche den betroffenen Angehörigen Frieden gegeben habe.

Da es im Umfeld der Diskussion von freierlicher Seite zum pauschalen Vorwurf des „Kameradenmörders“ an die Deserteure gekommen war, verwies Albert Steinhauser (Grüne) auf die Studien von Walter Manoschek, wonach nur bei 0,39 Prozent aller Desertionen physische Gewalt involviert gewesen sei.

Dem wiederum hielt **Lutz Weininger** (FPÖ) entgegen, dass immer wieder gerade jene Stellen, die bis dahin unentdeckt geblieben waren, auf einmal unter intensiven Beschuss geraten seien, nachdem es in diesem Frontabschnitt zu Desertionen gekommen war. Und so selbstverständlich die

Rehabilitation im Einzelfall sei, so dürfe man „der älteren Generation – soweit sie noch lebt –, die diesen Krieg aktiv miterlebt hat, nicht das Gefühl geben, dass diejenigen, die nicht desertiert sind, vielleicht die schlechteren Österreicher sind!“

Nachdem alle drei freiheitlichen Redner auf die Prüfung der Einzelfälle gepocht hatten, bezeichneten die Abgeordneten Heribert Donnerbauer (ÖVP), Peter Wittmann (SPÖ) und Harald Walser (Grüne) ein derartiges Ansinnen einhellig als „einfach nicht realistisch“, „undenkbar“ und „unmöglich“. Außerdem, so Walser (Grüne), hätten die Deserteure „objektiv das Richtige getan“, indem sie den von den Alliierten in der Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 geforderten Beitrag zur Befreiung Österreichs geleistet hätten: „Warum sie im Einzelfall diese Tat begangen haben, das ist heute aus dieser Sicht irrelevant“.

Immerhin kam Karl Öllinger von den Grünen der FPÖ-Position etwas entgegen, indem er feststellte, dass man mit der pauschalen Rehabilitierung nicht die verurteilen wolle, „die bei der Wehrmacht gedient und geglaubt haben, ihre Pflicht zu erfüllen“, auch wenn diese für ein verbrecherisches System erfüllt worden sei, denn auch für die Loyalität der Soldaten habe es viele Motivlagen gegeben und die meisten seien in diesen Krieg „hineingetrieben“ worden.

Zum Abschluss wünschte sich Peter Fichtenbauer (FPÖ) noch einmal zumindest die Einfügung eines Halbsatzes in das Gesetz, wonach die Rehabilitation nur dann nicht erfolgen solle, wenn sie mit Mord verbunden war, denn selbst wenn es nur ganz wenige Morde gewesen seien oder die Desertion gezieltes Feindfeuer zur Folge gehabt habe, hätten auch diese Opfer schließlich trauernde Mutter gehabt. Danach erntete er noch den Beifall von SPÖ und ÖVP, als er auch eine Aufarbeitung der Justiz im Dritten Reich, welche die Terrorurteile ja erst ermöglicht habe, einforderte, denn bisher habe man sich nur mit den Soldaten eingehend beschäftigt, die jedoch der Zwangsgewalt ausgeliefert waren:

„Die Karrierejuristen aber, die zum Frühstück drei Todesurteile ausgesprochen haben, weil etwa jemand den englischen Sender abgehört hat, sind sehr bald nach 1945 wieder in Amt und Würden gesehen worden. Und das ist eine Abscheulichkeit, die auch noch nie wirklich aufgearbeitet worden ist“.

<sup>93</sup> Bundesgesetz, mit dem ein Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz erlassen wird, BGBl. Nr. 110/2009, 17.11.2009. Alle folgenden Debattenbeiträge zitiert nach: Stenographisches Protokoll, 40. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXIV. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 21. Oktober 2009.

<sup>94</sup> Laut den Krüger zur Verfügung stehenden Zahlen wurden mindestens 17.000, wahrscheinlich aber 25.000 oder mehr Todesurteile ausgesprochen und vollzogen. Im Vergleich dazu etwa je 20 Todesurteile von den USA und Großbritannien; in Frankreich etwas mehr. Die Sowjetunion wurde auszuklamert, da sie nicht mit Rechtsstaaten verglichen werden könne.

<sup>95</sup> Im Einzelnen wurden genannt: „Unglaube an den Endsieg, Angst vor Bestrafung wegen eigener Straftaten, Opposition gegen den Nationalsozialismus als politische Ausrichtung, Elsässer, Lothringer, Luxemburger fühlten sich als Ausländer schlecht behandelt, Angst vor der Ostfront, schlechte Behandlung“.

Und darüber hinaus sei „die Rechtspflege eines Staates das Fundament der Gerechtigkeit und der Würde der Menschen“.

### 3 Zusammenfassung

Eine zusammenfassende Betrachtung der analysierten Redebeiträge quer durch sämtliche Themenbereiche und Zeitabschnitte ergibt ein klares Bild, das sich in folgenden Feststellungen und Grundsätze aufgliedern läßt.

1. Die Freiheitlichen standen immer fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und Verfassung der Republik Österreich, und teilten auch den sogenannten „antifaschistischen“ Grundkonsens aller relevanten österreichischen politischen Kräfte nach 1945.
2. Gerade aufgrund ihrer Verfassungstreue sowie der historischen Verwurzelung im politischen Liberalismus vertraten die Freiheitlichen kontinuierlich und konsequent das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, und hier vor allem das „Prinzip der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Recht“ und die entsprechenden Gleichbehandlung aller durch das Recht bzw. die Rechtsprechung. Daraus ergibt sich ebenfalls das Prinzip, dass Unrecht grundsätzlich Unrecht ist und bleibt, und nicht durch vorangegangenes oder nachfolgendes Unrecht nicht Recht oder in irgendeiner anderen Weise relativiert werden kann: „Es ist an sich Unrecht“ (Wilfried Gredler, 13. März 1957).<sup>96</sup>
3. Im Einklang mit dem antifaschistischen Grundkonsens waren sich die Freiheitlichen immer vollkommen des Ausmaßes und der Schwere der Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes bewußt und haben diese auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit als das bezeichnet, was sie waren, und sich davon distanziert.<sup>97</sup> Diese Einstellung inkludiert auch das Wissen um die besondere österreichische Verantwortung für diese Verbrechen

sowie die Akzeptanz derselben, woraus sich wiederum die Bereitschaft ergibt, „Unrecht wiedergutzumachen, soweit es in unseren Kräften steht“ (Friedrich Peter, 27. Juni 1969).

4. Die vierte und letzte Grundhaltung betrifft das Bekenntnis der Zugehörigkeit zur deutschen Sprach-, Kultur- und Volksgemeinschaft für die überwältigende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung. Gleichzeitig bekannten sich die Freiheitlichen immer unmissverständlich zur Unabhängigkeit und Eigenständigkeit des österreichischen Staates. Aus dieser Haltung heraus ergab sich das immerwährende Eintreten für jene Deutschen, die als ehemalige österreichische Staatsbürger Unrecht ausgesetzt waren, wie die Unterdrückung der Südtiroler durch den italienischen Staat oder die Vertreibung und Ermordung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei. Andererseits leitete sich dadurch auch eine besondere Verantwortung für den Schutz jener Minderheiten unter den österreichischen Staatsbürgern her, die einer anderen Sprach-, Kultur- oder Volksgemeinschaft angehören.

Diese Grundhaltungen führten zu folgendem Abstimmungsverhalten in den hier behandelten Fällen: Bei insgesamt 15 Gesetzen zum Themenkomplex Restitution – Opferfürsorge – Kunstrückgabe stimmte die FPÖ trotz Vorbehalten zehn Mal für die Materie. Wie alle anderen Parteien auch, stimmte die FPÖ für die NS-Amnestie 1957 und die Verbotsgesetz-Novelle von 1992, allerdings gegen die Ausweitung des Verhetzungsparagraphen 2011, weil sie darin eine Beschränkung der Redefreiheit sah. Die FPÖ unterstützte grundsätzlich die Einführung des sogenannten Nationalfeiertages am 26. Oktober, obwohl sie klar ihren Standpunkt hinsichtlich der Bedeutung eines solchen Feiertages zum Ausdruck brachte und ihre Mitwirkung bei der formalen Umsetzung verweigerte, da ihr diese als zu würdelos erschien. Die FPÖ stimmte gegen sämtliche Vermögenssicherungsabkommen, da sie die Ansprüche der Heimatvertriebenen in diesen Abkommen als

<sup>96</sup> Aber auch Pfeifer, 11. Juli 1951 und 16. Dezember 1953; Gredler, 22. März 1961 und 17. Mai 1961; Peter, 27. Juni 1969; Krüger, 11. Juli 1995 und 5. November 1998; und Scheibner, 5. November 1998.

<sup>97</sup> Gredler, 17. Mai 1961; Krüger, 31. Jänner 2001; Bösch, 31. Jänner 2001; Gugerbauer und Frischenschlager, 26. Feber 1992; Ofner, 1. Juni 1995, 5. November 1998 und 31. Jänner 2001; und Haupt, 7. Juli 2000.

nicht genügend vertreten betrachtete. Schließlich unterstützte die FPÖ die Nichtigkeitserklärung der Verurteilungen von Deserteuren durch NS-Militärgerichte, lehnte jedoch eine Rehabilitierung aller Deserteure als zu pauschal ab.

Über dieses Abstimmungsverhalten hinaus ergaben sich aus den freiheitlichen Grundhaltungen jedoch weitere charakteristische Haltungen zu Einzelaspekten der in Frage stehenden Materien, welche beim politischen Gegner zum Vorwurf einer den Nationalsozialismus zumindest verharmlosenden Haltung führten.

Da wäre zunächst der freiheitliche „Opferbegriff“, also die Definition jener Gruppen von Menschen, die in den verschiedensten historischen Zusammenhängen und aus den verschiedensten Gründen politischer Verfolgung ausgesetzt waren und dadurch Verluste an Gütern, Leben etc. erlitten haben. Aufgrund des Prinzips der Reichsgleichheit befürworteten die Freiheitlichen den Grundsatz „Opfer ist Opfer“ (Harald Ofner, 5. November 1998), was allgemein einem breiten Opferbegriff entspricht.

Im Fall der Opfer des Nationalsozialismus inkludiert das auch „indirekte“ Opfer, wie Heimatvertriebene (eine Verantwortung, die sich, wie gesehen, auch aus dem Bekenntnis zum Deutschtum speiste),<sup>98</sup> Kriegsbeschädigte sowie Kriegerwitwen und -waisen, welche daher ebenfalls einen Anspruch auf Entschädigung hätten.<sup>99</sup>

Völlig im Einklang mit dem Prinzip der Gleichbehandlung traten die Freiheitlichen daher z.B. auch für Opfergruppen ein, die ideologisch den Freiheitlichen nicht nahestehen, wie Sinti und Roma, sudetendeutsche Sozialisten oder Kommunisten, die in der ČSSR verfolgt wurden, Sozialisten, die während des „Ständestaates“ verfolgt wurden, sowie Sozialisten oder Kommunisten, die nach 1938 aus taktischen Gründen Nazis geworden und daher nach 1945 verfolgt wurden.<sup>100</sup>

Andererseits folgt daraus zwangsläufig, dass die Freiheitlichen sich gegen die Strafbarmachung

der Leugnung nur eines ganz bestimmten Massenmordes – und zwar unabhängig von dem Eingeständnis der Einzigartigkeit dieses Falles – aussprechen, oder auch die freiheitliche Ablehnung der pauschalen Rehabilitierung der Deserteure unter dem Deckmantel des Widerstandes, wenn dadurch auch ein eindeutiges Verbrechen wie Mord ungesühnt bleiben sollte.

Die Freiheitlichen orteten auch bei der Behandlung der ehemaligen Nationalsozialisten (genauer: Parteimitglieder der NSDAP sowie Mitglieder bestimmter Formationen) nach 1945 Fälle ungerechter politischer Verfolgung.<sup>101</sup> Natürlich geht es hier nicht um die Gutheißung oder Leugnung der von Nationalsozialisten oder unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangenen Verbrechen, sondern um die rechtliche Grundlage der Bestrafungen. So lehnten die Freiheitlichen, gemäß dem Grundsatz *nul-lum crimen sine lege*, die rückwirkende Bestrafung von Verbrechen (anstelle der Anwendung des österreichischen Strafrechts) ebenso ab wie das im Verbotsgesetz wirkende Prinzip der Kollektivschuld, weil allein die Mitgliedschaft in der NSDAP ausreichte, um in Listen registriert zu werden, was die Entfernung aus Ämtern oder Wahlverbot für ehemalige Parteimitglieder zur Folge hatte. In diesem Zusammenhang wurde auch wiederholt die Frage gestellt, warum eigentlich die „illegalen“ Nationalsozialisten niemals in den Genuß von Strafmilderungen gekommen seien, denn schließlich hätte ja der „Ständestaat“ die Verfassung zuerst gebrochen und auch andere Parteien verboten.

Sämtliche dieser sich aus den freiheitlichen Grundhaltungen ergebenden Position werden vom politischen Gegner mit den folgenden Begründungen zurückgewiesen:

1. Heimatvertriebene oder auch Nazis, die selber kein Verbrechen begangen haben, hätten sich dennoch aufgrund unterlassener aktiver Widerstandsleistung in einem gewissen Sinne

<sup>98</sup> Gredler, 13. März 1957 und 22. März 1961; Haider, 23. März 1988 und 1. Juni 1995; Ofner 1. Juni 1995 und 5. November 1998; Scrinzi, 16. Mai 1975; und Graf, 5. November 1998.

<sup>99</sup> Zu Witwen und Waisen siehe Gredler, 18. Jänner 1956 und 22. März 1961; und Haider, 23. März 1988. Zum Eintreten für die „anständigen“ Soldaten unter den Toten und Beschädigten siehe die gesamte Deserteursdebatte am 21. Oktober 2009 sowie Dolinschek und Haider, 1. Juni 1995; und Gredler, 22. März 1961.

<sup>100</sup> Graf, 5. November 1998; Stüber, 14. März 1951; und Pfeifer, 11. Juli 1951.

<sup>101</sup> Siehe hier v.a. die Debatte zur NS-Amnestie 1957 am 14. März 1957.

– quasi als „Ermöglicher“ – mitschuldig gemacht.<sup>102</sup>

2. Zwar herrschte sogar ein Minimalkonsens unter allen Parteien (sogar den Kommunisten), dass es nach 1945 auch Einzelfälle von Ungerechtigkeit gegeben hätte, aber das sei teilweise verständlich aus der Stimmung der Zeit heraus (noch unter dem unmittelbaren Eindruck der NS-Verbrechen) und zudem könnte man es auch unschuldigen Nazis angesichts der Schwere dieser Verbrechen zumuten, einen Teil des Unrechts von 1945 gewissermaßen als „Sühneleistung“ in Kauf zu nehmen.<sup>103</sup>
3. Bei den „Illegalen“ kam noch – ob sie nun anderer Verbrechen unschuldig waren oder gar als weitere Erschwerung – das besondere Vergehen hinzu, dass sie aufgrund ihres damaligen Bekenntnisses eindeutig Feinde Österreich gewesen seien.
4. Schließlich wurde routinemäßig der Vorwurf des Aufrechnens – z.B. wenn die Freiheitlichen auch „indirekten“ Opfern Entschädigungen zukommen lassen wollten oder die Opfer des Nationalsozialismus auf eine Stufe mit den Opfern des Kommunismus stellten – oder der Vorwurf, dass für die Freiheitlichen vorher begangene Untaten durch nachher erlittenes Leid aufgehoben worden wären, so dass am Ende alle Täter verschwunden seien, erhoben.

Obwohl all diese Argumente aus freiheitlicher Sicht gegen die Grundsätze der Rechtsgleichheit bzw. dass Unrecht immer Unrecht bleibe verstoßen und/oder dem Prinzip der Kollektivschuld entstprechen, wurde den Freiheitlichen ihre Argumentation vom politischen Gegner noch zusätzlich durch folgende Faktoren erschwert.

Obwohl nach 1945 freilich beide Großparteien selber ehemalige Nationalsozialisten in ihren Reihen hatten (die dadurch aber „reingewaschen“ wurden) und selber gerne die Wählerstimmen der amnestierten Nationalsozialisten bekommen hätten, profitierten die Freiheitlichen wohl relativ am meisten von der Amnestie und hatten sich auch immer als Anwalt der zu

Unrecht verfolgten Nationalsozialisten gegeben, was zum Vorwurf der Sympathie für die NS-Ideologie führte.

Nun ist klar, dass allein aufgrund der Größenverhältnisse (die Deutschfreiheitlichen erreichten bei den Nationalratswahlen der Ersten Republik nie mehr als 17,25% der Stimmen) die Nationalsozialisten während der Anschlusszeit nicht nur die Unterstützung des deutschfreiheitlichen Lagers genossen haben, d.h. ein Gutteil der Mitläufer muss auch aus dem roten und schwarzen Lager gekommen sein. Dementsprechend lautete der eigentliche Vorwurf ja auch, dass es die echten, die unverbesserlichen „Nazis“ waren, die den Kern der FPÖ darstellten.

An diesem Punkt könnte man die „Henne oder Ei“ Frage stellen, ob nun die freiheitlichen Prinzipien von sich aus die Intervention zugunsten der unschuldigen Nazis bedingt hätten oder ob diese nur zum Schein aufgestellt worden wären, um aufgrund der ideologischen Nähe, aber auf „unverdächtige“ Weise, den Nazis helfen zu können.

Die Geschichte des Dritten Lagers gibt eine eindeutige Antwort auf diese Frage, wie es beispielsweise Wilfried Gredler in seinem kurzen geschichtlichen Abriss am 13. März 1957 klargestellt hatte. Oder man denke an Helfried Pfeifers Berufung auf das „Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger“ von 1867, dessen Grundrechtskatalog eine Standardforderung des politischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts war, als er in der Sitzung am 11. Juli 1951 die Bedeutung der Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Gleichbehandlung für die freiheitliche Position hervorhob.

Ebenso klar ist, wie von Friedhelm Frischenschlager angedeutet, dass zwischen dem Dritten Lager und dem Nationalsozialismus ein historisches Sonderverhältnis besteht, und Adam Wandruszka hat eine eindrucksvolle Erklärung dafür gegeben, warum das deutschfreiheitliche Lager in der Ersten Republik besonders schnell von den aufkommenden Nationalsozialisten absorbiert wurde.<sup>104</sup> In diesem Sinne versuchte ja auch Heinrich Zechmann am 14. März 1957 darzulegen, warum die Kombination des nationalen und sozialen

<sup>102</sup> Weismann, 14. März 1957; und Kier, 5. November 1998.

<sup>103</sup> Weismann, 14. März 1957; und Jochmann, 13. März 1957.

<sup>104</sup> Adam Wandruszka, „Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischer Bewegungen“, in:

Gedankens viele Menschen schon lange vor Hitler fasziniert habe.<sup>105</sup>

Daher ist es – wie Wilfried Gredler am 13. März 1957 monierte – in der Tat unzulässig, dem Dritten Lager immer wieder „die Glocke des Nationalsozialismus“ überzustülpen, um ihm damit „die Möglichkeit der Argumentation“ zu rauben.

Sich mit den Entgleisungen, die es gab und gibt, auseinanderzusetzen, ist Aufgabe dieser Kommission, aber es sollte auch nicht jede Äußerung auf die Goldwaage gelegt werden, so als ob etwa Michael Krüger den Holocaust oder die Toten der Reichspogromnacht geleugnet hätte, bloß weil er es vorgezogen hat, in letzterem Zusammenhang nur die „brennenden Synagogen“ zu erwähnen.

Auch die oben bereits zitierten Worte Norbert Gugerbauers vom 26. Feber 1992 nehmen einiges von der heutigen politischen Diskussionskultur, wo sehr schnell und undifferenziert Begriffe wie „Nazis“ und „Rassismus“ eingeworfen werden, vorweg:

„Es darf nicht angehen, dass all das, was unorthodox klingt, dass all das, was rechts der politischen Mitte angesiedelt ist, sofort als ‚extrem‘ eingestuft wird, denn damit hilft man erst jenen Extremen, damit wertet man die wirklich Rechts-extremen auf, und damit verschafft man ihnen einen Stellenwert, der ihnen tatsächlich nicht zukommt“.

Ein weiterer Faktor, der heute praktisch als mit nationalsozialistischem Gedankengut identisch angesehen wird, ist das Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft. Auch in diesem Kontext kann man auf ein Zitat zurückgreifen, und zwar auf jene Worte Friedrich Peters, mit denen er schon 1967 klagte, dass das „Bekenntnis zum deutschen Volkstum mit den Hypotheken, die der Nationalsozialismus dem deutschen Volk auferlegt hat“, identifiziert wurde.

Bei aller praktischen Bedeutungslosigkeit – die Freiheitlichen selbst haben immer klare Bekenntnisse zur österreichischen Eigenstaatlichkeit abgelegt, kaum jemand in Österreich will heute noch einen

„Anschluss“ an die BRD, und es gilt ohnehin, weit-aus wichtigere Probleme zu lösen – kann man wohl vom politischen Gegner erwarten, dass man diese Sichtweise als das akzeptiert, was sie ist, nämlich ein rein intellektuelles Festhalten an einer Schicht Identität, das historisch – die in den Nationalfeiertagsdebatten angeführten Zitate beweisen es zur Genüge – sowohl aufrichtig als auch „unschuldig“ ist, aber in einer Zeit, wo ja schon die Idee, dass eine Gemeinschaft wenigstens zum Teil auf Abstammung beruhen kann, zunehmend in Frage gestellt wird, anachronistisch anmuten mag.

Und so wenig irgendein Österreicher dazu gezwungen werden soll, sich auch als Deutscher zu fühlen, so sollten auch diejenigen Österreicher, die das vehement ablehnen, die Toleranz aufbringen, den deutschfreiheitlich fühlenden Menschen ihr Österreichtum nicht abzusprechen oder gar Nähe zum Nationalsozialismus zu unterstellen.

Zu guter Letzt noch ein Faktor, den man als eine Art doppelter „Schwarzen Peter“-Effekt im Dreiecksverhältnis der drei großen Lager mit Hinblick auf die beiden Diktaturen im Österreich des 20. Jahrhundert bezeichnen könnte. Das Grundschema war schon in den frühen Restitutionsdebatten erkennbar, als der VdU noch nicht einmal im Nationalrat vertreten war.<sup>106</sup>

Demnach ist die SPÖ immer das „Opfer“, da sie 1934 verboten wurde und 1938 verboten blieb. Die ÖVP (bzw. ihre Vorläuferin, die Christlichsoziale Partei) war ganz klar einmal „Täter“ (1934) und einmal „Opfer“ (1938). Das Dritte Lager – das dieser Logik zufolge großzügig mit der NS-Diktatur assoziiert wird – war auch einmal, nämlich 1938, „Täter“, aber 1934, für das es Opferstatus reklamieren könnte, trotzdem *kein* Opfer, oder wenigstens nicht in einem Ausmaß vergleichbar mit dem Opferstatus der beiden anderen Lager.

Warum? Als die Sozialdemokraten vom „Ständestaat“ eingesperrt wurden, waren sie zu Unrecht eingesperrt und einfach nur „Opfer“. Als die Braunen vom „Ständestaat“ eingesperrt wurden, waren sie als Feinde Österreichs bzw. weil sie be-

Heinrich Benedikt (Hg.), Geschichte der Republik Österreich (Wien 1977), 289-485.

<sup>105</sup> Zu diesem Thema besonders empfehlenswert William J. McGrath, *Dionysian Art and Populist Politics in Austria* (New Haven 1974) und Michael Wladika, *Hitlers Vätergeneration: Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k. u. k. Monarchie* (Wien 2005).

<sup>106</sup> Nationalratssitzungen am 22. Juni 1949 und 14. Juli 1949.

reits die Diktatur von 1938 vorbereiteten, zu Recht eingesperrt. Daran änderte nach 1945 die Solidarität von Roten und Braunen während des Ständestaats genauso wenig wie der Umstand, dass die Sozialdemokratie traditionell auch nicht gerade der größte Freund der Idee einer österreichischen Nation war.

Damit hatte das Dritte Lager zwei Mal die schlechteren Karten gegenüber den beiden anderen Lagern.

Gegenüber der SPÖ in jeder Hinsicht. Und gegenüber der ÖVP dadurch, dass die Diktatur von 1938 grundsätzlich viel schlimmer als jene von 1934 gewesen ist<sup>107</sup> bzw. weil die Diktatur von 1934 ja angeblich zur Bewahrung der österreichischen Souveränität notwendig gewesen sei, während der braune Opferstatus von 1934 durch das Eintreten für den Anschluss kompromittiert war. Damit erklärt sich auch die prinzipiell ungerichte, aber aufgrund der schwächeren Argumentationsbasis des Dritten Lagers nachvollziehbare Behandlung der „illegalen“ Nationalsozialisten.

Somit konnten sich zwar SPÖ und ÖVP gegenseitig alle möglichen parteitaktisch motivierte und entsprechend überzogene Vorwürfe an den Kopf werfen – wie etwa dass 1934 nur die Vorstufe zu 1938 bzw. die Sozialdemokratie die wahre Zerstörerin der Demokratie in der Ersten Republik gewesen sei –, doch unter dem Strich änderte sich im Verhältnis der drei Lager an der Schuldfrage von 1938 nichts.

Wenn allerdings die FPÖ die beiden anderen Parteien der Verschleppung der Entschädigungsfrage gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus oder des Antisemitismus bezichtigte,<sup>108</sup> so „verpufften“ diese Vorwürfe in den Augen der Beschuldigten, da ja ihrer Ansicht nach die mit den Freiheitlichen assoziierte Diktatur von 1938 bis 1945 das erste Problem überhaupt erst ins Leben gerufen habe und hinsichtlich des zweiten Problems mit dem Holocaust alles andere in den Schatten gestellt habe.

Das gesamte Argumentationssystem steht und fällt allerdings mit der Assoziation des Dritten

Lagers mit der nationalsozialistischen Diktatur. Wenn man jedoch die freiheitlichen Abgeordneten in ihren Redebeiträgen zu Schlüsselthemen im Zusammenhang mit der Bewältigung der NS-Vergangenheit „beim Wort“ nimmt, so ist diese Assoziation seriös nicht aufrecht zu erhalten.

## 4 Anhang

### 4.1 Verzeichnis der behandelten Gesetze und Debatten

#### 5. Rückstellungsgesetz [1949]

Bundesgesetz vom 22. Juni 1949 über die Rückstellung entzogenen Vermögens juristischer Personen des Wirtschaftslebens, die ihre Rechtspersönlichkeit unter nationalsozialistischem Zwang verloren haben. BGBl. Nr. 164/1949, 23.08.1949

Stenographisches Protokoll, 114. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 22. Juni 1949

#### 2. Rückgabegesetz [1949]

Bundesgesetz vom 22. Juni 1949 über die Rückgabeansprüche aufgelöster oder verbotener demokratischer Organisationen als Bestandnehmer. BGBl. Nr. 165/1949, 23.08.1949

Stenographisches Protokoll, 114. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 22. Juni 1949

#### 6. Rückstellungsgesetz [1949]

Bundesgesetz vom 30. Juni 1949 über die Rückstellung gewerblicher Schutzrechte. BGBl. Nr. 199/1949, 03.09.1949

Stenographisches Protokoll, 115. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 30. Juni 1949

#### 7. Rückstellungsgesetz [1949]

Bundesgesetz vom 14. Juli 1949 über die Geltendmachung entzogener oder nicht erfüllter Ansprüche aus Dienstverhältnissen in der Privatwirtschaft. BGBl. Nr. 207/1949, 13.09.1949

Stenographisches Protokoll, 117. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 14. Juli 1949

#### 3. Rückgabegesetz [1949]

Bundesgesetz vom 14. Juli 1949 über die Geltendmachung von in der Zeit zwischen März 1933 und März 1938 verlorengegangenen Ansprüchen aus Privatdienstverhältnissen. BGBl. Nr. 208/1949, 13.09.1949

Stenographisches Protokoll, 117. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 14. Juli 1949

2. Rückstellungsanspruchsgesetz [1951; zweite Abstimmung nach Einspruch des Bundesrates]

Bundesgesetz vom 11. Juli 1951 über die Übertragung der Ansprüche auf Rückstellung von Vermögen einiger juristischer Personen, die ihre Rechtspersönlichkeit während der deutschen Besetzung Österreichs verloren und später nicht wiedererlangt haben. BGBl. Nr. 176/1951, 27.08.1951

Stenographisches Protokoll, 58. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, VI. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 11. Juli 1951

2. Rückstellungsanspruchsgesetz [1951; erste Abstimmung]

Stenographisches Protokoll, 50. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, VI. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 14. März 1951

#### 3. Rückstellungsanspruchsgesetz [1953]

Bundesgesetz vom 16. Dezember 1953 über die Übertragung der Ansprüche auf Rückstellung von Vermögen weiterer juristischer Personen, die ihre Rechtspersönlichkeit während der deutschen Besetzung Österreichs verloren und später nicht wiedererlangt haben, und über die Abänderung und Ergänzung des 2. Rückstellungsanspruchsgesetzes. BGBl. Nr. 23/1954, 30.01.1954

Stenographisches Protokoll, 30. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, VII. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 16. Dezember 1953

#### 4. Rückstellungsanspruchsgesetz [1961]

Bundesgesetz vom 17. Mai 1961 über die Erhebung von Ansprüchen der Auffangorganisationen auf Rückstellung von Vermögen nach den Rückstellungsgesetzen. BGBl. Nr. 133/1961, 09.06.1961

Stenographisches Protokoll, 66. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

IX. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 17. Mai 1961

#### Entschädigungsfondsgesetz [2001]

Bundesgesetz über die Einrichtung eines Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus und über Restitutionsmaßnahmen sowie zur Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes und des Opferfürsorgegesetzes. BGBl. Nr. 12/2001, 28.02.2001

Stenographisches Protokoll, 55. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXI. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 31. Jänner, und Donnerstag, 1. Feber 2001

**Bundesverfassungsgesetz über die vorzeitige Beendigung der im Nationalsozialistengesetz vorgesehenen Sühnefolgen, die Einstellung von Strafverfahren und die Nachsicht von Strafen für bestimmte Gruppen belasteter Personen.** [1949; abgelehnt]

Stenographisches Protokoll, 116. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 13. Juli 1949

#### 11. Opferfürsorgegesetz-Novelle [1957]

Bundesgesetz vom 13. März 1957, mit dem das Opferfürsorgegesetz vom 4. Juli 1947, BGBl. Nr. 183, in der geltenden Fassung abgeändert und ergänzt wird. BGBl. Nr. 77/1957, 28.03.1957

Stenographisches Protokoll, 27. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, VIII. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 13. März 1957

#### NS-Amnestie 1957

Bundesverfassungsgesetz vom 14. März 1957, womit Bestimmungen des Nationalsozialistengesetzes, BGBl. Nr. 25/1947, abgeändert oder aufgehoben werden. BGBl. Nr. 82/1957, 29.03.1957

Stenographisches Protokoll, 28. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, VIII. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 14. März 1957

**Bundesgesetz vom 25. Oktober 1965 über den österreichischen Nationalfeiertag.**

BGBl. Nr. 298/1965, 26.10.1965

Stenographisches Protokoll, 89. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, X. Gesetzgebungsperiode, Montag, 25. Oktober 1965

**Bundesgesetz vom 19. Oktober 1966, mit dem für den Nationalfeiertag im Jahre 1966 eine Sonderregelung getroffen wird.**

BGBl. Nr. 231/1966, 25.10.1966

Stenographisches Protokoll, 28. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XI. Ge-

<sup>107</sup> Das war sie zweifellos auch, was die Massenmorde betrifft. Nur waren davon in erste Linie Menschen außerhalb des Großdeutschen Reiches bzw. jüdische Deutsche und Österreicher betroffen, d.h. die überwältigende Mehrheit der schwarz-roten Bevölkerung hatte von den Machthabern wenig zu befürchten, außer wenn man sich beispielsweise weiterhin als überzeugter Marxist deklarierte oder aus christlicher Überzeugung den Kriegsdienst verweigerte. Und auch die Sozialdemokratie war gegenüber ihren exilierten jüdischen Genossen nicht besonders mitfühlend.

<sup>108</sup> Krüger, 31. Jänner 2001, 11. Juli 1995, und 5. November 1998.

setzungsperiode, Mittwoch, 19. Oktober 1966

**Bundesgesetz vom 28. Juni 1967 über den österreichischen Nationalfeiertag.**

BGBL. Nr. 263/1967, 25.07.1967

Stenographisches Protokoll, 62. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XI. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 28. Juni 1967

**Verbotsgesetz-Novelle 1992**

Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Verbotsgesetz geändert wird. BGBL. Nr. 148/1992, 19.03.1992

Stenographisches Protokoll, 59. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XVIII. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 26., und Donnerstag, 27. 2. 1992

Änderung des Strafgesetzbuches zur Verhinderung von Terrorismus [2011]

Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch zur Verhinderung von Terrorismus sowie das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung 1975 zur Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes der Umwelt geändert werden. BGBL. Nr. 103/2011, 21.11.2011

Stenographisches Protokoll, 124. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXIV. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 19., und Donnerstag, 20. Oktober 2011

**Hilfsfondsgesetz [1956]**

Bundesgesetz vom 18. Jänner 1956, womit Bundesmittel zur Hilfeleistung an politisch Verfolgte, die ihren Wohnsitz und ständigen Aufenthalt im Ausland haben, zur Verfügung gestellt werden. BGBL. Nr. 25/1956, 16.02.1956

Stenographisches Protokoll, 92. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, VII. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 18. Jänner 1956

**12. Opferfürsorgegesetz-Novelle [1961]**

Bundesgesetz vom 22. März 1961, mit dem das Opferfürsorgegesetz, BGBL. Nr. 183/ 1947, abgeändert und ergänzt wird. BGBL. Nr. 101/1961, 21.04.1961

Stenographisches Protokoll, 63. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, IX. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 22. März 1961

**Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz [1988]**

Bundesgesetz vom 23. März 1988, mit dem aus Anlass des 50. Jahrestages der Okkupation Österreichs einmalige Ehrengaben und Zuwendungen für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung geleistet werden und das

Bundesfinanzgesetz 1988 sowie das Opferfürsorgegesetz [1947] geändert werden. BGBL. Nr. 197/1988, 21.04.1988

Stenographisches Protokoll, 56. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XVII. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 23. März 1988

**Nationalfonds [1995]**

Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus. BGBL. Nr. 432/1995, 30.06.1995

Stenographisches Protokoll, 40. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XIX. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 1., und Freitag, 2. Juni 1995

**Versöhnungsfonds-Gesetz [2000]**

Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes. BGBL. Nr. 74/2000, 08.08.2000

Stenographisches Protokoll, 34. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXI. Gesetzgebungsperiode, Freitag, 7. Juli 2000

**Einrichtung des Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich [2010]**

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Einrichtung des Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich erlassen sowie das Nationalfondsgesetz geändert wird. BGBL. Nr. 99/2010, 14.12.2010

Stenographisches Protokoll, 83. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XXIV. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 17. November 2010

**Kreuznacher Abkommen [1962]**

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Regelung von Schäden der Vertriebenen Umsiedler und Verfolgten, über weitere finanzielle Fragen und Fragen aus dem sozialen Bereich (Finanz- und Ausgleichsvertrag) samt Schlussprotokoll und fünf Notenwechselln. BGBL. Nr. 283/1962, 28.09.1962

Stenographisches Protokoll, 96. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, IX. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 4. April 1962

**Vertrag mit der ČSSR [1975]**

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen

Republik zur Regelung bestimmter finanzieller und vermögensrechtlicher

Fragen samt Anlagen mit Briefwechsel. BGBL. Nr. 451/1975, 26.08.1975

Stenographisches Protokoll, 146. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XIII. Gesetzgebungsperiode, Freitag, 16. Mai 1975

**Vertrag mit Ungarn [1967]**

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik zur Regelung offener finanzieller Fragen samt Anlagen. BGBL. Nr. 293/1967, 11.08.1967

Stenographisches Protokoll, 56. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XI. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 31. Mai 1967

**Vertrag mit Polen [1974]**

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen zur Regelung bestimmter finanzieller Fragen samt Briefwechsel und Zusatzprotokoll. BGBL. Nr. 74/1974, 05.02.1974

Stenographisches Protokoll, 37. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XII. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 10. März 1971

**1. Kunst- und Kulturbereinigungsgesetz [1969]**

Bundesgesetz vom 27. Juni 1969 über die Bereinigung der Eigentumsverhältnisse des im Gewahrsam des Bundesdenkmalamtes befindlichen Kunst- und Kulturgutes. BGBL. Nr. 294/1969, 14.08.1969

Stenographisches Protokoll, 145. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XI. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 26., Freitag, 27. Juni und Dienstag, 8. Juli 1969

**2. Kunst- und Kulturbereinigungsgesetz [1985]**

Bundesgesetz vom 13. Dezember 1985 über die Herausgabe und Verwertung ehemals herrenlosen Kunst- und Kulturgutes, das sich im Eigentum des Bundes befindet. BGBL. Nr. 2/1986, 03.01.1986

Stenographisches Protokoll, 122. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XVI. Gesetzgebungsperiode, Freitag, 13. Dezember 1985

Änderung des 2. Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetzes [1995]

Bundesgesetz, mit dem das 2. Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetz geändert wird. BGBL. Nr. 515/1995, 04.08.1995

Stenographisches Protokoll, 45. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XIX. Ge-

setzungsperiode, Dienstag, 11. Juli 1995

**Kunstrückgabegesetz [1998]**

Bundesgesetz über die Rückgabe von Kunstgegenständen aus den Österreichischen Bundesmuseen und Sammlungen. BGBL. 181/1998, 04.12.1998

Stenographisches Protokoll, 146. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XX. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 5. November 1998

**Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz [2009]**

Bundesgesetz, mit dem ein Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz erlassen wird. BGBL. Nr. 110/2009, 17.11.2009

Stenographisches Protokoll, 40. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXIV. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 21. Oktober 2009

**4.2 Verzeichnis der im Text zitierten Abgeordneten (nach Fraktion)**

Thomas Barmüller (FPÖ, ab 1993 LiF)

Holger Bauer (FPÖ)

Reinhard Bösch (FPÖ)

Tassilo Broesigke (FPÖ)

Peter Fichtenbauer (FPÖ)

Friedhelm Frischenschlager (FPÖ, ab 1993 LiF)

Martin Graf (FPÖ)

Wilfried Gredler (VdU, FPÖ)

Norbert Gugerbauer (FPÖ)

Jörg Haider (FPÖ)

Herbert Haupt (FPÖ)

Karl Hartleb (VdU)

Alois Huber (FPÖ)

Jörg Kandutsch (VdU, FPÖ)

Wilhelm Kindl (VdU, FPÖ)

Werner Melter (FPÖ)

Harald Ofner (FPÖ)

Sylvia Papházy (FPÖ)

Friedrich Peter (FPÖ)

Helfried Pfeifer (VdU, FPÖ)

Walter Rosenkranz (FPÖ)

Herbert Scheibner (FPÖ, ab 2005 BZÖ)

Otto Scrinzi (FPÖ)

Harald Stefan (FPÖ)

Fritz Stüber (VdU, ab 1953 parteilos)

Emil van Tongel (FPÖ)

Lutz Weininger (FPÖ)

Heinrich Zechmann (FPÖ)

Gustav Zeillinger (VdU, FPÖ)



Brigitte Ederer (SPÖ)  
Willi Fuhrmann (SPÖ)  
Rupert Gmoser (SPÖ)  
Leopold Gratz (SPÖ)  
Friedrich Hillegeist (SPÖ)  
Alfred Horn (SPÖ)  
Rosa Jochmann (SPÖ)  
Stella Klein-Löw (SPÖ)  
Peter Kostelka (SPÖ)  
Karl Mark (SPÖ)  
Alfred Migsch (SPÖ)  
Walter Nowotny (SPÖ)  
Josef Pfeifer (SPÖ)  
Bruno Pittermann (SPÖ)  
Elisabeth Pittermann (SPÖ)  
Otto Probst (SPÖ)  
Annemarie Reitsamer (SPÖ)  
Waltraud Schütz (SPÖ)  
Alfred Ströer (SPÖ)  
Paul Truppe (SPÖ)  
Otto Tschadek (SPÖ)  
Stephan Tull (SPÖ)  
Eduard Weikhart (SPÖ)  
Peter Wittmann (SPÖ)

Volker Kier (Liberales Forum)  
  
Karl Öllinger (Grüne)  
Peter Pilz (Grüne)  
Severin Renoldner (Grüne)  
Karl Smolle (Grüne)  
Johannes Voggenhuber (Grüne)  
Harald Walser (Grüne)  
  
Ernst Fischer (KPÖ)  
Franz Honner (KPÖ)  
  
Fritz Bock (ÖVP)  
Josef Dengler (ÖVP)  
Heribert Donnerbauer (ÖVP)  
Michael Graff (ÖVP)  
Felix Hurdes (ÖVP)  
Franz Karasek (ÖVP)  
Ingrid Korosec (ÖVP)  
Erwin Machunze (ÖVP)  
Fritz Neugebauer (ÖVP)  
Fritz Polcar (ÖVP)  
Franz Prinke (ÖVP)  
Leopold Weismann (ÖVP)

---

**Das „Dritte Lager“ aus der  
Sicht der Sowjetunion  
1945–1956 und 1983–1986**  
von  
**Stefan Karner**

**Inhalt**

1	<b>Vorbemerkungen und Arbeitsumfang</b>	287
1.1	Arbeitsumfang	287
2	<b>Zum Stand der Forschung</b>	289
3	<b>Forschungsleitende Fragestellungen</b>	291
4	<b>Vorbedingungen zur Gründung einer vierten Partei in Österreich</b>	292
5	<b>Der Verband der Unabhängigen (VdU)</b>	298
5.1	Kraus: „Bin einer von Euch“	298
5.2	Oberweis	299
5.3	Figl: „Dünne Schale“	300
5.4	1950/51: Breitner und das Hoch des VdU	302
5.5	Der VdU in der Krise: Unstimmigkeiten und Streit	303
5.6	1955: Die Spaltung der Partei – das Ende des VdU	305
5.7	1955: Staatsvertrag und Programmkrise des VdU	306
5.8	1955/56: Kampf um die Stimmen des VdU	307
6	<b>Die Anfänge der FPÖ</b>	308
6.1	Peter: „Der Kommunismus ist unser Feind“	309
6.2	Neonazistische Organisationen	310
7	<b>Zusammenfassung</b>	321

Gemäß der mir gestellten Aufgabe war das „Dritte Lager aus der Sicht der Sowjetunion 1945–1956 und 1983–1986“ aus Quellenbeständen russischer Zentralarchive in Moskau darzustellen. Als Ergebnis der Studien war – die wissenschaftliche Erschließung und Auswertung des zu erhebenden russischen Quellen- und Dokumentenmaterials durchzuführen sowie – ein Schlussbericht samt Quellenangaben der im Bericht verwendeten Archivunterlagen im Umfang von 20 DIN-A4-Seiten zu erstellen, der die aus den Quellen darstellbaren sowjetischen Sichtweisen zum VdU und seiner unmittelbaren Vorgeschichte (1949–1955/56), zur Gründung der FPÖ 1956 und, sofern die russischen Archive Einsicht gewähren, zur Regierungsbeteiligung der FPÖ 1983 widerspiegeln sollte.

## 1 Vorbemerkungen und Arbeitsumfang

Es war bei Übernahme der Aufgabe generell klar, dass ein Erfolg dieses ambitionierten und bislang einzigartigen Forschungsvorhabens wesentlich von der Bereitschaft der russischen Stellen und Zentralarchive abhängig sein würde, eine Einsicht in die sowjetischen Bestände zu gewähren. Nach einer vorab erfolgten kollegialen Abklärung und entsprechenden, notwendigen Antragstellungen durch den Verfasser kamen als themenrelevante Zentralarchive in erster Linie in Betracht:

- Das Zentralarchiv des Außenministeriums der Russischen Föderation (AVP RF) mit seinem Bestand der „Österreich-Referatur der 3. Europäischen Abteilung“.
- Das Russische Staatsarchiv für Neue Geschichte (RGANI), ehemals Zentralarchiv des ZK der KPdSU, mit seinen Beständen zu den im ZK der Kommunistischen Partei gesammelten Beständen mit Österreich-Bezug (Bestand F. 5) ab 1953.
- Das Russische Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte (RGASPI), ehemals Zentrales Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus, mit seinen Beständen und internen Analysen zur österreichischen Innenpolitik, v. a. zu den österreichischen Parteien, zu ihren führenden Persönlichkeiten, zu ideologisch-politischen Fragen im Verhältnis zur Sowjetunion und zum sowjeti-

schen Teil der Interalliierten Kommission bis 1953.

Generell muss darauf verwiesen werden, dass die Kooperation mit den russischen Staatsarchiven sehr konstruktiv war und dem Verfasser die nach den geltenden Archivordnungen der Russischen Föderation mögliche Akteneinsicht gewährt wurde. Die Handhabung der Sperrfristen und eine Einsichtnahme in die Findbücher erfolgten gemäß den geltenden Gesetzen. Dabei wird besonders auf den Personen- und Datenschutz hingewiesen, zu dem sich der Verfasser in den russischen Archiven verpflichten musste und der jedenfalls bei jedweder Veröffentlichung, neben den Autorenrechten, Anwendung finden muss.

### 1.1 Arbeitsumfang

Der Arbeitsumfang in Stunden ist schwer quantifizierbar. Er umfasste

- die Erschließung der relevanten russischen Archive (Antragstellungen, Gespräche mit Archivbeamten, Archivreisen nach Moskau, die Archivtätigkeit selbst – Auswahl der Faszikel/delo, Durchsicht, Auswahl der Exzerpte, Auswahl der zu kopierenden Seiten, Kopierkontrolle –, Beauftragung einer Übersetzerin, Auswahl der zu übersetzenden Seiten, Kontrolle und Korrekturen der Arbeitsübersetzungen usw.) sowie
- die Heranziehung der bestehenden Literatur, ihre Implementierung und schließlich
- die Abfassung des Beitrages.

Insgesamt wurden bei zahlreichen Archiv-Arbeitstagen die zugänglichen Bestände (F[onds]) der o. a. Zentralarchive herangezogen und weit über 100 Aktenfaszikel mit tausenden Seiten auf relevantes Material durchgesehen. Die folgende kurze Auflistung zeigt lediglich den Umfang jener Bestände, aus denen Materialien exzerpiert bzw. kopiert wurden. Allein dabei handelt es sich um rund 3.916 Seiten aus 40 Aktenfaszikeln, 25 Findbüchern und 6 umfangreichen Beständen. Im Einzelnen sind dies folgende Akteneinheiten (in Klammer die Anzahl der Seiten je Faszikel/delo):

**Russisches Staatliches Archiv für Sozialpolitik und Geschichte (= RGASPI), Moskau**  
Ehemaliges Parteiarchiv der KPdSU  
Bestände

F. 17, op. 137, d. 111, 200 S.

F. 17, op. 137, d. 114, 72 S.

F. 17, op. 137, d. 364, 80 S.  
 F. 17, op. 137, d. 685, 161 S.  
 F. 71, op. 46, d. 50, 225 S.  
 F. 71, op. 128, d. 685, 119 S.  
 F. 71, op. 128, d. 301, 101 S.  
 F. 71, op. 128, d. 781, 267 S.  
 F. 71, op. 128, d. 501, 120 S.  
 F. 71, op. 128, d. 505, 70 S.  
 F. 71, op. 128, d. 1088, 101 S.  
 F. 71, op. 128, d. 1089, 125 S.  
 F. 82, op. 2, d. 1121, 15 S.  
 F. 495, op. 187, d. 94, 119 S.  
 F. 495, op. 187, d. 98, 166 S.  
 F. 495, op. 187, d. 667, 42 S.

Zusammen 1.983 Seiten, wovon ein Teil kopiert wurde.

**Russisches Staatsarchiv für Neuere Geschichte (= RGANI), Moskau**

Ehemaliges Zentralarchiv des ZK der KPdSU Bestände

F. 5, op. 28, d. 331, 172 S.  
 F. 5, op. 28, d. 433, 342 S.  
 F. 5, op. 69, d. 69, 158 S.

Zusammen 672 Seiten, wovon ein Teil kopiert wurde.

**Zentralarchiv des Außenministeriums der Russischen Föderation (= AVP RF), Moskau**

Bestände  
 F. 66, op. 31, p. o. A., 31 S.  
 F. 66, op. 32, p. o. A., 44 S.  
 F. 66, op. 34, p. o. A., 3 S.  
 F. 66, op. 36, p. 70, 33 S.  
 F. 66, op. 39, p. 220, 180 S.  
 F. 66, op. 41, p. 27, 10 S.  
 F. 66, op. 43, p. 226, 51 S.  
 F. 66, op. 43, p. 91, 20 S.  
 F. 66, op. 44, p. 228, 101 S.  
 F. 66, op. 45, p. 97, 3 S.  
 F. 66, op. 46, p. 99, 2 S.  
 F. 66, op. 49, p. 206, 18 S.  
 F. 66, op. 49, p. 220, 155 S.  
 F. 66, op. 49, p. 237, 56 S.  
 F. 66, op. 51, p. 242, 34 S.  
 F. 66, op. 52, p. 244, 98 S.  
 F. 66, op. 53, p. 114, 59 S.  
 F. 66, op. 53, p. 246, 156 S.  
 F. 66, op. 60, p. 131, 120 S.  
 F. 66, op. 64, p. 144, 72 S.  
 F. 66, op. o. A., p. o. A., Ziff. 720/7, 15 S.

**Zentralarchiv des Inlandsgeheimdienstes**

**der Russischen Föderation (= CA FSB RF), Moskau**

Bestand  
 F. 4os, op. 4, d. 30

**Bundes-Beauftragter für die StaSi-Unterlagen (= BStU), Berlin**

Bestand  
 MfS, XV4628/64

**Privatsammlung Hilde Borodajkewycz, Wien**

Ein Teil der Akten wurde kopiert (dieser liegt im Umfang von zwei umfangreichen Ordnern dem Beitrag bei), ein kleiner Teil wurde ins Deutsche übersetzt (M. Gafurowa, korrigiert von Stefan Karner). Allerdings wäre es zweckmäßig, auch die weiteren Dokumente übersetzen zu lassen, um diese für das Archiv der FPÖ bearbeiten und auswerten zu können.

Eine Einsichtnahme in die zentralen Archive des KGB/FSB und des Verteidigungsministeriums war für diese Arbeit generell nicht möglich. Eine kleine Ausnahme bildet der Einzelbestand 4os, op. 4, d. 30, bei dem es sich um einen eigenen Bestand des Verfassers handelt. Ebenso die Unterlagen aus dem Archiv der StaSi-Behörde in Berlin und der Privatsammlung Borodajkewycz, Wien.

Diese Einschränkung war zu erwarten, konnte jedoch insofern kompensiert werden, als ein kleinerer Teil der Berichte geheimdienstlicher Art an die Moskauer Zentrale sich naturgemäß in aggregierter Form in Unterlagen des ehemaligen ZK der KPdSU (RGANI) findet, die – soweit gesetzlich möglich – herangezogen werden konnten. Unterlagen des ehemals sowjetischen Verteidigungsministeriums und des Generalstabs der Sowjetischen Streitkräfte hätten vermutlich für das Thema nur sehr beschränkte Relevanz. Eine Antragstellung an diese Zentralarchive erfolgte nicht. In den durchgesehenen ZK-Akten findet sich kein themenrelevantes Dokument aus dem Militärbereich zur FPÖ (bis 1986) oder zum VdU (bis 1955), wohl jedoch Berichte über verteidigungspolitische Einschätzungen, v. a. im Zusammenhang mit militärischer Neutralität und NATO.

Es waren, wie bereits ausgeführt, zur Erschließung und Bearbeitung dieses umfangreichen Quellenmaterials 2018/19 mehrere Reisen in die o. a. Archive nach Moskau unerlässlich. Ebenso unerlässlich war der ständige Kontakt

mit den verantwortlichen Archivdirektoren und Abteilungsleitern. Die Auswertung der Aktenbestände erfolgte parallel zu den Archivarbeiten.

Insgesamt ist von einem Netto-Arbeitsaufwand von geschätzten 850 Stunden auszugehen (ohne die Reisezeiten in die Archive).

**2 Zum Stand der Forschung**

Die über 150-jährige Geschichte des „Dritten Lagers“ in Österreich ist in vielen Arbeiten wissenschaftlich erforscht worden. Besonders hervorge-

hoben sollen hier die umfangreicheren Arbeiten von Dieter Grillmayer, Alexander Haas, Lothar Höbelt, Kurt Piringer, Viktor Reimann, Erich Reiter, Max E. Riedlsperger und Paul Weis<sup>1</sup> sowie die Beiträge und Sammelbände von Thomas Albrich, Peter Autengruber, Brigitte Bailer, Siegfried Beer, Brigitte Behal, Ernst Hanisch, Erich Marx, Sebastian Meissl, Martin Moll, Klaus-Dieter Mulley, Wolfgang Neugebauer, Martin F. Polaschek, Oliver Rathkolb, Manfred Rauchensteiner, Margit Reiter, Heinz-Dietmar Schimanko, Dieter Stiefel, Emmerich Talos, Adam Wandruszka, Erika Weinzierl, Paul Weis<sup>2</sup> und die Erinnerungen von Her-

- 1 Dieter Grillmayer, National und Liberal. Die Geschichte der Dritten Kraft in Österreich. Wien 2006; Alexander Haas, Die vergessene Bauernpartei: der steirische Landbund und sein Einfluss auf die österreichische Politik 1918–1934. Graz – Stuttgart 2000; Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur Dritten Kraft. Die Geschichte des VdU. Graz 1999 (= Höbelt, Vierte Partei); Lothar Höbelt, Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948–1955. Köln – Wien – Weimar 2015; Kurt Piringer, Der VdU. Verband der Unabhängigen 1949–1955. Eine Dokumentation. Wien 1999; Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik. Wien 1982 (= Piringer, VdU); Dieter Grillmayer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik. Wien 1982 (= Grillmayer, Geschichte der Freiheitlichen); Viktor Reimann, Die Dritte Kraft in Österreich. Wien 1980; Erich Reiter, Programm und Programmentwicklung der FPÖ. Wien 1982; Max E. Riedlsperger, The Lingering Shadow of Nazism: The Austrian Independent Party Movement since 1945. New York 1978.
- 2 Thomas Albrich, Die Linken für die Rechten: Labour Party, SPÖ und die „Vierte Partei“ 1948/49, in: Tel Aviver Jb. f. deutsche Geschichte, Jg. 19, 1990, S. 383-410; Peter Autengruber, Kleinparteien in Österreich 1945 bis 1966. Innsbruck 1997; Brigitte Bailer – Wolfgang Neugebauer, Die FPÖ. Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, in: Hb. d. österr. Rechtsextremismus. Wien 1993, S. 327-428; Brigitte Behal, Dr. Viktor Reimann 1915–1996. Historiker, Politiker, Publizist. Wien 2005; Günther Burkert, Der Landbund für Österreich, in: Emmerich Talos, u.a., Hb. d. Politischen Systems Österreich. Erste Republik 1918–1933. Wien 1995, S. 207-217; Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Wien 1994; Lothar Höbelt, Die Parteien des nationalen Lagers in der Ersten Republik, in: Carinthia I, Jg. 179, 1989, S. 359-384; Lothar Höbelt (Hg.), Burghard Breitner. Im Gedenken an einen großen Österreicher. Wien 1994; Lothar Höbelt, Vom ersten zum dritten Lager. Großdeutsche und Landbund in der Ersten Republik, in: Stefan Karner – Lorenz Mikoletzky (Hg.), Österreich. 90 Jahre Republik. 1918/2008. Innsbruck – Wien – Bozen 2008, S. 81-90; Lothar Höbelt, Die „Aktion Reinthaller“. „Ständestaat“ und „nationale Opposition“, in: Oberösterreich 1918–1938, Bd. 1. Linz 2014 (= Höbelt, „Aktion Reinthaller“), S. 47-88; Lothar Höbelt, Anton Reinthaller, in Manfred Welan – Gerhard Poschacher (Hg.), Von Figl bis Fischler. Stuttgart 2005; Erich Marx, Die Anfänge des „Verbandes der Unabhängigen“ in Salzburg, in: Salzburg und das Werden der Zweiten Republik. Salzburg 1985; Sebastian Meissl – Klaus-Dieter Mulley – Oliver Rathkolb (Hg.), Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich, 1945–1955. Wien 1986; Martin Moll, Das nationale Lager, in: Stefan Karner (Hg.), Die umkämpfte Republik. Österreich 1918–1938. Innsbruck – Wien – Bozen 2017, S. 183-192; Martin F. Polaschek, Im Namen der Republik Österreich! Die Volksgerichte in der Steiermark 1945 bis 1955. Graz 1998; Manfred Rauchensteiner, Der Sonderfall. Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955. Graz 1979; Manfred Rauchensteiner, Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945–1966. Wien 1987; Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger Nationalsozialisten im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in Zeitgeschichte 3/2017 (= Reiter, Inklusion und Exklusion), S. 143-159; Margit Reiter, Anton Reinthaller und die Anfänge der Freiheitlichen Partei Österreichs, in: VJHfZG 4/2018 (= Reiter, Reinthaller), S. 539-575; Heinz-Dietmar Schimanko, Der Fall Reinthaller. Wien 2017 (Schimanko, Reinthaller); Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich. Wien – München – Zürich 1991; Gerald Storuzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955. Wien, 4. Aufl., 1998; Wilhelm Swoboda, „... vorbehaltlos meine Pflicht erfüllt.“ Das Internierungslager Glasenbach, in: Zeitgeschichte 1/1995, S. 3-29; Adam Wandruszka, Das

bert Kraus, Franz Olah, Friedrich Peter oder Fritz Stüber werden<sup>3</sup>. Dazu kommt eine ganze Fülle an Artikeln in Publikationsreihen, wie dem Österreichischen Jahrbuch für Politik (seit 1975), oder in politischen Zeitschriften, wie dem „Neuen Forum“ oder dem „Profil“.

Die Sichtweise der sowjetischen Politik zu den Parteien des „Dritten Lagers“ in Österreich, also namentlich vor allem zu den großdeutschen Parteien oder dem Landbund in der Ersten sowie zum VdU und zur FPÖ in der Zweiten Republik, blieb bislang ein Forschungsdesiderat. Dies ist vor allem auf die bis vor wenigen Jahren kaum zugänglichen, ehemals sowjetischen, Archive, auf sprachliche Barrieren, auf die Versprengtheit der einschlägigen Aktenbestände und ihr dadurch schwieriges Zusammenführen, aber auch auf ein nicht vorhandenes primäres Interesse der österreichischen und russischen historischen Forschung zu diesem Thema zurückzuführen, was im Übrigen auch die Bearbeitung der sowjetisch/russischen Positionen zu ÖVP oder SPÖ betrifft.

Dies verwundert deshalb, weil gerade durch die Bearbeitung der österreichischen Parteien, ihrer wichtigsten Obleute und Vorsitzenden, ihres „Standings“ in den Augen der sowjetischen Politiker aus der Sicht der internen sowjetischen Berichte und Einschätzungen sehr viel über gegenseitiges Vertrauen und Misstrauen, über Entscheidungsprozesse, vorbeugende und Vorsichtsmaßnahmen erfahrbar gemacht werden kann. Dies trifft etwa auf der wichtigen persönlichen Ebene auf die Parteiführer der beiden Großparteien bis Ende der 1980er-Jahre, aber, wenn auch in geringerem Maße, auf die

in dieser Zeit wesentlich kleineren Parteien VdU und FPÖ zu, die erstmals 1983–1986 in eine Regierungsverantwortung gekommen war. Legendär waren das gute Verhältnis und die persönliche Wertschätzung etwa zwischen Bundeskanzler Julius Raab und Nikita S. Chrusčev oder zwischen Bundeskanzler Bruno Kreisky (SPÖ), Außenminister Kurt Waldheim und Leonid I. Brežnev während des „Kalten Krieges“. Sie trugen wesentlich dazu bei, dass etwa die Erdöllieferungen (aufgrund des Staatsvertrages) in die Sowjetunion in persönlichen Gesprächen drastisch gesenkt werden konnten oder Wien zweimal, 1961 (Kennedy–Chrusčev) und 1979 (Carter–Brežnev), Gastgeber eines Gipfels der beiden Supermächte wurde.

Gibt es etwa zu den Beziehungen und zur Einschätzung der KPÖ oder der SPÖ bzw. der Arbeiterbewegung doch eine Reihe von Abhandlungen,<sup>4</sup> so zeigt sich die wissenschaftliche Literatur zur sowjetischen Sichtweise gegenüber FPÖ oder VdU besonders rudimentär. Ausnahmen bilden lediglich zwei Monografien von Vladimir Turok<sup>5</sup>, der sich in den 1950er-Jahren auch mit den Parteien des „Dritten Lagers“ befasste, ein von Vladimir Ja. Švejcer herausgegebener und größtenteils von ihm verfasster Sammelband zu den politischen und wirtschaftlichen Systemen der Staaten der Alpenregion<sup>6</sup>, der insbesondere auf die Politik Kreiskys und damit in Zusammenhang partiell auch auf die FPÖ eingeht, in Ansätzen die knapp gehaltene Geschichte Österreichs von Aleksandr Vatlin<sup>7</sup> und der von Stefan Karner und Alexander Tschubarjan herausgegebene Sammelband Österreich–Russland<sup>8</sup>. In den beiden letzteren Büchern

„nationale“ Lager, in: Erika Weinzierl, u. a. (Hg.), Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1. Wien 1983, S. 277–315; Paul Weis, Die Großdeutsche Volkspartei zwischen Mitglieder- und Wählerpartei, in: Zeitgeschichte, Jg. 23, 1996.

- 3 Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987. Wien 1988; Franz Olah, Die Erinnerungen. Wien 1995; Friedrich Peter, Wurzeln und Entwicklungslinien der Freiheitlichen Partei Österreichs, in: Robert Kriechbaumer (Hg.), Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Wien 1998; Fritz Stüber, Ich war Abgeordneter. Die Entstehung der freiheitlichen Opposition in Österreich. Graz 1974.
- 4 Ol'ga I. Veličko, Avstrija X – XXI vekov. Istorija. Politika. Kul'tura. Bibliografija. Moskau 2012; diess., Ob izučenii avstrijskogo rabočego dviženija v SSSR. Moskau 1982.
- 5 Vladimir Turok, Očerki istorii Avstrii 1929–1938. Moskau 1955.
- 6 V. Ja. Švejcer, Gosudarstva al'pijskogo regiona i strany Beniljuks v menjajuščej Evrope. Moskau 2009.
- 7 Aleksandr Ju. Vatlin, Avstrija v XX. veke. Moskau 2006.
- 8 Stefan Karner – Alexander Tschubarjan (Hg.), Österreich – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte. Graz – Wien 2018. Der Band erschien auch in russischer Sprache: Stefan Karner – Aleksandr Čubar'jan (Red.), Rossija – Avstrija, vechi sovместnoj istorii. Moskau 2017. Das als Lehrbehef konzipierte Buch war ein Projekt der Österrei-

wird die FPÖ allerdings lediglich in das gesamte innenpolitische Geschehen eingebettet.

Die neuere, bemerkenswert breite und aktengestützte, wissenschaftliche Literatur zur sowjetischen Politik gegenüber Österreich geht auf die Rolle des VdU bzw. v. a. der FPÖ nur sehr rudimentär ein. Dazu zählen vor allem Arbeiten von G. Bordjugov, N. Egorova, Walter Iber, Stefan Karner, Mark Kramer, Wolfgang Mueller, Ol'ga Pavlenko, Peter Ruggenthaler, V. Kotov, Andrej Sorokin, Barbara Stelzl-Marx und Alexander Vatlin.<sup>9</sup>

Eine Arbeit zum VdU bzw. der FPÖ, aus sowjetischer Sicht und auf sowjetischer Aktenbasis fußend, fehlt bislang freilich gänzlich.

### 3 Forschungsleitende Fragestellungen

Die vorliegende Darstellung stellt nicht den Anspruch einer Geschichte von VdU und FPÖ zwischen 1945 und 1983/86, was auch die hier sehr rudimentäre Behandlung und Inklusion der bestehenden Literatur sowie die Nichtbehandlung wichtiger Ereignisse um die beiden Parteien impliziert. Einerseits lag dies nicht im Auftrag, andererseits wurde einiges in den zur Verfügung gestellten Akten nicht thematisiert. Da es sich zudem im Folgenden auch um keine Chronik handelt, aber auch nicht alle Ereignisse beschrieben

werden konnten, die von den sowjetischen Behörden rund um den VdU bzw. die FPÖ erfasst wurden (etwa Reisen von Politikern in die Sowjetunion, Gegeneinladungen, Beschreibungen von Parteitag, Personalfragen usw.), kann die folgende Darstellung auf Basis des sowjetischen Aktenmaterials nur jene Themen des „Dritten Lagers“ abhandeln, die in den Aktenbeständen einen deutlichen Niederschlag gefunden haben. Sie zeigen auch das primäre thematische Interesse der sowjetischen Politik.

Dabei zeigte es sich sehr schnell, dass an beiden Parteien die sowjetischen politischen Stellen weniger machtpolitisch oder in den wirtschaftlichen Implikationen interessiert waren. Das Schwergewicht des aktenmäßig darstellbaren sowjetischen Interesses lag auf ideologischen Fragen,

- den Problemen der Entnazifizierung,
- der Rückführung der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion und dem damit befürchteten Erstarken rechter Bewegungen,
- den Gesprächen zwischen VdU/FPÖ und ÖVP zu einer möglichen Regierungsbeteiligung in den 1950/1960er-Jahren,
- der Verhinderung eines starken bürgerlichen Blocks,
- dem Experiment der SPÖ-Minderheitsregierung mit Unterstützung der FPÖ unter Friedrich Peter (21.4.1970 bis 19.10./4.11.1971) und

chisch-Russischen Historikerkommission.

- 9 G. Bordjugov, u. a. (Hg.), Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955: Dokumente aus russischen Archiven. Sovetskaja politika v Avstrii: Dokumenty iz Rossijskich archivov. Wien 2005; N. I. Egorova – A. O. Čubar'jan (Hg.), Cholodnaja vojna. 1945–1963 gg. Istoričeskaja retrospektiva. Moskau 2003; Walter Iber, Die Sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. Zur Vorgeschichte der OMV 1945–1955. Innsbruck 2011 (= Iber, SMV); Stefan Karner – Barbara Stelzl-Marx – Alexander Tschubarjan (Hg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. 2 Bände: Beiträge und Dokumente, in deutscher und russischer Sprache. Wien – München 2005; Stefan Karner – Gottfried Stangler (Hg.), Österreich ist frei, Der österreichische Staatsvertrag 1955. Beitragsband zur Staatsvertragsausstellung. Schallaburg 2005; Stefan Karner – Barbara Stelzl-Marx – Natalja Tomilina – Alexander Tschubarjan (Hg.), Der Wiener Gipfel 1961. Kennedy – Chruschtschow. Innsbruck – Wien – Bozen 2011; Stefan Karner – Natalja Tomilina – Alexander Tschubarjan (Hg.), Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. 2 Bände: Beiträge und Dokumente, in deutscher und russischer Sprache. Köln – Weimar – Wien 2008; Wolfgang Mueller, Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission. Wien 2005; Manfred Rauchensteiner – Robert Kriechbaumer (Hg.), Die Gunst des Augenblicks. Neuere Forschungen zu Staatsvertrag und Neutralität. Wien 2005; Peter Ruggenthaler, The Concept of Neutrality in Stalin's Foreign Policy, 1945–1953. Harvard Cold War Studies Book Series. Lanham et al., 2. Aufl. 2017; Arnold Suppan – Gerald Stourzh – Wolfgang Mueller (Hg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Wien 2015; V. Ja. Švejcer – I. G. Žirjakov, Bruno Kreisky. Politik i vremja. Moskau 2001; A. Ju. Vatlin – B. S. Kotov – A. K. Sorokin, SSSR i Avstrija. Na puti k gosudarstvennomu dogovoru. Stranicy dokumental'noj istorii 1945–1955. Obrazy i teksty. Moskau 2015.

- dem Regierungseintritt der FPÖ unter Norbert Steger als Juniorpartner der SPÖ in die Bundesregierung unter Fred Sinowatz und Franz Vranitzky I (24.5.1983 bis 16.6.1986/21.1.1987),
- den rechtsradikalen und neofaschistische Bewegungen,
- der Südtirol-Problematik und ihren personellen Verbindungen zu FPÖ-Funktionären.

Es braucht nicht näher ausgeführt zu werden, dass die Parteien VdU und FPÖ auch im Kräfteparallelogramm der österreichischen Innenpolitik für die politischen Abteilungen der KPdSU interessant waren, weil die KPÖ den Moskauer Beobachtern von Jahr zu Jahr unter ihrer beobachtenden Brille zerrann. Die dazu vorhandenen Akten zur KPÖ wurden nicht bearbeitet. Entscheidende Zäsuren waren in diesem Veränderungsprozess der KPÖ vor allem 1955/56 (Abzug der Sowjettruppen, Ungarn-Krise) und 1968 (Invasion in der CSSR). Gleichzeitig gewann das „Dritte Lager“ gerade in diesen Jahren einen stärkeren Aufwind: Die Gründung der FPÖ, vor allem auf den Resten des zerstrittenen und handlungsunfähig gewordenen VdU 1956, sowie die Stützung der SPÖ-Minderheitsregierung 1970, was u. a. mit einem für die FPÖ vorteilhafteren Wahlgesetz „belohnt“ wurde und der Partei nicht nur deutlich mehr Nationalratsmandate, sondern eine starke öffentliche Sichtbarkeit einbrachte.<sup>10</sup>

Aus den ausgewerteten sowjetischen Quellen und Dokumenten ergaben sich forschungsleitende Fragestellungen:

- Gab es eine laufende Beobachtung/Screening des „Dritten Lagers“ in Österreich von 1945 bis 1986? Wie intensiv war diese, welche Bereiche umfasste sie und wickelte sie wesentlich von der Beobachtung anderer österreichischer Parteien ab?
- Die aus den Unterlagen herauszulesenden Sichtweisen der sowjetischen Stellen zum „Dritten Lager“, seinen Parteien und seinen Vorfeldorganisationen.

**10** Deutlich wurde bei der Sichtung und Auswertung des zugänglichen, relevanten sowjetischen Aktenmaterials auch, zu welchem Thema kaum oder gar keine Akten zur Verfügung gestellt wurden oder – was wenig wahrscheinlich ist – solche nicht archiviert sind. Dazu zählt vor allem der Bereich der geheimdienstlichen Arbeit sowjetischer Dienste bzw. der vom KGB beauftragten Dienste in Österreich (darunter die Vor-Ort-Berichte über die im Vorfeld des VdU bzw. der FPÖ agierenden Verbände, Burschenschaften bzw. ihre Exponenten).

**11** RGASPI, F. 82, op. 2, d. 1121, 2-15. - Vozroždenie Avstrii.

- Mischte sich die Sowjetunion über verschiedene Maßnahmen und „Kanäle“ in österreichische innenpolitische Entwicklungen, namentlich im Zusammenhang mit den Parteien des „Dritten Lagers“, ein?

#### 4 Vorbedingungen zur Gründung einer vierten Partei in Österreich

Spätestens ab dem Kriegsende 1945 dominieren in den sowjetischen Berichten aus Wien Fragen, die sich um eine mögliche, abermalige Verfestigung nationalsozialistischer Tendenzen in den beiden Regierungsparteien ÖVP und SPÖ drehen. Dies trotz der Gesetzgebung zur Entnazifizierung und der Positionierung Österreichs als Antithese zum vorangegangenen NS-Regime. Schon am 14. Juni 1944, etwa ein halbes Jahr nach der Moskauer Deklaration, fordert die KPÖ in einem ausführlichen Bericht<sup>11</sup> an Georgij M. Dimitrov, bis 1943 Vorsitzender der 3. Kommunistischen Internationale, „die moralisch-politische Bekämpfung faschistischer Einflüsse und eine patriotisch-demokratische Erziehung des Volkes als gesamtethische Aufgabe aller österreichischen Demokraten und Patrioten“. Das „Ausmisten“ der „degenerativen Ideologie des deutschen Faschismus und seiner unmenschlichen, monströsen Moral“ aus Österreich müsse parallel zur systematischen Erziehung des Volkes gehen und alle Bereiche erfassen. Die Forderung der Moskauer Deklaration nach einem Beitrag Österreichs zu seiner eigenen Befreiung wurde hier in die Aufforderung zum aktiven Widerstands- und Partisanenkampf übernommen.

Nachdem die KPÖ in der Provisorischen Regierung Karl Renners mit Franz Honner den Staatssekretär [Minister] für Inneres und mit Ernst Fischer den Staatssekretär für Volksaufklärung, Unterricht, Erziehung und Kultus stellte, zeigte sich Moskau zunächst zuversichtlich, die ehemaligen Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Leben, vor allem

vom Wahlrecht, fernhalten zu können. Schnell zeigten sich dabei jedoch Probleme, sodass Stalin<sup>12</sup> im Herbst 1945 die KPÖ dazu um Aufklärung ersuchte. Im Antwortschreiben vom 14. Oktober 1945<sup>13</sup> erklärte Johann Kopenig klar und deutlich, die KPÖ habe sich klar für einen „Ausschluss der Nazis“ bei den [bevorstehenden November-]Wahlen ausgesprochen. Nicht so klar wäre dies bei der SPÖ gewesen, wo sich erst die „Linken“ gegen den „rechten Flügel“ durchsetzen mussten, sodass man schließlich gemeinsam mit den Kommunisten auftrat. In der ÖVP wäre eine Mehrheit für eine Wahlbeteiligung der ehemaligen Nationalsozialisten, ausgenommen Illegale und Parteiführer, gewesen, weil man auf deren Stimmen hoffte. Letztlich, so Kopenig, sei auch die ÖVP gegen eine Teilnahme der Ehemaligen an den Wahlen gewesen. Mit Genugtuung wurde in diesem Zusammenhang auch registriert, dass in der Wiener ÖVP der „mehr demokratisch eingestellte“ Lois Weinberger die Partei übernommen habe.<sup>14</sup>

Ein viel größeres Problem schien die Rückkehr der ersten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion, unter denen sich „nur eine Handvoll Antifaschisten“ befänden. Von Stalin forderte Kopenig, dass unter den „bald“<sup>15</sup> zu erwartenden 30.000 „vor allem Antifaschisten sind“<sup>16</sup> um für die KPÖ im Wahlkampf zu werben. Eine gänzliche Fehleinschätzung, wie sich schnell zeigte.<sup>17</sup>

**12** Stalin verwendete dazu seinen Komintern-Decknamen: „Genosse Filippov“. Vgl. auch Wolfgang Mueller, Die sowjetische Besatzung in Österreich, S. 168.

**13** RGASPI, F. 17, op. 128, d. 781, l. 232ff.

**14** Nach Hauptmann Oswald, den die KPÖ als „monarchistisch-reaktionär“ bezeichnete. RGASPI, F. 17, op. 128, d. 781, l. 234.

**15** Ein Wunschdenken Kopenigs, denn die überwiegende Masse der österreichischen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion kehrte erst 1947/48 zurück.

**16** RGASPI, F. 17, op. 128, d. 781, l. 235.

**17** Vgl. auch: Peter Teibenbacher, Der Zweite Weltkrieg in den Nationalratswahlkämpfen 1945 und 1949, in: Harald Knoll – Peter Ruggenthaler – Barbara Stelzl-Marx (Hg.), Konflikte und Kriege im 20. Jahrhundert. Aspekte ihrer Folgen. Stefan Karner zum 50. Geburtstag. Veröff. d. Boltzmann-Inst. f. Kriegsfolgenforschung, Sdbd. 3. Graz – Wien – Klagenfurt 2002, S. 335-346.

**18** In den sowjetischen Filtrationslagern wurden die Repatrianten nicht nur mit vielen Fragen des KGB über ihre eigene Zeit in deutscher Hand befragt, sondern hatten auch eigene Landsleute zu denunzieren (Frage: „Welcher Sowjetbürger ist Ihnen als Heimatverräter bekannt?“). „Ostarbeiter“ – „Ostarbajtery“. Weißrussische Zwangsarbeiter in Österreich. Dokumente und Materialien. Zusammengestellt v. Stefan Karner, Vjačeslav Selemenev, u. a., in deutscher und weißrussischer Sprache. Veröff. d. Boltzmann-Inst. f. Kriegsfolgenforschung, Sdbd. 2. Graz – Minsk 2003 (= „Ostarbeiter“), S. 230-240.

**19** Sehr bald griff die Rote Armee gegen Plünderer und Vergewaltiger hart durch. Die Urteile reichten bis zur Todesstrafe. Vgl. die entsprechenden Passagen und Belege bei: Barbara Stelzl-Marx, Stalins Soldaten in Österreich. Die Innensicht

Die ÖVP errang die absolute Mehrheit an Stimmen und Mandaten, die SPÖ, besonders jedoch die KPÖ, waren die Wahlverlierer. Die sowjetische Wahlanalyse für das ZK in Moskau vom 8. Dezember 1945 sucht die Schuld am desaströsen Wahlausgang für die KPÖ bei den anderen, im nationalen Lager und im allgemeinen Schwenk vom Antifaschismus zum Antikommunismus, und macht als Gründe aus: der „nazistische Einfluss bei der VP“, die ehemals großdeutsche Bewegung, „Landbündler und Heimwehler“, die [authentischen, Anm. d. V.] Erzählungen der ersten Heimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft (7.000 Kranke) über das „Arbeiterparadies“, Mängel bei den Wahllisten, die Bürokratie und die Katholische Kirche sowie der scharfe antisowjetische Kurs der SPÖ. Nur sehr vage umschrieben werden der „Umschwung in der Volksmeinung“, die eigenen schweren Fehler im Wahlkampf, die Unpopularität der KP-Führer, die per Flugzeug aus Moskau eingeflogen wurden (wie Ernst Fischer und Johann Kopenig) bzw. aus den Einheiten der Tito-Partisanen kamen (wie Franz Honner), die Hunderttausenden Übergriffe sowjetischer Besatzungssoldaten in Form von Plünderungen, Verschleppungen, Vergewaltigungen von Österreicherinnen und sowjetischen Zwangsarbeiterinnen<sup>18</sup> durch Rotarmisten<sup>19</sup> und von Raub sowie die unmenschliche

Rückführung von Sowjetbürgern aus Österreich 1945/46,<sup>20</sup> vor der sich einerseits Tausende aus Angst vor der Zukunft in der Sowjetunion (Berija: „Die Heimat wartet auf Euch, Ihr Bastarde!“) versteckt hielten und die andererseits auch echte Liebesbeziehungen zwischen Sowjetsoldaten und österreichischen Frauen für immer trennte. Dazu kamen noch vor den Wahlen die gewaltigen Demontagen bei hunderten Industriebetrieben, die als deutsches Eigentum angesehen wurden, was für Tausende Arbeiter den Verlust ihrer Arbeitsstelle bedeutete.<sup>21</sup> Ab 1946 setzte die Sowjetunion einen weiteren schwerwiegenden Akzent und baute ihre eigene Vermögensverwaltung (von über 400 Betriebsstätten) in der USIA und in der SMV<sup>22</sup> auf, die ab 1946 als sowjetische Betriebe für die Sowjetunion zu produzieren hatten.<sup>23</sup>

Die Rückkehr der meisten der rund 135.000 in sowjetischer Hand registrierten österreichischen Kriegsgefangenen erfolgte erst 1947 und 1948 in

organisierten Transporten, wobei die sowjetischen Repatriierungsstellen kaum auf die Ersuchen der KPÖ eingingen und zu Antifaschisten mutierte Österreicher in großer Zahl und früher entlassen hätten. Die vorbereiteten Dankadressen von Repatrianten und deren Frauen an Stalin und die KPÖ-Führer hatten keine Wirkung mehr. Sie wurden im Archiv abgelegt.<sup>24</sup>

An diesen wenigen Beispielen aus den Jahren 1944 bis 1947 zeigt sich die zentrale sowjetische Interessenslage an der österreichischen Innenpolitik: die Verhinderung einer bürgerlichen politischen Dominanz über die Nicht-Zulassung der ehemaligen Nationalsozialisten zu den Wahlen und eine tiefergehende Entnazifizierung. So hoffte man, einerseits die KPÖ und die linken Kräfte zu stärken, die Sammlung der ehemaligen Nationalsozialisten in einer eigenen Partei hintanzuhalten und andererseits das Land langsam auf einen Moskau-genehmen Kurs zu bringen.

der sowjetischen Besatzung 1945–1955. Wien – München 2012.

- 20** Nach offiziellen sowjetischen Angaben der NKVD-Repatriierungsbehörden wurden, parallel zu den sowjetischen Kriegsgefangenen, nach Kriegsende weitere 4.051.124 Sowjetbürger in die Sowjetunion repatriert. Dies dürften etwa 90 Prozent aller zu Kriegsende noch außerhalb der sowjetischen Grenzen lebenden Sowjetbürger gewesen sein. – Stefan Karnar (Hg.), *Gefangen in Russland*. Wiss. Veröff. d. Boltzmann-Instituts, Bd. 1. Graz – Wien 1995 (= Karnar, *Gefangen in Russland*), GARF-Faksimile, Foto-Seite 8. – Etwa 10 Prozent konnten sich einer Repatriierung entziehen. Die Gründe waren, trotz einer gewaltigen Propaganda zur „Rückkehr aus dem faschistischen Joch in die Heimat“ und eines ebensolchen Drucks der NKVD- und KGB-Organen, v. a.: wirtschaftliche und private Überlegungen (etwa wegen einer Liebesbeziehung), die jahrelange Androhung der sowjetischen Regierung, jene drastisch zu bestrafen, die für den Feind gearbeitet und überlebt hatten („Vaterlandsverräter“) sowie die Furcht, in gefährliche Einheiten der Roten Armee oder in ein Gulag-Lager eingewiesen zu werden. Vgl. „Ostarbeiter“, S. 47ff. sowie vor allem: Pavel Poljan, *Žrtvy dvuch diktatur. Ostarbajtery i voennoplennye v Treťem Rejche i ich repatriacija*. Moskau 1996; Pavel Poljan, *Die Deportation der Ostarbeiter im Zweiten Weltkrieg*, in: A. Gestrich – G. Hirschfeld – H. Sonnabend (Hg.), *Ausweisung und Deportation*. Stuttgarter Beiträge z. histor. Migrationsforschung, Bd. 2. Stuttgart 1995, S. 115-140; damit in engem Zusammenhang: Pavel Poljan, *Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im „Dritten Reich“ und ihre Repatriierung*. Kriegsfolgen-Forschung, Bd. 2, hrsg. v. Stefan Karnar. München – Wien 2001. Einen berührenden, persönlichen Bericht lieferte der ehemalige Vorsitzende des Moskauer Repatrianten-Komitees: Vladimir Pereladov, *Aus deutscher Gefangenschaft in den sowjetischen Gulag*, in: Karnar, *Gefangen in Russland*, S. 278-295.
- 21** Zu den Demontagen vgl. erstmals aus den sowjetischen Akten gearbeitet: Stefan Karnar, *Zum Umfang der sowjetischen Demontagen in Österreich 1945/46*. Eine erste Aufstellung aus russischen Quellen, in: Karl Hardach (Hg.), *Wirtschaftshistorische Studien*. Festgabe für Othmar Pickl. Frankfurt/Main 2007, S. 117-168; Stefan Karnar, *Österreichs Wirtschaft unter sowjetischer Besatzung 1945–1955*. Ansätze zu einem Überblick, in: Karl Hardach (Hg.), *Internationale Studien zu Geschichte und Gesellschaft*. Teil 1. Frankfurt/Main u. a. 2012, S. 425-447.
- 22** Zur sowjetischen Mineralölverwaltung mit ihren Raffinerien und den Erdölfeldern um Zistersdorf vgl. v. a. die Arbeit von Iber, SMV. Zur USIA insgesamt: Otto Klambauer – Ernst Bezemek, *Die USIA-Betriebe in Niederösterreich*. Geschichte, Organisation, Dokumentation. Studien u. Forschungen aus dem NÖ Inst. f. Landeskunde, Bd. 5. Wien 1983.
- 23** RGASPI, F. 17, op. 128, d. 781, l. 261-267. Beilage zu Eing.Nr. 5394, ZK VKP(b).
- 24** RGASPI, F. 17, op. 128, d. 301, l. 80-101. – September-Bericht über die Arbeit der Propaganda-Abteilung des sowj. Teils der Alliierten Kommission für Österreich, 23.9.1947.

Umso bedeutender in den Augen der sowjetischen Beobachter wurden die Vorbereitungen (etwa in der „Verfassungstreuen Vereinigung“, VV, im Juli 1947)<sup>25</sup> zur Gründung einer neuen, vierten Partei in Österreich. Der erste umfangreiche Informationsbericht des TASS-Korrespondenten für Österreich, A. E. Novogradskij, ging schon am 17. Dezember 1947 direkt an den KP-Chefideologen in Moskau, Michail A. Suslov, seit 1947 einflussreicher Sekretär des ZK der KPdSU.<sup>26</sup>

Und der Verfasser nimmt sich kein Blatt vor den Mund. In einem Rundumschlag verurteilt er zunächst die SPÖ als „schlimmste Erbin des österreichischen Sozialopportunismus, extrem rechts stehend, vor allem im Kampf mit dem Kommunismus stehend sowie als schlecht maskierte Agentur anglo-amerikanischer kapitalistischer Gruppen“. Die Volkspartei schütze die „Interessen der österreichischen Kapitalisten, der Großgrundbesitzer und Kulaken“. Zusätzlich „treiben sich in Österreich alle möglichen reaktionären und neofaschistischen Gruppen herum“, die mit der ÖVP-Politik unzufrieden sind, was am Drei-Parteien-System in Österreich rüttle. Der Status quo werde nur dank der Alliierten Kontrollkommission aufrechterhalten, die [bisher] die Gründung neuer Parteien unterbunden habe.

Doch selbst unter diesen Bedingungen würden parteiähnliche Organisationen, als „Institute“ oder „Gesellschaften“ getarnt, gegründet, wie die „Gesellschaft zur Verbreitung freier ökonomischer Ideen“ von Gudenus, die Gruppe anarchistischer „Ergokraten“ oder verschiedene Studentenverbindungen. Dazu kam das in mehreren Bundesländern aktive und in Salzburg ansässige „Forschungsinstitut für Wirtschaft und Politik“, letztlich eine von Herbert Kraus gegründete und geführte Firma.<sup>27</sup> Damit im Zusammenhang werden auch neue Parteigründungen vorbereitet, wird

eine Spaltung innerhalb der Großparteien erwartet sowie eine Polarisierung, vor allem in der SPÖ, deren Führer als „Renegaten und Parteigänger der ‚Marshallisierung‘“, (v. a. Adolf Schärf und Oskar Pollak) bezeichnet werden. Erwin Scharf auf der linken Seite scheint keine Alternative, Julius Deutsch (ein „General ohne Armee“), der keinen Bruch mit den Kommunisten will, wird isoliert und kommt nicht zum Zug. Damit erscheint eine wünschenswerte Einheitsfront von SPÖ und KPÖ derzeit nicht realistisch, eher die Gründung einer neuen Linkspartei. Praktisch gleichzeitig hatte sich die KPÖ-Spitze, Kopenig und Friedl Fűrnerberg, gegenüber Stalin und dem Politbüro für die schlechte Performance ihrer Partei zu rechtfertigen, v. a. wegen des Rücktritts des einzigen KPÖ-Ministers Altmann, womit man nun keine wichtige innenpolitische Position mehr habe.<sup>28</sup>

Die ÖVP, deren Programm das Motto „Wir sind gegen den Marxismus“ ist, läuft ebenfalls Gefahr, auszudünnen oder sich sogar zu spalten, v. a. entlang der Linien: bürgerlich-liberal mit der Option eines guten Kontaktes zur Sowjetunion (v. a. einige Professoren in Wien und Graz) und den katholisch-antimarxistischen Gruppen um die „Jugendbewegung“ und getreu dem Seipel'schen Spruch: „Die ganze Reaktion unter einen Hut!“ Wenn also derzeit in Österreich über eine neue Partei spekuliert wird, so muss man von einer neuen, rechten, bürgerlichen Partei ausgehen.

Dazu wurden Leute im Umfeld der Kraus-Zeitschrift „Berichte und Informationen“ und der „Salzburger Nachrichten“ (wie Gustav Canaval, ehemals Raabs Pressesprecher und Agitator der „Ostmärkischen Sturmchargen“ Schuschnigg, sowie Viktor Reimann) auf der Gerüchtebörse gehandelt und auch gleich mögliche Prätendenten der neuen Partei benannt: Raoul Bumballa – ehemaliger O5-Widerständler und in der ÖVP unzu-

**25** Vgl. Reiter, *Inklusion und Exklusion*, S. 143f.; Höbelt, *Vierte Partei*, S. 28ff. – Die VV wurde am 3.10.1948 wieder aufgelöst. Höbelt, *Vierte Partei*, S. 37.

**26** RGASPI, F. 17, op. 128, d. 1089, l. 92-125. – Bericht an Suslov, übermittelt durch N. Kanin, gschf. Leiter der TASS für Österreich. Übersetzung durch G. Korotkevič.

**27** Zum Forschungsinstitut von Kraus vgl. auch: Harald Imberger, *Nelkenstrauß ruft Praterstern*. Am Beispiel Österreich: Funktion und Arbeitsweise geheimer Nachrichtendienste in einem neutralen Staat. Wien 1981 (= Imberger), S. 66.

**28** RGASPI, F. 17, op. 128, d. 1089, l. 120-125. – Das Schreiben Kopenigs erging an Stalin, Molotov, Ždanov, Berija, Makenkov, Mikojan und Voznesenskij, Übersetzung durch G. Korotkevič. Altmann hatte im Ministerrat gegen das Währungsschutzgesetz (vom Alliierten Rat am 10.12.1947 bestätigt) gestimmt und war aus Protest gegen das Währungsschutzgesetz v. 10.12.1947 zurückgetreten.

frieden, weil eher auf dem Abstellgleis in Salzburg –, Graf Eduard Gudenus und Baron Alphons Stillfried. Vinzenz Schumy, ehemals führender Landbändler, und Prof. Josef Dobretsberger verneinten eine Beteiligung an der Parteigründung.<sup>29</sup>

Obwohl das Innenministerium unter Oskar Helmer (SPÖ) bis Oktober 1948 noch keine Erlaubnis für eine Parteineugründung erteilt hatte, bezeichnete sich der schon Anfang Dezember 1945 gegründete mittlere rechts stehende Verein „Christlich-Demokratische Union“ bereits de facto als vierte Partei. In ihrem Dunstkreis waren anfänglich Personen, die aus bürgerlichen Widerstandsgruppen rekrutierten, sich aber von der ÖVP nicht anerkannt fühlten und schwer zuordenbar waren – wie Raoul Bumballa, die Professoren Dobretsberger und Taucher, SN-Chefredakteur Canaval, anfangs auch Herbert Kraus, Karl Hartleb, Baron Stillfried sowie der frühere Kurzzeit-ÖVP-Pressereferent Ing. Richard Wolf. Nachdem mit dem Bundesgesetz vom 18. Mai 1949<sup>30</sup> die Bildung neuer Parteien ermöglicht wurde, trug sich der Verein als Partei „Demokratische Union Österreich“ (DU) ein.

Nach vielen Diskussionen stellte die DU (Parteisprecher waren Richard Wolf und Arthur Meinhold)<sup>31</sup> der ÖVP schließlich die Rute ins Fenster: „Wenn die Volkspartei ihre Lethargie gegenüber den Forderungen unserer Zeit nicht abschüttelt, wird die DU in kürzester Zeit ein bedeutender Faktor der österreichischen Innenpolitik werden. Weil wir die Gefahr einer Spaltung im österreichischen antimarxistischen Lager verstehen, machen wir einen letzten Versuch, der VP zu zeigen, wie der Gang der Ereignisse zu beeinflussen wäre. Ist die VP bereit, die [entsprechenden] Maßnahmen zu ergreifen, so sind wir mit Blick auf die nächsten Wahlen auch für eine gemeinsame Taktik Gesprächsbereit.“

Schließlich, so der sowjetische Bericht, soll die DU vor allem daran gescheitert sein, dass Gudenus nicht bereit gewesen sei, Dobretsberger nach

seiner Wahl zum Obmann am 1. August 1949 als Parteichef anzuerkennen.<sup>32</sup>

Die österreichischen Medien, so der sowjetische Bericht, verschwiegen das Thema gänzlich, lediglich in den „Salzburger Nachrichten“ und in der „Tiroler Tageszeitung“ wurden die Angriffe auf die ÖVP heftiger. Anders die ausländischen Medien: Die „New York Herald Tribune“ berichtete, dass die Unzufriedenheit mit dem Statut der ÖVP offenbar zur Gründung einer, wenn nicht überhaupt von zwei neuen Parteien in Österreich führen werde. Der Schweizer „Demokrat“ schrieb, dass „viele Österreicher, vor allem Vertreter der jungen Generation, darunter ein bedeutender Teil der rückgekehrten Kriegsgefangenen sich keiner der bestehenden Parteien anschließen können und im Eck stehen. Sie fordern aufgrund ihrer Bürgerrechte, eine neue Partei zu gründen“.

Daher ist die Vorbereitung zur Gründung einer neuen Partei auch Ausfluss der verstärkten politischen Gegensätze. Die DU könnte eine starke Kraft der österreichischen Reaktion werden und gleichzeitig die reaktionäre Front aufdröseln, hoffte der sowjetische Informant wohl etwas übertrieben.

Die für eine ÖVP-Parteisplaltung notwendige Kluft verstärkte sich, wie es im politischen Monatsbericht Dezember 1947<sup>33</sup> herbeigeschrieben wurde, auch durch den Marshallplan, der die Ostregionen krass benachteilige, einen Produktionsrückgang in der Industrie bewirke und die Lieferungen, etwa von Kohle, in die Ostzone deutlich kürze. Dabei werde den Österreichern suggeriert, die Zeit nationaler Volkswirtschaften sei vorüber und die Vorteile lägen in einem „Europäischen föderativen Staat“ bzw. in den „Vereinigten Staaten von Europa“. Diese feindselige Politik der beiden Regierungsparteien gegenüber der Sowjetunion und den Volksdemokratien befördere aber die „Wiedergeburt einer nazistischen Bewegung“, die dazu noch von ÖVP und SPÖ geduldet werde. So wurde die Aufdeckung einer „Werwolf-Gruppe“, die u. a. einen Anschlag auf das Denkmal der Roten Armee am

Wiener Schwarzenbergplatz plante, als „Kinderei“ abgetan, verhinderte die ÖVP bislang das Entnazifizierungsgesetz und entfaltet die „österreichischen Nazis“ eine rege Tätigkeit. In Wien, Salzburg, Steiermark und Kärnten wurden rund 300 Personen verbotener NS-ähnlicher Organisationen festgenommen, darunter ehemalige Mitglieder der HJ und des BDM.<sup>34</sup> Auch die neue, vierte Partei werde mit den Großparteien einen gemeinsamen Nenner haben: „Kampf gegen den Kommunismus und den Beitritt Österreichs zum anglo-amerikanischen Block“ würde dieser lauten.

Der antisowjetische und prowestliche Kurs beider Regierungsparteien, unterstützt durch den US-Marschallplan und die westlichen Besatzer, sei auch der Boden gewesen, auf dem 1948 in den westlichen Zonen „neofaschistische, pangermanistische und andere reaktionäre Elemente“ ihre Tätigkeiten ausweiten konnten. So wurde in Linz eine antikommunistische „Internationale Bauernunion“ von DPs gegründet, die ÖVP gründete in einigen Bundesländern „Amnestie-Ausschüsse“, um ehemalige Nationalsozialisten in ihre Reihen zu bringen, die Westzonen wurden zu Zufluchtsstätten ehemaliger Nationalsozialisten.<sup>35</sup>

Tatsächlich hatte Dobretsberger der Partei<sup>36</sup> seinen linken Stempel aufgedrückt: gegen Kapitalismus, gegen Kartelle und Protektionismus, gegen Antisemitismus, für die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, für den Ausbau der Pensionen für Kriegerwitwen, Invalide und alte Men-

schen, für ein modernes Scheidungsrecht und für eine Trennung von Staat und Kirche sowie für die Förderung und Erweiterung des Handels mit den östlichen „Volksdemokratien“ bei gleichzeitiger Kritik am Marshallplan. Mit diesem Programm erhielt die DU in der öffentlichen Meinung schnell eine kommunistisch-sowjetische Schlagseite, wengleich direkte Geldflüsse aus Moskau für die Partei nicht erwiesen sind. Angesichts der schlechten Imagewerte der sowjetischen Einrichtungen im Lande und der Sowjetunion selbst sanken die Wahlchancen der DU auf ein Minimum.

Neben den rückgekehrten Kriegsgefangenen beobachteten die sowjetischen Stellen vor allem auch die nach Österreich gekommenen DPs, darunter die Hunderttausenden an „Volksdeutschen“, vor allem aus den Sudetenländern und vom Balkan, die man – besonders nach der Gründung entsprechender Vereine – zumindest als im Vorfeld nazistischer Vereine tätig einstufte.<sup>37</sup> Der stellvertretende Hochkommissar, Generaloberst A. Želtov, und der politische Vertreter der UdSSR in Österreich, M. Koptelov, kritisierten gegenüber dem ZK-Parteideologen Suslov im ZK die NS-Amnestie für alle „Minderbelasteten“ 1948. Sie sei von den Regierungsparteien mit Blick auf die Wahlen 1949 erfolgt, ebenso wie die – entgegen internationalen Vereinbarungen und eigenen Instruktionen – massenhafte Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an DPs, was einem Aufenthaltsrecht für 107.000 versetzte Personen,

<sup>29</sup> Vgl. Reiter, Inklusion und Exklusion, S. 145-149; Höbelt, Vierte Partei, hier S. 25-35, der die einzelnen Etappen und Beweggründe am präzisesten schildert.

<sup>30</sup> BGBl. 129/1949, v. 27.6.1949.

<sup>31</sup> Höbelt, Vierte Partei, S. 51.

<sup>32</sup> Bei Höbelt, Vierte Partei, und bei Reiter, Inklusion und Exklusion, finden sich dazu keinerlei Hinweise.

<sup>33</sup> RGASPI, F. 17, d. 505, l. 33-40, Bericht über die politische Lage in Österreich für Dezember 1947, verfasst vom Chef der 7. Abt. d. Polit-Verwaltung der Zentralen Gruppe der Streitkräfte, Obstlt. Mudrikov, 31.1.1948.

<sup>34</sup> RGASPI, F. 17, op. 128, d. 685, l. 118f. – Das sowjetische Informations-Bulletin v. 15.4.1949 mutmaßte eine Verbindung zwischen der Gruppe Soucek und dem US-Geheimdienst, der, so wird behauptet, auch die Flucht von Gauleiter Sigfried Uiberreither finanziert habe. Tatsächlich rapportiert hier die sowjetische Seite lediglich bewußt gestreute Gerüchte über eine angebliche Flucht Uiberreithers nach Südamerika, mit Hilfe der US-Dienste, die dafür von der Familie die Unterlagen von Uiberreithers Schwiegervater, Prof. Alfred Wegener, zu dessen Forschungen der Kontinentalverschiebung erhalten hätten. Die Verfassung einer aktengestützten Uiberreither-Biographie habe ich im Auftrag der Historischen Landeskommission für die Steiermark übernommen. Zu Uiberreither mehrfach in: Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich. 3. Aufl., Graz 1994. – Zum Werwolf-Prozess (Soucek-Prozess) in Graz, der einen Teil der erwähnten Straftäter betraf, vgl. u. a. Stefan Karner, Die Steiermark im 20. Jahrhundert. 2. Aufl., Graz 2004, S. 345f.; Martin F. Polaschek, Im Namen der Republik Österreich! Die Volksgerichte in der Steiermark 1945 bis 1955. Graz 1998; Wolfgang Muchitsch, Das Volksgericht Graz 1946–55, in: Siegfried Beer (Hg.), Die „britische“ Steiermark 1945–1955. Graz 1995.

<sup>35</sup> RGASPI, F. 17, op. 128, d. 501, l. 7-59. Bericht der Propaganda-Abt. d. sowj. Teils der Alliierten Kommission f. Österreich für 1948, zu Eing. Nr. 11240.

<sup>36</sup> Zur DU vgl. vor allem: Peter Autengruber, Die Demokratische Union 1945–1957, in: Zeitgeschichte 17/1990, S. 249-265.

<sup>37</sup> RGASPI, F. 17, op. 128, d. 501, l. 13. – Besonders rapportiert wurde das September-Treffen von rund 350.000 Volksdeutschen, unter Beteiligung offizieller Stellen, in Linz, bei dem auch der „Volksdeutsche Zentralrat“ gegründet wurde.



vor allem für Sudeten- und Batschkadeutsche, gleichgekommen sei.<sup>38</sup>

## 5 Der Verband der Unabhängigen (VdU)

Am 3. Februar 1949 drahtete schliesslich die TASS in einem verschlüsselten Telex nach Moskau die bevorstehende Gründung des „Verbandes der Unabhängigen“ (VdU), als der vierten Partei, unter der von ihm selbst wenig angestrebten Führung durch Herbert Alois Kraus.<sup>39</sup> Kraus hatte im Planspiel auch noch eine Art von viertem Bund der ÖVP im Talon, der die verschiedenen Mitte-rechts-Gruppen unter einem Dach vereinen und in die ÖVP integrieren sollte.<sup>40</sup>

Die nun zu gründende vierte Partei sollte, insbesondere für die Nationalratswahlen 1949, das auf zahlreiche Vereine aufgeteilte Lager der ehemaligen, amnestierten NS-Mitglieder, der rückgekehrten und teilweise politisch heimatlosen Kriegsgefangenen, der DP's und der „Volksdeutschen“ ansprechen. Zu den wichtigsten Vereinen und Gruppierungen des „nationalen Lagers“ zählten 1948/49 allein in der US-Zone,<sup>41</sup> in Salzburg, in Oberösterreich (südlich der Donau) und in Wien, das „Europäische Zentralbüro“, die bereits erwähnte „Internationale Bauernunion“ (unter dem rumänischen DP und ehemaligen SS-Offizier Florian Pavel), die Kampfgruppe Lungau (unter Ignaz Hartenthaler, dem ehemaligen Adjutanten von Gauleiter Friedrich Rainer, Kapitän zur See Rudolf Bogatschar und SS-Obersturmführer Albert Pertl), die „Antikommunistische Liga“, der „Zentralrat der Volksdeutschen“ (unter dem Führer der Jugoslawien-Deutschen, Stefan Kraft, dem

Sudetendeutschen Andreas Hahn aus dem Stab Henleins und SS-Führer Rössler) und das internationale Forschungsinstitut für Umsiedlung unter Prof. Georg Popa-Grama. Dazu kam etwa noch die „Union der verfassungstreuen Österreicher“ mit der Zeitung „Alpenländischer Heimatruf“. Insgesamt schätzen die sowjetischen Berichte aus Wien das „nazistische“ Wählerreservoir (vor allem DP's) zu Jahresende 1948 allein in den Westzonen auf rund 500.000 Menschen [in der Sowjetzone durfte/konnte es ein solches ja nicht geben!].<sup>42</sup>

Das Parteiprogramm des VdU wurde in allen Details, vor allem in Bezug auf die angestrebte „Bildung einer Einheitsfront faschistischer und profaschistischer Organisationen“, rapportiert. Dabei wurde betont, dass der VdU eigentlich nicht in Opposition zur Großen Koalition stünde, sondern vielmehr strategisch die Aufgabe hätte, die Unzufriedenen zu bündeln und sie zu einer Zusammenarbeit mit den herrschenden Kreisen zu bringen.<sup>43</sup> Herbert Kraus, „ehemaliger deutscher Spion“, habe zwar – gemeinsam mit Viktor Reimann – den VdU gegründet, Taufpate des VdU sei jedoch Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) gewesen, ein guter Bekannter des NS-Gauleiters von „Niederdonau“, dem Arzt Dr. Hugo Jury.<sup>44</sup> Helmer half mit, den Verband vereinsrechtlich zu registrieren und verlieh der VdU-Tätigkeit legalen Charakter.<sup>45</sup>

Das Hauptmotiv, unter dem der VdU die politische Arena betreten habe, so analysierte der 3. Botschaftssekretär seiner Behörde in Moskau rückblickend am 6. Dezember 1954, als die Partei bereits mehr mit sich selbst denn mit den politischen Gegnern beschäftigt war, sei die „Opposition gegen die Dominanz der [Groß]parteien sowie der Wunsch, ein Zünglein an der Waage im innenpolitischen Kräftespiel zu sein“.<sup>46</sup>

### 5.1 Kraus: „Bin einer von Euch“

Schon im Frühsommer 1949 hatte eine intensive Beobachtung und Auswertung aller Kontakte und aller Reden von VdU-Politikern, vor allem von Kraus, sowie aller Aktionen des Verbandes begonnen. Etwa der Kraus-Rede vom 7. Juli 1949 in einem Wiener Stadion im US-Sektor vor über 10.000 Menschen.<sup>47</sup> „Ich ersuche Sie“, so begann Kraus, „mich nicht Führer zu nennen. Ich bin einer von Euch. Auch ich war an der Front (wie bekannt, diente Kraus in der deutschen Abwehr).“ Der VdU-Wahlkampf, der insbesondere gegen die ÖVP und gegen Staatssekretär Ferdinand Graf geführt wurde (Kraus: „Graf-Faschismus“)<sup>48</sup>, akzentuierte, wofür der VdU steht: „Für ein freies und unabhängiges Österreich, für die Erweckung der kulturellen Traditionen, für den Abbau der Arbeitslosigkeit, den Ausbau der Industrie und Landwirtschaft, die Verbesserung der Situation der Jugendlichen, Invaliden, Witwen und Waisen und der Kriegsteilnehmer.“ Er wandte sich gegen die Volksgerichte und forderte deren Abschaffung und unter 5-minütigen Ovationen betonte Kraus „eingedenk der Traditionen der österreichischen Kultur die Verpflichtung gegenüber unserer deutschen Muttersprache“. Außenpolitisch stünde Österreich zwischen Ost und West und „könne sich nur in einer Neutralität behaupten“. Damit in Zusammenhang trat er für die Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa“ ein. Als Alarmsignal bezeichnete der TASS-Geheimbericht die hohen Auflagen (derzeit 200.000) der VdU-Zeitungen „Die neue Front“ und „Alpenruf“.

Im Zusammenhang mit dem für den VdU/WdU erfolgreichen Ausgang der Wahl 1949, der Gründung des VdU als einem Sammelbecken des deutschnationalen und „neofaschistischen“ Lagers, der neonazistischen Aktivitäten um Kiesen-

hofer, Mühlberger, Walter Hirk, Rudolf Kren und Grillmaier, dem Wunsch der Rückführung von in der Sowjetunion verurteilten Österreichern und der – aus Sicht der sowjetischen Stellen – völlig unzureichenden Entnazifizierung schoss man sich zunehmend auf den sozialistischen Innenminister Helmer ein.<sup>49</sup> Helmer und Staatssekretär Ferdinand Graf (ÖVP) hätten das Innenministerium in den „Dienst der Reaktion gestellt“, ehemalige Nationalsozialisten eingestellt, Anschläge ehemaliger Nationalsozialisten, etwa im Bereich Ybbs, kaum geahndet, verantwortliche österreichische Beamte, wie den Gendarm Ernst Lichner oder den niederösterreichischen Sicherheitsdirektor Ernst Liberda, nicht den sowjetischen Stellen zur Strafverfolgung übergeben. Dazu wurden allein 1949 über Helmers Antrag 268 ehemalige österreichische Nationalsozialisten, aus den Reihen der Polizei und Gendarmerie, amnestiert und wieder in Dienst gestellt. Oder wie es Dürmayer beschrieb: „Die Politik von Helmer und Graf war es, Tausende kleine Nazis verfolgen zu lassen und dafür die Drahtzieher wieder in führende Positionen einzubauen. Sie betreiben die Säuberung als Klassenkampf von oben.“<sup>50</sup>

### 5.2 Oberweis

Zu Jahresende 1949 waren 35.224 minderbelastete ehemalige Nationalsozialisten wieder im öffentlichen Dienst, davon 10.378 in der britischen, 6.750 in der US-, 6.166 in der französischen, 4.354 in der sowjetischen und 7.576 in allen Wiener Zonen.<sup>51</sup> Vor dem Hintergrund der zunehmenden Integration der minderbelasteten Nationalsozialisten,<sup>52</sup> der gezielten Amnestie für belastete, verurteilte ehemalige Nationalsozialisten und der Chance auf eine parlamentarische Mehrheit von ÖVP und VdU fanden am 28. Mai 1949

<sup>38</sup> RGASPI, F. 17, op. 137, d. 111, l. 1-43. Jahresbericht 1948, v. 20.5.1949.

<sup>39</sup> RGASPI, F. 17, op. 187, d. 667, l. 41f. – Eine von Kraus angegebene Mitbeteiligung der „Demokratischen Union“ an der Gründung des VdU wurde postwendend seitens der DU zurückgewiesen.

<sup>40</sup> Höbelt, Vierte Partei, S. 50.

<sup>41</sup> RGASPI, F. 17, op. 128, d. 685, l. 9-34.

<sup>42</sup> RGASPI, F. 17, op. 137, d. 111, l. 1-43. Jahresbericht 1948, v. 20.5.1949.

<sup>43</sup> RGASPI, F. 17, op. 187, d. 667, l. 33-40 und RGASPI, F. 17, op. 137, d. 114, l. 1-72. Pol. Bericht an ZK-Sekretär Michail A. Suslov über die österreichischen Parteien, v. 21.3.1949, gez. Obstlt. A. Ševčenko; RGASPI, F. 495, op. 187, d. 667, l. 32.

<sup>44</sup> Imberger, S. 89.

<sup>45</sup> RGASPI, F. 495, op. 187, d. 667, l. 31.

<sup>46</sup> RGANI, F. 5, op. 28, d. 331, l. 40-56. Bericht, gez. A. Kolobov, 6.12.1954, an die außenpolitische Abt. des ZK der

KPdSU.

<sup>47</sup> RGASPI, F. 495, op. 187, d. 667, l. 27.

<sup>48</sup> Matthias Falter, Zwischen Kooperation und Konkurrenz. Die „Ehemaligen“ und die Österreichische Volkspartei, in: Zeitgeschichte 3/2017 (= Falter, Die „Ehemaligen“), S. 168.

<sup>49</sup> RGASPI, F. 17, op. 137, d. 111, l. 115-136. Pol. Bericht 1949 des Leites der Abt. Inneres des sowj. Teils der Alliierten Kommission, Obstlt. Ivan I. Il'ičev, v. 26.1.1950. Il'ičev war bis 1945 Leiter des militärischen Geheimdienstes der UdSSR.

<sup>50</sup> Imberger, S. 87.

<sup>51</sup> RGASPI, F. 17, op. 137, d. 111, l. 101-114. Geheimer Pol. Bericht an ZK-Sekretär M. A. Suslov, v. 24.2.1950, gez. vom Chef des Stabes des sowj. Teils der Alliierten Kommission, GenMj. Georgij K. Cinev.

<sup>52</sup> Neuerdings dazu: Falter, „Ehemalige“, S. 160-174.

auch die von den sowjetischen Diensten präzise in Augenschein genommenen Geheimgespräche in der „Villa Thonet“<sup>53</sup> in Oberweis (Gemeinde Laakirchen) zwischen hochrangigen ÖVP-Vertretern um Alfred Maleta, Julius Raab oder Karl Brunner (in Vertretung von Alfons Gorbach) und ehemaligen Nationalsozialisten wie Prof. Taras Borodajkewycz, 1933 Sekretär des Katholikentages, später illegaler Nationalsozialist, dem Journalisten Manfred Jasser, Theo Wührer, ehemals Adjutant Kaltenbrunners, dem Wiener Rechtsanwalt Erich Führer, HJ-Führer Walter Pollak sowie dem Verleger Fritz Heiß statt. Als Moderatoren bzw. Vermittler fungierten der Diplomat Theodor Hornbostel und teilweise der ehemalige SD-Major und nunmehrige US-Agent Wilhelm Höttl<sup>54</sup>.

Ziemlich genau und rasch wussten die Moskauer Stellen über die Forderungen für eine Regierungsbeteiligung Bescheid: 25 Mandate im Nationalrat, Streichung des Gesetzes 25/47 [Sühne für Kriegsverbrecher] und Ablöse des parteilosen Justizministers Josef Gerö sowie Aufstellung eines den ehemaligen Nationalsozialisten genehmen ÖVP-Kandidaten für die bevorstehende Wahl zum Bundespräsidenten. Man dachte u. a. an den Historiker Prof. Heinrich von Srbik.<sup>55</sup> Sowohl Inhalt als auch Abmachungen wurden von den Beteiligten bestritten.<sup>56</sup> Die Gespräche wurden im erweiterten Kreis seitens der ÖVP mit Alfons Gorbach, Ferdinand Graf, Franz Gschnitzer u. a. fortgeführt, was in der Folge zu scharfen Reaktionen der sowjetischen Vertreter im Alliierten Rat führte. Klar schien für den sowjetischen Beobachter auch: „Der VdU verfolgt fraglos das Ziel einer Wiedererweckung der verbotenen und aufgelösten NSDAP, die Propagierung der Nazi-Ideologie und die Errichtung eines

faschistischen Regimes in Österreich.“<sup>57</sup>

Nach den Wahlen von 1949 stiegen der Einfluss und die Macht des VdU, was sich deutlich in vielen Einzelfragen zeige.<sup>58</sup> Darunter in der Ablöse von Justizminister Gerö und in der Betrauung des ehemaligen Marinerichters – und nach Kriegsende kurzzeitigen Oberbürgermeisters in Kiel – Otto Tschadek, einem „rechten Sozialisten“, mit dem Justizressort, in einer starken antisowjetischen Bewegung in Wien und Niederösterreich, in der Nichterhaltung von Mauthausen als Mahnmal des NS-Terrors, in der breiten Amnestie der minderbelasteten ehemaligen Nationalsozialisten, der laxen Umsetzung der Gerichtsverfahren gegen NS-Täter sowie in der Angelobung von „NS-Verbrechern und Kollaborateuren“ als Abgeordnete des VdU, darunter Herbert Kraus, Fritz Stüber, Helfried Pfeifer, Robert Scheuch, Karl Hartleb, Viktor Reimann und Anton Gasselich.<sup>59</sup> SS-Gruppenführer Franz Heinrich<sup>60</sup> wurde Mitglied des Wiener Landtages. Die DU erhielt 1949 nur 0,29 Prozent der Stimmen und sackte langsam in die Bedeutungslosigkeit ab.

### 5.3 Figl: „Dünne Schale“

Dazu wurde Bundeskanzler Leopold Figl zitiert: „Nimmt man bloß die dünne Schale von dieser Organisation ab, so zeigt sich darunter eine dunkelbraune Farbe. Die Marionetten, die an der Spitze des VdU stehen, sind Leute, die sich niemals von der NS-Idee losgesagt haben.“<sup>61</sup> Doch hinter den Kulissen hätten Vertreter der ÖVP ein doppeltes Spiel gespielt und sich etwa in Gmunden (Oberweis) mit diesen Leuten zusammengesetzt. Denn, so ein Bericht für das sowjetische Außenministerium im September 1950, es geht der

53 Die „Villa Thonet“ stand im Besitz des Schwiegervaters von Alfred Maleta.

54 Vgl. Höbelt, Vierte Partei, S. 85. – Ich verweise zur Person Höttls aus der zahlreichen biographischen und geheimdienstlichen Literatur v. a. auf: Imberger, S. 56ff. sowie auf persönliche Gespräche mit Höttl in den 1990er-Jahren.

55 Michael Gehler – Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Wien – München 1995, S. 490f.

56 Meist wurden Inhalt und VdU-Forderungen als sozialistische Propaganda abgetan. Vgl. Höbelt, Vierte Partei, S. 85f.

57 RGASPI, F. 17, op. 137, d. 111, l. 110.

58 Dazu und zum Folgenden: RGASPI, F. 17, op. 137, d. 111, l. 151-187. Justizbericht für 1949 des sowj. Teils der Alliierten Kommission, v. 21.3.1950, gez. Leiter der Rechtsabt., Pokrovskij. Adressat: Michail A. Suslov, ZK.

59 Selbstredend wurden für jeden VdU- Abgeordneten und Funktionär umfangreiche politische Personaldossiers angelegt und in komprimierter Form an das ZK in Moskau weitergeleitet. RGASPI, F. 17, op. 137, d. 364, l. 1-80.

60 Franz Heinrich wurde jedoch schon am 13.12.1949 durch Martha Burian, ebenfalls WdU, ersetzt.

61 RGASPI, F. 17, op. 137, d. 364, l. 1-80.

ÖVP um eine „geschlossene bürgerlich-antimarxistische Front“ auf Basis von neonazistischen und Heimwehr-Elementen. So erhalte Ernst Graf Strachwitz<sup>62</sup> ab 1. Juni von der ÖVP monatlich rund 200.000 Schilling zum Aufbau der „Jungen Front“, die die ehemaligen Wehrmächts- und Heimwehr-Offiziere zusammenführen und in eine Sicherheits-Wach-Organisation der ÖVP bringen sollte. Figl: „Wir wollen dort beginnen, wo wir 1938 aufgehört haben!“<sup>63</sup> Tatsächlich hatten sich bald Hunderte ehemalige Nationalsozialisten und VF-Leute öffentlich zur „Jungen Front“ bekannt und in Zeitungen damit für die ÖVP geworben.<sup>64</sup> Unter ihnen der ehemalige NS-Landesbauernführer Sepp Hainzl, Egon Plachutta, der Gutsbesitzer Walter Zedlacher, Donawitz-Betriebsrat Heribert Eberhardt (parteilos) oder der Kurzzeit-Generaldirektor der NEWAG/NIOGAS, Franz Allitsch.<sup>65</sup>

Auf Basis zahlreicher vertraulicher Informationsberichte schrieb schließlich am 23. März 1950 der Leiter der 3. Europäischen Abteilung des Außenamtes in Moskau an Außenminister Andrej J. Vyšinskij nicht nur von einer Militarisierung Österreichs, sondern auch vom Wiederaufleben des Nationalsozialismus im Lande und zielte vor allem auf den VdU und in seinem Schlepptau auch auf

die „Junge Front“ um Strachwitz ab: „Die Zusammensetzung und die Tätigkeit dieses ‚Verbandes‘ lässt keinerlei Zweifel aufkommen, dass er das Wiederaufleben der verbotenen und aufgelösten NSDAP, eine Propagierung der NS-Ideologie und eine Wiedereinsetzung des NS-Regimes verfolgt. Auf den Versammlungen des Verbandes werden [...] Hakenkreuze verbreitet und die NS-Hymne gesungen.“<sup>66</sup>

Im Juli und August 1950 hatte Bundespräsident Karl Renner wieder 375 belastete Nationalsozialisten amnestiert, darunter die allermeisten mit schweren Vergehen, die nach dem Verbotsgesetz verurteilt waren. Damit hatte sich die Zahl der Amnestierten seit 1947, der Beschlussfassung des Nationalsozialisten-Gesetzes, auf 7.743 Personen erhöht. Dazu kamen verurteilte Kriegsverbrecher wie der ehemalige Leiter der 4. Abteilung der Wiener Gestapo, SS-Obersturmbannführer Dr. Othmar Tenker (Trnka), oder der Wiener Gestapo-Beamte Dr. Otto Höger, der wieder im selben Rang bei der Polizei eingestellt wurde.<sup>67</sup> Andere wie der Wiener Kriminalpolizist Alfred Fockler, der nachweislich in Weissrussland schwerste Kriegsverbrechen begangen hatte, verblieb im Personalstand der Wiener Polizei, diente jedoch dem US-Geheim-

62 Ernst Graf Strachwitz, Ritterkreuzträger, Major, Leiter der Heimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstelle der ÖVP, im Zuge des Soucek-Verfahrens kurzfristig verhaftet, versuchte 1949 über Aktions-Ausschüsse und vor allem über die „Junge Front“, deren Bundesvorsitzender er gemeinsam mit Willfried Gredler wurde, ehemalige Nationalsozialisten für die ÖVP zu gewinnen („Wir sind kein Wahlschlager der ÖVP! Wir sind kritische Freunde“). Die „Junge Front“ erhielt Sitz und Stimme im Bundesparteipräsidium der ÖVP. Siehe auch dazu umfassend und präzise: Lothar Höbelt, Von der vierten Partei, S. 24, 41, 87f.; neuerdings auch die politische Biographie von Andreas Fraydenegg-Monzello, Die vielen Fronten des Ernst Graf Strachwitz. Graz 2013.

63 AVP RF, F. 66, op. 32. Pol. Bericht über die steigende faschistische Gefahr in Österreich, verfasst vom stv. polit. Berater L. Snomončuk.

64 Unter den von Strachwitz Umworbenen war auch der steirische Radio-Pionier, Weltkriegsoffizier und Heimwehrführer Südwest-Steiermark, Franz Huber, ehemals rechte Hand von Anton Rintelen, nach 1938 Sendeleiter des Reichssenders Wien. Huber wollte sich allerdings politisch nicht mehr exponieren. – Gespräche mit Franz und Grete Huber in Graz, 1985/86.

65 Allitsch leitete nach dem Krieg in Graz auch den „Amnestie-Aktions-Ausschuss“ mit Gorbach und Huber zur Anwerbung ehemaliger Nationalsozialisten für die ÖVP und war zuvor Direktor der Simmering-Graz-Pauker AG gewesen. Zur Bestellung und Abbestellung von Franz Allitsch bei der NEWAG/NIOGAS durch den nö. Landeshauptmann. Vgl. auch Andreas Maurer, Erinnerungen. Redaktion: Gerda Mraz. Wien – Köln – Weimar 1978, S. 96ff.; Höbelt, Vierte Partei, S. 86f. – Auf Allitsch folgte NEWAG/EVN-Langzeit-Generaldirektor Rudolf Gruber.

66 AVP RF, F. 66, op. 31, p. 147, d. 14, Bericht v. 23.3.1950.

67 AVP RF, F. 66, op. 32. Pol. Bericht über die steigende faschistische Gefahr in Österreich, verfasst vom stv. polit. Berater L. Snomončuk. Trnka hatte sich aus Karrieregründen in Trenker umbenannt. Vgl. dazu auch: Ulrike Pichler, Dr. Othmar Trenker (Trnka) 1905–1986. Aufstieg, Tätigkeit und Verurteilung eines Wiener Gestapobeamten. Uni Wien-DA 2013.

dienst als Agent.<sup>68</sup> Die Reihe ließe sich fortsetzen.

Auf dieser Basis folgte der sowjetische Bericht im September 1950: „Die Gefahr einer Wiedergeburt des Nazismus in Österreich besteht darin, dass die Faschisierung der Regierungsparteien und ihre Annäherung an neonazistische Gruppen und Organisationen verstärkt wird. Dies sind Voraussetzungen für eine Beseitigung der Demokratie und der Verfestigung faschistischer Gruppen.“ Im VdU sah der Berichterstatter erste Risse: „In der offiziellen österreichischen neonazistischen Organisation ‚VdU‘ vertiefen sich die Gegensätze zwischen einzelnen Gruppen und es kann ein ideeller und organisatorischer Graben beobachtet werden.“ Tatsächlich entwickelte sich die Frage Gollob 1950 zu einer veritablen Krise der Partei aus. Daher schlug man Moskau vor: „Fortsetzung der Arbeit gegen die Gruppe Kraus-Gollob [...], Unterbindung von Aktivitäten neonazistischer Gruppen in der sowjetischen Zone [...], Überprüfung von Amnestierungen im Gefängnis Stein.“<sup>69</sup>

#### 5.4 1950/51:

##### Breitner und das Hoch des VdU

Vom Hoch des VdU zeuge, so der Geheimbericht des stv. sowjetischen Hochkommissars Georgij K. Cinev an das ZK in Moskau vom 1. Juni 1951<sup>70</sup>, der bedeutende Wahlerfolg des Kandidaten des „Komitees der überparteilichen Einheit“ für die Bundespräsidentschaft, von Prof. Burghard Breitner. Er erhielt 170.000 Stimmen mehr als der VdU im Jahr zuvor, in Salzburg gewann Breitner sogar die Wahl vor den Kandidaten der Regierungsparteien, Heinrich Gleißner und Theodor Körner. Da Breitners Wähler im zweiten Wahlgang nicht mit deutlicher Mehrheit für den ÖVP-Kandidaten und Landeshauptmann von Oberösterreich, Gleißner, stimmten, gewann schließlich Körner die Stichwahl und wurde 1951 neuer Bundespräsident. Deutlich wurde am Wahlausgang, so die sowjetische Einschätzung, dass die Wähler

Breitners bzw. des VdU „keine einheitliche politische Masse bilden. [...] Der Erfolg Breitners war daher eher ein Zeichen der Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik“.

Intensiv und ausführlich beschäftigt sich der Bericht in einem ausführlichen Annex mit dem „Neofaschismus in Österreich“.<sup>71</sup> Die „bunte Ansammlung“ der ehemaligen Hitler-Anhänger, dazu die „Volksdeutschen“ und die Gewinner des Regimes (politisch und wirtschaftlich), bilden das soziale Gerüst des Neofaschismus im Lande. Seine „Führer“ – wie Kraus, der russisch spricht, im Stab von Vlasov diente und ein Scharfmacher gegen den Kommunismus und die Sowjetunion war<sup>72</sup>, ebenso Hartleb, ein „Reaktionär“ und Mitarbeiter von Bundeskanzler Ignaz Seipel – seien typisch für die gesamte Führung des VdU, von denen einige während des Krieges in den östlichen Okkupationsgebieten eingesetzt waren. Obwohl die österreichische Bourgeoisie in der ÖVP und mit dem VdU Parteien haben, die seine Interessen schützen, kann sie auch die rechten Sozialisten im Kampf für den Kapitalismus einspannen.

Natürlich werde der Klassenkampf, so der Bericht, verworfen und das VdU-Sozialmanifest gebe gar vor, ein Freund der Arbeiter zu sein. Der österreichische Neofaschismus habe keine konsequente Ideologie, er sei auch kein bloßes Konglomerat aus liberalen, deutschnationalen und bürgerlich-progressiven Kreisen und zudem den rechten Führern der SPÖ, wie Schärf und Helmer, verpflichtet.

In diesem Sinne forderte der VdU – neben einer Reihe sozialer Maßnahmen – auch von den Besatzungsmächten zahlreiche konkrete Schritte wie die Aufhebung der Besatzungskosten, die Rückgabe konfiszierten Eigentums, ein österreichisches Radio oder die Rückführung der österreichischen DP's, v. a. der Kriegsgefangenen und verurteilten Zivilisten, namentlich aus der Sowjetunion.

Die Anzahl an Organisationen mit offenem oder maskiertem nazistischen Charakter, so der

sowjetische Bericht, sei groß. Die größte sei jedoch der VdU.<sup>73</sup> Seine Wahlerfolge seien beachtlich, seine Führungscrew bestehe v. a. aus Kraus, Hartleb, Stüber, Raimann, Helfried Pfeifer, Robert Scheuch und Rudolf Kopf. Den Gmundner Kreis [„Oberweis“] vertreten Wilhelm Höttl und Erich Kernmayr, die rund 180.000 „Volksdeutschen“ arbeiten eng mit dem Bonner CDU-Bundesminister Hans-Christoph Seeböhm zusammen.

Der Berichterstatter empfahl daher Moskau folgende Taktik der sowjetischen Besatzungsmacht gegen den Neonazismus und den VdU:

- Die Frage Neonazismus und VdU vor den Alliierten Rat bringen.
- In der Sowjetzone gegen neonazistische Elemente auftreten und jene im VdU stärken, die für eine Neutralität Österreichs eintreten („weil, wenn alle wissen, dass die ‚Demokratische Union‘ und die ‚Nationale Liga‘ mit der KPÖ zusammenarbeiten, die Bürgerlichen nicht mehr zu ihnen tendieren werden“).
- Verbot der nazistischen Zeitungen durch den Alliierten Rat (gemäß dem Ratsbeschluss v. 1.10.1945).

Einen wesentlichen Grund des Erfolges des VdU sah etwa der TASS-Beobachter in Österreich im Unvermögen der beiden Regierungsparteien, ihre Wahlversprechungen umzusetzen, also in der Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik.<sup>74</sup>

#### 5.5 Der VdU in der Krise: Unstimmigkeiten und Streit

Im Sinne des empfohlenen Vorgehens versuchte die sowjetische Besatzungsmacht über ihre Nachrichten- und Geheimdienste, den VdU zu infiltrieren und sie baute Kontakte zu VdU-Funktionären auf. Schon bald nach der Wahl 1949 wurde eine angebliche Verbindung des gewähl-

ten Nationalratsabgeordneten Ing. Josef Heger<sup>75</sup> zu sowjetischen Stellen rufbar, als er unter dem Schutz der Sowjets einen „Nationaldemokratischen Verband“ aufzog. Der niederösterreichische VdU-Landesobmann Ferdinand Haidner wurde 1950 vom Chef der „Nationalen Liga“, dem ehemaligen SS-Obersturmführer Slavik, für die Liga angeworben und von den Sowjets dafür mit einem hohen Posten bei der USIA bedacht.<sup>76</sup> Angeworben wurde offenbar der oberösterreichische VdU-Organisationsleiter Otto Joklik, der in Linz-Urfahr plötzlich verschwand, allerdings einige Jahre später in der BRD wegen Spionage für die Sowjets verurteilt wurde.<sup>77</sup> In den einseharen sowjetischen Akten finden sich keinerlei Hinweise zu diesen Spionagefällen.

Denn neben der Analyse und teilweisen Wiedergabe von politischen Reden der österreichischen Parteiführer beschäftigten sich die sowjetischen Berichte über den VdU ab Herbst 1952 v. a. mit internen Personalproblemen und der langsamen Demontage von Herbert Kraus durch Max Stendebach, mit Fritz Stüber, Karl Hartleb und Jörg Kandutsch u. a.<sup>78</sup> – wobei ein KGB-Bericht schon vom 24. April 1952 die Gruppe um Hartleb als ÖVP-affin darstellte, die mit der Volkspartei ein Abkommen suche.<sup>79</sup> Allgemeinere politische Berichte werden spärlicher und konzentrieren sich vorwiegend auf Aussagen in den Wahlkampagnen.

So erläuterte Stendebach am 10. Dezember 1952 auf einer Pressekonferenz<sup>80</sup> der „Bewegung der sozialen Erneuerung“ (= VdU plus „Aktion politische Erneuerung“) in Wien das Programm für die von der Regierung vorgezogenen Neuwahlen so: „Wir sind keine Nationalsozialisten. Wir treten aber ein für die Rechte aller und daher auch für die Interessen von Menschen, die in letzter Zeit ihre Rechte verloren haben.“ Er trat gegen

<sup>68</sup> Vgl. Stefan Karnar, Im Kalten Krieg der Spionage. Margarethe Ottlinger in sowjetischer Haft 1948–1955. Veröff. d. Boltzmann-Inst. f. Kriegsfolgenforschung, Sdbd. 17. Innsbruck – Wien – Bozen. 2. Aufl. 2016, v. a. S. 178ff.

<sup>69</sup> AVP RF, F. 66, op. 32. Pol. Bericht über die steigende faschistische Gefahr in Österreich, verfasst vom stv. polit. Berater L. Snomončuk. Schlussfolgerungen und Vorschläge.

<sup>70</sup> RGASPI, F. 17, op. 137, d. 685, l. 99-111.

<sup>71</sup> RGASPI, F. 17, op. 137, d. 685, l. 136-161.

<sup>72</sup> RGASPI, F. 17, op. 187, d. 667, l. 15. TASS-Info v. 23.7.1951.

<sup>73</sup> Zum Folgenden: AVP RF, F. 66, op. 31. Dezember-Bericht 1951, sow. Teil der Alliierten Kommission in Österreich, Politische Abteilung, über neonazistische und militärische Organisationen in Österreich.

<sup>74</sup> RGASPI, F. 495, op. 187, d. 667, l. 11-14. Interne TASS-Info Nr. 180, v. 5.8.1952.

<sup>75</sup> Heger verzichtete auf die Annahme seines Abgeordnetenmandates. – Höbelt, Vierte Partei, S. 98f.

<sup>76</sup> Vgl. Höbelt, Vierte Partei, S. 99f.

<sup>77</sup> Ebd., S. 102.

<sup>78</sup> Hier wird auf die inneren Ränkekämpfe im VdU nicht näher eingegangen. Vgl. dazu weiterhin: Höbelt, Von der vierten Partei, v. a. ab S. 171.

<sup>79</sup> Zentralarchiv des FSB (CA FSB RF), F. 4os, op. 4, d. 30, S. 244-256. Bericht v. 24.4.1952, gez. P. Titarenko.

<sup>80</sup> RGANI, F. 5, op. 28, d. 68. Kurz-Info des Chefs der Propaganda-Abt. des sowj. Teils der Alliierten Kommission, Obst. Kuranov, v. 31.12.1952 an das ZK in Moskau.

eine weitere Verstaatlichung und für die Rücknahme bereits vollzogener Verstaatlichungen ein. Im Sozialbereich für Arbeit für alle und für einen gerechten Lohn. Strachwitz erklärte, dass derzeit Gespräche mit Gruppen fortgesetzt werden, die auf „ihre Banner keine radikalen Losungen geschrieben haben“. Wenig hielten die sowjetischen Beobachter auch von Willfried Gredler von der „Aktion politische Erneuerung“. Der KGB unmissverständlich: „Gredler wird jetzt auch von seinen engsten Freunden nicht mehr ernst genommen, weil nun offenbar geworden ist, dass die gesamte politische Tätigkeit Gredlers hauptsächlich auf sein starkes Streben nach Ruhm ausgerichtet ist.“<sup>81</sup>

Sergej M. Kudrjavcev, auf dem Sprung zum stv. Hochkommissar in Wien, analysierte das insgesamt schlechtere Wahlergebnis vom 22. Februar 1953 für den VdU durchaus differenziert.<sup>82</sup> Erfolge in NÖ und Wien (Sowjetzone) standen schlechte Ergebnisse in den Westzonen, im Mühlviertel und im Burgenland gegenüber. In Kärnten, „wo das zweisprachige Thema eine Rolle spielte und Tito die ‚rechten Sozialisten‘ unterstützte“, verlor der VdU ebenfalls. Die Erfolge in Wien führte Kudrjavcev auf die „nazistische und revanchistische Haltung der besitzenden Klassen der Wiener Bevölkerung und der Staatsbeamten zurück“. Dass der VdU in den Industriegebieten um Wels und Linz verlor, ginge, so Kudrjavcev, darauf zurück, dass sich der VdU „als Hort von Faschisten entblößt habe, der von solchen unpopulären und reaktionären Schurken wie Graf Strachwitz und dem Grundbesitzer Stendebach geführt werde, der als Kommandeur der Deutschen Wehrmacht an der sowjetischen Front viele Österreicher nur um den Preis eines Ritterkreuzes dem Tod ausgesetzt habe“. Dennoch war da die klare Warnung: „Der VdU verlor Stimmen, doch bleibt er eine Gefahr als starker Kern, um den sich eine faschistische Partei gruppieren kann.“ Anders die DU, die 1953 im Verein mit der KPÖ als „Volksopposition“ nur enttäuschende 5,2 Prozent der Stimmen erhielt.

Um dies zu verhindern, wurden von Moskau Gegenmaßnahmen für die Sowjetzone angeordnet, über deren Durchführung Hochkommissar Generalleutnant Vladimir P. Sviridov ein Jahr später Außenminister Vjačeslav Molotov und dem Leiter der außenpolitischen Kommission des ZK, Andrej A. Smirnov, rapportierte:<sup>83</sup>

- Nichtzulassung jeder Art von militärischen, neofaschistischen und antidemokratischen Organisationen.
- Anfordern von VdU-Mitglieder- und Versammlungslisten (darauf gab es in der Sowjetzone keine öffentlichen VdU-Veranstaltungen mehr).
- Einrichtung von vier politischen Propaganda-Info-Zentren für Radio, Film, Zeitungen und Literatur in Stadlau, Urfahr, St. Pölten und Wiener Neustadt. Dazu sollen noch zwei weitere in Eisenstadt und Floridsdorf kommen. Außerdem wurde, so berichtete Sviridov stolz nach Moskau,
- die Kontrolle über die österreichische Regierung und die lokalen Behörden weiter verschärft. So konnte bei der Wiener Polizei, „trotz gegenläufiger Maßnahmen der Regierung, der Bestand an 800 KPÖ-Mitgliedern erhalten werden“ und es gelang der sowjetischen Propaganda über die sogenannte „Nationale Liga“ in der Sowjetzone ein kleiner Einbruch in die VdU-Wähler.

Die Info-Zentren kritisierten auch sofort: „ÖVP und SPÖ setzen nach den Wahlen [vom 22. 2. 1953] ihre Zusammenarbeit zur Ausbreitung des Neonazismus auf jede Art und Weise fort. Davon zeugt etwa die Wahl des Vertreters des neofaschistischen VdU, des Henkers der Arbeiterklasse, Hartleb, zum Vizepräsidenten des Nationalrates und ebenso die Wahl des Neofaschisten Franz Scheer zum 3. Präsidenten des Steiermärkischen Landtages.“<sup>84</sup> Als besonders verwerflich wurde im Oktober 1953 nach Moskau rapportiert, dass sich Kraus während seiner USA-Reise mit den Senatoren Green, Langor, dem Vorsitzenden des Komitees bei Präsident

<sup>81</sup> CA FSB RF, F. 4os, op. 4, d. 30, S. 244-256. Bericht v. 24.4.1952, gez. P. Titarenko.

<sup>82</sup> RGANI, F. 5, op. 28, d. 68. Polit. Bericht über die vorgezogenen Neuwahlen in das österr. Parlament, v. 28.3.1953, gez. S. Kudrjavcev, polit. Kommissar.

<sup>83</sup> RGANI, F. 5, op. 28, d. 70. Bericht Sviridov v. 21.3.1953, gez. Kudrjavcev.

<sup>84</sup> RGANI, F. 5, op. 28, d. 71. Bericht über die Arbeit der Propaganda-Info-Abt. d. sowj. Teils der Alliierten Kommission in Österreich, f. d. 1. Qu. 1953, v. 4.6.1953, gez. Chef des Stabes, GenMj. S. Maslov, genehmigt GenMj. Kraskevič.

Eisenhower zur psychologischen Kriegsführung, Jackson, und mit dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Senats, Nowland, sowie mit dem Bruder des US-Präsidenten, Milton Eisenhower, getroffen habe.

### 5.6 1955: Die Spaltung der Partei – das Ende des VdU

Neben Kraus stand Ende 1953 Fritz Stüber, Vorsitzender der Wiener Gruppe des VdU, sowie die Krise des VdU im Fokus.<sup>85</sup> Ausführliche sowjetische Analysen widmen sich der inneren Struktur des VdU und den Streitereien unter den verschiedenen Gruppen in der Partei<sup>86</sup> (der bürgerlich-klerikalen Richtung um Kraus, den neofaschistischen Kreisen um Stüber, die von der SPÖ unterstützt würden, den ehemals schwer belasteten Nationalsozialisten um die „Glasenbacher“ Felix Rinner, Stefan Schachermayer, Franz Langoth, ehemals NS-Oberbürgermeister von Linz, oder Erich Kernmayer, die enge Kontakte zum amerikanischen Sicherheitsdienst CIC pflegten).<sup>87</sup> Sie zeigen in der Folge, unabhängig von den tatsächlichen Vorgängen, die Höbelt minutiös beschrieb,<sup>88</sup> das Bild des Übergangs vom VdU zur FPÖ, wie es nach Moskau vermittelt wurde.

Die innerparteilichen Kämpfe endeten nach sowjetischer Lesart am 23. November 1953 mit dem Parteiausschluss von Stüber – nicht wegen seiner offenen neonazistischen Ansagen, sondern wegen seiner, von der SPÖ unterstützten, Aktionen zur Spaltung der Partei und zur Gründung einer eigenen Partei mit Hilfe der westdeutschen

„Union der nationalen Einheit“ in Westfalen. Drei Tage später wurde die gesamte Wiener Gruppe aufgelöst und eine neue unter dem schon kranken Viktor Miltschinsky und Josef Dörler etabliert. Die Sowjets vermerkten: „Stüber scheint der Vertreter der verzweifelten nazistischen Elemente im VdU zu sein. Von der SPÖ erhält er regelmäßig finanzielle Unterstützung und die SPÖ benützt den Neonazi Stüber energisch, um den VdU zu schwächen, was ihren Interessen nützt.“

In Wien „gingen VdU und ÖVP zusammen, um den roten Bürgermeister zu stürzen. Das könnte in Wien zum Nachteil für die KPÖ werden, weil die SPÖ alle Kräfte mobilisiert, um Schwarz-Braun zu verhindern. Auch das Bundesratsmandat von Fiala wackelt“, befürchteten die Sowjets. Und ganz im Stile des KP-Organs „Volksstimme“ argumentierte auch der Kraskevič-Bericht: „Die Säuberungen im VdU sind eine Folge der Kraus-Reise in die USA. Denn, wenn der VdU nicht befähigt ist, in eine Koalition zu gehen, wird mit 1.1.1954 auch die monatliche Finanzhilfe von 50.000 Schilling gekürzt.“

In einem Bericht des 3. Botschaftssekretärs, A. Kolobov, von Anfang Dezember 1954 lässt sich erstmals, wenn auch retrospektiv, eine gewisse Sympathie für den VdU, ja fast ein Wehklagen angesichts seiner immensen inneren Probleme (Richtungskämpfe, Folgen der Gollob-Krise 1950), erkennen, wenn Kolobov etwa schreibt: „Die Unabhängigen strebten nicht eine Fundamentalopposition an, sondern wollten die Form der ‚konstruktiven Opposition‘ beleben.“ Denn,

<sup>85</sup> RGANI, F. 5, op. 28, d. 69. – Zur Wiener Gruppe zählte der Kraskevič-Bericht an das ZK in Moskau noch Fritz Ursin, Stadtrat Eugen Doppler und Viktor Miltschinski als Volksgruppenreferenten.

<sup>86</sup> RGANI, F. 5, op. 28, d. 69, l. 140-158. Bericht des geschf. Hochkommissars V. Kraskevič an den Leiter des außenpolitischen Referats des ZK der KPdSU, Smirnov, über die Krise im VdU und den Ausschluss von Stüber aus dem VdU, v. 19.12.1953. Der Bericht ging am 29.12.1953 auch an Gen. Kobin. – Der Bericht ging von 5 wichtigen Gruppen aus, die den VdU trugen und seine Richtung bestimmten: die Salzburger Gruppe mit Klubobmann NAbg. Kraus, NAbg. Reimann und NAbg. Gustav Zeillinger, die steirische Gruppe mit NAbg. Stendebach, 3. NR-Präs. Hartleb und NAbg. Jörg Kandutsch, die schon erwähnte Wiener Gruppe, die Tiroler-Vorarlberger Gruppe mit NAbg. Rudolf Kopf und Gerhard Ebenbichler sowie die „Aktion politische Erneuerung“ (gegründet aus der ÖVP-Abspaltung „Junge Front“, die eigentlich aus dem Komitee um Burghard Breitner hervorgegangen war) mit Strachwitz, NAbg. Willfried Gredler und dem Kärntner NAbg. Max Herzele.

<sup>87</sup> Den Kontakt von Kraus zum vormaligen Gauinspektor der NSDAP in „Oberdonau“, Stefan Schachermayer, aber auch zum ehemaligen SS- und SD-Mitglied Erich Kernmayer soll 1949 der US-Geheimdienst CIC über amerikanische Initiative hergestellt haben. Aussage von Kraus, vgl. Irnberger, S. 66, der sich bezieht auf: Thomas Powers, „CIA“. Hamburg 1980, S. 64.

<sup>88</sup> Höbelt, Vierte Partei, v. a. S. 217-250.

„jede gesunde parlamentarische Demokratie braucht eine Opposition wie das tägliche Brot [...] Wenn sich der VdU in die parlamentarische Arbeit nicht schlecht eingefunden hat, jedenfalls nicht schlechter als die anderen Parteien, so leidet er doch unter den innerparteilichen Streitereien in der Führungsspitze, was sich etwa auch bei den letzten Wahlen [1953] zeigte [...] Sein weiterer Erfolg wird davon abhängen, ob er diese beilegen kann“. Denn noch verfüge er „über ein Wählerpotential von 500.000 Stimmen“: Volksdeutsche, ehemalige Nationalsozialisten, Unzufriedene.<sup>89</sup>

Auch der ehemalige Leiter der Staatspolizei in Wien, KPÖ-Funktionär Heinrich Dürmayer<sup>90</sup>, sah in seinem Bericht 1954 in den „Volksdeutschen“ ein „labiles, politisch gefährliches Element“. Sie seien „Feinde [einer] jeglichen progressiven Entwicklung in Österreich und in Europa. Diese Heimatvertriebenen [...] sind ein großes Reservoir für die revanchistischen Politiker. Alle Parteien sind im Wettstreit um diese Leute, Helmer und Gleissner etwa am 12. September 1954 in Linz, wo sich jeder mit Versprechungen überbot“.<sup>91</sup>

Und sehr deutlich warnend der stv. sowjetische Hochkommissar Viktor M. Kraskevič an das ZK<sup>92</sup> in Moskau: „Beim VdU bleiben jene 500.000 Wähler, die schon in der Ersten Republik weder rot noch schwarz waren und in der 2. Republik jene verdeckte Kraft bilden, die eines schönen Tages aktiviert werden kann.“<sup>93</sup> Klar war seine Schlussfolgerung ganz im ideologisierten Sowjet-Ton: „Die sowjetischen Besatzer [wörtlich: Okkupations-Kräfte] werden alle verfügbaren Mittel anwenden, um den Einfluss des neonazistischen VdU und alle Versuche für eine weitere Belebung neonazistischer Elemente zu unterbinden, die Träger der Gefahr eines

Anschlusses Österreichs und der Liquidierung ihrer staatlichen Selbstständigkeit sind.“<sup>94</sup>

Der VdU blieb, trotz des relativ breiten Reservoirs an Sympathisanten, weiterhin am innerparteilichen Auseinanderdriften. Die Auswirkungen der internen Streitereien und Krisen zeigten sich letztlich bei den verheerenden Schlappen bei Landtagswahlen, bei den Gemeinderatswahlen in der Steiermark und in Vorarlberg sowie bei der Landwirtschaftskammer-Wahl in Niederösterreich am 3. April 1955. Die ehemaligen VdU-Stimmen teilten sich ÖVP und SPÖ.<sup>95</sup>

### 5.7 1955: Staatsvertrag und Programmkrise des VdU

Vor allem die ÖVP mit Julius Raab und Leopold Figl konnte den Erfolg bei den Staatsvertragsverhandlungen im April und Mai 1955 in Moskau und Wien sowie die Unterzeichnung des Staatsvertrages (Figl: „Österreich ist frei!“) für sich verbuchen. Natürlich spielten für den Verhandlungserfolg in Moskau im April 1955 und die nachfolgenden Verhandlungen in Wien bis zum Vorabend der Unterzeichnung des Vertrages weder die viel besungene Weinseligkeit Figls noch das immer wieder hervorgekehrte Geschick des damaligen Staatssekretärs Bruno Kreisky eine wichtige Rolle. Vielmehr waren es die politische Großwetterlage, die noch immer wegen der US-Militärpräsenz aus der Sicht des Kremls, gefährliche Frage Triest, die Richtungskämpfe in der sowjetischen Parteispitze, Chrusčevs „Tauwetter“, die Loslösung von der Deutschland-Frage, die ökonomisch-pragmatische Einstellung von Handelsminister Anastas I. Mikojan<sup>96</sup> und das Vertrauen, das Chrusčev in Raab setzte, die für Österreich

<sup>89</sup> RGANI, F. 5, op. 28, d. 331, l. 54f.

<sup>90</sup> Hofrat Dr. Heinrich Dürmayer war u. a. auch Mitglied des Akademischen Corps Marchia in Wien. Website Wiener Akad. Corps Marchia, Berggasse 8, Wien.

<sup>91</sup> RGANI, F. 5, op. 28, d. 331, Bericht v. 15.9.1954. Dürmayer: „In Sachen Charakteristik des VdU muss man nur ‚Die Presse‘ lesen, die von den USA dirigiert wird.“

<sup>92</sup> RGANI, F. 5, op. 28, d. 331, l. 107-117. Bericht über die neonazistische Bewegung in Österreich, v. 12.2.1955, an das ZK der KPdSU, gez. von A. Kolobov.

<sup>93</sup> Hier nahm sich Kraskevič eine Anleihe bei der „Presse“, v. 24.10.1954.

<sup>94</sup> RGANI, F. 5, op. 28, d. 331, l. 114.

<sup>95</sup> RGANI, F. 5, op. 28, d. 331, l. 164-172. Bericht v. 26.4.1955, gez. A. Kolobov.

<sup>96</sup> Zu Anastas I. Mikojan, der ein wesentlicher Motor für den Abschluss der Staatsvertragsverhandlungen mit Österreich war, vgl. u. a.: Anastas I. Mikojan, *Dorogoj borby*. Bd. 1. Moskau 1971; R. A. Medvedev, *Oni okružali Stalina*. Moskau 1990; Anastas Mikojan, *Tak bylo*. Moskau 1999. – Mikojan war auch 1956 der erste Sowjetführer, noch vor Chrusčevs

das kurze Fenster zu einem Vertragsabschluss öffneten.

Das stenographische Protokoll des ZK-Plenums vom 11. Juli 1955 zeigt dies in aller Deutlichkeit:

„Mikojan: Genosse Molotov ist ein alter Bolschewik, doch anstatt uns in dieser Sache [Jugoslawien und Österreich] zu helfen, behindert er uns. [...] Genossen, ich möchte einige Worte zu den Unstimmigkeiten zwischen Genossen Molotov und dem Präsidium sagen. Die Frage Österreich. [...] Ein halbes Jahr lang wurde gerungen [...]. Genosse Molotov äußerte sich: warum sollen wir unsere Position in Österreich schwächen? Man muss sie [die Truppen] dort halten. Genosse Bulganin meinte – es ist Zeit damit aufzuhören. Aber wie aufhören? Womit aufhören? Damit gibt Bulganin seinen [früheren] Standpunkt auf. Aber worum geht es? Österreich hat sich nicht als besiegt Land verstanden. Zehn Jahre sind sie dort gestanden. Jeden Tag haben sie [die Österreicher] den Tag der Befreiung Österreichs gefeiert, doch vor kurzem haben sie anstelle der Befreiung eine Protestdemonstration veranstaltet, damit wir sie von uns befreien! Und wenn die Österreicher morgen Steine auf unsere Truppen werfen, was dann? Werden wir etwa schießen? [...]“

Nun, Genosse Molotov hat neue Vorschläge [zu Österreich] gemacht. Eigentlich hätte er sie schon bis zum Januar zu erstellen sollen. Doch er hat es nicht gemacht. Also haben wir uns mit ihm unterhalten. Ich sage zu ihm: ‚Vjačeslav, wäre es in deiner Rede [vom Februar 1955], weil sie ja doch programmatisch ist [...], nicht besser, Österreich neu, getrennt von Deutschland zu behandeln?‘ Er darauf – gut ich denke darüber nach. [...] Doch Molotov verlangte, dass, wenn wir aus Österreich abziehen, das Recht bestehen bleiben müsse, Truppen dorthin zu verlegen. [...] Das hätte also geheißen, dass unser Abzug mit dem Recht einher gegangen wäre, jederzeit dort wieder Truppen stationieren zu können, wenn es von Militaristen gewünscht würde.

Chrusčev: Mit einem Wort – dann wenn wir dies wünschen.

Mikojan: Das ist erstens keine saubere Lösung und zweitens eine Gefahr für unsere guten Beziehungen [...].“

Schließlich gab Molotov dem Druck nach und „er selbst sagt, dass er nie dagegen [gegen den völligen Abzug gewesen] war“.<sup>97</sup>

Der VdU hatte, neben den internen Querelen, auch mit seinem neuen Ausseer Programm von 1954, wonach die österreichische Außenpolitik sich auf Deutschland [gemeint die BRD] ausrichten und das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen gepflegt werden sollte, und mit der Äußerung Stendebachs von der „unsichtbaren Grenze“ zwischen Österreich und Deutschland den Zug der Zeit verpasst.<sup>98</sup> Auch Kraus hatte am 12. Jänner 1954, vermutlich im Zusammenhang mit seinem erfolglosen Werben um Reinthaller, gemeint: „[...] Gekommen ist die Zeit der engen Zusammenarbeit mit Deutschland. Österreich ist ein deutsches Land, mehr noch – ein Land, das eine deutsche Aufgabe hat.“<sup>99</sup> Reinthaller selbst wollte sich nicht mehr mit dem VdU beschäftigen, den er für unreformierbar hielt, und sah als Ausweg aus der Krise des nationalen Lagers eine „völkisch-freiheitliche Partei“. Für sie wollte er auch arbeiten.<sup>100</sup>

### 5.8 1955/56: Kampf um die Stimmen des VdU

Bis zur formellen Auflösung des VdU um die Jahreswende 1955/56 spielte die Partei in der Beobachtung der sowjetischen Dienste nur noch eine untergeordnete Rolle.<sup>101</sup> So im Informanten-Bericht über eine 2-wöchige Sowjetunion-Reise österreichischer Parlamentarier im Spätherbst 1955, an der auch die VdU-Abgeordneten Viktor Reimann und R. Scheuch teilnahmen.<sup>102</sup> Nach ihrer Rückkehr schienen beide von den Eindrücken überwältigt und lobten überschwänglich in den Parteigremien die „gigantischen Errungenschaften der Sowjetunion“

Geheimrede auf dem 20. Parteitag der KPdSU, der in einer öffentlichen Rede Stalins Verbrechen anprangerte. Es deutet einiges daraufhin, dass auch Chrusčevs Geheimrede von Mikojans Mitarbeitern vorbereitet wurde.

<sup>97</sup> RGANI, F. 2, op. 1, d. 159. ZK-Juli-Plenum. Stenographisches Protokoll, v. 11.7.1955.

<sup>98</sup> Höbelt, Vierte Partei, S. 206f.

<sup>99</sup> RGANI, F. 5, op. 28, d. 331. Bericht Kraskevič, v. 12.2.1955.

<sup>100</sup> Reiter, Reinthaller, S. 567.

<sup>101</sup> Detailliert dazu: Höbelt, Vierte Partei, S. 217ff.

<sup>102</sup> AVP RF, F. 66, op. 49, p. 220/49. – Bericht über die Ergebnisse der Reise österreichischer Parlamentarier in die Sow-

auf allen Gebieten, die man „einfach nicht ignorieren“ könne. Eine Notiz<sup>103</sup> des 2. Sekretärs der sowjetischen Botschaft in Wien, V. Ugrjumov, über ein Gespräch mit dem Generalsekretär der „Demokratischen Union (DU)“, dem Kommunisten R. Zeltner, zeigt klar, dass die sowjetischen Stellen den VdU Anfang 1956 bereits beschrieben hatten und über die VdU-Exponenten mehr über die in Gründung befindlichen „Freiheitlichen“ erfahren wollten („Der VdU hat bei den kommenden Nationalratswahlen keine Chance. Vermutlich wird er alle Mandate verlieren. Der Kampf um seine Stimmen hat begonnen. Helmer [SPÖ] finanziert die sogenannte ‚Freiheitliche Partei‘ und trifft sich zweimal im Monat mit einem ihrer Führer, nämlich mit [Anton] Reinthaller.<sup>104</sup> [Bruno] Pittermann trifft häufig Stüber.“).

Freilich versuchte man sich gegenüber den sowjetischen Stellen in dieser Frage zugeknöpft zu geben. So antwortete Kraus bei einem Cocktail in der sowjetischen Botschaft Ende März auf insistierende Fragen von Ugrjumov und seinem Kollegen Timoščenko, dass „man über die Konstituierung einer ‚freiheitlichen‘ Partei noch nichts Bestimmtes sagen könne. Die Umstände hätten dieses Problem schwieriger gemacht und es wäre sehr wahrscheinlich, dass es erst nach den Nationalratswahlen [am 13. Mai 1956] gelöst würde“.

## 6 Die Anfänge der FPÖ

Das Ergebnis der Nationalratswahlen war für die Sowjets vorhersehbar. Streng geheim und im Klar-

text wurde aus Wien an Chruščev und die anderen Politbüro-Mitglieder<sup>105</sup> rapportiert: „Das wichtigste Resultat: Die ÖVP gewann. Hatte früher die ÖVP 1 Mandat Überhang, so sind es jetzt 8.<sup>106</sup> Und: Statt des neofaschistischen VdU, einem Block, mit dem weder die ÖVP noch die SPÖ angesichts der progermanischen Reste konnte, gibt es nun im neuen Parlament, auf Basis des VdU, die noch nicht in der Öffentlichkeit kompromittierte ‚FPÖ‘. Indem die ÖVP droht, in eine Koalition mit der FPÖ (6 Mandate) zu gehen, kann sie auf die SPÖ in einigen Fragen Druck ausüben [...] So bei Fragen des Verhältnisses zur Sowjetunion im Zusammenhang mit dem Europarat (Raab musste auf Druck des rechten Flügels seiner Partei die Zustimmung zum Beitritt geben, wogegen er seinerzeit entschlossen auftrat, weil er die sowjetische Position mitbedachte). Der ÖVP-Erfolg, der wesentlich auf die VdU-Wähler zurückgeht, wird die Regierung auf einen noch stärkeren prowestlichen Kurs bringen.“

Besonders ging es im Bericht an die Moskauer Staats- und Parteispitze um den so bezeichneten „Freundschaftsvertrag“ zwischen den USA und Österreich<sup>107</sup>, um einen diskutierten zukünftigen Beitritt Österreichs zum „Euratom“ sowie um das zu erwartende Nein der ÖVP zu einer Verstaatlichung der durch den Staatsvertrag an Österreich übergebenen Ölfelder der „Sowjetischen Mineralölverwaltung“<sup>108</sup>. Dabei ging es auch um Postenbesetzungen: „Die ÖVP verlangt vermutlich auch ihren gleichen Anteil in den Führungsetagen der Verstaatlichten, wo bislang die SPÖ faktisch ein Monopol hatte. Diese könnten langfristig in die Verfügung des ös-

terreichischen Privatkapitals kommen.“ Selbstredend befürchtete man durch das Wahlergebnis eine „Stärkung des rechten Flügels in der ÖVP, was auch eine ernste Auswirkung auf die Politik der SPÖ haben könnte“ [Rechtsruck der SPÖ].

Nach monatelangen Verhandlungen zwischen dem VdU und Anton Reinthaller, der sich lange Zeit im Hintergrund gehalten und sich dem Werben des VdU geschickt entzogen sowie kurzfristig eine eigene Partei („Freiheitspartei“) gegründet hatte, mehreren Abspaltungen vom VdU und der Trennung von „Liberalen“ einigte sich das nationale Lager schließlich am 17. Oktober 1955 auf die Gründung der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ). Von Beginn an standen ihre Führung um Reinthaller, Friedrich Peter und Fritz Butschek, ehemals Stabsleiter im niederösterreichischen Reichsnährstand, die eine sehr starke personelle Kontinuität zum VdU hatte, sowie ihr Parteiprogramm („Kurzprogramm“) vom November 1955<sup>109</sup> im Fokus des sowjetischen Interesses. Die Informanten nutzten viele Gelegenheiten wie Parteiveranstaltungen, Empfänge, direkte Gespräche mit der FPÖ nahestehenden Personen, aber auch Informationen, oft aus Lokalzeitungen, um ihre internen Berichte zu verfassen. Meist wurden sie anschließend in der sowjetischen Botschaft in Wien zusammengefasst, redigiert und gingen in komprimierter Form und strukturiert an die Moskauer Zentralstellen. Gelegentlich haben sich auch Rohberichte erhalten, so von einer FPÖ-Veranstaltung am 4. Oktober 1957 im Wiener Cafe Wimberger.<sup>110</sup> 77 Fragen, vor allem zu Pensions- und Vermögensfragen, wurden von den Partei-Sympathisanten gestellt, die Antworten gaben Parteichef Friedrich Peter und Dr. Willfried Gredler.

### 6.1 Peter: „Der Kommunismus ist unser Feind“ – „Die meisten Mitglieder unserer Partei sind ehemalige Nationalsozialisten“

Ein kurzer Auszug von Fragen und Antworten soll die Stimmungslage und die Positionen der FPÖ zeigen:

„Ist die FPÖ eine Partei der Kapitalisten?“

– Antwort Peter: Nein. Das ist in Österreich die ÖVP. Die FPÖ ist eine Partei der kleinen Leute und v. a. jener, die ihr Brot mit den eigenen Händen verdienen. Dennoch öffnet die Partei die Tür allen, die ihr Programm anerkennen und mit ihr zusammenarbeiten wollen, Arbeitern und Unternehmern.

Kann man die FPÖ als Nazipartei bezeichnen?

Peter: Das System und die Methoden des Nationalsozialismus sind fehlgeschlagen. Daher haben wir auf den Nationalsozialismus als Ideologie und Lehre öffentlich verzichtet. Wir erklären ausdrücklich, dass wir für das demokratische Regierungssystem und den Kampf einstehen und sehen an, dass die eigenen Ideen nicht mit Gewalt, sondern mit Überzeugung durchgesetzt werden müssen. Demzufolge treten wir entschieden ein: für eine echte Demokratie in Österreich [...], für ein neues, echt demokratisches Wahlgesetz und für die Verabschiedung des Gesetzes für die Abhaltung von Volksabstimmungen.

Die meisten Mitglieder unserer Partei sind ehemalige Nationalsozialisten. Das bedeutet aber natürlich nicht, dass wir Mauthausen und Dachau rechtfertigen. Aber das heißt auch nicht, dass wir das Gute am Nationalsozialismuszeit ablehnen. / Beifall/

Frage: Wie steht die FPÖ zum Kommunismus?

Peter: Der Kommunismus ist unser Feind Nr. 1. Er ist der Hauptfeind westlicher Zivilisation.“

Am Schluss seines längeren Versammlungs-Berichtes bemerkte der 3. Botschaftssekretär V. Beleckij: „Auf der Versammlung habe ich zufällig meinen Bekannten aus der Polizei gesehen. Daraus ist zu schließen, dass das österreichische Innenministerium die Tätigkeit der FPÖ beobachtet.“<sup>111</sup>

Die Berichte der sowjetischen Dienste über die FPÖ gingen naturgemäß an die 3. europäische Abteilung des Außenministeriums, an das ZK, an die Staatssicherheit (KGB) und, falls angezeigt,

jetunion v. 20.11.-4.12.1955. Delegationsleiter: Bundesratspräsident Landesschulinspektor Anton Frisch (ÖVP). Unter den Teilnehmern waren Alfred Maleta (ÖVP), der Sekretär der Sozialistischen Internationale und Europarats-Abgeordnete Karl Czernetz und der Bezirksobmann der SPÖ Favoriten, Otto Probst, sowie Ernst Fischer (KPÖ). Vgl. auch: Die Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat 1918–1975 und die Mitglieder des österreichischen Bundesrates 1929–1975. Wien 1975.

**103** RGANI, F. 5, op. 28, d. 433, l. 47-49. Aus dem Tagebuch von V. I. Ugrjumov, v. 20.3.1956. Das Gespräch mit Zeltner fand am 2.3. in der sowjetischen Botschaft in Wien statt.

**104** Zu Reinthaller siehe u. a.: Reiter, Reinthaller, S. 539-575 und: Schimanko, Reinthaller. Sehr differenzierend auch bei: Höbelt, Vierte Partei, S. 241, 245, 263f.

**105** RGANI, F. 5, op. 28, d. 433, l. 62. Notiz über ein Gespräch mit Dr. Kraus, v. 21.3.1956, anlässlich eines Cocktails in der sowj. Botschaft in Wien.

**106** RGANI, F. 5, op. 28, d. 433, Bericht über die Ergebnisse der Parlamentswahlen v. 13.5.1956, gez. von I. Tugarinov, stv. Vors. d. Komitees f. Information beim Außenministerium der UdSSR, Moskau.

**107** Die ÖVP verfehlte die absolute Mehrheit nur um ein Mandat. Es war das Jahr des Staatsvertragskanzlers Raab.

**108** Abkommen zwischen den USA und Österreich betreffend die Verfügung über gewisse Vermögensschaften der Vereinigten Staaten in Österreich, v. 26.9.1955, das im BGBl. nicht veröffentlicht wurde.

**109** Vgl. dazu vor allem: Walter Iber, Die Sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. Zur Vorgeschichte der OMV 1945–1955. Innsbruck – Wien – Bozen 2010.

**110** Darin modifizierte man das Ausseer Programm des VdU und erklärte sich nun zu einer „sozialen Volksgemeinschaft“ und zur „Deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“. Reiter, S. 569 und Piringner, VdU, S. 17-39; Höbelt, „Aktion Reinthaller“, S. 47-88.

**111** AVP RF, F. 66, op. 36, p. 70/33. Bericht des 3. Botschaftssekretärs V. N. Beleckij, v. 5.11.1957. Die Veranstaltung wurde

auch an einzelne Fachorgane. Botschaftsrat I. Lavrov prangerte im April 1960<sup>112</sup> in einem längeren Bericht die Ziele und Aktivitäten der FPÖ scharf an, wenn er rapportierte: „Zuletzt verstärkten neonazistische Organisationen in Österreich ihre Tätigkeit. Es gelang ihnen, ein Treffen der Sudetendeutschen durchzuführen sowie am 17. Oktober eine faschistische Demonstration in Wien und andere provokative Auftritte zu organisieren. Die neonazistischen Organisationen gruppieren sich um die sogenannte FPÖ, die sich als Nachfolgerin des neofaschistischen ‚VdU‘ versteht.“

Und Lavrov weiter: Die FPÖ trete im Kern gegen die Neutralität und die Unabhängigkeit des Landes auf. Als Hauptvermittler des westdeutschen Einflusses und der Ideen des Pangermanismus in Österreich betrachtet sie das österreichische Volk als Teil des „deutschen Volkes und der Kulturgemeinschaft“. Die Partei fordere die politische und wirtschaftliche Annäherung zwischen Österreich und der BRD und unterstütze aktiv den revanchistischen Kurs der Bonner Regierung. Sie trete gegen die Anerkennung der deutschen Nachkriegsgrenzen im Osten und gegen die internationale Entspannung auf. Und die FPÖ fordere offen einen Beitritt Österreichs zum Gemeinsamen [europäischen] Markt.

Und deutlich: „Die FPÖ versucht, die österreichischen Beziehungen zur Sowjetunion und zu den volksdemokratischen Ländern zu erschweren. Sie trat seinerzeit gegen die Reise des Justizministers Tschadek in die UdSSR sowie gegen den Besuch einer Delegation sowjetischer Juristen in Österreich auf und missbilligte die Reise der österreichischen Delegation, geleitet von Raab und Bundespräsident Schärp, nach Moskau. Die Vertreter der Partei im Parlament versuchten, das Nein der Regierung für einen Beitritt Österreichs zum Gemeinsamen Markt als Erfolg des Drucks seitens der UdSSR darzustellen [...] Unter dem Druck der demokratischen Gesellschaft ergriffen

die österreichischen Stellen einige Maßnahmen zur Beschränkung der Tätigkeit von neonazistischen Organisationen und deren Führern. So wurde eine Gruppe von Organisatoren neonazistischer Bewegungen und Personen festgenommen, die im Verdacht nazistischer Aktivitäten standen [...] Diese Maßnahmen trugen jedoch einen inkonsequenten Charakter. Eine große Anzahl neonazistischer Organisationen setzte ihre Aktivitäten fort. Obwohl es im Land Gesetze gibt, die nazistische Aktivitäten unter strenge Strafe stellen, verhalten sich die Gerichte liberal.“

## 6.2 Neonazistische Organisationen

Lavrov erklärt: „Die Botschaft beobachtet die Tätigkeit der FPÖ und neonazistischer Organisationen und ergreift in zwingenden Fällen entsprechende Maßnahmen. So wurde etwa auf Anweisung des Außenministeriums eine Demarche unternommen, mit dem Ziel, die Ankunft des Verteidigungsministers der BRD, [Franz Josef] Strauß,<sup>113</sup> in Österreich zu verhindern. Es wurden Kanzler Raab Berichte bezüglich des Sudetendeutschen-Treffens und der faschistischen Demonstration in Wien im Oktober vorigen Jahres erstattet [...]“

Konkret schlug Lavrov folgende Maßnahmen sowjetischerseits in Österreich vor, um die FPÖ als „pro-westdeutsche Agentur in Österreich zu entlarven“:

1. Presseartikel in sowjetischen Zeitungen, die die FPÖ und ihr nahe stehende Organisationen als eine Ansammlung von ehemaligen Nazis und als Agentur Westdeutschlands in Österreich entlarven.
2. Verstärkte Sendungen von Radio Moskau.
3. In Gesprächen mit österreichischen Parlamentariern auf die notwendige Verhinderung von nazistischen Organisationen hinzuweisen. Doch diese Berichte und Informationen konnten die große Linie der sowjetischen Politik,

von der Wiener FPÖ-Landesgruppe organisiert. Ca. 300 Personen waren anwesend, also, wie vermerkt wurde, „deutlich mehr, als während des Wahlkampfes zur Bundespräsidentenwahl vom 5.5.1957“, die Adolf Schärp gegen Wolfgang Denk gewinnen konnte.

**112** Dies könnte den Schluss zulassen, dass Wiener Polizisten auch nach dem Staatsvertrag noch mit der ehemaligen Besatzungsmacht kooperierten. Die Observanz von FPÖ-Parteiveranstaltungen durch Beamte des SPÖ-geführten Innenministeriums war naheliegend.

**113** AVP RF, F. 66, Ziff. 720/7, Bericht v. 16.4.1960, erging an I. Il'ičev (Lt. d. 3. Europ. Abt. d. MID an I. I. Tugarinov und Gen. Charlamov, alle MID).

die von 1953 bis 1964 von Nikita S. Chruščev bestimmt wurde, nicht beeinflussen. Chruščev, der Österreich erstmals knapp nach Kriegsende 1945 besucht hatte, in den österreichischen Politikern Raab und Figl, weniger in Kreisky, verlässliche Gesprächspartner bei den Verhandlungen zum Staatsvertrag sowie danach bei seinen Plänen eines Gipfeltreffens mit Kennedy sah und Österreich selbst als neutrales Land schätzte, hatte 1960 einen 13-tägigen (!) Staatsbesuch durchgeführt und war dabei in einem umgebauten Postbus durch das Land getourt. Tatsächlich war es dieser Besuch, gepaart mit österreichischer Gastfreundschaft, der „ein besonders gutes Klima in den bilateralen Beziehungen erzeugt hat“, wie die russische (RSFSR)-Sozialministerin Nonna A. Murav'eva an den stv. sowjetischen Außenminister T. M. Puschkin schrieb.<sup>114</sup>

So zeigte sich die sowjetische Botschaft im März 1964 höchst erfreut darüber, dass die Forderungen bezüglich der Gründung einer Gewerkschaftsfraktion der FPÖ innerhalb des ÖGB bei den österreichischen Gewerkschaften keine Unterstützung fand und von den Gewerkschaftsfraktionen von SPÖ, KPÖ und ÖVP abgelehnt wurde.<sup>115</sup> Bei den Landtagswahlen in Wien und Niederösterreich 1964 wäre die FPÖ mit einer demagogischen Kritik an der Regierungspartei in den sozialen und kommunalen Fragen aufgetreten. Als pro-westdeutsche Partei forderte sie, Wien zur „Hüterin der deutschen Kultur“, zum „Zentrum des europäischen Geistes“ zu machen.<sup>116</sup> In Wien und in

Niederösterreich setzte es für sie auch eine schwere Schlappe: In Wien verlor sie 20.000, in Niederösterreich 8.000 Stimmen. Auch eine Koalition mit der SPÖ rückte, so der Bericht, in weite Ferne: „Aufgrund des [Franz] Olah-Ausschlusses aus der SPÖ waren alle Hoffnungen auf die Bildung einer ‚kleinen Koalition‘ dahin und die FPÖ-Führung präferierte nun eine Dreier-Koalition. Gleichzeitig behält die FPÖ ihre Positionen in den westlichen Bundesländern, wo Westdeutschland einen besonders starken Einfluss hat.“

Überschattet waren die Mitte-1960er-Jahre innenpolitisch vor allem von der Habsburg-Krise, der Fußach-Affäre, dem Rundfunk-Volksbegehren, der Affäre Franz Olah<sup>117</sup> sowie der Causa des Welthandels-Professors Taras Borodajkewycz, die 1965 mit seiner Beurlaubung und 1971 schließlich mit seiner Zwangspensionierung wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung endete. Gleichzeitig führten die Demonstrationen, vor allem von Studenten, pro und kontra Borodajkewycz<sup>118</sup> zum allgemein als erstes politisches Todesopfer der Zweiten Republik<sup>119</sup> geltenden, damals 67-jährigen, Kommunisten Ernst Kirchweyer, der bis zu seiner Pensionierung im Compass-Verlag<sup>120</sup> gearbeitet hatte. Die FPÖ zeigte sich in einer „Feststellung“ erschüttert, dass die „Vorfälle in der Wiener Innenstadt ein Menschenleben gefordert“ haben.<sup>121</sup>

Anfang Oktober 1965 fuhr KPÖ-Chef Franz Muhri zu den ZK-Sekretären Michail A. Suslov, dem Parteideologen, und Boris N. Ponomarev, dem „ewigen“ Sekretär und typischen Sowjet-Ap-

**114** Zu Strauß vgl. die neue Biographie von Horst Möller, Franz Josef Strauß: Herrscher und Rebell. München – Berlin 2015.

**115** AVP RF, F. 66, op. 44, p. 228/26.

**116** AVP RF, F. 66, op. 43, p. 91/27, S. 7-9. Bericht d. sowj. Botschaft in Wien, v. 30.3.1964.

**117** AVP RF, F. 66, op. 43, p. 91/27, S. 13-17. Bericht d. sowj. Botschaft in Wien, v. 17.11.1964.

**118** Zur Olah-Affäre vgl. u. a. Manfred Lechner, „... Jener, dessen Namen unter den Lebenden nicht genannt werden mag“. Der „Fall Olah“. Ein Megaskandal der Zweiten Republik? In: Michael Gehler – Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Wien – München 1996, S. 432; Hans Weiss – Krista Federspiel, Wer? Wien 1988, S. 137ff. und Norbert Leser, Anton Benya und Franz Olah – eine idealtypische Konfrontation, in: Europ. Rundschau 3/2012, S. 43ff.

**119** Unterlagen der Sammlung Hilde Borodajkewycz: Akten des RF SS, Sicherheitsdienst zu Taras Borodajkewycz, 1940. – Stellungnahme von ÖVP-Unterrichtsminister Dr. Theodor Piffi-Percevic im ÖVP-Pressedienst v. 14.5.1966. – ÖVP-Parteiarchiv, ÖVP-Pressedienst v. 14.5.1966.

**120** Das erste politische Todesopfer der Zweiten Republik Österreich dürfte vermutlich der im August 1945 bei Aufräumarbeiten in Floridsdorf von Kommunisten gelynchte ehemalige Nationalsozialist Johann Vonasch gewesen sein. Vgl. Ministerratsprotokolle der Regierung Renner II. – Den Hinweis verdanke ich Lothar Höbelt.

**121** Vgl. zu Kirchweyer neben der bekannten, umfangreichen Literatur auch: Brigitte Heller, Unternehmensführung im

paratschik. Obwohl die moskautreue KPÖ, schon allein wegen ihrer geringen Bedeutung im politischen Leben Österreichs, in Moskau kein besonderes Gewicht genoss, konnte Muhri, gewissermaßen im Vorzimmer Brežnevs, drei wesentliche Punkte besprechen:<sup>122</sup> Erstens, so der KPÖ-Chef, die Auftritte rechter Elemente häufen sich. Zweitens: Österreich führt Gespräche über einen Beitritt zur EWG. Muhri erhielt dazu ein striktes „Njet“ der sowjetischen Führung. Damit im Zusammenhang legte Muhri noch nach: „Die rechten Kräfte [gemeint waren die ÖVP, Teile der FPÖ und die Industrie] wollen eine Verringerung des Handels mit Ländern des sowjetischen Lagers, führen zudem einen Kampf gegen die verstaatlichte Industrie und wollen diese privatisieren.“ Drittens berichtete Muhri von Plänen für Gas- und Öllieferungen zwischen westlichen Staaten und Österreich und meinte, es wäre für Österreich besser, Lieferverträge mit Rumänien abzuschließen. Offenbar teilten die ZK-Sekretäre Muhri nicht mit, dass man mit den Arbeiten für Gaslieferungen aus der Sowjetunion nach Österreich schon sehr weit war und drei Jahre später, im September 1968, bereits russisches Gas erstmals über eine Erdgaspipeline (Übergabestelle bei Bierbaum, Niederösterreich) nach Österreich geleitet wurde. Außerdem: Um die NATO-Embargopolitik zu unterlaufen, hatten westdeutsche Konzerne wie Thyssen Geschäfte über das neutrale Österreich mit Moskau gemacht.<sup>123</sup>

Für Muhri war es doppelt peinlich, als schon bald darauf sowohl in Wien als auch in Moskau die Vorbereitungen für die Zeremonie der Eröffnung dieses ersten Gas-Leitungsstranges nach

Westeuropa aufgenommen wurden. Die damit verbundene Visite des sowjetischen Gas-Ministers Alexej K. Kortunov wurde in Wien, drei Wochen nach dem Niederwalzen des „Prager Frühlings“ durch Warschauer-Pakt-Truppen (!), wie ein offizieller Staatsbesuch orchestriert – mit Bundespräsident Franz Jonas, Bundeskanzler Josef Klaus, Außenminister Kurt Waldheim, Verstaatlichten- und Verkehrsminister Ludwig Weiß sowie der OMV-Riege, u. a. mit Margarethe Ottillinger, die bis 1955 noch im sowjetischen Gulag inhaftiert gewesen war.<sup>124</sup> Wie der sowjetische Botschafter in Wien, Boris F. Podcerob (politisch ein Molotov- und Stalin-Mann, im Sport ein weltbekannter Schachspieler)<sup>125</sup>, mit offensichtlicher Genugtuung vermerkte, haben die österreichischen Politiker und Industrievertreter „in den Gesprächen mit dem Minister nicht ein einziges Mal, weder direkt noch indirekt oder auch nicht über Bemerkungen, die Frage der Ereignisse in der ČSSR angesprochen und gaben damit zu verstehen, dass die Ereignisse in der ČSSR nicht die Arbeitsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und Österreich beeinträchtigen sollen“.<sup>126</sup>

Wenig Einfluss dürfte auch der Bericht<sup>127</sup> der sowjetischen Botschaft an Valentin M. Falin, im Mai 1969 Mitglied des Kollegiums des sowjetischen Außenministeriums, über die Verbreitung der „National-Zeitung“ in Österreich gehabt haben. So hatte der 2. Botschaftssekretär B. Cilicyn herausgefunden, dass das Blatt seit 1951 in Österreich vertrieben werde. Als Chefredakteur fungierte zuerst Erich Kernmayr (ehemals SS-Hauptsturmführer und Chef des Presseamtes

„Dritten Reich“. Am Beispiel des Wiener Compass-Verlages 1938–145/47. Sowi-Diss. Graz 2016; Katharina Bergmann-Pfleger – Tano Bojankin, Vom Print- zum Onlinemedium. Der Compass-Verlag und seine Publikationen (1867–2011), in: Peter R. Frank – Murray Hall (Hg.), Mitt. d. Ges. f. Buchforschung in Österreich 2011/2, S. 13ff.

<sup>122</sup> <http://orf.at/stories/2269876/22699735>, 31.3.2005.

<sup>123</sup> AVP RF, F. 66, op. 49, p. 237/3. Besprechungsniederschrift v. 8.10.1965.

<sup>124</sup> Vgl. dazu u. a. Peter Ruggenthaler - Michail Prozumensčikov – Barbara Stelzl-Marx, Österreich und die Sowjetunion im Kalten Krieg nach Abschluss des Staatsvertrages 1955, in: Stefan Karnar – Alexander Tschubarjan (Hg.), Österreich-Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte. Veröff. d. L. Boltzmann-Ins. f. Kriegsfolgenforschung, Sdbd. 18. Graz – Wien 2018, S. 225-227 sowie: Stefan Karnar, xxxOttillingerxxx.

<sup>125</sup> Stefan Karnar, Geheime Akten des KGB. Margarethe Ottillinger. Graz – Wien 1992.

<sup>126</sup> In der Sowjetunion erhielt Podcerob den Titel „Kandidat zum Meister des Sports“, gewann 19 Fernturniere auf Weltebene, siegte – während seiner Zeit als Botschafter in Wien – auch im Turnier gegen einen österreichischen Großmeister. Podcerob war eng befreundet mit Schach-Großmeister Michail M. Bodvinnik, der in seinen Erinnerungen immer wieder auf Berichte von Podcerob zurückgreifen konnte. Vgl. Michail M. Botvinnik, Tri mača Anatolija Karpova. Moskau 1975.

<sup>127</sup> AVP RF, F. 66, op. 52, p. 244/26. Bericht Podcerob über die Visite Kortunovs in Österreich vom 16.-22.9.1968.

der NSDAP in Wien) und ab 1958 Gerhard Frey. Dieses „Organ der Revanchisten, Neonazis und Militaristen“, so der Bericht nach Moskau, zeichne sich u. a. durch eine Unterstützung für eine Achse Bonn-Peking, als Gegner eines Vertrages über die Nichtverbreitung von Atomwaffen, als Befürworter einer Rehabilitierung des Faschismus und als Unterstützerin der FPÖ und von Franz Olah aus.

Auch die Informationsberichte über die Positionierung der FPÖ im Nationalratswahlkampf 1966 und ihre mögliche Rolle bei den anschließenden Koalitionsüberlegungen, aus denen die ÖVP die erste Alleinregierung unter Klaus bildete, waren lau. Dies ohne Zweifel dem Umstand geschuldet, dass die FPÖ zu einer Kleinpartei abgesunken war, nicht mehr vergleichbar mit jenem Einfluss, den der VdU bis 1953/55 gehabt hatte. Das Absacken auf eine 7-Prozent-Partei, der weitere Verlust von rund 23.000 Stimmen bei den letzten Nationalratswahlen im November 1962<sup>128</sup>, die Verluste bei den zwischenzeitlichen Landtags- und Gemeinderatswahlen, vor allem in Wien und Niederösterreich, sowie vor allem das Antreten der „Demokratischen Fortschrittlichen Partei“ (DFP) unter dem populären, ehemaligen SPÖ-Gewerkschafter, ÖGB-Präsidenten und Kurzzeit-Innenminister Franz Olah bei den Wahlen 1966 ließen für die FPÖ ein noch deutlich schlechteres Wahlergebnis erwarten. Die sowjetischen Beobachter rechneten mit dem Verlust von 2 bis 3 Mandaten.

Als Gründe nannte der letzte Bericht vor den Wahlen<sup>129</sup> von Anfang Februar 1966: „Einerseits lassen sich immer weniger Wähler vom nazistischen, pro-westdeutschen Charakter der FPÖ überzeugen, andererseits hat 1963 das Gerede der FPÖ zu einer möglichen Bildung einer ‚kleinen Koalition‘ mit der SPÖ dazu geführt, dass ein bestimmter Teil neonazistisch eingestellter Wähler, die gegen eine Kooperation der FPÖ-Spitze mit der Sozialistischen Partei auftraten, zur ÖVP abgewandert ist [...] In der ÖVP-Führung spielen rechte Extremisten eine wichtige Rolle und bringen offen zum Ausdruck, sie würden die Interessen

der FPÖ-Wähler effektiver schützen.“ Wie schon vorher setze die Partei wieder auf ihre bekannten Slogans: Abschaffung des Proporz, Stärkung des Parlamentarismus, Kritik an den Regierungsparteien wegen des Preisanstiegs, des Wohnungsproblems und der Entwertung des Schillings, Reorganisation der Verstaatlichten, Rundfunkreform, Beitritt zur EWG. Als bemerkenswert qualifizierte der sowjetische Informant, dass die FPÖ gegen den von der ÖVP in den Raum gestellten Terminus „Volksfront“ auftrat, was, wie er ausführte, vor allem dazu angetan war, die eigenen Wähler bei der Stange zu halten.<sup>130</sup>

Denn eine Koalition der FPÖ mit der SPÖ wäre bereits vor dem Wahlgang 1966 eigentlich vom Tisch gewesen. Vielmehr habe die FPÖ-Führung eine Annäherung an die ÖVP angestrebt. Am 26. Jänner 1966, so der sowjetische Informant, „fand im Parlamentsgebäude ein Geheimgespräch der Parteiführer von ÖVP und FPÖ statt [...] Das [...] angekündigte Kommuniqué des ÖVP-Generalsekretärs, [Hermann] Withalm, welcher der FPÖ einen Burgfrieden angeboten hat, bestätigt diese Vermutungen. In letzter Zeit mehrten sich in der ÖVP Stimmen für eine Regierungsbeteiligung der FPÖ. Das bestätigen Reden des Landeshauptmanns der Steiermark, [Josef] Krainer, und des Vorarlberger Landeshauptmanns [Herbert] Keßler“. Und der Bericht warnte: „Eine Regierungsbeteiligung der FPÖ würde den Prozess eines Rechtsrucks der Innen- und Außenpolitik des Landes beschleunigen. Die feindliche politische Haltung der Freiheitlichen Partei gegenüber der UdSSR und den sozialistischen Ländern könnte die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Österreich negativ beeinflussen.“

Der Ausgang der Nationalratswahlen ist bekannt, ebenso die anschließenden, doch eher formalen, Koalitionsgespräche und schließlich die Bildung der ÖVP-Aleinregierung Josef Klaus. Die FPÖ schrumpfte, auch angesichts des Antretens der Partei Franz Olahs, auf nur noch 5,4 Prozent der Stimmen, verlor zwei Mandate und ein

<sup>128</sup> Die FPÖ erreichte am 18.12.1962 313.895 Stimmen, gegenüber 336.110 am 10.5.1959, konnte jedoch ihre 8 Mandate halten. Walter Kleindel, Österreich. Zahlen, Daten, Fakten, hrsg., bearbeitet und ergänzt von Isabella Ackerl und Günther K. Kodek. Salzburg – Wien 2004 (= Kleindel), S. 618.

<sup>129</sup> AVP RF, F. 66, op. 45, p. 97/30, S. 1-3. Bericht v. 9.2.1966, gez. 3. Botschaftssekretär M. Privalichin.

<sup>130</sup> Die ÖVP bezog sich auf die Unterstützung der KPÖ für einzelne SPÖ-Kandidaten, ev. auch auf die Möglichkeit eines Zusammengehens der Partei Ohlas mit der SPÖ, was auch seitens der „Kronen Zeitung“ insgeheim protegiert wurde.



gutes Viertel ihrer Stimmen des Jahres 1962.<sup>131</sup> Ein Ergebnis, von dem sie sich bis 1986 nicht mehr erholen konnte.

In dieser Situation rückte die Gründung der „Nationaldemokratischen Partei Österreichs“ im Juni 1966 ins Zentrum der politischen Beobachtung durch die sowjetischen Dienste.<sup>132</sup> Mastermind und erster Bundessprecher der NDP-Gründung war Dr. Norbert Burger, Mitbegründer des „Befreiungsausschusses Südtirol (BAS)“, bis 1963 FPÖ-Mitglied, u. a. 1966 in Italien wegen Sprengstoffanschlägen in absentia zu 28 Jahren Haft verurteilt.<sup>133</sup>

Mit Friedrich Peter vereinbarte, so berichtete der sowjetische Informant nach Moskau, Burger im Juli 1966 in Linz, bis zum FPÖ-Bundesteiltag im Oktober 1966 „das Feld der FPÖ zu überlassen und noch keine Filialen in den Bundesländern zu gründen“. Kurz vor dem Parteitag verließ Burger jedoch die Abmachung mit Peter und schraubte die politischen Forderungen gegenüber der FPÖ, mit Blick auf die nationale Wählerschaft, deutlich höher und forderte u. a. den Abbruch aller Kontakte mit den liberalen Parteien, eine zielstrebige Südtirol-Politik, die klar und eindeutig auf dem Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung beruht,<sup>134</sup> einen Wechsel in der Parteiführung auf Personen, die eine „echte nationale Politik“ machen. Dem entsprach die FPÖ nicht im geforderten Ausmaß, weshalb eine Reihe von FPÖ-Mitgliedern, darunter Helmut Gollwitsch und Peter Kienesberger, aus der FPÖ austraten und zur nunmehr auch nach außen sichtbar

auf tretenden NDP wechselten. Einen Monat später kündigte Burger an, man werde „die FPÖ auf das Abstellgleis schieben“ und bei den nächsten Nationalratswahlen 15 Mandate erhalten. Peter beruhigte in einem Gespräch mit dem Informanten und Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft, die NDP werde das Schicksal anderer Splitterparteien erleiden. Doch störe ihn die Gründung dieser Partei und er gab preis, dass die „NDP von der ÖVP, namentlich von den Landeshauptmännern in Tirol und der Steiermark, Eduard Wallnöfer und Josef Krainer, finanziert werde“.<sup>135</sup>

Ziemlich abwegig mutet vier Jahre später ein Bittgesuch des „Bergisel-Bund“-Obmanns Wolfgang Scheiber an die sowjetische Regierung um Unterstützung für eine Südtirol-Autonomie an. Auf Empfehlung des Salzburger Residenten wurde das Schreiben von Moskau nicht beantwortet. Der Bund erschien den Sowjets als zu radikal und die Südtirol-Gespräche störend.<sup>136</sup>

Die soziale Zusammensetzung der FPÖ, so ein sowjetischer Bericht vom 15. Dezember 1966<sup>137</sup>, ändere sich in Richtung einer Zunahme des Anteils von Industrie- und Landarbeitern. Dies erfordere eine gewisse Umorientierung der Parteiarbeit und der Ausrichtung der Partei in jene Richtung, die auch andere liberale westeuropäische Parteien eingeschlagen hätten, wie in Großbritannien oder in der BRD: Arbeiter-Mitbestimmung und Mitbeteiligungsmodelle. Doch dies war die leichtere Aufgabe, der sich die Parteiführung 1966 auch in ihrem neuen Programm zu stellen hatte. Viel schwieriger und eigentlich für die nächsten Jahr-

zehnte bestimmend wurde der Kampf zwischen nationalem und liberalem Flügel. Daher, so der sowjetische Bericht, versuche Peter, die Partei in Kompromissformeln wie der „national-liberalen Mitte“ oder als „Gemeinschaft von Bürgern gleicher Rechte und Pflichten auf Basis des traditionellen deutschen Volkstums und der Kultur“ von den nationalistischen Prinzipien in ihrer Programmarbeit zu lösen und er tritt für ein demokratisches, selbstständiges Österreich ein.

Willfried Gredler, 1966 österreichischer Geschäftsträger beim Europarat, ging mit der Partei in der Frage Nationalismus und Liberalismus hart ins Gericht und kritisierte die nationalistischen Tendenzen, da man angesichts der realen Situation endlich mit dem Anspruch aufhören müsse, Österreich gehöre zur deutschen Nation. Die Schuld, dass die Partei diese überlebten Losungen nicht habe beenden können, liege bei einigen pronazistischen Teilen der Funktionärschichte in Kärnten, der Steiermark, in Tirol und Salzburg, die ständig die „Blutsverwandtschaft zwischen Deutschen und Österreichern“ betonten.

Dem widersprachen am Parteitag, am 22. Oktober 1966, u. a. heftigst die Landesobmänner von Tirol und Wien, Klaus Mahner und Tassilo Broesigke, sowie der Wiener Karl Peter, der – selbst nach Meinung der bürgerlichen österreichischen Presse – im Tone eines „Nationalisten reinsten Wassers“ aufgetreten war. Parteichef Friedrich Peter war in dieser Kampfsituation zwischen der Parteiführung und v. a. jüngeren Länderfunktionären um Ausgleich bemüht (auch angesichts der neugegründeten NDP Burgers) und konnte dank seiner austarierten, kompromisshaften Linie zwar seine eigene Position festigen, musste jedoch bei seinen Stellvertretern Haare lassen: Tassilo Broesigke (Wien) und Gustav Zeillinger (Salzburg) sowie Otto Scrinzi (Kärnten) kamen in diese entscheidenden Positionen. Alexander Götz (Steiermark) wurde Mitglied des Bundesparteivorstandes und gilt, so der Bericht, als stille Obmann-Reserve der Partei. Auch der knapp vor dem Parteitag aus der FPÖ ausgetretene Burger sowie seine Adlaten wie der Welser Peter Kienesberger, Helmut Gollwitsch (Burschenschaft Arminia, Linz) oder Dr. Reimer Timmel, Mitglied der Wiener Corps Hilaritas und Saxonia, und vor allem der erste Parteiohmann Rudolf Watschinger, als Exponenten der NDP, traten mit Reden auf dem FPÖ-Par-

teitag auf und attackierten die FPÖ in scharfen Worten.

Dennoch: Die Marginalisierung der NDP ging schneller, als dies Peter vorausgesagt hatte. Bei den Nationalratswahlen 1970 erhielt die Partei Burgers nur 2.631 Stimmen oder 0,06 Prozent und lag damit weit unter der Wahrschwelle, hatte jedoch der FPÖ beim ersten Wahlgang genau jene Stimmen genommen, die dieser für ein 6. Mandat fehlten. Nicht so unbedeutend war die NDP allerdings bei den Präsidentschaftswahlen: Dies gilt für die Bundespräsidentenwahl 1980, als Burger über 140.000 Stimmen und mehr als 3 Prozent erhielt, sowie für 1986, als die NDP die Wahl des FPÖ-Kandidaten Otto Scrinzi (von Montecroce) unterstützte, ehe ihr 1988 vom Verfassungsgerichtshof gemäß den entsprechenden verfassungsrechtlichen und Staatsvertragsbestimmungen die Rechtspersönlichkeit einer politischen Partei aberkannt wurde.

Mit dem Wechsel des SPÖ-Parteivorsitzes von Bruno Pittermann auf Bruno Kreisky 1967 hatte sich eine langsame Bewegung der Wählerschaft zur Sozialistischen Partei vollzogen, was nicht zuletzt im Trend bei den Landtagswahlen in allen Bundesländern zwischen 1967 und 1970 augenscheinlich wurde. Dies trotz einer stabilen Finanzpolitik („Koren-Plan“), ausgezeichneten internationalen Standings, außenpolitischen Erfolgen (wie dem Südtirolpaket und dem Operationskalender für Südtirol, einem österreichisch-sowjetischen Kulturabkommen und der Etablierung der UNIDO und damit von Wien als dritter UNO-Stadt) sowie zahlreicher Reformen (wie der Rundfunkreform, dem Schulgesetz, der Senkung des Wahlalters oder der Umwandlung der verstaatlichten ÖIG zu einer AG). Die Ursachen liegen vor allem in dem Vermögen Kreiskys, in bürgerliche Schichten einzudringen und diese „ein Stück des Weges“ auf seinem sozialistischen Weg mitzunehmen, sowie in Kreiskys Talent im Umgang mit den Medien und der öffentlichen Meinung. Dazu kam eine Reihe von reformatorischen Wahlversprechen, die in den folgenden Jahren auch teilweise umgesetzt wurden.

Wenige Wochen vor dem Wahltag, der auf den 1. März 1970 festgesetzt war, hatte Friedrich Peter am 16. Jänner für die FPÖ eine Erklärung abgegeben, keine Regierungskoalition mit der SPÖ einzugehen und sich keine ÖVP-Alleinregierung zu

**131** Die FPÖ erhielt bei den Nationalratswahlen 1966 242.570 Stimmen, was einem Anteil von 5,40 Prozent entsprach, und 6 Mandate. Die DFP von Franz Olah erhielt 148.528 Stimmen, was einem Anteil von 3,28 Prozent entsprach. Kleindl, Österreich, S. 618. – AVP RF, F. 66, op. 58, p. 125/26, Bericht des sowj. Vizekonsuls in Salzburg, V. Kozobrodov, v. 15.12.1966, S. 73.

**132** Der Antrag zur Gründung der NDP wurde im April 1966 von den Studenten der Universität Innsbruck, Rudolf Watschinger, Dietmar Ritzberger und Harald Niemetz, beim Innenministerium eingebracht. Das Ministerium lehnte den Antrag binnen 6 Wochen nicht ab, weshalb die Partei nach dem Vereinsgesetz von 1951 im Juni 1966 zugelassen war. AVP RF, F. 66, op. 46, p. 99/27, Info-Bericht, gez. 3. Botschaftssekretär Pillicyn. Sowie: AVP RF, F. 66, op. 58, p. 125/26, Bericht des sowj. Vizekonsuls in Salzburg, V. Kozobrodov, v. 15.12.1966, S. 74f.

**133** Ich verzichte hier auf die weitere Vita von Norbert Burger, weil sie in anderen Berichten in der FPÖ-Historikerkommission zur Sprache kommen wird.

**134** AVP RF, F. 66, op. 58, p. 125/26, Bericht des sowj. Vizekonsuls in Salzburg, V. Kozobrodov, v. 15.12.1966, S. 74.

**135** Ebd.

**136** AVP RF, F. 66, op. 58, p. 125. – Schreiben Scheibers, behandelt von den Leitern der 1. und 3. Europ. Abteilung des Außenministeriums, A. G. Kovalev und V. M. Falin.

**137** AVP RF, F. 66, op. 58, p. 125/26, Bericht des sowj. Vizekonsuls in Salzburg, V. Kozobrodov, v. 15.12.1966, S. 73-81.

wünschen: „Kein roter Kanzler, keine schwarze Alleinregierung“ war die Ansage, womit die Koalitionsfrage nach der Wahl auch das beherrschende Thema des Wahlkampfes wurde.<sup>138</sup>

Die Verluste der ÖVP von etwas mehr als 3 Prozent bei gleichzeitigen Gewinnen der SPÖ von über 5 Prozent bedeuteten eine Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat von nunmehr 81 zu 78 Mandaten zugunsten der Sozialisten. Die FPÖ erreichte, nicht zuletzt aufgrund einer Wahlwiederholung in drei Wiener Wahlkreisen (aufgrund von Wahl-Machinationen der NDP), ihr Mandatsergebnis von sieben Mandaten.<sup>139</sup>

Kreisky bildete in der Folge eine Minderheitsregierung mit parlamentarischer Unterstützung der FPÖ, wofür die FPÖ vor allem eine Wahlrechtsänderung, die kleine Parteien – wie damals die FPÖ – weniger benachteiligte (was auch eine Erhöhung der Mandatszahl im Nationalrat von 165 auf 183 nach sich zog), durchsetzen konnte. Willfried Gredler, der seit 1963 österreichischer Geschäftsträger beim Europarat in Straßburg gewesen war, wurde als „part of the game“ zudem österreichischer Botschafter in Bonn. In der ÖVP trat Bundeskanzler Josef Klaus noch in der Wahlnacht als Parteiohmann zurück. Generalsekretär Hermann Withalm wurde, im Tandem mit Karl Schleinzer, kurzzeitig der neue „starke“ Mann der Volkspartei.

Bruno Kreisky, der 1970 keine Scheu zeigte, auf eine Unterstützung der FPÖ unter dem ehemaligen SS-Obersturmführer Peter zu setzen sowie anfangs vier, insgesamt jedoch sechs Minister mit NS-Vergangenheit (teilweise Mitglieder des Bundes Sozialistischer Akademiker) in seine Regierungen<sup>140</sup> zu nehmen, versuchte durch entsprechende offene und versteckte Offerte an

FPÖ-Wähler, bei einer neu auszuschreibenden Wahl, mit der die fragile Minderheitsregierung beendet werden sollte, eine Mehrheit für die SPÖ zu bekommen. Einer seiner Verwandten, Otto Kreisky, gehörte dem Akademischen Corps Marchia an.<sup>141</sup> Seine Cousine hatte engste Beziehungen zu einem DDR-Spion, der sich als Corps-Mitglied der Marchia ausgab.<sup>142</sup>

Anfang November 1970 – nach den Wiederholungswahlen in Wien, in einer innenpolitisch fragilen Regierungskonstellation und einer sehr emotionalen Stimmung – hielt die FPÖ ihren 10. Parteitag in Baden bei Wien ab. Und Parteiohmann Peter trat dabei, wohl um die SPÖ-kritischen Delegierten zu beruhigen, die Flucht nach vorne mit einer Selbstkritik an und erklärte: „Ich bedauere, dass die große Mehrheit der Parteileitung, einschließlich meiner Person, einem Irrtum anheimgefallen ist und die Jänner-Erklärung [16.1.1970] angenommen hat.“ Peter forderte, so der sowjetische Bericht nach Moskau, sich in Hinkunft nie wieder „vor den Wahlen mit einer Entscheidung so festzulegen, dass der Handlungsspielraum nach den Wahlen eingeschränkt wird“. Gleichzeitig merkte er an, dass die Jänner-Erklärung ein „Akt der Selbstverteidigung gegen die Volkspartei“ gewesen war.<sup>143</sup> Und Peter legte nach, indem er sich gegen Behauptungen wandte, „die FPÖ fahre einen Zickzackkurs“. Denn „ihre Politik verfolge freiheitliche Ziele“. Der Kampf der FPÖ auf der politischen Bühne sei ein „Kampf des Individuums gegen das Kollektiv“.<sup>144</sup>

Der Parteitag beschloss zudem die Verankerung der österreichischen [militärischen] Neutralität im FPÖ-Parteiprogramm („womit die eindeutige Neutralitätsfreundlichkeit der FPÖ betont wird“)<sup>145</sup>. Der Parteitag nahm auch einen Antrag

**138** Kleindl, S. 437.

**139** Am 1.3.1970 hatte die FPÖ nur noch sechs Mandate erhalten. Aufgrund eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes wurde jedoch in drei Wiener Wahlkreisen am 4.10.1970 die Wahl wiederholt. Dabei erhielt die FPÖ ein weiteres Mandat auf Kosten der ÖVP, was einen bescheidenen Zugewinn bedeutete.

**140** Es waren Innenminister Otto Rösch, Bautenminister Josef Moser, Verkehrsminister Erwin Frühbauer sowie Landwirtschaftsminister Johann Öllinger, Oskar Weihs und Günther Haiden. – Vgl. u. a. Wolfgang Neugebauer – Peter Schwarz, *Der Wille zum aufrechten Gang*. Wien 2005.

**141** BStU, MfS, XV4628/64, A-239/89. II/1, S. 301.

**142** BStU, MfS, XV4628/64, A-239/89. Gesamter Akt zu Anka Kreisky/IV.

**143** AVP RF, F. 66, op. 49, p. 206/23, S. 15.

**144** AVP RF, F. 66, op. 49, p. 206/23, S. 16f.

**145** Der nach Moskau rapportierte, beschlossene Passus um FPÖ-Programm lautete: „Die umfassende Landesverteidi-

gung ist der Schutz Österreichs, der Schutz seiner Freiheit und seiner Neutralität“.

Scrinzis an, ein Telegramm an SS-Major Walter Reder („den letzten österreichischen Kriegsgefangenen“), der als Schwerkriegsverbrecher in der italienischen Festung von Gaeta (Latium) zu lebenslanger Haft inhaftiert war, zu senden.<sup>146</sup> In seinem Schlusswort forderte der wiedergewählte Parteiohmann eine gesellschaftlich-politische Akzeptanz der Kernposition der FPÖ ein: „Unsere unerschütterliche Haltung der deutschen Volk- und Kulturgemeinschaft muss als geistige Größe verstanden werden. Politisch ist unsere Partei ein untrennbarer Bestandteil der demokratischen Republik Österreich. Wir sind ein festes und sicheres Glied der Gesellschaft in diesem Land. Im Sinne einer freien zukünftigen Orientierung kämpfen wir für einen europäischen Bundesstaat und meinen, dass dieser der einzige Garant für die Sicherheit aller Europäer sein wird.“<sup>147</sup>

Nach Moskau berichtete der 2. Botschaftssekretär B. Pilicyn, man höre aus FPÖ-Kreisen, „dass [für sie] eine Koalition in erster Linie mit der SPÖ vorstellbar“ sei. Gleichzeitig lasse die FPÖ „die Tür auch für eine Koalition mit der ÖVP offen“. Als Vorbedingung für eine Regierungsbeteiligung mit der SPÖ werteten die Sowjets den Neutralitätsbeschluss (denn bei der Parteigründung wäre die Neutralität nicht auf der Agenda gestanden), die Wiederwahl Peters und die gleichzeitige Wahl des Steirers Alexander Götz zu einem seiner Stellvertreter sowie Gredlers Wahl in den Parteivorstand. Zudem wurde wohlthuend bemerkt, dass man sich auf dem Parteitag mit Angriffen gegen

den Staatsvertrag und gegen die Sowjetunion zurückgehalten habe.<sup>148</sup>

Bei den vorverlegten Nationalratswahlen am 10. Oktober 1971 wurden Kreisky und die SPÖ mit einer absoluten Stimmen- und Mandatsmehrheit ausgestattet. Die SPÖ-Gewinne gingen vor allem auf Kosten der ÖVP, zu einem geringen Teil auch zulasten der FPÖ.<sup>149</sup>

Neben einem bedeutenden Reformprogramm, womit großteils Wahlversprechen erfüllt wurden und das der Sozialistischen Partei einen Modernitätsbonus brachte, versuchte Kreisky, auch weiterhin auf dem antisemitischen Klavier zu spielen. Etwa in der Frage Simon Wiesenthal oder gegenüber der israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir, aber auch, wenn es 1975 um die stille Duldung des fragwürdigen – unter Beteiligung zahlreicher ehemaliger „NS-Größen“ und teilweise nach NS-Ritus durchgeführten – Begräbnisses von Otto Skorzeny, einem ranghohen SS-Offizier („Befreier“ von Benito Mussolini), auf dem Friedhof in Döbling ging.<sup>150</sup> Ebenso die Bestellung des SA-Scharführers und an Massenmorden an Juden in Minsk beteiligten Johann Biringier 1972 zum Polizeidirektor von Salzburg. Die Beispiele ließen sich lange fortsetzen. Kreiskys Justizminister Christian Broda stellte sich hinter ehemalige NS-Richter.<sup>151</sup> Besonders auffällig und vielen noch im Ohr war 1970 Kreiskys Parteinarbeit für das BSA-Mitglied und den Kurzzzeit-Landwirtschaftsminister Johann Öllinger im Sommer 1970 gewesen, einem im Akt bezeichneten „zufälligen und

gung ist der Schutz Österreichs, der Schutz seiner Freiheit und seiner Neutralität“.

**146** Walter Reder war für Massenexekutionen in Dörfern um Bologna (vor allem von Marzabotto) verantwortlich. Er verbüßte 33 Jahre Haft, wurde 1985 nach Österreich repatriert und von FPÖ-Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager per Handschlag willkommen geheißen, was heftige internationale Reaktionen auslöste. Vgl. u. a. Christian Ortner, *Am Beispiel Walter Reder. Die Kriegsverbrechen in Marzabotto und ihre „Bewältigung“*. Wien o. J.; Carlo Gentile, *Marzabotto 1944*, in: Gerd R. Ueberschär, *Orte des Grauens*. Darmstadt 2003, S. 143. Frischenschlager hat später diesen politischen Schritt bedauert, etwa in: „Von meinem politischen Schritt bleibt die Affäre Reder“, in einem Gedenkdiens-Interview vom 14.12.2007 mit Florian Wenninger, aber auch in persönlichen Gesprächen mit dem Autor.

**147** AVP RF, F. 66, op. 49, p. 206/23, S. 17f., Bericht v. 9.11.1970, gez. B. Pilicyn, 2. BS.

**148** AVP RF, F. 66, op. 49, p. 206/23, S. 18.

**149** Die SPÖ erhielt 1971 50,04 (+ 1,6), die ÖVP 43,1 (- 1,6), die FPÖ 5,5 (+/- 0) Prozent der Stimmen. In Mandaten: SPÖ 93, ÖVP 80, FPÖ 10.

**150** Vgl. Otto Skorzeny *Funeral And Buring His Ashes 1975*. Filmaufnahme (aus dem Wiesenthal-Dossier) auf YouTube, ORF 2 HD. In Wiesenthals Dossier finden sich auch Fotos zahlreicher ehemaliger „NS-Größen“, wie sie sich auf dem Friedhof in Wien-Döbling versammelt hatten. Skorzenys dritte Ehefrau, die dem Begräbnis beigewohnt hatte, war eine Nichte von Hjalmar Schacht, Hitlers Reichsbankpräsidenten und Finanzminister.

**151** Wolfgang Neugebauer – Peter Schwarz, *Der Wille zum aufrechten Gang*. Wien 2005.

entschuldbaren SS-Mitläufer“, der sich „durch Widerstand gegen die SS-Führung rehabilitiert“ habe<sup>152</sup>, was diesen dennoch nicht vor seiner Aberufung, bereits vier Wochen nach Amtsantritt, bewahrt hatte. Kreiskys Hilfeleistungen für unter Antonin Novotny politisch verfolgte Tschechen entsprachen nicht nur familiären Bindungen, sondern waren auch politisches Kalkül.<sup>153</sup>

Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Österreich erlebten Anfang der 1970er-Jahre einen neuen Aufschwung, der vor allem durch die Arbeitsbesuche des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Aleksej N. Kosygin, 1973 in Wien und von Bruno Kreisky 1974 in Moskau sichtbar wurde. Die FPÖ-Führung wertete Kosygins Besuch als „Nachweis für das unverminderte Interesse der Sowjetunion an der neutralen Politik kleiner Staaten“ und die Visite Kreiskys als „Festigung gutnachbarlicher Beziehungen“ zur „Entwicklung gegenseitiger Wirtschaftsbeziehungen“.<sup>154</sup>

Schon sehr bald sah die FPÖ, dass angesichts des politischen Hochs von Bruno Kreisky ein Eintritt in eine Koalition mit den Sozialisten wenig Aussicht auf Erfolg hatte. Daher begann Peter, nun stärker die Politik Kreiskys, zunächst vor allem seine Wirtschaftspolitik, zu kritisieren. Etwa auf den Landesparteitage in Feldkirch am 16. und 17. März 1974 sowie in Bad Ischl am 19. Mai 1974, als er betonte, dass die Politik der Sozialisten im Wirtschaftsbereich nicht nur für das bisher erreichte Niveau des österreichischen Wohlstandes, sondern auch für die innere Ruhe des Landes gefährlich ist, weil infolge der andauernden Inflation und der Verschlechterung der Lebensbedingungen die Positionen radikaler Gruppierungen und Organisationen gestärkt würden. Gänzlich vernachlässige Kreisky die Bauernschaft, die kleinen Händler und Gewerbetreibenden und bevorzuge jene Bereiche, „wo er Wählerpotential für seine Partei erwarte“. Peter sah jedoch auch in den Vorstellungen der oppositionellen ÖVP keine Alternative. Der sowjetische Beobachter

merkte treffend an, „dass auch Peter im Namen seiner Partei auf diese Fragen kein alternatives Programm vorschlagen konnte“.<sup>155</sup>

Generell, so nahmen es die sowjetischen Beobachter wahr, trat die FPÖ für eine Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen Österreichs zur EWG, gegen eine Beschneidung des Privateigentums (auch was das Auslandskapital in Österreichs betraf) sowie für eine Marktorientierung der verstaatlichten Industrie ein. Die FPÖ-Führung, so der Bericht, meine, „dass für die FPÖ eine ‚kleine‘ Koalition mit der SPÖ, die hinter sich mächtige Gewerkschaften und eine große Massenorganisation hat, von besonderem Vorteil sei und bevorzugt werde. Peter teilte mehrfach mit, dass es sein sehnlichster Wunsch wäre, käme es zu einer Regierungsbeteiligung der FPÖ, nach Art der SPD-FDP-Koalition in der BRD“. Die FPÖ-Führung stünde auch in ständigem Meinungsaustausch mit der FDP. Das Verhältnis zur ÖVP wurde durch die gegenseitige Unterstützung der Kandidaten bei den Bürgermeisterwahlen in Klagenfurt (Leopold Guggenberger, ÖVP) und in Graz (Alexander Götz, FPÖ) sichtbar.<sup>156</sup>

Nur wenige Monate später machte Peter eine politische Kehrtwendung in der Koalitionsfrage. Auf dem Parteitag der FPÖ in Innsbruck meinte er zwar, dass für ihn eine kleine Koalition unter Teilnahme der FPÖ noch immer die beste Regierungsform für Österreich wäre, doch hielt er sich die Option, eine solche mit der ÖVP zu bilden, nun deutlich offen, wenn er sagte, bei einer Koalitionsbildung nicht dem ausländischen Beispiel folgen zu wollen, wobei er sich dabei auf die SPD-FDP-Koalition in der BRD bezog. Besonders scharf geißelte Peter die SPÖ-Regierung in der Reform des Rundfunks und sah als Konsequenz das Ende des unabhängigen österreichischen Radios und Fernsehens sowie im ORF den Antritt der Herrschaft von SPÖ und ÖVP. „Bemerkenswert“ erschien dem sowjetischen Beobachter M. Beljakov, „dass weder Peter noch die Delegierten des Parteitages

in ihren Reden irgendwelche antisowjetischen Beschimpfungen aufkommen ließen“. Ebenso, dass Peters Autorität und sein Einfluss in der Partei deutlich gestiegen seien.<sup>157</sup>

Wesentlich aufmerksamer beobachtet wurden von den sowjetischen Agenten 1974 die zwei Konvents des „Völkisch-ideologischen Zentrums“ in Wien, das sich im April 1974 aus österreichischen und westdeutschen neonazistischen Organisationen, letztlich aus der sogenannten „Arbeitsgemeinschaft für Politik“, beim ersten Kongress im Wiener Palais Auersperg konstituierte. Als Initiator und Organisator wurde der Wiener Heinz Gollner-Goldenfels benannt, aus Sicht des sowjetischen Berichterstatters „ein nazistischer ‚Theoretiker‘,“.

Unter der Devise des 2. Konvents „Wir sind nicht die Letzten der Vergangenheit – wir sind die Ersten der Zukunft!“ sollte „die Arbeit mit anderen rechten Organisationen in Österreich und in der BRD sowie mit den solchen, die die Ansichten und Bestrebungen des ‚Völkisch-ideologischen Zentrums‘ teilen“, aktiviert werden. Als Gegenmaßnahme, so wurde nach Moskau rapportiert, bereite die Botschaft in Wien eine Information über das „Völkisch-ideologische Zentrum“ und andere neonazistische Gruppen in Österreich vor und würde es zur Begutachtung Moskau vorlegen.<sup>158</sup>

Noch vor den Nationalratswahlen ließen der tschechoslowakische Innenminister Ljubomir Strougal und etwas später auch Simon Wiesenthal, Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, eine innenpolitische Bombe hochgehen.

Und sie traf die FPÖ im Kern. Auf Basis von aus Moskau herangeschafften Dokumenten konnte belegt werden, dass Friedrich Peter als SS-Obersturmführer während des Zweiten Weltkrieges beim Infanterieregiment 10 der 1. SS-Infanteriebrigade diente, aus der Teile im Sommer 1941 der „Einsatzgruppe C“ zugeschlagen wurden, die wiederum nachweislich Massenerschießungen von Juden im Raume von Belarus durchgeführt hatte. Kreisky und auch ÖVP-Generalsekretär Michael Graff – weil sie eine Verurteilung wegen einem nachgewiesenen persönlich-schuldhaften Verhalten verlangt hatten – verteidigten die Linie Peters, wonach er an derartigen Erschießungen nicht beteiligt war oder von ihnen gewusst hätte. Kreisky beschuldigte Wiesenthal, mit „Mafiamethoden“ zu arbeiten, bezichtigte ihn der „Kollaboration mit Nationalsozialisten“ und nannte Wiesenthal einen „jüdischen Faschisten“. Ob Peter selbst an Erschießungen beteiligt war, ließ sich bis heute nicht belegen. Einerlei: Peter war damit angezählt und kandidierte auch beim folgenden Parteitag nicht mehr als FPÖ-Obmann, blieb jedoch bis 1986 FPÖ-Klubobmann. Ein Angebot, zum Dritten Nationalratspräsidenten gewählt zu werden, nahm er – nach heftigen Protesten – nicht an.<sup>159</sup>

Bemerkenswert erscheint, dass sich die Affäre Kreisky-Wiesenthal, vor allem aber die Mitgliedschaft Peters in einer SS-Einheit, die im Weltkrieg an Kriegsverbrechen beteiligt war, in den eingesehenen sowjetischen Rapports aus Wien nicht finden.<sup>160</sup>

<sup>152</sup> Der BStU (StaSi-Archiv), Berlin, Ministerium für Staatssicherheit, XV4628/64, A-239/89. II/1, S. 300. IM-Bericht 14.-29.5.1970.

<sup>153</sup> BStU, MfS, XV4628/64, A-239/89. II/1, S. 205.

<sup>154</sup> AVP RF, F. 66, op. 53, p. 114/20, S. 44-47. Bericht zur FPÖ von Botschaftsattaché A. Žukov, v. 27.6.1974.

<sup>155</sup> AVP RF, F. 66, op. 53, p. 114/20, S. 28f. und 42-43. Berichte des Vizekonsuls des sowj. Generalkonsulats in Salzburg, gez. I. Abojmov.

<sup>156</sup> AVP RF, F. 66, op. 53, p. 114/20, S. 44-47. Bericht zur FPÖ von Botschaftsattaché A. Žukov, v. 27.6.1974.

<sup>157</sup> AVP RF, F. 66, op. 53, p. 114/20, S. 48-51. Bericht, gez. M. Beljakov, 1. Sekretär der Botschaft der UdSSR in Österreich.

<sup>158</sup> AVP RF, F. 66, op. 53, p. 114/20, S. 58-59. Bericht vom Erstzugeteilten der Botschaft, V. Mamontov, an den stv. Leiter der 3. Europ. Abt. des Außenministeriums der UdSSR, Gen. M. Boronin. 21.10.1974.

<sup>159</sup> Kreisky wurde für seine Beschuldigung der „NS-Kollaboration“ zweimal vom Pressegericht verurteilt. Aus der umfangreichen Literatur sei hier verwiesen auf den desinformatorischen Bericht bei: Ladislav Bittman, „Geheimwaffe D“. Bern 1973, S. 67-73ff.: Profil, 18.5.1975; Friedrich Peter, in: Intern. Biographisches Archiv 48/2005, 3.12.2005 (Munzinger-Archiv); Brigitte Bailer-Galanda – Wolfgang Neugebauer, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. 2. Auflage, Wien 1996; Oliver Rathkolb, Die Kreisky-Ära 1970–1983, in: Rolf Steiniger – Michael Gehler (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert, Bd. 2. Wien – Köln – Weimar 1997, S. 307ff.; Imberger, S. 143ff.

<sup>160</sup> Dies könnte auf die Verstrickung der sowjetischen Behörden in die Aktenbeschaffung hindeuten. Tatsächlich verfügen die sowjetischen Dienste, wie vermutlich alle Informations- und Geheimdienste der Welt, über Personal-Dossiers, die sie bei Bedarf über verschleierte Kanäle an die Öffentlichkeit, vor allem im Westen, bringen. Auch die Veröffentlichungen Wiesenthals können wohl kaum ohne Hilfe der sogenannten „Operation Neptun“, im Zusammenspiel des tschechoslowakischen und des sowjetischen Geheimdienstes, erfolgt sein. Bis 1991 war ein kleiner Teil eines derartigen „Giftschrank“ mit höchst kompromittierenden Informationen in einem Sonderarchiv in Moskau gelagert und konnte vom Autor im Rahmen seiner Forschungen, per Zufall, persönlich in Augenschein genommen werden.

Die für die SPÖ siegreichen Wahlen am 5. Oktober 1975 und am 6. Mai 1979, bei denen die Sozialisten jeweils auf über 51 Prozent der Stimmen kamen, ließen die Chancen einer Regierungsbeteiligung für die FPÖ in jeglicher Kombination gegen null sinken. Obwohl die Partei 1979 mit einem Stimmenanteil von 6,06 Prozent ein leichtes Plus und ein Mandat mehr erreichen konnte, sahen viele die Erwartungen, die man 1978 in den neuen Obmann, den Grazer Bürgermeister Alexander Götz, gesetzt hatte (nämlich das Grazer bzw. Klagenfurter Modell auf den Bund zu übertragen), als nicht erfüllt an.<sup>161</sup> Im Dezember 1979 trat Götz zurück, der ehemalige Schwiegersohn Friedrich Peters, der Oberösterreicher Horst Schender, wurde interimistisch geschäftsführender Obmann.

Dahinter verbargen sich freilich innerparteiliche Richtungskämpfe. Klar spricht sie der sowjetische Bericht Mitte Dezember 1979 an: „Die persönliche Niederlage von Götz bedeutete eine Niederlage des rechten, des sogenannten ‚nationalen‘, Parteiflügels, der zu einer engen Kooperation mit der ÖVP neigt, und gleichzeitig eine Stärkung des gemäßigten, liberalen Flügels der FPÖ, der nach einer Kooperation mit der SPÖ strebt. Die Rechten in der FPÖ geben aber den Kampf ganz und gar nicht auf. Sie haben eine ziemlich starke

Unterstützung in den Landesorganisationen der westlichen österreichischen Bundesländer.“<sup>162</sup> Vorübergehend wurde der liberale Parteiflügel gestärkt und als Konsequenz am 1. März 1980 auch der Wiener Landesobmann Norbert Steger zum neuen Parteiobmann gewählt.<sup>163</sup> Dies alles im Vorfeld der Bundespräsidentenwahlen, die für Mai 1980 angesetzt wurden und bei denen mit Willfried Gredler, damals Botschafter in Peking, ein eigener Kandidat gegen den amtierenden Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger ins Rennen um die Hofburg geschickt werden sollte. Tatsächlich erreichte Gredler 17 Prozent der Stimmen. Zusammen mit dem NDP-Kandidaten Burger (3,1 Prozent) erreichte das rechte Lager ein Fünftel der Stimmen.

Es war ein Achtungserfolg in der andauernden Parteikrise. Doch weder die Wahlniederlage Kreiskys 1983, der Eintritt in die lang ersehnte kleine Koalition samt Bildung der Regierung Fred Sinowatz-Norbert Steger noch das fatale Antreten und Abschneiden des Rechtsaußen Otto Scrinzi bei der Bundespräsidentenwahl 1986 (wo vor allem Kurt Waldheim einen Großteil der FPÖ-Stimmen absaugte) konnten diese beenden. Die Kandidatur Scrinzis wurde, abgesehen von einer kritischen Analyse seiner Vita und seiner Weltanschauung,<sup>164</sup>

**161** Parteiintern wurde Götz seine schwache Parteiführung und seine Nichtpräsenz im Wahlkampf in den Bundesländern zum Verhängnis – und wohl die Unmöglichkeit, als Bürgermeister die zweitgrößte Stadt Österreichs und gleichzeitig die FPÖ führen sowie im Parlament eine führende Rolle zu spielen. Als Bedingung für einen gänzlichen Umzug nach Wien als FPÖ-Obmann und die Aufgabe des Grazer Bürgermeisteramtes hatte Götz die Konzentration der gesamten Macht in seinen Händen gefordert: Finanz- und Personalfragen, die faktische Führung des FPÖ-Parlamentsklubs und die ungeteilte Unterstützung seines Kurses der Fortsetzung einer harten und kompromisslosen Konfrontation mit der SPÖ. Dies verweigerte ihm der Parteivorstand am 12. November 1979 mit 10 gegen 7 Stimmen. Auch Helmut Krünes, der Intimus von Götz in Wien, trat als Generalsekretär zurück. Die FPÖ war führungslos geworden. Nach Kleindl und AVP RF, F. 66, op. 64, p. 144/24, S. 69-72. Bericht zur Situation in der FPÖ, v. 18.12.1979, gez. A. Aljab'ev, 2. Sekretär der Botschaft der UdSSR in Österreich.

**162** AVP RF, F. 66, op. 64, p. 144/24, S. 69-72. Bericht zur Situation in der FPÖ, v. 18.12.1979, gez. A. Aljab'ev, 2. Sekretär der Botschaft der UdSSR in Österreich.

**163** Stegers Gegenkandidat Harald Ofner, der dem rechten Flügel der FPÖ zuzurechnen war, erhielt immerhin 44,6 Prozent der Stimmen. Ein deutliches Zeichen für die Pattstellung der beiden Parteiflügel. Kleindl, S. 476.

**164** Otto Scrinzi gilt als Proponent des extrem rechten Flügels der FPÖ. Im April 1984 gründete er in der Partei die „National-Freiheitliche Aktion“, die sich auf das alte Programm der FPÖ stützt. Daraufhin forderte die Bundesleitung der FPÖ seinen Ausschluss aus der Partei, worauf dies die Kärntner Organisation (unter Landesobmann Jörg Haider) verhinderte. Scrinzi verneint die Existenz einer österreichischen Nation, trat mehrmals für eine Einschränkung von Minderheitenrechten ein und teilt insgesamt die Rassentheorie der Nazis. Er ist bekannt für seine Beziehungen zu Aktivisten neonazistischer Organisationen, wie O. Roßkopf, H. Haas oder NDP-Vorsitzender N. Burger. Er beteiligt sich an Aktionen neonazistischer Gruppen, trat mehrmals in der „Deutschen National-Zeitung“ mit den Forderungen einer Generalamnestie für NS-Verbrecher sowie zu Fragen nationaler Minderheiten usw. auf. Seit 1966 besuchte er regelmäßig

seitens der sowjetischen Beobachter nicht mehr wirklich ernsthaft kommentiert. Sie erkläre sich, so der Botschaftsreferent V. Platonov, dadurch, dass die Führer der rechten Kräfte, die unter dem Einfluss des Falls „Reder-Frischenschlager“ und angesichts der Jubiläumsfeiern zum Staatsvertrag [30 Jahre] in großen Teilen der Bevölkerung eine verstärkte antifaschistische Stimmung verspüren, doch das Risiko einer Kandidatur eines Kandidaten der NDP oder einer anderen, ihr nahestehenden Partei, scheuen.<sup>165</sup>

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen kulminierten schließlich am 18. Bundesparteitag am 13. September 1986 in Innsbruck, der den Kärntner Landesobmann Jörg Haider zum neuen Parteiobmann kürt. Auf Generalsekretär Walter Grabher-Meyer folgte Norbert Gugerbauer. Unmittelbar darauf kündigte der seit dem Rücktritt von Fred Sinowatz (unmittelbar nach dem Wahlsieg Kurt Waldheims am 8. Juni 1986) amtierende SPÖ-Bundeskanzler Franz Vranitzky die Koalition mit der FPÖ auf und bildete schließlich am 21. Jänner 1987 eine große Koalition mit der ÖVP unter Alois Mock als Vizekanzler.<sup>166</sup>

## 8 Zusammenfassung

Zusammenfassend kann anhand des zur Verfügung gestellten sowjetischen Aktenmaterials zur sowjetischen Berichterstattung hinsichtlich des VdU und der FPÖ zwischen 1945 und 1986 folgendes festhalten werden:

- Es gab zwischen 1945 und den 1970er-Jahren eine relativ intensive und laufende Berichterstattung über das „Dritte Lager“ durch sowjetische Beobachter. Diese waren, soweit dazu Akten zugänglich gemacht wurden, meist im niederen diplomatischen Dienst und arbeiteten in der sowjetischen Botschaft in Wien bzw. auch im sowjetischen Generalkonsulat in Salzburg.
- Die Berichte behandeln den organisatorischen Aufbau des VdU und später der FPÖ,

das Wählerreservoir des „Dritten Lagers“, beschreiben die Führungspersonen der beiden Parteien, deren Verflechtungen und Absprachen mit anderen Parteien, reflektieren die Gründung und den Aufbau anderer Gruppen und Parteien, die den beiden nahestanden – wie die „Nationaldemokratische Partei“ (NDP) Norbert Burgers oder die „Demokratische Fortschrittliche Partei“ (DFP) des ehemaligen sozialistischen Gewerkschaftsführers und Innenministers Franz Olah. Dazu kam die intensive Beobachtung von Gruppen, die einzelnen FPÖ-Funktionären nahestanden, wie dem „Befreiungsausschuss Südtirol“ (BAS). Soweit aus den Akten ersichtlich ist, so unterscheidet sich die formale Berichterstattung über das „Dritte Lager“ nicht von jener über andere Parteien, vor allem von ÖVP und SPÖ. Eine völlig andere Qualität hatte sie jedoch in Fragen „rechter“ Publikationsorgane wie der deutschen „National-Zeitung“, in Sachen des Rechtsextremismus oder in der Frage des „Völkisch-ideologischen Zentrums“ in Wien.

- Besonders intensiv waren die Berichte zu den Regierungsbildungen 1966 (ÖVP-Alleinregierung) und 1970 (SPÖ-Minderheitsregierung mit Duldung der FPÖ) sowie zum lange Jahre unter Parteichef Friedrich Peter anhaltenden Versuch, doch in eine kleine Koalition mit der SPÖ zu kommen. Ebenso erstaunte die detaillierte Berichterstattung über die FPÖ-Landesorganisationen, die Landtagswahlen und das Abschneiden der FPÖ bzw. vorher des VdU – vor allem anhand der Landesparteitage. Ein besonderer Schwerpunkt waren durch Monate hindurch die internen Kämpfe im VdU 1955, etwa zwischen Kraus und Stüber, oder auch die Richtungskämpfe in der FPÖ Anfang der 1980er-Jahre. Dennoch muss durch die sowjetischen Akten die Parteigeschichte nicht neu geschrieben werden.
- Deutlich wird die Dominanz der sowjetischen Berichterstattung über neonazistische

W. Reder im Gefängnis und organisierte Aktionen für seine Befreiung. In der Presse wird über eine geheime NDP-Mitgliedschaft gemunkelt. – AVP RF, F. 66, op. 64, p. 144/24, S. 47f.

**165** AVP RF, F. 66, op. 64, p. 144/24, S. 47f. – Info zur Nominierung Scrinzis an die 3. Europ. Abt. des sowjetischen Außenministeriums v. 19.8.1985, gez. V. Platonov.

**166** Vgl. u. a. Kleindl sowie die Österreichischen Jahrbücher für Politik, bes. 1986 und 1987.

Organisationen und einzelne Personen in deren Umfeld. Ebenso sichtbar wird die versuchte Agitation des sowjetischen Apparates gegen neonazistische Vereine und Aktionen. Laufende Berichte, bis zur Observation der Hochschülerschaft, beschäftigen sich ausschließlich mit dem „Aufkommen des Neonazismus“ in Österreich. Nicht verwunderlich ist die moralische Verurteilung der rechten Kleingruppen-Szene, dem Aufmarschterrain und dem Bodensatz für die Politik des VdU und später der FPÖ.

- Direkte Einmischungen sowjetischer Organe in die österreichische Innenpolitik standen zwar nicht auf der Tagesordnung, kamen dennoch immer wieder vor – wie 1952/53, als Moskau auf den aus seiner Sicht deutlichen Rechtsschwenk des VdU in der Sowjetzone mit harschen Gegenmaßnahmen reagierte: keine Zulassung militärischer, neofaschistischer und antidemokratischer Organisationen mehr, Abgabe von Teilnehmerlisten bei VdU-Veranstaltungen, Einrichtung von vier multimedialen Polit-Propaganda-Zentren, verschärfte Kontrolle über die österreichische Regierung und lokale Behörden sowie die

„Sicherung“ des Bestandes von 800 Kommunisten in der Wiener Polizei.

- Eine direkte Einflussnahme sowjetischer Stellen in die Parteilinie von VdU oder FPÖ ist aus den ausgewerteten Akten nicht nachzuweisen, dürfte jedoch von Fall zu Fall über angeworbene Agenten erfolgt sein.
- Stark betont werden die FPÖ-Position für die österreichische [militärische] Neutralität sowie die starke Parteinahme der FPÖ für einen europäischen Bundesstaat „als dem einzigen Garanten für die Sicherheit aller Europäer“.

\*\*\*

Dem Beitrag wurden vom Autor rund 500 Seiten an Kopien sowjetischer Akten in russischer Sprache beigelegt, die das Dargestellte belegen. Sie stehen im Archiv des freiheitliche Bildungsinstitut Interessierten zur Einsicht zur Verfügung.

---

# **Zur Dogmengeschichte von VdU und FPÖ**

---

# **Die Positionierung der FPÖ in den Parteiprogrammen von 1956 bis heute**

von  
**Thomas R. Grischany**

## Inhalt

1	<b>Einleitung</b>	327
2	<b>Die Programme</b>	327
2.1	Erstes Programm von 1956/58	327
2.2	Zweites Programm von 1964	331
2.3	Drittes Programm von 1968/70	331
2.4	Viertes Programm von 1985	332
2.5	Fünftes Programm von 1997	333
2.6	Sechstes Programm von 2005	334
2.7	Siebentes Programm von 2011	335
3	<b>Analysen</b>	336
4	<b>Schlussbetrachtungen</b>	341

## 1 Einleitung

Das Programm einer Partei ist ein Manifest, welches die ideologischen Grundlagen der Partei, ihren Standort innerhalb des politischen Spektrums, sowie die sich daraus ergebenden politischen Idealvorstellungen und die konkreten Maßnahmen, wie diese Ziele erreicht werden sollen, möglichst klar und überzeugend beschreibt.

Diese Studie im Rahmen der Freiheitlichen Historikerkommission widmet sich ebenjener programmatischen Positionierung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) auf der Grundlage ihrer offiziellen Parteiprogramme, um zu untersuchen, ob sich dahinter eine verdeckte oder gar offene Nähe zum Nationalsozialismus, wie von manchen politischen Gegnern immer wieder behauptet wird, feststellen lässt. Gelegentlich wird dabei zur Ergänzung oder Verdeutlichung bestimmter Sachverhalte auch auf verschiedene Leitansätze zu ordentlichen und außerordentlichen Bundesparteitag der FPÖ zurückgegriffen.

Die Studie ist daher wie folgt aufgebaut: Im ersten Abschnitt erfolgt die Zusammenfassung und Interpretation der einzelnen FPÖ-Programme von 1956 bis 2011 – inklusive eines Leitansatzes aus dem Jahre 2005 – unter besonderer Berücksichtigung jener Themen oder Passagen, die als heikel betrachtet werden können. Darauf folgt im zweiten Abschnitt eine Analyse, welche versucht, den Standpunkt der FPÖ in seinem sämtliche Parteiprogramme durchziehenden Wesenskern – auch unter dem Gesichtspunkt der Nähe zum Nationalsozialismus – zu erfassen.

Es sei an dieser Stelle auch ausdrücklich Herrn Christoph Berner gedankt, der nicht nur sämtliche Parteiprogramme und Leitansätze zusammengetragen hat, sondern bereits einer Vorprüfung durch die Identifizierung von Passagen mit potentiell bedeutsamen Formulierungen und Inhalten unterzogen hat, was die Analyse ungeheuer erleichtert hat.

## 2 Die Programme

### 2.1 Erstes Programm von 1956/58

Die Grundlage des ersten Programmes der 1955 gegründeten FPÖ bildete das Kurzpro-

gramm der „**Vierzehn Punkte**“ von 1956, welche – in ihrer endgültigen Fassung von 1957 – auf dem Dritten Ordentlichen Bundesparteitag in **Salzburg 1958** um detaillierte Erläuterungen jedes einzelnen Punktes – die sogenannten „**Richtlinien freiheitlicher Politik**“ – ergänzt wurden. Dieses erste Programm von 1958 legt bereits die wichtigsten Prinzipien fest, die sich – teilweise in modifizierter Form – auch in späteren Programmen wiederfinden lassen.

**Laut Punkt 1** stehe – ganz im Sinne der Selbstbezeichnung der Partei als „freiheitlich“ – der „Grundsatz der **Freiheit** an der Spitze unseres Programmes, weil die Freiheit des Einzelnen ebenso wie die Freiheit der menschlichen Gemeinschaft die Schicksalsfrage unsere Zeit ist.“

**Punkte 1 und 2** lassen sich dahingehend zusammenfassen, dass hier die beiden wichtigsten Grundsätze – **Liberalismus und Nationalismus** – vor allem unter dem sozialen Gesichtspunkt miteinander akkordiert werden, indem man versucht, die individuelle Freiheit (Liberalismus) in Einklang mit den Verpflichtungen gegenüber der größeren Gemeinschaft des Volkes (Nationalismus) zu bringen. So solle die „volle Entfaltung der Persönlichkeit“ immer in Sinne der „sozialen Volksgemeinschaft“ geschehen, da in dieser alle Individuen unabhängig von Geschlecht, Gesinnung, Stand und Beruf im „gemeinsamen Daseinskampf“ des Volkes verbunden seien.

Damit positionierte die FPÖ sich sowohl gegen einen übertriebenen Individualismus, den sie mit dem „Liberalismus der alten Schule“ identifizierte, als auch gegen das grundsätzlich kollektivistische Denken und Handeln in „Gruppen“ und „Klassen“, vor allem gemäß der Ideologie des Marxismus, des entschiedensten Gegners des Nationalliberalismus.

Aus dem Grundsatz der Freiheit ergibt sich – **wie in Punkten 1 und 4** prominent eingefordert – das Eintreten für die **Demokratie**, und zwar nicht nur in Bezug auf die internationale Bedrohung des Kommunismus, sondern auch im innenpolitischen Bereich auf die Ablehnung der sogenannten „**Proporzdictatur**“, also die Aufteilung der Beamtenschaft sowie sämtlicher Schlüsselpositionen in Verwaltung, Politik, Wirtschaft und allen anderen wichtigen Gesellschaftsbereichen zwischen den beiden großen Koalitionsparteien ÖVP und SPÖ.



Eine „parteigebundene Bürokratie“ würde nicht mehr nach „sachlichen Gesichtspunkten“ entscheiden, sondern nach den „Wünschen der herrschenden Parteien“, was mit „Willkür und Protektion“ gleichzusetzen wäre und die Prinzipien von Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung und Toleranz beschneide. Die Kontrolle der Postenvergabe durch die Regierungsparteien führe auch zur „wirtschaftlichen Abhängigkeit“ vom „politischen Machtapparat“.

**Punkt 3** widmet sich dann ausführlich dem **nationalen Gedanken**. Gewisse hier und bereits in den vorhergehenden Punkten verwendete Termini deuten auf die Verwendung eines „organischen“ oder biologisch begründeten Volkstumsbegriff hin, d.h. das Volk wird als eine Gemeinschaft, die sich auf eine gemeinsame Abstammung als das primär identitätsstiftende Kriterium beruft, verstanden.

Folgerichtig wird dann auch an anderen Stellen im Zusammenhang mit der Gesellschaft als Ordnungsform des Volkes von einem „gesellschaftlicher Organismus“ (Punkt 2) gesprochen und die Familie (Punkt 6) als „Träger und Mehrer unseres völkischen und kulturellen Erbes“ und die „erste Grundlage“ von „Kultur und Volksbewusstsein“ bezeichnet.

Nun sind zwar Ausdrücke wie „Volksgemeinschaft“, „völkisch“ und „Daseinskampf“ allesamt vor dem Aufstieg des Nationalsozialismus entstanden und lange vor dem Dritten Reich in unterschiedlichem Ausmaß populär gewesen, aber historisch dennoch vor allem mit dem Nationalsozialismus konnotiert.

Deren Verwendung nach 1945 wirft daher die Frage auf, ob sich dahinter tatsächlich konkrete Sympathien für die NS-Ideologie verbergen, oder ob eine Gesinnungsgemeinschaft, für die der nationale Gedanke – im Gegensatz zu ÖVP und SPÖ – immer eine bedeutende Rolle spielte, hier im Sinne des Zeitgeistes vom späten 19. Jahrhundert bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts Ausdrücke verwendete, die damals gebräuchlich waren, ohne dass man seinerzeit darunter automatisch eine überzeugte nationalsozialistische Gesinnung vermutet hätte. Doch wofür genau stehen nun die fraglichen Begriffe?

Der Begriff „**Volksgemeinschaft**“ stammt aus dem 19. Jahrhundert und genoss seit dem Ersten Weltkrieg in fast allen politischen Lagern Deutschlands und Österreichs Popularität. Er steht für eine von Klassenschranken und -konflikten befreite, harmonische nationale Gesellschaft. Die Nationalsozialisten betrachteten ihre vor allem auch von sogenannten fremden „Raseneinflüssen“ bereinigte Volksgemeinschaft als Kernstück eines nationalen Sozialismus und Gegenentwurf zur marxistisch-internationalistischen klassenlosen Gesellschaft.

Der Ausdruck „**Daseinskampf**“ verrät ebenfalls weit ins 19. Jahrhundert zurückreichende sozialdarwinistische Einflüsse, also die in unzulässiger Weise vereinfachte Übertragung einiger Axiome der Lehren Charles Darwins auf die menschliche Gesellschaft, wonach biologistisch aufgefasste Populationen sich in einem permanenten Konkurrenzkampf („*struggle for existence*“) befänden, welcher Gewalt und das Recht des Stärkeren („*survival of the fittest*“ und „*natural selection*“) legitimiere.

Auch der mehrdeutige Begriff „**völkisch**“ stammt aus dem 19. Jahrhundert. Er kann einerseits als deutsche Übersetzung von „national“ (wobei die Nation als Abstammungsgemeinschaft betrachtet wird) verwendet werden, aber sich auch auf die politische Richtung der „völkischen Bewegung“ beziehen, die von extremem Nationalismus, Rassismus und Antijudaismus gekennzeichnet war.

Wir können allerdings davon ausgehen, dass der Begriff hier eher in ersterem Sinne verstanden wurde. Er wurde z.B. auch von einem FPÖ-Abgeordneten in einer Nationalratsdebatte von 1953 alternierend mit anderen Begriffen für die „nationalen“ Vereine (im Gegensatz zu sozialdemokratischen und christlichsozialen Vereinen) während der Ersten Republik verwendet.<sup>1</sup>

2016 sprach sich die damalige Vorsitzende der AfD, Frauke Petry, für die Wiederverwendung des Begriffes als Attribut des Wortes „Volk“ aus und erntete dafür großen Widerspruch. Umgekehrt verwendet der politische Gegner gerne den Begriff „völkischer Nationalismus“ – also eines Nationalismus, der Elemente der völkischen Bewegung, wie Rassismus, enthält –, um nationalgesinnte Bewegungen oder Gruppen, wie die

<sup>1</sup> Stenographisches Protokoll, 30. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, VII. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 16. Dezember 1953, im Zusammenhang mit dem Dritten Rückstellungsanspruchsgesetz.

FPÖ oder die AfD, zu beschreiben und zu diskreditieren. Ob man sich diesem Urteil anschließen möchte, kommt wohl auf die Kriterien an, welche zur Beschreibung eines völkischen Nationalismus herangezogen bzw. wie jene Kriterien a priori definiert werden. Wenn man etwa die Annahme, dass ein Volk teilweise auf gemeinsamer Abstammung basiert, als „rassistisch“ betrachtet, dann liegt dieser Einschätzung ein falscher Rassismus-Begriff zugrunde.

Für eine abschließende Beurteilung müsste man das Zustandekommen des Programmes genauer analysieren, also etwa die Diskussionsprotokolle vom Parteitag und andere Dokumente, die über die seinerzeitige Haltung Auskunft geben können, oder die Personen identifizieren, die hinter der Formulierung standen, was im Rahmen dieser Studie nicht möglich ist.

Zudem geht aus dem Programm eindeutig hervor, dass man unter den verwendeten Begriffen keinen engstirnigen und aggressiven Nationalismus verstand: „Das Verbindende unter den europäischen Völkern ist stärker als das Trennende, wenn man nur die Kraft hat, alte Hassgefühle zu überwinden und aus der tragischen Entwicklung der europäischen Geschichte die richtigen Folgerungen zu ziehen.“ Daher forderte man auch einen „engen Zusammenschluss der freien Völker und Staaten Europas auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung und Selbstbestimmung“.

Zwar werden die Österreicher in der Kontinuität des **großdeutschen Gedankens**, der bis 1938 von einer breiten Mehrheit getragen wurde, als Teil der „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ bezeichnet, aber auch hier hat man aus der Geschichte gelernt, denn „wir bejahen die Eigenstaatlichkeit Österreichs“.

Dennoch bleibt das Bekenntnis zum deutschen Volkstum ein zentrales Element, da sich das Programm auch gegen Versuche wendet, Österreich vom Deutschtum zu lösen. Das bezieht sich wohl auf jene Bestrebungen nach 1945, im Schulunterricht und in der Geschichtswissenschaft ein eigenes österreichisches Nationalgefühl durch Abgrenzung von oder gar Leugnung der historischen Verbundenheit mit den übrigen Deutschen zu fördern.<sup>2</sup>

Im Programm wird eingeräumt, dass es bei den Österreichern als „Grenzvolk“ selbstverständlich Mischungen mit anderen Völkern gegeben habe, aber dass diese nicht ausreichend gewesen seien, um die deutsche Volkszugehörigkeit insgesamt in Frage stellen zu können. All dies widerspreche auch der „altösterreichischen Staatsidee“, unter welcher die Deutsch sprechenden Staatsbürger als „Deutsche“ gegolten hätten.

Damals wie heute sei daher **Treue zum österreichischen Staat** bei gleichzeitigem Bekenntnis zur deutschen Volkszugehörigkeit kein Widerspruch, und das Programm führt zum Beleg eine Reihe historisch bedeutsamer Personen quer durch alle Wirkungsbereiche und politischen Lager an, welche diese Haltung bezeugten.<sup>3</sup> Aufgrund des Volkstumsgedankens ergebe sich auch eine besondere Verpflichtung gegenüber den deutschen Südtirolern, da ein wichtiges Element der Schutzmachtfunktion entfalle, wenn man die Österreicher als eigenständiges Volk betrachte. Die restlichen Programmpunkte beziehen sich ausschließlich auf innenpolitische Themen.

So betont **Punkt 5** die Bedeutung des **Rechts** als die „Grundlage der gesellschaftliche Ordnung“, eine Haltung, deren wahrer Stellenwert für die Positionierung der FPÖ etwa im Nationalrat in diesem und allen folgenden Programmen gar nicht gebührend zum Ausdruck kommt.<sup>4</sup>

- <sup>2</sup> Hier wäre an die Verwendung des Ausdrucks „Unterrichtssprache“ (anstelle von „Deutsch“) in den Schulen von 1949 bis 1952 oder nach 1945 vermehrt publizierte historische Studien zur Entwicklung einer von Deutschland unabhängigen nationalen österreichischen Identität zu denken.
- <sup>3</sup> Ähnliche Zitatensammlungen und Auflistungen mit oftmals denselben Personen dominieren die Redebeiträge der FPÖ-Abgeordneten im Nationalrat anlässlich der Einrichtung eines österreichischen Nationalfeiertages – der von den Freiheitlichen beharrlich als „Staatsfeiertag“ bezeichnet wurde – von 1965 bis 1967.
- <sup>4</sup> Freiheitliche Abgeordneter vertraten im Nationalrat oftmals ein radikales Prinzip der Rechtsgleichheit, z.B. im Zusammenhang mit der Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus (hier wurden etwa auch die deutschen Heimatvertriebenen als „indirekte Opfer“ betrachtet), der als ungerecht empfundenen Bestrafung von ehemaligen Nationalsozialisten (v.a. der „Illegalen“, da das Recht zuerst vom Ständestaat gebrochen und auch die SPÖ verboten war) und der Forderung, neben den NS-Gewaltverbrechen auch die Leugnung anderer historischer Massenmorde unter Strafe

Die **Punkte 7 und 8** zum **Erziehungssystem** sind stark von den bereits erwähnten Prinzipien beeinflusst, etwa wenn eine „volksbewusste Erziehung“ der Jugend gefordert und die Schule als ein Mittel zur Erziehung „auf der Grundlage eines gesunden Volksbewusstseins, der abendländischen Ehtik und des Gedankenguts des Humanismus“ charakterisiert wird, welches heranwachsenden Österreichern dabei helfen solle, gegenseitige soziale Vorurteile zu überwinden.

Die FPÖ verwahrt sich außerdem dagegen, dass in den Schulen „vielfach“ ein „unrichtiges Bild der Geschichte unseres Volkes“ gelehrt werde. Diese Formulierung ist für eine genauere Interpretation zu allgemein gehalten, aber es wird in erster Linie um Geschichtsschreibung in einem Sinne, welcher den rot-schwarzen Koalitionsparteien angenehm ist – was auch mit einer als zu einseitig empfundenen Darstellung der Zeit des Nationalsozialismus einhergehen könnte – oder der Entwicklung einer österreichischen Nation wohlwollend gegenübersteht, gehen.<sup>5</sup>

Abschließend wird in sehr konservative Weise auch die schulische Vermittlung von Kunststrichtungen, die dem „Schönheitsideal unseres Volkes und des Abendlandes“ widersprechen, abgelehnt, was sich wohl gegen jene moderne Strömungen richtete, die vom Großteil des Publikums oft als zu abstrakt, avantgardistisch, und möglicherweise auch blasphemisch empfunden wurden. Kritiker der FPÖ werden hinter dieser Formulierung sicherlich eine an der Gegnerschaft der Nationalsozialisten zur sogenannten „entarteten Kunst“ angelehnte Einstellung vermuten, was sich aufgrund der Formulierung alleine weder beweisen noch widerlegen lässt.

Zum Thema **Wirtschafts- und Sozialpolitik (Punkte 9 und 11)** befürwortet das Programm die sogenannte „soziale Marktwirtschaft“,<sup>6</sup> also einen Mittelweg zwischen Marxismus und völlig uneingeschränktem Wirtschaftsliberalismus, der hier wie bereits oben im Zusammenhang mit übertrie-

benem Individualismus als „Liberalismus vergangener Zeiten“ charakterisiert wird.

Grundsätzlich dürfe niemand zu einer bestimmten beruflichen Tätigkeit gezwungen werden, allerdings mit Ausnahme „von einem **Arbeitsdienst**, von Katastropheneinsatz und der Zwangsarbeit für **Asoziale**“. Das Programm macht keine näheren Angaben zu der Notwendigkeit und den Aufgaben besagten „Arbeitsdienstes“. Bevor hier jedoch vorschnell der naheliegende Vorwurf einer Orientierung am Reichsarbeitsdienst des Dritten Reiches erhoben wird, sollte man bedenken, dass bereits 1931 in der Weimarer Republik der Freiwillige Arbeitsdienst (FAD) eingeführt worden war.

Außerdem ähneln diese Maßnahmen jenen, die in einem Antrag an den außerordentlichen Bundesparteitag vom 14. Jänner 1995 in Linz gefordert wurden, aber keinen Eingang in das Parteiprogramm von 1997 finden sollten, nämlich die Einführung eines allgemeinen Sozialdienstes, um den Sozialhaushalt zu entlasten, sowie gemeinnütziger Pflichtarbeit für Langzeitarbeitslose und in Notstand befindliche Beschäftigungslose.<sup>7</sup>

Der Begriff „Asoziale“ wird heute oft wegen seiner starken Verbindung mit dem Nationalsozialismus abgelehnt, aber abgesehen davon, dass in den fünfziger Jahren ein anderer Sprachgebrauch vorherrschte, waren Maßnahmen gegen Arbeitsverweigerung in jener Zeit auch in der DDR und in Großbritannien getroffen worden.<sup>8</sup>

Grundsätzlich geht es der FPÖ hier um die Ablehnung eines überbordenden Wohlfahrtsstaates, welcher gegebenenfalls zu wenig zur Arbeitssuche animiere bzw. um das Prinzip der Solidarität innerhalb der Volksgemeinschaft, wonach es sich niemand auf Kosten des Gemeinwohls bequem machen dürfe. Ein bössartiger Kritiker könnte hier an den Grundsatz „Gemeinnutz vor Eigennutz“ erinnern, der sich im 24. Punkt des NSDAP-Programmes von 1924 befand, aber damit würde man jeden, der

sich gegen den Missbrauch des Wohlfahrtsstaates wendet, als Nationalsozialist diffamieren.

Analog zur sozialen Marktwirtschaft und Volksgemeinschaft wünschen sich die Freiheitlichen auch innerhalb der Betriebe eine Mischung aus sozialen und liberalen Gedanken in Form einer „echten Betriebsgemeinschaft“, welche eine „leistungsgerechte Erfolgsbeteiligung“ sowie die „Förderung der freien Persönlichkeit in einer freien Gemeinschaft“ ermöglichen solle. In diesem Sinne habe die FPÖ sich als erste Partei das Prinzip der „sozialen Partnerschaft“ zu eigen gemacht.

Zusammenfassend definiert das Programm die politischen Ziele der FPÖ als „eine nationale, freiheitliche und soziale Politik auf der Grundlage echter Volksgemeinschaft“.

## 2.2 Zweites Programm von 1964

Das zweite Programm, das „**Salzburger Bekenntnis**“ von 1964, fällt zwar vergleichsweise knapp aus, aber umso deutlicher erscheinen dafür die Prioritäten, die sich mit drei Kernpunkten umschreiben lassen, bei denen vor allem das liberale und das nationale Prinzip vorherrschen, während das soziale etwas in den Hintergrund tritt. Es fehlt auch der Begriff der „Volksgemeinschaft“, der ansonsten gerne in einem sozialen Kontext genannt wird. Allerdings wird in diesem und allen weiteren Programmen auch auf den Terminus „völkisch“ verzichtet.

„**Echte Demokratie:** Mit der Bezeichnung Österreichs als „Zerrbild einer Demokratie“ wird hier erneut das rot-schwarze Proporzsystem angegriffen. Dabei wird – unter Berufung auf den Kampf der „national-freiheitlichen Demokraten“ von 1848/49 – auch explizit auf die Bedrohung durch den Konservatismus hingewiesen, was sich möglicherweise aus der Befürchtung einer schwarzen Alleinregierung – die sich 1964 bereits abgezeichnet haben dürfte und 1966 Wirklichkeit wurde – erklären lässt.

**Universales Freiheitsprinzip:** Hier wird das im vorherigen Punkt genannte Bestreben, das freiheitliche Prinzip durch die Entwicklung einer wahren Demokratie in Österreich zu verwirklichen, in einen größeren internationalen Kontext gebracht, da die Durchsetzung der Freiheit in Österreich ein

Beitrag zur Durchsetzung der Freiheit in Europa und letztlich der ganzen Welt, und zwar gegen die internationale Gefahr des Kommunismus – die „organisierte Macht der Unfreiheit“ – sei.

**Bekenntnis zum Deutschtum:** Auch das mit dem Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kultur-gemeinschaft sowie dem Postulat, dass die „Treue zum Volk“ eine „starke sittliche Kraft“ sei, ausgedrückte nationale Prinzip wird mit der internationalen Ebene verknüpft, wenn es – analog zur Durchsetzung des Freiheitsprinzips in Österreich – heißt, dass Österreich „als ein Zentrum deutscher Kultur [...] an der Verteidigung und Entfaltung des Abendlandes mitwirken“ muss und die FPÖ den Beitritt Österreichs zur EWG befürwortet. Auch die Verpflichtung gegenüber Südtirol wird an dieser Stelle betont.

Wie schon im letzten Programm findet sich hier ebenfalls der Begriff des Abendlandes im Zusammenhang mit Kultur und dem Freiheitsgedanken, da er für das allgemeine Bekenntnis zu einer europäischen Kultur- und Völkergemeinschaft steht, aber zusätzlich auch als konkretes Bekenntnis zur politischen Einigung Europas auf freiheitlich-demokratischer Grundlage gelten kann.

## 2.3 Drittes Programm von 1968/70

Das dritte, das sogenannte „**Ischler Parteiprogramm**“ von 1968/70, ähnelt im Wesentlichen dem vorhergehenden Programm.<sup>9</sup> Zu Beginn wird die Bedeutung der Kernpunkte, also des **nationalen und liberalen Gedankens**, hervorgehoben. Wie bisher bekennt sich die FPÖ explizit sowohl zur „Demokratischen Republik Österreich“ als auch zur „deutschen Volks- und Kultur-gemeinschaft“. Als das „höchste Gut“ wird die Freiheit des Einzelnen, welche zu größtmöglicher Freiheit der Bürger führen solle, bezeichnet. Ganz klar gegen die damalige ÖVP-Alleinregierung gerichtet ist in diesem Zusammenhang die Ankündigung, „ständestaatliche“ Systeme bekämpfen zu wollen.

Weiterhin betont wird aber auch das **europäische Element**, indem die Schaffung eines europäischen „Bundesstaates“ unter „Wahrung der Eigenart seiner Völker“ eingefordert wird. Auch der zusammenfassende Schlusssatz über die Ziele der Partei, der ansonsten mit jenem von 1958

zu stellen.

<sup>5</sup> Für präzisere Aussagen müssten die seinerzeitigen Lehrpläne analysiert werden. Zur freiheitlichen Ablehnung der Idee einer österreichischen Nation siehe weiter oben S. 328.

<sup>6</sup> Dieses Synonym für einen gemäßigten Kapitalismus wurde während der Wirtschaftswunderzeit in der Bundesrepublik Deutschland der Fünfzigerjahre geprägt.

<sup>7</sup> Es wäre auch zu klären, ob es in den Fünfzigerjahren bereits Diskussionen um einen allgemeinen Arbeits- und Sozialdienst im Sinne des Wehrdienstes, der auch für Frauen verbindlich gewesen wäre, gegeben hat.

<sup>8</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Asozialit%C3%A4t#DDR>

<sup>9</sup> Beschlossen am Bundesparteitag in Bad Ischl von 11. bis 13. Oktober 1968 und abgeändert am Bundesparteitag in Baden am 7. und 8. November 1970.

identisch ist, wurde um einen Bezug zu Europa erweitert („Ziel der FPÖ ist eine nationale, freiheitliche, soziale und europäische Politik auf der Grundlage echter Volksgemeinschaft“) und enthält auch wieder den im vorhergehenden Programm nicht gebrauchten Begriff der „**Volksgemeinschaft**.“

Etwas stutzig – weil in keinem anderen Programm erwähnt – macht unter der Rubrik Familie nicht so sehr die Betonung der „biologischen Aufgabe“ derselben, da sich dies in vollem Einklang mit dem konsequent aufrechterhaltenen organischen Volkstumsbegriff und der traditionellen Auffassung von Familie befindet, sondern der Aufruf zur Erhaltung der „Volksgesundheit“ vor allem in Form der „**Erbgesundheitspflege**“, was auf den seinerzeitigen Einfluss von Otto Scrinzi zurückgeht.

Wie in beiden vorhergehenden Programmen wird auch hier die Verteidigung deutscher und abendländischer Kulturwerte in Bildung und Kultur gefordert.

#### 2.4 Viertes Programm von 1985

Das vierte Programm trägt den Titel „**Österreich politisch erneuern**“ und wurde auf einem „Programmparteitag“ am 1. und 2. Juni 1985 in Salzburg beschlossen. Wie beim vorigen Programm wird eingangs die **Freiheit als „höchstes Gut“** bezeichnet, und diese Formulierung wird sich auch in allen folgenden Programmen an erster Stelle befinden.

Wie in allen bisherigen Programmen wird auch die Freiheit des einzelnen Menschen auf den Anspruch der Freiheit aller Völker übertragen. Neu ist in diesem Zusammenhang die Erwähnung der **universalen Menschenrechte** in dem Satz „Der Mensch als Individuum ist einzigartig, keinem anderen gleich, doch jedem anderen grundsätzlich gleichberechtigt“, wobei die Formulierung „keinem anderen gleich“ auch dahingehend interpretiert werden könnte, dass hier ein absoluter Gleichheitsgedanke mit Bezug auf die gesamte Menschheit abgelehnt wird, so wie sich das Programm an mehreren Stellen auch gegen die sogenannte „**Gleichmacherei**“ ausspricht. In anderen Worten: Die Anerkennung der universalen Gültigkeit der Menschenrechte – also dass alle Menschen gleich an Würde und Rechten geboren sind und im Umkehrschluss niemand aufgrund seiner Hautfarbe, Religion etc. diskriminiert oder verfolgt werden darf –

bedeutet nicht, dass deswegen alle Menschen auch in ihren Fähigkeiten gleich wären.

Es folgt das Bekenntnis zur „demokratischen Republik Österreich als unserem Vaterland“ sowie zur „**deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft**“. Letzteres sei eine Tatsache, obgleich diese „als Folge eines verhängnisvollen Kapitels deutscher Geschichte“ in Österreich gerne verdrängt werde.

Explizit werden „Familie“ und „Volk“ als „organisch gewachsene Gegebenheiten“ definiert und zur Bewahrung der „Werte des Volkstums“ aufgerufen. Konsequenterweise wird der Volkstumsbegriff daher folgendermaßen näher ausgeführt: „Das Volk als natürliche Gemeinschaft, durch Abstammung und geschichtliche Entwicklung verbunden, hat gemeinsame Sprache und Kultur entwickelt und weist gemeinsame Wesenszüge auf“.

Es wird ausdrücklich betont, dass nach „unserem nationalen Verständnis“ (d.h. laut dem freiheitlichen Verständnis von „Nation“) gerade das „Bewusstsein der besonderen Wesensart des eigenen Volkes“ auch die Achtung für andere Völker impliziere und dass man sich eingedenk der Erfahrung der jüngeren Geschichte – den „tragischen Folgen des **Missbrauchs nationaler Ideen** insbesondere in diesem Jahrhundert“ – gegen „nationale Überheblichkeit“ und den „Missbrauch nationaler Gefühle“ ausspreche. Dabei handelt es sich um eine ganz klar nationalliberale Positionierung im Sinne Giuseppe Mazzinis: Wer für die Freiheit des Einzelnen und somit auch für die Freiheit des eigenen Volkes als Summe der Freiheit aller Individuen eintrete, der könne dies auch anderen Individuen bzw. Völkern außerhalb der eigenen Gemeinschaft nicht verwehren.

Wie schon 1964 und 1968/70 beinhaltet das Programm die Forderung nach **Mitgliedschaft in der EG** sowie die Errichtung einer „Europäischen Konföderation“. Dabei wird allerdings auch die Tendenz innerhalb der EG, „Europa“ ausschließlich als Westeuropa zu definieren, kritisiert. Die besondere Erwähnung Südtirols hat sich mittlerweile auch zu einem Standardtopos entwickelt.

Wie vor allem im ersten Programm von 1958 wird der Liberalismus dahingehend eingeschränkt, dass sich „in der Gesellschaft, für die wir eintreten, [...] Freiheit mit Rücksichtnahme und Gemeinschaftssinn“ verbinde, aber gleichzeitig fallen

die Ausführungen zur Wirtschaftspolitik wesentlich wirtschaftsliberaler als bisher aus, was sicherlich mit einer Abgrenzung vom seinerzeitigen Regierungskoalitionspartner SPÖ zusammenhängt. Auch der Begriff der „Volksgemeinschaft“, der in früheren Programmen gerne in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit und Solidarität verwendet wurde, wird in diesem Programm (sowie in den beiden folgenden Programmen von 1997 und 2005) nicht mehr erwähnt.

#### 2.5 Fünftes Programm von 1997

Das fünfte, am 30. Oktober 1997 in Linz beschlossene „**Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs**“ ist mit dem folgenden **Programm von 2005** bis auf wenige insignifikante Veränderungen identisch. Dies ist insofern äußerst bemerkenswert, als die ursprüngliche Version von 1997 unter dem Einfluss des damaligen Parteibeschlusses Jörg Haider und seiner engsten Berater beschlossen wurde, und Haider kurz vor dem 27. Ordentlichen Bundesparteitag am 23. April 2005 in Salzburg, auf dem das „neue alte“ Programm verabschiedet und Heinz-Christian Strache zum neuen Obmann gewählt wurde, aus der FPÖ ausgeschlossen worden war, nachdem er mit seinem „Bündnis für die Zukunft Österreichs“ (BZÖ) die Spaltung der Partei betrieben hatte.

An dieser Stelle sollte auch erwähnt werden, dass die Regierungsbeteiligung der FPÖ in einer Koalition mit der ÖVP unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel von 2000 bis 2005 zur Folge hatte, dass die übrigen 14 EU-Mitgliedstaaten wegen angeblicher fremdenfeindlicher und rassistischer Aussagen von FPÖ-Funktionären die offiziellen Kontakte zur österreichischen Regierung bis September 2000 auf ein Mindestmaß einschränkten.

In einem Leitantrag zum 25. Ordentlichen Bundesparteitag am 1. Mai 2000 in Klagenfurt verwahrte sich die FPÖ daher gegen diese „Unrechtsmaßnahmen“ sowie die Vorwürfe, „dass es in Österreich eine Politik, die Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz fördert“, gebe. In Wahrheit trete die FPÖ – die seit ihrer Gründung eine proeuropäische Einstellung vertreten habe – für „Respekt, Toleranz und Verständnis für alle Menschen“ ein.

Was das Parteiprogramm von 1997 betrifft, wird, wie vorhin bereits erwähnt, auch dieses (in Kapitel unterteilte) Programm in Kapitel I mit der Standardformulierung eröffnet, dass die **Freiheit das „höchste Gut“** sei und als solches „jedem Einzelnen und jeder gewachsenen Gemeinschaft, von der Familie bis zum Volk, unverzichtbar zustehe“.

Ebenso wie 1985 werden Familie und Volk als „organisch gewachsene Gegebenheiten“ bezeichnet, eine Formulierung, die von dem in Kapitel XII vertretenen traditionellen Bild der Familie, welche aus Mann, Frau und Kindern bestehe, ergänzt wird. Kapitel II widmet sich, ähnlich dem Programm von 1985, dem Grundsatz der Menschenwürde.

Kapitel III trägt den Titel „**Österreich zuerst**“ in Anlehnung an das eine restriktivere Einwanderungspolitik fordernde Volksbegehren gleichen Namens, das 1992 von der FPÖ initiiert wurde und Haider, dem es gelungen war, den Stimmenanteil der FPÖ seit dem Tiefststand von 1983 mehr als zu verdreifachen,<sup>10</sup> den Ruf eines „Rechtspopulisten“ eingebracht hatte, da ein Gutteil des Erfolges der FPÖ auf die stärkere Thematisierung der Einwanderungsfrage zurückzuführen war.

Der Inhalt des Kapitels läßt sich am besten mit den folgenden darin enthaltenen Passagen zusammenfassen, wonach die „Demokratie als Grundlage des Österreichpatriotismus zu erhalten und weiterzuentwickeln“ sei, um gemäß dem „Willen zur Eigenständigkeit und Zusammengehörigkeit der Österreicher“ ein funktionierendes „Gemeinwesen“ zu erhalten.

Mit diesen Formulierungen wird auch ein Schwenk weg vom traditionellen Deutschnationalismus hin zu einem **neuen Österreichbewusstsein** signalisiert, das sich zwar zunächst nur auf einen an sich nicht neuen Staatspatriotismus bezieht, aber langfristig jene die bisherige Haltung kennzeichnende Ambiguität, nämlich die Loyalität zu einem unabhängigen österreichischen Staat bei gleichzeitigem Bekenntnis, ein Teil des deutschen Volkes zu sein, in Frage stellen konnte.

Dies macht sich auch im folgenden Kapitel IV (Recht auf Heimat) bemerkbar, in dem es heißt:

<sup>10</sup> Nach 4,98 Prozent im Jahre 1983 erreichte die FPÖ bei den Nationalratswahlen 1986 9,73 Prozent und 1990 16,64 Prozent.

„Unter Heimat sind die demokratische Republik Österreich und ihre Bundesländer, die historisch ansässigen Volksgruppen (Deutsche, Kroaten, Roma, Slowaken, Slowenen, Tschechen und Ungarn) und die von ihnen geprägte Kultur zu verstehen, wobei von der Rechstordnung denklogisch vorausgesetzt wird, dass die überwiegende Mehrheit der Österreicher der **deutschen Volksgruppe** angehört“. Zwar ist weiterhin davon die Rede, dass die Österreicher einer als „deutsch“ bezeichneten Volksgruppe angehören, aber das bisherige Standardbekenntnis, explizit ein Teil einer – größeren! – „deutschen Volksgemeinschaft“ zu sein, ist damit entfallen.

Die Besinnung auf die österreichische Bevölkerung im Sinne des „Österreich zuerst“-Volksbegehrens, welche auf historische Reminiszenzen an den großdeutschen Gedanken verzichtet, findet dann auch ihren Ausdruck in den Forderungen, **keine „unbeschränkte und unkontrollierte Zuwanderung“** und „multikulturellen Experimente“ zuzulassen, da diese eine Überforderung der „aktiven Integrationsfähigkeit“ bedeuten bzw. „gesellschaftliche Konflikte“ hervorrufen würde.

Es handelt sich somit um die paradoxe Situation, dass die FPÖ unter Haider einerseits, und vor allem im Ausland, wie kaum zuvor als angeblich nationalistische und fremdenfeindliche Partei wahrgenommen wurde, aber andererseits der Vorwurf des Deutschnationalismus und der heimlichen Anschlusssehnsucht, mit dem die FPÖ üblicherweise ebenfalls ins „rechte Eck“ gerückt werden sollte, gewissermaßen unter den Tisch gefallen war.

Ebenfalls neu ist die starke Betonung des **Christentums als „Fundament Europas“** in Kapitel V. Nun bedeutete der traditionelle freiheitliche Antiklerikalismus nicht unbedingt Feindschaft zur Religion an sich, sondern vielmehr die Trennung von Staat und Kirche sowie die Erklärung der Religion zur Privatsache, doch wird auch hier ein Paradigmenwechsel ähnlich wie beim Verhältnis zum Deutschaum vollzogen. So bekräftigt das Programm zwar die Trennung von Kirche und Staat, aber es stellt auch fest, dass der historische Antiklerikalismus, der sich gegen die weltanschauliche Intoleranz von kirchlicher Seite gerichtet hatte, aufgrund der veränderten Rolle der „kirchlichen und religiösen Institutionen“ in Österreich

„überholt“ und die Kirchen vielmehr „ideelle Partner“ der Freiheitlichen geworden seien.

Zwar werden als älteste Wurzel des Abendlandes die Antike sowie weitere bedeutende Prägungen (Judentum, Humanismus und Aufklärung) genannt, aber die *entscheidende* sei eben das Christentum gewesen, da es die wichtigsten „geistigen Grundlagen“, nämlich die „Menschenwürde“ und die „Grundfreiheiten“, zur Verfügung gestellt habe, von denen sich wiederum die westlichen Errungenschaften von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität ableiten ließen. Daher wird auch ein sogenanntes **„wehrhaftes Christentum“** eingefordert, damit es sich besser gegenüber den aktuellen Bedrohungen, wie zunehmende Islamisierung, Materialismus, Okkultismus oder Nihilismus, behaupten könne.

In Anbetracht der beiden soeben diskutierten Themen erscheint es beinahe als nebensächlich, aber sollte dennoch erwähnt werden, dass im Zusammenhang mit dem bisher – mal mehr und mal weniger liberal – vertretenen Prinzip der sozialen Marktwirtschaft zum ersten und einzigen Mal von einer **„fairen Marktwirtschaft“** die Rede ist.

## 2.6 Sechstes Programm von 2005

Die praktisch identische Übernahme des Programmes von 1997 auf dem Bundesparteitag von 2005 darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit dem Wechsel von Haider zu Strache auch damals schon neue Impulse für die freiheitliche Programmatik gesetzt wurden, die dann 2011 in ein neues Programm einfließen sollten.

Daher soll an dieser Stelle ausnahmsweise anstelle eines Parteiprogrammes der **Leitantrag** analysiert werden, den Heinz-Christian Strache in seiner damaligen Funktion als Landesparteiobmann von Wien auf dem **27. Ordentlichen Bundesparteitag** am 23. April 2005 in Salzburg, auf dem das Programm von 2005 beschlossen wurde, eingebracht hatte.

In Einklang mit den Programmen von 1997 und 2005 betont dieser Leitantrag den „Österreich-Patriotismus“, allerdings stärker unter dem Aspekt, dass es dabei insbesondere um den *„Schutz“* der eigenen Heimat“ gehe. Wie schon in vorhergehenden Positionierungen wird auch hier dieser Heimatbegriff in einen europäischen Kontext eingebettet, da sich das Schützenswerte an der Heimat maßgeblich über die sogenannten (auch in

den Programmen von 1997 und 2005 als „geistige Grundlagen“ des „Abendlandes“ erwähnten) „abendländische Werte“ der Menschenwürde und der Grundfreiheiten definieren lasse.

Von diesen wiederum ließen sich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, bürgerliche Freiheiten, Säkularismus und Solidarität ableiten. Dieser „Wertekonsens“ sei jedoch durch unkontrollierte Zuwanderung vor allem von Moslems bedroht, da „radikaler Islam“ und „islamischer Fundamentalismus“ aufgrund „fehlgeleiteter Integration“ zur Bildung von mit der „freiheitlich-demokratischen Leitkultur“ unvereinbaren „Parallelgesellschaften“ führen würde.

Neben der Bestätigung der Wichtigkeit eines österreichischen Patriotismus sowie der mit diesem in einen engen Zusammenhang gebrachten abendländischen Grundwerte – unter leichter Abschwächung der Bedeutung des Christentums – zielte der Leitantrag auf eine Konkretisierung der schon in den beiden vorhergehenden Programmen betonten Gefahr von unkontrollierter Masseneinwanderung ab, indem er vor der Islamisierung der österreichischen Gesellschaft warnt. Es seien demnach insbesondere die in den islamisch geprägten Parallelgesellschaften gepflegten Werte (wie die Rolle der Frau, die Einstellung gegenüber Demokratie und österreichischen Gesetzen oder die Frage der Toleranz), welche mit vielen abendländischen Prinzipien nur wenig kompatibel seien oder diesen sogar ablehnend gegenüberstünden.

Wie im folgenden Abschnitt zu sehen, wird das Parteiprogramm von 2011 vor allem den Appell an den „Schutz“ der Heimat und ihrer traditionellen Werte übernehmen und auch erneut die Gefahren von unkontrollierter Masseneinwanderung betonen, wobei die Warnungen gegenüber dem Islam etwas abgeschwächt sein werden, obgleich die Bedeutung des Christentums für die abendländischen Werte weiterhin, d.h. etwas mehr als im Leitantrag, hervorgehoben werden wird.

## 2.7 Siebentes Programm von 2011

Das siebente und aktuell gültige Programm, das am 18. Juni 2011 in Graz beschlossen wurde, gliedert sich in eine Art Prolog, der – analog zum Titel des Parteiprogramms – mit **„Österreich zuerst“** überschrieben ist, gefolgt von Leitsätzen

und einer detaillierteren Darlegung der einzelnen Leitsätze.

Gemäß seiner Überschrift wird im Prolog zunächst das Bekenntnis abgelegt, dass das „Heimatland Österreich“ ein Teil der „deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft“ sei, also quasi eine Mischung aus Österreichpatriotismus und Deutschnationalismus und damit eine Rückkehr zur der vor Haider gebräuchlichen Formel – wobei nicht ersichtlich ist, warum an dieser Stelle im Programm noch kein Bekenntnis zur „deutschen Volksgemeinschaft“ abgelegt wird<sup>11</sup> – vollzogen, gefolgt von dem Aufruf zur „Bewahrung und Verteidigung unseres in unserer Tradition und unserer geschichtlichen Entwicklung gewachsenen Menschen- und Gesellschaftsbildes“.

Leitsatz Nr. 1 handelt von der **Freiheit als dem „höchsten Gut“** unter ausdrücklicher Berufung auf die Revolution von 1848/49, die ansonsten nur im Salzburger Bekenntnis von 1964 erfolgt war.

Leitsatz 2 gilt im Wesentlichen dem **Schutz der „Heimat Österreich“** und „unserer nationalen Identität“, wobei eine kritische Textanalyse hier schon eine gewisse Inflation von Begriffen, die nicht immer klar definiert und voneinander abgegrenzt sind, feststellen muss. Ist Österreich nun entgegen der traditionellen freiheitlichen Auffassung – die Bezeichnung „Nationalfeiertag“ wurde entschieden abgelehnt und selbst im Programm von 1997/2005 lassen sich Begriffe wie „Nation“ oder „national“ mit Bezug auf Österreich nicht finden – eine eigene Nation oder doch eher im Sinne einer Staatsnation, also eines mehrheitlich von Deutschen bewohnten Staates?

Die Antwort erfolgt dann doch noch im gleichen Abschnitt, wenn es heißt: „Sprache, Geschichte und Kultur Österreichs sind deutsch. Die überwiegende Mehrheit der Österreicher ist **Teil der deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft.**“ Damit ist das alte Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft wieder unmissverständlich in das Programm aufgenommen worden. Gleichzeitig werden auch ausdrücklich die anderen „autochthonen Volksgruppen“ in Österreich als „Bereicherung und integrierter Bestandteil“ des „Staatsvolkes“ hervorgehoben und (ebenso wie 1997/2005) namentlich aufge-

<sup>11</sup> Außer man hätte es absurderweise weiter hinten im Programm „verstecken“ wollen.

zählt,<sup>12</sup> womit erneut ein auf den Staat bezogener Österreichpatriotismus – parallel zum deutschen Volkstumsbekenntnis – deutlich wird.

Die Betonung der „Unabhängigkeit und Eigenständigkeit unseres Heimatlandes Österreich“ richtet sich dann wohl auch weniger – im Gegensatz zu den älteren Programmen – gegen den allfälligen Verdacht, mit einem Anschluss an Deutschland zu liebäugeln, sondern eher gegen die Einschränkungen der österreichischen Souveränität durch die Europäische Union (EU).

Mit der neuen Formulierung von der „Verbundenheit mit unseren Vorfahren und der Verantwortung für unsere Nachkommen“ wird hier das organische Verständnis von Begriffen wie Familie – auch Leitsatz 4 bezeichnet die **Familie mit Mann und Frau und Kindern** als die „natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft“ – oder Volk unterstrichen. Und wie bereits im vorherigen Programm wird festgestellt, dass Österreich kein Einwanderungsland sei und man der Überalterung der Gesellschaft lieber durch eine geburtenorientierte Familienpolitik entgegenwirken wolle. Selbstverständlich seien daneben „integrierte, unbescholtene und legal anwesende Zuwanderer“ weiterhin willkommen, ebenso wie im Falle echter Schutzbedürftigkeit das Recht auf Asyl bestehen solle. Diese wichtige Unterscheidung zwischen wahrhaftig Schutzsuchenden und Zuwanderern war bereits 2000 in einem Leitantrag zum 25. Ordentlichen Bundesparteitag am 1. Mai 2000 in Klagenfurt getroffen worden, da „Österreich [...] eine lange Tradition als Zufluchtsland für Flüchtlinge“ habe.

Mit der Feststellung, dass Österreich ein „Teil des europäischen Kulturraumes“ sei, wird ein Paragraph eingeleitet, welcher im Wesentlichen eine verkürzte Version der Ausführungen des Programmes von 1997/2005 zum Christentum als Fundament Europas darstellt. Auch laut dem Programm von 2011 habe das Christentum Europa in „entscheidender Weise“ geprägt,<sup>13</sup> wobei jedoch auf eine explizite Nennung der daraus resultierenden Grundwerte – diese werden unter dem neuen Begriff **„Kultur-Christentum“** subsumiert – so-

wie auf den Begriff des „wehrhaften Christentums“ verzichtet wird.<sup>14</sup>

Leitsatz 3 zu **„Recht und Gerechtigkeit“** hebt die Bedeutung der demokratischen Grundordnung und des Rechtsstaates sowie der republikanischen, gewaltenteilenden und bundesstaatlichen Prinzipien hervor, welche den Staatsbürgern neben den „liberalen Grundfreiheiten“ nicht nur eine Reihe anderer Rechte gewährten, sondern auch soziale Pflichten auferlegten. Die Ausführungen zu Sozialstaat und Sozialpolitik überschneiden sich inhaltlich mit Leitsatz 5 über „Wohlstand und soziales Gleichgewicht“, worunter vor allem eine **„Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung“** verstanden wird.

In Leitsatz 9) bekundet die FPÖ ihre Verpflichtung gegenüber den Südtirolern, welche um die Erwähnung der „Heimatvertriebenen“ ergänzt wird, gefolgt vom Bekenntnis zu einem **„Verbund freier Völker und selbstbestimmter Vaterländer“** als Ziel der freiheitlichen Europapolitik (Leitsatz 10). Auch der zwei Jahre später formulierte Leitantrag zum 31. Ordentlichen Bundesparteitag am 7. Dezember 2013 in Graz unterstreicht die Forderung, dass die EU eine Konföderation souveräner Staaten bleiben müsse, und bezeichnet den Austritt aus der EU als „ultima ratio“ für den Fall, dass das Gegenteil eintreten sollte.

### 3 Analysen

Jede Untersuchung der im ersten Abschnitt dargelegten FPÖ-Programme im Hinblick auf ein allfälliges Naheverhältnis zum Nationalsozialismus muss zuvor den Nationalsozialismus selbst programmatisch umreißen. Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wenn dabei sämtliche Vorläufer oder Unterströmungen der Idee eines nationalen Sozialismus oder gar des Faschismus (sofern man der Auffassung folgen sollte, dass der Nationalsozialismus im Wesentlichen bloß eine deutsche Spielart des Faschismus sei) heranziehen würde. Im Folgenden soll daher der historische, im Deutschen Reich von 1933 bis 1945 an

der Macht befindliche Nationalsozialismus Hitlerischer Prägung in seinen ideologischen Kernpunkten skizziert werden.<sup>15</sup>

- Das zentrale Element des Nationalsozialismus war ein extremer, in einem eindeutig rassistisch und sozialdarwinistisch definierten Nationalismus eingebetteter Antisemitismus, welcher in der „jüdischen Rasse“ die Wurzel aller Übel dieser Welt und damit sozusagen den Gegenpol zum „Arier“ als dem Lichtbringer der Menschheit erblickte. Der Nationalsozialismus hatte sich daher dem Kampf gegen alles angeblich Jüdische, vor allem gegen den internationalistischen Marxismus, verschrieben.
- Der Nationalsozialismus lehnte die parlamentarische Demokratie vehement ab, weil sie angeblich nur den unüberbrückbaren Interessen verschiedener Lobbies und Parteien diene und dadurch die nationale Einheit schwächte, und huldigte stattdessen dem sogenannten „Führerprinzip“ als Ausdruck der wahren Demokratie in dem Sinne, dass der Führer am besten wisse, was gut für das Volk sei.<sup>16</sup> Trotz eines gewissen individualistischen Elements durch die Anwendung des Führerprinzips auf manche Unterbereiche<sup>17</sup> lief die NS-Herrschaft auf einen mit totalitären Aspirationen versehenen Kollektivismus hinaus, der sich besonders in der Massenorganisation der Bevölkerung manifestierte.
- Unter „nationalem Sozialismus“ verstand der Nationalsozialismus neben der Eliminierung des Marxismus die Errichtung einer von „fremdrassigen“ Einflüssen befreiten sowie auf „Erbgesundheits“ achtenden Volksgemeinschaft, die sich als Gegenentwurf zur

marxistischen klassenlosen Gesellschaft verstand und die Überwindung der Klassen-gegensätze bzw. die Integration der Arbeiterschaft in den Nationalstat erreichen sollte. Obschon eine Reihe von kleinen Verbesserungen für die Arbeitnehmerschaft durchgeführt wurde, war dieser Sozialismus eher von Rhetorik und „atmosphärischen“ Veränderungen geprägt. So blieb auch das Wirtschaftssystem bei allen staatsdirigistischen Elementen im Wesentlichen kapitalistisch sowie das Privateigentum unangestastet.

- Der Nationalsozialismus betrachtete den Krieg als einen zentralen Sinn des Daseins und daher auch als zulässiges Mittel der Politik. Daraus folgte das Ziel der Eroberung von „Lebensraum im Osten“ für die Deutschen als angebliches „Volk ohne Raum“, welches mit dem Kampf gegen den sogenannten „jüdischen Bolschewismus“ kombiniert wurde, da einerseits die Sowjeunion (fälschlicherweise) als von ihrer „jüdisch-bolschewistischen“ Führung ruiniert und daher als leicht zu besiegen eingeschätzt wurde und der Sieg über den Bolschewismus in Russland einen schweren Schlag für das „internationale Judentum“ bedeutete hätte.
- Zuguterletzt wird der Nationalsozialismus in der Forschung routinemäßig – und angesichts der oben angeführten Punkte wenig überraschend – als grundsätzlich „illiberal“ charakterisiert. „Liberal“ ist jedoch ein äußerst dehnbarer Begriff, dessen Definition zwar einiges zwingend umfasst (wie etwa die Gegnerschaft zu – in aufsteigender Reihenfolge – Staatsdirigismus, Kollektivismus, Diktatur und Totalitarismus), aber letztlich doch zu

<sup>12</sup> „Burgenlandkroaten, Slowenen, Ungarn, Tschechen, Slowaken und Roma“.

<sup>13</sup> Neben Antike, Judentum, Humanismus und Aufklärung.

<sup>14</sup> Ebenso wie auf die Feststellung von 1997/2005, dass der traditionelle freiheitliche Antiklerikalismus überholt und die Kirchen „idelle Partner“ seien.

<sup>15</sup> Für die folgenden Ausführungen zum Nationalsozialismus siehe vor allem Joachim C. Fest, *Hitler: Eine Biographie* (Frankfurt a.M. 1973); Ian Kershaw, *The Nazi Dictatorship Problems and Perspectives of Interpretation* (London 2015); Rainer Zitelmann, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs* (Reinbek 2017); Michael Burleigh, *The Third Reich: A New History* (New York 2001) und David D. Roberts, *The Totalitarian Experiment in Twentieth-Century Europe: Understanding the Poverty of Great Politics* (New York 2006).

<sup>16</sup> Im italienischen Faschismus kommt hier neben dem „Duce“ auch dem starken (faschistischen) Staat eine zentrale Funktion zu, der beim Nationalsozialismus trotz der auf Hegels Philosophie zurückgehenden deutschen Tradition der „Staatsvergottung“ eine weitaus geringere Rolle spielte, bis hin zur der von manchen Historikern vertretenen Ansicht, dass Hitler ein schwacher Diktator und der NS-Staat polykratisch gewesen sei.

<sup>17</sup> So sollten etwa Projektleiter oder Anführer innerhalb der Wirtschaft und militärisch organisierter Verbände wie z.B. der Hitler-Jugend analog zum Führertum Adolf Hitlers ebenfalls aus den bestgeeigneten Individuen bestehen und einen entsprechenden Initiativgeist besitzen und Handlungsspielraum bei der Ausübung ihrer Autorität haben.

viele Ungenauigkeiten beinhaltet (z.B. die Frage, wie wirtschaftsliberal ein durchschnittlicher Liberaler sein sollte).

In Anbetracht der ideologischen Grundzüge des historischen Nationalsozialismus erscheint die Frage nach einem fundamentalen Naheverhältnis zu der sich selbst als freiheitliche, sprich: liberale, Partei bezeichnenden FPÖ müßig. Allerdings wurde kein anderes politisches Lager der Ersten Republik so schnell und vollständig vom Nationalsozialismus aufgesogen wie das deutschfreiheitliche, und auch nach 1945 bestanden bedeutende personelle Kontinuitäten, sodass die Frage erlaubt sein muss, ob sich diese historische Affinität nicht doch in irgendeiner Form in der Programmatik der FPÖ niedergeschlagen hat.

Im ersten Abschnitt wurden bereits einige Begriffe aus dem ersten, von 1956 bis 1964 gültigen Parteiprogramm problematisiert, die grundsätzlich einmal der seinerzeit üblichen Diktion und einigen aus dem 19. Jahrhundert stammenden und damals trotz der historischen Erfahrung des Nationalsozialismus teilweise – und nicht nur unter Freiheitlichen – immer noch weit verbreiteten Geisteshaltungen entsprachen. Ob sich zumindest für einen Teil der Personen, die hinter der Wortwahl in dem Programm standen, mehr – im Sinne einer tiefgreifenden Identifikation mit dem Nationalsozialismus – dahinter verbarg, kann hier wie bereits weiter oben ausgeführt leider nur gemutmaßt, aber nicht eindeutig geklärt werden.

Davon völlig unabhängig steht jedoch fest, und ist in den Programmen eindeutig dokumentiert, dass diese Begriffe heutzutage nicht mehr verwendet werden. Wobei natürlich die reine Semantik nicht immer klare Auskunft darüber geben kann, welche Geisteshaltung sich möglicherweise hinter einem Ausdruck, und dies könnte sogar ein völlig unverdächtiger Begriff

sein, verbirgt. Entsprechend wird sich daher der politische Gegner auch immer an bestimmten inhaltlichen Positionen stoßen, ganz gleich wie diese semantisch formuliert wurden. Wobei hier allerdings auch festgestellt werden muss, dass der politische Gegner es bei der Semantik von bestimmten Begriffen auch nicht immer sehr genau nimmt. Dies betrifft z.B. den oben bereits angesprochenen Gebrauch des Terminus „Rassismus“, denn wenn man den Freiheitlichen einen „völkischen Nationalismus“ unterstellt, womit ein von „rassistischen“ Gedanken durchsetzter Nationalismusbegriff gemeint ist, dann wird dabei ignoriert, dass Rassismus in seiner klassischen Definition menschliche Gemeinschaften *ausschließlich* biologistisch definiert und immer deren unterschiedliche *Wertigkeit* betont.<sup>18</sup> Wie immer man also zum freiheitlichen Nationalismus oder Nationsbegriff stehen mag, so ist damit immer nur die Bedeutung der historisch gewachsenen und damit *teilweise* auf Abstammung beruhenden Gemeinschaft bzw. das *Bewahren* der sich daraus ergebenden eigenen Identität gemeint, aber niemals die Ansicht, dass etwa die Deutschen allen anderen Nationen aufgrund ihrer genetischen Anlagen überlegen seien.

Auch der großdeutsche Gedanke als wichtiges Element des freiheitlichen historischen Bewusstseins wird vom politischen Gegner vehement abgelehnt, weil ihm tendenziell, aber fälschlich, eine rassistische Qualität zugeschrieben wird und weil er durch die Begleitumstände seiner realen Umsetzung von 1938 bis 1945 historisch kontaminiert sei. Die FPÖ hat sich immer offen gegen dieses Argument ausgesprochen und sowohl in entsprechenden Redebeiträgen im Nationalrat als auch in ihrem Programm klargestellt, dass der großdeutsche Gedanke trotz seines Missbrauchs während des Dritten Reiches an sich unschuldig sei.<sup>19</sup>

**18** Nachstehend die Definition von „Rassismus“ der Encyclopedia Britannica (<https://www.britannica.com/topic/racism>): „Racism, also called racialism, any action, practice, or belief that reflects the racial worldview – the ideology that humans may be divided into separate and exclusive biological entities called “races”; that there is a causal link between inherited physical traits and traits of personality, intellect, morality, and other cultural and behavioral features; and that some races are innately superior [hervorgehoben durch den Autor] to others.“ Demgegenüber ist die Entwicklung von Konzepten wie „Kultureller Rassismus“ oder „Rassismus ohne Rassen“ zur Umgehung der klassischen Rassismus-Definition eindeutig ein ideologisch motivierter Versuch (die Hauptproponenten Étienne Balibar und Stuart Hall sind beides deklarierte Marxisten), sogenannte „neu-rechte“ oder „kulturalistische“ Denkansätze zu diskreditieren.

**19** Siehe das Programm von 1985 und die Rede von Friedrich Peter im Nationalrat am 28. Juni 1967 (Stenographisches Protokoll, 62. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XI. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 28. Juni 1967).

Nach Klärung dieser wichtigen Aspekte soll nun abschließend versucht werden, auf Basis der im ersten Abschnitt aus den Programmen herausdestillierten Kernpunkte der freiheitlichen Ideologie zu skizzieren, was das eigentliche politische Wesen der FPÖ ist, wobei sich auch hier die Analyse in erster Linie gewissermaßen phänomenologisch auf die Selbstbeschreibung der FPÖ anstatt auf abstrakte Definitionen von „liberal“ oder „antiliberal“ konzentrieren wird. In anderen Worten: Was bedeutet es, „freiheitlich“ zu sein?

Zunächst einmal ist „freiheitlich“ nichts anderes als die deutsche Übersetzung für den Begriff „liberal“. Dieser Begriff reduziert sich im heutigen Sprachgebrauch auf zwei Bedeutungen, nämlich „wirtschaftsliberal“ (also auf das freie Spiel der Kräfte in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu vertrauen) oder im Sinne von offen, tolerant, aber, wenn man so will, auch beliebig, ohne Überzeugung, alles relativierend. Ursprünglich jedoch war der „Liberalismus“ der politische Arm der Aufklärung, d.h. die Idealvorstellung, menschliches Zusammenleben und politisches Gebaren im Geiste der Vernunft und nach im Naturrecht wurzelnden Prinzipien – vor allem die dem Menschsein an sich innewohnenden Grundrechte – zu gestalten. Daraus ergaben sich folgende allgemeine Ziele und konkrete Standardforderungen:

- Die Benutzung des Verstands für das Erfassen von Problemen und die Erarbeitung einer Lösung derselben;
- Die Überwindung von Willkür und Bevormundung durch absolutistisch regierende Fürsten und Kirche;
- Eine Verfassung (d.h. in der Regel eine konstitutionelle Monarchie mit beschränktem und nach Steuerleistung gewichtetem Wahlrecht) mit einem Grundrechtekatalog (wie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, die Freiheit von Forschung und Lehre sowie das Recht, Parteien zu bilden).
- Die Trennung von Staat und Kirche;
- Einen Rechtsstaat mit einer unabhängigen Justiz;
- Eine freie Wirtschaft, d.h. die Überwindung historischer Beschränkungen (wie Zinsverbot, Grundherrschaft, Gilden, Zünfte, Kammern etc.) sowie die Reduzierung von staatlichen

Eingriffen auf die Sicherstellung der Rahmenbedingungen für eine freie Wirtschaftsentfaltung;

- Analog zur Freiheit des Einzelnen auch die Freiheit der Völker, was zur Forderung des Nationalstaates führte.

Das sind die kernliberalen Werte, die im politischen Spektrum ursprünglich „links“, d.h. in Gegnerschaft zu den herrschenden Autoritäten – also der „alten Rechten“ in Form von Aristokratie, Großgrundbesitz und Kirche – verortet waren.

Die radikalen Liberalen wandten sich zunehmend den Gedanken von Republik und allgemeinem Wahlrecht zu und – im Sinne des radikalen Gleichheitsgedankens – auch gegen die Privatwirtschaft. Dieser linke Flügel ging schließlich in der „neuen Linken“ in Form des Sozialismus auf. Die gemäßigeren Liberalen auf dem rechten Flügel wiederum nahmen zunehmend konservative Werte von der Rechten auf, wie Familie und eine weniger scharfe Haltung gegenüber der Kirche, wobei betont werden muss, dass Antiklerikalismus nicht unbedingt gegen Religion an sich gerichtet ist. Umgekehrt nahmen Teile der sich nun ebenfalls herausbildenden „neuen Rechten“ alte liberale Grundwerte wie den Nationalstaat und den Wirtschaftsliberalismus auf. In Österreich entwickelten sich die neue Linke und die neue Rechte zu den Massenparteien der Sozialdemokraten und Christlichsozialen, während die sehr heterogenen Strömungen des klassischen Liberalismus unter Sammelbezeichnungen wie „Deutschfreiheitliche“, „Deutschnationale“ oder „Altliberale“ ins politische Zentrum rutschten und die „alte Rechte“ von Adel und Großgrundbesitz aufgrund der kontinuierlichen Ausweitung des Wahlrechtes zunehmend marginalisiert wurde.

Am reinsten und über das Ende des Kaiserreiches hinaus wurde das liberale Erbe somit von jenen Nationalliberalen in der Mitte des politischen Spektrums bewahrt, wobei die Tatsache, dass der Stellenwert des nationalen Gedankens oftmals über jenem des liberalen stand, der besonderen Situation innerhalb der österreichisch-ungarischen Vielvölkermonarchie geschuldet war. Wenn es also politische Vorläufer der FPÖ gab, so waren es – wie Wilfried Gredler in einer Nationalratsdebatte am 13. März 1957 ausgeführt hatte – am ehesten die Deutschfreiheitlichen der Monarchie bzw. die

Großdeutschen der Ersten Republik.<sup>20</sup> Dies wird auch noch in den Programmen der FPÖ nach 1945 greifbar.

Am deutlichsten wird dies in der freiheitlichen Ablehnung jeder Form von Kollektivismus. Während Sozialdemokraten gerne in Klassen und Christlichsoziale in Berufsständen dachten, betonten die freiheitlichen Programme die Freiheit und persönliche Entwicklung des Einzelnen. Eng damit verknüpft war auch die Ablehnung des schwarz-roten Parteienproporz, der nicht nur als Beschneidung des demokratischen Prozesses, sondern auch als wirtschaftliche Abhängigkeitsmachung – und damit als Beschneidung der Meinungsfreiheit – empfunden wurde.

Der Bereich, wo in freiheitlicher Tradition die Rechte des Einzelnen zugunsten eines Kollektivs eingeschränkt wurden, ist gegenüber der Nation oder „Volksgemeinschaft“, wobei letzterer Begriff die soziale Komponente betonte. Dies ergab sich aus der Bedeutung des nationalen Gedankens, denn Nationalismus und Liberalismus waren historisch zwei Seiten derselben Medaille. Eine „nationale“ Gesinnung bedeutete in Österreich immer deutsch-national, d.h. die Überzeugung, dass die Österreicher nach Abstammung, Kultur und Sprache ein Teil des deutschen Volkes seien, der jedoch in seinem eigenen Staat lebt. Die Freiheitlichen betrachteten dies niemals als Widerspruch, sondern als gegenseitige Ergänzung, weshalb alle Programme seit 1945 die Eigenstaatlichkeit und den österreichischen Patriotismus betonten. Freilich, als man 1938 vor die direkte Wahl zwischen „Anschluss“ und Eigenstaatlichkeit gestellt wurde, überwog noch der großdeutsche Gedanke, aber diese Haltung war – aus einer breiten Palette von Gründen – nicht auf das deutschfreiheitliche Lager beschränkt gewesen und oftmals auch bitter enttäuscht worden.

Dass die freiheitliche nationale Haltung grundsätzlich nicht aggressiv oder überheblich ist und das Recht auf nationale Freiheit auch jedem ande-

ren Volk – im Sinne der Übertragung des universalen Menschenrechts von der Freiheit des Einzelnen auf nationale Gemeinschaften – zugestanden wird, äußerte sich darin, dass sich die FPÖ bereits sehr früh offen für die Teilnahme Österreichs am europäischen Integrationsprozess durch den Beitritt zu den jeweiligen Vorläuferorganisationen der Europäischen Union aussprach.

Umgekehrt war radikaler Nationalismus vom Schläge eines Georg von Schönerer – der gleichbedeutend mit rassischem Antisemitismus und der völligen Ablehnung des Habsburgerreiches war – auch im deutschfreiheitlichen Lager ein Randphänomen, das wegen Schönerers Popularität in der waffenstudentischen Bewegung eine größere Rolle in derselben spielte, als die bescheidenen Wahlerfolge der Schönerianer im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung vermuten lassen würden. Gleichzeitig waren es gerade die Burschenschaften, durch welche sich auch Verbindungen zwischen dem nationalen Lager und der Sozialdemokratie ergaben – Schönerer war gemeinsam mit Viktor Adler und Engelbert Pernerstorfer einer der Haupturheber des Linzer Programmes von 1882, welches stark von der Idee, Nationalismus und Sozialismus zu verbinden, getragen war.<sup>21</sup> Und nachdem die Hochburg der Schönerianer Deutschböhmen gewesen war, ist es kein Zufall, dass die ersten politischen Bewegungen, die sich „nationalsozialistisch“ nannten, aus den national gesinnten Gewerkschaften in Deutschböhmen hervorgegangen waren.<sup>22</sup> So war die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), die sich seit 1918 Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) nannte, 1903 in Aussig gegründet worden. Die erste Partei, die sich so nannte, war mit der 1897 gegründeten Česká Strana Národně Sociální (ČSNS) überhaupt eine tschechische. Hier sind die Bezugspunkte angelegt, die sich dann in den 1930er Jahren wieder Bahn brechen sollten.

Eine sich aus der Bedeutung des nationalen Standpunktes ergebende wichtige Grundhaltung

der FPÖ ist die seit den 1980er Jahren vertretene kritische Einstellung gegenüber unkontrollierter Massenzuwanderung, welche in den Programmen von 1997/2005 und 2011 prominent zum Ausdruck kam und auch auch in mehreren Leitartikeln näher ausgeführt wurde.

Auch diese Haltung hat nichts mit engstirnigem Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit oder gar Rassismus zu tun, sondern wird mit dem rasanten Anstieg des moslemischen Bevölkerungsanteils begründet, welcher zur Bildung von Parallelgesellschaften und der Islamisierung von Teilen der Gesellschaft führe, wodurch sich das Zusammenleben vor allem in Gemeindebauten und öffentlichen Schulen erschwere. Integration müsse daher immer die bedingungslose Anerkennung der gemeinsamen Regeln, die auf den „abendländischen Grundwerte“ beruhen, beinhalten, und daher fühle sich die FPÖ auch der Bekämpfung des politischen und teilweise gewaltbereiten Islam verpflichtet.<sup>23</sup> Diese Grundeinstellung läßt sich in dem auf das Volksbegehren von 1992 zurückgehenden Leitsatz „Österreich zuerst“, der auch in den Programmen von 1997/2005 und 2011 betont wird, zusammenfassen.

Zudem wird damit auch eine europäische Dimension vertreten, da sich die „abendländischen Grundwerte“ aus der christlichen Prägung Europas herleiten ließen, wie in den Programmen von 1997/2005 und 2011 sowie in einem Leitartikel von 2009 – welcher mit der Parole „Abendland in Christenhand“ auch eine angriffigere Kurzversion beinhaltet – dargelegt wurde: „Die FPÖ bekennt sich vorbehaltlos zu den abendländischen Traditionen sowie der christlichen Prägung Europas, die auch im 21. Jahrhundert ihre Dominanz behalten muss.“<sup>24</sup>

Der freiheitliche Begriff von „Europa“ ist daher – in der Tradition des Parteiprogrammes von 1985, welches die Gleichsetzung Europas mit Westeuropa kritisierte – nicht auf die Institution der EU reduziert, sondern bezieht sich auf eine größere geistig-kulturelle Wertegemeinschaft, deren eigentliche Träger, und dies entspricht wiederum dem freiheitlichen Nationsgedanken, die

historisch gewachsenen europäischen Völker sind, deren Eigenart bewahrt bleiben müsse.

Aufgrund der zunehmend undemokratischen Strukturen und Entscheidungsprozesse sowie der immer stärker vorangetriebenen Zentralisierung der EU, welche langfristig den Staatenbund in eine „multikulturelle Einheitsgesellschaft“ oder „europäische Republik“ umzuwandeln drohe, empfahl die FPÖ – entgegen ihrer traditionellen europafreundlichen Haltung und früherer Beitrittsempfehlungen, wobei berücksichtigt werden muss, dass der Maastricht-Vertrag von 1992 eine deutliche Vertiefung der Integration bewirkt hatte – auf dem außerordentlichen Bundesparteitag vom 8. April 1994 ihren Parlamentsabgeordneten, in den bevorstehenden Abstimmungen über den Beitrittsvertrag zur EU sowie die entsprechenden Verfassungsänderungen mit „Nein“ zu stimmen.

Nachdem 1995 der Beitritt Österreichs zur EU erfolgt war, bekräftigte die FPÖ ihre kritische Haltung zur Vertiefung der Integration innerhalb der EU in einem Leitartikel an den 29. Ordentlichen Bundesparteitag vom 16. Mai 2009 in Linz, welcher sich für einen „Föderalen Staatenverbund“ anstelle des Brüsseler Zentralismus aussprach und ein „Europa der Vaterländer statt EU-Diktatur“ einmahnte, in welchem „nationales Recht vor Europarecht“ gehe und die Identität der „historisch gewachsenen, autochthonen Ethnien“ Europas bewahrt bleibe.

#### 4 Schlussbetrachtungen

Rechnet man alle Elemente zusammen, so kommt man zu dem Schluss, dass „freiheitlich“ am besten mit „nationalliberal“ gleichzusetzen ist, und zwar im ursprünglichen Sinne als direkter Erbe der gemäßigten liberalen Bewegung, wobei einmal mehr und einmal weniger Anleihen von links und rechts genommen wurden, ohne dass eine von beiden Richtungen ausreichend gewesen wäre, vom nationalliberalen Kurs grundlegend und dauerhaft abzuweichen.

<sup>20</sup> Stenographisches Protokoll, 27. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, VIII. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 13. März 1957.

<sup>21</sup> Karl Marx war Mitglied des Corps Palatia Bonn und Ferdinand Lassalle der Breslauer Burschenschaft der Raczecks. Siehe dazu auch William J. McGrath, *Dionysian Art and Populist Politics in Austria* (New Haven 1974).

<sup>22</sup> Zur Geschichte der deutschfreiheitlichen Parteien und Schönerer siehe Lothar Höbelt, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918 (Wien 1992). Zu den Ursprüngen des Nationalsozialismus siehe Michael Wladika, *Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k.u.k.-Monarchie* (Wien 2005).

<sup>23</sup> Leitartikel zum 25. Ordentlichen Bundesparteitag am 1. Mai 2000 in Klagenfurt; Leitartikel „Hin zu den Menschen – Zurück zu den Werten“ an den 27. Ordentlichen Bundesparteitag am 23. April 2005 in Salzburg; Leitartikel 1 an den 28. Ordentlichen Bundesparteitag am 2. Juni 2007 in Innsbruck; und Leitartikel an den 29. Ordentlichen Bundesparteitag am 16. Mai 2009 in Linz.

<sup>24</sup> Leitartikel an den den 29. Ordentlichen Bundesparteitag am 16. Mai 2009 in Linz.

Sicher spielte bei der FPÖ die soziale Komponente eine stärkere Rolle als beim klassischen Liberalismus. Dafür wurden aber auch wertkonservative Elemente, wie die Bewahrung der traditionellen Familie oder ein eher althergebrachter Kunstgeschmack, aufgenommen, und derzeit verteidigt die FPÖ mit dem christlichen Erbe zusammenhängende Werte, wie die Ehe zwischen Frau und Mann, sicher stärker als die ÖVP. Summa summarum bestätigt sich somit die oben geäußerte Ansicht, dass die wichtigsten programmatischen Positionen der FPÖ eine ideologische Mittelposition ergeben.

Dass die FPÖ dennoch gerne pauschal und eindeutig als „rechts“ bis „rechtsextrem“ bezeichnet wird, liegt hauptsächlich daran, dass ihr Programm auf einen angeblich radikalen Natio-

nalismus reduziert wird, der mit der extremen politischen Rechte – wobei oftmals gar nicht mehr zwischen „rechts“, „rechtsradikal“ und „rechtsextrem“ unterschieden wird – assoziiert wird. Freilich wäre es auch von freiheitlicher Seite aus nicht ganz korrekt, einfach darauf zu beharren, dass der Nationalismus ursprünglich, ebenso wie der Liberalismus, von links kam. Selbst wenn man nur für sich und aus tiefster Überzeugung an dieser Sicht des Nationalismus festhielte, als würden wir immer noch das Jahr 1848 schreiben, so hätte sich doch das politische Spektrum darum herum verschoben. Aber die Darstellung der FPÖ als einer übertrieben nationalistischen und daher rechtsradikalen oder -extremistischen Partei ist in jedem Fall eine grobe und unzulässige Vereinfachung.



---

---

**Nationsbegriff und FPÖ**  
von  
Anton Karl Mally

Seit der Französischen Revolution von 1789 spielen das Wort „Nation“ und dessen Ableitungen („national“, „Nationalität“, „Nationalbewusstsein“, „Nationalgefühl“, „Nationalismus“ u. s. w.) eine starke Rolle im politischen und gesellschaftlichen Leben. Sowohl bereits bestehende oder erst angestrebte staatliche als auch ethnische, sprachliche und kulturelle Gemeinschaften werden als „Nationen“ bezeichnet. Was für eine Begriffsverwirrung dabei entstehen kann, zeigt das folgende Beispiel: Im Jahre 1848 erklärte Alexander Julius Schindler, der damalige Wortführer der Liberalen in Oberösterreich, als er zum Abgeordneten dieses Landes in der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main gewählt werden wollte: „Ich kenne keine österreichische Nation; meine Nationalität ist die deutsche ...“ Als Abgeordneter im Österreichischen Reichsrat in Wien verwendet er später einen ganz anderen Nationsbegriff. Im Jahre 1864, als Österreich mit Preußen gegen Dänemark verbündet war, kritisierte er die österreichische Außenpolitik. Diese sei nicht wenig daran schuld, „wenn in Österreich nicht jenes national-österreichische Bewußtsein vorhanden ist, das stark genug ist, uns über alle Widerwärtigkeiten zu erheben.“<sup>1</sup>

Seit 1945 ist der in früheren Zeiten nur gelegentlich, aber seit 1933 öfter verwendete Begriff „österreichische Nation“ ein fester Bestandteil des politisch-ideologischen Wortschatzes.<sup>2</sup> Es gibt vier verschiedene, wenn auch nicht immer deutlich auseinandergehaltene Definitionen dieses Begriffes. Die einen bezeichnen damit die Republik Österreich insgesamt, also die „Nation Österreich“ als Mitglied der „Vereinten Nationen“, einer weltweiten Organisation von Staaten (nicht von Völkern!), die anderen nur deren Bürgerschaft, das Staatsvolk, das zusammen mit dem rot-weiß-rot umgrenzten Staatsgebiet und der durch die Bun-

deshauptstadt Wien symbolisierten Staatsgewalt den Staat bildet. Den dritten genügen diese rein staatsrechtlichen Auffassungen nicht; sie sehen in der „österreichischen Nation“ einen gleichsam zur Kollektivpersönlichkeit gewordenen Staatsbürgerverband, nämlich die ihren souveränen und ungeteilten Staat behandelnde Gemeinschaft der Österreicher, also eine Willens- oder Konsensualnation.

Die vierten verstehen unter der „österreichischen Nation“ aber einen in jeder Hinsicht völlig einzigartigen Menschenschlag, eine vom Deutschtum abgetrennte Volkstums- und Kulturnation. Dabei ist unklar, ob damit ausschließlich die deutschsprachige Bevölkerungsmehrheit Österreichs oder das gesamte österreichische Staatsvolk einschließlich der nichtdeutschen Volksgruppen (Kärntner Slowenen, Kroaten und Ungarn im Burgenland und andere) oder alle Deutschsprachigen in und aus den Nachfolgestaaten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (also einschließlich der Südtiroler und anderer altösterreichischer deutscher Volksgruppen) gemeint sind.

Dagegen gibt es noch immer Österreicher, die sich der „deutschen Nation“ als einer überstaatlichen Volks- und Kulturgemeinschaft zugehörig fühlen.<sup>3</sup> Sie wenden sich entschieden gegen die Idee einer eigenen „österreichischen Nation“ und werden daher von den Verfechtern dieses Begriffes als „antiösterreichisch“ gescholten. Aber auch manche von denjenigen ihrer Landsleute, die sich zwar nicht der „deutschen Nation“, aber immerhin dem deutschen Sprach- und Kulturraum zugehörig fühlen, stehen dem Begriff „österreichische Nation“ zumindest im Sinne der 4. Definition mit Vorbehalt gegenüber. Nicht nur „betont (deutsch-)nationale“ Österreicher vermeiden daher auch die amtliche Bezeichnung des 26. Oktobers als „Nationalfeiertag“

<sup>1</sup> Anton Karl Mally: Der Begriff „österreichische Nation“ seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. In: Der Donauraum. Zeitschrift für Donauraum-Forschung, Jg. 17 (1972), 1./2. H., S. 48-66, hier 57 f. u. 66 (Fußn. 94 f. u. 106); Sekundärquelle zu Fußn. 106 wie S. 65, Fußn. 73. – Als Schriftsteller verwendete Alexander Julius Schindler das Pseudonym Julius von der Traun.

<sup>2</sup> Ebenda, insbesondere S. 48-50 u. 61 f. (Fußn. 1-6). – Vgl. auch: Walter Klier: Es ist ein gutes Land. Österreich in den neunziger Jahren. In memoriam Karl Hirschbold. Wien 1995; Ernst Bruckmüller: Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse (= Studien zur Politik und Verwaltung. Bd. 4). 2. Aufl. Wien/Köln/Graz: Böhlau 1996; Haider, Markus Erwin: Im Streit um die österreichische Nation. Nationale Leitwörter in Österreich 1866–1938. Wien/Köln/Weimar: Böhlau 1998; Gerald Stieg: Sein oder Schein. Die Österreich-Idee von Maria Theresia bis zum Anschluss. Wien/Köln/Weimar: Böhlau 2016.

<sup>3</sup> Vgl. z. B.: Österreich und die deutsche Nation. Hrsg. v. Andreas Mölzer. Graz: Aula-Verl. 1985.

und verwenden dafür den zwar zu allgemeinen – auch auf den 1. Mai zutreffenden –, aber sachlich wirkenden Ausdruck „Staatsfeiertag“. Eine Kompromisslösung wäre die Unterscheidung zwischen der „österreichischen Staatsnation“ und der „deutschen Kulturnation“.

Aus sprachwissenschaftlicher Sicht ist das aus dem Lateinischen ins Deutsche entlehnte Wort „Nation“, das ursprünglich so viel wie „Geburt“ oder „das Geborenwerden“ bedeutete, also mit Abstammung und Herkunft zusammenhängt, kein Anlass für mehr oder weniger erhitzte Auseinandersetzungen. Man sollte es nicht wie das biblische Goldene Kalb oder eine „heilige Kuh“ in Indien verehren. Aus verschiedenen Wörterbüchern des Deutschen (der Schriftsprache, der Umgangssprache und der Mundarten) geht hervor, dass „Nation“ nicht nur eine staatliche oder ethnische Gemeinschaft bezeichnet, sondern ganz allgemein eine Gruppe von Menschen mit gleichen oder ähnlichen Eigenschaften und überhaupt eine Gattung. Ein schönes Beispiel dafür findet sich in Goethes Drama „Clavigo“. Hier sagt Marie Beaumarchais zu ihrer Schwester Sophie Guilbert: „Wir Mädchen sind doch eine wunderliche Nation.“<sup>4</sup> In einem Lexikon der deutschen Umgangssprache heißt es kurz und bündig: „Nation [feminin] Gruppe Menschen (abfällig); Gesindel ...“<sup>5</sup>

In den deutschen Mundarten ist mit „Nation“ auch oder sogar vorwiegend so viel wie „Gesindel“, „Lumpenpack“, „Bagasche“, „Bande“ u. s. w. gemeint. Diese pejorative Wortbedeutung findet sich unter anderem in der vom „Institut für Österreichische Dialekt- und Namenlexika (DINAMLEX)“ erstellten „Datenbank der bairischen Mundarten in Österreich“<sup>6</sup> und im „Vorarlbergischen Wörterbuch“. In diesem gedruckten Nachschlagewerk heißt es ausdrücklich: „In der schriftsprachlichen Bedeutung ist das Wort nicht volkstümlich.“<sup>7</sup> Daher

sollte man denjenigen Österreichern, die ihre bairische oder ihre alemannische Mundart sprechen, lieber nicht verkünden, dass die Österreicher eine „Nation“ seien. Sie könnten diese Bezeichnung als Beleidigung empfinden.

Übrigens wird mitunter nicht nur eine große oder kleine Menschengruppe, sondern auch eine Einzelperson als „Nation“ bezeichnet. In der „Datenbank der bairischen Mundarten in Österreich“ steht zum Stichwort „Naziön“ als letzte Bedeutungsangabe: „Schimpfwort für schlimmes Kind“. Diese pejorative Wortbedeutung kann der Verfasser aus eigener Erfahrung bestätigen: Wenn er (Jahrgang 1940) als Kind zu übermütig war, schalt ihn seine im niederösterreichischen Waldviertel beheimatete Großmutter mütterlicherseits mit dem folgenden Satz: „Du bist do a Naziön!“

Es ist durchaus möglich, ein guter Österreicher zu sein, der seine staatsbürgerlichen Pflichten als Angehöriger des österreichischen Staatsvolkes erfüllt, ohne ein Bekenntnis zur „österreichischen Nation“ abzulegen. Und man kann als Österreicher ein guter Deutscher sein, der dem deutschen Sprach- und Kulturvolk verbunden ist, ohne die „deutsche Nation“ im Mund zu führen. Das gilt mutatis mutandis auch für die Angehörigen der nichtdeutschen Volksgruppen in Österreich (die Kärntner Slowenen, die Burgenlandkroaten und andere). Der Verzicht auf die mehr oder weniger pathetische Verwendung des Wortes „Nation“ fällt zumindest jenen Landsleuten leicht, denen dessen Mehrdeutigkeit bewusst ist.

In der Geschichte der FPÖ spielte der Nationsbegriff immer wieder eine mehr oder wenige wichtige Rolle.

Im „Inlandsreport“ des ORF vom 18. August 1988 bezeichnete Jörg Haider, der damalige Obmann dieser Partei, die „österreichische Nation“ als „ideologische Missgeburt“<sup>8</sup>. Wie aus dem betref-

fenden „Sommergespräch“ eindeutig hervorgeht, meinte er damit weder die Republik Österreich noch das österreichische Staatsvolk und auch nicht die österreichische Willens- oder Konsensualnation, sondern die angebliche nichtdeutsche österreichische Volkstums- und Kulturnation, also die „österreichische Nation“ im Sinne der „österreichischnationalen“ Los-vom-Deutschtum-Bewegung. Er betonte, dass die Volkszugehörigkeit und die Staatszugehörigkeit „unterschiedliche Sachen“ seien. Wenn man es jemandem freistelle, sich als slowenischer oder als ungarischer oder als kroatischer Österreicher zu bekennen, müsse es auch möglich sein, sich als deutscher Österreicher zu bekennen. Man habe nach 1945 versucht, „diese österreichische Nation zu schaffen“, um sich von der jahrhundertelangen Vergangenheit Österreichs im Rahmen der deutschen Geschichte zu distanzieren. Noch im selben Jahr 1988 bezeichnete Haider die „österreichische Nation“ als „Fehlkonstruktion“, schwächte also die allzu herabsetzende Bezeichnung „Missgeburt“ deutlich ab.

Im österreichischen Bundespräsidentenwahlkampf von 2016 warf man dem freiheitlichen Kandidaten Norbert Hofer vor, dass in einer Festschrift der pennalen Burschenschaft „Marko-Germania“ zu Pinkafeld, deren Ehrenmitglied er ist, die „österreichische Nation“ als „Fiktion“ bezeichnet wird. Aber dieser Ausdruck ist harmlos im Vergleich zu anderen Einstufungen.

Der Sozialist Friedrich Adler, der im Unterschied zu seinem Vater Victor Adler, einem Begründer der SPÖ, kein Burschenschafter war, schrieb 1946 an die SPÖ: „Wenn die ebenso reaktionäre wie widerliche Utopie einer österreichischen Nation Wahrheit würde und ich gezwungen wäre, zwischen ihr und der deutschen zu wählen, würde ich mich für jene entscheiden, in der Goethes ‚Faust‘, Freiligraths revolutionäre Gedichte und die Schriften von Marx, Engels und Lassalle nicht zur ausländischen Literatur gehören.“ (rote tafel. Die Zeitschrift der sozialistische Mittelschüler, Wien, Jg. 13 = 1967, Nr. 1, S. 14.) Offenbar verstand Friedrich Adler un-

ter der „deutschen Nation“ die überstaatliche deutsche Sprach- und Kulturgemeinschaft.

Im Februar 1948 erklärte der ÖVP-Abgeordnete Franz Gschnitzer bei einer großen Kundgebung des Österreichischen Wirtschaftsbundes: „So falsch und verurteilungswürdig es war, die österreichische eigene Staatlichkeit anzutasten, so sinnwidrig wäre es, die Zugehörigkeit Österreichs zur deutschen Nation in Frage zu stellen; im Zeitpunkte des tiefsten deutschen Unglücks ist dies noch besonders schändlich.“ (Salzburger Nachrichten, 2. März 1948, S. 2.) Da sich Gschnitzer immer wieder für die deutschen Südtiroler einsetzte, kann man annehmen, dass es ihm bei seinem Festhalten an der „deutschen Nation“ auch um diese Volksgruppe bzw. nationale Minderheit in Italien ging.

Im Gegensatz zu diesen harten Urteilen erklärte der FPÖ-Politiker Norbert Hofer am 10. April 2016 in der „ORF-Pressestunde“ ausdrücklich: „Für mich ist Österreich von meinem Gefühl her eine Nation.“ Er betonte, es gebe einen deutschen Sprach- und Kulturraum, aber sein Vaterland sei Österreich.<sup>9</sup> Das ist ja der springende Punkt: Nicht „Los vom Deutschtum!“, sondern „Bereit für Österreich!“ wäre eine sinnvolle überparteiliche Losung am „Nationalfeiertag“ und an allen übrigen Tagen des Jahres.

Das aktuelle Parteiprogramm der FPÖ<sup>10</sup> wurde von deren Bundesparteitag am 18. Juni 2011 in Graz beschlossen. Darin heißt es unter anderem: „Wir bekennen uns zu unserem Heimatland Österreich als Teil der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft, zu unseren heimischen Volksgruppen sowie zu einem Europa der freien Völker und Vaterländer. ... Wir sind dem Schutz unserer Heimat Österreich, unserer nationalen Identität und Eigenständigkeit sowie unserer natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet. ... Sprache, Geschichte und Kultur Österreichs sind deutsch. Die überwiegende Mehrheit der Österreicher ist Teil der deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft. Unsere autochthonen Volksgruppen der

4 Jacob u. Wilhelm Grimm: Deutsches Wörterbuch. Nachdr. Bd. 13 = Bd. 7 (N – Quurren). Bearb. v. Matthias v. Lexer. Fotomechan. Nachdr. d. Erstaug. 1889. München: Dt. Taschenbuchverl. 1984, Sp. 425. – Hier sind auch andere Belege für die unterschiedliche Verwendung des Wortes „Nation“ zitiert.

5 Heinz Küpper: Illustriertes Lexikon der deutschen Umgangssprache. Bd. 6 (Nase – Saras). Stuttgart: Klett 1984, S. 2015.

6 Stichwort Naziön [„Nation“] in: Datenbank der bairischen Mundarten in Österreich (DBÖ), Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Bearbeitungsstand: 7/2016).

7 Vorarlbergisches Wörterbuch mit Einschluß des Fürstentums Liechtenstein, hrsg. v. d. Österreichischen Akademie der Wissenschaften, bearb. v. Leo Jutz, Bd. 2 (K-Z), Wien: Adolf Holzhausens Nachf. 1965, Sp. 524.

8 Viele Treffer in der Internet-Suchmaschine „Google“, z.B. Herbert Herzmann: Nationale Identität. Mythos und Wirklich-

keit am Beispiel Österreich. Hamburg 2014, Kap. 2.2

9 Der Bericht der „Austria Presse-Agentur (APA)“ über diese Pressestunde wurde von in- und ausländischen Zeitungen übernommen und findet sich auch in der bereits genannten Internet-Suchmaschine „Google“.

10 Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 18. Juni 2011 in Graz (im Internet unter <https://www.fpoe.at/test/parteiprogramm/> abrufbar), hier: Österreich zuerst; Leitsätze freiheitlicher Politik, 2) Heimat, Identität und Umwelt.

Burgenlandkroaten, Slowenen, Ungarn, Tschechen, Slowaken und Roma sind als historisch ansässige Minderheiten eine Bereicherung und integrierter Bestandteil Österreichs und unseres Staatsvolkes.“ Weder von der „deutschen Nation“ noch von der „österreichischen Nation“, wohl aber von „unserer nationalen Identität und Eigenständigkeit“ ist hier die Rede. Diese Formulierung lässt sich sowohl auf die ethnische (deutsche) als auch auf die staatliche (österreichische) Zugehörigkeit beziehen.

---

# **Die Wehrpolitik der FPÖ**

von  
**Erwin A. Schmidl**

**Inhalt**

1	<b>Vorbemerkung</b>	355
2	<b>Die ersten Jahrzehnte</b>	355
3	<b>Die siebziger Jahre</b>	358
4	<b>Die erste Regierungsperiode – die Minister Frischenschlager und Krünes</b>	360
5	<b>In der Opposition – für und gegen Europa</b>	363
6	<b>Die zweite Regierungsperiode – Minister Scheibner</b>	365
7	<b>Die Phase 2003 bis 2017 – der Streit um die allgemeine Wehrpflicht</b>	367
8	<b>Die dritte Regierungsperiode – Minister Kunasek</b>	369
9	<b>Fazit</b>	374

**1 Vorbemerkung**

Zur Wehrpolitik der FPÖ bis 1986 liegt in der 1987 fertiggestellten und 1988 publizierten Dissertation von Franz Kernic eine ausgezeichnete Darstellung vor.<sup>1</sup> Für die Zeit danach fehlt eine derart umfassende Bearbeitung bisher. Angesichts der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit kann es sich bei den folgenden Ausführungen daher nur um einen kurzen Überblick handeln. Ergänzend konnte der Autor mit einigen der handelnden Personen sprechen, denen er zu großem Dank verpflichtet ist.<sup>2</sup> Eine tiefergehende wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Thema war hier angesichts der knappen zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich und steht noch aus.

Selbstverständlich gibt der folgende Text ausschließlich die Meinung des Verfassers als Wissenschaftler wieder und stellt keineswegs eine offizielle oder offiziöse Meinung des Verteidigungsministeriums oder der Landesverteidigungsakademie dar.

**2 Die ersten Jahrzehnte**

In den Programmen des 1949 gegründeten „Verbands der Unabhängigen“ (VdU) finden sich kaum wehrpolitische Aussagen, was sicherlich mit

der Situation im besetzten Österreich zusammenhängt, dem ja seit 1945 jede militärische Betätigung verboten war.<sup>3</sup> Die VdU-Programme von 1949 und 1954 („Ausseer Programm“) enthalten daher keine Aussagen zu Fragen der Wehrpolitik.<sup>4</sup>

Hinsichtlich des 1955 entstehenden Bundesheeres forderte der VdU, dass der zuständige Verteidigungsminister „parteiungebunden“ und ein „Fachmann“ sein sollte. Außerdem sollte Österreich erst nach Erlangung der vollen Wehrhoheit (also nach Beseitigung der einschränkenden Klauseln des Staatsvertrages) mit der Aufstellung eines Bundesheeres beginnen.<sup>5</sup> Ein Milizheer der allgemeinen Wehrpflicht allein wäre den Anforderungen eines modernen Krieges nicht gewachsen, weshalb man für eine hochprofessionelle, lange und gut ausgebildete Truppe eintrat.<sup>6</sup>

Im Oktober 1955 einigten sich Vertreter des VdU und der „Freiheitspartei“ auf die Gründung der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ); der formelle Gründungsparteitag fand am 7. April 1956 in Wien statt. Im ersten FPÖ-(Kurz-)Programm von 1955 – offiziell auf dem Gründungsparteitag abgesegnet – findet sich zur Wehrpolitik nur der kurze Hinweis: „Wir verwerfen den Krieg als Mittel der Politik. Im Geiste der Freiheit bekennen wir uns zum Abendlande und wollen daher den europäischen Bund freier und gleichberech-

- <sup>1</sup> Franz Kernic, Zwischen Worten und Taten: Die Wehrpolitik der Freiheitlichen 1949–1986 (= Militärgeschichtliche Dissertationen österreichischer Universitäten 8, Wien: Österreichischer Bundesverlag, 1988). Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Univ.-Doz. Dr. Franz Kernic (geb. 1958) ist Berufsoffizier im österreichischen Bundesheer; von ihm stammen zahlreiche Publikationen zu militärwissenschaftlichen Themen. Er wirkte lange an der Landesverteidigungsakademie in Wien und war ab 2008 Professor an der Verteidigungsuniversität in Schweden sowie an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich. Vgl. zu seiner Biographie und seinen Arbeiten: <https://www.vtg.admin.ch/de/organisation/kdo-ausb/hka/milak/mehr-zur-milak/militaerwissenschaftliche-forschung-und-lehre/dozenten-fuehrung-und-kommunikation/mitarbeiter/kernic-franz.html>).
- <sup>2</sup> Es waren dies die ehemaligen FP-Verteidigungsminister Dr. Friedhelm Frischenschlager, Dr. Helmut Krünes, Herbert Scheibner und Mario Kunasek sowie der vormalige Generalsekretär im BMLV, Oberst dhmfD Dr. Wolfgang Baumann, der aktuelle FP-Wehrsprecher Dr. Reinhard Eugen Bösch und Prof. Walter Seledec. Einige weitere Termine, um die ich mich bemüht hatte, kamen leider bisher nicht zustande. Für die Unterstützung meiner Arbeit danke ich insbesondere Frau Mag. Petra Janaczek vom Freiheitlichen Bildungsinstitut.
- <sup>3</sup> Vgl. dazu Kernic, Zwischen Worten und Taten, 35-40.
- <sup>4</sup> Ebd., 82f. Vgl. dazu auch generell Erich Reiter, Programm und Programmentwicklung der FPÖ (= Österreichische Schriftenreihe für Rechts- und Politikwissenschaft 5, Wien: Braumüller, 1982), 3f, 241-254. Zum VdU vgl. Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft: Die Geschichte des VdU (Graz – Stuttgart: Leopold Stocker, 1999).
- <sup>5</sup> Kernic, Zwischen Worten und Taten, 51, 120-125. Der Beschluss der VdU-Bundesverbandsleitung vom 23. Juni 1955 ist ebd., 334-336 abgedruckt.
- <sup>6</sup> Ebd., 125-129.

tigter Staaten und Nationen.<sup>47</sup> Der 2. ordentliche Bundesparteitag in Klagenfurt beschloss im Juni 1957 die „Vierzehn Punkte“ als Programm. Dort hieß es zur Wehrpolitik: „Wir verwerfen den Angriffskrieg als Mittel der Politik, bekennen uns aber zu dem Recht der Völker und Staaten, ihre Freiheit auch mit den Waffen zu verteidigen.“<sup>48</sup>

Die im September 1958 beschlossenen „Richtlinien freiheitlicher Politik“, die in gewisser Weise als Interpretation der „Vierzehn Punkte“ zu verstehen waren, ergänzten dieses Programm. Darin heißt es u.a., dass „die österreichische Neutralitätserklärung [...] allein [...] noch keine Gewähr für die Sicherung unserer Heimat und unserer Freiheit“ bietet, weshalb die Vorsorge für die Verteidigung notwendig wäre. Die „Richtlinien“ hielten es für „verfehlt, eine solche Verteidigung [angesichts der Entwicklung der neuesten Waffen] von vornherein als aussichtslos abzutun“: „Es ist daher erforderlich, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zur Verteidigung bereit zu sein. Es ist unsere Überzeugung, daß diese Verteidigung nur durch ein gut ausgerüstetes und vorzüglich ausgebildetes Heer erfolgen kann und daß andererseits entsprechende Anlagen zum Schutz der Zivilbevölkerung errichtet werden müssen.“<sup>49</sup>

Damit verbunden war der Hinweis auf die Notwendigkeit, „den seit 1945 durch die schmachvolle Behandlung der Soldaten des Zweiten Weltkrieges so gefährlich erschütterten Wehrgedanken neu zu festigen“, weil dieser „ausschlaggebend für den Lebens- und Behauptungswillen eines Volkes“ ist.<sup>10</sup>

In der Praxis nahm in diesen Jahren der Aufbau des Bundesheeres auf der Grundlage der all-

gemeinen Wehrpflicht Gestalt an. Im Spätherbst 1956 demonstrierte der Einsatz von Alarmformationen an der ungarischen Grenze während der Ungarnkrise eindrucksvoll, dass das entstehende Bundesheer trotz mangelhafter Ausrüstung in der Lage war, seinen Auftrag zu erfüllen.<sup>11</sup> Allerdings zeigte sich deutlich, dass die Regierungsparteien nicht damit rechneten, dass dieses Bundesheer je für andere Aufgaben als die Grenzüberwachung im Krisenfall oder Assistenzeinsätze im Inneren herangezogen würde. Während die militärische Führung den Auftrag der Verteidigung ernst nahm, empfand die politische Führung – mit wenigen rühmlichen Ausnahmen – die Existenz der Armee meist als notwendiges Übel (als Begleiterscheinung der Neutralität gewissermaßen, die wiederum als Preis für den Staatsvertrag galt) und billigte ihr allenfalls „symbolische“ Bedeutung zu. Im Landesverteidigungsrat vom 25. Februar 1958 sah Bundeskanzler Julius Raab (29.11.1891 – 8.1.1964) im Bundesheer in erster Linie einen „Erziehungsfaktor für die Jugend“ und nannte als „Hauptaufgabe des Bundesheeres [...], bei inneren Unruhen der Nachbarn die über die Grenze flüchtenden Massen aufzunehmen. Unter Berufung auf das Beispiel des 1. Bundesheeres gab er seiner Ansicht Ausdruck, dass das Bundesheer nie einen Krieg führen werde.“ Der sozialistische Abgeordnete Otto Probst (29.12.1911 – 22.12.1978) sekundierte, dass „eine symbolische Verteidigung den österreichischen Verhältnissen am besten entspreche“. Und Handelsminister Dr. Fritz Bock (26.2.1911 – 12.12.1993) sorgte sich vor allem, „dass durch die in Aussicht stehende Erhöhung der Panzerzahlen der Straßenzustand stark in Mitleidenschaft gezogen werden könnte“.<sup>12</sup> Die Fol-

gen zeigten sich in den Verteidigungshaushalten der folgenden Jahrzehnte – letztlich bis heute. „Über einen bestimmten, viel zu niedrigen Level wollte man aber nicht hinausgehen [...], das haben die Budgets ab 1960 gezeigt“, wie es General i.R. Dr. Peter Corrieri (geb. 4.4.1938) zusammenfassend 2019 formulierte.<sup>13</sup>

1958 übernahm Friedrich Peter (13.7.1921 – 25.9.2005), der den Weltkrieg als SS-Obersturmführer (Oberleutnant) erlebt hatte, für zwei Jahrzehnte die Führung der FPÖ. Persönlich hatte er zumindest bis 1972 Präferenzen für ein (gut ausgebildetes und ausgerüstetes) Berufsheer, doch enthielten die Programme der FPÖ weiter keine konkreteren Aussagen zur Landesverteidigung. Dies galt auch für das „Salzburger Bekenntnis“, das die FPÖ im Juni 1964 als Ergänzung des Grundsatzprogramms formulierte.<sup>14</sup>

In den frühen 1960er Jahren entspann sich eine heftige Kontroverse um die erstmalige Entsendung eines österreichischen Sanitätskontingents zur UN-Operation im (vormals belgischen) Kongo (heute Demokratische Republik Kongo). Dies war eine Initiative des damaligen Außenministers Dr. Bruno Kreisky (22.1.1911 – 29.7.1990) zur Unterstützung der österreichischen Position in der Südtirol-Frage.<sup>15</sup> Die FPÖ kritisierte diesen Einsatz heftig, zumal eine entsprechende gesetzliche Regelung fehlte (diese erfolgte erst 1965 durch das „Entsendegesetz“).<sup>16</sup> Auch in späteren Jahren gab es innerhalb der FPÖ immer wieder Ansätze, die Beteiligung an internationalen Einsätzen zu reduzieren und sich auf die Aufgaben der Landesverteidigung zu konzentrieren, während andere Vertreter der FPÖ die wichtige Rolle der Auslandseinsätze als Element der österreichischen Sicherheitspolitik erkannten.

Während die offiziellen Parteiprogramme der FPÖ weiter wenig konkrete Aussagen zur

Wehrpolitik enthielten, erarbeitete der 1964 eingesetzte „Wehrpolitische Ausschuss“ der FPÖ ein Wehr- und Reformkonzept, den „Kindl-Plan“. Wilhelm Kindl (10.10.1917 – 5.11.1998) war zwischen 1959 und 1966 Wehrsprecher der FPÖ; er war Facharbeiter und Betriebsrat bei Semperit und hatte den Zweiten Weltkrieg als Leutnant der Reserve erlebt. Sein Plan war allerdings, obwohl von einer FPÖ-Arbeitsgruppe ausgearbeitet, kein offizielles Reformkonzept der FPÖ. Ausgangspunkt war – ähnlich wie später beim Konzept der „Raumverteidigung“ – die Ausnützung des Geländes im Zuge einer „territorialen Verteidigung“. Selbst ein modernst ausgerüsteter Gegner müsste „mit einem großen Zeitbedarf rechnen, um ein auf diese Weise verteidigtes Land niederzukämpfen“, wie es der Journalist Franz Schimek-Zent (geb. 1927) in der *Neuen Front* formulierte.<sup>17</sup> Dies war letztlich eine konsequente Weiterentwicklung jenes Weges, der im Bundesheer mit der Aufstellung der Grenzschutzeinheiten begonnen worden war.<sup>18</sup> Die Mannschaften sollten aus Reservisten bestehen, die nach einer Grundausbildung von nur sechs (statt damals neun) Monaten nach Schweizer Vorbild regelmäßige Waffenübungen absolvieren sollten. Zu diesen territorialen Verbänden sollten rasch verfügbare, professionelle Einsatzverbände (drei Panzer- und eine Gebirgsbrigade) kommen, die aus länger dienenden Freiwilligen bestehen sollten. Dazu kamen Forderungen nach einem eigenen Dienstrecht für Offiziere und Unteroffiziere, nach der Möglichkeit, dass bewährte Unteroffiziere zu Offizieren ernannt werden könnten, sowie nach geänderten Tauglichkeitskriterien.<sup>19</sup>

Zeitlich fiel der Kindl-Plan mit ähnlichen Reformideen zusammen. So legte der langjährige SPÖ-Staatssekretär (und spätere Verteidigungs-

**7** Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), beschlossen vom 2. ordentlichen Bundesparteitag 1957 in Klagenfurt; Kernic, Zwischen Worten und Taten, 84. Dieses und die weiteren Parteiprogramme sind auf der Homepage des Freiheitlichen Bildungsinstituts verfügbar (<https://www.fbi-politikschule.at/ueber-die-fpoe/parteiprogramme-und-erklarungen/>). In diesem Zusammenhang danke ich Mag. Petra Janaczek vom FBI für ihre Unterstützung.

**8** Kernic, Zwischen Worten und Taten, 84f; Reiter, Programm und Programmentwicklung der FPÖ, 255f.

**9** Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich (wie Anm. 7); im Volltext auch bei Kernic, Zwischen Worten und Taten, 85f; vgl. Reiter, Programm und Programmentwicklung der FPÖ, 40.

**10** Richtlinien, Punkt 14; vgl. Kernic, Zwischen Worten und Taten, 86.

**11** Vgl. dazu Erwin A. Schmidl, Die Ungarnkrise 1956 und Österreich (Wien – Köln – Weimar: Böhlau, 2003); Manfred Rauchensteiner, Spätherbst 1956: Die Neutralität auf dem Prüfstand (Wien: Bundesverlag, 1981).

**12** Gedächtnisniederschrift über die LVR-Sitzung am 25.2.1958, BMLV Sektion IV, Handakte 1958, zitiert nach: [Manfred Rauchensteiner (ed.)], Das Bundesheer der Zweiten Republik: Eine Dokumentation (= Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien 9, Wien: Bundesverlag, 1980), 41f (Dok. 26).

**13** Peter Corrieri, Die Pläne des Staatssekretärs Otto Rösch: Wehrdienstzeit-Verkürzungs-Ideen 1956–1971 (= Schriften zur Geschichte des Österreichischen Bundesheeres 23, Wien: Generalstab des BMLV, 2019), 11.

**14** Kernic, Zwischen Worten und Taten, 87f.

**15** Vgl. dazu ausführlich Erwin A. Schmidl, Blaue Helme, Rotes Kreuz: Das österreichische UN-Sanitätskontingent im Kongo, 1960 bis 1963 (= Peacekeeping-Studien 1, 2., überarb. Aufl. Innsbruck – Wien – Bozen: StudienVerlag, 2010).

**16** Kernic, Zwischen Worten und Taten, 133-135.

**17** Zitiert nach ebd., 145. Vgl. auch das ebd., 337-339 publizierte Papier.

**18** Mario Strigl, Wacht an der Grenze: Die Grenzschutztruppe des Österreichischen Bundesheeres (Schriften zur Geschichte des Österreichischen Bundesheeres 12, Wien: Gra&Wis, 2008).

**19** Kernic, Zwischen Worten und Taten, 56f, 141-151; 337-339; Corrieri, Die Pläne des Staatssekretärs Otto Rösch, 98-107.

nister) Otto Rösch (24.3.1917 – 3.11.1995) eigene Pläne zur Verkürzung der Präsenzdienstzeit vor. All dies waren Indizien für die zunehmenden Kontroversen um das österreichische Bundesheer, dem es an Budget und Personal, letztlich aber auch an einem glaubwürdigen Konzept zur Landesverteidigung fehlte. Die Krise des Bundesheeres in den 1960er Jahren fand schließlich einen Ausdruck im Wahlslogan der SPÖ „Sechs Monate [Grundwehrdienst] sind genug!“ und im folgenden SPÖ-Wahlsieg von 1970. Der SPÖ-Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Hans Thirring (23.3.1888 – 22.3.1976) hatte sogar die vollständige Abrüstung Österreichs gefordert.<sup>20</sup> Die FPÖ lehnte den Thirring-Plan als „lebensgefährliche Utopie“ ab.

Zu den heftigsten – und rhetorisch brillantesten – Kritikern der in den 1960er Jahren von der ÖVP dominierten österreichischen Wehrpolitik gehörte der Rechtsanwalt Dr. Gustav Zeillinger (1.2.1917 – 16.8.1997), der 1966 bis 1977 als FPÖ-Wehrsprecher fungierte. Zeillinger hatte 1936/37 als Einjährig-Freiwilliger im Ersten Bundesheer gedient und war im Weltkrieg zuletzt Oberleutnant gewesen. Zu den wichtigsten Forderungen der FPÖ gehörte eine bessere Ausstattung der Luftverteidigung.<sup>21</sup>

Das im Oktober 1968 in Bad Ischl beschlossene neue Parteiprogramm der FPÖ enthielt ein Bekenntnis zur Landesverteidigung, blieb inhaltlich aber wenig konkret. Die Frage der Motivation war erneut mit dem Hinweis auf die Anerkennung der militärischen Leistungen der Kriegsteilnehmer verknüpft: „Aufgabe der Landesverteidigung ist der Schutz Österreichs und seiner Freiheit. Sie setzt Wehrwillen

voraus. Dieser erfordert Achtung vor soldatischer Pflichterfüllung, Beseitigung jeder Diskriminierung der Kriegsteilnehmer und ausreichende Versorgung der Kriegsoffer. Für einen umfassenden Schutz der Zivilbevölkerung ist vorzuzorgen.“<sup>22</sup>

1970 modifizierte man diesen Punkt des „Ischler Programms“ durch zwei Änderungen: Zum einen wurde aus der bloßen „Landesverteidigung“ die „umfassende Landesverteidigung“. Dies bezog sich auf das 1961/62 von der Regierung beschlossene Konzept der „Umfassenden Landesverteidigung“ (ULV) und unterstrich, dass die Landesverteidigung über militärische Belange hinausgeht – die ULV umfasst neben der militärischen auch die geistige, wirtschaftliche und zivile Landesverteidigung sowie die bereichsübergreifenden Aspekte des Verkehrs- und Nachrichtenwesens.<sup>23</sup> Als zweite Ergänzung kam 1970 „der Schutz [...] [der] Neutralität“ Österreichs zu den Aufgaben der Landesverteidigung hinzu.<sup>24</sup>

### 3 Die siebziger Jahre

Im Vorfeld der Nationalratswahl 1970 entstanden das Reformkonzept „Ordnung 70“ und das Wahlprogramm „Formel 70“. Mit dem „Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik“ (im September 1973 von der Bundesparteileitung und nachträglich 1976 vom Bundesparteitag gebilligt) legte die FPÖ erstmals ein ausführliches Programm vor. Abgesehen von einem Verweis auf die staatsbürgerliche Pflicht zur Verteidigung im Falle der

Bedrohung waren darin aber die Themen Außenpolitik, Landesverteidigung und Wehrpolitik überhaupt „nicht behandelt“: „Sie betreffen die Wahrung und Sicherung der Lebensinteressen des Staates nach außen“ und „würden [daher] den Rahmen des Manifestes sprengen“.<sup>25</sup> Das „Manifest“ enthielt die entsprechenden Punkte lediglich durch das als Anhang beigefügte Parteiprogramm. Auch im Attersee-Kreis, der 1971 als eine Art liberaler Denkwerkstatt entstand, spielte Verteidigungspolitik keine wesentliche Rolle.<sup>26</sup>

1970/71, zur Zeit der de facto von ihr unterstützten ersten SPÖ-Alleinregierung Bruno Kreisky, gewann die FPÖ größeren innenpolitischen Spielraum. FPÖ-Vertreter, vor allem Wehrsprecher Zeillinger, wirkten in der Bundesheer-Reformkommission, in den Verhandlungen zur Wehrgesetznovelle 1971 und bei der Erstellung des Landesverteidigungsplans mit, auch wenn keineswegs alle freiheitlichen Forderungen Berücksichtigung fanden.<sup>27</sup> In der Folge entstand im Rahmen der Heeresgliederung 1972 einerseits die Bereitschaftstruppe als schnell verfügbare Truppe von 15.000 Mann (im Wesentlichen bestehend aus der 1. Panzergrenadier-Division und weiteren spezialisierten Jäger-Bataillonen sowie den Luftstreitkräften – eine geplante 2. Division kam nie zur Aufstellung). Andererseits sollte die Landwehr auf Basis eines Milizheeres ein Potential von bis zu 300.000 Mann im Falle einer Mobilmachung bereitstellen. Dieses Vorhaben war aber, wie sich in den 1980er Jahren zeigte, zu ambitioniert, zumal die nötigen Budgetmittel fehlten und die Zahl

der Freiwilligen für Kaderfunktionen in der Miliz hinter den Erwartungen zurückblieb.<sup>28</sup> Zeillinger und auch Schimek-Zent traten für den weiteren Ausbau der Landwehr ein, während die Führung des Verteidigungsressorts das Schwergewicht auf die Bereitschaftstruppe richtete.

Die Verankerung der Umfassenden Landesverteidigung als Artikel 9a in der Bundesverfassung 1975 rechnete sich die FPÖ – wohl zu Recht – als Verdienst ihrer konstruktiven Mitarbeit der 1970er Jahre an. Dabei ging es auch um das Ziel, die Landesverteidigung aus dem tagespolitischen Streit herauszuhalten.<sup>29</sup>

Besonders aktiv in der Wehrpolitik waren die verschiedenen Vorfeldorganisationen der FPÖ wie der Ring freiheitlicher Jugend (RFJ), der Ring freiheitlicher Studenten (RFS) sowie der Freiheitliche Akademikerverband. Zahlreiche jüngere Offiziere des Bundesheeres (keineswegs nur aus der FPÖ) brachten ihre Vorstellungen ein; auch die „Arbeitsgemeinschaft freiheitlicher Heeresangehöriger“ (AFH) spielte eine zunehmende Rolle.<sup>30</sup> Es kam aber nicht zur Finalisierung eines eigenen Wehrkonzepts der FPÖ. Einerseits zeigte Wehrsprecher Zeillinger wenig Interesse an derartigen konzeptiven Arbeiten, und zum anderen brachte sich vor allem sein Nachfolger Dipl.-Vw. Helmuth Josseck (15.6.1921 – 2.5.2007), der den Weltkrieg als Oberleutnant beendet hatte, direkt in die Arbeit am Landesverteidigungsplan ein: „Es war dadurch nicht notwendig, irgendwelche neue Gedanken zu bringen.“<sup>31</sup> Das Wahlprogramm 1979 („Frei sein statt abhängig“) enthielt

**20** Kernic, Zwischen Worten und Taten, 141f. Detailliert Corrieri, Die Pläne des Staatssekretärs Otto Rösch, 39-64 und 108f.

**21** Schon um 1960 war die Beschaffung von schwedischen Abfangjägern des Typs Saab J-35 „Draken“ erwogen worden. 1967 beschloss der Landesverteidigungsrat den Ankauf von 20 Saab 105 Düsentrainern bzw. Erdkampfflugzeugen (als Ersatz für die Saab J-29 „Fliegende Tonne“ sowie der Düsentrainer Fouga „Magister“) und „zu einem späteren Zeitpunkt“ von mindestens zwölf „Draken“. Tatsächlich erhöhte man 1968 die Zahl der Saab 105 auf 40, womit sich der Ankauf der Abfangjäger um rund zwei Jahrzehnte verschob.

**22** Ischler Parteiprogramm ([https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user\\_upload/www.fpoebildungsinstitut.at/dokumente/Ischler\\_Parteiprogramm\\_1968\\_Web.pdf](https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoebildungsinstitut.at/dokumente/Ischler_Parteiprogramm_1968_Web.pdf); eingesehen 14.6.2019). Zur Genese des „Ischler Programms“ Reiter, Programm und Programmentwicklung der FPÖ, 41.

**23** Erstmals scheint dieser Begriff in der Regierungserklärung der Regierung Julius Raab vom 17. Juni 1959 auf. Dies entspricht ähnlichen Konzepten, wie sie damals in Schweden, der Schweiz und Finnland – etwa als „totale Verteidigung“ – entstanden. Vgl. dazu Olav Riste, Total Defence – The Genesis of a Concept, in: Per Iko / Lars Ericson / Gunnar Åselius (eds.), Der Totale Krieg – Die totale Verteidigung 1789–2000 (Acta des XXVI. Internationalen Militärgeschichtlichen Kongresses (Stockholm: Schwedische Kommission für Militärgeschichte, 2001), 136-144; Adrien Tschumy, La défense totale, les efforts d'un petit état neutre, 1950–1990, in: ebd., 145-158.

**24** Kernic, Zwischen Worten und Taten, 89f.

**25** Freiheitliches Manifest zur Gesellschaftspolitik (Wien: Freiheitliche Partei Österreichs, Dezember 1973), 65. Vgl. Kernic, Zwischen Worten und Taten, 91f; Reiter, Programm und Programmentwicklung der FPÖ, 44, 69.

**26** Erich Reiter, Der Atterseekreis innerhalb der Freiheitlichen Partei, in: Andrea Khol / Alfred Stirnemann (eds.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 1982 (München – Wien: Oldenbourg – Verlag für Geschichte und Politik, 1983), 103-124, hier 106. Für ergänzende Hinweise danke ich Dr. Friedhelm Frischenschlager.

**27** Kernic, Zwischen Worten und Taten, 57f, 152-167, 206-231.

**28** Es ist hier nicht der Platz, detailliert die Entwicklung des Bundesheeres der Zweiten Republik zu schildern. Vgl. dazu etwa Wolfgang Etschmann / Hubert Speckner (eds.), Zum Schutz der Republik Österreich... 50 Jahre Bundesheer – 50 Jahre Sicherheit: gestern – heute – morgen... Beiträge zur Geschichte des Österreichischen Bundesheeres (Wien: BMLV/Gra&Wis, 2005); auch Erwin A. Schmidl, Österreichs Sicherheitspolitik und das Bundesheer 1918 bis 2008: ein Überblick, in: Stefan Karner / Lorenz Mikoletzky (eds.), Österreich: 90 Jahre Republik (Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Innsbruck – Wien – Bozen: StudienVerlag, 2008), 481-495.

**29** Kernic, Zwischen Worten und Taten, 95, 246f.

**30** Ebd., bes. 59-68, 94f und 252-261. Vgl. auch die von Kernic publizierten Konzepte des RFJ vom Juni 1975 (ebd., 342-356) und des Freiheitlichen Akademikerverbandes vom September 1975 (ebd., 357-378).

**31** Kernic, Zwischen Worten und Taten, 58f, 271 (Zitat Anm. 95).



konkrete Forderungen „zur Hebung der Wehrebereitschaft“, der „Verstärkung des Verständnisses für die umfassende Landesverteidigung mit Schwerpunkt auf der geistigen Landesverteidigung“, „für eine umfassende Bevorratung“ und gegen eine „Erleichterung und Ausweitung des Zivildienstes“. <sup>32</sup> Wichtig war auch die publizistische Umsetzung freiheitlicher Ideen durch den schon erwähnten ORF-Redakteur Schimek-Zent, der vor allem bis 1977 aktiv war, und später durch Brigadier (Miliz) Prof. Walter Seledec (geb. 1945), die beide auch über freiheitliche Organe (wie die *Neue Front* oder die *Neue Freie Zeitung*) hinaus im Sinne der Landesverteidigung wirkten – im Falle Seledec’ bis heute. <sup>33</sup>

Nach der kurzen Periode Dr. Alexander Götz’ (27.2.1928 – 18.1.2018, Parteiobmann von 1978 bis 1980) traten mit dem neuen Parteiobmann Dr. Norbert Steger (geb. 6.3.1944, Obmann 1980 bis 1986) Fragen der Landesverteidigung eher in den Hintergrund. Josseck selbst ortete eine begrenzte Unterstützung der wehrpolitischen Anliegen in seiner Partei: „Ich muß allerdings auch sagen, die Freiheitlichen haben zwar immer gesagt, die Landesverteidigung ist uns ein Herzensanliegen, aber mit großer Begeisterung und mit großem Ernst hat sich die Partei damals nicht dahintergestellt. [...] Immer wenn ich wehrpolitische Forderungen erhob, wie etwa Raketen oder Flugzeuge, wurde ich von meinen Klubkollegen aufgefordert, damit aufzuhören, denn damit kann man politisch bei der Jugend nichts gewinnen. [...] Ich muß also ehrlich sagen, daß die eigene Partei eher ein Hindernis darstellte.“ <sup>34</sup>

Für die Nationalratswahl 1983 legte die FPÖ – unter dem Titel „geschützte Heimat“ – einen umfangreichen, von Helmuth Josseck zusammen mit Oberst des Generalstabdienstes Hans Helmut Moser (geb. 3.9.1948) ausgearbeiteten wehrpolitischen Text als Teil der Wahlplattform vor: „Die militärische Landesverteidigung [ist] neben der Außenpolitik ein wesentlicher Bestandteil der österreichischen Sicherheitspolitik. [...] Das neu-

trale Österreich darf kein militärisches Vakuum bilden.“ Die konkreten Forderungen reichten von der geistigen Landesverteidigung über Verbesserungen im baulichen Bereich bis hin zum Ankauf von Flugzeugen zur Luftraumüberwachung sowie von Abwehrlenk Waffen. <sup>35</sup> Wenig später sah sich die FPÖ mit der Herausforderung konfrontiert, ihre Vorstellungen aus der Position des Verteidigungsministers umzusetzen.

#### 4 Die erste Regierungsperiode – die Minister Frischenschlager und Krünes

Mit dem Eintritt in die rot–blaue Koalitionsregierung unter dem bisherigen Unterrichtsminister Dr. Fred Sinowatz (5.2.1929 – 11.8.2008) gelangte die FPÖ erstmals an die Regierung. Das Arbeitsübereinkommen vom 11. Mai 1983 enthielt das Bekenntnis zur umfassenden Landesverteidigung und zum weiteren Ausbau des Milizsystems. Die „Rahmenbedingungen für die Präsenzdiener“ sollten „verbessert“ und der „Mangel an Kaderpersonal [...] durch finanzielle und organisatorische Maßnahmen beseitigt werden“. Dazu kamen die Fortsetzung des Engagements in internationalen Einsätzen der Vereinten Nationen und die weiterhin „restriktive Vorgangsweise bei Waffenexporten“. <sup>36</sup>

Zur Überraschung vieler Beobachter nominierte die FPÖ nicht den allgemein als Fachmann anerkannten langjährigen Wehrsprecher Josseck als neuen Verteidigungsminister, sondern den jungen Juristen Dr. Friedhelm Frischenschlager (geb. 6.10.1943). Dieser – Universitätsassistent in Salzburg, einer der Gründer des Attersee-Kreises und „liberales Aushängeschild“ der FPÖ – hatte eigentlich auf einen Posten als Minister oder Staatssekretär im Wissenschaftsministerium gehofft, doch wollte die SPÖ dieses Ressort nicht aus der Hand geben. Für den ihm zuerst angebotenen Posten des Justizministers aber fühlte er sich

fachlich zu wenig qualifiziert. <sup>37</sup> Frischenschlager war von April 1983 bis Mai 1986 Verteidigungsminister.

Damals 39 Jahre alt, sah er seine Ministerschaft auch als Ansage an die junge Generation. Frischenschlager hatte zwar seinen Wehrdienst abgeleistet, sich aber im Rahmen des Attersee-Kreises und der FPÖ bis dahin vor allem mit Fragen der Außenpolitik und Wissenschaft beschäftigt. Für ihn stand daher ein starker sicherheitspolitischer Ansatz im Vordergrund, der über reine „Bundesheer-Politik“ hinausgehen sollte. Man müsse „Sinnhaftigkeit vermitteln, den Menschen sagen, wozu das Ganze!“ Daher war ihm eine über rein militärische Belange hinausgehende Sicherheitspolitik ein wesentliches Anliegen. Darin unterstützte ihn sein Kabinettschef (und späterer Leiter der Präsidial- und Rechtssektion), DDr. Erich Reiter (13.7.1944 – 10.6.2015). So lud Frischenschlager schon im September 1984 seine Amtskollegen aus Finnland, Schweden und der Schweiz „zu einem freundschaftlichen internationalen Treffen“ nach Salzburg unter dem Titel: „Sicherheitspolitik mit militärischen Mitteln: Konzepte und Perspektiven der neutralen Staaten Europas“. Dabei zeigten sich die vielen Parallelen. Eine Folge war ein Symposium zu friedenserhaltenden Operationen im September 1985: „Sicherheit und Kriegsverhinderung sind heute mehr denn je neben der Verteidigungsfähigkeit eine Frage der Verbeugung, der Prophylaxe.“ <sup>38</sup> Dementsprechend sah Frischenschlager in den internationalen Einsätzen des Bundesheeres „eine wichtige Funktion für den Frieden und die Konfliktunterdrückung“. <sup>39</sup> Auch für die Wahl des parteifreien Generals Hannes Philipp (geb. 27.3.1930) als Armeekommandant gab seine internationale Erfahrung den Ausschlag.

Als Ziele seiner Amtszeit sah Frischenschlager, einerseits mit der Sicherheitspolitik die Öffentlichkeit zu erreichen, und andererseits das Bundesheer aus der historischen Belastung hinauszuführen. Dazu trugen auch Aktionen wie die – im Ressort noch unter Minister Rösch konzipierten – Angelobungen in Mauthausen und im Karl-Marx-Hof 1983 bzw. 1984 bei, mit denen klar gezeigt werden sollte, wofür das Bundesheer NICHT da ist! Frischenschlager förderte auch Partnerschaften, um die Akzeptanz des Bundesheeres zu erhöhen. Dazu diente auch die 1985 erfolgte Veröffentlichung des seit 1975 ausgearbeiteten und 1983 offiziell im Ministerrat angenommenen Landesverteidigungsplans. Im militärischen Bereich war ihm der Ausbau der Landwehr ein Anliegen, wobei beim Ausbau der personalrechtlichen Neuerungen die Schaffung des „Zeitsoldaten“ gelang. <sup>40</sup> Hinsichtlich des Budgets erreichte Frischenschlager eine Steigerung auf etwas über 1,1 Prozent des BNP.

Im Bereich der Ausrüstung sah Frischenschlager zwei große Aufgaben, nämlich die Klärung der seit den 1960er Jahren ungelösten Luftraumüberwachung sowie die Raketenfrage. Nach längeren Diskussionen – wobei es auch um die Typenfrage ging – einigten sich am 26. März 1985 alle Parteien im Landesverteidigungsrat auf den Ankauf von 24 (gebrauchten) Saab J-35 „Draken“ Abfangjägern; die Unterzeichnung des Kaufvertrags erfolgte am 21. Mai 1985. <sup>41</sup> War diese Entscheidung über den Ankauf von Abfangjägern zweifellos ein Erfolg seiner Amtszeit, so war man hinsichtlich des Ankaufs von Lenk Waffen zur Panzer- bzw. Fliegerabwehr zwar „mit Hilfe einer wissenschaftlichen Argumentation gut unterwegs“, doch erfolgte die Umsetzung erst nach 1991.

Nach der umstrittenen Begrüßung des in Italien als Kriegsverbrecher verurteilten und im Jänner

<sup>32</sup> Ebd., 96f.

<sup>33</sup> Ebd., 69-71.

<sup>34</sup> Ebd., 274, Anm. 104.

<sup>35</sup> Detailliert aufgelistet bei Kernic, *Zwischen Worten und Taten*, 99f, 277.

<sup>36</sup> Ebd., 101f.

<sup>37</sup> Ebd., 52f, 288-298. Für ergänzende Informationen danke ich Dr. Friedhelm Frischenschlager. Josseck fühlte sich übergangen und war entsprechend enttäuscht; er folgte schließlich Zeillinger als Volksanwalt.

<sup>38</sup> Friedhelm Frischenschlager, Einleitungsreferat, in: Erich Reiter (ed.), *Die friedenserhaltenden Operationen im Rahmen der Vereinten Nationen: Der Beitrag der neutralen Staaten Europas – Symposium*, 9. – 10. September 1985, Salzburg (= Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Instituts für politische Grundlagenforschung, Heft 5, Wien: Gesellschaft zur Förderung der politischen Grundlagenforschung, 1985), 9-12, hier 9.

<sup>39</sup> Ebd., 11.

<sup>40</sup> Für seine ausführlichen Mitteilungen danke ich Dr. Frischenschlager; vgl. auch Kernic, *Zwischen Worten und Taten*, 296.

<sup>41</sup> Ebd., 303-309; Roland Schaffer, *Die historische Entwicklung der Fliegerkräfte in der Steiermark unter besonderer Berücksichtigung der Abfangjägerdiskussion* (Diplomarbeit Universität Graz, 2000), 70-79. für ergänzende Hinweise danke ich Dr. Frischenschlager.

1985 freigelassenen ehemaligen Sturmbannführers (= Majors) der Waffen-SS Walter Reder (4.2.1915 – 26.4.1991) war Frischenschlager als Minister politisch schwer angeschlagen und trat schließlich im Mai 1986 zurück.<sup>42</sup> In seiner Abschlusskonferenz nannte er neben dem Ankauf der Abfangjäger und weiteren Geräts den Ausbau der Landwehr (Erreichung der „Zwischenstufe“), die Verbesserung der personellen Lage und die Errichtung neuer sowie die Sanierung älterer Kasernen als die wichtigsten Erfolge seiner Ministerschaft.<sup>43</sup> Nach 1986 hatte er als Vorsitzender im Landesverteidigungsausschuss erneut mit den „Draken“ zu tun, mit dem sich ein eigener Sonderausschuss beschäftigte.

Frischenschlager zeichnete überdies – neben seiner Ministerfunktion – zusammen mit Dr. Gerulf Stix (geb. 28.1.1935) für das neue Parteiprogramm der FPÖ „Österreich politisch erneuern“ verantwortlich, das ein Sonderparteitag im Juni 1985 annahm und das als „solider Kompromiß zwischen liberalen und nationalen Vorstellungen“ galt.<sup>44</sup> Das 9. Kapitel („Staat und Recht“) forderte eine „umfassende Sicherheitspolitik“; diese „bedingt auch ein Bekenntnis zur umfassenden Landesverteidigung, die im militärischen Aufgabenbereich durch ein Milizheer wahrzunehmen ist“.<sup>45</sup> „Die Sicherheit unseres Staates beruht auf drei Säulen: der aktiven Außenpolitik, der inneren Stabilität und der Umfassenden Landesverteidigung“: „Wir Freiheitlichen warnen vor dem Mißverständnis, daß Neutralität sich gewissermaßen von selbst erhalte, getragen bloß vom Wohlwollen der Nichtneutralen.“<sup>46</sup> Ausdrücklich bejahte dieses Programm den ja ebenfalls 1985 veröffentlichten Landesverteidigungsplan: „Die erfolgreiche Durchführung der durch Bundesverfassung und Landesverteidigungsplan umfassend

konzipierten Landesverteidigung, deren tragende Säulen Milizsystem und Raumverteidigung sind, bedarf der Zustimmung und der Mitwirkung aller wesentlichen gesellschaftlichen Kräfte.“<sup>47</sup> Die folgenden beiden Absätze sind der „Umfassenden Landesverteidigung“ gewidmet: „Wir Freiheitlichen lehnen gerade unter dem Eindruck der spannungsvollen internationalen Beziehungen einen Abbau der Verteidigungsbereitschaft ab.“ Den vier Teilbereichen der Umfassenden Landesverteidigung (der Geistigen, Militärischen, Wirtschaftlichen und Zivilen Landesverteidigung) waren eigene Abschnitte gewidmet. Im militärischen Bereich sah das Programm vor, „ein für diese Aufgabe ausreichendes Verteidigungspotential aufzubauen. Dem Ausbau der Landwehrorganisation ist aus wehrpolitischen und wehrpsychologischen Gründen der Vorrang einzuräumen.“<sup>48</sup> Daher forderte das Programm die ausreichende Bewaffnung, insbesondere der Landwehr, und die Ausstattung des Bundesheeres mit zeitgemäßen „Lenkwaffen kürzerer Reichweite“ zur Panzer- und Luftabwehr.<sup>49</sup> Dazu kam die Forderung nach Maßnahmen auf dem Gebiet des Zivilschutzes.

Angesichts des freiheitlichen Ministers spielte der FPÖ-Wehrsprecher ab 1983 eine eher untergeordnete Rolle. Dies war ab 1983 der Rechtsanwalt und Reserveoffizier im österreichischen Bundesheer Dr. Norbert Gugerbauer (geb. 11.2.1950); er war bis 1986 Obmann des Landesverteidigungsausschusses.<sup>50</sup>

Nach Frischenschlagers Abtritt (er folgte Friedrich Peter als FPÖ-Klubobmann) übernahm im Mai 1986 der gelernte Chemiker Dr. Helmut Krünes (geb. 30.3.1941), der wie Frischenschlager aus dem Attersee-Kreis stammte, das Amt des Verteidigungsministers. Er selbst sah sich als

„Verlegenheitslösung“, da er sowohl für Vizekanzler Steger wie für den nachdrängenden Kärntner Landesparteiobmann Dr. Jörg Haider (26.1.1950 – 11.10.2008) und auch für den kommenden Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky (geb. 4.10.1937) akzeptabel und damit ein „günstiger Kandidat in einer schwierigen Koalitionsphase“ war. Krünes kam aus der Industrie, war zuletzt Mitglied des Vorstandes der Firma „Wienerberger“ gewesen und sah sich selbst in erster Linie als Manager.<sup>51</sup> Als „Industriemensch“ suchte er den direkten Kontakt zu den Spitzenbeamten, ohne einen riesigen Apparat (wie er oft besteht) zwischen dem Minister und dem Ressort. Er sah es daher auch als Signal, bei der ersten Pressekonferenz zusammen mit den Sektionsleitern aufzutreten, denen er die kompetenten inhaltlichen Antworten überließ.

Sein Schwergewicht war in diesem Sinne organisatorisch, um Mängel zu identifizieren und abzustellen. Den Übergang von einem privatwirtschaftlich geführten Unternehmen in einen bürokratischen öffentlichen Apparat erlebte er als „eine Herausforderung“, die „ein wirkliches Umdenken“ erforderte. Es war aber auch faszinierend: „Jede Kultur erzieht die dort Tätigen; die Institution prägt Verhaltensweisen.“ Dies ergab auch „hochinteressante Konflikte“. Angesichts der knappen Budgetlage wäre es, wie er meinte, wichtig, „Verbesserungsmöglichkeiten im eigenen Bereich zu suchen und nicht nur Lösungen im Mehr zu sehen!“

Da absehbar war, dass die Amtszeit nicht lange sein werde, sah sich Krünes von vornherein nicht als Gestalter der Sicherheitspolitik, sondern versuchte, das zu machen, wovon er etwas verstand. Das Ministerium erlebte er als „riesige[n] Apparat, der von Inkompetenz nur so leuchtete“ – als er sein Amt antrat, gab es im gesamten Ministerbüro nicht einen einzigen Computer und man gab oft am falschen Platz Geld aus. Krünes hätte gerne experimentiert – das Bundesheer könnte, wie er meinte, das Beispiel einer radikalen Restrukturierung und Ent-Bürokratisierung sein. Die Heeresorganisation wäre ein gutes Modell für Änderungen der Strukturen im öffentlichen Bereich, da man hier gewohnt ist, Befehle von oben zu befolgen. Es sei eine Herausforderung, das „mit

Liebe zur Organisation zu betreiben“: „Du musst Empathie ausstrahlen.“ In Summe, so resümierte Krünes, sei ihm „wenig gelungen, [er habe] aber viel Erfahrungen geschöpft“. Manches von dem, was er vorbereitet hatte, blieb unerledigt.

Allerdings blieb ihm nicht einmal, wie er erwartet hatte, ein Jahr als Minister. Nach der Wahl Dr. Kurt Waldheims (21.12.1918 – 14.6.2007) zum Bundespräsidenten am 8. Juni 1986 war Bundeskanzler Sinowatz zurückgetreten und Dr. Franz Vranitzky neuer Kanzler geworden. Dieser kündigte nach der Ablöse des bisherigen FPÖ-Parteiobmanns Steger durch Dr. Jörg Haider am 13. September 1986 die Koalition auf; nach den Neuwahlen am 23. November 1986 übernahm im Jänner 1987 eine rot-schwarze Koalition die Regierung in Österreich. Damit war die Zeit freiheitlicher Gestaltungsmöglichkeit in diesem Ressort vorerst beendet.

## 5 In der Opposition – für und gegen Europa

Allerdings blieb mit Sektionschef DDr. Erich Reiter einer der wichtigsten freiheitlichen Vordenker in einer einflussreichen Position und setzte die Bemühungen um eine zeitgemäße österreichische Sicherheitspolitik fort. 1996/97 gab er die Sektionsleitung ab, um sich ganz auf seine neue Position als „Beauftragter für strategische Studien“ zu konzentrieren, in der er nachhaltige Impulse setzen konnte. Die Zeit ab 1989/90 stand im Zeichen des (vorläufigen) Endes des Ost-West-Gegensatzes, des Falls des „Eisernen Vorhangs“ und in der Folge des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union (EU) sowie der Frage eines Beitritts zur Nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO).

Gleichzeitig änderte sich die Haltung der FPÖ zur EU bzw. zum europäischen Einigungsprojekt. Gerade die FPÖ war lange eine konsequente Befürworterin der europäischen Einigung gewesen. Schon das „Verbandsprogramm“ des VdU von 1949 enthielt als Punkt II/12 die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa auf der Grundlage der Gleichberechtigung“,<sup>52</sup> und das „Ischler Programm“ von 1968 enthielt den Wunsch nach

<sup>42</sup> Vgl. dazu ausführlich und ausgewogen Barbara Tóth, *Der Handschlag: Die Affäre Frischenschlager – Reder* (Innsbruck – Wien – Bozen: StudienVerlag, 2017), 98-111.

<sup>43</sup> Kernic, *Zwischen Worten und Taten*, 319.

<sup>44</sup> *Perspektive Freiheit: Beitrag des Dritten Lagers und der FPÖ zur Geschichte Österreichs* (Wien: Freiheitliches Bildungswerk, 2. Aufl. 1992), 39.

<sup>45</sup> *Österreich politisch erneuern* ([https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user\\_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Programm\\_der\\_FPOE\\_1985.pdf](https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Programm_der_FPOE_1985.pdf); eingesehen am 14.6.2019).

<sup>46</sup> Ebd., Absatz 124.

<sup>47</sup> Ebd., Absatz 126.

<sup>48</sup> Ebd., Absatz 132.

<sup>49</sup> Ebd., Absatz 133.

<sup>50</sup> Kernic, *Zwischen Worten und Taten*, 59.

<sup>51</sup> Ebd., 53, 319-321. Für ergänzende Informationen danke ich Dr. Helmut Krünes.

<sup>52</sup> Reiter, *Programm und Programmentwicklung der FPÖ*, 241-246, Punkt II/12.

einem „europäischen Bundesstaat“, zu dem auch der „Aufbau eines gemeinsamen Sicherheitssystems“ gehören sollte.<sup>53</sup> Im Programm von 1985 hieß es im 4. Kapitel („Europa“), „ein geeintes und starkes Europa [bleibt] das Ziel, zu dem es keine vernünftige Alternative in Freiheit gibt“. Ab 1990 aber wurde die Haltung der FPÖ zunehmend kritischer – Erich Reiter (ein vorbehaltloser Befürworter der europäischen Einigung) schrieb schon 1993 von einem „Ja, aber...“.<sup>54</sup> Jörg Haider sprach sich zwar 1991 noch „prinzipiell“ für die damals noch als Europäische Gemeinschaften (EG) firmierende europäische Einigung aus, stand aber der Bürokratie in Brüssel und den Zielen des EU-Vertrags von Maastricht, der zu einem „Super-Zentralstaat“ führe, zunehmend kritisch gegenüber.<sup>55</sup> Im Vorfeld der Volksabstimmung über Österreichs Beitritt zur 1994 intensivierten diese Ablehnung der EU, und im Parteiprogramm von 1997 hieß es (in Kapitel VI: „Schicksalsgemeinschaft Europa“) ambivalent: „Europa ist mehr als ein geographischer Begriff. Es gründet in der christlich-abendländischen Wertegemeinschaft. Die durch gemeinsame Schicksale verbundenen Völker und ihr kulturelles Erbe bilden und tragen Europa. Der Begriff Europa kann weder auf seine geographische Bedeutung noch auf eine supranationale Organisation, wie sie die Europäische Union darstellt, reduziert werden.“<sup>56</sup> Rückblickend schrieb Erich Reiter (der 2006 aus der Partei ausgetreten war) 2007 sogar von Hai-

ders „massiven Verteufelungskampagnen gegen die EU“.<sup>57</sup>

In diesem Zeitraum verschob sich die Haltung der FPÖ zur Neutralität. Diese hatte, wie Reiter 1992 schrieb, erst „allmählich [...] eine grundsätzliche Akzeptanz in der FPÖ“ gefunden und war vollständig erst 1985 ins Programm genommen worden.<sup>58</sup> Dort hieß es klar: „Die FPÖ steht auf dem Boden des Neutralitätsgesetzes, das Österreich zur militärischen Neutralität verpflichtet. Wir wollen, daß Österreich keinem Militärbündnis angehört. Daraus folgt, daß Österreich konsequent allein für seine Sicherheit sorgen muß. [...] Wir Freiheitlichen warnen vor dem Mißverständnis, daß Neutralität sich gewissermaßen von selbst erhalte, getragen bloß vom Wohlwollen der Nichtneutralen.“<sup>59</sup>

Wenige Jahre später allerdings schien die Neutralität mit dem Ende des „Ost-West-Konflikts“ überholt. In einem Beitrag zur „Sicherheitspolitischen Arbeitsgemeinschaft“ beim Europäischen Forum Alpbach erklärte Erich Reiter schon im August 1989, dass „die Neutralität kein Dogma sein soll“, sondern „Spielraum erhält und entwicklungsfähig ist“, denn: „Die Neutralität Österreichs ist kein Wert an sich.“<sup>60</sup> Folglich trat er vehement für einen NATO-Beitritt Österreichs ein und forderte 1993 eine „verantwortliche und professionelle Sicherheitspolitik anstatt parteitaktischen und populistischen Dilettierens der Tagespolitiker“.<sup>61</sup> Damit stand er in den 1990er Jahren nicht allein; Politiker aller Parteien, vom Bundespräsi-

denten Dr. Thomas Klestil (4.11.1932 – 6.7.2004) angefangen, liebäugelten im Gefolge des EU-Beitritts 1995 mit einem Beitritt zur NATO. In der FPÖ fanden diese Überlegungen Eingang in das Parteiprogramm von 1997. In Kapitel VII („Selbstbewußte Außenpolitik – gemeinsame Sicherheitspolitik“) hieß es: „Die Neutralität hat als dominierende Handlungsmaxime der österreichischen Außenpolitik ihre Funktion mit dem Zusammenbruch des Ostblockes und dem Ende des „Kalten Krieges“ verloren. Sie wurde, beginnend mit dem UNO-Beitritt 1955, schrittweise aufgegeben und letztlich durch den EU-Beitritt 1995 obsolet. Gleichermäßen ist auch der Staatsvertrag von Wien 1955 gegenstandslos. [...] Österreich hat auch die Anforderungen an einen dauernd Neutralen (eigene starke Landesverteidigung, keine Unterstützung von Konfliktparteien usw.) nie wirklich ernst genommen. Letztlich war der Beitritt zur EU, die als Ziel im Maastrichter Vertrag eine gemeinsame Sicherheitspolitik (GASP) vorsieht, mit der Neutralität absolut unvereinbar. [...] Es liegt im Interesse der Sicherheit Österreichs, den Schutz eines funktionsfähigen und umfassenden militärischen Verteidigungssystems zu erlangen. Österreich soll daher als Vollmitglied des Nordatlantischen Verteidigungspaktes (NATO) und der Westeuropäischen Union (WEU) aktiv am Aufbau eines europäischen Sicherheits- und Verteidigungssystems mitarbeiten. Zur optimalen Erfüllung der neuen Aufgaben soll das österreichische Bundesheer in eine schlagkräftige und professionelle Armee, bestehend aus einem starken Anteil an Berufssoldaten und einer Freiwilligenmiliz, umgewandelt werden.“<sup>62</sup> Neben dem Parteiprogramm von 1997 entstand ein eigenes FPÖ-Wehrkonzept, das auch die Grundlage für den entsprechenden Teil des Regierungsprogramms 2000 bilden sollte.<sup>63</sup>

Sicherheitssystem? (= edition Themen, Graz – Stuttgart: Leopold Stocker, 1994), 38-43, hier 39f. Dieser Band vereinigt die Referate der Weißensee-Gespräche unter dem Thema „Europas Sicherheitsordnung: Der Traum von Frieden und Freiheit?“ vom September 1993.

**62** Parteiprogramm von 1997 (wie Anm. 56). Eine Kurzfassung ist bei Joachim Neurieser, Zwischen Liberalismus und Nationalismus: Programmatische Transformationsprozesse in der Geschichte des dritten Lagers in Österreich nach 1945 (Diplomarbeit Universität Wien, 2008), Anhang enthalten.

**63** Für diesen Hinweis danke ich Herbert Scheibner.

**64** Auch für diese und die folgenden Angaben danke ich Herbert Scheibner sowie seinem damaligen Mitarbeiter Oberst dHmfD Dr. Wolfgang Baumann sehr herzlich. Letzterer stellte mir eine eigene Übersicht „Bilanz 2000–2002“ zur Verfügung, aus der viele der folgenden Details entnommen sind.

## 6 Die zweite Regierungsperiode – Minister Scheibner

Diese Spannungen über die künftige österreichische Sicherheitspolitik beeinflussten die Politik, als Herbert Scheibner (geb. 23.4.1963) im Februar 2000 sein Amt als Verteidigungsminister in der schwarz-blauen Regierung antrat. Der langjährige FP-Abgeordnete Scheibner (seit 1990) war Unteroffizier der Miliz und hatte überdies von 1995 bis 2000 als Mitglied der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates und Delegierter zur Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union und zur Nordatlantischen Versammlung internationale Erfahrungen gesammelt.

Das Regierungsprogramm nannte die Landesverteidigung als „wichtiges Prinzip“; sie sollte mit über einem Prozent im Budget dotiert sein.

In der Sicherheitspolitik ging es um die Einbindung Österreichs in alle Verhandlungen und internationalen Strukturen einschließlich der NATO, zumal sich europäische militärische Ansätze realistisch „nicht ohne die NATO“ realisieren lassen – eine eigene EU-Armee sei weder sinnvoll noch realistisch.<sup>64</sup> Durch den EU-Beitritt und die Verfassungsänderungen 1997/98 hat Österreich, so Scheibner, de facto ohnedies „den Status der dauernden Neutralität verlassen“ und ist ein „bündnisfreies Land“.

Ausdruck fand dies in der neuen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die der Nationalrat im Dezember 2001 (allerdings gegen die Stimmen von SPÖ und Grünen) beschloss. Diese beinhaltete die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates (NSR), den intensivierten nachrichtendienstlichen Informationsaustausch und die Weiterentwicklung der Umfassenden Landesverteidigung zu einem System der umfassenden Sicherheitsvorsorge

**53** Ischler Parteiprogramm ([https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user\\_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Ischler\\_Parteiprogramm\\_1968\\_Web.pdf](https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Ischler_Parteiprogramm_1968_Web.pdf)).

**54** Erich Reiter, Die Europapolitik der Freiheitlichen, in: Andreas Khol / Günther Ofner / Alfred Stirnemann (eds.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 1992 (Wien – München: Verlag für Geschichte und Politik – Oldenbourg, 1993), 87-100, hier 90 und 99.

**55** Oliver Minich, Die Freiheitliche Partei Österreichs als Oppositionspartei in der Ära Haider – Strategie, Programmatik, innere Struktur (= Malstatter Beiträge zur Gesellschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur, Blieskastel: Gollenstein, 2003), 44-46.

**56** Für die Übermittlung einer Kopie des Programms von 1997 danke ich Frau Mag. Petra Janaczek vom Freiheitlichen Bildungsinstitut.

**57** Erich Reiter, Hat die FPÖ den Verfassungsbogen verlassen?, in: Andreas Khol / Günther Ofner / Stefan Karner / Dietmar Halper (eds.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 2007 (Wien – Köln – Weimar: Böhlau, 2008), 41-46, hier 43.

**58** Reiter, Europapolitik, 92.

**59** Österreich politisch erneuern ([https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user\\_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Programm\\_der\\_FPOE\\_1985.pdf](https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Programm_der_FPOE_1985.pdf)), Absatz 124.

**60** Erich Reiter, Österreichs Neutralität und europäische Integration, in: Erich Reiter / Heinrich Schneider (eds.), Sicherheits- und Wehrpolitik Europas im Umbruch: Konsequenzen für die österreichische Verteidigungspolitik? (Wien: Herold, 1990), 97-111, hier 105 und 108.

**61** Vgl. z.B. Erich Reiter, Österreich als NATO-Staat?, in: Erich Reiter / Andreas Mölzer (eds.), Zukunft Europäisches

durch Ausrichtung auf die neuen Risiken und Bedrohungen und Anpassung der gesetzlichen Bestimmungen.<sup>65</sup>

Die Ansätze der Vorgängerregierung (SPÖ-ÖVP), einen gemeinsamen „Optionenbericht“ über die sicherheitspolitische Ausrichtung Österreichs vorzulegen, waren bekanntlich 1998 an der Frage, ob und in welcher Formulierung eine Annäherung an die NATO enthalten sein sollte, gescheitert.<sup>66</sup> Die neue Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin von 2001 postulierte in dieser Frage die „konsequente Weiterentwicklung der Beziehungen Österreichs zur NATO im Rahmen eines maßgeschneiderten Dialogs. [...] Eine enge Zusammenarbeit zwischen EU und NATO im Sinne einer strategischen Partnerschaft zwischen beiden Organisationen wird als Voraussetzung für einen Erfolg der ESVP [= Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik] angesehen.“ „Der sicherheits- und verteidigungspolitische Nutzen einer NATO-Mitgliedschaft wird von Österreich im Lichte der sicherheitspolitischen Entwicklungen laufend beurteilt und die Beitrittsoption im Auge behalten. Ein Beitritt zur NATO würde nur mit Zustimmung der Bevölkerung (Volksabstimmung) erfolgen.“<sup>67</sup>

Als Scheibner im November 2002 eine Bilanz über die zweieinhalb Jahre seiner Amtszeit zog, „betonte er vor allem die erfolgreiche Integration in die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Österreich wurde Vollmitglied in der Westeuropäischen Rüstungsgruppe und schaffte damit den Einstieg in High Tech-Bereiche der Wirtschaft.“<sup>68</sup>

Der Verankerung der Sicherheitspolitik in der Bevölkerung, vor allem im Bereich der Meinungsbildner, diente der damals initiierte „Strategische Führungslehrgang“, der sich – von der Landesver-

teidigungsakademie veranstaltet und 2019 bereits zum 16. Mal abgehalten – zu einem wichtigen Instrument der Vernetzung einer „Strategic Community“ entwickelt hat.

Als wesentlichen Punkt seiner Ministerschaft nannte Scheibner zurückblickend das „Bekenntnis zur Luftraumüberwachung“; in seiner Ministerschaft erfolgte die Entscheidung für den Kauf neuer Abfangjäger. Im Ministerium trat man – nicht zuletzt wegen der Betriebskosten – für die Beschaffung der Saab J-39 „Gripen“ ein; als man dem Minister aber im Ministerrat garantierte, dass die höheren Betriebskosten abgedeckt würden, sah er „keinen Grund, nicht das beste Flugzeug zu nehmen“ – das heißt den Eurofighter „Typhoon“.<sup>69</sup>

Nach den Reduktionen der 1990er Jahre stoppte man die Auflösungen bei der Truppe. Hinsichtlich der Heeresstruktur trat Scheibner für ein Freiwilligenheer mit einer starken Berufskomponente ein. Wichtig wäre ein Anreizsystem, um den Anteil der Freiwilligen zu erhöhen. Er sei „für ein modernes und flexibles Dienstrechtsschema“, das etwa auch eine bevorzugte Übernahme in den öffentlichen Dienst (Polizei usw.) und Möglichkeiten der Weiterbildung anbietet. Scheibner unterstrich das Freiwilligenprinzip – für eine Miliz nicht nur als Alibi, sondern für eine professionelle „Freiwilligenmiliz“, professionell gestaltet und ausgebildet, mit „ernsthaften Komponenten“. Grundsätzlich trat Scheibner dafür ein, von der Ausbildungs- zur Einsatzarmee zu kommen und wollte den „Ansatz umdrehen“; dies war aber immer auch eine Budgetfrage.

Scheibner bekannte sich klar zu den internationalen Einsätzen, weil die Krisen zumindest mittelbar Auswirkungen auf Österreich haben. Dabei fehlte ihm immer die klare Definition der österreichischen Interessen, an denen sich die Auslandsein-

sätze ausrichten sollten. Österreich sollte sich nicht direkt an Kampfeinsätzen beteiligen, wohl aber in der Phase unmittelbar danach, wie beispielsweise in Afghanistan an der ISAF. In der instabilen Lage nach Kriegen seien Spezialisten gefragt. „Nicht so sehr“ hingegen befürwortete Scheibner die Beteiligung an „endless missions“ des Peacekeeping, wie auf Zypern. Dieser Einsatz war ein „Beispiel, wie es nicht sein sollte“, trug er in Scheibners Worten doch dazu bei, „nur den Stillstand zu zementieren“. Die österreichische Beteiligung am UN-Einsatz auf den Golanhöhen hingegen sei politisch wichtig gewesen. Als die Regierung – „stark dahinter“ war der Finanzminister – 2000/01 eine Reduktion der UN-Einsätze forderte, war es für ihn klar, dass man das Bataillon aus Zypern abziehen werde. Dies war für ihn „Teil der Neuausrichtung“ der Beteiligung an den Auslandseinsätzen.<sup>70</sup>

Es gelang während seiner Ministerschaft, die Kooperation mit den Nachbarstaaten im Rahmen der von seinem Vorgänger Dr. Werner Fasslabend (geb. 5.3.1944) 1997 geschaffenen Initiative CEN-COOP (Central European Nations Co-operation in Peace Support) für kurze Zeit wiederzubeleben.

Auf die Frage nach Höhepunkten seiner Ministerschaft erwähnte Scheibner die Erhöhung des Budgets und die dadurch ermöglichten Beschaffungen – dazu gehörten die Sikorsky UH-60 „Black Hawk“-Hubschrauber und die Lockheed C-130 „Hercules“-Transporter, aber auch die Manesausrüstung, die modernere Ausrüstung für den Grenzeinsatz, neue Schützenpanzer „Ulan“ und Kraftfahrzeuge, die Pionierbrücke 2000, Nachsichtgeräte und Feldküchen. Weiters erwähnte er die „Heeresgliederung neu“ mit den neuen Führungsstrukturen (d.h. den getrennten Kommanden für Landstreitkräfte, Luftstreitkräfte, inter-

nationale Einsätze und Spezialeinsatzkräfte statt der bisherigen beiden Korpskommanden und der Fliegerdivision) und die neuen, dem international üblichen Schema angeglichenen Dienstgrade für die Generalität sowie die Umbenennung des „Generaltruppeninspektors“ in „Generalstabschef“. Auch Truppenoffiziere konnten Militärkommandanten werden. Neu war die Funktion des „Kommando-Unterroffiziers“; dazu kamen zahlreiche Verbesserungen für Grundwehrdiener. Im rechtlichen Bereich sind das Militärbefugnisgesetz sowie das Soldatenhilfeleistungsgesetz von 2000 zu nennen.

Neben dem großen Hochwassereinsatz (August und September 2002) und dem fortgesetzten Assistenzinsatz zur Grenzüberwachung erfolgten insgesamt 408 Einsätze im Zusammenhang mit dem Milzbranderreger Anthrax im Gefolge der terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington.<sup>71</sup>

Scheibners Ministerschaft endete mit Februar 2003. Nach der Abspaltung des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) von der FPÖ im April 2005 war er noch bis 2013 Abgeordneter des BZÖ.

## 7 Die Phase 2003 bis 2017 – der Streit um die allgemeine Wehrpflicht

Mit dem Abtritt von Minister Scheibner begann für das Bundesheer eine schwierige Phase steter Einsparungen und Reduktionen. Brigadier DDr. Andreas Stupka (geb. 1963), der aktuelle Leiter des Innovationsbüros im Bundesministerium für Landesverteidigung, meinte dazu pointiert, „dass unter Minister Platter [ÖVP] die Zerstörung der Wehrkraft begonnen hat“.<sup>72</sup> Tatsächlich fällt es

<sup>65</sup> [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXI/E/E\\_00114/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXI/E/E_00114/index.shtml). Vgl. auch Friedhelm Frischenschlager, Österreich und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, in: Johann Pucher / Johann Frank (eds.), Strategie und Sicherheit 2011: Globale Herausforderungen – globale Antworten (Wien – Köln – Weimar: Böhlau, 2011), 533-541.

<sup>66</sup> Heinrich Schneider, Der sicherheitspolitische „Optionenbericht“ der österreichischen Bundesregierung: Ein Dokument, das es nicht gibt – und ein Lehrstück politischen Scheiterns, in: Erich Reiter (ed.), Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1999 (Hamburg – Berlin – Bonn: E.S. Mittler, 1999), 419-496.

<sup>67</sup> Wie Anm. 65. Vgl. zur damaligen Einschätzung den Bericht auf der Bundesheer-Homepage vom 12.12.2001 (<http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2081>).

<sup>68</sup> <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2234>.

<sup>69</sup> So Scheibners eigene Darstellung. Angesichts der laufenden Untersuchungen zur Frage der Beschaffung des Eurofighters „Typhoon“ scheint es verfrüht, hier zu einer abschließenden Beurteilung zu gelangen.

<sup>70</sup> Österreich hatte seit 1972/73 mit zwei Bataillonen in UN-Einsätzen in Zypern und im Nahen Osten (1963/74 in Ägypten und ab 1974 auf den syrischen Golanhöhen), dazu noch geringere Zahlen an Militärbeobachtern usw., stets fast 1000 Mann in Auslandseinsätzen. Dieses Engagement hatte ab 1996 mit einem Kontingent bei der NATO-geführten IFOR/SFOR in Bosnien-Herzegowina und ab 1999 mit einem Bataillon in der ebenfalls NATO-geführten Mission KFOR im Kosovo massiv zugenommen – daher die Urgenz einer Reduktion um 2000. Vgl. zu den österreichischen Auslandseinsätzen Erwin A. Schmidl, Going International – in the Service of Peace: Das österreichische Bundesheer und die österreichische Teilnahme an internationalen Einsätzen seit 1960 (Graz: Vehling, 2015; Text deutsch & englisch). Bei der Pressekonferenz im November 2002 hieß es: „Der Abzug österreichischer Kontingente aus Zypern und Bosnien spart dem Bundesheer rund 20 Millionen Euro pro Jahr.“

<sup>71</sup> Wie Anm. 68.

<sup>72</sup> Andreas Stupka, Kaputt gespart!, in: Heer Aktiv: Das freie Magazin für das Österreichische Bundesheer (Frühling 2019), 3-5, hier 3.

schwer, in der Zeit zwischen 2003 und 2017 allzu viele positive Ansätze für das Bundesheer zu erkennen. Während sich das Schwergewicht der Aufgaben des Bundesheeres seit den 1990er Jahren – zusätzlich zu den Assistenz- und Katastrophen-Hilfseinsätzen im Inland – immer stärker in Richtung der internationalen Einsätze verschoben hatte, ergab sich ab 2015 – im Zeichen der „Migrationskrise“ – ein Gegentrend. Die klassische Landesverteidigung sollte stärker im Mittelpunkt stehen. Überdies erfüllten Soldaten zunehmend sicherheitspolizeiliche Aufgaben im Inland, und es gab Überlegungen, diese als zusätzliche „originäre Aufgaben“ des Militärs gesetzlich abzubilden.

Sicherheitspolitisch vollzog die FPÖ in dieser Zeit die Wende weg vom pro-NATO-Kurs der 1990er und frühen 2000er Jahre, zurück zur Neutralität. Im Parteiprogramm von 2005 („Echt freiheitlich“) hieß es unmissverständlich: „Die Neutralität hat sich als dominierende Handlungsmaxime der österreichischen Außenpolitik seit 1955 bewährt und wirkt identitätsstiftend für die 2. Republik. Mit dem EU Beitritt 1995 wurde die Neutralität in Österreich zunehmend weiter ausgehöhlt und droht innenpolitisch als bloßes Alibi mißbraucht zu werden.“<sup>73</sup>

Das Programm enthielt außerdem – nicht ganz im Einklang mit den EU-kritischen Formulierungen der vorangehenden Abschnitte – das Bekenntnis „zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, einschließlich der europäischen „Beistandspflicht“ und der Teilnahme an „Einsätzen außerhalb der EU im Sinne der Petersberger Beschlüsse“, lehnte aber „als neutraler Staat und im Hinblick auf die Sicherheitsinteressen Österreichs [...] eine Mitgliedschaft in einem nichteuropäischen Bündnis mit militärischem Charakter ab“.<sup>74</sup> 2011

beschloss die FPÖ unter dem Titel „Österreich zuerst“ ein neues Parteiprogramm, das im Hinblick auf die Neutralität den „Leitsatz“ formulierte: „Österreich hat sein Staatsgebiet mit allen Mitteln zu schützen, seine Neutralität zu wahren und seinen Bürgern Schutz und Hilfe in allen Bedrohungsszenarien zu gewähren.“<sup>75</sup> Die Absage an eine NATO- oder andere Mitgliedschaft ist klar: „Österreich ist ein selbstbestimmter und friedensstiftender Staat und muss daher frei von einer Mitgliedschaft in einem Militärpakt sein. Die Entscheidung über den Einsatz unseres Bundesheeres und unserer Soldaten trifft ausschließlich Österreich selbst, als souveräner und neutraler Staat, in seiner Verantwortung für die Sicherheit und Freiheit seiner Bürger.“<sup>76</sup>

Während das Programm von 2005 mit Blick auf die Beteiligung an internationalen Einsätzen Österreichs „seit 1955 erfolgreich eingenommene Rolle“ als Friedensvermittler („insbesondere im nahen und mittleren Osten“) noch bejaht hatte – diese „soll nicht nur beibehalten sondern ausgebaut werden“<sup>77</sup> – sah das Programm von 2011 diese Frage deutlich relativierend: „Heimatschutz und Landesverteidigung haben Vorrang vor Auslandseinsätzen des Bundesheeres. Auslandseinsätze österreichischer Soldaten sollen ausschließlich freiwillig und nur für Katastropheneinsätze, humanitäre Aufgaben, zur Friedenssicherung und unter UNO-Mandat erfolgen.“<sup>78</sup>

Zur allgemeinen Wehrpflicht folgte im Programm das Bekenntnis „zu einer allgemeinen Dienstpflicht entweder in Form des Wehrdienstes oder in Form eines Sozialdienstes als persönliche Leistung des Staatsbürgers für die Sicherheit und Unabhängigkeit Österreichs“.<sup>79</sup> 2011 hieß es etwas ausführlicher: „Wir bekennen uns zur umfassenden Landesverteidigung sowie zur allgemeinen

Dienstpflicht aller männlichen Staatsbürger in Form des Wehrdienstes oder eines Wehrersatzdienstes als persönliche Leistung für die Sicherheit und Unabhängigkeit Österreichs und den sozialen Frieden. Für weibliche Staatsbürger soll die Möglichkeit zum freiwilligen Wehr- und Wehrersatzdienst sowie zum Sozialdienst offen stehen.“<sup>80</sup>

Diese Frage gewann gerade in dieser Zeit an Bedeutung, als sich in der Diskussion über die Abschaffung der Wehrpflicht ab Herbst 2010 und im Vorfeld der Volksbefragung vom 20. Jänner 2013 die ungewöhnlichsten parteipolitischen Verdrehungen ergaben. Die SPÖ, die immer gegen ein Berufsheer eingetreten war, plädierte plötzlich für die Abschaffung der Wehrpflicht, während die ÖVP, die vor allem in der Ära Wolfgang Schüssels (geb. 7.6.1945) mit einem Berufsheer geliebäugelt hatte, plötzlich die Liebe zur Wehrpflicht entdeckte. Die Haltung der FPÖ für die Beibehaltung der Wehrpflicht war in diesem Punkt wohl recht konsistent; eine Broschüre der FPÖ, als deren Autoren der langjährige Vorsitzende des Landesverteidigungsrates und FPÖ-Wehrsprecher, Brigadier der Miliz Dr. Peter Fichtenbauer (geb. 6.7.1946), sowie Oberst des Generalstabdienstes DDr. Andreas Stupka zeichneten, sprach im Februar 2013 von „der bewährten und für die Demokratie essentiellen Wehrform“.<sup>81</sup> Allerdings meinte Erich Reiter, der langjährige sicherheitspolitische Vordenker der Partei (der er damals allerdings nicht mehr angehörte), 2011 wohl zu Recht, dass die Diskussion am falschen Ende ansetzte: „Die Fragestellung Wehrpflicht oder Berufsheer sollte eigentlich am Ende einer strategisch-sicherheitspolitischen Beurteilung der Aufgabenstellung der Landesverteidigung aufgrund des sicherheitspolitischen Umfeldes und der globalen Situation sein.“<sup>82</sup>

Jedenfalls ergab die Volksbefragung 2013 eine klare Mehrheit von 59,7 % der Stimmen (bei einer Wahlbeteiligung von 52,4 %) für die Beibehaltung der Wehrpflicht.

## 8 Die dritte Regierungsperiode – Minister Kunasek

Nur etwas über vier Jahre später sah sich die FPÖ erneut in der Lage, mit dem steirischen Politiker Mario Kunasek (geb. 29.6.1976) den Verteidigungsminister zu stellen. Als früherer Berufsunteroffizier, Wehrsprecher des Freiheitlichen Parlamentsklubs (2013–2017) und Obmann des Landesverteidigungsausschusses konnte Kunasek sowohl praktische wie politische Erfahrung einbringen und kam daher auch in der Truppe gut an. Rückblickend resümierte Kunasek, wie wichtig es für einen neuen Minister sei, eine „zumindest minimale Innensicht“ zu haben und „die Militärsprache und -kultur zu verstehen“.<sup>83</sup> Als sein Generalsekretär (d.h. als oberster Beamter mit umfassendem Weisungsrecht – die Regierung Kurz führte diese Funktion, die es bis dahin nur im Außenministerium gegeben hatte, bekanntlich in allen Ministerien ein) fungierte Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Dr. Wolfgang Baumann.

Als vorerst letzte wehrpolitische Deklaration der FPÖ – auf der Homepage des Freiheitlichen Bildungsinstituts daher auch zusammen mit den Parteiprogrammen einzusehen – ist das ÖVP-FPÖ-Regierungsprogramm „Zusammen. Für unser Österreich“ von Ende 2017 zu werten. Im Abschnitt Landesverteidigung heißt es dort: „Das EU-Mitgliedsland Österreich liegt Krisenregionen an den Rändern Europas geografisch näher als andere EU-Mitgliedstaaten. Die Auswirkungen von Konflikten wurden nicht zuletzt durch die Migrationskrise seit 2015 sichtbar. Das erfordert, das österreichische Staatsgebiet und seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zu verteidigen sowie gegen alle Formen der Bedrohung zu rüsten. Darüber hinaus gewinnen nicht-konventionelle Formen organisierter Gewaltanwendung durch staatliche und nicht-staatliche Akteure auch für Österreich an Bedeutung. Dieses Risikospektrum umfasst somit

<sup>73</sup> Das Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs, mit Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen vom 27. Ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ am 23. April 2005 in Salzburg, Kapitel VII, Artikel 2 ([https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user\\_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Programm\\_der\\_FPOE\\_2005.pdf](https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Programm_der_FPOE_2005.pdf)).

<sup>74</sup> Ebd., Kapitel VII, Artikel 3.

<sup>75</sup> Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 18. Juni 2011 in Graz ([https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user\\_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Programm\\_der\\_FPOE\\_2011.pdf](https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Programm_der_FPOE_2011.pdf)), Leitsatz 7.

<sup>76</sup> Ebd., Abschnitt 7 „Sicherheit“.

<sup>77</sup> Parteiprogramm 2005, Kapitel VII, Artikel 2.

<sup>78</sup> Parteiprogramm 2011, Abschnitt 7 „Sicherheit“.

<sup>79</sup> Parteiprogramm 2005, Kapitel VII, Artikel 3.

<sup>80</sup> Parteiprogramm 2011, Abschnitt 7 „Sicherheit“.

<sup>81</sup> Peter Fichtenbauer / Andreas Stupka, ... zu dienen! Denkschrift zur Neugestaltung der allgemeinen Wehrpflicht (Wien: FPÖ-Bildungsinstitut, 2013), 7.

<sup>82</sup> Erich Reiter, Denkschrift zur Wehrpflichtdebatte (= Sozialwissenschaftliche Studienreihe – Reihe Schriften, Wien: Internationales Institut für liberale Politik, Juli 2011), 4. Reiter trat – wie er in dieser Schrift ausführlich argumentierte – für ein Berufsheer ein.

<sup>83</sup> Für diese und die folgenden Angaben danke ich Minister a.D. Mario Kunasek sehr herzlich, ebenso dem Generalsekretär a.D. Oberst d.hmfD Dr. Wolfgang Baumann, der mir auch eine „Bilanz“ dieser Amtszeit zur Verfügung gestellt hat.

den Einsatz zerstörerisch-disruptiver Technologien wie Energie- und Biowaffen, Cyber-Angriffe sowie die Weitergabe von Technologien und Gütern zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen.“ Außerdem erwähnte das Programm die Bedrohungen durch transnationalen Terrorismus und Extremismus und Cyberangriffe.<sup>84</sup>

Konkret hieß es weiter: „Für Österreich bedeutet das die Erhaltung und Stärkung der Fähigkeiten einer eigenständigen militärischen Landesverteidigung gemäß Art 79 (1) B-VG, um die erforderlichen Potenziale auch nach dem Territorialitätsprinzip aufrechtzuerhalten. Das österreichische Bundesheer (ÖBH) ist als Einsatzheer in einer Gesamtstärke von zumindest 55.000 Soldaten zu führen. In diesem Zusammenhang ist das ÖBH konsequent auf die Abwehr konventioneller und nicht-konventioneller Angriffe auszurichten. Dafür ist durch eine langfristig gesicherte und ausreichende budgetäre Bedeckung der Investitionsrückstau der vergangenen Jahre ab 2018 aufzulösen und ein verfassungskonformer Zustand des ÖBH, insbesondere der Miliz, herzustellen.“

Ein eigener Absatz war den Assistenzaufgaben des Bundesheeres gewidmet: „Das ÖBH muss weiterhin auch über den Bereich der militärischen Landesverteidigung hinaus zur Bewältigung von Assistenz-Aufgaben, zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit sowie der demokratischen Freiheiten der Einwohner, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt sowie zur Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs befähigt sein. Das kann z.B. Beitragsleistungen zum Schutz kritischer Infrastrukturen, im Bereich Cyber-Abwehr oder für mögliche Herausforderungen im Bereich Grenzüberwachung umfassen. Luftraumsouveränität und Luftraumüberwachung müssen umfassend gewährleistet werden und sollen durch Effizienz und Nachhaltigkeit internationalen Vergleichen standhalten können.“

Zu den Auslandseinsätzen hieß es, eher restriktiv formuliert: „Zusätzlich dazu werden die Fähigkeiten des ÖBH auch im Bedarfsfall innerhalb des EU-Gebietes u.a. zum Schutz der EU-Außen-

grenzen (Solidarität, Beistand) gefragt sein. Der Erhalt und der Aufbau der entsprechenden Fähigkeiten werden zu einem wesentlichen Beitrag im Rahmen der EU führen. Jeder Beurteilung eines Auslandseinsatzes des ÖBH sind die strategischen Interessen der Republik zugrunde zu legen. Die hierfür notwendigen militärischen Fähigkeiten sind vor allem auch im Rahmen des internationalen Krisenmanagements, dort wo Konflikte Auswirkungen auf Österreich haben, vorzuhalten, um zu Stabilität, Krisenbewältigung und Friedenserhaltung beizutragen. Diesbezüglich ist der Personal- und Budgetbedarf sicherzustellen.“

Detaillierter listete der Abschnitt „Bekanntnis zu einem starken Österreichischen Bundesheer“ konkrete Ziele auf, einschließlich einer klaren Trennung der Aufgaben von Militär und Polizei. Unter dem Titel „Moderne Streitkräfte und effektiver Schutz für Österreich“ hieß es: „Den Herausforderungen und den verfassungsmäßigen Aufträgen wurde in den letzten zehn Jahren nur mangelhaft nachgekommen, wodurch das ÖBH nachhaltig geschwächt wurde. Deshalb leiten wir einen Kurswechsel ein. Zuerst bedarf es einer effizienten Personalbewirtschaftung und Ressourcensteuerung. Es bedarf einer durchgängigen Attraktivierung des Dienstes im ÖBH. Wir bekennen uns zu unserem Wehrsystem, daher muss auch die Einsatzfähigkeit der Miliz gewährleistet sein. Die Militärkommanden sollen in ihrer Funktionsfähigkeit insbesondere bei Krisen und Katastrophen sowie sicherheitspolizeilichen Assistenzmaßnahmen ausrüstungstechnisch und personell im Sinne des Territorialitätsprinzips gestärkt und ausgestattet werden.“ Konkret enthielt das Regierungsprogramm von 2017:

- Stellungenstraße als erste Visitenkarte des ÖBH aufwerten
- Informationsarbeit zur Wehrpolitik in den öffentlichen Bildungseinrichtungen wieder einführen (Info-Offiziere)
- Erhalt des Militärrealgymnasiums und Ausbildungskooperation mit Polizei
- Förderung der Integration durch Deutschkurse und Staatsbürgerkunde

- Erhalt der Brigadestruktur für die Landstreitkräfte (vier Brigaden bzw. Äquivalente) und Luftstreitkräfte (zwei Brigaden bzw. Äquivalente) und der Kompetenz des ÖBH auch bei schweren Waffen
- Attraktivierung des Grundwehrdienstes
- Qualitätsvolle Grundausbildung sicherstellen, insbesondere durch die Einführung einer Rekrutenschule
- Eine primäre militärische Verwendung der Rekruten ist anzustreben
- Überprüfung der Tauglichkeitsstufen und neue Aufgabenfelder im Lichte einer Wehrgerechtigkeit schaffen
- Erhöhung der Grundvergütung der Grundwehrdiener unter gleichzeitiger Reduktion der Verwaltungskosten (pauschalierte Sätze für Verpflegung, Bekleidung und Fahrtkosten)
- Modernisierung der Einjährig-Freiwilligen-Ausbildung als Grundlage für die Qualifizierung einer weiteren Laufbahn als Unteroffizier bzw. Offizier
- Überprüfung und Evaluierung der Elemente zur Luftraumüberwachung durch eine Expertenkommission unter Einbeziehung der Luftstreitkräfte
- Für jedes Milizbataillon soll es ein präsent Bataillon geben mit dem Ziel einer ausgewogenen Grundstruktur des ÖBH
- Sicherstellung der Einsatzfähigkeit der Milizbataillone auf nationaler Ebene
- Mitwirkung am nationalen Cyber-Sicherheitszentrum in der Stiftskaserne (Bündelung der NIS-Behörden).

Im folgenden Abschnitt „Österreichs Interessen in der Welt vertreten und zur Friedenserhaltung beitragen“ hieß es zu Auslandseinsätzen: „Österreich hat das Interesse, auch international einen Beitrag zur Stabilität, Krisenbewältigung und Friedenserhaltung zu leisten. Vor allem der Westbalkan als unsere Nachbarregion bildet dabei einen langjährigen Schwerpunkt. Nicht zuletzt die Migrations- und Flüchtlingskrise 2015 hat gezeigt, wie auch Österreich von internationalen Krisenherden betroffen sein kann. Daher möchten wir unseren Beitrag im Interesse Österreichs verstärken, sowohl bei Einsätzen unter UN-Mandat wie auch in ausgewählten Fällen in unserer direkten Nachbarschaft bei Katastrophen oder zum Schutz der EU-Außengrenzen. In diesem Sinne wirken

wir nach Maßgabe der strategischen Interessen der Republik im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) mit.“ Aufgelistet waren:

- Ermöglichung bilateraler, zeitlich begrenzter Entsendung unter Assistenz (z.B. Katastrophenhilfe oder Schutz der EU-Außengrenzen) bei Wahrung der Neutralität
- Bekenntnis zu Einsätzen unter internationaler Führung bzw. Mandatierung, um Österreichs Rolle in der internationalen Gemeinschaft weiter zu stärken
- Stärkung der Zusammenarbeit bei Assistenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und FRONTEX mit Blick auf den EU-Außengrenzschutz als Schwerpunkt des österreichischen EU-Ratsvorsitzes 2018
- Berücksichtigung der Ergebnisse der eigenständigen Forschung und Lehre. Darüber hinaus Kooperation bei Ausbildung, Beschaffung, Entwicklung, Betrieb sowie Verteidigungs- und Sicherheitsforschung im Rahmen der EU
- Bekenntnis zu Österreichs Beitrag zur Stabilitätssicherung am Westbalkan
- Aufstockung für Auslandseinsätze entsprechend den strategischen Interessen der Republik unter Einbeziehung der Milizsoldaten

Als ein wichtiges – und konstantes – Element freiheitlicher Wehrpolitik nannte Kunasek die Allgemeine Wehrpflicht, verbunden mit der Frage Miliz contra Berufsheer. Er führte als Erfolg letztlich auch der FPÖ an, dass gelungen sei, „die Wehrpflicht zu positionieren“, als „Modell mit Zukunft“. Er habe gerade im Zuge der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2018 erlebt, dass auch in der EU viele Verteidigungsminister gerne zurück zur Wehrpflicht gehen würden, weil sie ein natürliches „Reservoir für die Heeresergänzung“ darstellt, einen „Pool“ für die Rekrutierung. Sie macht daher besonders aus Sicht der Personalgewinnung Sinn. Als positives Erlebnis seiner Ministerschaft erlebte er beispielsweise die Einstellung von 700 neuen Unteroffizieren sowie die steigenden Zahlen an der Militärakademie. All das zeige, dass der Stellenwert des Militärs gestiegen sei. Die Verankerung des Heeres in der Bevölkerung und die positive Einstellung des Volkes zum Militär sind wichtig.

<sup>84</sup> Zusammen. Für unser Österreich: Regierungsprogramm 2017–2022 ([https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user\\_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Zusammen\\_Fuer\\_Oesterreich\\_Regierungsprogramm\\_2017\\_-\\_2022.pdf](https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Zusammen_Fuer_Oesterreich_Regierungsprogramm_2017_-_2022.pdf)). Der Abschnitt „Landesverteidigung“, aus dem die folgenden Zitate stammen, findet sich auf den Seiten 51-54.

Wichtig wäre es aber, den Wehrdienst attraktiver zu gestalten, vor allem mehr junge und fitte Menschen für das Heer, aber auch für den Wehersatzdienst zu gewinnen. In diesem Punkt gab es während seiner Ministerschaft Pläne, bei den Tauglichkeitskriterien und den Stellungsstraßen „nachzujustieren“, durchaus im Einvernehmen mit Staatssekretärin Karoline Edtstadler (geb. 28.3.1981) im für den Zivildienst zuständigen Innenministerium. Der allgemeine Gesundheitszustand der Jugend ist ein aktuelles Thema.

Wichtig war Kunasek und Baumann die „Wiederbelebung“ der Umfassenden Landesverteidigung (ULV), die nach 1990 zunehmend in Vergessenheit geraten war. Hierzu entstanden verschiedene Initiativen in Zusammenarbeit mit den für die einzelnen Teilbereiche zuständigen Ministerien.

Positiv erlebte Mario Kunasek die gestiegene Wertschätzung und Wahrnehmung des Bundesheeres in der Öffentlichkeit, nicht zuletzt auch durch den Wunsch in der Bevölkerung nach mehr Sicherheit nach der Migrationskrise von 2015. Der positiven Verankerung dienten auch Aktionen wie die Leistungsschau rund um den 26. Oktober nicht nur in Wien, sondern beispielsweise 2018 auch in Graz, um zu zeigen „Was können wir!“

Ein Problem stellen die strikt getrennten Ressortzuständigkeiten dar, obwohl gerade im Bereich neuartiger Gefahren – wie etwa gegen terroristische Bedrohungen oder in der Cyber-Abwehr – gesamtstaatliche Strategien erforderlich wären. Die Überzeugung, dass das Bundesheer die „strategische Handlungsreserve Österreichs“ ist, sollte besser als bisher vermittelt werden. Daher erfolgte der Stopp der bisherigen Verkäufe von Kasernen und Gerät; vor allem Rekrutenunterkünfte sollten saniert werden.

Innerhalb der Streitkräfte war für Kunasek die „Heeresstruktur neu“, d.h. die Straffung der Führungsstruktur durch die Rückführung zu zwei höheren Kommanden (Kommando Streitkräfte und Kommando Streitkräftebasis) und zu den vier Land- und zwei Luftbrigaden, notwendig und „eine gute Entscheidung“; die Schwie-

rigkeiten bei der Truppe gingen zurück. Nicht das Ministerium, sondern das verantwortliche Kommando sollte die Streitkräfte führen. Nicht realisieren konnte Kunasek durch das vorzeitige Ende der schwarz-blauen (oder besser: türkis-blauen) Regierung allerdings die dringend notwendige Zentralstellenorganisation (ZSO). Es wäre, so Kunasek, notwendig, die Zentralstelle zu verkleinern, gewissermaßen „die PS auf die Straße, zur Truppe“ zu bringen. Unter dem Schlagwort „Miliz neu“ sollte die Einsatzbereitschaft der Miliz sichergestellt werden.

Ein wesentlicher Punkt ist naturgemäß die budgetäre Ausgestaltung angesichts der „breiten Aufgabenvielfalt“ des Bundesheeres. Hinsichtlich des Budgets bewegt sich das Bundesheer „in sehr, sehr engem Korsett“. Dennoch – hier zog Kunasek eine positive Bilanz seiner Ministerschaft – scheint die Nachfolge der Hubschrauber „Alouette“ III (deren Jungfernflug 1959 bereits sechs Jahrzehnte zurückliegt) durch die Beschaffung von zwölf leichten Hubschraubern auf Schiene zu sein, ebenso die Beschaffung von drei zusätzlichen Sikorsky UH-60 „Black Hawk“-Hubschraubern. Dazu kam die Beschaffung von vier Schulflugzeugen und gepanzerten Transportfahrzeugen.

Durch die „lange Tradition“ der Assistenz-einsätze hat Österreich eine gewisse „Alleinstellung“ auch in der EU. Dies zeigte sich im Zuge der EU-Ratspräsidentschaft, als Österreich das Modell Assistenzinsatz, auch internationalisiert, für die Sicherung der Außengrenzen einbrachte. Zwar gab es dagegen zuerst „breite Ablehnung“, doch gelang es in den sechs Monaten, hier die Möglichkeiten darzustellen. Hinsichtlich der polizeilichen Einsätze im Inland habe sein Vorgänger Mag. Hans Peter Doskozil (geb. 21.6.1970, Verteidigungsminister von Jänner 2016 bis Dezember 2017) „mehr auf die militärpolizeiliche Schiene gesetzt“, während Kunasek auf die Rückkehr zur klassischen Landesverteidigung setzte. Hierin lag, so Kunasek, ein deutlicher Unterschied in der Gesamtausrichtung.<sup>85</sup>

Die Katastrophenhilfe ist eine weitere, allseits akzeptierte Aufgabe des Bundesheeres. Hier war es Kunasek wichtig zu betonen, dass die Haupt-

aufgabe der Armee die Landesverteidigung ist; das Bundesheer dürfe sich „nicht über die Katastrophenhilfe definieren“. Die Landesverteidigung bleibt die klare verfassungsmäßige Aufgabe des Bundesheeres.

Hinsichtlich der Neutralität gab es seitens der FPÖ inzwischen ein klares „Ja zur Neutralität“. Die Frage der Auslandseinsätze wäre differenzierter; hier habe die FPÖ „nicht immer eine ganz stringente Linie“ verfolgt. Hier sah er aber nach einer sehr ablehnenden Phase um 2010 inzwischen eine größere Zustimmung – denn: „Die Sicherheit beginnt nicht in Spielfeld.“

Im Bereich des Dienstrechts beabsichtigten Kunasek und sein Generalsekretär, Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Dr. Wolfgang Baumann (geb. 26.8.1966), einerseits die bessere Integration des derzeit zwischen den einzelnen Laufbahnmodellen gespaltenen Offizierskorps und andererseits bessere Durchlässigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten für Unteroffiziere: Auch ein Unteroffizier sollte mit 30, 40 Jahren noch die Möglichkeit zur Weiterentwicklung haben, ohne die Uniform ausziehen zu müssen. Dies und die Sichtbarkeit wäre auch wichtig, um mehr Soldaten zu gewinnen und die Attraktivität der Armee zu steigern. Diese Bereiche konnten nicht abgeschlossen werden, doch brachte die Regierungszeit der FPÖ in diesem Bereich ein „gewisses Umdenken“.

In der 2018 zum Jubiläum der Republikgründung vom Freiheitlichen Bildungsinstitut herausgegebenen Broschüre heißt es zum Thema „Sicherheit“ eher kurz: „Österreich hat sein Staatsgebiet zu schützen, seine Neutralität zu wahren und seinen Bürgern Schutz und Hilfe in allen Bedrohungsszenarien zu gewähren.“<sup>86</sup> Etwas ausführlicher sind die Ausführungen zur internationalen Politik: „Das internationale Engagement Österreichs stärken. Wir bekennen uns weiterhin zu einer aktiven Neutralitätspolitik Österreichs und, damit verbunden, zu einer konsequenten Fortsetzung der österreichischen Initiativen für

Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nicht-Weiterverbreitung von Nuklearwaffen sowie zum Eintreten für eine nuklearwaffenfreie Welt. Wir wollen Österreich noch besser positionieren als internationalen Ort des Dialogs und werden unser multilaterales Engagement weiter verstärken – mit dem Ziel einer erfolgreichen Bewerbung für die Mitgliedschaft Österreichs im UN-Menschenrechtsrat für die Jahre 2019–2021 und im UN-Sicherheitsrat für die Jahre 2027–2028.“<sup>87</sup>

Mit 8. Oktober 2018 – nach einem knappen Jahr Regierungsbeteiligung – legte die FPÖ unter dem Titel „Endlich Fairness für uns Österreicher“ eine „Zwischenbilanz 2.0“ vor. Zum Bereich der Landesverteidigung hieß es da: „Nur ein starkes Heer kann Österreichs Grenzen schützen und im Fall von Naturkatastrophen rasche Hilfe leisten. Um dies gewährleisten zu können, setzt Verteidigungsminister Mario Kunasek starke Akzente. So konnte im Zuge des Katastrophenhilfe- und -schutzpakets der Ankauf von Transporthubschraubern und zusätzlichen „Black Hawk“-Hubschraubern sowie von geländegängigen Fahrzeugen beschlossen werden.“<sup>88</sup>

Die „Zwischenbilanz“ zählte folgende Punkte auf:

- Unser Heer schützt unsere Grenzen: Rund 900 Soldaten sind täglich im Assistenzeinsatz an Österreichs Grenzen.
- Katastrophenschutzpaket – neues Gerät für den Einsatz bei der Katastrophenhilfe: Für das Heer gibt es zwölf neue Mehrzweckhubschrauber, drei weitere „Black Hawk“-Hubschrauber und geländegängige Fahrzeuge.
- Investitionen in ein starkes und modernes Heer: Vier moderne Schulflugzeuge und sechs neue Löschfahrzeuge für die Luftstreitkräfte sowie gepanzerte Fahrzeuge wie das neue Aufklärungsfahrzeug „Dingo“ 2, der Mannschaftstransporter „Pandur Evolution“ und das Universalgeländefahrzeug „Hägg-lunds“ für die geschützte Mobilität unserer Soldaten wurden angeschafft.

<sup>86</sup> Res Publica 1918 – 2018: Österreichs Freiheitliche und ihre Republik (Wien: Freiheitliches Bildungsinstitut, 2018; online verfügbar unter [https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user\\_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Publikationen/Res\\_Publica\\_web.pdf](https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Publikationen/Res_Publica_web.pdf)), 22.

<sup>87</sup> Ebd., 28.

<sup>88</sup> Endlich Fairness für uns Österreicher: Die FPÖ-Regierungs-Zwischenbilanz 2.0 ([https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user\\_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Regierung\\_Zwischenbilanz.pdf](https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Regierung_Zwischenbilanz.pdf)).

<sup>85</sup> Insgesamt äußerte sich Mario Kunasek im Gespräch durchaus positiv über seinen Vorgänger – der letztlich auch nur zwei Jahre zur Verfügung gehabt hatte.

- Mehr Sicherheit in den Regionen: Im gesamten Bundesgebiet werden zwölf ausgewählte Kasernen zu autarken Sicherheitsinseln ausgebaut.
- „Binnen-I“ ausgemustert: Rückkehr zur sprachlichen Normalität im Bundesheer.
- Mehr Budget für unser Heer: Für die Budgetjahre 2018 und 2019 wurde erstmals das nominell höchste Verteidigungsbudget sichergestellt.<sup>89</sup>

## 9 Fazit

Bei jeder Behandlung der FPÖ ist zu beachten, dass sie sich stärker als jede andere Partei in Österreich im Laufe der Jahrzehnte verändert hat. Dies zeigte sich auch in der Haltung der Partei zu verschiedenen Fragen, auch im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Ein Indiz dafür ist auch, dass zwei der vier bisherigen Verteidigungsminister der FPÖ im Zuge späterer Spaltungen die Partei verlassen haben (Frischenschlager ging zum Liberalen Forum, Scheibner zum BZÖ).

Zusammenfassend ist dennoch festzuhalten, dass sich die FPÖ stets positiv zur militärischen Landesverteidigung und zum österreichischen Bundesheer geäußert hat. So stellte Franz Kernic schon in seiner umfassenden Untersuchung der freiheitlichen Wehrpolitik 1988 fest, „daß sich die Freiheitlichen stets eindeutig zur Notwendigkeit Österreichs zu einer wirksamen Landesverteidigung bekannten und die militärische Landesverteidigung dabei nie ernstlich in Frage stellten. Die vorbehaltlose Bejahung des österreichischen Bundesheeres wurde damit gewissermaßen zum unbestrittenen Grundsatz der Wehrpolitik.“<sup>90</sup>

Kernic fährt aber kritisch fort: „Eine genauere Betrachtung läßt aber zugleich erkennen, daß de facto innerhalb der Gesamtpartei kein besonders großes Interesse an der Wehrpolitik und an Fragen der Landesverteidigung bestand.“<sup>91</sup> Damit stand und steht die FPÖ keineswegs allein da – in den anderen Parteien ist das Interesse an Wehr-

politik und Landesverteidigung wohl noch zaghafter vorhanden als in der FPÖ. Die Umsetzung der ambitionierten wehrpolitischen Anliegen aller bisherigen vier FPÖ-Verteidigungsminister scheiterten letztlich zu einem beträchtlichen Teil an den beschränkten Mitteln und auch daran, dass alle drei FP-Regierungsbeteiligungen (1986 nach der Übernahme des Parteivorsitzes durch Jörg Haider in Innsbruck, 2002 nach dem außerordentlichen FPÖ-Parteitag von Knittelfeld und 2019 nach dem „Ibiza-Video“) vorzeitig endeten. Dies ist bei der Beurteilung der freiheitlichen Erfolgsbilanz zu berücksichtigen.

Innerhalb der FPÖ spielte bis in die 1970er Jahre die Frage eine Rolle, ob das österreichische Heer auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht, d.h. letztlich als Milizheer nach Schweizer Muster, oder als Berufsheer organisiert sein sollte. In den 1970er und 1980er Jahren setzte sich die Bejahung der allgemeinen Wehrpflicht durch, was sich letztlich bis hin zur Volksbefragung vom Jänner 2013 verstärkte. Hinsichtlich der Organisation beteiligten sich FPÖ-Vertreter stets konstruktiv an den Diskussionen und setzten auch in den drei Perioden, in denen FP-Politiker als Verteidigungsminister agierten, entsprechende Akzente. Allen vier Ministern sind Bemühungen um die Verbesserung der Ausrüstung und Ausstattung anzurechnen, wobei die spektakulärsten sicherlich die Beschlüsse über den Ankauf von Abfangjägern (1985 und 2002) waren.

Der langjährige FPÖ-Wehrsprecher Dr. Reinhard Eugen Bösch (geb. 16.1.1957), selbst Oberst der Miliz, führte in diesem Zusammenhang aus: „Wir konnten in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren einige Sonderbudgets aufstellen, z.B. für die Hubschrauber-Nachbeschaffung und die Sicherstellung der Mobilität. Wir haben aber nach wie vor die Aufgabe, an einer Erhöhung des Regelbudgets intensiv zu arbeiten, um es dem Bundesheer zu ermöglichen, seine Personalkosten, den Betrieb und die Instandhaltung von Gebäuden, Gerät und Bewaffnung zu ermöglichen.“<sup>92</sup>

Auffallend ist die Unterstützung der freiheitlichen Wehrpolitik durch – keineswegs immer der FPÖ angehörende – Offiziere und Beamte aus dem Verteidigungsressort. Dazu kamen kundige und engagierte Wehrsprecher, in den letzten Jahren etwa Dr. Fichtenbauer und Dr. Bösch. Wie der langjährige ORF-Chefredakteur und Brigadier der Miliz Prof. Walter Seledec meinte, ist „die FPÖ jene Partei, deren Wehrsprecher immerhin eine hohe Kompetenz in sicherheitspolitischen Fragen aufweisen“.<sup>93</sup>

<sup>89</sup> „Österreich neu regieren“ – das ÖVP-FPÖ-Regierungsprogramm vom Februar 2000 (<https://www.spiegel.de/media/media-2897.pdf>).

<sup>90</sup> Kernic, *Zwischen Worten und Taten*, 327.

<sup>91</sup> Ebd.

<sup>92</sup> Ich danke Oberst Dr. Bösch für diese Informationen.

<sup>93</sup> Walter Seledec, *Eine wehrhafte Republik? Österreichs militärische Sicherheitspolitik*, in: *Res Publica 1918 – 2018: Österreichs Freiheitliche und ihre Republik* (Wien: Freiheitliches Bildungsinstitut, 2018; online verfügbar unter [https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user\\_upload/www.fpoebildungsinstitut.at/dokumente/Publikationen/Res\\_Publica\\_web.pdf](https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoebildungsinstitut.at/dokumente/Publikationen/Res_Publica_web.pdf)), 189-213.



---

# **Das zivilgesellschaftliche Umfeld – die Korporationen**

---

**Der Wertewandel in den  
Studentenverbindungen**  
von  
Gerhard Hartmann

**Inhalt**

1	<b>Die Entstehung der neuzeitlichen Studentenverbindungen</b>	379
2	<b>Die Entstehung der konfessionellen Verbindungen</b>	383
3	<b>Die Entstehung von Studentenverbindungen in Österreich</b>	385
4	<b>Wertewandel im nichtkatholischen Verbindungsbereich bis 1914</b>	386
5	<b>Der Antisemitismus in den Studentenverbindungen</b>	391
6	<b>Die Auseinandersetzungen zwischen den schlagenden und den katholischen Verbindungen</b>	394
7	<b>Die organisierte und nichtorganisierte Studentenschaft in Österreich vor dem Ersten Weltkrieg</b>	398
8	<b>Der Erste Weltkrieg und die Studentenschaft</b>	399
9	<b>„Der Staat, den keiner wollte“</b>	401
10	<b>Ein österreichisches Phänomen: die Pennalien</b>	401
11	<b>Die Schaffung studentischer Vertretungskörper nach 1918</b>	402
12	<b>Die politische Einstellung der Studentenschaft nach 1918</b>	405
13	<b>Das Ende der Verständigungsphase</b>	407
14	<b>Das Vordringen des Nationalsozialismus auf den Hochschulen</b>	409
15	<b>Die Hochschulen im „Ständestaat“</b>	412
16	<b>Der März 1938</b>	414
17	<b>Nach 1945: Wiederaufbau und Entnazifizierung</b>	415
18	<b>Die Gründung der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH)</b>	415
19	<b>Das Wiederentstehen der schlagenden Verbindungen</b>	417
20	<b>Das Jahr 1968: ein Epochenwandel und die Folgen</b>	420
21	<b>Und die Studentenverbindungen in jener Zeit?</b>	424
22	<b>Studenten im Zeichen der Massenuniversität</b>	427
23	<b>Studentenverbindungen als Funktionselite für politische Parteien</b>	429
24	<b>Warum soll man heute noch einer Verbindung beitreten?</b>	434
25	<b>Quellen- und Literaturverzeichnis</b>	437

Für manche geht noch immer eine gewisse Faszination von couleurtragenden Studenten aus, der sie sich nicht entziehen können. Die Welt des Farbstudententums ist mit einem Odium des Geheimnisvollen umgeben, und man begegnet ihr oft mit Unverständnis, da nur mehr eine Minderheit der Studierenden ihr angehört. Einseitige Berichte in den Medien oder die klischeehafte Verwendung des Sujets Studentenverbindung in Fernsehspielen (vor allem in Krimis<sup>1</sup>) und in Filmen oder nicht differenzierende politische Urteile fördern das alles noch.

Daher wird in der folgenden Darstellung zum einen ein kurzer historischer Überblick über die Entstehung und Entwicklung des Verbindungswesens geboten. Zum anderen wird dann versucht, den weltanschaulichen Einstellungen und Werthaltungen in diesen Verbindungen bzw. Verbindungsgruppen sowie deren Wandel im Lauf der Zeit nachzugehen. Diese Analyse konzentriert sich auf die beiden wichtigsten Verbindungsgruppen, nämlich den katholischen Korporationen, vornehmlich die des CV, sowie den sog. schlagenden Verbindungen der unterschiedlichsten Art (Burschenschaften, Corps, Landsmannschaften etc.). Dabei wird auch auf das Verhältnis der beiden Gruppen untereinander eingegangen. Aufgrund des vorgegebenen Umfangs kann aber diese Darstellung nicht allzu sehr ins Detail gehen. In diesem Zusammenhang wird auf das am Ende des Beitrags befindliche Literaturverzeichnis verwiesen.

## 1 Die Entstehung der neuzeitlichen Studentenverbindungen

Die Ursprünge der Studentenverbindungen reichen bis ins Mittelalter. Solange gesellschaftliche Formationen bestehen, gibt es auch Schichten, Gruppierungen, Klassen, Sekten und Bünde mit jeweils eigenen Binnenstrukturen, Subordinationen sowie

Codices mit eigenem Jargon, eigenen Wert- und Traditionsvorstellungen, eigener Emblematik und eigenem Ritual. Je hermetischer solche Bünde organisiert waren bzw. sind, desto eigenwilliger – nämlich vom übrigen unabhängig und konträr – geriet der eigene kulturelle Überbau: die Subkultur.

Die ältesten von ihnen sind religiös: die Kirche samt Untergliederungen und Sondergemeinschaften (Orden). Im säkularen Bereich zählt zu den ältesten das Universitätswesen. Dieses hat zu allen Zeiten seinen sichtbaren, der Allgemeinheit immer wieder auffälligen Ausdruck in der Organisation der Verbindungsstudenten gefunden, deren Subkultur einen hohen Grad von Kontinuität zeigt.<sup>2</sup>

Die neuzeitlichen Universitäten sind kirchlichen Ursprungs, sie gingen aus den Domschulen hervor. Als studentische Organisationen entstanden damals die **Bursen** und unter romanischem Einfluß in Wien, Prag und Leipzig die **Nationen**, die die Studenten nach ihrer Herkunft zusammenfaßten. Die Bursen versuchten, den Idealen eines monastischen Edukationsprinzips zu folgen. Man lebte unter der Leitung eines Priors, und der Tagesablauf war streng geregelt. Sie gehörten zur organisatorischen Struktur der mittelalterlichen Universität und waren in einzelnen Fällen auch an deren Selbstverwaltung beteiligt. Zu Beginn der Neuzeit verschwanden sie. In Wien erinnert z. B. die Rosenbursenstraße in der Nähe des alten Universitätsviertels noch an diese Einrichtung. In diesen beiden Organisationsformen – Bursen und Nationen – entwickelten sich bereits studentische Bräuche, wie sie noch heute im Verbindungsleben teilweise üblich sind.

Im Lauf des 17. und 18. Jahrhunderts entstanden aus den „alten“ Nationen die „neuen“ Nationen oder **Landsmannschaften** sowie unter freimaurerischem Einfluß die **studentischen Orden**, die erstmals das Lebensbundprinzip (Lebensfreundschaft) einführten, das bis heute ein Charakteristikum fast aller Arten von Studenten-

<sup>1</sup> Beispielhaft sei der Münsteraner Tatort „Satisfaktion“ (2007) genannt, der inzwischen wiederholt ausgestrahlt wurde. Dazu siehe Wippermann 9f.

<sup>2</sup> Einen guten Überblick über das Universitäts- und Studentenwesen mit vielen Literaturangaben bieten Krause 1997; Boockmann; Burschen Herrlichkeit; Ellwein; Girtler; Golücke; Jaraus; Paschke; Lönnecker 2008 (mit umfangreichen Literaturverweisen); Wippermann. Eine kritische („linke“ bzw. „gender-verpflichtete“) Sichtweise auf das Verbindungsstudententum findet sich bei Schäfer 1977 und Kurth.

verbindungen geblieben ist.<sup>3</sup> Aus diesen beiden Formen entwickelten sich an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert die **Corps** und **Burschenschaften**. Mit diesen wurde die bis heute bestehende „moderne“ Studentenverbindung geschaffen, sie waren Vorbild für die weiteren Verbindungsgründungen des 19. Jahrhunderts.

Eine der Grundlagen für die Herausbildung des modernen Typs einer farbentragenden Studentenverbindung war vor allem das Einsetzen der „Epoche der Freundschaft“, die zu dem genannten Lebensbundprinzip führte. Nach diesem gehört jemand durch einen besonderen Eid (Burscheneid) einer Verbindung das ganze Leben, auch nach Vollendung des Studiums, als Alter Herr an.

Sozialhistorisch ist festzustellen, daß sich im deutschen Sprachraum ab 1750 ein System von qualitativ neuer, hochpersonalisierter Freundschaftsbeziehungen entwickelt hat. Sie bildeten die soziale Grundstruktur der vielen unterschiedlichen kulturellen, geselligen und politischen bürgerlichen, fast ausschließlich von Männern getragenen Vereinigungen, die sich in dieser Epoche in Form von Geheimgesellschaften, Logen, literarischen Zirkeln, politischen Gruppierungen, beruflichen Interessensverbänden und sozialen Genossenschaften bildeten. Die Gründe für diese „Epoche der Freundschaft“ lagen nach dem renommierten deutschen Soziologen Friedrich Tenbruck<sup>4</sup> in dem raschen sozialen Transformationsprozeß von der ständisch-barocken Gesellschaft in eine differenzierte bürgerlich-industrielle Gesellschaft, wo es zu einem Identitätsverlust des Individuums gekommen ist. Dessen „Ich-Findung“ stabilisierte sich wieder erst über die „Ich-Entdeckung“ im Freund.

Dieser Transformationsprozeß erfuhr seine früheste Ausformung im intellektuell-akademischen Bereich, und zwar in den Studentenverbindungen, und fand dann Ende des 19. Jahrhunderts seinen Abschluß in Genossenschaften, Arbeiter-Bildungsvereinen, Wander- und Gesangsvereinen etc. Mit Recht kann man daher vom 19. Jahrhundert als dem Jahrhundert der Vereine sprechen.

Wichtigstes Element all dieser Freundschaftsbünde, vor allem der Lebensverbindungen, ist daher diese hochpersonalisierte Freundschaft, wie sie in einer emotional begründeten Gruppenidentifikation als Selbstbildnis des Individuums Ausdruck findet. Davon ausgehend bezeichnete Gernot Stimmer in seiner umfangreichen Studie „Eliten in Österreich“ mit dem Begriff „Bundelite“ die verschiedensten Vereinigungen, vornehmlich studentisch-akademischer Art, die sich auf der Basis dieser personalisierten Freundschaftsbeziehungen zum Führungspotential der bürgerlichen Gesellschaft und zur politischen Organisationsform ab dem 19. Jahrhundert im deutschen Sprachraum entwickelt haben.<sup>5</sup>

Bereits 1887 hat Ferdinand Tönnies, einer der Wegbereiter der modernen Soziologie im deutschsprachigen Raum, den Begriff „Gemeinschaft“, die auf Freundschaftsbeziehungen und dem Gefühl von Zusammengehörigkeit fußt, definiert und der „Gesellschaft“ gegenübergestellt. Max Weber hat zusätzlich noch die Kategorie „Bund“ eingeführt, für den Freundschaftsbeziehungen, Spontaneität sowie Begeisterung für eine Sache typisch sind. Dessen Mitglieder sind durch das Erleben gemeinsamer Ziel- und Wertvorstellungen verbunden. Die moderne Soziologie gebraucht dafür den Begriff „Primärgruppe“.<sup>6</sup>

Der Typus der Studentenverbindungen wurde für die deutschsprachigen Universitäten im 19. und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts bestimmend, um dann zu Beginn des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts infolge der gesellschaftlichen Umwälzungen nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Beginn der Massenuniversität zunehmend an quantitativer Bedeutung zu verlieren. In jener Zeit war die Verbindung „für viele Akademiker konstitutiver Bestandteil ihres Lebens und ihrer Persönlichkeit“.<sup>7</sup>

Das Corps **Onoldia** Erlangen (gestiftet am 28. Mai 1798) ist die älteste heute noch bestehende Korporation. Ursprünglich hießen die Corps bis 1811/12 noch Landsmannschaften. Sie hatten

<sup>3</sup> Müller; Reinalter; Wippermann S. 20f.; Zillner.

<sup>4</sup> Tenbruck insbes. S. 436f.

<sup>5</sup> Stimmer Eliten S. 42.

<sup>6</sup> Kaupp 2004 S. 14f. Das Werk von Tönnies aus 1887 heißt „Gemeinschaft und Gesellschaft“ (Neudruck Darmstadt 1991).

<sup>7</sup> Lönnecker S. 401.

sehr viel vom Geist der studentischen Orden, insbesondere das Lebensbundprinzip, übernommen und gründeten relativ bald jeweils Allgemeine Senioren-Convente (ASC) an jedem Hochschulort. 1821 bildeten die ASC von Halle, Jena und Leipzig das Kartell der ASC. 1848 trafen sich Vertreter von solchen Seniorenconventen in Jena, was als Gründung des bis heute bestehenden **Kösener Senioren-Convents-Verbands** (KSCV) angesehen wird, der sich dann ab 1855 regelmäßig in Kösen traf. Damit gelang es den Corps, gegenüber den Burschenschaften einen Führungsanspruch durchzusetzen, die erst weitaus später einen Dachverband gründeten.<sup>8</sup>

In der Endphase der Napoleonischen Kriege („Freiheitskriege“) entstand zwischen 1810 und 1812 die Burschenschaftsidee sowie auch der Terminus **Burschenschaft**. Man wollte damals das Korporationswesen reformieren, und es sollte nur eine Burschenschaft pro Universität als Sammlung aller Studenten existieren – es gab deren pro Universität oft weniger als Schüler eines heutigen Gymnasiums. Beeinflußt wurde diese Idee sehr stark von damaligen Schriftstellern wie u. a. von Johann Gottlieb Fichte mit seinen „Reden an die deutsche Nation“ (1807/08), Ernst Moritz von Arndt, Theodor Körner und Heinrich von Kleist.

Verstärkt wurde sie durch eine emotionale Kriegsbegeisterung. Während in der ersten Phase der Napoleonischen Kriege auf Seiten der Alliierten Berufsheere kämpften, wurde in einer späteren Phase in Österreich und Preußen Elemente eines „Volksheeres“ mit der Landwehr eingeführt. Diese allgemeine „Teilhabe“ an der Befreiung von Napoleon beeinflusste für Deutschland das Entstehen einer nationalen Idee, die sich aufgrund des bislang bestehenden extremen Partikularismus im Heiligen Römischen Reich gar nicht entwickeln konnte.

In Jena, das damals zum Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach gehörte, herrschte durch die Weimarer Klassik sowie auch durch den gleichweise verständnisvollen Großherzog Karl

August (1757–1828) ein günstiges Klima für das Entstehen einer Burschenschaft. Dort gründeten am 12. Juni 1815 143 Studenten die erste Burschenschaft, auch **Urburschenschaft** genannt.<sup>9</sup> Vom Lützow'schen Korps wurden die Farben Schwarz–Rot–Gold übernommen.

Mit dem **Wartburgfest** am 18./19. Oktober 1817, das sowohl im Gedenken an die Völkerschlacht von Leipzig (1813) als auch an Martin Luther maßgeblich von „Turnvater“ Friedrich Ludwig Jahn (1778–1852) vorbereitet wurde, trat die Burschenschaftsbewegung an die Öffentlichkeit. Zu diesem Fest erschienen etwas über 500 von den insgesamt damals 8.000 deutschen Studenten, vor allem aus Jena, Göttingen, Kiel, Gießen, Berlin, Erlangen, Halle und Heidelberg. Neben einer evangelischen Abendmahlsfeier, eines Aufmarsches, verschiedenen programmatischen Reden und anderen Veranstaltungen kam es ohne vorheriges Wissen der Veranstalter auf dem nahen Wartenberg zu einer „spontanen“ **Bücherverbrennung**, durchgeführt von einigen Turnern um Jahn, wobei sich nicht alle Festteilnehmer daran beteiligten.

Bedeutung gewann aber die von einigen Teilnehmern nachher ausgearbeiteten 36 **Grundsätze und Beschlüsse vom 18. Oktober**, die als erste programmatische Zusammenstellung der Leitgedanken des liberalen Nationalismus in Deutschland bezeichnet werden können und die für die damalige Zeit eine gehörige politische Sprengkraft besaßen. Darin wurden u. a. gefordert: politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands, eine konstitutionelle Regierung, Abschaffung der Leibeigenschaft sowie Presse- und Vereinsfreiheit. Obwohl sie offiziell nie beschlossen wurden, beeinflussten sie maßgeblich den Konstitutionalismus des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts.<sup>10</sup>

Nach dem Wartburgfest kam es zur Gründung von weiteren Burschenschaften an verschiedenen Universitäten, und am 18. Oktober 1818 wurde in Jena eine **Allgemeinen Burschenschaft** gegründet. Um die Jahreswende 1818/19 waren bereits

<sup>8</sup> Der KSCV ist eigentlich kein Zusammenschluß der einzelnen Corps sondern seiner Seniorenconvente, d. h. der örtlichen Organisationen. Über die Corps speziell siehe „Wir wollen Männer“; Studier; Wippermann, S. 32.

<sup>9</sup> Über die Gründung der Burschenschaften, deren erste Geschichte und das Wartburgfest siehe neben der in Anm. 1 genannten Literatur noch: Asmus; Balder; Brandt; Schröder; Mölzer Demokraten. Kritisch zu den Burschenschaften der Sammelband Blut und Paukboden, darunter Schäfer 1997.

<sup>10</sup> Kaupp 2004.

rd. 3.000 Studenten Mitglieder von Burschenschaften. Das war ein Drittel der Studenten des Deutschen Bundes; ohne Österreich gerechnet, wo es kaum Burschenschaften gab, waren das 40 Prozent. Damit waren die Burschenschaften die erste gesamt-nationale Organisation des deutschen Bürgertums. In und mit der Burschenschaftsidee wurde gemeinsam mit der auftretenden Romantik ein deutsches Nationalgefühl geschaffen, das auf weiten Strecken republikanisch orientiert war und somit in Konflikt mit den damals vorherrschenden Monarchien geraten mußte. So wurde dadurch die Herausbildung einer „politischen Gegenelite“<sup>11</sup> zum herrschenden System des Absolutismus und des Adels gefördert.

Die Burschenschaften waren auch die erste moderne, nationale Jugendbewegung der deutschen Geschichte, erfolgreich in der Politisierung einer Studentengeneration, in der Verbreitung nationaler und liberaler Ideen im Bildungsbürgertum und in der Herausforderung des Metternich'schen Systems des Vormärz. Fortschrittliche Tendenzen verquickten sich mit schwärmerischen Elementen, gemäßigte Reformansätze der Mehrheit mit revolutionären Bestrebungen der Minderheit.

Unterschiedlich sind die Bewertungen dieser frühen Burschenschaftsbewegung. Für die einen (Konrad H. Jarausch, Andreas Mölzer) steht sie am Beginn der liberal-demokratischen Entwicklung, für andere „neolinker“ Autoren (wie z. B. Gerhard Schäfer und Herbert Marcuse) ist die romantische „Deutschtümelei“, die sich in Reaktion auf das Napoleonische System herausbildete, der Anfang jener Entwicklung, die in der „deutschen Katastrophe“ des 20. Jahrhunderts mündete. Dies ist genauso abwegig wie die Versuche der burschenschaftlichen Geschichtsschreibung, durch die Überbetonung der liberal-demokratischen Wurzeln ihrer Bewegung die deutschnational-rechtsradikale Vergangenheit und Gegenwart zu kalmieren. Interessant ist auch, daß die seinerzeitige DDR-Historiographie die frühburschenschaftliche Epoche grundsätzlich positiv beurteilt hatte.

Die rigorose Unbedingtheit der burschenschaftlichen Idee führte bald zu einer Radikali-

sierung mancher burschenschaftlicher Kreise, die sogar den politischen Mord rechtfertigten. Von diesen Ideen wurde der Burschenschafter Karl Ludwig Sand beeinflusst. Sein Haß wurde auf August von Kotzebue (1761–1819) gelenkt, einen Schriftsteller und russischen Geheimberichterstatler, der die nationale und liberale Bewegung satirisch verspottete. Sand ermordete daraufhin Kotzebue am 23. März 1819 in Mannheim mit zwei Dolchstößen.

Die Reaktion folgte auf dem Fuß: Abgesehen von der Verurteilung Sands zum Tod war nun die Gelegenheit gegeben, die nationale und liberale Studentenbewegung mundtot zu machen. Auf Betreiben des österreichischen Staatskanzlers Clemens Fürst Metternich (1773–1859) verbot der Deutsche Bund am 20. September 1819 mit den sog. **Karlsbader Beschlüssen** die Studentenverbindungen, insbesondere die Burschenschaften. Sie wurden in der Folge in den Untergrund gedrängt.

Das repressive vormärzliche System war aber auf die Dauer nicht zu halten. In Österreich sind ab 1840 wieder burschenschaftliche Aktivitäten zu beobachten, nachdem dort die Vereinsgesetze von 1840 und 1843 derartige Möglichkeiten eröffneten, allerdings in einem engen Bewilligungs- und Konzessionskorsett.<sup>12</sup> Ab Mitte der vierziger Jahre gab es in Österreich auch Anzeichen von Unruhen, ebenso wurden Forderungen z. B. nach Aufhebung des Zensurgesetzes erhoben. Ab 1847 kam noch eine soziale Komponente hinzu, wodurch auch die Arbeiterschaft für eine Veränderung der Verhältnisse sensibilisiert wurde. So kam es zur **Revolution von 1848**.

Die Ereignisse im Februar dieses Jahres in Paris blieben in Wien nicht unbekannt, und in Köln, Berlin, Mannheim, Heidelberg und anderswo kam es zu ersten Versammlungen und Forderungen nach einer Umgestaltung des Deutschen Bundes. Am 11. März richteten Wiener Bürger an Kaiser Ferdinand I. eine Petition für die Gewährung der Pressefreiheit, tags darauf wiederholten das burschenschaftliche Studenten.<sup>13</sup> Am 13. März begannen dann die revolutionären Ereignisse in Wien, Militär wurde eingesetzt, und

<sup>11</sup> So nach Stimmer Eliten S. 115.

<sup>12</sup> Schauer S. 22f.

<sup>13</sup> Die Darstellung des Jahres 1848 folgt Frey.

am 14. März bildete sich die Akademische Legion. Die Lage beruhigte sich etwas durch die Abdankung und Abreise des verhaßten Staatskanzlers Metternich und die Ankündigung einer Verfassungsreform. Ab Mitte Mai begannen aber in Wien neuerlich Aufstände gegen restaurative Tendenzen, und am 6. Oktober 1848 brach dann dort wiederum eine Revolte aus, die mit einem Militäreinsatz beantwortet werden mußte.

Burschenschaftlich-studentische Kreise – von Burschenschaften kann man wegen des strengen Verbots nicht sprechen – waren zweifelsohne die Avantgarde dieser Bewegung, besonders in Wien. Die Idee einer Organisation der Studentenschaft konnte durch das repressive Vormärz-System nicht unterdrückt werden.

## 2 Die Entstehung der konfessionellen Verbindungen

Da die Universitäten des Mittelalters entweder kirchliche Gründungen waren oder stark vom Klerus dominiert wurden, war ursprünglich das religiöse Leben innerhalb der Studentenschaft vor allem in den Bursen fast klosterähnlich geregelt. Die Reformation, der Humanismus und in der Folge die Aufklärung entfernten das studentische Leben immer mehr von der religiösen Praxis. Seit dieser Zeit entwickelten sich die Universitäten und somit die mit ihnen verbundenen Studentenorganisationen immer mehr außerhalb des christlichen Bezugs, ohne jedoch die persönliche religiöse Haltung des einzelnen Studenten dabei zu berühren. Dem versuchten z. B. die im 16. Jahrhundert gegründeten Jesuiten mit der Idee der *Marianischen Kongregationen* entgegenzuwirken.

Die in den Freiheitskriegen erwachsene Burschenschaftsidee verstand sich anfänglich auch als eine allgemein christliche. Nicht zuletzt hieß ihr Wahlspruch ursprünglich „Gott, Ehre, Freiheit, Vaterland“. Dieses christliche Konfessionsprinzip fiel der zunehmend radikalen Politisierung zum Opfer, daher mußte sich die religiöse Sehnsucht der Studenten andere Organisationsformen suchen.<sup>14</sup> Anfang des 19. Jahrhunderts entstand bei den Protestanten eine vor allem von Friedrich Schleiermacher (1768–1834) beeinflusste religiöse

Erneuerungs- und Frömmigkeitsbewegung, die in der Folge die Grundlage für konfessionelle Verbindungen war. Und so sammelte sich ab 1830 in Erlangen eine Gruppe protestantischer Theologen, die sich ab 1836 als fester Verein konstituierte. Er nannte sich **Uttenruthia** nach dem Dorf Uttenreuth bei Erlangen, wohin deren Mitglieder oft spazierten. Obwohl die Uttenruthia asketisch ausgerichtet war, übernahm sie trotzdem die Verbindungsform, die damals allgemein in der Studentenschaft eingebürgert war. Es ist dies das erste Mal, daß die studentische Form nicht als Selbstzweck betrieben wurde, sondern als Mittel zum Zweck. Wichtig für die Uttenruthia war das religiöse Prinzip. Um aber innerhalb der Studentenschaft nicht zum Außenseiter zu werden, konstituierte sie sich als Verbindung.

Dieses Beispiel führte zur Nachahmung, so daß es zur Gründung ähnlicher Vereinigungen kam. Die Bonner Verbindung nannte sich als erste **Wingolf**. Der Dichter Friedrich Gottlieb Klopstock (1724–1803) verstand unter diesem Namen einen ideellen Freundschaftstempel. In der Folge nannten sich fast alle derartigen Verbindungen Wingolf und gründeten am 27. April 1844 den Wingolfsbund. Strenggenommen ist er allgemein-christlich und ohne Konfessionsprinzip, jedoch treten ihm fast ausschließlich Protestanten bei, wobei bis zum Ersten Weltkrieg der Anteil der Theologen mehr als 50 Prozent betragen hatte.

Damit war ein erster Schritt getan: Es gab nun Studentenverbindungen, deren Mitglieder ein aktives Christentum auch im Rahmen einer Korporation pflegten und sich dazu bekannten.

Die Jahrzehnte vor und nach 1800 waren von einem Transformationsprozeß gekennzeichnet, der Europa in unterschiedlicher Form traf. Durch die Aufklärung im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts begann sich die Gesellschafts- und Staatsform des fürstlichen Absolutismus langsam aufzulösen. Gleichzeitig wurden die Grundlinien eines Verfassungsstaates mit Gewaltenteilung sowie Grund- und Freiheitsrechten angedacht, die in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung (1776) und dann in der Französischen Revolution (1789) erste Formulierungen erfuhren. Die in dieser Zeitepoche diskutierten und formulierten Gedanken ließen sich nicht mehr rückgängig machen.

<sup>14</sup> Über die christlichen Verbindungen und die Gründung des Wingolfs siehe Hartmann P.; Zoher S. 20–24.

Durch die Napoleonischen Kriege kam es auch zu einer Neuordnung Mitteleuropas. Anfang August 1806 legte Kaiser Franz II. (1768–1835) die römisch-deutsche Kaiserkrone nieder. Bereits davor wurde im Reichsdeputationshauptschluß des Jahres 1803 das für den deutschen Sprachraum wohl einzigartige Reichskirchensystem beendet. Dessen Verschwinden hatte für die Katholiken gravierende Folgen, denn die meisten der geistlichen Fürstentümer kamen unter die Herrschaft protestantischer Fürsten, insbesondere des Königs von Preußen. In diesen Staaten wurden die Katholiken zur Minderheit, was in der Folge bei ihnen u. a. ein Inferioritätsgefühl hervorrief. Damit war ein Grundstein für den Kulturkampf des 19. Jahrhunderts gelegt.

Die Amtskirche (und der Klerus) waren – vor allem außerhalb Österreichs – in der ersten Zeit nach 1815 mit der Rekonstituierung ihrer Strukturen und Vermögenssituation beschäftigt, so daß die Katholiken daher von der Kirchenführung in dieser Zeit mehr oder minder alleine gelassen waren. Sie waren aber ebenso wie alle anderen Deutschen (und Österreicher) von einer Aufbruchstimmung erfaßt, die einerseits zu dem bereits erwähnten erwachenden deutschen Nationalgefühl führte. Andererseits kam es durch den kirchlichen Umbruch, der in Österreich bereits durch den Josefismus vorweggenommen wurde, auch unter den Katholiken zu einer geistigen Neuorientierung in der katholischen Romantik des Vormärz – es seien als Vertreter bzw. Initiatoren nur Joseph Görres (1776–1848) im Rheinland sowie Klemens Maria Hofbauer (1751–1820) und sein Kreis in Wien genannt.

Damit entstand im deutschsprachigen Raum ein spezieller Katholizismus, der zur Herausbildung eines besonderen katholischen Milieus führte, welches als Vergesellschaftungsform der Katholiken teilweise die Nachfolge des Konfessionsstaates antrat.<sup>15</sup> Diese Milieubildung wurde durch erste Anzeichen eines Kulturkampfes in Preußen entscheidend gefördert, der aber auch u. a. zu einer „Bunkermentalität“ und einem „ultramontanen“ Zentralismus des römischen Papsttums sowie zu päpstlichen Verurteilungen

„moderner Zeitirrtümer“ führte (1832 die Enzyklika *Mirari vos*; 1864 die Enzyklika *Quanta Cura*, der sog. *Syllabus*; 1870 das Unfehlbarkeitsdogma auf dem I. Vatikanum; 1907 die Antimodernisten-Enzyklika *Pascendi Dominici gregis*).

Aus diesem Prozeß heraus entstand im Lauf des weiteren 19. Jahrhundert infolge des Kulturkampfes eine katholische Emanzipationsbewegung, die u. a. zum Ziel hatte, die Rechte der Katholiken im Rahmen der (z. B. in Österreich ab 1867) gewährten Grund- und Freiheitsrechte nicht nur nicht zu sichern, sondern auch zu ermöglichen, daß die Katholiken ihren legitimen Platz innerhalb des sich ausbildenden parlamentarischen Systems einnehmen können. Daraus entwickelte sich dann der **Politische Katholizismus** bzw. die Christliche Demokratie.

Die Formierung dieses katholischen Milieus hatte folgende Auswirkungen:

1. Die Herausbildung eines für den deutschen Sprachraum sehr differenzierten katholischen **Vereins- und Verbandswesens**, das in seinen Grundzügen bis heute überdauert hat und nach wie vor eines der wesentlichen Grundlagen des – wenn auch „verdunstenden“ – volkikirchlichen Systems darstellt.
2. Die Herausbildung des **parteilich-politischen Katholizismus** in Form der Zentrumsparterie (Deutsches Reich) und der Katholisch-Konservativen bzw. Christlichsozialen Partei (Österreich), die ihre Fortsetzung nach 1945 in den von den Ideen der Christlichen Demokratie geprägten sozialen Integrationsparteien der CDU/CSU und ÖVP fanden.
3. Das waren wesentliche Voraussetzungen dafür, daß im Rahmen dieser katholischen Milieubildung, in die der Prozeß der Herausbildung des katholischen Vereinswesens wesentlich eingebettet ist, die **farbentragenden katholischen Studentenverbindungen** entstehen konnten.<sup>16</sup>

Die ersten katholischen Studentenverbindungen entstanden in der Schweiz mit dem **Schweizerische Studentenverein** (StV), der am 31. August 1841 in Schwyz gegründet wurde.<sup>17</sup> Seine Entstehung stand in Zusammenhang mit den (kirchen)

politischen Wirren der Schweiz in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts.

Der Bischof von Trier, Wilhelm Arnoldi, absolvierte 1844 nach der Ausstellung des „Heiligem Rockes“ in Bonn einen Erholungsurlaub, wo ihm zu Ehren die katholische Studentenschaft einen Fackelzug veranstaltete. Davon beeindruckt gründeten sieben Teilnehmer am 15. November 1844 die erste katholische Studentenverbindung **Bavaria**.<sup>18</sup>

Sie ist nicht nur die älteste katholische akademische Korporation Deutschlands, sie ist wohl auch der älteste moderne katholische Verein Deutschlands überhaupt. Somit stand die Idee des katholischen Farbstudententums am Anfang der machtvollen katholischen Volksbewegung der Verbände und Vereine des deutschen Sprachraums.

Relativ unabhängig voneinander entstanden an anderen deutschen Hochschulorten katholische farbentragende Verbindungen, so im Februar 1851 in München die **Aenania**.<sup>19</sup> Nach weiteren Gründungen in Deutschland und Österreich schlossen sich diese Verbindungen Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts im **Cartellverband der katholischen-deutschen Studentenverbindungen (CV)** zusammen,

Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden auch nichtfarbentragende katholische Studentenverbindungen bzw. -vereine, die nur zum Teil das studentische Brauchtum (Komment) übernommen hatten. Daraus entstanden der **Kartellverband der katholischen deutschen Studentenvereine (KV)**<sup>20</sup> sowie der **Unitas-Verband der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine (UV)**. Mit diesen Gründungen war die erste Phase der Entstehungsgeschichte katholischer Studentenverbindungen und -vereine in Deutschland abgeschlossen. Sie wurden Teil jener erwähnten großen katholischen Reform-, Erneuerungs- und Vereinsbewegung, die nach 1840 in Deutschland und Österreich ein festes papsttreues, katholisches Milieu entstehen ließ.<sup>21</sup>

### 3 Die Entstehung von Studentenverbindungen in Österreich

In Österreich dominierte bis 1848 das vormärzlich-metternichsche System, das – wie erwähnt – keine Studentenverbindungen zuließ. Solche konnten sich höchsten im Untergrund bilden, liefen aber Gefahr, aufgedeckt zu werden. 1849 und 1852 wurden in Österreich Vereinsgesetze erlassen, wobei die Vereine unter einer besonderen Aufsicht durch die Staatsbehörden standen.<sup>22</sup>

Nach 1848 etablierte sich in Österreich das neoabsolutistische System, das sich erst nach dem verlorenen Krieg des Jahres 1859 und der ihm folgenden Verfassungsreformen von 1860 (Oktoberdiplom) und 1861 (Februarpatent) zu lockern begann. Man schritt nicht mehr gegen geheim gegründete studentische Vereinigungen ein, die sich nach und nach an die Öffentlichkeit wagten. Das Vereinsgesetz vom 15. November 1867 – entstanden im Zuge des Staatsumbaus und des Erlasses von Staatsgrundgesetzen für die österreichische Reichshälfte – brachte den studentischen Vereinigungen die behördliche Anerkennung.

Trotzdem entstand bereits vor 1867 auf dem Gebiet des heutigen Österreich eine Reihe von Verbindungen.<sup>23</sup> Von den heute noch bestehenden waren das in **Wien** 1850 die Saxonia, die sich 1866 zu einem Corps (in der Folge C! abgekürzt) erklärte und die älteste bestehende Korporation Österreichs ist, sowie die späteren Burschenschaften (in der Folge B! abgekürzt) Olympia (1859, anlässlich eines Fackelzuges zum 100. Geburtstag von Friedrich Schiller gegründet), Libertas (1860), Silesia (1860), Germania (1861, 1952 in die B! Gothia aufgegangen), Alemannia (1862) und die braune Arminia (1865, 1887 sistiert) sowie die Sängerschaft (in der Folge S! abgekürzt) Ghibellinen (1858, nach 1945 in die S! Barden aufgegangen).

In **Graz** waren das die B! Stiria (1861), das C! Joanea (1861), das C! Teutonia (1863), die S! Gothia (1863) und der Akademische Turnverein

<sup>15</sup> Dazu siehe Damberg.

<sup>16</sup> Über die Gründung katholischer Studentenverbindungen siehe Hartmann 2006 S. 27f.

<sup>17</sup> Schönenberger.

<sup>18</sup> Zur Gründung Bavarias siehe Mayer S. 20–31; Weiss.

<sup>19</sup> Zur Gründung der Aenania: Hundertfünfzig Jahre Aenania, S. 44f.

<sup>20</sup> Binder 1989; Carstairs.

<sup>21</sup> Mayer S. 268.

<sup>22</sup> Schauer S. 22f.

<sup>23</sup> Rekonstruiert nach Krause 2007.

(ATV; 1864). In **Innsbruck** waren das die beiden Corps Rhaetia (1859) und Athesia (1861).

Auch wenn bei diesen aufgezählten Verbindungen die Begriffe Burschenschaft oder Corps stehen, so haben sich diese anfänglich meistens nicht schon als solche deklariert. Die Festlegung erfolgte oft mehrere Jahre später. Sie waren zu dieser Zeit, also vor 1867, in der Hauptsache von den Ideen der Revolution des Jahres 1848 inspiriert. Diese waren getragen vom Konstitutionalismus, d. h. von der Forderung nach einer Verfassung, die die bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte enthalten sollte. Ihre Mitglieder rekrutierten sich hauptsächlich aus dem aufstrebenden Bürgertum in den Großstädten und den kleinstädtischen Eliten, die nach 1867 zum politischen Rückhalt der liberalen Ära wurden. Deren politische Elite rekrutierte sich wiederum aus diesen Verbindungen.

Die katholischen Studentenverbindungen machten auch vor den damaligen Grenzen Österreichs nicht halt. Allerdings entstand vor 1867 nur die Austria in Innsbruck. Die 1877 entstandene Wiener Austria war ursprünglich ein Verein, der sich erst im Verlauf der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts zu einer voll farbentragenden Verbindung mutierte. Im Jahr 1883 entstand dann die Norica. Danach gab es bis zum Ende des 19. Jahrhunderts keine Gründung mehr in Wien. Dasselbe traf auch auf Innsbruck zu. In Graz entstand 1888 die Carolina, auch sie war dort bis 1908 die einzige katholische Verbindung. Hingegen entstanden zwischen 1867 bis zur Jahrhundertwende in Wien, Graz und Innsbruck eine Reihe von Burschenschaften, Corps, Landsmannschaften, Sängerschaften, Turnerschaften usw., die nicht selten kurzlebig waren und auf die einzeln hier nicht näher eingegangen wird.<sup>24</sup>

Diese Verbindungen schlossen sich den inzwischen entstandenen Dachverbänden an, das waren in der Hauptsache die Deutsche Burschenschaft (DB), der Kössener Senioren-Conventsverband (KSCV) für die Corps und der Coburger Convent (CC) für die Landsmannschaften. Für die katholischen farbentragenden Verbindungen war das der Cartellverband (CV). Der Kartellverband der

nichtfarbentragenden Vereine (KV) spielte vor 1914 in Österreich kaum eine Rolle.

Bei der Beurteilung des studentischen Lebens sowie des Engagements in Österreich vor 1914 darf man jedoch deren Quantität nicht unbeachtet lassen. Eine historische Betrachtung aus dem Blickwinkel der nunmehrigen Massenuniversität wäre allerdings unangebracht. So hat die Hörerzahl bezogen auf das Gebiet des heutigen Österreich im Studienjahr 1868/69, also nach dem Umbau der Monarchie im Jahr 1867, lediglich 6.226 betragen, was sich dann 1913/14, dem letzten Studienjahr vor dem Krieg, auf 19.249 gesteigert hatte.<sup>25</sup> Diese Zahlen beinhalteten in der Hauptsache die Hörer der drei Universitäten Wien, Graz und Innsbruck sowie die der Technischen Hochschulen in Wien und Graz. So hatte z. B. die Grazer Universität vor 1914 knapp 1.900 Hörer, eine Zahl, an die ein nunmehriges Schulzentrum schon herankommen kann. Bei diesen Zahlen muß man auch noch berücksichtigen, daß damals das Einzugsgebiet der drei Universitäten weit über die Grenzen des heutigen Österreich hinausging. Dieser Umstand fiel nach 1918 weitgehend weg.

#### 4 Wertewandel im nichtkatholischen Verbindungsbereich bis 1914

Die katholischen Verbindungen haben ihren stabilen Wertebezug in der katholischen Kirche. Deren Wandel – man denke an das II. Vatikanische Konzil und dessen Folgen – hatte naturgemäß auch Auswirkungen auf diese. Das gilt auch in der Wechselwirkung mit dem Politischen Katholizismus. Insgesamt läßt sich aber deren Wertewandel als überschaubar und organisch beurteilen, obwohl er im internen Bereich auch zu Konflikten führen konnte, die aber bei dieser Betrachtung nebensächlich sind.

Hingegen waren die nichtkatholischen Verbindungen im Laufe der letzten 150 Jahre einem wesentlich stärkeren Wertewandel unterworfen. Das lag bzw. liegt zum einen sicherlich am Fehlen eines „sicheren Ankers“, so wie er bei den katholischen Verbindungen gegeben ist. Zum anderen

ist aber zu berücksichtigen, daß die Verbindungen, katholische wie nichtkatholische, im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in den Entstehungsprozeß des österreichischen Parteiensystems eingebunden waren. Dieses bildete sich nach 1867 durch die Schaffung eines aus Wahlen hervorgegangenen Abgeordnetenhauses des Reichsrates heraus, indem es dort zu Klubbildungen (Fraktionen, „Parteien“) gekommen war. Dafür gab es zwei Kriterien: nach der Zugehörigkeit zu einer Nationalität und/oder nach der politischen Einstellung. Für letztere gab es anfänglich im deutschen Bereich zwei Gruppen: die Konservativen und die Liberalen. Aus den letzteren bildete sich im Laufe der Zeit die mehr radikal agierende „Linke“ (hat mit dem heutigen politischen Begriff „Links“ wenig gemein!) heraus.

Die „Deutsche Linke“ verfaßte im September 1882 das **Linzer Programm**, ein detailliertes Aktionsprogramm mit politischen Forderungen, das man nach heutigen Maßstäben fortschrittlich demokratisch, aber auch deutschnational nennen könnte. Zu dieser Linzer Gruppe gehörten u. a. der spätere Sozialdemokrat Engelbert Pernerstorfer (B! braune Arminia Wien, B! Arminia Graz), der später gemäßigte Deutschnationale Otto Steinwender (B! Silesia Wien), der spätere Führer der Alldeutschen Georg von Schönerer (B! Germania Innsbruck)<sup>26</sup> und die später am national-antisemitischen Flügel angesiedelten Christlichsozialen Ernst Vergani und Robert Pattai (C! Joannea Graz), aber auch der deutschnationale Historiker Heinrich Friedjung (B! Germania Prag) und der ebenfalls ursprünglich deutschnationale, später dann sozialdemokratische Victor Adler (B! braune Arminia Wien), beide jüdischer Herkunft.

Aus den verschiedensten Gründen hielt sich diese Plattform der „Deutschen Linken“ nicht lange. Ende der achtziger Jahre entstanden teilweise aus ihr die Sozialdemokratische Partei unter Victor Adler, die Christlichsozialen unter Karl Lueger (CV Norica)<sup>27</sup> vor allem in Wien und Niederösterreich sowie die verschiedenen deutschnationalen Parteien. Die aus der „Deutschen Linken“ ent-

standenen drei Parteigruppen (Christlichsoziale, Sozialdemokraten, Deutschnationale der unterschiedlichsten Art) – die drei historischen politischen „Lager“<sup>28</sup> Österreichs – umwarben als Wähler anfänglich dieselbe Zielgruppe: die „kleinen Leute“ (Kleingewerbetreibende, selbständige und unselbständige Handwerker, kleinere und mittlere Beamte und Angestellte, Industriearbeiter, zum Teil auch Bauern).

Im Laufe der neunziger Jahre kam es zu einer Differenzierung. Die Sozialdemokraten erhielten fast ein Monopol auf die Industriearbeiterschaft, die Christlichsozialen und die Deutschnationalen konzentrierten sich auf das Kleinbürgertum und die Bauern. Die Christlichsozialen konnten nur mehr Arbeiter für sich gewinnen, die religiös gebunden waren (Christliche Gewerkschaften, Katholische Arbeitervereine).

Jede wahlwerbende Gruppe bzw. politische Partei benötigt eine entsprechende qualifizierte Führungselite, so auch die drei „politischen Lager“ Österreichs. Bei den Liberalen bzw. Deutschnationalen waren das recht bald die Angehörigen der nichtkatholischen Verbindungen, bei den Katholisch-Konservativen bzw. Christlichsozialen (Parteilichter Katholizismus) waren das anfänglich der katholische Adel sowie der Klerus und dann ab 1900 zunehmend die Angehörigen katholischer Verbindungen. Die Sozialdemokraten als „proletarische“ Partei taten sich hier etwas schwerer. Hier erfüllte teilweise eine jüdisch-akademische Elite diese Funktion.

Für den nicht-sozialdemokratischen Bereich wurde es jedenfalls kennzeichnend, daß deren jeweils zugeordneten Verbindungsgruppen das Elitereservoir für politische Funktionen wurden. Dieser Umstand war u. a. eine der Ursachen für die späteren Konflikte zwischen diesen beiden Verbindungsgruppen.

Der erste Wertewandel innerhalb der nichtkatholischen Verbindungswelt war die Einführung des Satisfaktionsprinzips. Satisfaktion bedeutet die Beilegung eines Ehrenstreites mittels Waffe und ist mit anderen Worten ein Duell (Zweikampf). Es

<sup>24</sup> Whiteside führt eine Reihe solcher nicht mehr existierender Verbindungen an, die in Krause 2007 nicht genannt werden.

<sup>25</sup> Nach Völlmecke.

<sup>26</sup> Zu Schönerer siehe Whiteside.

<sup>27</sup> Siehe dessen Biographie von Gerhard Hartmann in <https://www.oecv.at/Biolex/Detail/12500836>.

<sup>28</sup> Den Begriff der „drei Lager“ prägte Adam Wandruszka in seinem Beitrag „Österreichs politische Struktur“ in Geschichte der Republik Österreich, S. 291ff.

wurde nun immer mehr üblich, solche Ehrenstreitigkeiten mit Hilfe von Waffen auszutragen.<sup>29</sup>

Das Duell wurde Bestandteil des höfischen, des militärischen sowie auch des akademischen Lebens und hängt eng mit dem Ehrbegriff zusammen. Im Zuge des Entstehungsprozesses des Verbindungswesens im 19. Jahrhundert wurde nun dort das Satisfaktionsprinzip übernommen. Ob die vor 1867 gegründeten nichtkatholischen Verbindungen anfänglich das unbedingte Satisfaktionsprinzip hatten, ist fraglich. Auf jeden Fall hatten sie es bald eingeführt – was somit einen Wertewandel darstellt. Da in der Verbindungssprache „sich schlagen“ duellieren bedeutet<sup>30</sup>, hat sich vor allem in Österreich der Begriff **Schlagende** für jene Verbindungen bzw. deren Angehörige eingebürgert, die das unbedingte Satisfaktionsprinzip vertreten. Dieser Begriff hat den Vorteil, daß man unter ihm alle jene Verbindungsgruppen subsumieren kann, die dieses Prinzip vertreten und man sich das für den Leser oder Hörer oft mühsame Aufzählen der einzelnen Gruppen, wie Burschenschaften, Corps, Landsmannschaften, Sängere- und Turnerschaften etc., ersparen kann. Es werden daher in dieser Darstellung der Einfachheit halber in diesem Zusammenhang die Begriffe schlagende Verbindung bzw. Schlagende angewandt, um so auch ein sprachlich adäquates Gegenüber zu den katholischen Verbindungen bzw. zu CV und CVer zu haben. Ein anderer Begriff ist auch **Waffenstudenten**.

Doch zurück zum Duell. Wie sah die seinerzeitige österreichische Rechtslage aus? Im bis 1974 geltenden österreichischen Strafgesetzbuch (StGB) aus dem Jahr 1852 lautete der § 158: „Wer jemanden, aus was immer für einer Ursache, zum Streit mit tödlichen Waffen herausfordert und wer auf eine solche Herausforderung sich zum Streite stellt, begeht das Verbrechen des Zweikampfes.“ Ähnlich lautete der § 427 des Militär-StGB.

Weniger im zivilen als im militärischen Bereich spielte sich der Duellunfug ab, der ja auch in Arthur Schnitzlers „Traumnovelle“<sup>31</sup> seinen literarischen Niederschlag gefunden hatte. 1871 wurde „Die Vorschrift für das ehrenrätliche Verfahren im k. k. Heere“ in Kraft gesetzt. Im Kommentar dazu heißt es: „Die ehrenr. Vorschrift enthält nirgends irgendwelche Bestimmungen über den Zweikampf, und auch dem Anhang der Vorschrift ist dieses Wort fremd. Es wäre aber verfehlt, daraus den Schluß ziehen zu wollen, als wäre nach dem Standpunkt der Vorschrift jede Austragung einer Ehrenangelegenheit mit Waffen ausgeschlossen.“ Und weiter heißt es, daß „die durch die Tradition geheiligten und in den Verhältnissen des Standes begründeten Anschauungen des Offizierskorps [...] der Zweikampf das äußerste Mittel ist, das Ehrenmänner zur Wiederherstellung der verletzten Ehre zu Gebote steht“.<sup>32</sup>

Mit anderen Worten: Ohne Rücksicht auf das geltende Recht (StGB) wird das Duell nicht nur nicht erlaubt, sondern ist sogar gewissermaßen ein Gebot, dessen Ablehnung wiederum ein Grund für den Zusammentritt des Ehrenrates ist. Oder anders ausgedrückt: Nach der Praxis hatte die Duellverweigerung den Ausschluß aus dem Offiziersstand, auch solcher in der Reserve, zur Folge. Es gab auch eine Reihe von solchen Fällen. Es sind insgesamt fünf solche bekannt, wo Angehörige des CV von Mitgliedern schlagender Verbindungen zum Duell aufgefordert wurden, die es aber aufgrund ihrer katholischen Überzeugung ablehnen mußten.<sup>33</sup> Sie fanden 1883, 1884, 1892, 1902 und 1909 statt. Die ersten vier Fälle betrafen alleamt Studenten in Innsbruck, wobei die ersten drei Fälle noch vor den großen Auseinandersetzungen zwischen CV und Schlagenden stattfanden. Auffallend ist, daß unter diesen vier davon drei Senioren der Austria waren.<sup>34</sup> Im Jahr 1909 wurde ein Redakteur (CVer) von einem deutschnationalen Abgeordneten wegen eines Zeitungsartikels zum

<sup>29</sup> Zu Duell und Mensur siehe Apschner; Frevert; Hielscher.

<sup>30</sup> Golücke 1987 S. 385.

<sup>31</sup> Siehe dazu Studenten-Kurier NF 16 (2001), H. 2, S. 16f.

<sup>32</sup> Kielhauser S. 234. Über das Duell in der k. u. k. Armee siehe auch Mader.

<sup>33</sup> Über diese Vorfälle berichtet ausführlich Binder 1981 S. 42–53, der auch eingehend das Aktenmaterial des Kriegsarchivs verwendete.

<sup>34</sup> Das kann Zufall gewesen sein, oder es wurden gezielt die Repräsentanten der „klerikalen Bande“ Austria provoziert, wie Böschke 2008 S. 129 vermutet

Duell aufgefordert, was jener ablehnte, worauf er als Reserveoffizier degradiert wurde.<sup>35</sup>

Die Haltung der Katholischen Kirche zum Duell war und ist eindeutig: Es führt bei den Beteiligten zu Verletzungen und zum Tod, womit es ein Verstoß gegen das fünfte Gebot darstellt. Und es ist auch ein eigenmächtiger Eingriff in die geordnete Rechtspflege und daher eine Mißachtung der Friedensfunktion des Staates. Daher war es natürlich selbstverständlich, daß eine katholische Verbindung gegen das Duell sein muß.<sup>36</sup> In einem Schreiben an die deutschen und österreichischen Bischöfe vom 12. September 1891 hat Papst Leo XIII. das Duell und die Bestimmungsmensur eindeutig verurteilt. Auch der CIC von 1917 stellte das Duell unter die Strafe der Exkommunikation (c. 2351).

Allerdings ist bei der Mensur die juristische wie moraltheologische Seite etwas komplexer. Sie hatte sich im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts als Sonderform des Duells entwickelt, erhielt im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts ihre äußere Form und fand Eingang in das „schlagende“ Verbindungsleben. Dort wird die Gefährlichkeit der Mensur heruntergespielt und die soziale Komponente betont.<sup>37</sup>

Was deren **juristische Bewertung** betrifft, so war diese im Lauf der Zeit unterschiedlich. Nach dem Zweiten Weltkrieg entschied am 29. Januar 1953 der deutsche Bundesgerichtshof, daß die „Mensur weder als Zweikampf noch als Körperverletzung strafbar“ sei, weil „sie nicht gegen die ‚guten Sitten‘ verstoße. In Österreich ist es bislang zu keiner richterlichen Entscheidung gekommen, da die Staatsanwaltschaften offenbar die Schmisse als Sportverletzungen ansehen und keine Verfahren einleiteten. Nach dem österrei-

chischen StGB (1974) dürfte diese Ansicht wohl der § 90 (Einwilligung des Verletzten) decken.<sup>38</sup> FPÖ-Justizminister Dieter Böhmdorfer (B! Südmark Wien) bekräftigte diese Haltung im Jahr 2000 im Rahmen einer parlamentarischen Anfragebeantwortung.<sup>39</sup>

Anders sieht die **moraltheologische Wertung** aus, die für die Haltung des CV maßgeblich ist. 1890 entschied die Konzilskongregation (das ist heute die Kongregation für die Welt-priester), daß die Mensur ein Zweikampf sei, da die dabei gebrauchten Waffen geeignet sind, eine Tötung oder schwere Verletzung herbeizuführen.<sup>40</sup> Ein Jahr später verbot Papst Leo XIII., wie bereits erwähnt, in einem Hirtenbrief an die deutschen Bischöfe die Bestimmungsmensur. Der CV-Seelsorger P. Erhard Schlund kommt in einem ausführlichen Beitrag in der *Academia* 1925 zu dem Schluß: „Es kann kein Zweifel sein, daß für einen Katholiken der Eintritt in eine satisfaktionsgebende, also schlagende Verbindung verboten ist. Denn er begibt sich freiwillig in eine *occasio proxima*, eine ‚nächste Gelegenheit‘ zur schweren Sünde [...]“.<sup>41</sup> Auch die moraltheologische Standardliteratur nach dem Zweiten Weltkrieg vertrat diese Linie: „Das studentische Mensurschlagen ist auch heute noch ein *peccatum ex toto genere grave* [= schwere Sünde, Anm. d. Verf.]“.<sup>42</sup>

Die gesellschaftlichen Veränderungen haben es nach 1945 mit sich gebracht, daß nicht nur das Duell als ausgeführte Möglichkeit bedeutungslos geworden ist, sondern daß auch die Mensuren schlagender Verbindungen weitgehend negativ beurteilt werden, wobei natürlich deren Affinität mit dem Nationalsozialismus zusätzlich dabei eine Rolle spielen mag.

<sup>35</sup> Böschke 2002 S. 18, Anm. 57.

<sup>36</sup> Siehe dazu auch Binder 1981; Ermecke; Hagen; Bartscher S. 15f.

<sup>37</sup> Apschner S. 117, über die rechtliche Seite siehe S. 84f. sowie Hug. Zur Rechtsgeschichte der Mensur siehe die juristische Dissertation Hochwimmer; siehe auch Rink; Mölzer Studententum.

<sup>38</sup> Der Abs. 1 lautet: „Eine Körperverletzung oder Gefährdung der körperlichen Sicherheit ist nicht rechtswidrig, wenn der Verletzte oder Gefährdete in sie einwilligt und die Verletzung oder Gefährdung als solche nicht gegen die guten Sitten verstößt.“

<sup>39</sup> Zur parlamentarischen Anfragebeantwortung des Justizminister Dieter Böhmdorfer siehe Acta Studentica 133/2000, S. 6. Diese Anfrage wurde von Abgeordneten der Grünen eingebracht.

<sup>40</sup> Acta Sanctae Sedis (ASS) XXIII (1890/91), paginae 234–243.

<sup>41</sup> Academia 38 (1925/26), S. 31.

<sup>42</sup> Mausbach-Ermecke S. 279.



Doch kehren wir wieder zum Satisfaktionsprinzip der schlagenden Verbindungen zurück. Dieses setzte sich recht bald nach deren Entstehen in Österreich durch, doch es gab auch für kurze Zeit eine gegenläufige *Progreßbewegung*. Diese entstand in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts an deutschen Universitäten. Sie wollte tatsächlich „progressiv“ sein und lehnte teilweise studentische Bräuche, wie Duell und Mensur, ab. Politisch war diese Bewegung radikal, d. h. republikanisch. „Progressive“ Verbindungen, meist Burschenschaften, stellten Duell und Mensur frei, während die „konservativen“ Korporationen auf Duell und Mensur bestanden. In den achtziger Jahren kam es vor allem in Wien zu Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Richtungen, bei denen das „konservative“ Prinzip noch in diesem Jahrzehnt obsiegte.

Parallel zur Übernahme des Satisfaktionsprinzips erfolgte bei den schlagenden Verbindungen ein weiterer Wertewandel. Wie erwähnt, waren die ersten Verbindungen noch stark vom Geist des Jahres 1848 geprägt und in ihrer politischen Einstellung liberal orientiert. Nun gab es in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts erhebliche politische Umwälzungen Österreich und Deutschland betreffend.

Zum einen ging 1866 für Österreich der Krieg mit Preußen verloren. Das hatte zur Konsequenz, daß Österreich aus dem Deutschen Bund ausscheiden mußte und dieser aufgelöst wurde. Preußen wurde unter Otto von Bismarck (1815–1898) die deutsche Führungsmacht, die dann 1871 die kleideutsche Lösung umsetzte, d. h., die Gründung eines Deutschen Reiches unter Ausschluß von Österreich. Das führte unter den Deutschen in Österreich, vor allem in deren bürgerlichen Führungsschicht, zu Enttäuschung und Verbitterung. Man fühlte sich als Deutsche plötzlich alleingelassen.

Zum anderen – als Konsequenz der Niederlage von 1866 – kam es in Österreich zu einem Staatsumbau, d. h. zur Errichtung der Doppelmonarchie. Damit wurden die Ungarn mit den Deutschen der Habsburgermonarchie gleichberechtigt. Gleichzeitig verstärkten sich die nationalen Regungen auch bei den anderen Völkern der

Monarchie (Panslawismus). Das führte bei den Deutschen zu einem verstärkten Nationalismus, insbesondere bei den Jüngeren, und da wiederum bei den Studenten und deren Verbindungen. Diese wurden in der Folge die treibenden Kräfte eines Deutschnationalismus, der innenpolitisch den Liberalismus ablöste. Spätestens 1907, bei den ersten allgemeinen Wahlen für das Abgeordnetenhaus des Reichsrates, gab es bei den Deutschen in der Monarchie praktisch keine nennenswerte liberale Partei bzw. Abgeordneten mehr.

Wie immer bei Jugendlichen bzw. bei Studenten wurden politische Forderungen radikaler formuliert als bei den Älteren. So waren daher die schlagenden Verbindungen bzw. deren Angehörige Vertreter der kleindeutschen Lösung, d. h., des Anschlusses der deutschen Gebiete der Habsburger-Monarchie – und nur dieser – an Hohenzollern-Deutschland. Genau genommen waren solche Forderungen verfassungs- und staatsfeindlich. Der Grazer Historiker Günter Cerwinka (B! Allemannia Graz) bringt es auf den Punkt: „Seit 1866/67 bzw. 1870/71 waren die politischen Ziele des Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn und die der Burschenschaften nicht mehr vereinbar.“<sup>43</sup> Die Tragik für deren Betreiber war aber die, daß der von ihnen verehrte Bismarck als strategisch denkender Politiker gar kein Interesse an einem derartigen Anschluß hatte, denn ihm war eine starke Habsburger-Monarchie als Bündnispartner wesentlich wichtiger.

Somit wurden die schlagenden Verbindungen ein wesentlicher Teil des deutschnationalen Milieus, ähnlich wie es die katholischen Verbindungen für den Politischen Katholizismus wurden. Aber nicht nur in Österreich, auch im nunmehrigen Deutschen Reich setzte sich diese Tendenz durch. Dort allerdings nicht aus einer negativen Erfahrung wie in Österreich, sondern aus einer positiven: endlich die ersehnte Gründung eines Nationalstaates. Dadurch gab es aus umgekehrten Vorzeichen auch dort einen Wertewandel in den schlagenden Verbindungen vom Liberalismus des Jahres 1848 zum Deutschnationalismus. „Aus den burschenschaftlichen und corpsstudentischen Rebellen des Vormärz sind dann die Untertanen des Kaiserreiches geworden.“<sup>44</sup>

Eine Wegmarke dazu war eine Veranstaltung, die von der Wiener B! Silesia für den 30. November 1870 initiiert wurde, nämlich anlässlich des Sieges Preußens über Frankreich im Diana-Saal, die zu einer preußenverherrlichenden Kundgebung ausartete. Kritische Wortmeldungen dagegen, darunter von Karl Lueger, wurden niedergeschrien, und die Betreffenden wurden hinausgetrieben. Die Folge davon war, daß die B! Silesia zeitweise verboten war.<sup>45</sup>

Zu einer Zentralfigur deutschnationaler Agitation bei den schlagenden Verbindungen wurde der Reichratsabgeordnete Georg Ritter von Schönerer (1842–1921), der bei diesen einen bestimmten Einfluß erlangen konnte. Er wurde in der Folge Gründer und Führer der Alldeutschen, einer extrem deutschnationalen Gruppierung, die es verstanden hatte, durch das Ansprechen sozialer Themen auch Teile der Arbeiterschaft für sich zu gewinnen. Auf dem Gedächtniskommers anlässlich des Todes des Komponisten Richard Wagner am 5. März 1883 war Schönerer die Zentralfigur, der diese Veranstaltung in eine politische Demonstration umfunktionieren und die deutschradikale Studentenschaft emotionalisieren konnte. Die Polizei löste daraufhin den Kommers auf, und in der Folge wurden mehrere hundert Studenten von der Universität vorübergehend relegiert.<sup>46</sup>

Die politische Agitation auf Kommersen wurde üblich, so etwa auch bei einem Luther-Kommers im November 1883. Der Schönerer-Biograph Andrew G. Whiteside schreibt dazu: „Die lautstarken Kommerse mögen vielleicht ein wirksames Mittel gewesen sein, neue Anhänger einer kleindeutschen Politik zu gewinnen, eine vernünftige Argumentation stellten sie aber nicht dar. Die Tatsache, daß viele von der Polizei von den akademischen Versammlungen vertrieben oder eingesperrt wurden, war für die meisten Studenten eine Erfahrung, die sie in die Radikalität trieb. Vom Standpunkt Schönerers und der Studentenfürer bestand die Aufgabe der Verbindungen darin, Konflikte heraufzubeschwören. [...] Die Technik eines radikalisierten politischen Konfrontationskurses wurde von den

alldeutschen Studenten in den frühen achtziger Jahren bei Versammlungen auf der Wiener Universität geradezu perfektioniert.“<sup>47</sup>

## 5 Der Antisemitismus in den Studentenverbindungen

Judenfeindschaft und Antisemitismus sind Phänomene, die bereits im Alten Testament zu beobachten sind und sich dann im Christentum fortgesetzt haben. Auf die Ursachen und die historische Entwicklung kann hier nicht näher eingegangen werden. Tatsache ist, daß sich nach 1815 und dann vor allem im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts der Antisemitismus in Europa und nicht zuletzt im deutschsprachigen Raum zu einem allgemeinen sowie politisch relevanten Phänomen entwickelt hat, so daß man von einem „antisemitischen Grundkonsens“<sup>48</sup> sprechen kann.

Rufen wir uns kurz die dispositiven Voraussetzungen für den neuzeitlichen Antisemitismus in Österreich in Erinnerung. Nach 1860 bzw. dann ab 1867 (Staatsgrundgesetz) wurden die Juden in Österreich bürgerlich voll gleichberechtigt. Das ermöglichte ihnen den Aufstieg vor allem in der Wirtschaft, der Wissenschaft und im Kulturbereich. Außerdem waren sie maßgebliche Träger der liberalen Ära von 1867 bis 1878. Dadurch entwickelten sich die Juden zu Vorreitern der Verbürgerlichung sowie einer modernen, aus den Vorgaben der Religion herausgelösten, überwiegend auf (Markt-)Wirtschaft zentrierten Gesellschaft und zogen damit, man möchte fast sagen unvermeidlich, die Ressentiments all derjenigen auf sich, die entweder einem langsameren Rhythmus des Wandels folgten oder ihn überhaupt ablehnten. Damit waren die Juden für Kritik wegen unsozialen Verhaltens disponiert, was von populistisch-charismatisch Begabten (wie etwa Karl Lueger oder Georg von Schönerer) ausgenutzt wurde und vor allem in der Schicht der Modernisierungsverlierer auf fruchtbaren Boden fiel. Die Juden wurden so zu einem Synonym für das Böse bzw. für die als Bedrohung empfundene Moderne. Und so kam es

43 Cerwinka 2009, S. 95.

44 Wippermann S. 39.

45 Neue Freie Presse, 2. 12. 1870, S. 1f. Siehe Whiteside S. 56f.

46 Neue Freie Presse. 7. 3. 1883, S. 1f. Siehe Whiteside S. 89f.

47 Whiteside S. 92f.

48 So Albrich 1997 S. 310f.; Albrich 2018 S. 37f.

gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu diesem „antisemitischen Grundkonsens“, der in allen politischen Lagern mehr oder minder zu finden war.

Mit ihrer Gleichstellung setzte vor allem eine Zuwanderung von Juden nach Wien und andere Zentren (Prag, Budapest) ein. Dazu einige interessante statistische Daten:<sup>49</sup> In Wien betrug der Anteil der Juden 1857 nur 1,3 Prozent, schnellte 1869 – kurz nach ihrer Gleichstellung – auf 6,1 Prozent, um sich dann in den letzten Jahren der Monarchie auf 8,7 Prozent zu steigern. Mit der Zunahme der jüdischen Bevölkerung Wiens stieg überproportional auch die Zahl der jüdischen Studenten. Bereits 1880 waren 38,6 Prozent der Hörer der Medizinischen und 23,3 Prozent der Juridischen Fakultät Wiens Juden. Diese starke Stellung vor allem bei den Medizinern führte statistisch dazu, daß bis zum Ersten Weltkrieg rund ein Drittel der Gesamthörerzahl der Universität Wien Juden waren.

Der Börsenkrach vom 9. Mai 1873, der in Wien seinen Ausgang nahm und sich dann in Berlin, London und New York fortsetzte, brachte ein jähes Ende der ersten Gründerzeitphase. Damit wurde sowohl in Deutschland wie vor allem auch in Österreich das Ende der liberalen – im Sinne des Jahres 1848 – Ära eingeleitet. Die mit diesem Börsenkrach verbundenen wirtschaftlichen und damit sozialen erheblichen Einbußen („Glücklich ist, wer vergißt, was nicht mehr zu ändern ist“ aus der Operette „Die Fledermaus“ von Johann Strauß Sohn, 1874) wurden den Juden in die Schuhe geschoben. Sowohl in Deutschland wie in Österreich ist daher das Jahr 1873 als Beginn der eigentlichen neuzeitlichen antisemitischen Phase anzusehen.

Zeitlich am Beginn dieser steht der **Berliner Antisemitismusstreit**. Im Jahr 1879 wurde von dem Berliner Journalisten Wilhelm Marr die Antisemitenliga gegründet, von ihm soll auch der Begriff Antisemitismus stammen. Salonfähig machte ihn im selben Jahr der Berliner Historiker Heinrich von Treitschke (1834–1896), der Vertreter der borussisch-kleindeutschen Schule in der Geschichtsschreibung. Er veröffentlichte im November 1879 in den Preußischen Jahrbüchern

einen Aufsatz, in dem er die Juden u. a. als eine „Schar strebsamer hosenverkaufender Jünglinge“ und „deutsch redender Orientalen“ bezeichnete. Der Aufsatz gipfelte in dem folgenschweren Ausspruch: „Die Juden sind unser Unglück!“

Mit Ende der liberalen Ära in Österreich entstand auch die Auffassung, die Juden seien eine von den Deutschen gesonderte eigene Nation. Diese – vor allem die in den deutschsprachigen Gebieten der Monarchie wohnenden – fühlten sich aber nationsmäßig als Deutsche und wollten sich größtenteils auch dahingehend assimilieren. Dagegen stand aber der verstärkte Deutschnationalismus, der in den Juden nicht nur eine Religion, sondern auch ein eigenes Nation sah. Damit begann der Rassenantisemitismus.

Die burschenschaftliche Bewegung nach 1815 wurde stark von der Idee der Einheit aller Deutschen geprägt und vertrat anfänglich auch ein lutherisch geprägtes Christentum. Damit war die Aufnahme von Juden in die Burschenschaft per se problematisch, und ein Teil der Urburschenschaft zog auch die Konsequenz und nahm keine Juden auf.<sup>50</sup> Doch 1831 ermöglichte ein Beschluß des Burschentags die Aufnahme von Juden.<sup>51</sup> Wie wir gesehen haben, war das ab 1859 in Österreich wieder allmählich entstandene Korporationswesen anfänglich noch stark von den liberalen Ideen des Jahres 1848 geprägt. Sowohl in Deutschland wie auch in Österreich kippte aber in den siebziger Jahren die Studentenschaft vom Liberalismus in den Nationalismus über.

Aus dieser Tendenzwende entstand 1880/81 eine Studentenbewegung, nämlich die der **Verein Deutscher Studenten** (VDSSt, auch Kyffhäuserbewegung genannt), die stark antisemitisch geprägt war. Der Erfolg dieser Bewegung hatte auch für die anderen Studentengruppen Auswirkungen: Zahlreiche Burschenschaften und Corps führten nun das Arier-Prinzip ein und schlossen Juden aus. „Sie waren es, welche in der Kaiserzeit die wichtigsten Trägerschichten des modernen Antisemitismus gestellt haben.“<sup>52</sup>

In Wien nahm die B! Libertas im WS 1878/79 als erste den Antisemitenstandpunkt in ihre Satzungen

gen auf.<sup>53</sup> Das hatte Konsequenzen: Juden verließen zwangsweise die Korporationen, wie z. B. Victor Adler (B! braune Arminia Wien), Heinrich Friedjung (B! Germania Prag) und 1883 Theodor Herzl (B! Albia Wien). Bis dahin gab es zahlreiche Juden in Burschenschaften, nachdem das ursprünglich christliche Prinzip relativ bald bedeutungslos wurde.

Wie wir gesehen haben, fielen die alldeutschen sowie auch rassenantisemitischen Ideen eines Georg Ritter von Schönerers bei den schlagenden Verbindungen auf fruchtbaren Boden. Bei dem im Mai 1889 gegründeten „Linzer Delegierten-Convent“ (LDC) österreichischer Burschenschaften wurde der Arierparagraph in dessen Satzungen aufgenommen, und im März 1896 wurde das sog. **Waidhofner Prinzip** beschlossen, nämlich die Verweigerung der Genugtuung, d. h. der Satisfaktion (Duell), gegenüber den Juden.<sup>54</sup> 1920 beschloß der Burschentag in Eisenach, keine Juden mehr aufzunehmen. Der Historiograph der Burschenschaft, Hans-Georg Balder, kommt zu der kritischen Einschätzung:<sup>55</sup> „Die Ausgrenzung jüdischer Studenten, überhaupt die Diskriminierung des Judentums, bei die die Deutschen Burschenschaft glaubte, voranschreiten zu müssen, war nicht nur ein Irrweg, es war eines der übelsten gesellschaftlichen Vergehen, dessen man sich schuldig machen konnte.“

Das Arier-Prinzip wurde im Zuge des Gleichschaltungsprozesses im Frühjahr 1933 verstärkt. So beschloß der Allgemeine Deutsche Wafferring (ADW) am 20. Mai 1933, dem alle Verbände der schlagenden Verbindungen mit Ausnahme der Corps angehörten, daß alle neben dem Führerprinzip noch – vermutlich auf Drängen der Burschenschaften – einen radikaleren Arier-Paragraphen aufnehmen mußten, daß auch „arische“ Mitglieder von Verbindungen, die mit einer „nichtarischen Ehefrau“ verheiratet waren (im damaligen Nazi-Jargon „jüdisch ver-

sippt“), austreten mußten.<sup>56</sup> So beschloß z. B. die B! Allemannia Graz im Vorgriff darauf bereits am 13. Mai 1933, daß „ein Bundesbruder, der eine Frau nicht-arischer Abstammung heiratet“, verpflichtet sei, „sein Band niederzulegen“. Ebenso wurde der Beitritt zu Vereinen untersagt, die keinen Arierparagraphen aufweisen.<sup>57</sup>

Diese Ausgrenzung der Juden führte paradoxerweise zur Entstehung eines sich nicht assimilieren wollenden Judentums bzw. führte zum Zionismus. Die 1882/83 in Wien gegründete jüdische Studentenverbindung Kadimah propagierte die „Bekämpfung der Assimilation, Hebung des jüdischen Selbstbewußtseins, Besiedelung Palästinas“.<sup>58</sup> In der Folge entstanden weitere jüdisch-nationale Studentenverbindungen in ganz Österreich, aber auch im Deutschen Reich, die in der Regel Farbe trugen und den üblichen Komment pflegten. Sie alle gingen 1933 bzw. 1938 unter.<sup>59</sup>

Bei den katholischen Verbindungen sah die Sache etwas anders aus, denn in diese konnten ja nur getaufte Katholiken beitreten. Von einem Arierparagraphen betroffen wären daher nur zum Katholizismus konvertierte Juden gewesen, deren Anteil an der Gesamtzahl der jüdischen Studentenschaft allerdings überschaubar war. Wohl war bei den katholischen Verbindungen ein „antisemitischer Grundkonsens“ insofern anzutreffen, weil sie ja Teil des damaligen katholischen Milieus waren, das wieder in sehr enger Wechselbeziehung zum Politischen Katholizismus (Christlichsoziale Partei) gestanden hat bzw. steht. Und zu dessen „Geschäftsgrundlagen“ gehörte der Antijudaismus bzw. Antisemitismus.<sup>60</sup>

In die Zeit der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts fiel der politische Aufstieg zweier Männer, die mit dem Antisemitismus politisch Erfolg hatten: die bereits erwähnten Georg von Schönerer (B! Germania Innsbruck) und Karl Lueger (CV Norica). Während Schönerer und seine alldeutsche Bewegung mit seiner antihabsburgischen

<sup>49</sup> Nach Pulzer S. 18–22, 276.

<sup>50</sup> Dazu siehe Wreden Urburschenschaft und Wreden Antisemitismus. Einen Überblick bietet Weber.

<sup>51</sup> Balder S. 55.

<sup>52</sup> Wippermann S. 39.

<sup>53</sup> Siehe Jarausach S. 82–93; siehe auch Bösches Antisemitismus; Hein; Seewann 1995; Scheuer 1927.

<sup>54</sup> Dazu besonders Seewann 1995 S. 153ff.

<sup>55</sup> Balder S. 453.

<sup>56</sup> Wippermann S. 108.

<sup>57</sup> Cerwinka 2002 S. 283.

<sup>58</sup> Seewann 2000 S. 129; Seewann 1995 S. 154ff.

<sup>59</sup> Seewann 2002.

<sup>60</sup> Überblick siehe bei Albrich 1997 S. 311f.; Albrich 2018; Weinzierl 1997 S. 13–30; Wohnout. Besonders auf den Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Politischem Katholizismus bzw. den Christlichsozialen geht Boyer ein.

und antikirchlichen Haltung Anfang des 20. Jahrhunderts zunehmend in ein Abseits geriet, gelang es dem ursprünglich aus dem liberalen Milieu stammenden Lueger, politischen Erfolg zu haben, der aber zuerst im wesentlichen auf den Raum Wien-Niederösterreich beschränkt blieb. Diese Art von Antisemitismus, in den Grundzügen katholisch-konfessionell geprägt und ausgeformt mit wirtschaftlichen und sozialen Elementen, war somit ein programmatischer Grundpfeiler der christlichsozialen Sammelbewegung.<sup>61</sup> Obwohl Lueger seine politische Karriere als liberaler Wiener Gemeinderat („bürgerlicher Demokrat“) begonnen hatte, wurde er zum Vorkämpfer der durch den Manchester-Liberalismus und Hochkapitalismus in ihrer Existenz bedrohten Kleingewerbetreibenden und Handwerker. Er erkannte bald die Zugkraft des Antisemitismus beim unteren Mittelstand, der für seine Notlage die Juden verantwortlich machte. So wurde der Antisemitismus als Antiliberalismus zu einem wesentlichen Integrationsfaktor der Christlichsozialen Partei.<sup>62</sup>

Zusammenfassend kann man feststellen: Bei den katholischen Verbindungen war der Antisemitismus ähnlich wie beim Politischen Katholizismus hauptsächlich religiös sowie wirtschaftlich und sozial fundiert. Das allgemeine christliche Liebesgebot setzte aber Schranken, so daß weitergehende ausgrenzende Forderungen (eliminierender Antisemitismus) oder gar Gewaltanwendungen nur – wenn überhaupt – marginale Erscheinungen blieben. Bei den schlagenden Verbindungen war deren Antisemitismus zusätzlich rassistisch sowie auf totale Ausgrenzung hin geprägt. Diese Haltungen setzten sich nach dem Ersten Weltkrieg fort (siehe unten).

## 6 Die Auseinandersetzungen zwischen den schlagenden und den katholischen Verbindungen

Die zum Teil handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Gruppen, die im Studienjahr 1907/08, dem sog. „Wahrmundjahr“<sup>63</sup>,

ihren Höhepunkt erreichen sollten, stellen ein vielfach vergessenes Kapitel der österreichischen Hochschulgeschichte dar. Da es bis Ende des 19. Jahrhunderts auf dem Boden des heutigen Österreichs nur vier katholische Verbindungen gab und erst danach eine Gründungswelle einsetzte, lag der Schwerpunkt dieser Auseinandersetzungen in den Jahren zwischen 1900 und 1914. Was waren die Gründe für diese Konflikte? Sie kreisten in der Hauptsache um drei Bereiche:<sup>64</sup>

*Erstens* ging es einmal um die Gleichberechtigung auf akademischem Boden. Diese wollten die Schlagenden den katholischen Verbindungen nicht zubilligen, wobei das Tragen des Schlägers bei akademischen Feiern der äußere Reibungspunkt war.

*Zweitens* sind diese Auseinandersetzungen im Rahmen des akademischen Kulturkampfes zu sehen. Danach stellte eine betont katholische Vereinigung auf einer vom nationalen Freisinn weithin geprägten Universität von vornherein schon eine Provokation dar.

*Drittens* kam zuletzt noch ein allgemein politischer Punkt in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg hinzu, nachdem sich der parlamentarische Niedergang der deutschnationalen Parteien, die personell von den schlagenden Verbindungen getragen wurden, und parallel der Aufstieg der Christlichsozialen abzeichnete, die ihrerseits ihr Führungsreservoir aus dem CV bezogen.

Der Streit um das Recht des Schläger-Tragens liest sich heute als banale Nebensächlichkeit, vereinzelt wurde auch das schon seinerzeit so empfunden. Für die schlagenden Verbindungen haben nur solche Korporationen das Recht, den Schläger zu tragen, die das „konservative“ Prinzip vertreten, d. h. für Duell und Mensur sind. Die katholischen Verbindungen hingegen waren der Ansicht, daß der Schläger lediglich ein Symbol für die akademische Freiheit darstelle und nichts mit diesem „konservativen“ Prinzip zu tun habe. Die Diskussion um die beiden Standpunkte hat sich im Laufe der Jahre in zunehmendem Maße verhärten und die Öffentlichkeit sowie sogar das Parlament beschäftigt.

<sup>61</sup> Rütgen S. 79.

<sup>62</sup> Staudinger S. 13.

<sup>63</sup> Benannt nach Ludwig Wahrmund, dem Kirchenrechtler an der Innsbrucker Juridischen Fakultät.

<sup>64</sup> Dazu für die Zeit bis 1914 Hartmann 2006 S. 109–177, mit ausführlichen Quellen- und Literaturangaben; speziell für Graz bis 1914 auch Hartmann 1988 S. 73–162.

Eine detaillierte Darstellung verbietet sich hier, es sei aber auf einige Beispiele hingewiesen. Die erste größere Auseinandersetzung fand im Oktober 1889 auf der Wiener Universität statt, als ca. 700 schlagende Studenten am sog. „Bummeltag“ über 50 Angehörige der Austria und Norica („clericale Progressisten“) attackierten, sie aus dem Gebäude vertrieben und bis in den Rathauspark verfolgten. Zu einer weiteren Verschärfung der Lage kam es dann im Jahr 1895, als im Frühjahr bei der Grazer Universitätseröffnung und dann im Herbst bei der Inauguration des Rektors in Wien die „wehrhaften“ Studenten die Teilnahme der Carolina Graz und der Norica Wien in Vollwuchs (also mit Schläger) verhinderten. Daraufhin richtete der katholisch-konservative Reichsratsabgeordnete und spätere k. k. Ackerbauminister Alfred Ebenhoch (CV Austria Innsbruck) an den Unterrichtsminister eine Anfrage.<sup>65</sup> Im November 1901 wurden Angehörige der Carolina in der auf die Universität zulaufenden Harrachgasse überfallen. Die Folge war eine Protestversammlung der Katholisch-Konservativen.

Wie erwähnt, war das „Wahrmundjahr“ 1907/08 der Höhepunkt. Es begann am 24. Oktober 1907 mit der versuchten Promotion des Privatdozenten Johannes Ude (CV Carolina) in Graz, die von schlagenden Studenten verhindert wurde. Sie löste die folgenschwere Äußerung Bürgermeister Karl Luegers (CV Norica) beim Begrüßungsabend zum 6. allgemeinen österreichischen Katholikentag in Wien am 16. November 1907 aus, wonach es gelte, die Universitäten wiederum zu erobern. Daran schlossen sich eine Pressekampagne sowie eine Diskussion im Abgeordnetenhaus des Reichsrates an, an der sich u. a. auch Thomas Masaryk beteiligte und in der der Name des Innsbrucker Kirchenrechtlers Ludwig Wahrmund fiel. Dieser hielt am 18. Januar 1908 einen Vortrag, in dem er der Theologie die Wissenschaftlichkeit absprach. Dies führte zu einem innenpolitischen Sturm, dessen Beilegung erst Ende des Studienjahres erfolgte.

Eine Folge dieses Vortrags war ein auch höchst unglückliches Agieren des damaligen Päpstlichen Nuntius in Wien, was zu dessen diplomatischer Isolierung führte. In dieser aufgereizten Atmosphäre kam es am 16. Mai 1908 anlässlich der Pro-

motion eines Carolinen zum sog. „Bauernsturm“ auf die Grazer Universität. Beim Versuch, die „Affäre Wahrmund“ beizulegen, kam es dann Anfang Juni zu einem reichsweiten Studentenstreik, in dieser Form erstmalig in der Geschichte Österreichs. Im Zuge dessen rügte Kaiser Franz Joseph den Unterrichtsminister: „Machen Sie diesem Skandal ein Ende!“ Schließlich rundeten die tumultartigen Ereignisse um das 20. Stiftungsfest der Carolina in Graz und um die Gründung der zweiten dortigen CV-Verbindung Traungau das Bild ab, bei denen sogar das Militär eingesetzt werden mußte.

Danach beruhigte sich die Situation etwas, allerdings wurde am 4. November 1912 ein Angehöriger der Innsbrucker CV-Verbindung Raeto-Bavaria von Angehörigen des dortigen C! Gothia derart schwer verletzt, daß er am 6. November verstarb. Daraufhin kam es am 14. November in Wien zu einer großen Kundgebung der Christlichsozialen Partei. Den letzten größeren „Tumult“ vor dem Ersten Weltkrieg gab es beim 25. Stiftungsfest der Carolina in Graz zu Pfingsten 1913, als abermals Militär eingesetzt werden mußte. Da dabei deutsche Staatsbürger verletzt wurden, gab es sogar diplomatische Folgen, die das Berliner Auswärtige Amt einschreiten ließen. Gelegentlich des Stiftungsfestaufzuges wurde der Grazer Süßwarenfabrikant Karl Englhofer (CV Traungau) mit Pferdekot überschüttet.

Nachdem die deutschnationale Studentenschaft sah, daß sie sich in der Frage des Schlägertragens sowohl bei der ihr gutgesinnten Öffentlichkeit als auch bei den politischen Behörden zunehmend isolierte, wurde nun auch das Recht des Farbentragens der katholischen Studenten in Abrede gestellt. Diese neue Strategie zeichnete sich bei der Gründung der Wiener CV-Verbindungen Anfang des 20. Jahrhunderts ab, deren Aufzugsrecht man lange zu verhindern versuchte. Allerdings erhielt das im Praktischen wie im Theoretischen nie diese Bedeutung wie die Schlägerfrage.

Die Auseinandersetzungen der schlagenden Korporationen mit den katholischen Studentenverbindungen um deren Gleichberechtigung auf Hochschulboden blieben nicht lange auf den äußeren Fragen des Tragens der Schläger und der Farben hängen. Spätestens im letzten Jahrzehnt

<sup>65</sup> StProt AH RR XI, 421, S. 21080 vom 24. 10. 1895..

des 19. Jahrhunderts wurde deutlich, daß die Intoleranz gegenüber den katholischen Korporationen tiefere Ursachen hatte.

Eine dieser waren auch die territorialen Änderungen in Deutschland im Zuge des Wiener Kongresses 1814/15. Es folgte eine protestantische Dominanz vor allem in Preußen und eine katholische Inferiorität. Und so war es daher nur eine Frage der Zeit, bis es zu ersten Auseinandersetzungen zwischen dem Staatsprotestantismus einerseits und einem in der Romantik neu erwachten katholischen Selbstbewußtsein kam.

Das Jahr 1848 politisierte das Bürgertum, es wurde Träger des Liberalismus sowie dessen Forderungen nach Verfassung und Grundrechten. Zu den Hauptanliegen des Liberalismus „des 19. Jahrhunderts gehörten die Durchsetzung einer säkularisierten Gesellschaftsordnung und einer dementsprechenden, kirchliche Einflüsse auf die Gesellschaft reduzierenden Neubestimmung der Grenzen zwischen Staat und Kirche“. (Rudolf Lill)<sup>66</sup> Die Liberalen betrachteten den Katholizismus als den eigentlichen Gegner, der durch seine spezifische Milieubildung ab Mitte des Jahrhunderts gestärkt wurde. Die daraus sich ableitenden Kulturkämpfe kann man als Modernisierungskrisen bezeichnen, als Kulminationsphasen im langen Prozeß der Säkularisierung, der typisch für das moderne Europa war. In Österreich gab es keinen mit Preußen vergleichbaren Kulturkampf, sondern in etwas abgemilderter Form Kulturkampfauseinandersetzungen.

Durch das Thun'sche Reformwerk auf dem Bildungssektor begünstigt, zogen nach 1848 in zunehmendem Maße Vertreter des Liberalismus auf die Lehrstühle der nun expandierenden Universitäten ein, die die spätjosephinischen „Professoren-Beamten“ ablösten. Gefördert durch das Kurienwahlssystem erhielten die Liberalen im Reichsrat ab 1867 die Mehrheit. Relativ rasch kam es zu den sog. „Maigesetzen“ des Jahres 1868, wodurch maßgebliche Bestimmungen des Konkordates des Jahres 1855 bezüglich Ehegesetzgebung und Schule ausgehöhlt wurden. Die Kirche reagierte damals mit einem ultramontanen bzw.

integralistischen Kurs, wodurch aber die Konflikte noch größer wurden. In Österreich kündigte die liberale Regierung 1870 sogar das Konkordat des Jahres 1855. Ab 1878 entspannte sich die staatskirchenrechtliche Lage in Österreich durch die Ernennung einer konservativen Regierung unter Ministerpräsident Eduard Graf Taaffe (1833–1895), die sich stark auf katholische Kräfte der deutschen und slawischen Bevölkerung stützte.

Durch das Hinausdrängen der Liberalen aus der Regierungsverantwortung kamen sie in zunehmendem Maße unter deutschnationalen Einfluß. Ab 1866 bzw. 1871 rückte die „deutsche Frage“ im Vielvölkerstaat Österreich in den Vordergrund. Im Zuge des Nationalitätenkampfes, der um die Jahrhundertwende zu eskalieren begann, wurden die Katholiken erneut Ziel eines Kulturkampfes, wobei ihr Loyalitätskonflikt augenscheinlich hervortrat: Waren sie nun Deutsche (im nationalen Sinn) oder „treue Untertanen ihrer apostolischen Majestät“?<sup>67</sup>

Die Kulturkampfauseinandersetzungen mit den katholischen Studentenverbindungen auf den Universitäten um deren Gleichberechtigung hatten daher zusammengefaßt vier Stoßrichtungen:<sup>68</sup>

1. Das Bekenntnis zur katholischen Kirche ist Ausdruck einer „ultramontanen“, daher antideutschen Gesinnung. Der Katholizismus ist „undeutsch“, da ultramontan. Im Kampf um die Beibehaltung des „deutschen Charakters“ der österreichischen Universitäten muß er daher ferngehalten werden.

2. Die katholischen Verbindungen sind Vorfeldorganisationen des Politischen Katholizismus.

3. Aufgrund des damals „modernen“ positivistischen bzw. szientistischen Wissenschafts- und Erkenntnisverständnisses ist Theologie nicht objektiv und wertfrei. Sie widerspricht daher dem Objektivitätsanspruch der Wissenschaften und ist daher keine solche. Katholizismus und moderne, voraussetzungslose Wissenschaft sind unvereinbar. Daher muß jedweder katholische Einfluß von der Universität als wissenschaftsschädigend ferngehalten werden. Die katholischen Verbindungen sind daher ein Fremdkörper auf der Universität.

4. Katholische Studenten lehnen strikt Duell und Mensur sowie die damit verbundenen Ehrvorstellungen ab. Sie besitzen daher keine Ehre und sind keine „wahren“ deutschen Studenten und Akademiker.

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, als die schlagenden Korporationen zunehmend unter den Einfluß der alldeutschen Bewegung Georg von Schönerers gerieten, wurde dieser Gleichberechtigungskampf ideologisiert. Das Erstarken der christlichsozialen Bewegung in dieser Zeit führte zu Abwehrreaktionen des deutschnationalen Freisinns auch auf Hochschulboden.

Am 8./9. Januar 1897 fand der 1. allgemeine deutsche Studententag in Wien statt, an dem die schlagenden Verbindungen (aller Schattierungen) sowie auch Nichtkorporierte teilnahmen. In dem dort beschlossenen „Reform-Programm für die deutschen Hochschulen in Österreich“ heißt es unter Punkt X, 2:

„Die theologische Fakultät ist aus dem Verbands der deutschen Hochschulen auszuschließen, weil die Theologie, auf Offenbarung und auf unfehlbarer Autorität des Dogmas, aber nicht auf Forschung beruhend, auch ihr Endziel vorher bestimmt hat und sich dadurch grundsätzlich von jeder Wissenschaft unterscheidet, die Hochschulen aber Pflegestätten der Wissenschaft sind.“

Diese kulturkämpferische Aussage der deutschnationalen Studentenschaft hatte lediglich die Theologie als solche zum Ziel. Die katholischen Verbindungen wurden wahrscheinlich wegen ihrer damals noch quantitativen Bedeutungslosigkeit nicht erwähnt.<sup>69</sup>

Diese Kulturkampfauseinandersetzungen erreichten zweifelsohne durch die **Los-von-Rom-Bewegung** ihren Höhepunkt.<sup>70</sup> Ab 1899 kamen zahlreiche protestantische Pastoren aus Deutschland nach Österreich, um mit ihrer „Missionsarbeit“ zu beginnen. 1904 waren es bereits 200. Einen Ansatzpunkt ihrer Arbeit bildeten die schlagenden Studentenverbindungen. Bei den Burschenschaften fand diese Bewegung starken Anklang: „Die in dieser Zeit stark um sich greifende Los-von-Rom-Be-

wegung [...] hatte auch in der akademischen Jugend begeisterten Anklang gefunden. Auch zahlreiche alte und junge Mitglieder unserer Burschenschaft [Arminia Graz, Anm. d. Verf.] kehrten der römischen Kirche den Rücken.“<sup>71</sup>

Insgesamt dürfte es in der ganzen Studentenschaft von 1898 bis zum Ersten Weltkrieg 1.000 Übertritte gegeben haben, die Gesamtzahl aller Übertritte in diesem Zeitraum aller Bevölkerungsschichten betrug ca. 30.000. Diese Zahl erscheint unter dem Aspekt, daß insgesamt 90 Millionen Mark damaliger Währung (das dürften umgerechnet dem heutigen Wert von mehr als einer Milliarde Euro entsprochen haben) an Spenden und Subventionen vom Deutschen Reich nach Österreich geflossen sind, eher gering zu sein.

Vom 2. bis 6. März 1905 fand in Wien der 2. allgemeine deutsche Studententag statt, der nunmehr offen die katholischen Verbindungen ins Visier nahm. Es wurden u. a. folgende Beschlüsse gefaßt:<sup>72</sup>

„3. Konfessionelle Studentenvereinigungen werden, da sie als im Dienste einer Konfession stehend von vornherein Gegner jeder freien Forschung sein müssen, an unseren freien deutschen Hochschulen nicht geduldet.“

4. Die Studentenschaft fordert, daß die im Verbands unserer deutschen Hochschulen befindlichen theologischen Fakultäten aus demselben ausgeschaltet und keine neuen theologischen Fakultäten einverleibt werden.“

Damit war eine neue „Sprachregelung“ im Kampf gegen die katholischen Verbindungen gefunden worden. Auf Anregung der CV-Verbindung Norica haben daraufhin sämtliche katholische Verbindungen und Studentenvereine Österreichs ein Memorandum verfaßt und es dem Unterrichtsminister, dem späteren Ministerpräsidenten Max Frhr. von Hussarek (1865–1935), sowie den Universitäts-senaten überreicht. Darin heißt es u. a.:<sup>73</sup>

„Die gefertigten deutschen Studentenkorporationen legen dagegen Verwahrung ein, daß jener Teil der deutschen Studentenschaft, der den jüngsten Hochschultag veranstaltete, sich als Vertretung der deutschen Studentenschaft der österreichischen

66 Lill S. 9.

67 Zum Kulturkampf des 19. Jahrhunderts allgemein und speziell in Österreich siehe Funder (passim); Höttinger; Kann; Lentze; Molisch; Pflieger; Stitz.

68 Diese Punkte siehe auch bei Dowe S. 53.

69 Academia 9 (1896/97), S. 262f.; Bechmann S. 421–425; Molisch S. 202f.

70 Albertin; Braeunlich; Trauner; Whiteside S. 212–226.

71 Arminia Graz S. 60f.

72 Bericht 2. Studententag S. 25; siehe auch Knoll; Molisch S. 217f.; Scheuer S. 373.

73 Abgedruckt in Academia 17 (1904/05), S. 440 und Alma Mater, 8. Jg., Nr. 36, 15. 3. 1905, S. 5.

Hochschulen darstellt, als solche berätet und Beschlüsse faßt. Insbesondere protestieren sie feierlich dagegen, daß dieser Teil der Studentenschaft auf dem Hochschultage entgegen dem akademischen Freiheitsgedanken über die Existenzberechtigung anderer deutscher Korporationen urteilt.“

Diese Auseinandersetzungen hatten auch (parti-)politische Bezüge. Die schlagenden Verbindungen waren die Nachwuchsorganisationen der deutschnationalen Parteien<sup>74</sup>, die katholischen die der Christlichsozialen bzw. Katholisch-Konservativen sowie im Deutschen Reich der Zentrumsparlei. Aufgrund der historischen Entwicklung sowie der weltanschaulichen Identitäten gab es enge personelle Verknüpfungen zwischen dem CV und dem parteipolitischen Katholizismus.<sup>75</sup> Mit dessen zunehmender parlamentarischer Stärke eskalierten auch die Konflikte zwischen katholischen und schlagenden Verbindungen. Dessen Wahlsieg im Mai 1907 führte einerseits bei diesem zu einem gesteigerten Selbstbewußtsein, andererseits aber wurde der deutschnationale Freisinn in eine Rückzugs-Enge getrieben, die zu aggressiven Gegenreaktionen führte.

Der rasche Aufstieg des Politischen Katholizismus führte auch zu einer „Koalition“ zwischen den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten, die mit den Christlichsozialen in Konkurrenz standen. Auf jeden Fall fand sich diese „Koalition“ bei Kulturkampfthemen, so wie auch bei den Reichsratswahlen 1907 und dann vor allem 1911. Aufgrund des damaligen Mehrheitswahlrechts unterstützten sich beim zweiten Wahlgang sozialdemokratische sowie deutschnationale Kandidaten gegenseitig, wo bei Letzteren die Losung galt: „Lieber rot als schwarz“.<sup>76</sup>

## 7 Die organisierte und nicht-organisierte Studentenschaft in Österreich vor dem Ersten Weltkrieg

In den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg gab es in der österreichischen Reichshälfte folgende Verbindungsgruppen:<sup>77</sup> Die Burschenschaften

organisierten sich im Deutschen Reich zur Deutschen Burschenschaft (DB), in Österreich wurden 1889 die Burschenschaften im Linzer Delegierten-Convent (LDC) zusammengefaßt. 1898 waren 21 Burschenschaften im LDC organisiert. Daraus entstand 1907 die Burschenschaft der Ostmark (BdO), die sich nach 1919 der DB anschloß.

Die Corps hatten sich im Deutschen Reich im sogenannten Kösener Senioren-Convents-Verband (KSCV) organisiert. In Österreich wurde 1898 der Hohensalzbürger Senioren-Convents-Verband (HSSCV) gegründet. Dem 1896 gegründeten Deutsch-academischen Sängerbund gehörten die Akademischen Gesangsvereine (Sängerschaften) von Wien, Graz und Leoben an. Daneben gab es in Graz zu dieser Zeit noch den Akademischen Turnverein (ATV) und den Verein Deutscher Studenten (VDS), die jedoch damals nicht den jeweiligen Dachverbänden (Akademischer Turnerbund, Kyffhäuserverband der Vereine deutscher Studenten) angehörten. Wenn man bedenkt, daß es 1898 in Österreich nur fünf katholische Verbindungen gab, kann man ersehen, welches Kräfteverhältnis bestand.

Obwohl die Mehrzahl der Studenten im deutschen Sprachraum noch immer einer Korporation beitrug – man geht für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg von rund drei Viertel aus<sup>78</sup> –, stieg die Zahl derer, die dies nicht taten. Um vor allem der Diskriminierung durch die Korporationsstudenten zu entgehen, entstand die freistudentische oder Finkenschaftsbewegung.<sup>79</sup> Ihren Ausgang nahm sie 1896 in Leipzig mit der Gründung der dortigen Finkenschaft. Im Laufe der Zeit entstanden zahlreiche solche Finkenschaften, die sich 1901 in Weimar zur Deutschen Freien Studentenschaft zusammenschlossen.

Da sich die Freie Studentenschaft in ihrem Programm als Vertreterin aller nichtkorporierten Studenten betrachtete und deren Auswüchse kritisierte, kam es naturgemäß zu einer ablehnenden Haltung seitens der Verbindungen. So verfaßten die schlagenden Studentenverbindungen von

<sup>74</sup> Siehe z. B. dazu Haubner S. 86f. Über das „Dritte Lager“ und die Korporationen siehe Mölzer Korporationen.

<sup>75</sup> Siehe Hartmann 2006 S. 93f. und 106f.

<sup>76</sup> Funder S. 323f.

<sup>77</sup> Nach Civis Academicus; Krause 2007; Academia 11 (1898/99), S. 189f., 211–214 und 240f.

<sup>78</sup> Wippermann S. 38.

<sup>79</sup> Dazu siehe Ssymank 1910; Ssymank 1905.

Graz 1912 eine Resolution gegen sie.<sup>80</sup> Auch der CV beschäftigte sich mit ihnen.<sup>81</sup>

In Österreich waren fast nur farbentragende katholische Verbindungen vertreten. Ursprünglichen waren nicht alle im Cartellverband (CV). Unter der Führung der Wiener Austria entstand ein Österreichischer Cartellverband, der jedoch 1906 dem CV beitrug. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs gab es in der österreichischen Reichshälfte 25 katholische Verbindungen, die dem CV angehörten oder nach 1918 diesem beitrugen. Darüber hinaus gab es drei KV-Verbindungen, davon aber keine in Wien.

Hier wird deutlich, daß die Zahl der katholischen Verbindungen von 1898 bis 1913 – also innerhalb von 15 Jahren – nahezu explodiert ist, während es zu dieser Zeit nur wenige Neugründungen von schlagenden Korporationen gegeben hat. Daß dadurch zwischen den beiden Gruppen die Konflikte zunahm, ist nachvollziehbar.

Auch wenn exakte Zahlen nicht mehr oder nur sehr schwer zu ermitteln sind, so war vor 1914 doch weit über die Hälfte der Studenten in Korporationen der unterschiedlichsten Art organisiert. Der Verbindungsstudent war der Normalfall, der Nichtkorporierte eher die Ausnahme.

Interessant ist natürlich die Frage, welche politische Einstellung vor dem Ersten Weltkrieg die deutschsprachigen Studenten in Österreich (in den Grenzen von heute) hatten, wobei sich das auf die Parteipräferenz bezieht. Wir hatten ab 1907 ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Abgeordnetenhaus des Reichsrates. Die deutschsprachigen Abgeordneten organisierten sich 1911 in überwiegender Mehrheit in drei Klubs (Fraktionen, Parteigruppen), nämlich in der Christlichsozialen Vereinigung (73 Mitglieder), als Sozialdemokraten (47 Mitglieder) und im Deutschen Nationalverband (99 Mitglieder), also die drei historischen politischen Lager.<sup>82</sup> Während die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten einheitliche Klubs bildeten, bestand der Deutsche Nationalverband aus fünf Parteien, deren Abstimmungsverhalten nicht immer einheitlich war.

<sup>80</sup> Studententum Freistudentenschaft.

<sup>81</sup> Academia 24 (1911/12), S. 235f.

<sup>82</sup> Nach Freund.

<sup>83</sup> Das waren 1911 die Deutsche Arbeiterpartei, die Deutschfortschrittliche Partei, die Deutsche Volkspartei, die Deutschen Agrarier (diese waren hauptsächlich in Böhmen und Mähren) und die Deutschradikalen. Die vier alldeutschen Abgeordneten waren bei keinem Klub.

Wahlberechtigt jedoch waren ab 1907 nur Männer, die das 24. Lebensjahr vollendet hatten. Studenten mit der damaligen normalen Studiendauer von vier bis fünf Jahren, wären wahrscheinlich kaum in den Genuß dieses Wahlrechts gekommen. Da es damals weder Meinungsumfragen gegeben hat und es auch keine allgemeinen Studentenvertretungskörper gewählt wurden, kann man nur spekulieren und aus dem Wahlverhalten bei diesen nach 1918 (dazu siehe später) Rückschlüsse ziehen. Danach dürften aller Wahrscheinlichkeit rund zwei Drittel bis drei Viertel der nichtjüdischen deutschsprachigen Studenten Anhänger der Parteien, die im Deutschen Nationalverband versammelt waren, gewesen sein.<sup>83</sup> Die Zahl der Sozialdemokraten dürfte noch weitgehend marginal gewesen sein, die Anhänger des parteipolitischen Katholizismus dürften etwas mehr als ein Viertel ausgemacht haben, allerdings mit steigender Tendenz.

Die Anhänger der Parteien des Deutschen Nationalverbands sowie der Alldeutschen unter den Studenten rekrutierten sich aus dem gehobenen und mittleren Bürgertum, welches ursprünglich liberale Wurzeln hatte, sich jedoch ab 1866/1871 zunehmend eine deutschnationale Gesinnung zulegte. Die katholischen Studenten rekrutierten sich zum einen aus dem unteren städtischen Bürgertum und zunehmend auch aus der Bauernschaft, die in den Donau- und Alpenländern – im Gegensatz zu Böhmen-Mähren – für den Politischen Katholizismus gewonnen werden konnte.

## 8 Der Erste Weltkrieg und die Studentenschaft

Der Erste Weltkrieg war für die meisten Studenten ein einschneidendes Erlebnis, das sie für das ganze Leben prägen sollte. Damit ist nicht nur das Kriegs- und Kampfgeschehen gemeint, sondern auch der Umbruch des Jahres 1918: der Zerfall der

Habsburgermonarchie und die Ausrufung der Republik. Mit Begeisterung zog man im Hochsommer 1914 in den Krieg, doch für die meisten war dann der November 1918 ernüchternd. Und aus dieser Situation entstand jedoch eine Aufbruchsstimmung innerhalb der Studentenschaft.

„Es schien eine völlig neue Generation von Studenten zu sein, die in den Wochen nach der November-Revolution in die Hörsäle der deutschen Universitäten einzog und die etwa den Erlanger Philosophen Paul Hensel zu den hoffnungsvollen Worten veranlaßte, ihm sei noch keine Zeit vorgekommen, in der er vor den Studenten einen solchen Respekt gehabt habe, wie diese.“<sup>84</sup> Durch das gemeinsame Erlebnis von Krieg und Zusammenbruch (man kann davon ausgehen, daß 90 Prozent der männlichen Studenten in irgendeiner Form mit dem Kriegsgeschehen in Berührung kam) fühlten sich die Studenten verpflichtet, an der Erneuerung der Hochschule, der Gesellschaft und des Staates mitzuwirken. Und noch etwas ist anzumerken: Die November-Ereignisse des Jahres 1918 spielten sich ohne die noch im Felde stehenden Soldaten, und damit der Mehrzahl der Studenten, ab. Obwohl von einer positiven Aufbruchsstimmung beseelt, erfuhren sie bei ihrer Heimkehr das Chaos und identifizierten als dessen Verursacher die „Linke“ („Dolchstoßlegende“). Dadurch entstand in weiten Teilen der Studentenschaft auch eine Skepsis gegenüber demokratischen Formen.<sup>85</sup>

Auf der anderen Seite stand die Bedrohung der jungen Republik durch Unruhen und Grenzübergänge der Nachfolgestaaten der Monarchie. Die Studenten zögerten nicht, erneut zu den Waffen zu greifen, um die Ordnung wieder herzustellen und den Staat zu schützen.

Krieg und Umsturz führten auch zu anderen Veränderungen im Leben der Hochschulen und Studenten. In Österreich gab es nur mehr drei Volluniversitäten (Wien, Graz, Innsbruck), zwei Technische Hochschulen (Wien, Graz) sowie weitere Hochschulen in Wien (Welthandel, Boden-

kultur, Tierärztliche) und in Leoben (Montanistik) sowie die selbständige Theologische Fakultät in Salzburg. Infolge eines Rückstaus durch den Krieg und die Heimkehrer stieg nach 1918 die Hörerzahl an den österreichischen Hochschulen stark an, sie erreichte im WS 1921/22 den vorläufigen Höchststand mit 29.514 Hörern. Danach nahm die Hörerzahl ständig ab: 1926 waren es nur mehr 20.848. 1931 stiegen sie wieder auf 25.512, um dann 1936 auf 18.288 zu sinken, was u. a. mit dem Wegbleiben der „reichsdeutschen“ Studenten wegen der sog. „1000-Mark-Sperre“ zu erklären ist.

Die Organisationsdichte der Studenten nach 1918 war genauso hoch, wenn nicht sogar noch höher als vor 1914. Für den deutschsprachigen Raum, und damit auch für Österreich, ist anzunehmen, daß mindestens 70 Prozent aller Studenten vereinsmäßig organisiert waren, 50 bis 66 Prozent sogar korporiert, wobei die (nichtjüdischen) Nichtkorporierten in überwiegendem Maße politisch den beiden Hauptströmungen des Korporationswesens (nationalfreiheitlich und konfessionell) nahestanden.<sup>86</sup>

Die hohe Organisationsdichte nach dem Krieg hatte ihre Ursache auch im Streben nach Sicherheit in einer Gemeinschaft, desgleichen hatten die Verbindungen und die Vereine auch die Aufgabe, die wirtschaftliche und soziale Not ihrer Mitglieder zu lindern.<sup>87</sup> Diese anfänglich hohe Vereinsdichte nach dem Krieg dürfte jedoch im Laufe der Zeit abgenommen haben. Um 1930 dürfte im deutschsprachigen Raum noch rund ein Drittel der Studenten korporiert gewesen sein, wobei bei kleineren Universitätsstädten der Korporiertengrad höher, bei größeren niedriger war.<sup>88</sup> Für Graz werden z. B. im Jahr 1929 nur mehr 35 Prozent angenommen, die in irgendeiner Korporation Mitglied waren.<sup>89</sup> Hingegen ist für Innsbruck im WS 1930/31 noch ein Korporationsanteil von 58 Prozent nachzuweisen, wobei der Anteil der katholischen Verbindungen des CV, KV und UV bei den Korporierten über 60 Prozent lag.<sup>90</sup>

<sup>84</sup> Zitiert bei Faust 1973 S. 19.

<sup>85</sup> Ebd., S. 20.

<sup>86</sup> Kater S. 24; Schwarz S. 129.

<sup>87</sup> Botzet S. 144. Über die soziale Lage der Studenten nach 1918 siehe Kater S. 43–79.

<sup>88</sup> Lönnecker S. 402.

<sup>89</sup> Weingand/Winkler S. 99.

<sup>90</sup> Gehler Studenten S. 41–43, 51.

## 9 „Der Staat, den keiner wollte“

Diese Titelformulierung des 1962 erschienenen und erfolgreichen Buches von Helmut Andics beschreibt kurz und prägnant die Stimmung der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung Ende 1918 und in den folgenden Jahren. An ein selbständiges republikanisches Österreich haben nur wenige „geglaubt“. So gab es zum einen eine relativ kleine Schicht, die der Habsburger-Monarchie und dem Kaiser nachtrauerte, zum anderen wollten hingegen die allermeisten Österreicher einen Anschluß an die junge deutsche Republik. Bei den Deutschnationalen, die sich jetzt Großdeutsche nannten, war diese Haltung selbstverständlich. Auch die Sozialdemokraten suchten ihr Heil in Deutschland, denn ein Anschluß an Deutschland ist ein „Anschluß an den Sozialismus“. Lediglich bei den Christlichsozialen war die Haltung zur neuen Staatsform bzw. zum Anschluß nicht so eindeutig. Während man bei diesen in den Alpenländern gegen Ende des Krieges eindeutig republikanische Tendenzen bzw. ein Abrücken von Monarchie und Kaiser ausmachen konnte, hielten sich bei den Wiener Christlichsozialen Reste von monarchistisch gesinnten Kreisen, womit auch eine gewisse Anschlußskepsis verbunden war.

Bei den Studenten in Österreich war das nicht anders. Bei den schlagenden Verbindungen trauerte man dem Haus Habsburg keine Träne nach und war absolut für einen Anschluß an die neue deutsche Republik. Bei den katholischen Studenten, insbesondere bei jenen des CV, war man ebenfalls überwiegend für den Anschluß. Jedoch gab es einen kleinen Kreis von Legitimisten, die sich vor allem um Persönlichkeiten aus der Wiener CV-Verbindung Nibelungia scharten, wie etwa den späteren Vizebürgermeister von Wien, Ernst Karl Winter, oder den Juristen Hans Karl Zeßner von Spitzberg. Hierzu gab es darüber im CV auch öffentliche Diskussionen, wie in der Verbandszeitschrift *Academia* oder bei Cartellversammlungen.<sup>91</sup> Letztlich waren aber diese Strömungen nicht allzu bedeutsam.

Nachdem aber in den Pariser Vorortverträgen von 1919 ein Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich untersagt wurde, trat dieses Thema tagespolitisch in den Hintergrund. Das hinderte jedoch nicht, daß in einer sog. „demo-

kratischen Anschlußbewegung“ im April/Mai 1921 in Salzburg und Tirol gegen den Willen der Bundesregierung und der Alliierten Volksabstimmungen durchgeführt wurden, wo jeweils weit über 90 Prozent für einen Anschluß votierten. In Vorarlberg hingegen gab es seitens der Landesregierung klare Tendenzen für einen Anschluß an die Schweiz, womit die Zerrissenheit dieser Jahre zusätzlich deutlich wurde.

Infolge der Erfahrungen der Jahre 1938 bis 1945 läuft man aber Gefahr, den eindeutigen Willen für einen Anschluß an Deutschland, der damals in Österreich geherrscht hat, negativ zu beurteilen. Man vergißt dabei, daß es sich – wie erwähnt – um eine „demokratische Anschlußbewegung“ gehandelt hat, die sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen hatte, wie es in den sog. 14 Punkten des US-Präsidenten Woodrow Wilson formuliert wurde. Die damalige Bewegung hatte noch nichts oder nur sehr wenig mit jener Mitte der dreißiger Jahre zu tun. Nach dem Krieg wollte man sich als Demokratie auf demokratischem Weg einer anderen Demokratie anschließen.

## 10 Ein österreichisches Phänomen: die Pennalien

Bevor wir uns weiter mit den Hochschulverbindungen befassen, ist es wichtig, kurz einen Blick auf die Pennalien zu werfen. Das sind Verbindungen speziell für Gymnasiasten. Sie sind im letzten Drittel des 19. Jahrhundert entstanden und lehnten sich in den äußeren Formen (Comment) den Studentenverbindungen an. Während die Pennalien in Deutschland nicht so bedeutend waren wie in Österreich, nach 1945 meisten nicht mehr wieder begründet wurden und von der Zahl her eher eine Randerscheinung sind, haben sie in Österreich eine größere Bedeutung erlangt. Wie bei den Studentenverbindungen gibt es auch hier zwei weltanschauliche Gruppen, die katholische und die nationalfreiheitliche.

Erst das Jahr 1919 brachte die sog. Koalitionsfreiheit für Mittelschüler (Gymnasiasten). Seit 1849 war es für diese verboten, Vereine zu gründen und Mitglied von solchen zu werden. Trotzdem entstanden in der Monarchie zahlreiche Pennalien im Untergrund. Sie mußten jedoch befürchten, je-

<sup>91</sup> Dazu siehe Hartmann 2006 S. 219f.

derzeit aufzufliegen, was zu unangenehmen Konsequenzen für die betreffenden Schüler und deren Eltern führen konnte.

Die Provisorische Nationalversammlung (PNV) Deutschösterreichs beschloß bereits am 30. Oktober 1918 ein Gesetz, dessen Punkt 3 lautete: „Die Ausnahmeverfügungen betreffs des Vereins- und Versammlungsrechts sind aufgehoben. Die volle Vereins- und Versammlungsfreiheit ohne Unterschied der Geschlechter ist hergestellt.“<sup>92</sup> Doch bis sich dieses Gesetz auch im Rahmen des Verwaltungsrechts durchgesetzt hatte, dauerte es noch. Erst am 30. Juli 1919 erging der diesbezügliche Erlaß des Staatsamts (Ministerium) für Inneres und Unterricht an die Landesschulräte.

Die im Untergrund agierenden katholischen Pennalien der Monarchie schlossen sich 1899 zu einem Mittelschüler-Cartellverband (MCV) zusammen, der sich aber bereits vor dem Krieg wieder auflöste.<sup>93</sup> Nach 1918 gab es in Österreich zahlreiche Gründungen von katholischen Pennalien. Die bestehenden und neugegründeten schlossen sich 1919 in einen Verband der katholisch-deutschen Pennalverbindungen Österreichs (VPV) zusammen, der sich jedoch wieder 1931 auflöste. Im Zuge des Katholikentages 1933 kam es zur Gründung des Mittelschüler-Kartell-Verbands der katholischen farbentragenden Studentenkorporationen Österreichs (MKV). Bei seiner Auflösung 1938 hatte er 78 Verbindungen als Mitglieder. Nach 1945 wurde er wieder begründet und zählt derzeit (2019) 162 Verbindungen. Mit dem ÖCV gibt es enge Kontakte. Viele Mitglieder, die nach der Matura studieren, treten in der Folge einer CV-Verbindung bei. Die Grundsätze von ÖCV und MKV sind fast identisch.

Neben den katholischen Pennalien gibt es in Österreich auch nationalfreihaitliche bzw. schlagende pennale Burschenschaften und Corps. Auch diese wurden teilweise bereits im Geheimen in der Monarchie gegründet, wobei ein besonderer Schwerpunkt in den deutschen Gebieten Nordböhmens und Nordmährens lag. 1906 kam es zur Gründung eines Allgemeinen Delegierten-Convents (ADC), der diese Pennalien zu versammeln versuchte. Nach dem Krieg entstand

1922 der Deutsche Pennäler-Ring (DPR), der ein Dachverband der Pennalen Burschenschaft der Ostmark (pBdO), des Ostmärkischen-Seniorenconvents-Verbands (OSCV) und des Vertreterconvents der Verbindungen und Vereine der Ostmark (VCdO) war. Nachdem die Verbindungen des VCdO der pBdO beigetreten sind, trat der OSCV aus dem DPR aus, der sich dann 1927 auflöste. Die pBdO wurde im August 1933 wegen seiner Nähe zum Nationalsozialismus behördlich aufgelöst

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1952 der Österreichische Pennäler-Ring (ÖPR) zuerst als Vereinigung der Altherrenverbände gegründet. Nach und nach entstanden wieder die aktiven Verbindungen. 2007 gab es 60 Verbindungen im ÖPR.<sup>94</sup> Während vor 1933 die nationalfreihaitlichen Pennalien zahlenmäßig stärker waren als die katholischen, hat sich die Bedeutung nach 1945 umgedreht, wie die Zahlen der Mitgliedsverbindungen zeigen. Wie beim MKV so gibt es auch zwischen dem ÖPR auf der einen Seite und den Burschenschaften, Corps, Landsmannschaften etc. auf der anderen Seite viele Berührungspunkte und personelle Überschneidungen.

Wie bei der sog. „Liederbuchaffäre“ zu bemerken war, unterscheidet eine unkundige Öffentlichkeit nur selten zwischen Mittelschul- und Studentenverbindungen, so daß es die Pennalien nicht leicht haben, ihr eigentliches Profil rüberzubringen.

## 11 Die Schaffung studentischer Vertretungskörper nach 1918

Doch kehren wir wieder zu den „eigentlichen“ Studentenverbindungen zurück. Nachdem sich bereits in den letzten Jahren vor dem Krieg ein Abebben der handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen dem CV und den Schlagenden bemerkbar gemacht und der Erste Weltkrieg mit der persönlich erlebten Kameradschaft einen weiteren Abbau der Spannungen geleistet hatte, wurden besonnene Stimmen laut, die zur Versöhnung zwischen den beiden wichtigsten studen-

tischen Gruppen – Schlagende und Katholische – mahnten. Bereits im Februar 1916 schrieb der Chefredakteur der christlichsozialen *Reichspost*, Friedrich Funder (CV Carolina): „Kann es von der Front der Weltgeschichte eine Rückkehr zum kleinlichen Zank einer kleinen Vergangenheit geben?“ Diese Zeilen fielen in der Folge bei den Schlagenden vorerst auf fruchtbaren Boden.<sup>95</sup>

So kam es anlässlich des ersten Farbenbummels auf der Wiener Universität im Krieg im Juni 1918 zu versöhnlichen Gesten zwischen Schlagenden und CVern sowie in der Folge zu offiziellen Gesprächen zwischen den beiden Gruppen. Ergebnis waren die Anerkennung der vollen Gleichberechtigung sowie ein Zusammengehen bei der Frage der Studentenausschüsse. Auch in Graz kam es ebenfalls im Juni 1918 zu einer gewissen Entkrampfung, die in der Folge so wie in Wien zu einer gemeinsamen Liste für die Wahlen zum Studentenausschuß führte.<sup>96</sup>

Diese Annäherung war eindeutig ein Produkt der Kriegsgeneration. Im Jahr 1935 bemerkte dazu rückblickend der CV-Funktionär Max Dinkhauser (CV Austria Innsbruck): „Denn als der letzte Frontsoldat die Hochschule verlassen hatte, war mit ihm auch der versöhnende Schützengrabengeist verschwunden.“<sup>97</sup> Daher darf man dieses Zusammenrücken von CV und Schlagenden in der Umbruchphase der Jahre 1918/19 im Rückblick nicht überbewerten.

Bereits vor 1914 hatte es Vorschläge und Versuche zu einer studentischen Mitbestimmung bzw. Selbstverwaltung gegeben. Nach Ende des Krieges und mit dem Beginn eines halbwegs ordentlichen Studienbetriebes bildeten sich an den Hochschulen Deutschlands und Österreichs (hier davon später) Studentenausschüsse. Jene von Berlin und Göttingen beriefen den 1. Deutschen Studententag für den 17. bis 19. Juli 1919 nach Würzburg ein. Die Einladung erging an alle Universitäten des deutschen Sprachraums mit Ausnahme der

Schweiz. Von Österreich waren nur die Hochschulen aus Graz und Innsbruck vertreten, nicht jedoch Wien und Salzburg.<sup>98</sup>

Es entstand nun die Deutsche Studentenschaft (DSt). Sie war „großdeutsch“ konzipiert, und sollte gewissermaßen ein „Vorbild völkischer Einheit“ sein.<sup>99</sup> Die DSt wurde in Kreise eingeteilt, wobei Österreich den Kreis VIII bildete. Der Studententag war das oberste beschlußfassende Organ der DSt, der jährlich tagte.

Der Delegierte der Grazer Studentenschaft, Franz Oberegger (C! Joannea),<sup>100</sup> forderte für die Aufnahme in die Studentenschaft die „arische Abstammung“ bis zu den Großeltern. Damit begann ein langer und erbitterter Verfassungskampf in der DSt zwischen dem sog. Volksbürgerschaftsprinzip, wonach nur Deutschstämmige anerkannt wurden, zu denen nicht die Juden zählten, und dem sog. Staatsbürgerschaftsprinzip, wonach alle deutschen bzw. österreichischen Staatsangehörigen unabhängig von ihrer Volks- oder Religionszugehörigkeit Mitglieder werden konnten. Um die Einheit zu wahren, siegte ein moderates Volksbürgerschaftsprinzip. Der § 1 der 1. Würzburger Verfassung vom 19. Juli 1919 lautete: „Die Studierenden deutscher Abstammung und Muttersprache der Hochschulen des deutschen Sprachgebiets bilden die Deutsche Studentenschaft.“<sup>101</sup>

Die nächsten drei Jahre waren in der DSt von einem „Verfassungskampf“ geprägt. Schließlich einigte man sich 1922 auf folgende Formel: Im Deutschen Reich sind bei ihr alle deutschen Staatsangehörigen sowie solche Studierende Mitglied, die deutscher Abstammung sind. Die auslandsdeutschen Studentenschaften regeln ihre Mitgliedsfrage selbständig. Damit wurde ein Kompromiß zwischen dem Volksbürgerschaftsprinzip, das vor allem von den österreichischen Studentenschaften vertreten wurde, und dem Staatsbürgerschaftsprinzip gefunden, das aufgrund des Drucks

<sup>92</sup> Dazu siehe Krause 2018.

<sup>93</sup> Über den MCV, VPV und dann den MKV siehe vor allem Obermüller 2000 und 2003.

<sup>94</sup> Lt. Krause 2007 S. 288.

<sup>95</sup> Dazu siehe Hartmann 2006 S. 301f.

<sup>96</sup> 75 Jahre Carolina S. 234ff.; Mölzer Gegensatz S. 488.

<sup>97</sup> Sitzungsbericht der 2. ÖCV-Versammlung 1935, S. 21.

<sup>98</sup> Über den 1. Studententag und die DSt siehe Bartsch S. 15ff.; Derichsweiler S. 64; Faust 1973 1 S. 21; Nipperdey S. 19ff.

<sup>99</sup> Lönnecker 2004 S. 38.

<sup>100</sup> Mölzer Gegensatz S. 488, Anm. 98.

<sup>101</sup> Die Formulierung „deutscher Muttersprache“ ist keine rassische und ließ für „Reformjuden“ ein Hintertürchen offen.

der Behörden im Deutschen Reich herrschen mußte.<sup>102</sup>

Neben der Schaffung der DSt kam es nach dem Krieg auch zum Erlanger Verbändeabkommen (EVA). Dieses wurde 1921 am Studententag in Erlangen unterzeichnet. Ihm gehörten schließlich 32 Verbände mit rund 1.600 Korporationen an, 80 Vereinigungen (darunter nichtkorporierte und jüdische) standen außerhalb. In diesem EVA verpflichteten sich die Verbände, ihre Streitigkeiten auf Verbändesitzungen aus dem Weg zu räumen. Wesentlicher Bestandteil des EVA war das Erlanger Ehren-Abkommen (EEA), in dem Ehrenhändel zwischen Verbandsmitgliedern durch Ehrengerichte erledigt werden sollten. Damit sollte der Konflikt bei Genugtuungsforderungen zwischen Duellverweigerern und -anhängern entschärft werden.<sup>103</sup>

Wie sah es nun konkret in Österreich aus? Auch hier entstanden 1918 Studentenausschüsse, die ein allgemeines Vertretungsmandat beanspruchten. In **Wien** wurde auf Initiative deutsch-nationaler Studenten am 20. Oktober 1918 ein „interfraktioneller Hochschulausschuß“ gegründet, der aus Vertretern der deutschnationalen, liberalen (deutschfreiheitlichen), katholischen und sozialdemokratischen Studenten bestand. Diesen Hochschulausschuß gab es nur in der Übergangszeit von der Monarchie zur Republik. Bereits am 27. November 1918 konstituierte sich eine „deutschbürgerliche Studentenschaft“ aus Deutschnationalen, Katholiken und Liberalen, die dem Rektor ein Memorandum für die Bevorzugung deutschstämmiger Hörer überreichte. Damit zeichnete sich das Bündnis zwischen nationalen und katholischen Studenten für die ersten rund zehn Jahre nach dem Krieg ab, um u. a. die Überfremdung abzuwehren.<sup>104</sup> Darunter war für Wien vor allem die Dominanz der Juden zu verstehen.

In diesem Sinn faßte der Akademische Senat der Universität Wien in seiner Sitzung den Beschluß, daß zur Immatrikulation zwar alle österreichischen Staatsbürger zugelassen seien, aber wegen Raummangels werden die Angehörigen deutscher Nationalität bevorzugt. Die sozialdemokratischen Studenten protestierten dagegen und wollten dafür den Weg von „Studentenräten“ gehen – offenbar angeregt durch die „Rätebewegung“ in dieser Umbruchszeit.<sup>105</sup>

Auch in **Graz** kam es Ende 1918 aus ähnlichen Gründen wie in Wien zur Gründung von provisorischen Hochschulausschüssen auf der Universität und der Technik.<sup>106</sup> Im Mai 1919 wurden die „Satzungen der Grazer Studentenschaft“ und die „Wahlordnung der Vertretungskörper der Studentenschaft“ erarbeitet und beschlossen, die die Zustimmung des Akademischen Senats fanden. Deren § 1 legte fest, „daß diejenigen Hörer, welche den beschließenden Körperschaften der Studenten angehören, deutscher Volkszugehörigkeit sein müssen“.<sup>107</sup> Das Staatsamt (Ministerium) für Inneres und Unterricht hatte zwar gegen den Ausschluß nichtdeutscher Hörer österreichischer Staatsbürgerschaft Bedenken, jedoch aber die Absicht, vorerst die Satzungen zu bewilligen.

In **Innsbruck** hatte sich im Februar 1919 ein paritätischer (d. h. gleich viele katholische und nationale Studentenvertreter) Hauptausschuß gebildet, wo es im Verlauf des SS 1919 bei der Debatte um die Schaffung eines Studentenparlaments zu Auseinandersetzungen kam. Die Nationalen wollten den in Innsbruck zahlenmäßig bedeutenden Theologen das Vertretungsrecht absprechen, so daß erst im Juli 1923 die DSt Innsbruck als „Vertretung der gesamten vollingeschriebenen Hörerschaft deutscher Volkszugehörigkeit“ anerkannt wurde.<sup>108</sup>

1022. Würzburger Verfassung abgedruckt bei Volkman S. 287ff. Siehe auch Bartsch S. 16f.; Volkman S. 78f.; Zorn S. 249ff.

103 Academia 38 (1925/26), S. 193ff. (bringt den Wortlaut des Abkommens sowie einen historischen Abriss).

104 Dazu Höflechner S. 278f.; Lichtenberger-Fenz S. 6–9; Zoitl Hochschulautonomie S. 126f.; Zoitl 1992 S. 152ff. Allgemein siehe Juen.

105 Zaunbauer S. 27f.

106 Leitner S. 57.

107 Universitätsarchiv Wien Reg/165 ex 1919/20. Bericht „Hochschulausschuß und Organisation der Studentenschaft“, Beilage des Rektors der Universität Graz an den Rektor der Universität Wien vom 28. 1. 1920; Höflechner S. 287ff.

108 Gehler Studenten S. 218–221.

Der für den Unterricht (und damit auch für die Hochschulen) unmittelbar zuständige Unterstaatssekretär Otto Glöckel (ein Sozialdemokrat) favorisierte jedoch im Herbst 1919 im Gegensatz zu der überwiegenden Mehrheit der Professoren eine Studentenvertretung, die aus allgemeinen Wahlen aller Studenten („Staatsbürgerschaftsprinzip“) hervorgegangen ist.<sup>109</sup> Doch Glöckel konnte die Wahlen zu den Studentenausschüssen, wie sie zum Teil Ende 1919, Anfang 1920 stattfanden, nicht verhindern.

Das Volksbürgerschaftsprinzip wurde auf dem ersten Kreistag der DSt Österreichs 1920 bestätigt und in der Folge von fast allen Universitätsbehörden anerkannt.<sup>110</sup> Von der verfassungsrechtlichen Seite war es jedoch bedenklich und stand einer staatlichen Anerkennung im Sinne einer Zuerkennung des Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft für die DSt im Wege.

Die sozialdemokratischen Studenten boykottierten wegen des Volksbürgerschaftsprinzips diese Studentenvertretungen. Einer der Gründe war zweifelsohne der Umstand, daß der Anteil jüdischer Studenten bei ihnen relativ hoch war. Sie bekämpften die ganze Erste Republik den Anspruch der DSt als Alleinvertretung, aber wegen ihrer geringen Mitglieder- und wohl auch Anhängerzahl außerhalb der jüdischen Studentenschaft blieb das weitgehend ohne Bedeutung.<sup>111</sup>

Einen Ausweg aus dem verfassungsrechtlichen Dilemma, in dem sich die DSt in Österreich befand, versuchte der Rektor der Wiener Universität des Studienjahres 1929/30, Wenzel (Graf) Gleispach, indem er für seinen Bereich eine Studentenordnung einzuführen versuchte, die nach dem Nationsprinzip aufgebaut war. Jede Nation sollte eine eigene Selbstverwaltung und Vertretung bekommen, die Deutschen wären dann die DSt. Die Rektorenkonferenz begrüßte diesen Schritt. Und am 8. April 1930 wurde durch Verordnung des Rektors dieses Studentenrecht in Kraft gesetzt.<sup>112</sup> Seitens der Sozi-

aldemokratie wurde diese Regelung aber bekämpft. Es kam nun darüber zu Auseinandersetzungen, im Zuge derer der Verfassungsgerichtshof am 23. Juni 1931 die Wiener Studentenordnung aufhob, und zwar nicht wegen des Nationsprinzips, sondern wegen formaler Gründe.<sup>113</sup>

## 12 Die politische Einstellung der Studentenschaft nach 1918

Durch die geschilderte Einführung von Studentenvertretungen an den Universitäten und Hochschulen Österreichs, zu denen es in der Regel jährlich Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht gab, ist die politische Einstellung der Studentenschaft (mit Ausnahme der jüdischen) erkennbar.

Die katholische Studentenschaft organisierte sich nach dem Ersten Weltkrieg relativ rasch und einheitlich in den Katholisch-Deutschen Hochschul- bzw. Akademiker Ausschüssen (KDHA bzw. KDAA).<sup>114</sup> Die deutschnationale Studentenschaft bzw. die schlagenden Verbindungen kandidierten für die Studentenvertretungen mittels sog. „Völkischer Listen“ o. ä.

Bei den ersten **Wiener** Hochschulwahlen im November 1919 gab es noch im Sinne der allgemeinen Verständigungsbereitschaft eine Einheitsliste aller „bürgerlichen“ Studenten, die natürlich alle 20 Mandate erhielt. Von diesen standen dem KDAA vier zu.<sup>115</sup> Erst bei den Wahlen im Februar 1921 kandidierten zwei Listen, Die Deutschvölkischen erhielten 35 Mandate, der KDHA 16. Bei den Wahlen im März 1923 konnte der KDHA die Zweidrittelmehrheit der Nationalen brechen und erhielt 18 Sitze, die Deutschvölkischen 33. Der KDHA konnte dann seine Stellung in den folgenden Jahren etwas ausbauen. Hingegen waren die Deutschvölkischen auf den anderen Wiener Hochschulen (Technik, Bodenkultur, Tierärztliche, Welthandel) wesentlich dominanter.

109 Gehler Studenten S. 18–20; Zoitl S. 127.

110 Lichtenberger-Fenz 1990; Weinzierl 1968 S. 19.

111 Dazu siehe Weingand/Winkler S. 22–27 und 96ff.; Zoitl 1992 S. 240ff.

112 Höflechner S. 360–369; Lichtenberger-Fenz 1988 S. 69f.; Lichtenberger-Fenz 1990 S. 84f.; Kraus S. 344; Weinzierl 1968 S. 18.

113 Höflechner S. 414f.

114 Dazu siehe Hartmann 2006 S. 291f.

115 Academia 32 (1919/20), S. 290.



Bei den Wahlen auf der Wiener Universität im WS 1925/26 entfielen auf die Deutschvölkischen 47,6 Prozent, auf den KDHA 37,3 Prozent. Der erstmals auftretende völkisch-soziale Block (Nationalsozialisten) erhielt auf Anhieb 15,1 Prozent.<sup>116</sup> Bei den letzten Wahlen im Februar 1931 wurde der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) mit 15 Sitzen stärkste Fraktion, gefolgt vom KDHA mit 14 Sitzen und der Völkischen Front mit 11 Mandaten.<sup>117</sup> Auch auf der Technik wurde er die stärkste Fraktion (12 von 25). Auf der Welthandel (14 von 24), der Bodenkultur (10 von 15) und der Tierärztlichen (7 von 12) erreichte er meist zu Lasten der völkischen Listen sogar die absolute Mehrheit.<sup>118</sup>

Bei den ersten Hochschulwahlen in **Graz** im Herbst 1919 gab es ebenfalls eine Einheitsliste, die natürlich alle 32 Mandate erhielt, sieben davon entfielen auf den KDAA.<sup>119</sup> Auch 1920 gab es noch eine Einheitsliste. Bei den folgenden jährlichen Wahlen konnte auf der Universität der KDAA immer ein Drittel der Mandate behaupten. Ab 1926 sank der Anteil des KDAA zugunsten der Deutschvölkischen. Bei den letzten Wahlen 1930 entfielen von den 18 Mandaten neun auf die Deutschvölkischen und je vier auf den KDAA und den NSDStB sowie auf die Katholisch-Nationalen ein Mandat.

Aufgrund dieser Mehrheitsverhältnisse war es klar, daß die Schlagenden immer den Vorsitzenden stellten.<sup>120</sup> Auf der Grazer Technik erreichte der KDAA überhaupt kein Mandat, was auch in den folgenden Jahren so blieb.<sup>121</sup> Die Deutschvölkischen erhielten alle Sitze. Nach den Wahlen von 1930 traten sie geschlossen zum NSDStB über. Daher behauptete 1938 die NS-Propaganda, daß die Grazer Technik „durch einen überwältigenden Sieg bei den studentischen Wahlen [...] die erste 100prozentige nationalsozialistische Hochschule des deutschen Sprachgebietes“ gewesen sei.

In **Innsbruck** war die Situation wegen der zahlenmäßigen Bedeutung der Theologischen Fakultät etwas anders als in Wien oder gar in Graz. Mit Ausnahme des Jahres 1925 lag die katholische Liste immer knapp vor der nationalen. Auf der Montanistischen Hochschule in **Leoben** erhielt der „Leobener Burschenbund der wehrhaften Korporationen“ immer alle Mandate, im Jahr 1931 erreichte dann der NSDStB 3 von 12 Sitzen. Die Erfolge des NSDStB bis 1931, vor allem in Wien, hatten zur Konsequenz, daß im März 1931 auf dem Kreistag des DSt Österreichs ein Nationalsozialist zum Kreisleiter gewählt wurde.<sup>122</sup>

Da es damals keine Wahlen zu einer gesamtösterreichischen Studentenvertretung ähnlich wie nach 1945 zum Zentralaussschuß gab und die Wahlen zu den einzelnen Kammern ohne Beteiligung der Sozialdemokraten sowie ohne die damals zahlenmäßig vor allem in Wien gewichtigen Juden erfolgte, ist eine exakte politische Stimmungslage der gesamten Studentenschaft Österreichs nicht zu ermitteln. Die genannten Beispiele der drei Universitäten (Wien, Graz und Innsbruck) zeigen jedoch, daß die damaligen Wähler der katholischen Listen und damit, wie wohl berechtigterweise anzunehmen ist, die Anhänger der Christlichsozialen Partei innerhalb der (nichtjüdischen) Studentenschaft in den zwanziger Jahren um 35 Prozent lagen. Das Verhältnis der Katholischen zu den Nationalen betrug daher eins zu zwei, während es bei den Nationalratswahlen hingegen 3,4 zu 1 (Großdeutsche) lautete.

Gernot Stimmer versucht aufgrund verschiedener Annahmen, ein tatsächliches Stimmungsbild aller Studenten, also auch der von den Wahlen ausgeschlossenen (Juden) und sie boykottierenden (Sozialdemokraten), zu errechnen. Für 1927/28 glaubt er herausgefunden zu haben, daß bei einem Wahlgang, bei dem alle Studenten hätten teilnehmen können, der VSSStÖ mit über 20 Prozent noch

vor der katholischen Liste gelegen wäre. In einer weiteren Hochrechnung (mit einer weiteren Zurechnungsmethode) kommt er dann zum Schluß, daß beide Lager – das katholische und nationale auf der einen und das demokratisch-sozialdemokratische auf der anderen Seite – fast ausgewogen gewesen wären.<sup>123</sup>

Natürlich stellt die von den Wahlen ausgeschlossene bei über 20 Prozent liegende jüdische Studentenschaft in Wien in der politischen Zurechnung ein Unsicherheitsfaktor dar. Deutschnational hätten sie sicher nicht gewählt, den KDAA wohl auch kaum. Hätten sie alle sozialdemokratisch votiert, wie man vielleicht aufgrund zahlreicher jüdischer Funktionäre in der Sozialdemokratischen Partei hätte annehmen können? Hat der VSSStÖ damals außerhalb seiner jüdischen Mitglieder weiteres Potential an sich ziehen können? Oder wären die Wähler des VSSStÖ überwiegend Juden gewesen? Oder hätten jüdische Studenten – vor allem jüdisch-national oder zionistisch orientierte – eine eigene jüdisch-nationale Liste aufgestellt? Wir wissen es nicht, und wir werden es wohl auch nicht wissen. Wir kennen nur die Ergebnisse der Wahlen, an denen Juden nicht teilnehmen durften und die der VSSStÖ boykottierte.

Zieht man jedoch die soziale und politische Struktur der Ersten Republik in Betracht, dann kann innerhalb der nichtjüdischen Studentenschaft der sozialdemokratische Anteil nur ein marginaler gewesen sein.<sup>124</sup> Es ist nach der sozialen Herkunftsstruktur der Studentenschaft wohl unbestritten, daß vor 1933 der sozialdemokratische Anteil an der nichtjüdischen Studentenschaft weitaus geringer war als nach 1945. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg war ja ein Trend zu mehr sozialer Ausgewogenheit innerhalb der Studentenschaft nicht zu leugnen. Die Ergebnisse des VSSStÖ ab 1946 sind bekannt (siehe später), sie waren bis in die achtziger Jahre nicht gerade über-

mäßig. Insofern erscheint die These von Gernot Stimmer wenig überzeugend zu sein.

### 13 Das Ende der Verständigungsphase

Der möglicherweise hoffnungsvolle Ansatz einer Verständigung zwischen katholischen und schlagenden Verbindungen versandete also rasch – oder war gar nicht erst vorhanden.<sup>125</sup> Bis 1923 verließ die Weltkriegsgeneration die Hochschulen. Die nachfolgende übernahm den „antibürgerlichen Geist der Jugendbewegung“ und war eng verzahnt mit einer besonderen „Anfälligkeit für das Grundrauschen der völkisch-antisemitischen Publizistik der Weimarer Jahre“.<sup>126</sup> Der Chronist der B! Stiria Graz, Willibald Klauser, gab dazu auch eine ungeschminkte Erklärung: „Der Weltkrieg hat hierin vorübergehend eine Änderung gebracht, indem durch vorgetäuschte nationale Anwendungen im Kreise der katholischen Verbände in einem Teile der nationalen Studentenschaft die Überzeugung Platz griff, es wäre die Möglichkeit vorhanden, die katholischen Verbindungen langsam bis zu einem gewissen Grad in das völkische Fahrwasser zu lotsen.“<sup>127</sup>

Aus diesem Geist heraus mußte es wieder wie vor 1914 zu Konfrontationen zwischen dem CV und den Schlagenden kommen. Neuerlich wurde Graz der wichtigste Schauplatz dieser Auseinandersetzungen, in Wien und Innsbruck waren sie im Vergleich dazu überschaubar.<sup>128</sup> Wie vor 1914 ging es um die Gleichberechtigung der katholischen Verbindungen und um deren Recht auf volle Farben auf Hochschulboden. Dazu zählte nicht zuletzt auch das gemeinsame Auftreten bei akademischen Feiern, insbesondere bei der Inauguration des Rektors. Doch die politische Situation war nach 1918 eine andere als vor 1914. Ab 1920

**116** Nach Zaunbauer S. 72.

**117** Ebd. S. 76.

**118** Weingand/Werner S. 101; Studenten im Kampf S. 107.

**119** Höflichner S. 699; Leitner S. 59. Es wurden insgesamt 768 Stimmen abgegeben.

**120** So war z. B. 1924 Ernst Kaltenbrunner (B! Arminia), der spätere SS-Obergruppenführer und Chef des Reichssicherheitshauptamtes, der Listenführer der deutschvölkischen Liste. Siehe Arminia Graz S. 110f. und 115f.

**121** Zu den Wahlergebnissen siehe Leitner S. 61f.; 75 Jahre Carolina S. 238ff. und 294ff.; Weingand/Winkler S. 100f.

**122** Eine Übersicht über die Hochschulwahlen in der Ersten Republik und eine Interpretation der Ergebnisse bietet Stimmer S. 580–592.

**123** Stimmer S. 589ff. Seine Sympathie für die Sozialisten ist offenbar, denn er spricht von einem „demokratisch-sozialistischen“ Lager gegenüber einem „deutschnationalen-katholischen“, so als ob es bei den Sozialisten immer nur Demokraten, bei den anderen jedoch keine gegeben hätte.

**124** Nach Grüttner 2008 S. 23 hat die studentische Linke in der Weimarer Republik vor 1933 „an den Universitäten nur eine marginale Rolle gespielt“. Diese Grundtendenz wird man wohl auch für Österreich annehmen können.

**125** Wie das eine Untersuchung der Conventsprotokolle der Grazer B! Allemannia zeigt: Cerwinka 2006 S. 274f.

**126** Lönnecker 2004 S. 37.

**127** Klauser S. 154f.

**128** Dazu ausführlich Hartmann 2006 S. 301f.

stellten die Christlichsozialen den Bundeskanzler, und die Großdeutsche Volkspartei, wie nun die Deutschnationalen hießen, war der kleinere Koalitionspartner. Bezeichnend ist folgende Feststellung von schlagender Seite aus dem Jahr 1924: „Mit dem Wachsen der politischen Macht der Christlichsozialen Partei wurde das Auftreten der katholischen Gruppe von Jahr zu Jahr anmaßender.“<sup>129</sup> Diese Reaktion ist auch vor dem Hintergrund der Nationalratswahlen vom 21. Oktober 1923 zu sehen. Die Christlichsozialen erreichten 45 Prozent (1920 42,3 Prozent) und die Großdeutschen 12,8 Prozent (1920 16,7 Prozent).

Der Streit zwischen den beiden Gruppen eskalierte bei den Rektoratsinaugurationen auf der Universität Graz ab 1927. Das gemeinsame Auftreten in Vollwuchs machten die Schlagenden von einer Erklärung der CV-Verbindungen abhängig, daß sie uneingeschränkt für eine Vereinigung aller Deutschen in einem Reich, also für den Anschluß, seien. Doch der CV ließ sich in dieser Frage nicht instrumentalisieren. Er konnte es auch nicht, denn in seinen Satzungen stand, daß ihm politische Bestrebungen fernliegen. Da es zu keiner Einigung gekommen war, blieb der CV der Inauguration fern.

Die Anschlußfrage war ein halbes Jahr auch später Gegenstand einer Erwähnung bei der Festrede anlässlich des 40. Stiftungsfestes der Grazer CV-Verbindung Carolina Ende Mai 1928. Festredner war der deutsche Zentrumspolitiker Prälat Karl Ulitzka, damals Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses des deutschen Reichstages und selber Caroline: „Der Versuch seitens der wehrhaften Studentenschaft, Carolina ein politisch formuliertes Bekenntnis in der Anschlußfrage abzurufen, ist als im Ziele im höchsten Maße abträglich zurückzuweisen. Die staatspolitische Lösung der Anschlußfrage ist nicht Aufgabe der studentischen Verbände, sondern der berufenen politischen Faktoren, und auch diese sind abhängig von Realitäten, die zu ändern allein nicht in ihrer Macht liegt.“<sup>130</sup>

Bei der Rektoratsinauguration 1928 wiederholten sich die Vorgänge von 1927. Wiederum ging es um das Bekenntnis zum Anschluß seitens des

CV. Sprecher bzw. Verhandlungsführer des Grazer CV war damals der spätere Nationalratspräsident (1962 bis 1970) Alfred Maleta (CV Carolina). Wie ein Jahr zuvor kam es zu keiner Einigung, der Grazer CV nahm schlußendlich an der Inauguration nicht teil.

Während die Konflikte 1927 und 1928 noch auf verbaler Ebene stattfanden, eskalierten sie im Juni 1929 in Handgreiflichkeiten, die an die Zeit vor 1914 erinnerten. Ausgangspunkt war eine Schiedsrichterentscheidung bei einem Faustballspiel zwischen der B! Arminia und der CV-Verbindung Carolina. Es war das die Zeit der Stiftungsfeste, und im Zuge dieser kam es zu Raufereien mit Verletzten, die sogar zu einer Gerichtsverhandlung sowie zur Befassung der im EVA dafür vorgesehenen Gremien führte.

Aufgrund all dieser Vorkommnisse fand die Inauguration im Herbst 1929 nur in einfachen Farben statt, und die Reibereien zwischen den beiden Gruppen gingen während des Studienjahres 1929/30 weiter. Nachdem nun ein Schlagender aufgrund der Vorkommnisse vom Juni 1929 verurteilt wurde, riefen diese Anfang Juli 1930 einseitig einen Streik aus, auf den der Rektor mit einer „Ausperrung“ reagierte. Es machte sich nun deutlich bemerkbar, daß die schlagenden Verbindungen in zunehmendem Maße unter Einfluß des NSDStB gerieten.

In Innsbruck war es vergleichsweise ruhig, und es sollte nach 1918 einige Zeit dauern, bis es erst im Januar 1925 wieder zu Zusammenstößen kam. Zum Unterschied zu den Verhältnissen vor allem in Graz war die Lage in Innsbruck wegen der starken Stellung der Theologischen Fakultät (ca. 600 Hörer von rd. 2.800 im Jahr 1931) anders. Aufgrund der Ergebnisse der Studentenwahlen waren die beiden Lager unter den Hörern ungefähr gleich stark, innerhalb der Korporationsstudentenschaft hatten CV, KV und UV eine deutliche absolute Mehrheit. Der CV war also nicht Minderheit und „Bittsteller“, sondern wußte sehr wohl um seine Stärke Bescheid.<sup>131</sup>

Während Graz vom „Gleichberechtigungskampf“ und Innsbruck vom „Kampf um die Vorherrschaft“ geprägt waren, finden sich für Wien

bis 1931/32 kaum Hinweise auf Konflikte zwischen der deutschnationalen bzw. schlagenden Studentenschaft einerseits und den katholischen Studenten, insbesondere dem CV, andererseits. Weder die Quellen bzw. die diversen Verbindungsgeschichten wie geschweige Sekundärliteratur geben darüber hinreichend Auskunft. Das mag durchaus auch daran gelegen haben, daß in einer Millionenstadt studentische Angelegenheiten nicht diese Aufmerksamkeit erhielten als etwa in dem weitaus kleineren Graz oder gar Innsbruck.

Man muß aber auch berücksichtigen, daß die nach 1918 einsetzende Kooperation zwischen den „Deutschvölkischen“ und dem KDHA anfänglich eine weitaus konfliktfreiere war, als in Innsbruck oder gar in Graz. Die „Wiener Verhältnisse“, d. h. der starke jüdische Studentenanteil sowie der Kampf um das „volksbürgerliche“ Prinzip, haben zwischen den Schlagenden und dem CV für die zwanziger Jahre die Differenzen zurücktreten lassen. Erst mit dem Auftreten der NSDStB gegen Ende der zwanziger Jahre begannen die Konflikte zu eskalieren, so daß die Wiener Universität „zu einem Ort wüster Verfolgungen und Ausschreitungen gegen politische, religiöse oder rassische Minderheiten“<sup>132</sup> wurde.

Beflügelt durch seinen Wahlerfolg im Frühjahr 1928 ist der NSDStB im Oktober an den damaligen Rektor Theodor Innitzer (CV Nordgau Wien), den späteren Erzbischof von Wien, wegen einer Veranstaltung herangetreten. Sie war zuerst als Kranzniederlegung für die Gefallenen des Weltkriegs gedacht, doch dann sollte diese am 9. November dem Gedenken des Hitler-Putsches vor fünf Jahren dienen, auf der sogar der SA-Führer Ernst Röhm hätte sprechen sollen, was jedoch Innitzer untersagte. Tags darauf kam es zu Handgreiflichkeiten auf der Universität.

Ein halbes Jahr später, am 1. und 8. Juni 1929, kam es zu mehrfachen Zusammenstößen zwi-

sehen dem NSDStB und jüdischen Studenten, woraufhin Innitzer das Tragen des Braunhemds verbot. Daraufhin entstand eine Hetze der Nationalsozialisten gegen ihn, wobei er als Handlanger des „jüdischen Terrors“ bezichtigt wurde. Im WS 1929/30 kam es zu weiteren Ausschreitungen und antijüdischen Demonstrationen.<sup>133</sup> Der Alltag der jüdischen Studenten an der Universität Wien Ende der zwanziger-/Anfang der dreißiger Jahre bestand darin, hinausgeprügelt zu werden. Die systematische Störung des Lehrbetriebs und die Terrorisierung Andersdenkender gehörten zum Kampfprogramm des NSDStB.<sup>134</sup>

Im April 1930 konnte sich ein Funktionär des NSDStB brüsten: „Nach zweijährigem Kampfe waren wir die Herren der Universität.“<sup>135</sup> Als – wie erwähnt – im Juni 1931 der Verfassungsgerichtshof die Gleispachsche Studentenordnung aufhob, „brachen in Wien die vielleicht schwersten Studentenunruhen der Zwischenkriegszeit aus“.<sup>136</sup> Wiederum ging es gegen sozialistische und jüdische Studenten. Diesmal waren vor allem auf nationalsozialistischer Seite viele Nichtstudenten bzw. Nichtakademiker beteiligt.

Am 27. und 28. Januar 1932 gab es neuerlich schwere Unruhen. Im Oktober/November kam es wiederum zu Übergriffen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen auf jüdische Studenten.<sup>137</sup> Danach wurde der CV das Ziel der Angriffe, weil es nach dem endgültigen Scheitern für ein Studentenrecht kein gemeinsames Ziel mehr für die völkischen und katholischen Studenten gab.<sup>138</sup>

#### 14 Das Vordringen des Nationalsozialismus auf den Hochschulen

Der Nationalsozialismus hatte in den zwanziger Jahren in Österreich noch kaum Bedeutung erlangt. Eine merkliche Änderung ergab sich erst

<sup>129</sup> Universitätsarchiv Graz RA HSW 1, Nr. 1 zitiert nach Leitner S. 59, Anm. 261.

<sup>130</sup> Die Rede Ulitzkas ist teilweise abgedruckt in 75 Jahre Carolina S. 255.

<sup>131</sup> Über die Ereignisse in Innsbruck siehe Hartmann 2006 S. 319f.

<sup>132</sup> Zaunbauer S. 9.

<sup>133</sup> Höflechner S. 354–359.

<sup>134</sup> Lichtenberger-Fenz 1990 S. 2. In dieser Zeit studierte übrigens Elias Canetti in Wien Chemie. In seiner Autobiographie „Die Fackel im Ohr“ werden diese antisemitischen Ausschreitungen auf der Universität allerdings als für ihn nicht lebensbedrohlich geschildert. Über den studentischen Antisemitismus in Wien in der Zwischenkriegszeit siehe Erker.

<sup>135</sup> Lichtenberger-Fenz 1990 S. 3.

<sup>136</sup> Zaunbauer S. 127.

<sup>137</sup> Höflechner S. 428f.

<sup>138</sup> Zaunbauer S. 142.

mit dem Erfolg der NSDAP im Deutschen Reich am 14. September 1930, als sie bei den Reichstagswahlen zweitstärkste Partei wurde (von 12 auf 107 Mandate!). Allerdings scheiterte die NSDAP bei der kurz danach stattgefundenen Nationalratswahl. Erst 1932 gab es in Österreich deutliche Auswirkungen, wo die NSDAP bei einigen regionalen Wahlen beachtliche Erfolge erreichen konnte (Wien, Niederösterreich, Salzburg).

Anders war die Situation in der Studentenschaft, und da wiederum anders in Österreich. Ab 1922/23 gab es in Bayern vereinzelte nationalsozialistische Studentengruppen. Erst 1926 wurde der **Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund** (NSDStB) gegründet. In seiner Frühzeit war er stark antikapitalistisch und sozialrevolutionär orientiert und lehnte das Verbindungsstudententum ab. Er wandelte sich aber dann ab 1928 unter dem neuen „Reichsführer des NSDStB“, Baldur von Schirach, zu einer eher mittelständisch orientierten Gruppe, die sich sehr stark den völkischen Ideen verpflichtet fühlte. Somit kam es vor allem im Deutschen Reich zu einem Einbruch des nationalsozialistischen Gedankengutes in die Reihen der schlagenden Verbindungen. Insgesamt fand der Nationalsozialismus auf den Hochschulen ein für ihn günstiges Klima vor, die Mehrheit der Studenten war national eingestellt, und mehr als zwei Drittel war korporiert.<sup>139</sup> Daher konnte der NSDStB im Deutschen Reich von 1927 bis 1930 überall Mandate und Mehrheiten in der DSt erringen.<sup>140</sup>

Bei den Studentenausschüsse-Wahlen für das WS 1930/31 erreichte der NSDStB im Reichsdurchschnitt an die 35 Prozent der wählenden Studenten.<sup>141</sup> Damit hatte er eine genügende Basis, um im Juli 1931 bei der Tagung der DSt in Graz personell die Macht zu ergreifen.<sup>142</sup> Bemerkenswert waren damals die Worte des bis 1931 amtierenden Vorsitzenden der DSt Heinrich Schultz (C! Hildeso-Guestphalia Göttingen); „In dem Au-

genblick, in dem eine politische Partei der Deutschen Studentenschaft ausschließlich ihren Stempel aufdrückt, wird man von einer Deutschen Studentenschaft nicht mehr sprechen können.“<sup>143</sup> Diese Warnungen waren vergeblich.

Eineinhalb Jahre vor der Machtergreifung Hitlers gelang den Nationalsozialisten zum ersten Mal innerhalb einer sozialen Gruppe, nämlich der Studentenvertretung, der Durchbruch. In den Jahren 1931 und 1932 erhöhte sich der NSDStB-Anteil bei den Wahlen im Deutschen Reich auf 44,4 bzw. 47,9 Prozent. Fragt man für das Jahr 1932 nach jenen Universitäten, die deutlich niedriger als dieser Durchschnitt lagen, so fällt auf, daß die vier niedrigsten Bonn (26,2 Prozent), die TH Aachen (26,6 Prozent), München (32,5 Prozent) und Würzburg (39,1 Prozent) waren – also alle Universitäten/Hochschulen in kernkatholischen Gebieten (Rheinland, Bayern). Ein wirklicher Einbruch in die Kerngruppe des katholischen Studentenmilieus gelang dem NSDStB vor 1933 allerdings nicht.<sup>144</sup>

In Österreich lag die Situation etwas anders, wie wir bereits bei den einzelnen Ergebnissen der Hochschulwahlen gesehen haben, denn hier gelang es dem NSDStB nicht sofort, in die schlagende Verbindungswelt einzubrechen. Dies lag vor allem darin begründet, daß diese Verbindungen in Österreich weitaus radikaler waren als die vergleichbaren in Deutschland. Das „nationale Bedürfnis“ war daher über längere Zeit hin dadurch befriedigt. So konnte sich in Graz die Völkische Liste auf der Universität etwas länger behaupten und erkannte gelegentlich, daß ihr im NSDStB ein gefährlicher Gegner erwachsen war.

In **Wien** hingegen war bereits bei den Wahlen 1930/31 ein Einbruch des NSDStB signifikant. Im Jahr 1931 ist der Nationalsozialismus in Wien „innerhalb der [schlagenden, Anm. d. Verf.] Korporationen zum alleinbestimmenden Faktor geworden“, was nicht wundert, denn nach ihrem

<sup>139</sup> Hildebrand S. 40f.; Brunck S. 203f.; Grüttner 1995 S. 20f.; Stimmer Studentische Gruppierungen S. 26f.

<sup>140</sup> Faust 1973 I S. 36f.; Faust 1975 (gute Überblicksdarstellung); Jarausch S. 152; Kater S. 125f.

<sup>141</sup> Z. B. an der TH Berlin 5 von 10 Sitzen, an den Universitäten Braunschweig 9 von 20, in Breslau 22 von 31, in Erlangen 19 von 25, in Gießen 14 von 25, in Jena 8 von 12, in Leipzig 8 von 15 und München 10 von 30. Siehe Grüttner 1995 S. 54; Studenten im Kampf S. 107.

<sup>142</sup> Faust 1973 II S. 17f.

<sup>143</sup> Zitiert bei Wippermann S. 106.

<sup>144</sup> Nach Grüttner 1995 S. 54, 57 und 496.

Verständnis war der Nationalsozialismus „die Vollendung der waffenstudentischen Idee“.<sup>145</sup>

In **Innsbruck** wurde eine NSDStB-Gruppe erst spät, nämlich Anfang 1929 gegründet, nachdem er bereits in Deutschland überall große Erfolge erreichen konnte. Nach einer Untersuchung von Michael Gehler konnte festgestellt werden, daß schon vor 1933 ein hoher Anteil der Mitglieder der Innsbrucker schlagenden Verbindungen der NSDAP beigetreten war: so z. B. beim C! Athesia 50 Prozent, bei der B! Suevia 45 Prozent und bei der B! Germania 40 Prozent.<sup>146</sup>

Der NSDStB (aber auch die NSDAP) wurde nach den Erfolgen im Deutschen Reich auch in Österreich immer stärker und erhöhte ab 1931 seine Aktivitäten an den Hochschulen. Damit war die weitere hochschulpolitische Ausgangslage für das Studienjahr 1932/33 festgelegt. Der NSDStB konnte im Rahmen des nationalen Lagers die beherrschende Stelle vor den Schlagenden erreichen. Bemerkenswert war auch die Stärke des NSDStB im Kreis VIII (Österreich). Anfang Januar 1933, unmittelbar vor der Machtergreifung Hitlers, gab es insgesamt ca. 5.500 NSDStB-Mitglieder, davon im Kreis VIII 1.070. Der Anteil Österreichs an der Gesamtzahl der Deutschen im Deutschen Reich, Österreich und in der Tschechoslowakei betrug damals rund zehn Prozent, die des Kreises VIII an der Gesamtmitgliederzahl des NSDStB 16,3 Prozent. Also deutlich höher als die Einwohnerrelation. Das zeigt nur, daß sich der NSDStB in Österreich stärker implementieren konnte als im „Altreich“.<sup>147</sup>

Im November 1932 eskalierten die Konflikte, und wiederum begannen sie in Graz. In der Zeit zwischen 16. und 20. November 1932 kam es zu

den letzten großen Auseinandersetzungen zwischen katholischen Studenten und Schlagenden, die völlig unter nationalsozialistisches Kuratel geraten waren. Es begann mit Schlägereien bei einer Tanzveranstaltung.<sup>148</sup> Das alles setzte sich in den folgenden Tagen auf der Universität und auf der Straße fort. Es gab zahlreiche Verletzte. Jedenfalls konnte man für Graz zum Jahreswechsel 1932/33 nicht mehr grundlegend zwischen Nationalsozialisten und Waffenstudenten unterscheiden. Im Januar 1933 stellte der NSDStB fest: „Die Mehrheit der deutschen Hochschulstudenten steht bereits im Lager Adolf Hitlers.“<sup>149</sup> Diese Einschätzung teilte auch der Rektor der Grazer Universität Hanns Benndorf. In einem Bericht an den damaligen Unterrichtsminister Kurt Schuschnigg (CV Austria Innsbruck) schätzte er die Nazi-Sympathisanten in der Studentenschaft auf gut 70 Prozent.<sup>150</sup>

Durch die Ereignisse in Graz war die Lage gespannter denn je. Anfang Dezember sollte der Kreistag der österreichischen DSt in Wien stattfinden. Bei einer Veranstaltung im Wiener Sophienaal am 2. Dezember 1932 kam es zwischen den Schlagenden/Nationalsozialisten und den katholischen Studenten zu Reibereien.<sup>151</sup> Am Samstag, dem 3. Dezember, sollte die Wiener Universität die wohl schwersten Studentenauseinandersetzungen erleben. Studenten in SA-Uniform begannen, mit Stahlruten und Gummiknüppeln auf die CVer einzuschlagen. Eine ganze Reihe von ihnen wurde dabei verletzt, darunter der Sohn des Bundespräsidenten Wilhelm Miklas (CV Austria Wien) und der spätere Bundeskanzler Josef Klaus (CV Rudolfina), der wegen einer Rißwunde am Kopf in Spitalsbehandlung mußte. Erst nachdem sich die CVer notgedrungen ermaßen zurückzogen hatten,

<sup>145</sup> Witzmann S. 133 und 137.

<sup>146</sup> Gehler Studenten und Politik S. 311; Gehler Soziale Herkunft S. 156ff. Allerdings berücksichtigt Gehler viel zu wenig, daß es in Innsbruck einen hohen reichsdeutschen Anteil unter den Studenten und damit auch in den Verbindungen gegeben hat. Der Nationalsozialismus wurde daher dadurch gewissermaßen „importiert“.

<sup>147</sup> Grüttner 1995 S. 51.

<sup>148</sup> Siehe dazu Hartmann 2006 S. 327f. Es ist das Verdienst Andreas Mölzers, den Akt „Veranstaltung Schulverein Südmark – Studentenunruhen“ im Universitätsarchiv entdeckt und geordnet zu haben. Er veröffentlichte daraus zwei Publikationen: Der Gegensatz zwischen katholischen und national-freiheitlichen Korporationen in Graz sowie Studentenunruhen in Graz im Spätherbst 1932.

<sup>149</sup> Weingand/Winkler S. 104.

<sup>150</sup> Binder 1989 S. 81.

<sup>151</sup> Über die Ereignisse in Wien siehe Hartmann 2006 S. 331.

hörten die Kämpfe auf.<sup>152</sup> Noch am selben Tag faßte die Katholisch-Deutsche Hochschülerschaft Österreichs (KDHÖ) den Beschluß, aus der DSt auszutreten. Der Beginn der Weihnachtsferien wurde auf den 12. Dezember vorverlegt. Man hoffte so, daß sich die Gemüter beruhigen werden. Darüber hinaus hatte der Senat der Wiener Universität ein allgemeines Uniform- und Parteiabzeichenverbot erlassen. Der Terror der nationalsozialistischen Studenten ging weiter und reichte sich damit allgemein in den Naziterror ein, der sich in Österreich nach der Machtergreifung Hitlers stark steigerte.<sup>153</sup>

Das Auftreten des NSDStB, dem bald die schlagenden Verbindungen erlagen, hat nun eine neue Dimension in die Auseinandersetzungen eingebracht, die zum Bruch der DSt führte. Innerhalb der Studentenschaft dürfte in den Jahren 1931/32 die Mehrheit „formell und informell von der nationalsozialistischen Bewegung als aktive Mitstreiter oder passive Sympathisanten aufgesogen“ worden sein.<sup>154</sup>

### 15 Die Hochschulen im „Ständestaat“

Die vom NSDStB inszenierten Unruhen auf den österreichischen Hochschulen im Spätherbst 1932, die einseitige Austrittserklärung der KDHÖ aus der DSt Österreich sowie die politischen Umwälzungen in Deutschland und Österreich machten eine Neuordnung der Studentenschaft notwendig, die am Ende des Sommersemesters 1933 in die Wege geleitet wurde. Am 31. August 1933 wurde die DSt aufgelöst, ebenso wurde der NSDStB verboten. Mit 1. Oktober 1933 wurde die studentische Vertretung neu geordnet. An Stelle der DSt trat die **Hochschülerschaft Österreichs**, die von **Sachwaltern**, an oberster Stelle der Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs, geführt wurden, die vom Unterrichtsministerium ernannt

wurden. An jeder Universität bzw. Hochschule gab es solche. Mit der Einführung dieser Sachwalter versuchte man, eine neue Form der Mitarbeit der Studenten zu finden.<sup>155</sup>

Mit Ausnahme der katholischen Studentenschaft, die in einer relativen Minderheit war, und der sich wohlwollend neutral verhalten habenden nichtsozialistischen jüdischen Studenten standen vor allem die schlagenden wie vor allem die nationalsozialistischen Studenten diesen Bestrebungen ablehnend gegenüber. „Während das nationale Element die angestrebte loyale Zusammenarbeit überall boykottierte, stellte sich der ÖCV bzw. viele seiner Mitglieder in selbstloser Weise zur Mitarbeit im Rahmen der Sachwalterschaft zur Verfügung.“<sup>156</sup> Die Gegenseite stellte hingegen lapidar fest: „Nun schlug die Stunde des CV.“<sup>157</sup> Tatsache ist, daß viele Angehörige von CV-Verbindungen in dieser Sachwalterschaft tätig waren, wie etwa der spätere Unterrichtsminister Heinrich Drimmel (CV Nordgau Wien) und der bereits erwähnte Josef Klaus, Analyisiert man die Funktionäre der Hochschülerschaft, so waren gegen Ende des „Ständestaates“ (Stichtag 1. Juli 1937) mehr als die Hälfte der Funktionäre 1. Ranges (Sachwalter, deren Stellvertreter, Geschäftsführer, Abteilungsleiter der Hochschülerschaft Österreichs) Angehörige einer CV-Verbindung. Bei den Funktionären 2. Ranges (Fachschaftsleiter, Referenten, Mitarbeiter) waren es nur ein Fünftel.<sup>158</sup>

Aufgrund des Boykotts der nationalen Studentenschaften und ihrer Beteiligung am nationalsozialistischen Juli-Putsch 1934 wurde das Auftreten der schlagenden Korporationen vom Staat weitgehend unterbunden. Verschiedentlich kam es zu länger andauernden Farbenverboten. Nach dem Juli-Putsch gab es eine Verhaftungswelle. So wurde z. B. ein Drittel der B! Stiria Graz wegen illegaler Betätigung mit Kerker, Anhaltelager, Geldbußen, Disziplinarverfahren etc. bedacht. Von den übrigen Grazer schlagenden Korporationen wurden im Laufe dieser Zeit die Burschenschaf-

ten Allemannia, Frankonia und Ostmark polizeilich aufgelöst, weil eine überwiegende Zahl ihrer Angehörigen illegale NSDAP-Mitglieder waren. Andere, wie z. B. das C! Vandalia suspendierten den Aktivenbetrieb.<sup>159</sup> Die verbleibenden Korporationen waren mit ihren Heimen Zellen der nationalsozialistischen Agitation, so wurde z. B. Anfang 1937 ein SA-Appell bei der B! Stiria von der Kriminalpolizei ausgehoben, als Folge wurde sie ebenso wie die B! Marcho-Teutonia verboten.<sup>160</sup> Im Jahr 1942 stand daher in dem Buch „Der Freiheitskampf der Ostmark-Deutschen“ in gewissem Sinn durchaus treffend zu lesen: „Wie die Verbrecher wurden sie registriert. Die Studenten an den österreichischen Hochschulen und vor allem die Korporationsstudenten, bei denen die Zugehörigkeit zu einer illegalen Parteiformation Pflicht war, gehörten zu den unentwegten Anhängern der Bewegung. Viele wanderten in den Kerker oder mußten ins Reich flüchten.“<sup>161</sup> Nach einer exakten Untersuchung vom Michael Gehler lag in Innsbruck bei den Burschenschaften Brixia, Germania und Suevia der Anteil der NSDAP-Mitglieder zwischen 75 und 80 Prozent, bei den Corps Athesia, Gothia und Rhaetia zwischen 68 und 85 Prozent.<sup>162</sup> Von den insgesamt 59 schlagenden Verbindungen Österreichs wurden 21 während des „Ständestaates“ aufgelöst, das ist mehr als ein Drittel.<sup>163</sup> Davon entfielen 13 auf die Steiermark (Graz und Leoben)

Infolge des Juli-Abkommens 1936 kam es zu einer teilweisen Mitarbeit der „nationalen“ Studenten in der Hochschülerschaft, sofern sie sich nach außen hin zum Staat loyal verhielten. Die Einbindung dieser Gruppen war auch ein Anliegen des Sachwalters Drimmel.<sup>164</sup> Doch waren diese zuletzt nur in der unteren Funktionärebene zu finden.<sup>165</sup>

Man kann – aufbauend auf den Hochschulwahlergebnissen vor 1933 – durchaus annehmen,

daß nach 1933 mehr als zwei Drittel der nicht-jüdischen Studentenschaft Sympathisanten des Nationalsozialismus bzw. (illegale) Mitglieder der NSDAP und/oder des NSDStB waren. Die den „Ständestaat“ stützenden Studenten waren in der Hauptsache Angehörige des CV und anderer katholischer Organisationen. Bei diesen begann sich in einer bestimmten Werthaltung jedoch eine Änderung abzuzeichnen. Aufgrund der politischen Lage kam es zu einer Konfrontation zwischen dem nationalsozialistischen Deutschen Reich und dem österreichischen „Ständestaat“. Das tangierte auch das „Deutschsein“ von dessen Anhängern. Die Bundeskanzler Engelbert Dollfuß (CV Franco-Bavaria) und Kurt Schuschnigg (CV Austria Innsbruck) propagierten gleichsam als Gegenmodell ein spezifisches Österreichbewußtsein. Man definierte sich zwar weiterhin als Deutsche, grenzte sich aber gegenüber dem inzwischen nationalsozialistisch gewordenen „kleindeutschen“ Deutschen Reich bewußt ab, in dem man die besonderen historischen und vor allem kulturellen Leistungen Österreichs betonte. Die Zeit bis 1938 war zu kurz, um damit nachhaltigen Erfolg zu haben. Doch nach 1945 setzte sich diese Linie fort und fruchtete nicht zuletzt im katholischen Milieu.

Tatsache war aber auch, daß die Angehörigen des CV zu den Unterstützern des „Ständestaates“ zählten und zu dessen Funktionselite gehörten.<sup>166</sup> Daß bei frei gewordenen Posten CVer bevorzugt wurden und Angehörige schlagender Verbindungen das Nachsehen hatten, war aus der damaligen politischen Situation nachvollziehbar. Es gibt Berichte, wonach man damals auch deswegen zum CV gegangen sei, um danach beruflich mehr Chancen zu haben. Denn man darf eines nicht vergessen. Auch nach 1933 konnte die Regierung aufgrund der damaligen wirtschaftlichen bzw. bud-

<sup>152</sup> Siehe dazu auch Botz S. 360..

<sup>153</sup> Höflechner S. 445f.

<sup>154</sup> Gehler Studenten und Politik S. 113.

<sup>155</sup> Dazu siehe Hartmann 2006 S. 414 und Leitner S. 69. Weiters Cyba S. 32f.; Lichtenberger-Fenz 1988 S. 71f.

<sup>156</sup> 75 Jahre Carolina S. 307.

<sup>157</sup> Mölzer Der Gegensatz S. 497.

<sup>158</sup> Nach Jahrbuch ÖH 1937/38, S. 52–61.

<sup>159</sup> Corps Vandalia zu Graz S. 78; Hundert Jahre Burschenschaft Frankonia S. 51; Hundertfünfundzwanzig Jahre B! Allemannia, S. 10; Leitner S. 55f.; Klauser S. 177f.; Die Kraft hat in sich selbst Bestand, S. 154f.; Mölzer Der Gegensatz S. 498.

<sup>160</sup> Ebner S. 153; Klauser S. 180.

<sup>161</sup> Zitiert nach Binder 1989 S. 83.

<sup>162</sup> Gehler Studenten und Politik S. 402.

<sup>163</sup> Rekonstruiert nach Krause 2007.

<sup>164</sup> Drimmel S. 179f. Das rettete Drimmel 1938 auch vor einer Verhaftung, S. 239.

<sup>165</sup> Nach Jahrbuch ÖH 1937/38, S. 52f. tw. ersichtlich.

<sup>166</sup> Dazu siehe Hartmann 2013.

getären Situation nicht beliebig die Personalkosten erhöhen. Aufgenommen konnte nur dann jemand werden, wenn ein Posten frei geworden ist.

## 16 Der März 1938

Der Anschluß im März 1938 drehte die Verhältnisse in der österreichischen Studentenschaft bzw. bei den Studentenverbindungen wieder um. Um es kurz auf den Punkt zu bringen: Jene, die im „Ständestaat“ das Sagen hatten, wurden abgesetzt und verfolgt. Jene, die das im „Ständestaat“ erleiden mußten, hatten wiederum Oberwasser. Die Angehörigen des CV zählten maßgeblich zu den vom NS-Regime Verfolgten und Inhaftierten.<sup>167</sup> Selbstverständlich wurden gleich nach dem Anschluß alle katholischen Verbindungen (CV, KV, MKV, Katholische Landsmannschaften) verboten.

Hingegen waren die Mitglieder der schlagenden Verbindungen glühende Verfechter der Anschlußidee und größtenteils auch Anhänger des Nationalsozialismus. Viele von ihnen nahmen im Dritten Reich bedeutende Stellen ein.<sup>168</sup> Doch es war für die Angehörigen der schlagenden Verbindungen besonders bitter, erfahren zu müssen, daß auch sie der Gleichschaltungsmaschinerie der Nazis zum Opfer fallen mußten. Im Deutschen Reich wurden in den Jahren 1933 bis 1935 die Korporationsverbände und deren Verbindungen „gleichgeschaltet“. Der Berliner Historiker Wolfgang Wippermann, selbst bekennender Angehöriger eines Corps, bewertet diesen Vorgang folgendermaßen: „Die Corps und noch mehr die Burschenschaften haben sich den nationalsozialistischen Machthabern feige unterworfen und sich selber gleichge-

schaltet. Von einem Verbot, wie immer noch in der verbandsinternen Publizistik behauptet wird, kann überhaupt nicht die Rede sein.“<sup>169</sup> Auch der Historiograph der Burschenschaften, Hans-Georg Balder, kommt zu dem Schluß, daß der eigene „Anteil, den sie [gemeint die Burschenschaften, Anm. d. Verf.] zu ihrer Zerschlagung beisteueren“, erheblich war.<sup>170</sup>

In dem nun angeschlossenen Österreich mußten bis zum 15. Mai 1938 die Farben niedergelegt und die Verbindungen aufgelöst werden. Die meisten schlagenden Verbindungen taten dies im Laufe des Monats Mai aus Anlaß der zu dieser Zeit üblichen Stiftungsfeste. In Wien fand die Feier „der Überführung der waffenstudentischen Korporationen in die Gliederungen der NSDAP“ am 8. Juni im großen Konzerthausaal statt. Bei dieser Feier wurden „die Farben das letztemal in der Öffentlichkeit getragen und dabei symbolisch zum Ausdruck gebracht werden, daß die Fahnen und Farben der einzelnen Bünde in der einigenden Bewegung des Nationalsozialismus aufgehen“.<sup>171</sup> In Graz fand am 11. Juni 1938 die Feier der sog. Selbstaflösung der schlagenden Verbindungen statt. Im Landhaus wurde die Abschlußkundgebung abgehalten. Der Chronist der S! Gothia berichtet zum Abschluß wehmütig: „Am 11. Juni trugen wir [...] zum letzten Male in der Öffentlichkeit die Farben. Was soll's nun mit Mütze und Band? Ich weiß es. Ich nehme sie mit mir ins Reich der Schatten. Sie sollen in meiner letzten Behausung mit mir der Ewigkeit entgegenträumen!“<sup>172</sup>

Seitens des NSDStB wurden studentische Kameradschaften gebildet, die mit „einschlägigen“ Namen (z. B. Wilhelm Gustloff, Georg Ritter von

**167** Farbe tragen.

**168** Beispielhaft seien erwähnt: Der Chef des RSHA und SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner (B! Arminia Graz), der Gauleiter der Steiermark, Siegfried Uiberreither (B! Cheruskia Graz), der Gauhauptmann der Steiermark, Armin Dadiou (ATV Graz), der Gauleiter von Niederdonau, Hugo Jury (B! Ghibellinia Prag), der Gauleiter von Kärnten, Friedrich Rainer (B! Ostmark Graz), der Sicherheitschef in den besetzten Niederlanden, Hanns Rauter (C! Joannea Graz). Erwähnungswert sind auch der ärztliche Leiter der Euthanasieanstalt Hartheim (Oberösterreich), Rudolf Lonauer (B! Ostmark Graz) sowie der erste Kommandant (1942) des Vernichtungslagers Treblinka, Irmfried Eberl (B! Germania Innsbruck).

**169** Wippermann S. 97.

**170** Balder S. 532.

**171** Brief der B! Olympia von Mai (undatiert) 1938 an die Bundesbrüder. Faksimiliert abgedruckt in Austria-Wien 1876-1976, 1. Teil, S. 26.

**172** Festschrift Gothia S. 18f. und 32f.; siehe dazu auch Ehrlicher-Leitinger S. 201f. und 207f.; Mölzer Der Gegensatz S. 499.

Schönerer, Otto Planetta) versehen wurden. Große Teile von schlagenden Verbindungen traten in jeweils bestimmte Kameradschaften über.<sup>173</sup>

## 17 Nach 1945: Wiederaufbau und Entnazifizierung

Der Niederlage des nationalsozialistischen Regimes Anfang Mai 1945 folgte die Säuberung, genauer die Entnazifizierung, unmittelbar auf dem Fuß. Sie wurde von den Alliierten angestoßen und von ihnen sowie den österreichischen Behörden durchgeführt.<sup>174</sup> Dazu gehörte auch der Bereich der Hochschulen. Bereits im Mai 1945 konstituierte sich im Staatsamt (Ministerium) für Unterricht eine Kommission, die sich mit der Frage der Zulassung von politisch belasteten Personen zum Studium beschäftigte. Nach einer Verordnung des Staatsamts vom 3. September 1945 waren bis zum 30. April 1950 alle belasteten und minderbelasteten Personen vom Studium ausgeschlossen.<sup>175</sup> Das waren alle Mitglieder der NSDAP, SS und SA sowie Funktionäre vom vergleichbaren Rang eines Ortsgruppenleiters aufwärts bei sonstigen Gliederungen der NSDAP, etwa der HJ, des NSDStB usw. Gegen diese Verordnung kam es 1945 und 1946 zu Demonstrationen und Streiks. Denn aufgrund der starken „völkischen“ Ausrichtung der Studentenschaft war ein sehr großer Kreis davon betroffen. Erst die Jugendamnestie vom April 1948 brachte ein Ende dieser Bestimmungen.<sup>176</sup>

Im ÖCV wurde die Entnazifizierung noch 1945 angegangen, denn 1933 wurde im neu gegründeten ÖCV die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaften beim CV und in der NSDAP beschlossen. Dazu wurden eigene Verbindungsgerichte bzw. Kommissionen eingerichtet. Anfänglich wurde sehr streng vorgegangen. Mit dem Nationalsozialistengesetz von 1947, das den Begriff Minderbelastete für jene einfachen Parteimitglieder eingeführt hat, die erst

nach dem Anschluß der NSDAP beigetreten sind (sog. „Mitläufer“), lockerten sich die Maßnahmen. Teilweise kehrten solche wieder in den CV zurück. Für die an sich wenigen „Illegalen“ oder Funktionsträger gab es allerdings kein Pardon.

Ein besonderes Augenmerk lag natürlich auch bei den Professoren. An der Universität Wien gab es zu Ende des „Dritten Reiches“ im April 1945 130 Professoren, davon wurden 86 entlassen, pensioniert oder suspendiert, das waren zwei Drittel! An der Wiener Technik wurden 41 von 56 Professoren enthoben (73 Prozent), auf der Welthandel und der Tierärztlichen jeweils 11 von 17 (65 Prozent) und auf der Bodenkultur 22 von 26 (85 Prozent). In Innsbruck wurden 26 Professoren suspendiert.<sup>177</sup>

## 18 Die Gründung der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH)

Die Universitäten Österreichs waren im Mai 1945 von den Kriegswirren arg mitgenommen. Dennoch konnte noch im Sommersemester 1945 teilweise der Vorlesungsbetrieb aufgenommen werden. Vielfach war es der selbstlosen Einsatzbereitschaft der Professoren- wie Studentenschaft zu danken, daß der Lehrbetrieb wieder bald anlaufen konnte. Nun galt es, auch die studentische Selbstverwaltung neu zu ordnen. Am 3. September 1945 wurde vom Staatsamt für Unterricht die Hochschülerschaftsverordnung erlassen.<sup>178</sup> Danach sollten die Funktionäre der nunmehrigen Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) im Rahmen allgemeiner Wahlen aller ordentlichen österreichischen Hörer bestimmt werden.

Aufgrund einer Verfassungsbeschwerde, auf die hier nicht näher eingegangen wird, wurde nach Verhandlungen zwischen dem Ministerium und der ÖH ein Hochschülerschaftsgesetz erarbeitet und am 12. Juli 1950 vom Nationalrat beschlos-

**173** Eine Liste der jeweils zusammengehörenden Verbindungen und Kameradschaften bringt Acta Studentica 129/1999, S. 9.

**174** Dazu allgemein siehe Stiefel 1981; Stiefel 1991; Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne.

**175** Verfassungsgesetz vom 8. Mai 1945, StGBI. Nr. 13, über das Verbot der NSDAP (Verbotsgesetz) i. d. F. des I. Hauptstückes des Bundesverfassungsgesetzes vom 6. Februar 1947, BGBl. Nr. 25 (Nationalsozialistengesetz); Das Nationalsozialistengesetz mit Verbotsgesetz, erläutert von Egon Praunegger und Christian Friedrich Hein. Graz 1947.

**176** Weinert S. 259–261. Siehe auch Huber.

**177** Weinert S. 255–259.

**178** StGBI 75/1945; siehe auch Fuchs.

sen. Danach ist die ÖH eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, wohl einmalig im internationalen Vergleich. Alle ordentlichen Hörer österreichischer Staatsangehörigkeit sind automatisch Zwangsglieder der ÖH, die Selbstverwaltung besitzt.

Die ÖH ist eine reine Standesvertretung, ein „allgemeines politisches Mandat“ war ursprünglich nicht vorgesehen. Grundsätzlich ist die ÖH demokratisch verfaßt, die beschlußfassenden Organe – der Zentralausschuß (ZA) auf Bundesebene, die Hauptausschüsse (HA) für die einzelnen Hochschulen und die Fachschaftsausschüsse (FA) für die Fakultäten – werden aufgrund direkter, allgemeiner, gleicher und geheimer Verhältniswahlen ermittelt. Diese Struktur blieb im Wesentlichen bis heute erhalten.

Im Jahr 1945 bestand nicht nur auf staatlicher Ebene, sondern auch auf Hochschulboden die Gefahr einer Dominanz der Linken (SPÖ und KPÖ). Daher mußte an die Schaffung einer von der ÖVP offiziell anerkannten Studentenpartei geschritten werden, wie es die alliierten Bestimmungen damals vorschrieben.<sup>179</sup> Bereits in der ersten Maiwoche 1945 wurde die Freie Österreichische Studentenschaft (FÖSt) gegründet, und die ÖVP gab ihr das Recht, als ÖVP-Studentengruppe aufzutreten. Die Nationalratswahlen am 25. November 1945 (sog. „Kathreinswahlen“) brachten klare innenpolitische Verhältnisse, und die Gefahr einer Dominanz der Linken war vorerst gebannt.

Im März 1946 wurde die „Union der Österreichischen Akademiker“ gegründet, der unter Wahrung der vollsten organisatorischen Selbständigkeit der ÖCV, die FÖSt, der Akademische Bund Katholischer Landsmannschaften (KÖL), der Altherrenverband des MKV, die Akademikerhilfe und später der ÖKV beitraten. Diese Zusammenfassung zu einem Dachverband knüpfte sicherlich an das Vorbild KDHO an und wurde vom CV betrieben.

Die hochschulpolitische Arbeit lag damals vorerst noch weitgehend bei der FÖSt, die zu dieser Zeit rund 1.500 Mitglieder besaß, also ebensoviel wie der CV 1949 bei der Aktivitas. (Das waren jeweils ca. fünf Prozent der 1946 inskribierten Hörer.) Inzwischen war der ÖCV wiederum er-

starkt, und die FÖSt verlor zugunsten des ÖKV an Bedeutung. Dieser wurde neben dem ÖCV zur zweitstärksten hochschulpolitischen Gruppe in der Union, eine Tradition, die bis Ende der sechziger Jahre beibehalten wurde.<sup>180</sup>

Aufgrund des neuen Hochschülerschaftsgesetzes konnten 1951 auch andere wahlwerbende Gruppen teilnehmen. Nach dem Erfolg des Verbands der Unabhängigen (VdU) bei den Nationalratswahlen im Oktober 1949 begannen die Bemühungen, auch eine Studentengruppe dieses Verbandes ins Leben zu rufen. Bereits im November 1949 wurden solche Gruppen in Wien und Graz gegründet, die – ähnlich wie der VdU – sich um das Reservoir der „Ehemaligen“ und der Schlagenden bemühten bzw. auf diesem aufbauten. Sie hießen in Anlehnung an den VdU Bund unabhängiger Studenten (BUS). Um die Basis zu verbreitern, wurde seitens der Union mit anderen Verbänden Kontakt aufgenommen, und so entstand als Listenbezeichnung „Wahlblock (WB) der Union österreichischer Akademiker“, die bis 1967 erhalten blieb.

Durch die Abhaltung allgemeiner Studentenwahlen auf Bundesebene kann im Gegensatz zur Zeit vor 1933 ab 1946 die politische Einstellung der Studentenschaft besser beobachtet werden. Auch gab es keinen Ausschluß von jüdischen Hörern wie bei der DSt, allerdings war deren Anteil als Folge der NS-Zeit inzwischen minimal. Hingegen waren bei den ersten Wahlen die NS-belasteten Studenten ausgeschlossen. Die Wahlbeteiligung betrug am Anfang (1946) über 82 Prozent, um sich dann ab 1949 auf rund zwei Drittel einzupendeln, ein Wert, der bis 1967 gehalten werden konnte. Danach sank die Wahlbeteiligung sukzessive auf unter 40 Prozent.

Bei den ersten drei Wahlen (1946, 1948, 1949) kandidierten nur drei Parteien (Union, VSSStÖ, Kommunisten). Aufgrund der allgemeinen innenwie auch außenpolitischen Situation stellten vorerst die Kommunisten die größte Gefahr dar. Das Ergebnis war jedoch bundesweit eindeutig: Die Union erhielt mehr als drei Viertel der Stimmen, die Kommunisten nicht einmal drei Prozent, und sie sanken in der Folge auf fast ein Prozent. Der VSSStÖ kam im Bundesdurchschnitt auf ein Fünf-

tel der Stimmen. 1948 und 1949 verlor dann die Union jeweils etwas zugunsten des VSSStÖ.

Die Situation änderte sich 1951 mit dem Auftreten des BUS bzw. 1953 mit dem des Rings Freiheitlicher Studenten (RFS). Dadurch verlor der Wahlblock erheblich, konnte sich dann aber bis 1965 zwischen 55 und 59 Prozent einpendeln. Der VSSStÖ verlor deshalb ebenfalls ab 1951. Der BUS bzw. der RFS erreichte 1951 auf Anhieb zwölf Prozent und konnte sich 1953 sogar auf über ein Drittel der Stimmen steigern! In der Folge verlor er etwas, um dann 1967 nochmals fast 30 Prozent zu erreichen.

Was nun das quantitative Verhältnis der katholischen zur nationalfreiheitlichen Studentenschaft betrifft, so haben sich die Wähleranteile im Vergleich zur Zeit vor 1933 umgedreht. Das ist natürlich durch die NS-Ära verständlich. Daß der RFS bis Ende der sechziger Jahre noch immer relativ stark war, beweist nur, wie lange politische Grundströmungen andauern können.

Im Wahlblock – und damit auch in der ÖH – wurde der CV immer bedeutender, mit Ausnahme von Graz, wo der KV stark war. Nicht wenige ÖH-Funktionäre wurden später in der Politik (ÖVP) oder in der Wirtschaft bedeutend. Beispielfhaft seien genannt die beiden ZA-Vorsitzenden und späteren NRAbg. Franz Bauer (CV Norica) und Günther Wiesinger (CV Nordgau Wien) sowie die Vorsitzenden der ÖH an der Hochschule für Welthandel Leo Wallner (CV Danubia), später Generaldirektor der Casino Austria AG, Günther Putterer (CV Amelungia), später NRAbg., und Claus J. Raidl (Baj), später Generaldirektor der Böhler-Uddeholm AG und Nationalbankpräsident.

Die ÖH-Politik der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre war von Studentenstreiks geprägt, die sich für eine Verbesserung der materiellen Situation der Hochschulen und der Studenten einsetzten. Als das Hochschulbudget sogar gekürzt wurde, organisierte die ÖH im Oktober 1959 einen Studentenstreik. Ebenso gab es einen solchen Ende Mai/Anfang Juni 1961 und dann im Dezember 1962. Innerhalb des ÖCV gab es deshalb Probleme, weil viele aus dessen Reihen maßgebliche Funkti-

onen in der ÖH hatten und diese Streiks sich ja gegen die Regierung richteten, in der ja wiederum CVer saßen wie z. B. der Unterrichtsminister Heinrich Drimmel (CV Nordgau Wien).

## 19 Das Wiederentstehen der schlagenden Verbindungen

Die Situation für die schlagenden Verbindungen hatte sich 1945 vollkommen verändert. Wegen ihrer personellen Verstrickung mit dem NS-Regime war eine Wiederbegründung in derselben Raschheit wie beim CV unmöglich. Die britische Militärregierung in Deutschland hat bereits im November 1945 das Wiederentstehen von Verbindungen verboten, was kurz danach auch in der britischen Zone in Österreich dekretiert wurde. Mit Beginn des Kalten Krieges (1948 – Berlin-Blockade) und infolge der Gründungen der Bundesrepublik Deutschland sowie der DDR (1949) wurden die Bestimmungen der Alliierten gelockert. So kam es bereits 1949 zur teilweisen Wiederbelebung des schlagenden Verbindungswezens in den deutschen Westzonen, was nicht ohne Kritik ablief.<sup>181</sup>

Auch in Österreich wurde man im Zusammenhang mit der im Jahr 1949 erfolgten Formierung des „Dritten Lagers“ wieder aktiv, und die schlagenden Verbindungen rekonstituierten sich ab diesem Jahr sukzessive wieder. Dieser Prozeß dauerte bis Mitte der fünfziger Jahre<sup>182</sup> und steht auch in einem engen Zusammenhang mit der Gründung der entsprechenden Hochschulparteien (BUS, in der Folge RFS). Der RFS wurde hauptsächlich von den Schlagenden gegründet und getragen. Der Anteil der Nichtkorporierten und der Studentinnen blieb dort weitaus geringer als im Vergleich zum Wahlblock.<sup>183</sup>

Nun war aber für die Schlagenden nach 1945 der Kampf um die Beibehaltung der Vorherrschaft im akademischen Bereich verloren. Alle ihnen eigenen Attitüden, das „völkische“ Gehabe und das Mensurwesen, um nur diese beiden Beispiele zu nennen, wurden in der Öffentlichkeit negativ beurteilt. Nicht so stark, aber ebenfalls

<sup>179</sup> Die Darstellung folgt, wenn nicht anders angemerkt, Floimaier und Forster.

<sup>180</sup> Über den ÖKV in der Hochschulpolitik siehe Binder 2006 S. 214f.

<sup>181</sup> Finke und Segebrecht.

<sup>182</sup> Siehe dazu Krause 2007 (passim) sowie Weidinger S. 56f.

<sup>183</sup> Ehrlicher-Leitinger S. 259.

negativ beurteilt wird auch das Couleurtragen sowie Chargieren in der Öffentlichkeit und auf akademischen Boden. Das hat im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen wird das Farbstudententum von einer nicht differenzierenden Öffentlichkeit in der Hauptsache mit den schlagenden Verbindungen identifiziert, die aufgrund ihrer NS-affinen Vergangenheit mit einem negativen Image behaftet sind. Daß diese Verbindungen und der CV in Österreich kontrovers gegenüberstehen, wird nur sehr partiell wahrgenommen. Insofern wird der CV für etwas in Haftung genommen, für das er weder etwas kann und wogegen er sogar dazu noch ist. Zum anderen sind natürlich die seit 1968 zunehmend dominierenden gesellschaftlichen Entwicklungen Ursachen einer Ablehnung des Farbstudententums, die darin eine reaktionäre, faschistische, sexistische usw. Form sehen, die es zu bekämpfen gilt. Es wundert daher nicht, daß es immer wieder Versuche gibt, das Chargieren bei akademischen Feiern (Promotionen, Sponsionen etc.) zu verhindern, wobei hier die inzwischen links-grün dominierte ÖH-Exekutive mit den akademischen Behörden kooperiert.

Neben allen anderen Differenzen kam noch hinzu, daß sich die Schlagenden mit einer selbstkritischen Vergangenheitsbewältigung äußerst schwertat<sup>184</sup> und sich mit dem neu entstandenen Österreichbewußtsein, der selbstverständlichen Eigenstaatlichkeit Österreichs und vor allem mit dem Begriff der österreichischen Nation vorerst nicht abfinden konnten.<sup>185</sup> Sie vertraten weiterhin die Ansicht der deutschen Volkszugehörigkeit Österreichs. „Die Wiederherstellung der Politik unter der politischen und moralischen Führung der antinazistischen Parteien forderte die völkischen Verbindungen heraus. [...] Der neue Staat erschien [...] als völkerrechtliche Verkörperung der deutschen Niederlage [...] und einer austriazistischen, den deutsch-völkischen Gedanken verwerfenden Ideologie.“<sup>186</sup> Deutlich wird dies auch bei einer Selbstdarstellung des RFS im Jahre 1960:

„Der RFS wendet sich entschieden gegen die geschichtsklitternden Bestrebungen gewisser Kreise, eine eigene österreichische Nation im Gegensatz zur deutschen zu konstruieren.“<sup>187</sup>

In der 1970 erschienenen Geschichte der Grazer B! Arminia heißt es zum Verhältnis zu CV und KV: „Gegenüber den dem CV und dem KV angehörenden katholisch-konfessionellen Verbindungen betrieb die VB [Vertreterbesprechung, Anm. d. Verf.] eine Politik der stillschweigenden Anerkennung bestehender Tatsachen. [...] Die allgemeine politische und hochschulpolitische Einstellung – vor allem ihr Eintreten für eine ‘fiktive österreichische Nation’ – wurde hingegen heftig bekämpft.“<sup>188</sup>

Im Studienjahr 1957/58 machten sich verstärkte Aktivitäten der schlagenden Verbindungen bzw. des RFS in Wien bemerkbar. Als im Rahmen der Filmreihe der ÖH der Film „Der Untertan“ im Audimax aufgeführt werden sollte, der u. a. Leben und Sitten schlagender Verbindungen persiflierte<sup>189</sup>, protestierte dagegen der RFS beim Rektor, woraufhin die Aufführung aus Sicherheitsgründen außerhalb der Universität verlagert werden mußte. Die Südtirol-Kundgebung der ÖH am 15. Januar 1958 in der Wiener Stadthalle wurde vom RFS zum Anlaß deutschnationaler Äußerungen genommen. Mitte der sechziger Jahre deuteten sich Entspannungen an. So gab es zu der 600 Jahr Feier (1965) der Universität Wien Überlegungen für ein gemeinsames Auftreten des CV mit den Schlagenden. Auch wurde der Wunsch der Professoren der Wiener Technischen Hochschule diskutiert, anlässlich der 150-Jahr-Feier (ebenfalls 1965) einen gemeinsamen Kommers von CV und Schlagende abzuhalten.

In Graz kulminierten vor 1938 bzw. vor 1914 zwischen CV und Schlagenden die Auseinandersetzungen. Die Grazer CV-Verbindung Carolina kommentierte das Wiedererstehen der schlagenden Verbindungen ab 1950: „Wir Carolinen freuen uns über die Zulassung unserer weltanschaulichen

Gegner, da wir auf den hohen Schulen kein Monopol beanspruchen, und hoffen für alle Zukunft, daß das Übereinkommen der gegenseitigen Achtung nie mehr falle.“<sup>190</sup> Im Sinne dieser Haltung fanden in Graz bereits Ende 1951 erste Kontakte zwischen dem CV und den Schlagenden statt, die im März 1952 in ein Übereinkommen mündeten. Es sah die gegenseitige Tolerierung der weltanschaulichen Prinzipien, die Gleichberechtigung auf Hochschulboden sowie die Einhaltung der Regeln der Höflichkeit und des Anstands vor. Zur Regelung der Streitigkeiten wurde ein Schiedsgericht vereinbart.<sup>191</sup> Doch das anfängliche Einvernehmen trübte sich bald wieder ein, und es gab bereits die ersten Zwischenfälle.<sup>192</sup> Das Abkommen wurde 1954 wieder gekündigt.<sup>193</sup>

Ein Höhepunkt war zweifellos die 150-Jahr-Feier der Grazer Technischen Hochschule im Jahr 1961. Anpöbelungen seitens der Schlagenden gegenüber CVern nahmen zu, und in das Carolinenhaus wurde eingebrochen sowie Inventar gestohlen. Beim akademischen Festakt der Grazer Technik am 25. November 1961 weigerten sich die Chargierten der schlagenden Verbindungen, beim Absingen der „Res-publica-Strophe“ des Gaudeamus igitur sowie der Bundeshymne und der steirischen Landeshymne die Schläger zu ziehen. Es gibt noch weitere zahlreiche Beispiele dieser Art, auf die jetzt nicht weiter eingegangen wird.

Zweifellos der letzte große öffentliche Skandal der „nationalen Sache“ in Österreich war die Affäre Borodajkewycz im Jahr 1965. Taras Borodajkewycz, ehemals Angehöriger der CV-Verbindung Norica, 1933 maßgeblicher Funktionär des Katholikentages und schon immer zum Flügel der Katholisch-Nationalen gehörend, trat bereits vor 1938 als Illegaler der NSDAP bei. 1955 gelang es ihm, ao. Prof. für Wirtschaftsgeschichte an der

Hochschule für Welthandel zu werden. Aus seiner „großdeutschen Gesinnung“ machte er auch nach 1945 keinen Hehl, weswegen er Kritik ausgesetzt war. Um auf diese zu replizieren, kam es am 23. März 1965 im Auditorium maximum der Hochschule auf Einladung der ÖH zu einem vom Fernsehen übertragenen öffentlichen Vortrag bzw. einer Pressekonferenz von Borodajkewycz, wo antisemitische Äußerungen sowie Bemerkungen fielen, die das Dritte Reich verharmlosten.

Die Österreichische Widerstandsbewegung und ein „Antifaschistisches Studentenkomitee“ veranstalteten am 31. März eine Demonstration gegen Borodajkewycz, bei der der kommunistische Rentner Ernst Kirchweger von dem polizeibekanntem rechtsradikalen Gegendemonstranten Günther Kümel (B! Olympia) tödlich verletzt wurde. Das führte zu einer innenpolitischen Eskalation.<sup>194</sup>

Welche Bedeutung hatte nach dem Krieg das akademische Verbindungswesen in Österreich gewonnen? Die Hörerzahlen sind ab 1945 aufgrund eines Nachholbedarfs zuerst stark angestiegen. Im Studienjahr 1946/47 lag sie bei 33.568, um dann im Studienjahr 1958/59 auf 20.242 abzusinken, wobei die Werte in den Jahren zuvor ähnlich waren. Erst danach begann ein deutlicher Anstieg der Studentenzahlen. Zehn Jahre später lagen sie bereits bei fast 60.000 und haben sich in diesem Zeitraum verdreifacht.

Nehmen wir das Jahr 1959. In diesem Jahr gab es im katholischen Bereich 36 CV-Verbindungen, 9 KV-Verbindungen, sechs Katholische Landsmannschaften (KÖL) und eine katholische Burschenschaft, zusammen 52 Korporationen. Bei den Schlagenden sah es folgendermaßen aus: 24 Burschenschaften, 14 Corps, fünf Landsmannschaften, vier Vereine Deutscher Studenten

<sup>184</sup>Weidinger S. 80f.

<sup>185</sup>Weidinger S. 360–365.

<sup>186</sup>Weidinger S. 253f.

<sup>187</sup>Hochschulführer Österreichischer S. 76.

<sup>188</sup>Ehrlicher-Leitinger S. 223.

<sup>189</sup>Eine DDR-Literaturverfilmung aus 1951 nach der Vorlage des Romans von Heinrich Mann „Der Untertan“, erstmals erschienen 1919.

<sup>190</sup>75 Jahre Carolina, S. 253. Vgl. auch Heinrich Drimmel in: Österreichische Academia 1 (1949/50), H. 1, S. 7.

<sup>191</sup>Verbindungsarchiv Carolina. Mappe Verbändeabkommen Freiheitliche. Aktennotiz vom 11. 1. 1957 und Übereinkommen vom 11. 3. 1952; 75 Jahre Carolina S. 353 und 356; Österreichische Academia 3 (1951/52), H. 6, S. 12.

<sup>192</sup>75 Jahre Carolina S. 354 und 357.

<sup>193</sup>Dazu mehr siehe Hartmann 2006 531f.

<sup>194</sup>Zum Fall Borodajkewycz siehe vor allem Vordergrund Borodajkewycz S. 201, 251 und 276; weiters Hager, Kasemir und Pohanka S. 167–178. Ernst Kirchweger beteiligte sich bereits an der Matrosenrevolte von Cattaro 1918, danach kämpfte er auf Seiten der Roten Armee. 1934 trat er der KPÖ bei und war fünf Jahre im KZ. Seine Vita und sein unglückseliger Tod ließen ihn zu einem „Opfer“ für die Linke heroisieren. Günther Kümel hingegen war bereits ein notorisch bekannter Rechtsextremist, der durch entsprechende Taten vorher und nachher bekannt wurde. Es trafen also zwei Extremisten aufeinander.

(VVVSt), und je drei Sängerschaften und Akademische Turnvereine (ATV), zusammen 53 Korporationen.<sup>195</sup> Von der Zahl der Einheiten wäre das ein ungefähres Gleichstand zwischen katholischen und schlagenden Verbindungen.

Nun ist es interessant, die Zahlen der korporierten Studenten mit der Hörerzahl zu vergleichen. Berücksichtigen muß man dabei, daß es damals rd. 20 Prozent Hörerinnen gab, so daß man auf ca. 16.000 männliche Studierende kommt. Die Zahl der Studierenden im ÖCV hat 1959 2.142 betragen, das ergibt einen Anteil von rund 13,4 Prozent an den männlichen Studierenden.

Im Jahr 1965 hatten die Burschenschaften und Corps jeweils 5.000 Aktive und 20.000 Alte Herren. Zusammen also 10.000 Aktive und 40.000 Alte Herren. In diese Zahlen sind auch die österreichischen Burschenschaften und Corps inkludiert.<sup>196</sup> Im Jahre 1967 hatte der deutsche und österreichische CV zusammen etwas über 12.500 Aktive Studierende und knapp über 31.000 Alte Herren.<sup>197</sup> Während das Verhältnis Aktive zu Alte Herren bei den Schlagenden 1 zu 4 lautete, war es beim CV 1 zu 2,5. Daraus kann man ableiten, daß beim Nachwuchs die Tendenz bei den Schlagenden rückläufig war.

## 20 Das Jahr 1968: ein Epochenwandel und die Folgen

Über die späten sechziger Jahre, insbesondere das „Symboljahr“ 1968, wird in Essays, im Feuilleton oder in Büchern geschrieben und deren Deutung bzw. historische Einordnung versucht. Und nach mehr als 50 Jahren sind die damals agierenden Jungen in die „Alterskohorte“ der sog. Zeitzeugen entrückt. Doch mit dieser zunehmenden zeitlichen Distanz wird es auch leichter, die Jahre dieses Epochenwandels zu deuten. Er ist an den Studentenverbindungen aller Richtungen nicht spurlos vorübergegangen. Um die Darstellung dieser Jahre besser einordnen zu können, ist es hilfreich,

sich diesen Epochenwandel kurz in Erinnerung zu rufen.

In den Jahrzehnten bis zum Ersten Weltkrieg gab es einen starken Modernisierungsschub in technischer-wissenschaftlicher, wirtschaftlicher, geistiger und künstlerischer Hinsicht. Dieser wurde durch die Epoche der beiden Weltkriege und der Wirtschaftskrisen unterbrochen und setzte erst nach 1945 – zuerst zögerlich – wieder ein. Es galt zuerst, die Trümmer jeglicher Art – materielle wie geistige – des Krieges zu beseitigen. Erst mit dem Wirtschaftswunder ab Mitte der fünfziger Jahre begann man, sich auch mit anderen Dingen zu beschäftigen. Ein Epochenwandel – zumindest in der westlichen Welt – setzte ein.

Der allgemeine gesellschaftliche Reformstau sowie der innerkirchliche Aufbruch ab 1958 (II. Vatikanum) machten daher auch vor den Studentenverbindungen, insbesondere dem katholischen CV nicht halt. Dieser beschäftigte sich ab damals u. a. auch verstärkt mit der Universitätsreform. In der Folge kam es innerhalb des CV vermehrt zu Diskussionen und auch zu Konflikten.<sup>198</sup> Die im Wahlblock bzw. dann in der ÖSU tätigen CVer forderten mehr Mitbestimmung auf den Universitäten und erarbeiteten Konzepte zur Hochschulreform, die dann teilweise übernommen wurden. Der RFS und die Schlagenden befanden sich hingegen „auf der Linie jener Professoren, die eine Einschränkung ihrer Allmacht nicht hinnehmen wollten“.<sup>199</sup>

Auch die Reform in der ÖVP Anfang der sechziger Jahre blieb naturgemäß nicht ohne Auswirkungen auf den CV.<sup>200</sup> Deutlich wurde das im Herbst 1963 auf dem Klagenfurter Parteitag der ÖVP, wo das Reform-Duo Josef Klaus (CV Rudolfina) und Hermann Withalm (CV Norica) über Heinrich Drimmel (CV Nordgau Wien) und Franz Hetzenauer (CV Vindelicia) bei der Wahl zum Parteiobmann bzw. zum Generalsekretär klar obsiegt.

Die Neue Linke, ausgehend von Herbert Marcuse (USA) und übernommen von der Frankfur-

ter Schule, prägte theoretisch diese Zeit und übte ohne Zweifel auch eine gewisse Faszination auf nichtmarxistische Kreise aus. Daraus entstand dann 1968 die „Studentenrevolte“, und am 3. Mai d. J. besetzten linke Studenten Räumlichkeiten der Pariser Sorbonne. Auch in Österreich gärte es in der Studentenschaft. Die Vorgänge in Paris dienten auch linken Gruppen in Wien als Vorbild. Sie besetzten am 29. Mai den Hörsaal I des Neuen Institutsgebäudes der Wiener Universität und hißten am Podium eine rote Fahne bzw. die des Vietkong. Organisiert durch den Wiener CV wurde diesem Spuk ein Ende bereitet. Die rote Fahne wurde vom Podium genommen und durch die rot-weiß-rote ersetzt.

Am 17. Oktober 1968 versuchten linke Studenten die Rektoratsinauguration auf der Wiener Universität zu stören, was jedoch vom Wiener CV verhindert werden konnte.<sup>201</sup> In der Folge gab es im Oktober noch eine Veranstaltung im Hörsaal I des Neuen Institutsgebäudes. Das war es eigentlich mit der Studentenrevolte in Österreich. Hermann Kert (CV Bajuvaria), Vorsitzender des Zentralausschusses der ÖH von 1965 bis 1967, sprach in diesem Zusammenhang von einem „Lüfterl“ anstatt eines Sturmes, der über Österreich zog.

Doch das Jahr 1968 brachte auch im CV eine gewisse Änderung der Wertehaltungen, die im September der damalige Vorortspräsident<sup>202</sup> des ÖCV, Claus J. Raidl (CV-Bajuvaria), in der katholischen Wochenzeitung *Die Furche* folgendermaßen charakterisierte, als er sich mit Heinrich Drimmel auseinandersetzte, der dem CV vorwarf, er rutsche nach links ab:

„Wenn Dr. Drimmel versteht, daß links bedeutet, daß wir uns mit unserer Umwelt<sup>203</sup> auseinandersetzen, dann sind wir links. Wenn Dr. Drimmel versteht, daß links heißt, daß wir in der katholischen Kirche zum Beispiel gewisse Äußerungen und Lehrmeinungen in Frage stellen, dann sind wir links. Wenn Dr. Drimmel versteht, daß links heißt, gegen die Verinstitutionalisierung des politischen Lebens und gegen dieses Sich-Absichern

und Rückversichern zu sein, dann sind wir links. Versteht aber Dr. Drimmel unter links, daß wir für einen Marxismus sind, daß wir für eine zentral verwaltete Gesellschaftsordnung sind, daß wir für die Diktatur einer Partei sind [...], dann sind wir nicht links.“<sup>204</sup>

Bereits im Gefolge der ÖH-Wahlen von 1967, bei denen der Wahlblock Stimmen einbüßte und der RFS auf fast 30 Prozent zulegen konnte, kam es innerhalb des ÖCV bzw. des Wahlblocks zu einer intensiven Diskussion, ob dessen Modell (Dachverband) noch für eine Studentenpartei zeitgemäß sei. Die Folge war die Gründung der Österreichischen Studentenunion (ÖSU), die sich als „progressive Mitte“ definierte. Bei den nächsten ÖH-Wahlen im Januar 1969 konnte die ÖSU gegenüber dem Wahlblock leicht zulegen, während der RFS 1,4 Prozent verlor. Erstaunlicherweise verlor auch der VSStÖ, allerdings zugunsten der wieder kandidierenden Kommunisten (Verband Demokratischer Studenten, VDS). Die Bedeutung dieser Wahl lag in einer Trendumkehr, die der damalige RFS-Mandatar auf der Universität Wien und spätere FPÖ-Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager (S! Barden Wien) als „Wunder dieser Wahl“ bezeichnete.<sup>205</sup>

Noch deutlicher waren dann die Wahlen im Januar 1971: Die ÖSU steigerte sich von 49,1 auf 53,7 Prozent, der RFS sank von 28,5 auf 25,1 Prozent, und auch die Linke (VSStÖ und VDS) sank von zusammen 13,2 auf 12,7 Prozent. Hingegen konnte sich die sog. Aktion, eine linksliberale bzw. linkskatholische sowie von Graz ausgehende Liste, von 4,5 (1967) auf 8,4 Prozent (1971) steigern, die aber danach bald wieder verschwand.

Rückblickend ist es erstaunlich, daß sich eine christlich-demokratische Studentenpartei in diesen Jahren derart gut behaupten konnte, wenn man die Situation in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen Ländern vergleicht. Und so scheint noch immer die These ihre Gültigkeit zu haben, daß durch eine sachorientierte Reformpolitik des ÖCV bzw. durch ihn die frühe ÖSU in

<sup>195</sup> Rekonstruiert nach Krause 2007.

<sup>196</sup> Angaben nach Wippermann S. 136.

<sup>197</sup> Angaben aufgrund der Gesamtverzeichnisse des CV und ÖCV.

<sup>198</sup> Hartmann 2006 S. 622f.

<sup>199</sup> Weidinger S. 313.

<sup>200</sup> Hartmann 2006 S. 568f.

<sup>201</sup> Schlagenden Studenten bzw. der RFS machten sowohl bei der Aktion im Hörsaal I als auch bei der Rektoratsaktion gegen die linken Studenten mit. Weidinger S. 395

<sup>202</sup> Das war der Vorsitzende des studentischen Teils des ÖCV.

<sup>203</sup> Dieser Begriff hatte damals mit dem späteren Umweltschutz nichts zu tun.

<sup>204</sup> Ausgabe vom 21. 9. 1968.

<sup>205</sup> Wochenpresse, 29. 1. 1969, S. 11.



den späten sechziger und frühen siebziger Jahren auf den Hochschulen viel „revolutionärer“ Wind aus den Segeln genommen werden konnte. Diese Strategie hatte Österreich im Gegensatz zu Deutschland oder Frankreich viel erspart.

Allerdings führte die Gründung der ÖSU zu der Folge, daß sich der KV aus der ÖH-Politik weitgehend zurückgezogen hatte, was der KV-Historiker Dieter A. Binder schlußfolgernd kommentierte: „Die verhängnisvolle Konsequenz war der weitgehende Niedergang des KV als gesamtösterreichische Vereinigung.“<sup>206</sup>

Auch wenn das Modell ÖSU anfänglich Erfolg hatte, machten sich die Widersprüchlichkeiten und Zwiespältigkeiten dieser Jahre bemerkbar. Dazu gehörte auch der Umstand, daß die ÖVP – wenn man so will die „Mutterpartei“ der ÖSU – 1970 die Nationalratswahl verloren hatte und für 30 Jahre nicht mehr den Bundeskanzler stellte. Die siebziger Jahre werden vor allem im Hinblick auf die Bundesrepublik Deutschland gerne als „sozialdemokratisches Jahrzehnt“ bezeichnet. Für Österreich trifft das verstärkt zu, da die SPÖ von 1971 bis 1983 im Besitz einer absoluten Mehrheit im Nationalrat war und ohne Rücksicht auf einen Koalitionspartner zum Teil einschneidende Reformen durchsetzen konnte, die u. a. auch das katholische Milieu stark betroffenen hatten (Abtreibung).

Wie auch immer: Verschiedene Ursachen führten ab 1974 zu Spannungen in der ÖSU und in der Folge zu Abspaltungen auf der linken und rechten Seite sowie auch in der Mitte. Auf der rechten Seite war das die Junge Europäische Studenteninitiative (JES), in der Mitte das Studentenforum, das von Graz seinen Ausgang nahm, und auf der linken Seite die Demokratische Studentenunion, die jedoch bald wieder verschwand. So kam es, daß Angehörige des CV sowohl in der ÖSU als auch bei der JES sowie beim Studentenforum entscheidend mitarbeiteten. Die ÖSU war somit nicht mehr in der Lage, die studentische Mitte integrativ zusammenzufassen. Deutlich wird das bei den Ergebnissen der ÖH-Wahl für den Zentralausschuß von 1974 bis 1981 (in Prozenten):<sup>207</sup>

	1974	1975	1977	1979	1981
<b>ÖSU</b>	41,5	36,2	48,0	38,3	23,2
<b>Studentenforen</b>	3,6	5,5	1,5	6,0	20,1
<b>JES</b>		7,0	10,2	14,0	16,2
<b>Sonstige Mitte</b>	4,7	8,8	3,2	3,1	1,9
<b>Mitte gesamt</b>	<b>49,8</b>	<b>57,5</b>	<b>62,9</b>	<b>61,4</b>	<b>61,4</b>
<b>VSSStÖ</b>	13,4	17,3	17,1	18,1	19,5
<b>Sonstige Linke</b>	10,8	9,6	9,4	8,8	6,8
<b>Linke gesamt</b>	<b>24,2</b>	<b>26,9</b>	<b>26,5</b>	<b>26,9</b>	<b>26,3</b>
<b>RFS</b>	20,9	15,0	8,4	7,0	4,1
<b>Sonstige</b>	5,1	0,6	2,2	4,7	8,2

Erstaunlich sind dabei folgende Phänomene: Trotz eines Rückgangs der „Stamm-partei“ ÖSU gelang es den ÖH-Parteien der Mitte in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre noch immer, zusammen über 60 Prozent zu erreichen. Die linken Listen erreichten zusammen nur knapp über ein Viertel der Stimmen, was im internationalen Vergleich als sensationell zu bezeichnen ist. Der RFS verlor ab 1974 kontinuierlich Anteile, nämlich von 1974 bis 1981 über 15 Prozentpunkte.

Eine Untersuchung aus dem Jahr 1975 über die Parteipräferenzen der Studenten bei den Nationalratswahlen kommt zu einem interessanten Ergebnis. Nach den ÖH-Wahlen von 1975 haben die Listen der Mitte über 57 Prozent erreicht, der VSSStÖ und sonstige Linke fast 27 Prozent, der RFS 15 Prozent. Die Parteipräferenz nach einer repräsentativen Befragung lautete aber: 50 Prozent ÖVP, 35 Prozent SPÖ und KPÖ sowie 14 Prozent FPÖ. Während FPÖ und RFS nahezu deckungsgleich waren, votierten bei der ÖH-Wahl 1975 nicht nur ÖVP-Wähler für die Listen der Mitte. In der Tat: Es mußte auch SPÖ-Sympathisanten gegeben haben, die die ÖSU gewählt hatten. Sie konnte damals also durch ihre Politik und Darstellung deutlich mehr Wähler als nur ÖVP-Sympathisanten an sich binden.<sup>208</sup>

Die ÖVP war nun in der Folge unter ihrem Wissenschaftssprecher Heinrich Neisser (CV Rudolfina) bestrebt, in diese Zersplitterung Ordnung hineinzubringen. Es gelang ihm, die drei Fraktionen der Mitte (ÖSU, Forum, JES) in ein Gespräch zu bringen. Schließlich bildeten die Rest-

<sup>206</sup> Binder 2006 S. 215.

<sup>207</sup> Aus Hartmann 2006 S. 601.

<sup>208</sup> Hochgerner S. 253.

ÖSU und das Studentenforum im Herbst 1982 die „Aktionsgemeinschaft“ (AG).<sup>209</sup> Damit wurde eine brauchbare Struktur für eine Politik der studentischen Mitte gefunden. Bei den Wahlen im Mai 1983 konnte dann ein Erfolg für die AG verbucht werden. Die Ergebnisse der Wahlen für den Zentralausschuß der ÖH sahen zwischen 1983 und 1989 folgendermaßen aus (in Prozenten):

	1983	1985	1987	1989
<b>AG</b>	35,3	30,9	38,6	36,0
<b>JES</b>	16,9	20,7	12,2	7,9
<b>Sonstige Mitte</b>	1,4	1,8	0	0
<b>Mitte gesamt</b>	<b>53,6</b>	<b>53,4</b>	<b>50,8</b>	<b>43,9</b>
<b>VSSStÖ</b>	25,9	21,8	21,7	20,0
<b>KSV</b>	3,8	3,4	2,7	3,8
<b>Sonstige Linke</b>	4,4	5,4	1,8	6,0
<b>Diverse Grüne</b>	0	3,7	9,5	12,8
<b>Linke gesamt</b>	<b>34,1</b>	<b>34,3</b>	<b>35,7</b>	<b>42,6</b>
<b>RFS/FSI</b>	4,3	0	2,5	4,6
<b>FLÖ</b>	0	0	2,8	6,4
<b>Sonstige</b>	9,1	12,3	8,2	2,5

Die Parteien der studentischen Mitte, AG und JES, hatten 1983 zwar zusammen rund 52 Prozent, doch damit waren die Probleme für die AG nicht gebannt. Man geriet zunehmend in den „grünen Strudel“ der achtziger Jahre durch das Engagement gegen das Donaukraftwerk Hainburg und die Abfangjäger.<sup>210</sup> Dadurch wurde erneut das Konzept einer integrativen studentischen Mitte in Frage gestellt. Die JES, die 1983 den AG-Kandidaten mitgewählt hatte, zog ihre Unterstützung zurück. Die Quittung wurde bei den Wahlen 1985 gereicht. AG und VSSStÖ verloren trotz ihrer „Grün-Politik“ an neue Grün-Gruppen, während die JES, die dazu kritisch eingestellt war, deutlich gewann und mit 15 von 65 ZA-Mandaten ihren Zenit erreichte.<sup>211</sup> 1987 hingegen verbesserte sich etwas die Situation der AG im ZA. Die JES war der deutliche Verlierer. Sie hatte nach ihrem Erfolg 1985 ihren Bogen insofern überspannt, indem sie ihre konservative

Programmatik und Strategie deutlich betonte. Das war offenbar nicht mehr gefragt, und so verlor die JES 1989 weiter dramatisch.<sup>212</sup>

Bemerkenswert bei der Wahlbeobachtung der 20 Jahre zwischen 1969 bis 1989 sind folgende Punkte:

1. Die Zersplitterung der studentischen Mitte war in der zweiten Hälfte der siebziger und der ersten Hälfte der achtziger Jahre besonders stark. Danach ist der Trend wiederum zur „Stamm-partei“, diesmal zur AG, zu beobachten. Die JES, die unaufhaltsam aufzusteigen schien, sank nach 1985 genauso „unaufhaltsam“ wieder ab und verschwand 1999 völlig.

2. Die traditionelle Linke (VSSStÖ, div. marxistische Listen) blieb bis 1983 unter sich, wobei sich der VSSStÖ von 13,4 Prozent (1974) auf 25,9 Prozent (1983) nahezu verdoppeln konnte. Sicher hat das seine Ursache in den allgemeinen politischen Umständen (SPÖ-Regierung) und im sozialen Wandel der Studentenschaft. Ab 1985 traten verstärkt diverse grüne bzw. alternative Listen auf, die bereits 1989 zusammen 12,8 Prozent erreichten, während die extrem linken bzw. marxistischen Listen bis 1989 stagnierten.

3. Bemerkenswert ist der „Absturz“ des RFS. 1969 erreichte er noch über 28 Prozent und war damals der „Angstgegner“ der ÖSU, doch innerhalb von nur zehn Jahren sank bis 1979 sein Anteil auf sieben Prozent, um 1985 sogar überhaupt nicht mehr zu kandidieren. Mit der Wahl Jörg Haiders zum Parteiobmann war ab 1987/89 allerdings eine marginale Zunahme unter dem neuen Namen FSI/Freiheitliche Studenteninitiative zu beobachten.<sup>213</sup>

Dieser Abschwung des RFS bei den ÖH-Wahlen ist auch in seiner ganzen historischen Dimension zu sehen. Die ideologischen Vorgänger des RFS hatten vor 1914, obwohl es damals keine Studentenwahlen gab, zweifellos einen Anteil von rund drei Viertel bei den nichtjüdischen Studenten. In der Ersten Republik ging dieser auf rund zwei Drittel zurück. Nachdem das „dritte Lager“ wieder zugelassen wurde, erreichte der RFS in sei-

<sup>209</sup> ibf-Spektrum Nr. 423, 15. 4. 1983, S. 1.

<sup>210</sup> Siehe Österreichische Academia 35 (1984), H. 2, S. 28ff., und 36 (1985), H. 1, S. 22f.

<sup>211</sup> Siehe zu dieser Wahl Österreichische Academia 36 (1985), Heft 4, S. 12f.

<sup>212</sup> Holter/Suppan S. 650f.

<sup>213</sup> Über den RFS und dessen rechtsextrêmes Umfeld siehe Zellhofer. Verantwortlich für diese Broschüre war die ab 1995 linke ÖH-Koalition, deren Repräsentantinnen das Vorwort dieser Broschüre „Mit antifaschistisches Grüßen“ schlossen.

nen Glanzzeiten einen Anteil von fast 30 Prozent.

Der dann einsetzende Rückgang lag sicherlich *erstens* darin, daß sich in den sechziger und siebziger Jahren die Studentenzahl explosionsartig nach oben entwickelt hat. Damit wurden zwangsläufig die Angehörigen der alten Bildungseliten, bei der ja die Nationalen traditionsgemäß einen hohen Anteil besaßen (Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Wirtschaftstreibende etc.), in eine Minderheitenposition gedrängt.

*Zweitens* hatte sich der „nationale Gedanke“ deutscher Prägung in Österreich weitgehendst überholt. Groß- oder gar alldeutschen Träumen nachzugehen sowie dem Anschluß nachzutruern, ist sicherlich nicht mehr attraktiv, um eine Studentenpartei zwischen 20 und 30 Prozent Wähleranteil zu führen.

Der RFS (und die schlagenden Verbindungen) hatte eine für die FPÖ ähnliche Funktion wie der Wahlblock (und der CV) für die ÖVP. FPÖ-Politiker wie der spätere Dritte Wiener Landtagspräsident Erwin Hirnschall, der spätere Vizekanzler Norbert Steger (S! Barden), die späteren Verteidigungsminister Helmut Krünes (VDSt Sudetia Wien) und Friedhelm Frischenschlager (S! Barden Wien), der spätere Staatssekretär Holger Bauer (p. B! Scardonia Schärding), der spätere Nationalratsabgeordnete Norbert Gugerbauer (B! Oberösterreich Germanen Wien), u. a. waren RFS-Funktionäre und sind auch größtenteils Angehörige einer schlagenden Verbindung.

## 21 Und die Studentenverbindungen in jener Zeit?

Auch diese blieben vom Epochenwandel im Gefolge des Jahres 1968 nicht verschont. Es gab zwei Entwicklungen, von denen sie getroffen wurden. Sie sind zwar unterschiedlich, stehen jedoch in einer gewissen Wechselwirkung zueinander.

Zum einen waren es die erwähnten, teils sich explosionsartig entwickelnden Studentenzahlen in Österreich:

1958/59	20.242
1968/69	59.666
1978/79	105.888

1988/89	188.057
2001/02	197.143
2012/13	299.355

Anfang der neunziger Jahre übersprangen die Hörerzahlen die 200.000 Marke, um dann in den Jahren Anfang des 21. Jahrhunderts etwas darüber schwankend zu verharren. Doch zehn Jahre später ging es an die 300.000-Marke. Man braucht nicht viel Phantasie zu haben, um zu begreifen, daß sich die Herkunftsmilieus der Studentenschaft sehr stark verändert haben. Während früher hauptsächlich nur die Nachkommen der bestehenden Eliten und der begüterten Aufsteiger sowie Vereinzelte auch aus außerhalb dieser Bereiche auf die Hochschulen gingen, glich sich nun die Studentenschaft zunehmend der allgemeinen sozialen Schichtung an. Das wurde auch durch die Verschiebung der „Bildungspyramide“ gefördert. Die Matura hat für den Berufseinstieg immer weniger Bedeutung, und es mußten nach dieser immer häufiger weitere Ausbildungen absolviert werden, um im Berufsleben reüssieren zu können. Und in den neunziger Jahren gab es bereits mehr Studenten als Lehrlinge.<sup>214</sup> Der überwiegenden Mehrzahl der Studenten wurde daher die Welt des Verbindungslebens fremd, und der Beitritt zu solchen stand außerhalb einer persönlichen Option.

Zum anderen verschob sich im Gefolge des Jahres 1968 das politische Spektrum. Es kam zu einer „Linksverschiebung“, wie das die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Österreich und Deutschland in den siebziger Jahren hinlänglich dokumentieren. Damit einhergehend entwickelte sich eine linke Hegemonie im intellektuellen, medialen und kulturellen Bereich, die zu einer Deutungshoheit führte, die u. a. in dem Phänomen der *political correctness* und jener kurzgefaßten Meinung mündete, daß alles was nicht links ist, per se schlecht und mindermoralisch sei. Befördert wurde das auch durch die um 1980 entstandene Grünbewegung, die in manchen Bereichen des linken Spektrums das sozialdemokratische Milieu überholt hat, wie das 2018/19 in Deutschland zu beobachten war.

In dieser dominierenden und sehr stark gesinnungsethisch beeinflussten Grundstimmung haben Farbstudenten kaum einen Platz. „Sie sind zu sozialen Randgruppen geworden.“<sup>215</sup> Daher

wundert es nicht, daß nach 1968 die Mitglieder der Studentenverbindungen (betreffend ihres studentischen bzw. aktiven Teils) zurückgingen. Der CV erreichte im Jahr 1963 seine nach 1945 nie mehr erreichte Höchstzahl mit 2.463 Studenten, und noch 1967 lag diese Zahl bei 2.350, um dann bis 1978 auf 1.678 zurückzugehen. Danach steigerte sie sich 1980 auf 1.819 und übersprang 1987 wieder die 2000-Marke auf 2.102. In der Folge sank sie ab 1990 kontinuierlich auf unter 2.000 (2004 tiefster Wert mit 1.795) ab, um dann um 2010 wieder knapp über 2.000 zu liegen. Im letzterschienenen ÖCV-Gesamtverzeichnis von 2014 hatte die Studentenzahl 1.934 betragen, im Mai 2019 lag sie bei 1.964.<sup>216</sup> Dieser Wert befindet sich jetzt zwischen den beiden Extremen von 1963 und 1978.

1958/59, als es 2.142 CV-Studenten gab, war fast jeder neunte Hörer, egal welcher Religion und welchen Geschlechts, CVer. Im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts übersprang die Studentenzahl die 300.000-Marke. Demnach sind nur noch 0,7 Prozent der Studenten Angehörige einer CV-Verbindung, oder jeder 154. Student.

Dabei nahm die Zahl der CV-Verbindungen nach 1959 zu. Damals gab es 35 CV-Verbindungen, und der Verbindungsdurchschnitt an studentischen Mitgliedern hatte demnach bei ca. 60 betragen. Nunmehr (2019) gibt es 5 CV-Verbindungen in Österreich, womit die Durchschnittszahl pro Verbindung auf ca. 39 gesunken ist. Immerhin wurde durch diese Verbindungsneugründungen den neuen Hochschulstandorten (Linz, Klagenfurt) bzw. Ausbauten (Salzburg) Rechnung getragen.<sup>217</sup>

Bei den schlagenden Verbindungen sah es nicht viel anders bzw. noch schlechter aus.<sup>218</sup> Von den im Jahr 1968 bestanden habenden 58 schlagenden Verbindungen in Österreich sistierten von da an bis Mitte der siebziger Jahre 24 ihren aktiven Verbindungsbetrieb, das sind mehr als

40 Prozent.<sup>219</sup> Eine Verbindung muß in der Regel dann sistieren, wenn nicht mehr jene Zahl von Mitgliedern vorhanden ist, um einen Vereinsvorstand nach den gesetzlichen Vorgaben bilden zu können. Das tritt dann ein, wenn von den Aktiven nach einem absolvierten Studium immer mehr in die Altherrenschaft überwechseln, es jedoch kaum oder keine Neuaufnahmen gibt. Dieser Prozeß beginnt aber nicht mit dem Datum der Sistierung, sondern setzt schon vorher ein. Die Hälfte dieser Verbindungen sistierte um 1975, die andere Hälfte davor oder danach. Wenn also das Epochenjahr 1968 einen eklatanten Beitrittsrückgang oder gar Beitrittsstop verursacht hat, dann wirkte sich das um 1975 dahingehend aus. Diese Sistierungen konnten jedoch ab den achtziger Jahren durch Neumitglieder wieder aufgehoben werden.

Im Gegensatz zum CV gab es bei den Schlagenden nach 1918 nur sechs Neugründungen, nach 1945 überhaupt keine. Beim CV wurden 21 Verbindungen bis 1918 gegründet, elf bis 1945 und danach 18. Wie viele aktive Mitglieder es bei schlagenden Verbindungen gegeben hat bzw. gibt, ist nur schwer zu ermitteln, da sie zum einen auf mehrere Dachverbände verteilt sind, zum anderen gehören einige einem solchen überhaupt nicht an. Im Gegensatz zum CV wurden auch keine regelmäßig erscheinenden Mitgliedsverzeichnisse herausgebracht.<sup>220</sup> Es gibt jedoch für das Jahr 2016 eine Kennzahl für die Corps, die im Köseiner Senioren-Convents-Verband (KSCV) vereinigt sind. Damals hat die Zahl der studentischen Mitglieder 2.261 Aktive betragen.<sup>221</sup> Im KSCV sind aktuell 115 Corps aus Deutschland und Österreich vereinigt, davon befinden sich 16 in Österreich (13,9 Prozent). Nimmt man diesen Anteil, dann befanden sich ca. 315 Aktive in Österreich, was einen Corpsdurchschnitt von ca. 20 bedeutet, also die Hälfte des og. Durchschnitt beim CV. Man kann durchaus annehmen, daß die

<sup>214</sup> Dazu siehe Hartmann 2006 S. 670f.

<sup>215</sup> Wippermann S. 15.

<sup>216</sup> Lt. Mitteilung des ÖCV-Generalsekretariats, 15. 5. 2019.

<sup>217</sup> Die Zahlen stammen aus den ÖCV-Gesamtverzeichnissen der betreffenden Jahre. Siehe dazu auch Hartmann 2006 S. 610–618, 669f. und 702f.

<sup>218</sup> Holter/Suppan S. 651f. Siehe dazu einen Artikel aus den CC-Blättern vom Juni 1986, abgedruckt in den Acta Studentica 63/1986, S. 5.

<sup>219</sup> Rekonstruiert nach Krause 2007.

<sup>220</sup> Der ÖCV sowie der deutsche CV geben nach der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) von 2018 keine Mitgliederverzeichnisse mehr heraus. Das letzte des ÖCV erschien 2014.

<sup>221</sup> Nach Acta Studentica 198–199/2016 (Dezember), S. 23.

quantitative Situation bei den anderen schlagenden Verbindungen, speziell bei den Burschenschaften, nicht unähnlich ist.<sup>222</sup>

Die „progressive Stimmung“ der späten sechziger Jahre führte u. a. auch dazu, um über die Aufnahmebedingungen zu diskutieren, dies insbesondere im CV. Hier fing es damit an, daß Ende 1968 bei der Leobener CV-Verbindung Kristall ein Protestant aufgenommen wurde. Das war nach den Satzungen des CV völlig ausgeschlossen, weil nur Katholiken Mitglied sein können. Es begann nun eine mehrjährige Debatte auf den Cartellversammlungen, die jedoch mangels Masse bald versandete. Die Protestanten sind in Österreich eine kleine Minderheit.

Hingegen begann in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die Diskussion um die Aufnahme von Studentinnen, die letztlich im ÖCV noch nicht abgeschlossen ist. Im Gegensatz zu den Protestanten haben die Studentinnen inzwischen einen hohen Anteil in der Hörerschaft. Bei manchen Studienrichtungen ist ihre Zahl wesentlich höher als die ihrer männlichen Kollegen. Eine Aufnahme von Studentinnen erreichte bislang in der Cartellversammlung nicht die nötige qualifizierte Mehrheit. Interessant war das Abstimmungsverhalten der beiden Kurien (aktive Senioren, Philistersenioren). In der Regel lag die Ablehnung bei den aktiven Senioren höher als bei den Philistersenioren. Diese waren offenbar gegenüber einer solchen Neuerung „(alters)milder“ gestimmt.

Da dieser Weg nun (vorerst) ausgeschlossen war, kam es bereits in den achtziger Jahren in Anlehnung an den CV zur Gründung von Studentinnenverbindungen, die sich 1992 zur Vereinigung christlicher farbentragender Studentinnenverbindungen (VCS) zusammenschlossen hatten. Dieser

gehören derzeit (2019) zehn Verbindungen an.<sup>223</sup> Der VCS hat Kontakte zum ÖCV und gehört auch dem 1975 gegründeten Europäischen Kartellverband (EKV) an.

Auch auf pennaler Ebene gibt es Mädchenverbindungen. 1988 wurde der Verband farbentragender Mädchen (VFM) gegründet wurde. Die erste dieser Mittelschülerinnenverbindungen, die Puelaria Arminiae Hollabrunn, wurde bereits 1977 in Zusammenhang mit der dortigen MKV-Verbindung Arminia gegründet. Derzeit gehören dem VFM zwölf derartige Verbindungen an.<sup>224</sup>

Auch auf nationalfreierlicher Seite wurden solche Verbindungen gegründet. Derzeit (2019) gibt es vier akademische und zwei pennale Verbindungen, die aber im Gegensatz zum VCS und VFM keinen Dachverband bilden.<sup>225</sup> Die älteste ist die 1988 gegründete Wiener Mädelschaft Freya.<sup>226</sup>

Insgesamt war zu beobachten, daß bei den CV-Verbindungen ab der zweiten Hälfte der sechziger Jahre durchaus „progressive“ Stimmungen zu beobachten waren. Diese standen zum einen in Wechselwirkung mit der Gründung der ÖSU („progressive Mitte“), zum andern auch mit anderen Faktoren (II. Vatikanum, Reformer in ÖVP). Die von dieser Ära geprägten CVer wechselten in den siebziger Jahren in die Altherrenschaft. Die Verbindungsneuzugänge in diesen Jahren und dann vor allem nach 1980 waren von diesem Aufbruch nicht so geprägt, so daß sich in vielen Verbindungen eine „konservative“ Grundstimmung aufbaute, die wiederum mit den Erfolgen der JES korrelierte, Das verflachte sich aber wieder gegen Ende des Jahrhunderts.

Auch bei den schlagenden Verbindungen waren in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre Reformansätze zu beobachten, die aber nicht diese Intensität hatten wie beim CV.<sup>227</sup> Man muß auch

berücksichtigen, daß es damals in der FPÖ noch einen nicht unbedeutenden liberalen Flügel gab, dessen Aushängeschilder u. a. Willfried Gredler und Gustav Zeillinger waren. Ähnlich wie beim CV kam es beim Wiederentstehen nach den Sistierungen um 1980 bei den schlagenden Verbindungen zu restaurativen Tendenzen, d. h., die völkische Strömung gewann wieder Oberhand. Das zeichnete sich auch bei den deutschen Burschenschaften ab und wirkte sich auch auf die Führungsebene des RFS aus, der in diesen Bann geriet.<sup>228</sup> Daß dann der RFS zur Bedeutungslosigkeit herabsank, darf daher nicht wundern. Im Zuge der aufstrebenden FPÖ wurden dann die schlagenden Verbindungen mit ihrer völkischen Ideologie wieder verstärkt von außen wahrgenommen.<sup>229</sup> Gegen diese Tendenzen gab es innerhalb der Burschenschaften auch Kritik. So wandte sich 2009 der Grazer Historiker Dieter Cerwinka (B! Allemannia) gegen diese völkische Überbetonung.<sup>230</sup>

## 22 Studenten im Zeichen der Massenuniversität

Das politische Einstellungsverhalten der Studenten verfestigte sich nach 1990 in den folgenden drei Jahrzehnten hinsichtlich einer „Linksverschiebung“, wie man an den Ergebnissen der Hochschulwahlen für den Zentralausschuß bis 2003 erkennen kann (in Prozenten).<sup>231</sup>

	1989	1991	1993	1995	1997	1999	2001	2003
<b>AG</b>	36,0	40,1	44,4	38,3	39,8	40,6	29,2	28,8
<b>JES</b>	7,9	5,2	2,4	3,5	3,6	2,0	ab 2001	bei Sonstige
<b>FLÖ</b>	6,4	8,2	10,4	6,7	7,1	6,5	5,4	6,7
<b>RFS/FSI</b>	4,2	4,9	3,5	3,9	4,6	4,6	3,0	2,4
<b>VSStÖ</b>	20,0	15,5	13,8	8,8	12,4	15,1	21,5	20,4
<b>KSV</b>	3,8	2,4	2,5	2,9	3,6	4,6	4,6	4,8
<b>GRAS/</b>								
<b>Grüne</b>	12,8	12,0	14,5*	18,5	14,6	12,7	22,0	29,0
<b>LSF/Juli</b>	0	0	0	8,8	10,4	9,9	5,3	3,4
<b>Sonstige</b>	8,9	11,7	8,5	8,6	7,1	6,0	9,0	4,5

\* Ab 1993 gibt es nur mehr eine grüne Liste: Grüne und Alternative StudentInnen (GRAS)

Die AG konnte sich in den neunziger Jahren relativ gut halten, was zum Teil damit zusammenhing, daß die SPÖ die Regierung dominierte bzw. den Bundeskanzler stellte. Nach dem Regierungswechsel Anfang 2000 drehte sich die Lage um. Der nunmehr „oppositionelle“ VSStÖ gewann, und die AG verlor. Die Einführung von Studiengebühren beförderte zusätzlich dieses Ergebnis. Eine wichtige „Zünglein-an-der-Waage-Funktion“ bekamen die Fachschaftslisten Österreichs (FLÖ). Die Grünen legten deutlich zu, überholten 2001 sogar den VSStÖ und wurden 2003 sogar knapp stärkste Fraktion vor der AG. 1995 kandidierte erstmals das Liberale Studentenforum (LSF) im Windschatten des Liberalen Forums der ehemaligen FPÖ-Politikerin Heide Schmidt, was ebenfalls zu Lasten der AG ging.

Der RFS pendelte um die vier Prozent und war weit entfernt von seinen Erfolgen in den fünfziger und sechziger Jahren. Das steht in Kontrast zu den Erfolgen der FPÖ unter Jörg Haider ab Ende der achtziger Jahre. Man kann das u. a. damit erklären, daß die FPÖ damals zwar vermehrt Wählermilieus ansprechen konnte, deren Nachkommen offenbar sehr unterdurchschnittlich ein Universitätsstudium anstrebten.

Nach der Wahl von 1995 war es dann soweit. Eine knappe Mehrheit links der Mitte (VSStÖ, Grüne, LSF, LFÖ, Unterstützung vom KSV) wurde gezimmert, die eine Angehörige des VSStÖ zur ÖH-Vorsitzenden wählte. Zum ersten Mal seit 1946 war kein Kandidat der studentischen Mitte (Wahlblock, ÖSU oder AG) Vorsitzender des ZA geworden.<sup>232</sup> Doch diese Koalition kam bald in Schwierigkeiten, so daß die vorgesehene Rotation der ÖH-Vorsitzenden zu den Grünen nicht gelang. 1997 ging diese „linke Mehrheit“ wieder verloren, und die

**222** Das bestätigte Andreas Mölzer in einem Telefongespräch mit dem Autor am 13. 8. 2019.

**223** Salia Babenberg Wien (1983), Juvavia Salzburg (1988), Elisabethana Wien (1991), Koinonia Wien (1993), Academia Graz (1996), Arcadia Wien (1999), Liupina Leoben (2007), Viruna Klagenfurt (2009), Minerva Graz (2010) und Stella Vindeliccia Innsbruck (2010). Die Jahreszahlen in Klammer sind die jeweiligen Gründungsjahre.

**224** Die weiteren elf sind Vindobona nova Wien, Babenberg Klosterneuburg, Laetitia Kornbeuburg, Prima Vindobenensis Wien, Prima Lentia Linz, Tragus St. Pölten, Hesperia Graz, Concordia Wien, Brigance Bregenz, Walcueria Güssing und Ruperina Bruck/Mur.

**225** Mitteilung Hubert Erhart, 13. 5. 2019.

**226** Die weiteren sind die Sudetendeutsche akademische Damengilde Edda Wien (2000), die Akademische Mädelschaft Nike Wien, die Pennale Mädelschaft Sigrid Wien (2011) und die Akademische Damenverbindung Barbara Leoben(2002).

**227** Weidinger S. 236.

**228** Weidinger S. 235 und 345f.

**229** Weidinger S. 149.

**230** Weidinger S. 182.

**231** Nach Acta Studentica 143/2003, 127/1999, 117/1997, 108/1995 und 97/1993,

**232** Marschitz/Szyszkowitz, und Marschitz.

AG konnte wiederum den Vorsitzenden stellen. Doch 2001 war es damit – zumindest vorläufig – endgültig vorbei. Aus den og. Gründen gab es nun in den folgenden Jahren immer eine linke Mehrheit von VSStÖ, GRAS und FLÖ, wie die Ergebnisse der Hochschulwahlen für die Bundesvertretung, wie der Zentralausschuß nun heißt, zeigen (in Prozenten).<sup>233</sup>

	2005	2007	2009	2011	2013	2015	2017	2019
<b>AG</b>	24,7	32,4	34,4	32,2	27,2	26,7	26,4	26,9
<b>JES</b>		0,4	0,9	0,7				
<b>FLÖ</b>	13,4	14,7	13,0	14,5	17,2	12,7	14,1	9,8
<b>RFS/FSI</b>	1,8	2,6	2,8	2,9	2,2	2,5	3,1	2,0
<b>VSStÖ</b>	21,2	16,9	14,4	17,5	17,0	15,0	20,5	22,4
<b>KSV/KJÖ</b>	4,0	2,2	2,0	3,1	2,2	2,3	2,2	2,0
<b>KSV/LiLi</b>		1,3	1,5	0,1	1,9	2,5	3,1	2,5
<b>GRAS</b>	25,3	21,4	20,7	17,8	15,9	20,1	15,6	22,7
<b>LSF/Julii/JUNOS</b>	3,9	2,2	1,3	4,3	6,4	11,2	12,6	10,3
<b>Kunst*</b>		2,7	3,5	4,9				
<b>Piraten</b>				2,2				
<b>FEST*</b>				1,6	4,1			
<b>Sonstige</b>	5,7	3,2	5,5	2,0	6,2	2,9	2,5	1,4

\*Unter „Kunst“ sind die diversen Listen der sechs Musikuniversitäten bzw. Kunstakademien (in Wien drei, je eine in Graz, Linz und Salzburg) zusammengefaßt. FEST=Fraktion engagierter Studenten

Die Wahlen ab dem Jahr 2005 wurden nach einem neuen System abgehalten, d. h., die Direktwahl auf Bundesebene (BV) entfiel zugunsten einer Entsendung seitens der einzelnen Universitätsvertretungen (UV). Die obige Wahlprozentstatistik für die Jahre von 2005 bis 2013 beinhaltet daher nur die Summe der Wahlergebnisse zu den UV's der einzelnen Universitäten. Ab 2015 wird wieder direkt in die BV gewählt.

Mit Recht kann man daher fragen, ob die Mehrheit innerhalb der Studentenschaft links (geworden) ist. Die Wähler von VSStÖ und KSV, 2003 und 2005 jeweils zusammen 25,2 Prozent, also ein gutes Viertel, werden mit Sicherheit in ihrer politischen Grundhaltung als links bezeichnet werden können – aber kann man das auch für die GRAS, das LSF und die FLÖ behaupten, die 2005

zusammen 42,6 Prozent erreicht haben? Für die prägende Funktionärsschicht der GRAS und die FLÖ wird man das wahrscheinlich tun können, wohl kaum aber für all deren Wähler.<sup>234</sup> Gerade die junge Generation wählt oft Grün („Wohlfühlpartei“) aus einer gewissen politisch-emotionalen Protest-Grundstimmung á la mode, ohne darüber näher zu reflektieren. Weiters ist auch die besonders bei höherem

Bildungsgrad vorzufindende Wechselwählerbereitschaft in Zusammenhang mit sich auflösenden politischen Milieus zu berücksichtigen, so daß lebenslange oder gar generationsübergreifende parteipolitische Bindungen immer weniger eine Rolle spielen. Und schließlich: Ab 1970 war die ÖVP in Opposition, ab 1987 dann nur als Zweite in der Regierung, so daß sie – und damit ihr studentischer Ableger – für gewisse politische Zustände nicht bzw. nicht so sehr verantwortlich gemacht wurde. Daher ist möglicherweise die ÖSU/Studentenforum/AG in den letzten 30 Jahren des 20. Jahrhunderts überbewertet und nach dem Regierungswechsel 2000 unterbewertet worden.

Unter diesem Aspekt war das Wahlergebnis des Jahres 2007 erstaunlich, wo die AG 7,7 Prozentpunkte zulegen konnte und in der BV wieder stärkste Fraktion wurde, während alle anderen Listen mit Ausnahme des RFS verloren hatten. Über die Gründe dieses Ergebnisses kann man nur spekulieren. Die Anfang 2007 wieder die Regierung übernommene SPÖ hat die ursprünglich versprochene Abschaffung der Studiengebühren nicht umgesetzt, so daß dadurch der VSStÖ möglicher-

weise verloren hat.<sup>235</sup> Aber an der Tatsache einer weiteren linken ÖH-Mehrheit änderte sich nichts.

2013 sank die AG unter 30 Prozent, jedoch konnte sie mit ihren Bundesvorsitzenden Florian Lerchhammer (CV Bajuvaria) trotz Verluste ihren ersten Platz behalten.<sup>236</sup> Der Kernblock der linken Koalition (VSStÖ und GRAS) hatte 2005 unter der Regierung Schüssel 2005 zusammen 46,5 Prozent erreicht, um dann ab 2007 auf unter 40 Prozent abzusinken und bei den folgenden Wahlen plus/minus um die 35 Prozent zu verharren. Die linke Dominanz in der ÖH-Exekutive blieb aber ungebrochen, so daß der AG Vorsitzende Lerchhammer 2013 mit Recht über die ÖH konstatierte: „Eine linke Parallelwelt.“<sup>237</sup> Und es stellte sich auch die Frage „ÖH: Ernsthafte Standesvertretung oder linke Spielwiese?“<sup>238</sup>

Die ÖH-Wahlen 2019 fanden unmittelbar nach den innenpolitischen Turbulenzen („Ibiza-Video“) und den Europawahlen statt. Obwohl die AG leicht zulegen konnte, erstaunt es nicht, daß sich VSStÖ und GRAS von 36,1 auf 45,1 Prozent steigern konnten, wobei die FLÖ, der dritte Koalitionspartner, die Hauptverlierer waren. Ebenso wundert es auch nicht, daß unter diesen Umständen der ohnedies schon marginale RFS weiter verloren hat. Man wird trotz alledem nicht umhinkommen festzustellen, daß sich innerhalb der Studentenschaft die politische Einstellung und das Lebensgefühl ab den neunziger Jahren mehrheitlich nach links verschoben haben. Diese waren bis 1938 zweifelsohne mehrheitlich rechts, und sie lagen nach 1945 eindeutig in der Mitte.

### 23 Studentenverbindungen als Funktionselite für politische Parteien

Es wurde bereits mehrmals darauf hingewiesen, daß die beiden großen Gruppen der Studentenverbindungen zu Kaderschmieden für politische Parteien wurden. Bei den Schlagenden begann

das bereits in der Monarchie für die verschiedenen deutschnationalen Parteien. Das setzte sich nach 1918 für die Großdeutsche Volkspartei und dann die NSDAP fort. Nach 1945 gab es jedoch einen Bruch. Die meisten von ihnen waren NS-belastet, und nicht wenige standen deswegen sogar vor Gericht. Namhafte Positionen waren ihnen vorerst verschlossen („Ausschluß von der Funktionselite“) und führte teilweise zu einer Trotzhaltung („mannhafte fundamentale Gegenelite“).<sup>239</sup> Andererseits gab es auch ein Bemühen seitens der SPÖ bzw. des Bundes Sozialistischer Akademiker (BSA) um Schlagende, denn ihnen mangelte es an ausreichendem akademischem Führungspersonal, um die ihnen im Rahmen des Regierungsproporz zustehenden Posten besetzen zu können. So kam es seitens der SPÖ zum Buhlen um die Ehemaligen bzw. Schlagenden. Deutlich wurde das bei den Bundespräsidentenwahlen 1951, wo neben Theodor Körner für die SPÖ der ÖVP-Politiker Heinrich Gleißner (CV Saxo-Bavaria) sowie für den VdU Burghard Breitner (C! Vandalia Graz) kandidierten. Bei der Stichwahl votierten die Breitner-Wähler in großer Mehrheit für Körner.<sup>240</sup>

Beim VdU bzw. der WdU von 1949 bis 1956 spielten Schlagende nur eine geringe Rolle. Von deren insgesamt 23 Nationalratsabgeordneten in diesem Zeitraum war nur einer Mitglied einer schlagenden Verbindung, was einem Anteil von 4,3 Prozent entspricht.<sup>241</sup> Von 1956 bis 1971 pendelte die FPÖ zwischen sechs und acht Mandate. Nach der Wahlrechtsreform 1971 waren es bis 1986 zehn bis zwölf Mandate. Danach begann der Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider. Auch zu dieser Zeit war der Anteil der Korporierten noch moderat. So fanden sich bei der 1990 sprunghaft gestiegenen FPÖ-Nationalratsfraktion (von 18 auf 33 Mandate) nur vier Angehörige einer schlagenden Hochschulverbindung (12,1 Prozent), darunter Friedhelm Frischenschlager (S!

<sup>233</sup>Für 2009 lt. [www.oeh.ac.at/print/ueber\\_die\\_oeh/oeh\\_wahlen/wahl\\_09/ergebnisse\\_09](http://www.oeh.ac.at/print/ueber_die_oeh/oeh_wahlen/wahl_09/ergebnisse_09). Für 2007 lt. [www.oeh.ac.at/print/ueber\\_die\\_oeh/oeh\\_wahlen/wahl\\_07/ergebnisse\\_07](http://www.oeh.ac.at/print/ueber_die_oeh/oeh_wahlen/wahl_07/ergebnisse_07).

2013 lt. Acta Studentica 184/2013, S. 13. Zu den Wahlen 2019: [https://diepresse.com/home/bildung/universitaet/5635845/OeHWahl\\_AG-gewinnt-aber-linke-Mehrheit-ist-gestaerkt](https://diepresse.com/home/bildung/universitaet/5635845/OeHWahl_AG-gewinnt-aber-linke-Mehrheit-ist-gestaerkt) (Abruf 30. 5. 2019).

<sup>234</sup>So war z. B. der ÖH-Vorsitzende der Technischen Universität Graz, Alexander List (CV Babenberg Graz), Mitglied der FLÖ, siehe Academia intern 2/2007, S. 10.

<sup>235</sup>So hat deswegen die ÖH-Vorsitzende Barbara Blaha (VSStÖ) aus Protest die SPÖ verlassen, siehe Die Presse, 13. 1. 2007.

<sup>236</sup>Acta Studentica 184/2013, S. 13; Die Presse, 26. 6. 2013.

<sup>237</sup>Academia intern 1/2013, S. 1.

<sup>238</sup>Academia intern, 2/2013, S. 1.

<sup>239</sup>Weidinger S. 271f.

<sup>240</sup>Hartmann 2006, S. 577f.

<sup>241</sup>Weidinger S. 449.

Barden Wien), der aber 1993 zum Liberalen Forum wechselte.

Nach der Nationalratswahl des Jahres 2008, der für die FPÖ und das BZÖ einen erheblichen Zuwachs brachte, waren in der Fraktion der FPÖ von 34 Abgeordneten sieben bei einer akademischen schlagenden Verbindung korporiert, das ist ein Anteil von bereits 20,6 Prozent.<sup>242</sup> Nach den Wiener Gemeinderatswahlen vom Herbst 2010 war fast die Hälfte der FPÖ-Fraktion im Wiener Rathaus Burschschafter.<sup>243</sup> Nach der Nationalratswahl des Jahres 2013 waren von den 40 FPÖ-Mandataren zehn bei einer akademischen schlagenden Verbindung, womit sich deren Anteil auf 25 Prozent erhöhte.<sup>244</sup> Nach den Wahlen von 2017 und den Veränderungen aufgrund der Regierungsbildung waren von den 51 FPÖ-Abgeordneten zwölf Angehörige einer akademischen schlagenden Verbindung, das ist ein Anteil von 23,5 Prozent. Weitere sechs Abgeordnete sind Angehörige einer schlagenden Pennalie oder einer Mädelschaft, womit sich der Gesamtanteil der Korporierten auf 18 bzw. auf 35,3 Prozent erhöht hatte. Das wurde in der Öffentlichkeit wahrgenommen, auch international.<sup>245</sup>

Bernhard Weidinger, der 2015 von einem linken Standort aus eine umfangreiche Studie über die österreichischen Burschenschaften nach 1945 herausgebracht hatte, hat alle Abgeordnete der FPÖ, die zwischen 1956 und 2014 dem Nationalrat angehört hatten, auf eine Verbindungsmemberschaft untersucht. Das betraf insgesamt 204 Personen, von denen 27,9 Prozent einer schlagenden Verbindung angehörten, wobei er sämtliche Bereiche berücksichtigte, nämlich neben den Burschenschaften auch die Corps, Landsmannschaften usw. sowie auch die pennalen Verbindungen und die Studentinnenverbindungen.<sup>246</sup> Im Vergleich des Gesamtdurchschnitts von 27,9 Prozent

mit der Zahl von 35,3 Prozent für das Jahr 2017 erkennt man, daß sich der Anteil der Korporierten in der Ära des Parteiobmanns Heinz-Christian Strache deutlich erhöht hat. Weidinger hat auch den Durchschnitt des Korporiertenanteils am FPÖ-Klub des Wiener Landtags errechnet. Er liegt bei 33,3 Prozent und ist damit höher als im Nationalrat.<sup>247</sup>

2017 gehören fünf CVer der 62 Mandate starken ÖVP-Fraktion an, was einem Anteil von 8,1 Prozent entspricht – also deutlich weniger als die Vergleichszahl bei der FPÖ. Hingegen gehören elf weitere ÖVP-Abgeordnete dem MKV sowie einer pennalen oder akademischen Studentinnenverbindung an, womit sich die Korporiertenzahl auf 16 erhöht, was einem Anteil auf 25,8 Prozent entspricht. Auch dieser Wert ist gegenüber der FPÖ niedriger und differiert um ca. zehn Prozentpunkte. Es fällt auf, daß die absolute Zahl der pennalen sowie weiblichen Korporierten bei der ÖVP wesentlich höher ist – elf zu sechs – als bei der FPÖ.<sup>248</sup>

In den übrigen Bereichen, wie in den Landesregierungen und Landtagen sowie vor allem in den Büros bzw. Kabinetten der FPÖ-Regierungsmglieder von 2017 bis 2019 befanden sich ebenfalls viele Angehörige von schlagenden Verbindungen. So sind z. B. von den 34 FPÖ-Abgeordneten des Wiener Landtags des Jahres 2017 elf Angehörige einer schlagenden Verbindung, das sind 32,3 Prozent.<sup>249</sup> Diese starke „Durchdringung“ von Angehörigen schlagender Verbindungen bei FPÖ-Funktionen, die wesentlich stärker als die des CV bei der ÖVP ist, wurde in der Öffentlichkeit kritisch vermerkt.<sup>250</sup>

Zwar gab es seit 1907 (den ersten Wahlen zum Abgeordnetenhaus des Reichsrats nach dem allgemeinen Wahlrecht) immer einen CV-Anteil von fast 20 Prozent der Abgeordneten der Christ-

lichsozialen Partei bzw. nach 1945 der ÖVP, der sich gelegentlich sogar auf knapp über 30 Prozent steigerte, doch ab dem neuen Jahrhundert sank dieser deutlich.<sup>251</sup> Eine starke Präsenz von CVer im politischen Bereich gab es zum einen im „Ständestaat“ (1934 bis 1938), zum anderen in den fünfziger und sechziger Jahren – vor allem in der Ära der Bundeskanzler Leopold Figl (CV Norica) und Julius Raab (CV Norica). Doch 2017 liegt der CV-Anteil in der ÖVP-Fraktion im Nationalrat nur mehr bei 8,1 Prozent. Wie konnte es dazu kommen?

Dafür gibt es mehrere Gründe. Ein wichtiger ist vor allem das Ansteigen des weiblichen Anteils an der Fraktion der ÖVP. Während in der Legislaturperiode 1966 bis 1970, wo die ÖVP mit 85 Mandaten die absolute Mehrheit hatte, von diesen nur zwei Frauen waren (2,4 Prozent), so waren es nach der Nationalratswahl 2002, wo die ÖVP 79 Mandate erringen konnte, bereits 24 Frauen (30,4 Prozent) – Tendenz in der Folge steigend. Dadurch sank zwangsläufig der CV-Anteil.

Daneben entwickelte sich nach 1945 eine Konkurrenz für den CV, was das Bereitstellen von politischem Führungspersonal betrifft. Durch die Einführung der Katholischen Aktion wurden auch die Katholischen Hochschulgemeinden in den Universitätsstädten errichtet, die in der Folge solche Funktionen übernahmen. So stammten die ÖVP-Obmänner Josef Riegler, Erhard Busek und Wolfgang Schüssel aus diesem Bereich. Ab den siebziger Jahren gab es immer wieder latente bzw. offene Konflikte zwischen dem CV und den Katholischen Hochschulgemeinden, die aber in diesem Jahrhundert deutlich in den Hintergrund getreten sind.<sup>252</sup> Gegenwärtig spielen die Katholischen Hochschulgemeinden diesbezüglich kaum noch eine Rolle. Und schließlich produzierte die Massenuniversität deutlich mehr Akademiker als früher (vor 1970), so daß schon dadurch mehr akademisches Führungspotential zur Auswahl vorhanden ist.

Auf jeden Fall steht aber fest, daß bei der FPÖ anteilmäßig wesentlich mehr Angehörige von schlagenden Verbindungen in politischen Funktionen zu finden sind, als vergleichsweise CVer in der ÖVP. Das hat ebenfalls mehrere Gründe. Die FPÖ ist hinsichtlich einer Rekrutierung des politischen Personals nicht so breit aufgestellt wie die ÖVP. Zum einen hat sie einen niedrigeren Frauenanteil, zum anderen fehlt bei ihr eine entsprechende Zahl von Vorfelddorganisationen, die die ÖVP nach wie vor besitzt, etwa im kirchlich-katholischen Bereich wie die erwähnten Hochschulgemeinden oder im Bereich der Interessensvertretungen.<sup>253</sup> Außerdem dürfte das Wähler- und Funktionärspersonal bei der FPÖ, wie bereits angedeutet, weniger akademisch-affin sein als bei der ÖVP.

All das hat zur Folge, daß die schlagenden Verbindungen für die FPÖ als Bereitstellungsgruppe für akademisches Führungspersonal wesentlich bedeutsamer sind als der CV für die ÖVP. Die schlagenden Verbindungen hatten, wie erwähnt, in den siebziger Jahren eine gehörige personelle Krise, die aber ab den achtziger Jahren sukzessive abgebaut werden konnte. Das ging Hand in Hand mit den steigenden Wahlerfolgen der FPÖ ab 1986 von sich. Durch die immer stärker werdende FPÖ stieg auch die Bedeutung der schlagenden Verbindungen in personeller Hinsicht. Wie erwähnt war für diese Zeit auch eine vermehrte Hinwendung der schlagenden Verbindungen zu völkischem Gedankengut zu beobachten, so daß sich eine kritische Öffentlichkeit die Frage stellt, wie weit das sich in der Politik der FPÖ, insbesondere seit ihrer neuerlichen Regierungsbeteiligung ab Ende 2017, auswirkt.<sup>254</sup>

Im Windschatten dieser Entwicklung agierten vermehrt Angehörige dieser Verbindungen in der Öffentlichkeit bzw. im politischen Bereich. So gab es 1992/93 Annäherungs- bzw. Anbieterungsversuche an katholisch-konservative Kreise seitens des FPÖ-Vordenkers Andreas Mölzer (C! Van-

**242** Acta Studentica 166/2008, S. 10.

**243** Die Presse, 5. 11. 2010 ([www.diepresse.com/home/politik/innenpolitik/607829/print.do](http://www.diepresse.com/home/politik/innenpolitik/607829/print.do)). Danach stellte im FPÖ-Gemeinderatsklub die B! Aldania die meisten Mitglieder.

**244** Nach Acta Studentica 186/2013, S. 11f.

**245** Dazu siehe Löwenstein, Stephan: Die Rückkehr der Burschen, in: Frankfurter Allgemeine, 3. 1. 2018.

**246** Weidinger S. 451f.

**247** Weidinger S. 467f.

**248** Nach Acta Studentica 204/2018, S. 15f

**249** Lt. [www.eu-infothek.com/der-machtkampf-der-burschenschaften](http://www.eu-infothek.com/der-machtkampf-der-burschenschaften), Abruf 17. 5. 2018.

**250** So u. a. von Scharsach.

**251** Eine genaue diesbezügliche Analyse für die Zeit bis 2006 findet sich bei Hartmann 2006 S. 106f., 268f., 573f., 648f., 685f. und 738f.

**252** Dazu ausführlich Hartmann 2006 S. 692f.; Hartmann 1995 S. 331f.; Binder 2008 S. 54f. und 82f.

**253** Siehe dazu Hartmann 1995.

**254** Dazu siehe dazu auch Wippermann S. 140–161. Allerdings ist diese Studie hinsichtlich der Verhältnisse in Österreich oberflächlich. Sie erschien kurz vor dem sog. „Ibiza-Video“ (Ende Mai 2019) und ist in dieser Hinsicht auch überholt, was aber nicht dem Autor anzulasten ist.

dalia Graz) in und mit der Zeitschrift *Aula* sowie auch in den *Kärntner Nachrichten*<sup>255</sup> sowie seitens des damaligen Klubobmanns der FPÖ Ewald Stadler (S! Skalden Innsbruck).

Anlässlich der 1000-Jahr-Feier Österreichs (Ostarrichi) veranstalteten der Freiheitliche Akademikerverband der Steiermark und die Grazer Burschenschaften am 25./26. Oktober 1996 ein Symposium auf der Grazer Universität, bei dem es auch um die „Österreichische Nation“ ging. Das führte zu öffentlichen Debatten und Turbulenzen.<sup>256</sup> Im Rechtsextremismus-Bericht des Innenministeriums für das Jahr 2001 werden die Burschenschaften als „Beobachtungsobjekt im Sinne des Sicherheitspolizeigesetzes“ angeführt, wobei die B! Olympia der Staatspolizei besonders auffiel.<sup>257</sup>

Im Jahr 2002 kumulierte das politische relevante Auftreten. Seit 1996 veranstaltete der Wiener Korporationsring bzw. der Ring Volkstreuer Verbände jeweils am 8. Mai ein Totengedenken aus Anlaß des Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs am Wiener Heldendenkmal (Äußeres Burgtor). Sechs Jahre gab es dabei keinerlei Probleme, erst 2002 sollte sich das ändern, wobei sicherlich die seit 2001 im Amt befindliche „linke“ ÖH-Exekutive dabei eine Rolle gespielt hat. Der Festredner, der FPÖ-NRABg. Wolfgang Jung (p. B! Albia Bad Ischl), bezeichnete sich am selben Tag abends im ORF als „Deutschen“, was zu Kontroversen führte.<sup>258</sup> Dieses Totengedenken sorgte in den folgenden Jahren auch immer wieder für kritische Kommentare und Gegenaktionen.<sup>259</sup>

Bald danach kam es zu einem weiteren Skandal. Der erwähnte FPÖ- bzw. BZÖ-Funktionär Ewald Stadler hielt bei einer Sonnwendfeier am 21. Juni 2002 in Seebarn (NÖ) eine Rede, in der er die Epochen von 1938 bis 1945 (Nationalsozialis-

mus) sowie 1945 bis 1955 (alliierte Besatzung Österreichs) gleichgesetzt hat. Rund 14 Tage später wurde der Text, der auch in der FPÖ nicht unwidersprochen blieb, öffentlich bekannt und führte dann zu einer tagelangen medialen Kontroverse.<sup>260</sup> Beide Vorfälle haben gezeigt, daß die deutschnationale Ideologie bei den schlagenden Verbindungen nach wie vor vorhanden war bzw. nach der Reaktivierung der sistierten Korporationen eine Renaissance erlebte.

Anlässlich des 150. Stiftungsfestes der B! Olympia im November 2009 – damit verbunden waren auch 150 Jahre Burschenschaft in Österreich – kam es wieder zu „Aufgeregtheiten“ und Gegendemonstrationen anlässlich des diesbezüglichen Festkommerses in der Wiener Hofburg, bei der der damalige FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache die Festrede hielt.<sup>261</sup>

Den Linken ein besonderer Dorn im Auge waren bzw. sind die jährlichen Bälle im Januar in der Wiener Hofburg, der ursprünglich ein Ball des Wiener Korporationsringes war. Um diesen gab es immer zum Teil heftige Demonstrationen linker Gruppen, die zum Teil von weither angereist kamen. Schließlich übernahm die FPÖ die Veranstaltung und deklarierte diese als Akademikerball. Von Bundespräsident Alexander van der Bellen soll anlässlich des Balles im Januar 2018 der Ausspruch gefallen sein: „So laßt sie doch tanzen!“

Die Bundespräsidentenwahlen des Jahres 2016 haben den CV in eine schwierige „Zerreißprobe“ gebracht. Während im ersten Wahlgang die Lage noch problemlos<sup>262</sup> war – für die ÖVP kandidierte der frühere Nationalratspräsident Andreas Khol (CV Raeto-Bavaria) –, änderte sich das für den zweiten Wahlgang, für den nun Alexander Van der Bellen und Norbert Hofer (I! B! Marko-Germania Pinkafeld) zur Auswahl standen. Durch

die Wahlanfechtung und dann durch die weitere Verschiebung der Wiederholung des zweiten Wahlgangs wurde diese interne „Zerreißprobe“ von den eigentlich vorgesehenen vier Wochen auf fast siebeneinhalb Monate ausgedehnt. Auf der einen Seite stand der ehemalige Vorsitzende der Grünen, auf der anderen der Ehrenphilister einer nichtakademischen Burschenschaft. Für viele im CV war das eine Wahl zwischen „Pest und Cholera“. Aufgrund von Diskussionen in Verbindungen wird es jeweils beträchtliche Anteile gegeben haben, die entweder Van der Bellen oder Hofer bzw. dann in der „Pest-Cholera-Konsequenz“ ungültig gewählt haben. Doch das beruhigte sich im CV ab 2017 wieder rasch.

Doch kehren wir wieder zum Thema zurück, nämlich inwieweit Studentenverbindungen für die Funktionselite ihrer jeweils zugeordneten Parteien tätig sind. Diese Frage geistert in regelmäßigen Abständen in den diversen Nachrichtenmagazinen umher, wobei als Beweis immer wieder die große Zahl an ÖVP-Politikern aus dem CV angeführt wird.<sup>263</sup> Zeitlich ziemlich am Anfang dieser Veröffentlichungen steht auch das im Herbst 1961 erschienene Buch von Alexander Vodopivec „Wer regiert in Österreich?“ Mit dem Zunehmen der politischen Stärke der FPÖ wurde diese Frage auch hinsichtlich der FPÖ und der schlagenden Verbindungen vermehrt gestellt, ebenso auch jene, welchen politischen Einfluß diese Verbindungsgruppen jeweils bei „ihren“ Parteien haben.

Für den (Ö)CV als Organisation gibt es nach 1945 in den Protokollen der Leitungsgremien (Vorstand der Verbandsführung, Verbandsführung, Beirat) keinerlei Hinweise, daß z. B. durch „spinnennetzhaftes“ Intrigenspiel Ministerposten, Abgeordnetensitze o. ä. „vergeben“ worden sind oder bestimmte politische Fragen mit Erfolg lanciert werden konnten. Eher schien es umgekehrt gewesen zu sein, indem ÖVP-Politiker im CV Einfluß suchten.<sup>264</sup>

Allerdings gibt es bei beiden Verbindungsgruppen das Lebensbundprinzip. Zwischen den Verbindungs- bzw. Verbandsmitgliedern entsteht dadurch ein persönliches Beziehungsgeflecht, das u. a. durch ein hohes gegenseitiges Vertrauen und einen Vertrauensvorschuß getragen wird.

Dieses Beziehungsgeflecht funktioniert wie durch einen Selbstregelmechanismus und bedarf keiner expliziten Führung. Es bildet sich gleichsam von selber aufgrund der Erziehungsarbeit der Verbindungen, die sehr stark auf den vorgegebenen Inhalten (Prinzipien) beruht. Und es entzieht sich in der Regel jedweder formeller Institution, und damit ist die nachträgliche historische Einordnung höchst schwierig. Oder anders ausgedrückt: Man „weiß“ zwar, daß es einen derartigen politischen Einfluß gegeben hat bzw. gibt, aber er ist nicht „aktenkundig“, man kann ihn daher letztendlich historisch-kritisch nicht „dingfest“ machen.

Es ist auch ein Irrglauben zu meinen, daß die in der Politik tätigen CVer oder Angehörigen schlagender Verbindungen wie auf ein geheimes Kommando hin in allen tages- wie personalpolitischen Fragen nur eine Meinung äußern (dürfen). Sowohl die Christliche Demokratie als soziale Integrationsbewegung mit ihren unterschiedlichen Interessengruppen als auch das „Dritte Lager“ können kein geschlossenes Bild abgeben. Unterschiedliche Interessen sind bei Politikern, die aus Korporationen kommen, ebenso zu finden, wie bei Politikern, die nicht aus diesen kommen.

Eine Folge der Organisationsform Lebensverbindung liegt in der Verbundenheit aller Mitglieder, die durch das Prinzip Lebensfreundschaft gleichsam ideologisch überhöht wird. Dies war und ist immer Anlaß, den betreffenden Verbindungsgruppen Protektionismus vorzuwerfen. Aber: Wenn z. B. ein CVer eine Position zu vergeben hat und bei gleichwertig fachlicher Voraussetzung einen CVer bevorzugt, so liegt das primär daran, daß von vornherein zwischen ihm und dem Bewerber erstens ein ganz anderes Vertrauensverhältnis besteht, und er zweitens weiß, daß ein CVer durch den Verbindungsbetrieb ganz andere Voraussetzungen mit sich bringt.

Untersuchungen aus den neunziger Jahren für den Bereich Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland haben gezeigt, daß bei Besetzung von Spitzenpositionen der Entscheider in solchen Fällen von dem Bedürfnis geleitet wird, daß zwischen ihm und dem in die engere Wahl gekommenen Bewerber die „richtige Chemie“ herrscht und

<sup>255</sup> Kathpress-Info-Dienst Nr. 246, 13.12. 1992, S. 8. Kathpress Nr. 66, 20. 3. 1993, S. 7.

<sup>256</sup> Zu den Vorfällen in Graz siehe Kleine Zeitung, 2., 5., 9., 11., 12., 22., 24. und 28. 10., 1., 5. und 9. 11. 1996.

<sup>257</sup> profil, Nr. 28, 16. 9. 2002, S. 48.

<sup>258</sup> Die Presse, 2. und 10. 5. 2002; Acta Studentica 140/September 2002, S. 8. Der Österreichische Verein für Studentengeschichte hat über diese Vorfälle eine umfangreiche Zeitungsberichte-Dokumentation angelegt.

<sup>259</sup> Siehe z. B. im Jahr 2011: Die Presse, 8. 5. 2011 („Ausnahmestand rund um den Heldenplatz“; diepresse.com/home/politik/innenpolitik/660372/print.do).

<sup>260</sup> Die Presse, 4., 5., 6., 8., 10., 11. und 12. 7. 2002.

<sup>261</sup> Die Presse, 18., 19. und 22. 11. 2009 Online-Ausgabe, www.diepresse.com/home/politik/innenpolitik/522485, 522748 und 5232286.

<sup>262</sup> Allerdings gab es damals schon durchaus Sympathien im CV für die unabhängige Kandidatin Irmgard Griefß.

<sup>263</sup> Der erste nachweisbare Artikel dieser Art dürfte wahrscheinlich in der „Wochenpresse“ am 2. 4. 1960 erschienen sein.

<sup>264</sup> Hartmann 2006 S. 699.

daß man von Personen umgeben sein möchte, denen man vertrauen kann.<sup>265</sup>

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Einblendung der jüngeren deutschen Eliteforschung, weil es naturgemäß viele Ähnlichkeiten mit Österreich gibt. Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten, wie England und Frankreich, gibt es in Deutschland und Österreich keine Höheren Schulen (Gymnasien) oder Universitäten, die man für das Erklimmen der Karriereleiter „besucht haben muß“ (z. B. Eton), obwohl es auch in Österreich gewisse Ansätze gegeben hat (wie z. B. Schottengymnasium, Kalksburg, Theresianum und früher die Stella matutina, Feldkirch). Diese Funktion übernahmen im deutschsprachigen Raum vielfach „Bundeliten“, wobei natürlich nebenher weiterhin „Herkunftseliten“ bestehen (Adel, Großbürgertum etc.).

Nach der Potsdamer Elitestudie von 1995 beeinflusst die soziale Herkunft nach wie vor die beruflichen Karriereaussichten der heutigen Eliten, vor allem bei Führungspositionen in der Wirtschaft. Kinder aus gehobenen Kreisen („wo man sich kennt“) machen trotz gleicher Bildungsqualifikationen schneller und erfolgreicher in der Wirtschaft Karriere.<sup>266</sup> Die Bildungsexpansion im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts hat offenbar nur den Zugang zu den Bildungsinstitutionen erleichtert, nicht aber den zu den Elitepositionen.<sup>267</sup> Allerdings zeigen wiederum die Beispiele von Inhabern höchster Positionen in der Wirtschaft in Deutschland, daß ein sozialer Aufstieg aus kleinen Verhältnissen in solche durchaus möglich, ja fast schon eher die Regel ist.<sup>268</sup>

Hingegen ersetzt die Mitgliedschaft in einer *Bundelite* größtenteils die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der *Herkunftselite*. Insofern relativiert sich der Vorwurf des Protektionismus, wenn man seine Funktion der *Bundelite* als notwendige und nützliche Elite-Bildungsinstitution – unab-

hängig von der weltanschaulichen Einstellung – genauso akzeptiert wie andere ähnliche Einrichtungen.

Bereits im Zusammenhang mit dem „Ständestaat“ wurde festgestellt, daß der CV für diesen die Stellung einer sog. *Funktionselite* eingenommen hat. Als Funktionselite werden „solche Sozialaggregate bestimmt, die in der [...] Gesellschaft besonderen Einfluß haben, bestimmte Verantwortungen tragen und spezifische Leistungs-, Planungs- und Koordinationsfunktionen übernehmen. [...] In der konkreten Realität politischer Systeme sind es vor allem die Regierungsgremien, die führenden Fraktionsgruppen des Parlaments, die höhere Ministerialbürokratie, die Spitzenpositionen in der Provinzialverwaltung und die Sprecher politisch relevanter Verbände, die spezifischen Aufgaben von Funktionseliten erfüllen.“<sup>269</sup>

Diese Definition trifft auf den CV nicht nur für den „Ständestaat“, sondern auch für die Zeit nach 1945 hinsichtlich der ÖVP zu. Und ebenso für die die schlagenden Verbindungen hinsichtlich der FPÖ. Insofern jede parlamentarische Demokratie eines gut funktionierenden Parteienpluralismus bedarf, der wiederum sich eines fachlich qualifizierten Apparates bedienen muß, sind die betreffenden Verbindungsgruppen unabhängig von ihrer weltanschaulichen Positionierungen in ihrer Eigenschaft als Elitereservoir einer Partei, wenn man so will, ein demokratiepolitisches Essential.<sup>270</sup>

## 24 Warum soll man heute noch einer Verbindung beitreten?

Diese Frage stellt sich naturgemäß vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels in den letzten hundert Jahren. Vor dem Ersten Weltkrieg war der Verbindungsstudent die Regel, heute ist er

**265** Hartmann M 2004 S. 21. Siehe auch Hartmann, Michael: Die Elite und die Masse. Warnung vor Isolierung des Nachwuchses an Elitehochschulen, in: *Academia* 98 (2005), S. 11–14.

**266** Hartmann M 2002 S. 70–80, 131 und 151.

**267** Hartmann M 2004 S. 24.

**268** Siehe dazu die Studie von Meck, Georg–Weiguny, Bettina: *Der Elitenreport*. Berlin 2018. Über diese siehe Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 22. 4. 2018, S. 21.

**269** Weege S. 42f. Der Begriff Funktionselite stammt von Stammer, Otto: Das Eliteproblem in der Demokratie, in: *Schmolters Jb. für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft* 71 (1951), SS. 1ff.

**270** Hartmann 2006 S. 717.

die Ausnahme. Er ist zu einem Exotikum geworden, über den die Medien in Abständen berichten. Nicht immer wohlwollend, und häufig auch negativ. Weltanschauliche Gründe, die beim Beurteilungsobjekt liegen, mögen da die Ursachen sein, aber vielfach auch simpel gestrickte Vorurteile.

Vor einigen Jahren gab es zufälligerweise ziemlich zeitgleich in den Berufsbeilagen von Tageszeitungen Beiträge zum Networking, daß nämlich dieses für den Berufseinstieg und für die weitere Berufslaufbahn unbedingt notwendig sei. Da schildert in einem Beitrag ein Personalberater die gegenwärtige Situation des Studentenlebens, das maßgeblich durch die Verschulung des Studiums infolge des Bologna-Prozesses geprägt ist. Dadurch und durch die zunehmenden Individualisierungstendenzen der Gesellschaft herrscht eine zunehmende Vereinzelung bei Studenten vor, die durch Kleingruppen-Freundschaften, WG's u. ä. nur ungenügend wettgemacht werden können. Und zur Überraschung wahrscheinlich vieler Leser bringt er die Überlegung ins Spiel, ob es nicht in dieser Situation besser sei, einer Verbindung beizutreten, um zum einen dieser Vereinzelung entgegenzuwirken und um zum anderen vor allem eine Basis für das spätere berufliche Networking zu schaffen. Er bringt dann einige weitere Argumente ins Treffen, die man jedoch bei Verbindungsmitgliedern vergebens sucht, wenn sie für ihre Sache werben.

Eigentlich ist Networking ein alter Hut<sup>271</sup> und inzwischen ein Modebegriff in der Welt der globalisierten Ökonomie geworden. Doch in Wirklichkeit verbergen sich dahinter alte Erfahrungen. Mitte Juli 2006 gab es darüber beim *Focus* sowie beim *Spiegel* jeweils Titelgeschichten. Letzterer erwähnte am Beispiel der Burschenschaften das Verbindungswesen als „Netzwerk-Organisation“.

Warum steht das Thema Networking zunehmend auf der Tagesordnung im Diskurs der Soziologie wie der angewandten Wirtschaftswissenschaften? Es hat auch und vor allem mit dem Wandel der Bildungsgänge zu tun, die in unterschiedlichen Intensitätsphasen zu folgenden Phänomenen führt: Zu gestiegener Akademikerarbeitslosigkeit vor allem bei Berufseinsteigern, damit

einhergehend oft die Aufnahme nichtakademischer Tätigkeiten durch Akademiker; damit zusammenhängend ist auch das Phänomen zu beobachten, daß berufliche Positionen, die früher von Maturanten wahrgenommen wurden, jetzt von Magistern besetzt werden; die Einstiegsgehälter von Akademikern sind jetzt in Relation weitaus niedriger, als in den boomenden späten sechziger und frühen siebziger Jahren. Damit einher geht auch das Phänomen der „Generation Praktikum“ bzw. der Volontariate mit oft erniedrigenden Entlohnungsbedingungen (daher „Prekariate“ genannt), die kaum eine Perspektive für eine Familiengründung inkl. Kinderwunschverwirklichung bieten.

Will also unter diesen Perspektiven ein Jung-Akademiker reüssieren, so reicht offenbar der normale Studienabschluß kaum mehr aus. Zuerst hieß es: bessere Studienabschlüsse, Zweit-Studium, Doktoratsstudien, Auslandssemester u. ä. Doch bald wurden die Grenzen auch dieser Anstrengungen evident, weil schließlich immer mehr Studenten diese Wege zu beschreiten begannen.

Daher wurde das *social networking* ins Spiel gebracht. Nicht nur mehr gute Abschlüsse sind hilfreich, sondern gemäß der alten Erfahrung *business is personal* auch und vor allem soziale Kompetenzen, Kommunikationsfähigkeit u. ä. Diese kann man aber nur sehr bedingt „erlernen“. Neben natürlichen persönlichen Anlagen gehört die Bereitschaft dazu, in Networking auch zu investieren.

Wer nun dergestalt „vernetzt“ ist, hat nicht nur die Chance, eher einen adäquaten oder gewünschten Arbeitsplatz zu finden. Er wird sich auch durch multiforme persönliche und berufliche Bekanntschaften auch besser qualifizieren und fortkommen können. Das wiederum schützt ihn vor allem auch in Krisenzeiten.

Liest man all die neueren Untersuchungen oder sonstigen Veröffentlichungen<sup>272</sup> zu Networking, dann müßten sich die Verbindungen eigentlich bestätigt fühlen. Sie betreiben, vor allem in Zusammenhang mit ihren Dachverbänden, nichts anderes als „Netzarbeit“. Sie bieten Studienanfängern, oftmals neu in der Universitätsstadt, eine kommunikative Geborgenheit. Sie bieten die Möglichkeit

**271** Hartmann, Gerhard: Networking – ein alter Hut für junge Köpfe. in: *Österreichische Academia* 58 (2007) März, S. 21f.

**272** Siehe auch den Beitrag: Die Sache mit den Seilschaften. Studentenverbindungen, ihre Netzwerke und die Frage, was diese für den Berufseinstieg taugen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 15. 12. 2014.

zu mehrgenerationenübergreifenden persönlichen Kontakten, Bekanntschaften und Freundschaften, die während des Studiums aber vor allem danach nutzbringend eingesetzt werden können.

Aber Networking ist keine Einbahnstraße, die bei einem mündet, sondern man muß auch sich selbst darin einbringen. Nur diese Balance garantiert erfolgreiches Networking. Daher haben die Erziehungsprinzipien der Verbindungen recht, wenn sie an ihre Mitglieder auch entsprechende Anforderungen stellen. Wer solche nicht bereit ist, zu erfüllen, ist kein „Netzwerker“. Er darf sich daher nicht wundern, wenn sich sein Lebensweg nicht so gestaltet, wie er sich es möglicherweise vorgestellt hat.

Networking im Studium (aber auch danach) kostet Zeit. Die Verschulung auf den Universitäten und andere Auswüchse des Bologna-Prozesses lassen aber Studenten nur wenig Raum dafür übrig. Das trifft nicht nur die Verbindungen mit ihren Ansprüchen an ihre Mitglieder, sondern es konterkariert, wie wir gesehen haben, auch das ökonomisch notwendige und gewünschte Networking. Ob diese Situation sinnvoll ist, kann bezweifelt werden.

Die Form einer Lebensverbindung vermittelt seinen Mitgliedern auch das Hineinwachsen in demokratische Strukturen, in denen sie sich bewähren müssen. Verbindungsfunktionäre lernen in relativ frühen Jahren, was ein Universitätsstudium nur ansatzweise vermitteln kann: Organisieren und argumentatives Auftreten. Der Student, wenn er sich in Verbindung, Dachverband und in der ÖH engagiert, „lernt“ in der Regel weitaus mehr als sein nichtkorporierter Kollege und besitzt dadurch für das Berufsleben eine bessere Ausgangsposition.

Der zweite Vorteil der Organisationsform Lebensverbindung liegt in der Verbundenheit aller Mitglieder. Durch die damit vorherrschende gewisse Unbefangenheit der verschiedenen Generationen untereinander werden soziale Verhaltensweisen entwickelt, die z. B. Service-Organisationen (Rotary, Lions etc.), Freimaurer, Ritterorden usw., die in der Regel nur bereits in der Gesellschaft Etablierte aufnehmen, nicht bieten können.

Was die Zukunft der Studentenverbindungen und deren Verbände betrifft, so scheint im ersten Augenschein der historische Befund kaum zu Op-

timismus Anlaß zu geben, wenn man folgender Bereiche betrachtet: Stagnierende bis sinkende Mitgliederzahlen in der Aktivenschaft trotz explodierender Studentenzahlen; sinkende politische Bedeutung, wenn man dafür die partiell geringer gewordene Zahl von Verbindungsangehörigen in politischen Funktionen betrachtet;<sup>273</sup> der Verlust der Vorherrschaft in der studentischen Interessensvertretung (ÖH) u. v. a. m.

Hinzu kommt das seit einigen Jahrzehnten zu beobachtende Phänomen der Bindungsangst vor allem bei Jugendlichen, was allgemein auch den Parteien, Gewerkschaften, sonstigen Verbänden, Vereinen etc. der unterschiedlichsten Art aber auch den Kirchen zu schaffen macht und auch im privaten Bereich die Zahl der Singles, vor allem in akademisch gebildeten Schichten, steigen läßt. Daß dies weltanschaulich sehr stark ausgerichtete Organisationen mit hohen Anforderungen an die Mitglieder besonders trifft, liegt auf der Hand.

Die seit den siebziger Jahren ständig und stark steigende Zahl der Akademiker und der verstärkte Zustrom von Frauen in höhere Positionen läßt zusätzlich auch die Bedeutung von Verbindungen als Elitebildungsinstrument zurückgehen, weil dadurch das Reservoir für solche Führungspersönlichkeiten entscheidend größer geworden ist.

Und dann gibt es noch – eigentlich vor allem – die „Moderne“, die in den Verbindungen eine antiquierte, reaktionäre, frauenfeindliche und sogar faschistoide Institution sieht, die nicht nur nicht ignoriert werden soll, sondern auch bekämpft werden muß. Das verstärkt sich dann zusätzlich, wenn sich eine Verbindungsgruppe nicht hinreichend ihrer historischen Vergangenheit stellt, diese aufarbeitet und für die Gegenwart und Zukunft abschließt. Denn dadurch leidet die andere Verbindungsgruppe, die katholischen Verbindungen, wenn sie von einer nicht differenzierenden Öffentlichkeit in einen Topf geworfen werden.

Die Verbindungen bieten unabhängig von ihrem weltanschaulichen Standort in Vergangenheit und Gegenwart essentielle Vorteile für ihre Mitglieder. Diese sollten gezielt, vermehrt und beharrlich in den Vordergrund gestellt werden. Nur so ist es möglich, daß Verbindungen auch für den gegenwärtigen Studenten attraktiv zu werden.

Es gibt nach wie vor noch viele leistungsbereite junge Menschen, die sich auch ohne persönliche Vorteilsnahme aus welchen Motiven auch immer engagieren wollen und können. Sie zu finden und zu binden ist die große Aufgabe. Die Verbindungen müssen sich zeitgerecht in einer Kommunikationsgesellschaft organisieren. „Auch wenn die Herde klein ist, sie muß sichtbar sein. Dann funktioniert auch der Grundsatz: Wo reges Leben ist, kommt der Nachwuchs von selbst.“<sup>274</sup>

## 25 Quellen- und Literaturverzeichnis

- ALBERTIN, LOTHAR: Nationalismus und Protestantismus in der Österreichischen Los-von-Rom-Bewegung um 1900. Köln Phil. Diss. 1953.
- ALBRICH, THOMAS: Vom Antijudaismus zum Antisemitismus in Österreich. Von den Anfängen bis zum Ende der 1920er Jahre, in: Antisemitismus in Österreich 1933–1938, S. 37–60.
- DERS.: Vom Vorurteil zum Pogrom: Antisemitismus von Schönerer bis Hitler, in: Österreich im 20. Jahrhundert. Band 1: Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg. Hg. von ROLF STEININGER und MICHAEL GEHLER. Wien 1997, S. 309–366.
- Antisemitismus in Österreich 1933–1938. Hg. von GERTRUDE ENDERLE-BURCEL und ILSE REITER-ZATLOUKAL. Wien 1918
- APSCHNER, GERNOT: Die andere Art des Fechtens. Mensur einst und jetzt. Graz phil. Dipl. Arb. 1988.
- Arminia Graz*. – Grazer akademische Burschenschaft „Arminia“ 1868–1928. Graz 1928.
- ASMUS, HELMUT: Das Wartburgfest. Studentische Reformbewegungen 1770–1819. Magdeburg 1995.
- Austria-Wien 1876–1976*. – Katholische Österreichische Studentenverbindung Austria-Wien. 1876–1976. Zwei Teile. Wien 1976.
- BALDER, HANS-GEORG: Geschichte der Deutschen Burschenschaft. 2 Teilbände. Hilden 2. Aufl. 2019.
- BARTSCH, HELLMUTH: Die Studentenschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Köln Jur. Diss. 1968.

- BARTSCHER, ULRICH: Korporationen in Hochschule und Gesellschaft. Eine empirische Studie über traditionell orientierte Institutionen in einer sich wandelnden sozialen Umwelt. Augsburg 1981 (Köln Phil. Diss. 1979).
- BECHMANN, EDUARD: Die Wiener Akademische Burschenschaft „Silesia“. III. Von 1885–1900. Wien 1934.
- Bericht 2. Studententag*. – Bericht über den zweiten deutschen Studententag zu Wien am 2. bis 6. Lenz 1905. Ein Mahnwort an das deutsche Volk, insbesondere dessen Lehrer und Abgeordnete, zusammengestellt im Auftrag der deutschen Studentenschaft sämtlicher Hochschulen Österreichs. Wien 1905.
- BINDER, DIETER A.: Duell und Duellverweigerung. Zur Frühgeschichte des CV in Österreich, in: Blätter für Heimatkunde 55 (1981), S. 42–53.
- DERS.: Politischer Katholizismus und Katholisches Verbandswesen. Am Beispiel des Kartellverbandes der Katholischen nichtfarbentragenden Studentenverbindungen Österreichs (ÖKV) (= Revocatio historiae Band 1). Schernfeld 1989.
- DERS.: Der KV in Österreich. Zwischen politischen Katholizismus und Marginalisierung, in: Rückbesinnung und Ausblick (2006), S. 150–218.
- DERS.: Der Weg der Studentenschaft in den Nationalsozialismus, in: Die Universität und 1938. Hg. von CHRISTIAN BRÜNNER und HELMUT KONRAD (= Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek Band 11). Wien 1989.
- DERS.: Von der österreichischen zur steirischen Volkspartei, in: BINDER, DIETER A.–WASSERMANN, HEINZ P.: Die steirische Volkspartei oder die Wiederkehr der Landstände. Graz 2008, S. 11–108.
- Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften. Von DIETRICH HEITHER, MICHAEL GEHLER, ALEXANDRA KURTH und GERHARD SCHÄFER (= Fischer Taschenbuch 13378). Frankfurt/Main 1997.
- BOOCKMANN, HARTMUT: Wissen und Widerstand. Geschichte der deutschen Universität. Berlin 1999.

<sup>273</sup> Das trifft momentan eher auf den CV hinsichtlich der ÖVP zu, nicht bzw. noch nicht auf die schlagenden Verbindungen hinsichtlich der FPÖ.

<sup>274</sup> Hartmann 2006 S. 720.



- BÖSCHE, ANDREAS: Der akademische Antisemitismus in Österreich am Beispiel Innsbrucker Korporationen, in: *Einst und Jetzt*. Jb. 2002 des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung. 47. Band. O. O. 2002, S. 227–252.
- DERS.: Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer. Die Innsbrucker Universität und ihre Studentenverbindungen 1859–1918. Innsbruck 2008.
- DERS.: Zwischen Kaiser und Schönerer. Die Auseinandersetzungen zwischen den deutschen und den katholischen Studenten in Innsbruck, in: *Die Vorträge der 15. österreichischen Studentenhistorikertagung Eisenstadt 2002*. Hg. vom Österreichischen Verein für Studentengeschichte (= Beiträge zur Österreichischen Studentengeschichte Band 28). Wien 2002, S. 5–23.
- BOTZ, GERHARD: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934. München 2. Aufl. 1983.
- BOTZET, GÜNTER: Sozialer Wandel der studentischen Korporationen. Eine theoretisch-strukturelle Analyse von Kleingruppen. Münster Phil. Diss. 1971.
- BOYER, JOHN W.: Karl Lueger (1844–1910). Christlichsoziale Politik als Beruf. Eine Biographie (= Studien zu Politik und Verwaltung Band 93). Wien 2010.
- BRAEUNLICH, PAUL: Die österreichische Los-von-Rom-Bewegung (= Berichte über den Fortgang der „Los von Rom Bewegung“ Heft 2). München 1899.
- BRANDT, PETER: Von der Urburschenschaft bis zum Progred, in: *Burschen Herrlichkeit*, S. 35–53.
- BRUNCK, HELMA: Die Deutsche Burschenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. München 1999.
- Burschen Herrlichkeit*. – „Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens. Hg. von HARM-HINRICH BRANDT und MATTHIAS STICKLER (= *Historia Academica* Band 36). Würzburg 1998.
- CARDAUNS, HERMANN: Fünfzig Jahre Kartell-Verband (1863–1913). Festschrift zum goldenen Jubiläum des Verbandes kath. Studentenvereine Deutschlands. Kempten 1913.
- CERWINKA, GÜNTER: Geschichte der Allemannia (und) Persönlichkeiten, in: Cerwinka, „... und heraus mit mut'gem Sang“, S. 273–310.
- DERS.: 150 Jahre Burschenschaft in Österreich – Der Beitrag der Forschung in Österreich, in: *200 Jahre burschenschaftliche Geschichtsforschung – 100 Jahre GbfbG – Bilanz und Würdigung*. Hg. von Klaus Oldenhage. Koblenz 2009, S. 91–110.
- DERS.: „Sie (die ‚Klerikalen‘) stehen ja nicht einmal in der Judenfrage auf unserem Standpunkt“. „Juden-, - und ‚Klerikalenfrage“ in den Konventsprotokollen der Grazer Burschenschaft Allemannia 1919/1920, in: *Für Burschenschaft und Vaterland. Festschrift für den Burschenschaftler und Studentenhistoriker Peter Kaupp*. Hg. von BERNHARD SCHROETER. Norderstedt 2006, S. 261–280.
- DERS.: „... und heraus mit mut'gem Sang“. Beiträge zur österreichischen Studenten- und Studentenvereinsgeschichte (= Schriftenreihe des Instituts für Geschichte der Universität Graz Band 13). Graz 2002.
- Civis academicus. Handbuch der deutschen, österreichischen und schweizerischen Korporationen und sonstigen studentischen Zusammenschlüsse an Universitäten und Hochschulen sowie Pennalien (Schülerverbindungen). Hg. von ERNST-GÜNTER GLIENKE (†) unter Bearbeitung von KLAUS KETTLING und ERNST THOMAS. Jahrgang 2005/2006 (= 8. Auflage). Köln 2004.
- Corps Vandalia zu Graz 1894–1979. Zwölf Beiträge zu seiner Geschichte, gesammelt von ANDREAS MÖLZER. O. O. (Graz) o. J. (1979).
- CYBA, EVA: Politische Aktivitäten und Studiensituation. Eine empirische Untersuchung an der Universität Wien. Wien Phil. Diss. 1974.
- DAMBERG, WILHELM: Bildung und Auflösung des „Katholischen Milieus“, in: *Zeitzeichen*. 150 Jahre Deutsche Katholikentage 1848–1998. Paderborn 1999, S. 127–138.
- DERICHSWEILER, ALBERT: Die rechtsgeschichtliche Entwicklung des deutschen Studententums von seinen Anfängen bis zur Gegenwart. Münster Jur. Diss. 1938.
- DOWE, CHRISTOPHER: Deo et patriae! Zur Geschichte des KV im Deutschen Kaiserreich, in: *Rückbesinnung und Ausblick* S. 53–70.
- DRIMMEL, HEINRICH: Die Häuser meines Le-

- bens. Erinnerungen eines Engagierten. Wien 1975.
- EBNER, WOLFGANG: Geschichte der Grazer akademischen Burschenschaft Marcho-Teutonia verfaßt anlässlich des 100. Stiftungsfestes. Graz 1985.
- EHRLICHER, KLAUS-ECKART-LEITINGER, REINHART: Ein Hort deutschen Fühlens. Die Grazer akademische Burschenschaft Arminia im Wandel der Zeiten. 1868–1968. Graz 1970.
- ELLWEIN, THOMAS: Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 2. verb. Aufl. 1992.
- ERKER, LINDA: Studierende der Universität Wien und ihr Antisemitismus in der Zwischenkriegszeit, in: *Antisemitismus in Österreich 1933–1938*, S. 785–806.
- ERMECKE, GUSTAV: Über Recht und Ethik der Mensur, in: *Theologie und Glaube* 53 (1963), S. 105–119.
- Farbe tragen, Farbe bekennen 1938–45. Katholisch Korporierte in Widerstand und Farbe Verfolgung. Hg. von HERBERT FRITZ und PETER KRAUSE. Wien 2. wesentlich verb. Aufl. 2013.
- FAUST, ANSELM: Die „Eroberung“ der Deutschen Studentenschaft durch den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) 1926–1933, in: *Einst und Jetzt*. Jb. 1975 des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung. 20. Band. O. O. 1975, S. 49–59.
- DERS.: Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik. zwei Bände. Düsseldorf 1973.
- Festschrift Gothia*. – Festschrift 1863–1938. Hg. von der Akademischen Sängerschaft „Gothia“ zu Graz. Graz 1938.
- FINKE, LUTZ E.: Gestatte mir Hochachtungsschluss. Bundesdeutschlands korporierte Elite. Hamburg 1963.
- FLOIMAIER, ROLAND: Die Geschichte der österreichischen Studenten-Union (ÖSU). Salzburg Phil. Diss. 1974.
- FORSTER, CHRISTINE: Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945–1955 (= Dissertationen der Universität Wien 166). Wien 1984 (Wien Phil. Diss. 1981).
- FREUND, FRITZ: Das österreichische Abgeordnetenhaus. Ein biographisch-statistisches Handbuch. XII. Legislaturperiode 1911–1917. Wien 1911.
- FREVERT, UTE: Ehrenmänner. Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft. München 1991.
- FREY, KLAUS-WALTER: Die bürgerliche Revolution des Jahres 1848 an den Universitäten in Wien, Graz und Innsbruck unter dem Einfluß der freiheitlich-burschenschaftlichen Bewegung. Würzburg Jur. Diss. 1983.
- FUCHS, FELIX: Pflichtmitgliedschaft in der studentischen Selbstverwaltung. Graz Jur. Dipl. Arb. 1993.
- Fünfundsiebzig (75) Jahre Carolina. Geschichte der katholischen österreichischen Hochschulverbindung Carolina in Graz. Graz o. J. (1963).
- GEHLER, MICHAEL: Soziale Herkunft und politische Orientierung. Eine qualifizierende Untersuchung der Studenten und ihrer Korporationen an der Universität Innsbruck in ihrem Verhältnis zum organisierten Nationalsozialismus, in: *Tiroler Heimat*. Jb. Für Geschichte und Volkskunde 54 (1990), S. 147–189.
- DERS.: Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918–1938 (= *Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte* Band 6). Innsbruck 1990.
- GIRTNER, ROLAND: Wurzeln des Farbstudententums, in: *Pro Patria*, S. 17–44.
- GOLÜCKE, FRIEDHELM: Studentenwörterbuch. Das akademische Leben von A bis Z. Graz 4. verb. Auflage 1987.
- GRÜTTNER, MICHAEL: Die „Säuberung“ der Universitäten: Entlassungen und Relegationen aus rassistischen und politischen Gründen, in: *Universitäten und Studenten im Dritten Reich* (2008), S. 23–39.
- DERS.: Studenten im Dritten Reich. Paderborn 1995.
- HAGEN, HERMANN: Ehre und Ehrenschatz des katholischen Akademikers (= *Flugschriften aus dem CV*, Neue Folge 2/3). München 1925.
- HAGER, JOSEF: Hochschule und Neonazismus: Der „Fall Taras Borodajkewycz“ 1965, in: *Geschichte und Gegenwart* 15 (1996), S. 169–184.
- HARTMANN, GERHARD: Eliten im „Ständestaat“. Versuch einer Einordnung, in: *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938*. Vermessung eines Forschungsfeldes. Hg. von FLORIAN

- WENNINGER und LUCILE DREIDEMY. Wien 2013, S. 223–240.
- DERS.: Im Gestern bewährt. Im Heute bereit. 100 Jahre Carolina. Zur Geschichte des Verbands-katholizismus. Unter Mitarbeit von Dieter A. Binder. Herausgegeben von Maximilian Liebmann im Auftrag des Altherrenbundes der K. Ö. H. V. Carolina (= Grazer Beiträge zur Theologiegeschichte und Kirchlichen Zeitgeschichte Band 2). Graz 1988.
- DERS.: Für Gott und Vaterland. Geschichte und Wirken des CV in Österreich. Kevlaer 2006.
- DERS.: Die Vorfeldorganisationen der ÖVP, in: Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945. Hg. von ROBERT KRIECHBAUMER und FRANZ SCHAUSBERGER (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts für politisch-historische Studien der Dr. Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, Band 2). Wien 1995, S. 317–336.
- HARTMANN, MICHAEL: Eliten in Deutschland. Rekrutierungswege und Karrierepfade, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 10, 1. 3. 2004, S. 17–24.
- DERS.: Der Mythos von Leistungseliten. Frankfurt/Main 2002,
- HARTMANN, PETER C.: Die katholischen Verbände und der Wingolf im Rahmen der deutschen Geschichte, in: Burschen Herrlichkeit, S. 289–312.
- HAUBNER, BEATE: Von Schiller zu Badeni. Die politische Bedeutung der deutschnationalen Burschenschaften in Wien. Wien Phil. Dipl. Arb. 1996.
- HEIN, ROBERT: Studentischer Antisemitismus in Österreich. Hg. vom Österreichischen Verein für Studentengeschichte (= Beiträge zur Österreichischen Studentengeschichte Band 10). Wien 1984
- HIELSCHER, Friedrich: Zweikampf und Mensur, in: Einst und Jetzt. Jb. 1966 des Vereins für Corpsstudentische Geschichtsforschung. 11. Band. O. O. 1966, S. 171–199.
- HILDEBRAND, KLAUS: Universitäten im „Dritten Reich“ – Eine historische Betrachtung, in: Universitäten und Studenten im Dritten Reich, S. 13–20.
- HOCHGERNER, JOSEF: Studentenpolitik nach der Revolte. Wien Phil. Diss. 1978.
- Hochschulführer Österreichischer.* – Österreichischer Hochschulführer. Graz 1960.
- HOCHWIMMER, ANDREAS: „Student sein, wenn die Hiebe fallen...“ Mensur und Strafrecht. Essen 2009.
- HÖFLECHNER, WALTER: Baumeister des künftigen Glücks. Fragment einer Geschichte des Hochschulwesens in Österreich vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis in das Jahr 1938 (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz Band 23). Graz 1988.
- HÖTTINGER, MATTHIAS: Der Fall Wahrmond. Wien Phil. Diss. 1949.
- HOLTER, STEFAN–SUPPAN, WERNER: Politik und Studenten in Österreich – Analyse der Studentenpolitik und der Hochschulwahlen, in: Österreichisches Jb. für Politik 1987. Wien 1988, S. 633–661.
- HUG, STEFAN K.: Straftat ohne Strafe. Zur Rechtsgeschichte der Mensur, in: Einst und Jetzt. Jb. 2005 des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung 50 (2005), S. 31–60.
- Hundert (100) Jahre Grazer akad. Burschenschaft Frankonia. 1879–1979. Text KARL MELDT. Graz 1981.
- Hundertfünfzig (150) Jahre Katholische Deutsche Studentenverbindung Aenania. Hg. von ALFONS BRANDL u. a. München 2001.
- Hundertfünfundzwanzig (125) Jahre Akademische Burschenschaft Allemannia Graz. Kleines Allemannen-Handbuch. Hg. von GÜNTER CERWINKA und ANDREAS KOLMAYR. Graz 1994.
- Jahrbuch ÖH 1937/38.* – Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/1938. Wien 1937.
- JARAUSCH, KONRAD H.: Deutsche Studenten 1800–1970 (= Neue Historische Bibliothek. edition suhrkamp Neue Folge Band 258). Frankfurt/Main 1984.
- JUEN, MARKUS: Waffensstudenten und katholische Korporationen an der Universität Wien 1918–1938. Versuch einer Bestandsaufnahme. Wien Phil. Dipl. Arb. 1994.
- KANN, ROBERT A.: Hochschule und Politik im österreichischen Verfassungsstaat (1867–1918), in: Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag. Wien 1974, S. 507–526.
- KASEMIR, GERARD: Spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorgetragenen Rassismus. Die Borodajkewycz-Affäre 1965, in: Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayer-

- ling bis Waldheim. Hg. von MICHAEL GEHLER und HUBERT SICKINGER. Thaur 2. durchges. u. erw. Aufl. 1995, S. 486–501.
- KATER, MICHAEL H.: Studentenschaft und Rechtsextremismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik (= Historische Perspektiven 1). Hamburg 1975.
- KAUPP, PETER: Die integrierende Funktion studentischen Brauchtums. Eine soziologische Betrachtung, in: Einst und Jetzt. Jb. 2003 des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung 49 (2004), S. 13–20.
- DERS.: Das Wartburgfest von 1817 und seine Auswirkungen auf die demokratischen Verfassungen, in: Einst und Jetzt. Jb. 2003 des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung 48 (2003), S. 181–204.
- KIELHAUSER, A.: Die Vorschrift über das ehrenrätliche Verfahren im k. u. k. Heer und Ehrenratsfragen. Wien 1912.
- KNOLL, KURT: Die Geschichte der wehrhaften Vereine deutscher Studenten in der Ostmark von den Anfängen bis in die Gegenwart. Wien 1924. (= Sonderdruck aus dem Werk: Die Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft „Oppavia“ in Wien im Rahmen der allgemeinen studentischen Entwicklung an den Wiener Hochschulen.)
- KRAUS, ERICH: Wenzel Gleispach und die österreichische Hochschulpolitik der Zwischenkriegszeit. Wien Phil. Diss. 1976.
- KRAUSE, PETER: O alte Burschenherrlichkeit. Die Studenten und ihr Brauchtum. Graz 5. völlig überarb. Aufl. 1997 (1. Aufl. 1979).
- DERS.: Der Weg zur Koalitionsfreiheit, in: Acta Studentica 206/ 2018 (September), S. 2–7.
- DERS.: Studiosus Austriacus. Handbuch des Österreichischen Korporationswesens. Wien 4. Aufl. 2007.
- KURTH, ALEXANDRA: Männer – Bünde – Rituale. Studentenverbindungen seit 1800 (= Campus Forschungen 878). Frankfurt/Main 2004.
- LEITNER, ERICH: Politik und Hochschule. Der CV in der Steiermark 1918 – 1938 (= Schriftenreihe der ÖCV-Bildungsakademie Band 2). Wien 1978.
- LENTZE, HANS: Die österreichischen Universitäten als Nebenkriegsschauplatz im österreichischen Kulturkampf, in: Festschrift Nikolaus Grass zum 60. Geburtstag, dargebracht von Fachgenossen, Freunden und Schülern. Hg. von LOUIS CARLEN und FRITZ STEINEGGER. 2. Band. Innsbruck 1975, S. 247–360.
- LICHTENBERGER-FENZ, BRIGITTE: „... Deutscher Abstammung und Muttersprache“. Österreichische Hochschulpolitik in der Ersten Republik (= Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Gesellschaftswissenschaften Band 19). Wien 1990.
- DIES.: Österreichs Universitäten 1930 bis 1945, in: Kontinuität und Bruch. 1938–1945–1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. Hg. von FRIEDRICH STADLER. Wien 1988, S. 69–82.
- LILL, RUDOLF: Der Kulturkampf. Hg. und erläutert (= Beiträge zur Katholizismusforschung. Reihe A: Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus Band 10). Paderborn 1997.
- LÖNNECKER, HARALD: Studenten und Gesellschaft, Studenten in der Gesellschaft. Versuch eines Überblicks seit Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Universität im öffentlichen Raum. Hg. von Rainer Christoph Schwinges (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte Band 10). Basel 2008, S. 387–438.
- DERS.: „Vorbild ... für das kommende Reich“. Die Deutsche Studentenschaft (DSt) 1918–1933, in: GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte. Band 7. Köln 2004, S. 37–53.
- MADER, HUBERT: Duellwesen und altösterreichisches Offiziersethos (= Studien zur Militärgeschichte, Militärwissenschaft und Konfliktforschung, Band 31). Osnabrück 1983.
- MARSCHITZ, WALTER: Die Wahlen zur Hochschülerschaft 1993. Analyse der Studentenpolitik und der Hochschülerschaftswahlen 1991 bis 1993, in: Österreichisches Jb. für Politik 1993. Wien 1994, S. 267–286.
- MARSCHITZ, WALTER–SZYSZKOWITZ, STEFAN: Zwischen Studentenstreik und Urabstimmung. Analyse der Studentenpolitik und der Hochschülerschaftswahlen 1987 bis 1991, in: Österreichisches Jb. für Politik 1991. Wien 1992, S. 187–221.
- MAUSBACH, JOSEPH–ERMECKE, GUSTAV: Katholische Moraltheologie. Band 3. Münster 10. Aufl. 1961.

- MAYER, THOMAS: Katholische Farbstudenten im Kulturkampf. Eine Untersuchung der Periodika katholischer Korporationsverbände im 19. Jh. Stein am Rhein 2003.
- MOLISCH, PAUL: Politische Geschichte der deutschen Hochschulen in Österreich von 1848 bis 1918. Wien 2. erw. Aufl. 1939.
- MÖLZER, ANDREAS: Demokraten der ersten Stunde, in: *Pro Patria* (1994), S. 7–16.
- DERS.: Der Gegensatz zwischen katholischen und national-freiheitlichen Korporationen in Graz von den Anfängen bis zum Jahre 1938. Im Lichte der Studentenunruhen des Jahres 1932, in: *Beiträge und Materialien zur Geschichte der Wissenschaften in Österreich*. Hg. von WALTER HÖFLECHNER (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz Band 11). Graz 1981, S. 480–509.
- DERS.: Die Korporationen und Österreichs Dritte Lager, in: *Pro Patria*, S. 189–234.
- DERS.: Das deutsche Studententum und der Zweikampf, in: *Pro Patria*, S. 105–150.
- DERS.: Studentenunruhen in Graz im Spätherbst 1932, in: *Blätter für Heimatkunde* 55 (1981), S. 53–61.
- MÜLLER, RAINER A.: Landsmannschaften und studentische Orden an deutschen Universitäten des 17. und 18. Jahrhunderts, in: *Burschen Herrlichkeit*, S. 13–34.
- NIPPERDEY, THOMAS: Die deutsche Studentenschaft in den ersten Jahren der Weimarer Republik, in: *Kulturverwaltung der zwanziger Jahre. Alte Dokumente und neue Beiträge*. Hg. in Gemeinschaft mit WILHELM ZILIUS von ADOLF GRIMME. Stuttgart 1961, S. 19–48.
- OBERMÜLLER, HEINRICH: Aufbruch und Untergang. Katholische Verbindungen an mittleren und höheren Schulen in Österreich und den Nachfolgestaaten der Monarchie. Band 2 – Teil 1. Von 1918 bis 1945 (= *Tradition und Zukunft. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart des höheren Bildungswesen, unter besonderer Berücksichtigung der studentischen Vereinigungen* Band V). Wien 2000.
- DERS.: Aufbruch und Untergang. Katholische Verbindungen an mittleren und höheren Schulen in Österreich und den Nachfolgestaaten der Monarchie. Band 2 – Teil 2. Von 1918 bis 1945 (= *Tradition und Zukunft. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart des*
- höheren Bildungswesen, unter besonderer Berücksichtigung der studentischen Vereinigungen Band VIII). Wien 2003.
- PASCHKE, ROBERT: *Studentenhistorisches Lexikon*. Aus dem Nachlaß herausgegeben und bearbeitet von FRIEDHELM GOLÜCKE (= GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte. Beiheft 9). Köln 1999.
- PFLEGER, PETER: Gab es einen Kulturkampf in Österreich? Innsbruck Jur. Diss. 1997.
- POHANKA, REINHARD: *Attentate in Österreich*. Graz 2001.
- Pro Patria*. Das deutsche Korporations-Studententum – Randgruppe oder Elite? Hg. von ANDREAS MÖLZER. Graz 1994.
- PULZER, PETER G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914. Gütersloh 1966.
- REINALTER, HELMUT: Freimaurerei, studentische Orden und Burschenschaften, in: *Studentische Burschenschaften*, S. 65–69.
- RINK, HERMANN: Die Mensur, ein wesentliches Merkmal des Verbandes, in: „Wir wollen Männer, wir wollen Taten!“, S. 383–402.
- Rückbesinnung und Ausblick. KV-Studententum nach 150 Jahren. Hg. von WOLFGANG LÖHR (= *Revocatio Historiae* Band 6). Köln 2006
- RÜTGEN, HERBERT: Antisemitismus in allen Lagern. Publizistische Dokumente zur Ersten Republik Österreich 1918–1938 (= *Dissertationen der Karl-Franzens-Universität Graz* 78). Graz 1989.
- SCHÄFER, GERHARD: Die frühe Burschenschaftsbewegung, in: *Blut und Paukboden* 1997, S. 14–53.
- DERS.: *Studentische Korporationen. Anachronismus an bundesdeutschen Universitäten* (= Edition 2000. Band 51). Lollar 1977.
- SCHARSACH, HANS-HENNIG: *Stille Machtergreifung*. Hofer, Strache und die Burschenschaften. Wien 2018.
- SCHAUER, KARIN: Die historische Entwicklung des Vereinsrechts in Österreich. Wien *Rer. Pol.* Diss. 1969.
- SCHEUER, OSKAR: *Burschenschaft und Judenfrage. Der Rassenantisemitismus in der deutschen Studentenschaft*. Berlin 1927.
- DERS.: Die geschichtliche Entwicklung des Deutschen Studententums in Österreich mit besonderer Berücksichtigung der Universität

- Wien von ihrer Gründung bis zur Gegenwart. Wien 1910.
- SCHIEWECK-MAUK, SIEGFRIED: *Lexikon der CV- und ÖCV-Verbindungen*. Die Korporationen und Vereinigungen des Cartellverbands der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen (CV) und des Cartellverbands der katholischen österreichischen Studentenverbindungen (ÖCV) in geschichtlichen Kurzdarstellungen. Vierow 1997.
- SCHÖNENBERGER, KARL: *Geschichte des Schweizerischen Studentenvereins*. Umgearbeitet, gekürzt und fortgeführt auf Grundlage der 2. Auflage von Sebastian Grüter. Immensee 1941.
- SCHRÖDER, WILLI: Die Gründung der Jenaer Burschenschaft, das Wartburgfest und die Turnbewegung 1815-1819, in: *Studentische Burschenschaften*, S. 70–79.
- SCHWARZ, JÜRGEN: Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik. Berlin 1971 (Freiburg/Br. Phil. Diss. 1962).
- SEEWANN, HARALD: Theodor Herzl. Vom Burschenschafter zum Vater des Judenstaates, in: *Einst und Jetzt*. Jb. 2000 des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung. 45. Band. O. O. 2000, S. 121–138.
- DERS.: Die jüdisch-nationalen Korporationen in Österreich. Ein zusammenfassender Überblick, in: *Die Vorträge der 15. österreichischen Studentenhistorikertagung Eisenstadt 2002*. Hg. vom Österreichischen Verein für Studentengeschichte (= *Beiträge zur Österreichischen Studentengeschichte* Band 28). Wien 2002, S. 25–36.
- DERS.: Das „Waidhofener Prinzip“. Die versuchte Ehrabsprechung Juden gegenüber als Manifestation studentischen Antisemitismus an österreichischen Hochschulen im Jahre 1896, in: *Einst und Jetzt*. Jb. 1995 des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung. 40. Band. O. O. 1995, S. 149–190.
- SEGBRECHT, WULF: Die Korporierten sind unter uns, in: *Der Student. Probleme der geistigen Jugend*. Hg. von REINHARD DÖHL und HANS-CHRISTIAN KIRSCH. München 1961, S. 68–82.
- Sitzungsbericht der 2. ÖCV-Versammlung zu Wien am 9. März 1935 unter dem Vorort Norica*.
- SSYMANK, PAUL: Die freistudentische oder Finckenschaftsbewegung an den deutschen Hochschulen (= *Vorträge und Aufsätze aus der Comenius-Gesellschaft* 13. Jg., 4. Stück). Berlin 1905.
- DERS.: *Dreizehn Jahre Freistudententum*. 1896–1909 (= *Archiv der Freistudenten-Bewegung* 3). Leipzig 1910.
- STAUDINGER, ANTON: Christlichsoziale Judenpolitik in der Gründungsphase der österreichischen Republik, in: *Jb. für Zeitgeschichte* 1978. Wien 1979.
- STIEFEL, DIETER: Der Prozeß der Entnazifizierung in Österreich. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg. Hg. von KLAUS-DIETMAR HENKE und HANS WOLLER (= dtv 4561). München 1991, S. 108–147.
- DERS.: *Entnazifizierung in Österreich*. Wien 1981.
- STIMMER, GERNOT: *Eliten in Österreich*. 1848–1970. zwei Bände (= *Studien zur Politik und Verwaltung* Band 57). Wien 1997.
- DERS.: *Studentische Gruppierungen und Nationalsozialismus*, in: *Korporierte im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*. Hg. vom Österreichischen Verein für Studentengeschichte (= *Tradition und Zukunft* Band III). Wien 1997, S. 23–54.
- STITZ, PETER: Der akademische Kulturkampf um die Daseinsberechtigung der katholischen Studentenkorporationen in Deutschland und in Österreich von 1903 bis 1908. Ein Beitrag zur Geschichte des CV. Hg. von der Gesellschaft für CV-Geschichte (= *Der weiße Turm. Zeit- und Lebensbilder aus dem katholischen Studententum* Band 3). München 1960.
- Studenten im Kampf*. – Beiträge zur Geschichte des NSD-Studentenbundes. Sondernummer von „Die Studentische Kameradschaft“. Hg. vom Reichsstudentenführer. München, April 1938.
- Studententum Freistudentenschaft*. – Deutsches Studententum und Deutsche Freistudentenschaft. Graz 1912.
- Studentische Burschenschaften und bürgerliche Umwälzung*. Zum 175. Jahrestag des Wartburgfestes. Hg. von HELMUT ASMUS. Berlin 1992.

- STUDIER, MANFRED: Der Corpsstudent als Idealbild der Wilhelminischen Ära. Untersuchungen zum Zeitgeist 1888–1914 (= Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen Band 3). Schernfeld 1990.
- TENBRUCK, FRIEDRICH H.: Freundschaft. Ein Beitrag zu einer Soziologie der persönlichen Beziehung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 16 (1964), S. 431–456.
- TRAUNER, KARL-REINHART: Die Los-von-Rom-Bewegung. Gesellschaftspolitische und kirchliche Strömungen in der ausgehenden Habsburgermonarchie. Szentendre 1999.
- Universitäten und Studenten im Dritten Reich, Bejahung, Anpassung, Widerstand. Hg. von JOACHIM SCHOLTYSECK und CHRISTOPH STUDDT (= Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e. V. Band 9). Berlin 2008.
- Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–1955. Symposium des Instituts für Wissenschaft und Kunst, Wien, März 1985. Hg. von SEBASTIAN MEISSL, KLAUS-DIETER MULLEY und OLIVER RATH-KOLB. Wien 1986.
- VÖLLMECKE, IRMA: Österreichische Hochschulstatistik 1829 bis 1979, in: Geschichte und Ergebnisse der zentralen amtlichen Statistik in Österreich 1829–1979. Festschrift aus Anlaß des 150jährigen Bestehens der zentralen amtlichen Statistik in Österreich. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt (= Beiträge zur Österreichischen Statistik. Hg. vom Österreichischen Statistischen Zentralamt Hefte 550 und 550A). Wien 1979, S. 479–512. Tabellenanhang, S. 69–96.
- VOLKMANN, HELLMUT: Die Deutsche Studentenschaft in ihrer Entwicklung seit 1919. Leipzig 1925.
- Vordergrund Borodajkewycy*. – Einer im Vordergrund. Taras Borodajkewycy. Hg. von HEINZ FISCHER. Wien 1966.
- WEBER, PAUL-GÜNTHER: Zum Stand der Antisemitismusforschung in der Studentengeschichte, in: Die Vorträge der gemeinsamen 52. deutschen, 10. österreichischen und 8. schweizerischen Studentenhistorikertagung Zofingen 1992. Hg. vom Österreichischen Verein für Studentengeschichte (= Beiträge zur österreichischen Studentengeschichte Band 22). Wien 1993, S. 55–78.
- WEEGE, WILHELM: Politische Klasse, Elite, Establishment, Führungsgruppen. Ein Überblick über die politik- und sozialwissenschaftliche Diskussion, in: Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand. Hg. von THOMAS LEIF, HANS-JOSEF LEGRAND UND ANSGAR KLEIN. Bonn 1992.
- WEIDINGER, BERNHARD: „Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen“. Akademische Burschenschaften in Österreich nach 1945. Wien 2015.
- WEINERT, WILLI: Die Entnazifizierung an den österreichischen Hochschulen, in: Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich, S. 254–269.
- WEINGAND, HANS-PETER/WINKLER, WERNER: Diese Welt muß unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz 1919–1991. Graz 1992.
- WEINZIÉRL, ERIKA: Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938–1945. Graz 4. Aufl. 1997.
- DIES.: Universität und Politik in Österreich. Antrittsvorlesung gehalten am 11. Juni 1968 an der Universität Salzburg (= Salzburger Universitätsreden Heft 33). Salzburg 1968.
- WEISS, JOSEPH: An der Wiege der katholischen deutschen Studentenverbindungen. Neues von der Bonner Union 1847–53–55 (= Der Weiße Turm. Zeit- und Lebensbilder aus dem katholischen Studentenleben 1). München 1930.
- WHITESIDE, ANDREW G.: Georg Ritter von Schönerer. Alldeutschland und sein Prophet. Graz 1981.
- „Wir wollen Männer, wir wollen Taten!“ Deutsche Corpsstudenten 1848 bis heute. Hg. ROLF-JOACHIM BAUM. Berlin 1998.
- WIPPERMANN, WOLFGANG: Männer, Mythen und Menschen. Geschichte der Corps und Burschenschaftem. Hamburg 2019.
- WITZMANN, ERICH: Der Anteil der Wiener waffenstudentischen Verbindungen an der völkischen und politischen Entwicklung 1928–1938. Wien 1940.
- WOHNOUT, HELMUT: Politischer Katholizismus und Antisemitismus, in: Antisemitismus in Österreich 1933–1938, S. 167–194.
- WREDEN, ERNST WILHELM: Antisemitismus und Studentenverbindungen im Dritten Reich, in:

- Die Vorträge der gemeinsamen 5. österreichischen und 42. deutschen Studentenhistorikertagung in Salzburg 1982. Hg. vom Verein für Österreichische Studentengeschichte (= Beiträge zur Österreichischen Studentengeschichte Band 9). Wien 1984, S. 71–81.
- DERS.: Urburschenschaft und Judenfrage, in: Die Vorträge der gemeinsamen 5. österreichischen und 42. deutschen Studentenhistorikertagung in Salzburg 1982. Hg. vom Verein für Österreichische Studentengeschichte (= Beiträge zur Österreichischen Studentengeschichte Band 9). Wien 1984, S. 62–70.
- ZAUNBAUER, WOLFGANG: Studenten und Politik an der Universität Wien 1918–34. Wien phil. Dipl. Arb. 2004.
- ZELLHOFER, KLAUS: „Wir harren der Sturmsignale“. Der Werdegang des RFS, in: Rechts-Extremismus an Österreichs Universitäten. Hg. von der Österreichischen Hochschüler-schaft. Wien 1996, S. 51–66.
- ZILLNER, HOLGER: Freimaurerei und Studentenverbindungen (= Schriftenreihe der Johannes-Kepler-Universität Linz Reihe B, Bd. 92). Linz 2005.
- ZOCHER, INGO: Der Wingolfsbund im Spannungsfeld von Theologie und Politik 1918–1935. Eine Theologenverbindung zwischen nationaler Identität und christlichem Prinzip (= GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte Beiheft 6). Vierow 1996.
- ZOITL, HELGE: Hochschulautonomie und Studentenrecht, in: Justiz und Zeitgeschichte. Hg. von ERIKA WEINZIÉRL und WOLFGANG HUBER (= Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Gesellschaftswissenschaften Salzburg Nr. 1). Salzburg o. J.
- DERS.: „Student kommt von Studieren!“ Zur Geschichte der sozialdemokratischen Studentenbewegung in Wien (= Materialien zur Arbeiterbewegung Nr. 62). Wien 1992.
- ZORN, WOLFGANG: Die politische Entwicklung des deutschen Studententums 1918–1931, in: Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert. Im Auftrage der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung Hg. von KURT SPEHENSON u. a. Band 5. Heidelberg 1965, S. 223–307.

---

# **Das Liedgut des Farbstudententums**

von  
**Mario Strigl**

**Inhalt**

1	<b>Präambel</b>	449
2	<b>(Couleur-)studentisches Liedgut</b>	449
2.1	Entstehung	449
2.2	Entwicklung	452
2.3	Soziologie und Partizipation	457
2.3.1	Die Farbenstrophe, das Farbenlied	457
2.3.2	Der Landesvater	458
2.4	Themen, Gesang und Musikbegleitung	460
3	<b>Kommers- und Liederbücher – Vergleich und Analyse</b>	461
3.1	Das 18. und 19. Jahrhundert	462
3.2	Das 20. Jahrhundert	463
3.3	Österreichische Kommersbücher	464
3.4	Schweizer Kommersbücher	464
3.5	Das Liedgut jüdischer Korporationen	465
3.6	„Mädchenverbindungen“ und ihre Lieder	467
4	<b>Analyse ausgewählter Lieder</b>	469
4.1	Auf Deutschlands hohen Schulen (Es lagen die alten Germanen)	470
4.2	Schwört bei dieser blanken Wehre	472
4.3	Wenn alle untreu werden	473
4.4	Liederbücher der NSDAP und ihrer Organisationen – ein Vergleich	475
5	<b>Zusammenfassung und Schlussfolgerungen</b>	478
6	<b>Quellen</b>	479
7	<b>Literatur</b>	481

**1 Präambel**

Studentenverbindungen sind ein über 250 Jahre altes Phänomen vorwiegend des mitteleuropäischen Raums, beginnend bei den studentischen Orden des 18. Jahrhunderts. Ihre Ausformungen sind vielfältig: katholisch, jüdisch, protestantisch oder konfessionell ungebunden; farben tragend oder auch nicht; pflicht-, fakultativ- oder nicht-schlagend; mit nur männlichen, nur weiblichen oder Mitgliedern beider Geschlechter; sie nennen sich Verbindung, Corps, Burschenschaft, Sängerschaft, Landsmannschaft, Turnerschaft, Mädelschaft oder auch anders. Eines haben jedoch alle Korporationen gemeinsam: den couleurstudentischen Gesang.

Die Lieder, die auf Kneipen, Kommersen oder auch in einfacher geselliger Runde gesungen werden, sind mit wenigen Ausnahmen älter als die Verbindungen selbst, manche gehen bis in die frühe Neuzeit zurück. Seit Jahrzehnten beschäftigen sich nicht nur Studentenhistoriker mit ihrer Geschichte. So definiert der Germanist Georg Objartel das Studentenlied als kulturhistorisch bedeutendes Phänomen: „Die Menge dieser Lieder, die Dichte ihrer Tradierung, ihre typologische Vielfalt und die gebrauchts- und überlieferungsgeschichtlichen Verflechtungen mit anderen Liedbereichen sind allein schon beeindruckend. Im späten 19. Jahrhundert gehören die Kommersbücher als Sammelbecken von Studentenliedern zu den wichtigsten Überlieferungsträgern für das gesungene Lied überhaupt, und gleiches gilt für das 17. und 18. Jahrhundert von den Liederhandschriften und sonstigen Liedzeugnissen aus studentischem Kontext.“<sup>1</sup>

Eines der wohl bekanntesten Lieder ist das heute noch an den Universitäten nicht nur bei Sponsionen und Promotionen gesungene „Gaudemus igitur“, dessen Wurzeln bis ins Jahre 1267 zurückreichen, und sich vom Bußgesang zu einem Jubelchor entwickeln sollte. Wie sich dieser Cantus im Laufe der Jahrhunderte veränderte, sich neue Textbausteine und Strophen einfügten, so

änderten sich auch andere Lieder, wurden mitunter dem jeweiligen Zeitgeist angepasst. Mancher „Zeitgeist“ bediente sich ihrer, missbrauchte sie, verpasste einzelnen Gesängen einen fragwürdigen Nimbus – sind sie dadurch „unsingbar“ geworden, geächtet?

Die folgenden Zeilen werden sich mit dem „farbstudentischen Liedgut“, seiner Geschichte, ausgewählten Liedern und Texten, aber auch mit seinen Interpreten, Sängerinnen und Sängern bis zum heutigen Tag beschäftigen.

**2 (Couleur-)studentisches Liedgut**

„Einmal hat das Studentenlied das Volkslied fortgesetzt. Freude war darin, am Wandern und wohl auch am Kommersieren. Hell klang die Liebe zum Vaterland heraus und eine beharrliche Begeisterung für die Freiheit, der zuerst und zuletzt der ganze Sinn des Burschenlebens galt. Mit Überzeugung klang die Verachtung vor spießrigem Philistertum. Und die Jugend, die kaum erfaßt war, gab sich mit einer seltsam stillen Trauer dem Gedanken an die Vergänglichkeit hin. Von all dem klingt noch viel Schönes und Wahres auf, wenn Studenten singen.“ Heinrich Drimmel, 1965.<sup>2</sup>

**2.1 Entstehung**

Unter „Studentenlied“ versteht man ein Lied, das entweder von oder für Studenten geschrieben wurde bzw. Lieder, die den Studenten zur dramaturgischen Person machen. Es kann als historische Tatsache angenommen werden, dass der studentische Gesang bis ins Mittelalter zurückreicht. Seit sich in Europa die Studentenschaft als in sich geschlossene soziale Gruppe bildete, gibt es Studentenlieder. Studenten haben immer schon gesungen, wenn ihre Lieder in früherer Zeit auch nur vereinzelt bezeugt sind, wie bei dem Steyrer Ratschreiber Matthias Abele von Lilienberg 1651.<sup>3</sup> Als sich aus den mittelalterlichen Klosterschulen die deutschen Gelehrtenschulen entwickelten,

<sup>1</sup> Vgl. Objartel, Georg: „Studentenlied und Kunstlied im ausgehenden 18. Jahrhundert. Die Liederhandschrift Friedrich August Koehlers (1791)“, in „Jahrbuch für Volksliedforschung“, 33. Jahrgang (1988), S. 19.

<sup>2</sup> Drimmel, Heinrich: „Dem Liederbuch zum Geleit...“, in Mittelschüler-Kartell-Verband der kath. farben tragenden Studentenkorporationen Österreichs (MKV) und Cartellverband kath. österreichischer Studentenverbindungen (ÖCV) (Hrsg.): „Österreichisches Kommersbuch“, Innsbruck 1965, S. 3.

<sup>3</sup> Vgl. Haid, Gerlinde: „Studentenlied“, Österreichisches Musiklexikon online, Zugriff: 20.11.2018.

entflohen deren Schüler dem Fasten und Klosterleben und zogen als fahrende Scholaren und Vaganten von einer Hohen Schule zur nächsten.<sup>4</sup> Ihre Lieder, verfasst in lateinischer und deutscher Sprache, finden sich im Codex Buranus, der aus dem 13. Jahrhundert stammenden Liederhandschrift der Benediktbeurer Sammlung, speziell in den Carmina Burana<sup>5</sup>. Die Lieder geben einen tiefen Einblick in das damalige Vagantenleben und sind, ähnlich wie wohl in Klöstern verfasste lateinische Gedichte und Lieder, die durch die in ihnen zum Ausdruck gebrachte Lebensfreude thematisch den Studentenliedern nahe stehen, mitunter alles andere als ein Ausdruck von Frömmigkeit.<sup>6</sup>

Ein Kuriosum ist freilich, dass das erste Lied, dem wir heute das Prädikat Studentenlied zugestehen, während des lombardischen Feldzugs Friedrich Barbarossas um 1163/1164 entstand: Der Hofdichter des Kölner Erzbischofs Rainald von Dassel, der später als „Archipoeta“ bezeichnet wird, verteidigte sein Lotterleben in seiner „Vagantenbeichte“ mit den Worten „Meum est propositum in taberna mori“ – „Mein Vorsatz ist es, in der Kneipe zu sterben“. Dies wurde durch die spätere studentische Rezeption zum ersten Produkt der „Kneippoesie“.<sup>7</sup> Jacob Grimm schrieb 1843 über die Werke des „Erzdichters“, dass diese den höchsten Grad der Perfektion der mittelalterlichen Lyrik darstellen würden.<sup>8</sup> Die Gesangskünste der Studenten fanden in den Universitäten selbst jedoch wenig Anklang, so findet sich schon in den Gründungsstatuten der Alma Mater Rudol-

phina Vindobonensis der Passus: „Wir setzen fest, dass streitsüchtige, ausschweifende, dem Trunke ergebene Studenten, die sich die Nächte mit Musik um die Ohren schlagen, untätig sich anderen Lustbarkeiten hingeben, von Vorrechten und Ehrentiteln ausgeschlossen sind.“<sup>9</sup>

Das Entstehen des Volksliedes im Spätmittelalter beeinflusste auch die Entwicklung des Studentenliedes. 1454 entstand das wohl älteste in Deutsch verfasste Studentenlied von den „Bursenknechten“.<sup>10</sup> Das „Lochamer Liederbuch“, niedergeschrieben zwischen 1450 und 1460 von Frater Jodocus von Windsheim, das „Rostocker Liederbuch“, entstanden im späten 15. Jahrhundert im Umkreis der Rostocker Universität, und schlussendlich das nach seinem Auffindungsort benannte „Ambraser Liederbuch“ aus der Umgebung des Erzherzogs Ferdinand von Tirol (1529-1595)<sup>11</sup> nahmen das bis dahin meist nur mündlich überlieferte volksliedhafte Gesangsgut auf und führten es somit in die studentischen Kreise ein. Es waren eben nicht nur Studenten die Schöpfer von Studentenliedern, sondern es finden sich im studentischen Liederschatz Gesänge aus allen Volksschichten sowie Soldaten-, Jäger-, Bergmanns- und Handwerkslieder. Nach dem Dreißigjährigen Krieg sollte sich das eine oder andere Landsknechtlied dazugesellen, gefolgt von patriotischen Liedern aus den Kriegen Ende des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts wie z. B. „Prinz Eugenius“.

Nun hatte man zwar gedruckte Volksliederbücher zur Verfügung, studentische Lieder konn-

ten sich bis ins späte 18. Jahrhundert jedoch nur durch handschriftliche Überlieferungen verbreiten. Die Inhalte der Lieder sind einfach erklärt: Alkohol und sein oft überbordender Genuss, Frauen, Glücksspiel und das Duell, dies meist in unterschiedlichen Kombinationen. Entsprechend derb waren die Lieder, deren Niederschriften oft zensiert weitergegeben wurden. Ergänzend dazu wurden ab 1615 sogenannte „Schimpfbüchlein vom Saufen“ verfasst, von Autoren wie Blasius Multibibus, die Regeln für das gemeinsame Trinken beinhalteten, das „Zechrecht“, heute mit etwas gutem Willen als „Comment“ zu bezeichnen: „Vom löblichen und schönen Ursprung des Sauffens, Schwelgens und Demmens“ bis zu den „Gründen des Zechens“.<sup>12</sup> Erstaunlicherweise konnten sich aber auch durchaus rührende und ethisch ansprechende Texte entwickeln und erhalten, wie das „Studentengärtlein“ des Johannes Jeep in zwei Teilen (1607 bzw. 1609)<sup>13</sup>, der „Studentenschmaus“ des Johann Hermann Schein von 1626, das „Studentenleben, darin allerlei akad. Studentenhändel mit deutschen poetischen Farben entworfen“ des Musophilus Dedekind von 1627. Eine der bedeutendsten Quellen dieser Zeit ist das Liederbuch „Hymnorum Studiosorum“ des Leipziger Studenten Christian Clodius von 1669 mit 109 Liedern mit 91 Melodien.<sup>14</sup>

Die Entwicklung der Kunstdichtung im Barock beeinflusste das allgemein gesungene Liedgut und damit auch jenes der Studenten, augenfällig zu sehen im 1717 von Johann Christian Günther verfassten „Brüder, laßt uns lustig sein“, das inhaltlich, stimmungsmäßig und metrisch dem „Gaudemus“ nachempfunden ist. Das Studentenlied wandelte sich vom mehrstimmigen Satz zum einstimmigen Kommersgesang. Doch erst das Aufblühen der deutschen Universitäten zwischen 1750 und 1850 und die Entwicklung studentischen

Selbstbewusstseins läuteten auch eine neue Ära für das studentische Lied ein, geprägt durch Dichter wie Gotthold Ephraim Lessing, Johann Wolfgang v. Goethe oder Friedrich v. Schiller. Durch die Veröffentlichung eigenständiger „Studentenliederbücher“ werden Studentenlieder erstmalig als solche „greifbar“<sup>15</sup>, die rein deutschen Lieder hatten die lateinischen weitgehend verdrängt.

1781 schuf Christian Wilhelm Kindleben aus Halle zur „Verbesserung der Studentengesänge“ das erste gedruckte deutsche Studentenliederbuch der Welt mit dem Titel „Studentenlieder. Aus den hinterlassenen Papieren eines unglücklichen Philosophen Florido genannt, gesammelt und verbessert von C. W. K.“. Es enthält 64 Lieder, überwiegend Eigenproduktionen bzw. Umdichtungen älterer Werke, darunter auch das schon erwähnte „Gaudemus igitur“, dem er seine heute noch gültige Textgestalt gab. Damit ist seine Sammlung neben dem „Akademischen Lustwäldlein; das ist ein Ausbund lieblicher Burschenlieder“, 1794 unter dem Pseudonym „Herkules Raufseisen“ erschienen, die ergiebigste gedruckte Quelle für das Studentenlied des 18. Jahrhunderts.<sup>16</sup> Dem Verfasser brachte das Buch kein Glück: Die „Studentenlieder“ wie auch sein im gleichen Jahr erschienen „Studentenlexikon“ wurden vom Prorektor der Universität konfisziert und Kindleben aus Halle ausgewiesen.<sup>17</sup> Nur ein Jahr später folgte August Heinrich Niemann mit seinem „Akademisches Liederbuch“, das außer neun Eigendichtungen eine Auslese zeitgenössischer Gesellschaftslieder beinhaltet. Essentiell bleibt seine Neutextung der „Landesvater“-Melodie, an der sich alle nachfolgenden Liederbücher bis heute orientieren sollten.<sup>18</sup> Erwähnenswert ist auch die „Auswahl guter Trinklieder, oder Töne der Freude und des Weins, beym freundschaftlichen Mahle anzustimmen. Trink- oder Commersch-Lieder. Aus den besten

4 Vgl. Dürbeck, Wolfram: „Vom Vagantenlied zum Kneipgesang. Das deutsche Studentenlied im Wandel der Zeiten“, in: „Einst und Jetzt.“ Jahrbuch des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung. 47 (2002), S. 33.

5 Siehe hierzu Nagatomo, Masami Th.: „Die Geschichte der deutschen Studentenlieder von Carmina Burana bis zum Gaudemus igitur“, in: „Journal of the Graduate School of International Cultural Studies“, Tohoku University, Volume 9, 2001, S. 61-80.

6 Vgl. Schmied, Wilhelm: „Vorwort“, in Mittelschüler-Kartell-Verband der kath. farbentragenden Studentenkorporationen Österreichs (MKV) und Cartellverband kath. österreichischer Studentenverbindungen (ÖCV) (Hrsg.): „Österreichisches Kommersbuch“, Innsbruck 1965, S. 4.

7 Vgl. Lang, Raimund: „Zum studentischen Lied“, Wien 2015, S. 1.

8 „Jacob Grimm, the Archpoet's first editor, wrote in 1843 that his works achieved the highest degree of perfection of which the Middle Ages were capable.“ Ward, Sean: „The Archpoet and Goliard Poetry“, in: Wellbery, David E. (Hrsg.): „A new history of German literature“, Harvard 2004.

9 Vgl. Exner, Ernst: „Hier sind wir versammelt zu löblichem Tun! Der couleurstudentische Comment. Geschichte und Gegenwart“, Wien 2006, S. 117.

10 Vgl. Kaufmann, Hans: „Geschichte des Studenten-Liedes“, in: „Der Wengianer“, III. Jahrgang, Nr. 6 vom 23.03.1891, S. 41.

11 Vgl. <https://www.volksliederarchiv.de/lexikon/kategorie/liederbuch/> [27.02.2019]

12 Bauer, Max: „Sittengeschichte des deutschen Studententums“, Dresden o.J. (1926/1927), S. 99.

13 Vgl. Eitner, Robert: „Jeep, Johannes“, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): „Allgemeine Deutsche Biographie“, Band 13, 1881, S. 750.

14 Vgl. Exner, Ernst: „Hier sind wir versammelt“, a.a.O., S. 118.

15 Vgl. Schmied, Wilhelm, a.a.O., S. 4f.

16 Vgl. Objartel, Georg: „Sprache und Lebensform deutscher Studenten im 18. und 19. Jahrhundert. Aufsätze und Dokumente“, Berlin/Boston (Studia Linguistica Germanica; 123) 2016, S. 37f.

17 Vgl. Muncker, Franz: „Kindleben, Christian Wilhelm“, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): „Allgemeine Deutsche Biographie“, Band 15, 1882, S. 765–768.

18 Vgl. Objartel, Georg: „Sprache und Lebensform“, a.a.O., S. 38f.

Dichtern gesammelt“ von Johann C. Rüdiger, 1791 ebenfalls in Halle erschienen.<sup>19</sup>

Mit dem gedruckten Liederbuch hatte die alte Tradition, „daß die alten Lieder mit allen ihren Zoten und Unflätereien häufig abgeschrieben würden und schriftlich umhergingen“<sup>20</sup> ein Ende, der studentische Liedgebrauch wurde erstmals reguliert und in etwas gesittetere Bahnen gelenkt.

## 2.2 Entwicklung

Neben den Liederbüchern ist es den studentischen Orden der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu verdanken, dass Kultur und gesittetes Benehmen Einzug in das Studentenleben fanden. Der Beschluss des Regensburger Reichstages 1793 hatte akademische Bünde untersagt und wurde in Österreich mehrfach erneuert. So bildeten sich geheime studentische Orden, die sich bedingt durch Verbot und Verfolgung durch eine straffe Organisation<sup>21</sup> und vor allem durch ihr Lebensbundsprinzip auszeichneten. Kriterium für die Aufnahme war nicht die geografische Herkunft wie bei den mittelalterlichen studentischen „nationes“<sup>22</sup>, sondern die geistige und menschliche Reife. Die Statuten lehnten alle Formen des Pennalismus, das Tyrannisieren junger Studenten, ab. Freundschaft und „Bruderhilfe“ wurden zum lebenslangen herrschenden Grundsatz. Als weiterer Typus studentischer Freundschaftsvereinigungen entstanden kurz nach den Orden die „Kränzchen“, die von diesen Comment und Lebensbundsprinzip übernahmen, sich aber zumeist regional re-

krutierte. Aus den Orden und Kränzchen sollte sich schrittweise das moderne Verbindungswesen formieren,<sup>23</sup> zuvor beendeten jedoch die Befreiungskriege das oft idyllisch anmutende Leben an den Universitäten. Die Studenten eilten zu den Waffen, aufgeputzt von patriotischen Kampfliedern der „Freiheitsdichter“ wie Ernst Moritz Arndt, Theodor Körner, Max von Schenkendorf<sup>24</sup> oder Friedrich Rückert mit seinen „Geharnischten Sonetten“, nicht zu vergessen den Schöpfer des Andreas-Hofer-Liedes, den jüdischen Burschenschaftler Julius Mosen,<sup>25</sup> unter den Komponisten nehmen Carl Maria von Weber und Albert Methfessel eine führende Stellung ein.

Aus dieser antinapoleonischen Nationalbewegung entstand 1815 die Urburschenschaft mit ihren hehren Idealen – Streben nach Freiheit, Selbstständigkeit und Einheit des Vaterlandes – als politische Jugendbewegung und erste studentische Korporation des modernen Typs. Speziell sie pflegte das studentische Lied zur emotionalen Bindung, am 12. Juni 1815 erklang anlässlich ihrer Gründung in Jena erstmals Arndts „Sind wir vereint zur guten Stunde“, das zu ihrem Bundeslied wurde. Die radikale Änderung der studentischen Gesangstradition war eine logische Konsequenz dieser neuen Ideale, denn der Student des 18. Jahrhunderts kannte kein Vaterlandslied, da ihm die Idee des „Vaterlands“ fehlte; das bis dahin gebräuchliche Lied vom „Landesvater“ war persönlich auf den Herrscher bezogen und erfuhr erst später seine Umdeutung auf das Vaterland.<sup>26</sup>

Viele Trinklieder jener Zeit sind auch Kampflieder und umgekehrt, völlig neu ist jedoch das Gottesbild. Mit „Wem soll der erste Dank erschallen? Dem Gott, der groß und wunderbar“ beginnt die zweite Strophe des Bundesliedes.<sup>27</sup> Auch beim Wartburgfest am 18. Oktober 1817 bestimmte Gott die Liedauswahl: Zu Beginn ertönte „Ein feste Burg ist unser Gott“, das Lied „Nun danket alle Gott“ beendete den ersten Teil der Feier.<sup>28</sup> Die Forderung der Burschenschaftler nach einer geistigen und gesellschaftlichen Erneuerung wurde unter den herrschenden Verhältnissen beargwöhnt, die Karlsbader Beschlüsse unter Federführung des österreichischen Außenministers Fürst Clemens von Metternich-Winneburg zu Beilstein im August 1819 bedeuteten schlussendlich auch das Verbot der Burschenschaften. So wurde am 26. November 1819 erneut Gott angerufen, als anlässlich der Auflösung der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft erstmals August Daniel von Binzers „Wir hatten gebauet“ erklang,<sup>29</sup> das mit den Worten schließt: „Der Geist lebt in uns allen, und unsre Burg ist Gott!“ Das Verbot bedingte aber nicht immer auch die Auflösung, in Wien etwa war 1818 ein burschenschaftlicher Kreis mit prominenten Mitgliedern wie Franz Schubert oder Eduard von Bauernfeld entstanden, den die Polizei erst 1820 als „burschenschaftlichen Commerceverein“ auflöste.<sup>30</sup> Geheime Verbindungen entstanden in zahlreichen Orten, selbst geheime Burschentage wurden abgehalten.<sup>31</sup>

Die Central-Untersuchungs-Commission in Mainz war mit der Aufspürung und Unterdrückung aller „revolutionären Umtriebe und demagogischen Verbindungen“ beauftragt. Die „Demagogenverfolgungen“ zerstörten die Existenz zahlreicher Intellektueller, eine Ausbreitung der gerade aufgeblühten studentischen Liedkultur war unmöglich. Es sollte bis 1848 dauern, bis die Beschlüsse durch das deutsche Vorparlament in Frankfurt, das sich zu einem Viertel aus Burschenschaftlern zusammensetzte, offiziell aufgehoben wurden.<sup>32</sup> Nun konnten sich die Studentenverbindungen als gesellschaftlich anerkannte Erziehungseinrichtungen an den Universitäten etablieren. Durch die Vereinsgesetzgebung 1867 wurden die studentischen Verbindungen auch in Österreich den übrigen unpolitischen Vereinen schließlich völlig gleichgestellt, aus der Tolerierung wurde die gesetzliche Anerkennung.<sup>33</sup> Dichter und Komponisten konnten sich jetzt offiziell mit dem Thema beschäftigen, ohne in den Verdacht der Verbreitung aufrührerischer Ideen zu kommen. Franz von Suppé verarbeitete 1863 in seiner Operette „Flotte Bursche“ zahlreiche Studentenlieder wie auch Johannes Brahms (Ehrenmitglied der Akademischen Gesangsvereine in Wien, Jena und Leipzig sowie „Kneipschwanz“ des Corps Saxonia Göttingen<sup>34</sup>) 1880 in seiner „Akademische Festouvertüre“, Jaques Offenbach band das Lied „Vive la compeigna“ in „Hoffmanns Erzählungen“ ein.<sup>35</sup> Josef Lanner begründete schon 1830 eine Tradition studentischer Widmungskompositionen, die

**19** Vgl. Martin, Dieter: „Sagt, wo sind die Veilchen hin. Zur Entstehungs- und Erfolgsgeschichte von Johann Georg Jacobis „Kunstlied im Volksmunde“, in „Lied und populäre Kultur/Song and Popular Culture“, Jahrbuch des Deutschen Volksliedarchivs Freiburg, 46. Jahrgang 2001, Münster 2002, S. 55.

**20** Objartel, Georg: „Sprache und Lebensform“, a.a.O., S. 40.

**21** Vgl. Gehler, Michael: „Die Geschichte der Studentenvereine in Österreich von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert“, in: Pelinka, Anton/Reinalter, Helmut (Hrsg.): „Österreichisches Vereins- und Parteienlexikon. Von der Aufklärung bis 1938“ (Interdisziplinäre Forschungen 10), Innsbruck-Wien-München-Bozen 2002, S. 58f, 63.

**22** Zu den nationes siehe Steindl, Astrid: „Der Student im Rahmen der frühen Universitätsgeschichte – Nationen und Bursen“, in: Amt der NÖ Landesregierung (Hrsg.): „Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt“, Landesausstellung Schallaburg 28.05.-18.10.1992, Wien 1992, S. 15-23.

**23** Vgl. Kurth, Alexandra: „Männer – Bünde – Rituale. Studentenverbindungen seit 1800“, Frankfurt a. M./New York 2004, S. 172-174.

**24** Vgl. Schmied, Wilhelm, a.a.O., S. 5f.

**25** Vgl. Girtler, Roland: „Die Buntheit des Couleurstudententums und seine vagantischen Wurzeln“, in: Amt der NÖ Landesregierung (Hrsg.): „Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt“, Landesausstellung Schallaburg 28.05.-18.10.1992, Wien 1992, S. 416.

**26** Vgl. Lang, Raimund: „Cantus – Hymne – Burschenlied. Vom Gesang der deutschen Studenten“, Band III, „Historia

Academica. Schriftenreihe der Studentengeschichtlichen Vereinigung des Coburger Convents“, Band 55, Würzburg 2018, S. 12-14.

**27** Vgl. Lang, Raimund: „Zum studentischen Lied“, a.a.O., S. 2f.

**28** Vgl. Grimm, Horst/ Besser-Walzel, Leo: „Die Corporationen: Handbuch zu Geschichte, Daten, Fakten, Personen“, Frankfurt am Main 1986, S. 47.

**29** Vgl. Schmied, Wilhelm, a.a.O., S. 6.

**30** Vgl. Kulturabteilung des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung (Hrsg.): „Ausstellung Studentisches Brauchtum 20. Mai bis 3. Juli 1983“, Katalog des NÖ Landesmuseums, Neue Folge Nr. 138, Wien 1983, S. 18.

**31** Vgl. Bässler, Reinhold: „Studentische Geschichte“, Reihe Jungburschenstunde der Kameradschaften Nr. 2, Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund (Hrsg.), Reichstudentenführung Amt Politische Erziehung, als Manuskript gedruckt nur für den Dienstgebrauch, Radebeul o.J. (um 1943), S. 44.

**32** Vgl. Lang, Raimund: „Cantus“, Band III, a.a.O., S. 158.

**33** Vgl. Gehler, Michael: „Studentenvereine“, a.a.O., S. 60.

**34** Vgl. Lönnecker, Harald: „„Unzufriedenheit mit den bestehenden Regierungen unter dem Volke zu verbreiten“. Politische Lieder der Burschenschaften aus der Zeit zwischen 1820 und 1850“, Frankfurt am Main 2001, S. 4.

**35** Vgl. Krause, Peter: „„O alte Burschenherlichkeit“. Die Studenten und ihr Brauchtum“, Graz, Wien, Köln 1979, S. 142.



Johann Strauß Vater und Sohn sowie Josef und Eduard Strauß fortsetzen sollten.<sup>36</sup> Joseph Freiherr von Eichendorff und Heinrich Hoffmann von Fallersleben widmeten sich den Idealen der studentischen Jugend, Joseph Victor von Scheffel steuerte unter anderem seinen „Schwarzen Walfisch zu Askalon“ bei. Zum überlieferten Repertoire der Gesellschafts- und Festlieder, Trinklieder und Rundgesänge, Liebes-, Abschieds- und Wanderlieder sowie Balladen traten nun Neuschöpfungen im Sinne romantischer Rückbesinnung an das Studentenleben wie z.B. „O alte Burschenherrlichkeit“. Neu dazu kamen Loblieder auf Universitätsstädte wie „Alt-Heidelberg, du feine“ und scherzhaft-historische Lieder wie „Als die Römer frech geworden“, beide wiederum von Joseph Victor von Scheffel.<sup>37</sup>

Musikalisch klingt das 19. Jahrhundert mit den Weisen des Dirigenten und Komponisten Otto Alexander Victor Lob aus, dem wir bis heute studentische „Schlager“ wie „Freunde, trinkt in vollen Zügen“, „Heidelberg, du Jugendbrunnen“, „Beim Rosenwirt am Grabentor“ und „O wonnevolle Jugendzeit“ verdanken. Das von ihm 1906 vertonte „Student sein, wenn die Veilchen blühen“ wird zum letzten überregional erfolgreichen Studentenlied korporativer Prägung, Neuschöpfungen sind im 20. Jahrhundert eher spärlich zu finden.<sup>38</sup> Rühmliche Ausnahmen bilden unter anderen die Werke von Heinrich Gassert, dem „Barden des Cartellverbands“, Gerold Walzel, dem Graz 1925 „Träumend sah vom Schlossberg nieder“ verdankt, und Ottokar Kernstock. Etwa seit dem Ende des Ersten Weltkrieges ist ein nennenswerter Zuwachs an studentischem Liedgut nicht mehr zu verzeichnen, ein wirklicher Stilwandel kam nie zustande.<sup>39</sup>

Studentenlieder wurden aber wie schon 100 Jahre früher<sup>40</sup> als Mittel des Protests genutzt, sei es gegen den Zeitgeist oder aber auch politische Entwicklungen. Ein bekanntes Beispiel wider den Zeitgeist ist das im Februar 1927 unter dem Eindruck korporationsfeindlicher Widerstände beim Erwerb eines eigenen Verbindungshauses verfasste „An die Banausen“ des Journalisten und staatspolitischen Schriftleiters der Hamburger Nachrichten Thomas Nathanael Hübbe, Leibfuchs des Heimatdichters Hermann Löns bei der Turnerschaft Cimbria Greifswald. Mit „Banausen“ sollten sich jene Gegner von Studentenverbindungen angesprochen fühlen, die ohne vertieftes Wissen und ohne zu differenzieren jegliches Korporationsleben ablehnen und bekämpfen.<sup>41</sup> „Nein, ihr könnt uns nicht begreifen, denen nie ein Burschenband als ein immergrüner Reifen um die junge Brust sich wand. [...] |: also laßt uns doch zufrieden, denn es geht euch gar nichts an. :| [...] Lasst uns schwärmen, lasst uns singen, bis das Lied zu Ende geht, aber redet nicht von Dingen, die ihr einmal nicht versteht!“<sup>42</sup> Im Jahr 2000 dichtete Prof. Raimund Lang als Alternative für nichtschlagende Verbindungen folgende dritte Strophe:

3. Lieber fröhliche Vaganten, deren Haar vom Wind zerzaust,  
als verbiss'ne Demonstranten mit zum Kampf erhob'ner Faust.  
Nicht zerstören und verhöhnen, aggressiv und arrogant,  
/: sondern formen und versöhnen, kreativ und tolerant! :/<sup>43</sup>  
Gefährlichere Pfade beschritt knappe zehn Jahre nach Hübbe der verständlicherweise unbekannt Autor der Zusatzstrophe zu „Student sein wenn die Veilchen blühen“:

**36** Vgl. Exner, Ernst: „Mein Lebenslauf ist Lieb' und Lust... Die Strauß-Dynastie und die Studenten“, in: Lang, Raimund (Hrsg.): „Ergo cantemus. Texte und Materialien zum Studentenlied“, GDS-Archiv für Hochschulgeschichte und Studentengeschichte, Beiheft 13, SH-Verlag, Köln 2001, S. 29-45.

**37** Vgl. Haid, Gerlinde, a.a.O.

**38** Vgl. Exner, Ernst: „Hier sind wir versammelt, a.a.O., S. 119.

**39** Vgl. Schmied, Wilhelm, a.a.O., S. 6.

**40** Vgl. dazu vor allem Lönnecker, Harald: „Unzufriedenheit“, a.a.O.

**41** Vgl. Lang, Raimund: „Cantus“, Band III, a.a.O., S. 266.

**42** Richardsen, Georg: „Bestand und Repertoire von Liederbüchern in deutschen Studentenverbindungen. Von der Entstehungsgeschichte über die Entwicklung und Bearbeitung bis zur zeitgenössischen Rezeption“, München 2014, S. 4.

**43** Lang, Raimund: „Neue alte Lieder. 77 Texte für Kommers und Kneipe“, herausgegeben zum 72. Pennälertag von 6. bis 9. Juni 2014 vom Landesverband Kärnten des MKV, S. 88.

„Student sein, wenn's an Freiheit mangelt,  
Das Joch der Knechtschaft auf uns ruht,  
Ein Schurke nach der Herrschaft angelt,  
In Strömen fließt das rote Blut.  
Student sein, wenn die bunten Mützen  
Vor der Gestapo müssen flieh'n.  
|: Ist das in Wahrheit nicht zum Kotzen?  
Herr, lass den Spuk vorüberzieh'n! :|“<sup>44</sup>  
1990 wurden angesichts antikorporativer Demonstrationen in Deutschland Hübbes Worte durch den Würzburger Landsmannschafter Thomas Schindler nochmals aufgegriffen, aus dem „könn't“ wurde aber ein „wollt“, nicht mehr Unverständnis und Ablehnung, sondern Aggression und Gewalt wurden angeprangert:  
„Dem linken Gesinnungsterror gewidmet  
Nein, ihr wollt uns nicht begreifen, die ihr hasst  
das Burschenband  
und mit Johlen und mit Pfeifen schmäht das deutsche Vaterland.  
Die ihr laut in blindem Eifern gegen uns „Faschisten“ schreit  
und nicht merkt vor lauter Geifern, dass ihr selber welche seid!  
Denn wie einst in braunen Haufen randalierte die SA,  
sieht man heut' zur Demo laufen sogenannte „Antifa“,  
hört sie Hetzparolen brüllen gegen uns CCer, die wir die „Ziele“ nicht erfüllen ihrer Ideologie.  
Und wie damals Seit' an Seite mancher Sturmabteilungsmann,  
treten heut' zum „heil'gen Streite“ linke Flintenweiber an.  
Feige wird an Häuserwänden in der dunklen Nacht geschmiert,  
fremdes Eigentum von Händen linker Täter demoliert.  
Ideale, die wir leben – Toleranz, Demokratie –  
solls angeblich bei euch geben, doch ihr praktiziert sie nie.

**44** [https://de.wikipedia.org/wiki/Student\\_sein](https://de.wikipedia.org/wiki/Student_sein) [12.03.2019]

**45** Lang, Raimund: „Cantus“, Band III, S. 267.

**46** Vgl. Herbert, Egon F.: „Die Burschensprache, Standessprache des deutschen Studenten“, Salzburg 1991, S. 80.

**47** Dr. Heinz Krejci, Wirtschaftsjurist, emeritierter Ordinarius für Handels- und Wertpapierrecht, jahrelanger Vorstand des Instituts für Unternehmens- und Wirtschaftsrecht an der Juridischen Fakultät Wien, Gründer der „Studiengesellschaft für Recht und Wirtschaft“ (mit Karl Korinek). <https://www.oecv.at/Biolex/Detail/12500451> [23.04.2019]

Vorurteil und dumpfes Hassen leiten eure Taten an;  
könnt ihr geistig nicht erfassen, dass es schon mal so begann...?!“<sup>45</sup>  
Darüber hinaus gäbe es aber auch weiteren Stoff für aktuelle Studentenlieder: Vom Numerus Clausus über Studiengebühren bis zum gesellschaftlichen Wandel oder dem europäischen Gedanken, dem „europäischen Studenten“. Doch es scheint, als ob dem deutschen Studentenlied heute nur noch eine historische Tradition zufällt.<sup>46</sup> 2012 gab es eine rühmliche Ausnahme, eine ökonomische Kritik fand Einzug ins Studentenlied: Dr. Heinz Krejci<sup>47</sup> (1941-2017, Mitglied der KaV Norica Wien, KÖHV Carolina Graz (ÖCV) und Bavaria Wien (MKV)), verfasste eine Parodie auf „Gold und Silber lieb ich sehr“:  
Gold und Silber sind begehrt heute in der Krise,  
denn die Aktien sind nichts wert und Renditen miese.  
Wer Zertifikaten traut, der hat sich vergogelt,  
/: er hat nur auf Sand gebaut: man hat ihn bemogelt! :/  
Hast Du manches Wertpapier von den Lehman Brothers,  
ist nur noch Papier bei Dir und der Wert bei Others.  
Deine Bank sagt ungeniert: „wir müssen es bekennen:  
/: nichts haben wir kontrolliert, weil wir das nicht können.“ :/  
Wohin ist das viele Geld auf einmal denn entschwunden?  
Es wird auf der ganzen Welt gesucht und nicht gefunden.  
Es gibt wo ein schwarzes Loch, das frißt all die Schätze  
/: tausend Unternehmen noch und die Arbeitsplätze! :/  
Sichert Dir der Staat Dein Geld, trau der Sache wenig,  
denn bevor sein Wort er hält, wird er Druckerkönig.

Kriegst Du wieder nur Papier, drum such schnell  
das Weite,  
/: Gold und Silber kaufe Dir, sonst bist Du mor-  
gen pleitel :/48

Dazu kommt, dass es mittlerweile offenbar nicht nur wenig populär ist, ein Studentenlied zu komponieren und zu texten, es fehlt auch oft die Fähigkeit dazu. Mit dem Bedeutungsverlust der humanistischen Gymnasien geht ein Verlust der Sprachgewandtheit einher, parallel dazu wird die häusliche Musikpflege immer seltener, damit auch das Beherrschen von Instrumenten. Viel schwerer wiegt jedoch der „Zeitgeist“: Die Pflege studentischer Traditionen hat sich völlig vom zeitgenössischen Gesellschaftsleben entfernt.<sup>49</sup> War das Verbindungsleben früher gesellschaftlich akzeptiert, haben studentische Verbindungen ihre einstige Reputation eingebüßt. Man begegnet ihnen heutzutage meist mit negativen Vorurteilen, wobei man der Vielfalt ihrer politischen Standpunkte, ihres gesellschaftlichen Engagements und ihrer Aktivitäten sicherlich nicht gerecht wird.<sup>50</sup> Heute gebräuchliche Ausdrucksformen und „Werte“ sind gefühlte Lichtjahre von verbindungsstudentischen Idealen entfernt, der traditionelle Korporationsstudent ist, wenn er seine Identität nicht aufgibt, nicht in der Moderne daheim.<sup>51</sup> Das gleiche gilt für „sein“ Studentenlied.

Trotzdem ist das studentische Liedgut, vor allem dank der Studentenverbindungen, nicht ausgestorben, vielmehr sind diese eine der wenigen und letzten Inseln des Liedersingens. Der Zulauf zu Korporationen ist nicht nur ungebrochen, die Aufnahmezahlen der letzten Jahre verzeichneten vielmehr einen kontinuierlichen Anstieg. Damit gedeiht auch das farbstudentische Liedgut im Ge-

gensatz zu einem seiner Vorläufer, dem Volkslied, nach wie vor. Und dies nicht nur im deutschsprachigen Raum, denn schon ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fand dieses seinen Weg vor allem in die Niederlande und Belgien, die Schweiz, nach Skandinavien und Osteuropa und ist dort bis heute aktuell. So wird im flämischen Teil Belgiens der „Studentencodex“ mit zahlreichen Liedern in deutscher Sprache verwendet.<sup>52</sup> Weitere Zeugen davon sind ein „Baltisches Liederbuch“ mit Studentenliedern in mehreren Sprachen des Baltikums sowie ein mehrsprachiges Studentenliedheft der Czernowitzer Korporation Bukowina, in dem u.a. „O alte Burschenherrlichkeit“ oder „Ergo bibamus“ in polnischer Sprache zu finden sind.<sup>53</sup>

Im deutschsprachigen Raum gibt es noch eine spezielle Korporationsform, die musikalisch orientierte „Sängerschaft“, die neben dem „normalen“ Verbindungsleben über einen eigenen, mitunter männlich und weiblich gemischten, Chor verfügt. Die ältesten Sängerschaften in Deutschland entstanden 1822 in Breslau und Leipzig, 1828 in Jena, als akademische Gesangsvereine, die besonders das „Unpolitische“ betonten, um in der Verbotszeit der Burschenschaften von den Behörden nicht aufgelöst zu werden. Auch in Wien, Graz und Innsbruck entstanden zeitgleich erste Sängerschaften, waren aber nur von kurzem Bestand. Erst der 1858 in Wien aus einer juristischen Liedertafel gegründete „Akademische Gesangsverein“ (AGV), der 1920 zur „Akademischen Sängerschaft Ghibellinen“ wurde und 1924 bzw. 1959 von der Universität den Titel „Universitätssängerschaft“ verliehen bekam, besteht bis heute, aktuell unter dem Na-

48 Lang, Raimund: „Intonas III. Von studentischen Texten und Weisen“, Tradition und Zukunft Band XVI, Wien 2017, S. 134.

49 Vgl. Lang, Raimund: „CANTICA NOVA – neue studentische Weisen. Zur Präsentation des gleichnamigen Heftes beim Liedseminar auf der Leuchtenburg“, in: Lang, Raimund (Hrsg.): „Ergo cantemus. Texte und Materialien zum Studentenlied“, GDS-Archiv für Hochschulgeschichte und Studentengeschichte, Beiheft 13, SH-Verlag, Köln 2001, S. 108.

50 Vgl. von Lucius, Robert: „Der Weiße Kreis“, in: Völger, Gisela/ von Welck, Karin (Hrsg.): „Männerbünde Männerbünde. Zur Rolle des Mannes im Kulturvergleich. Zweibändige Materialiensammlung zu einer Ausstellung des Rautestrauch-Joest-Museums für Völkerkunde in der Josef-Haubrich-Kunsthalle Köln vom 23. März bis 17. Juni 1990“, Köln 1990, Band 2, S. 376.

51 Vgl. Lang, Raimund: „CANTICA NOVA“, a.a.O., S. 109.

52 Auf <https://studentencodex.org/> sind alle Lieder des Studentencodex nebst Partituren zu finden.

53 Співанук. Академічної Корпорації Буковина, Чернівці 1999, S. 10 bzw. S. 18. Information von Prof. Raimund Lang, Mail vom 01.05.2019 an den Verfasser.

men „Akademische Sängerschaft Barden“.<sup>54</sup> Es folgten weitere Sängerschaften in Graz (Gothia, 1863), Innsbruck (Skalden, 1863), Prag (Barden, 1869, heute in München), Brünn (Markomannen, 1890, heute in Karlsruhe), Wien (Nibelungen, 1892), später Salzburg, Linz und Klagenfurt. All diese Sängerschaften sind farben tragend, hochschul- und tagespolitisch eher unauffällig, die Mensur ist nicht verpflichtend, sondern freiwillig, „fakultativ“.<sup>55</sup> In Wien gibt es seit 1928 als einzige katholisch-konfessionelle Verbindung die „Sängerschaft Waltharia“ mit einem gemischten Chor, der 1936 bzw. 1958 der Titel „Universitätssängerschaft“ verliehen wurde. In Innsbruck entstand 1962 die „Akademisch-musische Verbindung Innsbruck“, die Mitglied des Sondershäuser Verbandes ist,<sup>56</sup> einem Korporationsverband musischer, nichtschlagender und nicht farben tragender Studentenverbindungen, dessen Verbindungen großteils auch Frauen aufnehmen, eine davon ist eine reine Frauenverbindung.

### 2.3 Soziologie und Partizipation

Ein besonderes Merkmal des Studentenliedes ist es, dass die Lieder nicht dargeboten werden, sondern als Selbstzweck in einer bestimmten Gesellschaftsgruppe – der Studentenverbindung – dienen. Der Musikwissenschaftler Arnold Schering definiert diese Art des Gemeinschaftsgesangs wie folgt: „Das singende Individuum geht in der Gesamtheit unter, und ebenso verschwindet das Tonwerk als ästhetisches Objekt hinter seiner Bedeutung als Träger eines Gesamtwillens.“<sup>57</sup> Das gemeinsame Singen als soziale Praxis dient der Verinnerlichung und dem Zusammenhalt, es ist ritualisiert und folgt bestimmten Regeln. „Singen nach Regeln“ mag seltsam anmuten, ist aber im

Chorgesang generell nicht unüblich, im Kneipgesang unabdingbar, da der gesamte Kneip- und Kommersablauf einem bestimmten disziplinierten Zeremoniell unterliegt. Die Lieder haben eine bestimmte Wertigkeit, manche sind für den feierlichen bzw. hochhoffiziellen Teil, andere für den „inoffiziellen“, lockeren Ausklang vorgesehen.<sup>58</sup> Zwei dieser Liedtypen seien wegen ihrer Symbolik herausgegriffen:

#### 2.3.1 Die Farbenstrophe, das Farbenlied

Im Farbstudententum verfügt jede Verbindung über einen Zirkel als Symbol als auch ein eigenes „Couleur“, zumeist bestehend aus drei, manchmal nur zwei oder auch vier Farben. Zu diesen bekennt man sich im „Farbenlied“ oder der „Farbenstrophe“, musikalischen Identitätssymbolen als „Ausdruck einer mystifizierten Verbindungsidentität“<sup>59</sup>, die zur Stärkung und Symbolisierung der Gemeinschaft des Lebensbundes dienen. Im Text wird individuell auf die Verbindung und ihre Identitätsmerkmale Bezug genommen, wobei die Assoziationen der Treue, Freiheit und des Heldentums überwiegen, seltene Ausnahmen bilden natur- und scherzhaft-spielerische Deutungen der Farben.<sup>60</sup> Bei landsmannschaftlich orientierten Verbindungen werden oftmals Bezüge zur Herkunftsregion hergestellt, bei Verbindungen fachlich spezialisierter Universitäten oder Fakultäten zum Studienfach.

Als Beispiel für die unterschiedliche Deutung von Farben seien Auszüge zweier Strophen von Verbindungen mit der gleichen Farbreihenfolge „rot-weiß-gold“ gegenübergestellt:

K.St.V. Albertia München (KV, gegründet 1892): „[...] Rot die Lippen und die Wangen, weiß

54 Vgl. Reimann, Reinhold, a.a.O., S. 212.

55 Vgl. Gehler, Michael: „Im akademischen Lebensbund: Studentenvereine und Korporationen. Entstehung, Entwicklung, Aktivitäten und Wirkungen“, in: Kammerhofer-Aggermann, Ulrike (Hrsg.): „Ehrenamt und Leidenschaft. Vereine als gesellschaftliche Faktoren“, Salzburger Beiträge zur Volkskunde 12, Salzburg 2002, S. 154.

56 Vgl. Reimann, Reinhold, a.a.O., S. 212f.

57 Stephenson, Kurt: „Zur Soziologie des Studentenliedes“, in: Schenk, Erich (Hrsg.): „Bericht über den internationalen musikwissenschaftlichen Kongress Wien, Mozartjahr 1956, 3. bis 9. Juni“, Graz/Köln 1958, S. 609.

58 Vgl. Lönnecker, Harald: „„Nie kehrtst du wieder, gold'ne Zeit, so froh und ungebunden!“ Studentische Lieder der Erinnerung im 19. und 20. Jahrhundert“, in: „Lied und populäre Kultur“, 59. Waxmann, Münster 2015, S. 45f.

59 Kurth, Alexandra, a.a.O., S. 115.

60 Vgl. Böcher, Otto: „Kleines Lexikon des studentischen Brauchtums“, Schriftenreihe aus dem Wingolf Nr. 4, Hannover 2009, S. 74-76, 119-124.

die Stirn wie Elfenbein, drüber goldne Locken prangen, und dies alles, alles mein!“

K.H.V. Welfia Klosterneuburg (ÖCV, gegründet 1910): „[...]Rotes Herzblut sei vergossen, gilt‘ s der Ehre blankem Schild, gold‘ne Treu‘ den Volksgenossen, Fehde dem, der‘ s nicht so hielt!“

### 2.3.2 Der Landesvater

Alles schweige! Jeder neige ernsten Tönen nun sein Ohr!  
Hört, ich sing‘ das Lied der Lieder! Hört es, meine Bundesbrüder!  
Hall‘ es, hall‘ es wider, froher Chor!  
Öst‘reichs Söhne, laut ertöne euer Vaterlandsgesang!  
Vaterland! du Land des Ruhmes, weih zu deines Heiligtumes  
Hüttern, Hüttern uns und unser Schwert!  
Hab‘ und Leben dir zu geben, sind wir alle-samt bereit,  
sterben gern zu jeder Stunde, achten nicht der Todeswunde,  
wenn‘ s das, wenn‘ s das Vaterland gebeut.  
Wer‘ s nicht fühlet, selbst nicht zielest stets nach treuer Männer Wert,  
soll nicht unsern Bund entehren, nicht bei diesem Schläger schwören,  
nicht ent-, nicht entweih‘n das starke Schwert!  
Lied der Lieder, hall es wider: groß und stark sei unser Mut!  
Seht hier den geweihten Degen, tut, wie brave Burschen pflegen,  
und durch-, und durchbohrt den freien Hut!  
Seht ihn blinken in der Linken, diesen Schläger, nie entweih!  
Ich durchbohrt‘ den Hut und schwöre, halten will ich stets auf Ehre,  
stets ein, stets ein braver Bursche sein.  
Nimm den Becher, wackrer Zecher, vaterländ‘schen Trankes voll!  
Nimm den Schläger in die Linke, bohrt ihn durch den Hut und trinke  
auf des, auf des Vaterlandes Wohl!  
Komm, du blanker Weihedege, freier Männer freie Wehr!  
Bringt ihn festlich mir entgegen von durch-

bohrtun Hüten schwer!  
Laßt uns festlich ihn entlasten; jeder Scheitel sei bedeckt!  
Und dann laßt ihn unbefleckt bis zur nächsten Feier rasten!  
Auf, ihr Festgenossen, achtet unsre Sitte, heilig, schön!  
Ganz mit Herz und Seele trachtet, stets als Männer zu besteh‘n.  
Froh zum Fest, ihr trauten Brüder; jeder sei der Väter wert!  
Keiner taste je ans Schwert, der nicht edel ist und bieder!  
So nimm denn hin, dein Haupt will ich bedecken und d‘rauf den Schläger strecken:  
es leb‘ auch dieser Bruder hoch! Ein Hundsfott, wer ihn schimpfen sollt‘!  
So lange wir uns kennen, woll‘n wir uns Brüder nennen,  
es leb auch Du, mein Bruder, hoch, ein Hundsfott, der Dich schimpfen sollt‘!  
Ruhe von der Burschenfeier, blanker Weihedege, nun!  
Jeder trachte, wack‘rer Freier um das Vaterland zu sein!  
Jedem Heil, der sich bemühte, ganz zu sein der Väter wert;  
keiner taste je ans Schwert, der nicht edel ist und bieder!<sup>61</sup>  
„Deutsche Brüder und Söhne“, „Vaterland“, „Todeswunde“ – das Lied, der traditionelle „Landesvater“, glänzt nur so von Wörtern und Begriffen, die in der heutigen Zeit bestenfalls zu Verwunderung führen, wenn nicht gar zu Ablehnung und Abscheu. Doch was steckt hinter diesem Lied, das mit seiner rituellen Handlung nahezu sakralen Charakter und zentrale Bedeutung im studentischen Korporationsleben besitzt?  
Die heutige Fassung geht wie oben erwähnt im Wesentlichen auf August Niemanns „Akademisches Liederbuch“ von 1782 zurück. Niemann verfasste 34 Strophen unter Verwendung älterer Vorbilder, die in einem klaren Bekenntnis gegen das Duell- und Mensurwesen gipfeln – der Griff zur Waffe wäre nur zur Verteidigung des Vater-

61 Vgl. Lang, Raimund: „Intonas I. Von studentischen Texten und Weisen“, Tradition und Zukunft Band II, Wien 1992; S. 45.

landes legitim.<sup>62</sup> Seit Ende des 17. Jahrhunderts waren Freundschafts- bzw. Bruderschaftsrituale in Kombination mit öffentlichen Loyalitätsbekundungen für den jeweiligen „Landesherrn“, sei es der Fürst, König oder Kaiser, fester Bestandteil der studentischen Festkultur. In feierlicher Form wurde als Zeichen der „Bruderliebe“ und Treue der Hut, den man sonst nie ablegte, mit dem Degen, dem Symbol der studentischen Freiheit, durchbohrt. Mitte des 18. Jahrhunderts wurde der Landesvater Teil einer verstärkt nationale Wertvorstellungen aufgreifenden Kultur, ein „pathetisch-lyrischer Protest gegen die Unfreiheit“, der durch die Befreiungskriegs- und Oktoberlyrik noch intensiviert wurde. Die Melodie gehörte um 1817 zu den am häufigsten verwendeten Tonvorlagen, der Text erfuhr zahlreiche Überarbeitungen, bis er 1817 durch Studenten in Jena in ihrem Liederbuch „Deutsche Burschenlieder“ seine heutige Form finden sollte: Das „Vaterland“ als „Land des Ruhmes“ übernahm die Rolle des schützenden Landesvaters.<sup>63</sup> 1880 verwendete Johannes Brahms die Melodie in der Partitur Takt 129ff. sowie Takt 314ff in seiner schon erwähnten Akademischen Festouvertüre. Bemerkenswerterweise wurde in Wien bereits 1788 ein Landesvater bei einem geheimen Studentenorden mit dem Tarnnamen „Gebildete Gesellschaft traulicher Brüder“ gestochen. Einer Zusammenkunft im Gasthaus „Zum Marokkaner“ im 18. Bezirk wollte Kaiser Joseph II. inkognito beiwohnen, doch er wurde erkannt und zu seinen Ehren ein Landesvater zelebriert. Zeugnis davon legt ein kleines Ölbild ab, das sich heute im Wien Museum befindet.<sup>64</sup>

Heute wird der Landesvater mit seinem Freundschaftsgelöbnis als zyklische Erneuerung

des Burscheneides verstanden, jedem Mitglied seiner Studentenverbindung „wahrer Freund und Bruder zu sein“.<sup>65</sup> Die Zeremonie selbst übt auf alle Beteiligten eine große Wirkung aus, wie Raimund Lang beschreibt: „Der Wechsel der musikalischen Sprache, die Stimmung im verdunkelten Raum, der kultische Trunk und das geheimnisvolle Durchbohren der Mützen, das friedliche Umwinden der Klingen, der Treueschwur und die brüderliche Handreichung, all das macht den Landesvater zu einem mythischen Vorgang, der an die Gebräuche von Logen und geheimen Orden erinnert. Unsere Verbindungen sind keine Geheimbünde und waren es nur, solange sie es mussten. Doch zweifellos haben unsere vielgestaltigen Comments Einflüsse geheimer Bruderschaften aufgenommen. Der Landesvater ist so ein Relikt. Er führt die Menschen für einen kurzen Zeitraum näher zueinander.“<sup>66</sup>

Kritischer und wohl überspitzt sieht das Dietrich Heither, der die psychologische Wirkung von Ritualen wie den Landesvater mit dem Exerzieren am Kasernenhof gleichsetzt: „der Wunsch nach rhythmischer Konformität bedeutet in der Regel ein höchst befriedigendes und oft auch erhebendes Erlebnis der „Entgrenzung“, welches zu „Schauererlebnissen“ und – in extremer Form – zu ekstatischer Trance führt.“<sup>67</sup> „Ekstatische Trance“ war es nicht, doch „innerlich zutiefst ergriffen und von einer heiligen patriotischen Begeisterung erfüllt“ waren jene fünf Mitglieder der K.Ö.H.V. Carolina Graz (ÖCV), die am 18. August 1938 im Konzentrationslager Dachau im Rahmen eines geheimen Festkommerses zu deren 50. Gründungstag einen „Salamander rieben“, eine besonders feierliche Form

62 Vgl. Lang, Raimund: „Cantus – Hymne – Burschenlied. Vom Gesang der deutschen Studenten“, Band I, „Historia Academica. Schriftenreihe der Studentengeschichtlichen Vereinigung des Coburger Convents“, Band 53, Würzburg 2018, S. 9-15.

63 Vgl. Bauer, Joachim: „Student und Nation im Spiegel des „Landesvater“-Liedes“, in Langewiesche, Dieter/ Schmidt, Georg: „Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg“, München 2000, S. 135-146.

64 Vgl. Exner, Ernst: „Hier sind wir versammelt“, a.a.O., S. 129f.

65 Das Lied wird bei manchen Verbindungen auch für die „Burschung“, die Aufnahme als vollwertiges Mitglied einer Studentenverbindung, verwendet. Vgl. hierzu etwa Welan, Manfred: „Student in rot-weiß-rot. Wien 1955–1960“, Wien 2014, S. 144f.

66 Lang, Raimund: „Cantus“, Band I, a.a.O., S. 22.

67 Heither, Dietrich: „Burschenschaften“, Basiswissen Politik, Geschichte, Ökonomie, Köln 2013, S. 57.

des Zutrinkens, ähnlich dem „Landesvater“.<sup>68</sup> Und einer der bedeutendsten Renegaten der Kommunistischen Partei, der Schriftsteller Arthur Köstler, Mitglied der jüdisch-akademischen Verbindung „Unitas“, drückt seine Empfindungen während einer Kneipe in seinen Jugenderinnerungen „Pfeil ins Blaue“ wie folgt aus: „An jenem langen Tisch in der festlichen Halle und umgeben von Freundlichkeit, Lachen und Gesang, mit der angenehmen Wärme von ein bis zwei Liter jungem Wein im Magen, war mir zumute, als träte ich aus einem finsternen Tunnel in eine unbekante, strahlende Helligkeit. Zum ersten Mal erlebte ich das stärkste aller Gemeinschaftsgefühle: das Gefühl der Kameradschaft und Zugehörigkeit.“<sup>69</sup>

Wem der Text zu martialisch ist, dem wird Dank Josef Schneeberger (Gothia Würzburg, CV) eine Alternative zur 2. und 3. Strophe geboten:

„2. Lied der Lieder, hall es wieder, künd des Bundes Losungswort!

Lasst im Nöt'gen Einheit walten, sonst die Freiheit sich entfalten,  
Liebe währe immerfort!

3. Schwört aufs Neue ew'ge Treue Gott, dem Freund, dem Vaterland!

<sup>68</sup> Vgl. Maleta, Alfred: „Bewältigte Vergangenheit. Österreich 1932-1945“, Graz/Wien/Köln 1981, S. 213f.

<sup>69</sup> „Wenn ich meine Erinnerungen an die intellektuell so absurde, gefühlsmäßig so befriedigende Zugehörigkeit zu romantisieren scheine, so dürfte das dem Nachhall ihrer warmen Kameradschaft zuzuschreiben sein. Es ist gewiß ein Paradoxon, daß diese erkonservativen, anachronistischen, rauf- und sauflustigen Burschenschaften psychologisch gesünder waren als jede geschlossene Gemeinschaft oder Clique, der ich seither begegnet bin. Blicke ich heute als Veteran zahlloser Fehden und Fraktionskämpfe in den Ghettos der Zeitungsredaktionen, der kommunistischen Zellen und Schriftstellerkongresse auf jene Zeit zurück, so scheint es fast unglaublich, daß ich, ein höchst neurotischer junger Mann, drei Jahre im täglichen engsten Kontakt mit einer Gruppe von jungen Intellektuellen – und noch dazu jüdischen – verbracht habe, ohne einen einzigen Streit miterlebt zu haben oder gar in einen solchen verwickelt worden zu sein. Vielleicht war das einzig in jener einmaligen Wiener Atmosphäre des Lebenlassens und der erotischen Toleranz, gepaart mit traditionsgewachsener Disziplin und höflichem Zeremoniell möglich. In den meisten anderen Burschenschaften, ob alldeutsch, liberal oder zionistisch, herrschte die gleiche Harmonie. Dagegen gab es in den sozialistischen Studentenvereinigungen ständig Krach und Streit, obwohl sie uns als „Bandaffen“, Barbaren und Erzreaktionäre verschrien.“ Girtler, Roland, a.a.O., S. 421f.

Ähnliches schreibt Bruno Kreisky, dessen Onkel Professor Oskar Kreisky Mitglied der schlagenden deutsch-freiheitlichen Studentenverbindung ‚Budovisia‘ war, anlässlich einer Gedenkkneipe zum 100. Geburtstag von Egon Erwin Kisch (Burschenschaft „Saxonia Prag“) im April 1985: „Ich war schon sehr früh Sozialdemokrat. Beeindruckt hat mich jedoch die verlässliche Freundschaft, die die Angehörigen dieses Corps verbunden und sich auch in schwerer Zeit bewahrt hat. Wahrscheinlich war das auch mit ein Grund für die Rückkehr meines Onkels aus Amerika.“ Salzburger Nachrichten, 22.01.2011, Alexander Purger (Purgertorium).

<sup>70</sup> Lang, Raimund: „Umstrittene“ Lieder im Österreichischen Kommersbuch. Ein Kommentar“, Wien 2018, S. 3.

<sup>71</sup> Vgl. Stephenson, Kurt, a.a.O., S. 609f.

Immerdar sei unser Leben reinem, ernsten  
Wissensstreben,  
hohen Zielen zugewandt!<sup>70</sup>

## 2.4 Themen, Gesang und Musikbegleitung

Die Themen der Studentenlieder sind seit ihrer Entstehung gebunden an die Bedürfnisse und Interessen des in die Bildungsschicht hineinwachsenden männlichen Jugendlichen: Gemeinschaftsbedürfnis und Einsamkeitsverlangen, soziales Verantwortungsgefühl und egozentrische Genussucht, Lebensfreude und Schwermut, Autoritätsbedürfnis und Freiheitsdrang, nicht zu vergessen Frauenverehrung und Sittenlosigkeit. Dazu kommen gesellschaftliche Rahmenbedingungen wie die Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage der Eltern, der periodische Wechsel zwischen Elternhaus und Studienort und damit verbunden zwischen familiärer Einordnung und studentischer Bewegungsfreiheit etc.<sup>71</sup> Kurz gefasst, es geht um das Studium, die Heimat und die Liebe und besonders die Art und Weise, diese zu feiern, wie es schon Johann Wolfgang von Goethe 1810 in seinem zum klassischen Trinklied gewordenen „Ergo bibamus“ („Also lasst uns trinken“) beschrieb.

Neben dem Volkslied hatten auch Soldatenlieder und Landsknechtlieder<sup>72</sup> Einfluss auf das Studentenlied, implementierten Begriffe wie „Freiheitssinn“ oder „Wehrhaftigkeit“. Dies führt heute wiederholt zu Kritik von Autoren und politischen Strömungen, die (bewusst?) Patriotismus mit Nationalismus verwechseln.<sup>73</sup> Fachspezifische Ausbildungsstätten wie Bergakademien steuerten Jäger- und Bergmannslieder bei,<sup>74</sup> auch Handwerkslieder finden sich schon im 19. Jahrhundert in den Liederbüchern, wie „Von allen den Mädchen, so blink und so blank“.<sup>75</sup>

Das Studentenlied gehört zur Gattung der Gesellschaftslieder. Es ist weder eine unvertonte epische oder balladeske Lieddichtung wie etwa das Nibelungenlied noch ein von Solisten vorgetragenes Kunstlied. Das Studentenlied ist stets gereimt, in Strophen gegliedert und mit einer Melodie verbunden. Grundsätzlich ist der studentische Gesang ein Gemeinschaftserlebnis und damit auch ein Gemeinschaftsgesang, es wird wie beim Soldatenlied immer in Gesellschaft gesungen, auf Kommers, Kneipe oder „Bummel“, dem repräsentativen couleurstudentischen Spaziergang.<sup>76</sup> Er steht den Zeremonien sehr nahe, ist wie etwa beim Landesvater sogar tragender Bestandteil. „Passiver Gesang“ ist nicht möglich, man kann nicht singen lassen, nur selbst aktiv mitgestalten.<sup>77</sup> Der Musikhistoriker Heinrich Bessler resümierte die Qualität des Kommersliedes als überschaubar aber auch nicht relevant: „Es ist nicht als Kunstwert in den Komment eingebaut, sondern als cantus, der be-

stimmte Gemeinschaftsgefühle zusammenfassen und entladen hilft. Wer nicht mitsingt, schließt sich von der Gemeinschaft mehr oder weniger aus und gerät jedenfalls eher in den Verdacht geistigen Hochmuts, als daß man seine Zuhörerrolle als ästhetisches Genießen auffaßte. Denn bei jedem Gesellschaftslied ist die Qualität der Aufführung im Grunde belanglos“.<sup>78</sup>

Eine eigenständige studentische Instrumentalmusik hat es nie gegeben. Zur Begleitung des studentischen Kneipgesangs findet sich auf frühen Darstellungen zumeist die Laute, später vor allem die Gitarre. Die „Bierorgel“ oder „Bierkiste“, das Klavier zur Gesangsbegleitung, bearbeitet vom sogenannten „Kistenschinder“, kam wohl erst mit der Errichtung der ersten Verbindungshäuser um 1900 in Gebrauch.<sup>79</sup>

## 3 Kommers- und Liederbücher – Vergleich und Analyse

Liedgut und Gesang sind wie eingangs beschrieben wesentlicher Bestandteil des Verbindungslebens. Die sorgfältige Auswahl von Liedern für ein Liederbuch hat daher immense Bedeutung, denn die Liederbücher transportieren und symbolisieren die Inhalte und Geistesrichtungen der Studentenverbindungen. Ludwig Jahn fasste dies wie folgt zusammen: „An einer Hochschule muss man fragen: Was singt ihr? Wo ist das Kommersbuch? Man erkennt den Baum an den Früchten.“<sup>80</sup>

<sup>72</sup> Landsknechtlieder sind auch in den Soldatenliederbüchern des Österreichischen Bundesheeres zu finden, wie etwa „Vom Barette schwankt die Feder“. Vgl. Bundesministerium für Landesverteidigung (Hrsg.): „Österreichisches Soldatenliederbuch“, Offizielles Liederbuch des Österreichischen Bundesheeres, Wien 1962, S. 68 bzw. ebenfalls vom BMLV „Soldatenlieder. Österreichisches Soldatenliederbuch“, Wien 1994, S. 62.

<sup>73</sup> So etwa in Kurth, Alexandra, a.a.O., S. 22.

<sup>74</sup> Vgl. Krause, Peter: „Das Studentenlied“, in: Amt der NÖ Landesregierung (Hrsg.): „Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt“, Landesausstellung Schallaburg 28.05.-18.10.1992, Wien 1992, S. 329-331.

<sup>75</sup> Vgl. Lang, Raimund: „Cantus“, Band III, a.a.O., S. 281-283.

<sup>76</sup> Vgl. Böcher, Otto, a.a.O., S. 327.

<sup>77</sup> Lang, Raimund: „Der studentische Gesang“, in Lang, Raimund (Hrsg.): „Ergo cantemus. Texte und Materialien zum Studentenlied“, GDS-Archiv für Hochschulgeschichte und Studentengeschichte, Beiheft 13, SH-Verlag, Köln 2001, S. 178-180.

<sup>78</sup> Bessler, Heinrich: „Grundfragen des musikalischen Hörens“, in „Jahrbuch der Musikbibliothek Peters“, 32. Jahrgang 1925 (1926), S. 41.

<sup>79</sup> Vgl. Exner, Ernst: „Studentische Musik“, in Amt der NÖ Landesregierung (Hrsg.): „Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt“, Landesausstellung Schallaburg 28.05.-18.10.1992, Wien 1992, S. 346f.

<sup>80</sup> Fick, Richard (Hrsg.): „Auf Deutschlands hohen Schulen. Eine illustrierte kulturgeschichtliche Darstellung deutschen

### 3.1 Das 18. und 19. Jahrhundert

Das schon erwähnte älteste gedruckte Kommerzbuch von C. W. Kindleben erschien 1781 in Halle. Ihm folgten bis 1810 neun weitere Liederbücher mit studentischen Liedern, 1818 wurden im „Neues Commerzbuch Germania“ erstmals patriotische Lieder aufgenommen.<sup>81</sup> Bis 1830 sollten bereits 40 Liederbücher veröffentlicht worden sein wie das 1824 in Heidelberg erschienene „Neues Commerz- und Lieder-Buch“ – trotz Verbot der Studentenverbindungen hatten ihre Lieder Hochkonjunktur.<sup>82</sup> Es folgten u.a. das sehr umfangreiche „Göpels deutsches Lieder- und Commerz-Buch. Sammlung von gegen fünfhundert der beliebtesten Lieder mit ihren Singweisen in mehrstimmiger Bearbeitung“ (Stuttgart 1848), das „Commerzbuch für den deutschen Studenten“ (Magdeburg 1855) und das „Allgemeines Reichs-Commerzbuch für Deutsche Studenten“ (Leipzig 1875) mit 800 Liedern. An einigen Universitäten entstanden eigene Liederbücher wie um 1860 das „Commerzbuch der Tübinger Hochschule“. Manche Verbände brachten eigene Liedersammlungen heraus: der Verband katholischer Studentenvereine Deutschlands 1876 das „Deutsches Kommerzbuch“, der Schwarzburgbund das „Liederbuch für deutsche Studenten“; aber auch einzelne Verbindungen bis hin zu Fachspezifischem wie das „Kommerzbuch für deutsche Techniker“ 1880. Etwas außergewöhnlich ist sicher das von der Wirtin Ännchen Schumacher herausgegebene „Ännchen-Liederbuch“ unter dem Aspekt, „welche Lieder für Musensöhne passend wären“.<sup>83</sup>

Bis heute am weitesten verbreitet ist das von den Verlegerbrüdern Hermann und Moritz Schauenburg in ihrer Heimatstadt Lahr in Baden unter

der musikalischen Leitung von Friedrich Silcher und Friedrich Erk anlässlich der dreihundertjährigen Gründungsfeier der Universität Jena 1858 herausgegebene „Allgemeine Deutsche Kommerzbuch“ (ADK), auch die „Lahrer Bibel“ oder „Bierbibel“ genannt, dessen 166. Auflage im Jahre 2013 erschien. Ihr Anspruch war ein umfassendes Liederbuch, über den Rahmen des Studentenliedes hinaus in die Gefilde des Volksliedes und der volksliedhaften Gesänge. Sie widmeten das Werk dem deutschen Dichter und Revolutionär Ernst Moritz Arndt mit den Worten: „Dies Buch soll ein Volksbuch und ein deutsches Buch sein, in jedem Hause willkommen.“ Zur Entstehung des Buches fügten sie an: „Die Auswahl hat die gesamte deutsche Studentenschaft selbst getroffen. Rundschreiben waren zahlreich nach allen Hochschulen hin ergangen und allseits her kam in dankenswerter Fülle die erbetene Beihilfe, durch die es allein möglich wurde, dem Buche den Grad von Vollendung zu geben, den es als allgemeines deutsches Buch haben muß, um den Wünschen aller, soviel das überhaupt zulässig war, gerecht zu werden. Auch für die Singweisen, die in früheren Liederbüchern unverzeihlich und fast durchgängig arg vernachlässigt waren, ist jede Sorge getragen, sie rein und sanggerecht herzustellen. [...] Die Weise des Liedes ist seine Seele, und darum war die Pflicht groß, die Weisen von dem Schmutz zu säubern, der sich an sie gehängt hatte.“<sup>84</sup> In zahlreichen Memoiren und biographischen Erzählungen stoßen wir auf das ADK, so auch bei Karl Marx, Mitglied der „Trierer Tischgesellschaft“ (heute Corps Palatia), und Friedrich Engels, der obwohl unkorporiert im Besitz eines Allgemeinen Deutschen Kommerzbuches war.<sup>85</sup>

Hochschul- und Studentenwesens“, Berlin/Leipzig 1900, S. 200.

**81** Fick gibt als Erscheinungsdatum 1817 an, korrekt ist aber 1818. Vgl. Fick, Richard (Hrsg.), ebenda, S. 204.

**82** Vgl. Bauer, Joachim, a.a.O., S. 145f.

**83** Vgl. Dürbeck, Wolfram, a.a.O., S. 41-43, 46.

**84** Silcher, Friedrich/ Erk, Friedrich (Hrsg.): „Schauenburgs Allgemeines Deutsches Kommerzbuch“: 51. Auflage, Lahr 1896, Seite VIII.

**85** Vgl. Wippermann, Wolfgang: „Mit dem Schmiss über dem Auge. Karl Marx war Corpsstudent und er blieb es sein Leben lang“, in „Academia. Zeitschrift des Cartellverbandes der katholischen Studentenverbindungen“, 112. Jahrgang, Nr. 1-2019, S. 10-13. Die Beiden waren generell den couleurstudentischen Traditionen nicht abgeneigt. So schreibt etwa Marx am 9. März 1847 an Engels: „Das Verlangen, etwas mit Dir zu kneipen, ist groß.“, am 7. August 1865: „An dem Tag, wo das Manuskript abgeht, bekneip ich mich ohne alle Gnade“. Engels erfreute sich an seiner „Lahrer Bibel“ bis ins hohe Alter, laut seinen Weggefährten sang er sehr gerne, laut und unsagbar falsch. Noch in seinen letzten Lebensjahren scheiterte er daran, seinem Kanarienvogel das „Gaudeamus igitur“ beizubringen. Vgl. Girtler, Roland, S. 417f.

### 3.2 Das 20. Jahrhundert

Trotz der Dominanz der „Lahrer Bibel“ wurden im deutschsprachigen Raum verschiedenste studentische Liederbücher publiziert und fanden ihre Abnehmer, was sich in zahlreichen Wiederauflagen ausdrückte, wie etwa das „Liederbuch für deutsche Studenten und Turner“, das 1906 in 25. Auflage erschien.<sup>86</sup> Um 1910 findet sich unter den vom k.k. Unterrichtsministerium als Lehrmittel empfohlenen Büchern das „Kommerzbuch der deutschen Studenten für Klavier mit beigefügtem Text“.<sup>87</sup> 1912 veröffentlichte Heinrich Scherrer „Studentenlieder zur Gitarre“, in denen er „einen Abriß der Poesie des deutschen Studentenliedes“ geben wollte: „Das deutsche Volkslied aber hat keinen Ehrenplatz erhalten. Waren doch gerade die Studentenverbindungen in bösen Zeiten den alten Fuhrmanns-, Schiffer-, Soldaten-, Handwerker- und anderen Liedern des Volkes, ein sicherer Hort. So manches schöne Lied wäre heute verschollen, wenn nicht Studentenmund es lebendig erhalten und treulich überliefert hätte.“<sup>88</sup> Während des Ersten Weltkrieges kehrt etwas Ruhe ein, doch schon um 1920 erscheint in Hamburg „Gaudeamus. 200 ausgewählte Volks- und Kommerzlieder-Texte sowie Texte beliebter Gesellschafts- und Vortrags-Lieder“.<sup>89</sup> 1929 veröffentlicht die katholische Verbindung Unitas-Frisia-Münster „Auf Deutschlands hohen Schulen. Liederhort deutscher Studenten“,<sup>90</sup> 1933 erscheint aufgrund der kurz darauf erfolgenden „Selbstauflösung“ bzw. des Verbotes der Studentenverbindung mit „Sing-Sang. Eine Sammlung deutscher Lieder für Kommerz, Kneipen, Heimatabende, Ausflüge,

Wanderungen“ wohl eines der letzten studentischen Liederbücher vor dem Zweiten Weltkrieg.<sup>91</sup>

Im Nationalsozialismus versuchte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB), dessen Liederbuch voller Gesänge über die „Kampfzeit“ wenig Anklang fand, das Allgemeine Deutsche Kommerzbuch zu imitieren, um die musikalische, identitätsstiftende Erinnerungskultur der nach der Machtübernahme verbotenen Studentenverbindungen in ein nationalsozialistisches Kleid zu stecken und dadurch zu vereinnahmen. Es dauerte aber bis 1944, bis im Zentralverlag der NSDAP Franz Eher Nachf. in München „Burschen heraus! Liederbuch der deutschen Studenten“ erscheinen sollte. Herausgeber war der Reichsstudentenführer und Gauleiter von Salzburg Gustav Adolf Scheel. Obwohl dieses Liederbuch in Format und Gestaltung dem klassischen Kommerzbuch gleicht, kann es aber nicht als dessen Fortsetzung angesehen werden, da traditionelle Studentenlieder nur einen Bruchteil des Inhalts ausmachten, der Schwerpunkt lag auf national konnotierten und NS-Liedern.<sup>92</sup>

1986 erschien das erste Kommerzbuch der DDR unter dem Titel „Gaudeamus Igitur. Laßt uns fröhlich sein“<sup>93</sup> anlässlich der 750. Jahrfestfeier Jenas mit 50 historischen Studentenliedern in einer Auflage von 45.000 Exemplaren, die in wenigen Tagen vergriffen waren. Schon zwei Jahre zuvor war zur Überraschung vieler westlicher Beobachter eine von einem Professoren-Chor besungene spezielle Schallplatte mit Studentenliedern erschienen.<sup>94</sup> 1987 folgte zum Wartburgtreffen der Studenten der „Freien Deutschen Jugend“ der DDR anlässlich des 170. Jahrestages des Wart-

**86** Hirth, Fritz (Hrsg.): „Liederbuch für deutsche Studenten und Turner“, 25. Auflage, Wien/ Neutitschein 1906.

**87** Kremser, Eduard (Hrsg.): „Kommerzbuch der deutschen Studenten für Klavier mit beigefügtem Text“, Wien/Leipzig o.J. (um 1910).

**88** Scherrer, Heinrich (Hrsg.): „Deutsche Studentenlieder mit einer volkstümlichen Gitarrenbegleitung aus dem Stegreif zu spielen“, Leipzig 1912, S. IV.

**89** „Gaudeamus. 200 ausgewählte Volks- und Kommerzlieder-Texte sowie Texte beliebter Gesellschafts- und Vortrags-Lieder“, Hamburg o.J. (um 1920).

**90** Unitas-Frisia-Münster (Hrsg.): „Auf Deutschlands hohen Schulen. Liederhort deutscher Studenten“, Münster 1929.

**91** Luible, Martin: „Sing-Sang. Eine Sammlung deutscher Lieder für Kommerz, Kneipen, Heimatabende, Ausflüge, Wanderungen“, 2. Auflage, München 1933.

**92** Vgl. Lönnecker, Harald: „Nie kehrtst du wieder“, a.a.O., S. 65-70.

**93** Steiger, Günter/ Ludwig, Hans-Joachim (Hrsg.): „Gaudeamus Igitur. Laßt uns fröhlich sein - Historische Studentenlieder“, 1. Auflage, Leipzig 1986.

**94** Vgl. Grimm, Horst/Besser-Walzel, Leo, a.a.O., S. 222-224.

burgfestes der deutschen Burschenschaften das „FDJ-Studentenliederbuch 1987“. Neben Liedern der Russischen Revolution und Arbeiterliedern finden sich etliche Studentenliedklassiker vom „Ergo Bibamus“ bis zum „Burschen heraus“ friedlich neben Ernst Thälmann oder Ho Chí Minh. In der Einführung wird auf die neue Blütezeit des Studentengesangs verwiesen: „Heute singen wir gerne nationale und internationale Arbeiterlieder und Lieder der FDJ-Singbewegung. Wir singen die mit frechem Witz und heiter ironischem Traditionsbewusstsein behafteten Studentenlieder der Burschenschaftler genauso, wie wir immer mehr vom Volkslied Besitz ergreifen.“<sup>95</sup>

### 3.3 Österreichische Kommersbücher

1880 erschien das von Dr. Max Breitenstein herausgegebene „Commersbuch der Wiener Studenten“. Dieses wandte sich betont österreichisch gegen die großdeutsch und freiheitlich orientierte Burschenschaft und speziell an die Studenten der Universitäten der Donaumonarchie in Wien, Prag, Innsbruck, Graz, Brünn und Czernowitz. Es enthält neben österreichischen Fassungen bekannter deutscher Studentenlieder zahlreiche in Österreich gesungene Lieder sowie Neuschöpfungen aus einem eigens dafür veranstalteten Preisausschreiben.<sup>96</sup> Weit verbreiteter blieb aber bis nach dem Zweiten Weltkrieg das „Allgemeine Deutsche Kommersbuch“ auch bei den christlichen Hoch- und Mittelschulkorporationen Österreichs, obwohl es vor allem auf deutsche und burschenschaftliche Verhältnisse ausgerichtet ist. Zwar brachte die K.Ö.St.V. Rudolfina Wien 1949 als Vorort des ÖCV ein der wirtschaftlichen Not geschuldetes einfach gestaltetes „Ö.C.V. Liederbuch“ heraus, es sollte aber bis 1952 dauern, bis durch den MKV das „Österreichische Studenten-Liederbuch „Gaudeamus““ und fünf Jahre später gemeinsam mit dem ÖCV dessen zweite Auflage herausgegeben werden konnte, mit einer bedeutenden Anzahl von noch nie in Druck erschienenen Dichtungen. 1965 erschien das „Österreichische Kommersbuch“ mit Noten,<sup>97</sup> 1984 als seine Neu-

auflage „Das Österreichische Kommersbuch“ mit allen Verbandshymnen und Burschenstrophen der damals in Österreich bestehenden Verbindungen von MKV, ÖCV und KÖL. Das aktuellste Werk ist das „Große Österreichische Kommersbuch“, erschienen 2015, in dem zusätzlich auch die Verbandshymnen und Burschenstrophen von ÖKV, VfM und VCS enthalten sind.

### 3.4 Schweizer Kommersbücher

In der Schweiz schlossen sich 1819 analog zur Deutschen Burschenschaft die bestehenden studentischen Gesangs- und Turnvereine zum „Zofingerverein“ zusammen, aus der sich die politisch liberale Zofingia, die radikale Helvetia und der konfessionelle Schwyzerverein entwickeln sollten, später kamen noch Corps dazu. Großteils werden die in Österreich und Deutschland gebräuchlichen Studentenlieder gesungen, „echte“ gesamtschweizerische Studentenlieder gibt es abgesehen von den einzelnen Farbenstrophen wenige. Großen Einfluss in der Entwicklung hatten auch hier alpenländische Volks- und Soldatenlieder. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts üben die Liederbücher des Zofingervereins einen großen Einfluss aus, enthalten sind schweizerische und deutsche Männerchorlieder. Das Schweizer Studentenlied hat zunächst einen vaterländisch-patriotischen, oft auch heroischen Charakter, auch die Zeremonie des „Landesvaters“ ist bereits seit 1790 bekannt als ein Bekenntnis zur republikanischen und demokratischen Heimat.

In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden mehrere Auflagen der Zofinger Liederbücher herausgegeben, das Allgemeine deutsche Kommersbuch erfreut sich aber auch in der Schweiz bis heute großer Beliebtheit. Nichtsdestotrotz sind sehr viele Kommersbücher einzelner Verbindungen sowie Liederbücher der verschiedenen Sektionen erschienen, wie etwa vom „Falkensteinerbund“, dem „Verein freisinniger Schweizerstudenten Helvetia“ oder dem „Schweizer Studentenverein“.<sup>98</sup> Seit 1991 ist das erstmals herausgegebene „Schweizer Kommersbuch“ ge-

bräuchlich, herausgegeben von der Schweizerischen Vereinigung für Studentengeschichte, 2014 in 3. Auflage erschienen. Es enthält neben einer großen Anzahl studentischer Lieder auch Informationen über Schweizer Korporationen mit Wappen, Farben, Gründungsdatum und Verbandszugehörigkeit. Eine Schweizer Besonderheit ist, dass man sein persönliches Kommersbuch besitzt und wie ein Stammbuch auf Kneipen anderer Verbindungen mitnimmt.<sup>99</sup>

### 3.5 Das Liedgut jüdischer Korporationen

Jüdische Studenten waren in Österreich in schlagenden Verbindungen wie Corps oder Burschenschaften korporiert. Dies änderte sich erst 1879 mit der Gründung der Deutschnationalen Partei durch Georg Ritter von Schönerer und der späteren Alldeutschen Bewegung. Mit der damit verbundenen Zunahme antisemitischen Gedankenguts in den Burschenschaften legten viele Juden ihre Bänder zurück und traten aus der Burschenschaft aus.<sup>100</sup> Prominentes Beispiel ist Theodor Herzl, der 1883 nach einer antisemitischen Rede seines Bundesbruders Hermann Bahr aus der Wiener akademischen Burschenschaft Albia austrat, für die er eine Mensur gefochten hatte. Er wurde später wie Sigmund Freud Mitglied der ersten Wiener nationaljüdischen, bald zionistischen Studentenverbindung „Kadimah“, die sich 1882 gegründet hatte. Es folgten zahlreiche weitere Korporationen wie 1894 die „Ivria“ oder 1896 die „Libanonia“, beide ebenfalls in Wien, die sich wie die Kadimah der Pflege des Couleurstudententums und insbesondere der Mensur verschrieben. Das jüdisch-nationale Korporationswesen mit einem speziellen Fokus auf seine Wehrhaftigkeit verbreitete sich nach Graz, Czernowitz, Prag, Brünn, Preßburg, Krakau, Lemberg, Warschau

bis in die baltischen Staaten. Nach der Zerschlagung des habsburgischen Imperiums wurden die Verbindungen und Vereine rasch reaktiviert, 1929 wurde der Gesamt-Altherrenverband „IGUL“ („Der Ring“) für alle wehrhaften jüdisch-nationalen Verbindungen der Ersten Republik gegründet. Das Dritte Reich bedeutete das jähe Ende für die jüdischen Korporationen, nach dem Zweiten Weltkrieg verfügten nur noch wenige Bünde zumindest über einen Altherrenverband.<sup>101</sup>

Obwohl die jüdischen Verbindungen gegen die Assimilation kämpften, übernahmen sie wohl mangels Alternativen viele Regeln und Bräuche der traditionellen deutschen Burschenschaften in Österreich. Zu diesen Sitten gehörten Kneipe und Kommers, der festlichen Anlässen wie dem jährlichen Makkabäer-Fest vorbehalten war.<sup>102</sup> Die gesungenen Lieder entstammten zumeist dem Allgemeinen Deutschen Kommersbuch, wie es auch eigene Liederbücher gab, wie etwa das „Jüdische Vereins-Liederbuch“, herausgegeben vom Ausschuss der Jüdischen Turnerschaft in Berlin. Aufgrund des logischen Bedürfnisses nach einem eigenen Liedgut wurden u.a. Lieder von prominenten Zionisten wie Heinrich Loewe und Israel Auerbach verfasst, die zumeist zu bekannten deutschen Melodien gesungen wurden. Der Herausgeber weist aber schon in seinem Vorwort darauf hin, dass die „wunderbar ergreifenden deutschen Volkslieder“ natürlich nicht fehlen dürfen. So sind insgesamt 172 Lieder im Jüdischen Vereinsliederbuch zu finden, der Großteil davon (140) in deutscher Sprache und nur 20 in Hebräisch. Neben „Ich bin Judäas Waffenschmied“ finden sich daher natürlich „O alte Burschenherrlichkeit“, „Burschen heraus“ bzw. „Jung Juda heraus“ bis hin zu „Heil Dir im Siegerkranz“.<sup>103</sup> Eine Analyse der jüdisch-nationalen Lieder zeigt, dass diese im Gegensatz zum romantischen deutschen Stu-

Materialien zum Studentenlied“, GDS-Archiv für Hochschulgeschichte und Studentengeschichte, Beiheft 13, SH-Verlag, Köln 2001, S. 121-126.

<sup>99</sup> Vgl. <https://svst.ch/publikationen/schweizer-kommersbuch/> [18.04.2019]

<sup>100</sup> Vgl. Kulturabteilung des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung (Hrsg.), a.a.O., S. 22f.

<sup>101</sup> Vgl. Seewann, Harald: „Mit Wort und Wehr für Judas Ehr!“ Jüdisch-nationale Studentenverbindungen als Wegbereiter des Zionismus“, in: Amt der NÖ Landesregierung (Hrsg.): „Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt“, Landesausstellung Schallaburg 28.05.-18.10.1992, Wien 1992, S. 170-182.

<sup>102</sup> Vgl. Wistrich, Robert S.: „Die Juden Wiens im Zeitalter Franz Josephs“, Übersetzung der englischen Originalausgabe von 1994 durch Marie-Theres Pitner, Wien 1999, S. 298.

<sup>103</sup> Vgl. Ausschuss der Jüdischen Turnerschaft (Hrsg.): „Jüdisches Vereins-Liederbuch“, 3. Auflage, Berlin 1911.

<sup>95</sup> Schneider, Klaus (Hrsg.): „FDJ-Studentenliederbuch 1987. Hrsg. zum Wartburgtreffen der FDJ-Studenten anlässlich des 170. Jahrestages des Wartburgfestes der deutschen Burschenschaften“, Berlin 1987, S. 5.

<sup>96</sup> Vgl. Haid, Gerlinde, a.a.O.

<sup>97</sup> Vgl. Schmied, Wilhelm, a.a.O., S. 6-9.

<sup>98</sup> Vgl. Gurtner-Kugler, René: „Zum Studentenlied in der Schweiz“, in: Lang, Raimund (Hrsg.): „Ergo cantemus. Texte und

dentelied „den Kampfesmut und die Unerschrockenheit der Makkabäer“ zum Ausdruck bringen. Dies zeigen äußerst plakativ die Bundes- und Farbenlieder der jüdischen Verbindungen:

AV Kadimah Wien: „[...] Jude, darfst nicht Sklave sein, du hattest Makkabäer, die süße Freiheit, sie sei dein, nichts sei, mein Volk, dir höher. Drum brich das Sklavenjoch entzwei, zertritt den Hohn der Welten. Wach auf, mein Volk, und mach dich frei in deinen eig'nen Zelten. [...]“

JAV Unitas Wien: „Auf, mein Volk, zu edlem Tun, zum Kampfe sei gerüstet, nimmer sollst du müßig ruh'n, solange den Feind gelüftet, dich, armes Volk, zu greifen an. Auf, Juda, auf! Steh' wie ein Mann! Ein tapf'res Heer für deine Ehr', kein Feind fürwahr besiegt dich dann. [...]“

JAV Zephira Wien: „[...] Das Band, um eure Brust geschlungen, erneu're unsern Freundschaftsbund. Und ist der Freiheitsruf erklungen, und schlägt sie, die Befreiungsstund', dann mög' der Zionsstern uns leiten, jedwed's Panier sei dann entrollt, wir woll'n vereint für Zion streiten, geführt vom Banner grün-rot-gold.“

JAV Barissia Prag: „[...] Und was in den vergangenen Tagen der Not die Väter im Herzen bewahrten, um was sie in Treue bis in den Tod trotz Leiden und Knechtschaft sich scharten, das wollen wir Jungen mit starker Hand dem Volke aufs neue erringen. Die Freiheit, die Ehre, das Vaterland, mit scharfen Waffen und Klingen. [...]“<sup>104</sup>

Im Baltikum hatten die jüdisch-nationalen/zionistischen Verbindungen ein eigenes Liederbuch: 1927 erschien in Riga das „KOMMERSBUCH“, herausgegeben wurde es vom Präsidium des KARTELLS ZIONISTISCHER KORPORATIONEN im Baltikum. Generell sollten die meisten jüdischen Verbindungen über ein eigenes Liederbuch verfügen,<sup>105</sup> erhalten sind jedoch nur

wenige, meist neuzeitliche Festprogramme von Kommersanten mit Liedtexten. So findet sich in der Festschrift zum 100. Stiftungsfest 1988 des schlagenden Wiener Akademischen Corps Marchia, einer paritätisch-liberalen Verbindung, die auch jüdische Studenten als Mitglieder aufnimmt, das dritte Lied „Steht ein Jungfux auf Mensur“ mit folgender 3. Strophe:

„Für des Burschen Stand' und Ehr', für die Burschenrechte,  
greife ich zum Märkerspeer, leg mich aus und fechte.

Mag dann auch im scharfen Gang mancher Hieb schon sitzen,  
ich steh noch einmal so lang, lass den Hieber blitzen!“

Bei diesem Kommers wurde einem ehemaligen „Märker“ das Band wieder verliehen, nachdem sich dieser als Angehöriger des sozialistischen Schutzbundes an den Februarkämpfen 1934 beteiligt hatte und wegen kommunistischer Betätigung bis zu seiner Ausbürgerung und erzwungenen Ausreise 1937 inhaftiert gewesen war, wodurch er auch aus der Marchia austreten musste: Heinrich Dürmayer, spanisch-republikanischer Bürgerkriegsveteran, Insasse der Konzentrationslager Flossenbürg, Auschwitz und Mauthausen, als Kommunist 1945 erster Chef der österreichischen Staatspolizei nach dem Krieg.<sup>106</sup> Norbert Leser kommentierte dies in der Furche: Es sei „angesichts des nahenden Endes [des Kommunismus] eine tröstliche Perspektive, Kappe und Band ins Grab nachgeworfen zu erhalten als Sichel und Hammer oder rote Blumen.“<sup>107</sup> Vier Jahre zuvor war Fritz Roubicek, 1936 Mitglied der jüdisch-akademischen Verbindung Unitas, nach dem Anschluss Österreichs Mitglied der Résistance in Frankreich, nach seiner Verhaftung dreiein-

halb Jahre politischer Häftling im KZ Auschwitz, zum Ehrenmitglied der Marchia ernannt worden. In der Festschrift von 1988 schreibt er als Rückblick: „Wer einmal in seiner Jugend Farben getragen hat, wer je einmal Budenluft schnupperte, wer je einmal auf dem Paukboden den hellen Klang der aneinander geschlagenen Klingen vernahm, wer je einmal an einer Kneiptafel in die Melodie eines alten Studentenliedes mit einstimmte, der ist mit dieser Lebensform rettungslos verhaftet, der kommt nie wieder von ihr los!“<sup>108</sup>

### 3.6 „Mädchenverbindungen“ und ihre Lieder

Als Ende des 19. Jahrhunderts Frauen erstmals zu Studien an Universitäten zugelassen wurden, löste dies keine Begeisterungstürme unter Professoren und den männlichen Studenten aus. Ähnlich sahen es die verschiedenen Studentenverbindungen und -verbände, wobei die nationalen bzw. schlagenden Korporationen dem Frauenstudium ablehnender gegenüberstanden als die konfessionell orientierten Verbindungen, die sich trotz Vorbehalten relativ schnell damit abfanden.<sup>109</sup> Eine Analyse der Verbindungs- und Verbandszeitschriften aus den Jahren 1895 bis 1914 zur Frauenfrage ergab, dass die Meinungen der Mitglieder durchaus auseinander gingen: „Sie reichen von der Nichtbeachtung über die Ablehnung und Bespöttelung bis zur Befürwortung.“ In einem waren sich jedoch alle Korporationen einig: Die Aufnahme von Studentinnen als aktive Mitglieder war unmöglich.<sup>110</sup> Die Folge war die

Gründung erster Studentinnenvereine, die sich bald zu nationalen Verbänden zusammenschlossen und ähnlich vielfältig waren wie die männlichen Kommilitonen: christlich, katholisch oder nicht konfessionell, national bis völkisch.<sup>111</sup> Die erste Verbindung war die 1899 in Bonn gegründete „Hilarias“ (in Deutschland sollten bis 1914 mehr als 60 weitere Verbindungen folgen), in Österreich 1912 der „Verein Deutscher Hochschülerinnen“ in Graz (Wahlspruch: „Gedenke, daß du eine deutsche Frau bist“), die erste Schülerverbindung eine freiheitlich orientierte „Arminia“ in Klosterneuburg, gefolgt vom „Deutsch-arischen Mädchenbund Freya“ in Hollabrunn.<sup>112</sup> Erwähnenswert sind auch jüdische weibliche Verbindungen, wie der „Verein zionistischer Studentinnen“ in Berlin (1918) oder der „Jüdisch-zionistische Studentinnen-Verein“ in Breslau (1919).<sup>113</sup> Mangels eigener Vorbilder orientierte man sich auch in Brauchtum und Erscheinungsbild an den männlichen Korporationen – und damit auch am Liedgut.

Schon früh findet man Lieder und Lieder-sammlungen, die speziell für Frauen verfasst wurden. Im „Kommersbuch der Wiener Studenten“ von 1890 findet man ein „Gaudeamus“ für die Züricher Studentinnen, das in einer eigenen Version der 1., 5. und 7. Strophe die Mädchen, Männer, Onkel, Verwandten und alten Männlein und schließlich gegen alle Zwigigkeiten Amor und Venus besingt<sup>114</sup> und gegenüber der „männlichen“ Originalfassung die entsagungsvolle Gebundenheit der Frau an Familie und Ehe betont.<sup>115</sup>

<sup>104</sup> Vgl. Seewann, Harald: „Zirkel und Zionsstern. Bilder und Dokumente aus der versunkenen Welt des jüdisch-nationalen Korporationsstudententums. Ein Beitrag zur Geschichte des Zionismus auf akademischem Boden“, Band 1, Graz 1990, S. 219, 222, 225.

<sup>105</sup> „Wie ich aus Erzählungen von Alten Herren – längst verstorben – dieser Korporationen weiß, hat wohl jede ihr eigenes Liederbuch gehabt; nur sind diese leider nicht mehr erhalten.“ Information von Prof. Harald Seewann, Mail vom 25.02.2019 an den Verfasser.

<sup>106</sup> Vgl. „Wiener Akademisches Corps Marchia 1888 1988“, Festschrift, Wien 1988.

<sup>107</sup> Vgl. Gehler, Michael: „... erhebe ich, wie üblich, die Rechte zum Gruß...“. Rechtskonservatismus, Rechtsextremismus und Neonazismus in österreichischen Studentenverbindungen von 1945 bis 1995“, in Gehler, Michael/Heiter, Dietrich/Kurth, Alexandra/Schäfer, Gerhard (Hrsg.): „Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften“, Frankfurt/Main 1997, S. 221.

<sup>108</sup> „Wiener Akademisches Corps Marchia 1888 1988“, a.a.O.

<sup>109</sup> Vgl. Heither, Dietrich: „Verbündete Männer. Die Deutsche Burschenschaft – Weltanschauung, Politik und Brauchtum“, Köln 2000, S. 136-138.

<sup>110</sup> Bias-Engels, Sigrid: „Rosenknospen ersticken im Wüstensande“ - Das Frauenstudium im Spiegel der studentischen Presse 1895 – 1914“, in: Schlüter, Anne/Kuhn, Annette (Hrsg.): „Lila Schwarzbuch. Zur Diskriminierung von Frauen in der Wissenschaft“, Düsseldorf 1986, S. 47.

<sup>111</sup> Vgl. Heither, Dietrich: „Verbündete Männer“, a.a.O., S. 140f.

<sup>112</sup> Vgl. Exner, Ernst: „Hier sind wir versammelt“, a.a.O., S. 147.

<sup>113</sup> Vgl. Schindler, Thomas: „Studentischer Antisemitismus und jüdische Studentenverbindungen 1880-1933“, Schriftenreihe der Studentengeschichtlichen Vereinigung des Coburger Convents, Heft 27, Nürnberg 1988, S. 229.

<sup>114</sup> Vgl. Gärdner, Petra: „Liebchen, nicht um Goldes Lohne...“. Frauen im Liedgut der Korporierten“, in: Lang, Raimund (Hrsg.): „Ergo cantemus. Texte und Materialien zum Studentenlied“, GDS-Archiv für Hochschulgeschichte und Studentengeschichte, Beiheft 13, SH-Verlag, Köln 2001, S. 65.

<sup>115</sup> Vgl. Probst-Effah, Gisela: „Gaudeamus igitur“ – Reflexionen über ein Studentenlied“, in: „ad marginem - Randbemerkungen zur Musikalischen Volkskunde“, Mitteilungen des Instituts für Musikalische Volkskunde an der Universität zu Köln, Nr. 76, Köln 2004, S. 5.

1910 erscheint schließlich das erste „Liederbuch für Studentinnen“ in Straßburg, die namentlich ungenannte Herausgeberin schreibt dazu in ihrem Vorwort: „Den Studentinnenvereinen fehlte es bis jetzt bei ihren geselligen Veranstaltungen an einem geeigneten Liederbuche. Diesem Mangel soll durch vorliegende Sammlung abgeholfen werden. Sie enthält in erster Linie die beliebtesten der in den einzelnen Vereinen gesungenen Originallieder, die meist von den eigenen Mitgliedern stammen und bisher nur handschriftlich oder auf losen Blättern gedruckt vorlagen.“<sup>116</sup> Auf 64 Seiten finden sich neben bekannten Kommers- und Volksliedern bemerkenswerterweise 24 junge Eigenkompositionen der Hilaritas Bonn, des Studentinnen-Vereins Breslau, der Organisation der Studentinnen-Heidelberg, des Studentinnen-Vereins Königsberg, des Vereins immatrikulierter Studentinnen Leipzig und des Vereins studierender Frauen Strassburg. Enthalten ist als textliche Abwandlung von „O alte Burschenherrlichkeit“ auch das Lied „O junge Mädchenherrlichkeit“, das bis heute für Diskussionen sorgt:

„O junge Mädchenherrlichkeit  
Welch neue Schwulitäten!  
Bezieht ihr alle weit und breit  
Die Universitäten!  
Vergebens spähe ich umher,  
Ich finde keine Hausfrau mehr!  
O jerum, jerum, jerum O quae mutatio rerum!  
Die Nähmaschin' bedeckt der Staub;  
Es sank der Herd in Trümmer;  
Der Kessel ward des Rostes Raub,  
Verblichen ist sein Schimmer.  
Die Wäsche gibt man aus dem Haus  
Und beizt mit Chlor die Flecken aus.  
Wo sind sie, die beim Kaffeekranz  
Nicht wankten und nicht rückten,  
Die ohn' Latein bei Scherz und Tanz  
Die Herr'n der Erd' entzückten?  
Jetzt komm'n sie ihnen ins Geheg  
Und wandern früh in das Kolleg.  
Da forscht mit glüh'ndem Angesicht

Die ein in Quellenschriften,  
Die andre Frauenrecht verfiicht,  
Und die hantiert mit Giften.  
Sie alle hat der Wissensdrang  
Hinaus gelockt aus altem Zwang.  
Hier beugt ein dunkler Lockenkopf  
Sich übers Corpus iuris,  
Die mit dem blonden Mozartzopf  
Forscht, was denn wohl die Ruhr ist.  
Wer silt die säum'ge Köchin aus?  
Wer flickt des Hausherrn alten Flaus?  
Ihr Jungfrau'n, diesen lust'gen Scherz  
Dürft ihr für Ernst nicht halten,  
Ihr wißt, ein echtes Burschenherz  
Kann nie für euch erkalten.  
Tragt Küchenschürz', tragt Doktorhut,  
Wir wissen, beides steht euch gut  
|: Und bleiben euch die Alten! :|  
Ihr Herren, diesen lust'gen Scherz  
Dürft ihr für Ernst nicht halten,  
Ihr wißt, im rechten Frauenherz  
Wird rechter Sinn stets walten:  
Die Küchenschürz' zum Doktorhut,  
Zum Amtsbarett der Fingerhut,  
|: Und so bleibt's doch beim Alten! :|<sup>117</sup>

Bei einem Festabend des „Vereins studierender Frauen“ in Berlin um 1920 ließen die weiblichen Festgäste das Lied „laut erschallen“, was zu medialem Echo führte und die „alte Burschenherrlichkeit“ zumindest journalistisch in Frage stellte.<sup>118</sup> In einer kürzlich erschienenen Publikation der Wiener Hochschülerschaft dagegen wird diese Parodie als antifeministische Umdichtung angeprangert, die die Wiederherstellung der patriarchalischen Geschlechterordnung zurückwünscht: „Wie um die Frauen an ihre „ursprüngliche“ Disposition zu erinnern, werden sie zu Beginn des Liedes – mit allen implizierten Konnotationen der Unmündigkeit des Begriffs – als „Mädchen“ angerufen, geschrumpft, um im weiteren Verlauf darzulegen, welche Rolle ihnen eigentlich zustünde: die der ungebildeten „Hausfrauen“, die die „Herren der Erde“ mit „Scherz und Tanz“ „entzücken“.“<sup>119</sup> Abgesehen davon,

**116** „Liederbuch für Studentinnen“, Straßburg 1910, S. 3.

**117** Ebenda, S. 38-40.

**118** Vgl. Gärdner, Petra, a.a.O., S. 65f.

**119** Fichter, Jelka: „Abgesang. Zum verbindungsstudentischen Liedgut“, in: HochschülerInnenschaft an der Universität Wien (Hrsg.): „Völkische Verbindungen. Beiträge zum deutschnationalen Korporationsunwesen in Österreich“, Wien

dass „Mädchen“ die offizielle Titulatur für ein studierendes Mitglied einer Studentinnen-„Mädchen“-Verbindung ist, wie der „Bursche“ bei den männlichen Verbindungen, lautet daher auch das Original „O alte Burschenherrlichkeit“ – und nicht „Männerherrlichkeit“.

Generell ist die Klassifizierung des ersten Studentinnen-Liederbuches in obiger Publikation als patriarchalische „Reaktion auf die Öffnung der Universitäten für Frauen“ schlichtweg falsch, da es sich in erster Linie um eine Liedersammlung der angeführten Studentinnen-Verbindungen handelt. Dass das Liederbuch keineswegs auf positive Resonanz seitens der männlichen Studierenden stieß, belegt eine Rezension in der „Münchner Akademischen Rundschau“: „Da es nun allein schon in Berlin etwa 700 Studentinnen gibt, so ist es kein Wunder, daß sie auch ihr eigenes Kommersbuch haben wollen. Ein solches ist eben bei J. H. Fr. Heitz in Straßburg unter dem Titel „Liederbuch für Studentinnen“ erschienen. Wir begeben uns natürlich mit großem Interesse an die Lektüre, um zu erfahren, was so eine flotte *studiosa* eigentlich mit ihren Kommilitoninnen singt, sind sie vereint zur guten Stunde. Nun, mit dem männlichen Kommersbuch verglichen, geht es in dem Liederbuch recht zahm her. Man merkt so recht, es ist ein lyrisches Produkt der Gegenwart, noch ein wenig zaghaft und geniert, schon weil jede Tradition fehlt. Die Liebe zum Beispiel, die im Lehrer Kommersbuch eine wichtige Rolle spielt, wird hier nach Kräften ignoriert.“<sup>120</sup>

Der „Schweizerische Bund abstinenter Mädchen Iduna“, gegründet 1911, brachte gemeinsam mit der „Abstinertenverbindung an den schweizerischen Mittelschulen Libertas“ und der „Schweizerischen Akademischen Abstinertenverbindung Libertas“ eigens für Studentinnen 1929 das „Liederbuch der Libertas-Iduna“ heraus.<sup>121</sup> Es sollten mehr als 50 Jahre vergehen, bis wieder eine Frau ein Kommersbuch herausgab:

2009, S. 206f. Fichter gibt als Herausgeber des „Liederbuch für Studentinnen“ fälschlicherweise Heitz an, J. H. Ed. Heitz (Heitz & Mündel) war aber eine Verlagsbuchhandlung samt Universitäts-Buchdruckerei in Straßburg.

**120** Gärdner, Petra, a.a.O., S. 68.

**121** Vgl. ebenda, S. 64f.

**122** Vgl. Gärdner, Petra/Krause, Peter/ Polnitzky, Gerhard: „Frau und Couleur. 1. Teil. Das Umfeld“, Beiträge zur Österreichischen Studentengeschichte Band 18, Wien 1989, S. 107f.

**123** Gärdner, Petra, a.a.O., S. 71f.

1982 veröffentlichte Ilse Fröhlich-Wenzelburger zur Erinnerung an ihren verstorbenen Vater und Großvater, die beide Mitglied der Burschenschaft Olympia Wien waren, in Mödling „Burschen heraus!“ mit 625 Liedern, 1987 erschien eine erweiterte 2. Auflage mit 854 Liedern. Die Liedauswahl ist mitunter etwas befremdlich für ein studentisches Liederbuch, neben zahlreichen Volksliedern finden sich auch „Hänschen klein“ oder „Wir fahren gegen Engelland“.<sup>122</sup>

Aktuell haben Mädchen- und Frauenkorporationen ähnlichen wie ihre männlichen Pendanten wenig neue Lieddichtungen zu bieten, die Liederbücher sind fast ident. Eine der wenigen Ausnahmen war ein Arbeitskreis für Lieder bei der Textiltechnischen Damenverbindung „Ferra Floris“ zu Münchberg & Hof, der anlässlich des 12. Stiftungsfestes im Oktober 1988 neue Strophen für „O junge Mädchenherrlichkeit“ präsentierte, die 5. Strophe lautet wie folgt:

„Ein Dutzend Töchter hat der Mann, doch keine  
häkeln, stricken,  
Ja nicht mal etwas kochen kann, geschweige  
denn was flicken.  
Der Papa, der hat zwölf Paar Schuh, doch  
keinen heilen Strumpf dazu!  
O jerum...“<sup>123</sup>

#### 4 Analyse ausgewählter Lieder

Aktuelle Diskussionen bieten Anlass zur gründlicheren Analyse mancher Studentenlieder. Eine ausgezeichnete Grundlage hierfür bieten die Werke von Professor Raimund Lang, der in seinem dreibändigen Werk „Intonas. Von studentischen Texten und Weisen“, 2018 neu aufgelegt als „Cantus – Hymne – Burschenlied. Vom Gesang der deutschen Studenten“, akribisch einzelne Lieder und deren Dichter bzw. Komponisten analysiert.

Vorauszustellen ist, dass die untersuchten Lieder teilweise über 200 Jahre alt sind. Hat man keine



Kenntnis über die Entstehungszeit, den historischen Hintergrund bis hin zur Sprachgeschichte, wird man auch die Lieder nicht verstehen können. Die folgenden Zeilen mögen dem Verständnis zuträglich sein.

#### 4.1 Auf Deutschlands hohen Schulen (Es lagen die alten Germanen)

(„Auf Deutschlands hohen Schulen da trinken des Gerstenweins altdeutsche Völkerscharen ein Glas und immer noch eins.

Die Bayern und Alemannen Westfalen und Friesen auch,

Thüringer, Sachsen und Franken sie folgen dem heiligen Brauch

Das ist altdeutsche Sitte in seiner Germania hat's Tacitus schon berichtet, hört zu, wie das geschah:)

An einem Sommerabend im Schatten des heiligen Hains,

da zechten die alten Deutschen auf beiden Ufern des Rheins

Und sieh, des Wegs von ferren ein Römer kam zu Fuss;

der sagte: „Meine Herren mein Nam' ist Tacitus.

Von Ihres Landes Sitten schreib' ich eine Biographie, drum wollte ich Sie bitten erklären Sie mir die!“

Die alten Deutschen schwiegen und reichten ihm den Krug;

er trank in kurzen Zügen rief bald: „Jetzt hab' ich genug.“

Da lachten die alten Deutschen auf beiden Ufern des Rheins

und liessen ihn spinnen und trinken ein Glas und immer noch eins.

Und als er am anderen Morgen sich seinen Kater besah,

da schrieb er aus Zorn und Rache in seine Germania:

„Es wohnen die alten Deutschen auf beiden Ufern des Rheins,

sie liegen auf Bärenhäuten und trinken immer noch eins“<sup>124</sup>

Der Jurist Wilhelm Ruer (1848-1932) dichtete 1871 als Student für die Bierzeitung der Leipziger Burschenschaft Dresdensia die vierte bis zehnte Strophe des obigen Liedes, die drei ersten Strophen sollen von dem späteren Mediziner Alexander Kunitz (1843-1907) stammen. Seine Verbreitung verdankt es den „Fliegenden Blättern“, in denen es etwas abgeändert und anonym im Juni 1872 erschien. Ruer wollte nach eigenen Angaben die euphorische Stimmung zur Zeit der Gründung des Deutschen Reiches in einem Kneippesang persifizieren und bezog sich auf die „Germania“ von Tacitus, in der die germanischen Trinksitten beschrieben werden. Als politische Anspielung auf die über Jahrhunderte wechselhafte Hoheitsgeschichte westrheinischer Gebiete kann die Formulierung, dass die alten Germanen an „beiden“ Seiten des Rheines lagen, gewertet werden, denn die damalige politische Doktrin sprach vom Rhein als „Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze“.<sup>125</sup> Das Lied wurde in den folgenden Jahrzehnten wiederholt umgeschrieben und erschien in unterschiedlichsten Versionen in fast allen gängigen Kommersbüchern.<sup>126</sup> Selbst Bücher und Liederbücher wurden danach benannt, wie z.B. das Liederbuch der Unitas-Frisia-Münster „Auf Deutschlands hohen Schulen. Liederhort deutscher Studenten“ oder „Auf Deutschlands hohen Schulen. Eine illustrierte kulturgeschichtliche Darstellung deutschen Hochschul- und Studentenwesens“ von Richard Fick. Im 20. Jahrhundert erreichten vor allem die Fassungen hohen Bekanntheitsgrad, die mit „Es lagen die alten Germanen“ beginnen und über Jahrzehnte mit zeitgenössischen Scherzversen erweitert wurden. Eine der bekanntesten Versionen ist folgende:

„Es lagen die alten Germanen zu beiden Ufern des Rheins,

Sie lagen auf Bärenhäuten und sofften immer noch eins.

Da trat in ihre Mitte ein Römer mit eitlen Gruß:

Heil Hitler, Ihr alten Germanen, ich bin der Tacitus.

Da hoben die alten Germanen zum deutschen Gruß die Hand:

Heil Tacitus, Bruder der Achse, Du bist uns artverwandt.

Nun trat in ihre Mitte ein alter Araberscheich, Der sprach zu den alten Germanen: Wann kehren wir heim ins Reich?

Da rief der Schah von Persien: Erst sind mal wir an der Reih,

Wir Indogermanen aus Asien, Verwandte von Goebbels und Ley.

Da sagten die alten Germanen, das machen wir doch gleich,

Ihr braucht nicht mehr lange zu warten, Dann kommt Ihr ins Großdeutsche Reich.

Da trat in ihre Mitte der Bock von Babelsberg, Er hatte ne große Klappe von Wuchs war er ein Zwerg.

Er sprach zu den alten Germanen und grüßte mit „Sieg Heil“,

Da wurden die alten Germanen mit einem Male so ...lustig.

Es lagen die alten Germanen zu beiden Ufern des Rheins,

Sie lagen auf Bärenhäuten und sofften immer noch eins,

Sie sofften noch zwei, noch drei, noch vier, Sie sofften unendlich viel Lagerbier,

Sie sofften noch fünf, noch sechs noch sieben, noch acht:

Sie sofften die ganze Nacht.“<sup>127</sup>

Mit „Bock von Babelsberg“, den Filmstudios bei Berlin, ist Joseph Goebbels gemeint, der bekanntermaßen hinter den Schauspielerinnen „wie ein geiler Bock“ her war, daher auch der angedeutete Reim auf „Sieg Heil“. Diese Version soll im Kreise der Katholischen Studentenvereinigung Monasteria (heute KStV Markomania im KV) in Münster entstanden sein, die sich 1939, nach dem

Verbot und Auflösung aller Studentenverbindungen, als Gegenpol zum NS-Studentenbund im Untergrund gegründet hatte: „Wir Abiturienten des Jahrganges 1939, die wir vom Elternhaus und von der Schule her nicht mit dem nationalsozialistischen Gedankengut infiziert waren und uns als Gegner des NS-Wesens fühlten und gaben, konnten uns eine Studienzeit im Zwang eines NS-Studentenbundes nicht vorstellen.“<sup>128</sup> So wurde einmal mehr studentisches Liedgut als politischer Protest im 3. Reich eingesetzt.

In einer ähnlichen Version wurde es auch in das „Österreichische Kommersbuch“ von 1984 aufgenommen, wobei hier u.a. statt dem Schah von Persien und dem Bock vom Babelsberg General de Gaulle und „Genosse Molotow“ auftreten. Laut Fußnote wurde diese Fassung dem Jugendliederbuch des Franziskanerordens „Der Bettelmusikant“ entnommen, weiter heißt es dort: „Dieser parodistische Text zur älteren Melodie bespöttelt übertriebene Deuschtümelei, insbesondere Nazismus und Rassenlehre.“<sup>129</sup> Ins Kommersbuch von 2015 wurde diese Version nicht mehr übernommen, sondern allein die Urfassung „Auf Deutschlands hohen Schulen“ belassen, um zu vermeiden, dass ein und dasselbe Lied in zwei Varianten erscheint.<sup>130</sup>

Abscheuliche „Neudichtungen“ fanden sich im Jänner 2018 in einem 1997 in dritter Auflage erschienenen Liederbuch der pennalen Burschenschaft Germania zu Wiener Neustadt. Auf Seite 182 findet man die Strophen „Da trat in ihre Mitte der Jude Ben Gurion: „Gebt Gas, ihr alten Germanen, wir schaffen die siebte Million.““ bzw. „Da schritt in ihre Mitte ein schlitzäugiger Chines: „Auch wir sind Indogermanen und wollen zur Waffen-SS.““<sup>131</sup> Abgesehen vom widerwärtigen Inhalt konterkarieren diese Strophen die Tradition des Liedes, das seit seiner Entstehung gegen jede chauvinistische Verherrlichung des Deuschtums gedacht war. Dafür spricht auch, dass es in keinem der zahllosen Liederbücher der NSDAP oder seiner Formationen zu

<sup>124</sup> <https://www.volksliederarchiv.de/auf-deutschlands-hohen-schulen/> [19.04.2019]

<sup>125</sup> Vgl. Lang, Raimund: „Cantus“, Band III, a.a.O., S. 228f.

<sup>126</sup> Im „Liederbuch für deutsche Studenten“ beginnt die 2. Strophe: „Germanen und Alemannen, der heilige Wingolf auch“. Hirth, Fritz (Hrsg.): „Liederbuch für deutsche Studenten“, 13. Auflage, Wien/ Neutitschein o.J., S. 59. Der idente Text findet sich bei Eduard Kremser (Hrsg.), a.a.O., S. 16-19. Im Allgemeinen Deutschen Kommersbuch ist es nicht in allen Ausgaben enthalten, in der aktuellen 166. Auflage sehr wohl (2013, S. 631).

<sup>127</sup> [www.volksliederarchiv.de/es-lagen-die-alten-germanen-heil-hitler/](http://www.volksliederarchiv.de/es-lagen-die-alten-germanen-heil-hitler/) [19.04.2019]

<sup>128</sup> [www.markomannenwiki.de/index.php?title=KStV\\_Monasteria\\_M%C3%BCnster](http://www.markomannenwiki.de/index.php?title=KStV_Monasteria_M%C3%BCnster) [19.04.2019]

<sup>129</sup> Mittelschüler-Kartell-Verband der katholischen farbentragenden Studentenkorporationen Österreichs (MKV) namens des Cartellverbandes katholischen österreichischen Studentenverbindungen (ÖCV) und des Akademischen Bundes der katholischen österreichischen Landsmannschaften (K.ö.L.) (Hrsg.): „Das Österreichische Kommersbuch. Liederbuch der katholischen Couleurstudenden in Österreich“, Innsbruck 1984, S. 346.

<sup>130</sup> Lang, Raimund: „Umstrittene“ Lieder“, a.a.O., S. 3f.

<sup>131</sup> [www.falter.at/archiv/wp/wir-schaffen-die-siebte-million](http://www.falter.at/archiv/wp/wir-schaffen-die-siebte-million) [19.04.2019]

finden ist. Das betreffende Liederbuch der Germania dagegen kann man nun im Haus der Geschichte in der Neuen Burg beäugen.<sup>132</sup>

#### 4.2 Schwört bei dieser blanken Wehre

Schwört bei dieser blanken Wehre, schwört, ihr Brüder, allzumal:  
Fleckenrein sei unsre Ehre, wie ein Schild von lichtem Stahl.  
Was wir schwuren, sei gehalten treulich bis zur letzten Ruh!  
|: Hört's, ihr Jungen, hört's, ihr Alten, Gott im Himmel, hör's auch du! :|  
Freiheit, duft'ge Himmelsblume, Morgenstern nach banger Nacht!  
Treu vor deinem Heiligtume stehn wir alle auf der Wacht.  
Was erstritten unsre Ahnen, halten wir in starker Hut;  
|: Freiheit schreibt auf eure Fahnen, für die Freiheit unser Blut! :|  
Vaterland, du Land der Ehre, stolze Braut mit freier Stirn!  
Deinen Fuß benetzen Meere, deinen Scheitel krönt der Firn,  
laß um deine Huld uns werben, schirmen dich in unsrer Hand;  
|: dein im Leben, dein im Sterben, ruhmbekröntes Vaterland! :|  
Schwenkt der Schläger blanke Klingen, hebt die Becher, stoßet an!  
Unser Streben, unser Ringen, aller Welt sei kundgetan.  
Laßt das Burschenbanner wallen, haltet's hoch mit starker Hand,

|: brausend laßt den Ruf erschallen: Ehre, Freiheit, Vaterland! :|<sup>133</sup>

Das 1880 von Max Breitenstein herausgegebene „Commersbuch der Wiener Studenten“ enthält wie oben beschrieben neben zahlreichen klassischen Studentenliedern Neuschöpfungen aus einem parallel zur Redaktion des Kommersbuches veranstalteten Preisausschreibens der Wiener Studentenzeitung „Alma Mater“.<sup>134</sup> Den 1. Preis gewann „Schwört bei dieser blanken Wehre“ von Rudolf Baumbach, das rasch große Beliebtheit erlangte und heute als „das“ Lied der national-freieitlichen Burschenschaften gilt.<sup>135</sup>

Zur Genese: Der in Thüringen geborene Schriftsteller Rudolf Baumbach studierte Naturwissenschaften in Leipzig und trat dort der Landsmannschaft Lipsia bei. Er wechselte 1863 nach Würzburg und promovierte schließlich 1864 in Heidelberg. Aus finanziellen Gründen arbeitete er in der Folge als Hauslehrer in Graz, Brünn und ab 1870 in Triest. Dort begründete er mit der Zeitschrift „Enzian – Ein Gaudeamus für Bergsteiger“ seine journalistische und schriftstellerische Tätigkeit.<sup>136</sup> 1878 veröffentlichte er „Lieder eines fahrenden Gesellen“ mit dem Gedicht „Die Lindenwirtin“, das in der Vertonung von Franz Abt zu einem der bekanntesten Kommerslieder werden sollte.<sup>137</sup> Baumbach nannte sein Preislied 1879 ursprünglich „Oesterreichisches Studentenlied“, die Melodie stammt vom Militärrichter und späteren Generalchefauditor Johann (Hanns) Treidler, dem Chormeister des Akademischen Gesangsvereins.<sup>138</sup>

In dem Lied wird der Wahlspruch der Urburschenschaft besungen: Ehre, Freiheit, Vaterland!

**132** <https://kurier.at/kultur/das-haus-der-geschichte-ein-kleiner-problembaer/400062923> [19.04.2019]

**133** Lang, Raimund: „Cantus – Hymne – Burschenlied. Vom Gesang der deutschen Studenten“, Band II, „Historia Academica. Schriftenreihe der Studentengeschichtlichen Vereinigung des Coburger Convents“, Band 54, Würzburg 2018, S. 269.

**134** 403 Lieder wurden eingereicht: „262 stammen aus Oesterreich, und zwar betheiligte sich Wien mit 125, Prag mit 47, Graz mit 17, die übrigen Hochschulstädte sowie sonstiges Inland mit 73 Liedern. Auch Deutschlands Hochschulen beteiligten sich recht lebhaft, so Berlin mit 26, Dresden mit 15, Leipzig mit 5, im Ganzen mit 112 Stück, außerdem noch die Schweiz mit 13 Stück, das andere Ausland mit 16 Stück.“ Breitenstein, Max (Hrsg.): „Commersbuch der Wiener Studenten“, 3. Auflage, Wien 1890, S. X.

**135** Vgl. Haid, Gerlinde, a.a.O.

**136** Vgl. Lang, Raimund: „Intonas II. Von studentischen Texten und Weisen“, Tradition und Zukunft Band IV, Wien 1998, S. 200.

**137** Baumbach, Rudolf: „Lieder eines fahrenden Gesellen“, Leipzig 1878, S. 13f.

**138** Vgl. Lönnecker, Harald: „Das Burschenschaftlied“, Frankfurt am Main 2003, S. 7 Fußnote 22.

Jedem dieser Begriffe ist eine Strophe gewidmet, die Schlusstrophe mit dem gesamten Wahlspruch bildet den Höhepunkt.<sup>139</sup> In der dritten Strophe ist das einleitende Wort „Oesterreich“ Originaltext, nicht „Vaterland“, mit dem „Meer“ ist vom Wahl-Triestiner wohl die Adria gemeint.<sup>140</sup> Trotz des urburschenschaftlichen Charakters erkannten die österreichischen Burschenschaftler anfangs das Lied als auch das Wiener Kommersbuch selbst nicht an, da „der Wiener Akademische Gesangsverein und mit ihm die Wiener Corps verjudet waren“. Die Burschenschaftler im Deutschen Reich sahen das anders, tauschten „Österreich“ durch „Vaterland“ aus und erhoben es zum „Bannerlied“. So wurde aus einem von einem Landsmannschafter gedichteten und in einem corpsstudentischen Kommersbuch publizierten Lied ein „Burschenschaftlied“ (als solches unter dem Titel „Ehre, Freiheit, Vaterland“), das heute auch an katholischen Kommerstafeln gern gesungen wird. Der martialische Wafenschwur in dem Lied führt heutzutage jedoch immer wieder zu Kritik, dazu kommt der strapazierte Begriff der „Ehre“. Doch wird schon in einer 1987 in der DDR erschienenen Publikation betont: „Die Verszeilen beschwören patriotische Tugend und Wehrhaftigkeit, ohne in nationalistische Aggressivität oder chauvinistische Überheblichkeit zu entgleiten.“<sup>141</sup> Außerdem liegt die Vermutung nahe, dass viele Kritiker nicht wissen, dass das Lied seine Entstehung der Betonung auf das österreichische Studentenlied entgegen den „deutschen“ Burschenschaftlern verdankt.<sup>142</sup>

Eine nationale Umdichtung musste das Lied jedoch erleiden: Im schon erwähnten „Burschen heraus! Liederbuch der deutschen Studenten“ von Gustav Scheel findet sich auf Seite 330 eine teilweise Umtextung unter dem Titel „Burschenprobe“: Die erste Strophe beginnt mit „Burschen, schwört bei eurer Wehre“, die dritte mit „Deutsches Land, du Land der Ehre“, die vierte Strophe erstaunlich weniger martialisch mit „Auf ihr Burschen, laßt es klingen! Hebt die Becher, stoßet an! Unser Kämpfen, unser Ringen“.<sup>143</sup>

**139** Lang, Raimund: „Umstrittene“ Lieder“, a.a.O., S. 7f.

**140** Vgl. Breitenstein, Max (Hrsg.), a.a.O., S. 6.

**141** Vgl. Lang, Raimund: „Cantus“, Band II, a.a.O., S. 273-275.

**142** Vgl. Lönnecker, Harald: „Das Burschenschaftlied“, a.a.O., S. 6.

**143** Lang, Raimund: „Cantus“, Band II, a.a.O., S. 274, Fußnote 6.

**144** Information von Raimund Lang, Mail an den Verfasser vom 20.04.2019.

Es sollte jedoch Jahrzehnte dauern, bis in den österreichischen Kommersbüchern „Vaterland“ wieder durch das originale „Österreich“ ersetzt wurde. Mit einer Ausnahme – im „Ostmark-Liederbuch“ der K.Ö.St.V. Nordgau Laa im MKV von Matthias Kottek aus dem Jahr 1926 findet sich „Österreich“ – wird stets „Vaterland“ verwendet. Die Begründung dafür ist einfach: Man wusste es nicht besser, die Genese des Liedes war noch nicht erforscht.<sup>144</sup> So wird in den Kommersbüchern der katholischen Verbände, im „Gaudeamus“ von 1952 und in den Österreichischen Kommersbüchern von 1965 und 1984 „Vaterland“ verwendet, zuletzt „falsch“ im „kleinen“ Gaudeamus von 1999. Erstmals in der Zweiten Republik finden wir „Österreich“ 2004 im „Pereat tristitia“, dem Liederbuch der katholischen Salzburger Hochschulverbindungen, sowie ab 2006 in allen Auflagen des „Kleinen österreichischen Kommersbuchs“ wie auch im aktuellen „Großen Österreichischen Kommersbuch“ von 2015.

#### 4.3 Wenn alle untreu werden

Wenn alle untreu werden, so bleiben wir doch treu,  
daß immer noch auf Erden für euch ein Fähnlein sei.  
|: Gefährten unsrer Jugend, ihr Bilder bess'rer Zeit,  
die uns zu Männertugend und Liebestod geweiht. :|  
Wollt nimmer von uns weichen, uns immer nahe sein,  
treu, wie die alten Eichen, wie Mond und Sonnenschein!  
|: Einst wird es wieder helle in aller Brüder Sinn,  
sie kehren zu der Quelle in Lieb und Reue hin. :|  
Es haben wohl gerungen die Helden dieser Frist,  
und nun, der Sieg gelungen, übt Satan neue List.  
|: Doch wie sich auch gestalten im Leben

mag die Zeit,  
du sollst uns nicht veralten, o Traum der  
Herrlichkeit. :|

Ihr Sterne seid uns Zeugen, die ruhig nieder-  
schaun,

wenn alle Brüder schweigen und falschen  
Götzen traun:

|: Wir wolln das Wort nicht brechen, und  
Buben werden gleich,

wolln predigen und sprechen vom heil'gen  
deutschen Reich! :|<sup>145</sup>

Dieses Lied steht nunmehr seit Jahren wieder-  
holt in der medialen Kritik, hartnäckig hält sich  
das Gerücht, es handle sich bei dem Lied um ein  
„SS-Lied“. Die Geschichte des Liedes zeichnet je-  
doch ein anderes Bild.

August Wilhelm Schlegel von Gottleben  
und Ludwig Tieck gaben 1802 in Tübingen den  
„Musen-Almanach für das Jahr 1802“ heraus. In  
diesem finden sich auf den Seiten 189 bis 204 sie-  
ben geistliche Lieder, verfasst unter dem Pseud-  
onym „Novalis“. Das sechste Lied auf Seite 200  
beginnt mit den Worten „Wenn alle untreu wer-  
den, So bleib' ich dir doch treu“. <sup>146</sup> Novalis, im  
bürgerlichen Namen Georg Philipp Friedrich  
von Hardenberg, schrieb diese Lieder im Som-  
mer 1799 für ein künftiges neues protestantisches  
Gesangsbuch. Die Veröffentlichung sollte er nicht  
mehr erleben, er verstarb am 25. März 1801 an  
einem Blutsturz infolge seiner Tuberkulose. Der  
Philosoph und Frühromantiker wollte nicht nur  
ein bedingungsloses Treuebekenntnis zu Jesus  
Christus, sondern auch dessen beispielhafte Treue  
zum Ausdruck bringen. Franz Schubert verton-  
te schon 1819 diese Strophen als „Hymne III“,  
seinem Beispiel folgten Joseph von Rheinberger,  
Carl Loewe und zuletzt Simon Stockhausen. Gott-  
lob Ferdinand Maximilian Gottfried von Schen-  
kendorf, einer der bedeutendsten Lyriker der  
Befreiungskriege, säkularisierte die ersten beiden  
Zeilen von Novalis 1814 in seinem Lied „Erneu-  
ter Schwur“ und widmete dieses seinem Vorbild  
Johann Friedrich Ludwig Christoph Jahn, bekannt

als „Turnvater Jahn“. <sup>147</sup> Schenkendorf mahnte die  
Treue an die Ideale des gegen Napoleon gegrün-  
deten „Tugendbundes“, der „Gesellschaft zur Ue-  
bung oeffentlicher Tugenden“, an, der sich 1808  
als Keim der preußischen Reformen und der Be-  
freiungskriege gebildet hatte. Er warnte vor einer  
ähnlichen Restauration wie in Frankreich, die bald  
durch den Wiener Kongress bestätigt werden soll-  
te, sein Lied transportiert die Aufbruchsstimmung  
vor der Gründung der Jenaer Urburschenschaft  
von 1815. <sup>148</sup> Es wurde in kürzester Zeit äußerst  
populär und neben „Freiheit, die ich meine“ zu  
seinem bekanntesten Lied.

„Wenn alle untreu werden“ findet sich daher  
in der Folge nicht nur in fast allen studentischen  
Kommersbüchern, sondern in zahlreichen Lieder-  
büchern unterschiedlichster Couleur des 19. und  
20. Jahrhunderts, exemplarisch zu nennen etwa  
in den folgenden von Turnern, Eisenbahnbeam-  
ten, Pfadfindern, der Kirche etc.: „Liederbuch für  
die Vereine der Staatsbahn-Civil-Supernumerare“,  
Cöln 1885, S. 205f; „Deutsche Vaterlandslieder“,  
2. Auflage, Leipzig o.J. (1915), S. 30f; „Liederbuch  
für die Deutschen in Oesterreich“, 3. Auflage,  
Wien 1884, S. 353, bzw. 5. Auflage, Wien 1905,  
S. 355f; „St. Georg. Liederbuch deutscher Jugend.  
Lieder am Feuer“, Plauen 1931, S. 33; „Liederbuch  
für deutsche Studenten“, 13. Auflage, Wien/ Neu-  
titschein o.J. (um 1895), S. 42f, bzw. „Liederbuch  
für deutsche Studenten und Turner“, 25. Auf-  
lage, Wien/ Neutitschein 1906, S. 58f; „Edelweiß.  
Liederbuch für Österreichs katholische Jugend“,  
5. Auflage, Graz/Wien 1923, S. 31f; „Liederbuch  
der christlich-deutschen Turnerschaft Öster-  
reichs.“, Wien 1925, S. 40, bzw. Wien 1927, S. 236,  
bzw. Wien 1931, S. 51. <sup>149</sup>

Man wird es mit Sicherheit nicht als Schen-  
kendorfs Absicht oder Schuld bezeichnen können,  
wenn sein „Schwur“ über 100 Jahre später im  
nationalsozialistischen Deutschland missbraucht  
wurde. Seine Wortwahl, sein lyrisches Talent und  
vor allem die Vermischung von Politik und Reli-  
gion schufen jedoch Verse, die starke Bilder ent-

wickeln und transportieren konnten <sup>150</sup> – ideal für  
totalitäre Systeme wie das Dritte Reich, das diese  
mit offenen Armen für sich zu instrumentalisie-  
ren suchte.

Ein wichtiger Aspekt dabei ist natürlich die  
Melodie: Durch seine Vertonung nach der be-  
kannten französischen Jagd- bzw. Volksweise  
von 1724 „Pour aller à la chasse faut être mati-  
neux“ wurde der „Erneute Schwur“ zu einem  
gängigen vaterländischen Volkslied. Derselben  
Melodie bediente sich Joseph von Eichendorff  
für sein „Wanderlied der Prager Studenten“ in  
seiner spätromantischen Novelle „Aus dem Le-  
ben eines Taugenichts“. Populär blieb die Melo-  
die auch durch das oben erwähnte Trinklied „Auf  
Deutschlands hohen Schulen“. In den 1920er  
Jahren unterlegte Walther Hensel, eine der Leit-  
figuren der Jugendsingbewegung, Schenkendorfs  
Text mit der Melodie von „Het Wilhelmus“, der  
„Geusenhymne“, und brachte das Lied so in die  
bündische Jugend und in weiterer Folge in die Lie-  
derbücher von HJ, BDM und anderer Teilorgani-  
sationen der NSDAP. <sup>151</sup> Letzteres war sicher nicht  
seine Intention, denn Hensel lehnte die NSDAP  
ab, bekannt ist sein Ausspruch, „das Horst-Wes-  
sel-Lied sei musikalisch wertlos“. <sup>152</sup>

Dass gerade die Schutzstaffel der NSDAP (SS)  
mit ihrem Wahlspruch „Meine Ehre heißt Treue“  
dieses Lied zu seinem Treuelied machte, ist we-  
nig verwunderlich, der Wahlspruch könnte auch  
als Titel des Liedes dienen. Umso interessanter ist  
es, wenn dieses Lied als Mittel des Widerstands  
genutzt wurde: Heinrich Böll beschreibt 1981 in  
seinem autobiographischen Roman „Was soll aus  
dem Jungen bloß werden“, wie er während seiner  
Gymnasialzeit mit seinem Freund und Banknach-  
barn Caspar Markard während eines NS-Schu-  
lungslagers für zwei Oberstufenklassen verschie-  
dener Schulen in Ludweiler mit der Hitlerjugend  
in eine Konfrontation geriet: Als diese abends  
in einer Jugendherberge das Horst-Wessel-Lied

„grölte“, konterten Böll und Markard mit „Wenn  
alle untreu werden“ und wurden daraufhin von  
der HJ bedroht. <sup>153</sup>

Zwei fundamentale Unterschiede gibt es je-  
doch: Die SS verwendete die „originale französi-  
sche“ Melodie und nicht die der Geusenhymne  
für sein „Treuelied“, worauf in anderen Liederbü-  
chern dezidiert hingewiesen wird, wie im Lieder-  
buch der Hitlerjugend „Als Treuelied der SS wird  
Schenkendorfs Dichtung nach der Weise des Lie-  
des „Nach Süden nun sich lenken“ gesungen.“ <sup>154</sup>  
oder des RAD: „Treuelied der SS, allerdings auf  
eine andere, eine französische Weise gesungen.“ <sup>155</sup>  
Und die SS sang stets nur die 1., 2. und 4. Stro-  
phe, während alle anderen Parteiformationen aus-  
nahmslos alle vier Strophen sangen.

#### 4.4 Liederbücher der NSDAP und ihrer Organisationen – ein Vergleich

Die simple Kernfrage der aktuellen Diskussion  
um historische Lieder lautet wohl wie folgt: Welche  
Lieder darf man heute nicht mehr singen? Die Be-  
gründung dafür ist ebenso simpel: Da gewisse Lieder  
von der NSDAP oder einer ihrer Teil- und Unter-  
organisationen verwendet wurden, sind diese Lieder  
zu verbieten. Als Grundlage dienen die Liederbü-  
cher dieser Organisationen, aufgrund der mehr oder  
weniger prominenten Platzierung in den Büchern  
scheint sich die Relevanz des Liedes abzuleiten.

In der folgenden Tabelle wird daher untersucht,  
welche der oben beschriebenen, in der aktuellen  
Debatte vorrangig genannten Lieder in welchen  
Liederbüchern der NSDAP und der Deutschen  
Wehrmacht wo vorkommen. Textlich ist nur eine  
Änderung ersichtlich: Statt „alten Eichen“ wird  
stets „deutschen Eichen“ verwendet.

**Folgende Liederbücher wurden hierzu  
analysiert:**

Breuer, Franz Joseph (Hrsg.): „Das neue Sol-  
daten-Liederbuch. Die bekanntesten und meist-  
gesungenen Lieder unserer Wehrmacht“, Text-

<sup>145</sup> Lang, Raimund: „Cantus“, Band III, a.a.O., S. 142f.

<sup>146</sup> Vgl. Schlegel, August Wilhelm/Tieck, Ludwig: „Musen-Almanach für das Jahr 1802“, Tübingen 1802, S. 189-204.

<sup>147</sup> Vgl. Lang, Raimund: „Cantus“, Band III, a.a.O., S. 144-148.

<sup>148</sup> Vgl. Lang, Raimund: „Umstrittene Lieder“, a.a.O., S. 9f.

<sup>149</sup> Alle genannten Liederbücher sind im Quellenverzeichnis detailliert angeführt.

<sup>150</sup> Vgl. Schulz, Gerhard: „Die deutsche Literatur zwischen Französischer Revolution und Restauration. Zweiter Teil. Das Zeitalter der Napoleonischen Kriege und der Restauration 1806–1830“, München 1989, S. 67.

<sup>151</sup> Vgl. Lang, Raimund: „Cantus“, Band III, a.a.O., S. 149-151.

<sup>152</sup> <http://www.walther-hensel-gesellschaft.de/ueber-walther-hensel/helmut-janku-ueber-walther-hensel.html> [21.04.2019]

<sup>153</sup> [www.zeit.de/1981/36/was-soll-aus-dem-jungen-bloss-werden/seite-15](http://www.zeit.de/1981/36/was-soll-aus-dem-jungen-bloss-werden/seite-15) [21.04.2019]

<sup>154</sup> Reichsjugendführung (Hrsg.): „Unser Liederbuch. Lieder der Hitlerjugend“, 3. Auflage, München 1939, S. 30.

<sup>155</sup> Scheller, Thilo (Hrsg. im Auftrag des Reichsarbeitsführers): „Singend wollen wir marschieren... Liederbuch des Reichsarbeitsdienstes“, 5. Auflage, Leipzig o.J. (1940), S. 19.

buch mit Melodien, Band I, II und III, Mainz o.J. (1938–1941).

Die Deutsche Arbeitsfront (Hrsg.): „Wir wandern und singen! Liederbuch der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, München/Berlin o.J. (1935).

Hochmuth, Paul (Hrsg.): „Sturm- und Kampf-Lieder für Front und Heimat“, Textsammlung, Berlin 1940.

Kulturamt der Reichspropagandaleitung (Hrsg.): „Liederbuch der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“, 35. Auflage, München 1938.

Kulturamt der Reichspropagandaleitung (Hrsg.): „Liederbuch der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“, 53. Auflage, München 1941.

Lorenz, Ferdinand/ Strube, Adolf (Hrsg.): „Handbuch für die Singleiter der Wehrmacht“, Leipzig o.J. (1940).

Oberkommando des Heeres (Hrsg.): „Kame-

radschaft im Lied. Chorbuch für Front und Heimat 1944“, Leipzig/Köln 1944.

Rasse- und Siedlungshauptamt SS (Hrsg.): „SS-Liederbuch“, München o.J.

Reichsjugendführung (Hrsg.): „Unser Liederbuch. Lieder der Hitlerjugend“, 3. Auflage, München 1939.

Reichsjugendführung (Hrsg.): „Wir Mädels singen. Liederbuch des Bundes Deutscher Mädels“, 2. Ausgabe, Wolfenbüttel und Berlin 1938.

Scheller, Thilo (Hrsg. im Auftrag des Reichsarbeitsführers): „Singend wollen wir marschieren... Liederbuch des Reichsarbeitsdienstes“, 5. Auflage, Leipzig o.J. (1940).

Winterhilfswerk des Deutschen Volkes 1942/43 (Hrsg.): „Das deutsche Lied“, 6 Hefte, o.O. 1942/43.

Wolf, Carl (Hrsg. im Auftrag des Nationalsozialistischen Lehrerbundes): „Die Fahne der Gemeinschaft. Die Pflichtlieder des NSLB“, München 1937.

Liederbuch	Wenn alle untreu werden	Auf Deutschlands hohen Schulen	Schwört bei dieser blanken Wehre	Anmerkungen
Breuer: Soldaten-Liederbuch	Band 3 Seite 32f	nein	nein	interessanterweise erst im 3. Band
DAF: Liederbuch der NS-Gemeinschaft „KdF“	Seite 17f	nein	nein	
Hochmuth: Sturm- und Kampf-Lieder	Seite 38	nein	nein	
Reichspropagandaleitung: Liederbuch NSDAP 1938	Seite 15	nein	nein	im Kapitel „Unsere Hymnen“
Reichspropagandaleitung: Liederbuch NSDAP 1941	Seite 38	nein	nein	nicht wie 1938 bei den Hymnen sondern im Kapitel „tag der Machtübernahme“
Lorenz: Handbuch für die Singleiter der Wehrmacht	nein	nein	nein	keine Erwähnung, obwohl „Die Fahne hoch“ und Lieder der HJ und des RAD enthalten sind
OKW: Kameradschaft im Lied	Seite 22	nein	nein	
SS: SS-Liederbuch	Seite 13	nein	nein	nur 1., 2., 4. Strophe

Reichsjugendführung: Lieder der HJ	Seite 29f	nein	nein	
Reichsjugendführung: Liederbuch des BDM	Seite 23	nein	nein	
Scheller: Liederbuch des RAD	Seite 19	nein	nein	
WHW: Das deutsche Lied	Heft 4 „Feierlieder“ Seite 2f	nein	nein	interessanterweise nicht in Heft 2 „Lieder der Bewegung“ von SA und SS, sondern in Heft 4
Wolf: Die Pflichtlieder des NSLB	nein	nein	nein	

Fazit: Die Lieder „Auf Deutschlands hohen Schulen“ und „Schwört bei dieser blanken Wehre“ finden sich in keinem einzigen nationalsozialistischen Liederbuch, es ist kein NS-Bezug gegeben. Etwaige moderne „Zusatzstrophen“ höchst fragwürdigen Inhalts sind davon natürlich ausgenommen, dies kann aber, wie die Erfahrung zeigt, jedes Lied treffen.

Dagegen ist „Wenn alle untreu werden“ mit zwei Ausnahmen in allen Liederbüchern enthalten, wobei es nur im Liederbuch der SS mit der Melodie abgedruckt ist, wie sie auch im Farbstudententum verwendet wird, aber ohne seine 3. Strophe.

Eine breitere Analyse obiger Liederbücher zeigt, dass in diesen abseits spezieller „Lieder der Bewegung“ der NSDAP großteils auf traditionelle Volks-, Heimat- und Soldatenlieder zurückgegriffen wird. Neben „Innsbruck, ich muss Dich lassen“, zu finden im SS-Liederbuch (S. 129), Liederbuch des BDM (S. 142) und der Wehrmacht (S. 326f), seien exemplarisch die folgenden beiden

Lieder herausgegriffen, die mit einer besonderen Häufigkeit vertreten sind:

„Es lebt der Schütze froh und frei“ ist ein vermutlich im 19. Jahrhundert entstandenes Soldatenlied aus der Steiermark, Verfasser von Text und Melodie sind unbekannt. Das Lied wird noch heute im ländlichen alpinen Raum gerne und häufig gesungen.

Breuer: Soldaten-Liederbuch Band 1 Seite 18f  
Reichspropagandaleitung: Liederbuch NSDAP 1938 Seite 106-108

Reichspropagandaleitung: Liederbuch NSDAP 1941 Seite 184-186

OKW: Kameradschaft im Lied Seite 137  
SS: SS-Liederbuch Seite 48f

Scheller: Liederbuch des RAD Seite 69f  
„Wann wir schreiten Seit’ an Seit“, Lied der Arbeiterbewegung („2. Hymne der SPD“), erschien 1933 im vom Reichsjugendführer Baldur von Schirach persönlich herausgegebenen Liederbuch der Hitlerjugend „Blut und Ehre“. Worte 1914 von Hermann Claudius<sup>156</sup>, Weise 1915 von

<sup>156</sup>Hermann Claudius (1878-1980), in der Weimarer Republik Engagement in der Jugendarbeit der SPD und den sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften, Verfasser sozialdemokratischer Lieder und Stücke. Begeisterung für den Nationalsozialismus, Mitglied der nationalsozialistisch ausgerichteten Deutschen Dichterkademie. Nach dem Ausschluss von Liberalen, Linken und Juden (Heinrich und Thomas Mann, Käthe Kollwitz) aus der Preußischen Akademie der Künste einer der Nachfolger. Im Oktober 1933 einer der 88 Schriftsteller, die das Gelöbnis treuester Gefolgschaft für Adolf Hitler unterzeichneten. Teilnahme an den 1934 begründeten „Lippoldsberger Dichtertagen“ völkischer und nationalsozialistischer Autoren. Literarische Unterstützung des NS-Regimes, so 1940 in einem Gebet für Hitler: „Herrgott steh dem Führer bei, Daß sein Werk das deine sei“. Zahlreiche Propagandatexte z.B. das Lied vom neuen Reich: „dafür marschieren wir, ich und du/Und Hunderttausende dazu/Und wollen dafür sterben“. Nach 1945 erneut Beteiligung an den 1949 reaktivierten Lippoldsberger Treffen mit NS-belasteten Autoren, die den Nationalsozialismus im Rückblick rechtfertigen wollten. Vgl. u.a. <https://deutscheslieder.wordpress.com/2014/11/03/hermann-claudius-wann-wir-schreiten->

Michael Englert (1868-1956, Rechtssekretär der freien Gewerkschaften) bzw. 1930 von Armin Knab (1881-1951, Richter, später Musikprofessor). Das Lied zählt zum Standardrepertoire sozialistischer/sozialdemokratischer Parteiveranstaltungen.

Breuer: Soldaten-Liederbuch Band 1 Seite 11

Hochmuth: Sturm- und Kampf-Lieder Seite 112

Reichspropagandaleitung: Liederbuch NSDAP 1941 Seite 106

OKW: Kameradschaft im Lied Seite 124

SS: SS-Liederbuch Seite 45

Reichsjugendführung: Liederbuch des BDM Seite 120

Scheller: Liederbuch des RAD Seite 64

Die Lieder „Wenn alle untreu werden“ und „Wann wir schreiten Seit’ an Seit“ haben eines gemeinsam: Aufgrund der Unbestimmtheit der Aussagen wurden sie seit ihrer Entstehung in verschiedensten Kreisen der Bevölkerung gesungen, sie eigneten sich für jeden, gleich welcher politischer Couleur. Einmal mehr belegen dies Liederbücher, oben schon exemplarisch für ersteres Lied angeführt. Gleiches gilt für „Wann wir schreiten Seit’ an Seit“, dieses findet sich unter anderem in Jugend-Wanderbüchern wie „*Auf frober Wanderfabrt*“ (1921) oder „Unsere Lieder – Ein Liederbuch für die Wandernde Jugend“ (1924), in Liederbüchern für Arbeiter und Handwerker wie dem katholischen „*Gesellenliederbuch*“ (1924) oder „*Das Volkslied. Für Heim und Wanderung*“ (1927) von der Arbeiterjugend, wie Schenkendorfs Lied nahmen es auch Turner auf, z. B. in das „Liederbuch der Freiburger Turnerschaft von 1844“ (1927).

Zusammenfassend kann somit festgestellt werden: Es handelt sich weder bei „Wenn alle untreu werden“ noch „Wann wir schreiten Seit’ an Seit“ um „SS-Lieder“, sondern um Lieder, die neben Mitgliedern von „unbelasteten“ Organisationen wie Turner, Beamte, Handwerker, Wanderer etc. im Zeitraum zwischen 1933 und 1945 auch Mitglieder der SS, HJ, des BDM und anderer Parteiformationen gesungen haben.

seit-an-seit/ [22.04.2019] Man könnte im Gegensatz zu Schenkendorf von einer gewissen NS-Belastung sprechen.

**157** Lang, Raimund: „CANTICA NOVA“, a.a.O., S. 109.

**158** Vgl. Lang, Raimund: „Umstrittene“ Lieder“, a.a.O., S. 2.

**159** Vgl. Grütter, Werner: „Probleme bei der Neuauflage des Lahrer Kommersbuches“, in: Lang, Raimund (Hrsg.): „Ergo

## 5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Das studentische Lied reflektiert seit seiner Entstehung den Zeitgeist der jeweiligen Epoche. Beginnend bei den Trinkliedern des 18. Jahrhunderts über die Kampflieder der Befreiungskriege, die idealistischen Lieder der frühen Burschenschaft, „die polemischen Gesänge des Vormärz und der bürgerlichen Revolution, die saturierten Hymnen der nationalen Einigung bis zu den bürgerlich-biedereren Erbauungskanzonen des fin de siècle, deren verklärende Realitätsferne bereits Verfallserscheinungen in sich trägt“<sup>157</sup>, ist dieser Wandel augenfällig zu beobachten. Jahrhundertlang war das Studentenlied das Ständeslied der Studierenden, eine Hymne an ihre Universität oder ihren Studienort. Heute dagegen ist der studentische Gesang neben dem Tragen der Verbindungsfarben und dem Pflegen gewisser Rituale in erster Linie ein zentraler Charakter der studentischen Gemeinschaften, ein Teil ihrer Identität.

Ein wesentliches Merkmal ist, dass die einzelnen Dachverbände das Liedgut ihrer Mitgliedsverbindungen weder diktieren noch zensieren. Ein verbandseigenes Liederbuch kann immer nur eine Offerte sein, die Auswahl selbst bleibt Sache der Korporation und damit ein Maßstab ihres Anspruchs und Geschmacks – die Erhaltung einer individuellen Gesangstradition ist schließlich ein Charakteristikum jeder Verbindung.<sup>158</sup> Die Erfahrungen vergangener Jahre haben gezeigt, dass diese „Freiheit“ nicht immer der beste Weg ist, da mitunter moralisch und ideologisch verwirrte Personen Zusatzstrophen zu Liedern „dichten“ und in ihren Verbindungsliederbüchern publizieren, die bestenfalls als abstoßend zu qualifizieren sind.

So hatten auch die Herausgeber von Kommersbüchern wiederholt mit der Frage zu kämpfen, welche Lieder bei einer Neuauflage berücksichtigt werden sollen. Es gibt Lieder, die durch Missbrauch unmöglich geworden sind, ins politische Abseits gestellt wurden, auch wenn sie selbst nichts mit dem Nationalsozialismus oder ähnlichen Regimen zu tun hatten<sup>159</sup>, sondern 100

Jahre oder mehr zuvor entstanden sind. Manche Lieder, deren Texte etwa durch „Deutschtümelei“ geprägt waren, wurden umgedichtet, Passagen gestrichen<sup>160</sup> – diese Versuche, sich ein Lied „schönzuschreiben“, waren oft wenig erfolgreich. Der Vergleich verschiedenster Liederbücher hat gezeigt, dass es sehr schwierig ist, zu selektieren. So „verschwand“ etwa „Der Gott, der Eisen wachsen ließ“<sup>161</sup> für einige Auflagen aus dem Allgemeinen Deutschen Kommersbuch, ist aber in der aktuellen 166. Auflage wieder anzutreffen. Es kann daher nur eine Lösung geben: Alle abgedruckten Lieder müssen mit Erläuterungen versehen werden, zu Entstehungszeit, inhaltlicher Bedeutung, natürlich ihrer historischen Herleitung bis hin zu Biographien ihrer Komponisten und Dichter.

Ist das klassische „Studentenlied“ heute noch zeitgemäß, mit seinen romantischen, oft verklärenden Texten? Mit ziemlicher Sicherheit nicht! Doch „zeitgemäß“ zu sein ist auch nicht der Anspruch, vielmehr geht es um die Pflege von Tradition, für die man oftmals auf gesellschaftliche Aktualität verzichten muss. Das Studentenlied ist abendländisches Kulturgut, eine Geschichtsquelle, „eine burschikose Reimchronik durch acht Jahrhunderte“.<sup>162</sup> Es hat nach wie vor etwas Verbindendes, über Sprach- und Landesgrenzen hinaus, es lädt ein „in der Runde dichter zusammenzurücken“ – so stimmte Leopold Figl gegenüber den alliierten Besatzungsmächten nicht nur die „Reblaus“ an, sondern auch gerne mal ein „Gaudeamus“

cantemus. Texte und Materialien zum Studentenlied“, GDS-Archiv für Hochschulgeschichte und Studentengeschichte, Beiheft 13, SH-Verlag, Köln 2001, S. 114.

**160** Vgl. Lang, Raimund: „Der studentische Gesang“, a.a.O., S. 180.

**161** Zu diesem Lied mit seinen auch parodistischen Strophen siehe Probst-Effah, Gisela: „Zur Geschichte des Liedes „Der Gott, der Eisen wachsen ließ“, in: „ad marginem. Randbemerkungen zur Musikalischen Volkskunde“. Mitteilungen des Instituts für Musikalische Volkskunde an der Pädagogischen Hochschule Rheinland Abteilung Neuss, Nr. 45/1980. Dank der Parodie „Der Gott, der Hopfen wachsen ließ“ findet sich das Original als philologische Ergänzung kleingedruckt auch im „Großen Österreichischen Kommersbuch“.

**162** Vgl. Lang, Raimund: „Der studentische Gesang“, a.a.O., S. 175, 180f.

**163** „Heurigenabend für den britischen General Keel. Die Engländer kamen sehr aus sich heraus, lachten und sangen beinahe mehr als wir und waren gar nicht so humorlos. Figl brachte dann die ganze Gesellschaft hinunter in den Keller, wo er dann selbst mit dem Stichheber aus den einzelnen Fässern den Wein kredenzte. Keel’s Ehrendoktorat wurde durch eine Ansprache des [von der SPÖ nominierten Justizministers Dr. Josef] Gerö gefeiert, worauf das „Gaudeamus“ und „Burschen heraus“ gesungen wurde, sodann das „Im tiefen Keller sitz ich hier“, das die Engländer alle mit Bedacht mitsangen. Zum Schluß hockte auch der Keel oben auf den Fässern und kam, mit einem Zivilhut bedeckt, aus dem Keller heraus.“ Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (Hrsg.): „Man ist noch immer nervös. Wir sind sehr scharf bewacht.“ Das Tagebuch von Heinrich Wildner 1947“, Wien 2015, Eintrag vom 25. Juli 1947, S. 94.

**164** Dürbeck, Wolfram, a.a.O., S. 47.

oder „Burschen heraus“.<sup>163</sup> In Anbetracht des nur noch verschwindend geringen Anteils korporierter Studenten an der Gesamtzahl der Inskribierten kann man aber wohl nicht mehr vom „Lied der Studenten“ sprechen, sondern muss die in dieser Arbeit behandelten Lieder als „Farbstudentisches Liedgut“ bezeichnen, die Lieder einer Minderheit in den Bildungsfabriken der Universitäten und Fachhochschulen. Wolfram Dürbeck findet dazu folgende Worte: „Warum soll die Romantik vergangener Zeiten als Kontrastprogramm zur allzu nüchternen heutigen Zeit nicht in fröhlicher Runde besungen und eine nicht mehr existente „*filia hospitalis*“ nicht angehimmelt werden? Wer es nicht erlebt hat, wird es kaum verstehen.“<sup>164</sup>

## 6 Quellen:

Akademischer Turnerbund (Hrsg.): „Froh und Frei! Liederbuch“, 4. Auflage, Berlin 1902. „Alfred Michow’s Taschenkommersbuch. 222 Kommers- und Studentenlieder für Klavier zu 2 Händen (mit unterlegtem Text)“, Charlottenburg o.J. (1900).

Ausschuss der Jüdischen Turnerschaft (Hrsg.): „Jüdisches Vereins-Liederbuch“, 3. Auflage, Berlin 1911.

Bässler, Reinhold: „Studentische Geschichte“, Reihe Jungburschenstunde der Kameradschaften Nr. 2, Nationalsozialistischer Deut-

- scher Studentenbund (Hrsg.), Reichstudentenführung Amt Politische Erziehung, als Manuskript gedruckt nur für den Dienstgebrauch, Radebeul o.J. (um 1943).
- Baumbach, Rudolf: „Lieder eines fahrenden Gesellen“, Leipzig 1878.
- Breitenstein, Max (Hrsg.): „Commersbuch der Wiener Studenten“, 3. Auflage, Wien 1890.
- Breuer, Franz Joseph (Hrsg.): „Das neue Soldaten-Liederbuch. Die bekanntesten und meistgesungenen Lieder unserer Wehrmacht“, Textbuch mit Melodien, Band I, II und III, Mainz o.J. (1938-1941).
- Bundesjugendführung des Österreichischen Jungvolkes (Hrsg.): „50 Jungvolklieder“, Wien 1937.
- Bundesministerium für Landesverteidigung (Hrsg.): „Österreichisches Soldatenliederbuch“, Offizielles Liederbuch des Österreichischen Bundesheeres, Wien 1962.
- Bundesministerium für Landesverteidigung (Hrsg.): „Soldatenlieder. Österreichisches Soldatenliederbuch“, Wien 1994.
- Cartellverband der katholisch-österreichischen Studentenverbindungen (Hrsg.): „Ö.C.V. Liederbuch“, Vorort Rudolfina, Wien 1949.
- Christlich-deutsche Turnerschaft (Hrsg.): „Liederbuch für die christlich-deutsche Turnjugend“, 3. Auflage, Wien 1931.
- Collegial-Verein Cöln: „Liederbuch für die Vereine der Staatsbahn-Civil-Supernumerare“, Cöln 1885.
- „Deutsche Studenten-Lieder. Taschen-Kommersbuch“, Lahr 1958.
- „Deutsche Vaterlandslieder“, 2. Auflage, Leipzig o.J. (1915).
- Deutscher Club in Wien (Hrsg.): „Liederbuch für die Deutschen in Oesterreich“, 3. Auflage, Wien 1884.
- Deutscher Schulverein in Wien (Hrsg.): „Liederbuch für die Deutschen in Österreich“, 5. Auflage (Jubiläumsausgabe), Wien 1905.
- Die Deutsche Arbeitsfront (Hrsg.): „Wir wandern und singen! Liederbuch der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, München/Berlin o.J. (1935).
- Fick, Richard (Hrsg.): „Auf Deutschlands hohen Schulen. Eine illustrierte kulturgeschichtliche Darstellung deutschen Hochschul- und Studentenwesens“, Berlin/Leipzig 1900.
- „Gaudeamus. 200 ausgewählte Volks- und Kommerslieder-Texte sowie Texte beliebter Gesellschafts- und Vortrags-Lieder“, Hamburg o.J. (um 1920).
- Gesellschaft für Studentengeschichte und studentisches Brauchtum e.V. München (Hrsg.): „CV Liederbuch Klavierausgabe“, 2. Auflage, Prien am Chiemsee 1993.
- Goller, Vinzenz/ Simmer, Johannes Paul (Hrsg.): „Jung-Österreich singt. 1. Heft: Österreich über alles!“, Wien/Leipzig 1935.
- Gollhardt, Walter (Hrsg.): „St. Georg. Liederbuch deutscher Jugend. Dritter Teil: Lieder am Feuer“, Plauen 1931.
- Hirth, Fritz (Hrsg.): „Liederbuch für deutsche Studenten“, 13. Auflage, Wien/ Neutitschein o.J. (um 1895).
- Hirth, Fritz (Hrsg.): „Liederbuch für deutsche Studenten und Turner“, 25. Auflage, Wien/ Neutitschein 1906.
- Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): „Allgemeine Deutsche Biographie“, Leipzig 1875-1912.
- Hochmuth, Paul (Hrsg.): „Sturm- und Kampf-Lieder für Front und Heimat“, Textsammlung, Berlin Ausgabe Dezember 1940.
- Hostmann, Otto (Hrsg.): „Allgemeines Kommersbuch. Burschen heraus!“, Taschen-Ausgabe, Rostock 1895.
- Kaufmann, Hans: „Geschichte des Studenten-Liedes“, in: „Der Wengianer“, III. Jahrgang, Nr. 6 vom 23.03.1891, S. 41-44.
- Kluge, Friedrich: „Deutsche Studentensprache“, Straßburg 1895.
- K.Ö.St.V. Ambronia im MKV (Hrsg.): „Die Armin-Fibel“, Telfs o.J. (1977).
- Kremser, Eduard (Hrsg.): „Kommersbuch der deutschen Studenten für Klavier mit beigefügtem Text“, Wien/Leipzig o.J. (um 1910).
- Kulturamt der Reichspropagandaleitung (Hrsg.): „Liederbuch der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“, 35. Auflage, München 1938.
- Kulturamt der Reichspropagandaleitung (Hrsg.): „Liederbuch der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“, 53. Auflage, München 1941.
- Lang, Raimund/ Stockinger, Petrus (Hrsg.): „Großes Österreichisches Kommersbuch“, Wien 2015.

- „Liederbuch für Studentinnen“, Straßburg 1910.
- Lorenz, Ferdinand/ Strube, Adolf (Hrsg.): „Handbuch für die Singleiter der Wehrmacht“, Leipzig o.J. (1940).
- Luible, Martin: „Sing-Sang. Eine Sammlung deutscher Lieder für Kommerse, Kneipen, Heimatabende, Ausflüge, Wanderungen“, 2. Auflage, München 1933.
- Mittelschüler-Kartell-Verband der kath. farben tragenden Studentenkorporationen Österreichs (MKV) und Cartellverband kath. österreichischer Studentenverbindungen (ÖCV) (Hrsg.): „Österreichisches Kommersbuch“, Innsbruck 1965.
- Mittelschüler-Kartell-Verband der katholischen farben tragenden Studentenkorporationen Österreichs (MKV) namens des Cartellverbandes katholischen österreichischen Studentenverbindungen (ÖCV) und des Akademischen Bundes der katholischen österreichischen Landsmannschaften (K.ö.L.) (Hrsg.): „Das Österreichische Kommersbuch. Liederbuch der katholischen Couleurstudenten in Österreich“, Innsbruck 1984.
- Mittelschüler-Kartell-Verband der katholischen, farben tragenden Studentenkorporationen Österreichs (MKV) (Hrsg.): „Cantus parat? Kleines österreichisches Kommersbuch“, 4. Auflage, Wien 2016.
- Oberkommando des Heeres (Hrsg.): „Kameradschaft im Lied. Chorbuch für Front und Heimat 1944“, Leipzig/Köln 1944.
- ÖCV-Studentenverband (Hrsg.): „ÖCV Liederbuch“, Vorort Aargau, Wien 1979.
- Rasse- und Siedlungshauptamt SS (Hrsg.): „SS-Liederbuch“, München o.J.
- Reichsjugendführung (Hrsg.): „Unser Liederbuch. Lieder der Hitlerjugend“, 3. Auflage, München 1939.
- Reichsjugendführung (Hrsg.): „Wir Mädels singen. Liederbuch des Bundes Deutscher Mädels“, 2. Ausgabe, Wolfenbüttel und Berlin 1938.
- Reichsverband der christl.-deutsch. Turnerschaft Österreichs (Hrsg.): „Liederbuch der christlich-deutschen Turnerschaft Österreichs.“, Wien 1925.
- Reichsverband der Christlich-deutschen Turnerschaft Österreichs (Hrsg.): „Liederbuch der Christlich-Deutschen Turnerschaft“, Wien 1927.
- Scheller, Thilo (Hrsg. Im Auftrag des Reichsarbeitsführers): „Singend wollen wir marschieren... Liederbuch des Reichsarbeitsdienstes“, 5. Auflage, Leipzig o.J. (1940).
- Scherrer, Heinrich (Hrsg.): „Deutsche Studentenlieder mit einer volkstümlichen Gitarrenbegleitung aus dem Stegreif zu spielen“, Leipzig 1912.
- Schlegel, August Wilhelm/Tieck, Ludwig: „Musen-Almanach für das Jahr 1802“, Tübingen 1802.
- Schneider, Klaus u.a. (Hrsg.): „FDJ-Studentenliederbuch 1987. Hrsg. zum Wartburgtreffen der FDJ-Studenten anlässlich des 170. Jahrestages des Wartburgfestes der deutschen Burschenschaften“, Berlin 1987.
- Silcher, Friedrich/ Erk, Friedrich (Hrsg.): „(Schauenburgs) Allgemeines Deutsches Kommersbuch“: 51. Auflage (Lahr 1896), 71.-74. Auflage (Lahr 1904), 115.-120. Auflage (Lahr 1920), 136.-138. Auflage (Lahr 1926), 160. Auflage (Lahr 1986), 165./166. Auflage (Kehl am Rhein 2008/2013).
- Steiger, Günter/ Ludwig, Hans-Joachim (Hrsg.): „Gaudeamus Igitur. Laßt uns fröhlich sein - Historische Studentenlieder“, 1. Auflage Leipzig 1986, 3. Auflage, Leipzig 1989.
- Unitas-Frisia-Münster (Hrsg.): „Auf Deutschlands hohen Schulen. Liederhort deutscher Studenten“, Münster 1929.
- „Wiener Akademisches Corps Marchia 1888 1988“, Festschrift, Wien 1988.
- Winterhilfswerk des Deutschen Volkes 1942/43 (Hrsg.): „Das deutsche Lied“, 6 Hefte, o.O. 1942/43.
- Wolf, Carl (Hrsg. Im Auftrag des Nationalsozialistischen Lehrerbundes): „Die Fahne der Gemeinschaft. Die Pflichtlieder des NSLB.“, München 1937.
- Zhernotta, Franz: „Waltharia. Geschichte einer Sängerschaft“, Wien o.J.

## 7 Literatur:

- Bauer, Joachim: „Student und Nation im Spiegel des „Landesvater“-Liedes“, in Langewiesche, Dieter/ Schmidt, Georg: „Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg“, München 2000, S. 135-155.

- Bauer, Max: „Sittengeschichte des deutschen Studententums“, Dresden o.J. [1926/1927].
- Berka, Günther: „100 Jahre Deutsche Burschenschaft in Österreich 1859-1959. Die geistige Leistung ihrer bedeutenden Männer“, bearbeitet im Auftrage des Allgemeinen Delegiertenkonventes der Deutschen Burschenschaft in Österreich, Geschichte des Europäischen Studententums Band 1, Graz 1959.
- Bessler, Heinrich: „Grundfragen des musikalischen Hörens“, in „Jahrbuch der Musikbibliothek Peters“, 32. Jahrgang 1925 (1926), S. 35-52.
- Bias-Engels, Sigrid: „„Rosenknospen ersticken im Wüstensande“ - Das Frauenstudium im Spiegel der studentischen Presse 1895 – 1914“, in: Schlüter, Anne/Kuhn, Annette (Hrsg.): „Lila Schwarzbuch. Zur Diskriminierung von Frauen in der Wissenschaft“, Düsseldorf 1986, S. 34 – 57.
- Böcher, Otto: „Kleines Lexikon des studentischen Brauchtums“, Schriftenreihe aus dem Wingolf Nr. 4, Hannover 2009.
- Brandt, Harm-Hinrich/Stickler, Matthias (Hrsg.): „„Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens“ (Veröffentlichung des Stadtarchivs Würzburg 8), Würzburg 1998, S. 173-205.
- Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (Hrsg.): „„Man ist noch immer nervös. Wir sind sehr scharf bewacht.“ Das Tagebuch von Heinrich Wildner 1947“, Wien 2015.
- Dürbeck, Wolfram: „Vom Vagantenlied zum Kneipgesang. Das deutsche Studentenlied im Wandel der Zeiten“, in: „Einst und Jetzt.“ Jahrbuch des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung. 47 (2002), S. 33–49.
- Exner, Ernst: „Hier sind wir versammelt zu löblichem Tun! Der couleurstudentische Comment. Geschichte und Gegenwart“, Wien 2006.
- Exner, Ernst: „Mein Lebenslauf ist Lieb‘ und Lust... Die Strauß-Dynastie und die Studenten“, in: Lang, Raimund (Hrsg.): „Ergo cantemus. Texte und Materialien zum Studentenlied“, GDS-Archiv für Hochschulgeschichte und Studentengeschichte, Beiheft 13, SH-Verlag, Köln 2001, S. 29-45.
- Exner, Ernst: „Studentische Musik“, in Amt der NÖ Landesregierung (Hrsg.): „Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt“, Landesausstellung Schallaburg 28.05.-18.10.1992, Wien 1992, S. 346-349.
- Fichter, Jelka: „Abgesang. Zum verbindungsstudentischen Liedgut“, in: HochschülerInnenschaft an der Universität Wien (Hrsg.): „Völkische Verbindungen. Beiträge zum deutschnationalen Korporationswesen in Österreich“, Wien 2009, S. 200-208.
- Gärdtner, Petra/Krause, Peter/ Polnitzky, Gerhard: „Frau und Couleur. 1. Teil. Das Umfeld“, Beiträge zur Österreichischen Studentengeschichte Band 18, Wien 1989.
- Gärdtner, Petra: „„Liebchen, nicht um Goldes Lohne...“. Frauen im Liedgut der Korporierten“, in: Lang, Raimund (Hrsg.): „Ergo cantemus. Texte und Materialien zum Studentenlied“, GDS-Archiv für Hochschulgeschichte und Studentengeschichte, Beiheft 13, SH-Verlag, Köln 2001, S. 56-72.
- Gehler, Michael/Heiter, Dietrich/Kurth, Alexandra/ Schäfer, Gerhard (Hrsg.): „Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften“, Frankfurt/Main 1997.
- Gehler, Michael: „Die Geschichte der Studentenvereine in Österreich von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert“, in: Pelinka, Anton/Reinalter, Helmut (Hrsg.): „Österreichisches Vereins- und Parteienlexikon. Von der Aufklärung bis 1938“ (Interdisziplinäre Forschungen 10), Innsbruck-Wien-München-Bözen 2002, S. 58-69.
- Gehler, Michael: „„... erhebe ich, wie üblich, die Rechte zum Gruß...“. Rechtskonservatismus, Rechtsextremismus und Neonazismus in österreichischen Studentenverbindungen von 1945 bis 1995“, in Gehler, Michael/Heiter, Dietrich/Kurth, Alexandra/ Schäfer, Gerhard (Hrsg.): „Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften“, Frankfurt/Main 1997, S. 187-222.
- Gehler, Michael: „Im akademischen Lebensbund: Studentenvereine und Korporationen. Entstehung, Entwicklung, Aktivitäten und Wirkungen“, in: Kammerhofer-Aggermann, Ulrike (Hrsg.): „Ehrenamt und Leidenschaft. Vereine

- als gesellschaftliche Faktoren“, Salzburger Beiträge zur Volkskunde 12, Salzburg 2002, S. 147-164.
- Gehler, Michael: „Männer im Lebensbund: Studentenvereine im 19. und 20. Jh. unter besonderer Berücksichtigung der österreichischen Entwicklung“, in: Zeitgeschichte 21 (Februar 1994), Heft 1/2, S. 45-66.
- Gehler, Michael: „Rechtskonservatismus, Rechtsextremismus und Neonazismus in österreichischen Studentenverbindungen von 1945 bis in die jüngste Zeit“, in: Bergmann, Werner/Erb, Rainer/Lichtblau, Albert (Hrsg.): „Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik“ (Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung 3), Frankfurt-New York 1995, S. 236-263.
- Gehler, Michael: „Studentenverbindungen und Politik an Österreichs Universitäten. Ein historischer Überblick unter besonderer Berücksichtigung des akademischen Rechtsextremismus vom 19. Jahrhundert bis heute“, in: Reinalter, Helmut/Petri, Franko/Kaufmann, Rüdiger (Hrsg.): „Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung“, Innsbruck-Wien 1998, S. 338-428.
- Girtler, Roland: „Die Buntheit des Couleurstudententums und seine vagantischen Wurzeln“, in: Amt der NÖ Landesregierung (Hrsg.): „Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt“, Landesausstellung Schallaburg 28.05.-18.10.1992, Wien 1992, S. 415-422.
- Gladen, Paulgerhard: „Gaudeamus igitur – Die studentischen Verbindungen einst und jetzt“, München 1986.
- Grimm, Horst/ Besser-Walzel, Leo: „Die Corporationen: Handbuch zu Geschichte, Daten, Fakten, Personen“, Frankfurt am Main 1986.
- Grütter, Werner: „Probleme bei der Neuauflage des Lahrer Kommersbuches“, in: Lang, Raimund (Hrsg.): „Ergo cantemus. Texte und Materialien zum Studentenlied“, GDS-Archiv für Hochschulgeschichte und Studentengeschichte, Beiheft 13, SH-Verlag, Köln 2001, S. 113-115.
- Gurtner-Kugler, René: „Zum Studentenlied in der Schweiz“, in: Lang, Raimund (Hrsg.): „Ergo cantemus. Texte und Materialien zum Studentenlied“, GDS-Archiv für Hochschulgeschichte und Studentengeschichte, Beiheft 13, SH-Verlag, Köln 2001, S. 121-131.
- Haid, Gerlinde: „Studentenlied“, Österreichisches Musiklexikon online, Zugriff: 20.11.2018.
- Hartmann, Gerhard: „Für Gott und Vaterland. Geschichte und Wirken des CV in Österreich“, Kevelaer 2006.
- Haselmayr, Harald: „Zwischen Chorgesang und studentischem Gemeinschaftssingen. Die Bedeutung des Singens in einer Studentenverbindung am Beispiel der Universitätssängerschaft „Waltharia““, Wien 2011 (Diss.).
- Herbert, Egon F.: „Die Burschensprache, Standessprache des deutschen Studenten“, Salzburg 1991.
- Heither, Dietrich: „Burschenschaften“, Basiswissen Politik, Geschichte, Ökonomie, Köln 2013.
- Heither, Dietrich: „Verbündete Männer. Die Deutsche Burschenschaft – Weltanschauung, Politik und Brauchtum“, Köln 2000.
- Hölcke, Theodor: „Vom deutschen Studentenlied“, „Historia Academica. Schriftenreihe der Studentengeschichtlichen Vereinigung des Coburger Convents“, Band 29/30, 1990/1991.
- Krause, Peter: „Mädchen in Couleur“, in Amt der NÖ Landesregierung (Hrsg.): „Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt“, Landesausstellung Schallaburg 28.05.-18.10.1992, Wien 1992, S. 222-228.
- Krause, Peter: „Das Studentenlied“, in: Amt der NÖ Landesregierung (Hrsg.): „Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt“, Landesausstellung Schallaburg 28.05.-18.10.1992, Wien 1992, S. 329-331.
- Krause, Peter: „„O alte Burschenherrlichkeit“. Die Studenten und ihr Brauchtum“, Graz, Wien, Köln 1979.
- Kulturabteilung des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung (Hrsg.): „Ausstellung Studentisches Brauchtum 20. Mai bis 3. Juli 1983“, Katalog des NÖ Landesmuseums, Neue Folge Nr. 138, Wien 1983.
- Kurth, Alexandra: „Männer – Bünde – Rituale. Studentenverbindungen seit 1800“, Frankfurt a. M./New York 2004.
- Landmann, Salcia: „O Alte Burschenherrlichkeit! Abschied vom Studentenlied“, in: Zeitschrift

- für Religions- und Geistesgeschichte XXIX, 1977, H. 1, S. 53–60.
- Lang, Raimund: „CANTICA NOVA – neue studentische Weisen. Zur Präsentation des gleichnamigen Heftes beim Liedseminar auf der Leuchtenburg“, in: Lang, Raimund (Hrsg.): „Ergo cantemus. Texte und Materialien zum Studentenlied“, GDS-Archiv für Hochschulgeschichte und Studentengeschichte, Beiheft 13, SH-Verlag, Köln 2001, S. 108-112.
- Lang, Raimund: „Cantus – Hymne – Burschenlied. Vom Gesang der deutschen Studenten“, Band I – III, „Historia Academica. Schriftenreihe der Studentengeschichtlichen Vereinigung des Coburger Convents“, Bände 53-55, Würzburg 2018.
- Lang, Raimund: „Der studentische Gesang“, in Lang, Raimund (Hrsg.): „Ergo cantemus. Texte und Materialien zum Studentenlied“, GDS-Archiv für Hochschulgeschichte und Studentengeschichte, Beiheft 13, SH-Verlag, Köln 2001, S. 175-181.
- Lang, Raimund: „Die Frau im Studentenlied“, in: Documenta et Commentarii. Schriftenreihe der Schweizerischen Vereinigung für Studentengeschichte, Nr. 20, 1998.
- Lang, Raimund (Hrsg.): „Ergo cantemus. Texte und Materialien zum Studentenlied“, GDS-Archiv für Hochschulgeschichte und Studentengeschichte, Beiheft 13, SH-Verlag, Köln 2001.
- Lang, Raimund: „Intonas I. Von studentischen Texten und Weisen“, Tradition und Zukunft Band II, Wien 1992.
- Lang, Raimund: „Intonas II. Von studentischen Texten und Weisen“, Tradition und Zukunft Band IV, Wien 1998.
- Lang, Raimund: „Intonas III. Von studentischen Texten und Weisen“, Tradition und Zukunft Band XVI, Wien 2017.
- Lang, Raimund: „Neue alte Lieder. 77 Texte für Kommers und Kneipe“, herausgegeben zum 72. Pennälertag von 6. bis 9. Juni 2014 vom Landesverband Kärnten des MKV.
- Lang, Raimund: „„Umstrittene“ Lieder im Österreichischen Kommersbuch. Ein Kommentar“, Wien 2018.
- Lang, Raimund: „Zum studentischen Lied“, Wien 2015.
- Lönnecker, Harald: „Das Burschenschaftlerlied“, Frankfurt am Main 2003.
- Lönnecker, Harald: „...die besten Studentenchöre der Welt?!“ – Facetten der Universitätsmusik an deutschsprachigen Hochschulen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit ca. 1820-1935“, in: Kintzinger, Martin/ Wagner, Wolfgang Eric/ Füssel, Marian (Hrsg.): „Akademische Festkulturen vom Mittelalter bis zur Gegenwart: Zwischen Inaugurationsfeier und Fachschaftsparty“, Veröffentlichung der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte (GUW), Basel 2019, S. 269-324.
- Lönnecker, Harald: „„Ehre, Freiheit, Männerang!“ – Die deutschen akademischen Sänger Ostmitteleuropas im 19. und 20. Jahrhundert“, in: Erik Fischer (Hrsg.): „Chorgesang als Medium von Interkulturalität: Formen, Kanäle, Diskurse“ (= Berichte des interkulturellen Forschungsprojektes „Deutsche Musikkultur im östlichen Europa“, Bd. 3), Stuttgart 2007, S. 99–148.
- Lönnecker, Harald: „Kommersbuch“, in: Fischer, Ludwig (Hrsg.): „Die Musik in Geschichte und Gegenwart. Allgemeine Enzyklopädie der Musik“, Supplement, 2. Aufl. Kassel, Basel, London, New York, Prag, Weimar 2008, S. 424–427.
- Lönnecker, Harald: „„Nie kehrtst du wieder, gold'ne Zeit, so froh und ungebunden!“ Studentische Lieder der Erinnerung im 19. und 20. Jahrhundert“, in: „Lied und populäre Kultur“, 59. Waxmann, Münster 2015, S. 39–73.
- Lönnecker, Harald: „„Unzufriedenheit mit den bestehenden Regierungen unter dem Volke zu verbreiten“. Politische Lieder der Burschenschaften aus der Zeit zwischen 1820 und 1850“, Frankfurt am Main 2001.
- von Lucius, Robert: „Der Weiße Kreis“, in: Völger, Gisela/ von Welck, Karin (Hrsg.): „Männerbände Männerbünde. Zur Rolle des Mannes im Kulturvergleich. Zweibändige Materialiensammlung zu einer Ausstellung des Rautenstrauch-Joest-Museums für Völkerkunde in der Josef-Haubrich-Kunsthalle Köln vom 23. März bis 17. Juni 1990“, Köln 1990, Band 2, S. 373–380.
- Maleta, Alfred: „Bewältigte Vergangenheit. Österreich 1932-1945“, Graz/Wien/Köln 1981.
- Martin, Dieter: „Sagt, wo sind die Veilchen hin. Zur Entstehungs- und Erfolgsgeschichte von Johann Georg Jacobis „Kunstlied im Volks-

- „Lied und populäre Kultur/Song and Popular Culture“, Jahrbuch des Deutschen Volksliedarchivs Freiburg, 46. Jahrgang 2001, Münster 2002, S. 39-69.
- Nagatomo, Masami Th.: „Die Geschichte der deutschen Studentenlieder von Carmina Burana bis zum Gaudeamus igitur“, in: „Journal of the Graduate School of International Cultural Studies“, Tohoku University, Volume 9, 2001, S. 61-80.
- Objartel, Georg: „Studentenlied und Kunstlied im ausgehenden 18. Jahrhundert. Die Liederhandschrift Friedrich August Kochlers (1791)“, in: „Jahrbuch für Volksliedforschung“, 33. Jahrgang (1988), S. 19-45.
- Objartel, Georg: „Sprache und Lebensform deutscher Studenten im 18. und 19. Jahrhundert. Aufsätze und Dokumente“, Berlin/Boston (Studia Linguistica Germanica; 123) 2016.
- Probst-Effah, Gisela: „„Gaudeamus igitur“ – Reflexionen über ein Studentenlied“, in: „ad marginem - Randbemerkungen zur Musikalischen Volkskunde“, Mitteilungen des Instituts für Musikalische Volkskunde an der Universität zu Köln, Nr. 76, Köln 2004, S. 3-11.
- Probst-Effah, Gisela: „Zur Geschichte des Liedes „Der Gott, der Eisen wachsen ließ““, in: „ad marginem. Randbemerkungen zur Musikalischen Volkskunde“. Mitteilungen des Instituts für Musikalische Volkskunde an der Pädagogischen Hochschule Rheinland Abteilung Neuss, Nr. 45/1980.
- Reimann, Reinhold: „„Hinaus, mein Herz, in freie Luft!“ Das Studentenlied – ein „Pflegefall“ für die Sängerschaft?“, in Lang, Raimund (Hrsg.): „Ergo cantemus. Texte und Materialien zum Studentenlied“, GDS-Archiv für Hochschulgeschichte und Studentengeschichte, Beiheft 13, SH-Verlag, Köln 2001, S. 203-214.
- Richardsen, Georg: „Bestand und Repertoire von Liederbüchern in deutschen Studentenverbindungen. Von der Entstehungsgeschichte über die Entwicklung und Bearbeitung bis zur zeitgenössischen Rezeption“, München 2014.
- Schindler, Thomas: „Studentischer Antisemitismus und jüdische Studentenverbindungen 1880-1933“, Schriftenreihe der Studentengeschichtlichen Vereinigung des Coburger Convents, Heft 27, Nürnberg 1988.
- Schulz, Gerhard: „Die deutsche Literatur zwischen Französischer Revolution und Restauration. Zweiter Teil. Das Zeitalter der Napoleonischen Kriege und der Restauration 1806–1830“, München 1989.
- Seewann, Harald: „„Mit Wort und Wehr für Judas Ehr!“ Jüdisch-nationale Studentenverbindungen als Wegbereiter des Zionismus“, in: Amt der NÖ Landesregierung (Hrsg.): „Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt“, Landesausstellung Schallaburg 28.05.-18.10.1992, Wien 1992, S. 170-182.
- Seewann, Harald: „Zirkel und Zionsstern. Bilder und Dokumente aus der versunkenen Welt des jüdisch-nationalen Korporationsstudententums. Ein Beitrag zur Geschichte des Zionismus auf akademischem Boden“, Band 1, Graz 1990.
- Spulak von Bahnwehr, Robert: „Geschichte der aus den Jahren 1859-1884 stammenden Wiener Couleurs“, Wien 1914.
- Steindl, Astrid: „Der Student im Rahmen der frühen Universitätsgeschichte – Nationen und Bursen“, in: Amt der NÖ Landesregierung (Hrsg.): „Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt“, Landesausstellung Schallaburg 28.05.-18.10.1992, Wien 1992, S. 15-23.
- Stephenson, Kurt: „Zur Soziologie des Studentenliedes“, in: Schenk, Erich (Hrsg.): „Bericht über den internationalen musikwissenschaftlichen Kongreß Wien, Mozartjahr 1956, 3. bis 9. Juni“, Graz/Köln 1958, S. 608–611.
- Stickler, Matthias: „Verbindungsstudentische Geselligkeit im Spannungsfeld von bürgerlichem und antibürgerlichem Habitus“, in: Klenke, Dietmar Klenke/ Asche, Matthias (Hrsg.): „Von Professorenzirkeln, Studentenknäulen und akademischem Networking. Universitäre Geselligkeiten von der Aufklärung bis zur Gegenwart“, Köln/Weimar/Wien 2017, S. 147-166.
- Ward, Sean: „The Archpoet and Goliard Poetry“, in: Wellbery, David E. (Hrsg.): „A new history of German literature“, Harvard 2004, S. 66-71.
- Welan, Manfred: „Student in rot-weiß-rot. Wien 1955-1960“, Wien 2014.
- Wippermann, Wolfgang: „Mit dem Schmiss über dem Auge. Karl Marx war Corpsstudent und



er blieb es sein Leben lang“, in „Academia. Zeitschrift des Cartellverbandes der katholischen Studentenverbindungen“, 112. Jahrgang, Nr. 1-2019, S. 10-13.

Wistrich, Robert S.: „Die Juden Wiens im Zeitalter Franz Josephs“, Übersetzung der englischen Originalausgabe von 1994 durch Marie-Theres Pitner, Wien 1999.

---

# Materialien

---

**Vorwürfe und „Einzelfälle“**  
von  
**Christian Hafenecker**

**Inhalt**

1	<b>Einleitung</b>	491
2	<b>33 antisemitic and/or neo-Nazi incidents in Austria since November 2017</b>	491

**1 Einleitung**

Die Freiheitliche Partei Österreichs hat bereits in ihrer Rot-Weiß-Rot Erklärung im Februar 2018 ein weiteres Mal bekräftigt, dass sie sich vorbehaltlos zur Republik Österreich sowie zur Förderung von Demokratie, Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit bekennt. Österreich ist natürlich ein Teil dieses großartigen Europas, welches durch die Ausprägung verschiedenster Nationen und Kulturen besteht. Die Akzeptanz dieser Verschiedenheit, welche die eigentliche Prägung Europas ausmacht, steht an vorderster Stelle. Zur Heimat Österreich gehört unsere deutsche Sprach- und Kulturgemeinschaft genauso wie alle autochthonen Minderheiten.

Die Freiheitliche Partei mit ihren Mandataren lehnt seit jeher jegliche Gewalt, Totalitarismus und Rassismus strikt ab. In unseren Augen sind alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren.

Antisemitismus lehnen wir entschieden ab und wissen, in welcher Verantwortung wir hier stehen. Die dunklen Kapitel Österreichs Geschichte sind zu beleuchten, das Gedenken an die vielen Opfer muss zur Pflicht werden. Diese Pflicht betrifft aber auch den neuen, importierten Antisemitismus und Extremismus. Der politische Islam, von sorglosen Politikern nach Österreich gebracht, ist mit aller Kraft abzulehnen. Diese „religiöse“ Ausuferung ist menschen- und demokratiefeindlich und entspricht in keiner Weise unserem Rechtsempfinden, unserer Kultur und Heimatliebe.

Freiheitliche Mandatare stehen alle ohne Ausnahme zu diesen Werten und der demokratischen Weiterentwicklung Österreichs, auch farbentragende Verbindungsstudenten. Gerade diese haben in ihren Studentenverbindungen eine Schule an Fleiß und Persönlichkeitsbildung hinter sich gebracht. Aus der Geschichte heraus, welche von den Korporationen in hohem Anteil geprägt wurde, haben sie gelernt, wie tiefgreifend eine politische Fehlentwicklung Menschen und Nationen vernichtet aber auch wie stark der Wille zu Demokratie und Republik eben diese herbeiführen und verbessern kann. Genau dieses Gefühl für Geschichte – Gegenwart – und Zukunft ist in unserer Partei von großer Wichtigkeit und Verbindungsstudenten sind dadurch eine Bereicherung bei der

demokratischen Arbeit für Österreich. Grundsätzlich handelt es sich bei diesen studentischen Verbindungen um private Vereine, die in keiner direkten Verbindung zur FPÖ stehen, die Partei und ihre Gremien können daher keinen Einfluss auf diese nehmen.

Die Freiheitliche Partei besteht aus einem großen Querschnitt der Österreichischen Bevölkerung – Akademiker, Arbeiter, Bauern – Vermögend, Arm und Mittelstand. Wie in jeder Gesellschaft befindet sich auch bei uns der eine oder andere „Narrensaum“. Fakt ist, dass Rechtsextremisten von der Öffentlichkeit mehr beleuchtet und medial verarbeitet werden als Linksextremisten. An dieser Stelle sei auch angemerkt, dass der im öffentlichen Diskurs in Österreich verwendete Rechtsextremismus-Begriff vor allem als politischer Kampfbegriff aufgefasst werden muss, der in tagespolitischen Debatten nahezu ausschließlich von deklarierten Gegnern des konservativen bzw. nationalen Lagers in Politik und Medien verwendet wird. Darüber darf auch der Umstand nicht hinwegtäuschen, dass als Referenzpunkte immer wieder vermeintlich wissenschaftliche Erkenntnisse privater Vereine, welchen fälschlicherweise offizieller Charakter zugeschrieben wird, angeführt werden. Die FPÖ beleuchtet sehr sorgfältig jeden einzelnen Fall an Extremismus, dazu gibt es Gremien und Schiedsgerichte. Eine 30 Jahre alte „Jugendsünde“ einer Person, welche diese aufrichtig bereut und sich von dieser klar distanziert, muss anders betrachtet werden als permanente Taten Unverbesserlicher.

Wir sind Österreich und allen Bürgern verpflichtet, die bereit sind, ihren Beitrag für eine gute Zukunft unserer Heimat zu leisten. In einem rot-weiß-roten Schulterschluss stehen wir für eine gemeinsame und gedeihliche Zukunft in Frieden, Freiheit, Respekt und Wohlstand.

**2 33 antisemitic and/or neo-Nazi incidents in Austria since November 2017**

- 1 (9.11.17) The FPÖ was the only fraction in Austria's parliament that refrained from applause after a speech by Chancellor Christian Kern (SPÖ) to commemorate the November pogroms of 1938 ("Kristallnacht"). FPÖ

has not apologized or tried to explain this behaviour.

(9.11.17) Die FPÖ war der einzige Klub im österreichischen Parlament, die nach einer Rede von Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) zum Gedenken an die Novemberpogrome von 1938 („Kristallnacht“) vom Applaus Abstand nahm. Die FPÖ hat sich nicht entschuldigt oder versucht, dieses Verhalten zu erklären.

Zitat Christian Kern: „Ich denke, es besteht ein Konsens, den wir alle miteinander vertreten sollten, dass die Zuspitzung zulasten anderer Menschen, dass die Ausgrenzung, dass die Suche nach Sündenböcken, dass Rassismus und die Mobilisierung niedriger Instinkte in der Politik keinen Platz haben dürfen.“ Diese Aussage und viele davor sind gegen die Freiheitliche Partei Österreichs gerichtet und impliziert, dass die FPÖ eine ausländerfeindliche Partei sei. Oftmalig wurde im NR-Wahlkampf 2017 gegen die FPÖ in einer solchen Art und Weise gehetzt. Die parteipolitische Komponente dieser Aussagen des damaligen Bundeskanzlers Kern wird durch den Umstand verstärkt, dass zu diesem Zeitpunkt bereits ÖVP und FPÖ infolge der Nationalratswahl 2017 in Verhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung eingetreten waren. Des Weiteren wurde bereits in der Antrittsrede der NR-Präsidentin Doris Bures der Pogrome gedacht. Anteilnahme und Gedenken haben mit Ehrerbietung zu geschehen, nicht mit parteipolitischer Agitation.

2 (16.11.17) FPÖ nominates Andreas Bors, district party chairman of the FPÖ Tulln, to the Federal Council (2nd chamber of parliament). Photos from 2014 become public, where Andreas Bors delivers the Hitler salute. Following the public outcry, Bors was not appointed. However, he still remains FPÖ district party chairman.

(16.11.17) Die FPÖ nominiert den Parteivorsitzenden der FPÖ Tulln, Andreas Bors, für den Bundesrat (2. Kammer). Fotos von 2014 werden öffentlich, worauf Andreas Bors den Hitlergruß abgibt. Nach dem öffentlichen Aufschrei wurde Bors nicht ernannt. Er bleibt aber weiterhin FPÖ-Bezirksparteiobmann.

Das besagte Foto stammte aus dem Jahre 2006 und wurde auf einer privaten Silvesterparty zu fortgeschrittener Stunde aufgenommen, Andreas

Bors war damals 17 Jahre alt. Als junger Mensch war sich Bors zu diesem Zeitpunkt weder der historischen noch politischen Tragweite dieser höchst abzulehnenden Geste bewusst. Als besagtes Foto 2014 von Medien veröffentlicht wurde, legte Andreas Bors unverzüglich sämtliche Ämter innerhalb der FPÖ nieder und verzichtete auch auf eine Kandidatur bei der Gemeinderatswahl. Anfang 2015 stellte die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen wegen des Verdachts der Wiederbetätigung aufgrund von Verjährung ein, Andreas Bors ist damit bis dato ein unbescholtener Bürger. Seitens der FPÖ wurde er sodann auf einen harten Prüfstand gestellt und eindringlich befragt.

Die FPÖ NÖ hat Herrn Bors nicht offiziell für ein Mandat im Bundesrat nominiert, es gab lediglich Überlegungen in diese Richtung, in deren Folge das betreffende Foto ein weiteres Mal medial thematisiert wurde. Daraufhin verzichtete er auch auf eine Kandidatur bei niederösterreichischen Landtagswahl 2018.

3 (22.12.17) Minister Norbert Hofer (FPÖ) makes René Schimanek head of his cabinet in the Ministry of Transportation. In the late 1980s, Schimanek participated in the “Patriotic Extra-Parliamentary Opposition” (VAPO) of the convicted neo-Nazi Gottfried Küssel. In the following days Hofer appoints two more well-known extremists, who still have ties to neo-Nazis. Regardless of the public outcry all of them are still working for Hofer in the Ministry.

(22.12.17) Minister Norbert Hofer (FPÖ) macht René Schimanek zum Kabinettschef im Verkehrsministerium. In den späten 1980er Jahren nahm Schimanek an der Volkstreuen außerparlamentarischen Opposition (VAPO) des verurteilten Neonazis Gottfried Küssel teil. In den folgenden Tagen ernennt Hofer zwei weitere bekannte Extremisten, die noch Verbindungen zu Neonazis haben. Ungeachtet des öffentlichen Aufschreis arbeiten sie immer noch für Hofer im Ministerium. Rene Schimanek ist ein unbescholtener österreichischer Staatsbürger, somit stehen ihm alle Ämter der Republik Österreich frei.

4 (27.12.17) Bernhard Blochberger, the top candidate of the FPÖ in Krumbach, posts pictures of WWII-Germans-soldiers from the Nazi magazine “Frauenwarte” (from 1943)

to greet his Facebook friends. The FPÖ did not consider this as expressing nostalgia for Nazism, and no consequences followed.

(27.12.17) Bernhard Blochberger, der Spitzenkandidat der FPÖ in Krumbach, postet Bilder von Soldaten des 2. Weltkriegs aus der Nazi-Zeitschrift „Frauenwarte“ (ab 1943), um seine Facebook-Freunde zu begrüßen. Die FPÖ sah darin keine Nostalgie für den Nationalsozialismus, und es erfolgten keine Konsequenzen.

Herr Blochberger ist kein FPÖ-Mitglied und trat als freier Mandatar gemeinsam mit unserer Liste an. Aufgrund des Personenwahlrechts ist und war es nicht möglich als Partei Einfluss auf sein Mandat zu nehmen, selbstverständlich gab es zu dieser Causa ein klärendes Gespräch.

5 (29.12.17) According to the register of associations, FPÖ Transport Minister Norbert Hofer’s press spokesman Götschober is still chairman of the German-nationalist fraternity Bruna Sudetia, that shares anti-Semitic views.

(29.12.17) Laut dem Vereinsregister ist der Pressesprecher des FPÖ-Verkehrsministers Norbert Hofer, Götschober, weiterhin Vorsitzender der deutsch-nationalistischen Bruderschaft Bruna Sudetia, die antisemitische Ansichten teilt.

Herwig Götschober ist NICHT Pressesprecher des Ministers. Die Wiener akademische Burschenschaft Bruna Sudetia teilt keine antisemitischen Ansichten und lehnt jeden Antisemitismus und Rassismus zutiefst ab.

6 (30.12.17) Andreas Rabl, mayor of Wels (7<sup>th</sup> largest city in Austria) claimed that the relevant employee of the city guard (a declared neo-Nazi) is not an FPÖ member. However, it turned out that, first, he has been an FPÖ member in the past, second, he was picked by the FPÖ-mayor and third, he is still active in the FPÖ-affiliated trade union. Mayor Rabl did not apologize and the FPÖ did not draw any consequences.

(30.12.17) Andreas Rabl, Bürgermeister von Wels (7. größte Stadt in Österreich) behauptete, dass der zuständige Mitarbeiter der Stadtwache (ein erklärter Neonazi) kein FPÖ-Mitglied ist. Es stellte sich jedoch heraus, dass er erstens in der Vergangenheit FPÖ-Mitglied

war, zweitens vom FPÖ-Bürgermeister ausgewählt wurde und drittens immer noch in der FPÖ-nahen Gewerkschaft tätig ist. Bürgermeister Rabl entschuldigte sich nicht und die FPÖ zog keine Konsequenzen.

Alle Vorwürfe wurden widerlegt, er war nie FPÖ Parteimitglied und wurde von Bürgermeister Dr. Andreas Rabl nach Auftauchen des Vorfalls sofort entlassen. (unbestätigt) (<https://ooe.orf.at/news/stories/2887271/>)

7 (1.1.18) The municipal councillor from Orth a.d. Donau posted a neo-Nazi clip (from the neo-Nazi music band “Division Germania” hailing the Wehrmacht and the German Reich) on Facebook. Subsequently, he was expelled from the FPÖ.

(1.1.18) Der Gemeinderat von Orth a.d. Donau postete auf Facebook einen neonazistischen Clip (der neonazistischen Musikband „Division Germania“, die der Wehrmacht und dem Deutsche Reich zujubelt). Anschließend wurde er aus der FPÖ ausgeschlossen.

Dieser besagte Gemeinderat aus Orth an der Donau – Markus Ripfl – entwickelte sich zu einem Grenzgänger. Seitens der FPÖ wurden hier sofort unmissverständliche und klare Konsequenzen gesetzt: Im Dezember 2017 erfolgte seitens der FPÖ NÖ eine deutliche Verwarnung. Nachdem der Mandatar in der Silvesternacht 2017/2018 einen Clip der neonazistischen Musikband „Division Germania“ likte, wurde er am folgenden Abend (01. Jänner 2018) mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen. Derartiges Gedankengut wird in der FPÖ nicht geduldet.

8 (23.1.18) Discovery of a Nazi-song book of the fraternity Germania – which includes amongst others the line: “There stepped into their midst the Jew Ben Gurion: ‘Step on the gas, you old Germanics, we will reach the seventh million’” together with many further racist and anti-Semitic contents. At that time Udo Landbauer was both the deputy chairman of Germania and the top candidate of the FPÖ in Lower Austria. The FPÖ stood by Landbauer, even Mr. Strache campaigned for Landbauer. After the election all other parties refused to work with Landbauer – so he resigned for a while. Mr. Strache and other senior FPÖ representatives publicly announced that Landbauer has got a return right.

Recent media reports are suggesting that the FPÖ is preparing Landbauer's comeback as member of state parliament of Lower Austria.

(23.1.18) Entdeckung eines Nazi-Liederbuches der Burschenschaft Germania – welches u.a. die Zeile enthält: „Da trat in ihre Mitte der Jude Ben Gurion: ‚Gebt Gas, ihr alten Germanen, wir schaffen die siebte Million.‘“, zusammen mit vielen weiteren rassistischen und antisemitischen Inhalten. Zu dieser Zeit war Udo Landbauer sowohl der stellvertretende Vorsitzende von Germania als auch der Spitzenkandidat der FPÖ in Niederösterreich. Die FPÖ stand Landbauer zur Seite, selbst Herr Strache setzte sich für Landbauer ein. Nach der Wahl weigerten sich alle anderen Parteien, mit Landbauer zusammenzuarbeiten – also trat er für eine Weile zurück. Herr Strache und andere hochrangige Vertreter der FPÖ gaben öffentlich bekannt, dass Landbauer ein Rückkehrrecht erhalten habe. Aktuelle Medienberichte deuten darauf hin, dass die FPÖ Landbauers Comeback als Landtagsabgeordneter von Niederösterreich vorbereitet.

Udo Landbauer war bei der Erstellung des besagten Liederbuches 11 (!) Jahre alt und kann somit mit diesen Texten nichts zu tun haben. Während seiner aktiven Zeit bei der Burschenschaft kennt Landbauer die Liederbücher nur mit geschwärzten beziehungsweise entfernten Seiten. Diese Liederbücher liegen der Staatsanwaltschaft vor und das Verfahren wurde eingestellt. Es wurde offensichtlich und mit extremer Kraft versucht, Udo Landbauer zu diskreditieren und seine Zukunft, wie auch die seiner Familie zu zerstören. Vergleiche mit geschichtlichen Ereignissen sind hier fehl am Platze, erinnern aber an dunkle Zeiten in Österreichs Vergangenheit. Landbauers Unschuld ist bewiesen, alle Verfahren eingestellt, wobei klar anzumerken ist, dass er in diesen Verfahren nie als Beschuldigter, sondern lediglich Zeuge geführt wurde.

9 (31.1.18) Much protest followed the swearing-in of FPÖ politician Sickl into the municipal council of Graz (2nd largest city). In his youth, Heinrich Sickl was in close contact with right-wing extremists. Apart from this, he is also a member of the identitarians,

a group of right-wing extremists, many of them neo-Nazis, under observation by the ministry of interior affairs in Austria as well as in Germany. No consequences were taken. He was sworn in.

(31.1.18) Nach der Vereidigung des FPÖ-Politikers Sickl im Grazer Gemeinderat (2. größte Stadt) kam es zu zahlreichen Protesten. In seiner Jugend stand Heinrich Sickl in engem Kontakt mit Rechtsextremisten. Außerdem ist er Mitglied der Identitären, einer Gruppe von Rechtsextremisten, viele davon Neonazis, die vom Innenministerium sowohl in Österreich als auch in Deutschland beobachtet werden. Es wurden keine Konsequenzen gezogen. Er wurde vereidigt.

Herr Sickl ist nicht Mitglied der Identitären Bewegung, sondern besitzt lediglich eine Liegenschaft, welche er Mitgliedern dieser im Rahmen eines privatrechtlichen Vertrages vermittelt hat.

10 (1.2.18) The FPÖ made some proposals for the boards of the Universities. Some of them were rejected by the Minister of Education (ÖVP, Conservatives) because of their proximity to right-wing extremism. Even those who were not rejected are partly considered as being very active in problematic and far-right fraternities. No apologies or consequences followed on the part of the FPÖ.

(1.2.18) Die FPÖ machte einige Vorschläge für die Universitätsgremien. Einige von ihnen wurden wegen ihrer Nähe zum Rechtsextremismus vom Bildungsminister (ÖVP, Konservative) abgelehnt. Selbst diejenigen, die nicht abgelehnt wurden, werden teilweise als sehr aktiv in problematischen und rechtsextremen Burschenschaften gesehen. Keine Entschuldigungen oder Konsequenzen folgten seitens der FPÖ.

Jeder unbescholtene und wahlberechtigte österreichische Staatsbürger hat in der Form des „Passiven Wahlrechtes“ die Möglichkeit, sich als Kandidat einer Wahl zu stellen. So sind Universitätsräte rein politische Mandate mit einem universitären Hintergrund, die Entscheidungen sind rein politisch motiviert.

11 (1.2.18) The FPÖ provincial councillor Podgorschek from Upper Austria published an advertisement in an issue of the magazine „Info direkt“. The magazine is a co-organizer

of the controversial right wing “Congress of the Defenders of Europe”, and the Documentation Centre of Austrian Resistance classifies it as extreme right-wing. Podgorschek gave no apology, and he is still a party member and councillor in the FPÖ faction.

(1.2.18) Der FPÖ-Landesrat Podgorschek aus Oberösterreich hat in einer Ausgabe des Magazins „Info-Direkt“ eine Anzeige veröffentlicht. Das Magazin ist Mitorganisator des umstrittenen rechtsorientierten „Kongresses: Verteidiger Europas“ und das Dokumentationszentrum des österreichischen Widerstandes stuft es als rechtsextrem ein. Podgorschek gab keine Entschuldigung ab, und er ist immer noch ein Parteimitglied und Landesrat der FPÖ.

Wie bereits im Prolog erwähnt, handelt es sich hier wiederum um eine reine politisch – subjektive Sichtweise ohne qualitative Grundlage. (unbestätigt)

12 (4.2.18) In the context of a discussion on Twitter, H.-C. Strache's spokesman Martin Glier used the term “Blutzeuge” (blood witness). When it was pointed out that this is a Nazi term, he quoted from the extreme right-wing page “Metapedia”, which is a neo-Nazi platform. For an example it refers to Austria as an entity within the German state. He claimed that he did not know about the Nazi term. No consequences followed.

(4.2.18) Im Rahmen einer Diskussion auf Twitter verwendet H.-C. Straches Pressesprecher Martin Glier den Begriff „Blutzeuge“. Als darauf hingewiesen wurde, dass dies ein Nazi-Begriff ist, zitierte er von der rechtsextremen Seite „Metapedia“, die eine neonazistische Plattform ist. Zum Beispiel bezieht sie sich auf Österreich als einen Teil des deutschen Staates. Er behauptete, dass er nichts über den Nazi-Begriff wusste. Es folgten keine Konsequenzen.

Martin Glier hat in einem persönlichen Gespräch seine Fehler eingestanden und war für die diesbezügliche Aufklärung dankbar.

13 (16.2.18) Reinhard Rebhandl, the sixth on the FPÖ-list for the state parliament election in Salzburg is a member of a far-right fraternity. In the past, he was active for the extreme right wing NDP and in 2010 he carried the

flag with the words “racial purity” for his gymnastics club. He has still ties to neo-Nazis, yet remains on the FPÖ's list.

(16.2.18) Reinhard Rebhandl, an sechster Stelle der FPÖ-Liste zur Landtagswahl in Salzburg, ist Mitglied einer rechtsextremen Burschenschaft. In der Vergangenheit war er für die rechtsextreme NDP aktiv und trug 2010 für seinen Turnverein die Flagge mit den Worten „Rassenreinheit“. Er hat immer noch Verbindungen zu Neonazis, verbleibt aber auf der FPÖ-Liste.

Auch hier wieder eine rein subjektive, politische Meinung zum Thema Burschenschaft. (siehe Prolog). Die Fahne wurde im Rahmen der 100 Jahrfeier des Turnvereins mitgebracht, selbstverständlich nicht ausgerollt, oder anderwärtig präsentiert. Die Fahne war vor der Feier und ist auch natürlich weiterhin nicht ausgestellt, sondern als historisches „Dokument“ verwahrt. Zur NDP-Vergangenheit seines Vaters, lehnen wir jegliche Art von Sippenhaftung ausdrücklich ab. Herr Rebhandl hat seine Distanz zu dieser politischen Einstellung mehrmals artikuliert. (unbestätigt)

14 (20.2.18) Anti-Semitic songbooks of the fraternity “Bruna Sudetia” appeared. A line of the songbook was “We're Indo-Germanic and we want to join the Waffen-SS”. After the scandal became public, Gotschöber, the fraternity's chairman and co-worker of Minister Hofer, took leave of absence. Nevertheless, he returned to the ministry one week later and is still FPÖ district councillor in Vienna-Leopoldstadt, a district with a large Jewish population.

(20.2.18) Antisemitische Liederbücher der Burschenschaft „Bruna Sudetia“ sind aufgetaucht. Eine Zeile vom Liederbuch lautete: „Wir sind indogermanisch und wir wollen der Waffen-SS beitreten“. Nach Bekanntwerden des Skandals nahm Gotschöber, der Vorsitzende der Burschenschaft und Mitarbeiter von Minister Hofer, eine Beurlaubung. Gleichwohl kehrte er eine Woche später in das Ministerium zurück und ist nach wie vor FPÖ-Bezirksrat in Wien-Leopoldstadt, einem Stadtteil mit einem großen jüdischen Bevölkerungsanteil.

Hierbei handelt es sich nicht um ein Liederbuch der Burschenschaft. Herwig Götschober hat sich keiner Straftat schuldig gemacht und ist ein unbescholtener Staatsbürger.

- 15 (22.2.18) A candidate of the FPÖ Herzogenburg was wearing a T-shirt of the neo-Nazi band “Der Stürmer”. After the public became aware of the scandal, the candidate was expelled by the FPÖ’s district party chairman.
- (22.2.18) Ein Kandidat der FPÖ Herzogenburg trug ein T-Shirt der Neonazi-Band „Der Stürmer“. Nachdem die Öffentlichkeit auf den Skandal aufmerksam wurde, wurde der Kandidat vom Bezirksparteivorsitzenden der FPÖ ausgeschlossen.
- Das ist die selbstverständliche Vorgangsweise, die FPÖ wusste bis vor der Veröffentlichung nichts von diesem Skandal und hat sofort reagiert.
- 16 (3.3.18) Graz’s deputy mayor Eustacchio participated at a congress that is considered as extreme right wing. The Austrian media did not get access to his speech, because only pertinent media was invited to the congress. The FPÖ did not distance itself neither from Eustacchio nor from the congress.
- (3.3.18) Der stellvertretende Bürgermeister von Graz, Eustacchio, nahm an einem Kongress teil, der als rechtsextremer Kongress gilt. Die österreichischen Medien erhielten keinen Zugang zu seiner Rede, weil nur einschlägige Medien zum Kongress eingeladen wurden. Die FPÖ distanzierte sich weder von Eustacchio noch vom Kongress.
- Der Vortrag des stv. Bürgermeisters von Graz wurde auf einer privaten und geschlossenen Veranstaltung mit dem Thema „50 Jahre 68er-Bewegung“ gehalten. Die FPÖ sieht sich nicht veranlasst eine private Veranstaltung, welche allen nötigen Gesetzen entspricht, noch einen solchen Vortrag zu kommentieren.
- 17 (7.3.18) The FPÖ district party chairman of Imst was sending Hitler images in an FPÖ factional WhatsApp group. Later he claimed that he only sent these pictures to warn his FPÖ colleagues of a former member who was sending such pictures (unbelievable because of the context). No consequences followed, and he is still a party member.
- (7.3.18) Der FPÖ-Bezirksvorsitzende von Imst schickte Hitler-Bilder in einer parteiinternen WhatsApp-Gruppe der FPÖ. Später behauptete er, er habe nur diese Bilder geschickt, um seine FPÖ-Kollegen vor einem ehemaligen

Mitglied zu warnen, das solche Bilder schickte (unglaublich aufgrund des Kontextes). Es folgten keine Konsequenzen, und er ist immer noch ein Parteimitglied.

Gleich nach Bekanntwerden der Vorwürfe hat Neururer am 08.03.2018 seine Mitgliedschaft und somit auch all seine Funktionen ruhend gestellt. Neben Neururer wurde auch gegen Brigitte Grüber, weiteres Mitglied der Bezirksparteileitung, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Beide beteuerten, dass sie die anderen Funktionäre nur warnen wollten. Unabhängig vom Ausgang des Ermittlungsverfahrens, sind beide am 05.07.2018 aus der Partei ausgetreten. Austrittsschreiben wären auch vorhanden, wenn gewünscht.

18 (8.3.18) The former FPÖ chairman from Upper Austria, Lutz Weinzinger, compared the situation of the fraternity members with those of the Jews in the 1930s. He also trivialised the song line from the Germania songbook (case #8). There was no statement on part of the FPÖ, he’s still FPÖ member.

(8.3.18) Der ehemalige FPÖ-Vorsitzende aus Oberösterreich, Lutz Weinzinger, verglich die Situation der Mitglieder der Burschenschaften mit jener der Juden in den dreißiger Jahren. Er trivialisierte auch die Liederzeile aus dem Germania Liederbuch (Fall #8). Es gab keine Aussage seitens der FPÖ, er ist immer noch FPÖ-Mitglied.

Man sollte in dieser Angelegenheit keine Vergleiche anstellen, Herr Weinzinger ist aber auch kein aktiver Politiker wie der ehemalige Bundeskanzler Kern. Dieser bringt diesen Vergleich jedoch sogar im Nationalrat und noch dazu an einem der historisch sensibelsten Tage. Siehe Vorwurf Punkt 1. Dies war auch der Grund, warum wir hier nicht applaudierten, da man die Verbrehen aus dieser Zeit nicht in verharmlosen darf. Es sei jedoch nur der Vollständigkeit halber erwähnt, dass gerade Studentenverbindungen ein sehr häufiges Ziel von politisch motivierten Gewaltangriffen sind. (unbestätigt)

19 (14.3.18) The internet platform “unzensuriert.at”, which is controlled by the FPÖ, publishes an antisemitic conspiracy theory about the migration crisis using George Soros as scapegoat: “The hungarian-born billionaire is considered one of the driving forces behind the destruction of our culture, the large po-

pulation exchange and the destruction of nation states in Europe.” Analysis by the expert Andreas Peham: “The Nazis also radicalized anti-Semitism insofar as they accused ‘the Jews’ of the continent’s ‘Umvolkung’ (‘ethnicity inversion’) – today called ‘population exchange’.”

-> Johann Gudenus, chairman of the FPÖ faction in parliament, in an interview with “Die Presse” on 21.4.2018 spoke of “reliable rumors” that Soros “had tried with a great deal of money to finance all possible political upheavals in Eastern Europe.” In addition, he accused Soros of being “partly responsible for the mass migration to Europe.”

(14.3.18) Die Internetplattform „unzensuriert.at“, die von der FPÖ kontrolliert wird, veröffentlicht eine antisemitische Verschwörungstheorie über die Migrationskrise unter Verwendung von George Soros als Sündenbock: „Der in Ungarn geborene Milliardär gilt als einer der treibenden Kräfte hinter der Zerstörung unserer Kultur, dem großen Bevölkerungsaustausch und der Zerstörung von Nationalstaaten in Europa.“ Gemäß Analyse des Experten Andreas Peham: „Die Nazis radikalisierten den Antisemitismus auch indem sie „die Juden“ der Umvolkung des Kontinents beschuldigten“ („Ethnicity inversion“) – heute „Bevölkerungsaustausch“ genannt. Johann Gudenus, ist seit 19. Mai 2019 nicht mehr Mitglied der Freiheitlichen Partei Österreichs, sprach in einem Interview mit „Die Presse“ am 21.4.2018 von „zuverlässigen Gerüchten“, dass Soros „mit viel Geld versucht habe, alle möglichen politischen Umwälzungen in Osteuropa zu finanzieren.“ Außerdem beschuldigte er Soros, „für die Massenmigration nach Europa mitverantwortlich zu sein“.

„unzensuriert.at“ wird nicht von der FPÖ kontrolliert. Der Herausgeber ist eine GmbH (nachzulesen im Impressum). Abgesehen davon ist eine Kritik an einer Person, nur weil sie jüdischer Abstammung ist, keine antisemitische Verschwörungstheorie. Die Analyse des „Experten“ Andreas Peham (sofern das sein richtiger Name ist) ist politisch motiviert und hat keinerlei Relevanz.

20 (19.3.18) Wolfgang Preiszler, FPÖ municipal councillor in Guntramsdorf, liked and shared racist and anti-Semitic posts on Facebook.

FPÖ leader H.-C. Strache said that Preiszler did “nothing dishonourable”.

(19.3.18) Wolfgang Preiszler, FPÖ-Gemeinderat in Guntramsdorf, hat rassistische und antisemitische Beiträge auf Facebook gelikt (ein „like“ gegeben) und geteilt. FPÖ-Bundesparteiobermann H.-C. Strache sagte, dass Preiszler „nichts Unehrenhaftes“ getan habe.

Seitens der Landespolizeidirektion Wien wurde die Angelegenheit an die Personalabteilung zur dienstrechtlichen Überprüfung weitergeleitet.

21 (20.3.18) Jürgen-Michael Kleppich, attaché at the Austrian embassy in Israel and FPÖ district councillor in Vienna-Leopoldstadt, posted on Facebook a picture that shows him wearing a T-shirt from the online shop of an extreme right-wing identitarian. Some months before, he had also posted a picture of his grandfather wearing a Nazi uniform with swastika. He was called back to Austria by the Ministry of Foreign Affairs, but he remains as a FPÖ party member and also member of the district council.

(20.3.18) Jürgen-Michael Kleppich, Attaché der Österreichischen Botschaft in Israel und FPÖ-Bezirksrat in Wien-Leopoldstadt, hat auf Facebook ein Bild gepostet, auf dem er ein T-Shirt vom Online-Shop eines rechtsextremen Identitären trägt. Einige Monate zuvor hatte er auch ein Bild seines Großvaters gepostet, auf dem er eine Nazi-Uniform mit Hakenkreuz trug. Er wurde vom Außenministerium nach Österreich zurückberufen, bleibt aber als Mitglied der FPÖ und Mitglied der Bezirksvertretung.

Es ist gegen Michael Kleppich ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft Wien wegen Wiederbetätigung eingeleitet, somit können darüber noch keine Aussagen getroffen werden.

22 (20.3.18) Hans Fromm, FPÖ district councillor in Vienna-Leopoldstadt attacks verbally a councillor of the green party for asking him whether he is anti-Semitic (because he always denied approval for funding of projects commemorating the Shoah). In his speech he says: “I am not an anti-Semite. My criticism is legitimate because they (the Jews) only come to us (the district council) when they want money. They should pay for the memorial

sites themselves because they have enough money.” No consequences.

(20.3.18) Hans Fromm, FPÖ-Bezirksrat in Wien-Leopoldstadt, greift verbal einen Stadtrat der grünen Partei dafür an, dass er ihn fragte, ob er antisemitisch sei (weil er die Finanzierung von Projekten zum Gedenken an die Shoah immer abgelehnt hatte). In seiner Rede sagt er: „Ich bin kein Antisemit. Meine Kritik ist legitim, weil sie (die Juden) nur zu uns kommen, wenn sie Geld wollen. Sie sollten die Gedenkstätten selbst bezahlen, weil sie genug Geld haben.“ Keine Konsequenzen.

Es werden laufend an den Bezirk Leopoldstadt Anträge zu Förderungen zu jüdischen Gedenkstätten und -stellen eingebracht. Diese Gedenkort sind prinzipiell gut zu heißen, jedoch übersteigt die Anzahl und die Summen das Budget des Bezirkes bei weitem. Nur aus diesem Grund stimmte Hans Fromm gegen so manches Projekt. Andererseits werden freiheitliche Mandatare in ganz Österreich von der IKG (nicht von einzelnen Vertretern) ununterbrochen diskreditiert, daher hat Hans Fromm von sich gegeben: „Meine Kritik ist legitim, weil sie (die Juden) nur zu uns kommen, wenn sie Geld wollen“. Dies sei weder antisemitisch noch rassistisch zu verstehen gewesen und hätte genauso gut jeden Förderungswerber treffen können, der freiheitliche Mandatare beschimpft und dann die Zustimmung zu einem Projekt möchte.

**23** (23.3.18) Hitler images were exchanged in two WhatsApp groups. Police started an investigation against six suspects, of whom two are FPÖ officials. Those two have resigned from the party (by themselves), but they are retaining their municipal council mandate as non-attached assemblymen.

(23.3.18) Hitler-Bilder wurden in zwei WhatsApp-Gruppen ausgetauscht. Die Polizei leitete eine Untersuchung gegen sechs Verdächtige ein, von denen zwei FPÖ-Funktionäre sind. Diese beiden sind aus der Partei ausgetreten (von sich aus), halten ihr aber Gemeinderatsmandat als parteilose Abgeordnete bei.

Auch hier wieder das gleiche Thema wie in Punkt 4. Selbstverständlich erwarten wir hier auch, das Mandat zurück zu legen, jedoch haben wir darauf keinen Einfluss. (unbestätigt)

**24** (20.4.18) Arndt Praxmarer, one of Minister Hofer’s employees, liked on FB a restaurant

in Germany that was celebrating Hitler’s birthday and offering Schnitzel for € 8.88 (neo-Nazi code for “Heil Hitler”). According to his own statement, Praxmarer does not remember how it came that he used the “Like” button. No consequences followed, he is still working in the Ministry of Transport.

(20.4.18) Arndt Praxmarer, einer der Angestellten von Minister Hofer, likte auf FB (machte ein “like“ für) ein Restaurant in Deutschland, das Hitlers Geburtstag feierte und ein Schnitzel für € 8,88 (Neonazi-Code für „Heil Hitler“) anbot. Nach eigener Aussage erinnert sich Praxmarer nicht daran, wie es dazu kam, dass er den „Gefällt mir“-Knopf verwendete. Es folgten keine Konsequenzen, er arbeitet immer noch im Verkehrsministerium.

Hierbei handelte es sich um „Like“ auf Facebook für ein gewisses Gasthaus „Goldener Löwe“ im deutschen Bundesland Thüringen. Herrn Praxmarer ist dieses Lokal weder bekannt noch weiß er, wie es zu diesem „Like“ gekommen ist. Dementsprechend erlangte er auch erst durch die mediale Thematisierung Kenntnis über die dort offenbar abgehaltenen, verurteilenswürdigen Veranstaltungen. Dass Herr Praxmarer mit diesen in Verbindung gebracht wird ist daher höchst unredlich und entspricht reinem Kalkül politischer Gegner der FPÖ.

Die Nichtigkeit des Vorwurfes zeigt sich zudem auch darin, dass sogar hinter dem Schnitzelpreis von 8,88 Euro ein Neonazi-Code vermutet wird. An dieser Stelle sei ein Foto des Dienstwagens eines SPÖ-Bundesregierungsmitglieds aus dem Jahre 2015 angeführt:



Quelle: privat

Das abschließende „AH“ des KFZ-Kennzeichens ließe entsprechend obiger Vorwurfspraxis ebenfalls Raum für Interpretationen, wurde je-

doch von der politischen und medialen Öffentlichkeit nicht aufgegriffen.

**25** (27.4.2018) Udo Voigt, a German politician, former head of the neo-Nazi “NPD” was invited by the German-nationalist fraternity “Olympia” in Vienna to hold a speech. In 2012 Voigt was convicted for incitement of people after he praised the Waffen-SS and spread xenophobic ads. He is a Shoah-denier. “Olympia” is a FPÖ-stronghold, two FPÖ members of parliament are members there as well as the director of the FPÖ parliament group. All three were asked about Voigts visit. They did not condemn it and no further consequences have been drawn.

(27.4.2018) Udo Voigt, ein deutscher Politiker, ehemaliger Leiter der neonazistischen „NPD“, wurde von der deutsch-nationalistischen Bruderschaft „Olympia“ in Wien eingeladen, eine Rede zu halten. 2012 wurde Voigt wegen Volksverhetzung verurteilt, nachdem er die Waffen-SS gelobt und fremdenfeindliche Werbung verbreitet hatte. Er ist ein Shoah-Leugner. „Olympia“ ist eine FPÖ-Hochburg, zwei FPÖ-Mitglieder des Parlaments sowie der Klubdirektor sind dort Mitglied. Alle drei wurden zu Voigts Besuch befragt. Sie haben es nicht verurteilt und keine weiteren Konsequenzen gezogen.

Die Burschenschaft „Olympia“ in Wien ist nach eigener Bezeichnung eine Burschenschaft. Wer dort Mitglied ist, ist nicht offen gelegt. Ein Verein, in dem auch FPÖ-Funktionäre Mitglieder sind, ist deshalb aber keine FPÖ-Hochburg. Ob es die erwähnte Einladung gab entzieht sich unserer Kenntnis und obliegt dem jeweiligen Verein selbst. Eine Einflussnahme seitens der FPÖ ist allein schon aus vereinsrechtlichen Gründen nicht möglich. Sollte sich ein Verein außerhalb gesetzlicher Vorgaben bewegen, so ist das Angelegenheit der Vereinsbehörde.

**26** (7.5.2018) FPÖ municipal councillor of Bad Vöslau honours the town’s Nazi mayor Rudolf Witzmann by displaying a huge poster on her hotel (she owns). Witzmann was mayor of Bad Vöslau from 1940-1942 and he supported the Arynisation of Jewish property and the deportation of the Jews of Bad Vöslau.

(7.5.2018) FPÖ-Gemeinderätin in Bad Vöslau ehrt den Nazi-Bürgermeister Rudolf Witzmann,

indem sie auf ihrem Hotel, das ihr gehört, ein riesiges Transparent von ihm ausstellt. Witzmann war von 1940 bis 1942 Bürgermeister von Bad Vöslau und unterstützte die Arisierung des jüdischen Eigentums und die Deportation der Juden von Bad Vöslau.

Frau Witzmann feierte ein Jubiläum ihres Hotels, welches ihr Großvater gründete. Frau Witzmann hat weder mit NS-Gedankengut noch mit der politischen Verantwortung ihres Großvaters etwas zu tun.

**27** (9.5.2018) The chairman of FPÖ’s official youth organisation “Ring Freiheitlicher Jugend” (RFJ) in Salzburg admitted in 2009 on Facebook that he is a neo-Nazi. After this posting came out on 9.5.2018 he resigned.

(9.5.2018) Der Vorsitzende der FPÖ-Jugendorganisation „Ring Freiheitlicher Jugend“ (RFJ) in Salzburg hat 2009 auf Facebook zugegeben, dass er ein Neonazi ist. Nachdem dieses Posting herauskam, trat er am 9.5.2018 zurück.

Auch hier wieder, nach Bekanntwerden der Vorfälle wurden sofort alle Konsequenzen gezogen. Der Herr ist zurückgetreten und auch aus der Partei ausgetreten. (unbestätigt)

**28** (9.5.2018) On a TV debate on “Puls 4” Mr. Strache is confronted with the grossly anti-Semitic caricature he posted in 2012 but which has been online on his Facebook page for the last six years. Mr. Strache is asked to erase this caricature, but Strache refuses to do so and he denies that the caricature is in any way anti-Semitic. (Video)

→ Update: A few days before Chancellor Sebastian Kurz’s visit in Israel the caricature was removed from Facebook without any comment by the FPÖ.

(9.5.2018) In einer TV-Debatte auf „Puls 4“ wird Herr Strache mit der grob antisemitischen Karikatur konfrontiert, die er 2012 postete, aber seit sechs Jahren auf seiner Facebook-Seite online hat. Herr Strache wird gebeten, diese Karikatur zu löschen, aber Strache weigert sich, dies zu tun, und leugnet, dass die Karikatur in irgendeiner Weise antisemitisch sei. (Video)

Update: Wenige Tage vor dem Besuch von Bundeskanzler Sebastian Kurz in Israel wurde die Karikatur ohne Kommentar der FPÖ aus Facebook entfernt.



Selbstverständlich ist diese Karikatur nicht antisemitisch, daher hat man das Bild auch nicht offline genommen. Da der politische Mitbewerber gerne unbegründete Vorwürfe in diese Richtung spielt, vor allem auch international, hat man sich dazu entschlossen, dieses Bild im Zuge des Staatsbesuch offline zu stellen, um mögliche Irritationen (aufgrund der politisch zu erwarteten Agitation) im Vorhinein zu vermindern. (unbestätigt)

**29** (27.5.2018) Norbert Hofer, the FPÖ-minister for transportation, announced that FPÖ-members who publish in the anti-Semitic magazine „Aula“ will be excluded from the party. FPÖ chairman Strache and Mario Kunasek, FPÖ-minister for Defence, contradict Hofer. Both are saying that they disagree with some „Aula“-articles but there will be no consequences for publishing in „Aula“.

→ Update: The day before Chancellor Sebastian Kurz arrived in Israel it was announced that „Aula“ will be discontinued. In an interview with „Aula“-representative (and FPÖ politician) Heinrich Sickl he said that it's going to be a relaunch in autumn 2018 and that name and concept will be changed.

(27.5.2018) Der FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer kündigte an, dass FPÖ-Mitglieder, die in der antisemitischen Zeitschrift „Aula“ publizieren, aus der Partei ausgeschlossen werden. FPÖ-Vorsitzender Strache und Mario Kunasek, FPÖ-Verteidigungsminister, widersprechen Hofer. Beide sagen, dass sie mit einigen „Aula“-Artikeln nicht übereinstimmen, aber es wird keine Konsequenzen für die Veröffentlichung in der „Aula“ gebe. → Update: Am Tag vor der Ankunft von Bundeskanzler Sebastian Kurz in Israel wurde bekannt gegeben, dass die „Aula“ eingestellt wird. In einem Interview mit dem „Aula“-Repräsentanten (und FPÖ-Politiker) Heinrich Sickl sagte er, dass es im Herbst 2018 einen Relaunch geben wird und dass der Name und das Konzept geändert werden.

Die Turbulenzen um das Magazin „Aula“ bestehen schon seit längerer Zeit und führten immer wieder zu Verärgerungen in der Freiheitlichen Partei. Die Diskussionen sind sicherlich auch emotional geführt worden und führten schlussendlich auch zu einem Inseratenstopp durch die Bundes-FPÖ. Die Eigentümer des

Magazins haben sich der Aufgabe gestellt, Form und Inhalt zu überarbeiten. Mittlerweile wurde die „Aula“ eingestellt und ein völlig neues Medienprojekt aufgesetzt.

**30** (29.5.2018) An officer at the Austrian intelligence (BVT) claims that while her department was raided in February 2018 her documents about right-wing extremists and German nationalist fraternities were taken away, although her work had nothing to do with the actual cause of the raid. The raid was conducted by a police officer who is a member of the FPÖ. The general attorney said that this BVT-officer was not subject of the investigation. Her documents should not have been confiscated. The BVT-officer also said that she feels under pressure since Herbert Kickl (FPÖ) took office of the Ministry of Interior (and made the former editor-in-chief of „unzensuriert.at“ his spokesperson. „unzensuriert.at“ is an antisemitic platform for conspiracy theories – this was also a description the BVT has shared).

(29.5.2018) Eine Beamtin des österreichischen Geheimdienstes (BVT) behauptet, dass während der Hausdurchsuchung ihrer Behörde im Februar 2018 ihre Dokumente über Rechtsextremisten und deutsche nationalistische Bruderschaften fortgeschafft wurden, obwohl ihre Arbeit nichts mit dem tatsächlichen Gegenstand der Razzia zu tun habe. Die Razzia wurde von einem Polizeibeamten durchgeführt, der FPÖ-Mitglied ist. Der Generalsekretär sagte, dass diese BVT-Beamtin nicht Gegenstand der Untersuchung war. Ihre Dokumente hätten nicht beschlagnahmt werden dürfen. Die BVT-Beamtin sagte auch, dass sie sich unter Druck gesetzt fühlte, seitdem Herbert Kickl (FPÖ) das Innenministerium übernommen hat (und den ehemaligen Chefredakteur von „unzensuriert.at“ zu seinem Pressesprecher gemacht hat. „unzensuriert.at“ ist eine antisemitische Plattform für Verschwörungstheorien – dies war auch eine Beschreibung, die der BVT geteilt hat).

Das entsprechende Verfahren gegen Mitarbeiter wird von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft geführt, welche bekannt dem nicht FPÖ-geführten Bundesministerium für Justiz untersteht. Diese ordnete auch besag-

te Hausdurchsuchung an. Die Sicherstellung von etwaigen Beweismitteln wurde ausschließlich von Staatsanwälten durchgeführt, dem Bundesministerium für Inneres unterstehende Exekutivkräfte gewährleisteten bloß die Durchführung der Hausdurchsuchung. Weiters wird darauf verwiesen, dass ab Herbst 2018 ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur gesamten BVT-Causa seine Arbeit aufnehmen wird. (unbestätigt)

**31** (2.6.2018) Manuel Kamper who is FPÖ member and employee at the Ministry of Interior posted videos of a plane of the Wehrmacht. On it there is a swastika. He posted the video in 2011. Since publishing swastikas in Austria is illegal it has already been reported to the local court.

(2.6.2018) Manuel Kamper, FPÖ-Mitglied und Angestellter des Innenministeriums, postete Videos von einem Flugzeug der Wehrmacht. Darauf befindet sich ein Hakenkreuz. Er veröffentlichte das Video im Jahr 2011. Da die Veröffentlichung von Hakenkreuzen in Österreich illegal ist, wurde es dem Landesgericht mitgeteilt.

Gegen Herrn Kamper wurden Ermittlungen hinsichtlich eines möglichen Gesetzesverstößes eingeleitet, welche noch laufen. (unbestätigt)

**32** (7.7.2018) Parliamentary inquiries bring to light that two ministries led by FPÖ politicians (sports ministry of H.-C. Strache and interior ministry of Herbert Kickl) advertised in two far right magazines (worth 29.000 Euro) since the beginning of 2018. The two magazines are „Wochenblick“ and „alles roger“ – both affiliated with the FPÖ and both known for antisemitic articles.

(7.7.2018) Parlamentarische Untersuchungen zeigen, dass zwei der von FPÖ-Politikern geführten Ministerien (Sportministerium von H.-C. Strache und Innenministerium von Herbert Kickl) seit Beginn 2018 in zwei rechtsextremen Magazinen (im Wert von 29.000 Euro) Werbungen geschaltet haben. Die beiden Zeitschriften sind der „Wochenblick“ und „alles roger?“ – beide sind der FPÖ nahestehend und für antisemitische Artikel bekannt.

Wieder Verweis auf Prolog und subjektiver Meinung. Es ist üblich, dass Ministerien Inserate in Magazinen und Tageszeitungen schalten. (unbestätigt)

**33** (17.7.2018) FPÖ councilor in the state of Lower Austria, Gottfried Waldhäusl, suggested to let Jews and Muslims register in order to get kosher or halal meat. In the following days he and the FPÖ of Lower Austria demonized the Schechita (e.g. „inhuman“, „barbaric“, etc.). A week later also Vice Chancellor and FPÖ chairman H.-C. Strache called for an end to Schechita. All relevant politicians such as Lower Austria's Governor Johanna Mikl-Leitner, the Speaker of the Parliament Wolfgang Sobotka, the federal minister for religious affairs Gernot Blümel and Chancellor Sebastian Kurz publicly declared that no registrations of Jews and no further limitations to the production of kosher meat will be imposed. Still the FPÖ campaigns for and end of the Schechita (e.g. <https://www.fpoe-noe.at>).

(17.7.2018) Gottfried Waldhäusl, FPÖ-Landesrat im Bundesland Niederösterreich, schlug vor, Juden und Muslime registrieren zu lassen, wenn sie koscheres oder Halal-Fleisch bekommen wollen. In den folgenden Tagen verteufelte er gemeinsam mit der FPÖ-Niederösterreich das Schächten (z. B. „unmenschlich“, „barbarisch“ usw.). Eine Woche später forderte auch Vizekanzler und FPÖ-Bundesparteiobermann H.-C. Strache ein Ende für das Schächten. Alle maßgeblichen Politiker, wie Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, der Parlamentspräsident Wolfgang Sobotka, der Bundesminister für religiöse Angelegenheiten Gernot Blümel und Bundeskanzler Sebastian Kurz erklärten öffentlich, dass keine Registrierungen von Juden und keine weiteren Einschränkungen zur Herstellung von koscherem Fleisch auferlegt werden. Noch immer kämpft die FPÖ für ein Ende des Schächten (z. B. <https://www.fpoe-noe.at>).

Der hier angeführte Vorwurf, der in Niederösterreich für Tierschutz zuständige FPÖ-Landesrat Gottfried Waldhäusl habe vorgeschlagen, „Juden und Muslime registrieren zu lassen, wenn sie koscheres oder Halal-Fleisch bekommen wollen“ ist in dieser Form falsch.

Tatsächlich stammte der Vorschlag von seinem Amtsvorgänger, SPÖ-Landesrat Maurice Androsch, aus dem Jahr 2017. Unter anderem

berichtete die Tageszeitung „Die Presse“ in ihrer Ausgabe vom 18. Juli 2018 dazu wie folgt:

*„(...) In einem der „Presse“ vorliegenden Informationsschreiben von 20. September 2017 – es ging an alle Bezirkshauptmannschaften – äußerte Androsch das Anliegen, das Schächten einzudämmen. Grund dafür: unter anderem der Umstand, dass die Tiere vorher nicht betäubt werden – und dass die vor dem Schächten vorgenommene Fixierung Stress verursacht.*

*Darum sollte die Schlachtungsmethode auf ein Minimum reduziert, nur durch Fachleute vorgenommen werden und muss bewilligt werden. Das war auch vor dem 20. September 2017 so und galt bundesweit. Neu in Androschs Vorschlag war: ein Nachweis darüber, dass zwingende religiöse Ge- und Verbote zur Schächtung des Fleisches vorliegen würden. „Der Bewilligungserber (Antragsteller) muss einer Religionsgemeinschaft (Strömung) angehören, für welche das Schächten als Teil der Religionsausübung anzusehen ist. (...)“; hieß es.*

*Vorzulegen ist laut Androschs Ansinnen ein Mitgliederverzeichnis, eine Vorlage eines Meldezettels, auf dem das Religionsbekenntnis enthalten ist, oder diverse andere Dokumente, aus denen die Religionszugehörigkeit zweifelsfrei hervorgeht. (...)“*

In einer Presseaussendung (OTS 0106) am 27. Juli 2018 des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung gaben ÖVP-Landeshauptfrau Mag. Johanna Mikl-Leitner und FPÖ-Landesrat Gottfried Waldhäusl bekannt, dass besagtes unter der Ressortverantwortung von SPÖ-Landesrat Maurice Androsch ergangene Informationsschreiben mit sofortiger Wirkung aufgehoben ist und die Behörden neu über eine künftig nachvollzieh-

bare Vorgangsweise informiert werden. In dieser Information soll klar gestellt werden, wie mit der neuen Regelung einerseits dem Tierschutzgesetz entsprechend umgegangen und andererseits der Religionsfreiheit Rechnung getragen wird. Eine Registrierung wird es daher nicht geben, Landesrat Waldhäusl wird in besagter Presseaussendung wie folgt zitiert: *„Für mich ist wichtig, dass das Schächten aus Tierschutzgründen im Land so weit wie möglich zurückgedrängt wird. Ich möchte auch keine ‚Schächteexporte‘. Dazu braucht es strenge Kontrollen und die Behörden müssen die Möglichkeit haben, in Verdachtsfällen weitere Ermittlungen zu führen. Wir haben damit gemeinsam mit Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner eine Entscheidung mit Hausverstand getroffen.“*

Grundsätzlich ist es legitim, zum Schlachten eines Tieres durch Schächten unter dem Aspekt des Tierschutzes eine ablehnende Haltung einzunehmen, auch wenn diese Schlachtungsart auf religiösen Vorschriften basiert. So ist Schächten beispielsweise in den Niederlanden, der Schweiz und Polen verboten.

Dementsprechend lehnt auch die FPÖ das Schächten eines Tieres, insbesondere ohne vorherige Betäubung, ab, vertritt aber gleichzeitig den Standpunkt, dass es mit einer zeitgleichen bzw. zeitnahen Betäubung aus religiösen Gründen zu akzeptieren ist.

Status	Zahl der Fälle
Keine Konsequenzen	<b>31</b>
Parteiausschluss	<b>2</b>

---

**Erklärungen des ehemaligen  
FPÖ-Bundesparteiobmann  
Heinz-Christian Strache  
zu Israel,  
sowie Distanzierungen von  
Antisemitismus und NS-Ideologie**  
von  
Andreas Mölzer

## 1 Entschieden gegen NS-Ideologie und Antisemitismus und für Israel

### Heinz-Christian Strache in O-Ton

Seit der Übernahme der Führung der FPÖ hat Heinz-Christian Strache keine Gelegenheit ausgelassen, sich von der nationalsozialistischen Ideologie und jeglichem Antisemitismus zu distanzieren. Gleichzeitig hat er konsequent versucht, in all den Debatten, die es seit dem Frühling des Jahres 2005 bis zum heutigen Tag gab, für Israel einzutreten. In der Folge werden im Originalton all jene Stellungnahmen Straches, die dieser vom April des Jahres 2005 bis hin zum Jahre 2018, dem heurigen Gedenkjahr abgegeben hat, aufgelistet.

Da tritt er gegen „jede Relativierung historischer Verbrechen“ auf und distanziert sich konsequent „von allen verbrecherischen und totalitären Ideologien“. Nicht nur einmal distanziert er sich ausdrücklich und detailliert, insbesondere von der NS-Ideologie und völlig zweifelsfrei setzt er sich dafür ein, dass das Verbotsgesetz als wichtiges politisch-rechtliches Symbol für klare Distanzierung von „NS-Verbrechen“ bedeutsam sei für die österreichische Rechtsordnung.

Ebenso konsequent ist Straches Eintreten für die Belange Israels, beginnend mit der „Jerusalemmer Erklärung“ aus dem Jahre 2010, die Strache mit anderen Spitzenleuten europäischer Rechtsdemokraten bei einem Israelbesuch verabschiedete, über Sondierungen der Situation im Nahen Osten mittels Gesprächen, sowohl mit jüdischen als auch mit palästinensischen Vertretern, bis hin zum wiederholten Eintreten für die israelische Seite im aufflackernden Nahost-Konflikt reicht Straches Engagement.

Einen Höhepunkt seiner klaren Aussagen gegen Antisemitismus und jegliche NS-Ideologie bringt naturgemäß das Gedenkjahr 2018, wo er bereits in seiner Funktion als Vizekanzler klar und deutlich Stellung bezieht. Seine Absage an jeglichen Antisemitismus auf dem Akademikerball der FPÖ im Jänner 2018 setzt den Beginn einer Reihe von Statements, welche den Holocaustgedenktag genauso betreffen, wie den Tag der Befreiung vom NS-Regime, den 8. Mai.

Insgesamt lässt der nunmehr ehemalige Bundesparteiobmann der Partei und ehemalige Vizekanzler Heinz-Christian Strache keinen Zweifel an

seiner demokratischen Einstellung in seiner Ablehnung aller totalitären Tendenzen und von jeglichem Antisemitismus. Die vorliegende Dokumentation im Originalton zeigt dies überaus deutlich auf.

*OTS0167 5 II 0142 NFP0002; Mi, 27. Apr 2005  
FPÖ/BPO Strache/Zweite Republik*

### Strache: Gegen jede Relativierung historischer Verbrechen

Utl.: Menschheit hat leider nur wenig dazu gelernt

Wien (OTS) – Wien, 27.4.05 (fpd) – FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache nutzte den heutigen 60. Geburtstag der Zweiten Republik, um sich klar gegen jede Relativierung historischer Verbrechen auszusprechen.

*Die Massenmorde der Vergangenheit und Gegenwart seien klar und eindeutig zu verurteilen, betonte Strache. Die Einzigartigkeit des nationalsozialistischen Holocaust sei unbestritten. Hier könne es nur Entsetzen und Verurteilung geben.*

Leider habe die Menschheit aber nur wenig dazu gelernt, führte Strache aus und erinnerte an die stalinistischen Greuelthaten, den Vietnamkrieg, die Verbrechen der Roten Khmer, die Massaker in Ruanda, die Ereignisse auf dem Balkan und die jüngsten Ereignisse im Irak. Und dies sei nur ein Ausschnitt. Daher müsse man unermüdlich die Partei der Menschlichkeit ergreifen. Gerade heute, am 60. Geburtstag der Zweiten Republik, sei es unumgänglich, daran zu erinnern. (Schluss)

*OTS0126 5 II 0992 NFW0003; Mo, 29. Jän 2007  
FPÖ/Strache/Grundsatzerklärung*

### Strache distanziert sich in Grundsatzklärung von allen verbrecherischen und totalitären Ideologien

Utl.: „Habe mit NS-Ideologie rein gar nichts am Hut“ – Gesteuerte Medienkampagne, um Höhenflug der FPÖ zu stoppen – Dringend Aufklärung der Finz-Kontakte zu Küssel notwendig

Wien (fpd) – In einer Grundsatzklärung vor rund 70 Medienvertretern verurteilte FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache zum wiederholten Male die nationalsozialistischen Verbrechen und distanzierte sich „in gebotener Schärfe und Deutlichkeit“ von allen verbrecherischen und totalitären Ideologien.

Strache nahm auch Bezug auf die aktuelle Diskussion, in der rund 20 Jahre alte Fotos in einen

völlig falschen Kontext mit unglaublichen Unterstellungen, Falschinformationen und absichtlichen Fehlinterpretationen gestellt wurden. Vor allem die Tageszeitung „Österreich“ scheine hier weder die Grundregeln noch die ethische Verpflichtung eines seriösen Journalismus zu beherzigen. Dies werde Gegenstand sehr vieler gerichtlicher Verfahren sein, kündigte Strache an.

„In meinem ganzen aktiven politischen Denken, Tun und Handeln als Mandatar ist meine Position als begeisterter Demokrat vielfach und unmissverständlich dokumentiert. Mit der Ideologie des Nationalsozialismus habe ich rein gar nichts am Hut, ich lehne sie vielmehr entschieden ab. Dieses Gedankengut hat in der FPÖ nichts verloren“, bekräftigte Strache.

Er habe seit vielen Jahren keinen Hehl daraus gemacht, dass er durch seine Jugendliebe, der Tochter von Norbert Burger, mit diesem persönlich bekannt gewesen sei. „Ich habe damals verschiedenste Personen und politische Positionen kennengelernt und habe meine dann gefunden: Eine demokratisch-patriotisch-freiheitliche und soziale Mitte-Rechtsposition.“

Was die 20 Jahre alten Fotos aus Kärnten anbelange, stellte Strache fest, daß er in seinen jungen Jahren von soldatischen Tugenden fasziniert gewesen sei und in weiterer Folge auch seinen Dienst beim Bundesheer absolviert habe. Strache posierte jedenfalls nicht – wie mehrfach behauptet – vor einem NS-Denkmal, sondern einem Kriegerdenkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges. „Ja, wir haben Paintball an diesem Wochenende gespielt, die Schutzbrillen auf den Fotos wurden bei der Anonymisierung der Personen zwangsläufig unkenntlich gemacht. Zu Schaden ist dabei niemand gekommen, da sind martialische Computerspiele von heute schon viel gefährlicher für die Jugend“.

Strache distanzierte sich in seinen weiteren Ausführungen nicht nur von der NS-Ideologie, sondern stellte auch unmissverständlich klar: „Es ist das Ergebnis eines persönlichen Reifungsprozesses, all jene Brücken längst schon abgerissen zu haben, die in ein Umfeld gingen oder gehen konnten, das eben diese scharfe Trennlinie nicht gezogen hat. Meine Politik und die der FPÖ ist es, ein gelebtes Distanzverhältnis zu allen Personen und Inhalten zu pflegen, welche keine klar erkennbare, scharfe Grenze in Richtung NS-Ideologie ziehen.

Und diese Position ist für mich unverrückbar“, so Strache.

Deutliche Worte fand Strache auch zur Pauschalverurteilung der Burschenschaften durch manche Medien. „Ich selbst bin Burschenschafter und lasse es nicht zu, diese studentische Tradition in ein völlig falsches Licht zu rücken. Denn gerade diese Studentenverbindungen wurden im Dritten Reich, nicht zuletzt wegen ihrer demokratischen Einstellung, verboten und aufgelöst. Sie wurden nach dem Krieg wieder zugelassen und viele ihrer Mitglieder haben wesentlich zum Wiederaufbau unseres Landes beigetragen. Eine Reihe von ihnen haben bedeutende Positionen erreicht, in der Wirtschaft, aber auch in der Politik, und sind wertvolle Mitglieder der österreichischen Gesellschaft. Ich kann in Kreisky-Manier nur festhalten: Meine Damen und Herren Redakteure, lernen Sie Geschichte“, so Strache.

Strache präsentierte unter anderem das Titelbild des „Spiegel“, Nr. 28 /2005, auf dem die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel mit exakt jener Grußhand abgebildet sei, die man bei Strache völlig unzulässig als „Kühnen-Gruß“ in miserabler propagandistischer Art und Weise zu interpretieren versuche. Allein dieses Beispiel zeige die Absurdität der Hetzkampagne gegen den FPÖ-Bundesparteiobmann. Interessant sei auch, daß anonym an die FPÖ ein Foto des ehemaligen Wiener ÖVP-Staatssekretäres Finz mit Gottfried Küssel ergangen sei, das Strache den Medienvertretern präsentierte. „Es interessiert mich jetzt schon, welche Form der Kontakte hier in bierseliger Laune zwischen ÖVP-Spitzenpolitikern mit Vertretern des Rechts extremismus bestehen. Darüber hinaus ist immer noch ungeklärt, in welcher Form Küssel bei der JVP tätig gewesen ist“, so Strache.

Sehr interessant sei es auch, eine Diskussion etwa über den ehemaligen deutschen Außenminister der Grünen, Joschka Fischer, zu führen. Christian Schmidt, ein ehemaliger linksextremistischer Kampfgenosse Joschka Fischers, schildert in seinem Buch „Wir sind die Wahnsinnigen – Joschka Fischer und seine Frankfurter Gang“, dass Joschka Fischer während der Zeit des linksextremistischen Terrors der berüchtigten „Roten Armee Fraktion“ (RAF), der so genannten Baader-Meinhof-Bande, deren Sympathisant und „comandante“ einer linksextremistischen Wehrsport- und Straßenschlachtgruppe in Frankfurt am Main war. Er

nannte diese Kampforganisation „Putzgruppe“, weil sie „auf den Putz“ haute und die „Bullen“ von der Straße „wegputzte“. Diese Truppe hieß unter den Genossen bald auch „Proletarische Union für Terror und Zerstörung“. Fischer trainierte mit seiner Spezialeinheit hart. Sonntags fuhr die Gruppe im geschlossenen Konvoi zu regelrechten Manövern in den Taunus, wo Fischer mit bis zu vierzig Leuten Steineschmeißen in Formation (eine Reihe tief, die nächste hoch), einen Keil bilden oder Gefangenenbefreiung in Dreiergruppen übte. In der Szene-Zeitschrift „Wir wollen alles“ bekannten sich die Fischer-Terroristen offen zur „Roten Armee Fraktion“, (RAF) der Baader-Meinhof-Bande und zu deren Schusswaffengebrauch gegen die Polizei. Am 10. Mai 1976 kam es in Frankfurt zu einer weiteren Straßenschlacht, an der Joschka Fischer persönlich beteiligt war und bei der seine „Putzgruppe“ alle Hemmungen fallen ließ. Eines der traurigen Ergebnisse: Die Haut eines Polizisten wurde zu 60 Prozent verbrannt, Strache: „Die Grünen sollen angesichts ihrer internationalen „Genossen“ ganz leise treten, denn all diese Dinge werden wir demnächst in Österreich breit kommunizieren“, kündigte Strache an.

Strache wörtlich: „Ja, ich distanzieren mich von allen verbrecherischen und totalitären Regimen und verurteile diese. Ja, ich distanzieren mich in aller Klarheit von den Verbrechen des Nationalsozialismus und verurteile diese. Ja, ich bekenne mich zur Republik Österreich, unserer Demokratie, unseren Gesetzen sowie unserer Verfassung, auf die ich angelobt bin und habe in meinem ganzen Handeln, Denken und Tun auch nie einen Zweifel daran aufkommen lassen. Ja, ich distanzieren mich von allen Formen der Gewalt, des Hasses und politischen Fanatismus und verurteile diese in aller Schärfe. Ja, ich verurteile Rassismus, Totalitarismus und Antisemitismus. Und ich fordere endlich Fairness, Objektivität und Tatsachenbezogenheit bei dieser mehr als sensiblen Frage ein. Ich werde es nicht zulassen, mich und diese FPÖ in ein Eck zu drängen, in das wir nicht gehören“.

*OTS0252 5 II 0572 FPK0009; Di, 30. Jän 2007  
FPÖ/Strache/Parlament*

#### **Strache: Klarer Trennstrich zu jedweder totalitären Gedankenrichtung**

Utl.: Selbstverständliche Aufgabe und Verpflichtung, hinter dem Rechtsstaat und der Ver-

fassung zu stehen – Kritik an Diffamierung als „journalistischer Methode“

Wien (OTS) – In seinem gesamten politischen Handeln und Tun als Mandatar habe er immer einen sehr klaren und deutlichen Trennstrich zur NS-Ideologie gezogen, betonte FPÖ-Klubobmann HC Strache in der heutigen Sitzung des österreichischen Nationalrats. Dies sei eine Selbstverständlichkeit für jeden aufrechten Demokraten in diesem Land. Es sei auch die selbstverständliche Aufgabe und Verpflichtung, hinter dem Rechtsstaat und der Verfassung zu stehen. „Das leitet mich als freiheitlich gesinnter Mensch.“

Strache betonte, alle Formen von Gewalt, Totalitarismus, Rassismus und Antisemitismus abzulehnen und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es Grün-Abgeordnete gebe, die bei Demonstrationen zugegen gewesen seien, wo es zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen sei. Die heutigen Ausführungen von Grünen-Chef Van der Bellen kritisierte der freiheitliche Klubobmann als ungebührlich und wies darauf hin, den „Stürmer“ noch nie gelesen zu haben. Er verabscheue diese von Van der Bellen verlesenen Zitate. So wie von Van der Bellen dargestellt habe er seine Aussage nicht gemeint und auch nicht zum Ausdruck gebracht. Daher nehme er dies zurück. Gemeint habe er einen Journalismus, der mit miesesten Diffamierungen, Unterstellungen und Manipulationen arbeite, der weit weg von jeder Ethik agiere. Solche unredlichen Unterstellungen müsse man zurückweisen. Seine Familie sei einem Stalking ausgesetzt, das zu verurteilen sei.

Es habe gewisse Grenzen zu geben, betonte Strache. Wenn man mit derartigen Unsinnigkeiten wie er konfrontiert werde, tue dies weh. Wenn man davon nicht betroffen sei, müsse man ein Eisstrank sein. Als Beispiel nannte Strache die Behauptung, dass er den Tarnnamen „Heinrich“ getragen habe, dabei sei dies sein Couleurname bei seiner Verbindung gewesen. Dies sei auch bei katholischen Verbindungen üblich. Gegen so etwas müsse man sich zur Wehr setzen.

Strache stellte auch klar, dass er mit dem gestern von ihm präsentierten Bild dem ehemaligen Staatssekretär Finz keine Nähe zu extremistischem Gedankengut unterstellen wollte. Ganz im Gegenteil sei damit zum Ausdruck gebracht worden, welcher Wahnsinn journalistisch betrieben werde und welche Manipulationen passieren könnten. Hier

entstehe ein Markt für Neurotiker und ein Markt der Verleumdungen. Dies müsse man verhindern.

Im weiteren Verlauf seiner Rede zieht Strache die ÖVP der Doppelbödigkeit, da in deren Parlamentsklub nach wie vor das Bild des Austrofaschisten Dollfuß. Die ÖVP habe also noch keinen Trennstrich in Richtung aller Totalitarismen gezogen, sonst würde dieses Bild nicht im Klub hängen. Dies sei nicht zu verteidigen. Zu den Anwürfen des orangen Klubobmanns Westenthaler meinte der freiheitliche Klubobmann, dass er im Gegensatz zu Westenthaler noch nie Gewalt in Verbindung gebracht worden sei und erinnerte an dessen Eskapaden am Wahlabend des 1. Oktober 2006. Auch an den ehemaligen grünen deutschen Außenminister Joschka Fischer erinnerte Strache. Dieser habe als 28-jähriger bewusst zu Gewalt gegriffen.

„Ich habe einen ganz klaren Trennstrich zu jedweder totalitären Gedankenrichtung gezogen“, bekräftigte Strache. „Ich habe das gelebt und es ist in meinen Taten, Handlungen und Worten festgehalten, und das ist der Maßstab, um objektiv und korrekt behandelt zu werden.“ Die Ablehnung der nationalsozialistischen Ideologie und ihrer Verbrechen sei die Klammer, die alle Abgeordneten in diesem Haus zusammenhalte, und man dürfe diese Klammer nicht für politisches Kleingeld durchbrechen.

Die FPÖ sei ein wichtiger demokratischer Faktor. „Wir sprechen Probleme an, die andere Parteien nicht erkennen wollen“, sagte Strache. „Wir werden diese uns vom Wähler übertragene Aufgabe konsequent fortsetzen und uns von unserem Weg nicht abbringen lassen.“

*OTS0025 5 II 0812 FPK0002; So, 02.Sep 2007*

*FPÖ/Strache/Fakten*

### **HC Straches Distanzierungen von der NS-Ideologie**

Wien (OTS) – Immer wieder behaupten die linke Jagdgesellschaft und selbsternannte Moralapostel – allen voran Wolfgang Fellner vom Verschenklättchen „Österreich“ –, dass HC Strache keine klare Distanzierung zur NS-Ideologie vorgenommen habe. Einer Prüfung der Fakten halten alle diese Behauptungen nicht stand. Es gibt eine Unzahl von Handlungen und Aussagen, die Straches lupenreine demokratische Gesinnung beweisen. Nur, an Tatsachen war die Jagdgesellschaft nie interessiert. Sie ja-

gen HC Strache, weil er als einziger Politik unter dem Motto „Österreich zuerst“ macht.

Die Fakten anhand einiger Beispiele: Im Juni 2002 besuchte HC Strache im Zuge eines offiziellen Besuchs in Israel die Holocaust-Gedenkstätte „Yad Vashem“, wo die freiheitliche Delegation der jüdischen Opfern des Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg gedachte.

Am 8. Mai 2004 hielt HC Strache eine Rede am Wiener Heldenplatz. Darin betont er klar und unmissverständlich, dass (...) die unzähligen KZ-Insassen den 8. Mai selbstverständlich als Befreiung empfunden haben. (...) „Auch der unzähligen Opfer der menschenverachtenden Konzentrationslager wollen wir heute gedenken ...“

Am 27. April 2005 betonte Strache: „Die Massenmorde der Vergangenheit und Gegenwart sind klar und eindeutig zu verurteilen. Die Einzigartigkeit des nationalsozialistischen Holocaust ist unbestritten. Hier kann es nur Entsetzen und Verurteilung geben.“

Am 29. April 2005 erklärte Strache im Zuge einer Rede im Wiener Landtag, dass gerade um die Zeit des sechzigsten Jahrestages der Gründung der Zweiten Republik es das Gebot der Stunde sei, diese Menschlichkeit auch sicherzustellen in unserer heutigen Zeit und auch mit Würde zu gedenken, was es für Zeiten gegeben hat, wo Massenmorde, Menschenrechtsverletzungen gang und gäbe, ja System gewesen wären. „Wir können nicht zulassen, dass man diese relativiert, in Frage stellt, und das auch zum wiederholten Male, wo wir in der heutigen Demokratie dafür Sorge tragen müssen, dass sich so etwas nie mehr wiederholen kann.“

Am 8. November 2006 erklärte HC Strache: „Die klare Verurteilung des Nationalsozialismus und die eindeutige Distanzierung von dieser Ideologie wie von jeder anderen verbrecherischen Weltanschauung steht für die FPÖ völlig außer Frage.“

In einer ausführlichen Grundsatzklärung im Rahmen einer Pressekonferenz am 29. Jänner 2007 erläuterte Strache: „Mit der Ideologie des Nationalsozialismus habe ich rein gar nichts am Hut, ich lehne sie vielmehr entschieden ab. Dieses Gedankengut hat in der FPÖ nichts verloren. (...)“

Es ist das Ergebnis eines persönlichen Reifungsprozesses, all jene Brücken längst schon abgerissen zu haben, die in ein Umfeld gingen oder gehen konnten, das eben diese scharfe Trennlinie

nicht gezogen hat (kein Kontakt zur Wiking-Jugend seit 1990). Meine Politik und die der FPÖ ist es, ein gelebtes Distanzverhältnis zu allen Personen und Inhalten zu pflegen, welche keine klar erkennbare, scharfe Grenze in Richtung NS-Ideologie ziehen. Und diese Position ist für mich unverrückbar. (...) Ja, ich distanzieren mich von allen verbrecherischen und totalitären Regimen und verurteile diese. Ja, ich distanzieren mich in aller Klarheit von den Verbrechen des Nationalsozialismus und verurteile diese. Ja, ich bekenne mich zur Republik Österreich, unserer Demokratie, unseren Gesetzen sowie unserer Verfassung, auf die ich angelobt bin und habe in meinem ganzen Handeln, Denken und Tun auch nie einen Zweifel daran aufkommen lassen. Ja, ich distanzieren mich von allen Formen der Gewalt, des Hasses und des politischen Fanatismus und verurteile diese in aller Schärfe. Ja, ich verurteile Rassismus, Totalitarismus und Antisemitismus. Und ich fordere endlich Fairness, Objektivität und Tatsachenbezogenheit bei dieser mehr als sensiblen Frage ein. Ich werde es nicht zulassen, mich und diese FPÖ in ein Eck zu drängen, in das wir nicht gehören.“

Bundespräsident Fischer attestierte HC Strache am 2. Februar 2007 eine „entschiedene Abgrenzung zum Nationalsozialismus“. Die Abgrenzung des FP-Chefs sei ausreichend. Zu den Pflichten einer jeden Partei gehöre die „ganz eindeutige und entschiedene Abgrenzung zum Nationalsozialismus“. Strache erfülle dieses Kriterium: „Sonst wäre er von den Wählerinnen und Wählern nicht ins Parlament gewählt worden. Und sonst müsste die Justiz ja ein Verfahren einleiten.“

Zum Thema Fellner:

Wolfgang Fellner behauptet, er habe vor Gericht einen Sieg gegen Strache errungen.

Wahr ist: Fellner ist Angeklagter und nicht Ankläger. Das Gerichtsverfahren ist nicht abgeschlossen. Die Zeugeneinvernahmen haben erst begonnen. Fellner beruft sich nur auf die Aussage E. Stadlers, die politisch motiviert ist. Das einzige Verfahren, das bisher abgeschlossen ist, hat HC Strache gewonnen. „Österreich“ musste Behauptungen, dass HC Strache an Wehrsportübungen teilgenommen habe, zurücknehmen.

Fellner suggeriert, HC Strache wäre als Neonazi verhaftet worden. Wahr ist: HC Strache wurde vor knapp 20 Jahren nur angehalten und seine Identität festgestellt. Das wars. Er hat den Ort aber frei und unbescholten verlassen.

Fellner behauptet, die Fotos hätten nichts mit Paintball zu tun, sondern seien Wehrsportübungen.

Tatsache ist: Ein Beweisfoto, auf dem klar und deutlich Paintball-Schutzbrillen erkennbar sind, veröffentlicht Fellner nicht.

Fellner suggeriert, dass HC Strache Kontakte zu rechtsextremen Personen oder Organisationen hätte.

Tatsache ist: Vor gut 20 Jahren waren alle auf den Fotos abgebildeten Personen unbescholten. Zu später verurteilten Personen hatte HC Strache seine Kontakte längst vor deren Verurteilung abgebrochen. Genauso, wie es zur Wiking-Jugend schon lange vor deren Auflösung keinen Kontakt mehr gab.

*OTS0157 5 II 0130 NES0008; Mi, 04.Feb 2009*

*FPÖ/Medien/Vorausmeldung/NEWS/Strache/Gaza-Konflikt*

### **FPÖ-Chef Strache ergreift Partei für Israel im Gaza-Konflikt**

Utl.: „Israel hat fraglos Recht auf Selbstverteidigung“, sagt Strache.

Wien (OTS) – „Israel hat fraglos ein Recht auf Selbstverteidigung, schließlich hat die Hamas das Land mit 30.000 Raketen beschossen“, meint FPÖ-Parteichef Heinz-Christian Strache in einem Interview mit der morgen erscheinenden Ausgabe des Nachrichtenmagazins NEWS. Strache nimmt gegenüber NEWS Israel in Schutz, das „wie jedes Volk ein Recht auf einen eigenen Staat hat“.

Es sei skandalös, dass SPÖ-Politiker wie Omar Al-Rawi das Existenzrecht Israels anzweifeln würden, und die SPÖ dazu schweige, kritisiert der FPÖ-Obmann. Strache weiter: „Man muss aber auch Kritik an Israel üben: Das Land hat auch Zivilisten getroffen und das Recht zur Selbstverteidigung damit etwas überzogen.“

*OTS0197 5 II 0597 FPK0012; Fr, 05.Mär 2010*

*FPÖ/Strache/Rosenkranz/Verbotsgesetz*

### **FPÖ: Strache: Verbotsgesetz ist wichtiges politisch-rechtliches Symbol für klare Distanzierung von NS-Verbrechen**

Utl.: FPÖ ist keine Vergangenheits-, sondern eine Zukunftspartei – Niemand will totalitären Narren einen Freiraum schaffen

Wien (OTS) – Die FPÖ sei keine Vergangenheits-, sondern eine Zukunftspartei, stellte FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache heute in

einer Pressekonferenz klar und bezeichnete das Verbotsgesetz als wichtiges politisch-rechtliches Symbol für die klare Distanzierung und messerscharfe Trennlinie zu den Verbrechen und der verbrecherischen Ideologie des Nationalsozialismus. Zu den Angriffen auf die freiheitliche Bundespräsidentenskandidatin Barbara Rosenkranz meinte Strache, dass man dieser Böses unterstellen wolle.

Die Menschen in unserem Land hätten wirklich ganz andere Sorgen als das Verbotsgesetz. Und auf diese Probleme – Arbeitsmarkt, Sicherheit, Zuwanderung, Generationengerechtigkeit, fehlerhafte Entwicklungen der Europäischen Union – werde sich die FPÖ in diesem Wahlkampf konzentrieren, weil dies das sei, was sich die Menschen von der FPÖ erwarten würden. Dies unterscheide die Freiheitlichen von den selbsternannten politischen Eliten, die durch einen großen Graben der Verständnislosigkeit von den Sorgen der Bürger getrennt seien, erklärte Strache.

„Ich sage Ihnen ganz klar und unmissverständlich und in der gebotenen Deutlichkeit, dass sowohl ich als auch die gesamte Freiheitliche Partei Österreichs den Nationalsozialismus so wie alle anderen totalitären Gesinnungen und Regime zutiefst verurteilen und es hier nicht im Mindesten irgendeine Relativierung, ein Gutheißen oder sonst etwas geben kann“, so Strache. „Daran gibt es nicht das Mindeste zu rütteln.“ Wie der FPÖ-Chef betonte, befinde er sich mit dieser Position natürlich auch in vollstem Einvernehmen mit allen Funktionären und mit Barbara Rosenkranz, die die gleiche unmissverständliche Position einnehme. Es sei geradezu absurd, wenn jetzt Medien bis hinauf zum Bundespräsidenten Heinz Fischer so täten, als wäre das anders.

„Kein Mensch in der FPÖ heißt etwas im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus gut“, erklärte Strache, „kein Mensch will irgendetwas im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus lobpreisen oder verherrlichen.“ Das zu behaupten sei völlig absurd, an den Haaren herbei gezogen und halte auch keiner inhaltlichen Überprüfung stand.

„Ich sehe das Verbotsgesetz in seiner Gesamtheit in der heutigen Zeit insbesondere nicht nur als gesetzliches Instrument, sondern auch als eine Art wichtiges politisch-rechtliches Symbol für diese klare Distanzierung und messerscharfe

Trennlinie zu den Verbrechen und der verbrecherischen Ideologie des Nationalsozialismus. Eine Verurteilung und Distanzierung, die im Übrigen in derselben Klarheit auch für den Stalinismus z.B. zu gelten hätte“, so Strache. „Deshalb redet auch niemand bei uns von einer Forderung nach einer Abschaffung des Verbotsgesetzes.“

Kein Mensch und die FPÖ schon gar nicht, die den Begriff der Freiheit nicht nur im Namen trage, sondern deren programmatisches Herzstück sie auch sei, wolle jenen totalitären Narren irgendeinen Freiraum schaffen, die offenbar nichts aus der Geschichte gelernt hätten, so Strache. Es stelle sich lediglich die Frage, ob es wirklich verhältnismäßig oder nicht sogar kontraproduktiv sei, wenn man jemanden wegen einer dummen und durchaus als idiotisch zu bezeichnenden Meinung gleich für bis zu zehn Jahre einsperren dürfe.

Man müsse scharf unterscheiden zwischen jenen, die aus Dummheit und manchmal vielleicht aus jugendlichem Übermut heraus vielleicht Blötheiten von sich geben würden. Diesen solle man auch im Umgang mit ihnen die Überlegenheit der Demokratie beweisen. „Und zwischen jenen, die die Demokratie angreifen, schädigen, aushöhlen und zerstören wollen und gegen die wir uns mit allen gebotenen Mitteln eines Rechtsstaates zur Wehr setzen müssen“, so Strache. „Das gilt für Rechtsextreme wie Linksextreme. Und diese Mühe der Unterscheidung müssen wir uns machen.“ Jede Freiheit brauche ihre Grenzen, und zwar dort, wo sie die Freiheit anderer einschränke.

Dies sei auch die Intention von Barbara Rosenkranz gewesen, stellte Strache klar. Man hätte es vielleicht besser formulieren können, böswillige Interpretationen ihrer Worte seien jedoch abzulehnen.

*OTS0020 5 II 0088 FPK0001 CA;So, 05.Dez 2010*

*FPÖ/Strache/Haifa/Israel/Bundesheer/Darabos*

**FPÖ: Strache: Österreich soll sich an Hilfe gegen Großbrand in Haifa beteiligen =**

Wien (OTS) – FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache forderte heute, dass sich Österreich an der internationalen Hilfe im Kampf gegen den Großbrand in Haifa beteiligen soll. Der Verteidigungsminister sowie das Außenministerium müssten hier unverzüglich tätig werden. Darabos habe immerhin schon erklärt, dass das Bundesheer be-

reit stehe. Jetzt müsse er seinen Worten auch Taten folgen lassen. In dieser dramatischen Situation müsse Israel unbedingt Hilfe geleistet werden.

*OTS0199 5 II 0667 FPK0009 AI; Di, 07.Dez 2010*

*FPÖ/Strache/Israel/Jerusalem/Erklärung*

**FPÖ: Strache: Jerusalemer Erklärung**

Utl.: Uneingeschränktes Bekenntnis zu Existenzrecht Israels innerhalb sicherer und völkerrechtlich anerkannter Grenzen

Wien (OTS) – Der Freiheitliche Pressedienst veröffentlicht in der Folge den Wortlaut der „Jerusalemer Erklärung“, die anlässlich der aktuell in Jerusalem stattfindenden Konferenz von den dazu offiziell eingeladenen Persönlichkeiten, FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache, Vlaams-Belang-Vorsitzender Filip Dewinter, Kent Ekeroth von den „Schwedendemokraten“ u.a. formuliert und veröffentlicht wurde.

Anlässlich unseres gemeinsamen Besuches und der erfolgten Einladung nach Israel erklären wir:

Die Grundlage unserer politischen Tätigkeit ist unser unverbrüchliches Bekenntnis zu Demokratie und freiheitlichem Rechtsstaat, zu den Menschenrechten im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, zum Völkerrecht und zum Wertekanon der westlichen Zivilisation, der auf dem geistigen Erbe der griechisch-römischen Antike, der jüdisch-christlichen kulturellen Werte, des Humanismus und der Aufklärung basiert.

Nachdem die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts überwunden wurden, sieht sich die Menschheit gegenwärtig einer neuen weltweiten totalitären Bedrohung ausgesetzt: dem fundamentalistischen Islam. Wir betrachten uns als Teil des weltweiten Kampfes der Verteidiger von Demokratie und Menschenrechten gegenüber allen totalitären Systemen und deren Helfershelfern. Damit stehen wir an vorderster Front des Kampfes für die westlich-demokratische Wertegemeinschaft.

Dabei lehnen wir jenen kulturellen Relativismus ab, der unter dem Vorwand der Achtung fremder Kulturen und Traditionen toleriert, dass Menschen, insbesondere nicht-islamische Minderheiten, in Teilen des muslimischen Kulturkreises in ihrem Recht auf Freiheit, Gleichheit und Mitbestimmung eingeschränkt werden. Dies gilt für

alle Teile der Welt, selbstverständlich in erster Linie auch für Europa, da die Menschenrechte universell und geografisch unteilbar sind.

Der polemische und unberechtigte Vorwurf, wir würden mit dieser Haltung Islamophobie fördern, kann uns nicht dazu bewegen, auf den kritischen Geist der Aufklärung zu verzichten. Ein solcher Verzicht wäre verhängnisvoll. Dadurch würde die Kritik am Islam als ein totalitäres System mit dem Ziel der Unterwerfung der Welt, mit der Stigmatisierung der moderaten Muslime verwechselt werden.

Insbesondere wenden wir uns aber gegen den Missbrauch der Demokratie, wie er selbst von angeblich gemäßigten Islamisten proklamiert wird. „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere

Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten“.

Wir lehnen jedweden Fundamentalismus, gleich in welcher Religion oder in welcher politischen Bewegung entschieden ab. Wir bekennen uns zu den humanistischen Idealen der Aufklärung, einer absolut notwendigen historischen Entwicklungsphase, die der Islam bisher noch nicht durchlaufen hat. Terror ist, egal von wem und aus welchem Zweck er ausgeübt wird, absolut abzulehnen.

Israel als einzige wirkliche Demokratie im Nahen Osten ist uns wichtiger Ansprechpartner in dieser bewegten Weltregion. Eine Region, die sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder mit Extremismus und Terror auseinander setzen musste. Ohne jede Einschränkung bekennen wir uns zum Existenzrecht des Staates Israel innerhalb sicherer und völkerrechtlich anerkannter Grenzen. Ebenso ist das Recht Israels auf Selbstverteidigung gegenüber allen Aggressionen, insbesondere gegenüber islamischem Terror, zu akzeptieren. Wir glauben, dass dies bei gleichzeitigem Respekt gegenüber den Menschenrechten und auch den politischen Rechten der arabischen Bevölkerung möglich sein muss.\*

Die hier aufgeführten Grundlagen unseres politischen Wirkens sind für uns unveräußerlich und unverhandelbar. Totalitäres Gedankengut, gleich ob von extrem linker oder extrem rechter Seite, ob rassistisch oder islamistisch, lehnen wir in jeder Form ab. Grundsätzlich respektieren wir jedes Volk, jede Kultur und jede Religion. Wir wenden

uns jedoch klar gegen jede Form von Gewalt, gegen Terrorismus und Totalitarismus und gegen den politischen Missbrauch von Religionen. Das Recht auf Heimat ist ein Menschenrecht, welches für alle Völker zu wahren und umzusetzen ist.

Anhang der FPÖ

Für die österreichischen Vertreter (FPÖ) ist es überdies wichtig zu betonen, dass die österreichische Neutralität und die politischen Traditionen seit Bruno Kreisky eine glaubwürdige neutrale Vermittlungsposition zur Durchsetzung des Friedens in dieser Region in staatlich gesicherten Grenzen für beide Teile möglich machen sollte und wir uns dieser neutralen Position verpflichtet fühlen.

\*Anhang DIE FREIHEIT:

Gegen diesen Satz hegt DIE FREIHEIT Vorbehalte und ersetzt ihn durch folgenden Satz: Die Anerkennung der Menschenrechte – auch die der arabischen Bevölkerung – muss selbstverständlich sein.

Jerusalem/Israel, den 7. Dezember 2010

OTS0225 5 II 0089 FPK0014 AI; Di, 07. Dez 2010

FPÖ/Strache/Israel/Knesset

#### **FPÖ: Strache: Besuch in Knesset**

Utl.: Begrüßung und Gespräche mit Abgeordneten

Wien (OTS) – Die Delegation mit FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache besuchte heute auch die Knesset und wurde während der laufenden Parlamentssitzung, die sie von der Ehrenloge aus mitverfolgte, vom Zweiten Präsidiumsvorsitzenden offiziell als europäische Parlamentarierdelegation begrüßt. Begleitet wurde die Delegation in der Knesset von Ariel Shomer, dem ehemaligen Kabinettschef von Staatspräsident Ezer Weizman. Anschließend gab es Gespräche mit Abgeordneten der Knesset wie etwa Rabbi Nissim Zeev

OTS0007 5 II 0387 FPK0001 AI; Mi, 08. Dez 2010

FPÖ/Strache/Israel

#### **FPÖ: Strache (1): Offene und herzliche Aufnahme in Israel**

Utl.: Treffen mit Bürgermeistern von Ashkelon, Sderot und Ariel, Knesset-Abgeordneten und Minister Ayoob Kara

Wien (OTS) – Ein ausgesprochen positives Resümee seiner Israel-Reise, die er, wie er betont,

weder inkognito noch geheim noch privat unternommen hat, sondern aufgrund offizieller Einladungen, zieht FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache. Zuletzt gab es gestern nach dem Besuch der Knesset eine Veranstaltung mit führenden rechten intellektuellen Persönlichkeiten, Rabbinern und Universitätsprofessoren im Gush-Katif-Museum in Jerusalem. Bei dieser Veranstaltung war auch Ayoob Kara anwesend, seines Zeichens seit 2009 Deputy Minister for Development of the Negev and Galilee und Mitglied des Likud. Ayoob Kara ist Druse und zählt zu den engsten Vertrauten und Beratern von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu.

Entgegen falscher Behauptungen diverser Medien und Personen folgte die FPÖ einer offiziellen Einladung nach Israel, stellte Strache klar. „Unsere Delegation hat die Bürgermeister und die Stadtverwaltung zweier großer Städte, nämlich Ashkelon und Sderot, getroffen, wo uns die Siedlerproblematik dargelegt wurde. Ebenso trafen wir etliche Universitätsprofessoren, waren an der Universität in Ariel, wurden in Ariel von Bürgermeister Ron Nachman, einem ehemaligen Likud-Abgeordneten der Knesset, empfangen, führten zahlreiche Gespräche mit diversen Knesset-Abgeordneten z.B. der Shas-Partei, die der Regierung angehört, und wurden in der Knesset hochoffiziell begrüßt“, so der FPÖ-Obmann. Die Delegation besuchte außerdem einen Militärstützpunkt am Gazastreifen, die Westbank, Museen und auch die Holocaust-Gedenkstätte und das Museum in Yad Vashem. Die Delegation nahm auch an einer Konferenz zum Thema Islamismus und Terrorismus teil. Ebenso wurde die von Strache mitformulierte „Jerusalem Erklärung“ der europäischen Rechtsparteien der Öffentlichkeit präsentiert.

Das österreichische Außenministerium sei für die Reise nicht benötigt worden, erklärte Strache. „Es handelte sich nicht um den Staatsbesuch einer Regierungspartei, sondern wir sind als Oppositionspartei und ich als Oppositionschef den offiziellen Einladungen zahlreicher israelischer Politiker gefolgt.“ Strache verwies außerdem darauf, dass die Delegation ein offizielles Schreiben des israelischen Ministers für Telekommunikation erhalten hat, in dem dieser sich entschuldigte, dass er aufgrund des tragischen Brands in Haifa verhindert sei und daher leider nicht mit den europäischen Gästen zusammentreffen konnte.

„Allen Unkenrufen zum Trotz wurden wir in Israel sehr offen und herzlich aufgenommen und führten zahlreiche positive Gespräche“, betonte Strache. Auch unter den israelischen Vertretern gab es eine sehr positive Resonanz. Im Gegensatz zur inaktiven Bundesregierung sei die FPÖ ein außenpolitischer Faktor.

OTS0010 5 II 0917 FPK0002 AI; Mi, 08. Dez 2010

FPÖ/Strache/Israel

#### **FPÖ: Strache (2): Besondere Beziehung Europas zu Israel**

Utl.: Ablehnung aller totalitären Ideologien – Israel ist durch das Band der gemeinsamen christlich-jüdischen Werte untrennbar mit Europa verbunden

Wien (OTS) – „Israel ist ein Land, zu dem wir Europäer eine besondere Beziehung haben und für das wir eine besondere Verantwortung tragen“, erklärte FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache zu seiner Reise. „Denn dieses Land wurde in der Hauptsache gegründet und aufgebaut von Menschen, die aus Europa kamen, einem Kontinent, den manche von ihnen freiwillig verlassen haben, den die meisten aber auf der Flucht vor Diskriminierung, Verfolgung und vor der Shoah hinter sich lassen mussten. Hier im Nahen Osten, auf diesem geschichtsträchtigen Boden, haben sie einen neuen Staat errichtet und ihn zu einer blühenden Gemeinschaft entwickelt“, so der FPÖ-Obmann.

„Als Österreicher ist mir bewusst, dass es Theodor Herzl war, der mit seinen Schriften die Gründung Israels vorbereitet hat, vor allem mit seinem programmatischen Buch „Der Judenstaat“ und seinem utopischen Roman „Altneuland“. Herzl war ein deutsch-bewusster Burschenschaftler mit jüdischen Wurzeln. Auf dieser Basis entwickelte er den Zionismus, war Kosmopolit und geistiger Staatsgründer. Das sind keine Widersprüche“, betonte Strache. „Denn nur wer sein eigenes Volk liebt, kann auch anderen Völkern Wertschätzung entgegenbringen. Theodor Herzl kann uns in seiner geistigen Größe und Begeisterungsfähigkeit auch heute ein großes Vorbild sein.“

„Israel wurde gegründet in einem Gebiet, das seit Jahrtausenden umkämpft ist und das viele wechselnde Herren erleben musste, angefangen von den Babyloniern über die Römer, die Araber, die Kreuzritter bis hin zu den Engländern. Da-

durch wurde diese Weltregion geprägt“, so Strache. „In Israel fand das jüdische Volk, nachdem es in die Diaspora vertrieben worden war, endlich wieder eine neue und doch so alte Heimat.“

Strache stellte klar: „Die Freiheitliche Partei Österreichs bekennt sich voll und ganz zum Existenzrecht Israels. Auch Israels Recht zur Selbstverteidigung wird von uns nicht in Frage gestellt. Und wir als Österreicher werden alles versuchen, aus unserer neutralen Position heraus zu einer friedlichen und für alle Seiten gerechten Lösung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern beizutragen. Österreich stand schon in der Vergangenheit neutral zwischen den großen Militärblocken und genoss zu Recht einen hervorragenden Ruf für seine neutrale Vermittlerrolle. Und die Freiheitliche Partei setzt alles daran, diese Tradition fortzuführen und mit neuem Leben zu erfüllen, eine Tradition, die besonders verknüpft ist mit unserem ehemaligen Bundeskanzler Bruno Kreisky, einem großen Österreicher mit jüdischen Wurzeln. Es ist uns ein besonderes Anliegen, diese Tradition der neutralen Vermittlung bei Krisen wiederzubeleben, da die Bundesregierung dies schon seit langem vernachlässigt.“

Israel stehe aber heute wie die gesamte westliche Welt einer neuen Bedrohung gegenüber: dem radikalen Islamismus, der sich aus Fundamentalismus und Fanatismus speise. „Gegenüber dieser extremistischen Ausprägung einer Religion, welche politisch missbraucht wird, kann und darf man nicht neutral sein“, hob Strache hervor. „Der radikale Islamismus findet sich heute überall in der westlichen Welt, von Wien über Paris bis nach New York. Diese Ideologie steht den christlich-jüdischen Wurzeln des europäischen Abendlands diametral und unvereinbar entgegen. Bewusst eingeschleuste Hassprediger propagieren in Moscheen den Heiligen Krieg, in islamischen Religionsbüchern werden sogenannte „Märtyrer“ mit Maschinengewehren und Handgranaten verherrlicht, und islamistisches Kopftuch und Burka sind in westlichen Metropolen kein seltener Anblick mehr. Diese Fanatiker predigen den Gottesstaat, sie attackieren den Laizismus und die Errungenschaften des Humanismus und der Aufklärung, und sie wollen die Gleichberechtigung der Geschlechter rückgängig machen. Auch in der Türkei, die immerhin Mitglied der Europäischen Union werden will, sind derart gefährliche Ten-



denzen zu beobachten, dort aber nicht im Untergrund, sondern von Staats wegen. Unter Ministerpräsident Erdogan hat die türkische Gesellschaft begonnen, sich in Richtung Islamismus zu entwickeln“, warnte der FPÖ-Bundesparteiohmann.

„Ein solches mittelalterliches Glaubensbild darf aber in unserer westlichen Wertegemeinschaft, der auch Israel angehört, keinen Platz haben. Fanatismus jedweder Art muss entschieden Einhalt geboten werden, gleichgültig von welcher Seite er kommt. Die Freiheit der westlichen Welt wurde über Jahrhunderte hinweg unter großen Opfern mühsam erkämpft. Daher kann und darf es nicht angehen, dass wir unsere Errungenschaften wie Demokratie, Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung auch nur ansatzweise preisgeben“, so Strache.

„Wir lehnen alle totalitären Ideologien ab, gleichgültig ob sie jetzt Faschismus, Nationalsozialismus, Kommunismus, Stalinismus oder Islamismus heißen. Ebenso lehnen wir auch alle Ideologien ab, die auch nur im Entferntesten den Terrorismus gutheißen, fördern oder praktizieren. Gerade heute stehen wir wieder aktuellen islamistischen Terrordrohungen gegenüber. Die Bomben dieser Fanatiker zielen nicht nur auf Gebäude und Menschen, sie zielen mitten ins Herz unserer Gesellschaft. Mit ihren Drohungen und ihren Taten wollen sie uns schwach und zaghaft machen, wollen sie unsere Demokratie sturmreif machen für die ideologische Übernahme und Vorherrschaft des radikalen Islamismus. Und genau das werden wir nicht zulassen“, erklärte Strache.

„Ich habe Israel bereits einmal im Jahr 2002 mit einer Delegation der Freiheitlichen Partei besucht. Damals habe ich auch die Holocaust-Gedenkstätte und das Museum in Yad Vashem besucht, ein ausgesprochen bedrückendes Erlebnis. In Yad Vashem sieht man, welche grauenvollen Auswirkungen ideologischer Fanatismus hat. Wir müssen alles daran setzen, dass sich derartiges nie mehr wiederholt, ganz gleich unter welchem ideologischen oder politisch-religiös motivierten Tarnmäntelchen“, erklärte Strache.

„Israel wird in uns immer einen Freund und Dialogpartner haben, denn dieses Land ist durch das Band der gemeinsamen christlich-jüdischen Werte untrennbar mit Europa verbunden. Israel ist ein wichtiger befreundeter Staat Österreichs. Ich wiederhole es noch einmal nachdrücklich,

dass wir uns voll und ganz zum Existenzrecht Israels innerhalb sicherer und völkerrechtlich gültiger Grenzen bekennen. Und ich wünsche Israel von ganzem Herzen eine glückliche Zukunft in Frieden, Freiheit und Sicherheit, wozu wir gerne auch unseren uns möglichen Beitrag als neutraler Vermittler zur Verfügung stellen“, so Strache abschließend.

*OTS0229 5 II 0524 FPK0017 AI; Di, 21.Dez 2010*

*FPÖ/Strache/Ayoob Kara/Israel*

### **FPÖ: Strache begrüßt israelischen Vize-Minister Ayoob Kara in Wien**

Utl.: Ayoob Kara: Nichts spricht gegen eine Zusammenarbeit mit der FPÖ

Wien (OTS) – Auf Einladung von FPÖ-Bundesparteiohmann HC Strache befindet sich der israelische Vize-Minister Ayoob Kara derzeit in Wien. Ayoob Kara ist Vize-Minister im Kabinett des Ministerpräsidenten von Israel, Benjamin Netanjahu, Mitglied des Likud und zuständig für die Entwicklung von Negev und Galiläa. Er zählt zu den engsten Vertrauten von Ministerpräsident Netanjahu.

„Ayoob Kara ist eine der prominenten und herausragenden Persönlichkeiten des politischen Lebens in Israel, mit denen wir bei unserer Reise zusammengetroffen sind“, erklärte Strache bei einer gemeinsamen Stellungnahme vor Medienvertretern. Der FPÖ-Obmann zog dabei auch ein positives Resümee seiner Israel-Reise, wo es gelungen sei, ein positives und wahrheitsgetreues Bild von Österreich und der FPÖ zu vermitteln. Strache unterstrich die Bedeutung der österreichischen Neutralität gerade bei einer Vermittlung im Nahost-Konflikt und verwies auf die aktive Neutralitätspolitik Bruno Kreiskys. Wie Strache erklärte, gehe es ihm es darum, ein umfassendes Bild der Nahost-Problematik zu gewinnen. „Uns Europäern stellt sich das oft sehr einseitig dar“, so der FPÖ-Obmann. „Daher halte ich es für notwendig und produktiv, auch vor Ort anwesend zu sein und mit den Betroffenen direkt zu sprechen.“

Die Kritik einzelner Vertreter der IKG wies Strache entschieden zurück, vor allem die gemeinen und falschen Unterstellungen von IKG-Generalsekretär Fastenbauer. Dieser stehe wie auch IKG-Vorsitzender Muzicant ideologisch der SPÖ nahe, die immer islamistischer agiere.

Strache hält eine friedliche Koexistenz der Völker im Nahen Osten für möglich. Es könne eine Lösung geben, wenn alle Beteiligten guten Willens seien. Österreich und die FPÖ würden dazu ihren möglichen Beitrag leisten. Scharfe Kritik übe er am islamistischen Fundamentalismus. Israel sei dadurch besonders gefährdet, aber diese Problematik mache nicht vor unserer Haustüre halt. Dies habe beispielsweise der Selbstmordanschlag in Stockholm vor einigen Tagen gezeigt. „Wir lehnen alle totalitären Ideologien ab, gleichgültig ob sie jetzt Faschismus, Nationalsozialismus, Kommunismus, Stalinismus oder Islamismus heißen“, betonte Strache. „Ebenso lehnen wir auch alle Ideologien ab, die auch nur im Entferntesten den Terrorismus gutheißen, fördern oder praktizieren.“

„Ich habe das Parteiprogramm der FPÖ durchgelesen und habe keinen Punkt gefunden, der gegen eine Zusammenarbeit sprechen würde. Man kann also sagen, dass das Programm der FPÖ kosher ist“, sagte der israelische Vize-Minister Ayoob Kara. Er selbst, so Kara, sei Adoptivsohn einer jüdischen Familie, die den Holocaust überlebt habe und nach Israel ausgewandert sei.

Die FPÖ, so Kara, sei ein Verbündeter im Kampf gegen den radikalen Islamismus und Terrorismus. Daher werde er gemeinsam mit HC Strache und der FPÖ eine internationale Konferenz zur Zusammenarbeit gegen religiöse Radikalisierung und Terror in Israel und Europa ins Leben rufen, kündigte Kara an. Israel sei das einzige Land im Nahen Osten, in dem es tatsächlich Freiheit und Demokratie gebe, so Kara, der darauf verwies, dass die Bedrohung vom radikalen Islamismus und Terrorismus ausgehe.

„Die Menschen sehen die Wahrheit leider erst sehr oft, wenn es zu spät ist“, so Kara, daher sei es besonders wichtig jetzt entschieden gegen diese Strömungen aufzutreten. In der FPÖ habe man einen Partner gegen Islamisierung und Terrorismus gefunden, zeigte sich Kara zufrieden mit den Gesprächen mit der FPÖ.

*OTS0245 5 II 0154 FPK0018 AI; Di, 21.Dez 2010*

*FPÖ/Ayoob Kara/Strache/Nationalrat*

### **FPÖ: Minister Ayoob Kara besucht österreichisches Parlament**

Utl.: Strache: Unsere Gesprächspartner lassen sich durch linke Diffamierungsversuche nicht beeindrucken

Wien (OTS) – Der israelische Vize-Minister Ayoob Kara besuchte nach der heutigen Medienstellungnahme auf Einladung von FPÖ-Bundesparteiohmann HC Strache auch das Parlament und wurde während der laufenden Nationalratssitzung vom Zweiten Nationalratspräsidenten Neugebauer offiziell begrüßt. Weiters gab es einen Empfang beim Dritten Nationalratspräsidenten Dr. Martin Graf und einen Empfang im Büro von FPÖ-Klubobmann HC Strache.

Strache betonte, dass die jahrzehntelange internationale Vernäherung und linke sozialistische Hetze gegen die FPÖ durch die SPÖ und SPÖ-nahe Vertreter aus der IKG wie Muzicant und Fastenbauer nicht mehr aufrechtzuerhalten sei. „Unsere Gesprächspartner lassen sich von diesen Diffamierungsversuchen gegen die FPÖ und Österreich nicht beeindrucken“, betonte der freiheitliche Klubobmann. „Wir führen den Dialog auf offizieller Ebene. Dazu brauchen wir weder die SPÖ noch linke ideologische Quertreiber noch das Außenamt.“

*OTS0018 5 AI 0822 FPK0001;Sa, 03.Nov 2012*  
*Außenpolitik/FPÖ/Strache/Naber Osten/Israel/Palästinenser*

### **20 Jahre Oslo-Vertrag: Strache sondierte Situation im Nahen Osten vor Ort**

Utl.: Einladungen von hochrangigen palästinensischen und jüdischen Vertretern

Wien (OTS) – Knapp 20 Jahre nach dem Friedensabkommen von Oslo sondierte FPÖ-Obmann HC Strache die Lage im Nahen Osten, um sich vor Ort über mögliche künftige Weichenstellungen zu informieren und in weiterer Folge auf europäischer Ebene einen politischen Beitrag für eine Befriedung leisten zu können. Österreich habe durch die Aktivitäten des früheren Bundeskanzlers Bruno Kreisky noch immer ein sehr positives Bild im Nahen Osten, das genutzt werden müsse. Strache will an diese positive Rolle unseres kleinen neutralen Landes anknüpfen und einen Beitrag für eine möglichst friktionsfreie Zukunft im Nahen Osten leisten. Weitere Teilnehmer dieser Delegation waren FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky, der Wiener FPÖ-Stadtrat David Lasar sowie der Präsident des FPÖ-Bildungsinstitutes, Mag. Hilmar Kabas.

Einhelliger Tenor der Gespräche: Statt Frieden Zug um Zug zu etablieren, werde die Situation zusehends brisanter, von einer Befriedung sei die Lage leider weiter entfernt denn je. Der Oslo-Vertrag wird von vielen Gesprächspartnern beider Seiten als gescheitert betrachtet. Vor diesem Hintergrund erhielt Strache, nicht zuletzt aufgrund einer Vielzahl von Vorgesprächen des von ihm dafür beauftragten Wiener FPÖ-Stadtrates David Lasar, Einladungen sowohl von jüdischer wie auch palästinensischer Seite und konnte zahlreiche interessante Gespräche über die brisante Lage im Nahen Osten führen. Diese Gespräche, darunter auch mit höchstrangigen Politikern auf inoffizieller Ebene, fanden in Israel (Tel Aviv und Jerusalem), aber auch im Westjordanland/Westbank (in Hebron und Samaria) mit palästinensischen Scheichs und Repräsentanten statt. Auf beiden Seiten herrsche der starke Wunsch nach Frieden, so Strache.

Im Rahmen einer Einladung nach Israel zu einer hochrangigen Zusammenkunft in Jerusalem hielt Strache ein Impulsreferat vor namhaften Repräsentanten des wissenschaftlichen Lebens, darunter die Professoren Robert Wistrich, Mordechai Kedar, Hillel Weiss und Raphael Israeli, dem früheren Knesset-Abgeordneten Michael Kleiner sowie dem Initiator des Osloer Abkommens und Schriftsteller David Ish Shalom. Strache strich in seinem Vortrag die freiheitlichen Grundsatz-Positionen zu Fragen der Demokratie (direkte Demokratie und Mitsprache) und liberalen Grundrechten heraus. Er referierte über die Freiheitstradition der bürgerlichen Revolution 1848, die Selbstbestimmungs- und Verteidigungsrechten der Völker sowie die Religionsfreiheit, betonte die FPÖ-Positionen für ein föderales Europa der Vaterländer und schilderte die massiven Zuwanderungsprobleme in Österreich und Europa, die sich auch durch die Gefahr des Radikal-Islam als neue Form des Antisemitismus zeigen.

Strache betonte auch einmal mehr, dass die FPÖ vehement gegen jegliche Form von Diffamierung, Totalitarismus und Antisemitismus auf trete. Die moderne Form von Antisemitismus manifestiere sich im radikalen Islam, welcher leider immer wieder durch linke politische Kräfte in Europa und vor allem auch in Österreich verharmlost werde. Was den Konflikt in der Region betreffe, appellierte Strache, alles daran zu setzen, an einer gemeinsa-

men Zukunft in Frieden hart und rasch zu arbeiten und den Wohlstand gerecht zu verteilen.

Am Donnerstag war Strache auf persönliche Einladung von Scheich Al-Jabari in Hebron Gast einer kleinen Palästinenser-Konferenz, an der etliche palästinensische Vertreter, darunter auch Scheich Tamimi, teilnahmen. Thema war die katastrophale Lage der Palästinenser. Strache hörte ihre Sorgen, Wünsche und Hoffnungen bezüglich eines möglichen Friedens und der notwendigen sozialen und infrastrukturellen Entwicklung. Diskutiert wurde von palästinensischer Seite auch die Abkehr vom Zweistaaten-System, da laut den Gesprächspartnern die Scharia nicht vorsehe bzw. sogar ausdrücklich verbiete, auf historisch muslimisch besiedeltes Land zu verzichten. Anstatt dessen wurde überlegt, dass künftig in einem gemeinsamen Staat für zwei Völker mit Rechten und Pflichten, welche für alle gelten sollten, ein friedliches und nachhaltiges Zusammenleben möglich sein könnte. Wohlwollen vernahm Strache zu diesen Überlegungen auch diversen Gesprächspartner auf jüdischer Seite. Er, Strache, sehe dies als erstes Pflänzchen einer möglichen friedvollen Zukunft, die man hegen, pflegen und gedeihen lassen müsse. Jedenfalls sei über diesen Vorschlag ernsthaft zu beraten.

Palästinensische Vertreter zeigten auch die Situation bezüglich der jährlichen EU-Förderungen in Höhe von über 2 Milliarden Euro auf, welche nicht beim palästinensischen Volk ankommen. Eine katastrophale Infrastruktur, menschenunwürdige Verhältnisse im Gesundheits- und Sozialbereich (kaum Medikamente, kaum eine Spitalversorgung) Bildungs- und Schulproblematik, Wasserdefizit, Arbeitslosigkeit und dramatisch steigende Armut ließen die tiefe Verzweiflung der Palästinenser zum Ausdruck kommen, über die sich Strache tief betroffen zeigte.

Schließlich gab es auch eine weitere Zusammenkunft im Herzen des jüdischen Siedlergebietes in Samaria, an der auch zahlreiche Palästinenser teilnahmen.

Strache zog nach den Gesprächen folgendes Resümé: „Dies zeigt mir, dass eine gemeinsame Zukunft in Frieden doch Chancen hat, an der aber ehrlich, hart und konsequent auf beiden Seiten gearbeitet werden muss. Ein Zugehen aufeinander muss stattfinden, bedarf aber auch einer Unterstützung durch die internationale Staatengemein-

schaft. Wir stehen erst am Beginn einer solchen Entwicklung, aber jede Reise beginnt mit dem ersten Schritt. Was heute noch Vision ist, kann bereits die Realität von morgen sein. Und wenn mein Beitrag auch nur ein bescheidener sein kann, die Konflikte zu bereinigen, so werde ich Einladungen zum Dialog und für ein persönliches Bild vor Ort immer annehmen und auch nicht anstehen, alles zu unternehmen, Frieden für diese Region mitzugestalten. Dies auf Basis des unbestrittenen Existenz- und Selbstverteidigungsrechts Israels gegen konkrete Bedrohungen.“

*OTS0063 5 II 0948 FPK0002 AI; Di, 06.Nov 2012*

*FPÖ/Strache/Israel*

### **20 years Oslo Treaty: Strache explored the situation in the Middle East**

Utl.: Invitations from high-ranking Palestinian and Jewish representatives

Vienna (OTS) – Nearly 20 years after the Oslo Peace Treaty, Freedom Party leader, H.C. Strache, explored the situation in the Middle East to get information about possible future settings and to make a political contribution at European level for a peaceful settlement in further consequence.

Due to the activities of the former chancellor Bruno Kreisky, Austria still has a very positive image in the Middle East which should be used to support any actions that might lead to a peaceful settlement. Strache wants to continue on the positive role our small neutral country has played so far and to contribute to a preferably frictionless future in the Middle East.

Other participants of the delegation were Freedom Party General Secretary Harald Vilimsky and David Lasar, City Counselor of Vienna, as well as Mag. Hilmar Kabas, President of the Educational Institute of the Freedom Party.

Unanimous tenor of the talks: Instead of a step-by-step establishment of peace the situation is becoming increasingly sensitive. Therefore a pacification of the situation seems further away than ever.

The Oslo Treaty is regarded as failed by many of the conversational partners on both sides. Strache appointed the Freedom Party member of the Vienna City Council David Lasar to hold multiple pre-talks which resulted in invitations from the Jewish and the Palestinian side. Therefore Strache

held numerous high level talks about the critical situation in the Middle East.

These talks, also some with highest ranked politicians at unofficial level, took place in Israel (Tel Aviv and Jerusalem), but also in the West Bank (in Hebron and Samaria) with Palestinian Sheikhs and Representatives. According to Strache there is a strong desire for peace of both sides.

As part of the Israel invitation to a high-level meeting, H.C. Strache gave a speech to nameable representatives with a scientific background. Amongst them were the Professors Robert Wistrich, Mordechai Kedar, Hillel Weiss and Raphael Israeli, previous Member of the Knesset Michael Kleiner, as well as the initiator of the Oslo Treaty and author David Ish Shalom. In his lecture Strache underlined the Freedom Party's principled positions concerning democracy (direct democracy and participation) and the liberal fundamental rights. He lectured about the tradition of freedom from the Bourgeois Revolution of 1848 such as the right of self-determination, the right of self-defense of nations as well as the freedom of religion. He pointed out the Freedom Party's position in favor of a federal Europe of nations. Further he described the massive immigration problems in Austria and Europe, which also show a new variety of Anti-Semitism resulting from the danger of radical Islamism. Strache emphasized once more that the Freedom Party opposes vehemently any form of defamation, totalitarianism and Anti-Semitism. The modern form of Anti-Semitism manifests itself in the radical Islam, which unfortunately is repeatedly played down by the political Left in Europe, especially in Austria. Concerning the conflict in the region, Strache appealed that he will do his utmost to work quickly and hard for a peaceful common future and a just distribution of wealth.

On Thursday Strache was guest at a small Palestinian conference. He was personally invited by Sheikh Al-Jabari and several Palestinian representatives, amongst them Sheikh Tamimi, were present. The matter discussed was the catastrophic situation of the Palestinians. Strache listened to their worries, wishes and hopes concerning a possible peace and the necessity of a social and infrastructural development. From Palestinian side discussions were led also about a turning away from a Two-State-Solution, because

according to the conversation partners the Sharia does not allow or even clearly prohibits to abdicate Muslim settled territory. Instead of a Two-State-Solution, considerations were made that it could be possible that in one common state for two people with the same rights and duties, which should apply to all, a peaceful and lasting coexistence could be possible.

Strache perceived goodwill on these considerations also during various conversations with representatives of the Jewish side. He sees this as the seed for a possible peaceful future is being planted, that one has to cherish, maintain and must let flourish. In any case this proposal should be taken into serious consideration. Palestinian representatives pointed out the situation concerning the annual EU-Funding in the amount of more than 2 Billion Euro, which does not get to Palestinian people. A catastrophic infrastructure situation, conditions beneath human dignity in respect of health and social care (merely adequate medication, barely sufficient hospitals), educational and schooling problems, water shortages, unemployment, dramatically increasing poverty expressed the deep despair of the Palestinians. On this matter Strache showed deep concern.

Finally another meeting took place in the heart of the Jewish settlement areas in Samaria. Also several Palestinians were present. Strache resumed after the talks: "It appears to me, that a common future in peace has a chance after all, on which must be worked honestly, hard and consequently by both sides. An approach towards each other has to take place, but support from the International Community is also essential. We are just at the beginning of such a development, but every journey begins with the first step. Today's visions can already be reality tomorrow. And if my contribution can only be modest in respect to solving the conflicts, so I will always follow the invitation for dialogues and make myself a picture at the scene, and will not hesitate to undertake everything to contribute to peace in the region. This based on Israel's unchallenged right of existence and the right of self-defense in case of a clear threat."

OTS0213 5 II 0141 FPK0006 AI; Fr, 16.Nov 2012

FPÖ/Strache/Israel

**FPÖ: Strache: Israel handelt in Notwehr**

Wien (OTS) – FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache betonte heute angesichts der aktuellen Ereignisse, dass Israel selbstverständlich jedes Recht habe, sich selbst zu verteidigen. Natürlich müsse man alles dazu beitragen, dass es in dieser Region zu einer friedlichen Lösung komme, aber Israel zu kritisieren, weil es seine Bevölkerung schützen wolle, sei nur mehr absurd. Offenbar wollten manche Personen nicht wahrhaben, dass es die Hamas gewesen sei, die mit den Angriffen begonnen habe. Erst vor einer knappen Stunde habe die Terrororganisation erneut eine Rakete auf Tel Aviv abgefeuert, die glücklicherweise ins Meer gestürzt sei. Israel hingegen habe in Notwehr gehandelt. Strache kritisierte in diesem Zusammenhang auch das gestrige ZiB24-Interview mit dem israelischen Botschafter, das von Seiten des ORF in keiner Weise objektiv geführt worden sei.

OTS0044 5 II 0244 FPK0001 CI; Do, 24.Jul 2014

FPÖ/Strache/Islam/Antisemitismus/Israel

**HC Strache: Vorfälle in Bischofshofen müssen genau untersucht werden**

Utl.: Null-Toleranz gegenüber radikalem Islamismus in Österreich!

Wien (OTS) – „Die Vorfälle beim gestrigen Fußballspiel in Bischofshofen zwischen dem französischen Klub OSC Lille und dem israelischen Verein Maccabi Haifa sind ein Skandal und müssen genauestens untersucht werden“, sagte der freiheitliche Bundesparteiobmann HC Strache. „Es muss endlich eine ‚Null-Toleranz‘-Politik gegenüber radikalem Islamismus in Österreich geben“, forderte Strache.

„Dass in Österreich israelische Fußballspieler von Zuschauern, die aufgrund der mitgeführten palästinensischen Flaggen eindeutig zugeordnet werden können, tötlich angegriffen werden, ist ein Tiefpunkt der gescheiterten Integrationspolitik von Rot, Grün und Schwarz“, betonte Strache, der scharfe Konsequenzen fordert. „Die Täter müssen anhand der vorhandenen Videoaufzeichnungen ausgeforscht und zur Verantwortung gezogen werden“, so Strache.

„Österreich ist ein neutrales Land, das eine geschichtliche Verantwortung gegenüber Israel hat und daher besonders sensibel mit antisemitischen Vorfällen wie diesem umgehen muss. Wenn wie gestern in Bischofshofen, mutmaßlich muslimi-

sche Zuwanderer glauben ihre Konflikte in ihrem Gastland Österreich austragen zu müssen, dann sind sie hier falsch“, betonte Strache.

„Ich richte auch einen Apell an die SPÖ und die Grünen, die aufgrund der mangelnden Zustimmung bei der autochthonen Bevölkerung, immer mehr auf die Stimmen der muslimischen Zuwanderer schielen, sich hier klar auf die Seite des Rechtsstaates zu stellen. Das dulddende Wegschauen gegenüber dem radikal-islamischen Antisemitismus ist klar zu verurteilen, auch wenn das SPÖ und Grüne Stimmen kosten kann“, so Strache, der die Vorfälle sehr bedauert.

OTS0235 5 II 0094 FPK0006 CI; Mi, 17.Sep 2014

FPÖ/Strache/Ragger/Kampl/Kärnten

**HC Strache: Siegfried Kampl aus Partei ausgeschlossen**

Wien (OTS) – „Siegfried Kampl, Bürgermeister der Kärntner Gemeinde Gurk, ist mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen“, gab FPÖ Bundesparteiobmann HC Strache bekannt. „Jemand, der mit dem Nationalsozialismus liebäugelt, hat in der FPÖ nichts verloren“, so Strache, der sich erschüttert über die Aussagen Kampels zeigte.

Der Kärntner FPÖ-Landesparteiobmann Christian Ragger hat dem Wunsch des Bundesparteiobmannes entsprochen und Kampl wegen „Gefahr in Verzug“ aus der Kärntner FPÖ ausgeschlossen. „Derartige Aussagen sind untragbar“, so Ragger.

OTS0227 5 II 0095 FPK0009; Di, 27.Jän 2015

FPÖ/Strache/Holocaust/Auschwitz/Nationalsozialismus

**FPÖ: Strache zu Holocaust-Gedenktag: Entsetzliche Verbrechen dürfen sich nicht wiederholen**

Wien (OTS) – Anlässlich des heutigen Holocaust-Gedenktages betonte FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache, dass sich derart grauenvolle Ereignisse nie wiederholen dürften. Angesichts dieser unfassbaren Verbrechen könne es nur Entsetzen und Verurteilung geben. Die FPÖ habe sich von jeher von allen totalitären Tendenzen klar distanziert, egal ob diese von rechts, von links oder von religiös-fundamentalistischer Seite kämen. Den Opfern der NS-Verbrechen sei der

ihnen gebührende Respekt zu erweisen. Für Intoleranz dürfe es keine Toleranz geben.

OTS0022 5 II 0158 FPK0002 AI; Sa, 16.Apr 2016

FPÖ/Strache/Terror/Antisemitismus

**FPÖ: Strache verurteilt Vortrag antisemitischer Terroristin in Wien**

Wien (OTS) – Zutiefst empört zeigt sich FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache darüber, dass die palästinensische Terroristin Leila Khaled gestern im Österreichisch-Arabischen Kulturzentrum einen Vortrag halten und ungehindert ihren Hass auf Israel propagieren durfte. Angekündigt wurde der Vortrag unter dem Titel „Revolutionsikone besucht Wien“. Das sei Antisemitismus in Reinkultur.

„Es ist unfassbar, dass Khaled in Wien für ihren Terror gegen Israel und gegen Juden glorifiziert wird“, kritisierte Strache. „Hier wird ganz offen Antisemitismus unterstützt, und SPÖ, ÖVP und Grüne schweigen. Offenbar hat Bundeskanzler Faymann mit der Anwesenheit antisemitischer Terroristen in Österreich kein Problem und erkennt keinen Handlungsbedarf.“ Gleichzeitig versuche man, die FPÖ, die sich gegen Antisemitismus wehre und diesen entschieden verurteile, als antisemitisch zu verunglimpfen. Die FPÖ werde die Anwesenheit Khaleds in Wien jedenfalls nicht auf sich beruhen lassen, kündigte Strache entsprechende Anfragen im Nationalrat und im Wiener Gemeinderat an.

OTS0028 5 II 0195 FPK0001; So, 08.Mai 2016

FPÖ/Strache/8.Mai

**FPÖ: Strache zum 8. Mai: Furchtbare NS-Verbrechen dürfen sich nie wiederholen!**

Utl.: Nie wieder soll sich ein Jude in Österreich fürchten müssen!

Wien (OTS) – „Angesichts der furchtbaren Verbrechen des NS-Regimes kann es nur Entsetzen und eine klare Verurteilung geben“, erklärte FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache anlässlich des heutigen 71. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs. Diese grauenhaften Untaten dürften sich nie wiederholen, ebenso wenig dürfe es hier eine Relativierung geben. Man müsse heute allen totalitären und extremistischen Tendenzen, egal ob diese von politischer oder von religiös-fundamentalistischer Seite kämen, entschieden entgegenwirken, um neues Unheil zu verhindern.

Vor allem jedwede Art von Antisemitismus sei entschieden abzulehnen und zu bekämpfen. „Ich sehe es als meine Aufgabe als österreichischer Politiker, dass sich nie wieder ein Jude in unserem Land fürchten muss“, erklärte Strache.

Wer die Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten verurteile, könne auch gar nicht anders, als sich zum Existenzrecht Israels und zu dessen Recht auf Selbstverteidigung zu bekennen, betonte Strache weiters. In Israel hätte ein großer Teil jener Juden, die den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust überlebt hätten, eine neue Heimat gefunden. Gerade Österreich habe hier eine besondere Verpflichtung.

*OTS0101 5 II 0082 FPK0003 AI; Fr, 25.Nov 2016*

*FPÖ/Strache/Israel*

#### **Großbrände: HC Strache fordert österreichische Hilfe für Israel**

Wien (OTS) – FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache forderte heute die österreichische Bundesregierung auf, Israel Hilfe bei der Bekämpfung der Großbrände, von denen das Land derzeit heimgesucht wird, anzubieten. „Wir dürfen Israel in dieser schweren Stunde nicht im Stich lassen“, so Strache, der betonte, dass Österreich klar zeigen müsse, dass es ein Freund Israels sei. „Ich hoffe, dass diese furchtbaren Ereignisse bald vorbei sind.“

*OTS0160 5 II 0111 FPK0002; Do, 26.Jän 2017*

*FPÖ/Strache/Antisemitismus/Holocaust*

#### **FPÖ: Strache zu Holocaust-Gedenktag: Antisemitismus darf nie wieder geduldet werden**

Wien (OTS) – Anlässlich des morgigen Holocaust-Gedenktages erklärte FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache, dass Antisemitismus nie wieder in unserer Gesellschaft geduldet werden dürfe. Denn dieser sei ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, für das es kein Verständnis oder beschönigende Worte geben dürfe. Gerade Österreich trage hier aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung.

„Unsere ermordeten und vertriebenen jüdischen Mitbürger sind uns eine stete Mahnung, ihr Andenken eine Verpflichtung“, betonte Strache. „Eine Verpflichtung nämlich, derartiges nie wieder zuzulassen, egal unter welchem ideologischen Tarnmäntelchen es daherkommt. Das muss unser aller Auftrag für die Zukunft sein.“

*OTS0094 5 II 0249 FPK0002; Mo, 08.Mai 2017*

*FPÖ/Strache/Gedenken/Nationalsozialismus/8.*

*Mai*

#### **Strache: Der 8. Mai als Symbol gegen Krieg und Gewalt!**

Wien (OTS) – „Der heutige 8. Mai gilt in ganz Europa als Mahnung gegen Krieg und Gewalt. Gerade in bewegten Zeiten ist es die besondere Pflicht aller überzeugten Demokraten, jegliche Tendenzen von Extremismus und Fundamentalismus nachhaltig zu bekämpfen. Am heutigen Tage gilt es aller Opfer zu gedenken, die durch das NS-Regime zu Tode gekommen sind. Die abscheulichen Verbrechen der Nationalsozialisten sind klar zu verurteilen und dürfen keinesfalls relativiert werden. Jedweder Form des Antisemitismus ist entschieden entgegenzutreten, derartige Tendenzen dürfen nie wieder in unserer Gesellschaft geduldet werden. Österreich hat hier eine besondere Verpflichtung“, betonte heute FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache.

Die Staatengemeinschaft tue daher gut daran, gerade an einem so besonderen Tag jene Zeichen zu setzen, die oft im Zuge der Tagespolitik in den Hintergrund rücken. So sei gerade vor dem Hintergrund der Shoa eine Notwendigkeit das Existenzrecht Israels einmal mehr klar und deutlich auszusprechen.

„Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die weltpolitische Lage nicht mehr dermaßen unruhige Zeiten erlebt, wie dies heute der Fall ist“, so Strache weiter. „Unsere besondere Verantwortung – auch für die künftigen Generationen – liegt auch darin begründet, dass Österreich als Vermittler zwischen Konfliktparteien eine besondere Rolle einnehmen sollte. Dies umso mehr, da wir als geschichtlich geläuterte Nation ein neutraler Brückenkopf zwischen Ost und West sind. Diese Position gibt uns die Möglichkeit, für Frieden und Dialog einen besonderen Beitrag zu leisten“, sagte der FPÖ-Bundesparteiobmann.

*OTS0073 5 II 0149 FPK0002 CI; Fr, 26.Jän 2018*

*FPÖ/Strache/Antisemitismus*

#### **HC Strache: Kein Platz für Antisemiten am Akademikerball und in der FPÖ**

Utl.: Historikerkommission zur Aufarbeitung der Vergangenheit

Wien (OTS) – Für Antisemiten gebe es weder in der FPÖ noch am Akademikerball einen Platz, betonte heute FPÖ-Bundesparteiobmann Vizekanzler HC Strache. „Die Verantwortung und das Gedenken an die Opfer des Holocaust sind uns Verpflichtung und Verantwortung in der Gegenwart und für kommende Generationen. Wer das anders sieht, soll aufstehen und gehen. Er ist bei uns nicht erwünscht“, so Strache. Der Vizekanzler wird dies auch im Rahmen seiner heutigen Eröffnungsrede am Akademikerball thematisieren und gerade im Vorfeld des morgigen Holocaust-Gedenktages klare und deutliche Worte finden.

Strache regte auch an, dass sich die Korporationen und das Dritte Lager einer Aufarbeitung der Vergangenheit widmen. Dies könne durch eine Historikerkommission erfolgen, die sich schonungslos mit den Fehlern der eigenen Vergangenheit auseinandersetzen solle.

*OTS0132 5 II 0087 FPK0004; Fr, 26.Jän 2018*

*Vizekanzler/FPÖ/Strache/Holocaust-Gedenktag*

#### **Vizekanzler Strache zu Holocaust-Gedenktag: Furchtbare NS-Verbrechen dürfen weder beschönigt noch relativiert werden =**

Wien (OTS) – Anlässlich des morgigen Holocaust-Gedenktages bekräftigte der österreichische Vizekanzler Heinz-Christian Strache seine Ablehnung gegenüber jedwedem Antisemitismus. „Die furchtbaren Verbrechen des Nationalsozialismus dürfen sich niemals wiederholen, und ebenso wenig dürfen sie beschönigt oder relativiert werden“, betonte der Vizekanzler. Antisemitismus sei ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, für das es kein Verständnis geben dürfe. Gerade Österreich trage hier aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung.

---

**Über den Umgang der FPÖ mit dem Islam  
und die Unvereinbarkeit des orthodoxen Islam mit den europä-  
ischen Werten und der freiheitlich-demokratischen Grundord-  
nung Österreichs**

von  
**Laila Katharina Mirzo**

**Inhalt**

1	<b>Einleitung</b>	527
2	<b>Historie der Anerkennung des Islam als Religionsgesellschaft und Körperschaft des öffentlichen Rechts</b>	527
3	<b>Umgang der Freiheitlichen Partei Österreichs mit dem Islam</b>	528
3.1	Errichtung der Ideenschmiede „Denk zukunftsreich“	528
3.2	Aufklärungskampagnen gegen den „politischen Islam“	528
3.3	Bildungsangebote des Freiheitlichen Bildungsinstituts zum Thema Islam und Vortragsveranstaltungen zusammen mit der Freiheitlichen Akademie	529
4	<b>Der politische Islam im Konflikt mit:</b>	530
4.1	Demokratie, der rechtsstaatlichen Grund- und Rechtsordnung, Gewaltenteilung und Säkularisation	530
4.2	Dschihad	531
4.3	Religionsfreiheit und Umgang mit Apostaten	532
4.4	Umgang mit Apostaten	533
4.5	Judentum	534
4.6	Gleichstellung der Frau	534
4.7	Überlegenheitsanspruch der Muslime gegenüber Nichtmuslimen	534
4.8	Selbstbestimmungsrechte – Am Beispiel der genitalen Verstümmelung bei muslimischen Mädchen und Frauen	536
4.9	Umgang mit Homosexuellen	537
5	<b>Empfohlene Maßnahmen gegen den politischen Islam und zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Friedens in Österreich</b>	537
6	<b>Fazit</b>	537

**1 Einleitung**

In den vergangenen Jahren hat sich der Begriff „politischer Islam“ in der Argumentation der Islamkritik etabliert. Die Differenzierung zwischen einem auf die religiöse Spiritualität beschränkten Islam und einem Islam, der politisch und ideologisch aufgeladen ist, scheint eine Möglichkeit geschaffen zu haben, den Islam als Teil Europas integrieren zu können.

Die Vielzahl an blutigen Terroranschlägen und die fortwährenden Attacken auf die Statuten unseres demokratisch-liberalen Wertesystems, lassen aber immer wieder die Frage aufflammen, ob der Islam zu Österreich gehört.

Ein orthodox gelebter Islam, ist ein Islam der Scharia und des Dschihad. Es ist ein Islam, der Apartheid zwischen den Menschen propagiert, sie in Gläubige und Ungläubige klassifiziert. Es ist ein Islam, der die Judenfeindlichkeit schürt und Frauen Grundrechte aberkennt.

Es gilt nun einen gemeinsamen gesellschaftlichen Konsens darüber zu finden, wie Österreich in Zukunft auf die innerislamische Radikalisierung reagieren soll. Denn der wachsende Einfluss des Islam ist die größte Bedrohung für den Frieden seit dem Ende des Kalten Krieges.

Bei näherer Betrachtung der theologischen Schriften und der islamischen Geschichte ist es unübersehbar, dass der Islam mehr als eine Religion ist. Der Islam ist ein Rechtssystem, eine theokratische Staatsform und ein Gesellschaftsmodell. Er erhebt einen hegemonialen Herrschaftsanspruch und verfolgt eine uneingeschränkte Ausbreitung.

Der politische Islam hat einen imperialistischen Auftrag, Säkularisation und Demokratie stehen ihm dabei im Weg. Die Installation der Scharia als Grundlage der Rechtsprechung ist das Hauptziel der islamischen Umma. Um dies zu erreichen durchdringt der Islam sämtliche gesellschaftliche Strukturen vom Verein bis zur Partei. Dabei ist ihm die Religionsfreiheit eine ergebene Wegbereiterin.

Wir erleben es bereits heute, dass der Einfluss ausländischer Ideologien, durch den Ausbau einer islamischen Infrastruktur, wie islamische Kindergärten, Moscheen oder Kulturvereine, unsere rechtsstaatlichen Statuten unterminiert.

**2 Historie der Anerkennung des Islam als Religionsgesellschaft und Körperschaft des öffentlichen Rechts**

In Europa kann Österreich im Umgang mit dem Islam, auf staatlicher Ebene, auf eine mehr als hundertjährige Geschichte zurückblicken.

Die Donaumonarchie Österreich-Ungarn, unter dem Habsburger Kaiser Franz Joseph, verlieh dem Islam mit dem Islamgesetz von 1912 schon vor über hundert Jahren, die gleichen Rechte, wie es die anerkannten Kirchen genossen.

100 Jahre später novellierte Österreich das Islamgesetz auf der Grundlage der modernen gesetzlichen Grundlagen. Das „**Bundesgesetz über die äußeren Rechtsverhältnisse islamischer Religionsgesellschaften**“ vom 25. Februar 2015 fußt auf dem Jahr 1912, als der Islam im Vielvölkerstaat Österreich erstmals als Religionsgesellschaft anerkannt worden ist. Damals wurden den „Anhänger des Islams nach hanefitischem Ritus“ im österreichischen Kaiserreich ein Selbstbestimmungs- und Verwaltungsrecht zuerkannt. Diese Anerkennung galt damals zunächst nur den 800 Muslimen der hanafitischen Glaubensrichtung, die sich damals in der Donaumonarchie befanden.

Nach dem Staatsbankrott des Osmanischen Reiches ermächtigte der sog. „Berliner Vertrag“ von 1878, den Vielvölkerstaat Österreich, die Provinzen Bosnien und Herzegowina zu verwalten. Damit stand die Donaumonarchie vor der Herausforderung, eine muslimische Bevölkerung in seinem Herrschaftsgebiet aufzunehmen.

Da auch bosniakische Einheiten für die Habsburgermonarchie kämpften, gab es schon damals Imame für die Betreuung der muslimischen Soldaten, die ersten Militärseelsorger für Muslime auf europäischem Boden.

Mit der Annexion Bosniens im Jahr 1908, kristallisierte sich der Wunsch nach religiöser Selbstbestimmung heraus, was dann 1912 zum ersten Islamgesetz führte.

Seither genießt der Islam in Österreich, „unter Wahrung der Staatsaufsicht“, weitgehende Selbstbestimmungsrechte.

Als Voraussetzung für die Gründung einer islamischen Religionsgemeinschaft verlangt das Islamgesetz einen „gesicherten dauerhaften Bestand“, die wirtschaftliche Selbsterhaltungsfä-

higkeit und, dies ist besonders zu betonen: Eine „positive Grundeinstellung gegenüber Gesellschaft und Staat“.

Darüber hinaus sind die Religionsgesellschaften dazu verpflichtet, ihre Lehre und die wesentlichen Glaubensquellen, wie den Koran in der „Amtssprache“, also in deutscher Sprache, zu präsentieren.

Etwa 700.000 Muslime leben derzeit in Österreich, seit der letzten Volkszählung im Jahr 2001 hat sich ihre Zahl damit fast verdoppelt. Sie bestehen aus unterschiedlichen konfessionellen Gruppen, wie Sunniten, Schiiten oder Aleviten und stammen aus verschiedenen Herkunftsländern. Die größten Gruppen stammen aus der Türkei, Bosnien-Herzegowina, Tschetschenien, Afghanistan und dem Nahen Osten.

Die öffentlich-rechtliche Stellung des Islam, regelt sowohl die Rechte als auch die Pflichten der islamischen Glaubensgemeinschaften. So wurde 1979 die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ), mit einer eigenen Verfassung, gegründet.

Zusammen mit der Alevitischen Glaubensgemeinschaft (ALEVI), wurden über drei Jahre lang Verhandlungen mit dem Integrations- und Kultusministerium geführt und am 25. Februar 2015 das neue Islamgesetz im Parlament beschlossen. Dabei werden die in Verbänden organisierten Muslime als **Körperschaft öffentlichen Rechts** definiert, was dem Status „Institution von öffentlichem Interesse“ entspricht.

Damit hat Österreich die islamischen Organisationen und Verbände, Moscheen und Kulturvereine zentralisiert. Unter zwei gesetzlich anerkannten Dachverbänden, die als juristische Personen geführt werden, ordnen sich sämtliche Vereine und Moscheeverbände.

Vereine mit religiöser Satzung sind demnach verpflichtet, sich dem IGGiÖ oder der Alevitischen Glaubensgemeinschaft unterzuordnen, oder die religiösen Aspekte aus ihrer Satzung zu streichen.

Seit 1982 wird der Islamunterricht an den österreichischen Schulen angeboten. Die Religionsgemeinschaften haben das Recht und die Pflicht zur Erteilung von Religionsunterricht an öffentlichen und an Privatschulen. Das Islamgesetz erlaubt der IGGiÖ außerdem die Ausbildung von Religionslehrern und Seelsorgern.

### 3 Umgang der Freiheitlichen Partei Österreichs mit dem Islam

#### 3.1 Errichtung der Ideenschmiede „Denk zukunftsreich“

Am 12. Februar präsentierte die FPÖ unter der Federführung des damaligen Vizekanzlers Heinz-Christian Strache eine Ideenschmiede unter dem Namen „Denk zukunftsreich“. Der Thinktank sollte eine Plattform zwischen Bürgern, Experten und politischen Verantwortlichen bieten. Eine enge und unbürokratische Zusammenarbeit mit den zuständigen freiheitlichen Fachministerien sollte den Anliegen und Sorgen der Bürger Gehör verschaffen.

Die Podiumsdiskussion zum Thema „Islamischer Antisemitismus“ sollte die Initialveranstaltung einer Vortrags- und Diskussionsreihe werden. In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres, lud das Ministerium für öffentlichen Dienst und Sport eine Expertenrunde aus Politik, Journalisten, Autoren und Politologen ein.

Unter der fachkundigen Leitung des Historikers Mag. Dr. Thomas Grischany sollten Experten auf ehrenamtlicher Basis zu verschiedensten Themen Studien erstellen, Umfragen erheben, Vorträge und Podiumsdiskussionen organisieren. Schwerpunktthema war die kritische Auseinandersetzung mit den Gefahren des „politischen“ Islams.

Die Arbeitsergebnisse aus „Denk zukunftsreich“ sollten dann als Impulsgeber für neue gesetzliche Bestimmungen fungieren.

#### 3.2 Aufklärungskampagnen gegen den „politischen Islam“

Bereits 2008 hat die FPÖ mit dem Positionspapier „Wir und der Islam“ ihre Haltung zum Islam erläutert. In der dazugehörigen Pressesaussendung hieß es über das freiheitliche Grundverständnis:

„Grundsätzlich steht die Freiheitliche Partei Österreichs als heimatbewußte und wertkonservative Gesinnungsgemeinschaft in der Tradition von 1848. Die bürgerlichen Rechte, die in der Revolution des Jahres 1848 erkämpft wurden, werden als wesentlicher Bestandteil unserer gesellschaftlichen und rechtsstaatlichen Ordnung verstanden, und es gilt diese zu verteidigen.“

Weiter heißt es, dass die FPÖ „den europäischen Traditionen folgend, für eine klare Trennung zwischen Kirche bzw. Religion und Staat“ stehe. Dabei sei es selbstverständlich, dass die FPÖ „am geistigen Austausch mit allen in der Republik Österreich anerkannten Glaubensgemeinschaften interessiert“ ist und diesen auch pflege.

Weiter: „Die bürgerlichen Rechte seien zentrale Elemente des europäischen Selbstverständnisses. Europa habe diese Werte erst nach einer langen Schreckensgeschichte von religiösen und politischen Fundamentalismen gesichert: Den Konfessionskriegen des 16. und 17. Jahrhunderts, totalitären Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts.“

Deswegen sei es „in Anbetracht dieser Erfahrungen ohne Wenn und Aber festzuhalten, dass für antidemokratische Ideologien und religiöse Fundamentalisten im politischen Leben Österreichs und Europas kein Platz ist.“

Die Islamisierung Europas und der Vormarsch des radikalen Islamismus in Europa seien zu stoppen, so der damalige Europaabgeordnete Andreas Mölzer. Er stellte fest, dass „der Islam kein Teil österreichischer oder europäischer Leitkultur war und ist.“

Als Gegenmaßnahme zur Islamisierung hielt die FPÖ eine Reihe von Maßnahmen für erforderlich, um der „Probleme im Bereich der Integration von Muslimen und der radikal-islamischen Tendenzen Herr zu werden“. Dazu gehörten:

- Sprachkurse, wie auch für andere Zuwanderer und Predigten von Imamen nur auf Deutsch
- Überwachung der islamischen Schulen und Religionsunterrichte
- Überprüfung der islamischen Schulbücher auf demokratiefeindliche Inhalte
- Religionsunterricht muss in deutscher Sprache abgehalten werden. Lehrer mit mangelnden Deutschkenntnissen dürfen keine Lehrerlaubnis bekommen
- Ein Verbot von Minaretten durch eine dahingehende Änderung der österreichischen Bundes-Verfassung
- Verstärkte Überwachung von Moscheen, da diese als Rekrutierungsorte für extremistische Strömungen dienen
- Ein Kopftuch-Verbot im öffentlichen Raum
- Jeder Bewerber um die Staatsbürgerschaft hat vor Verleihung derselben eine Bekenntnisurkunde zu unterfertigen, in der er sich zu den

Werten der westlichen Demokratie und deren Rechtsprechung bekennt. Handelt er diesem Bekenntnis in späterer Folge zuwider, in dem er etwa die Scharia propagiert oder seine Töchter zwangsverheiratet, ist ihm die Staatsbürgerschaft abzuerkennen.

- Scharfes Vorgehen gegen Ehrenmorde, Zwangshochzeiten und Zwangsbeschneidungen.

Die kritische Haltung zum Islamismus bzw. „politischen Islam“ bedingt sich heute ebenfalls durch die Inhalte des freiheitlichen Parteiprogrammes:

Auszug aus dem Freiheitlichen Parteiprogramm, Punkt 2 „Heimat, Identität und Umwelt“:

„Das Privileg der Verleihung des Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts ist Religionsgemeinschaften vorzubehalten, die sich zur Trennung von Kirche und Staat als Errungenschaft unserer aufgeklärten Gesellschaft bekennen und unsere Verfassung und Gesetze achten. Die Freiheit zur Religionsausübung in Österreich bedingt auch die Freiheit, sich – geschützt durch unseren Rechtsstaat – religiösen Dogmen entziehen zu können.“

Weiter heißt es:

„Wir sind bereit, diese europäischen Werte und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen Fanatismus und Extremismus entschieden zu verteidigen und für die Erhaltung und Weiterentwicklung unserer Leitkultur und unserer Lebensart in Frieden und Freiheit einzutreten.“

Der vorgebrachte Vorwurf die Freiheitliche Partei sein „ausländerfeindlich“ oder „islamophob“ wird hierdurch entkräftet:

„Bereits integrierte, unbescholtene und legal anwesende Zuwanderer, die die deutsche Sprache beherrschen, unsere Werte und Gesetze vollinhaltlich anerkennen und sich kulturell verwurzelt haben, sollen Heimatrecht und unsere Staatsbürgerschaft erwerben können.“

#### 3.3 Bildungsangebote des Freiheitlichen Bildungsinstituts zum Thema Islam und Vortragsveranstaltungen zusammen mit der Freiheitlichen Akademie

Ein vielfältiges Bildungsangebot präsentieren das Freiheitliche Bildungsinstitut in Wien als auch die Bildungsinstitute der einzelnen Bundesländer. Bei Seminaren, Vorträgen und Diskussionsrunden

erfahren die Teilnehmer fundiertes Wissen über den Islam und die Gefahren einer orthodoxen Auslegung für Gesellschaft und Staat.

Ein breites Publikum erreichen ebenfalls die Vortragsveranstaltungen mit Politologen, Islamexperten und Islamkritikern. So luden das Freiheitliche Bildungsinstitut und die Freiheitliche Akademie den syrisch-stämmigen Politikwissenschaftler Bassam Tibi ein, der ein harter Kritiker der Massenmigration ist und seit Jahrzehnten vor den Gefahren einer Islamisierung warnt. Seiner Meinung nach führe die Migration zu Etablierung von Parallelgesellschaften, die wiederum die Ausbreitung der Islamisierung und des Terrors begünstige.

Bei seinem Vortrag am 12. März 2018 im Wiener Kursalon Hübner forderte Bassam Tibi eine klare Trennung von Staat und Religion, die auch für Moslems gelten solle, da der Islamismus die Demokratie gefährde.

Am 13. November 2018 luden Bildungsinstitut und Akademie die türkisch-stämmige Rechtsanwältin Seyran Ates ein, um über „Den politischen Islam und seine Gefahren für Europa“ zu diskutieren.

Ebenfalls zum Thema Islam und seiner Unvereinbarkeit mit der westlichen Kultur, referierte der Bestseller-Autor und Ex-Finanzsenator der Stadt Berlin, Thilo Sarrazin in den Wiener Sofiensälen am 14. März 2019. In einem erkenntnisreichen Vortrag zu seinem neuesten Buch „Feindliche Übernahme – wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht“.

Eindringlich warnte der ehemalige SPD-Politiker davor, dass „Moslems in spätestens zwei Generationen, also in 40 bis 60 Jahren, in der Bevölkerung die Mehrheit stellen“ und dies höchstwahrscheinlich „das Ende unserer westlichen Werte“ bedeuten würde.

## 4 Der politische Islam im Konflikt mit:

### 4.1 Demokratie, der rechtsstaatlichen Grund- und Rechtsordnung, Gewaltenteilung und Säkularisation

Der orthodoxe Islam lehnt jegliche staatliche Ordnung jenseits des islamischen Rechts (Scharia) ab. Staats- und Regierungsformen, die nicht nach

den Prinzipien der Scharia aufgebaut sind, haben im Islam keine Legitimation. Da nur Gott allein, durch die Offenbarungen des Korans und die Leitung Mohammeds als Vorbild für die muslimische Gemeinschaft, Gesetze erlässt, gelten nur diejenigen Vorschriften, Regeln, Gebote und Gesetze, die mit den Grundsätzen der Scharia vereinbar sind.

Die Anstrengung, das islamische Recht zu installieren, ist ein fester Bestandteil des Glaubens. Überall da, wo der Islam nicht Staatsreligion ist, ist für korantreue Muslime Kriegsgebiet. Denn der Islam teilt die Menschen kategorisch in Gläubige und Ungläubige. Wer nicht an Allah und seinen Gesandten glaubt, ist ein Kafir (Ungläubiger). Auf gleiche Weise teilt das islamische Weltbild auch die geographischen Gebiete ein: In Dar al-Islam und in Dar al-Harb.

Im „Dar al-Harb“ (deutsch „Haus des Krieges“) sind die Muslime noch in der Minderheit und haben noch nicht genug Einfluss, um einen islamischen Staat auszurufen. Nach islamischer Tradition gilt jeder, der im Dar al-Harb kein Muslim ist, gilt als „Harbi“, heißt zum Krieg zugehörig und gilt als Feind des Islam. Da, wo die Scharia bereits Grundlage der Rechtsprechung ist und der Islam die Herrschaft hat, befinden sich die Muslime in „Dar al-Islam“ (deutsch „Haus des Islam“).

Muslime sollten es vermeiden, im Haus des Krieges zu leben, da sie hier nicht uneingeschränkt nach der Scharia leben können. Allerdings wird ihr Aufenthalt auf nichtislamischem Boden legitim, wenn sie sich um die Islamisierung der jeweiligen Länder bemühen.

Die Strategien zur „Befriedung“ der nichtislamischen Territorien können unterschiedlicher Natur sein. Ein Muslim kann mit dem Wort die Lehre Allahs verbreiten und die Ungläubigen mit Predigt und vorbildlichem Leben zum Islam einladen (arabisch „Da‘wa“), oder einen bewaffneten Dschihad gegen die Nichtmuslime führen.

Für alle Muslime ist es religiöse Pflicht, solange Dschihad gegen die Harbis zu führen, bis der Islam weltweit obsiegt:

„Und kämpfet wider sie, bis kein Bürgerkrieg mehr ist und bis alles an Allah glaubt“ Sure 8, Vers 39

Kann ein Muslim wegen familiärer Verpflichtungen, hohen Alters oder Krankheit nicht am bewaffneten Dschihad teilnehmen, ist er zumindest

dazu verpflichtet, seine Glaubensbrüder finanziell, also mit „Gut“ zu unterstützen:

„Glaubet an Allah und seinen Gesandten und eifert in Allahs Weg mit Gut und Blut. Solches ist gut für euch, so ihr es wisset.“ Koran Sure 61, Vers 11

Islamische Vertreter beteuern, dass der Islam „Friede“ bedeute und er nur friedliche Absichten verfolge. Friede heißt im Arabischen aber „Salam“, Islam bedeutet „Unterwerfung“ oder Ergebenheit unter den Willen Gottes. Frieden gibt es nach dem Verständnis der Umma, der islamischen Glaubensgemeinschaft, nur im Dar al-Islam, und nur für jene, die sich an die Gesetze der Scharia halten.

Der islamische Weltfriede wird also erst einkehren, wenn sich alle Menschen zum Islam bekannt haben und der Islam die einzige Religion auf Erden ist. Bis dieses Universalziel erreicht ist, muss die Umma Dschihad führen.

### 4.2 Dschihad

Der „Dschihad“ ist zum Inbegriff des islamisch motivierten Terrors geworden. Das Wort „Dschihad“ bedeutet im arabischen „Anstrengung“, „Kampf“ oder „Bemühung“.

Religiös interpretiert, bedeutet Dschihad „Die Anstrengung auf dem Wege Gottes“, er besteht aus einem spirituellen und einem kämpferischen Teil.

Moderne und gemäßigte Muslime verstehen den Dschihad weniger als bewaffneten Kampf gegen Ungläubige, sondern mehr als spirituellen Weg, eher eine moralische Anstrengung, den Glauben zu vertiefen und gottergeben zu leben. Dieser „große Dschihad“, ist ein rein spiritueller Kampf, den ein Moslem gegen die eigenen Schwächen führt. Darunter versteht man das Widerstehen gegen die täglichen Verführungen, wie Alkoholkonsum, Maßlosigkeit oder die Ferne von Gott.

Beim „kleinen Dschihad“ geht es darum, gegen die Feinde des Islam zu kämpfen. Mit Waffengewalt, finanzieller oder moralischer Unterstützung. Hier geht es weniger um Spiritualität und mehr darum, dem Ungläubigen Schaden zuzufügen. Durch den Sieg oder das permanente Demoralisieren sollen die Ungläubigen dazu gebracht werden, den Islam anzunehmen, oder sich als Dhimmis („Schutzbefohlene“, die für die Glaubensfreiheit eine Kopfsteuer an die islamische Obrigkeit zahlen müssen) unterzuordnen.

Der Islam gebietet den Dschihad. Er ist neben den fünf Glaubenssäulen, nämlich dem Glaubensbekenntnis, dem Gebet, dem Fasten, der Armensteuer und der Pilgerfahrt, die unsichtbare sechste Säule des Islam:

„Vorgeschrieben ist euch der Kampf, doch ist er euch ein Abscheu. Aber vielleicht verabscheut ihr ein Ding, das gut für euch ist (...)“ Sure 2, Vers 216

Der Dschihad ist im Koran ein eindeutiger Befehl an alle Muslime. Der Umgang mit den „Ungläubigen“ ist klar geregelt, es darf keine Freundschaft oder Verbrüderung mit Nichtmuslimen geben. Wer den Islam nicht annimmt, wird bekämpft:

„...Nehmet aber keinen von ihnen zum Freund, ehe sie nicht auswanderten in Allahs Weg. Und so sie den Rücken kehren, so ergreift sie und schlägt sie tot, wo immer ihr sie findet; und nehmet keinen von ihnen zum Freund oder Helfer.“ Sure 4, Vers 89

Oft wird auf die Barmherzigkeit Allahs hingewiesen, doch die Gnade, welche der Koran einräumt, ist eine reine Ermessenssache. Sollte es bei einer kriegerischen Auseinandersetzung Überlebende geben, so kann man diese auch gewinnbringend verkaufen oder gegen die Zahlung eines Lösegelds frei lassen:

„Und wenn ihr die Ungläubigen trifft, dann herunter mit dem Haupt, bis ihr ein Gemetzel unter ihnen angerichtet habt; dann schnüret die Bande. Und dann entweder Gnade hernach oder Loskauf...“ Sure 47, Vers 4

Die bestialische Tötung westlicher Geiseln durch die Schergen des IS, das propagandawirksame Köpfe ausländischer Journalisten, Soldaten oder Entwicklungshelfer, all diese barbarischen Akte, sind das Resultat dieser Gewaltsuren. Das Töten der Ungläubigen wird im Koran als eine gottgefällige Handlung gepriesen und nicht als Sünde verurteilt.

Für buchtreue Muslime ist der Dschihad keine Option, sondern absolute Pflicht. Es besteht lediglich die Freiheit zu wählen, ob man selbst kämpft oder ob man den Kampf gegen die Ungläubigen finanziell unterstützt.

Wer aber keines von beiden wählt, weder den aktiven Kampf, noch die Geldspenden und seinen Glauben nur für sich privat leben will, ist demnach ein schlechter Moslem.



Damit wird die Gemeinschaft der Moslems ihrerseits in zwei Gruppen geteilt, in „gute“ und in „schlechte“ Gläubige:

„Allah hat die, welche mit Gut und Blut streiten, im Rang über die, welche daheimsitzen, erhöht.“ heißt es in Sure 4, Vers 95. Diejenigen Muslime, die aktiv gegen Ungläubige vorgehen, gewinnen damit gesellschaftlich und vor Allah einen höheren Status als diejenigen, die sich dafür entschieden haben, ihren Glauben friedlich zu leben. Dieses Prinzip, die Menschheit in Gut und Böse zu teilen, in Gläubige und Ungläubige, in Mitstreiter und Gegner, zieht sich wie ein roter Faden durch den Koran.

Es verleiht einer Gruppe immer Macht über die andere. „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“ ist die Parole, die schon Mohammed im Kampf gegen seine Gegner propagiert hat.

Im Koran wird aber nicht nur zum aktiven Kampf gegen die Ungläubigen aufgerufen, es wird denjenigen explizit gedroht, die nicht den Dschihad vollziehen:

„... und hatten keine Lust, mit Gut und Blut in Allahs Weg zu eifern und sprachen: ‚Zieh nicht aus in der Hitze.‘ Sprich: ‚Dschahannams Feuer ist heißer.‘ Oh dass sie es doch begriffen!“ Sure 9, Vers 81

Somit ist der Dschihad eine zentrale Leitidee des Korans. Den Islam in die Welt hinaus zu tragen ist die oberste Mission der muslimischen Glaubensgemeinschaft.

Der Dschihad ist in der islamischen Umma tief verankert, ein kollektives Bewusstsein, das dem Islam zum Sieg über die ganze Welt verhelfen will. Mit allen Mitteln, durch Bekehrung und eben auch mit Gewalt:

„Und erlahmet nicht in der Verfolgung des Volks.“ Koran Sure 4, Vers 104

Eine friedliche Koexistenz oder gar ein harmonisches Miteinander ist nach den Geboten des Koran kaum möglich. Säkulare und andersgläubige Länder werden für den Islam immer eine Provokation darstellen.

### 4.3 Religionsfreiheit und Umgang mit Apostaten

Nach islamischer Tradition soll Allah von Anbeginn der Menschheitsgeschichte den Menschen Propheten mit seinen Offenbarungen gesandt haben. Die Muslime erkennen die früheren Offenba-

rungsbücher, die Thora und das Neue Testament, als Gotteswort an. Wobei die jüngeren Bücher immer die alten ablösen:

„Und in ihren Spuren ließen Wir Jesus folgen, den Sohn der Maria, zu bestätigen die Thora, die vor ihm war, und Wir gaben ihm das Evangelium, darinnen eine Leitung und ein Licht, bestätigend die Thora, die vor ihm war, eine Leitung und Ermahnung für die Gottesfürchtigen. Und damit das Volk des Evangeliums richte nach dem, was Allah in ihm herabgesandt hat; und wer nicht richtet nach dem, was Allah hinabgesandt hat – das sind die Frevler.“ Koran Sure 5, Vers 46-47

Somit ist der Koran, den Mohammed durch den Erzengel Gabriel offenbart bekommen hat, das letzte und alleingültige Buch Gottes.

Bis heute herrscht in der islamischen Welt das gängige Narrativ, dass jeder Mensch als Muslim geboren wird. Mit Adam, dem Menschenvater und ersten Propheten des Islam, begann die Kette der Gesandten Allahs. Jeder einzelne, Abraham, Noah, Moses und Jesus waren demnach Muslime:

„Und dem Moses gaben Wir die Schrift und ließen ihm Gesandte nachfolgen; und Wir gaben Jesus, dem Sohn der Maria, die deutlichen Zeichen und stärkten ihn mit dem Heiligen Geist. Sooft euch aber ein Gesandter brachte, was euch nicht gefiel, wurdet ihr da nicht hoffärtig und ziehet einen Teil der Lüge und erschlugt andere?“ Koran Sure 2, Vers 87

Gläubige Muslime sind der festen Überzeugung, dass Jesus, wie alle anderen Menschen vor ihm und nach ihm, ein Muslim war. Der Koran jedenfalls, lässt keine Zweifel darüber, dass Jesus und seine Jünger Muslime gewesen sein sollen:

„Und als Ich den Jüngern inspirierte: ‚Glaubet an Mich und an Meinen Gesandten.‘ Sie sprachen: ‚Wir glauben, und sei du Zeuge, dass wir Muslime sind.‘“ Koran Sure 5, Vers 111

Das, was die Menschen nun als Judentum und Christentum kannten, seien Abweichungen von der ursprünglichen Lehre des Islam, Christen und Juden würden nun Irrlehren folgen.

Die Schriftbesitzer hätten die Lehre Allahs verdreht, seine Gesetze gebrochen und Allah einen Sohn und einen Heiligen Geist beigelegt. Um all diese Frevel und Irrungen zu „korrigieren“ und die Menschheit wieder auf den rechten Weg zu leiten, entsandte Allah schließlich Mohammed. Als letzter Prophet sollte er die korrumpierten

Lehren der Christen und Juden mit den neuen Offenbarungen wieder richtigstellen:

„Und als zu ihnen ein Buch von Allah kam, ihre frühere Offenbarung zu bestätigen (...) und als nun zu ihnen kam, was sie schon kannten, da verleugneten sie es. Drum Allahs Fluch auf die Ungläubigen!“ Koran Sure 2, Vers 89

Zahlreiche Glaubenssätze im Islam stehen einem harmonischen Zusammenleben der Religionen im Weg. Wer den Koran wörtlich nimmt, darf keine Freundschaft zu Nichtmuslimen pflegen, selbst wenn sie zu den Besitzern der Schrift gehörten.

Eine Eingliederung in die westliche Gesellschaft gleicht einem Verrat am Islam.

„(...) und wer von euch sie zu Freunden nimmt, siehe, der ist von ihnen“ Koran Sure 5, Vers 51

Die Lebensrealität religiöser Minderheiten ist in vielen islamischen Ländern von Repressalien und Willkür geprägt. In einigen Ländern wie Saudi-Arabien oder den Malediven ist das öffentliche Tragen christlicher Symbole bei Strafe verboten. Gotteshäuser dürfen nach außen nicht als solche erkennbar sein, das Missionieren ist untersagt. Dabei gilt zum Beispiel in Ägypten das Läuten der Kirchenglocken schon als Missionierungsversuch. Sogar in Ländern mit einer repräsentativen christlichen Gemeinschaft, wie es in Ägypten ist, dürfen die Kopten keine neuen Gotteshäuser errichten. Selbst die Renovierung und Instandhaltung bedarf staatlicher Genehmigungen und ist mit viel Schikane und Demütigung verbunden.

### 4.4 Umgang mit Apostaten

Religionsfreiheit muss auch das Recht garantieren, sich dem Glauben abzuwenden. Die Scharia aber verlangt für die Abkehr vom Islam die Todesstrafe. Dabei stützt sich diese Praxis auf diverse Koranverse und Mohammeds Umgang mit untreuen Muslimen, welche die „Ridda“ (Abfall vom Islam) vollzogen haben. Wenn der „Murtadd“ (Person, die sich vom Islam abgewandt hat), nachdem er zur echten Reue aufgefordert worden ist, sich nicht wieder zu Allah und seinem Propheten bekennt, muss er bereits im Diesseits die Strafe seines Verrats zu spüren bekommen. Mohammed soll nach einer Überlieferung gesagt haben:

„Wer seine Religion ändert, den tötet“ (Hadith-Sammlung Sahih Al-Buchari Nr. 6922)

Bleibt der Abtrünnige bei seiner Ketzerei, muss er dafür mit dem Leben bezahlen. Im Koran selbst, wird kein Strafmaß zu Lebzeiten des Frevlers erwähnt, doch im Jenseits erwarten ihn höllische Strafen:

„Wer Allah verleugnet, nachdem er an Ihn glaubt, es sei denn, er sei dazu gezwungen und sein Herz sei fest im Glauben –, jedoch, wer seine Brust dem Unglauben öffnet – auf sie soll kommen Zorn von Allah und ihnen soll sein, schwere Strafe.“ Koran Sure 16, Vers 106

Alle vier sunnitischen Rechtsschulen und das schiitische Recht sprechen sich für die Tötung von Apostaten aus. Dabei gilt bereits die vorsätzliche Nichterfüllung religiöser Pflichten, wie die Verweigerung des Gebets oder des Fastens, als Abkehr vom Islam. Auch die respektlose Handhabung oder die Beschädigung des Korans, wird als seine „Schändung“ ausgelegt und mit dem Tode bestraft. Schon die Kritik an Mohammeds Person gilt als Apostasie, darüber hinaus der Glaube an eine Seelenwanderung oder das Betreten einer Kirche in der Absicht zu beten.

Wenn eine Frau vom Glauben abfällt, sieht die hanafitische Rechtsschule für sie keine Todesstrafe vor. Sie soll lediglich geächtet werden, da sie körperlich zu schwach sei, um eine Gefahr für die Umma darzustellen. Die Apostasie muss willentlich und in vollem geistigem Bewusstsein geschehen, Betrunkene und Geistesranke werden nicht bestraft. Auch Kinder sind bis zu ihrer Volljährigkeit nicht zu bestrafen. Erreichen sie die Geschlechtsreife werden sie nochmals befragt. Zeigen sie Reue, wird ihnen vergeben.

Die Zwölferschiiiten unterscheiden bei der Bestrafung von Apostaten, ob es sich um einen Konvertiten handelt, der den Islam angenommen hatte und sich wieder abgekehrt hat oder ob sich um einen Frevler handelt, der schon als Muslim geboren worden ist. Der als Muslim geborene Apostat wird nicht zur Reue aufgefordert, hat also keine Möglichkeit sein Leben zu retten. Einem Konvertiten räumt man ein, dass er nicht so fest im Islam verankert ist wie einer, der in der islamischen Kultur aufgewachsen ist. Dieser hat drei Tage Zeit, um umzukehren. Tut er dies, wird ihm die Bestrafung erlassen.

Kritik am Islam ist auch immer ein Rütteln an den Grundfesten der muslimischen Gesellschaftsordnung. Eine Abkehr kann auch die Legitimität

der politischen Herrscher in Frage stellen. Dessen war sich Mohammed bewusst und hat deswegen die Abtrünnigen geächtet:

„Das Blut eines Muslims, der bezeugt hat, dass kein Gott da ist außer Allah, darf nicht vergossen werden, außer in einem der drei Fälle: Im Fall der Wiedervergeltung für Mord, im Fall der Unzucht durch einen Verheirateten, und **wenn derjenige von seinem Glauben abfällt und seine Bindung zur Gemeinschaft löst**“. Hadith aus Sahih Al-Buhary Nr. 6878

#### 4.5 Judentum

„Wahrlich, du wirst finden, dass unter allen Menschen die Juden (...) den Gläubigen am meisten feind sind.“ Sure 5, Vers 82

„O ihr, die ihr glaubt, nehmt euch nicht die Juden und Christen zu Freunden.“ Koran Sure 5, Vers 51

Antijudaismus und Antizionismus unter Muslimen sind religiös bedingt weit verbreitet. Der Argwohn und die Feindschaft gegenüber Juden sind im Islam tief verankert. Sie resultieren aus Frustrationserfahrungen Mohammeds mit den jüdischen Stämmen seiner Zeit.

Der israelische Antisemitismusforscher, Manfred Gerstenfeld, zeigt in seiner Arbeit auf, dass muslimische Immigranten „ein quantitativ und qualitativ ganz neues Level von aggressivem Antisemitismus forcieren“ (Quelle: Jüdische Rundschau) und stellt fest: „Im 21. Jahrhundert wurden alle in Europa begangenen Morde an Juden, die getötet wurden, weil sie Juden waren, von Moslems begangen.“

Die Hetze gegen Juden wird auch in Moscheen gepredigt. Dazu wird u.a. der Hadith von „Abu Huraira“ im Kampf gegen das Judentum herangezogen, der besagt:

„Die Stunde wird nicht schlagen, bis die Muslime die Juden bekämpfen und töten, sodass die Juden sich hinter Steinen und Bäumen verstecken. Die Steine oder Bäume sagen jedoch: O, Muslim O, Diener Gottes, ein Jude versteckt sich hinter mir. Komm und töte ihn!“

#### 4.6 Gleichstellung der Frau

Die Ungleichbehandlung und Diskriminierung der Frau ist im Islam göttlich begründet:

„Die Männer stehen über den Frauen, weil Gott sie ausgezeichnet hat und wegen der Aus-

gaben, die sie von ihrem Vermögen gemacht haben.“ Sure 4, Vers 34

Die Realität der Frau in muslimischen Gesellschaften ist häufig davon geprägt, dass sie sich dem Willen des Ehemannes, des Vaters oder ihrer Brüder unterordnen muss. Schon als Kind müssen sich Mädchen den Entscheidungen ihrer Familie beugen, was die Schul- und Ausbildung angeht. Auch ist die häusliche Gewalt gegen Frauen in der muslimischen Gesellschaft weit verbreitet. Legitimiert wird das Züchtigungsrecht des Mannes mit folgendem Koranvers:

„Diejenigen aber, für deren Widerspenstigkeit ihr fürchtet – warnet sie, verbannet sie in die Schlafgemächer und schlägt sie.“ Koran Sure 4, Vers 34

Das islamische Recht ist durchzogen von Ungerechtigkeiten gegenüber den Frauen. Im Erbrecht ist die Frau gegenüber ihren Brüdern klar im Nachteil, sie hat nur den Anspruch auf die Hälfte dessen, was einem männlichen Erben zusteht:

„Allah schreibt euch vor hinsichtlich eurer Kinder, dem Knaben zweier Mädchen Anteil zu geben.“ Koran Sure 4, Vers 11

„(...) Sind aber Brüder und Schwestern da, so soll der Mann den Anteil von zwei Frauen haben.“ Koran Sure 4, Vers 176

Die benachteiligte Stellung der Frau durch das Wesen ihrer Erschaffung, steht einer rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung im Weg.

#### 4.7 Überlegenheitsanspruch der Muslime gegenüber Nichtmuslimen

„O ihr, die ihr glaubt, nehmt euch nicht die Juden und Christen zu Freunden.“ Koran Sure 5, Vers 51

Frieden und Gerechtigkeit kann es nur geben, wenn es keinen Unterschied in der Wertigkeit der Menschen gibt.

Der Islam, orthodox gelebt, schafft jedoch ein System der Apartheid unter den Menschen, denn er trennt die Menschheit in Gläubige und Ungläubige. Wäre dies nur eine spirituelle Definition, könnte man argumentieren, dass es zum Selbstverständnis einer Religion gehört, den alleinigen Anspruch auf den göttlichen Segen zu haben, doch der Islam hat einen religiösen Rassismus etabliert. Da, wo er herrscht, sind Nichtmuslime benachteiligt und stets in der existenziellen Defensive.

Allah hat seine Anhänger ausgezeichnet, nicht nur im Jenseits, sondern auch gegenüber Andersgläubigen:

„Ihr seid die beste Gemeinde, die für die Menschen erstand. Ihr heißet, was Rechtens ist und ihr verbietet das Unrechte und glaubet an Allah. Und wenn das Volk der Schrift geglaubt hätte, wahrlich, es wäre gut für sie gewesen! Unter ihnen sind Gläubige, aber die Mehrzahl von ihnen sind Frevler!“ Koran Sure 3, Vers 110

Im Scharia-Recht spiegelt sich die Diskriminierung von Andersgläubigen in vielen Facetten wider. So kann nur ein Muslim von einem Muslim erben. Das Vermögen der islamischen Umma soll in der Gemeinschaft bleiben. Auch darf eine Muslima keinen Mann außerhalb der Glaubensgemeinschaft heiraten, da sonst nicht sichergestellt werden kann, dass die Kinder aus dieser Ehe auch Muslime werden. Selbst in vermeintlich säkularen Staaten wie Syrien ist die Scharia die Grundlage für das Familien- und Eherecht. Eine Muslimin darf also auch in Syrien keinen Christen heiraten, solange er nicht zum Islam konvertiert. Konvertiert der Ehepartner zu einer anderen Religion, wird seine Ehe mit einer Muslima ungültig.

Die Stellung von Nichtmuslimen ist nicht nur im sunnitischen Islam eine mindere, auch Anhänger des konservativen Schiitentums betrachten Andersgläubige als minderwertige und „unreine“ Menschen. Der iranische Ayatollah Khomeini erklärt in seinem 1979 erschienen Buch „Principes politiques, philosophiques, sociaux et religieux“:

„Elf Dinge sind unrein: Urin, Kot, Sperma, Blut, Hunde, Schweine, ein Nichtmuslim und eine Nichtmuslimin, Wein, Bier, Schweiß eines Kamels, das Abfall frisst. Der ganze Körper eines Nichtmuslims ist unrein, sogar seine Haare, Nägel und alle körperlichen Ausscheidungen.“

Ein minderjähriges Kind ist unrein, wenn es keinen Muslim als Vorfahren hat. (...)

Einem Muslim ist es erlaubt, in einer Firma zu arbeiten, die Juden beschäftigt, solange nicht Israel in der einen oder anderen Weise durch die Produkte unterstützt wird. Jedoch ist es eine Schande, unter einem Juden als Vorgesetztem zu arbeiten“.

Das christliche Hilfswerk „Open Doors“ veröffentlicht jährlich einen „Weltverfolgungsindex“, einen Bericht über die Situation von Christen weltweit. Laut Open Doors sind derzeit etwa 200 Millionen Christen von Diskriminierung und Ver-

folgung betroffen. Der Hass auf Christen und ihre Verfolgung ist durch den Koran legitimiert:

„(...) Und es sprechen die Nazarener: „Der Messias ist Allahs Sohn.“ Solches ist das Wort ihres Mundes. Sie führen ähnliche Reden wie die Ungläubigen von zuvor. Allah schlag sie tot! Wie sind die verstandeslos!“ Koran Sure 9, Vers 30

Das Verbot sich „Ungläubige“ zu Freunden zu nehmen, steht einer friedlichen Koexistenz im Wege. Dies spüren die religiösen Minderheiten in den islamischen Ländern und dies verhindert auch eine Integration der muslimischen Zuwanderer in Europa.

Das stetige Wiederholen solcher Glaubenssätze, sei es in den Moscheen oder im Familien- und Freundeskreis, setzt sich in den Köpfen vieler Muslime fest, auch hier in Europa.

Der Ergebnisbericht der Info Research Group zu einer repräsentativen Befragung von Türken in Deutschland zum Thema „Deutsch-Türkische Lebens- und Wertewelten“ aus dem Jahr 2012 ergab, dass 72% der Befragten den Islam als „einzig wahre Religion“ ansehen. Daran ist noch nichts auszusetzen, viele Gläubige anderer Religionen sind auch von der Einzigartigkeit ihres Glaubens überzeugt. Ernüchternd ist dabei aber, dass 25% der teilnehmenden Muslime, Atheisten als „minderwertige Menschen“ empfinden. Auch die Judenfeindschaft schlug sich deutlich in der Umfrage nieder, 18 Prozent stimmten der Aussage „Juden empfinde ich als minderwertige Menschen“ zu. Bezüglich der Christen stimmten noch 8 % dieser Aussage zu. Diese Antworten gaben Menschen, die mitunter in Deutschland geboren, sozialisiert oder zumindest geprägt wurden. All die Menschen, die sich also zum Atheismus bekennen, sind für ein Viertel der türkischstämmigen Muslime in Deutschland, „minderwertige Wesen“. Man kann von einer ähnlichen Situation in Österreich ausgehen.

Die „Minderwertigkeit“ der Nichtmuslime wird wiederholt im Koran verkündet:

„Siehe, schlimmer als das Vieh sind bei Allah die Ungläubigen, die nicht glauben.“ Koran Sure 8, Vers 55

„Siehe, die Ungläubigen vom Volk der Schrift und die Götzendiener werden in Dschahannams Feuer kommen und ewig darinnen verweilen. Sie sind die schlechtesten der Geschöpfe.“ Koran Sure 98, Vers 6

Die wiederholte Herabsetzung und Entmenschlichung der Nichtmuslime manifestierte sich bei vielen Muslimen und drückt sich in ihrem Denken und Handeln gegenüber Andersgläubigen aus. Was mit Menschen geschehen kann, wenn sie entmenschlicht werden, hat uns die Geschichte grausam gelehrt. Auch die Nationalsozialisten in Hitler-Deutschland haben die Juden mit Tieren gleichgesetzt. Die NS-Propaganda bezeichnete die Juden als „Ungeziefer“, „Parasiten“ oder „Wanzen“. Ziel dieser Hassrhetorik war, die Hemmschwelle zur Gewalt gegen die Juden zu überwinden. Es ist schließlich leichter, ein lästiges Ungeziefer zu töten als einen Menschen.

Das Entmenschliche der Nichtmuslime führt in islamischen Mehrheitsgesellschaften immer wieder zu pogromähnlichen Übergriffen auf religiöse Minderheiten.

#### 4.8 Selbstbestimmungsrechte – am Beispiel der genitalen Verstümmelung bei muslimischen Mädchen und Frauen

Für die weibliche Genitalverstümmelung gibt es keine medizinische oder hygienische Rechtfertigung, es handelt sich dabei um eine schwere Körperverletzung.

In Österreich sind laut einer Studie des Europäischen Instituts für Geschlechtergerechtigkeit (EIGE) etwa 2000 Frauen beschnitten und derzeit um die 8000 Frauen davon bedroht. In der Bundesrepublik Deutschland sind die Zahlen um einiges höher. Die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes geht von etwa 58.000 beschnittenen Frauen aus, mehr als 13.000 Mädchen sind von dieser Verstümmelung bedroht.

Die Dunkelziffer mag wohl viel höher liegen, das Desert Flower Center spricht von 700.000 betroffenen Frauen in Europa. Seit 2012 ist die weibliche Genitalverstümmelung in Österreich ein Straftatbestand, in Deutschland seit 2013, die Schweiz ging 2011 voraus. Doch viele Familien umgehen dieses Verbot, indem sie die Mädchen in den Schulferien in die Heimatländer schicken, um sie dort beschneiden zu lassen. Um dem entgegen zu wirken wurde 2016 in Deutschland eine Änderung des Passgesetzes beschlossen, die es ermöglicht, Personen, welche zum Zweck einer Beschneidung verreisen wollen, den Reisepass zu

entziehen. Eine ähnliche Praxis wäre in Österreich ebenfalls zu empfehlen.

Die Arten der Frauenbeschneidung variiert, je nach Herkunftsland und Kulturkreis. Die Verstümmelungen gehen von der Beschneidung der Klitoris bis hin zum Ausschaben und Verätzen der Vagina.

Der Islam schreibt die weibliche Beschneidung nicht explizit vor, er verbietet sie aber auch nicht ausdrücklich. In der Menge der Hadithe finden sich sowohl Argumente für als auch Argumente gegen die Beschneidung der Frau. So mag es nicht verwundern, dass sich manche Rechtsschulen für die Beschneidung, andere gegen sie aussprechen. Im sunnitischen Islam gibt es vier Rechtsschulen, die sich in der Auslegung der islamischen Rechtswissenschaft unterscheiden. Die hanafitische Rechtsschule, welcher etwa die Hälfte der Muslime angehören, sieht keinen Beweis dafür, dass der Prophet die Beschneidung der Frau verordnet hat. Vielmehr wird die FGM als ein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit der Frau gesehen.

Theologische Autoritäten der Al Azhar Universität in Ägypten, die als höchste theologische Instanz im sunnitischen Islam gilt, kamen 2006 zu dem Schluss, dass die Frauenbeschneidung „keine religiöse Pflicht“ sei. Die Praxis wird im Koran nicht erwähnt. Diesbezügliche Überlieferungen aus Hadithen seien als „schwach“, also als wenig glaubwürdig, eingestuft worden. Mohammed soll der Beschneiderin Umm Habibah (oder Umm Atiyyah) begegnet sein und über ihre Arbeit gesagt haben:

„Schneide nicht so heftig, denn dieses ist besser für die Frau und begehrenswerter für den Ehemann.“ (Hadith bei Abu Dawud, Nr. 5271)

Abgesehen von den theologischen Zweifeln, ist der Ritus derart stark verwurzelt, dass selbst eine Fatwa kaum etwas dagegen ausrichten kann. Beschneidung gilt in weiten Kreisen als „nobler Akt“ und gottgefällig. Viele ägyptische Ärzte, die trotz des Verbots Beschneidungen durchführen, berufen sich auf den religiösen Kommentar von Dr. Ahmed Suleiman: „Mädchenbeschneidung führt zu Sittsamkeit, Ehrgefühl und emotionalem Gleichgewicht“.

Im Lehrbuch der schafitischen Rechtsschule der Muslime „The Classic Manual of Islamic Sacred Law“ (Umdat al-Salik by Ahmad ibn Naqib al-Misri 1368 ) heißt es, dass die Beschneidung Pflicht sei, auch für Frauen. Die hanbalitische und malikitische Lehre sehen die Mädchenbeschneidung als „nachahmenswert“ an und die hanafi-

tische Lehre als reines „Entgegenkommen“ der Frau gegenüber ihrem Ehemann.

Auch ein weiterer Hadith, der auf Aischa, die jüngste Ehefrau Mohammeds, zurückgehen soll, zählt für die schafitische Rechtsschule als Beleg für die Notwendigkeit der weiblichen Beschneidung: „Der Gesandte Gottes sagte: Wenn ein Mann zwischen den vier Teilen (Arme und Beine seiner Frau) sitzt und sich die beiden beschnittenen Teile berühren, dann ist der Ghush (rituelle Ganzkörperwaschung) verpflichtend. (Sahih Muslim, Nr. 349)

Laut den Hadithen ist im Islam Typ I der Beschneidung erlaubt, also die Entfernung der Klitorisvorhaut. Doch oft wird die Klitoris durch unsachgemäße Durchführung stark verletzt oder ganz entfernt.

Handlungsempfehlung: Die weibliche Genitalverstümmelung (FGM) ist in Österreich eine schwere Körperverletzung, etwa 8000 Frauen sind in Österreich verstümmelt. Viele junge Mädchen sind von dieser barbarischen Praxis bedroht (werden z.B. in den Schulferien in die Heimatländer geschickt und dort beschnitten). Deswegen ist eine Ausweitung der Mutter-Kind-Pass-Untersuchung über das 5. Lebensjahr dringend zu empfehlen. Eine wiederholte Untersuchung der Kinder und Jugendlichen bis zur Volljährigkeit sollte an der Auszahlung der Familienhilfe gekoppelt sein.

Um die Eltern über die möglichen finanziellen Einschnitte zu informieren und vor allem, um das Mädchen vor der Genitalverstümmelung zu bewahren, sollte ein Informationsblatt bereits bei der Ausstellung des Mutter-Kind-Passes oder spätestens beim Erstantrag auf Familienbeihilfe, von den Erziehungsberechtigten unterschrieben werden.

#### 4.9 Umgang mit Homosexuellen

Der homosexuelle Geschlechtsakt wird im Islam als „Zina“, also als Unzucht definiert. Im Koran finden sich hierzu Stellen, die belegen, dass Homosexualität verboten ist:

„Und Lot, da er zu seinem Volke sprach: Wollt ihr Schandbarkeiten begehen, wie keins der Geschöpfe sie zuvor beging? Wahrlich ihr kommt zu den Männern im Gelüst anstatt zu den Weibern! Ja, ihr seid ein ausschweifend Volk!“ Koran Sure 7, Vers 80-81

Zwar benennt der Koran kein Strafmaß für diese „Sünde“, islamische Gelehrte sind sich jedoch darüber einig, dass Homosexualität mit dem Tod zu bestrafen ist. Es wird allerdings über die Art und Weise der Vollstreckung gestritten. Manche vertreten die Position, dass die Steinigung die einzig richtige Strafe sei, manche meinen, man müsste Homosexuelle von hohen Mauern stürzen, andere fordern, sie lebendig zu verbrennen. Ungeachtet dieses perfiden „Rechtsstreits“ droht Homosexuellen in Ländern wie Saudi-Arabien, Iran, VAE, Afghanistan, Mauretanien, Jemen, dem Sudan und in bestimmten Gegenden Somalias und Nigerias laut Scharia die Todesstrafe.

Wegen der kulturellen und religiösen Prägung in den Heimatländern bringen viele muslimische Migranten eine homofeindliche Ideologie mit, ihr Hass ist im Islam verwurzelt.

Der Ergebnisbericht zu einer repräsentativen Befragung von Türken in Deutschland „Deutsch-Türkische Lebens- und Wertewelten“ der Info GmbH ergab 2012, dass 51 Prozent der Befragten der Behauptung „Homosexualität ist eine Krankheit“ zustimmen und die Aussage „ein Mann hat eine homosexuelle Beziehung zu einem anderen Mann“ 73 % mit „finde ich schlimm“ bewertet haben.

#### 5 Empfohlene Maßnahmen gegen den politischen Islam und zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Friedens in Österreich

- Effektives Verbot der Auslandsfinanzierung
- Gebot der Transparenz der Lehrpläne für den islamischen Religionsunterricht
- Errichtung einer Dokumentationsstelle „Politischer Islam“
- Eindämmung politischer Einflussnahme islamistischer Gruppierungen
- Ausweitung der Mutter-Kind-Pass Untersuchung zum Schutz der Mädchen vor genitaler Verstümmelung
- Kopftuchverbot in allen Bildungseinrichtungen und staatlichen Institutionen

#### 6 Fazit

Der „politische Islam“ oder ein orthodox ausgelegter Islam steht im klaren Widerspruch zur westli-

chen Staats- und Gesellschaftsordnung. Eine Ausbreitung des orthodoxen Flügels stellt eine massive Bedrohung für den gesellschaftlichen Frieden dar. Mit der wachsenden islamischen Bevölkerung droht eine systematische Islamisierung Europas.

Unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit fordert der Islam mehr und mehr Zugeständnisse. Dabei ist er selbst alles andere als tolerant. Statt den erhofften liberalen „Euro-Islam“ erleben wir ein mehr und mehr „islamkonformes“ Europa.

Je mehr Muslime in Europa leben, desto deutlicher wird ihre Handschrift in der Gesellschaft werden und die Frauen werden es als erstes spüren. Die sexuellen Übergriffe, Belästigungen und Vergewaltigungen sind das traurige Resultat des islamischen Frauenbildes. Dabei teilt das Kopftuch die Frauen in „rein“ und „unrein“ auf. Das Kopftuch ist zur sichtbaren Uniform des politischen Islam geworden.

Ein korantreuer Islam bedeutet:

- Scharia
- Dschihad
- Minderwertigkeit der Frau

- Judenfeindlichkeit
- Verfolgung Homosexueller
- Kinderehen und Zwangsheirat
- Verfolgung von Apostaten
- Polygamie und Moschee-Ehen

Die Scharia, das islamische Recht, ist integraler Bestandteil des Islams, eine Herauslösung und Trennung ist nicht möglich. Aus diesem Grund ist eine kritische Haltung gegenüber politischen und ideologischen Strömungen innerhalb des Islams dringend zu empfehlen. Information und Aufklärung über die Gefahren eines orthodox gelebten Islam sind Kernpunkte der politischen Arbeit der FPÖ. Da derzeit die Freiheitliche Partei als einzige gegen den „politischen Islam“ konsequent und kontinuierlich mit Initiativen und Aufklärung auftritt, ist ihre Arbeit essenziell für die Bewahrung des gesellschaftlichen Friedens und den Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Eine stetige Beobachtung islamischer Aktivitäten in Österreich ist dringend empfohlen, um etwaige politische und ideologische Auswüchse gesetzlich reglementieren zu können.

---

**Materialien des Dokumentationsarchivs  
des österreichischen Widerstandes  
zum „Dritten Lager“ in Bezug auf die  
Freiheitliche Partei Österreichs**

**Eine Vorstudie**  
von  
**Johannes Kalwoda**

**Inhalt**

1	<b>Allgemeines</b>	543
2	<b>Literatur und Quellen im DÖW</b>	543
3	<b>Archiv des DÖW</b>	544
3.1	Allgemeines	544
3.2	Parteivorsitzende des Dritten Lagers	544
4	<b>Bibliothek des DÖW</b>	549
4.1	Allgemeines	549
4.2	Parteivorsitzende des Dritten Lagers	550
4.3	Schlagwörter zum Dritten Lager	550
4.4	Vorkommen mitbewerbender Parteien	554
4.5	Bestand an Zeitschriften und Zeitungen	554
5	<b>„Schnittarchiv“ des DÖW</b>	557
5.1	Allgemeines	557
5.2	Parteivorsitzende/Bundesparteiobmänner des Dritten Lagers	559
5.3	Schlagwörter zum Dritten Lager	562
5.4	Erwähnung von Repräsentanten der FPÖ-Historikerkommission im „Schnittarchiv“	567
5.5	Vorkommen mitbewerbender Parteien und Politiker	568
6	<b>Gesamteindruck</b>	569
7	<b>Anhang</b>	570

**1 Allgemeines**

Aufgabe des Verfassers war es, wie dem Titel zu entnehmen ist, Materialien des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) zum Dritten Lager zu sichten und zu erfassen, die einen Bezug zur Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) aufweisen. Angesichts der überaus großen Fülle an Material zum Dritten Lager in Österreich und zum Bestand zu dem dem Dritten Lager zugeordneten Umfeld im DÖW war in der vorgegebenen Zeit nicht viel mehr möglich, als das Material statistisch zu erheben.

Als Methode für diese Bestandsaufnahme wird eine quantifizierend positivistische Arbeitsweise herangezogen. Teils willkürlich gezogene Stichproben und Beispiele sollen helfen, das abstrakte Zahlenmaterial zu veranschaulichen und zu verlebendigen. Diesem Zweck dient auch der Anhang, der nach keinen Gesetzmäßigkeiten ausgewählt worden ist.

Hinsichtlich der digitalen Recherche zum Bestand im Schnittarchiv und Archiv (zur Differenzierung siehe unten, Kap. ) gelten erschwerte Bedingungen für alle Nutzer, auch für die „hauseigenen“ Benutzer: Im Intranet Erfasstes ist prinzipiell abzutippen und kann nicht beispielsweise mit copy & paste festgehalten und anschließend auf einem externen Speichermedium abgelegt werden (Auskunft: 1.7.2019). Allerdings sind Bestände aus dem Archiv kopier- und photographierbar.

Bei Mengen- oder Datumsangaben erfolgen mitunter Zirkaangaben („ca.“). Dies ist bei Datumsangaben selten dann der Fall, wenn beispielsweise das erste Vorkommen eines Belegs innerhalb eines Schubers nicht absolut zu erkennen ist und es aufgrund des geringen zeitlichen Arbeitsspielraums mitunter nicht exakt feststellbar gewesen ist.

Bei Mengenangaben ist grundsätzlich von Annäherungswerten und von Momentaufnahmen auszugehen. Dies hat mehrere Gründe. Von Momentaufnahme ist deshalb zu sprechen, weil die Bestände des DÖW laufend (= täglich) erweitert werden, somit die angeführten Zahlen mit dem Abrufdatum auch schon wieder veraltet sind. Von Annäherungswerten ist wiederum deshalb zu sprechen, weil zum einen beim händischen Zählen Zählfehler passieren können. Gewisse un-

wesentliche Unschärfen ergeben sich ebenfalls bei der digitalen Recherche im Online-Katalog der Bibliothek (vgl. Kap. ) und im Intranet des sog. Schnittarchivs (vgl. Kap. 5).

Daraus ist zu schließen, eine lückenlose und absolut systematische Recherche ist, gerade unter Berücksichtigung der budgetären und zeitlichen Vorgaben, nicht möglich gewesen, weshalb die vorliegende Arbeit als „Vorstudie“ zu bezeichnen ist.

Mitunter werden zum Vergleich Suchergebnisse angeführt, die mitbewerbende Parteien und Politiker betreffen, die weiters Personen betreffen, die in einer vergleichbaren Position stehen wie diejenigen, die in ein Naheverhältnis zum Dritten Lager gebracht werden. Schließlich werden bei Schlagwörtern, die mit dem Dritten Lager nicht in Verbindung zu bringen sind, Stichproben gezogen. Der Wert dieses Vergleichs liegt ausschließlich in der numerischen Relation. Eine qualitative Aussage ist hier nicht zu treffen.

Kommentare des Autors sind meist in Fußnoten festgehalten, mitunter sind sie kursiv geschrieben, mit den Initialen des Autors gekennzeichnet und in eckige Klammer gesetzt [JK: ###]. Das Datum der Recherche in einem digitalen Medium ist in eckiger Klammer festgehalten.

Ein großer Dank für die unkomplizierte Aufnahme, die vielfältige, zeitintensive und überaus entgegenkommende Unterstützung bei der Recherche zum Thema ergeht an das Personal des DÖW, in erster Linie an Andreas Peham, Bernhard Weidinger, weiters an die Akten und Bücher aushebenden diensthabenden Zivildienster, an Personen der Bibliothek und an den wissenschaftlichen Leiter Gerhard Baumgartner.

**2 Literatur und Quellen im DÖW**

Materialien zum Dritten Lager sind in den Abteilungen Archiv, Bibliothek und Zeitungsausschnittarchiv des DÖW zu finden. *Im Archiv* sind „Polizei- und Justizakten zu Widerstand und Verfolgung 1934–1938 und 1938–1945, Strafverfahren gegen NS-Täter 1945–1955, Nachlässe und andere persönliche Dokumente“<sup>1</sup> enthalten. Hier ist lediglich ein sehr kleiner Teil an Material zum Dritten Lager zu bergen. Kap. 3 gibt dazu beispielhaft Auskunft.

<sup>1</sup> Homepage des DÖW, <https://www.doew.at/erforschen/recherche/archiv> [8.7.2019].

Die Bibliothek ist „eine Präsenzbibliothek“ mit „über 50.000 Titel[n] sowie 350 laufende[n] Zeitschriften“.<sup>2</sup> Ihr Bestand ist „fast zur Gänze elektronisch erfasst“. Die Bibliothek enthält eine große Fülle an Literatur zum Dritten Lager, zu der Kap. 4 beispielhaft Auskunft gibt. Der Vorteil der Bibliothek des DÖW im Vergleich zu anderen Bibliotheken liegt weniger in der Vollständigkeit (vgl. dazu beispielsweise die Bestände in der Österreichischen Nationalbibliothek oder in den Universitätsbibliotheken), sondern im Bestand von Einzelwerken oder -broschüren ohne ISBN-Nummer und im Servicecharakter. Ein Buch wird im Regelfall innerhalb weniger Minuten nach der Bestellung dem Besucher überreicht.

Das *Zeitungsausschnittarchiv* wird dōw-intern kurz „Schnittarchiv“ genannt. Dieses ist Teil der „Spezialsammlungen“ in der Abteilung „Bibliothek“. Darin werden ausgeschnittene Beiträge gesammelt, die in Zeitungen oder Zeitschriften erschienen sind. Das Schnittarchiv besteht aus einem papierenen und digitalisierten Teil, wobei Neuaufnahmen „seit Anfang 2011“ lediglich digital erfolgen. Den papierenen Altbestand digitalisieren sukzessive Praktikanten. Das Schnittarchiv, „nach Personen bzw. nach Sachgebieten geordnet“,<sup>3</sup> enthält eine überaus große Fülle an journalistischem Material zum Dritten Lager, wie im Kap. 5 zu sehen sein wird. Das papierene Schnittarchiv ist einerseits innerhalb eines Raumes auf mehreren meterhohen Regalen untergebracht,<sup>4</sup> andererseits im Keller des Archivs deponiert.

### 3 Archiv des DÖW

#### 3.1 Allgemeines

Die Recherche im Archivbestand des DÖW zum Dritten Lager erfolgte ausschließlich über das Intranet, Abteilung „Archidoc: Das elektronische

Archiv des DÖW“. In Reservat-Akten kann ein Benutzer aus Gründen des Datenschutzes oder der Sperrfrist nicht Einblick nehmen (Auskunft DÖW). Diese Reservat-Akten können mit „R“ beginnen, z.B. R00204 [JK: *Volltextsuche „Friedrich Peter“; 9.7.2019*], müssen es aber nicht, z.B. 20100/7719 [JK: *ad Alois Kraus, 9.7.2019*]. Informationen zu den Akten werden im Folgenden teils paraphrasierend, teils wörtlich (unter Anführungszeichen stehend) wiedergegeben. In letzterem Fall kommen Anmerkungen in eckiger Klammer vor, die so aus den Bemerkungen im Intranet übernommen worden sind und nicht vom Autor herrühren.

Kein digitales Suchergebnis gab es unter den folgenden Personennamen oder Schlagwörtern: Norbert Hofer, Heinz-Christian Strache, Hubert Gorbach, Ursula Haubner, Susanne Riess-Passer, Westenthaler; Verband der Unabhängigen, Bündnis Zukunft Österreich, rechtsextrem, rechtsradikal.

Die statistische Recherche orientiert sich im Folgenden einerseits an der Kategorie Namen von Parteivorsitzenden, wobei es hierbei die Möglichkeit gegeben hat, nach den Suchprinzipien „Volltextsuche“ und „Personensuche“ vorzugehen. Andererseits sind Schlagwörter abgefragt worden, die mit dem Dritten Lager und der FPÖ in Verbindung gebracht werden.

#### 3.2 Parteivorsitzende des Dritten Lagers

##### 3.2.1 Herbert Alois Kraus (18.11.1911–3.9.2008)

Volltextsuche: Der Familienname verweist auf 17 Akten oder Teile eines Akts.

Personensuche [8./9.7.2019]:

Vor- („Alois“) und Familienname – Verweis auf 2 Akten.<sup>5</sup>

Vor- („Herbert“) und Familienname – Verweis auf keinen Akt, obwohl der Name sub Sig. 20338/A7 erfasst ist (siehe Kap. ).

Vor- („H. A.“) und Familienname – Verweis auf einen Akt; ein weiterer Eintrag zu „H.A. Kraus“ ist nicht unter der Personensuche, sondern unter der Volltextsuche VdU unter der Sig. 50120/O126 zu finden gewesen.

*Beispiel:*

Sig. 01460/1 [JK: *Suche: „H. A. Kraus“*]; Bestand aus: keine Angabe; Umfang: keine Angabe; Beschreibung: Manuskript von Dr. Alfred Persché „Der Abschnitt 1936–1938 der nationalsozialistischen Machtergreifung in Österreich. Hauptmann Leopold“, mit einem Gutachten von Dr. H. A. Kraus (VdU) und Dr. Alfons Gorbach (ÖVP). Über die Polemik des Ständestaates. Aus dem Archiv aussortiert und in die Bibliothek unter der Signatur 80007 (Rarissima-Sammlung) eingereiht.“ Umfang: 369 Seiten; Schreibmaschin-Durchschlag [JK: *In diesem Werk wird die politische Entwicklung in Österreich von 1936 bis 1938 aus der Perspektive des Illegalen und SA-Führers Alfred Persché dargestellt. Für die vorliegende Arbeit von Wert sind ausschließlich die beiden genannten Gutachten, die das unterschiedliche Verhältnis zu ehemaligen Nationalsozialisten in der unmittelbaren Nachkriegszeit beleuchten und u. a. auf die (außen-)politische Situation Bezug nehmen*].<sup>6</sup> In dem Gutachten von Kraus heißt es u. a.: „Es ist eine Arbeit, die gerade jetzt, wo das Thema der Entnazifizierung sehr aktuell ist, mithelfen könnte, die versöhnende Note anzubahnen, darüber hinaus eine Arbeit, die auch hohe schriftstellerische Qualität hat und zwar durchaus vom eigenen Erleben aus: die Wandlung von der harten Sprache einer vergangenen Kämpferzeit zur erzählenden Form des bewußt nicht mehr aktiven, des resigniert vorausahnenden Zuschauers bis zur erlebten Tragik selbst: dem Auslöschen des Wortes und damit des Begriffes Österreich [...] Die Arbeit kann bestens empfohlen werden. Bedenken gegen einige Stellen [...] Salzburg 24.10.1947.“ Aus dem Gutachten Alfons Gorbach: „Die Frage ob eine Drucklegung und Veröffentlichung dieses Manuskriptes mit Hilfe der ÖVP wünschenswert ist, muß ich auf Grund der vorstehend angeführten Ergebnisse einer zwar kritischen aber doch nach bestem Bemühen objektiven Überprüfung

leider verneinen. Ich bedaure das rein menschlich aus dem Grunde, weil anzunehmen ist, daß der Verfasser in finanzieller Hinsicht wahrscheinlich dringend auf die Einnahmen aus seinem Buch angewiesen sein wird. Weit mehr bedaure ich mein negatives Urteil aber deswegen, weil wir gerade in unserer Zeit des moralischen Verfalles der politischen Gesinnungslosigkeit und staatsbürgerlichen Gleichgültigkeit dringend Bücher brauchen würden aus denen eine so edle, verantwortungsvolle und uneigennützig kämpferische Gesinnung spricht. Es handelt sich hier ohne jeden Zweifel um echtes Österreichertum vorbildlichster Art. Trotzdem überwiegen derzeit noch die innen- und außenpolitischen Bedenken, die selbstverständlich den Ausschlag geben“. o. J.

##### 3.2.2 Anton Reinthaller (14.4.1895–6.3.1958)

Volltextsuche: Familienname – Verweis auf 17 Akten oder Teile eines Akts; kein Reservat-Akt.

Personensuche: Vor- und Familienname – Verweis auf 9 Akten.

Zeitraum: ab 1934;

Kopien aus z.B. Bundesarchiv Berlin (das Antragsformular für die Reproduktion des Akts in Berlin ist mit 19.2.2013 datiert; Lebenslauf, Landwirtschaftsminister 1938, SS-Personalakt, Ehrenzeichen für Alte Parteimitglieder der NSDAP, Zeitungsausschnitte, biographische Angaben); Landesgericht Wien; Archiv der Republik (Österreich); ...

*Beispiele:*

Sig. 21073/2: Laut Archidoc [9.7.2019] enthält der Akt Kopien aus NPA,<sup>7</sup> 9 Seiten. Inhalt: „Österreich 1935 – März 1938:

- Ministerratsprotokoll 997 24.5.1935. Über NS-Umtriebe: Staatssekretär Hammerstein-Equord bringt einen Brief aus Deutschland an Pastor Fischer Gerhard (Thening) zur Kenntnis mit NS Plänen in Österreich. Deutschland unterstützt NSDAP in Österreich vor allem mit Geld.
- Ablehnende Stellungnahme des Informationsdienstes der Vaterländischen Front zum Reinthaller-Programm (12.10.1934)“:

ungarischer Juden im April 1945“; Sig. 20100/7719: Reservat-Akt.

<sup>6</sup> Zum vollen Wortlaut dieser Gutachten siehe *Anhang 02*. Diese beiden Gutachten sind ebenfalls enthalten unter: Sig. 50120/O126, Nachlass Steiner – Diverse Materialien.

<sup>7</sup> Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik AAng BKA-AA NPA: Neues Politisches Archiv.

<sup>2</sup> Homepage des DÖW, <https://www.doew.at/erforschen/recherche/bibliothek> [8.7.2019].

<sup>3</sup> Ebenda [8.7.2019].

<sup>4</sup> Siehe *Anhang 01*.

<sup>5</sup> Dass der Name „Alois Kraus“ in diesem Fall mit dem gesuchten Profil übereinstimmt, ist unwahrscheinlich. Sig. 13114a [Suche: „Alois Kraus“]; Bestand aus: Zeitungsausschnitten, Gendarmerie-, Orts-, Pfarrchroniken; Umfang: 5 Kuverts; Eingangsdatum: 1.1.1980. Beschreibung: „Auszüge aus den Chroniken steirischer Gendarmeriepostenkommanden (Gendarmeriechroniken) von 1933 bis 1947, vor allem betreffend die Ermordung österreichischer Partisanen durch die SS am 2.5.1945 in Pongratzen und das Massaker in Hartberg am 4.5.1945 sowie über mehrere Todesmärsche

[JK: *Tatsächlicher Inhalt*]: Korrespondenzen und Telephonate rund um das Berchtesgadener Abkommen und zu den März-1938-Ereignissen. Umfang: 26 Seiten. Eingangsdatum: 20.3.1986. Überbringer: L. Reichhold.

Sig. 51806; Kopien aus Bundesarchiv Berlin; Originalsignatur Berlin: R 16 I/117; Umfang: 66 Seiten; Eingangsdatum: 8.5.2013; Inhalt: Aufnahme Reinthallers in den Reichsbauernrat; Reichsbauernratagenden; Zeitungsausschnitte aus März und Mai 1938; Personalbogen; Fotos.

Sig. 51807; Kopien aus Bundesarchiv Berlin; Originalsignatur Berlin: R 16 I/728; Umfang: 12 Seiten; Eingangsdatum: 8.5.2013;

Inhalt: Beauftragung mit Führung der Geschäfte des Landbauernführers der Landesbauernschaft Donauland, 15.6.1938; Zeitungsausschnitte.

Sig. 51810; Kopien aus Bundesarchiv Berlin; Originalsignatur Berlin: NS 5 VI/17710; Umfang: 9 Seiten; Inhalt: Zeitungsausschnitte aus Anlass der Berufung zum Unterstaatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Berlin; Beiträge Reinthallers; Lebenslauf.

### 3.2.3 Friedrich Peter (13.7.1921–25.9.2005)

Personensuche: Vor- und Familienname mit Relevanz kommt 4mal vor, Verweis auf 11 Akten oder Teile eines Akts, davon 5 Reservat-Akte/Teile eines Reservat-Akts.

Zeitraum: ab ca. 1975;

*Beispiele:*

Sig. 19144/2; Bestand aus: Sammlung Stella Klein-Löw<sup>8</sup>; Umfang: 160 Seiten; Überbringer: Herbert Exenberger; Inhalt: „Parlament: Materialien zu Klein-Löws Abgeordnetenzzeit. Darunter auch Materialien nach ihrem Ausscheiden aus dem

Nationalrat, z.B. Parlamentsrede Friedrich Peters, Kandidatenlisten zur NR-Wahl 1979“.

Formale Beschreibung: Original.

Sig. 22505/141; Bestand aus: Sammlung Edwin Tangl<sup>9</sup>, Innsbruck; Umfang: 15 Seiten; Überbringer: Winfried Garscha, Claudia Kuretsidis-Haider; Inhalt: „Landespressediens (Tirol), Presseübersicht für 10.10.1975, Lokal- und Innenpolitik (über FP-Chef Peter und ‚Wiesenthal-Schocker‘, dazu Zeitungsausschnitte, anonyme Briefe an Präs. Mayer etc.“

Formale Beschreibung: Original, Kopie; Brief/Postkarte, Zeitungsausschnitte.

Sig. 51173/61; Bestand aus: Nachlass von Josef Toch<sup>10</sup>, Journalist und Schriftsteller; Umfang: keine Angabe; Überbringer: Fr. Toch; Inhalt: „2) Briefwechsel mit Simon Wiesenthal betreffend Friedrich Peter“

Formale Beschreibung: keine Angabe. Kopien aus dem Akt: die den „Fall Friedrich Peter“ bis Ende Jänner 1976 zusammenfasst, zwei Schreiben Simon Wiesenthals an Josef Toch.<sup>11</sup>

### 3.2.4 Norbert Steger (geb. 6.3.1944)

Personensuche: Vor- und Familienname – Verweis auf 2 Akten oder Teile eines Akts [10.7.2019].

Sig. 20688/VI; Umfang: ein Bene-Ordner; Kopien aus Sammlung Matejka;

Inhalt: „Materialien zur Herausgabe eines Bandes zu Viktor Matejka (1991–1994) ...“: Funktion von Norbert Steger ist im Akt erwähnt. Diesem Akt sind 81 Personen zugeordnet, u.a. Steger.

Sig. 50120/NSt03; Bestand aus: Korrespondenz Herbert Steiner.

Inhalt: „Steger Norbert Dr., Wien: an Steiner 2.10.1980 (Besuch der Ausstellung im DÖW)“.

### 3.2.5 Jörg Haider (26.1.1950–11.10.2008)

Personensuche: Vor- und Familienname – Verweis auf 3 Akten [10.7.2019].

Sig. 21234; Sig. 51374; beides sind Reservat-Akten.

Sig. 51356; „Unterlagen betreffend Simon Wiesenthal bzw. Film, der über ihn gemacht worden ist.“ Diesem Akt sind laut Archidoc 56 Personen zugeordnet, u.a. Haider. Umfang: nicht spezifiziert. Abschrift eines Antrags von Simon Wiesenthal als Privatankläger (vertreten durch RA Hans Perner, Rotenturmstr. 5-9, 1010 Wien) auf Einleitung der Voruntersuchung gegen den Beschuldigten Peter Müller (Harmonika-Erzeuger in Bad St. Leonhard im Lavanttal, FPÖ-Bürgermeisterkandidat) wegen des Verdachts der Verbrechen gemäß §§ 3d und 3g Verbotsgesetz, eventuell Strafantrag gegen den Beschuldigten wegen des Vergehens gem. §§ 111, 115 StGB. Müller äußerte sich im Periodikum „Trend“ 1/1990: „Dem Simon Wiesenthal hab ich gesagt: Wir bauen schon wieder Öfen, aber nicht für Sie, Herr Wiesenthal – Sie haben in Jörgl seiner Pfeife Platz!“ In diesem Zitat wird Jörg Haider erwähnt.

### 3.2.6 Herbert Haupt (geb. 28.9.1947)

Personensuche: Vor- und Familienname – Verweis auf einen Akt [10.7.2019]:

Sig. 51172; „Mitunterzeichner einer parlamentarischen Anfrage im Zusammenhang mit Sachbeschädigung an der Universität Wien (Siegfriedskopf)“; Reservat-Akt.

## 3.3 Schlagwörter zum Dritten Lager

### 3.3.1 VdU – Verband der Unabhängigen

Die Volltextsuche unter „VdU“ verweist auf 19 Akten oder Teile eines Aktes, davon auf 9 Reservat-Akten [10.7.2019].

Die Volltextsuche unter „Verband der Un-

abhängigen“ verweist auf keinen Akt/Aktenteil [15.7.2019].

*Beispiele:*

Sig. 20338/A7 (siehe FPÖ unten im Kap.).

Sig. 01460/1 (siehe Kraus, Kap. ).

Sig. 22109/1

Umfang: 55 Seiten; Nachlass Franz Burda;<sup>12</sup> Eingangsdatum: 10.4.1991. Darin:

- Die Österreichische Widerstandsbewegung fühlt sich verpflichtet, Ihnen die folgende Dokumentation über die Freiheitliche Partei Österreichs zu übermitteln, in: Informations- und Pressediens der Österreichischen Widerstandsbewegung, Nr. 1/1970, Sondernummer Februar 1970, 31 Seiten;
- SPÖ-Ottakring. Blickpunkt 1980. Arbeitstagung der JG-Ottakring vom 26. Feb. 1972 im Hörndlwald.

*Schlagworte:* ab/nach 1945; VdU.

### 3.3.2 FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs

Die Volltextsuche unter „FPÖ“ verweist auf 48 Akten oder Teile eines Aktes [9./10.7.2019].

Die Volltextsuche unter „Freiheitliche Partei Österreichs“ verweist auf drei Akten oder Akten-teile [11.7.2019].

*Beispiele:*

Sig. 01340: Dokumentation über die Freiheitliche Partei Österreichs, herausgegeben von der Österreichischen Widerstandsbewegung. Für den Inhalt verantwortlich: Franz Murko. Umfang: 11 Seiten; Originalbestand.<sup>13</sup>

Sig. 01462: Dokumentation über die Freiheitliche Partei Österreichs. II. Folge, 1963, herausgegeben von der Österreichischen Widerstandsbewegung. Für den Inhalt verantwortlich: Franz Murko.

- „- ‚Wie steht die FPÖ zum Deutschnationalismus, zu Österreich und zu seiner Neutralität?‘;
- ‚Wie steht die FPÖ zum Nazismus, zum Hitlerkrieg und zu den Kriegsverbrechern?‘;
- ‚Wie steht die FPÖ zu Neonazismus und Soldatenvereinen?‘;

<sup>8</sup> Stella Klein-Löw (28.1.1904–7.6.1986), Gymnasialdirektorin in Wien, Abgeordnete zum Nationalrat 1959–1970 (SPÖ); vgl. Ilse Korotin (Hrsg.), *biografiA. Lexikon österreichischer Frauen*, Bd. 2 (I – O), Wien-Köln-Weimar 2016, S. 1661f. oder [https://www.univie.ac.at/biografiA/daten/text/bio/Klein-Loew\\_Stella.htm](https://www.univie.ac.at/biografiA/daten/text/bio/Klein-Loew_Stella.htm) [13.7.2019].

<sup>9</sup> Edwin Tangl (3.12.1912–28.6.1990), Revolutionärer Sozialist, wirkte am Freiwilligentransport für Spanienkämpfer mit, war 1942 bis 1945 in Gestapo- bzw. KZ-Haft; vgl. Friedrich Stepanek, „Ich bekämpfte jeden Faschismus“. *Lebenswege Tiroler Spanienkämpfer*, Innsbruck–Wien–Bozen 2010, S. 37f.; <http://www.doew.at/erinnern/biographien/spanienarchiv-online/spanienfreiwillige-t/tangl-edwin> [13.7.2019].

<sup>10</sup> Josef Toch (10.3.1908–6.11.1983), kämpfte im Spanischen Bürgerkrieg, Mitglieder der KPÖ, später der SPÖ, leitete das „Tagblattarchiv“ in der Arbeiterkammer Wien; vgl. [https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Josef\\_Toeh](https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Josef_Toeh); <http://www.doew.at/erinnern/biographien/spanienarchiv-online/spanienfreiwillige-t/toch-josef> [13.7.2019].

<sup>11</sup> Siehe *Anhang 03*.

<sup>12</sup> Franz Burda (13.8.1919–18.9.1990) war Mitarbeiter im DÖW. Wie anhand der Aufzeichnungen im Archidoc des DÖW zu entnehmen ist, hatte Burda im Zweiten Weltkrieg vom Kriegsgefangenenlager Nr. 87 in der Sowjetunion aus Kontakt zum Zentralkomitee der KPÖ; Sig. 00879.

<sup>13</sup> Die darin zusammengestellten Belege zum nationalen Hintergrund der FPÖ stammen aus den Jahren 1958 bis 1962 und sind beispielsweise den folgenden Blättern entnommen: *Neue Front*, *Kärntner Nachrichten*, *Der Trommler*, *Salzburger Volksblatt*, *Arbeiterzeitung*, *Kärntner Grenzlandjahrbuch*, *Steirische Nachrichten* u.s.w. Siehe *Anhang 04*.



- ‚Rassismus und Chauvinismus‘.“ Umfang: 9 Seiten; Originalbestand.<sup>14</sup>

Sig. 20338/A7: Umfang: 34 Blätter; Sammlung Josef Hindels<sup>15</sup>; Eingangsdatum: 10.1.2001.

Darin Beiträge von Josef Hindels:

„- Deutschnational oder liberal? Zur Ideologie der Freiheitlichen Partei (FPÖ) (14 Blätter), u.a. erwähnt: VdU, Herbert Kraus, Kärntner Nachrichten, Norbert Burger, Otto Scrinzi

- Österreich und die Nationalen (3 Blätter), Typoskripte; u.a. erwähnt: Zweite Republik, VdU, FPÖ, Jörg Haider

- Die Legende von der liberalen Partei

- Zur geistigen Situation der Freiheitlichen (FPÖ) (8 Blätter), Manuskript

- Die FPÖ ist nicht liberal (4 Blätter), Manuskript [...]

- Die FPÖ ist keine liberale Partei (2 Blätter) [...]

- Haider hat nichts gelernt (3 Blätter); Manuskript von J. Hindels“.

Sig. 20338/M4: Sammlung von Zeitungsausschnitten der Sammlung Josef Hindels, Umfang: 49 Blätter; Sammlung Josef Hindels; Eingangsdatum: 10.1.2001. Darin u.a.

- Nicht alle waren für die Koalition mit der FPÖ, in: Arbeiterzeitung 25.9.1986;

- Haider und der Neonazismus, in: Arbeiterzeitung 25.2.1989.

Sig. 20489/05

Umfang: 80 Blätter; Nachlass Ernst Josef Lauscher<sup>16</sup>; Eingangsdatum: 26.7.1984. Darin u.a. „Flugblatt ‚Mit klingendem Spiel‘ um vor der FPÖ zu warnen und mit dem Aufruf die Kommunisten zu stärken [...] Flugblatt ‚Das war die Deutsche Schicksalsge-

meinschaft‘, ‚Die Grundsätze der FPÖ‘ um [v]or der FPÖ zu warnen“.

Sig. 50120/Ba40b

Sammlung Herbert Steiner<sup>17</sup> (3.2.1923–26.5.2001); Eingangsdatum: 1.1.2001. Darin: „Presse zur Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um das Land Wien: FPÖ-Wien/Ehrenzeichen/Gintersdorfer 2.2.93 (FPÖ-Stadtrat vehement gegen Verleihung), Ausschnitt: FPÖ gegen Ehrung für Widerstandsarchiv-Leiter, Der Standard, 3.2.1993, Amtsblatt 11.2.93, Ehrung für Prof. Steiner, Wien Aktuell 11.2.93, Herbert Steiner geehrt, Anthan, New York, 26.2.93, Ehrung für Univ.-Doz. Dr. Herbert Steiner, Der Neue Mahnruf, März 1993, FPÖ lehnt Ehrenzeichen für den Kommunisten Herbert Steiner ab, Neue Freie Zeitung 24.3.1993, Ehrung für den Gründer, Wien Aktuell 25.3.1933“.

### 3.3.3 BZÖ

Die Volltextsuche verweist auf einen Akt (= Reservat-Akt) [11.7.2019] ohne nähere Spezifizierung.

### 3.3.4 Burschenschaft

Die Volltextsuche verweist auf 10 Akten oder Teile eines Aktes [9./10.7.2019].

*Beispiele:*

Sig. 20689/1: Originalarchiv: ÖStA AVA Reichsstathalter;

„2) Reichsstudentenführer München 20.5.38 an Reichsminister Hoffmann über Wiederaufleben einer Burschenschaft ‚... mit allem Takt eine Überführung in den Studentenbund bzw. den NS-Altherrenbund erreicht werden.‘ Bürckel und Kaltenbrunner erwähnt.“

Sig. 51555/122: Verweis auf Nachlass Karl Leipert.<sup>18</sup> Darin: „1) Elfriede Wolf. ‚Karl Heinrich [J] Wolf. Wie ich meinen Mann gesehen und erlebt habe. Ein Lebensbild verfaßt für die Prager Burschenschaft Ghibellinia von Frau Elfriede Wolf, geb. Frenzel aus Hohenelbe im Riesengebirge.‘ (o.J.) (12 Bl., masch., Kopie, geheftet [Biografie über Karl Heinrich [J] Wolf]“.<sup>19</sup>

Sig. 51555/124: Nachlass Karl Leipert: Schriften Karl Leiperts u.a. (1986–88). Darin: „15) Karl Leipert: ‚Der völkische Gedanke in der Burschenschaft‘ (o.J.) (5 Bl., Durchschlag) [Aufsatz]“.<sup>20</sup> Durchschlag auch unter Sig. 51555/007, 115).<sup>20</sup>

Sig. 51555/127: Nachlass Karl Leipert: Schriften Karl Leiperts (1986–88). Darin:

„5) Karl Leipert: ‚Grußbotschaft an die Burschenschaft Gothia zu Salzburg zum 100. Stiftungsfest‘ [1988] (2 Bl., masch., u. Durchschlag) [Rede]. 6) Karl Leipert: ‚Grußbotschaft der Burschenschaft Teutonia zu Innsbruck an die Burschenschaft Gothia zu Salzburg zum 95. Stiftungsfest.‘ (masch., Durchschl.) [Rede]“

### 3.3.5 Landsmannschaft

Die Volltextsuche verweist auf 16 Akten oder Teile eines Aktes [10.7.2019].

*Beispiele:*

Aus dem Nachlass Karl Leipert: Mitteilungsblatt, Programme, Einladungen, Bericht zu Adventfeier u.s.w. der Kärntner Landsmannschaft (Sig. 51555/006; 51555/008).

Sig. 06166: „Brief von Walter Klemm/Österreichische Landsmannschaft an Oberschulrat Prof. Karl Bäuerle, Dez. 1965, mit deutschnationaler und neonazistischer Tendenz. Dieser Brief wurde vom Österreichischen Nationalinstitut dem DÖW übergeben.“

### 3.3.6 Deutschnational

Die Volltextsuche verweist auf 3 Akten oder Teile eines Aktes [11.7.2019].

*Belege sub:*

Sig. 20338/A7 (siehe oben im Kap. [FPÖ]):

Sig. 20338/O1: Sammlung Josef Hindels, Beiträge von Josef Hindels: Josef Hindels, FPÖ – liberal oder deutschnational?, in: Die Republik. Staatspolitische Blätter des österreichischen Nationalinstituts 4, 1968, S. 40–42.

Sig. 51555/074: Nachlass Karl Leipert: „9) Ansichtskarte [?] an Karl Leipert (Innsbruck) (Goberling, 25.1.1979) (Ms.) (Abb.: Römisches Haus, Weimar) [Fragment; Lob für Gedicht, das im Bekanntenkreis, der ‚ausnahmslos deutschnational‘ ist, großen Anklang gefunden hatte; die Wiedervereinigung Deutschlands wird herbeigesehnt]“.

### 3.3.7 Vorkommen mitbewerbender Parteien

Die Volltextsuche [12.7.2019] ergibt:

„ÖVP“: 439 Akten oder Aktenteile;

„SPÖ“: 354 Akten oder Aktenteile;

„KPÖ“: 3183 Akten oder Aktenteile.

## 4 Bibliothek des DÖW

### 4.1 Allgemeines

Die Recherche zum Bibliotheksbestand des DÖW erfolgte über den Online-Katalog der Bibliothek.<sup>21</sup> Darin sind sowohl die selbständigen Publikationen als auch die unselbständigen Publikationen (z.B. Beiträge, die in Sammelbänden oder in Zeitschriften erschienen sind) erfasst. Deshalb weisen die Zählergebnisse Mehrfachzählungen auf.

Die Nennung von Beispielen erfolgt im Folgenden oft dem Prinzip, dass die älteste und die

<sup>14</sup> Die darin zusammengestellten Belege zum nationalen Hintergrund der FPÖ stammen aus dem Jahr 1963 und sind den folgenden Blättern entnommen: Neue Front, Kärntner Nachrichten, Der Bundschuh; Gliederungsüberschriften. Siehe *Anhang 05*.

<sup>15</sup> Zu Josef Hindels (10.1.1916–10.2.1990) vgl. Josef Hindels, *Erinnerungen eines linken Sozialisten*, hrsg. v. DÖW und Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Wien 1996; <http://www.doew.at/erinnern/biographien/erzaehlte-geschichte/nach-kriegsende/josef-hindels-nach-rechts-gerueckt> [11.7.2019].

<sup>16</sup> Zum KPÖ-Mitglied Lauscher (1.12.1912–21.5.1975) vgl. Manfred Mugrauer, „Entschlossen, die Verantwortung zu übernehmen.“ Die erste Parteikonferenz der KPÖ am 14. April 1945, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* 22, 2015/1, S. 9–14, hier: S. 9–11; auch unter [http://www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Mugrauer\\_1\\_15.pdf](http://www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Mugrauer_1_15.pdf) [11.7.2019].

<sup>17</sup> Herbert Steiner (3.2.1923–26.5.2001), kommunistisches Gründungsmitglied des DÖW und dessen Leiter bis 1983; siehe Brigitte Bailer – Winfried R. Garscha – Wolfgang Neugebauer, *Herbert Steiner und die Gründung des DÖW*, in: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hrsg.), *Opferschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus* (= Jahrbuch 2013), Wien 2013, S. 43–62.

<sup>18</sup> Karl Leipert (30.12.1909–31.10.1994) war völkisch-nationaler Dichter, der „bis zu seinem Lebensende nationalsozialistisches Gedankengut“ vertrat. <https://literaturtirol.at/lexikon/414> [11.7.2019]

<sup>19</sup> Richtig muss es wohl Karl Hermann Wolf (27.1.1862–11.6.1941), ehemaliger böhmischer Reichsratsabgeordneter des Abgeordnetenhauses. Die Zugänglichkeit des Bestands war im Juli 2019 nicht gegeben. Als Gründe genannt wurden der Urlaub der zuständigen Referentin (Ursula Schwarz, Rückkehr im August 2019) und die Verräumung von Archivbestandteilen bzw. von Nachlässen aus konservatorischen Gründen, denn im regulären Unterbringungsort, im Kellerabteil, sei Feuchtigkeit eingetreten; der derzeitige Unterbringungsort sei nur der Referentin Schwarz bekannt. Auskunft: Claudia Kuretsidis-Haider, 11.7.2019.

<sup>20</sup> Die Zugänglichkeit des Bestands war im Juli 2019 nicht gegeben. Siehe Anmerkung oben, Sig. 51555/122.

<sup>21</sup> <https://www.doew.at/erforschen/recherche/bibliothek/doew-bibliothek-online> [14.7.2019].

jüngste Publikation angeführt werden, weitere aufgelistete Publikationen folgen dem Zufallsprinzip. Festgehalten ist auch, unter welcher Beschlagnahme („Schlagwörter“) einzelne Titel zu finden sind. Da bei jüngeren Titeln im Online-Katalog auch die Verlagskurzinformationen in den Online-Katalog aufgenommen sind, kommt man mit der Suchoption „Schnellsuche“ zu einer wesentlich breiteren Literaturliste, als dies die Beschlagnahme erraten lässt. Bei älteren Publikationen fehlt in der elektronischen Bestandsaufnahme des DÖW mitunter das Erscheinungsjahr.

Nicht alle Abkürzungen der Beschlagnahme sind selbsterklärend, weshalb wesentliche beispielhaft angeführt werden:

atse31	antisemitisch, Erscheinungsjahr 1931
atsepu	antisemitische Publikation
drex	Deutschland Rechtsextremismus
FPÖ96	Freiheitliche Partei Österreichs, Erscheinungsjahr 1996
jurex	Jugendliche Rechtsextremismus
liex	Linksextremismus
örex	Österreich Rechtsextremismus
örex49	Österreich Rechtsextremismus, Erscheinungsjahr 1949
perioev#	revisionistisches Periodikum
revperio#	revisionistisches Periodikum
rex	Rechtsextremismus
schurex	Schule Rechtsextremismus

Auch im Folgenden orientiert sich die numerische Recherche an der Kategorie Namen von Parteivorsitzenden und an der Kategorie Schlagwörter, die mit dem Dritten Lager und der FPÖ in Verbindung gebracht werden.

#### 4.2 Parteivorsitzende des Dritten Lagers

Im Online-Katalog des DÖW ist in der Schnellsuche in allen Feldern zu den Namen von Parteivorsitzenden des Dritten Lagers folgende Anzahl an Titeln vorzufinden [12.7.2019]:

Herbert Alois Kraus:	6 Titel;
Anton Reinthaller <sup>22</sup> :	6 Titel unter dem Familiennamen;

<sup>22</sup> Zu Reinthaller ist für August 2019 beim Böhlau-Verlag eine Monographie angekündigt: Heinz-Dietmar Schimanko, Der Fall Reinthaller. Das Strafverfahren gegen Anton Reinthaller vor dem Volksgericht, Wien 2019: <https://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com/themen-entdecken/sozial-rechts-und-wirtschaftswissenschaften/rechtswissenschaft/49042/der-fall-reinthaller> [12.7.2019].

Friedrich Peter:	10 Titel;
Alexander Götz:	3 Titel;
Norbert Steger:	3 Titel;
Jörg Haider:	124 Titel;
Susanne Riess(-Passer):	Einträge haben keine Relevanz;
Mathias Reichhold:	Einträge haben keine Relevanz;
Herbert Haupt:	4 Einträge;
Ursula Haubner:	ein Eintrag;
Hilmar Kabas:	3 Einträge;
Peter Westenthaler:	ein Eintrag;
Hubert Gorbach:	ein Eintrag;
Heinz-Christian Strache:	31 Einträge;
Norbert Hofer:	ein Eintrag.

### 4.3 Schlagwörter zum Dritten Lager

#### 4.3.1 VdU

Schnellsuche in allen Feldern: 20 Titel aus den Jahren 1959 bis 2018 [10.7.2019].

Autoren (Auswahl) wie Herbert Kraus, Marc Debus, Kurt Piringer, Lothar Höbelt, Knut Lehmann-Horn, Thomas Albrich, Werner Müller-Klingspor.

*Beispiele:*

- 1) 1959: Die neofaschistische FPÖ, in: Weg und Ziel 1959, Heft 4, S. 249–259. *Schlagwörter:* Österreich, FPÖ59, FPÖ, VdU.
- 2) 1980: Viktor Reimann, Die Dritte Kraft in Österreich, Wien 1980, 312 Seiten. *Schlagwörter:* Österreich, 1945-, VDU, Verband der Unabhängigen, Freiheitlichen, Freiheitliche Partei.
- 3) 2018, Margit Reiter, Anton Reinthaller und die Anfänge der Freiheitlichen Partei Österreichs. Der politische Werdegang eines Nationalsozialisten und die „Ehemaligen“ in der Zweiten Republik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 2018, Heft 4, S. 539–576. *Schlagwörter:* 1945-, Österreich, Parteien, politische Parteien, Freiheitliche Partei Österreichs, FPÖ, Anton Reinthaller, bez1810.
- 4) 2014: Lothar Höbelt, Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten

Nachlässen 1948–1955, Wien 2014. *Schlagwörter:* 1945-, Österreich, Parteien politische, Vdu, Verband der Unabhängigen.

- 5) 2018: Maximilian Greßl, Der politische Rechtsruck in der Zweiten Republik, Köflach 2018, 33 Seiten (= schulische vorwissenschaftliche Arbeit). *Schlagwörter:* 1945-, Österreich, Parteien, politische, VdU, FPÖ, BZÖ.

#### 4.3.2 FPÖ

Schnellsuche in allen Feldern unter folgenden Schlagwörtern:

„FPÖ“: 432 Titel aus den Jahren 1959 bis 2019 [11.7.2019];

„Freiheitliche Partei Österreichs“: 95 Titel aus den Jahren 1962 bis 2018 [11.7.2019].

Autoren (Auswahl) wie: Walter Truger, Fritz Stüber, Friedhelm Frischenschlager, Wolfgang Neugebauer, Albert Kadan, Anton Pelinka, Kurt Piringer, Erich Bruckberger, Norbert Gugerbauer, Brigitte Bailer-Galanda, Peter Kostelka, Helmut Gruber, Jörg Haider, Andreas Mölzer, Wilhelm Lasek, Viktor Reimann, Franz Januschek, Kurt Richard Luther, Knut Lehmann-Horn, Alfred Stirnemann, Hans-Henning Scharsach, Jürgen Hatzenbichler, Martin Hobek, Walter Marinovic, Armin Pfahl-Traugher, Anette Linke, Kurt Horak, Roland Girtler, Andreas Khol, Andreas Peham, Max Riedlsperger, Peter Ulram, Otto Scrinzi, Barbara Tóth, Margit Reiter, Diplomarbeiten zu diversen FPÖ-Themen

*Beispiele:*

- 1) 1992: Wilhelm Brauner, Forschung als Staatsaufgabe, in: Freiheit und Verantwortung, S. 423–438. *Schlagwörter:* Österreich, FPU, FPU92,<sup>23</sup> FPÖPublikation.
- 2) 1995: Harry Schranz, „Bewegung“ nach rechts. Vom Dritten Reich zur Dritten Republik (= Zeitdokument, Bd. 60, mit einem Beitrag von Christian Kern), Wien 1995. *Schlagwörter:* Österreich, FPÖ95; Dritte Republik, FPÖ.
- 3) 1995: Christian Kern, Haider's Kulturkampf: „Scheißhunde“ und völkische Pornos, in: Harry Schranz, „Bewegung“ nach rechts [...], Wien 1995, S. 40–46. *Schlagwörter:* Österreich, FPÖ95; Haider, Jörg, 95 FPÖ.
- 4) 1996: Andreas Khol, Die FPÖ im Spannungsfeld von Ausgrenzung, Selbstaussgrenzung,

Verfassungsbogen und Regierungsfähigkeit, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1995, Wien 1996, S. 193–222. *Schlagwörter:* Österreich, FPÖ96, FPÖ

- 5) 2003: Friedrich Pospiech, Konservativ-rechts-extreme Komplizenschaft oder „Der Fall Dr. Staffa. Witikobund“. Ein „Politkrimi“, Esslingen/Neckar 2003. *Schlagwörter:* Österreich; Rechtsextremismus; Neonazismus; Neofaschismus; Revanchismus; Sudetendeutsche; FPÖ.
- 6) 2003: Otto Scrinzi, Politiker und Arzt in bewegten Zeiten, Graz 2003. *Schlagwörter:* Österreich; Kärnten; FPÖ; Zweiter Weltkrieg.
- 7) 2005: Anthony J. McGann – Herbert Kitschelt, The Radical Right in the Alps. Evolution of Support for the Swiss SVP and Austrian FPÖ, in: Party Politics 11, 2005/2, S. 147–171. *Schlagwörter:* Schweiz; Österreich; FPÖ2005; 1945-; politische Parteien; Freiheitliche Partei Österreichs; FPÖ; Schweizer Volkspartei.
- 8) 2008: Gerhard Steininger, Das Dritte Lager. Aufstieg nach dem Fall?, Wien 2008. *Schlagwörter:* Österreich; 1945-; Parteien politische, Freiheitliche Partei Österreichs; Verband der Unabhängigen; FPÖ; VdU.
- 9) 2017: Grigat, Stephan (Hrsg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017. *Schlagwörter:* 1945-; Deutschland; Österreich; Antisemitismus; AfD; FPÖ.

#### 4.3.3 BZÖ

Schnellsuche in allen Feldern unter folgenden Schlagwörtern:

„BZÖ“: 17 Titel aus den Jahren 1965 bis 2018 [11.7.2019], wobei die 8 Beiträge, die vor 1990 erschienen sind, keine Relevanz haben;

„Bündnis Zukunft Österreich“: 2 Titel aus dem Jahr 2009 [11.7.2019].

#### 4.3.4 Burschenschaft (allgemein/Österreich)

Wo nicht explizit ausgewiesen, sind auch Titel mitgezählt, die außerösterreichische Staaten betreffen. Schnellsuche in allen Feldern unter folgenden Schlagwörtern [13.7.2019]:

<sup>23</sup> FPU ist offenbar FPÖ gemeint, ein Schreibfehler, der öfter vorkommt, im Folgenden aber meist korrigiert wiedergegeben ist.

„Burschenschaft“: 118 Titel aus den Jahren 1931 bis 2017.

„Burschenschaft Österreich“: 70 Titel aus den Jahren 1932 bis 2017;

*Beispiele:*

- 1) 1931: Karl Hoppmann, Über den Stand der Verjudung der akademischen Berufe, Berlin 1931 (Kopie).<sup>24</sup> *Schlagwörter:* Deutschland atse31 atsepu, Antisemitismus, antisemitische Publikationen.
- 2) 2007: Andreas Peham (Heribert Schiedel), Zur Entwicklung des Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, in: „Dem Vergessen entgegen ...“, hrsg. v. Arbeitsgemeinschaft gegen Wiederbetätigung, Wien 2007, S. 173-190. *Schlagwörter:* 1945-, Österreich, Rechtsextremismus, örex2007.
- 3) 2017: Bodo Hagen, Ein Schwarz-Rot-Goldener Traum. Hanns Roemer – ein Burschenschaftler in Wien (= Zur Zeit/Die Edition, Bd. 23), Wien 2017. *Schlagwörter:* 1945-, Österreich, Burschenschaften, belletristische Darstellung.

#### 4.3.5 Rechtsradikal/rechtsextrem (allgemein/Österreich)

Diese Begriffe werden in die Recherche aufgenommen, weil sie in der Rezeption oft mit der FPÖ in Verbindung gebracht werden. Wo nicht explizit ausgewiesen, sind auch Titel mitgezählt, die außerösterreichische Staaten betreffen.

Schnellsuche in allen Feldern unter folgenden Schlagwörtern [13.7.2019]:

„rechtsradikal“: 513 Titel aus den Jahren 1957 bis 2019;

„rechtsradikal Österreich“: 159 Titel aus den Jahren 1965 bis 2019;

„rechtsextrem“: 2235 Titel aus den Jahren 1949 bis 2019;

„rechtsextrem Österreich“: 634 Titel aus den Jahren 1949 bis 2019;

„örex“: 452 Titel aus den Jahren 1949 bis 2019;

„rechtsextrem Deutschland“: 1028 Titel aus den Jahren 1957 bis 2019;

„drex“: 13 Titel aus den Jahren 1940 bis 2018;

„rechtsextrem FPÖ“: 48 Titel aus den Jahren 1972 bis 2019.

*Beispiele:*

- 1) 1949: J. Rosner, Der Neofaschismus, in: Weg und Ziel, Wien 1949 Heft 4, 257-266. *Schlagwörter:* Österreich, rex, rex49, örex, örex49, Neofaschismus; Neonazismus; Rechtsextremismus.
- 2) 1957: Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) (= Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 9), Berlin-Frankfurt/M, 1957. *Schlagwörter:* Deutschland, rex, rex57, derex, derex57, Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, Neonazismus.
- 3) o. J.: Brigitte Bailer-Galanda – Wolfgang Neugebauer – Hermann Langbein – Gustav Spann, Wissen macht „HALT“ haltlos, Innsbruck o.J. *Schlagwörter:* Österreich, schurex, jurex93, örex93, Rechtsextremismus, Schule.
- 4) 1994: Fritz Plasser – Peter A. Ulram, Rechtsradikaler Populismus in Österreich. Die FPÖ unter Jörg Haider. Forschungsbericht, Wien 1994. *Schlagwörter:* Österreich; FPÖ94; Umfrage; Haider, Jörg; 94.
- 5) 1996: Gerd Kräh, Die Freiheitlichen unter Jörg Haider. Rechtsextreme Gefahr oder Hoffnungsträger für Österreich? Frankfurt/M 1996. *Schlagwörter:* Österreich; FPÖ96; Haider, Jörg; 96, FPÖ.
- 6) 2000: Reinhold Gärtner, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Österreich. Die tolerierte Variante rechtsextremen Denkens. Der harte Kern, in: Beiträge zur historischen Sozialkunde, Wien 2000, Heft 4, S. 150-156. *Schlagwörter:* Österreich, rex, rex2000, örex, örex2000, Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus.
- 7) 2001: Peter Widmann, Die Aufklärungsfalle. Wem der Entlarvungsjournalismus nützt, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Auf dem Weg zum Bürgerkrieg?, Frankfurt/M 2001, 151-166. *Schlagwörter:* Österreich, Deutschland, Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Medien, FPÖ.
- 8) 2018: Matthias Falter, Die rechtsextreme Mitte. Österreich und die „Normalisierung“ des Rechtsradikalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2018, Heft 2,

S. 50-56. *Schlagwörter:* 1945- Österreich, rechte Politik, Rechtspopulismus.

- 9) 2019: Gideon Botsch – Jan Raabe – Christoph Schule (Hrsg.), Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur, Berlin 2019. *Schlagwörter:* 1945-, Deutschland, Österreich, Rechtsextremismus, Musik, derex2019, örex2019.

**Zum Vergleich:**<sup>25</sup>

Schnellsuche in allen Feldern unter folgenden Schlagwörtern [13.7.2019]:

„linksradikal“: 17 Titel aus den Jahren 1968 bis 2017;

„linksradikal Österreich“: 4 Titel aus den Jahren 1968 bis 2015;

„linksextrem“: 46 Titel aus den Jahren 1985 bis 2018;

„linksextrem Österreich“: ein Titel aus dem Jahr 1999.

*Beispiele:*

1999: Staatsschutzbericht 1998, hrsg. v. Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres, Wien 1999. *Schlagwörter:* 1945-, Österreich, Rechtsextremismus, Linksextremismus, Franz Fuchs, liex1999, örex1999.

1970: Hans Hautmann, Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916–1919 (= Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für Geschichte der Arbeiterbewegung in Österreich), Wien 1970. *Schlagwörter:* Österreich, -1918-, Kommunistische Partei Österreichs, KPDÖ, KPÖ.

<sup>25</sup> Die Schwerpunktsetzung des DÖW ist hier in Zahlen festgehalten. Laut Gründungssatzung liegt der Stiftungszweck des DÖW darin, „die Geschichte des Widerstandes in der NS-Zeit zu erforschen, zu bewahren und an die nächste Generation weiterzugeben“. Daraus ableitend sieht das DÖW seit den 1970er Jahren eine wesentliche Aufgabe darin, revisionistisch-neonationalsozialistische oder rechtsextreme Strömungen zu dokumentieren. Zwar widmet sich das DÖW auch der „Aufarbeitung der sowjetischen Gewaltverbrechen gegen Österreicher“ und thematisiere allgemein verschiedene Ebenen der „Fanatisierung“, Linksextremismus sei in der Dokumentation aber kein Thema. Auskunft dazu: Bernhard Weidinger; auch in: DÖW-Mitteilungen, Folge 189, Dezember 2008, S. 1, abrufbar unter <https://www.doew.at/cms/download/3ge1u/189.pdf>; [beide 25.7.2019]. Zum Motiv des weiteren Betätigungsfelds seit den 1970ern vgl. Brigitte Bailer, Einleitung, in: Bewahren – Erforschen – Vermitteln. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, hrsg. v. DÖW, Wien 2008, S. 7f., hier: 7, auch abrufbar unter <https://www.doew.at/cms/download/3ge1u/189.pdf> [25.7.2019]; Wilhelm Lasek – Andreas Peham, Forschungsbereich Rechtsextremismus, in: Bewahren – Erforschen – Vermitteln. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, hrsg. v. DÖW, Wien 2008, S. 147–157, hier: 147. Einen Überblick zur Tätigkeit bietet jedes Jahrbuch des DÖW; siehe beispielsweise für 2018 Christine Schindler, Jeder Tag ein Gedenktag. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 2018, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Deportation und Vernichtung – Maly Trostinec (= Jahrbuch 2019), Wien 2019, 303–358; auch abrufbar unter [http://www.doew.at/cms/download/3mevh/jb2019\\_jahresbericht\\_2018.pdf](http://www.doew.at/cms/download/3mevh/jb2019_jahresbericht_2018.pdf) [25.7.2019].

<sup>24</sup> Vermerk des DÖW zu diesem Titel: „Antisemitische Publikation!!!“.

*Schlagwörter:* März 1938; Österreich; Tirol; Anschluss; Okkupation.

#### 4.3.7 Deutschfreiheitlich

Schnellsuche in allen Feldern: ein Titel aus dem Jahr 1993 [11.7.2019].

- 1) 1993: Lothar Höbelt, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918, Wien 1993. *Schlagwörter:* Österreich; -1918; Geschichte; Nationalliberalismus; Deutschnationalismus.

#### 4.3.8 Landsmannschaft

Schnellsuche in allen Feldern unter dem Schlagwort [15.7.2019]:

„Landsmannschaft“: 198 Titel aus den Jahren 1945 bis 2019. Der Großteil der Schriften kommt von der Reihe „Eckartschrift“ der Österreichischen Landsmannschaft.

#### 4.3.9 Turnerbund

Schnellsuche in allen Feldern unter dem Schlagwort [15.7.2019]:

„Turnerbund“: 34 Titel aus den Jahren 1923 bis 2015.

#### 4.4 Vorkommen mitbewerbender Parteien

Hier wurde der Online-Katalog nach der Kurz- und Langform der jeweiligen Parteibezeichnung abgefragt [11.7.2019].

ÖVP/Österreichische Volkspartei:

Schnellsuche in allen Feldern unter folgenden Schlagwörtern:

#### Neuzugänge (lebende, wachsende Bestände, teilweise Abos)

Medium	Schlagworte	Jahre	Signatur
Aldeutsches Jahrbuch. Klagenfurt	revperio# perio- rev#	von 2006 an;	Z. 17101
Aldeutscher Jahrgothweiser. Klagenfurt		von 1999 an;	Z. 90909/A
Alles Roger. Das österreichische Querformat für Querdenker. Ronnie Seuning, Thomas Köpf, Roland Hofbauer (FPÖ)	perioev#, revpe- rio#	von 2015 an;	Z. 17092
Attersee Report (FPÖ)	1945-, Österreich, FPÖ, FPÖPublikati- onen; perio#, perio#	von 2016 an;	Z. 17100
Courage. <sup>26</sup> Offizielles Organ des Steirischen Kameradschaftsbundes	periodika revpe- rio# perioev#	von 2013 an;	Z. 17088

„ÖVP“: 63 Titel aus den Jahren 1947 bis 2018; „Österreichische Volkspartei“: 36 Titel aus den Jahren 1947 bis 2018.

**SPÖ/Sozialdemokratische Partei Österreichs/Sozialistische Partei Österreichs:**

Schnellsuche in allen Feldern unter folgenden Schlagwörtern:

„SPÖ“: 239 Titel aus den Jahren 1945 bis 2018; „Sozialdemokratische Partei Österreichs“: 27 Titel aus den Jahren 1891 bis 2015; „Sozialistische Partei Österreichs“: 77 Titel aus den Jahren 1945 bis 2019. Das Ergebnis dieser Suche hat geringe Relevanz, weil auch Ergebnisse mitgezählt worden sind, die das Wort „nationalsozialistische“ beinhaltet.

**KPÖ/Kommunistische Partei Österreichs:**

Schnellsuche in allen Feldern unter folgenden Schlagwörtern:

„KPÖ“: 213 Titel aus den Jahren 1944 bis 2019; „Kommunistische Partei Österreichs“: 116 Titel aus den Jahren 1919 bis 2019.

#### 4.5 Bestand an Zeitschriften und Zeitungen

Die Erfassung von Zeitschriften und Zeitungen erstreckt sich im Folgenden ausschließlich auf österreichische Medien. Die Medien sind über den Online-Katalog und anhand des Bestands laut vorhandener Karteikartenschachtel erfasst worden. Es sind solche Medien angeführt, die laut DÖW großteils mehr oder weniger intensiv mit dem Dritten Lager verbunden sind oder mit diesem Berührungspunkte haben. Periodika mit FPÖ-Bezug sind mit „(FPÖ)“ gekennzeichnet.

<b>Der Eckart.</b> Monatszeitung für Politik, Volkstum und Kultur. So weit die deutsche Sprache reicht. Vormals: Der Eckartbote, seit 1953 (FPÖ)	Österreich, Rechtsextre., Zeitschrift, Periodika, revperio#, perio- rev#, perio#	von 1967 an;	Z. 4738 / ZSR 050105
<b>Fakten.</b> Tatsachen, Argumente, Information, Diskussionsgrundlagen (Horst J. Rosenkranz) (FPÖ)	revperio#, perio- rev#, perio#	von 1990 an;	Z. 17085
<b>Frank &amp; Frei.</b> Magazin für Politik, Wirtschaft und Lebensstil ( <b>Stronach-Gründung</b> )	perio#, e190429e	von 9/2019 an;	Z. 17108
<b>Freilich.</b> Das Magazin für Selbstdenker (Ulrich Novak) Vorläufer: Die Aula (FPÖ)	revperio#, perio- rev#, 190313e	von 2/2019 an;	Z. 17109
<b>Huttenbriefe</b> für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht. (Lisbeth Grolitsch) (neonationalsoz., kein FPÖ-Bezug)	revperio#, perio- rev#, perio#	von 1984 an;	Z. 17082
<b>Info-Direkt.</b> Magazin für eine freie Welt. Linz. Verein für Meinungsfreiheit und unabhängige Publizistik, (Karl Winkler, Gertrud Stain) (FPÖ)	revperio#, perio- rev#, perio#	von 2015 an;	Z. 17090
<b>Junges Leben.</b> Mitteilungen des Österreichischen Pennäler-Ringes – ÖPR (Thomas Hüttner, Wolfgang Bahr) (FPÖ)	revperio#, pe- riorev#, perio#, zeitschrift, Burschen- schaften	von 23/2016 an;	Z. 17096
<b>Kommentare zum Zeitgeschehen</b> , hg. v. AFP; (Ingrid Kraßnig, Herminio Redongo)	revperio#, perio- rev#, perio#	1971–1982, unvollst.	Z. 17097. Früh. Sig. Z. 17475
<b>Neue Freie Zeitung</b> (FPÖ)	FPÖ, Freiheitliche Partei Österreichs, periodika, perio#	von 1969 an;	Z. 17474
<b>Neue Ordnung</b> (FPÖ)	periodika, revpe- rio#, perioev 6068	von 1972 an;	Z. 17087; früh. Sig. Z. 6068
<b>Neues aus Österreich.</b> Neutrales Freies Österreich. Innsbruck [EU-Austritt, christ.]	Zeitschriften, re- vperio#, perioev#, perio#	von 2015 an;	Z. 17098
<b>Phoenix.</b> Das Magazin zur Kenntnis unserer Zeit (Walter Ochsenberger), Wolfurt (neonationalsoz., kein FPÖ-Bezug)	revperio#, perio- rev#, perio#	von 1996 an;	Z. 17083
<b>unzensuriert.at.</b> Magazin (Alexander Höferl, Walter Asperl) (FPÖ)	revperio#, perio- rev#	Juli 2011 bis März 2019; derzeit On- line-Zugang	Z 17106
<b>Wegwarte.</b> Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt. Zeiselmauer	revperio#, perio- rev#	von 2008 an	Z. 90909 / ZSR 03
<b>Wiener Beobachter.</b> Denn nur Wahrheit macht frei (Manfred Hubral) AFP	revperio#, perio- rev#, perio#	von 1984 an;	Z. 17099
<b>Wochenblick.</b> Die neue Zeitung für Oberösterreich (Norbert Geroldinger, Kurt Guggenbichler) (FPÖ)	revperio#, perio- rev#, perio#	von 2016 an;	Z. 17095
<b>Zur Zeit</b> (Andreas Mölzer, Walter Seledec, Walter Tributsch, Bernhard Tomaschitz) (FPÖ)	revperio#, perioev, zeitschrift, wochen- zeitung	von 1997 an;	Z. 4948

<sup>26</sup> Die vorliegende Studie hat das DÖW zum Anlass genommen, das Abonnement zu stornieren, womit „Courage“ vom

DÖW nicht mehr beobachtet wird [Auskunft Bernhard Weidinger, 25.7.2019].

**Abgeschlossene Bestände (ehem. Abos, einzelne Nummern oder Jahrgänge, keine Zugänge)**

Medium		Jahre	Signatur
<b>Halt.</b> Hg. Göran Holming, Schweden; Satz, Druck und Versand: Gerd Honsik	revperio#, perio- rev#, 190313e	nicht komplett; bis 2018	Z. 90909; Interimssign.
<b>Das Recht auf Wahrheit</b> – Retten wir Österreich. Die Zeitung, die wirkliche informiert (Walter Koblenz, Riegersburg, Stmk)	revperio# perio- rev# perio	von 2016 an bis 2019;	Z. 90909 / ZSR 03
<b>Der 13.</b> – Zeitung der Katholiken für Glaube und Kirche. (Friedrich Engelmann)	perioev# revpe- rio#	Exempl. aus 1987;	Z. 19582
<b>Der Völkerfreund.</b> Mitteilungsblatt der Österreichischen Gesellschaft der Völkerfreunde. (Herbert Fritz) (FPÖ)	revperio* periorev*	Exempl. aus 1958, 1986, 1987;	Z. 19585
<b>Die Aula.</b> Das freiheitliche Monatsmagazin – unabhängig & unangepasst. Nachfolge: Freilich (FPÖ)	revperio#, perio- rev#, perio#,	von 1951 bis Juni 2018	Z. 31016 ZSR 0502040506
<b>Die Kameradschaft.</b> Unabhängiges Mitteilungsblatt für Soldaten. Innsbruck (G. M. Glotz)	revperio* periorev*	Exempl. aus 1990–98	Z. 90909 / ZSR 050101
<b>Freie Argumente.</b> Freiheitliche Zeitschrift für Politik (FPÖ)	Österreich, FPU, FPÖ, Publikation, periodika, perio	1986 bis 2000	Z. 17457
<b>Freiheit für Südtirol.</b> Organ der Südtirol-Schutz-Verbände in Österreich und Westdeutschland. Medieninhaber und Hersteller: „Österreichische Union für Südtirol“ (Robert H. Drechsler) (FPÖ)	Südtirol revperio* periorev*	Exempl. aus 1984/85	Z. 19584
<b>Identitäre Generation</b> – Aufbruch (Alexander Markovics) (FPÖ)	revperio#, perio- rev#, Zeitschrift	1/2013, Einzelheft	10239-35
<b>Kärntner Nachrichten</b> (FPÖ)	FPÖ, FPÖ Kärnten, periodika, perio, Hel- mut Prasch Kordesch	von 1966 an bis ca. 2013;	Z. 17444
<b>Mitteilungen.</b> Wohlfahrtsvereinigung der Glaserbacher (FPÖ)	revperio* periorev*	Exempl. aus 1981, 1982, 1983, 1984, 1986, 1987, 1988	Z. 19581
<b>Richtung</b> – ANR. Aktion Neue Rechte (Johann Weinhappel)	revperio* periorev*	Exempl. aus 1972–1977, 1978–1980, 1981–1986	Z 19581 / 03 / Standort ZSR 05 01 02
<b>Ruf der Heimat.</b> Mitteilungsblatt des Kärntner Heimatdienstes (Friedrich Pegrin)	revperio#, perio- rev#	Exempl. aus 1980, 1981, 1982	Z 19581 / 04 ZSR 05 01 02
<b>Wiener Sprachblätter.</b> Zeitschrift für gutes Deutsch. Mitteilungen des Vereines „Muttersprache“ (vormals „Deutscher Sprachverein“)	revperio#, perio- rev#	Exempl. 1986–2008	Z 6350 / ZSR 05 02 04

**Weitere Einzelnummern im Schnittarchiv (Auswahl):**

Blaulicht. Organ der FPÖ Gerasdorf  
Blickpunkt Klagenfurt

Burgenländische Nachrichten  
Der Eisenstädter. FPÖ Burgenland  
Der Freie Bauer  
Der Senior. Mitteilungen des Wiener Pensionistenringes  
Dialog Bad Leonfeld  
Freiheit + Recht. Zeitung der Freiheitlichen Partei Österreichs. Landesgruppe Wien  
Freiheitliche Nachricht für die Josefstadt  
Freiheitliche Nachrichten. Informationsblatt der FPÖ Niederösterreich, Wahlkreis 9, 1. Jg. 1958  
Freiheitlicher Gemeindegurier  
Fürstenfelder Stadtkurier  
Innsbruck-Info der freiheitlichen Gemeinderäte  
Klartext. Zeitschrift des Ringes Freiheitlicher Jugend, Landesgruppe Oberösterreich  
Knittelfelder Bezirkszeitung  
NÖ Rundblick  
Seniorenkurier. Mitteilungen des steirischen Seniorenringes  
Stadtkurier Vöcklabruck  
Steirische Nachricht. Freiheitliche Zeitung für die Steiermark  
Steirische Nachrichten  
Viribus Unitis. Mitteilungsorgan des Kärntner Seniorenringes  
Vöcklabrucker Stadtkurier

## 5 „Schnittarchiv“ des DÖW

### 5.1 Allgemeines

Die Unterscheidung zwischen digitalem und papierem Schnittarchiv (= Zeitungsausschnittarchiv) wurde bereits vorgenommen (Kap. 2). Abrufort für das Schnittarchiv waren für das papierene Schnittarchiv die Räumlichkeiten des DÖW und für das digitale Schnittarchiv das Intranet des DÖW. Das Abrufdatum für das elektronisch Festgehaltene ist in eckiger Klammer vermerkt.

Hinsichtlich der Textsorten bietet das Schnittarchiv unter anderem Nachrichten, Berichte, Reportagen, Interviews, Rezensionen, Ausdrücke von Homepage-Beiträgen, Kommentare, Ausdrücke von digitalen Gästebucheinträgen, Postings zu Berichten aus Zeitungen, Zeitschriften oder digitalen Foren, Plakate, Informationssendungen, Einladungen u.s.w.

Die Mengenangaben zu den Beständen des Dritten Lagers erfolgen für das papierene Schnittarchiv unter den folgenden Begriffen:

- Mappe: papierener Schnellhefter;
- Schuber: Karton, der, vollgefüllt, zirka einen Umfang von 1,5 Ordnerinheiten umfasst;
- Ordner: A-4-(Bene-)Ordner;
- Beiträge; nur vereinzelt zählte der Autor Mappen des papierenen Schnittarchivs händisch, wobei es hierbei zu geringfügigen Zählfehlern gekommen sein kann.

Offensichtlich bedingt die Praxis der Rechts- extremismusforschung eine Ablage, die Teile des papierenen Schnittarchivs zu einem Gemenge aus Beständen werden lässt, die einerseits zum Schnittarchiv, andererseits zum Archiv oder zur Bibliothek gehören. So sind im papierenen Schnittarchiv beispielsweise Belege der Zeitschrift „Neue Ordnung“ aus den Jahren 1975 bis 2015 in drei Schubern untergebracht, weiters Flugblätter, Plakate oder Festschriften, die, streng genommen, in die Bibliothek oder ins Archiv einzureihen wären.

Das digitale Schnittarchiv wird in seinem Bestand laufend ergänzt. Dies belegen die während der Recherche vor Ort beobachteten Zuwächse an „Objekten“. Der Status der erfassten Objekte ist über die Maske „Detailsuche“ oder „Schnellsuche“ abrufbar.

Täglich werden durchschnittlich ca. 59,4 Objekte neu aufgenommen und katalogisiert. Die statistische Erhebung ist somit im Herausarbeiten von Relationen über den Bestand zum Dritten Lager nicht sofort veraltet, wohl aber hinsichtlich der absoluten Zahlen unmittelbar nach dem Abrufen der Ergebnisse. Dies verdeutlicht auch die nachfolgende Tabelle.

Datum	Uhrzeit	Objektsumme	Zunahme
3.7.2019	12:00	96.840	
4.7.2019	12:15	96.906	66
5.7.2019	12:00	96.957	51
8.7.2019	12:00	97.002	45
9.7.2019	12:00	97.076	74
10.7.2019	12:00	97.122	46
11.7.2019	12:00	97.205	83
12.7.2019	11:43	97.254	49

15.7.2019	12:00	97.313	59
16.7.2019	12:00	97.375	62

Das DÖW nimmt in das Schnittarchiv dasjenige Informationsmaterial auf, das ihr die täglichen Nachrichten oder Foren bieten. Zusätzlich wird aus dem Bestand des papierenen Schnittarchivs sukzessive digitalisiert; dies erklärt auch, warum viele digital erfasste Beiträge zeitlich weiter als 2011 zurückliegen, beispielsweise den 1940er oder 1950er Jahre entstammen. Sobald ein Beitrag aus dem papierenen Schnittarchiv digitalisiert und hochgeladen worden ist, wird der papierene Beleg vernichtet, damit er nicht nochmals hochgeladen werden kann. Auch nach dem Tod einer Person, zu der gesammelt worden ist, wird weiter gesammelt und katalogisiert. Das heißt beispielsweise, der Bestand zu Jörg Haider wächst im digitalen Schnittarchiv weiter an.

Zur Verlebendigung der statistischen Erhebung wurden auch hier wieder Beispiele angeführt, wobei meist der älteste und der jüngste Beleg des digitalen Schnittarchivs des DÖW ausgewählt wurden. Die einzelnen Artikel des digitalen Schnittarchivs sind mit verschiedenen Schlagwörtern versehen. In den angeführten Beispielen sind sie nach der Bezeichnung „Schlagwörter“ ausgewiesen.

Die statistische Erhebung weist neben der bereits erwähnten Veralterung mit dem Zeitpunkt der Abrufung eine weitere geringfügige Unebenheit auf. Mitunter ist es im digitalen Schnittarchiv (Intranet) offenbar zu Mehrfachhochladungen ein und desselben Artikels gekommen. Zurückzuführen seien diese Mehrfachhochladungen auf die nicht immer exakt arbeitenden ehrenamtlichen Mitarbeiter, Praktikanten oder Zivildienstler, bei denen überdies eine hohe Fluktuation gegeben sei. So scheinen beispielsweise folgenden Beiträge im Intranet/Schnittarchiv – Schnellsuche mehrfach auf [2.7.2019]:

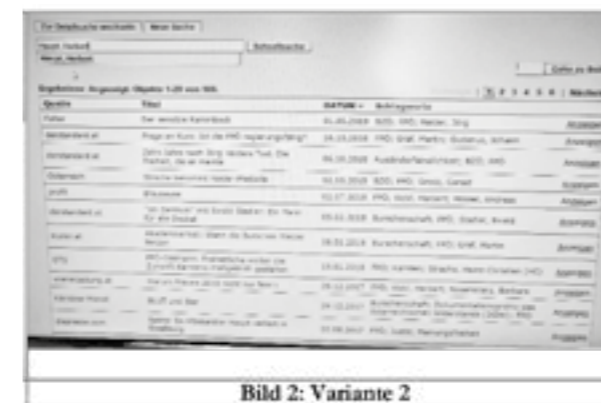
- a) R. Kromp, T. Prager und H. Simons „... und aus! [JK: Schwarz–Blau.] Die Geschichte einer Liaison ohne Comeback“, in: News, 8.8.2012: dreimal im Intranet abrufbar;

- b) Leila Al-Serori, Oliver Das Gupta, Peter Münch, Frederik Obermaier und Bastian Obermayer „HC, der Prahler“, in: www.sueddeutsche.de, 18.5.2019: viermal im Intranet abrufbar;
- c) Hanna Herbst, Christoph Schattleitner, Paul Donnerbauer, Thomas Hoisl und Michael Bonvalot „Der große VICE-Guide zu allen Abgeordneten der FPÖ“, in: www.vice.com, 4.7.2018: fünfmal im Intranet abrufbar.
- d) Siehe hierzu auch unten, Bild 1, 6.8.2018, Beitrag: 10 Jahre nach Jörg Haider's Tod: Die Freiheit, die er meinte, in: Der Standard, 6.8.2018.

Wenn nun im Folgenden bei der statistischen Erhebung zwei Zahlen bei einem Eintrag eines Stichwortes angeführt sind, so rührt dies von den unterschiedlichen Ergebnissen her, zu denen man durch die Benützung von unterschiedlichen Abrufmasken innerhalb des Intranets/Schnittarchiv kommt.

Die eine Abrufvariante bei einer Stichwortsuche erfolgt über die Schnellsuche, die unmittelbar beim Öffnen des Intranet-Zugangs erscheint (siehe unten, Bild 1). Zur vom Autor in weiterer Folge vorrangig verwendeten Suchmaske kommt man, indem man sich von Variante 1 zur Detailsuche weiterleiten lässt. Die dort abgerufenen Ergebnisse wurden ebenfalls über die Maske „Schnellsuche“ erzielt (siehe Bild 2). In den abgezählten Fällen war die Trefferquote bei der Suche nach der Variante 1 (siehe Bild 1) höher als die Trefferquote bei der Suche nach der Variante 2 (siehe Bild 2). Wenn nichts anderes eingetragen ist, beziehen sich die Zahlenangaben auf die digitale Erfassung nach Variante 2. Zur Unterscheidung werden die Daten der Abfrage nach Variante 1 im Folgenden in eckige Klammer an die erste Stelle gesetzt. Zählerdifferenzen zwischen diesen beiden Abfragevarianten waren entweder nicht gegeben<sup>27</sup> oder lagen in der Höhe von beispielsweise ca. 1,5 bis 6 Prozent.<sup>28</sup> Die Grundfrage nach dem Verhältnis der Ergebnisse kann aufgrund der absoluten Quantität der einzelnen Treffer beantwortet werden. Von einer wesentlichen Verzer-

rung der Statistik kann daher aufgrund der Differenzen nicht gesprochen werden.



## 5.2 Parteivorsitzende/Bundesparteiobmänner des Dritten Lagers

Hinsichtlich der personenbezogenen Recherche ist in zirka 48 Schubern und einer Universal-Box (Größe einer Bananenschachtel) die namentliche Zuordnung von Zeitungsausschnitten zu finden. Sie sind großteils alphabetisch geordnet, enthalten Namen von A (Hans Achatz) bis Z (Theresia Zierler). Ausgenommen sind die gesammelten Beiträge zu Jörg Haider (siehe Kap 3.2.5).

### 5.2.1 Norbert Hofer (seit 2019; geb. 2.3.1971)

Ausschließlich *Im digitalen „Schnittarchiv“* vorhanden: [1900]/1794 Einträge vom 22.3.1995 bis 27.6.2019 [2.7.2019].

*Beispiele:*

<sup>29</sup> Siehe *Anhang 06*.

<sup>30</sup> Siehe *Anhang 07*.

- 1) 22.3.1995, Titel: „Freiheitliche Jugend wählt Landesobmann“, in: Oberwarter Zeitung, 22.3.1995/2. *Schlagwörter:* Hofer, Norbert; Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ); Schaberl, Christian; Wagner, Astrid; Fischl, Klaus.
- 2) 27.6.2019; Titel: „FPÖ zieht mit Hofer in die Wahl“, in: www.orf.at, 27.6.2019. *Schlagwörter:* FPÖ; Hofer, Norbert; Wahlkampf, Schrangl, Philipp; Steger, Petra; Nationalratswahl; Asylpolitik; Feindbild Asylwerber; van Handel, Norbert; Fürst, Susanne.

### 5.2.2 Heinz-Christian Strache (2005–2019; geb. 2.6.1969)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* – Belege in einer Mappe vorhanden: 29.1.2005 bis 23.11.2005; in einem weiteren Ordner: von 12.11.2007 bis 24.2.2010. *Im digitalen „Schnittarchiv“:* [ca. 9190]/8829 Einträge vom 4.5.1995 bis 1.7.2019 [2.7.2019].

*Beispiele:*

- 1) 4.5.1995, Artikel: „Bahnhofs-Deutsch, lupenrein“, in: Salzburger Nachrichten, 4.5.1995. *Schlagwörter:* FPÖ; Strache, Heinz-Christian (HC); ÖBB; Wien; Landstraße.
- 2) 11.8.2008, Artikel: „Das Duell der Rechten, in: Österreich, 11.8.2008. *Schlagwörter:* [im papierenen Schnittarchiv, noch nicht beschlagwortet].<sup>29</sup>
- 3) 13.3.2009, Interview: „Mit mir als Bürgermeister“, in: Salzburger Nachrichten, 13.3.2009. *Schlagwörter:* [im papierenen Schnittarchiv, noch nicht beschlagwortet].<sup>30</sup>
- 4) 1.7.2019, Titel: „Dem Strache wäre es wurscht gewesen“, in: Kurier, 1.7.2019. *Schlagwörter:* Strache, Heinz-Christian (HC); Korruption; Parteispenden; Ibiza-Affäre; Reaktionen auf Ibiza-Affäre.

### 5.2.3 Josef Bucher (2009–2013, BZÖ; geb. 19.8.1965)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: 26 Einträge: 24.10.2008 bis 27.8.2010. *Im digitalen „Schnittarchiv“:* 98 Einträge vom 6.1.2001 bis 29.9.2018 [3.7.2019].

### 5.2.4 Hubert Gorbach (2005–2006, BZÖ; geb. 27.7.1957)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: eine

<sup>27</sup> Z.B. bei Reinhaller, Götz und Kraus; siehe unten in den Unterkapiteln von Kap. 5.2.

<sup>28</sup> Vgl. bei den jeweiligen Personen oder Schlagworten in den Unterkapiteln von Kap. 5.2 oder 5.3. Einträge bei Herbert Haupt: [115]/108, Differenz von 7 Einträgen (= ca. 6 %). Einträge bei Heinz-Christian Strache: [ca. 9190]/8829, Differenz von 361 Einträgen (= ca. 4 %). Einträge bei Jörg Haider: [2381]/2277, Differenz von 104 Einträgen (= ca. 4,4 %). Einträge zum VdU: [67]/66; Differenz von einem Eintrag (= ca. 1,5%).

Mappe; Einträge: 3.10.1990 bis 7.12.2009. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: 68 Einträge vom 19.10.1981 bis 15.12.2018 [3.7.2019].

### 5.2.5 Peter Westenthaler (2006–2008, BZÖ; geb. 6.11.1967)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: 2 Schuber, ein Ordner, 17.7.1992 bis 10.6.2010. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: 211 Einträge vom 15.1.1993 bis 12.6.2019 [3.7.2019].

### 5.2.6 Hilmar Kabas (2005; geb. 6.1.1942)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: ein Schuber; Einträge: 29.9.1985 bis 4.6.2007. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: [140]/137 Einträge vom 1.9.1989 bis 26.9.2018 [4.7.2019].

### 5.2.7 Ursula Haubner (2004–2005; 22.12.1945)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* Belege in einer Mappe vorhanden: 10.5.1994 bis 25.9.2009. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: 31 Einträge vom 20.10.2003 bis 20.6.2019 [3.7.2019].

### 5.2.8 Herbert Haupt (2002–2004; geb. 28.9.1947)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: in drei Mappen ca. 352 (händisch gezählte) Beiträge vom 13.9.1994 bis 4.3.2010. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: [115]/108 Einträge vom 17.4.1992 bis 1.5.2019 [2.7.2019].

*Beispiele:*

- 1) 17.4.1992, Titel: „Jungk kündigt Haider-Klage wegen übler Nachrede an“, in: *Kärntner Tageszeitung*, 17.4.1992. *Schlagwörter*: FPÖ; Haider, Jörg; Justiz; Haupt, Herbert; Jungk, Robert.
- 2) 13.9.1994, Titel: „FPÖ: Haupt relativiert Haider's These der Abschaffung der Partei“, in: *Der Standard*, 13.9.1994.
- 3) 1.5.2019, Titel: „Der sensible Rammbock“, in: *Falter*, 1.5.2019. *Schlagwörter*: BZÖ; FPÖ; Haider, Jörg; Nepp, Dominik; Vilimsky, Harald; Haupt, Herbert; Honsik, Gerd; Karas, Othmar; Wolf, Armin; EU-Wahl.

### 5.2.9 Mathias Reichhold (2002; geb.5.7.1957)

*Im papierenen „Schnittarchiv“*: Belege in einer Mappe vorhanden: 26.6.1988 bis 21.8.2010. *Im*

*digitalen „Schnittarchiv“*: 20 Einträge vom 14.1.1991 bis 23.7.2018 [3.7.2019].

### 5.2.10 Susanne Riess-Passer (2000–2002; geb. 3.1.1961)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: in drei Mappen ca. 412 (händisch gezählte) Beiträge vom 30.5.1992 bis 3.2.2010. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: [124]/119 Einträge vom 15.2.2000 bis 2.2.2019 [2.7.2019]

*Beispiele:*

- 1) 2.2.2019, Titel: „FPÖ-Anwalt Michael Rami: Der Rechts-Vertreter“, in: *Der Standard*, 2.2.2019. *Schlagwörter*: BZÖ; FPÖ; Graf, Martin; Haider, Jörg; Kickl, Herbert; Strache, Heinz-Christian (HC); Riess-Passer, Susanne; Westenthaler, Peter; Rami, Michael; Böhmendorfer, Dieter; Grasser, Karl-Heinz; Meischberger, Walter; Maurer, Sigrid; Identitäre Bewegung; Verfassungsrecht; NEOS; Berufsverbot; Bild Zeitung; Verfassungsrichter; Kampfsport; Anwalt; Windhager, Maria; Fußi, Rudi; Swarovski.
- 2) 15.2.2000, Titel: „Entspannung um NS-Entschädigungen“, in: *Die Presse*, 15.2.2000. *Schlagwörter*: Österreich; Riess-Passer, Susanne; Fagan, Edward (Ed); Holocaust-Überlebende; Schaumayer, Maria; Zwangsarbeiterentschädigung; Wittl, Michael; Vergangenheitsbewältigung.
- 3) 30.5.1992, Titel: „Dreisprachige Alpen-Adria Handelsakademie“, in: *Die Presse*, 30.5.1992;

### 5.2.11 Jörg Haider (1986–2000; 2005/6, 2008 für BZÖ; 26.1.1950–11.10.2008)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* sind von 1983 an ca. 66 Schuber oder Ordner vorhanden, darunter 3 Ordner mit Zeitungsausschnitten; von 20.12.2005 bis 25./26. 10.2010. Weiters: 5 Schuber zu Prozessen, die Haider angestrengt hat; ein Ordner – Haider: Antisemitismus; ein Ordner – Angriffe auf Muzicant, im Zusammenhang mit der Aschermittwochrede 2001 (3.4.2000 bis 27.5.2001).

*Im digitalen „Schnittarchiv“*: [2381]/2277 Einträge vom 19.10.1981 bis 20.6.2019 [2.7.2019]

*Beispiele:*

- 1) 20.6.2019; Titel: „Blaues Blut: Wo die FPÖ in der Familie liegt“, in: *Kurier*, 20.6.2019.

*Schlagwörter*: FPÖ; Gudenus, Johann; Gudenus, John; Haider, Jörg; Jenewein, Hans-Jörg; Mölzer, Andreas; Scheuch, Uwe; Strache, Heinz-Christian (HC); Scheuch, Kurt; Haubner, Ursula; Steger, Norbert; Steger, Petra; Mölzer, Wendelin; Trattinig, Kriemhild, Strache, Philippa; Huber, Alois; Belakowitsch, Dagmar.

- 2) 19.10.1981, Titel: „Braun gegen Rosa“, in: *Profil*, 19.10.1981. *Schlagwörter*: FPÖ; Haider, Jörg; Aktion neue Rechte (ANR); Gorbach, Hubert; Fraktionskampf; Ofner, Harald; Steger, Norbert; Deutschnationalismus; Haas, Bruno; Schmidt, Harald; Götz, Alexander; Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ); Fuchs, Wolfgang; Widmayer, Johannes; Linksliberalismus; Krainer, Franz; Bundesjugendtag; Turek, Klaus, Allesch, Christian; Zillner, Renate.

### 5.2.12 Norbert Steger (1980–1986; geb. 6.3.1944)

*Im papierenen „Schnittarchiv“*: Belege vorhanden: 268 Einträge vom ca. 15.2.1977 bis ca. 2.3.2000; Bestand ist bereits für die digitale Hochladung vorbereitet, daher nur mehr pdf-mäßig erfasst; die Papierform ist nicht mehr vorhanden. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: [194]/189 digital erfasste Einträge vom 7.3.1978 bis 20.6.2019 [2.7.2019].

*Beispiele:*

- 1) 20.6.2019; Titel: „Blaues Blut: Wo die FPÖ in der Familie liegt“, in: *Kurier*, 20.6.2019. *Schlagwörter*: FPÖ; Gudenus, Johann; Gudenus, John; Haider, Jörg; Jenewein, Hans-Jörg; Mölzer, Andreas; Scheuch, Uwe; Strache, Heinz-Christian (HC); Scheuch, Kurt; Haubner, Ursula; Steger, Norbert; Steger, Petra; Mölzer, Wendelin; Trattinig, Kriemhild, Strache, Philippa; Huber, Alois; Belakowitsch, Dagmar.
- 2) 7.3.1978, Titel: „Ein Mann vom Galgenhügel“, in: *Profil*, 7.3.1978. *Schlagwörter*: FPÖ; Steger, Norbert; Götz, Alexander; Krünes, Helmut; Bundeiparteivorstand; FPÖ Wien.

### 5.2.13 Alexander Götz (1978–1980; 28.2.1928–18.1.2018)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: ein Schuber mit 4 Mappen; Einträge vom 11.1.1988 bis 30.4.1996. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: [19]/19

Einträge vom 7.3.1978 bis 18.1.2018 [2.7.2019].

*Beispiele:*

- 1) 18.1.2018, Titel: „Früherer Grazer FPÖ-Bürgermeister Götz gestorben“, in: *Die Presse*, 18.1.2018. *Schlagwörter*: FPÖ; Todesfall; Graz; Götz, Alexander.
- 2) 7.3.1978, Titel: „Ein Mann vom Galgenhügel“, in: *Profil*, 7.3.1978. *Schlagwörter*: FPÖ; Steger, Norbert; Götz, Alexander; Krünes, Helmut; Bundeiparteivorstand; FPÖ Wien.

### 5.2.14 Friedrich Peter (1958–1978; 13.7.1921–25.9.2005)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: ein Schuber mit 4 Mappen; Einträge vom 25.1.1983 bis 27.7.2001. *Im digitalen „Schnittarchiv“* vorhanden: [46]/45 Einträge vom 31.3.1965 bis 5.5.2019 [2.7.2019].

*Beispiele:*

- 1) 31.3.1965, Titel: „Fall Dr. Borodajkewycz: Professoren verurteilen // Professoren: Stehen zu Oesterreich!“, in: *Kurier*, 31.3.1965. *Schlagwörter*: FPÖ; Neonazismus; Peter, Friedrich; Rechtsextremismus; Reaktionen auf Rechtsextremismus; Demonstration; Antifaschismus; Universität; Borodajkewycz, Taras; Tongel van, Emil.
- 2) 5.5.2019, Titel: „Österreich und seine Vergangenheit“, in: *Kronen Zeitung*, 5.5.2019. *Schlagwörter*: FPÖ; Kreisky, Bruno; Peter, Friedrich; SPÖ; Waldheim, Kurt; Wiesenthal, Simon; Zweiter Weltkrieg; Anschluss; Opferthese; 8. Mai; Vergangenheitsbewältigung; NS-Aufarbeitung; NS-Vergangenheit.

### 5.2.15 Anton Reinhaller (1956–1958; 14.4.1895–6.3.1958)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* ein Beleg vorhanden: vom 3.3.1983. *Im digitalen „Schnittarchiv“* vorhanden: [22]/22 Einträge vom 24.4.1950 bis 14.2.2019 [2.7.2019].

*Beispiele:*

- 1) 24.10.1950, Titel: „Schuschniggs Geheimverhandlung mit Himmler“, in: *Die Volksstimme*, 24.10.1950. *Schlagwörter*: Proksch, Alfred; Nachkriegsjustiz; Schuschnigg, Kurt; NSDAP, Himmler, Heinrich; Seyß-Inquart, Arthur; Volksgericht; Hochverrat; Reinhaller, Anton.
- 2) 14.2.2019, Titel: „Der Säulenheilige aus Ottensheim: FPÖ und ORF entdecken Franz Dingho-

fer“, in: OÖNachrichten, 14.2.2019. *Schlagwörter*: Antisemitismus; FPÖ; Graf, Martin; Medien & Journalismus; Deutschnationalismus; Dokumentation; Franz-Dinghofer-Institut; Österreichischer Rundfunk (ORF); Reinhaller, Anton; NS-Vergangenheit; Dinghofer, Franz.

### 5.2.16 Herbert Alois Kraus (18.11.1911–3.9.2008)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* Belege vorhanden: 5 Belege, ca. 1948/49 bis 5.9.2008. *Im papierenen „Schnittarchiv“, Abteilung Schriftsteller*: 5 Belege, 25.5.1988 bis 13.12.1988. *Im digitalen „Schnittarchiv“* vorhanden: [10]/10 Einträge vom 31.3.1977 bis 25.1.2019 [2.7.2019].

*Beispiele*:

- 1) 31.3.1977, Titel: „Studenten zogen gut vorbereitet in die blutige Wahlkampf-Auseinandersetzung. Studentenkampf mit Pistolen und Totschlägern“, in: Kurier, 31.3.1977. *Schlagwörter*: Linksextremismus; Neonazismus; Polizei; Wahlen; Rechtsextremismus; Universität Wien; Aktion neue Rechte (ANR); Österreichische Hochschülerschaft (ÖH); Staatsbesuch; Körperverletzung; Seitelberger, Franz.
- 2) 25.1.2019, Titel: „Immer rechts, auch in der NSDAP“. Die Gründerväter der FPÖ“, in: Der Standard, 25.1.2019. *Schlagwörter*: FPÖ; Gross, Heinrich; Nationalsozialismus; Strache, Heinz-Christian (HC); Scrinzi, Otto; Murer, Franz; NS-Verbrechen; Verband der Unabhängigen (VdU); Historikerkommission; Kowarik, Karl; Reimann, Viktor; Reinhaller, Anton; NS-Aufarbeitung; NS-Vergangenheit; Kraus, Herbert; NSDAP; Slupetzky, Erich.

## 5.3 Schlagwörter zum Dritten Lager

### 5.3.1 Drittes Lager

*Im papierenen „Schnittarchiv“*: nichts vorhanden, Begriff zu allumfassend. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: [123]/115 Einträge vom 7.6.1990 bis 28.9.2018 [3.7.2019].

*Beispiele*:

- 1) 7.6.1990, Kommentar: „Eisbrecher“, in:

Kärntner Tageszeitung, 7.6.1990. *Schlagwörter*: FPÖ, Haider, Jörg; Mölzer, Andreas; Drittes Lager; Populismus.

- 2) 28.9.2018, Artikel: „Blauer Kampf gegen linke Utopien“, in: Wiener Zeitung, 28.9.2018. *Schlagwörter*: FPÖ, Haider, Jörg; Kreisky, Bruno; Nationalismus; SPÖ; Rechtsextremismus; Drittes Lager; Rechtsnationalismus; Attersee-Kreis; NS-Vergangenheit.

### 5.3.2 Verband der Unabhängigen (VdU)

*Im papierenen „Schnittarchiv“*: nichts vorhanden. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: [67]/66 Einträge vom 4.2.1950 bis 20.5.2019 [3.7.2019].

*Beispiele*:

- 1) 4.2.1950, Brief: „Ernst Fischer an den Sender Rot-Weiß-Rot“, in: Tagebuch, 4.2.1950.<sup>31</sup> *Schlagwörter*: ÖVP; SPÖ; Kommunismus; Kapitalismus; Demokratie; USA; Verband der Unabhängigen (VdU); Fischer, Ernst; Kalter Krieg; Zentralkomitee der KPÖ; Atomkrieg; Rot-Weiß-Rot-Sender.
- 2) 20.5.2019, Kommentar: „FPÖ: Totgesagte leben länger“, in: Der Standard, 20.5.2019.<sup>32</sup> *Schlagwörter*: FPÖ; Rechtspopulismus; Strache, Heinz-Christian (HC); Rechtsextremismus; Verband der Unabhängigen (VdU); Ibiza-Affäre.

### 5.3.3 FPÖ

*Im papierenen „Schnittarchiv“* sind unzählige Schubert und Ordner vorhanden. Diese sind teils nach Namen (siehe Kap. ) geordnet, teils nach Themen; siehe Folgendes:

*Thematische Zuordnung* (beispielhaft):

- FPÖ Allgemein/Zeitungsausschnitte: 33 Schubert oder Ordner;
- FPÖ Ausländervolksbegehren 1992/93: 5 Schubert;
- „Spitzel-Affäre“: 5 Ordner zu Enthüllung/Prozess: Josef Kleindienst und Michael Kreißl (1999–2004);
- FPÖ/ÖVP-Regierung: 11 Ordner mit zusätzlicher thematischer Untergliederung, z.B. Krise 2002, Schulden, Migrationsdebatte, Integration, IT-Kräfte, Wertedebatte, Antirassism-

mus-Richtlinien, Pensionsreform u.s.w. EU-Wahl 2009, ein Ordner;

FPÖ: 2 Ordner zu Osterweiterung, Beneš-Dekrete, Temelin, EU-Verfassung – Abstimmung (2001 – 2010); *Beispiel*: 1.3.2002, OTS-Mitteilung, „Raschhofer: Europäisches Parlament bringt Dynamik in die Benes-Frage“.<sup>33</sup>

Susanne Winter, ein Ordner (2006–2010); FPÖ – Bundesländer, ein Ordner (2009); FPK[ärnten], ein Ordner (Dez. 2009 bis Nov. 2010);

Bundespräsidentenschaftswahl Barbara Rosenkranz (2010), ein Ordner

FPÖ – Wahlwerbung, Flugschriften; ein Schubert

FPÖ-DÖW: Protokolle, Prozesse (z.B. Handbuch des Rechtsextremismus), ein Schubert

FPÖ vs. Knoll: Plattform evangelischer Christen, eine Mappe (1998–2002).

*Im digitalen „Schnittarchiv“*: [ca. 30600]/29802 Einträge vom 15.3.1957 bis 2.7.2019 [3.7.2019].

*Beispiele*:

- 1) 15.3.1957, Titel: „Innerpolitische Befriedung abgeschlossen“, in: Wiener Zeitung, 15.3.1957.<sup>34</sup> *Schlagwörter*: FPÖ; ÖVP; SPÖ; Nachkriegsjustiz; NS-Verbrechen; Abstimmung; Amnestie.
- 2) 2.7.2019, Titel: „Kickl sieht tote Fische und ‚Kottan ermittelt‘“, in: Der Standard, 2.7.2019. *Schlagwörter*: FPÖ; Jenewein, Hans-Jörg; Kickl, Herbert; ÖVP; Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT); Goldgruber, Peter; BVT-Affaire; U-Ausschuss.

Im digitalen „Schnittarchiv“ finden sich unter dem Schlagwort FPÖ *Unterkategorien*, die auch unter dem Schlagwort FPÖ zu finden sind.

*Beispiele*:

FPÖ-Bildungsinstitut [78 Einträge zwischen 24.2.1992 und 25.6.2019]; FPÖ-Spiel (Moschee Baba) [39 Einträge zwischen 23.10.2009 und 31.3.2012]; FPÖ-Bundesparteitag 2011 [34 Einträge zwischen 11.6.2011 und 9.2.2012]; FPÖ-TV

<sup>33</sup> Siehe Anhang 10.

<sup>34</sup> Siehe Anhang 11.

<sup>35</sup> Die Anzeige eines Schlagwortes mit unterschiedlicher Schreibweise ist wohl auf die unterschiedlichen Personen zurückzuführen, die in die Datenbank einspeisen.

<sup>36</sup> Siehe Anhang 12. Dieser Bericht ist aus dem papierenen Schnittarchiv, weshalb er derzeit nicht beschlagwortet ist.

<sup>37</sup> Die Zuordnung dieses Artikels zum BZÖ ist ein Irrtum.

[74 Einträge zwischen 18.10.2012 und 12.5.2019]; FPÖ TV [17 Einträge zwischen 15.10.2018 und 7.4.2019];<sup>35</sup> FPÖ-Zeitschrift „Neue Front“ [2 Einträge vom 7.10.1965]; kernnazisinderfpoe.at [22 Einträge zwischen 27.5.2007 und 4.10.2012]; FPÖ pro Mittelstand [5 Einträge zwischen 29.12.2009 und 27.5.2013]; FPÖ Funktionär [328 Einträge zwischen 7.8.1978 und 20.5.2019]; FPÖ Vorarlberg [20 Einträge zwischen 17.5.2019 und 5.6.1984]; FPÖ Wien [76 Einträge zwischen 7.3.1978 und 23.6.2019] u.s.w.

### 5.3.4 Liberales Forum (LIF)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: je ein Schubert zur Abspaltung von der FPÖ Februar 1993, zu den Personen Heide Schmidt (1993–2000), Wolfgang Bachmayer (1996); ein weiterer Schubert zu Heide Schmidt, Einträge von 10.11.1987 bis 19.6.1993. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: 39 Einträge zum LIF (19.6.1993 bis 30.9.2018); 65 Einträge zu Heide Schmidt (25.6.1988 bis 8.10.2018); 10 Einträge zu Wolfgang Bachmayer (25.9.1996 bis 27.6.2019) [5.7.2019].

*Beispiel*:

- 1) 1992: Haider rügt Heide Schmidt wegen „Abstauberposition“, in: Kleine Zeitung, 17.10.1992.<sup>36</sup>

### 5.3.5 Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: 3 Ordner (2005 bis 2010). Weiters beispielsweise bei Peter Westenthaler (Kap. ). *Im digitalen „Schnittarchiv“*: 1469 Einträge (1.1.1999 bis 12.6.2019) [3.7.2019].

*Beispiele*:

- 1) 1.1.1999, Leserbrief: „Ein Denkmal für die Deserteure!“, in: Informationsblatt. Österreichische Bewegung gegen den Krieg, 1.1.1999. *Schlagwörter*: BZÖ; Rehabilitation; Widerstandskämpfer; Deserteure; Wehrmacht; Österreichischer Kameradschaftsbund (ÖKB), Keimel, Otto; Deserteursdenkmal; NS-Militärjustiz.<sup>37</sup>

<sup>31</sup> Siehe Anhang 08.

<sup>32</sup> Siehe Anhang 09.



- 2) 12.6.2019, Bericht: „Das BZÖ will zur Nationalratswahl wiederaufstehen“, in: Der Standard, 12.6.2019. *Schlagwörter*: BZÖ; Grosz, Gerald; Haider, Jörg; Kampl, Siegfried; Rechtsextremismus; Klement, Karlheinz; Westenthaler, Peter; Nationalratswahl.

### 5.3.6 FPÖ-Bildungsinstitut

*Im papierenen „Schnittarchiv“*: 5 Schubert mit der Bezeichnung „FPÖ – Freiheitliches Bildungswerk/Cajetan-Felder-Institut“ vorhanden. Darin: diverse Broschüren, z.B. Bestand aus der Reihe Kurt Piringer, „Schmerling-Reihe, Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten“; „Die Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft“; Parteiprogramme; „Freie Argumente“. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: 78 Einträge (24.2.1992 bis 25.6.2019) [5.7.2019].

### 5.3.7 Freiheitliche Akademie

*Im digitalen „Schnittarchiv“*: 68 Einträge (2.6.2000 bis 14.9.2016) [5.7.2019].

### 5.3.8 Freiheitlicher Akademikerverband (FAV)

Vereinigung Freiheitlicher Akademiker  
*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: ein Schubert, darin: Exemplare von „Freie Meinung. Bundesorgan des Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverbandes“ 2006/07; Exemplare von „Sonderblatt“ (= „Aula Jugend, Schüler-, Studenten- und Jugendzeitschrift für Österreich“ (1.3.1978 bis 3/1986); A4-Kuvert mit Zeitungsausschnitten (17.1.1959 bis 21.12.2006, teils auch zu Burschenschaft). Ein weiterer Schubert; darin: veröffentlichte Funktionslisten „Freiheitliche[r] Akademikerverbände“; Einladungen zum Akademikerball; Protokoll zur Hauptversammlung 24.3.1987; Stellungnahme zum Fall Borodajkewycz (1965); Liste der Referenten der Freien Akademie (13.10.1976 bis 27.4.1983); Flugblätter, Aussendungen; Arno W. Reitz u.s.w. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: 87 Einträge (30.4.1965 bis 7.6.2019) [5.7.2019].

### 5.3.9 Ring freiheitlicher Studenten (RFS)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: ein Ordner mit Exemplaren von „Der Ring“ Jänner

1959 bis November 2002); ein Ordner („Freiheitliche Studenteninitiative“) zu diversen Aktionen des RFS; Flugblätter; Zeitungsausschnitte. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: 376 Einträge (22.11.1961 bis 10.4.2018) [5.7.2019]; kein Eintrag zum Schlagwort „Freiheitliche Studenteninitiative“ (FSI).

*Beispiele*:

- 1) 10.4.2018: Kurznachricht: „Urteilsveröffentlichung in Sachen Lukas Feichtenschlager. Landesgericht für Strafsachen Wien GZ 91Hv 19/18g“, in: OTS/SK.<sup>38</sup> *Schlagwörter*: FPÖ; SPÖ; Urteil; Ring freiheitlicher Studenten (RFS); Üble Nachrede; Feichtenschlager, Lukas.
- 2) 22.11.1961: „Auf Universitätsboden: ‚Olympia‘ – Kranz mit deutschen Nationalfarben“, in: Neues Österreich, 22.11.1961. *Schlagwörter*: Neonazismus; Burschenschaft Olympia; Ring freiheitlicher Studenten (RFS); Fritz, Herbert; Attentat; Schillinger, Hannes; Pilz, Roman.

### 5.3.10 Ring freiheitlicher Jugend (RFJ)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: ein Ordner und 2 Schubert (1981 bis 18.6.2010). *Im digitalen „Schnittarchiv“*: 704 Einträge (11.5.1965 bis 27.5.2019) [5.7.2019].

### 5.3.11 Freiheitliche Jugend

*Im digitalen „Schnittarchiv“*: 12 Einträge (22.3.1995 bis 4.12.2018) [5.7.2019].

### 5.3.12 Burschenschaft

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: 13 Ordner; Sammlungen zu unterschiedlichen Themen, überwiegend von den 1990er-Jahren an. Es enthält Belege im Original oder in Kopie (teils aus Bibliotheken): Burschenschaftler-Handbücher, Liederbücher, Zeitungsausschnitte, parlamentarische Anfragen, Cirkulare, Gästebücherauszüge, Festschriftkopien, Korporations-Ball-Programme, Mitgliedsverzeichnisse 1952 (VDST „Sudeta“), Terminankündigungen zu Kommersen u.s.w. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: 3264 Einträge (27.2.1941 bis 29.6.2019) [3.7.2019].

*Beispiele*:

- 1) 27.2.1941, Artikel: „Der Weg des ostmärkischen Studenten“, in: Völkischer Beobachter, 27.2.1941. *Schlagwörter*: Antisemitismus; Bur-

schenschaft; Österreich; Universität; Schönecker, Georg Ritter von; Waidhofener Beschlüsse (1896); Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund (NSDStB).

- 2) 19.2.1961, „Bombenwerfer-Instruktor ‚Max‘ in Haft. Ein Schlag gegen die Neonazi“, in: Volksstimme, 19.2.1961 [JK: *zweitältester Eintrag*]. *Schlagwörter*: FPÖ; Neonazismus; Burschenschaft Olympia; Prozess; Golowitsch, Helmut; Wintersberger, Helmut; Schweinberger, Günther; Bombenanschlag.
- 3) 28.9.2018, Artikel: „Die rechten Denker vom Attersee“, in: Der Standard, 28.9.2018. *Schlagwörter*: Burschenschaft; Haider, Jörg; Nemeth, Norbert; Rechtsextremismus; Haimbuchner, Manfred; Neoliberalismus; Ring freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RfW); Ring freiheitlicher Studenten (RFS); Kolm, Barbara; Frischenschlager, Friedhelm; Attersee-Kreis; FPÖ Oberösterreich.<sup>39</sup>
- 4) 29.6.2019, Artikel: „Widerstand gegen neues Zentrum der Identitären“, in: Kurier, 29.6.2019. *Schlagwörter*: Oberösterreich; Linz; Reaktion auf Rechtsextremismus; Burschenschaft Arminia Czernowitz zu Linz; Luger, Klaus; Die Identitären; Landessicherheitsrat; Stelzer, Thomas; FPÖ Oberösterreich; Khevenhüller-Zentrum; Schanze Eins; Villa Hagen; Pilsl, Andreas.  
Das digitale Schnittarchiv kann ebenfalls nach einzelnen Verbindungen befragt werden.  
*Beispiele* (Auswahl [16.7.2019]):
- 1) Burschenschaft Aldania: 26 Einträge (1.12.2005–10.7.2019);
- 2) Burschenschaft Arminia Czernowitz/Linz: 134 Einträge (27.2.2009–10.7.2019);
- 3) Burschenschaft Brixia: 55 Einträge (12.12.1968–15.4.2019);
- 4) Burschenschaft Gothia: 43 Einträge (13.11.2006–13.2.2019);
- 5) Burschenschaft Olympia: 688 Einträge (19.2.1961–21.6.2019);
- 6) Burschenschaft Ostmark/Graz: 1 Eintrag (7.2.2012);
- 7) Burschenschaft Silesia: 33 Einträge (4.12.2004–13.9.2018);
- 8) Burschenschaft Teutonia: 121 Einträge (5.2.1988–7.2.2019);

- 9) Burschenschaft Vandalia (ÖPR): 64 Einträge (15.11.2004–5.6.2019).

### 5.3.13 Ring freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RfW)

*Im papierenen „Schnittarchiv“*: nichts vorhanden. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: Einträge (21.10.2010 bis 28.9.2018) [5.7.2019].

### 5.3.14 FPÖ pro Mittelstand

*Im papierenen „Schnittarchiv“*: nichts vorhanden. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: 5 Einträge (29.12.2009 bis 27.5.2013) [5.7.2019].

### 5.3.15 Christlich-Freiheitliche Plattform (CFP)

*Im papierenen „Schnittarchiv“*: nichts vorhanden. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: 55 Einträge (18.4.2009 bis 21.6.2016) [5.7.2019].

### 5.3.16 Initiative Freiheitliche Frauen

*Im papierenen „Schnittarchiv“*: nichts vorhanden. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: 37 Einträge (8.3.2004 bis 11.6.2018) [5.7.2019].

### 5.3.17 Freiheitliche Wirtschaftsplattform

*Im papierenen „Schnittarchiv“*: nichts vorhanden. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: 4 Einträge (23.2.2009 bis 17.1.2019) [5.7.2019].

### 5.3.18 Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher (AUF)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: ein Schubert: FPÖ Gewerkschaft AUF: Blaulicht (Zeitschriftexemplare ab 1995), eine Mappe Zeitungsausschnitte. *Im digitalen „Schnittarchiv“*: 134 Einträge (12.3.2001 bis 24.4.2019) [5.7.2019].

### 5.3.19 Freiheitliche Gewerkschaft (AUF)

*Im digitalen „Schnittarchiv“*: 2 Einträge (20.4.2019 bis 19.6.2019) [5.7.2019].

### 5.3.20 Freiheitliche Arbeitnehmer (FA)

*Im digitalen „Schnittarchiv“*: 72 Einträge

**38** Inhalt: Das Urteil in diesem Rechtsstreit endet mit einem Freispruch Feichtenschlagers. Der SPÖ-Parlamentsklub wird zur Urteilsveröffentlichung und zu einer Entschädigungszahlung verurteilt.

**39** Siehe Anhang 13.

(23.3.2009 bis 18.3.2019) [5.7.2019].

### 5.3.21 Freiheitlicher Familienverband (FFV)

*Im digitalen „Schnittarchiv“:* 10 Einträge (18.8.2004 bis 15.3.2018) [5.7.2019].

### 5.3.22 Ring Österreichischer Makler (ROM)

*Im digitalen „Schnittarchiv“:* ein Eintrag (13.12.2011) [5.7.2019].

Artikel: „FPÖ: ‚Aus für Elmar?‘“, in: stopptdierechten.at, 13.12.2011 [https://www.stopptdierechten.at/2011/12/13/fpo-%e2%80%9e-aus-fur-elmar-%e2%80%9c/]. *Schlagwörter:*

Alpen-Donau-Info; Antisemitismus; Aula; FPÖ; Hübner, Johannes; Muzicant, Ariel; Stefan Harald; Dirnberger, Elmar; Kriminalität; Otten, Clemens; Ring Österreichischer Makler (ROM); Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ).

### 5.3.23 Ring Volkstreuer Verbände (RVV)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: eine Mappe innerhalb eines Schubers. *Im digitalen „Schnittarchiv“:* 20 Einträge (6.5.1990 bis 22.7.2016) [5.7.2019].

### 5.3.24 Nationaldemokratische Partei (NDP)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: 17 Schuber, darin namentliche oder thematische Zuordnung im Zusammenhang mit Norbert Burger. *Im digitalen „Schnittarchiv“:* 362 Einträge (24.6.1969 bis 31.5.2019) [3.7.2019].

*Beispiele:*

- 1) 24.6.1969, Artikel: „NDP-Parolen auf der Höhenstraße“, in: Arbeiter-Zeitung, 24.6.1969. *Schlagwörter:* Nationaldemokratische Partei (NDP); Neonazismus; Südtirol; Urteil; Engelke, Harald; Freispruch; NS-Parole; Beschmierung.
- 2) 31.5.2019, Artikel: „Ein Freifahrtsschein dient als Bote des Hasses“, in: Salzburger Nachrichten, 31.5.2019.<sup>40</sup> *Schlagwörter:* Antisemitis-

mus; Nationaldemokratische Partei (NDP); Strache, Heinz-Christian (HC); Minderheiten; NS-Dokumentationszentrum; Kunst; Seehofer, Horst; Ausstellung; „Die Stadt ohne Juden“.<sup>41</sup>

### 5.3.25 Nationalfreiheitliche Aktion (NFA)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: 2 Schuber, zu Otto Scrinzi, Präsidentschaftswahl. *Im digitalen „Schnittarchiv“:* 4 Einträge (1.11.1984 bis 5.1.2012) [5.7.2019].

### 5.3.26 Österreichische Landsmannschaft (ÖLM)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: 3 Schuber; Inhalt: diverse Ausgaben von „Eckartbote“, Einladungen zu Sonnwendfeiern; Werbeblatt ÖLM-Buchdienst; Arbeitsgemeinschaft für Südkärnten, „Südpres“, Einladungen zu Veranstaltungen u.s.w. *Im digitalen „Schnittarchiv“:* 65 Einträge (28.3.1965 bis 29.4.2018) [5.7.2019].

### 5.3.27 Österreichischer Turnerbund (ÖTB)

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: 8 Schuber; Artikelsammlung, Bundesturnfeste, Broschüren, Liste von Turnvereinen, Exemplare von „Bundesturnzeitung“; „Unser Turnen“ u.s.w. [JK: *Die Abos wurden laut DÖW-Auskunft in den 1990ern abbestellt, da für das DÖW keine Beobachtungsrelevanz mehr bestand.*] *Im digitalen „Schnittarchiv“:* 28 Einträge (30.11.1961 bis 15.9.2018) [5.7.2019].

### 5.3.28 Kritische Demokraten

*Im papierenen „Schnittarchiv“* vorhanden: 2 Schuber; diverse Ausgaben und Sondernummern von „fakten“; Parteistatuten, Horst Jakob Rosenkranz, Otto Scrinzi, Kopien von Prozessunterlagen u.s.w. *Im digitalen „Schnittarchiv“:* 2 Einträge (8.1.1994 und 4.3.2010) [5.7.2019].

### 5.3.29 Rechtsradikal/rechtsextrem

*Im digitalen „Schnittarchiv“* finden sich unter den

angeführten Schlagwörtern folgende Objektzahlen:

„rechtsradikal“: 432 Objekte vom 7.5.1974 bis 26.6.2019 [8.7.2019]. [JK: *Die Einträge unter „rechtsradikal“ beziehen auch außerösterreichische Ereignisse ein*]: „Mord an CDU-Politiker Lübcke: Es war brauner Terror“, in: Die Presse, 26.6.2019.

„Rechtsradikalismus“: 273 Objekte vom 14.4.1992 bis 26.6.2019;

„rechtsradikal Österreich“: 0 Objekte;

„rechtsradikal Deutschland“: 0 Objekte;

„Rechtsextremismus“: 13674 Objekte vom 27.4.1982 bis 7.7.2019.

„linksradikal“: 30 Objekte vom 1.5.1977 bis 5.5.2019;

„Linksradikalismus“: 16 Objekte vom 1.2.1982 bis 5.5.2019

„Linksextremismus“: 375 Objekte vom 16.5.1966 bis 9.5.2019. [8.7.2019].

### 5.3.30 Deutschnationalismus, deutschnational

*Im digitalen „Schnittarchiv“:* 684 Einträge unter „Deutschnationalismus“ und 703 Einträge unter „deutschnational“ (2.10.1960 und 25.6.2019). Kein Eintrag unter „deutschfreiheitlich“ [11.7.2019].

*Beispiele:*

- 1) 25.6.2019: Artikel: „Die FPÖ schickte den deutschnationalen Martin Graf in den Nationalfonds für NS-Verfolgte. Die Israelitische Kultusgemeinde protestiert scharf“, in: Profil, 25.6.2019. *Schlagwörter:* FPÖ; Graf, Martin; David, Lasar; Nationalsozialismus; Kitzmüller, Anneliese; Rechtsextremismus; Nationalfonds; Deutsch, Oskar; Deutschnationalismus; Israelitische Kultusgemeinde (IKG); Sobotka, Wolfgang.
- 2) 2.10.1960: Artikel: „Die Parole ist ‚Heimat‘“, in: Volksstimme, 2.10.1960. *Schlagwörter:* Steinacher, Hans; Kärntner Heimatdienst (KHD); Kärntner Abwehrkämpferbund (KAB); Deutschnationalismus; Kärntner Abwehrkampf; postnazistische Kontinuität; Volksabstimmung 1920 in Kärnten; Kärntner Landesfeiertag; Kärntner Schulverein Südmärk; Kärntner Minderheitenkonflikt; Jordan, Heribert; Kärntner Landsmannschaft.

## 5.4 Erwähnung von Repräsentanten der FPÖ-Historikerkommission im „Schnittarchiv“

Zu den unten angeführten Repräsentanten der FPÖ-Historikerkommission existieren u.a. Berichte; selbst verfasste Gastkommentare, Beiträge, Rezensionen; Interviews; Wortmeldungen; bloße Nennung in Beiträgen; Cartoons u.s.w.

### 5.4.1 Wilhem Brauneder

*Alles im digitalen „Schnittarchiv“* vorhanden: [299]/281 Einträge [16.7.2019]

*Beispiele:*

- 1) ältester Eintrag 1.12.1987; Titel: „Und der Rektor war dabei“, in: Tribüne, 1.12.1987. *Schlagwörter:* Antisemitismus; Nationalsozialismus; Neonazismus; Rechte Gewalt; Universität Wien; Ring freiheitlicher Studenten (RFS); Oberlercher, Reinhold; Brauneder, Wilhelm; Vortrag.
- 2) 2.12.1987; Titel: „Mitteilung des Dekans“, 2.12.1987. *Schlagwörter:* Antisemitismus; Burschenschaft; Neonazismus; Rechte Gewalt; Universität Wien; Ring freiheitlicher Studenten (RFS); Oberlercher, Reinhold; Brauneder, Wilhelm; Vortrag.
- 3) 4.2.1996; Titel: „Brauneder Cartoon“, in: Profil 4.2.1996.<sup>42</sup> *Schlagwörter:* FPÖ; Karikaturen; ÖVP; Schüssel, Wolfgang; Khol, Andreas; Brauneder, Wilhelm; Nationalratspräsident.

### 5.4.2 Lothar Höbelt

*Im digitalen „Schnittarchiv“* vorhanden: [193]/175 Einträge [16.7.2019].

*Beispiele:*

- 1) ältester Eintrag 27.4.1985; Titel: „Vierzig Jahre später. Die Jungen sind am Werk. Reideologisierung“, in: Die Presse, 27./28.4.1985. *Schlagwörter:* Höbelt, Lothar; Politik; Deutschnationalismus; Nachkriegszeit.
- 2) 11.3.1989; Titel: „In jenen Märztagen fielen die Würfel des Schicksals. Vor 50 Jahren: Deutsche Panzer in Prag“, in: Wiener Zeitung 11./12.3.1989. *Schlagwörter:* Hitler, Adolf; Höbelt, Lothar; Polen; Zweiter Weltkrieg; Revisionismus; Münchner Abkommen; Rumänien; Prag; Selbstbestimmungsrecht; Einmarsch; Sudetenland; Chamberlain, Neville.
- 3) 24.9.2003, Titel: „Ich würde Schüssel sofort

<sup>40</sup> Siehe Anhang 14.

<sup>41</sup> In diesem Artikel ist die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDP“ [!]) erwähnt. Daraus ist zu schließen, dass sich nicht alle Beiträge, die das Schlagwort NDP aufweisen, auf die österreichische NDP, eine Abspaltung von der FPÖ, beziehen.

<sup>42</sup> Siehe Anhang 15.

wiederwählen“, in: Kleine Zeitung, 24.9.2003. *Schlagwörter*: Höbelt, Lothar; ÖVP; Schüssel, Wolfgang; Neoliberalismus.

### 5.4.3 Andreas Mölzer

Im papierenen „Schnittarchiv“ vorhanden: zwei Schuber, Einträge vom 3.4.1992 bis 27.6.2010. Im digitalen „Schnittarchiv“ vorhanden: [ca. 2090]/2029 Einträge [16.7.2019].

Beispiele:

- 1) ältester Eintrag 1.6.1983; Titel: „Eine notwendige Klarstellung. Nationalbewußtsein u[nd] Rechtsextremismus“, in: Neue Ordnung, 6/7, Juni/Juli 1983. *Schlagwörter*: Bauer, Otto; Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW), Dollfuß, Engelbert; Mölzer, Andreas; Österreich; Rechtsextremismus, Kärntner Heimatdienst (KHD); Reaktionen auf Rechtsextremismus; Österreichischer Kameradschaftsbund (ÖKB); Neugebauer, Wolfgang; Neofaschismus; Österreichischer Turnerbund (ÖTB); Schuschnigg, Kurt; Deutschnationalismus; Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP); Vergangenheitsbewältigung; Nationalbewusstsein.
- 2) 8.8.2012; Titel: „... und aus! [Schwarz-Blau.] Die Geschichte einer Liaison ohne Comeback“, in: News, 8.8.2012.<sup>43</sup> *Schlagwörter*: BZÖ; FPÖ; Mölzer, Andreas; ÖVP; Strache, Heinz-Christian (HC); Spindelegger, Michael; Korruption; Schwarzblaue Regierung; Die Freiheitlichen in Kärnten (FPK); Obernosterer, Gabriel; Plasser, Fritz; Stainer-Hämmerle, Kathrin; Hirschmann, Gerhard.
- 3) 20.6.2019; Titel: „Blaues Blut: Wo die FPÖ in der Familie liegt“, in: Kurier, 20.6.2019. *Schlagwörter*: FPÖ; Gudenus, Johann; Gudenus, John; Haider, Jörg; Jenewein, Hans-Jörg; Mölzer, Andreas; Scheuch, Uwe; Strache, Heinz-Christian (HC); Scheuch, Kurt; Haubner, Ursula; Steger, Norbert; Steger, Petra;

Mölzer, Wendelin; Trattning, Kriemhild, Strache, Philippa; Huber, Alois; Belakowitsch, Dagmar.<sup>44</sup>

### 5.4.4 Personen mit vergleichbarer politischer oder beruflicher Funktion, aber anderem parteilichem Hintergrund

**Heinrich Neisser:** Im digitalen „Schnittarchiv“ vorhanden: 38 Einträge (1.10.1980 bis 11.10.2018) [10.7.2019]. Neisser war „Honorarprofessor für politische Wissenschaften an der Universität Wien seit 1989“ und Zweiter Nationalratspräsident (ÖVP) von 1994 bis 1999.<sup>45</sup>

**Werner Fasslabend:** Im digitalen „Schnittarchiv“ vorhanden: 5 Einträge (22.9.1995 bis 27.8.2017) [10.7.2019]. Fasslabend war Dritter Nationalratspräsident (ÖVP) von 2000 bis 2002.<sup>46</sup>

**Oliver Rathkolb:** Im digitalen „Schnittarchiv“ vorhanden: 287 Einträge (1.3.1986 bis 30.6.2019) [10.7.2019]. Der Historiker Rathkolb war wissenschaftlicher Leiter des Bruno-Kreisky-Archivs.<sup>47</sup>

**Günther Burkert-Dottolo:** Im digitalen „Schnittarchiv“ vorhanden: 0 Einträge [10.7.2019]. Der Historiker Burkert-Dottolo war Direktor der Politischen Akademie der ÖVP.<sup>48</sup>

### 5.5 Vorkommen mitbewerbender Parteien und Politiker

Die folgenden Einträge wurden am 12.7.2019 in der Schnellsuche (digitales „Schnittarchiv“) abgerufen.

**ÖVP/Österreichische Volkspartei:** Unter den folgenden Schlagwörtern wurden gefunden: „ÖVP“: 5098 Objekte vom 11.3.1949 bis 11.7.2019; „Österreichische Volkspartei“: 0 Objekte; „Christlichsoziale Partei“: 11 Objekte vom 7.2.2010 bis 8.3.2018.

**SPÖ/Sozialdemokratische Partei Österreichs/Sozialistische Partei Österreichs:** Unter den folgenden Schlagwörtern wurden gefunden:

„SPÖ“: 12526 Objekte vom 19.3.1938 bis 11.7.2019;<sup>49</sup> „Sozialdemokratische Partei Österreichs“: 0 Objekte; „Sozialistische Partei Österreichs“: 0 Objekte; „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs“: 16 Objekte vom 1.2.1984 bis 2.5.2019.

**KPÖ/Kommunistische Partei Österreichs:** Unter den folgenden Schlagwörtern wurden gefunden:

„KPÖ“: 322 Objekte vom 2.3.1946 bis 8.4.2019; „Kommunistische Partei Österreichs“: 0 Objekte.

**Bruno Kreisky:** Unter dem Namen wurden gefunden: 346 Einträge vom 30.3.1968 bis 15.6.2019.

**Franz Vranitzky:** Unter dem Namen wurden gefunden: 217 Einträge vom 17.11.1986 bis 27.2.2019.

**Alois Mock:** Unter dem Namen wurden gefunden: 23 Einträge vom 21.12.1986 bis 23.2.2019.

**Erhard Busek:** Unter dem Namen wurden gefunden: 70 Einträge vom 2.4.1983 bis 22.6.2019.

## 6 Gesamteindruck

Ein nach dieser Lektüre zu vermutender Eindruck, die FPÖ brauche für die Aufarbeitung ihrer Geschichte kein Parteiarchiv, sie habe das DÖW, wäre naheliegend,<sup>50</sup> ist aber nicht richtig. Diese Vorstellung, das DÖW ersetze ein Archiv für das Dritte Lager, würde nämlich die wissenschaftlich höchst problematische Vorstellung nähren, die Geschichte einer Partei könne anhand von Bibliotheksbeständen, Zeitungsausschnitten und ausgewählten, teils aus anderen Archiven zusammengetragenen Archivalien geschrieben werden und nicht aufgrund diverser interner Dokumente, die gerade im Falle des Dritten Lagers, sehr schwer zusammenzutragen sind. Die im DÖW archivierten Quellen (Kap. 3 u. 4) und Zeitungsausschnitte (Kap. 5) geben zu den Interna des Dritten Lagers, zu den Hintergründen und Beweggründen ihrer Politik nur sehr bedingt etwas her. Der Wert des

DÖW-Materials liegt an einer anderen Stelle: Es bietet immens viel hinsichtlich der Außenwirkung von Personen des Dritten Lagers und ihrem Handeln, weiters hinsichtlich der Rezeption des Dritten Lagers. Weiters ermöglicht die sorgfältige und strukturierte Aufbewahrung unterschiedlicher publizistischer Quellen im DÖW eine rasche Abfrage, einen schnellen Zugang zu Eckdaten und Eckinformationen. Anders sieht dies allerdings mit der systematischen Suche nach Hintergrundinformationen aus, die oft der berühmten Suche nach der Stecknadel im Heuhaufen gleicht, und zwar beispielsweise in den noch nicht digitalisierten Zeitungsbeständen oder in teilweise erst dingfest zu machenden Egodokumenten von Personen des Dritten Lagers.

<sup>43</sup> Dieser Beitrag erscheint bei der Abfrage über die Schnellsuche (Variante 1) dreimal.

<sup>44</sup> Die im Artikel vorkommenden Namen von SPÖ- und ÖVP-Politikern (Krainar, Haslauer, Schieder) sind als Schlagworte nicht angeführt.

<sup>45</sup> [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01018/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01018/index.shtml) [11.7.2019].

<sup>46</sup> [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_00302/](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00302/) [11.7.2019].

<sup>47</sup> [https://www.univie.ac.at/zeitgeschichte/cms/uploads/OR-CV\\_06\\_19.pdf](https://www.univie.ac.at/zeitgeschichte/cms/uploads/OR-CV_06_19.pdf) [11.7.2019].

<sup>48</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Politische\\_Akademie\\_der\\_%C3%96VP](https://de.wikipedia.org/wiki/Politische_Akademie_der_%C3%96VP) [11.7.2019].

<sup>49</sup> Eine absolute Zuverlässigkeit hinsichtlich des Ergebnisses ist in der Schnellsuche und in der Detailsuche nach Schlagwörtern nicht gegeben. So findet sich beispielsweise in den Einträgen vom 19.3.1938 bis zum 17.7.1947 keine Beschlagwortung mit dem Kürzel „SPÖ“.

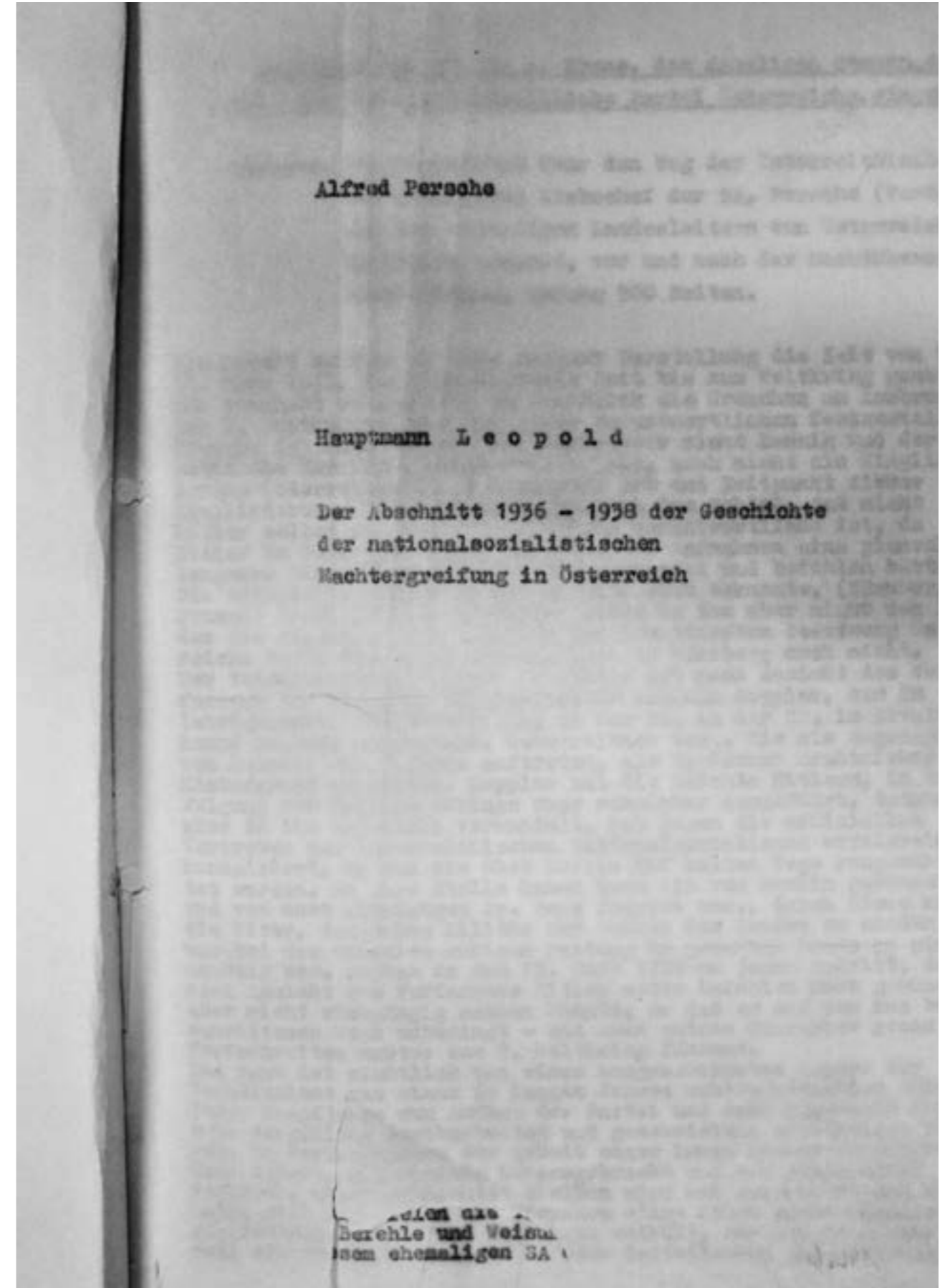
<sup>50</sup> Diesem Eindruck erlag der Autor dieser Zeilen zunächst selbst; auch bekam er ihn vom Leiter des DÖW, Dr. Gerhard Baumgartner, Anfang Juli bestätigt.

7 Anhang

Anhang 1



Anhang 2



Gutachten von Hr. H. A. Kraus, dem damaligen Obmann des  
VdU, das ist die Freiheitliche Partei Österreichs, eingeholt

Persche: Ein Manuskript über den Weg der Österreichischen SA, des ehemaligen Stabschef der SA, Persche (Verfasser) und des ehemaligen Landesleiters von Österreich Hauptmann Leopold, vor und nach der Machtübernahme durch Hitler, Umfang 500 Seiten.

Die Arbeit umfaßt: in sehr genauer Darstellung die Zeit von 1936 bis März 1938, die anschließende Zeit bis zum Weltkrieg ganz kurz und versucht schließlich im Rückblick die Ursachen am Ausbruch des 2. Weltkrieges und die dafür Verantwortlichen festzustellen. Ursache ist nach Ansicht des Verfassers nicht Danzig und der polnische Korridor, nicht Sudetenland, auch nicht die Eingliederung Österreichs an sich sondern Art und Zeitpunkt dieser Eingliederung. Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß nicht Hitler selbst an dieser Entwicklung verantwortliche ist, da Hitler im Gegenteil statt überstürzter Maßnahmen eine planvoll langsame Entwicklung nachweisbar gewünscht und befohlen hätte. Die offizielle Schuld zu der er sich auch bekannte, (Nürnberger Prozeß) trägt Göring. Verfasser sieht in ihm aber nicht den Mann, der die Tragweite des Befehles zur überstürzten Besetzung Österreichs hätte übersehen können, auch in Nürnberg noch nicht. Der tatsächlich und bewußt Schuldige ist nach Ansicht des Verfassers der Berliner Staatssekretär Wilhelm Keppler, der im Intrigenspiel die Entwicklung in der SA, in der SS, im Rivalitätskampf Dr. Seyß Inquart-Dr. Ueberreither usw., die als Gegenspieler von Leopold und Persche auftreten, als typischer Drahtzieher im Hintergrund arbeitete. Keppler hat die Befehle Hitlers, in Befolgung der Befehle Görings scheinbar ausgeführt, tatsächlich aber in ihr Gegenteil verwandelt, hat gegen die offiziellen Vertreter des Österreichischen Nationalsozialismus erfolgreich konspiriert, so daß sie über Berlin auf kaltem Wege ausgeschaltet wurden. An ihre Stelle kamen dann die von Berlin gewünschten und von dort abhängigen Dr. Seyß Inquart usw., durch diese kam die Bitte, deutsches Militär zum Schutz des Landes zu senden, was bei der ohnedies ruhigen Haltung im gesamten Lande an sich unnötig war. So kam es zum 15. März 1938 zu jenem Schritt, den nach Ansicht des Verfassers Hitler weder befohlen noch gewünscht, aber nicht rückgängig machen konnte, so daß er auf dem nun beschrittenen Wege unbedingt - und auch seinem Charakter gemäß fortschreiten mußte: zum 2. Weltkrieg führend.

Das Buch ist sichtlich von einem ausgezeichneten Kenner der Verhältnisse aus einem in langen Jahren wohlüberdachten Erleben jener Kampfjahre zum Aufbau der Partei und dann innerhalb dieser, sehr sorgfältig durcharbeitet und geschrieben, stilistisch sehr gut, im Fortschreiten der Arbeit sogar immer besser durchgefeilt. Eine Arbeit, die richtig herausgebracht und mit gutem Titel versehen, nicht unbeachtet bleiben wird und zwar nicht nur deshalb, weil sie vielen die Ursachen einst ihnen unverständlich gebliebenen Befehle und Weisungen enthält, sondern noch mehr, weil sie diesem ehemaligen SA oder Parteileuten außerordentlich

gut auch den Weg - und damit ihren Weg - von der Begeisterung zur Enttäuschung, den ja überhaupt so viele Österreicher durchlitten haben, ungeschminkt wiedergibt.

Es ist eine Arbeit, die gerade jetzt, wo das Thema der Entnazifizierung sehr aktuell ist, mithelfen könnte, die versöhnende Note anzubahnen, darüber hinaus eine Arbeit, die auch hohe schriftstellerische Qualität hat und zwar durchaus vom eigenen Erleben aus: die Wandlung von der harten Sprache einer vergangenen Kämpferzeit zur erzählenden Form des bewußt nicht mehr aktiven, des resigniert vorausahnenden Zuschauers bis zur erlebten Tragik selbst: dem Auslöschen des Wortes und damit des Begriffes Österreich, dem Kriegsbeginn und dem Kriegertod Hauptmann Leopolds, damit, gleichzeitig mit dem Auslöschen Österreichs das Verlöschen des letzten selbständigen Landesleiters eines von diesem und seinen Anhängern selbständig gedachten nationalsozialistischen Österreich, das untergeht im Begriff Ostmark und der aufgezwungenen Überlagerung wesensfremden Preußentums.

Die Arbeit kann bestens empfohlen werden. Bedenken gegen einige Stellen (z.B. S 208, 266, 287, 288, 309, 312) in denen klar ausgedrückt wird, daß der Großteil der Bevölkerung dem Anschlußgedanken voll zustimmte, zum Teil lange vor 1938, was heute mit allem Nachdruck abgeschritten wird.

Salzburg 24.10.1947.

Unterschrift  
unleserlich

DOCUMENT DES  
DÖW  
des  
- Wien

Gutachten über ein  
Manuskript  
Dr. Alfred Persche's

eingeholt vom nunmehrigen Österr. Bundeskanzler  
Dr. Alfons Gorbach.

Der Verfasser ist mir nicht nur persönlich sondern auch dem  
Namen nach unbekannt.

Es ist offensichtlich, daß Persche zu dieser Darstellung durch  
das tiefinnerliche Bedürfnis getrieben wurde, bei der Nieder-  
schrift zunächst einmal mit sich selbst ins Reine zu kommen und  
dann darüber hinaus seine eigene Rolle als illegaler SA Führer  
Österreichs vor der Öffentlichkeit klarzulegen. Dabei kam es ihm  
vor allem darauf an, die Beweggründe seines Verhaltens herauszu-  
arbeiten, und seine Haltung nicht nur vor sich selbst sondern auch  
vor allen anderen zu rechtfertigen.

Da Persche zu den getreuesten Gefolgsmännern des ehemaligen Landes-  
leiters der illegalen NSDAP Österreichs Leopold zählte, so erweitert  
er seinen Rechtfertigungsversuch folgerichtig auch zu einer ein-  
gehenden Darstellung und Verteidigung der pol. Zielsetzung und  
Persönlichkeit Leopold.

Leopold und Persche erscheinen in dieser Darstellung als jene  
beiden Männer, die zwar die Diktatur der VP stürzen, und die  
Österreichischen Nationalsozialisten aus der Illegalität zur  
Herrschaft in Österreich bringen wollten, dieses Ziel jedoch in  
einem selbständigen Österreich und unter Ausschaltung röhre-  
deutscher Einflüsse zu erringen trachteten. Persche's Erlebnis-  
bericht wird zu einer eingehenden Schilderung der Mägen und  
Intrigen, der Rücksichtslosigkeit und Brutalität, der moralischen  
Verantwortungslosigkeit und des grenzenlosen Leichtsinns, mit  
denen sich Reichsdeutsche in die Geschichte Österreichs einmengen.  
Der Verfasser gibt ein außerordentlich anschauliches Bild davon,  
wie sich diese Reichsdeutschen geschickt verschiedener Öst.  
Emigranten und einer ehrgeizigen Clique unter den Öst. Illegalen  
bedienten, um alle eventuellen Sonderbestrebungen der Öst. National-  
sozialisten zu Fall zu bringen und um eine rein koloniale Lösung  
der Öst. Frage anzubahnen, die allein den Absichten der SS,  
Göringe und Hitlers entsprach. Der Charakter dieser Darstellung  
als Erlebnisbericht bringt es mit sich, daß sie nicht systematisch  
aufgebaut ist und daß auch die rein chronologische Folge der  
Schilderung immer wieder durch Rückblicke auf seitlich zurück-  
liegende Ereignisse unterbrochen wird. Jedenfalls ergibt sich aus  
der gesamten Darstellung der zwingende Eindruck, daß P. ein Idealist  
reinsten Wassers und ein Edelmensch seltenster Art war, und ist,  
der fast alle anderen in seinem Manuskript erwähnten Personen  
menschlich und führungsmäßig bei weitem übertrifft. Man kann P. Werk  
als eine außerordentliche schriftstellerische und politische  
Leistung bezeichnen, die allergrößte Beachtung verdient. Dieses  
Buch ist in seiner Art ein Meisterwerk. Die packende Erlebnis-  
nähe und gewinnende Schlichtheit der Darstellung sind ebenso-  
wenig zu übertreffen, wie die psychologische Erfassung der ge-  
schilderten Personen und der verschiedenen Typen der illegalen.  
P. besitzt nicht nur die Fähigkeit den Charakter der ihm begeg-  
nenden Menschen auf den ersten Blick aus einigen Einzelbeobach-  
tungen heraus intuitiv zu erschließen, sondern er hat vor allem  
auch die Gabe, das Erlebte mit unerhörter Anschaulichkeit wieder-  
zugeben. Sein ganzes Manuskript ist erfüllt von jener lebendigen  
und prickelnden Atmosphäre, die nur ein Mensch so überzeugend

zu gestalten vermag, der alles Geschilderte selbst erlebt in seinem  
tiefsten Innern durchlitten und dafür die besten Jahre seines  
Lebens hingegeben hat.  
Die seltene Farbigkeit und Lebensnähe, die besondere Eindring-  
lichkeit der gesamten Darstellung stammt nicht zuletzt aus den  
zahlreichen an sich unwesentlichen Episoden und lyrischen Stellen,  
die man bei einer streifen Zusammenfassung des politisch-sach-  
lichen Inhalts natürlich alle weglassen könnte, wodurch sich der  
Umfang des Manuskriptes mindestens um die Hälfte verkleinern  
würde. Durch eine solche Kürzung würde die Arbeit jedoch gerade  
ihre charakteristischen Kennzeichen als spannender Erlebnis-  
bericht verlieren. Über Persche's Buch liegt unzweifelhaft der  
Adel echter, kämpferischer Gesinnung und persönlicher Sauberkeit.  
Darüber hinaus legt der Verfasser sicherlich auch außerst wert-  
volle politische Erkenntnisse nieder, aber diese beziehen sich  
doch mehr auf die menschlichen Unsulänglichkeiten der ns. Führer  
als auf grundsätzliche Fragen der ns. Weltanschauung. Die Methode  
P. seines politischen Feststellungen und Erkenntnisse möglichst  
nicht in Form grundsätzlicher Ausführungen vorzutragen sondern  
mittels gut gewählter Beispiele aus seiner praktischen Tätigkeit  
zu erläutern, ist außerordentlich wirkungsvoll. Sie verleiht der  
gesamten Schilderung stärkste Beweiskraft, gestaltet sie außerst  
lebendig, plastisch, abwechslungsreich und für Jedermann leicht  
verständlich, Zusammenfassend kann daher über P. Buch gesagt werden,  
daß es eine ganz ausgezeichnete Darstellung des Kampfes der  
illegalen NS in Österreich während der Verbotzeit bietet, wobei  
das Hauptgewicht auf folgende Punkte gelegt wird:  
Schilderung der sachlichen und persönlichen Differenzen unter  
den Öst. Illegalen, Nachweis des charakterlichen und moralischen  
Versagens vieler ns. Führer, Kennzeichnung der planmäßigen Ein-  
mischung deutscher Stellen zwecks Verhinderung jeder selbständigen  
Entwicklung des Öst. NS, Aufdeckung der vollkommen verfehlten Methoden  
der VP.  
Die Frage ob eine Drucklegung und Veröffentlichung dieses  
Manuskriptes mit Hilfe der ÖVP wünschenswert ist, muß ich auf  
Grund der vorstehend angeführten Ergebnisse einer zwar kritischen  
aber doch nach bestem Bemühen objektiven Überprüfung leider ver-  
neinen. Ich bedauere das rein menschlich aus dem Grunde, weil  
anzunehmen ist, daß der Verfasser in finanzieller Hinsicht wahr-  
scheinlich dringend auf die Einnahmen aus seinem Buch angewiesen  
sein wird. Weit mehr bedauere ich mein negatives Urteil aber  
deswegen, weil wir gerade in unserer Zeit des moralischen Ver-  
falles der politischen Gesinnungslosigkeit und staatsbürgerlichen  
Gleichgültigkeit dringend Bücher brauchen würden aus denen eine  
so edle, verantwortungsvolle und uneigennützig kämpferische  
Gesinnung spricht. Es handelt sich hier ohne jeden Zweifel um  
echtes Österreichertum vorbildlichster Art. Trotzdem überwiegen  
derzeit noch die innen- und außenpolitischen Bedenken, die selbst-  
verständlich den Ausschlag geben und die ich wie folgt begründe:  
1) Wir müssen endlich einmal damit beginnen, für die Gegenwart  
und für die nächste Zukunft zu leben. P. Buch jedoch müßte die  
Diskussion über die Jahre von 1934-1938 in einem Augenblick wieder  
aufflammen lassen, der für Österreich sowieso schon innen- und  
außenpolitisch kritisch ist. Damit aber wäre weder Österreich und  
der ÖVP noch den ehemaligen NS gedient.  
2) P. Darstellung erfolgt aus dem Gesichtspunkt eines Mannes  
der die Notwendigkeit und die Richtigkeit des illegalen Kampfes  
der Öst. NS auch heute noch innerlich bejaht, weil er nicht nur  
an seinen weltanschaulichen und nationalen Idealen festhält,  
sondern auch felsenfest davon überzeugt ist, daß die VP nur eine

kleine Minderheit verkörperte, die ihre Gewaltherrschaft mit unklugen und verwerflichen Mitteln und Methoden aufrecht erhielt und daher die wertvollsten Elemente des Öst. Volkes gegen sich hatte.

P. zählt also zu jenen NS, die die beispiellose Tragik Öst. und ihres persönlichen Erlebens gleichermaßen darin sehen, daß soviel reinsten Idealismus und männlicher Kampfesmut von moralisch minderwertigen ns. Führern und von der brutalen Machtpolitik des deutschen Reiches schändlich mißbraucht wurden, während die VF Führung in ihrer engstirnigen parteidoktrinären Verblendung vollkommen die Tatsache übersah, daß auch im ns. Lager zahlreiche Menschen standen, die in ihrer Art ebenfalls Österreich wollten.

Nach P. Meinung hat die VF dem illegalen NS nicht nur durch ihre Verzerrung des Begriffes Österreich immer neue Anhängerscharen zugezogen, sondern überdies jenen Illegalen in die Hände gearbeitet, die im Gegensatz zu Leopold und P. der rein kolonialen Lösung des Öst. Problems durch einen deutschen Gewaltakt die Bahn bereiteten. Sein Buch gipfelt geradezu in dieser Beweisführung. Demgemäß äußert er sich abgesehen vom Führerprinzip, über Theorie und Weltanschauung des NS überhaupt nicht. Hingegen erstrahlen die materielle Not, die grenzenlose Einsatzbereitschaft, der vorbildliche Mut und der reine Idealismus der illegalen SA im hellsten Licht. Andererseits erscheinen die VF, ihre Führer und Methoden in einem sehr ungünstigen ja teilweise ausgesprochen kläglichem und lächerlichen Sinne. Wer P. Buch liest, erhält ein überzeugendes Bild von der ganzen Hohlheit des VF Systems, sowie von der Unfähigkeit der damals maßgebenden Regierungskreise. Volle Anerkennung für ihre persönliche Haltung ernten nur der Wiener Bürgermeister Schmits und der nö. Bauernführer und Landeshauptmann Reither. Sehr schlecht hingegen kommt Zellburg weg. Sicherlich strebt P. diese Wirkung seiner Darstellung nicht bewußt an - ja er dürfte sich über diese Tendenz wahrscheinlich nicht einmal im Klaren sein, - sondern er schildert die Dinge ganz einfach so, wie er sie empfindet und erlebt hat. Folglich entsteht dieser ungünstige Eindruck von der VF nicht etwa durch fertig formulierte und die Stimmung des Leser beeinflussende Urteile P.-- im Gegenteil: er vermeidet solche mit größter Sorgfalt - sondern er ergibt sie aus den zahllosen Episoden und Tatsachen, die P. aus seinen eigenen Erfahrungen anzuführen imstande ist, ganz einfach von selbst. Man braucht nun nicht viel Phantasie zu besitzen, um sich ausmalen zu können, welcher Entrüstungssturm sich erheben würde, wenn jetzt ein Buch mit einem derartigen Inhalt und einer derartigen Wirkung erschiene.

3. Ich gestehe offen daß ich mit P. in der Auffassung über das VF System auch heute noch voll und ganz übereinstimme. Man kann es in seinen praktischen Auswirkungen nicht besser charakterisieren als P. das tut. Im Interesse der historischen Wahrheit müßte man aber doch wohl auch den inneren Beweggründen Gerechtigkeit widerfahren lassen, die die Führer der VF zu ihrer Haltung bewogen. Nach all den Erfahrungen der letzten 11 Jahre kann man doch nicht mehr bestreiten, daß die VF ein richtiges Ziel mit falschen Methoden zu erreichen trachtete, während viele illegale NS in selbstlosen und glühendem Einsatz einer reichlich unklaren Zielsetzung dienten. Zu dieser Gruppe möchte ich auch P. zählen, denn wie hätte er sonst glauben können, daß Hitler jemals ein selbständiges ns. Österreich dulden würde? Jede solche Lösung kam doch überhaupt nur gezwungenermaßen für eine möglichst kurze Übergangszeit in Frage.

Ein selbständiges ns. Österreich konnte es ebensowenig geben wie ein vom Öst. NS, beherrschtes oder auch nur maßgeblich beeinflusstes großdeutsches Reich.

4. Ich habe nicht den Eindruck daß P. in seinen Überlegungen schon zu dieser letzten Schlussfolgerung gelangt ist, denn er sucht nach einem Kompromiß, nach einer versöhnlichen Lösung. Er sucht die Schuld noch bei den anderen und hat eine innere Scheu davor, die schönsten und härtesten Jahre seines Lebens als einen Irrweg abzubuchen. Er erkennt noch nicht, daß diese Jahre gerade dann nicht umsonst waren.

5. P. hat sehr viel Neues und hochinteressante Details zu berichten und die wirklich von allen Kreisen unanfechtbare Wirkung des Buches beruht darauf auf dem hervorragend geglückten Nachweis, daß auch im ns. Staat die moralische Unzulänglichkeit der Menschen triumphierte, und daß sogar Hitler selbst seine Ältesten und besten Kämpfer rücksichtslos opferte, wenn sie ihre Aufgabe erfüllt hatten oder sich ihm nicht bedingungslos fügten. Alle Leser von P. Buch müssen ganz einfach zu der unerschütterlichen Überzeugung gelangen, daß das ns. System hinter seinen bewährten Kulissen der Pflichterfüllung, Treue, Sauberkeit, Ordnung, Tapferkeit, Mannesehre und fachlichen Höchstleistungen gerade jene Menschen zur schrankenlosen Herrschaft brachte, die absolut amoralisch und Träger der gegenteiligen Charakterwerte waren. P. Buch zerstört also Illusionen, die immer noch in vielen Köpfen spucken und derzeit sogar in Zunahme begriffen sind. Man beginnt nämlich in breiten Bevölkerungskreisen die ns. Herrschaft als die "gute alte Zeit" anzusehen, in der es für alle Menschen, Arbeit, Verdienst und Aufstiegsmöglichkeiten gab und in der Korruption Unfähigkeit und Verantwortungslosigkeit nahezu vollständig beseitigt waren. Dieser bedauerlichen Meinungsbildung, die zum Teil psychologisch bedingt und begreiflich ist, andererseits aber durch eine planmäßige Propaganda von Mund zu Mund gefördert wird, könnte eine Veröffentlichung von P. Manuskript in hervorragender Weise entgegenwirken. Darin erblickte ich in politischer Beziehung den Hauptwert dieses Buches.

Pereche stellt die Behauptung auf, daß die VF nur eine Minderheit des österreichischen Volkes hinter sich hatte und daß insbesondere seit Anfang 1937 immer größere Bevölkerungsmassen zur illegalen NSDAP und zur SA stießen. Er entwirft ein anschauliches Bild von der überschaubaren Begeisterung mit der mindestens 80% der österreichischen Bevölkerung den Vollzug des Anschlusses und den Triumphzug Hitlers durch Österreich aufgenommen haben. Pereches Buch ist daher die schlagendste Widerlegung des ROT-weiß-rot Buches der Bundesregierung und aller ihrer sonstigen Bemühungen Beweise dafür zu erbringen, daß die illegalen Nationalsozialisten in Österreich nur eine verschwindende Minorität darstellen und daß der Anschluß von der überwiegenden Mehrheit aller Österreicher als Vergewaltigung empfunden wurde. Wer Pereches Buch liest muß vom Gegenteil überzeugt sein. In unserer gegenwärtigen Lage können wir aber an einer solchen Wirkung des Buches selbst dann kein Interesse haben, wenn sein Inhalt der Wahrheit näher kommen sollte, als die offiziellen Darstellungen. Weiterhin erbringt Pereche zahlreiche neue Beweise für gewisse Verbindungen zwischen den illegalen Nationalsozialisten und der Regierung Schuschnigg. Er schildert sodann an Hand zahlreicher Beispiele eingehend, wie die offiziellen Stellen die illegalen NS einerseits auf das Schärfste verfolgten, andererseits ihnen gegenüber aber auch wieder eine nahezu unverständliche Duldung bewiesen.

Persche kennzeichnet eindeutig die Durchsetzung des gesamten österreichischen Staatsapparates - vor allem auch der Exekutive - mit Nationalsozialistisch gesinnten Elementen. Schließlich beschuldigt er Minister Fey des Mordes an Dollfuß, und erbringt einwandfreie Beweise dafür, daß der Juliputsch 1934 vorzeitig verraten wurde, trotzdem aber rechtzeitige Gegenmaßnahmen von höchsten Stellen hintertrieben wurden. Die Gegenmaßnahmen erfolgten erst zu einem Zeitpunkt an dem es bereits zu spät gewesen wäre, wenn sich der Putsch nicht infolge unvorhergesehener Maßnahmen um 35 Minuten verzögert hätte, was jene höchsten Stellen nicht einkalkuliert hatten.

Es ist absolut sicher, daß die Sowjetrussen, Kommunisten und Sozialisten Persches Buch als Fundgrube von Beweisen für ihre alte Behauptung benützen würden, daß die VP Führung und der Austrofaschismus keinen eindeutigen harten und zielklaren Kampf gegen den NS geführt haben sondern immer wieder nach Kompromissen suchten und auf diese Weise der braunen Diktatur den Weg bahnten. Das offizielle Büro des Landesleiters der illegalen NSDAP in Österreich, Hauptmann Leopold, in der Wiener Teinfaltstrasse sein polizeibekanntes Luxusauto, seine wiederholten Deutschlandreisen mit offiziellem Paß, die Ost. SA Skimeisterschaften in Wald am Schoberattel, das geheime Abkommen zwischen Schuschnigg und Hitler aus dem Jahre 1936; das sind nur einige der Dinge, auf die sich die russische und marxistische Propaganda sofort mit Nachdruck stürzen würde um neuerliche vehemente Angriffe gegen den Austrofaschismus und seine Nachfolgepartei die ÖVP zu richten. Man würde alle diese Tatsachen freudig aufgreifen, weil sie dazu dienen können, die Behauptung der ÖVP zu widerlegen, daß die jetzt zu ihr gehörenden Führer der VP allein die Unabhängigkeit Österreichs verteidigt und bewahrt hätten. Sofort würde wieder der Hinweis auftauchen, daß es jetzt abermals die Austrofaschisten der ÖVP sind, die den Nationalsozialisten mit Hilfe der Amnestie -Aktionsausschüsse neuerlich den Weg in die politische Kampfbahn ebneten.

Da es die ÖVP hinsichtlich einer grundlegenden Reform des Verbotsgesetzes jedoch bisher vollkommen an Taten hat fehlen lassen, so ist nicht anzunehmen, daß ihr eine derartige marxistische Propaganda auf Grund der Darstellung Persches unter den maßlos verbitterten ehemaligen Nationalsozialisten eine nennenswerte Zahl von Wählerstimmen sichern könnte. In ns. Kreisen neigt man heute allgemein zur vierten Partei oder man wünscht sogar den Kommunismus herbei, damit dieser jene Rache vollziehe, zu der man selbst nicht mehr imstande ist. "Wir sind ja sowieso aus diesem Staat ausgestoßen, er vernichtet planmäßig unsere wirtschaftliche und moralische Lebensgrundlage, wir sind im tiefsten Elend, was kann uns da der Bolschewismus noch viel schaden, den haben wir noch unsere bürgerlichen Peiniger zu fürchten, wir jedoch nicht mehr!" Dies ist eine Auffassung, die immer mehr um sich greift, da die Kasserat kurzsichtige und vollkommen unverantwortliche Haltung der ÖVP Führer in der Nationalsozialistenfrage anscheinend unabänderlich ist. Da die Herren nicht hören und sehen wollen, so werden sie eben fühlen müssen. Das Furchtbare ist nur, daß darüber Österreich zugrundegeht, also das Einzige was uns noch geblieben ist.

Auf Grund dieser Sachlage stehen daher nach meiner Ansicht die aus einer Veröffentlichung dieses Manuskriptes zu erwartenden politischen Vorteile in keinem Verhältnis zu den großen Nachteilen, die daraus mit Sicherheit für die ÖVP für eine endgültige

Lösung des NS Problems und für ganz Österreich zu erwarten sind. Aus diesem Grunde nehme ich persönlich gegen eine derzeitige Veröffentlichung dieses Werkes Stellung.

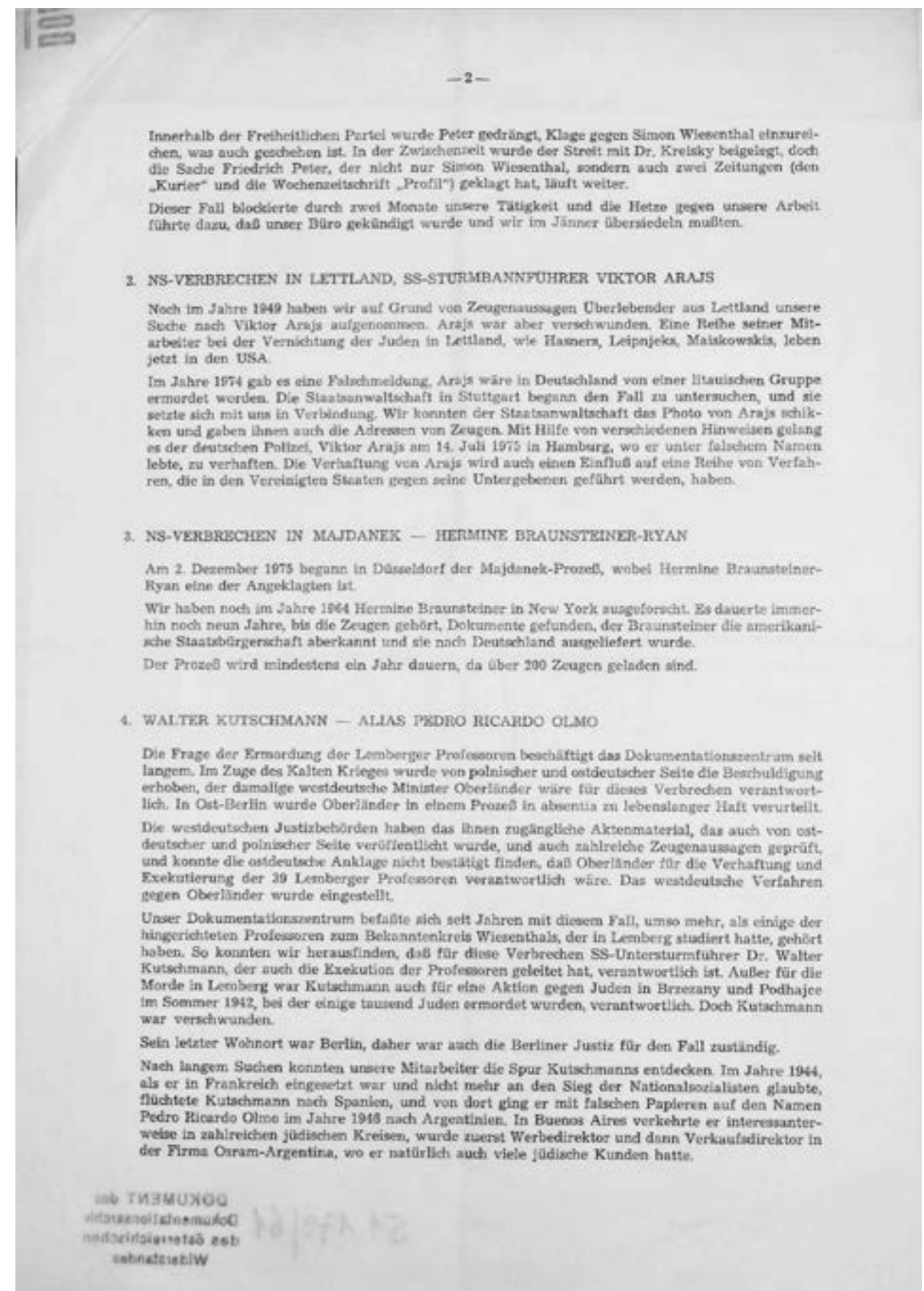
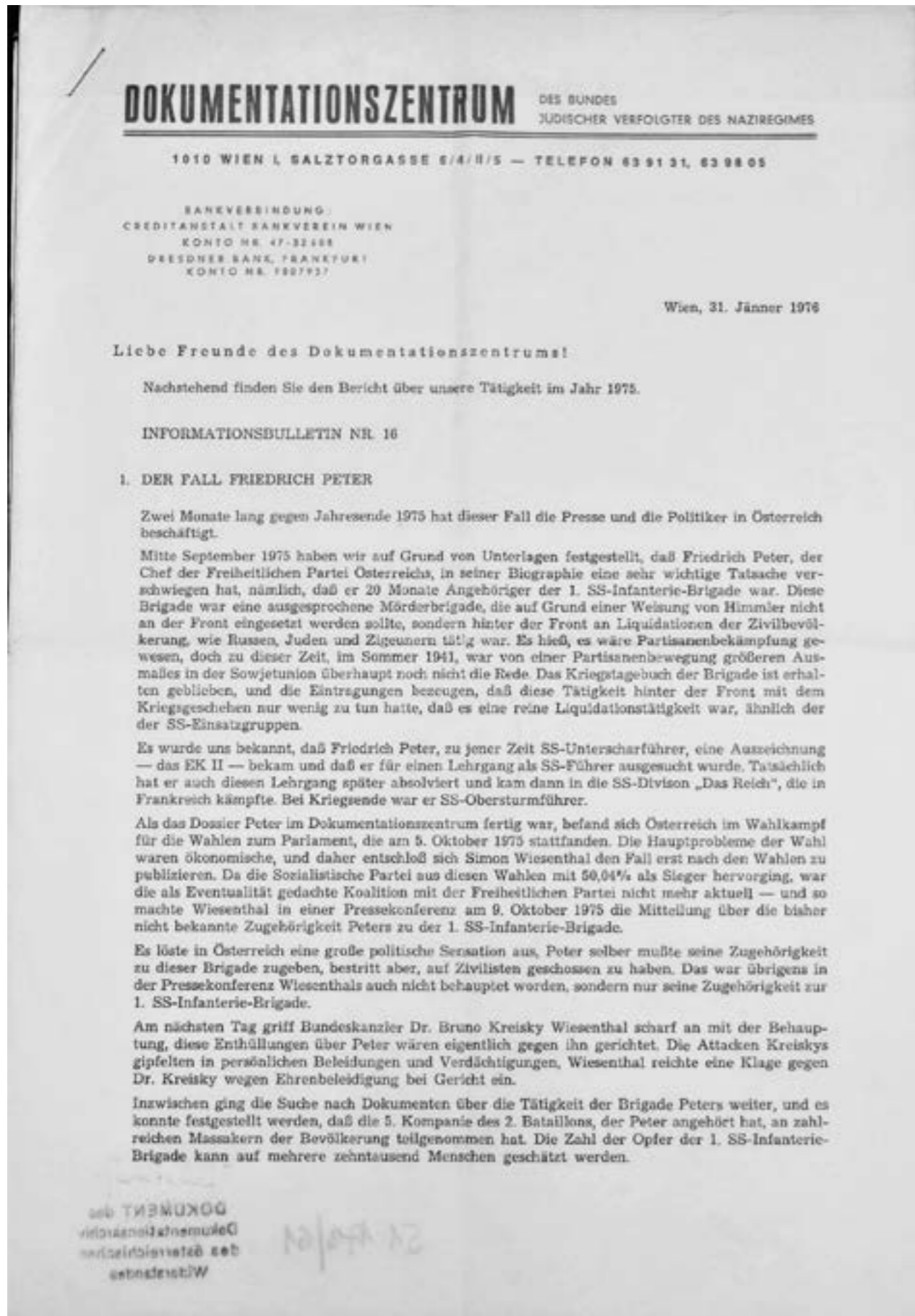
Es wäre aber zu erwägen ob Persche seine äußerst wertvolle Arbeit nicht doch umgestalten und zu einer historisch wissenschaftlichen Darstellung des geheimen und illegalen Kampfes um Österreich in den Jahren 1933-38 ausbauen soll. Gerade Persche müßte die Möglichkeit haben, eine solche Geschichte der illegalen NSDAP in Österreich zu schreiben die notwendigen Mitarbeiter zu finden und die wünschenswerten Auskünfte von den maßgeblichen nationalen Führern dieses Kampfes zu erhalten. Dies wäre um so notwendiger, als die offiziellen Dokumente und staatlichen Veröffentlichungen selbstverständlich nur ein vollkommen unzureichendes Bild von den ganzen Vorgängen zu geben imstande sind, das noch dazu je nach der politischen Einstellung und Zweckbestimmung stark verzerrt und verfälscht ist.

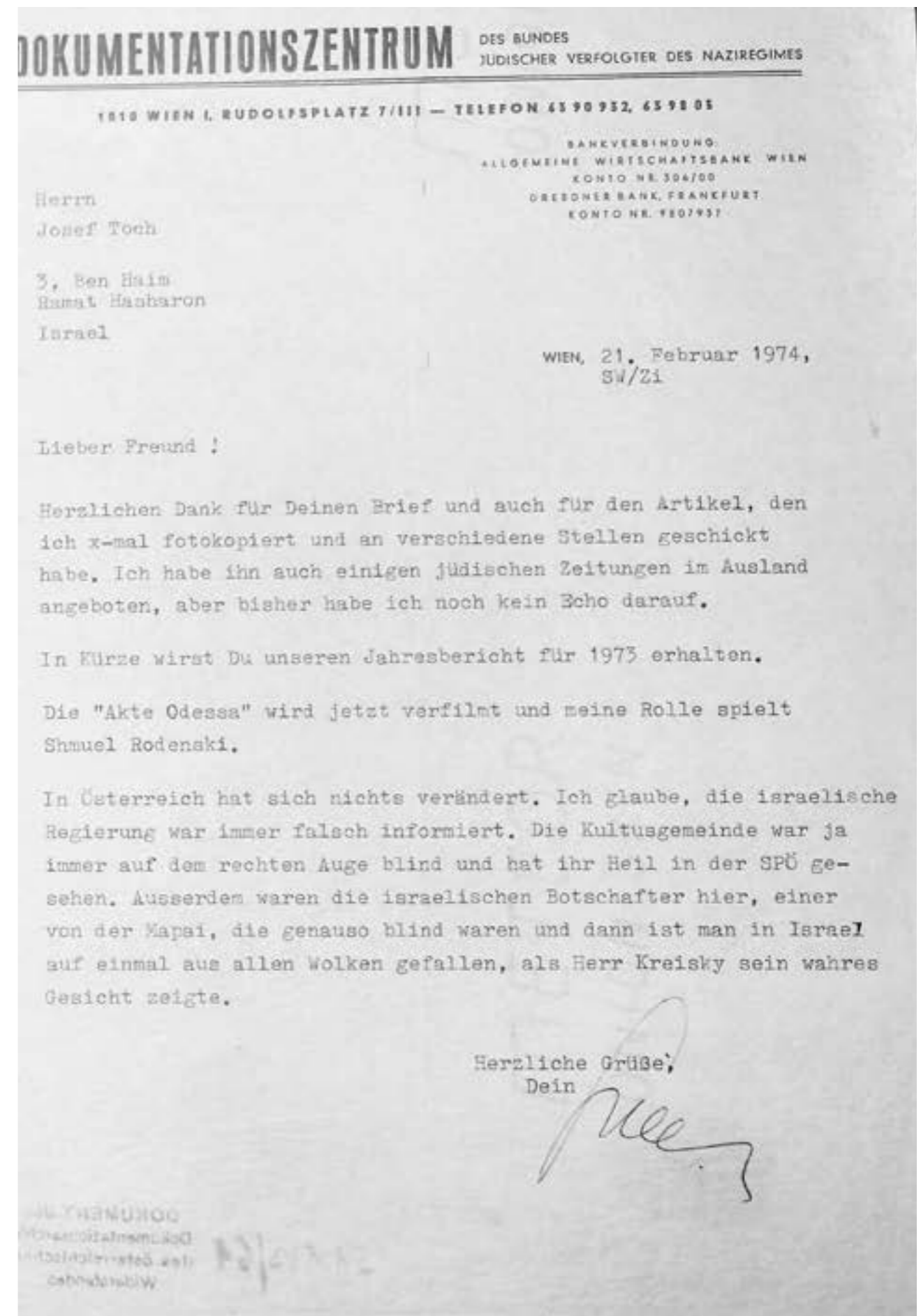
Worauf es im Sinne der historischen Forschung und Wahrheit jedoch besonders ankommt, das sind die Geschehnisse hinter den Kulissen, die geheimen Päden und Verbindungen, die Auswirkungen der Charaktere der handelnden Personen und alle übrigen Voraussetzungen und Vorbereitungen jener Ereignisse die dann in amtlichen Dokumenten festgehalten wurden. Persche müßte nicht nur die Möglichkeit haben, diese Dinge zusammenzutragen, sondern er besitzt auf Grund seiner eigenen führenden Stellung in jener Zeit auch die Befähigung das Material zu sichten und auf seine Glaubwürdigkeit hin zu prüfen. Das vorliegende Manuskript läßt darauf schließen, daß es sich bei seinem Verfasser um einen so lautereren und moralisch hochstehenden Charakter handelt, daß man ihm auch die sittliche Kraft zutrauen kann, eine so unendlich schwierige Aufgabe nur im Sinne der historischen Wahrheit zu lösen.

Das wäre freilich eine Aufgabe für viele Jahre, die entsprechend finanziert werden müßte. Bis sie vollendet ist, wird Österreich entweder vollkommen vernichtet oder endgültig frei sein. Im letzteren Fall würde dann der Veröffentlichung einer solchen umfangreichen wissenschaftlichen Arbeit kein Hindernis mehr im Wege stehen und daß sie früher oder später einmal getan werden muß ist absolut sicher.

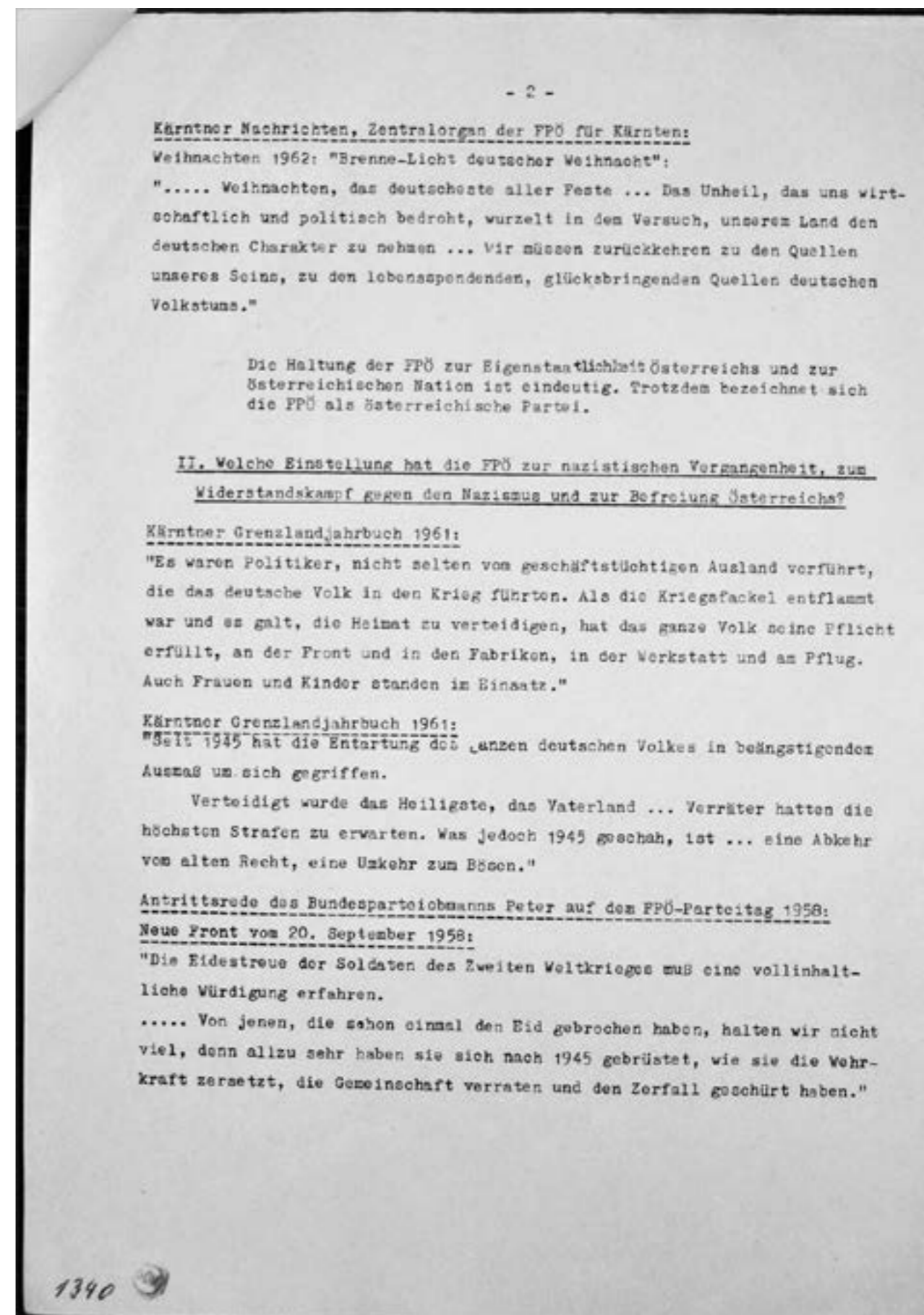
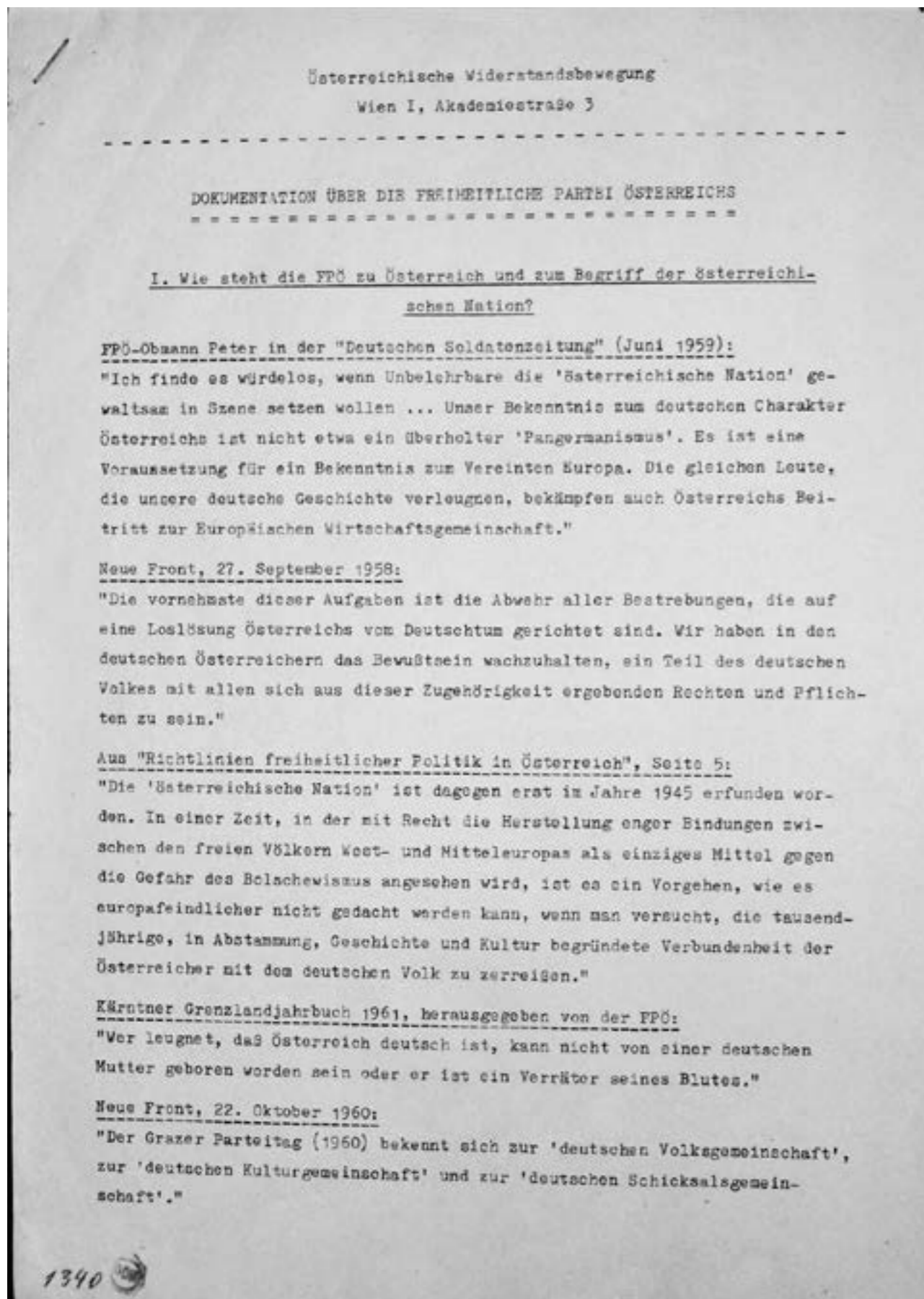


## Anhang 3





## Anhang 4



- 3 -

Neue Front, 4. März 1961:

"Rückfall in das Jahr 1945 - Der Eichmann-Prozess als Auftakt zu neuer weltweiter Deutschenhetze - warum schweigt das Weltgewissen zum Massenmord an Deutschen?"

..... Grundsätzlich sucht man die Mörder nur unter den Deutschen. Wir glauben, das beharrliche Schweigen des Weltgewissens zum Völker- und Massenmord, der während des Krieges und nachher an Deutschen verübt wurde, ist angesichts der neuen antideutschen Welthetze noch unerträglicher geworden.... Keine Einschüchterung und kein noch so unerhörter Terror wird uns je davon abhalten können, daß wir uns gegen die lügenhafte Methode, die Deutschen zu einem Volk von Verbrechern stempeln zu wollen, zur Wehr setzen."

Parteiboss Friedrich Peter in einer Grabrede, die er seinem Vorgänger, dem NS-Minister Reinthaler, hielt: Neue Front, 15. März 1958:

"Nach dem verlorenen Krieg müdest Du alles Leid und alle Bitternis ertragen, die ein von Haß erfüllter Gegner in einem dem Recht hochsprechendem Gesetz auskugelte. Sieben Jahre lang müdest Du im Kerker verbringen, obwohl niemand in der Lage war, Dir ein Unrecht zu beweisen. Wie oft magst Du gefragt haben: ist das der Dank der Gemeinschaft, der ich immer so treu und selbstlos gedient habe? ..... Du kehre nun heim in die Erde deiner Ahnen, ein Glied in der unendlichen Kette unseres deutschen Volkes..."

Kärntner Nachrichten, 10. Februar 1962, Leserbrief, gekennzeichnet K.L.:  
Wie lange noch das eigene Haus beschützen?

"Mit Empörung hat die breite Öffentlichkeit die Sendungen im österreichischen Rundfunk über das Vernichtungslager Auschwitz gehört. Es wird sicher furchtbar gewesen sein. Doch die Absicht, das ganze deutsche Volk zu belasten, über den eigenen Rundfunk, ist für uns ehemalige Soldaten unverständlich. Wer spricht von den Verbrechen, die an Deutschen begangen wurden nach dem Krieg? ..... Wann wird mit der Haßpropaganda gegen das eigene Volk endlich Schluß gemacht?"

Neue Front, 6. Jänner 1962:

"..... Die so überlaut verherrlichten Ideale des Widerstandskampfes können in manchen jungen Menschen leicht die Meinung aufkommen lassen, die Ablehnung gegen die Staatsgewalt sei an sich etwas Ehrenhaftes und Erstrebenswertes. Durch den Übereifer, mit dem gewisse Heldentaten der Widerstandsbewegung und Partisanen immer wieder verherrlicht werden, werden die Grenzen zwischen Erlaubtem und Unerlaubtem im Hinblick auf Anschläge gegen die Staatsgewalt in unheilvoller Weise verwischt."

1340



- 4 -

Neue Front, 8. November 1958:

Abgeordneter der FPÖ Zechmann bezeichnete die nazistischen Kriegsverbrechen als "Auswüchse, von denen keine 50 der 800.000 österreichischen NSDAP-Mitglieder auch nur eine Ahnung gehabt haben."

Neue Front, 19. April 1958:Wie lange noch KZler-Ungeist?

"Wenn die KZler könnten, wie sie wollten, dann würden sie ganz Österreich mit KZler-Denkmalern anfüllen und unser Land mit Schriften, die das Lob der KZler verkünden, überschwemmen ... Was an historischer Dokumentation fehlt, ersetzt Herr Otto Molden durch geistige KZler-Bekanntnisse, von denen sein Buch nur so überfließt. Seine Auslassungen sind ungefähr das Unerhörteste, was uns bisher von seiten der österreichischen Widerstandsbewegung zugemutet wurde ...

Herr Heribert Husinsky ist begeistert über die von Otto Molden aufgezeigten Kontakte mit dem Ausland, durch die die Widerstandsbewegung für die Befreiung Österreichs arbeitete.

Solche Späße wagt man uns vorzusetzen, nachdem wir es ja alle nach 1945 erlebt haben, wie diese Befreiung und die von der Widerstandsbewegung so sehr herbeigesehnten Befreier tatsächlich aussahen ...

Das würde diesen Herren so passen, wenn man unsere Jugend mit dem Ungeist der KZler vergiften würde und ihnen Dinge eintrichterte, die keine objektive Geschichtsschreibung jemals aufnehmen wird ...

Es genügt allein schon, daß heute noch in Österreich solche Bücher geschrieben, verbreitet und angepriesen werden. Man muß sich wirklich fragen, wie lange dieser Ungeist der KZler die Geduld aller anständigen Österreicher noch mißbraucht!"

In der FPÖ-Presse wird man vergebens eine Distanzierung von den Verbrechen des Naziregimes suchen. Dort wo diese Verbrechen widerwillig zugegeben werden, versucht man, sie zu verharmlosen. Der Dienst in der Hitler-Wehrmacht wird als "Pflichterfüllung" bezeichnet und dabei die Grenzen zwischen einer Kriegsdienstleistung für Österreich und Nazi-Deutschland bewußt verwischt. Dieser Einstellung entsprechen auch die beleidigenden Äußerungen über die österreichischen Widerstandskämpfer. Eine Partei, die eine solche Einstellung zur nazistischen Vergangenheit hat, will auch nicht, daß in Österreich vom Neonazismus gesprochen wird.

1340



- 5 -

III. Die FPÖ und der Neonazismus:Neue Front, 13. Dezember 1958:

"Dr. Gredler betonte, daß die Leute, die immer wieder Greuelgeschichten über den angeblichen Neonazismus erzählen, im Grunde nur die Geschäfte Monkaus besorgen. Vor kurzem hat Radio Moskau, auf österreichische Zeitungen gestützt, von einem Wiederaufleben des Neonazismus, des Militarismus und ähnlicher Dinge in Österreich gesprochen."

Neue Front, 22. August 1961:

"Zur gründlichen Überlegung, wie unsere Grenzen gegen Agenten und allerlei unliebsame Eindringlinge aus dem Osten gesichert werden könnten, hatte man bisher vor allem im Innenministerium, offenbar keine Zeit. Wie sollte man auch? Hat der Herr Innenminister nicht alle Hände voll zu tun, um die überall drohende Nazigefahr von Österreich abzuwenden? Erst kürzlich wurden aus Deutschland 'eingedrungene' HI-ähnliche Jugendliche über die Grenze befördert. Solche Aktionen oder auch die Verbote 'staatsgefährlicher' Soldatentreffen beanspruchen die Aufmerksamkeit des Herrn Innenministers so sehr, daß er sich nicht darum kümmern kann, ob die Grenze entlang dem Eisernen Vorhang auf österreichischer Seite ausreichend bewacht ist."

Am 6. Jänner 1962 überschrieb die Neue Front einen großaufgemachten Artikel mit der Überschrift:

"Schluß mit der Neonazi-Verleumdungstour! (Die ganz Österreich umspannende Terrororganisation blieb eine Fieberphantasie der Neonazigespensterseher)."

Im Frühjahr 1962 wandte sich die FPÖ in einem Flugblatt unter der Überschrift "Mitbürger wache auf!" an die Öffentlichkeit und rief zum Kampf gegen "jede Kräfte, die dauernd von einer neonazistischen Gefahr faszeln."

Warum will die FPÖ nicht, daß man von der in Österreich durchaus existierenden neonazistischen Gefahr spricht? Vielleicht geben folgende Zitate Antwort auf diese Frage.

IV. AntisemitismusNeue Front, 6. Jänner 1962:

"So gab man jetzt der UNO-Streitmacht sogar neuardings 100 Millionen Dollar zur Finanzierung ihrer kriegsverbrecherischen Kongoaktion. In Deutschland spüren noch ganze Divisionen von Richtern, Staatsanwälten und Denunzianten nach sogenannten "Kriegsverbrechern", während sich die UNO-Kriegsverbrecher

- 6 -

ganz offen noch mit ihren Namen ihrer Verbrechen im Konto rühmen dürfen, so, um nur ein Beispiel von vielen zu nennen, der indische Oberst Mitra, der die Front in Elisabethville befehligte.

Dieser UNO-Offizier gab seinen Truppen den Auftrag, "keinen weißen Gefangenen zu machen und sogar allen verwundeten weißen Gefangenen die Kugel zu geben!"

Aber das dürfen die farbenblinden sozialistischen Zeitungen in Österreich gar nicht schreiben, weil bei ihnen der Mensch nur mit einer anderen Hautfarbe oder einer krummen Nase anfängt.

Wenn dies ein deutscher Offizier angeordnet hätte, würde man ihn noch heute vor ein Gericht zerrn! Und darum führt sich ein Verein wie die UNO, die solches von oben sanktioniert und duldet, selbst ad absurdum, ebenso wie der bisherige Kennedy-Kurs, der mit der Unterstützung aller Linksguppen praktisch den Kommunismus die Tore in aller Welt öffnet."

Im Organ der Steirischen FPÖ "Steirische Nachrichten" wurde gegen den Redakteur einer Gewerkschaftszeitung unter anderem folgender Angriff gerichtet:

"Wir können uns allerdings schwer vorstellen, daß dieser B a s t a r d dem deutschen Volkstum in Österreich zugehören sollte; wir empfinden es bloß als eine unverschämte Provokation, daß er sich der deutschen Sprache zu bedienen erfreut."

(Der verantwortliche Redakteur der FPÖ-Zeitung wurde geklagt und zu einer Geldstrafe und Geldbuße verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es unter anderem: "Es handelt sich überhaupt um sehr massive Angriffe, wie sie üblicherweise in Zeitungen in der Form und mit diesen Ausdrücken nicht erfolgen.").

Kärntner Nachrichten, 24. Februar 1962: Leserbrief:

"Ein alter Burschenschaftler: "Studentenverbindungen mit Arierparagrafen":

"Einen Arierparagrafen hat es unter diesem Namen in den Satzungen der freiheitlichen Studentenverbindungen nie gegeben ... Schließlich und endlich ist es aber das Recht jedes Vereins, aufzunehmen, wen er will."

Bedürfen diese Zitate noch eines Kommentars?

1390

- 7 -

V. Die "Führer" der FPÖ

Friedrich Peter, Parteiobermann der FPÖ: Obersturmführer der Waffen-SS.  
Klaus Mahner, Parlamentsabgeordneter: 1931 Beitritt zur NSDAP und SA, 1936 Beitritt zur SS, zweimal wegen Verdacht des Hochverrats verhaftet, Flucht nach Deutschland und Mitarbeit im Flüchtlingswerk der NSDAP in Berlin. Nach dem 13. März 1938 Gauinspektor der NSDAP für Tirol und Vorarlberg, später Kreisleiter. 1944 "Aufstieg" zum SS-Obersturmbannführer, Blutordensträger und Träger der Ostmarkmedaille. Am 1. Juli 1948 vom Volksgerichtshof Innsbruck zu elf Jahren schweren Kerker verurteilt, wurde nach der Weihnachtsamnestie von 1949 freigelassen.

Emil van Tongel, Parlamentsabgeordneter: Reichspropagandaredeur der NSDAP.  
Prof. Helfried Pfeifer, ehemaliger FPÖ-Abgeordneter: Autor des Buches "Die Ostmark", darin wurde der "Anschluss" Österreichs an Hitler-Deutschland verherrlicht. Professor für "Nationalsozialistisches Recht".

Dr. Heinrich Zechmann, Parlamentsabgeordneter bis 1962: Direktor der Deutschen Reichsbahn in Villach, Mitglied der NSDAP seit 1922. Wegen Verbrechens nach § 11 Verbotsgesetz abgeurteilt.

Im September 1961 wurde der FPÖ-Gemeinderat in St. Michael in Lungau, Richard Hochreiner, verhaftet. Er war Standartenführer der SA und im Frühjahr 1945 Anführer einer "werwolfgruppe". Vor Gericht wurde ihm der Befehl zur Erschießung von neun Zwangsarbeitern (Mai 1945!) zur Last gelegt.

VI. Die FPÖ und ihre "Jugendziehung"

Kärntner Nachrichten, 19. Mai 1962:

LAbg. P. Hirt, Die Arbeitsdienstidee ist seitlos:

"Der Reichsarbeitsdienst und seine Vorläufer haben während ihres Bestehens viel Gutes geschaffen, sie haben die jungen Menschen zu ordentlicher Haltung, zu Pflichtbewusstsein und werktätiger Arbeit im Interesse der Allgemeinheit erzogen."

- 8 -

Kärntner Grenzlandjahrbuch 1959:

Landesrat Hans Rader: Wir rufen die Jugend Europas!

"Blut bindet fester als alle Staats- und Kronsiegel der alten und neuen Welt. Dieses gemeinsame Blut gab die europäische Frontgemeinschaft, die auf den Schlachtfeldern der letzten Entscheidung im Osten gegen den Bolschewismus sich bewährte, um nach der Niederlage von manchen verhöhnt zu werden, der heute nach Europas Einheit ruft. Jene Männer aller Nationen, die bereit waren, mit dem Einsatz ihres Lebens Europas geheiligten Boden zu schützen, sie werden auch den Weg zur Einheit unserer Völker am ehesten zu gehen vermögen."

Kärntner Grenzlandjahrbuch 1959:

Landtagsabgeordneter Friedrich Siller: Wie steht die Jugend zu den Problemen unseres Volkes?:

"Dem eigenen Volkstum entfremdet, wirft sich ein guter Teil der Jugend auf die angepriesenen Werte der Kultur. Aber es sind die modischen Scheinblüten einer internationalen Zivilisation, nicht Blüten deutscher Kultur, die er vorfindet und begierig ergreift .... Er hängt der modernen Kunst nach, weil sie einen raffinierten Appell an seine niedersten Instinkte richtet .... Ungerührt aber wird die europäische und damit auch unsere Kulturseele gemühdert, während die asiatische erwacht .... Führen wir die Jugend wieder zu unserem Volkabewusstsein, zu unseren inneren Werten zurück! Sagen wir zu ihr: Deutsch ist unser Volk, deutsch ist unser Volkstum, die Sprache, die es spricht - die Art wie es wirkt und handelt, sind Ströme unseres Blutes, die Märchen und Sagen - die Ansichten darüber, was gesund und gut, schön und wahr ist, kurz, der ganze naturhafte Urgrund unseres Wesens, in dem es wurzelt."

Bericht für das Komitee des Bundesjugendringes, das sich mit Fragen des Antisemitismus und Neofaschismus beschäftigt:

..... "In Mernalis hatten Günther Künzl und Hans Merth - (BNJ) die ebenfalls aus der Tagespresse bereits bekannt ist - mit FPÖ-Bezirksräten einige Aussprachen in einem Gasthaus durchgeführt, das schon von früher als Nazilokal bekannt ist."

Der Bund Heimattreuer Jugend ist inzwischen bereits in Österreich verboten.

- 9 -

Einige Tatsachen über FPÖ-Jugend-Funktionäre, die in österreichischen Tageszeitungen berichtet wurden:

... "Für die Auswahl und Heranbildung der Bezirksführer des Ringes sorgt der FPÖ-Mandatar Dr. Erwin Hirschal vom Bundesjugendreferat der FPÖ. Zu den hervorragendsten Mitarbeitern Dr. Hirschals gehörte auch der Olympe Fritz, der bekanntlich auf der Ringstraße verhaftet wurde, weil er gemeinsam mit zwei Gesinnungsfreunden alte Nazilieder sang. Dieser zweiundzwanzigjährige Olympe und Brabenhinterleger war als Jugendleiter der Bezirksgruppe 14 des Ringes Berichterstatter Dr. Hirschals.

Als der Ring Mitglieder aufnahm, die früher dem Bund Heimattreuer Jugend angehört hatten, wurde der Landesparteibeamte der Wiener FPÖ vor Kümel ausdrücklich gewarnt. Dieser hatte sich in seinen Kreisen bereits den Ruf eines Stinkbombenspezialisten erworben. Der Stinkbombenspezialist hat das Hantieren mit Explosivstoffen und Schusswaffen auch verstanden. Trotz der Warnung wurde er Bezirksjugendführer.

Auch darauf, daß in der Laingrubengasse einiges vorgehe, wurde der FPÖ-Obmann aufmerksam gemacht. Es wurde ihm geraten, die Landesleitungssitzungen des Ringes von dort wegzuverlegen und die Schulung und Führung der FPÖ-Jugend verlässlichen Leuten anzuvertrauen." (Arbeiter Zeitung, 19. Jänner 1962)

Arbeiter Zeitung, 5. Dezember 1961:

Der Olympe Fritz war FPÖ-Mitarbeiter

"Knapp vor seiner Verhaftung wurde er von der Landesparteileitung eingeladen ..... wurde ein Brief von der Landesparteileitung Wien der FPÖ abgeschickt. Der Brief lautet: Lieber Kamerad! Ich ersuche Dich, zuverlässig am Montag, 13. November 1961, 18 Uhr, zu einer Aussprache über dringende Jugendfragen in den Räumen der Geschäftsstelle, Wien 1, Kärntner Straße 28/1 zu erscheinen. Mit freiheitlichem Gruß - Dr. Erwin Hirschal.

Fritz konnte zu der FPÖ-Konferenz am 13. November nicht kommen, weil er tags zuvor auf der Ringstraße verhaftet wurde. .... "

Bei der Fahndung der Staatspolizei nach den Attentätern auf das Parlament wurde auch der 19jährige Philosophiestudent Rainer Burghardt aus Wien 19 verhaftet und dem Landesgericht eingeliefert. Burghardt ist Bezirksjugendreferent des Ringes freiheitlicher Jugend und Mitglied der Burschenschaft "Markomania".

1390

- 10 -

In einem Schreiben der Wiener FPÖ an die Wiener Polizei stellte die FPÖ den ehemaligen Mitgliedern des BRJ, die jetzt in der FPÖ Jugend-Funktionäre sind, ein Wohlverhaltenszeugnis aus, wobei man bedenken muß, daß unter ihnen einige Attentäter sind.

... In dem Brief heißt es wörtlich: "Bei der Jugendorganisation der Freiheitlichen Jugend Österreichs (RFJ) wurden auf Grund freiwilliger Meldung und nach genauer Prüfung auf deren Zuverlässigkeit einzelne Mitglieder des ehemaligen Bundes Heimattreuer Jugend mit Bewährungsfrist aufgenommen. Dieselben haben sich bis jetzt unseren Grundsätzen entsprechend tadellos verhalten"...

Bei dem Prozeß gegen die Parlamentsattentäter kamen unter anderem folgende Tatsachen zu Tage:

Unter dem Deckmantel von Pfadfindertreffen wurden an Lagerfeuern regelrechte nazistische "Schulungen" abgehalten, mit Verherrlichung des NS-Regimes und Hitlers.

In der Maturaschule wurde für das "Führerprinzip" agitiert, in engem Kreis wurden Waffen gesammelt (auch gestohlen), Böller, antidemokratische und antisemitische Hetzschriften fabriziert.

Bei der staatspolizeilichen Einvernahme des Angeklagten Honsik begann dieser mit folgenden Worten: "Ich empfinde einen tiefen Haß gegen die österreichische Marionettenregierung. Mein ganzes Bestreben ist darauf gerichtet, das österreichische Staatsgefüge mit meinen - wenn auch bescheidenen - Mitteln zu vernichten ..." Der Vater Honsiks war illegaler SS-Mann, der im Krieg gefallen ist. Sein Onkel war KZ-Kommandant Gbth, der in Polen hingerichtet worden ist. Die verhafteten Spitzenfunktionäre des RFJ Rainer Burghardt, Gerd Honsik, Günter Kümel und Günter Pfeifer besprachen alle ihre Streiche in einem Lokal des Ringes Freiheitlicher Jugend in der Laingrube in Mariahilf, einem Lokal, das von der FPÖ erhalten wird.

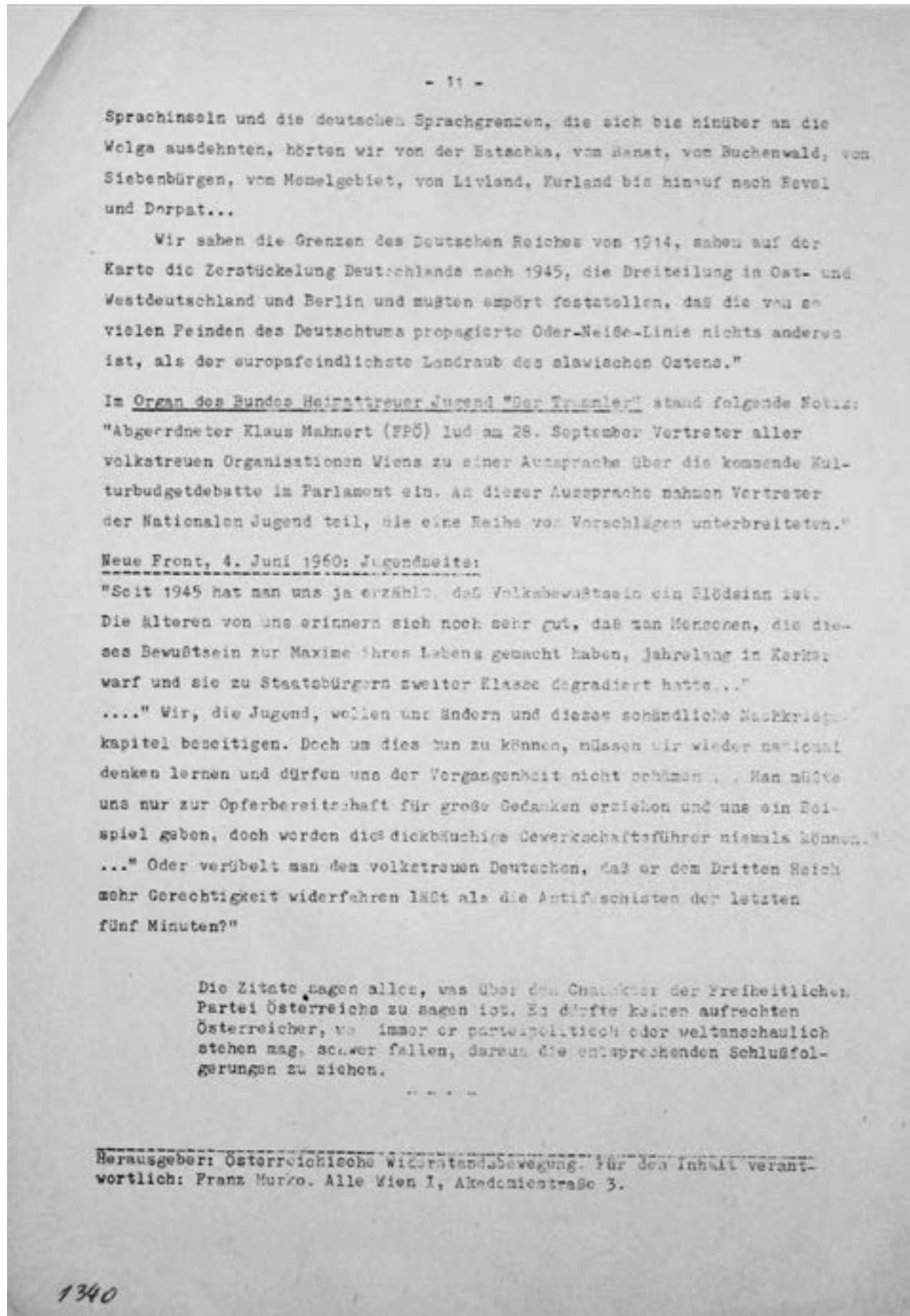
Anlässlich der Attentate wurden auch Liederbücher beschlagnahmt. In einem dieser heißt es:

"Und so wollen wir es halten, bis die Schmach ein Ende fand, bis du auferstehst im alten Glanze, deutsches Vaterland!"

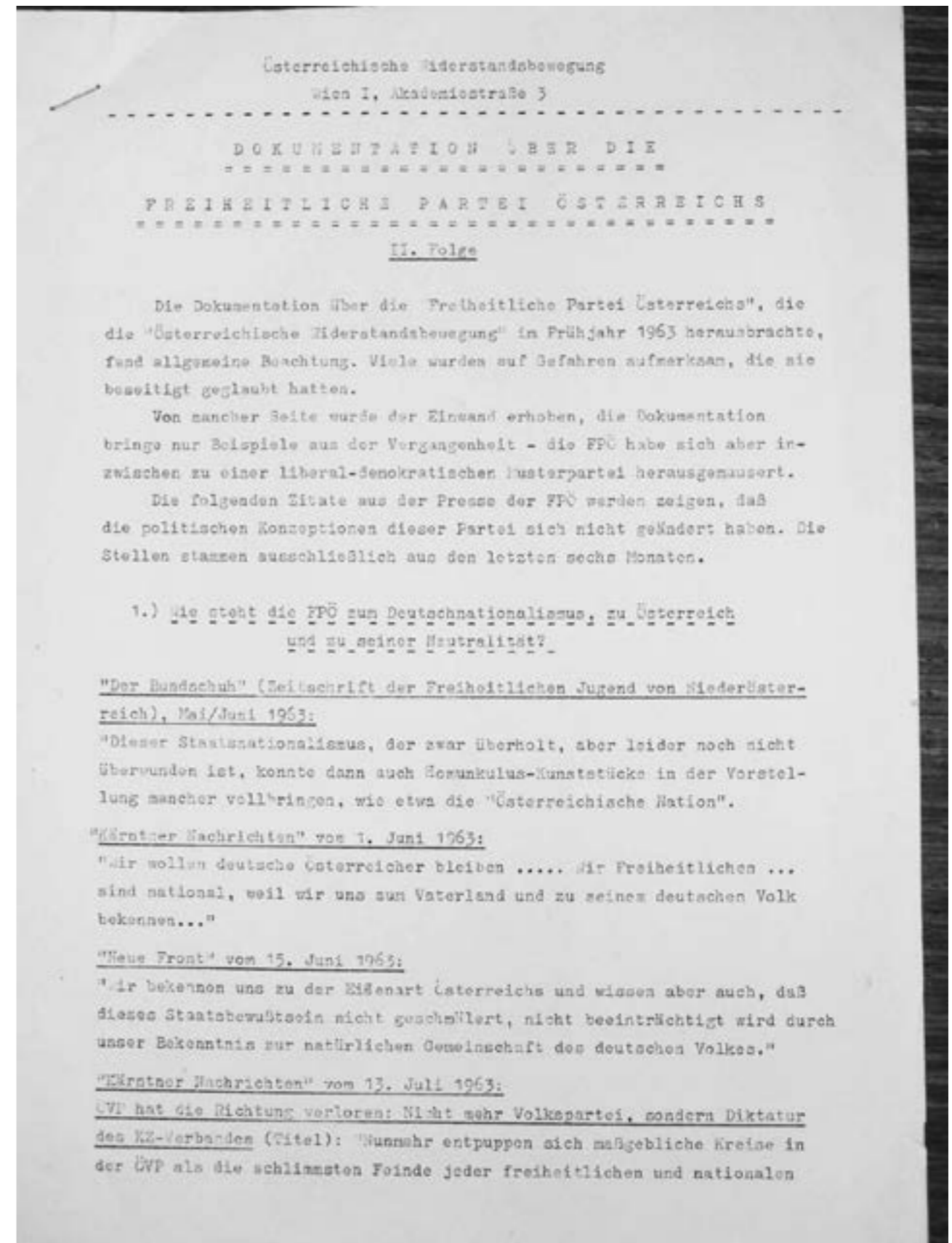
Das "Salzburger Volksblatt" vom 16. September 1961 berichtet über ein Lager des Ringes freiheitlicher Jugend:

"Unter dem gestirnten Nachthimmel, im großen Kreis um das hell auflodernde Lagerfeuer hockend, hörten wir, Jungen und Mädchen, vielfach wohl zum ersten Mal, von den gewaltigen kulturellen Leistungen unserer Art und Ahnen im Osten, sahen wir an Hand von selbstverfertigten Kartenskizzen die deutschen

1390



## Anhang 5





- 2 -

Regung im Österreichischen Volk. Es ist kein Geheimnis mehr, die ÖVP wird diktiert vom KE-Verband ..... Für die Freiheitlichen gilt es, jetzt erst recht bedingungslos einzustehen für das demokratische Recht aller Staatsbürger, für deren persönliche und wirtschaftliche Freiheit, für die Deutscherhaltung des Vaterlandes und für die Einigung Europas!"

"Kärntner Nachrichten" vom 27. Juli 1963:

"Unser Vaterland Österreich ist und bleibt aber ein deutsches Land. Deutsch ist unsere Sprache, deutsch das Land, deutsch die tausendjährige Kultur, deutsch sind die Menschen und deutsch ist die Art. Wer dies nicht in seinem Inneren fühlt, kann kein guter Österreicher sein. Wer aber aus politischen oder materiellen Motiven seine Muttersprache verleugnet, der gehört nicht nur aus jeder Führungsetzelle verjagt, sondern den müßte man obendrein noch eine tüchtige Maulschelle geben."

"Kärntner Nachrichten" vom 24. August 1963:

Verjagt die EFTA-Politiker, bevor es zu spät ist: "... doch spürt der Durchschnittsstaatsbürger nicht im vollen Ausmaß die Auswirkung der korrupten, nur dem Ich und der Partei dienenden, dem Osten verfallenen Politik der Koalition."

"Kärntner Nachrichten" vom 31. August 1963:

"Das Schicksal der Österreichischen Landwirtschaft, nicht minder das auch der gesamten Wirtschaft ist bedingungslos mit dem Westen verbunden. Die Reise Hartmanns nach Moskau ist eine Warnung.

Soll Österreichs Wirtschaft vor dem endgültigen Zusammenbruch noch in letzter Minute gerettet werden, dann gibt es hierfür nur eine Lösung: alle Politiker, die für die EFTA und gegen die EWG sind, haben schleunigst abzutreten, haben "Kapitän" Platz zu machen, die das Staatsschiff nach Westen steuern."

"Kärntner Nachrichten" vom 31. August 1963:

"Unterschriftensammlungen und ähnliche Maßnahmen sind in Österreich solange zwecklos, solange Politiker beständig mitreden, die alles hassen was deutsch ist ..... Es gibt nur ein Mittel, diese stangefleischten Diener des Kommunismus auszuschalten: dieses ist die Wahlzelle, die vom KE-Verband diktierten Koalitionsparteien nicht mehr zu wählen." ..... "Es tröstete die Hoffnung, daß sich der gute Teil der Jugend, die sich nicht in die Fängeisen der Prediger einer verlogenen Welt bogibt, doch die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes Österreich bestimmen wird."

- 3 -

"Kärntner Nachrichten" vom 7. September 1963:

Haben wir noch ein Vaterland Österreich oder nur einen wüsten Haufen politischer und wirtschaftlicher Gruppen?

"... Wir klagen jene an, die gestern im Ausland gegen unser deutsches Volk hetzen, heute in Österreich das öffentliche und politische Leben in artfremder Weise und unter Ausnutzung öffentlicher Einrichtungen beeinflussen! ..... Wir klagen an, jene Politiker und deren Hintermänner, die im Bestreben, Österreich zu entdeutschen, der Jugend ..... ein schlechtes Beispiel geben und bewußt die edelsten Güter des Volkes zerstören! .... Wir klagen alle Politiker an, die an Stelle der EWG-Assoziation den russisch-englischen (! Ö.V.) EFTA-Vertrag unterzeichneten und damit Österreich in die Gefahr der Abschneidung von der westlichen Welt brachten ..... Ihr Herz schlägt nach Osten!" (Man beachte die an nur allzu bekannte Vorbilder erinnernde Terminologie! Ü.V.)

"Neue Front" vom 21. September 1963:

Aus dem Artikel "Die Problematik einer Mission" (Kann Österreich Mittler zwischen Ost und West sein?) von Karl Anton Rohan:

"1945 gab es auch in Österreich, in dem die alliierten Truppen die Herrschaft des Nationalsozialismus beseitigt hatten, eine Minderheit, die sich als Sieger fühlen konnte. Für die Mehrheit der Österreicher war die bedingungslose Kapitulation die gewaltigste Katastrophe, die sie ..... jemals erlebt hatten ..... Nicht lange nach dem Zusammenbruch hieß es landauf, landein: "Einen dritten Weltkrieg halten wir vielleicht noch aus, eine dritte Befreiung aber nicht". Kein Preis schien daher zu hoch, um die "Befreier" hinauszoverhandeln, auch nicht der Sprung in das Niemandsland zwischen den beiden Machtblöcken."

2.) Wie steht die FPÖ zum Nazismus, zum Hitlerkrieg und zu den Kriegsverbrechern?

"Der Bundschuh", Mai/Juni 1963: Hier heißt es in einer Rezension des Buches "Lothar Greil, Die Lüge von Marzabotto, Dokumentarbericht über den Fall Major Reder, Schild-Verlag, München" unter anderem: "..... Schilderung des Lügenfeldzugs und der Greuelhetze gegen die deutsche Wehrmacht und gegen das deutsche Reich im Fall Marzabotto ..... Daß es zur Verurteilung Reders kam, war ein Justizskandal."

- 4 -

"Kärntner Nachrichten" vom 1. Juni 1963:

Aus einer Rezension des Buches von P.H. Nicoll, Englands Krieg gegen Deutschland: "Ein gerechtdenkender schottischer Geistlicher entlarvt die Kriegsschuldpropaganda und verurteilt die Kriegführungsmethoden der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges."

"Kärntner Nachrichten" vom 6. Juli 1963:

(Anlässlich der Einweihung des Artilleriedenkmals in Klagenfurt)

"Dann hielt Bundesminister für Verteidigung Dr. Schleisner seine Festrede, in der Heldentaten der österreichischen Artillerie im Laufe der Geschichte aufzeigte. Es ist jedoch von den Zuhörern nicht verstanden worden, daß mit keinem Wort die größten heldischen Leistungen, wie sie die Geschichte je erlebte, im letzten Krieg nicht erwähnt wurden.

(Unsere "Nationalen" können offensichtlich keine deutschen Sätze bauen! Ö.W.) Würden wir die Dinge so sehen, dann wären die Leistungen der heutigen Soldaten in Zukunft nicht erwähnenswert, wenn z. B. ein anderes politisches System an die Macht käme."

"Kärntner Nachrichten" vom 13. Juli 1963:

Für die Frau. Das dürfen wir niemals vergessen!

"Liebe Kameradin! Heute möchte ich Dir etwas erzählen ..... Ich hatte einen Freund .... Wir waren sehr jung damals und standen im Einsatz für das gleiche Ziel - uns verband so vieles, wir waren wirklich Kameraden ... Er wurde - in einer Zeit, da unendlich viel Unrecht an unsagbar guten und aufrechten Menschen geschah - zum Tode verurteilt. Was er getan hatte, war kein Unrecht, es geschah im Kriege, Kampf war Verteidigung, erfüllte Eidestreue - was Fremde dann als "Mord" bezeichneten. Aber Fremde hatten damals zu urteilen, zu entscheiden, ihre Gesetze diktierte der Nazi - Er kam in die Todeszelle in Berl, mit vielen anderen. Und das Urteil lautete auf "Tod durch den Strang"..... Und siehst Du, jenen Brief aus der Todeszelle, den möchte ich Dir hier aufschreiben. Du sollst ihn lesen, damit wir niemals vergessen, daß es junge Menschen gab, die solche Briefe schrieben, an uns, die wir .... ihr Vermächtnis tragen ..... "Berl, nachts 22./23. Jänner 1947 ..... Ich selbst bin für mich sehr glücklich, daß mich auch dieser härteste Schlag, der einen Menschen treffen kann, nicht ungeworfen hat .... Was heute ist, ist nur äußerlich. Die Geschichte spricht eine andere Sprache. Ich fühle mich so stark wie selten für den Gang fürs Vaterland!"

(Diese schamlose Verherrlichung eines hingerichteten Kriegsverbrechens ist absichtlich besonders ausführlich zitiert. Ö.W.)

- 5 -

"Neue Front" vom 13. Juli 1963:

Gegen die Verlängerung der Verjährungsfristen: "Gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion beschloß der Nationalrat die Verlängerung der Verjährungsfristen für Kriegsverbrechen ..... Es handelt sich hierbei um eine gesetzliche Ausnahmeregelung, die vom Standpunkt der Rechtsstaatlichkeit aus überhaupt bedenklich ist. Die FPÖ bekennt sich zur Bestrafung von Kriegsverbrechern, die schwere Blutschuld auf sich geladen haben, muß aber bei diesem Anlaß auch feststellen, daß ungezählte Verbrechen, die an Deutschen begangen wurden, bis heute nicht verfolgt und nicht geahndet wurden."

"Kärntner Nachrichten" vom 20. Juli 1963:

Faustschläge ins Gesicht der Vaterländer: "Ist die Ermordung deutscher Menschen erlaubt? - Sind nach österreichischen Gesetzen Kriegsverbrecher und Mörder im Dienste des Auslandes straffrei? - Das Recht ist für jedes Kulturvolk unteilbar! - Österreich darf nicht eine Sklavenkolonie der Deutschenhasser und Kommunisten werden! Nachdem das Kriegsverbrechergesetz mit den Stimmen der Abgeordneten beider Regierungsparteien verlängert wurde ..... erheben wir öffentlich Anklage ..... gegen jene Kriegsverbrecher, die vor und nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 heimkehrende bereits waffenlose deutsche Soldaten in Kärnten .... Viehisch ermordeten ..... Kärntner, Abwehrkämpfer, Frauen, Mütter, Jugend, wir fordern euch zur Mitarbeit auf. Nun sagen auch wir "Recht muß Recht bleiben". Die Verbrechen der Anderen waren ungleich größer! Es ist Zeit, daß wir mit der häßlichen Selbstbesudelung und den Selbstanklagen Schluß machen..... In einer kommunistischen Diktatur wirst du schweigen, arbeiten, ehrlos und wehrlos sein und du wirst auch deine Ausflüge über blutgetränkte Straßen zur dalmatinischen Küste einstellen!"

"Kärntner Nachrichten" vom 10. August 1963:

"Historische Ereignisse, wie der ungeheure Versuch Hitlers, Deutschland nicht nur zur Führungsmacht in Europa zu machen, sondern, neben Amerika und Japan-Großostasien zur Weltmacht zu erheben, können nicht ungeschehen gemacht werden. Die Nachwelt mag solche Geschehnisse gerecht, das heißt historisch wahr, beurteilen oder verdammen: sie bleiben geschichtliche Tatsachen."

"Kärntner Nachrichten" vom 31. August 1963

Die KZ-Gemeinschaft der SPÖ-, KPÖ- und ÖVP-Politiker igelt sich ein: "Sein besonderes Gesicht bekommt der Kampf um die künftige Führung in der ÖVP durch die gemeinsamen Anstrengungen aller in KZ-Verband vereinigten Politiker, ganz gleich welcher Farbe sie angehören..... Der

- 6 -

kleiner Prozentsatz von Österreichern und Nichtösterreichern, die im KE-Verband vereinigt sind, mit den Siegermächten im Kampf gegen das deutsche Volkstum auf einer Linie, haben sich in den Unglücksjahren ungeheure Machtpositionen mit noch ungeheurerem Einkommen gesichert. .... Die Freiheitlichen sind die einzige Partei, die sich zum deutschen Volkstum, zur Freiheit der Person und des Vaterlandes bekannt..... dann ist es auch so, daß es im KE nicht allen schlecht gegangen ist."

"Kärntner Nachrichten" vom 31. August 1963:

Über ein westdeutsches Geschichtslehrbuch, das wahrheitsgetreu über die Verbrechen der Deutschen während des 2. Weltkrieges schreibt, heißt es: "Ein Schulbeispiel im besten Sinne des Wortes wie das deutsche Volk hüben und drüben sich in Selbsterfleischung und Selbstbeschmutzung übt, bringt ein "Geschichtsbuch für die deutsche Schule" es sollte besser "Geschichtsklittererbuch" heißen, .... Dieses Buch wird in Deutschland jener Jugend für den Unterricht gegeben, deren Väter im zweiten Weltkrieg ein unsterbliches Heldentum für Deutschland bewiesen. Während das ehemalige feindliche Ausland längst die anstößige Kriegführung des deutschen Soldaten anerkannt hat, gibt es innerhalb des deutschen Volkes immer noch Schmänder der deutschen Ehre, die das eigene Volk mit Unrat bewerfen und sich dem Kommunismus dienstbar erweisen. Und das Volk schweigt dazu, wie lange noch? "O deutsches Volk, du herrlichstes von allen, deine Eichen stehen, du selber bist gefallen!" Doch es kommt der Tag, an dem sich das deutsche Volk seiner Sendung als Kulturträger seiner Ehre wieder bewußt und die im Dienste des Kommunismus stehenden Geschichtsklitterer dorthin bringen wird, wohin sie als Volksschädlinge gehören.

Vermerkt wird noch, daß die vielen, von den Kommunisten ermordeten deutschen Menschen u.a. Untaten des Kommunismus in diesem farnosen Schulbuch nicht erwähnt werden."

"Kärntner Nachrichten" vom 14. September 1963:

Anlässlich des Bundestreffens der Tapferkeitsmedaillenbesitzer Österreichs: "Der tiefe Eindruck dieser machtvollen Kundgebung war: Dies sind die treuesten Söhne Österreichs, die im ersten und zweiten Weltkrieg mehr als ihre Pflicht für ihre Heimat taten und ausnahmslos immer zur Heimat standen! Nicht Deserteuren und Überläufern gebührt Ehre und Vorrecht und Anerkennung, sondern den Tapfersten der Tapferen, den Soldaten!"

- 7 -

3.) Nie steht die FPÖ zu Neonazismus und Soldatenvereinen?

"Kärntner Nachrichten" 6. Juli 1963:

"Vor der österreichischen Botschaft in Tel Aviv (!) protestierten am Dienstag dieser Woche aufgesetzte junge Israelis gegen den Freispruch des Landwirtes Franz M u r e r durch ein Gericht in Graz und verlangten die Wiederaufnahme des Verfahrens. Mit den Geschworenen bejahten mindestens 90 Prozent der österreichischen Bevölkerung den Freispruch. Wer wird Recht behalten, das jüdische Ausland, oder Österreichs Volk?"

"Kärntner Nachrichten" 3. August 1963:

"Es nützt nichts, wenn von den Fürsprechern der Koalition immer wieder versucht wird, das Gespenst einer 'neonazistischen Gefahr' an die Wand zu zaubern: Man kann mit nicht vorhandenen Fiktionen auf die Dauer nicht Politik betreiben."

"Steirische Nachrichten" vom 1. September 1963:

"Gewerkschaftsbund contra Kameradschaftsbund:

Es war vorauszusehen, daß diese unerhört verdächtigungen und Diskriminierungen den Österreichischen Kameradschaftsbund auf den Plan rufen würden."

Zu den Artikeln in der "Solidarität", die den Kameradschaftsbund betreffen, heißt es: "Sie übertrafen in ihrer von Ressentiments und Maßdiktierter Schreibweise die sattsam bekannten Auslassungen der kommunistischen Presse."

"Neue Front" vom 14. September 1963:

Leserbrief, gez. Ing. Kurt Trojer, Möllbrücke, Kärnten:

"Eine Lanze für den Kameradschaftsbund: Nach reiflicher Überlegung sehe ich mich gezwungen, nach langjähriger Mitgliedschaft ..... meinen Austritt aus dem Gewerkschaftsbund bekanntzugeben. .... Ausdrücklich möchte ich dazu feststellen, daß ich nicht Mitglied eines solchen Vereines bin, aber als ehemaliger Frontsoldat diesen Verbänden meine uneingeschränkte Sympathie entgegenbringe, weil sie nur einer Tugend dienen wollen, die allerdings die Herren Gewerkschaftsführer nicht kennen - der Kameradschaft."

"Kärntner Nachrichten" 21. September 1963:

"Die gesamte freiheits- und heimatliebende Öffentlichkeit faßt das Aufmarschverbot ehemaliger Soldaten als Diskriminierung des soldatischen, wehrhaften und kameradschaftlichen Gedanken auf. Die Bevölkerung erwartet die Aufhebung des Aufmarschverbotes."

"Kärntner Nachrichten" vom 28. September 1963:

"Diese Frontkameradschaft hat den moralischen Verfallserscheinungen auch über das bittere Ende hinaus standgehalten. Daraus sind die Kameradschaftsverbände entstanden. Das war nur möglich, weil der Gedanke dieser Kameradschaft im Volk tief verwurzelt ist, weil die, die ihn ablehnen, eine Minderheit darstellen."

#### 4.) Rassismus und Chauvinismus

In den "Kärntner Nachrichten" erscheint regelmäßig eine Rubrik "Grenzlandnachrichten", die das Motto trägt:

"Wo man mit Blut die Grenze schrieb und trou in Not und Tod verblieb."

Diese Rubrik hetzt ständig gegen die slowenische Minderheit in Kärnten.

"Kärntner Nachrichten" vom 6. Juli 1963:

"Angehörige der Verschleppten, schließt euch zusammen!

Wir gedenken der von den Partisanen verschleppten und ermordeten Südkärntner."

"Neue Front" vom 31. August 1963:

Aus dem Artikel "Die Rassenfrage in den USA" von Cecilie von Gostz:

"Wer Neger auch nur oberflächlich kennt, weiß, daß sie in der Mehrzahl das sind, was man drüben "happy-go-lucky" nennt, also ein unbeschwertes, auf den Tag gerichtetes, allen Zukunftsorgen aus dem Wege gehendes Naturell haben ..... die ungesetzlichen Maßnahmen und Überspitzen Forderungen ..... des Martin Luther King ..... Eines ist jedenfalls klar: Wenn Amerika eine Demokratie bleiben will, dann kann es die gesellschaftliche Integration nicht erzwingen. - Die Europäer aber sollten lernen, diese Fragen in ihren echten Proportionen zu sehen und sich dabei - nicht zuletzt im Hinblick auf Indien und andere Beispiele - vor vor-schnellen Urteilen zu hüten."

"Kärntner Nachrichten" vom 7. September 1963:

"Sind wir hündische Sklaven fremder Völker? Die Verbrechen der Partisanen Titos nach Ende des Weltkrieges - Ungesühnte Kriegsverbrechen der Alliierten an deutschen Soldaten - In welchen Diensten steht die Kärntner "Neue Zeit"? ..... Endlos ist die Zahl der Fälle, in denen verschämlich Partisanen, aber auch alliierte Truppen nach dem Krieg grausamste Verbrechen an deutschen Menschen begingen. Gegen diese wurde weder in Österreich noch in Deutschland noch im Ausland Klage, oder

auch nur die Forderung darnach, erhoben.

"Wenn die Gerechtigkeit untergeht, so hat es keinen Wert mehr, daß Menschen auf Erden leben." (Immanuel Kant) Sind wir aber nicht selbst in erster Linie schuldig zu sprechen dafür, daß die Gerechtigkeit mit Füßen getreten wird? Haben wir jeden Begriff für Ehre und Achtung vor der Welt verloren? Wollen wir uns selbst zu hündischen Sklaven des kommunistischen Auslandes degradieren?"

"Kärntner Nachrichten" vom 7. September 1963:

"Aus der Politik der Selbstzerfleischung, der Verneinung des deutschen Charakters Österreichs, folgert Italien das Recht, Österreich als Sprecher für das deutsche Südtirol auszuschalten. .... Allerdings kann man sich schwer vorstellen, daß Minister Kreisky als Gegner des Deutschland überhaupt Aussicht auf Erfolge für das d e u t s c h e Südtirol haben könnte."

"Neue Front" vom 14. September 1963:

"Südkärnten sieht sich vor: Titoslowenische Infiltration und Annäherung halten latentes Mißtrauen gegenüber Jugoslawien aufrecht - "Unser Abwehrkampf ist noch nicht zu Ende!" ..... Die von mehreren Kärntner Vereinigungen auch heute noch hochgehaltene Tradition des Abwehrkampfes ist daher kein Hirngespinnst und keine phrasenreiche Vorstellung rückschrittlicher Vereinsmeier. Sie ist die Antwort auf eine klar erkennbare und zielgerichtete Aktivität Jugoslawiens und seiner "Partisanen" in Kärnten ..... Der zwischen Kärnten und Slowenien bestehende kleine Grenzverkehr stößt bei der Südkärntner Bevölkerung auf mindestens ebenso schroffe Ablehnung, wie der kostspielige Bau des Loibitunnels, der einen wintersicheren Karawankenübergang ermöglichen wird."

Manchmal wurde der Vorwurf erhoben, die "Österreichische Widerstandsbewegung" greife einseitig die FPÖ an und übersehe, daß der Nazismus auch in anderen politischen Parteien Sympathisanten findet. Dieser Einwand trifft uns nicht - wir sind uns dessen wohl bewußt und prangern es an, wo es uns unterkommt. In jeder anderen österreichischen politischen Partei gibt es aber einen erklärt antinazistischen Flügel, während der Spielraum der FPÖ offensichtlich nur vom salonförmigen Deutschnationalismus bis zum kaum mehr getarnten Neonazismus reicht.

Herausgeber: Österreichische Widerstandsbewegung. Für den Inhalt verantwortlich: Franz Murko. Alle: Wien I, Akademiestraße 3.

Anhang 6

11. 8. 08  
**THEMA DES TAGES HAIDER GEGEN STRACHE**  
**DAS DUELL DER RECHTEN**

**Wahl-Frage: Wenn Sie zwischen Strache und Haider entscheiden müssten, wen würden Sie wählen?**  
 33% Heinz-Chr. Strache  
 26% Jörg Haider

**Haider-Wechsel: Finden Sie es positiv, daß Jörg Haider Spitzenkandidat des BZÖ wird?**  
 22% POSITIV  
 72% NEGATIV

**Das denken die Österreicher über die rechten Politiker**  
**Strache ist beliebter, Haider hat bessere Ideen**

Das Rennen um rechts Wählerstimmen würde derzeit Heinz Christian Strache vor Jörg Haider gewinnen. Im Persönlichkeitscheck schlägt Haider's Erbe gegen sein Vorbild mit 53.  
 Wien. Kann das BZÖ mit Jörg Haider mehr gewinnen als mit Peter Westenthaler? Hat das BZÖ mit Jörg Haider oder die FPÖ mit Heinz Christian Strache den zukünftigen Kandidaten? Gibt es nach einer brandaktuellen Umfrage des Gallup-Instituts, dann würde die FPÖ und Strache das Duell gegen Jörg Haider derzeit klar gewinnen.  
 Auf die Frage, ob man den BZÖ-Gründer oder den FPÖ-Obermann vorzieht, würden 33 Prozent Strache wählen, nur 26 Prozent Jörg Haider.  
**Haider-Kandidatur wird kritisch gesehen.** Generell wird die (sehr wahrscheinliche) Entscheidung des Kärntner Landeshauptmanns, wieder als Spitzenkandidat des BZÖ in die Wahlen zu gehen, äußerst kritisch gesehen: Nur 22 Prozent finden diese Entscheidung gut, statt 72 Prozent sind dagegen. Auch in der Frage, von welchem Spitzenkandidat die Wähler einen guten Eindruck haben, scheidet Haider schlechter ab als der FPÖ-Chef: 17 Prozent der 600 Befragten haben einen guten Eindruck von Strache, nur 12 Prozent sagen das von Jörg Haider.  
**Strache schlägt Haider in Sympathiewerten.** Ein ganz ähnliches Bild bietet sich beim Persönlichkeits- und Kompetenz-Scoring, mit dem Gallup im Auftrag von ÖSTERREICH die Spitzenkandidaten abtestet.  
 Strache kann Haider etwa bei den für Populisten so wichtigen Sympathiewerten schlagen, wenn auch nur knapp: 19 Prozent der Befragten finden den FPÖ-Chef sympathisch, 17 Prozent behaupten das von Haider.  
 In Sachen Glaubwürdigkeit liegt der FPÖ-Chef allerdings klarer in Führung (18 Prozent für Strache gegen 13 Prozent für Haider).  
 Dafür schlägt Haider seinen Nansen Erben mit 14 zu 13 Prozent, was die Fähigkeit betrifft, eine Regierung zu führen. Hier kommt dem BZÖ-Kandidaten offenbar seine Performance als Kärntner Landeshauptmann zugute. Der Erfahrungs- und Regierungsfaktor dürfte für Haider auch den Ausschlag gegeben haben, wenn es darum geht, wer mehr Arbeitsplätze schaffen kann. 18 Prozent sagen das von Haider, nur 16 von Strache. Haider gilt den Befragten auch als besserer Ideengeber, wenn es um die Zukunft geht.  
 Strache führt allerdings bei rechten Kernthemen, wie Sicherheit und Ausländerpolitik klar: 30 Prozent glauben, dass Strache für „Sicherheit und die richtige Ausländerpolitik sorgt“.  
**70 Prozent Ablehnung gegen Haider und Strache.** Mit diesem Wert erreichen beide Politiker auch mehr Zustimmung als in allen anderen Fragen. Grundsätzlich saßen beide Politiker in allen Fragen auf wesentlich mehr Ablehnung als Zuspruch. Im Fragen-Schnitt bewerten 70 Prozent der Befragten sowohl Strache als auch Haider negativ. (vnd)

Das Rennen um den Kanzler:  
 trifft zu → Angaben in Prozent

Dieser Kandidat ist mir sympathisch	STRACHE 19 HAIDER 17	Strache Haider 1:0
Dieser Kandidat ist besonders glaubwürdig	18 13	Strache Haider 2:0
Dieser Kandidat kann Regierung gut führen	13 14	Strache Haider 2:1
Dieser Kandidat sorgt für Steuerreform	17 16	Strache Haider 3:1
Dieser Kandidat sorgt für Sicherheit	30 28	Strache Haider 4:1
Dieser Kandidat hat gute Ideen	19 21	Strache Haider 4:2
Dieser Kandidat sichert Arbeitsplätze	16 18	Strache Haider 4:3
Dieser Kandidat vertritt Österreich gut in der EU	14 12	Strache Haider 5:3

Gallop fragt Persönlichkeit und Kompetenz in Sachfragen ab: Faymann legt bei sechs von acht Fragen vorne (Haider's Werte in orangen Balken, Strache's Werte blau).

BZÖ-Gründer Haider hat im Wahlkampf ein einziges Ziel: Er will gewinnen.

FPÖ-Chef Strache hat Unterstützung in den Umfragen.

11. AUGUST 2008 ÖSTERREICH

**ECHTEN**

**Der Haider und sein Erbe**  
 Jörg Haider war lange das Vorbild von Heinz-Christian Strache. Nun sind sie erbitterte Rivale.

**Am 22. August gibt es das ORF-Duell Haider gegen Strache**  
**Brutalste TV-Konfrontation**

Jörg Haider (BZÖ) und HC Strache (FPÖ) werden die erste TV-Konfrontation bestritten.  
 Wien. Im ORF-Zentrum am Wiener Königberg laufen schon die Vorbereitungen für die erste TV-Konfrontation des Wahlkampfes. Am 22. August wird Ingrid Turnber Jörg Haider und Heinz-Christian Strache zum Duell um (recht) Wählerstimmen bitten. Es ist mit Sicherheit eine der publikumswirksamsten Konfrontationen, garantiert sie doch Dramatik und Streit. Sorgen macht sich der ORF nur um das Niveau der Diskussion zwischen den Spitzen von BZÖ und FPÖ. Moderatorin Turnber hat vorseitig schon einmal um Fairness gebeten.  
**Politische Schlamm-schlacht.** Zu erwarten ist, dass Haider gegenüber Strache seine Erfahrung hervorheben, nämlich selbst in Kärnten seit Jahren zu regieren und sich mit der Aufzählung der von ihm eingeführten Sozialmaßnahmen in Kärnten in Szene zu setzen. Dem hat Strache wesentlich bessere Umfrageresultate als Haider und seine höhere Beliebtheit entgegenzusetzen. (vnd)

BZÖ-Gründer Haider hat im Wahlkampf ein einziges Ziel: Er will gewinnen.

Anhang 7

MITTWOCH 18. MÄRZ 2009 **Salyburger Nachrichten** DIE SEITE DREI



# „Mit mir als Bürgermeister“

*„Rot Schwarz in Salzburg auflieben“ – das will FPÖ-Chef Strache.*

**Traum.** Heinz-Christian Strache macht Pläne. Er glaubt daran, kommendes Jahr Wiener Bürgermeister zu sein.

**SILVA WÖRSETZER**

Im Wiener Rathaus will der FPÖ-Chef Tage der offenen Tür abhalten. Zuvor aber solle seine Partei in Salzburg in die Landesregierung kommen, sagt er in SK-Interview. Landespartei-Chef Karl Scheifl müsse dafür gewisse Regierungsposten annehmen. Und für die EU-Wahl im Juni werde Strache ein zweistelliges Ergebnis anstreben.

SK: Sie haben gesagt, die FPÖ wolle in die Salzburger Landesregierung. Neben Sie darüber schon mit dem Salzburger FPÖ-Chef Karl Scheifl gesprochen? Der würde seine Amtszeit für einen Sitz in der Landesregierung aufgeben.

Strache: Karl Scheifl könnte genauso gut die Geschäftsführer der Partei als Klubobmann im Landtag führen. Und wir sind selbstverständlich bereit, Verantwortung für das Land zu übernehmen. Rot-Schwarz ist ja nach der Landeswahl abgewählt worden. Die Salzburger werden sehr gerne beschreiben, ob Burgtaler und Haslauer an weiterzukommen werden wie Feymann und Proll im Bund.

SK: Wie ging denn anstelle Scheifl in die Landesregierung?

Strache: Das ist Angelegenheit der Landespartei. Jetzt geht es nicht um Personen, sondern um Inhalte. Es geht darum, ob die SPÖ bereit ist, die Ausgrenzungspolitik gegenüber der FPÖ zu beenden. Und die ÖVP-Wähler müssen sich fragen, was sie überhaupt gewählt haben, wenn er bereit ist, wieder Galt Burgtaler zur Landeshauptfrau zu machen. Aber man muss damit rechnen, dass Feymann und Proll die Partei verlassen. Da darf der Rot-Schwarz geben. Das gibt es jetzt in Salzburg aufzubrechen.

SK: Sie sagen, was SPÖ und ÖVP ihre Ansicht nach tun müssen. Sie haben die Bundesregierung als „Gemeinschaftskanzler“ bezeichnet. Sind Sie bereit, als Vorleistung auf eine Regierungsbeteiligung damit zu verzichten?

Strache: Ich habe im Rahmen des Anwerbswettbewerbens daran erinnert, dass Feymann und Proll die alte Bundesregierung als neue verkünden wollen, obwohl sie für den Streitstand in der alten Kanzlerin verantwortlich waren. Das erinnert an den Generalbeschwerdenfall in Deutschland, wo man ein altes und jung abgelehntes Produkt den Kunden als neuwertig anbieten wollte. Insoweit ist der Vergleich passend. Das ist die Realität. SPÖ und ÖVP sind nicht bereit, eine sozial gerechtere Politik zu machen und endlich die eigenen Staatsbürger zu entlasten. Da habe wir klare Prioritäten.

SK: Welche würde denn die FPÖ in einer Salzburger Landesregierung vertreten wollen?

Strache: Ich verstehe unter sozialer Gerechtigkeit für Österreicher, dass man alle Sozialleistungen vom Kindergeld angefangen, an die Staatsbürgerverteilung knüpft. In der Zuwanderer soll kein Beitrag schweigen. Steuern zahlen, sich integrieren und dadurch beweisen, dass er Arbeitsrechte hat. Aber er will nicht von einem Tag zu allem gewohnt bekommen.

SK: Arbeitsintegrationspolitik. Sie werden sich im Rahmen der Integrationspolitik gegen das neue Bürgerrecht. Das ist nicht eine Bürgerrecht, das gibt es für einmündigen, das eine gut integrierte Familie haben darf. Scheifl das Arbeitsrecht, tun sie auf der Nase herum.

SK: Die nächste Wahl steht im Juni an. Bei der EU-Wahl 2004 hat die FPÖ sechs Prozent der Stimmen erhalten. Wie viel wollen Sie diesmal?

Strache: Wie wollen sie stark wie möglich werden. Ich erwarte eine zweistellige Ergebnis – je höher, desto besser. Da gibt die große Chance, die EU-Wahl im Volksentscheid werden zu lassen, die man den Österreichern versorgt hat. Da sollen die Österreicher über den EU-Verfassungsvertrag abstimmen und den abgelehnten Politiken von SPÖ, ÖVP und Grünen eine Absage erteilen. Wir wollen auch keinen EU-Berlin der Türkei.

SK: Sie haben die „Jugend von Wien“ ausgerufen. Was rechnen Sie sich für die Wiener Landtagswahl an?

Strache: In Wien erleben wir einen prägenden Bürgerbewegung, der Aussagen zum Beispiel gibt, für die man sich zum EU-Entscheidungen. Seit 1993 glänzt Michael Häupl durch Unschicklichkeit während Wien die höchste Belastungsquote bei den Gebühren hat, die höchsten Mieten im sozialen Wohnung und Reformministerin. Wien hat Besseres verdient. Ich will eine Bürgerbewegung aus dem Rathaus machen. Einmal pro Woche können dann die Wienerinnen und Männer mit mir als Bürgermeister über ihre Probleme reden.

SK: Sie gehen offenbar so davon aus, spätestens 2010 Wiener Bürgermeister zu sein.

Strache: Ich habe den Eindruck, dass die Wienerinnen und Männer die präpotente Stadtregierung unter Häupl satt haben. Und die ÖVP gibt es in Wien ja eigentlich nicht. Sie hat angestrichelt, wie Sicherheiten wieder Häupl zum Bürgermeister zu wählen. Wer also ÖVP wählt, bekommt Häupl.

SK: Sie sind sehr optimistisch. Dabei haben Sie doch in Salzburg bei Wahlen von 15 Prozent verfehlt. (Die FPÖ erhielt am 1. März 13 Prozent, Anm.)

Strache: Das ist ein Unverständnis. Ich habe gesagt, dass 15 Prozent möglich sind aber nicht, dass sie das Ziel sind. Wir haben vier Prozent hinzugewonnen und alle Einzelnen einen großen Wähler gewonnen.

SK: Die FPÖ-Nationalratsabgeordnete Susanna Wörner ist in erster Instanz wegen Verletzung und Herabwürdigung religiöser Lehren zu einer Geldstrafe und zu einer bedingten Freiheitsstrafe von drei Monaten verurteilt worden. Wird sie ihr Mandat zurücklegen, sollte das Urteil rechtskräftig werden?

Strache: Ich gehe von einem Einspruch aus. Ich gebe davon aus, dass in einem Rechtsstaat kein politischer Mandat, der die Wahrheit sagt und eine politische Meinung vertritt, verurteilt wird.

SK: Und wenn es doch eine Verurteilung wird?

Strache: Ich würde hinter Susanna Wörner ich beurteile ein laufendes Verfahren sein.

**Daten & Fakten**

**„Kampf um Wien“ spätestens 2010**

Die nächste Landtagswahl in Wien findet planmäßig im Herbst 2010 statt. Obwohl Bürgermeister Michael Häupl (ÖVP) eine Vorleistung eine Absage erteilt hat, wird weiter über einen früheren Termin spekuliert, das FPÖ erzwang die Wahl zum „Kampf“ um die Burgtalerwahl. Heinz-Christian Strache, Wiener FPÖ-Chef seit 2004, will als Bürgermeister kandidieren. Bei der letzten Wahl 2005 hatte die FPÖ nur 5,20 Prozentpunkte erhalten – jedoch hatte man nach der Parteispaltung in FPÖ und BZÖ mit höherem Stimmenanteil gewonnen. Jedenfalls müsste Strache seine Chancen gewinnen. Die Ausgangslage für die Wahl nach dem Übergang 2005: SPÖ 68,09%, ÖVP 14,77%, FPÖ 14,82%, BZÖ 14,62%.

**Einmal einen einzigen Tag nur Wahrheit pur**

König von der königlichen Ordnung des oder der Lügen. Da über sich die Rechte wie die Lügen, die 15 Jahre und die Konservativen im Verhältnis von haben.

Lügen sind vor allem deshalb schmerzhaft, weil sie das Wachstum verhindern. Das Leben des Menschen ist...

Zum über die vermeintlichen Forderungen durch die anderen. Besonders bekannt wird es, wenn Leute sagen, zu denen Arbeitsbeschäftigung die Wahrung jener zehn Lebewesen ist die eigentlich einmal auf einem Berg in Ägypten in Stein gemeißelt worden ist.

Wichtig, dass er ganz genau gewusst habe, wie wichtig das Zerkleinert gewesen sei, mit dem er die Fäden versetzt hat. Wenn ein Mediziner entscheiden sollte, dass seine eigenen Entwürfe nicht sind als die Kopien davon, was ein berühmter Mensch...

**VIKTOR NERMANN**

Die Lüge ist eine Aussage, von der der Lügner weiß, dass sie nicht wahr ist.

Anhang 8

## Ernst Fischer an den Sender Rot-Weiß-Rot

Nationalrat Ernst Fischer hat dem Direktor Wild vom Sender Rot-Weiß-Rot folgenden Brief übermittelt:

*„Sehr geehrter Herr Direktor! Ihre wiederholte telefonische Aufforderung, im Sender Rot-Weiß-Rot über die „Argumente der westlichen gegen die östliche Demokratie“ zu sprechen, kann ich wohl nur als ein ironisches Mißverständnis auffassen. Die Demokratie, für die Robespierre in Frankreich, Lincoln in Amerika kämpfte, war unbestreitbar ein Riesenschritt vorwärts in der Geschichte des Menschengeschlechts; die sogenannte Demokratie jedoch, die den Atomkrieg propagiert und vorbereitet, und die in der Tätigkeit des unamerikanischen Komitees ihr Wesen kundtut, ist eine schauerliche Farce, für die positive Argumente zu finden meine Phantasie nicht bereichert. Außerdem steht der Sender Rot-Weiß-Rot, obwohl er aus den Mitteln österreichischer Staatsbürger finanziert wird, unter dem Kommando einer Besatzungsmacht, die ihn beschlagnahmt hat. Es ist nach meiner Auffassung für einen österreichischen Politiker unpassend, in einem solchen Sender zu sprechen. Ich bin jedoch überzeugt, daß Ihnen in den Reihen der OeVP, der SVOe und des VdU genügend Sprecher zu Diensten stehen, die für die westliche Demokratie all jene Argumente entdecken werden, die man im amerikanischen Hauptquartier zu hören wünscht. Ich bitte Sie also, auf meine Mitarbeit zu verzichten.“*

Ernst Fischer

**Anhang 9****FPÖ: Totgesagte leben länger**

Conrad Seidl, 20. 5. 2019

<https://derstandard.at/2000103508661/FPÖe-Totgesagte-leben-laenger>

Den harten rechten Kern gibt es weiterhin. Man weiß nur noch nicht, wer der nächste Peter, Haider oder Strache sein wird, der ihn um sich scharf.

Schadenfreude gilt für viele Menschen als die schönste aller Freuden. Man kann gut nachvollziehen, wie viele Menschen jetzt herzlich über die Tollpatschigkeit lachen, mit der die damaligen freiheitlichen Politstars im Ibiza-Video bloßgestellt wurden. Recht geschieht ihnen. Im schadenfrohen Überschwang kann man auch zu der Meinung – und sogar zu der Schlagzeile – kommen, der zufolge die FPÖ nun am Ende sei.

Wohl wahr: Die Freiheitlichen geben ein Bild des Jammers ab. Gerade jetzt, wo man von ihnen manhaftes Auftreten erwarten würde, ergehen sich die scheidenden wie auch die nachrückenden Männer in der Führungsriege in sentimental Hinweisen auf ihr belastetes Familienleben und weinerlichen Klagen darüber, dass die ganze Gesinnungsgemeinschaft in so boshafter Weise bloßgestellt worden ist. Das wird Stimmen kosten, zumindest bei den rechten Recken, die Waschlappen im Nadelstreif misstrauen.

Hardcore-Rechte des Funktionärskaders

Aber man darf sich nicht täuschen: Die FPÖ-Gefolgschaft besteht nur zu einem kleinen Teil aus den Hardcore-Rechten des Funktionärskaders. Im großen Rest der freiheitlichen Wählerschaft mag es schon die eine oder den anderen geben, die das Gesülze für Reue, die Weinerlichkeit für menschliche Zuwendung und sogar noch die Uneinsichtigkeit für beharrliche Systemkritik halten.

Die Geschichte lehrt, dass die FPÖ sich immer wieder aufrappelt. Das ist quasi ihre DNA seit den Richtungskämpfen und dem Zerfall des Verbands der Unabhängigen (VdU) zu Beginn der 1950er-Jahre. 1956 schuf Friedrich Peter die FPÖ, die alle Wahlniederlagen überstand. Immer wieder schien sie am Ende zu sein – etwa als ihr die Rolle als Juniorpartner der SPÖ von 1983 bis 1986 verheerende Umfragewerte bescherte. Noch dazu war die Partei damals, wie schon 30 Jahre davor der VdU, in ein nationales und ein liberales Lager gespalten. Aber dann kam Jörg Haider. Die Nationalen setzten sich durch, und es folgten 15 Jahre mit zahllosen Wahlerfolgen, die auch durch etliche unappetitliche Finanzaffären nicht verhindert wurden.

Den harten rechten Kern gibt es weiterhin

2002 dann der Aufstand der Funktionäre in Knittelfeld, die Abspaltung des fast vergessenen BZÖ und etliche Wahlniederlagen. Es war Heinz-Christian Strache, der die Partei rund um einen harten Kern wiederaufgebaut hat. Man darf nicht übersehen: Den harten rechten Kern gibt es weiterhin. Man weiß nur noch nicht, wer der nächste Peter, Haider oder Strache sein wird, der ihn um sich scharf.

**Anhang 10**

BENESCH D.

----- Original Message -----

From: OTS, Verteiler@apa.at

To: o1@mail.orapa.at

Sent: Friday, March 01, 2002 12:58 PM

Subject: OTS0176 Raschhofer: Europäisches Parlament bringt Dynamik in die Benes-Frage

OTS0176 5 II 0379 NFC005 AI 01.Mär 02

FPÖ/Raschhofer/EP/Benes-Dekrete

Raschhofer: Europäisches Parlament bringt Dynamik in die Benes-Frage

Utl.: ÖVP erkennt endlich europäische Dimension der Problematik=

Wien, 2002-03-01 (fpd) - Lobende Worte findet Daniela Raschhofer, Delegationsleiterin der Freiheitlichen im Europäischen Parlament, erneut für das Vorhaben des EP zur Einholung eines Rechtsgutachtens über die Benes-Dekrete. "Endlich beweist das Europäische Parlament in dieser Sache die notwendige politische Courage und Respekt vor den Rechtsnormen der EU. Denn zum ersten Mal werden in einem Gutachten europarechtliche Fragen überprüft."\*\*\*\*\*

Für Raschhofer steht die Unvereinbarkeit der Benes-Dekrete mit den Kopenhagener Kriterien und den in Artikel 6 des Vertrages von Amsterdam verankerten Grundsätzen außer Zweifel. "Bereits im Jahr 1992 hat Universitätsprofessor Felix Ermacora ein Rechtsgutachten über die völkerrechtlichen und politischen Aspekte der Sudetendeutschen Frage für die Bayerische Staatskanzlei erstellt. Dabei gelangte er zu dem Ergebnis, daß die Benes-Dekrete nicht mit dem geltenden Völkerrecht vereinbar sind." Raschhofers Schluß: "Dieser Verstoß gegen Völkerrecht indiziert, daß die Dekrete auch mit EU-Recht nicht kompatibel sein können. In Wahrheit könnte man sich das Geld für ein neues Gutachten also sparen."

Mit Interesse beobachtet die freiheitliche Delegationsleiterin nun das weitere Vorgehen von Kommission und Rat für allgemeine Angelegenheiten in der Benes-Frage. "Bisher fanden sich in keinem der Fortschrittsberichte Einwände zur Unvereinbarkeit der Dekrete mit den Kopenhagener Kriterien." Ein Umstand auf den Raschhofer schon mehrmals hingewiesen hat. "Ich habe dieses Manko in meinen Redebeiträgen zu den Fortschrittsberichten jedesmal aufgezeigt, doch man hat dies schlichtweg ignoriert", bedauert Raschhofer.

Zusätzlich ortet die freiheitliche Delegationsleiterin in der Diskussion um die Benes-Dekrete eine Nagelprobe für die ÖVP. "Nachdem Außenministerin Benita Ferrero-Waldner einen ersten Vorstoß in der ZIB getätigt und die Benes-Dekrete als relevant für den Beitrittsprozess Tschechiens bezeichnet hatte, gab es prompt Abschwächungsversuche und Beschwichtigungen. Die Benes-Dekrete wurden umgehend von der ÖVP auf ein bilaterales Problem reduziert. Offenbar hat die Außenministerin der politische Mut in der Benes-Frage verlassen." Bemerkenswert stellt sich für Raschhofer auch die Position von ÖVP-Delegationsleiterin Ursula Stenzel dar. "Es freut mich, daß sich Frau Stenzel mit dem Rückenwind des außenpolitischen Ausschusses auf eine vernünftige Linie eingeschwenkt hat. Interessant ist jedoch, daß sie einerseits den Mut zur Verzögerung des Beitrittsprozesses betont, andererseits aber nicht ausspricht, was die Unvereinbarkeit der Benes-Dekrete mit dem EU-Recht tatsächlich bedeuten würde. Hoffentlich verliert Frau Stenzel nicht den Mut vor ihrer eigenen Courage", so Raschhofer abschließend. (Schluß)

Rückfragehinweis: Freiheitliches Pressereferat

Anhang 11

# Innerpolitische Befriedung abgeschlossen

## Staatsbürgerliche Gleichstellung aller österreichischen Bürger hergestellt - NS-Amnestie, politische Amnestie und Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz-Novelle vom Nationalrat beschlossen

In seiner letzten Sitzung der Herbst-sesssion 1956/57 vollzog der Nationalrat einen bedeutungsvollen geschichtlichen Akt. Das Haus beschloß die NS-Amnestie, die politische Amnestie und die Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz-Novelle, womit die innerpolitische Befriedung abgeschlossen ist.

Berichterstatter über die drei Vorlagen war Abg. Eibegger (S). In seinem Referat sagte er: Zwölf Jahre nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes, zwölf Jahre nach der Wiederrichtung der demokratischen Republik Österreich sollen die noch offenen Teile des sogenannten Nationalsozialistenproblems endgültig gelöst werden. Mit der Nationalsozialistenamnestie soll der Rest der noch in Geltung stehenden Ausnahmegesetze gegen die ehemaligen Nationalsozialisten beseitigt, die staatsbürgerliche Gleichstellung aller österreichischen Bürger hergestellt werden, die Zwischenstände vom Zusammenbruch des nationalsozialistischen Gewaltherrschers bis zur Festlegung der demokratischen Rechtsordnung der erst durch den Staatsvertrag wieder frei, unabhängig und souverän gewordenen Republik Österreich abgeschlossen werden.

In eingehender Besprechung der drei Gesetzesentwürfe vertrieb Abg. Eibegger unter anderem darauf, daß zwar die Verpflichtung zur Entrichtung bereits festgesetzter Schenkungsabgabepflichten bleibt, bei der Einbringung aber jede unbillige Härte zu vermeiden ist. Nach Mitteilung des Finanzministeriums sind praktisch 97% der vorgeschriebenen Schenkungsabgabebeträge eingezahlt worden und nur mehr 3% in einer runden Summe von 8 Millionen S ausstehend, die wahrscheinlich zu einem größeren Teil uneinbringlich sein werden. Von den ursprünglich erfolgten 10.000 Ausbürgerungen sind inzwischen nach den Bestimmungen des § 4 Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetzes rund 2000 widerrufen worden, so daß theoretisch noch

1000 Fälle vorhanden sein können, wenn nicht ein Teil davon in der Zwischenzeit auf andere gesetzliche Art die österreichische Staatsbürgerschaft erworben hat.

### Die Meinungen der Parteien

Die Parteien nahmen hierauf in einer ausführlichen Diskussion durch ihre Sprecher zu den drei Vorlagen Stellung. Der erste Redner war Abg. Fischer (S), der zunächst erklärte, seine Fraktion billige eine umfassende Amnestie, die allen zuteil werden solle, die wegen politischer Delikte angeklagt und verurteilt wurden, mit Ausnahme jener Kriegsverbrecher, für die der Nationalsozialismus wieder Genugtuung noch Verbindung, sondern blühiges Gewerbe war. Er erinnerte daran, daß das Parlament im Juli 1956 durch einstimmigen Beschluß die Bundesregierung aufgefordert hat, ehestens ein Gesetz für die Wiedergutmachung vorzulegen, das für alle gelten sollte, denen im Kampf für ein unabhängiges und demokratisches Österreich oder als Opfer politischer Verfolgung in der Zeit vom 8. März 1938 bis zum 5. Mai 1945 Unrecht widerfahren und Schaden zugefügt wurde. Die Bundesregierung hat jedoch bis heute ein solches Gesetz nicht vorgelegt. Wir appellieren an das Parlament, sagte Abg. Fischer, nicht durch einseitige Wiedergutmachung die Gerechtigkeit zu verhöhnen. Schaffen Sie einen allgemeinen Wiedergutmachungstendenz, verteilten Sie die vorhandenen Mittel nach dem Prinzip der Gerechtigkeit, lösen Sie das Versprechen ein, das Sie den Opfern des Faschismus und des Krieges gegeben haben! Nur einer solchen Gesamtlösung, einer allseitigen, allumfassenden Wiedergutmachung sind wir bereit zustimmen.

### FPÖ: Erst ein Anfang

Abg. Dr. Pfeifer (FPÖ) leitete seine Ausführungen mit der Feststellung ein, das vorliegende Gesetz über die teilweise Aufhebung des Verbotsgesetzes und Nationalsozialistengesetzes löse eine unvollständige und irreführende Titel. Dieser bringt nicht zum Ausdruck, betonte er, daß sich das Kriegsverbrechergesetz und das Wirtschaftsüberlegungsgesetz aufgehoben werden, der Kurztitel „NS-Amnestie 1957“ paßt aber für den größten Teil des Gesetzes nicht. Die große Masse der auf Grund der Unrechtsgesetze Verfolgten hat nämlich kein Unrecht begangen, sondern hat lediglich von dem verfassungsmäßig gewährleisteten Recht der politischen Meinungs- und Bekenntnisfreiheit Gebrauch gemacht. Das besondere Verwerfliche an diesem Verfolgungssystem war, daß es nachträglich rechtlichaffine Leute kollektiv zu Verbrechern erklärt hat. Alle Hoffnungen, daß es nicht bloß zur Aufhebung der Unrechtsgesetze,

sondern auch zur Wiedergutmachung des Unrechts komme, werden durch dieses Gesetz enttäuscht.

Dr. Pfeifer beschäftigte sich dann mit der Entstehungsgeschichte der NS-Amnestie, worauf er, als er behauptete, daß in rund 30.000 Fällen ehemaligen Nationalsozialisten ihre Möbel entweder gestohlen oder zerstört worden seien, zu erregten Zwischenrufen kam. — Abg. Dr. Oberhammer: Wie oft wollen Sie das noch wiederholen? — Abg. Dengler (V): Was war 1938? — Abg. Probst (S): Da hat das Führer-Recht begonnen! — Abg. Dengler: Wer hat damals nach dem Völkerrecht gefragt? — Abg. Dr. Pittnermann (S): Hätten Sie das vor 18 Jahren gesagt! — Abg. Rosa Ruck (S): Was ist mit dem Eigentum der verbrannten Juden? — Dr. Pfeifer fortsetzend: Die Freiwirtschaften hatten es nicht für richtig, daß man nachträglich ein Eigentum zugunsten dessen wiederbegründet, der seinerzeit der rechtmäßige Eigentümer war. Man kann über diesen Personenkreis nicht als „Bedürftige“ bezeichnen, sondern hätte sie im Sinne der Rückstellungsgesetzgebung „Berechtigte“ zu nennen. (Abg. Slavik (S): Wenn Sie nicht geboren worden wären, hätten die Nationalsozialisten schon längst Ihre Möbel! Sie haben ihnen viel mehr geschadet, als Sie ihnen noch jemals nutzen können!) Sie haben die Behandlung dieser Frage noch und noch hinausgeschoben, jetzt weiß Ihnen vor der Tür stehen, werden diese Gesetze endlich beschlossen! (Beifall auf der Galerie.)

Präsident Dr. Hurdas (das Glückwünschen gebend): Ich mache die Galerie darauf aufmerksam, daß es der Galerie verboten ist, sich in den Verhandlungen des Hauses einzumischen. Sollten von der Galerie nochmals Beifalls- oder Mißbilligungsbekundungen kommen, dann lasse ich die Galerie räumen. (Abg. Herke (S) zu der FPÖ: Das habt Ihr gut organisiert! — Abg. Dr. Gredler (FPÖ): Das haben wir nicht organisiert, sondern die Leute haben den richtigen Instinkt! Von Wahl im Wahl kommt Ihr mit euren Schlägern.)

Die sogenannte NS-Amnestie stellt sich für uns nur als Anfang eines erst zu schaffenden größeren Befriedungswerkes dar, schloß Abg. Dr. Pfeifer, das mit aller Energie fortgesetzt werden muß, um das Ziel zu erreichen, das in Artikel 8 des Staatsvertrages, daß allen Menschen die Menschenrechte zugesichert sind, und in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte festgelegt ist. Zu diesem Zweck werden die letzten Reste der Ausnahmegesetze zu beseitigen und die Gleichberechtigung aller Staatsbürger wiederherzustellen sein. Bis dahin ist noch ein langer Weg. Der Schlüssel liegt bei weitem noch nicht gezogen. Aber ein Anfang ist endlich, endlich gemacht.

## Alle Diffamierungen aus der Welt geschafft

Der nächste Redner war Abg. Polcar, der den Standpunkt der Österreichischen Volkspartei darlegte. Er sagte unter anderem: Dieses Amnestiegesetz 1957 ist kein Wiedergutmachungsgesetz gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten, es kann und darf es gar nicht sein, wollen wir nicht den hunderten Opfern des Faschismus mitten ins Gesicht schlagen. Das Gesetz ist eine sehr willkommene Amnestie und bringt die endliche Wiederherstellung der vollen Gleichheit aller österreichischen Staatsbürger vor dem Gesetz. Die Volkspartei hat an der NS-Gesetzgebung mitgewirkt und scheidet sich nicht die Verantwortung. Wenn wir es heute dennoch kritisch betrachten wollen, dann soll das nicht eine Verurteilung jener Männer und Frauen sein, die diese Gesetze 1946 und 1947 beschlossen haben, sondern es soll eben aus dem mittlerweile Erlebten die richtige Schlussfolgerung gezogen werden. Daß die NS-Gesetzgebung nicht in unser Rechtssystem paßt, beweist selbst außerdem die Tatsache, daß seit 1947 allein von den Abgeordneten

der ÖVP 18 umfangreiche Änderungsanträge eingebracht wurden. Auch die Verwaltung hat erkannt, daß diese NS-Gesetzgebung nicht richtig war, denn sie selber legte 20 Regierungsprojekte zur Abänderung des NS-Gesetzes vor. Die Initiative der Abgeordneten brachte in den abgelaufenen sechs Jahren schon manche Änderung der NS-Gesetzgebung zugunsten der Betroffenen, in manche Härte konnte abgebaut werden, Dennoch aber hatte jeder auch nur formal der NSDAP angehörende Österreicher das Gefühl, Staatsbürger zweiter Ordnung zu sein.

Der vorliegende, über Initiativantrag der ÖVP zustande gekommene Gesetzesentwurf soll alle bisherigen Diffamierungen aus der Welt schaffen, wenn auch einige Detailprobleme, wie zum Beispiel die Wohnungsfrage, noch nicht klar sind. Die ÖVP hat sich seit 1947 zur Aufgabe gestellt, die NS-Gesetzgebung zu liquidieren und endlich wieder den Grundriss der Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz herzustellen. Der ursprüngliche Wunsch unseres Koalitionspartners war, aus dem

Rechtschaffen eine Regierungsbasis zu schaffen und diese dem Parlament zur Beschließung vorzulegen. Aus grundsätzlichen Erwägungen hat die ÖVP Fraktion gegen eine Regierungsanfrage, die von der Regierung aus dem Parlament zu beschließen war, abgelehnt. Wir haben aus in wesentlichen Verhandlungen zum Nationalsozialistenproblem in der ersten Sitzung des Nationalsozialistenproblemkomitees am 22. März 1956, die wir als Koalitionspartner und im bewiesenen Abgeordneten Kollegium ebenfalls sehr bewusst war, die Gesetzesfrage so rund als möglich fertiggestellt. Dieses Gesetz trägt deutlich den Stempel des Kompromisses. So manche Wünsche, welche die Initiatoren des Gesetzes hatten, müßten schuldig schwerwiegender Bedenken des einen oder anderen Verhandlungspartners oder der Verwaltung oder im Interesse der Staatsbürger zurückgelassen oder abgemildert werden.

### Ein politisches Problem gelöst

Der nächste Redner war der sozialistische Abgeordnete Slavik, der erklärte, Abg. Dr. Pfeifer habe sich in vielerlei Hinsicht einseitig verhalten, wobei der Name der Befriedung nicht richtig sei. (Zustimmung bei den Regierungsparteien.) Die Wiedergutmachung ist ein sehr altes Abg. Pfeifer und seiner Partei, sagte Abg. Slavik weiter, daß es so lange gestauert hat, bis es zu einer wirklichen Befriedigung kommen konnte, wie sich auch in den Jahren der Besetzung und auch in den Jahren der Koalition mit den Alliierten Österreich beabsichtigt habe, Verhandlungen zu machen, aber Dr. Pfeifer und seine Koalitionspartner die Alliierten immer die Argumente in die Hände gedrückt haben, die es ihnen ermöglichten, sich dem Verhandlungspartner zu stellen. (Zustimmung bei SPÖ und ÖVP.) Dr. Pfeifer verweist nicht, die wichtigsten Punkte sind die rechtlichen Dinge zu erledigen. (Zustimmung.) Die Koalitionspartner hat nicht dieses Parlament eingeholt, sondern es gab vorher eine Verständigung bei der die Angehörigen einig waren, wenn die Verhandlungen sich beschleunigen würden. (Zustimmung.) Ich bin wie 1946 mit dem Haus nicht verbunden, so gibt es heute auch kein Mißverständnis, denn dann würde man trachten, die Möbel aus Moskau wieder zurückzubekommen.

Was die Möbel und die Redigieren betrifft, ist die Wiener Koalitionspartner immer bereit, trotz der gestellten Forderungen, eine Verhandlungsbasis zu sein und alles Mögliche auf einem Weg zu suchen, der die Beteiligten zufrieden stellt. Die Geschichte hat auf freiwähliger Basis in 23.000 Fällen die Möbel zurückgegeben, so daß jetzt nur mehr 800 Fälle zu bereinigen sind. Auch bei den Schenkungen war die Verständigung erreicht, den Verkauf der Kleinigkeiten und die Verträge zu einer glücklichen Regelung zu vereinbaren. An diese Wege sind von den 900 ursprünglich vorgeschriebenen Schenkungen nur etwa 300 zurückgegangen, was die Preisbestimmungen betrifft werden diese gewerbliche Regelung ohne Flakke und ohne große Kosten, die nicht gezahlt hätten, weil auch die Alliierten Ein-spruch erhoben hätten.

Diese Gesetzeswerk, sagte Abg. Slavik weiter, ist in wesentlichen Verhandlungen zwischen den beiden großen Parteien entstanden gebracht worden. Dabei ist es gelungen, sehr schwierige Probleme zu lösen, und wir können mit ruhigem Gewissen sagen, daß uns diese Gesetze ein großer Schritt in der Befriedung des österreichischen Volkes verschaffen.

Es ist uns in gemeinsamer Arbeit wohl gelungen, das politische Problem zu lösen, die Lösung der Krieg- und Kriegsopferprobleme haben wir jedoch noch sehr wenig von ihnen. Durch den Staatsvertrag sind wir verpflichtet, den Besatzungsmächten alle Möglichkeiten zu einem raschen Auszug zu lassen. Doch ist der von Finanzministeren verantwortete Entwurf nach Ansicht der Sozialisten nicht geeignet, eine Lösung dieses Problems herbeizuführen. Wir werden uns nach Zusammenrufen beraten, um das Problem der Besatzungsmächten zu lösen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Nach ein weiterer Problem heißt seiner Lösung, nämlich die Gewährleistung einer Einbindung an die Staatsbürgerschaft, die mit Recht Forderungen an die Öffentlichkeit stellen.

Wir dürfen bei der Behandlung dieser Probleme nicht nur dem Auge betreiben, sondern wir vor dem Willen der Bevölkerung stehen und nach dem Willen erklären, daß wir kein Geld haben. Wir müssen uns zusammenzusetzen und die Frage prüfen, ob wir Abg. Slavik, wieviel die Wirtschaft des Staates ist, diese Schritte werden wiederzulegen. Für alle diese Gruppen muß der gleiche Maßstab gelten.

Die Abstimmungen  
Die weitere Diskussion betraf die Abstimmungen des Hauses (V), Dr. Zechner (FPÖ), Dr. Weißmann (V), Dr. Pittnermann (S), Slavik (S) und Dr. Pfeifer, wurde die erste 13 Paragraphen des NS-Amnestie-Gesetz beschlossen, der restliche Teil des Gesetzes gegen die Stimmen der Koalitionspartner, die Amnestie 1957 und die Abänderung des Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetzes einstimmig angenommen wurden.

Es folgt hierauf die Wahl der Vertreter Österreichs für die heranstehende Vernehmung des Europarates. Als Mitglieder wurden die Abgeordneten Dr. Polcar, Dr. Weißmann, Dr. Pittnermann und Abg. Dr. Slavik, als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Krenn, Dr. Polcar, Dr. Weißmann, Dr. Pittnermann und Abg. Dr. Slavik gewählt.

Die Abstimmungen mit den Parteien legt dem der Präsident dem Haus folgenden

gemeinsamen Mitarbeiter für die aufgewandte Mühe und Arbeit. Demnach Einbezug sei aber ein kritischer Wert ausgedrückt. Im Laufe der Verhandlungen zeigte sich, daß einige wenige Vertreter der Verwaltung sich gegen den Akten oder anderen aus politischen und staatspolitischen Gründen verhalten. Wunsch des Parlamentes erfüllt. Wir Abgeordneten des Parlamentes sind entschlossen, auf die Befriedung des Nationalsozialistenproblems und haben uns diese sehr oft erboten. Nach dem Zustand der Gewaltentwertung liegt für das Zustandekommen des Gesetzes einzig und allein das Parlament die Verantwortung. Wir haben im Parlament Gesetze zu beschließen, die dem Volk, dem Staat und der Gemeinschaft nutzen. Es wäre verfehlt, würden wir die Gesetze ausschließlich nach dem Wunsch der Verwaltung beschließen. Lieber ein Gesetz, gegen das die Verwaltung Bedenken hat, als Gesetze gegen die unser Auftraggeber, die Volk, Deutlich lautet!

### Österreich und

Der Nationalrat beschloß sich gestern auch mit dem Statuten der Internationalen Altsprachenkommission.

### Österreich und

Der Nationalrat beschloß sich gestern auch mit dem Statuten der Internationalen Altsprachenkommission.

Der Nationalrat beschloß sich gestern auch mit dem Statuten der Internationalen Altsprachenkommission.

Der Nationalrat beschloß sich gestern auch mit dem Statuten der Internationalen Altsprachenkommission.



## Anhang 12

ES NEI  
DLG

FPÖ - Mann, 45 Jahre  
0-22/22/22

Wheine Zeitung - 17. 10. 92

# Haider rügt Heide Schmidt wegen „Abstauberposition“

**Haiders Konflikt mit Parteifreundin Heide Schmidt und ein „Wirtschaftssofortprogramm“ waren Themen einer FPÖ-Presskonferenz.**

■ VON UNSERER WIENER REDAKTION

**E**s wundert mich, daß wir in Österreich so fröhlich sind“, erklärte der FPÖ-Wirtschaftssprecher, Abg. Helmut Peter, bei der Präsentation eines „Wirtschaftssofortprogramms“. Peter, selbst ein Unternehmer, malte die Lage der Wirtschaft in düsteren Farben: Die Konjunktur drohe zu kippen, es gebe einen dramatischen Einbruch bei den Exporten und die bisherigen „Konjunkturlokomotiven Bau und Tourismus“ seien derzeit auf dem Abstellgleis.

Die Industriekonjunktur sei „in sich zusammengebrochen“, auch erlebe unser Land heuer eine beispiellose Pleitenwelle.

Schwerpunkte im Sofortprogramm der FPÖ: Stärkung der Eigenkapitalbildung in den Betrieben. Ein sofortiger Stopp bei den Sozialversicherungsbeiträgen und Lohnnebenkosten. „Diese Lohnverrechnung, wie wir sie in Österreich haben, muß ein volltrunkener Ministerialrat erfunden haben“, sagte Peter, der einen Bürokratieabbau forderte. Für Lohnverrechnung und Behördenwege



**Duell statt Dialog**

würde „bereits ein Viertel der Arbeitszeit von kleinen und mittleren Unternehmen aufgehen“.

FPÖ-Chef Haider, der einbegleitet hatte, nahm am Schluß auf Anfrage zu seinem „Dialog“ mit der freiheitlichen Dritten Nationalratspräsidentin Schmidt Stellung. Er sei nicht bereit, eine Diskussion über die Ablöse von Schmidt zu führen. Er mahnte aber seine Parteifreundin zur Einhaltung der „Spielregeln“. Es gehe um Solidarität, Loyalität und Kameradschaftlichkeit, meinte Haider. Es könne nicht so zugehen wie bei einem Fußballmatch, „wo einer vorne steht und abstaubt, indem er die Tore schießt, die anderen aber die Vorarbeit machen und keine Chance haben, Tore zu schießen“. Heide Schmidt „ist derzeit in einer Abstauberposition“. Es gebe Mandatare, die, „ohne eigene Ideen zu produzieren, die Profilierung durch abweichende Meinungen zum Obmann suchen“.

## Anhang 13

## Die rechten Denker vom Attersee

Conrad Seidl, 28. 9. 2019

<https://derstandard.at/2000088234873/Die-rechten-Denker-vom-Attersee>

Mit der Wiederbelebung des Atterseekreises versucht die FPÖ eine intellektuelle Plattform jenseits der Burschenschaften zu formieren.

Linz – Der Begriff Utopie ist im allgemeinen Sprachgebrauch verankert. Was aber eine Dystopie (die pessimistische Zukunftsvorstellung) ist, werden viele Empfänger der Einladung zur ersten Tagung des Atterseekreises erst einmal nachschlagen müssen. "Europa – von der Utopie zur Dystopie" lautet der Titel der Veranstaltung, zu der sich rund 100 geladene Gäste am Samstag am Attersee einfinden werden. Schon der Titel der Veranstaltung zeigt, dass hier nicht der durchschnittliche Wähler der FPÖ angesprochen werden soll, sondern ein gebildetes Publikum, das sich etwa mit der Frage "Wie der Gerichtshof der EU und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Politik machen" abwägend auseinandersetzen kann. Weitere Vorträge dieser Tagung befassen sich mit dem Europarat und dem EU-Vorsitz – wobei versichert wird, dass niemand einen Rückzug aus Europa, wie er in etlichen rechten Publikationen gefordert wird, wolle.

Theorie-Defizit der FPÖ

Vielmehr steckt hinter der vom oberösterreichischen Landespartei- und Landespartei- und Landespartei- betriebenen Wiederbelebung des Atterseekreises und seiner in den Siebzigerjahren auch mit Bruno Kreisky und Hannes Androsch gepflegten Diskussionskultur der Versuch, der Freiheitlichen Partei jenes intellektuelle Unterfutter zu verschaffen, das ihr in den vergangenen Jahrzehnten verloren gegangen ist. Da sich die FPÖ im äußeren Auftreten immer stärker auf den Themenkomplex Migration konzentriert hat, ist wenig aufgefallen, dass die Partei unter Jörg Haider sozialpolitisch weit nach links gerückt ist. Unter Haider gab es wenig politisch-theoretische Diskussionen in der Freiheitlichen Partei, sowohl der Atterseekreis als auch die ebenfalls längerfristigen politischen Visionen gewidmeten Weißensee-Gespräche sind unter seiner Obmannschaft bedeutungslos geworden. Politisches Theoretisieren überließ man den Burschenschaften, in der Partei ersetzten Haiders tagespolitische Ansagen die Grundsatzdiskussionen.

Haiders Lust am Umverteilen

Haider war ein Anhänger des Umverteilungsgedankens – er genoss es als Landeshauptmann, eigenhändig Geldgeschenke zu verteilen, natürlich nur an Landsleute. Dies widerspricht allerdings der liberalen Grundhaltung, die dem Staat möglichst wenig Umverteilung zugestehen würde – schließlich ist ja das Geld, das verteilt wird, anderen Bürgern über die Besteuerung entzogen worden. Norbert Nemeth, der Präsident des Atterseekreises und Organisator der Tagung am Samstag, sagt dazu: "Es sagt ja keiner, dass Umverteilung Diebstahl ist. Es hätte wohl katastrophale Folgen, wenn es keine Umverteilung gäbe. Aber man muss den Grundrechtseingriff so gering wie möglich halten." Das Grundrecht auf Eigentum zu schützen – auch durch Steuersenkungen – ist einer der liberalen Grundsätze, die Nemeth verstärkt bewusst machen will. Und er verweist auch auf die praktische Politik der türkis-blauen Regierung, die sich auf freiheitliches Betreiben eine Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40 Prozent in ihr Programm geschrieben hat.

Gesellschaftliche Visionen

"Linke Politik will den Menschen alles wegnehmen und dann verteilen", sagt der freiheitliche Ideologe, der die Gleichmacherei ablehnt, die schon in ihrem ersten Großversuch in der Französischen Revolution zu Staatsterror geführt hat. Er setzt dem die Vision von einer Gesellschaft entgegen, "in der der Umverteilungsbedarf möglichst gering wäre" und sich die Menschen frei entfalten können. Dem wirtschaftsliberalen Ansatz wird auch bei der Tagung am Samstag breiter Raum gewidmet, als Referentin ist Barbara Kolm geladen, die Friedrich von Hayeks neoliberale Wirtschaftstheorie ausbreiten wird. Im Attersee-Report, einer seit 2014 vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift, deren Konzeption sich vom rabiatischen Grundton anderer rechter Publikationen unterscheidet, wurde zuletzt das freiheitliche Bekenntnis zum Privateigentum und die Gegenposition zum Sozialismus ausgebreitet. "Am Ende scheiterten alle sozialistischen Systeme an ihrem antifreiheitlichen Charakter, der dem thymotischen Streben des Menschen widerspricht, an der Konzentration aller Macht in einer zentralistischen Bürokratie, an der Planwirtschaft, die mangels freier Preisbildung je zu einem verfehlten Ressourceneinsatz führen muss, an der kollektivistischen Gesellschaftsphilosophie, die Lohn nur für Fügsamkeit, nicht für Exzellenz verspricht, und an der Unfähigkeit

zur friedlichen Kooperation mit Nachbarstaaten", schrieb der Attersee-Report-Chefredakteur Jörg Mayer. "Ohne Staat ist das Volk nichts"

Präsident Nemeth bekennt sich als "radikaler Etatist", der sich in manchen Bereichen durchaus mehr europäische Integration vorstellen kann – etwa mit einer einheitlichen Straßenverkehrsordnung oder auch einer gemeinschaftlichen Armee. Dies aber unter der Bedingung, dass die EU-Mitgliedsstaaten dafür nicht nationalen Heere und ihre Souveränität aufgeben müssten. Den "freiheitlichen Urmenschen" definiert Nemeth als gesellschaftspolitisch konservativ und verfassungsrechtlich progressiv, sein Staatsverständnis lautet: "Ohne den Staat ist das Volk nichts. Erst durch den Staat wird das Volk zum Träger von Rechten." Dem Atterseekreis hat er übrigens eine Walflosse als Logo verpasst. Er leitet seine Bedeutung aus dem Gleichnis vom Propheten Jona ab, der von einem Wal daran gehindert wird, in ein gottloses Land zu ziehen. "Der Wal, der die Flucht vor Gott verhindert, ein Symbol des starken Staates, der unsere zivilisatorischen Errungenschaften bewahrt und gleichzeitig unsere größte Errungenschaft ist." Der freiheitliche Mensch sei aufgerufen, seine schützende Hand über diesen Wal zu halten. (Conrad Seidl, 28.9.2018)

#### Freiheitliche Volksbildungseinrichtung

Der Freiheitliche Arbeitskreis Attersee geht auf eine zunächst lose Runde von Mitgliedern des Rings Freiheitlicher Studenten (RFS) zurück, die sich im Jahr 1970 zusammengefunden haben, um der FPÖ eine liberalere Ausrichtung zu geben. Der spätere Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager traf damals mit dem heutigen Ehrenobmann der FPÖ und damaligen Parlamentsklub-Mitarbeiter Hilmar Kabas zusammen, der die Idee gut fand. Der Arbeitskreis wurde vom FPÖ-Nationalratsklub organisatorisch betreut und zunächst vom Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW) finanziert. Die erste Tagung fand am 23. Jänner 1970 im Anton-Reinthaller-Haus nahe dem Attersee statt. Der historische Atterseekreis war eine lose Organisation ohne formelle Mitgliedschaft. Anders die Wiederbelebung als Verein im Jahr 2014: Der Vereinssitz ist in der Linzer Blütenstraße, wo auch die Landes-FPÖ zu Hause ist. Präsident des Vereins ist der Jurist Norbert Nemeth, der im Hauptberuf Direktor des FPÖ-Parlamentsklubs ist. Die Finanzierung erfolgt teilweise durch das Land Oberösterreich – im aktuellen Förderbericht ist für das Jahr 2017 ein Betrag von 70.000 Euro als "Förderung von Volksbildungseinrichtungen" ausgewiesen. (cs)

## Anhang 14

FREITAG, 31. MAI 2019 *Salzburger Nachrichten*

### KURZ GEMELDET

#### Haydns Abschied wird rückwärts gespielt

**EISENSTADT.** Zu Joseph Haydns 210. Todestag erklingt am Freitag das Projekt „haydn.210“. Dabei wird das Finale der Abschiedssymphonie rückwärts gespielt: Während im Original die Musiker nach und nach abtreten, so ist es hier umgekehrt. Zum Konzert in Eisenstadt werden Beiträge aus Italien, Ungarn, England, Spanien und Rumänien zugespielt. Auf [WWW.HAYDNKONS.AT](http://WWW.HAYDNKONS.AT) wird dies ab 11 Uhr live übertragen. SN, APA

#### Franco Zeffirelli führt Regie für Anna Netrebko

**VERONA.** Anna Netrebko und ihr Gatte Yusif Eyvazov treten als Protagonisten in Giuseppe Verdis „Il Trovatore“ ab dem 29. Juni in der Arena von Verona auf. Inszenieren wird der 96-jährige Regisseur Franco Zeffirelli. Dabei handelt es sich um Netrebkos Debüt in Verona. Die Aufführung am 29. Juni sei ausverkauft, berichtete die 2018 amtierende Intendantin der Arena, Cecilia Gasdia, bei Vorstellung des Programms. SN, APA

## Ein Freifahrtsschein dient als Bote des Hasses

HEDWIG KAINBERGER

**MÜNCHEN.** Wie sich die Mittel gleichen! Verschickte die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDP) 2013 fingierte „Rückflugtickets“ mit der Wegbeschreibung „Ab Deutschland – Ziel Heimat – One Way“ an im Bundestagswahlkampf kandidierende Politiker mit Migrationshintergrund, so gab es lang, bevor Adolf Hitler Reichskanzler werden sollte, „Freifahrtkarten“ der deutschen Bahn für jene, die in der NS-Zeit als „Juden“ vertrieben und ermordet werden sollten. Beide Originale liegen nun in Vitrinen im NS-Dokumentationszentrum in München.

Hier haben drei Österreicher – Andreas Brunner, Barbara Staudinger und Hannes Sulzenbacher – jene Ausstellung adaptiert, die sie im Vorjahr für das Wiener Metrokino gestaltet hatten. Basis sind Hugo Bettauers Roman „Die Stadt ohne Juden“ aus 1922 und dessen Verfilmung, die lang verschollen war. Aus der im Oktober 2015 auf einem Pariser Flohmarkt aufgetauchten, nun restaurierten Fassung werden Ausschnitte abgespielt. Diese begleiten jene fünf sozialwissenschaftlich definierten Etappen, in denen eine Abneigung gegenüber einer Minderheit eskaliert: Polarisieren, Sündenböcke, Empathieverlust, Brutalisieren und Ausschluss.

Anders als in Wien werden Strategien der Ablehnung anhand deutscher Dokumente des 20. und 21. Jahrhunderts geschildert – mit „Bild“ statt „Kronenzeitung“, Zitat von Horst Seehofer statt von H. C. Strache und AfD-Plakat statt FPÖ-Plakat. Der österreichische und der deutsche Antisemitismus seien



„Freifahrtkarte“ für Juden, vermutlich Anfang des 20. Jahrhunderts.

ähnlich, erläuterte Kurator Sulzenbacher. Doch es gehe nicht nur um Antisemitismus, sondern um das Ablehnen einer Minderheit und den Moment, wenn „die Mehrheitsgesellschaft sagt: Wir hassen jetzt“.

Der Weg durch die Ausstellung ist doppelt grässlich: Zum einen ähneln sich einst und jetzt die Methoden und Symbole, um vermeintlich Fremde auszugrenzen. Zum anderen verläuft eine Linie des Hasses längst nicht nur zwischen Einheimischen und Eingewanderten, sondern auch zwischen liberalen Demokraten und den aus ihrem Minderheitendasein entwachsenen extremen Rechten.

**Ausstellung:** „Die Stadt ohne – Juden, Ausländer, Muslime, Flüchtlinge“, NS-Dokumentationszentrum, München, bis 10. November.

BILD: SNHKARCHIV DER FORSCHUNGSSTELLE FÜR ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG

**Anhang 15**



---

**Remarks on the Findings of the  
Commission of Historians to Reappraise  
the History of the FPÖ**  
von  
Raphael Israeli

**Inhalt**

1	<b>Apologia</b>	621
2	<b>Acts of Distancing in Practice</b>	621
3	<b>The Restitution Issue</b>	621
4	<b>The Issue of Amnesty</b>	623
5	<b>Victim Welfare</b>	624
6	<b>Restitution of Art</b>	625
7	<b>Conclusions</b>	625

**1 Apologia**

I was asked to express my opinion on the Findings of the Commission of Historians that was established to investigate the extent to which the Austrian Freedom Party, in view of its National Socialist background, has fulfilled its commitment to further democracy, parliamentarism and the rule of law, as is customary in the EU and as all member states have been scrutinized in the expectation that they would do so. Indeed, the Party has rejected all forms of violence, totalitarianism and racism, and seeks to ensure peace, self-determination and freedom, bound by the belief that all humans are born free and are equal in dignity and rights.

The Party has also taken a firm stand against anti-Semitism, domestically and internationally, rejects extremism and will struggle against those societal plights with the tools of democracy, rule of law and free debate. It cites, in particular, radical Islam as fueling imported anti-Semitism in Europe, bearing in mind the memory of the dark hours in Austrian history, when National Socialism reigned supreme. Therefore, everyone ought to beware today of the danger of trivializing the threat of the revival of this scourge in contemporary Europe in general and Austria in particular.

A major question of principle faces anyone setting out to re-appraise that dark period and seeking to evaluate the danger of its re-emergence: what are the criteria or indications that a political party or a popular movement is set on a course of nationalism in one of its varying shades, ranging from a soft level of patriotism-cum civil rights and democracy, to the most vicious, fanatical and violent Neo-Nazism. There is no way to penetrate the minds of people, least of all of politicians who tend to hop from one position to another following expediencies. We must, therefore, rely on an analysis of their words and deeds to gauge to what extent they had adhered to such positions in the past and to measure if and how far they have distanced themselves from those inhuman ideas during the years that have elapsed since.

The public positions that Heinz-Christian Strache, the head of the FPÖ has repeatedly adopted in Parliament, during the nearly three decades between 1992 and 2019, his struggle against anti-Semitism, his efforts to achieve a rapproche-

ment with Israel, in the face of the country's official reluctance, and the many practical measures he helped adopt in order to facilitate some degree of compensation and restitution to the surviving victims of the dark era, all seem to indicate that a great effort has been made by the Party and its leaders to distance themselves from National Socialism.

**2 Acts of Distancing in Practice**

As we have suggested above, we should be looking for proof, or at least persistent indications that acts, deeds, plans, projects and statements are being made in Austria in that direction, both domestically, such as debating the questions of commemorating or celebrating national holidays that are fraught with past symbols and loaded with history and collective recollection, rehabilitating former servicemen who had served in the *Wehrmacht* and deserted, and granting amnesty to former Nazis who were previously convicted as war criminals; and also externally with regard to the restitution of assets, rights and pieces of art which were expropriated from Jews and ferried abroad.

**3 The Restitution Issue**

This is possibly the most sensitive and universal issue, since practically all European Jews who came under Nazi rule were subjected to a massive expropriation of their very valuable artistic assets. Between 1946, when the idea of restitution was first raised, and 1961, four Restitution Claims Acts and three Return of Assets Acts (two slightly divergent modes of restitution for expropriated assets) were passed. One can always inquire why more restitution acts were not legislated, or why it was necessary to enact so many restitution laws, unless none of them was complete or satisfactory? One can also ask why these acts of restitution ended in 1961 and why they were not pursued any further thereafter. Almost another 60 years have elapsed since then.

One of the first acts in this domain concerned Deputy Pfeifer, who introduced legislation stipulating that all civil servants who between 1933 and 1938 had been dismissed from their jobs on poli-

tical grounds could be considered for reappointment, excepting those who had been active as National Socialists before or after their dismissal. Naturally such an act of restitution coming 15-30 years after the dismissal, must have come too late in terms of the age of the dismissed, but still it must have had a symbolic value, indicating the will of the legislators to somehow redress the wrong done during the dark age. It was considered during the parliamentary debate that this harsh measure, which violated the principle of the legal equality of citizens, was necessary to “compensate for the biggest of all legal inequalities that had prevailed between 1934 and 1938”. Therefore, correcting the injustice of that period clearly took precedence over correcting other injustices post 1945, if there were any.

Similarly, in December 1953, during the debate on the Third Restitution Act, the same Deputy Pfeifer contended that the organizations that had been dissolved in 1938 (under the *Anschluss*) should be dealt with as all others, under the principle of equality before the law, which was recognized universally under the Universal Declaration of Human Rights. Therefore, it was argued that the Restitution Fund should be extended to also include “völkisch and apolitical organizations that had been dissolved after 1938. Pfeifer further claimed that according to a pronouncement of the Federal Constitutional Court in 1953, one of those organizations, the *Südmark*, was not formally dissolved, because the Graz-based agency had never declared a formal dissolution. Therefore, its assets should not be considered to have been confiscated and to have reverted to the Republic. This shows that if one wants to abrogate any travesty of justice, one can also find errors or *lacunae* in any law to justify its rescindment. Pfeifer also claimed the right to pursue his arguments in the name of the parliamentary responsibility which bound him.

In 1961, the debate over the Fourth Restitution Act took place, where Deputy Willfried Gredler took center stage. He rejected this project of law by advancing the spurious claim that “injustice cannot be removed by another injustice”, a slogan that is often voiced by Arabs against Israel, when they determine that the injustice done to Jews during history, culminating in the *Sho'a* (which they acknowledge and do not deny) does not justify the injustice done to them when Israel

was raised from the ashes, as if the two were related. Sometimes, committing a smaller wrong or injustice is amply justified to avoid a bigger one, for example evacuating people from their houses to save them from the cataclysmic suffering of a natural calamity or the effects of war. In our case, it is evident that the families of the dismissed officials, who may have been innocent, have to take on the burden of their own economic deprivation just because society wished to punish the servants of the oppressive regime.

Gredler nonetheless pledged to never shield Aryanizers or to defend the injustices committed against the Jews or other populations. The statement could not be stronger. But he also lashed out sarcastically at the principle of “crass injustice”, which according to his definition should govern modern society. He cites as an example the case of a small land holder, a farmer by profession and occupation, who under the Third Restitution Act, had to return a small patch of low-value alpine land to a claimant who owned hundreds of acres, had other sources of income, and did not practice farming for a living. Gredler seemed to uphold the idea that if the defendant obtained his acquired land innocently, namely from a public authority without knowing its origin, he should be permitted to keep it, because a much greater injustice would be done if it were taken away from him in order to restore it to the original owner than if the wealthy owner had failed to retrieve it.

But in legal issues, the rules of philanthropy and compassion do not apply. Either what is legally yours is yours absolutely and no one can dare to touch it or challenge it, and only the owner is entitled to dispose of it of his own volition, and that is the notion of private property in capitalism and in general in the West, based on that concept in Roman law; or if the idea of property is relative, given to judgement by an outer agency and likely to be detracted or diminished by public authority, then we are either under a Socialist (as National Socialism purported to be) regime or other kind of arbitrary regime where the whim of the ruler counts for more than the rule of law (as under National Socialism). This would have very far-reaching implications for those multitudes of Jews and others who were not only murdered and oppressed but also robbed and dehumanized. For example, the confiscated Jewish property, could,

according to this view, become a fund for subsidizing the poor in Austria, under the pretext that the “rich Jews” are already extinct, and that whatever wrong was done, it is now irreversible and therefore it is more worthwhile to improve the lives of poor Austrians today than to waste money for causes related to the dead owners.

First of all, we have to weigh carefully the possibilities of restitution, not only of property, works of art and jobs, but also of the less measurable items of reputation, intellectual weight, lost talent and skill, standing in society, and all that goes with them when one is dismissed, incarcerated, tortured, and finally incinerated, one’s descendants are annihilated one’s property burned, destroyed and the most valuable items of it confiscated, and in the case of those who escaped hell alive, all the years of persecution when fighting with partisans in the forests of Eastern Europe. Granted that the dead cannot be brought back from the dead, cannot all that suffering and all those lost human assets and their attributes be given an equivalent for restitution, just as judges determine reparations in a court of law for damage suffered, or as Restitution Acts passed by the Austrian Parliament have decided the amount of compensation to be paid to the victims of the Nazis and their descendants.

But even when we revert to the pecuniary compensation for confiscated and destroyed property, things are not, and should not be, as simple as that, at least when Jewish wealth, property and art are concerned. Issues relating to the restitution of official jobs, pensions and other personal benefits for individuals, have at any rate transcended their time validity due to the passing away of the victims. First of all, much of the confiscated property, especially the works of art and jewelry which are easily transportable, must have disappeared without a trace in the safes of Nazi officials or been lost in the hidden channels of illicit trading, smuggling or damaged beyond repair, much of the gold must have been melted to render it unrecognizable. How do we evaluate their value now, even when we take at face value the statements of the victims? Are there any survivors extant who can testify about what was taken away from them so long ago? Are there any descendants, and, if so, down to what generation and degree of proximity are they entitled to lay the claims of their murdered relatives. And when those claims are ad-

vanced, will the defendants behave like the Swiss banks that have been safekeeping private accounts deposited with them on the eve of the War and never reclaimed, justifying their behavior under the self-righteous pretext of “waiting for the owners to appear”, knowing that they never would.

As recently as 2001, the Compensation Act Fund was legislated to close the last gaps in the restitution issue, where Deputy Krüger played a key part. He particularly came out against “dragging things out”, a tendency which had left its imprint in 1948, and which has since been remedied. Krüger put his emphasis and drew the attention of the FPÖ to recognize Austria’s historical responsibility, without which no redressive action was possible, specifying the role of Austrians in the Nazi war machine which generated the Holocaust. He was seconded by another FPÖ member, Harald Ofner, who demanded that large-scale crime, mass murder, mass expulsions and mass robbery of assets ought to be compensated on a large scale, and that no statute of limitations be imposed on either the restitution or the punishment of perpetrators. He said that while there were in Europe states which remembered their crimes with pride; conversely, he was proud that Austria was taking all the necessary measures to atone for its horrible harm. Reinhard Bösch also advocated the creation of a billion dollar fund to compensate the forced laborers who were enslaved by the National Socialist order.

#### 4 The Issue of Amnesty

Already in July 1949 a debate took place in the National Council concerning the Amendment of the National Socialists Act, at a time when the FPÖ did not yet exist. During this debate, a deputy characterized the Nazis by the same epithet they had attributed to their perceived enemies: *Untermenschen*, who deserved to be exterminated. That was an extreme outburst in a spirit of vengeance, which would have treated former Nazis using the same yardsticks they had used against the Jews and others in their racial theory. Others spoke of banishing former Nazis to Siberia, which would have meant that large populations of Austria, including the former President and UN Secretary General, Kurt Waldheim, would have been either executed

or exiled. The next debate did not take place until 1957, when Deputy Gredler made statements on behalf of the FPÖ concerning its positions towards amnesty, such as injustice, guilt and victimhood. All three issues, though seemingly objective notions that can be tackled with detachment and without bias or prejudice, are in fact in the eye of the beholder, as evidenced by the debates in 1946 and in 1957. Some individuals opt for an amnesty of former Nazis, others wish just to banish them to Siberia, yet others wish to annihilate them. And we are talking about the same perpetrators of the same horrendous acts, who some, especially those who supported the amnesty, considered to be patriots who had served their country and people's aspirations; while for some truly righteous and self-righteous opportunists they were abject criminals who deserved death.

That debate was concluded by a two-third majority vote against it, and there is no conclusive evidence as to how the FPÖ deputies voted in that instance, but Gredler assured the members of the National Council that his Party (FPÖ) continued to unequivocally reject the frequent accusation that it glorified the National Socialist era. He argued that since the Freedom Party was a political faction, it did not stem from a vacuum but had antecedents, like the League of Independents and other movements of the Third Force, which operated as political parties, on a democratic basis but without any paramilitary organizations which were usually the trademark of fascism and National Socialism. He cited the horrors that befell the ethnic Germans expelled from their homelands, as an argument for rejecting out of hand any fundamentally discriminatory law. That was the reason why the FPÖ rejected the Family Burden Equalization Act which would have discriminated between children of the self-employed and of employees. Gredler thus demanded that all political persecution of all sorts of populations should be terminated. In March 1957 the National Socialist Amnesty was adopted. But despite the support of the FPÖ, its spokesman Pfeifer criticized the adoption of the Greek term *amnestia*, which meant **forgetting** injustices that had been done, for the only "crime" committed by the majority of those persecuted after 1945 was that they belonged to the National Socialists.

Pfeifer claimed then that injustice was committed by those who had enacted a "retrospective

criminal law", which permitted acts of retribution which turned previously permitted acts into crimes subject to harsh punishments. The question then stood of when is a conscientious citizen bound to obey the laws of his country and when is he a traitor to his country. It was a little similar to the situation we saw in Iraq after the American incursion in 2002, when Saddam Hussein and his criminal apparatus of the Ba'ath Party were removed from power. Since not all the millions of Iraqis who were members of the Ba'ath could be arrested and punished, "only" the senior cadres of the military and the bureaucracy were dismissed and their top leadership imprisoned and punished, but the rank and file were not touched and indeed, as in the German Armed Forces after 1945, apart from those who were tried and punished, most others escaped justice and could even be enlisted into the "de-nazified" army of the Federal Republic. For Pfeifer, as for other leaders of the FPÖ, what was called an amnesty should in fact have been termed an "act of injustice removal", since *a-priori*, the law that convicted the former members of the National Socialist Party, was in itself illegal. Moreover, Pfeifer wanted to make sure that no one in the future should be prosecuted on this ground either.

## 5 Victim Welfare

Of all the ramifications of the laws adopted in Austria regarding the redress of the injustices committed towards the victims, one of the most concrete touching upon the wellbeing of the survivors is the victim welfare program. This is because besides restituting stolen property and assets, this is the domain where compensation and a sustained aid program to the victims is likely to somehow mitigate their suffering. Accordingly, since the post-war period, the National Council of Austria has dealt with a series of law concerning the victims of the Nazi regime. These laws, unlike those regarding restitution of assets, do not return robbed property as a one-time act of compensation, but grant continuous financial benefits over many years in an attempt to make up for the suffering and the opportunities missed by the victims. For example, the Assistance Fund Act of 1956, which made available 550 million schillings for Austrian

Jewish émigrés. Gredler, whom we recognize from parliamentary debates about other issues, wished to broaden the definition of victim, by including in it war invalids, orphans and widows, arguing as previously, in favor of equality under the law. Speaking for the FPÖ, Gredler advocated the greatest possible redress for victims of political persecution, and he also included, in the name of equality, other victims of political persecution than those specifically victimized during the war, without, however, glorifying the war itself. For example, he favored compensation for the German expellees, to emphasize, once again, that injustice could not be redressed by another injustice, while distancing himself from Hitler's war crimes.

It is also assumed that FPÖ deputies supported the Honorary Grants and Assistance Fund Act in 1988, when Jörg Haider was the Party Chairman, and caused major outrage in Israel when he was co-opted into the Government coalition, and the insulted Jewish state withdrew its Ambassador from Vienna. He said at the time that the law was not so much about the pecuniary dimension of honorary grants, but the human and moral dimension, a statement that may be viewed in the most liberal and humanistic light. He professed that so many decades after the cataclysm, one must adopt the spirit of a new patriotism that is predicated on the reconciliation of all parts of the population. For Haider, Jews constituted the "inner core" of victims, but he also called for a broadening of the base of victimhood, to encompass in it old Austrians who had lost their country, their widows and orphans.

## 6 Restitution of Art

A special "Jewish" aspect in this complex of restitution and compensation laws passed in Austria to resolve its dark chapter of National Socialism, was the question of restitution of art works. Wealthy and cultured Jews from Western and Central Europe were also known as art *connoisseurs* and art collectors, who purchased works of art not only in appreciation of their artistic value, but also as a commercial investment, knowing that just like real estate or expensive jewelry, they would retain their value. For the Nazis, it was the easiest and the more remunerative act of robbery, to break into

Jewish houses and to collect the coveted works of art, either to trade them in or to place them in the homes of the top Nazi officials or in the museums of the Reich. In 1969 the National Council adopted the First Art and Cultural Assets Settlement Act, intended to clarify the ownership of the works that had not yet been claimed and were kept in the Federal Office for the Protection of Monuments. While the works were easy to confiscate, it was much more difficult for their owners, even when they could be traced, to prove their ownership, the robbers not having always left receipts behind. However, out of 8,000 confiscated works of art, only 72 were identified and returned.

Therefore another attempt was made in 1985 with a second version of the law that was unanimously passed, just like the previous one, namely with the approval of the FPÖ too. A major effort was made to send the list of assets to all Austrian missions abroad in an attempt to identify owners who had left the country. It was also decided that some unclaimed assets would be auctioned off so as to allow the proceeds to benefit victims of National Socialism. In 1996 the unclaimed works were transferred to the Jewish community in Vienna for the purpose of holding an auction, thus giving credence to the assumption that it was principally a "Jewish" issue. The new law authorized the Minister of Finance to conclude a free transfer of ownership with the Jewish Community of Vienna, which would decide the distribution of the proceeds to needy persons who were persecuted for racial, religious or political reasons. When in 1998 two Schiele paintings were confiscated in New York as "looted art", another Art Restitution Act was debated in Parliament.

## 7 Conclusions

No "compensation" can truly compensate the victims for the travesty of justice, the suffering and the persecution, and above all the loss of life and irreversible losses caused by the National Socialists, who, judging from the upbeat mood of the populace in Austria and its hysterical reactions of enthusiasm at the sight of Hitler, seemed to be in its majority swept up by the Nazi fervor. Few dared to resist the trend and most served it willingly. Waldheim has already been mentioned as a young

officer in the Nazi military, who wholeheartedly served his masters. It was easy four decades later to tell stories about “not knowing”, or having “to obey orders”, but everyone knows the difference between fulfilling a job while doing only the strictly necessary, when you disagree with the rules of your superiors, and overdoing beyond the call of duty, when you are enthusiastic about implementing your orders in both letter and spirit.

In spite of the fact that no dead person was resurrected and no dismissed person was rehabilitated in time to enjoy the benefits of restitution and compensation, and nothing was done to erase the trauma that National Socialism inflicted on Europe, the recognition of the wrongs done in Austria during that dark period, at least enables the survivors among the victims to embrace some *modum* of an attempt to make a new start, admittedly under worse conditions than before Nazism descended upon its victims, but nonetheless a new, relatively secure beginning, under the protective wings of a repentant regime which also bears the expenses for it. However, FPÖ spokesmen, like Gredler and Haider, advocated the broadening of the base of the definition of victims so that many more Austrians could benefit from the process of restitution and rehabilitation. The widening of victimhood, contrary to some existing opinions, was not intended to devalue or diminish the suffering of the direct victims by diluting it

into the larger plight, but only to take the occasion of remedying this deep social wound, to provide medicine for all the rest too.

The FPÖ, in spite of its background which associated the party, more or less deeply, with National Socialism, has awakened in time to distance itself from National Socialism as evidenced in the parliamentary debates in Vienna where the readiness of the deputies to allow more generous budgetary allocations for the benefit of the victims, has been a major criterion with which to gauge their human sensitivities and their compassion when it came to compensating in some way the survivors. Knowing human nature, and judging from the present massive outbursts of anti-Semitism in Europe, it is evident that many of the former Nazis have not shed their previous biases, prejudices and hatred, and if they could, they would have reinstalled the regime of hatred that has been officially eliminated in Europe. But it is also evident that the present state of affairs, where officially liberal, compassionate and ideologically generous leaders (like the young Chancellor of Austria) will make sure that fascism will not reemerge. One can even suspect that some of the most diligent enthusiasts of restitution and compensation, who lean backward to appear as repentant and eager to please, are acting thus merely in order to demonstrate in public that they never had any part in the orgies of hate of the past.



---

**Expert opinion on Contributions by FPÖ  
Deputies to National Council debates  
related to overcoming the Nazi Past**

von  
**Mordechai Kedar**

**Inhalt**

1	<b>Preface</b>	631
2	<b>Discussion</b>	631
2.1	Restitution proper	633
2.2	Return of cultural goods	633
2.3	Victims' assistance	634
2.4	Compensations in the narrow sense	634
3	<b>Conclusion</b>	637

**1 Preface**

I was asked to evaluate research written about The Freedom Party of Austria (*Freiheitliche Partei Österreichs*, FPÖ) and the contribution of its deputies to the National Council debates relating to overcoming the Nazi past. The research covers the years 1949 to the present day. It was written by a Commission of Historians in June 2019.

The part which I was asked to evaluate deals with **eight** issues: 1. Restitution, 2. Amnesty, 3. National holiday, 4. National Socialism Prohibition Act and Incitement, 5. Victims' assistance, 6. Asset Protection Agreement, 7. Return of artwork, 8. Deserters.

All these issues were dealt with by the National Council, and here is the **first problem** with the research: Any political party is active not only in parliament, but also in other arenas, where it expresses its opinions and positions:

- a the public sphere – conferences, documents, lectures, panels, demonstrations, declarations, petitions, billboards etc.
- b the media – newspapers, radio, TV, official websites.
- c *Freiheitliches Bildungsinstitut* – its publications and textbooks.
- d During the years in which the FPÖ was part of the government, its ministers surely made decisions without referring them to the National Council.
- e The FPÖ representatives in local authorities most probably also expressed their opinions on matters which might be of interest for this research.

However, this research **does not** include these arenas – public sphere, media, the education institute, local authorities and government – and therefore, assessing the positions of the FPÖ only through its legislative activity in the National Council gives a rather limited and partial picture of its nature and activity.

The **second problem** which I find is that in all these **eight** issues the FPÖ acted in accordance with a constant principle, “equality before the law” which meant that those who suffered due to their collaboration with the Nazis should be treated as were the victims of the Nazi regime.

Another *leitmotif* which characterized the FPÖ positions was that all victims – Jews included –

should be treated equally, regardless of their religion, national identity, cultural background, sexual inclination or political affiliation.

Harald Ofner (FPÖ) is quoted in the research: “The criminal regime of National Socialism [...] claimed countless victims, millions of direct victims; those who were murdered, abducted, or expelled from their homelands; first and foremost among those were our Jewish fellow citizens in Austria. But there were also millions of indirect victims far beyond the borders of the Republic: those who were murdered, abducted, or expelled from their homelands, including above all Old Austrians from the territory of the former Austro-Hungarian Monarchy...”

This “principle of equality” is rather disturbing, since it is absolutely unacceptable to compare the crimes perpetrated against the **whole** Jewish people – not only “Jewish fellow citizens in Austria”, as Ofner said – with the crimes perpetrated against any other group. There was no declared plan to make any country “Roma-rein”, “Czech-rein”, “Pole-rein” etc., while there **WAS** a whole ideology and apparatus designed to make Europe (if not beyond) entirely *Judenrein*. As a result, the satanic, industrial “Final Solution” mass death apparatus was designed and implemented by the Nazis and their collaborators, **only** against Jews, while others – like Russian POWs – were also its victims only because it was already at hand, to exterminate the Jews.

Therefore, one would expect that ALL Austrian parties, especially the FPÖ, would not view any issue connected to the Jewish people in terms of equivalence with other groups, since what happened to the Jewish people cannot and should not be compared to any crime perpetrated against any other group before or during WWII.

**2 Discussion**

Austria has been engaged in a process of searching for its national identity, especially after 1945. Some of the questions which Austrians ask themselves are: Are we Austrians, Germans or part of German culture? Are we a separate nation or only a separate state? Was the Anschluss in 1938 something which should have happened regardless of the kind of regime in Berlin? Or not? How should we relate

to each other after dark times of persecution and crimes perpetrated by some of us against our fellow Austrians? How should we treat other groups which share Austrian citizenship with us? And there are many more questions in which history, atrocities, victimhood, ideology, identity, ethnicity, nationalism and legitimacy, interact.

What is evident from the report are the historical connections between the FPÖ and the Third Reich / National Socialism. This is particularly the case regarding the links on the personnel level: A striking number of top functionaries of the FPÖ and its predecessor party, the VdU, were former members of the NSDAP, and played more or less significant roles during the Third Reich. These linkages culminate in the membership of party chairman Friedrich Peter in an SS killing squad.

On the other hand, the issue of former NSDAP membership also pertains – with the exception of the Communists, who were instead associated with the crimes of Stalin – to politicians of the other parties which rebuilt Austria after WWII. The big difference: Politicians who joined the ÖVP or SPÖ after WWII were considered to have been “whitewashed”, whereas those who joined the VdU/FPÖ were suspected of harboring a National Socialist mindset for ever.

To which degree this is true, can best be gauged by an analysis of what the report calls the “material level,” i.e., the ideology of the FPÖ.

Here, it would have been insightful to also consider internal protocols, and this omission should be rectified in another round of research which will include the performance and activities of the FPÖ in additional arenas, as mentioned in the preface.

On paper and in word, the FPÖ and its representatives gave themselves the image of a national-liberal party with the classic emphasis on:

- Freedom (individual development and responsibility, but also the freedom of peoples/nations) including the right to assemble, vote, free speech, etc.

- Legal state and equality before the law.

- Nation (which includes the commitment for “*Vertriebene*” = persons who were expelled from their homes in the course of WWII).

What was considered problematic in the Second Republic was that the FPÖ maintained the traditional position that Austrians form part of the German ethnic and cultural community.

However, was this national-liberal mindset, dating back to the bourgeois revolutions of 1848/49, what representatives of the FPÖ really thought and believed? After all, the so-called “third camp,” i.e., the national-liberal (in German: *deutschfreibeitlich*) camp (as opposed to the much larger political camps of the Social Democrats and Christian Socialists), had been particularly susceptible to National Socialism.

Yet during the first decades after WWII, all political parties subscribed to the “victim theory”, according to which Austria and Austrians could not be held responsible for any crimes committed during the Third Reich, and we can find antisemitic attitudes in the Christian Socialist and Social Democratic camps as well.

However, this is not about pointing fingers at others, but – in accordance with the mission statement of the Historians’ Commission – about a critical assessment of the history of the FPÖ. **In the following, I will focus on the issue of restitution and compensation.** In other words: This subject matter concerns the attitude of the Austrian government and legislative vis-à-vis the victims of National Socialism, after all, lives cannot be restored.

These victims include six million Jews who were murdered. They lost everything a person can lose. Some Jews managed to emigrate from Austria and Germany before they could be deported and murdered. Some survived the Holocaust because they were hidden by righteous non-Jewish people in Germany, Austria, as well as other territories occupied by Nazi Germany in Europe. These Jews may have saved their lives, but most of them lost all their material possessions, to say nothing of the mental and physical problems from which they suffer(ed) as long as they live(d). The collective trauma continues to affect the lives of the survivors’ children and even their grandchildren as well.

That being said, the following is clear:

Compensation payments are only symbolic, can only ever be a gesture. No amount of money can bring dead people back to life or can restore a culture or cultural artefact that has been destroyed. Physical and mental damage are also hard to repair. Even the purely material losses cannot be compensated one-to-one.

The legislation on restitution and compensation is a complicated subject matter that went

through different stages and comprised a great variety of measures.

According to the Historians’ Commission, Austrian legislation coping with the National Socialist past can be divided into three major areas:

1. Denazification, 2. War criminal law, and 3. Compensation in the wider sense. The latter can be subdivided into Restitution and Return of cultural goods (which is tantamount to the return of material goods), Victims’ assistance, as well as Compensation in the narrow sense (comprised essentially of financial compensation). Altogether, the Austrian government issued about 60 legal acts plus several amending laws.

About 55 percent of these measures were enacted from 1945 to 1949 in the form of Anti-NS legislation (outlawing the NSDAP and associated organizations, as well as laws punishing former NSDAP members and war criminals) and compensation in the wider sense (mostly restitution). Between 1955 and 1962, around 25 percent of the measures, mostly dealing with compensation in the wider sense (typically victims’ assistance), were passed. Roughly ten percent of the measures, mostly compensation in the narrow sense, were enacted from 1995 to 2001. The remaining ten percent were distributed over the other time periods.

Let us look at the legislation pertaining to restitution and compensation in greater detail.

### 2.1 Restitution proper

Of the seven Restitution Acts (*Rückstellungsgesetze*), four Restitution Claims Acts (*Rückstellungsanspruchsgesetze*) and three Return of Assets Acts (*Rückgabegesetze*), only three were enacted when the FPÖ or its predecessor, the VdU, were represented in the Austrian parliament.

The **2nd Restitution Claims Act from 11 July 1951** transferred the right to file the claims of public bodies (mainly the so-called “chambers” [= Kammern] as legal representatives of certain professional groups) which had lost their legal personality during the Anschluss, to their successor organizations established after 1945.

The **3rd Restitution Claims Act from 16 December 1953** granted restitutions to political associations affiliated with political parties that had been dissolved in 1938.

The **4th Restitution Claims Act from 17 May 1961** made legal provisions for restitution

with respect to heirless or “dormant” property.

The FPÖ supported the first Act, but opposed the other two.

The argument for objecting to the 3rd Restitution Claims Act was that it violated the principle of equality before the law, because if Christian Social and Social Democratic associations, that had been outlawed in 1938, received restitutions, then the same should apply to the so-called national associations, i.e., those of the “third camp”, that had been outlawed by the Christian Socialist dictatorship in 1934.

So, the only law in our context that prominently concerned Jews was the 4th Restitution Claims Act, which in practice mostly pertained to the economic and asset-related expropriation of Jews, so-called “Aryanization.”

The reason why the FPÖ opposed the law was that in cases of asset-related Aryanization (of real estate, apartments, tenancy rights) many holders of real estate that could now be claimed for restitution were not the original Aryanizers, but were people who had received a piece of land as the “fifth, sixth, seventh acquirer”, who did not even know about the original proprietor.

If one considers this argument to be a pretext for obstructing restitution, it must be noted that only 13 years earlier, the SPÖ minister of the interior, Oskar Helmer, had stated in a session of the Council of Ministers that with respect to the issue of restitution he was in favor of “drawing this out.”

### 2.2 Return of cultural goods

Here we are dealing with four major acts, all of which were supported by the FPÖ. The **First Artistic and Cultural Assets Settlement Act from 27 June 1969** as well as the **Second Artistic and Cultural Assets Settlement Act from 13 December 1985** gave former owners the possibility to reclaim artworks stored by the Federal Office for the Protection of Monuments and whose owner could not be identified.

A list of objects was published in the *Wiener Zeitung* and was displayed in Austrian foreign missions in order to make these objects publicly known to the victims of National Socialism scattered around the world.

Since, however, only a very small number of objects could be restituted, the **Federal Law**

**amending the Second Artistic and Cultural Assets Settlement Act was passed on 11 July 1995.** This law transferred the objects that had not been restituted to the Jewish Community, and in October 1996 the Viennese auction house Christie's auctioned these works for the benefit of victims' organizations.

Finally, the **Art Restitution Law or Federal Law on the Restitution of Works of Art and Other Movable Cultural Assets from Austrian Federal Museums and Collections and Other Federal Property from 5 November 1998** enabled the minister of finance to return cultural goods from federal museums to their original proprietors.<sup>1</sup>

In 1985, the FPÖ did form a coalition government with the SPÖ, but it also supported the other three laws when the FPÖ found itself in opposition.

With respect to the Art Restitution Law, the FPÖ even demanded compensation for persons whose paintings no longer existed, since otherwise this would violate the principle of equal treatment.

### 2.3 Victims' assistance

The assistance, usually in the form of pensions, consisted of therapeutic care, support for business start-ups, allocation of homes, and childcare. Here, the picture is more patchy: Of the four acts examined here, the FPÖ opposed two because they considered the definition of "victim" as being too narrow:

The first was the **Assistance Fund Law from 18 January 1956**, which allocated 550 million ATS for Jewish émigrés (until then, only victims who were still living in Austria had been supported).

The second concerns the **Amendments to the Victims' Assistance Law** (the original Victims' Assistance Law was from 4 July 1947) **of 13 March 1957** (= *11. Opferfürsorgegesetz-Novelle*) This law extended the circle of those eligible for benefit to the parents and children of deceased victims even if the victims had not been obliged to pay maintenance for them.

Instead, the FPÖ would have preferred a final comprehensive settlement based on a broader definition of "victim" (in accordance with the prin-

ciple of equality before the law) that would have included war victims (war invalids, widows and orphans) and Austrians abroad.

When the Amendments to the Victims' Assistance Law of 22 March 1961 (= *12. Opferfürsorgegesetz-Novelle*) was put to the vote, the FPÖ deputies left the room because they did not want to obstruct a unanimous adoption of the law.

When the **Federal Law of 23 March 1988 that provided for honorary bequests and one-time payments to resistance fighters and victims of political persecution in Austria** (= *Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz*) was passed, FPÖ party chairman Jörg Haider declared that the FPÖ deputies should vote for the law even if their amendments did not find a majority.

In this National Council debate Haider also made clear that the widening of the definition of victim as intended by the FPÖ did not aim to belittle or deny the victimization of the Jews, whom Haider called the "inner core" (*inneren Kern*) of the victims of National Socialism.

### 2.4 Compensations in the narrow sense

Under this heading, the FPÖ supported four acts which established four different funds.

Before the vote on the law that instituted the **National Fund of the Republic of Austria for Victims of National Socialism on 1 June 1995**, Jörg Haider had again announced that the FPÖ deputies would vote for the law even if their amendments had been rejected.

According to its mission statement, the "National Fund of the Republic of Austria renders payments to victims of National Socialism, in particular to those who had previously received little or no compensation; to those in need of special assistance or those whose personal circumstances warrant relief."<sup>2</sup>

The **Law establishing the Reconciliation Fund from 7 July 2000** for victims from Austria and abroad who carried out forced labor on the territory of present-day Austria was passed when the FPÖ under Jörg Haider and Susanne Riess-Passer formed a coalition government together with the ÖVP under chancellor Wolfgang Schüssel.

The establishment of the Reconciliation Fund paved the way for the so-called Washington Agreement (= Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the United States of America concerning the settlement of issues of compensation and restitution for victims of National Socialism), according to which the US will "support all-embracing and enduring legal peace" once the Austrian government has fulfilled all its commitments laid out in the agreement.<sup>3</sup>

The legal peace, i.e., that no more class-action lawsuits would be accepted by American courts once the current claims were settled, was of particular importance to the Austrian negotiators.

One of these commitments was the establishment of a **General Settlement Fund for Victims of National Socialism** by a law passed on 31 January 2001.

This General Settlement Fund (GSF) is considered to have closed the last remaining gaps in the legislation on restitution. According to its own mission statement, the fund was "endowed with 210 million US dollars. Its aim was to bring about a comprehensive resolution to all open questions of compensation for victims of National Socialism for losses and damages which were suffered as a result of or in connection with events that occurred on the territory of the present-day Republic of Austria during the National Socialist era."<sup>4</sup>

As a consequence of this, legal peace could be proclaimed in 2005.<sup>5</sup>

As another consequence of the Washington Agreement, the **Federal Law on the Establishment of a Fund for the Restoration of the Jewish Cemeteries in Austria** was passed on 17 November 2010. With this law, the Republic of Austria committed itself for 20 years to allocate an annual amount of one million euros for this purpose.<sup>6</sup>

Again, it is noteworthy that the first and fourth law were passed with the consent of the FPÖ at a time when the FPÖ was not in government.

The significance of the GSF was duly stressed by representatives of the ÖVP-FPÖ government

when the law was passed in 2001, and is still stressed by ÖVP and FPÖ today, whereas the Left prefers to point out that the first fund for compensation had been established in 1995, four years after a Socialist chancellor (Franz Vranitzky) had for the first time apologized for Austrian responsibility.

But this is not the point here. The point is that the FPÖ supported the majority of the laws above mentioned, whether it was in government (and therefore might have been nudged by its partner) or whether it was in opposition.

When we look at the timeline it becomes evident that the last rejection occurred in 1961. Since then the FPÖ has supported them all, in and out of government.

When the FPÖ opposed these acts, it argued that they were not compatible with the principle of equality before the law. This is a core *freiheitlich* principle, dating back to the revolutions of 1848/49

It is possible that in the 1950s and 1960s something else was hidden behind this wording, that it was an elegant way of sending a message to the clientele of former National Socialists veiled in the invocation of a bourgeois-liberal revolution.

However, it should be stressed that the FPÖ invoked this principle also at a later time in cases where it did support acts of restitution no matter whether its proposed amendments – based on the principle of equality – found a majority or not. It simply had begun to consider restitution a subject matter of consensus.

Although it may be difficult for non-Austrians, and especially for Jews, to comprehend this, the insistence of the FPÖ that equality before the law meant that widows, orphans and expelled persons could and should be regarded at least as indirect victims of National Socialism can also be legitimized with the patriotic element of the party's national-liberal heritage. It is not simply and exclusively a code for former National Socialists.

The decisive point in all this is the change in attitude that has occurred in Austria since the end of WWII, which led to a more critical assessment

<sup>1</sup> For more details see: <https://www.kunstdatenbank.at/the-austrian-legislation-on-art-restitution-after-world-war-two>.

<sup>2</sup> <https://www.nationalfonds.org/about-us>.

<sup>3</sup> The Agreement is published in the Austrian Federal Law Gazette III no. 121/2001.

<sup>4</sup> <https://www.entschaedigungsfonds.org/about-us>.

<sup>5</sup> Proclamation of the Federal Government on having obtained legal peace in American courts pursuant to the General Settlement Fund Law, Federal Law Gazette II no. 414/2005.

<sup>6</sup> <https://www.parlament.gv.at/ENGL/WWER/NAT/>.

of the National Socialist past. Milestones of this development were the so-called Waldheim affair of 1986 and the commemoration of the 50th anniversary of the Anschluss in 1988.

Although the typical FPÖ voter may have had greater trouble in dealing with this changing attitude as compared to voters of other parties, it did not leave the FPÖ unaffected. Certainly, the road to this legislation was a rocky one. But it is telling that 6 out of the 15 laws discussed here – including the pivotal establishment of the GSF – were passed with the consent of the FPÖ under the leadership of Jörg Haider.

Jörg Haider was notorious for having made some of the remarks that are typically quoted in order to document the extremist attitude of the FPÖ.

In 1988 he defamed the Austrian nation as “an ideological monstrosity.” In 1991 he praised “the proper employment policies of the Third Reich”, which temporarily ended his career as governor of Carinthia.

In 1995, Haider notably expressed his thanks to the attending Waffen-SS veterans at a veterans’ meeting in Krumpendorf (Carinthia) by saying: “That in these difficult times, where there are still honest people with character and who until today remain true to their convictions despite strong contrary winds. [...] We give money to terrorists, to violent newspapers, to work-shy rabble, and we have no money for respectable people”.

In February 2001, Haider mocked the President of the Israelitische Kultusgemeinde (IKG), the largest association of Vienna Jews, Dr. Ariel Muzicant, asking how somebody called Ariel (the name of a brand of detergent) “can have so much dirt on him.”<sup>7</sup>

Later that year, the two men were supposed to meet personally at a conference to negotiate a solution for how a specific restitution claimed by the IKG should best be funded. The government officially referred to the GSF, but at this point only Vienna had financially contributed to the GSF. Therefore, the question arose whether

other federal states should participate in funding the restitution.

Surprisingly, the President of the IKG, Ariel Muzicant, accepted Haider’s presence at the conference and despite the boycott of the IKG against Haider, President Muzicant went to meet Governor Haider for the first time ever in November 2001.

In 2002, the conflict between Haider and Muzicant was settled in court after Haider agreed to issue five “declarations of honor” on behalf of Dr. Muzicant.

By 2003, the ongoing negotiations between the IKG and the government regarding a down payment by the federal states had become bogged down again. In order to solve the deadlock Jörg Haider, the Governor of Carinthia and de-facto leader of the FPÖ, unexpectedly came up and directly offered the IKG his services as a mediator between the IKG and the Federal Government.

Stuart Eizenstat, the US special envoy during the negotiations with the Austrians, appreciated the outcome because he thought that “the traditional trial system never would have worked in the victims’ lifetime.”<sup>8</sup>

On the Israeli side, the restitutions and compensation by the Austrian government were administered by the Project HEART, namely, The **Holocaust Era Asset Restitution Taskforce**. In general, this is a Holocaust restitution project that was created by a decision of the Israeli government to locate Holocaust victims and their heirs and the property that was taken from them during the Holocaust and to assist in obtaining restitution for that property.

According to the head of the Project HEART at the time, the Israeli Minister of Senior Citizens, the late Rafi Eitan (former Mossad top agent and capturer of Adolf Eichmann), the cooperation between the Austrian funds and their Israeli partners was impeccable.

In November 2016, Minister Rafi Eitan even participated in a panel discussion in Vienna on the topic of Antisemitism Today in Austria, along

with the FPÖ politicians Heinz-Christian Strache and Norbert Hofer, on the occasion of the 78th commemoration of the November Pogroms of 1938 – the “Night of Broken Glass”.<sup>9</sup>

### 3 Conclusion

There are thoughts, words, and deeds. Thoughts are an enigma. Words can be well-meaning, but it is all hollow if the thoughts behind the words are not right. Therefore, at the end of the day, deeds are what matters the most.

We should judge the FPÖ by its deeds. I did this in my assessment in respect of the issues of restitution and compensation. In this sense, I welcome the efforts of the Historians’ Commission as a whole notwithstanding my reservations expressed in the preface.

Much may already have been known, but it deserves respect that it was also officially recognized and stated in the name of the FPÖ.

I see the work of the Historians’ Commission as a serious endeavor by the party to come to terms with its past and to improve the relationship between the FPÖ and the Austrian Jews, the Jewish people and the State of Israel. Therefore, I would like to make two final remarks regarding the present time.

1. The FPÖ is heavily criticized for a supposedly xenophobic or even racist attitude towards migrants. In truth, the critical remarks about migrants typically concern persons of Muslim faith, which is dismissed as “Islamophobia.” Before I proceed, I would like to make it clear: I do not think that all Muslims think identically about their religion, nor do I believe that Islam is generally and inescapably prone to violence. All generalizations of this kind should be rejected.

However, it is noticeable and statistically proven, that anti-Jewish sentiments are extremely widespread in Muslim communities, whether in Muslim countries or in Europe. In this context, I do see a problem with Jörg Haider – whom I have praised to a certain extent above – because despite his benevolent attitude with regards to the issue of compensation, he was also quite open vis-à-vis Arab dictators like Muammar al-Qazhafi or

Saddam Hussein, who were declared enemies of Israel and the Jews. Toward the end of his life, Haider also advocated the admission of Turkey to the EU.

All this stands in strong contrast to Heinz-Christian Strache, who – as the materials attached to the report of the Historians’ Commission demonstrate – has spoken out frequently and clearly against antisemitism and who wanted to fight against political Islam – a goal still pursued by the FPÖ as a whole.

This struggle against political Islam has nothing to do with xenophobia or racism, let alone with National Socialism, since Nazis were very sympathetic towards Islam as a warlike religion in contrast to pacifist Christianity, and Hitler’s *Mein Kampf* is a very popular book in Islamic countries.

Rather, this attitude is also a consequence of the legacy of 1848. It must be clear to every adherent of a secularized political culture or society, that in Europe the days of the Catholic Church – the traditional enemy of the national-liberal camp – are over. However, due to the demographic change, religion in the form of Islam can make a comeback through the backdoor, so to speak. It is unfathomable why the political Left does not see this danger.

Too many core values of Islam are incompatible not just with the core values of the political Left, but also with liberal-democratic values altogether.

2. Finally, and most importantly, there is the above-mentioned problem of Islamic antisemitism, which of course is of crucial importance for us, Jews, and I do not see any other political force in Austria which recognizes the danger of Islamic antisemitism as much as the *freiheitlich* camp. Jews are running away from France and Sweden, and the reason is one: Islamic antisemitism. The writing is on the Austrian wall as well.

I am pleased that by having established the Historians’ Commission, the FPÖ has taken another important step in coming to terms with the problematic parts of its past.

Taking in consideration the past of the FPÖ, I believe that it has a great moral obligation to the Jewish people as a group, and to its state, the State of Israel. Strong and constant support for the

<sup>7</sup> The quotes from Haider are documented in: [https://www.doew.at/cms/download/32c87/1\\_bailer\\_neugebauer\\_fpo.pdf](https://www.doew.at/cms/download/32c87/1_bailer_neugebauer_fpo.pdf); [https://en.wikipedia.org/wiki/Ulrichsberg\\_gathering](https://en.wikipedia.org/wiki/Ulrichsberg_gathering); <https://www.jpost.com/Opinion/Israel-and-the-Nazis-in-the-basement-539738>; <https://www.nytimes.com/2001/03/12/world/haider-the-rightist-is-firing-up-vienna-s-election-with-slurs.html>.

<sup>8</sup> <https://www.jewishvirtuallibrary.org/austria-agree-to-holocaust-reparations>.

<sup>9</sup> <https://www.diepresse.com/5114249/der-eichmann-jager-bei-strache>.

security and political status of the State of Israel can represent some compensation for the Jewish Nation and somewhat counterweigh the atrocities of the 1940s.

Austria can, and should, play a central role in the European arena in a way which will express its unshakable support for Israel, mainly in regard to two issues: Iran and Jerusalem. Iran poses an existential threat to Israel and a decisive European position against its military nuclear program is

essential. Recognizing Jerusalem as the Jewish capital – as it was 3,000 years ago – holds a highly important symbolic meaning for ALL Jews all over the world.

I hope that in the near future, the Austrian Jewish community, the Jewish people in general and Israel in particular, will view the FPÖ as a friend and ally vis-à-vis the challenges which we all face. Together we stand, divided we fall.

---

# Zusammenfassung

---

**Historikerkommission**  
**zur Aufarbeitung der Parteigeschichte der**  
**FPÖ**  
**Zusammenfassung**  
von  
**Norbert Nemeth und Thomas R. Grischany**



**Inhalt**

1	<b>Vorbemerkung</b>	643
2	<b>Die Beiträge</b>	644
3	<b>Resümee</b>	651

**1 Vorbemerkung**

Anfang 2018 wurde auf Initiative des damaligen FPÖ-Bundesparteiobmanns und Vizekanzlers Heinz-Christian Strache eine Historikerkommission eingerichtet, die sich kritisch mit der Vergangenheit der FPÖ auseinandersetzen sollte. In den Medien und vom politischen Gegner wurde dieses Unterfangen mit dem Aufspüren sogenannter „brauner Flecken“ der FPÖ verglichen. Konkret ist damit gemeint, dass der FPÖ ein historisches Naheverhältnis zur NSDAP unterstellt wird, weshalb es angeblich auch bis heute immer wieder zu Äußerungen von FPÖ-Funktionären kommt – den sogenannten „Einzelfällen“ –, die dieses zu bestätigen scheinen.

Für die Historikerkommission ergab sich daher der Forschungsauftrag, den Wahrheitsgehalt dieses behaupteten historischen Naheverhältnisses zu überprüfen. Die „Einzelfälle“ hingegen wurden bewusst ausgeklammert, da es sich dabei um Tagespolitik handelt, für welche die Partei zuständig ist. Nichtsdestotrotz enthalten die Materialien zum Bericht der Historikerkommission auch einen Beitrag, der sich dem Umgang der Partei mit den Vorwürfen der „Einzelfälle“ widmet. Was die eigentliche Aufgabe der Historikerkommission betrifft, wurden insgesamt 17 Beiträge verfasst, die sich mit verschiedenen Aspekten der Geschichte der FPÖ beschäftigen. Diese wurden nunmehr in der vorliegenden Anthologie publiziert.

Bereits am 5. August 2019 war ein Zwischenbericht, der sogenannte „Rohbericht“, über einige Erkenntnisse der Kommission veröffentlicht worden. Dieser „Rohbericht“ war ein zusammenfassender Zwischenbericht, der sich niemals angemaßt hat, ein akademischer Aufsatz zu sein, der ein umfassendes und abschließendes Urteil über die Vergangenheit der FPÖ abgibt. Dieses Urteil mögen jene fällen, die die Beiträge der einzelnen Autoren zur Historikerkommission gelesen haben. Auch dabei ist zu berücksichtigen, dass die vorliegende Publikation keinesfalls eine Art Schlussstrich unter die Erforschung der Geschichte der FPÖ gezogen werden sollte.

Vielmehr war beabsichtigt, einen längst überfälligen, ersten Schritt zu setzen. Dass dabei einiges wiederholt wurde, das bereits erforscht wurde und eventuell sogar über die Historikerzunft hinaus bekannt war, war unvermeidbar. Andererseits

werden dadurch einige dieser Fakten und Sachverhalte nun auch erstmals von einer durch die FPÖ autorisierte Arbeitsgruppe beim Namen genannt, wofür sich die Historikerkommission zumindest Anerkennung erhofft hat. In weitere Folge sollte dieser erste Schritt eine Einladung an die Fachwelt und den politischen Gegner zu einem fairen und sachlichen Dialog auf Basis der von der Historikerkommission gemachten Einsichten einladen. Diese Einladung wird hiermit erneuert.

Bei der Auswahl der einzelnen Beiträge hat sich die Historikerkommission von zwei grundlegenden Konzepten leiten lassen. Zunächst sollten die Beiträge drei Ebenen abdecken, und zwar die formelle, die materielle und die personelle.

Dass sich die formelle Ebene in der Feststellung erschöpft, dass die FPÖ eindeutig keine Nachfolgepartei der NSDAP, sondern gemäß ihrer Satzung eine neue und von der NSDAP völlig unabhängig gegründete Partei, als deren Vorläufer allenfalls der VdU betrachtet werden kann, ist, mag man als redundante Bestätigung des Offensichtlichen betrachten, da die FPÖ aufgrund des Verbots der NSDAP und sämtlicher Organisationen, die mit ihr zusammenhängen, ja sonst unter das Verbotsgesetz fallen würde.

Aber auch hier ging es darum, erst einmal eine unstrittige Basis zu finden, von der aus man die problematischeren Bereiche angehen könne. Daher wurde auch betont, dass die formelle Ebene allein nichts über die materiellen oder personellen Berührungspunkte zur NSDAP in der Geschichte der FPÖ aussagt.

Die Studien zum materiellen und personellen Bereich bilden daher – das war das zweite Grundkonzept – den sogenannten „Kern“ der Forschungen. Da diese Ergebnisse trotz unterschiedlicher Schwerpunkte insgesamt einen eher überblicksartigen und allgemeinen Charakter tragen, sollten sich alle weiteren Beiträge als Fallstudien mit Aspekten, die bereits im Kernbereich behandelt wurden, aber als besonders heikel betrachtet werden können, in größerem Detail auseinandersetzen, um die Richtigkeit der im Kernbereich gemachten Aussagen zu überprüfen. Der folgende Abschnitt beinhaltet Zusammenfassungen der einzelnen Berichte in der gleichen Reihenfolge, wie sie in dieser Publikation erscheinen, gefolgt von einem abschließenden Gesamtresümee.

## 2 Die Beiträge

Grundsätzlich handelt es sich laut dem Beitrag „Vom Verband der Unabhängigen zu Erich Fried“ von **Kurt Scholz** bei der Aufarbeitung der eigenen Geschichte durch die österreichischen Parteien um ein Phänomen jüngerer Datums, da das politische Establishment aufgrund der „Opfertheorie“ und jenen gleich nach dem Krieg beschlossenen Gesetzen zur Bestrafung ehemaliger Nationalsozialisten, zur Entnazifizierung und zur Verhinderung nationalsozialistischer Aktivitäten in der Zukunft keinen rechten Anlass dazu sehen wollte.

Allerdings war der Ausschluss der von dieser Gesetzgebung betroffenen Personen vom politischen und wirtschaftlichen Leben auf die Dauer nicht möglich, weshalb es bald zu Lockerungen kam, die zur Rückgabe des Wahlrechts an die mehr als 400.000 Minderbelasteten 1949 und zu einer allgemeinen Amnestie 1957 führten. Das Bemühen von ÖVP und SPÖ um diese neuen Wähler zwecks Stimmenmaximierung konnte jedoch die Entstehung von VdU und FPÖ nicht verhindern.

Scholz betrachtet es als vergebene Chance, dass die FPÖ auf die Veröffentlichung des „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“ von 1993, welches auf personelle Querverbindungen zwischen FPÖ und rechtsextremen Kreisen hinwies, nicht schon damals mit klaren Distanzierungen reagierte, anstatt einfach alles in Abrede zu stellen, weil sich die seinerzeitige Parteiführung vermutlich nicht sicher war, ob sie eine interne Machtprobe gewinnen könne. Auch als die FPÖ als Regierungspartei von 2000 bis 2005 eine Vielzahl längst überfälliger Wiedergutmachungsmaßnahmen mitrug, kam es – wohl unter dem Motto, lieber Taten sprechen zu lassen – nicht zu einer Erforschung der eigenen Parteigeschichte. Daher hat die FPÖ bisher noch nichts mit den einschlägigen Untersuchungen seitens SPÖ und ÖVP Vergleichbares vorzuweisen,<sup>1</sup> was sich mit der Einsetzung der gegenständlichen Historikerkommission ändern soll.

Die Arbeit der Kommission könnte auch in der gegenwärtigen Situation, welche davon geprägt ist, dass führende FPÖ-Politiker durchaus glaubwürdige und in der Vergangenheit undenkbar Erklärungen etwa hinsichtlich des Verhältnisses zu Israel abgeben – die man als klare Distanzierungen von der Zeit des Nationalsozialismus verstehen sollte –, die dann aber gelegentlich von verbalen Entgleisungen (oder anderen Aktionen) untergeordneter Funktionäre konterkariert werden, eine Klärung der Verhältnisse bewirken. Der freiheitlichen Historikerkommission gebühre daher, so Scholz, in jedem Fall Respekt für diese Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, aber man müsse auch eine „ungeschminkte“ Darstellung derselben erwarten dürfen.

Den rechtshistorischen Hintergrund liefert **Wilhelm Brauneder** in seinem Beitrag „Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Österreich“. Dieser gliedert die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in vier Themenbereiche. Zunächst wird erklärt, warum die sogenannte „Okkupationstheorie“ mit Bezug auf die staats- und völkerrechtliche Einordnung des „Anschlusses“ der Beliebtheit der Opfertheorie“ Vorschub leistete. Der zweite Abschnitt setzt sich mit der Wiederherstellung der Verfassung von 1920/29 und der übrigen österreichischen Rechtsordnung nach 1945 auseinander.

Den weitaus größten Raum nimmt der dritte Abschnitt über praktisch alle anderen Maßnahmen zur juristischen Bewältigung der Vergangenheit ein, nämlich die Entnazifizierung – was die Bestrafung der Nationalsozialisten mit einschließt – und die Entschädigungen. Das Thema Entnazifizierung betrifft insbesondere die Verbotsgesetze von 1945 und 1947,<sup>2</sup> die Kriegsverbrechergesetzgebung und die Tätigkeit der Volksgerichtshöfe, aber auch die Amnestien von 1948 und 1957.

Bei den Entschädigungen geht es im Wesentlichen um drei Bereiche, nämlich um Rückstellungen (inklusive der Herausgabe von Kunst- und Kulturgegenständen), um die Opferfürsorge und um Entschädigungen im engeren Sinn, die alle je-

weils eine Reihe von Gesetzen und Maßnahmen umfassen. Entschädigung im „engeren Sinne“ bedeutet, dass hier der österreichische Staat selbst – quasi stellvertretend für die Österreicher, die sich schuldig gemacht hatten – Mittel aus einer moralischen Verpflichtung heraus zur Verfügung stellt,<sup>3</sup> während Rückstellung lediglich die Korrektur des vom Deutschen Reich begangenen Unrechts durch Rückgabe ohne darüber hinausgehende Leistung beinhaltet. Opferfürsorge bedeutete tatsächlich nur „Fürsorge“ im eigentlichen Sinne (d. h. aus sozialer Verantwortung heraus), aber nicht Wiedergutmachung aufgrund moralischer Verpflichtung.

Der vierte Abschnitt zum Thema Handlungsänderungen beschreibt im Laufe der Zeit eingetretene Veränderungen der Sichtweise von Fragen nach Schuld und Sühne aufgrund neu hinzugekommener historischer Erkenntnisse bzw. aufgrund der Neuinterpretation bestimmter Sachverhalte. Dies führte einerseits zu einer Relativierung mancher den ehemaligen Nationalsozialisten vorgeworfenen Vergehen (etwa die „Illegalität“ oder die Anschlussbefürwortung), andererseits wurde aber auch die Bedeutung der „Opfertheorie“ einer Neubewertung, unter stärkerer Betonung der Mitschuld von Österreichern, unterzogen.

Die Untersuchung der personellen Kontinuität von **Michael Wladika** in „Die NS-Vergangenheit der Funktionäre des VdU und der frühen FPÖ“ weist eindeutig die stärksten Verbindungslinien zur NS-Zeit nach, wobei diese Linien am besten als „Wellenlinien“ aufzufassen sind, und zwar insofern, als sich Phasen, die besonders starke personelle Bezüge zur NSDAP aufwiesen, mit solchen, wo dies nicht der Fall war, abwechselten.

Nachdem diese wichtige Studie jedoch noch nicht komplett abgeschlossen ist – eine statistische Auswertung der Ergebnisse wird nächstes Jahr nachgeliefert –, wird hier nicht näher auf den Inhalt von Wladikas Studie eingegangen und der Leser stattdessen auf die in dieser Publikation enthaltene Vollversion verwiesen.

Als Galionsfigur bei der Gründung der FPÖ wird Anton Reinthaller gerne als bester Beweis dafür angeführt, dass die FPÖ in ihrem Wesen dem Nationalsozialismus nahestehe. Hingegen zeigt

**Lothar Höbelt** in seiner Studie „Raab und Reinthaller. Die Stabilisierung der Zweiten Republik“, dass Reinthallers SS-Rang praktisch bedeutungslos und er selbst ein Paradebeispiel für Funktionäre war, die ihre Stellung nicht ausgenützt, sondern sich auch vielen Regimegegnern gegenüber hilfsbereit gezeigt hatten.

Zudem legt Höbelt dar, dass die Gründung der FPÖ eben nicht auf eine Nachfolgepartei der NSDAP abzielte – gerade Reinthaller konnte die Radikaleren erfolgreich im Zaum halten –, sondern auf die Reintegration der Ehemaligen zur Stabilisierung der Republik, und zwar durchaus in Fortführung der Sammlungspolitik von Kraus (wobei diesem eine größere Betonung der „Unabhängigkeit“ im Sinne einer Transzendenz der traditionellen „Lager“ vorgeschwebt war) bzw. mit großer Unterstützung durch Julius Raab, der sich davon die Stärkung des „bürgerlichen“ Lagers sowie eine verbesserte Machtposition für die ÖVP erhoffte.

An Hand der Protokolle der Gremien der ÖVP untersucht die Studie das Verhältnis von Raab zum „Dritten Lager“, das oft ein wenig vorteilhaft mit der sogenannten „Inhalationstheorie“ gleichgesetzt wird. Raab ließ als Klubobmann in den Jahren 1949–51 keinerlei Sympathien für die Gründung einer „vierten Partei“ und den VdU erkennen, lernte jedoch in seiner Zeit als ÖVP-Obmann nach 1952 die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit dem VdU zu schätzen. In diesem Sinne war auch der Plan einer Einbeziehung des VdU in die Regierung 1953 ernst gemeint (und keineswegs ein Manöver mit dem Ziel, Leopold Figl als Kanzler zu ersetzen).

Die Ausnützung der bürgerlichen Mehrheit als Druckmittel gegenüber der SPÖ wurde jedoch durch die Zerfallserscheinungen des VdU gefährdet. Deshalb wandte sich Raab – im Einklang mit maßgeblichen Kreisen der Industrie – um die Jahreswende 1954/55 über Mittelsmänner an Reinthaller, um die zentrifugalen Tendenzen innerhalb des VdU aufzufangen und eine Auffangorganisation zu schaffen, die Stabilität und eine bürgerliche („antikollektivistische“) Richtung gewährleisten sollte. Diese Strategie zielte keineswegs auf eine „Ghettoisierung“ der FPÖ ab, son-

<sup>1</sup> Wolfgang Neugebauer und Peter Schwarz, „Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten“ (Wien, 2005); und Michael Wladika, „Zur Repräsentanz von Politikern und Mandatären in der Österreichischen Volkspartei 1945–1980“ (Wien, 2018).

<sup>2</sup> Wichtige Bestimmungen der Verbotsgesetzmaterie sind die Einteilung der „Registriertpflichtigen“ in die Kategorien „Belastete“ und „Minderbelastete“ bzw. die jeweils dafür vorgesehenen Sühnefolgen.

<sup>3</sup> Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus (1995), Versöhnungsfonds (2000) und Allgemeiner Entschädigungsfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus (2001).

dern auf ein Zusammenspiel, das erst nach dem überraschenden Scheitern der gemeinsamen Kandidatur Denks bei den Präsidentschaftswahlen 1957 aufgegeben wurde.

Ein zweiter Beitrag von **Lothar Höbelt** zu „VdU und FPÖ in Oberösterreich 1949–1999“ zeichnet akribisch die Geschichte der freiheitlichen Landesparteiorganisationen in jenem Bundesland nach, das laut Höbelt seit 1945 als das „Kernland“ des Dritten Lagers gesehen werden kann.

Die relativ günstige Quellenlage erlaubt es, die Geschichte des VdU und der FPÖ in Oberösterreich, der Heimat Anton Reinthallers und Friedrich Peters, deren Nachlässe glücklicherweise beide erhalten geblieben sind, in ihren Details nachzuzeichnen. Oberösterreich war für das Ringen zwischen dem VdU und der Freiheitspartei 1955 der zentrale Schauplatz. Der Übergang zur FPÖ vollzog sich am Lande meist im Zeichen personeller Kontinuität und war nur in Linz von heftigeren Kontroversen begleitet. Oberösterreich und Kärnten waren die Länder, die Friedrich Peter in den frühen sechziger Jahren nach der Olah-Krise das politische Überleben ermöglichten. Der Gleißner-Peter-Pakt 1967 sollte dann auch die Weichen für eine ÖVP-FPÖ-Koalition auf Bundesebene stellen.

In Oberösterreich lassen sich beispielhaft die Versuche einer „Generationenablöse“ verfolgen, aber auch die zunehmende Entfremdung zwischen Peter und der nachfolgenden Generation, die 1986 zur Wahl Jörg Haiders als Bundesparteiobmann führte, wobei ihre wesentlichen Impulse und ihre strategische Planung in Oberösterreich und insbesondere bei Norbert Gugerbauer zu suchen sind.

Der Beitrag von **Reinhard Olt** und **Hubert Speckner** „Die FPÖ und Österreichs Südtirol-Politik seit 1945“ beleuchtet – im größeren Kontext des freiheitlichen Einsatzes für jene Deutschen, die als ehemalige österreichische Staatsbürger aus ihrer Heimat vertrieben worden oder als nationale Minderheit Staatsbürger eines anderen Landes geworden sind – die Haltung der FPÖ im Zusammenhang mit der österreichischen Politik die Situation Südtirols betreffend. Die Autoren zeigen, dass die FPÖ – obgleich sie immer zu den entschiedensten Befürwortern einer Südtiroler Autonomie zählte und ab dem Zeitraum 1972–1992 den Konsens mit allen anderen Parteien aufkündi-

gen sollte – gerade während der „Bomben“-Jahre des Südtiroler Freiheitskampfes den konsensualen und jede Gewalt ablehnenden Regierungskurs weitestgehend mitgetragen hat. Dass dies zur Gründung von Norbert Burgers NPD führte bzw. einzelne Burschenschaftler nicht davon abhielt, sich am Freiheitskampf zu beteiligen, unterstreicht die gemäßigte und staatstragende Haltung der FPÖ.

Laut der Studie von **Thomas R. Grischany** über „Die Positionierung der FPÖ im Nationalrat“ legten FPÖ-Mandatare legten wiederholt und im Einklang mit der Programmatik der Partei klare Bekenntnisse zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Republik Österreich ab, in welchen sie die Freiheit des Einzelnen sowie das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, und hier insbesondere die Gleichheit und folgerichtig auch die Gleichbehandlung aller Staatsbürger vor dem Gesetz, betonten. Daraus ergab sich die Ablehnung der großen Koalitionen zwischen ÖVP und SPÖ und jeder Form von Parteienherrschaft wie etwa das von den beiden ehemaligen Großparteien jahrzehntelang praktizierte Proporzsystem.

Außerdem zeigte sich die FPÖ der NS-Verbrechen bewusst und distanzierte sich eindeutig von diesen. Im Sinne der Bereitschaft zur Wiedergutmachung stimmte die FPÖ daher bei insgesamt 15 in der Studie behandelten Gesetzen zum Themenkomplex Restitution, Opferfürsorge und Kunstrückgabe trotz Vorbehalten zehn Mal für die Gesetze. Die Vorbehalte betrafen den sich aus dem Prinzip der Rechtsgleichheit ergebenden Gleichbehandlungsgrundsatz, welcher nach einem breiter definierten Opferbegriff verlangte, der auch indirekte Opfer des Nationalsozialismus – in erster Linie Vertriebene, aber auch Kriegsversehrte, -waisen und -witwen – miteinschließen sollte. In diesem Sinne lehnte die FPÖ auch sämtliche Vermögenssicherungsabkommen mit kommunistischen Staaten in Osteuropa ab, da sie darin die Interessen der Heimatvertriebenen nicht ausreichend vertreten sah.

Im Geiste der Gleichbehandlung setzten sich VdU und FPÖ zudem für eine etwas differenzierte Behandlung der ehemaligen NSDAP-Mitglieder ein. Konkret bedeutete dies, dass echte Verbrechen selbstverständlich zu bestrafen seien (und zwar gemäß dem österreichischen Strafrecht und nicht rückwirkend per Sondergesetzgebung), aber die mit der Nationalsozialistengesetzgebung einher-

gehenden Sanktionen mit Bezug auf die Mitläufer wurden als zu harsch betrachtet. Wie alle anderen Parteien befürwortete die FPÖ daher die NS-Amnestie 1957, aber auch die Verbotsgesetz-Novelle von 1992, welche die Bestrafung für Wiederbetätigung erleichterte. Allerdings lehnte die FPÖ die Novellierung des „Verhetzungsparagraphen“ (§ 283 StGB) von 2011 ab, weil sie dadurch eine Einschränkung der Redefreiheit – also eines „urfreiheitlichen“ Grundrechtes – befürchtete.

Der Einsatz für die Vertriebenen entsprach dem in den Programmen verankerten Bekenntnis der Zugehörigkeit zur deutschen Sprach-, Kultur- und Volksgemeinschaft, das vor allem in den Debatten rund um die Einrichtung eines österreichischen Nationalfeiertages zum Ausdruck kam. Es soll hier ausdrücklich betont werden, dass dieser sogenannte „nationale“ Standpunkt aus der ursprünglich links stehenden großdeutschen Richtung der deutschen Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts stammte und dass es sich dabei ausschließlich um eine Frage von Identität auf einer historisch-intellektuellen Ebene, und nicht um konkrete staats- und völkerrechtliche Umsetzungswünsche, handelt.

Wie die Studie von **Stefan Karner** „Das ‚Dritte Lager‘ aus der Sicht der Sowjetunion 1945–1956 und 1983–1986“ zeigt, war die Sowjetunion – zumeist über ihre Botschaften und Residenturen in Wien und Salzburg – über die Entwicklung des „Dritten Lagers“ in Österreich seit 1945 relativ gut informiert. Teilweise wurden Ereignisse und politische Entwicklungen nur rapportiert, teilweise wurden konkrete Handlungen seitens der sowjetischen Organe gefordert.

Die in den zugänglichen Quellen benannten Adressaten in Moskau waren nahezu immer das sowjetische Außenamt und die zuständige Europäische Abteilung. Der Quellenwert ist in vielen Fällen ein ergänzender. Teilweise werden falsche Informationen, wie sie in Österreich im Umlauf waren, ebenso – relativ unrecherchiert – übernommen, was durchaus in Moskau zu Missinterpretationen führen konnte. So war die sowjetische Führung spätestens seit dem Nationalsozialistengesetz 1947 und den Amnestieverordnungen ab 1948 gegen die Zulassung ehemaliger Nationalsozialisten als Wähler, weil man dadurch ein Erstarren des bürgerlichen Elements in der österreichischen Parteienlandschaft befürchtete.

Im VdU, der in den sowjetischen Quellen durchwegs als „neofaschistisch“ (oder auch „neonazistisch“) bezeichnet wurde, sah die UdSSR ein Sammelbecken alter Nazis. Die Befürchtung war, dass der VdU die Wiederbelebung der NSDAP und die Errichtung eines „faschistischen“ Regimes in Österreich anstreben würde. Ganz im Sinne der offiziellen kommunistischen Ideologie und im damaligen sowjetischen Wording wurde ÖVP und SPÖ unterstellt, dass diese an einer antimarxistischen Allianz aus ÖVP, Ex-Nazis und Ex-Heimwehrlern arbeiteten bzw. im Dienste des Kapitals agierten.

Der Obmann der Nachfolgepartei FPÖ, Friedrich Peter, bestätigte 1957 bei einer Veranstaltung, dass auch die Freiheitliche Partei Österreichs aus ehemaligen Nationalsozialisten bestünde und im Kommunismus den „Feind Nr. 1“ sehe. Gleichzeitig betonte Peter auch, dass man sich zur westlich-parlamentarischen Demokratie bekenne und die Verbrechen des „Dritten Reiches“ ablehne. Während die Neutralitätsproponenten innerhalb des VdU in den sowjetischen Berichten aus Österreich relativ gut beschrieben wurden, ja noch sowjetisches Wohlwollen genossen hatten, stieß die Anlehnung der FPÖ an westdeutsche Positionen sowie die Befürwortung eines Beitritts Österreichs zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) auf starke sowjetische Ablehnung.

Langsam trat, v. a. ab 1966, eine leichte Änderung in der Bewertung der FPÖ ein. So wurden etwa von den sowjetischen Berichterstatern die Bemühungen um eine liberalere Richtung in der FPÖ, namentlich durch Peter und Willfried Gredler, zur Kenntnis genommen. Diese Kenntnisnahme hatte wohl, wie die Berichte insinuierten, mit der Zunahme von Arbeitern unter den freiheitlichen Wählern seit 1966 zu tun.

Im Wählerreservoir des freiheitlichen Lagers wurden dagegen besonders ausführlich und argwöhnisch die pauschal des Revanchismus verdächtigten Heimatvertriebenen beäugt. Sie galten den Sowjets quasi als Vorfeldorganisation der FPÖ sowie als erklärte Antimarxisten und Neofaschisten. Die sowjetischen Mitarbeiter ließen kaum eine Versammlung der Heimatverbände aus, notierten eifrig bei den Reden mit und machten auch Felderkundungen unter Zuhörern.

In zunehmendem Maße interessierten sich die sowjetischen Stellen in ihren Berichten auch für andere Gruppen des „rechten“ Spektrums,

denen einzelne FPÖ-Funktionäre nahestanden (wie Norbert Burgers NDP oder der „Befreiungsausschuss Südtirol“). Breiten Raum nehmen in diesem Zusammenhang die Berichte über die Verbindungen der FPÖ zur Kleingruppen-Szene am äußersten rechten Rand und zu „Neo-nazi-Organisationen“ ein. Die Mitgliedschaften einzelner FPÖ-Funktionäre kommen, wenn überhaupt, dann nur bei deren rapportierten Lebensläufen vor. Und auch dort sind es nur Randnotizen. Sie waren kein Thema des sowjetischen Interesses.

Dieser Überblick zeigt, dass die ursprüngliche Gegnerschaft der UdSSR gegenüber dem Dritten Lager, welche sich in einer übertriebenen, der Ideologie geschuldeten und auch wenig differenzierten Rhetorik (auch den anderen Parteien wurden absurde Vorwürfe gemacht) äußerte, mit der Gründung der FPÖ einer sachlichen Auseinandersetzung wich. In dieser Debatte bezogen sich die Vorbehalte schließlich auf konkrete pro-westliche Haltungen, die zwar eindeutig nicht im Interesse der UdSSR lagen, aber andererseits nicht im geringsten etwas mit (Neo-)Nazismus oder Faschismus zu tun haben.

Aufgrund der sieben Parteiprogramme seit 1956 beschreibt **Thomas R. Grischany** in „Die Positionierung der FPÖ in den Parteiprogrammen“ die weltanschauliche Ausrichtung der FPÖ als „nationalliberal“, wobei mit diesem Begriff auch auf jene Kräfte Bezug genommen wird, welche vor dem Zweiten Weltkrieg das sogenannte „Dritte Lager“ abdeckten, nämlich die deutschfreiheitlichen Parteien des Kaiserreiches und die Großdeutschen der Ersten Republik. In sei-

ner Geschichte hat dieses nationalliberale Lager ideologische Anleihen von „rechts“ und „links“ genommen, wobei das nationalliberale Selbstverständnis in seinem Kern erhalten blieb.

Jedoch wurde vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts der nationale Gedanke oftmals deutlich über den liberalen gestellt und auch der antisemitische Gedanke in seinen verschiedenen Ausprägungen genoss gerade im Dritten Lager große Popularität. Die teilweise extreme Übersteigerung des Nationalen in diesem Zeitraum kann zum einen auf die vor allem Österreich betreffende Kette „nationaler“ Krisensituationen – von der Zuspitzung des Nationalitätenkonflikts in der Monarchie über die Niederlage im Ersten Weltkrieg und den Frieden von St. Germain bis hin zur Instabilität der Ersten Republik – zurückgeführt werden, lässt sich aber auch mit einer generellen – teils selbst mitverursachten, teils unverschuldeten – Krise des Liberalismus erklären.<sup>4</sup>

Nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges verschlimmerte sich die Krise des Liberalismus noch mehr, und es war dieses Vakuum, in welches die neuen Ideologien wie Bolschewismus, Faschismus und Nationalsozialismus hineinstoßen konnten. Von den Verheißungen des Nationalsozialismus ließen sich viele (aber nicht ausschließlich) deutschfreiheitliche Österreicher aufgrund der tiefgreifenden Verunsicherung blenden.<sup>5</sup> Jedoch sollte sich der Nationalsozialismus durch sein Scheitern und insbesondere wegen seiner verbrecherischen Natur so schnell und gründlich diskreditieren, dass der Nationalliberalismus die Chance für einen Neustart erhielt.

Die Situation des Dritten Lagers nach 1945 lässt sich daher als eine Wiederbelebung der nationalliberalen Grundhaltung verstehen, wobei den Gründern des VdU das liberale Element besonders am Herzen lag, gleichzeitig aber auch die Reintegration jener ehemaliger Nationalsozialisten, die noch nicht (wieder) zu ÖVP und SPÖ gegangen waren, besonders wichtig war. Dass bei diesen Menschen der nationale Gedanke stärker im Mittelpunkt stand, ist nur folgerichtig und erklärt auch die stärker national ausgerichtete Positionierung der FPÖ.

Doch schon beim ersten Programm von 1956 stand der Grundsatz der Freiheit ganz oben. Und für die Zweite Republik lassen sich die wichtigsten freiheitlichen Grundwerte wie folgt skizzieren: An der Spitze steht immer die Betonung der Freiheit des Einzelnen und die Ablehnung jeder Form des Kollektivismus, vor allem des Parteienproporz. Analog dazu gehört die Bewahrung der Freiheit der Nation – quasi als Summe der individuellen Freiheiten der Staatsbürger – nach außen, wie etwa gegenüber der historischen Bedrohung des Kommunismus oder aktuellen zentralistischen Tendenzen innerhalb der EU, sowie im Inneren durch den Schutz der österreichischen nationalen und kulturellen Identität gegenüber den Gefahren unkontrollierter Masseneinwanderung. Dies steht in keinem Widerspruch zu der ebenfalls von Anfang an betonten europäischen Gesinnung, da die österreichischen Grundwerte als allen Europäern gemeinsames Erbe der abendländischen Kultur betrachtet werden und das freiheitliche Idealbild von einem geeinten Europa in einem Europa der Vaterländer, d. h. in der Zusammenarbeit freier Völker, besteht.

Die historische Bedeutung des in vielen Beiträgen behandelten nationalen Gedankens wird auch in dem kurzen Beitrag „Nationsbegriff und FPÖ“ von **Anton Karl Mally** erörtert, welcher sich zunächst mit historischen Definitionsmöglichkeiten der „österreichischen Nation“ sowie dem Nationsbegriff an sich auseinandersetzt. In weiterer Folge wird die Haltung der FPÖ zu diesen Begriffen analysiert.

Abschließend zeigt **Erwin A. Schmidl** in seiner Studie „Die Wehrpolitik der FPÖ“, dass sich die FPÖ stets positiv zur militärischen Landesverteidigung und zum österreichischen Bundesheer geäußert hat – auch wenn das Interesse an konkreten wehrpolitischen Fragen in der Gesamtpartei ähnlich schwach ausgeprägt war wie bei allen anderen Parteien. Auch waren die freiheitlichen Standpunkte zur Wehrpolitik nicht immer so geradlinig, wie es der Satz „Österreich hat sein Staatsgebiet zu schützen, seine Neutralität zu wahren und seinen Bürgern Schutz und Hilfe in allen Bedrohungsszenarien zu gewähren“ aus einer im Jahr 2018 anlässlich der Republikgründung vom Freiheitlichen Bildungsinstitut herausgegebenen Broschüre vermuten lassen würde.

So schwenkte die FPÖ während der 1990er und frühen 2000er Jahre vorübergehend auf einen Pro-NATO-Kurs ein, bevor sie sich wieder stark auf die Einhaltung der Neutralität besann. Auch die Bejahung der allgemeinen Wehrpflicht setzte sich erst in den 1970er und 1980er Jahren eindeutig durch. Veränderungen in der Parteilinie konnten sich eben auch in der Wehrpolitik der Partei widerspiegeln. Im Einklang mit ihrer Grundausrichtung distanzierte sich die FPÖ in ihrem ersten Programm (1957/58) klar vom Angriffskrieg „als Mittel der Politik“, aber verwahrte sich in ihren frühen Programmen (1957/58 und 1968) ebenso deutlich gegen pauschale Diffamierungen der Kriegsteilnehmergeneration.

Jedenfalls unterstreicht das beständige und unbedingte Eintreten für die Landesverteidigung eine ausgesprochen patriotische Einstellung gegenüber dem österreichischen Staat und somit den staatstragenden sowie freiheitlich-demokratischen Grundcharakter der FPÖ.

Obwohl beide Bereiche rechtlich und institutionell völlig voneinander getrennt sind, führt die Mitgliedschaft von FPÖ-Mitarbeitern in waffenstudentischen Verbindungen wiederholt zu Vorwürfen des Rechtsextremismus, weshalb sich **Gerhard Hartmann** in „Der Wertewandel in den Studentenverbindungen“ kritisch mit der Geschichte der schlagenden Verbindungen<sup>6</sup> in Österreich befasst, wobei der Fokus auf die Burschenschaften als die

- 4 Bei dieser Krise handelte es sich eigentlich um eine Krise der westlichen Moderne, d.h. die Diskreditierung jener liberal-bourgeois-kapitalistischen Werte, welche bis 1900 Europa (und die USA) zur Herrscherin der Welt und führend in jedem Bereich menschlicher Zivilisation gemacht haben, aber andererseits für etliche Unzulänglichkeiten verantwortlich gemacht wurden, wobei der Liberalismus oft pauschal mit einem sogenannten „jüdischen Geist“ gleichgesetzt wurde. Zu diesen Krisensymptomen gehörte das Versagen des Kapitalismus angesichts der immer dringlicheren sozialen Frage und des Börsenkrachs von 1873, ein damit einhergehender übertriebener und als „seelenlos“ empfundener Materialismus, die Beengtheit der bürgerlichen Welt und ihrer Moralvorstellungen, sowie das von prominenten Kulturkritikern beklagte Fehlen von Tiefe und Authentizität in der Kunst.
- 5 So versprachen sich diese vom Nationalsozialismus die Lösung der sozialen Frage durch nationalsozialistische Volksgemeinschaft, die Lösung der nationalen Krise durch Anschluss und Wiederherstellung des deutschen Großmachtstatus, sowie „wahre“ Demokratie durch einen die Nöte des Volkes angeblich besser als ein durch Parteienzwist geschwächtes Parlament verstehenden „Führer“. Jene, die der sogenannten „Judenfrage“ besondere Bedeutung zumaßen, begrüßten natürlich auch die antijüdischen Maßnahmen der Regierung, in Einzelfällen bis hin zur Mitwirkung am Holocaust.

- 6 Unter diesem Begriff werden (im Gegensatz zu den die Mensur ablehnenden katholischen CV-Verbindungen) sämtliche Mensur schlagende Verbindungstypen wie Burschenschaften, Corps, Landsmannschaften, Sängler- und Turnerschaften etc. subsumiert.

aufgrund ihres politischen Selbstverständnisses maßgebliche Kraft gerichtet ist, und Hartmann die Tendenz der burschenschaftlichen Geschichtsschreibung, „durch die Überbetonung der liberal-demokratischen Wurzeln ihrer Bewegung die deutschnational-rechtsradikale Vergangenheit und Gegenwart zu kaschieren“ bemängelt.

Die Geschichte der burschenschaftlichen Bewegung begann 1815 mit der Gründung der Urburschenschaft in Jena. Die im Rahmen des Wartburgfestes von 1817 ausgearbeiteten 36 *Grundsätze und Beschlüsse vom 18. Oktober* können als das erste Programm eines liberalen Nationalismus in Deutschland bezeichnet werden, das den Konstitutionalismus des 19. und 20. Jahrhunderts massiv beeinflusste. Infolge der Gründung der „Allgemeinen Burschenschaft“ 1818 wurden „die Burschenschaften die erste gesamt-nationale Organisation des deutschen Bürgertums“, eine Art „politische Gegenelite zum herrschenden System des Absolutismus und des Adels“. Diese Bewegung fühlte sich einem weitestgehend republikanisch gesonnenen deutschen Nationalgefühl verpflichtet, und nur eine radikale Minderheit befürwortete revolutionäre Bestrebungen oder gar politischen Mord.

Ab 1848/49 verbreitete sich die burschenschaftliche Bewegung auch in Österreich. Nach dem Ende der liberalen Ära in Österreich 1873, welche mit dem Beginn des neuzeitlichen Antisemitismus zusammenfiel, kam es bei den österreichischen Schlagenden zu einer Radikalisierung, die sich in einem rassistisch motivierten Antisemitismus – gleichbedeutend mit der Einführung des Arierparagraphen und des Waidhofener Prinzips –, einem scharfen kulturkämpferischen Gegensatz zum CV und einem Anstieg des Duellwesens aufgrund der Einführung des Satisfaktionsprinzips äußerte. Vor allem geriet die liberale Idee zunehmend in den Schatten des deutschnationalen Gedankens, etwa in Form von Sorge um die Wahrung des deutschen Besitzstandes innerhalb der Habsburgermonarchie oder aufgrund von Sympathie für eine Vereinigung mit dem deutschen Kaiserreich.

Aufgrund des Kriegserlebnisses verstärkten sich nach 1918 die völkischen und antisemitischen Gedanken – etwa durch den eindeutigen Anschluss-Wunsch. Außerdem wurden Juden aus dem österreichischen Kreis der von den Schlagenden dominierten Deutschen Studentenschaft (DSt) ausgeschlossen und deren Zugang zum Studium

mittels Volksbürgerschaftsprinzip eingeschränkt. Deshalb wurde in den 1930er Jahren der Nationalsozialismus unter den Schlagenden schnell populär. Im Ständestaat wurde die DSt aufgelöst und der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund verboten, aber trotz ihrer ideologischen Affinität zum Dritten Reich wurden auch die schlagenden Korporationen nach 1938 gleichgeschaltet.

Nach 1945 waren wesentliche Elemente v. a. des burschenschaftlichen Selbstverständnisses – wie der nationale Gedanke (das Bekenntnis zur deutschen Volkszugehörigkeit im Gegensatz zur österreichischen Nation) und das Mensurwesen – in der Öffentlichkeit diskreditiert. Da es zudem an den Hochschulen ab 1968 zu einer in der Hegemonie politisch linker Kräfte mündenden „Linksverschiebung“ kam, mussten bis 1980 viele Schlagende ihren Betrieb einstellen. Seit den 1990er Jahren kam es bei den Schlagenden (nach schwachen Reformansätzen in den 1960er Jahren) zu einer bis heute anhaltenden konservativen Renaissance, d. h. einer Stärkung der nationalen Richtung, und auch zu einer leichten Verbesserung der Nachwuchssituation.

Während die Bedeutung des CV als informelle Vorfelddorganisation und „Kaderschmiede“ der ÖVP seit den 1960er Jahren eher abnahm, verhielt es sich bei den Burschenschaften und der FPÖ umgekehrt, und zwar v. a. seit der Obmannschaft von Heinz-Christian Strache ab 2005. Dies kann neben dem Anwachsen der Partei seit den 1990er Jahren auch auf das vergleichsweise schwächere Rekrutierungsreservoir des politischen Personals (weniger Frauen, weniger Vorfelddorganisationen oder Interessenvertretungen) sowie auf das weniger akademisch-affine Wähler- und Funktionärspersonal der FPÖ zurückgeführt werden.

Die Studie von **Mario Strigl** „Das Liedgut des Farbstudententums“ analysiert die historische Entstehung dieses Liedgutes und kommt zu dem Schluss, dass sich seit dem Mittelalter verschiedene Themenschwerpunkte entwickelt und übereinander gelegt haben: Diese Schwerpunkte reichen von Trinkliedern und den Kampfliedern der Befreiungskriege über die idealistischen sowie politischen Lieder des Vormärz und das Schwelgen im romantischen (groß-)deutschen Nationalismus bis hin zu den „saturierten Hymnen der nationalen Einigung“. Seit Ende des Ersten Weltkrieges hat es keine bedeutende Weiterentwicklung mehr gegeben, weshalb

kein einziges dieser Lieder als „Nazilied“ betrachtet werden kann. Dieser Umstand schließt freilich den Missbrauch einzelner Lieder durch die Nationalsozialisten ebenso wenig aus wie politisch eindeutig abzulehnende Umdichtungen oder Zusatzstrophen nach 1945.

Unter den als „Materialien“ beigesteuerten Beiträgen dokumentiert **Andreas Mölzer** in „HC-Strache – Entschieden gegen NS-Ideologie und für Israel“ jene Äußerungen von Heinz-Christian Strache seit der Übernahme der Bundesparteiobmannschaft im Jahre 2005, in welchen dieser sich im Namen der FPÖ deutlich von den Verbrechen des Nationalsozialismus distanziert und eindringlich eine pro-israelische Haltung einfordert, was das Bewusstsein der Problematik und die Ernsthaftigkeit hinter dem Projekt, eine Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte der FPÖ einzusetzen, unterstreicht.

Die von **Christian Hafenecker** erarbeitete Sammlung „Vorwürfe“ enthält Stellungnahmen, die den offiziellen Umgang der Partei mit Vorwürfen von Wiederbetätigung, Rechtsextremismus, Rassismus etc. gegenüber einzelnen Mitarbeitern seit 2017 belegen. Aus dieser Dokumentation geht hervor, dass es sich dabei in der Regel tatsächlich um bedauerliche, aber insignifikante „Einzelfälle“ handelt, die zwar von Medien und Gegnern aufgeblasen werden, aber nicht auf die Haltung der gesamten FPÖ übertragen werden können bzw. dass die Partei in substantiellen Fällen immer entschlossen durchgegriffen hat.

Der Beitrag von **Laila Mirzo** „FPÖ und der Islam“ belegt, dass die Haltung der FPÖ gegenüber dem politischen oder – wie sie es bezeichnet – orthodoxen Islam nichts mit Fremdenhass oder Rassismus, wie es die politischen Gegner der FPÖ gerne behaupten, zu tun hat. Vielmehr sei diese Form des Islams eine Bedrohung der westlich-europäischen Werte sowie der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Österreichs, denen sich die FPÖ aufgrund ihrer nationalliberalen Ausrichtung besonders verpflichtet fühlt, und die sie daher als einzige politische Kraft auch vehement gegenüber dem Islam verteidigt.

In „Materialien des DÖW zum ‚Dritten Lager‘ in Bezug auf die FPÖ“ versucht **Johannes Kalwoda**, jene Bestände des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) zu erfassen, die

einen Bezug zur FPÖ aufweisen, was sich aufgrund der Materialfülle und der vorgegebenen Zeit auf eine statistische Erhebung beschränken musste. Aus dieser geht jedoch hervor, dass sich das im DÖW aufbewahrte Material aufgrund des Mangels interner Dokumente nur sehr bedingt zu einem besseren Verständnis der Hintergründe und Beweggründe für die Politik des Dritten Lagers beiträgt und stattdessen eher die Außenwirkung von Personen dieses Lagers bzw. die Rezeption desselben verdeutlicht.

### 3 Resümee

Die Geschichte des Dritten Lagers nach 1945 weist eindeutig Berührungspunkte mit dem Nationalsozialismus auf. Dies ergibt sich zunächst daraus, dass das deutschfreiheitliche Lager während der Ersten Republik schneller und vollständiger als jedes andere mit dem Nationalsozialismus sympathisierte und in dieser Bewegung aufging. Dieser Umstand ist aus bestimmten zeitspezifischen Umständen heraus historisch erklärbar.

Aber weder VdU noch FPÖ waren formell Nachfolgeorganisationen der NSDAP. Und sie strebten auch nicht – wie die Auswertung des inhaltlich-materiellen Bereichs zeigt – politisch die Wiedererrichtung eines nationalsozialistischen Regimes an.

Die stärksten Berührungspunkte nach 1945 bestanden im personellen Bereich, wo sich mehr als bei den anderen Parteien ehemalige Nationalsozialisten in Führungspositionen befanden. Daneben haben von Anfang an auch Personen mit anderen Hintergründen wichtige Rollen gespielt. Der Einfluss ehemaliger Nationalsozialisten auf das nationalliberale Lager kann als wellenlinienartig verlaufend charakterisiert werden, wobei eine NSDAP-Mitgliedschaft oder NS-Vergangenheit allein nichts über die Gesinnung einer Person nach 1945 aussagt. Dies zeigt sich etwa musterhaft darin, dass sich unter den Ministern im Kabinett Kreisky I vier ehemalige Nationalsozialisten befanden. Auch die Bemühungen von Friedrich Peter, das „dreigeteilte politische Leitbild der FPÖ vom nationalen Schwerpunkt auf die Idee der Freiheit und mit sozialfortschrittlichem Akzent zu verlagern“,<sup>7</sup> zählen dazu.

<sup>7</sup> NI. Peter, Peter an Gredler, 23.4.1965 (zitiert nach Lothar Höbelt, VdU und FPÖ in Oberösterreich 1949–1999).

Auf der **materiellen** Ebene manifestierten sich die Berührungspunkte zur NS-Zeit vor allem in der Frühzeit dadurch, dass in Teilen der Programme und in Redebeiträgen einzelner Vertreter von VdU und FPÖ durch eine teilweise an die NS-Terminologie angelehnte Wortwahl immer wieder Signale an ehemalige Nationalsozialisten als potentielle Wähler gesendet wurden.

Auch das Eintreten für bestimmte politische Ziele, wie die Aufhebung des Verbotsgesetzes oder die Abmilderung der Entnazifizierungsmaßnahmen, führte zum Vorwurf der Nähe zum Nationalsozialismus und hatte zweifellos den Nebeneffekt, dass diese Themen vor allem ehemalige Nationalsozialisten ansprachen. Dabei handelte es sich sachlich nicht um Wiederbetätigung, und primär ging es den Freiheitlichen hierbei – niemand stellte die Bestrafung von Verbrechen infrage – um Unverständnis für die Unverhältnismäßigkeit der Sanktionen für eine große Gruppe von Personen, die sich nichts weiter als eine Parteimitgliedschaft zuschulden hat kommen lassen.<sup>8</sup>

Dieses Unverständnis beruhte auf jenem radikalen Gleichheitsgedanken vor dem Recht, der in vielen anderen Haltungen der FPÖ ebenfalls zum Ausdruck kam.<sup>9</sup> Bei der Amnestie kam zusätzlich zu dem Gedanken der unverhältnismäßigen Bestrafung das wichtige Motiv hinzu, dass ein signifikanter Teil der Bevölkerung in das politische System sowie die Zivilgesellschaft der Zweiten Republik integriert und dadurch auch die Stabilität in Österreich gewährleistet werden sollte. Dieses Ansinnen wurde prinzipiell auch von den anderen Parteien geteilt. Gerade deswegen hatte – neben wahltaktischen Überlegungen – die SPÖ die Gründung des VdU und die ÖVP jene der FPÖ unterstützt.

Das in verschiedenen Bereichen mehr der weniger stark ausgeprägte historische Naheverhältnis zum Nationalsozialismus ändert nichts an der grundsätzlich nationalliberal orientierten ideologischen Ausrichtung der FPÖ, die sowohl in ihren Parteiprogrammen als auch in ihrer Po-

sitionierung im Nationalrat zum Ausdruck kam. Die Satzungen der FPÖ beinhalten ebenfalls ein klares Bekenntnis zur Verfassung und damit auch zur Eigenstaatlichkeit und Souveränität der Republik Österreich.

An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass sich aktive Unterstützer und Sympathisanten des Nationalsozialismus nicht ausschließlich aus dem deutschfreiheitlichen Lager rekrutiert haben können. Nach 1945 haben sich ehemalige Parteimitglieder und Mitläufer in großen Zahlen auch unter den Wählern und Mitgliedern der anderen Parteien befunden. Gerade vor dem Hintergrund der Stabilisierung der Republik sollte daher die Geschichte der FPÖ als einer staatstragenden und demokratischen Partei auch als wichtiger Beitrag zur Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik gewürdigt werden.

**8** Jüngere Forderungen nach der Abschaffung bzw. Neuformulierung des Verbotsgesetzes zielen darauf ab, den Tatbestand der nationalsozialistischen Wiederbetätigung genauer und zeitgemäßer zu definieren – wie ja bereits 1992 das Strafmaß herabgesetzt, aber dafür der Strafbestand der Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen hinzugefügt wurde –, und es kommt noch das Argument der absoluten Meinungsfreiheit in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft hinzu, ein Argument, das auch von Personen außerhalb der FPÖ vertreten wird.

**9** Etwa die Forderung nach Entschädigung der Heimatvertriebenen als indirekte Opfer des Nationalsozialismus oder nach Unterstrafstellung des Leugnens kommunistischer Verbrechen.

---

# Autoren

---

## **Kurzbiographien der am Bericht beteiligten Autoren**



**Inhalt**

1	emer.O.Univ.-Prof. Mag. rer.soc.oec. Dr.iur. Dr.h.c. <b>Wilhelm Brauner</b>	657
2	Mag. <b>Thomas R. Grischany</b> , MA, PhD	657
3	<b>Christian Hafenecker</b> , MA	657
4	Priv.-Doz. Dr. <b>Gerhard Hartmann</b>	657
5	ao. Univ.-Prof. Dr. <b>Lothar Höbelt</b>	657
6	emer. Prof. Dr. <b>Raphael Israeli</b> , M.A.	657
7	Mag. Dr. <b>Johannes Kalwoda</b>	658
8	Univ.-Prof. Dr.phil. Dr.h.c. <b>Stefan Karner</b>	658
9	Dr. <b>Mordechai Kedar</b>	658
8	Dr. <b>Anton Karl Mally</b>	658
9	<b>Laila Katharina Mirzo</b>	658
10	MdEP a. D. <b>Andreas Mölzer</b>	659
11	Parlamentsrat Mag. <b>Norbert Nemeth</b>	659
12	Prof. Dr. Dr.h.c. <b>Reinhard Olt</b>	659
13	Univ. Doz. <b>Erwin A. Schmidl</b>	659
14	Dr. <b>Kurt Scholz</b>	660
15	Dr. <b>Hubert Speckner</b>	660
16	Dr. <b>Mario Strigl</b>	660
17	Univ. Doz. Dr. <b>Michael Wladika</b>	660

## 1 emer.O.Univ.-Prof. Mag. rer.soc.oec. Dr.iur. Dr.h.c. **Wilhelm Brauner**

Wilhelm Brauner, Jahrgang 1943, ist emeritierter Universitätsprofessor der Rechtswissenschaften. Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien (Promotion 1965) sowie Staatswissenschaften und Wirtschaftspädagogik an der Wirtschaftsuniversität Wien (Magisterium 1972). Er war Ordentlicher Universitätsprofessor an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien seit 1980, Institutsvorstand des Instituts für Rechts- und Verfassungsgeschichte an der Universität Wien und von 1987 bis 1989 auch Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien. Als Gastprofessor war er an den Universitäten Kansas, Paris und Budapest tätig. Wilhelm Brauner war zudem Abgeordneter der FPÖ zum Nationalrat von 1994 bis 1999 und Dritter Präsident des Nationalrates von 1996 bis 1999. Wilhelm Brauner hat zahlreiche Publikationen veröffentlicht – darunter das Buch „Österreichische Verfassungsgeschichte“, das seit 1976 als Standardwerk gilt.

## 2 Mag. **Thomas R. Grischany**, MA, PhD

Thomas R. Grischany, Jahrgang 1967, studierte Geschichte in Hamburg und Wien, absolvierte die Diplomatische Akademie Wien und arbeitete im österreichischen Außenministerium. 2007 promovierte er an der University of Chicago. Nach einer Gastprofessur an der University of Arkansas kehrte er 2010 nach Österreich zurück und ist seit 2013 Lehrbeauftragter an der Webster Vienna Private University. 2015 erschien sein Buch „Der Ostmark treue Alpensöhne: Die Integration der Österreicher in die großdeutsche Wehrmacht, 1938–45“.

## 3 **Christian Hafenecker**, MA

Christian Hafenecker, Jahrgang 1980, ist seit 2018 Generalsekretär der FPÖ und seit 2013 Abgeordneter der FPÖ zum Nationalrat. Er war zuvor FPÖ-Abgeordneter zum niederösterreichischen Landtag. Er ist Absolvent des Masterlehrgangs

„Führung, Politik und Management“ des FH Campus Wien mit dem Titel „Master of Arts in Political Management (MA)“.

## 4 Priv.-Doz. Dr. **Gerhard Hartmann**

Gerhard Hartmann, Jahrgang 1945 ; aufgewachsen in Wien, dort Studium der Theologie (Dr. theol.), ab 1970 für das Druck- und Verlagshaus Styria tätig in Wien, Graz und von 1982 bis 1999 als Leiter von dessen Kölner Niederlassung, danach in leitenden Funktionen beim Verlag Butzon & Bercker bzw. in dessen Tochterunternehmen in Kevelaer (auch noch nach der offiziellen Pensionierung). 1991 Habilitation in Neuerer Kirchengeschichte mit besonderer Berücksichtigung der Kirchlichen Zeitgeschichte an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Graz (Univ.-Doz. bzw. Priv.-Doz.). Seit Ende der siebziger Jahre zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte des Politischen Katholizismus, des Verbandskatholizismus, zur kirchlichen Zeitgeschichte wie auch zur allgemeinen Geschichte und speziell Veröffentlichungen zur Geschichte des studentischen Verbindungswesens in Österreich.

## 5 ao. Univ.-Prof. Dr. **Lothar Höbelt**

Lothar Höbelt, Jahrgang 1956, studierte Geschichte bei Heinrich Lutz und Adam Wandruszka (unter anderem 1982 Promotion sub auspiciis praesidentis). Er war Gastprofessor an der University of Chicago und ist seit 1997 ao. Universitätsprofessor für neuere Geschichte an der Universität Wien. Lothar Höbelt gilt als profunder Kenner des Dritten Lagers und hat zahlreiche Publikationen veröffentlicht – darunter „Die Erste Republik Österreich (1918–1938)“.

## 6 emer. Prof. Dr. **Raphael Israeli**, M.A.

Raphael Israeli, Jahrgang 1935, ist emeritierter Professor für die Geschichte des Nahen Ostens, des Islams und Chinas an der Hebrew University of Jerusalem, sowie Research Fellow am Truman Institute for the Advancement of Peace und dem Jerusalem Center for Public Affairs. Israeli dien-

te 12 Jahre im Nachrichtendienst der israelischen Streitkräfte, bevor er sich dem Studium der Arabistik und Geschichte an der Hebrew University bzw. ostasiatischer, chinesischer und islamischer Geschichte an der University of California at Berkeley zuwandte. Israeli lehrte 30 Jahre lang an der Hebrew University, war Gastprofessor an verschiedenen Universitäten weltweit und ist der Autor zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen.

## 7 Mag. Dr. Johannes Kalwoda

Johannes Kalwoda, Mag. Dr.; Studium: Geschichte, Deutsche Philologie in Wien, u. a. bei Lothar Höbelt und Werner Welzig. Tätigkeiten: im Schuldienst seit 1995; Projektmitarbeit bei der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs: „Graf Egbert Belcredi (1816–1894) Tagebücher“ (2010–2016), bei der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek: „Klubsitzungen (deutsch-)österreichischer Parteien 1918/19“ (2019/20); Assistent am Institut für Rechts- u. Verfassungsgeschichte der Univ. Wien bei Thomas Simon und Miloš Vec (2012–2016). Publikationen zur Zeitgeschichte sowie zu verfassungs- u. verwaltungsgeschichtlichen Themen der späten Habsburgermonarchie.

## 8 Univ.-Prof. Dr.phil. Dr.h.c. Stefan Karner

Stefan Karner, Jahrgang 1952, studierte Geschichte sowie Russisch (unter anderem 1976 Promotion summa cum laude) und ist seit 1982 am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Graz tätig. 1985 erfolgte die Habilitation für Neueste Wirtschafts- und Sozialgeschichte und für Österreichische Zeitgeschichte. Karner war von 2004 bis 2006 und von 2012 bis 2018 Vorstand des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz, Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung bis 2018 sowie ehemaliger wissenschaftlicher Leiter des Universitäts-Medienlehrgangs (2004 bis 2017). Stefan Karner hat über 30 selbstständige wissenschaftliche Publikationen verfasst – darunter „Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945“ und „Im Archipel GUPVI.

Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956“.

## 9 Dr. Mordechai Kedar

Mordechai Kedar, Jahrgang 1952, ist Experte für die Kultur der arabischen Israelis und Senior Lecturer am Institut für Arabistik und Geschichte des Nahen Ostens an der Bar-Ilan University in Ramat Gan, wo er auch in Arabistik promovierte, sowie Research Associate am Begin-Sadat Center for Strategic Studies und Mitglied des Berlin International Center for the Study of Antisemitism. Kedar diente 25 Jahre im Nachrichtendienst der israelischen Streitkräfte als Spezialist für islamische Gruppierungen, den politischen Diskurs in arabischen Ländern, die arabische Presse und Massenmedien sowie innere Angelegenheiten Syriens.

## 10 Dr. Anton Karl Mally

Anton Karl Mally, Jahrgang 1940, ist Dr. phil und Oberrat i. R. Er studierte Geschichte und Germanistik an der Philosophischen Fakultät der Universität Wien. Seine Dissertation über den „Österreichischen Kreis“, einen der zehn Kreise des Römisch-Deutschen Reiches, ist auch in Druck erschienen. Nach seiner Promotion arbeitete er zunächst im wissenschaftlichen Verlag Böhlau, dann als Bibliothekar in der Hauptbibliothek der Universitätsbibliothek Wien, vor allem als Fachreferent für Geschichte und Mitarbeiter am Katalog der abendländischen Handschriften. Seit 1972 lebt Mally in Mödling bei Wien. Er beschäftigt sich intensiv mit Sprachpflege und ist seit 2017 Ehrenmitglied des Vereins „Muttersprache“.

## 11 Laila Katharina Mirzo

Laila Katharina Mirzo wurde 1978 als Tochter einer Deutschen und eines syrischen Kurden in Damaskus/Syrien geboren.

Bei ihrer Tätigkeit als Trainerin für interkulturelle Kompetenz beschäftigte sie sich intensiv mit dem Islam und ist heute eine der profiliertesten Islamkritiker im deutschsprachigen Raum. Dazu

schrrieb sie das Buch „Nur ein schlechter Muslim ist ein guter Muslim – über die Unvereinbarkeit des Islam mit unserer Kultur“.

Laila Mirzo ist heute als Journalistin und Buchautorin tätig. Sie schreibt u.a. für die Junge Freiheit, die Jüdische Rundschau, den Attersee Report, den Wochenblick und die Neue Zürcher Zeitung.

## 12 MdEP a. D. Andreas Mölzer

Andreas Mölzer, Jahrgang 1952, gilt seit Jahrzehnten als intimer Kenner der Strukturen der FPÖ und des Dritten Lagers im Allgemeinen. Er war FPÖ-Bundesrat für das Land Kärnten und von 2004 bis 2014 als Europaabgeordneter der FPÖ ein Mitglied des Europäischen Parlaments. Mölzer war nebenbei auch Kärntner Kulturberater und Grundsatzreferent des früheren FPÖ-Bundesparteiobermannes Jörg Haider. Dem Freiheitlichen Bildungswerk stand er von 1991 bis 1995 vor. Mölzer war bis 1990 auch Chefredakteur der FPÖ-Wochenzeitung „Kärntner Nachrichten“. Andreas Mölzer ist hauptberuflich Publizist und gründete 1997 das Magazin „Zur Zeit“, das er bis heute herausgibt. Nebenbei veröffentlichte er zahlreiche Bücher – darunter „Jörg! Der Eisbrecher“ über Jörg Haider und „Neue Männer braucht das Land“ über den Aufstieg des ehemaligen FPÖ-Obmanns Heinz-Christian Strache.

## 13 Parlamentsrat Mag. Norbert Nemeth

Norbert Nemeth, Jahrgang 1969, studierte Rechtswissenschaften (1997 Sponson zum Magister der Rechtswissenschaften) und ist seit dem Jahr 2006 Klubdirektor des Freiheitlichen Parlamentsklubs im österreichischen Parlament. Er ist zudem Mitglied der Bundeswahlbehörde und Autor zeithistorischer Bücher. Nemeth ist Präsident des Atterseekreises.

## 14 Prof. Dr. Dr.h.c. Reinhard Olt

Reinhard Olt, Jahrgang 1952, studierte Germanistik, Volkskunde, Geschichte (Schwerpunkt osteuropäische Geschichte), Politikwissenschaften und

Publizistik in Mainz, Gießen und Freiburg. Außenpolitischer Redakteur der F.A.Z.. Lehraufträge an den Univeritäten Gießen, Frankfurt, Innsbruck, Krems und Graz. Träger des Leopold-Kunschak-Preises.

## 15 Univ. Doz. Erwin A. Schmidl

Erwin A. Schmidl, Jahrgang 1956, ist ein österreichischer Militärhistoriker. Schmidl studierte Geschichte, Völkerkunde und Kunstgeschichte an der Universität Wien. 1981 wurde er mit einer Dissertation über den Burenkrieg an der Philosophischen Fakultät zum Dr. phil. (sub auspiciis praesidentis) promoviert. 1993 absolvierte er einen postgradualen Kurs an der Europa-Akademie Wien und 2001 habilitierte er sich über die „Entwicklung internationaler Friedensoperationen“ an der Universität Innsbruck. 1981 wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Heeresgeschichtlichen Museum (HGM) in Wien. Zuletzt war er Leiter der Militärwissenschaftlichen bzw. Militärgeschichtlichen Forschungsabteilung des HGM. 1991 wurde er Mitarbeiter der Abteilung für internationale Organisationen, insbesondere Angelegenheiten der Vereinten Nationen im österreichischen Außenministerium. 1994 war er als UN-Beobachter in Südafrika. 1994/95 war er Hauptreferatsleiter „Publikationswesen“ am HGM und 1995/96 J. Randolph Senior Fellow am United States Institute of Peace in Washington, D.C. Von 1996 bis 2001 arbeitete er im Militärwissenschaftlichen Büro und war zuletzt Leiter der Forschungsabteilung. Im Jahr 2001 wurde er Universitätsdozent für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck. Gleichzeitig war er von 2001 bis 2014 Fachbereichsleiter „Zeitgeschichte“ am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie in Wien, das er von 2007 bis 2008 und ab 2012 (interimistisch) leitete. Er trägt den Titel Hofrat. 2004 war er Gastdozent an der Universität Pretoria. Darüber hinaus ist er Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. Von 2010 bis 2015 war er Generalsekretär der Internationalen Kommission für Militärgeschichte, seit 2015 weiterhin Vorstandsmitglied. Er ist Präsident der Österreichischen Kommission für Militärgeschichte, der Österreichischen Gesellschaft für Heereskunde und

des Österreichisch-Südafrikanischen Clubs sowie Generalsekretär des Verbandes österreichischer Historiker und Geschichtsvereine. Überdies ist er Mitglied des Advisory Boards des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung in Graz-Wien-Raabs. Seine Forschungsschwerpunkte sind Militärgeschichte und Sicherheitspolitik.

### 16 Dr. Kurt Scholz

Kurt Scholz, Jahrgang 1948, studierte an der Universität Wien Geschichte, Germanistik sowie Psychologie und war als Gymnasialprofessor sowie in der Erwachsenenbildung tätig. Er war von 1975 bis 1984 im Bundesministerium für Unterricht und Kunst als Abteilungsleiter für Zeitgeschichte, Politische Bildung und schulische Mitbestimmung beschäftigt. Danach war Scholz von 1984 bis 1992 Koordinator der Stadtaußenpolitik Wiens und Bereichsleiter für Kulturfragen. Von 1992 bis 2001 war er Präsident des Stadtschulrats für Wien und von 2001 bis 2008 Sonderbeauftragter für Restitutions- und Zwangsarbeiterfragen der Stadt Wien. Seit 2006 übt er ehrenamtlich eine Tätigkeit als Kurator des Zukunftsfonds der Republik Österreich aus und ist seit 2011 Vorsitzender des Kuratoriums des Zukunftsfonds der Republik Österreich. Kurt Scholz ist darüber hinaus einer breiten Öffentlichkeit durch seine regelmäßigen Beiträge in österreichischen Tageszeitungen bekannt.

### 17 Dr. Hubert Speckner

Dr. Hubert Speckner, Jahrgang 1958, ist ein österreichischer ziviler Beamter mit dem Amtstitel Hofrat des BMLV, Historiker und Offizier (Oberst dhmfD) des Milizstandes.

Er studierte von 1985 bis 1991 Geschichte und Germanistik an der Universität Innsbruck. In den 1990er Jahren wurde er im Landwehrstammregiment 91, im Jägerregiment 9 und im Militärkommando Vorarlberg verwendet. 1995 schloss sich ein Doktoratsstudium (Dr. phil.) an den Universitäten Innsbruck, Graz und Wien bei Gerhard Jagschitz und Stefan Karner zum Thema „Die Kriegsgefangenenlager der Deutschen Wehrmacht in der ‚Ostmark‘ 1939 bis 1945“ an. Im Jahre 2000

wurde er Referatsleiter und 2004 stellvertretender Abteilungsleiter in der Militärgeschichtlichen Forschungsabteilung des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien. Überdies wurde er 2001 Gastlehrer an der Theresianischen Militärakademie und der Landesverteidigungsakademie. 2009 wurde er Hauptlehroffizier am Institut für Human- und Sozialwissenschaften der Landesverteidigungsakademie. Er bekleidet den Miliz-Dienstgrad eines Obersten des höheren militärfachlichen Dienstes (dhmfD).

### 18 Dr. Mario Strigl

Mario Strigl, Jahrgang 1972, studierte Geschichte, Politikwissenschaften sowie Volkswirtschaftslehre in München und Wien (Dissertation bei Gerhard Jagschitz) und ist seit 2010 als Lehrbeauftragter am Institut für Numismatik der Universität Wien tätig. Neben seinen Tätigkeiten als Historiker und gerichtlich zertifizierter Sachverständiger war er von 2001 bis 2007 Pressesprecher beziehungsweise Abteilungsleiter im Wiener Landtag. 2008 folgten die Gründung seines Unternehmens „Dr. Mario Strigl, Politik- und Wirtschaftsberatung“ und die Leitung des „Archivs der Österreichischen Militärgeschichte“. Außerdem ist er als Milizoffizier (Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes) Experte für Kulturgüterschutz und Kommunikationstrainer des Österreichischen Bundesheeres sowie Vizepräsident des Milizverbandes Österreich. 2011/2012 Auslandseinsatz im KFOR-Hauptquartier in Pristina/Kosovo. Seit 2013 ist Mario Strigl zudem Geschäftsführer der „Kreativwirtschaft Forum Mozartplatz“. Zahlreiche Ausstellungen und Publikationen zur Militär- und Studentengeschichte sowie Phaleristik.

### 19 Univ. Doz. Dr. Michael Wladika

Michael Hans Wladika, Jahrgang 1961, ist ein österreichischer Historiker, Autor und Jurist. Seit 1999 bzw. 2008 ist er als Provenienzforscher für zwei Wiener Museen tätig; unter anderem von 1999 bis 2003 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Historikerkommission der Republik Österreich; mehrere Projekte und Publikationen zum Thema politische Parteien, Deutschnationalismus, Natio-

nalsozialismus, NS-Kunstraub und Rückstellungsrecht, unter anderem 2018 Studie über die NS-Vergangenheit der Funktionäre der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) nach 1945; im April 2008 Förderungspreis des „Karl von Vogelsang-Staatspreises für Geschichte der Gesellschaftswissenschaften“ für das Werk „Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k. u. k. Monarchie“ (Wien Köln Weimar 2005).

---

**Nachbemerkung**

---

**Der eigenen Geschichte  
illusionslos ins Auge sehen!**

Klar, es geht darum, die Geschichte so darzustellen „wie es wirklich war“! Dennoch, jede Generation ist neu aufgerufen, sich aufgrund ihrer speziellen Situation und ihres speziellen Zeitgeists das eigene Geschichtsbild aufs Neue zu erarbeiten. Und dies trifft auch für politische Bewegungen und für Parteien zu.

Was die Freiheitliche Partei und das Dritte Lager, also den nationalliberalen Bereich der politischen Landschaft Österreichs, betrifft, so gibt es sattsam Literatur – solche aus dem eigenen Bereich dieses Lagers und dieser Partei und natürlich auch die aus dem eher kritischen oder gar gegnerischen. Und natürlich ist auch nahezu alles erforscht, was die Geschichte des Dritten Lagers betrifft. Dennoch ist der Standpunkt des Jahres 2018 – in dem diese Historikerkommission gestartet wurde – ein anderer als beispielsweise im Jahre 1988, als Österreich auch ein großes historisches Gedenkjahr beging. Im Zuge der Feierlichkeiten und der Diskussionen im Jahr des 100. Geburtstages der Republik wurde dies einmal mehr deutlich. Und so ist es neben dem aktuellen unmittelbar politischen Anlass, der zur Berufung dieser Historikerkommission führte, schlichtweg die verdammte Pflicht und Schuldigkeit des freiheitlichen Lagers und der FPÖ, sich wiederum der Erneuerung des eigenen Geschichtsbildes zu widmen.

Das Projekt, in das eine Reihe der Historikern, zum einen aus dem FPÖ-nahen Bereich, darüber hinaus aus dem FPÖ-unabhängigen oder gar FPÖ-kritischen Bereich, berufen wurde, um mittels Behandlung einzelner Perioden und Aspekte dieser Geschichte zur neuerlichen Erarbeitung dieses Geschichtsbildes beizutragen, musste naturgemäß auf Skepsis, wenn nicht gar heftige Kritik der politischen Gegner dieses Lagers und der FPÖ stoßen. Die Voreingenommenheit allerdings, mit der einer im Sommer 2019 präsentierten Zusammenfassung des noch nicht druckreifen Berichts in den kritischen Medien begegnet wurde, war schon erstaunlich. Und auch die Stellungnahmen von FPÖ-kritischen Historikern – und das sind nahezu alle –, die nicht in die Arbeit eingebunden waren, war einigermaßen grotesk, weil hier von Unwissenschaftlichkeit gesprochen wurde, obwohl in der Kommission sechs habilitierte Historiker mitarbeiteten. Ebenso grotesk war der Vorwurf, dass ausschließlich parteinahe Historiker am Werk seien, wo doch außer dem Vorsitzenden

der Kommission, em. Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Brauner, – soweit wissentlich – kein einziger FPÖ-Mitglied ist, und allenfalls Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt eine gewisse Parteinähe nachgesagt werden kann.

„Aber dieses schloss er messerscharf, was nicht sein kann, auch nicht sein darf.“ Nach diesem Motto vorverurteilten die politischen Mitbewerber der FPÖ und die Mainstream-Medien die Arbeit dieser Kommission. Nun allerdings liegt sie vor, vollinhaltlich und in relativ großem Umfang, vielfältig – was die Themen betrifft und auch die Betrachtungsweise –, aber sicherlich hochinteressant, weil sie eben eine neue Sichtweise auf das Dritte Lager und die FPÖ bringt und zahlreiche Aspekte, die denn doch in gewissem Maße unbekannt sind. Klarerweise aber konnte dieses Druckwerk nur mit einem gewissen Mut zur Unvollständigkeit entstehen: Der Vorwurf, dass nämlich vielerlei Teilaspekte dieser Geschichte kaum oder auch nicht behandelt wurden, ist natürlich zutreffend. Historische Aufarbeitung bzw. die Erarbeitung eines Geschichtsbildes ist nämlich ein in die Zukunft hin offener Prozess. Und abgeschlossen ist die Aufarbeitung der Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ mit den vorliegenden Beiträgen natürlich in keiner Weise. Dennoch ist die Summe der Beiträge überaus erhellend. Einerseits zeigen die Beiträge in den Anfangsjahren der Zweiten Republik ein politisches Lager und mit dem VdU eine politische Bewegung, der man mit Fug und Recht nachsagen kann, dass sie keinesfalls eine NS-Nachfolgepartei ist, sondern dass sie vielmehr geläuterte ehemalige Nationalsozialisten – immerhin einen Bereich von mehr als einer halben Million Österreicher – zurückführte in das demokratische Gefüge der Republik. Zum anderen beleuchten diese Arbeiten den Weg einer politischen Kraft von einer kleinen nationalliberalen Honoratiorenpartei zu einer breiten „rechtspopulistischen“ Bewegung (wenn man diesen eher abwertend gemeinten Terminus gebrauchen will) – die einerseits fundamental oppositionelle Politik betrieb, um sich zu einer staatstragenden Opposition zu entwickeln und schließlich auch in Regierungsverantwortung zu kommen. Und diese Arbeiten zeigen auch auf, dass diese politische Bewegung in der Regierungsverantwortung auch scheiterte – wie zu guter Letzt.

Der kritische Leser dieser Arbeiten wird jedenfalls unschwer erkennen, dass es dabei keineswegs darum ging, irgendwelche „braunen Flecken“ zu exkulpieren oder auch die eigene Geschichte schönzufärben, sondern eben dieser eigenen Geschichte illusionslos ins Auge zu sehen. Es sind ja Höhen und Tiefen als solche zu akzeptieren.

**Andreas Mölzer**, Sprecher der  
Referenzgruppe der FPÖ  
zur Begleitung der Historikerkommission

---